This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

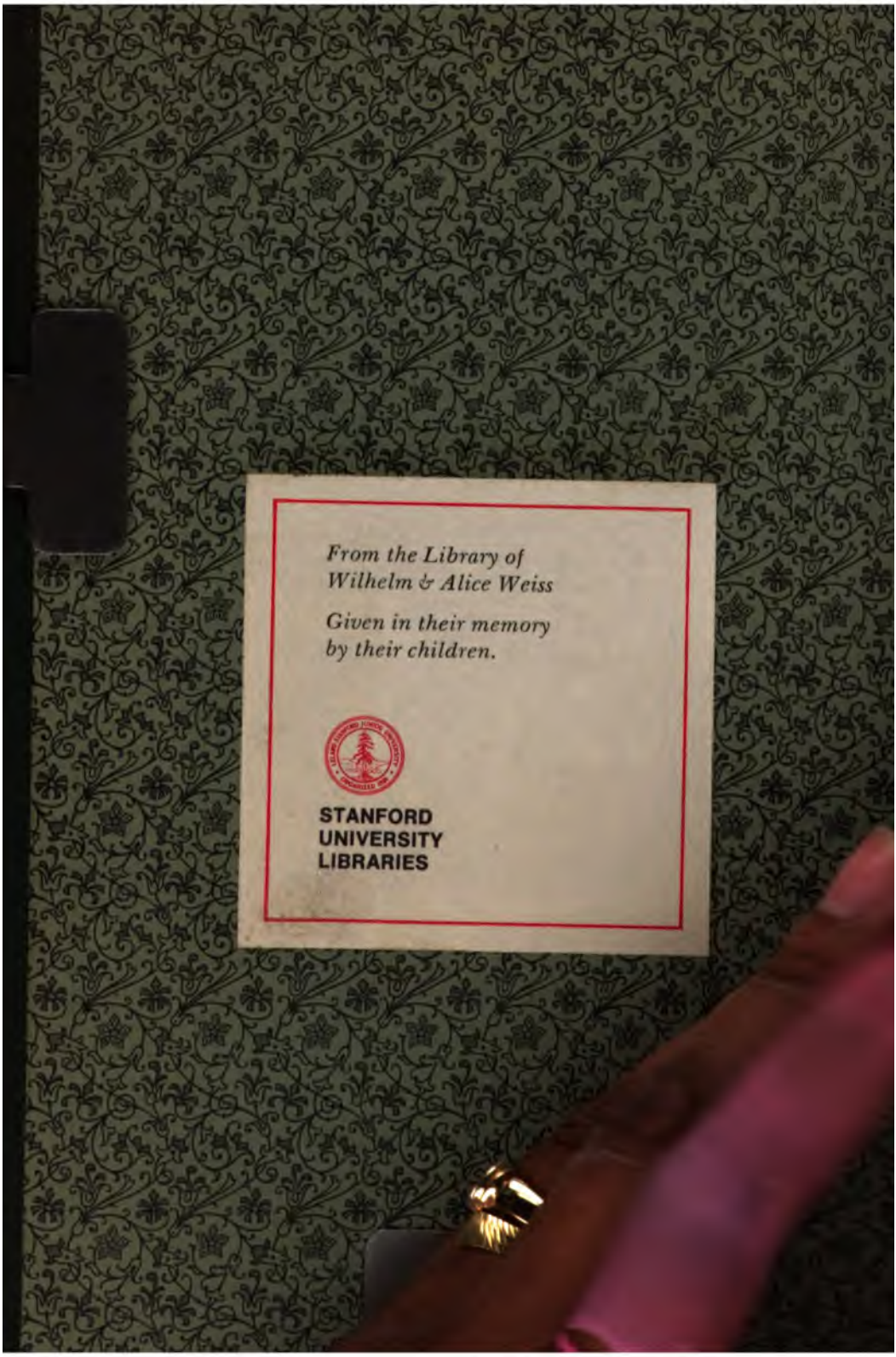
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

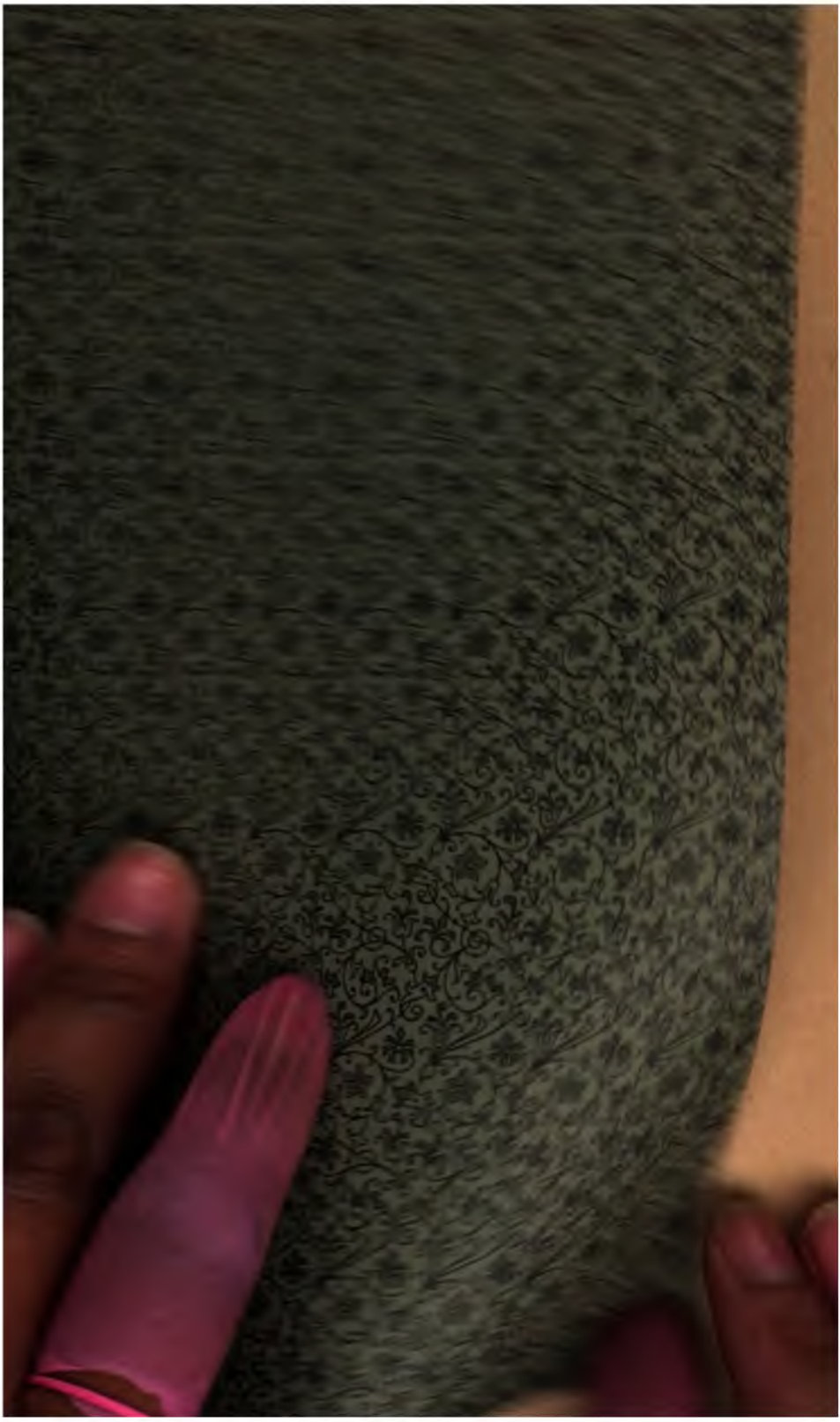
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


From the Library of
Wilhelm & Alice Weiss
Given in their memory
by their children.
STANFORD
UNIVERSITY
LIBRARIES



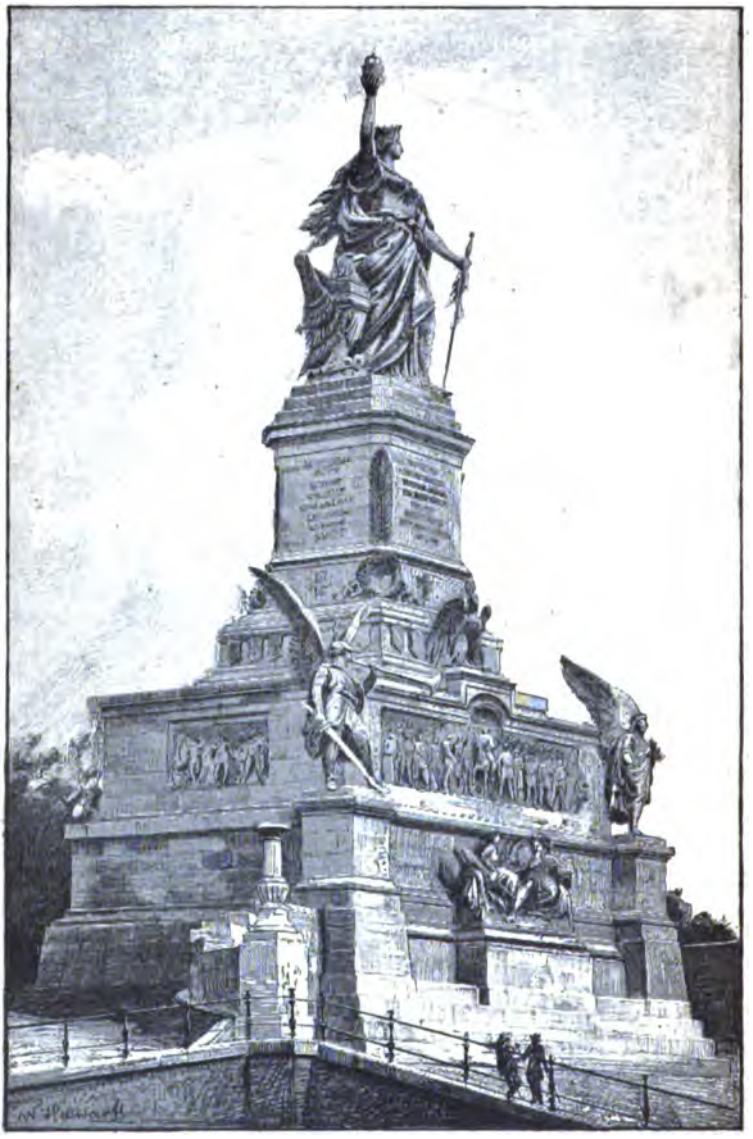
Oskar Jägers

Geſchichte der neueſten Zeit.

Dritter Band

mit

Namen- und Sachregiſter.



Das deutsche Nationaldenkmal auf dem Niederwald.

Gezeichnet von W. Herwart.

Das deutsche Kaiserdenkmal auf dem Kyffhäuser.

Geſchichte

der

neueſten Zeit

vom

Wiener Kongreß bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Oskar Jäger.

Dritte durchgeſehene und ergänzte Ausgabe.

Dritter Band.

1863—1888.

Mit Abbildungen, zwei Karten
und
Vollſtändigem Namen- und Sachregiſter.

Zweiundzwanzigſte Auflage.

Berlin.
Verlag von Oswald Seehagen.
1890.

MEH

Geſchichte

der

neueſten Zeit

vom

Wiener Kongreß bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Oskar Jäger.

Dritte durchgeſehene und ergänzte Ausgabe.

Dritter Band.

1863—1888.

Mit Abbildungen, zwei Karten
und
Vollſtändigem Namen- und Sachregiſter.

Zweiundzwanzigſte Auflage.

Berlin.
Verlag von Oswald Seehagen.
1890.

MEH

D 358
.J2
1890
v.3

Einleitung.

Das Jahr 1863, bis über deſſen Mitte hinaus unſere Erzählung gelangt iſt, war wohl geeignet, die Gemüter mit dem Vorgefühl unmittelbar bevorſtehender Kataſtrophen, naher Entſcheidungskämpfe zu erfüllen. Die Ebbe, welche der großen Kriſis von 1848 bis 1852, deren ungemeine Bedeutung für das europäiſche Leben immer allgemeiner erkannt wurde, gefolgt war, hatte ihr Zeitmaß erfüllt, eine neue Flutzeit war eingetreten: brauſend, ungeſtüm, angriffsluſtig hatten ſich allenthalben aufs neue die demokratiſchen Kräfte erhoben. Mit einer großen Zeitung von jenſeit des Oceans, der Emancipationsproklamation Abraham Lincolns, hatte das Jahr begonnen; im Frühling war dann in Polen die gewaltige Inſurrektion losgebrochen, welche, an ſich ein aufregendes Ereignis, überdies von ſeiten Englands, Öſterreichs und Frankreichs eine lebhafte, längere Zeit fortgeſetzte, wenngleich ſchließlich ergebnisloſe diplomatiſche Aktion hervorrief. Im Juni kamen die allgemeinen Wahlen zum geſetzgebenden Körper in Frankreich, die wenigſtens in Paris mit einer empfindlichen Niederlage der kaiſerlichen Regierung endigten: einer Niederlage, welche dem übrigen Europa wichtiger erſchien, als ihre Triumphe in den Departements. In denſelben Tagen (1. Juni) wurden in Berlin die berüchtigten Preßordonnanzen erlaſſen: in Preußen ſelbſt als ein unzweifelhaftes Attentat auf die Verfaſſung aufgenommen, ſteigerten ſie die ſchon vorher aufs äußerſte gereizte Stimmung zu einer gefährlichen Erbitterung und vermehrten in ganz Deutſchland den Grimm und Haß gegen die beſtehende Ordnung der Dinge, gegen den Scheinkonſtitutionalismus und das frivole Spiel, das an ſo vielen Orten mit den verfaſſungsmäßigen Formen getrieben wurde und vor allem die Unzufriedenheit mit dem

unfruchtbaren Hin- und Herreden über die deutsche Bundesreformfrage. Niemals, selbst im Jahre 1848 nicht, waren die politischen Leidenschaften in Deutschland erhitzter. Die wichtigen Ereignisse in nah und fern, an denen das Jahr überreich war, die wechselnden entscheidungslosen Kämpfe im Nordamerikanischen Bürgerkriege, die Errichtung neuer Throne in Griechenland und in Mexiko, die mühevollen Anfänge des Verfassungslebens in Österreich verschwanden vor dem Interesse, welches die Krisis in Preußen erweckte, von deren Ausgang, wie sich kein Einsichtiger verhehlte, die Zukunft des gesamten Deutschlands abhing.

Aber die Aufregungen der ersten Hälfte des stürmischen Jahres waren klein im Vergleich mit den Zeichen und Wundern, welche die zweite bringen sollte.

Zuerst überraschte Österreich die Welt, indem es, unfähig, seine eigenen Fragen, die immer aufs neue sich verwirrenden, zu lösen, nunmehr keck die Lösung der Frage aller Fragen, der deutschen, in die Hand nahm. Im Laufe der hierdurch hervorgerufenen Bewegung erlebte man sofort das noch Wunderbarere, — daß der verhaßte Minister, welcher soeben das preußische Land unter das Joch einer Verordnung gebeugt hatte, die der Rüstkammer des Bonapartistischen Cäsarismus entlehnt war, der österreichischen Reformakte den Vorschlag eines aus direkten und allgemeinen Wahlen hervorgehenden deutschen Parlaments entgegensetzte: und während in Preußen die Neuwahlen für das im September aufgelöste Abgeordnetenhaus, in ganz Deutschland die von den beiden Vormächten selbst in aller Form gestellte deutsche Zukunftsfrage die Gemüter beschäftigte, warf Napoleon eine neue aufregende Idee in die gärende Zeit, indem er am 5. November an alle Souveräne Europas die Schreiben absandte, welche sie zu einem europäischen Kongresse einluden. Auf diesem Kongresse, so schien er zu denken, sollte für alle europäischen Schäden und Fragen miteinander, die dänisch-deutsche, die polnisch-russische, die österreichisch-italienische und womöglich auch die römische und die orientalische, Lösung und Heilung gefunden werden: eine Lösung, welche sonst, wie er in der soeben (5. November) gehaltenen Thronrede sehr unumwunden gesagt, früher oder später — und zwar, setzte er weissagend hinzu, „in verhängnisvoller Weise" — auf dem blutigen Wege des Krieges gesucht werden müsse.

Der Krieg in der That, der erste einer Reihe von Kriegen, war nahe. Aber sein Anlaß kam durch ein Ereignis, das außerhalb der nächsten Kombinationen und Berechnungen der Staatsmänner lag. Es war damals ein Wort Lord Palmerstons in der Leute Mund, — er sehe am europäischen Horizont eine Brandfackel glühen, Polen, und

ein Schwefelhölzchen glimmen, Schleswig-Holstein: er sprach die Befürchtung aus, daß vielleicht dieses und nicht jene es sein werde, was die Welt in Flammen setze. So kam es in der That; jene polnische Brandfackel, die eben noch so drohend aufgeleuchtet, erlosch noch im Laufe des Jahres unter neuen Strömen Bluts auf lange Zeit, vielleicht für immer; die schleswig-holsteinische Frage aber, die seit zwei Jahrzehnten schwebte, trat, ehe das Jahr zu Ende ging, in den Vordergrund der Ereignisse und war bestimmt, Krieg auf Krieg zu entzünden.

Am 15. November 1863 starb, schnell und unerwartet, König Friedrich VII. von Dänemark auf seinem Schlosse zu Glücksburg.

Dies war das Ereignis, welches den Anstoß zu der Kette gewaltiger Begebenheiten brachte, die in drei großen Akten die Gestalt des Weltteils änderten und eine neue Epoche heraufführten, mit deren Eintritt jedoch, da sie noch unmittelbare Gegenwart ist, unsere Darstellung schließen muß: sie begnügt sich, über die weiteren Begebenheiten bis auf unsre Tage einen übersichtlichen Bericht hinzuzufügen. Unzweideutig schreiben diesem letzten Teile unsres Versuchs die Ereignisse selbst die Abgrenzung vor, 1863—1866; 1866—1870; 1870 und 1871. Dies sind Ereignisse oder Gruppen von Ereignissen, welche abgeschlossen hinter uns liegen und sozusprechen bereits Geschichte geworden sind: was dann bis auf unsre Tage folgt, trägt noch die frische Farbe des Lebens, ist noch Politik, Wirklichkeit, Gegenwart und sträubt sich noch gegen eine Darstellung, die man im strengen Sinne Geschichte nennen dürfte. Aus dem Deutsch-Dänischen Kriege entwickelte sich der große Deutsche Krieg, Preußen und Italien gegen Österreich und den deutschen Territorialismus; die Errungenschaften jener kriegerischen Auseinandersetzung von 1866, die Wiedergeburt Deutschlands und Italiens, vervollständigten sich dann und kamen zum Abschluß in dem gewaltigsten aller Konflikte des Zeitabschnitts, dessen Geschichte uns beschäftigt — dem Deutsch-Französischen Kriege, dessen Verlauf und Erfolge die nächste Zukunft unseres Weltteils beherrschen sollten.

Erster Abschnitt.

Vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark

bis zum Ausbruche des Deutschen Krieges.
15. November 1863 bis 15. Juni 1866.

I. Der Nordische Krieg und Deutschland.

a. Bis zum Ausbruche des Krieges.
15. November 1863 bis 18. Januar 1864.

Zwei Tage vor jenem plötzlichen Todesfall, am 13. November 1863, war die neue Verfassung, welche für das eigentliche Dänemark und für das Herzogtum Schleswig gelten — das hieß das letztere dem ersteren einverleiben sollte, im dänischen Reichsrat, wie früher erwähnt, angenommen worden. Die Verfassung war fertig, es fehlte nur noch die Unterschrift des Königs. Sein jäher Tod konnte der leitenden Partei den Anlaß geben, sich noch einmal die Sachlage genau zu überlegen: für den neuen Herrscher, Christian IX., welcher kraft der Festsetzungen des Londoner Protokolls vom 8. Mai 1852 den Thron bestieg, war es eine schwergewichtige Frage, die gleich in der ersten Stunde seiner Regierung an ihn herantrat, ob er seinen Namenszug unter das Aktenstück setzen solle.

Er sah sich sofort durch die Kommunalbehörde seiner Hauptstadt dazu aufgefordert, welche ihm am 17. eine Adresse in diesem Sinne überreichte. Er verlangte Bedenkzeit: und in der That, niemals war Bedenken und Überlegen mehr am Platze. Jene Verfassung oder vielmehr ihre Erstreckung auf Schleswig bildete den Kernpunkt des Streites, der seit so lange zwischen den deutschen Vormächten und dem Bunde einerseits und der dänischen Krone andererseits schwebte; der Bundestag war im Begriff, die am 1. Oktober jenes Jahres beschlossene Exekution ins Werk zu setzen: und daß Österreich nach seinem

deutschen Reformprojekt sowie das von Waffen starrende Preußen Wilhelms I. und seines energischen Ministers die offene Herausforderung, die in der grundgesetzlichen Vollziehung dieser Einverleibung Schleswigs in Dänemark lag, nicht ruhig hinnehmen werde, darüber konnte selbst dänischer Hochmut sich keiner Täuschung hingeben. Indes die Gefahr, welche für den König in der Unterzeichnung lag, war eine entferntere, und sie galt nicht seiner Person: die Gefahr, welcher er sich aussetzte, wenn er die Unterschrift weigerte oder verschob, war eine unmittelbare: drohend sammelte sich Volk und Pöbel von Kopenhagen vor dem Schloß. Am Morgen des 18. unterzeichnete der König und empfing bald darauf den Glückwunsch des Reichsrats, dem der Minister Hall sofort die Nachricht überbracht hatte. Ohne Zögern wurden die Schreiben expediert, welche von den Beamten in Schleswig und Holstein den Huldigungseid an den neuen König binnen 3 Tagen verlangten.

Dort in den Herzogtümern aber hatten die Dinge bereits eine ernste Gestalt gewonnen. Mit Friedrich VII. war der Mannsstamm der königlichen Linie des oldenburgischen Hauses ausgestorben und kein wirkliches Recht, anerkannt von den Nächstbeteiligten, sondern nur die europäische Konvenienz, niedergelegt in jenem aus der Zeit der tiefsten Schmach Deutschlands stammenden Londoner Protokoll, machte den Prinzen aus dem Glücksburger Hause zum Herrn auch in Schleswig und in Holstein. Der legitime Nachfolger in diesen beiden Herzogtümern war nach der Rechtsüberzeugung der Mehrheit der Bevölkerung und der Mehrzahl der deutschen Staatsrechtslehrer der Herzog Friedrich von Augustenburg, der 1848 in der schleswig-holsteinischen Armee gedient, nachher in dem preußischen Heere es bis zum Major gebracht hatte, und der, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, seither auf dem Gute Dolzig in der Niederlausitz lebte, übrigens außer einem verspäteten Protest gegen die Verzichtleistung seines Vaters, kraft deren dieser für sich und seine Nachkommen dem Erbfolgerecht entsagte, bis dahin in der Frage wenig von sich hatte hören lassen.

Jetzt erst, von einigen Führern der nationalen Partei aufgefordert, trat er hervor und erwarb sich das Verdienst, die große Frage in Fluß zu bringen. In einer Proklamation vom 16. November an die Schleswiger, Holsteiner und Lauenburger erklärte er seinen Regierungsantritt als Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein. Von jetzt an, sagte er in diesem Aufruf, würde die Herrschaft eines dänischen Königs über diese Lande eine Usurpation sein; es liege ihm ob, die deutschen Regierungen zum Schutze seines Rechts, welches zugleich das ihre sei, aufzurufen. Am gleichen Tage machte der badische Gesandte am Bundestage, Robert von Mohl, selbst einer der ersten

Staatsrechtslehrer Deutschlands, der Bundesversammlung von diesem Regierungsantritt Anzeige.

Außerhalb dieser Versammlung aber ergriff sofort eine mächtige Bewegung die gesamte deutsche Nation. An dieser Frage hatte sich einst in den 40er Jahren das deutsche Nationalbewußtsein wieder in die Höhe gerichtet; die ruhmvollen Kämpfe und die schmähliche Niederlage, deren Schauplatz und Opfer die Herzogtümer in der bedeutungsvollen Zeit von 1848—52 gewesen, waren unvergessen; die Wunden, welche der Nationalehre damals geschlagen worden, begannen aufs neue zu bluten. Was aber dieser Bewegung sofort eine große Stärke gab, war dies: daß hier in dieser Frage die beiden Kräfte, welche sich sonst vielfach gespannt und feindlich gegenüberstanden, deren Widerstreit in mancherlei Form die europäische und die deutsche Welt erfüllte — Volkswunsch und Fürstenrecht — zusammentrafen. Liberale und Konservative reichten sich in dieser großen Angelegenheit der Gesamtnation, je von ihrem Standpunkt aus, aber auf gemeinsamem Boden, die Hand. Und so sprach sich diese nationale Anschauung, welche die Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark, ihre Vereinigung unter ihrem „angestammten Herzog" im Namen der Nation und im Namen des legitimen Rechts verlangte, im Laufe der nächsten Tage und Wochen in zahllosen Versammlungen, in Adressen und Petitionen, in Interpellationen der Regierungen durch ihre Kammern, wo immer dieselben beisammen waren, in Frankfurt, in Wien, Berlin, Darmstadt, Stuttgart, allenthalben mit dem größten Nachdruck aus. Die Münchener sandten an ihren König, welcher seiner Gesundheit wegen in Rom weilte, telegraphisch die Bitte, in dieser ernsten Stunde in die Mitte seines Volkes zurückzukehren, und der Fürst willfahrte ungesäumt; zu jedem Opfer erklärten sich die erregten Volksversammlungen, die von der allgemeinen Strömung getragenen und vorwärts getriebenen Ständekammern bereit, während in Holstein fast ausnahmslos, in Schleswig wenigstens in nicht ganz geringer Zahl die Beamten den angesonnenen Huldigungseid an den dänischen Herrscher verweigerten und eine Anzahl Mitglieder der holsteinischen Ständeversammlung, dem Verbote der Regierungen zum Trotz in Kiel zusammentretend (19. November), sich mit dringender Mahnung an den Deutschen Bund wandten. Die Regierungen stimmten zum Teil freudig zu oder gaben ohne viel Sträuben nach: diejenigen, welche, wie die württembergische, einst dem Londoner Protokoll beigetreten waren, erklärten sich angesichts dessen, was die dänische Regierung seither gethan oder unterlassen, durch jenes Aktenstück nicht mehr für gebunden. Und diesmal war auch der Bundestag zu etwas gut: er besaß in dieser Frage freie Hand, denn der Bund als solcher war dem Londoner Protokolle nicht beigetreten. Er beschloß

am 28. mit großer Mehrheit, die Stimme für Holstein und Lauenburg vorläufig zu suspendieren.

Für die Bundesversammlung lag demnach die Frage verhältnismäßig einfach, und noch einfacher lag sie für die aufgeregte Stimmung der Nation. Diese bekümmerte sich überhaupt nicht um das unverschämte Protokoll, in welchem die europäischen Mächte über Länder verfügt hatten, die, wem immer die Pergamente sie zusprachen, zunächst sich selbst gehörten. Aber nicht so einfach lagen die Dinge für die beiden deutschen Großmächte, welche den Londoner Vertrag mitunterzeichnet hatten. Eine solche Unterschrift ist nicht etwas, das man heute geben und morgen wieder auslöschen kann; ein europäischer Krieg aber ist etwas, was eine stürmische Volksversammlung, vielleicht eine erregte Kammermehrheit, namentlich in einem kleinen Staate, wo man sich die großen Worte nicht übel nimmt, nicht aber die verantwortliche Regierung eines Großstaats leicht nehmen kann und darf.

Für Österreich war die Möglichkeit eines solchen Krieges aus hundert Gründen bedenklich. Seiner Regierung, die sehr viele näher liegende Probleme bedrängten, war die ganze Frage fatal, weil die Lösung, welche das Londoner Protokoll ihr gegeben, in der That vollständig den besonderen österreichischen Interessen entsprochen hatte, und es war darum sehr erklärlich, daß der Kaiser Franz Joseph einer Abordnung des Wiener Gemeinderats, die ihn in der Sache anging, einen ungnädigen Bescheid gab (7. Dezember) und denselben anwies, sich nicht um die hohe Politik, sondern um seine Gemeindeangelegenheiten zu bekümmern. Noch unendlich wichtiger aber war die richtige Behandlung der Angelegenheit für Preußen, dessen Regierung sich ihrerseits am 23. November von den Abgeordneten Virchow und Stavenhagen im Sinne der Augustenburgischen Ansprüche und der augenblicklich in der Nation vorwaltenden Stimmung interpelliert sah. Ein anderes freilich war die augenblickliche Stimmung der Nation, ein anderes eine nationale Lösung der Frage. Über jene konnte kein Zweifel sein: aber diese bildete ein ernstes, großes, schwieriges Problem, bei dem nicht die Stimmung des Augenblicks entscheiden durfte, welche kurz und gut an jener wichtigen Stelle einen neuen unabhängigen Mittelstaat schaffen wollte. Über die Gefahren, welche in dieser nationalen Erregung, so berechtigt sie an sich war, für Preußen, d. h. für das Deutschland der Zukunft lagen, über die Lehren des letzten Schleswig-Holsteinischen Krieges, der von Preußen mit einer, man möchte fast sagen sträflichen Uneigennützigkeit geführt worden war, kam der politische Dilettantismus, welcher die auswärtige Politik eines großen Staates „zur Erholung“ trieb, und der in dem einen der Interpellanten, Virchow, seinen

allezeit schlagfertigen Vertreter fand, sehr leicht hinweg: nur eine sehr kleine Schar vereinigte Waldeck, der geistig bedeutendste und selbständigste der damaligen Kammermehrheit, um sich, als er, den unklaren Idealismus seiner Partei nicht teilend, riet, sich auf die Negative zu beschränken und das Erbfolgerecht des Augustenburgers, zu dessen Anerkennung es immer noch Zeit sein werde, vorläufig dahingestellt sein zu lassen. Noch weniger konnte Bismarck Eindruck machen, als er die Erklärung der Regierung verlas; mit 231 gegen 63 Stimmen wurde der Kommissionsantrag angenommen, welcher das unzweifelhafte Erbrecht des Augustenburgers, die Unverbindlichkeit des Londoner Protokolles erklärte und zu dem Ergebnis kam, daß Ehre und Interesse Deutschlands es verlangten, daß sämtliche deutsche Staaten das Recht der Herzogtümer schützen, den Herzog Friedrich anerkennen und ihm in Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten sollten (2. Dezember). Das hieß eine für Preußens und Deutschlands Zukunft vielleicht entscheidende Frage sehr rasch und einfach lösen — ebenso rasch und einfach, wie man mit Sympathieen und Empfindungen die ganze deutsche Frage seit 15 Jahren löste. Die Regierung teilte diesen Standpunkt nicht. Bismarck, gewohnt, der Tagesströmung zu trotzen, behandelte die Angelegenheit sehr richtig vom Standpunkt des preußischen Interesses aus, was allein dem dauernden Interesse der deutschen Nation, wenn auch vielleicht nicht ihrer augenblicklichen Stimmung, entsprach. Er ließ sich durch den Vorwurf nicht irren, daß ihm das Verständnis für nationale Politik fehle — einen Vorwurf, den er dem berühmten Professor der Physiologie und parlamentarischen Tausendkünstler, der ihn erhob, mit dem sehr viel berechtigteren zurückgab, daß ihm und seinesgleichen das Verständnis für auswärtige Politik überhaupt fehle. Zunächst, so lautete die Erklärung der Regierung, ist für uns der Londoner Vertrag von 1852 maßgebend — er ist es aber nur zugleich mit seinen Vorbedingungen, — den Abmachungen, die ihm vorausgegangen sind, deren gewissenhafte Erfüllung von Dänemark wir verlangen; ob und wann die Nichterfüllung dieser Bedingungen uns gestattet, uns von dem Londoner Vertrag loszusagen, behalten wir uns vor; solange wir diesen Vertrag anerkennen, ist uns König Christian der Erbe des Rechts und des Unrechts seiner Vorgänger: der Minister fügte hinzu, daß die österreichische Regierung den Standpunkt in Beziehung auf den Londoner Vertrag teile.

Dem war in der That so: schon am 28. November hatten die beiden Regierungen am Bunde eine gemeinsame Erklärung in diesem Sinne abgegeben. Es war der erste Erfolg der preußischen Politik, die nach so vielen Niederlagen endlich in die Hand eines Mannes von

überlegenem Geiste gekommen war, daß sie die österreichische Regierung auf ihre Seite herüberzuziehen wußte: ein Erfolg, in der That schwer begreiflich nach dem, was, und zwar nicht vor Jahrzehnten, geschehen war. Dem unfähigen Manne, der damals die auswärtige Politik Österreichs leitete, Grafen Rechberg, war, österreichischer Tradition entsprechend, die nationale Aufregung in Deutschland an und für sich schon bedenklich; sie war offenbar mit revolutionären Elementen versetzt, was den vornehmen Herren dort noch seit Metternichs Tagen der Greuel aller Greuel war; der preußische Standpunkt empfahl sich, weil er keine raschen und keine verzweifelten Entschlüsse verlangte, und weil er die Hoffnung ließ, Dänemark zu einigen Zugeständnissen zu drängen, durch welche es dann möglich wurde, den bestehenden Zustand im wesentlichen zu erhalten. Dem übrigen Europa gegenüber war er der korrektere und im Falle eines Krieges der sichere Weg: und jenen anderen, den heißblütige süddeutsche Liberale oder Demokraten — „auf, tapfres Österreich, laß deine Banner fliegen!" — ihm wiesen, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen und so Preußen den Rang abzulaufen: das war kein Weg für die österreichischen Staatsmänner, selbst wenn ihn zu betreten nichts als kühnen Entschluß verlangt hätte, wie jene Idealisten meinten. Daß diese Politik Österreich in Deutschland unpopulär machte, daraus machte sich die kaiserliche Regierung nichts, da ja Preußen sich ebenso unpopulär machte und man in Deutschland gewohnt war, ihr alles, Preußen nichts zu verzeihen.

Thatsächlich beherrschte nun, obgleich die ihrer Grundrichtung nach so berechtigte nationale Begeisterung ihre Kundgebungen fortsetzte, die österreichisch-preußische Allianz die Lage und bedingte den ferneren Gang der Ereignisse. Am 4. Dezember erließen die beiden Regierungen gleichlautende Noten an ihre deutschen Bundesgenossen, in welchen sie dieselben warnten, nicht die bereits (1. Oktober) beschlossene Exekution in Holstein in eine Occupation auf Grund der streitigen Successionsfrage zu verwandeln, wie einige Regierungen (z. B. die sächsische) verlangten; die beiden Großmächte würden die Folgen eines solchen Entschlusses, der möglicherweise einen großen Krieg heraufbeschwören könnte, in erster Linie zu tragen haben und könnten sich darum nicht durch Majorisierung am Bunde ihr Verhalten vorschreiben lassen; sie bäten ihre Bundesgenossen, sich ihnen, die sich vollständig geeinigt hätten, anzuschließen: es stehe nichts im Wege, daß sich die Regierungen ihre besonderen Ansichten in der Successionsfrage ausdrücklich vorbehielten. Dem entsprechend beschloß die Bundesversammlung am 7. Dezember mit 8 gegen 7 Stimmen, ohne Präjudiz für die in der holsteinischen Erbfolgeangelegenheit bereits am Bunde gestellten Anträge, in Gemäß-

heit des Bundesbeschlusses vom 1. Oktober an die mit Ausführung dieses Beschlusses beauftragten Regierungen — es waren die österreichische, preußische, sächsische und hannöversche — die Aufforderung zu richten, sofort die nötigen Maßregeln zum Vollzug der damals beschlossenen Exekution in Holstein zu treffen. Es geschah: am 12. ließen die vier Regierungen der dänischen Regierung die Aufforderung zugehen, ihre Truppen binnen sieben Tagen aus Holstein zu entfernen: am 19. übernahm der sächsische General Hake den Oberbefehl über die 12 000 Sachsen und Hannoveraner, welche in erster Linie die Exekutionsmaßregel vollstrecken sollten, und am 20. rückte die österreichische Reserve in Hamburg, am 27. die preußische in Lübeck ein, 10 000 Mann zusammen. Daß am 23. die Bundesversammlung auf Bayerns Antrag beschloß, ihren Ausschuß zu beauftragen, „ohne weiteren Verzug" und „mit möglichster Beschleunigung" die Erbfolgeangelegenheit zu prüfen, änderte nichts; man wußte, was eine möglichste Beschleunigung bei einem Ausschuß des würdigen Erben des Regensburger Reichstags zu bedeuten hatte.

Unbekümmert um diese Bundesbeschlüsse und um jene österreichisch-preußische Note ging die Bewegung im Volke weiter. Am 21. Dezember trat gemäß einer Verständigung und gemeinsamen Aufforderung der Führer der entgegengesetzten Parteien, des Nationalvereins und des deutschen Reformvereins, eine Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen zu Frankfurt a. M. zusammen: es waren 491 Abgeordnete, verhältnismäßig wenige (47) preußische, sehr wenige (7) österreichische, viele bayrische (109) und entsprechend aus den übrigen — namentlich den süddeutschen — Mittel- und Kleinstaaten. Über die Augustenburgischen Rechtsansprüche und deren Unterstützung „mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln" war man einig, und ein Ausschuß von 36 Mitgliedern, dieser doch schon unter Protest einer Anzahl Konservativer, ward niedergesetzt, als ein Mittelpunkt für die weitere Agitation, — eine oberste Leitung und Spitze für die Schleswig-Holstein-Vereine, mit denen bereits das deutsche Land von den Alpen bis zum Meere bedeckt war. Diese Agitation nahm ihren Rechtstitel aus dem, was gleichzeitig in Holstein geschah. Die Bundestruppen rückten am 23. über die Grenze; langsam, Schritt um Schritt wichen vor ihnen die dänischen Truppen nach dem Norden. Wo immer sie abzogen, ward unmittelbar darauf von der einhelligen Begeisterung der Bevölkerung Herzog Friedrich als der rechtmäßige Landesherr ausgerufen und die Bundeskommissare, welche die Truppen begleiteten, ließen geschehen, was sie doch nicht hindern konnten: wohl 20 000 schleswig-holsteinische Männer mochten es sein, welche am 27. zu Horn dem Volkswillen Ausdruck gaben, und der Jubel war groß,

als der Herzog selbst am 30. zu Kiel eintraf. Die dänische Regierung ihrerseits hatte sich bis dahin begnügt, bei ihrem Reichsrate einen Kredit zu beantragen und gegen die Bundesexekution zu protestieren: am 27. leistete ihr eine Note der englischen Regierung Beistand, welche den deutschen Bundestag vor übereilten Schritten warnte und eine Konferenz der Unterzeichner des Londoner Protokolls vorschlug, zu welcher ein Vertreter des Deutschen Bundes hinzugezogen werden solle.

Noch handelte es sich um den minder ernsten Teil der Frage, um Holstein; Lauenburg, welches die Augustenburgischen Ansprüche sowie der ganze Streithandel an sich kaum unmittelbar berührten, blieb überhaupt aus dem Spiele. Am 28. Dezember aber beantragten Österreich und Preußen am Bunde, nunmehr in Gemäßheit der Vorbedingungen des Londoner Protokolls an Dänemark die Aufforderung zu richten, die Verfassung vom 18. November für Schleswig definitiv außer Kraft zu setzen, widrigenfalls Deutschland sich durch militärische Besetzung auch dieses Herzogtums ein Pfand für die Erfüllung seiner Forderungen nehmen werde. Sie erneuerten diesen Antrag dringend am 11. Januar 1864: am 14. aber ward derselbe mit 11 Stimmen — sämtliche „Mittelreiche" — gegen 5, unter denen Kurhessen, Mecklenburg und die Kleinstaaten der 16. Kurie, Liechtenstein, Waldeck u. s. w. waren, abgelehnt. Unter dem Protest der Mehrheit erklärten die beiden Großmächte alsdann, daß sie nunmehr die Wahrung jener Rechte in die eigene Hand nehmen würden, und schon am 16. richteten sie dem entsprechend eine Sommation an Dänemark, die Verfassung vom 18. November für Schleswig binnen 48 Stunden aufzuheben. Diese Sommation erwiderte die dänische Regierung, an deren Spitze seit dem 28. Dezember 1863 der Bischof Monrad getreten war, am 18. mit einem einfachen Nein. Daß sie bereit sei, die Abschaffung der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege vorzuschlagen, meldete sie nach den Hauptstädten der übrigen Unterzeichner des Londoner Protokolls, nicht aber an Österreich und Preußen. Es war eine große Thorheit von seiten der Dänen, die Dinge so weit kommen zu lassen; aber sie war wohl erklärlich. An Holstein und Lauenburg lag ihnen nichts: aber um Schleswig mußten sie kämpfen, nachdem sie so lange mit dem Bunde und den deutschen Großmächten durch Ausweichen, Verschleppungen und Scheinkonzessionen ihr Spiel getrieben hatten. Schlimmeres als den Verlust von Schleswig konnte ihnen auch der ungünstigste Krieg nicht bringen, und über die Aussichten im Falle eines Krieges gaben sie sich verhängnisvollen, aber leicht erklärlichen Täuschungen hin. Sie konnten nicht erwarten, daß ihnen zum zweitenmal ein Glückslos zufalle, wie im Jahre 1851, wo ihnen die Öster-

reicher ihre deutschen Rebellen entwaffnet und die Preußen jenen die Wege gebahnt und die Brücken geschlagen hatten; ein solcher Fall war überhaupt in der Welt nur einmal vorgekommen; immerhin aber durften sie hoffen, daß der alte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen, daß der Zwiespalt zwischen diesem letzteren Staate und den eifersüchtigen Mittel- und Kleinstaaten, vielleicht der innere Konflikt in Preußen selbst, von dessen Tragweite und Wirkung auf die Aktionsfähigkeit des Staates man sich im Auslande sehr übertriebene Vorstellungen machte, ihrem deutschen Feinde die Kraft raschen Handelns lähmen werde. Im schlimmsten Falle glaubten sie sich im stande, einen ersten Stoß auszuhalten, den Krieg in die Länge zu ziehen; alsdann aber konnte ihnen, so schmeichelten sie sich, die europäische Hilfe nicht fehlen. Sie hofften dieselbe entweder von einem unmittelbaren Einschreiten der Londoner Vertragsmächte oder von einer Ausdehnung des Krieges, von dem man auch außerhalb Dänemarks annahm, daß er nicht lange den lokalen Charakter behalten werde. An Versprechungen und gutem Willen fehlte es denn auch nicht. Ein Allianzvertrag mit Schweden war schon vor der Katastrophe vom 15. November geplant und entworfen worden; derselbe war allerdings nicht zum Abschluß gekommen, doch hatte man eine Stockholmer Note vom 5. Oktober in Händen, in welcher gesagt war, daß, wenn Deutschland einen Einfall in Schleswig machen sollte, Schweden jederzeit wie bisher geneigt sein würde, nach Maßgabe seiner Mittel Dänemark diejenige Hilfe zu gewähren, die es verlangen möchte.

In England war die Presse ganz auf dänischer Seite und that sich in Schmähungen auf Deutschland gütlich. Die dortige Stimmung fand ihren Ausdruck in den Noten, die Lord John Russell an den Bund und einen und den andern der englischen Gesandten an den deutschen Höfen richtete; diejenige, welche für Sachsen bestimmt war, gab dem dortigen Minister von Beust die willkommene Gelegenheit, vom sichern Port aus Grobheit mit Grobheit zu erwidern und sich die deutsch-patriotische Rolle einzuüben, in welcher er diesmal zu glänzen gedachte. Von Dänemark verlangte die englische Regierung sofortige Einberufung des Reichsrats zum Zwecke der Abschaffung der Novemberverfassung (15. Januar 1864), zugleich aber von Österreich und Preußen die förmliche Erklärung, daß sie an dem Prinzip der Integrität der Dänischen Monarchie festhalten, und am 18., deutlicher noch am 24., brachte sie in Paris eine gemeinsame materielle Unterstützung Dänemarks von seiten der Vertragsmächte in Anregung, für den Fall, daß der Plan der Augustenburgischen Partei in Deutschland ausgeführt werden sollte, oder daß die Forderungen Oesterreichs und Preußens über ein berechtigtes Maß hinausgehen würden. Auf die französische

Freundschaft aber rechneten die Dänen wohl mehr noch als auf die englische: und mehr noch vielleicht als auf die Freundschaft auf den Eigennutz des Kaisers von Frankreich, von dem man vorschnell annahm, daß ihm jede Gelegenheit, die französische Ostgrenze zu berichtigen, willkommen sein werde. Hier aber wurden sie zuerst enttäuscht. Am 28. gab der französische Minister des Auswärtigen, Drouyn de l'Huys, im Namen seines Kaisers eine Antwort, welche den letzteren Gedanken mit allem Nachdruck ableugnete, dagegen erklärte, daß der Kaiser geneigt sei, den Gefühlen und Bestrebungen der Nationalitäten große Rücksicht zu schenken; daß er sehr ungern etwas thun würde, was ihn nötige, den Wünschen der Deutschen mit den Waffen entgegenzutreten; daß England vielleicht einen Krieg gegen Deutschland nicht schwer nehme, daß aber für das Kaisertum ein Krieg gegen Deutschland der unglücklichste und gewagteste aller Kriege sein würde: er rächte sich mit dieser Zurückweisung zugleich für die brüske Art, mit welcher England ihm seinen jüngsten Kongreßvorschlag hatte ins Wasser fallen lassen. Von Rußland hatte Dänemark nichts zu hoffen; die verständige Politik, welche Bismarck der polnischen Insurrektion, einer aussichtslosen Sache, gegenüber einer kurzsichtigen Opposition zum Trotz beobachtet hatte, trug ihre Früchte.

b. Bis zum Wiener Frieden.
18. Januar 1864 bis 30. Oktober 1864.

Die dänische Regierung hatte die österreichisch-preußische Sommation am 18. abgelehnt. Ihre Truppen hatten Holstein geräumt; sie standen, 30 000 Mann stark, unter dem Oberbefehl des Generals de Meza in der seit alten Zeiten berühmten Stellung des Danewirkes. In geringer Entfernung südwärts Schleswig, wo zwischen dem Wasserarm, der von Osten her ins Land einschneidet, der Schlei, und dem von Westen her bis fast zur Mitte des Landes sich erstreckenden Sumpfgebiet nur ein verhältnismäßig schmaler Raum übrigbleibt, erhoben sich die furchtbaren Schanzen, die mit Benutzung der im Jahre 1848 gemachten Erfahrungen mit großem Aufwand an derselben Stelle, welche schon seit alter Zeit gegen Einfälle vom Süden her mit Graben und Erdwall gedeckt war, nach einem umfassenden Systeme angelegt waren. Es waren Werke, von denen nicht bloß der dänische Nationalstolz, sondern auch kriegswissenschaftliche Autoritäten annahmen, daß sie, wenn eine der ausgedehnten Linie entsprechende Truppenkraft sie verteidige, uneinnehmbar seien.

Es wurde Ernst: am 19. setzten die beiden verbündeten Mächte den Bundestag in Kenntnis, daß sie ihrerseits nunmehr vorgehen würden, dabei allerdings ihre Truppen durch Holstein marschieren

lassen müßten, indes den dort bestehenden Zustand nach Möglichkeit zu respektieren gedächten; am gleichen Tage erschienen preußische Kuriere in Hamburg, um dem Senat einfach anzuzeigen, daß am folgenden Tage preußische Truppen dort einrücken und Quartier nehmen würden. Der Hamburger Senat protestierte, und heftig brauste die nationale Leidenschaft auf, als sie sah, daß die beiden Mächte allen Demonstrationen zum Trotz ihren eigenen Weg gingen. Eine Volksversammlung zu München forderte den König von Bayern, der das Recht des Augustenburgers anerkannt hatte, auf, im Verein mit seinen Verbündeten, gestützt auf die Opferwilligkeit des bayrischen, des deutschen, des schleswig-holsteinischen Volkes, eine Truppenmacht gegen Norden zu senden, ausreichend, um jeden „bundesbrüchigen Frevel" niederzuhalten; ebendahin zielte ein einstimmiger Beschluß der württembergischen und der sächsischen Zweiten Kammer; am 22. Januar lehnte das preußische Abgeordnetenhaus mit 275 gegen 51 Stimmen die angesonnene Anleihe von 12 Millionen ab, mit einer von der blindesten Leidenschaft diktierten Motivierung, daß Preußen mit der von seiner Regierung eingeschlagenen Politik, welche nur das Ergebnis haben könne, die Herzogtümer wieder an Dänemark zu überliefern, von Deutschland abfalle und seine Großmachtstellung mißbrauche. Die Krone setzte dem allem der 36er Ausschuß auf, in einem Rauch und Flammen sprühenden Aufruf vom 24. Januar: „Deutsche in allen Ländern, duldet es nicht, daß der böse Wille des einen und die Schwäche des andern namenloses Unheil über Deutschland bringt". Daß diese maßlose Sprache der Sache, der sie zu dienen meinte, selbst bei denjenigen Regierungen, welche der österreichisch-preußischen Politik nicht beipflichteten, nur schadete, liegt auf der Hand. Der preußische Landtag wurde am 25. mit dem schwerwiegenden Vorwurf geschlossen, daß die Mehrheit, indem sie trotz des königlichen Wortes, daß die Geldmittel zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes verwendet werden sollten, die Anleihe ablehnte, einen feindseligen Akt begangen habe.

Der Bundestag seinerseits, der kurz zuvor es abgelehnt hatte, die Entfernung des Herzogs Friedrich aus Kiel zu veranlassen, wie die beiden Mächte verlangten, beschloß versöhnlich, dem Durchmarsch der österreichisch-preußischen Truppen kein Hindernis in den Weg zu legen. General Hake hatte seine Macht um Altona vereinigt, um jene durchzulassen. Es waren 20 000 Österreicher unter dem Befehl des Feldmarschallleutenants Ludwig von Gablenz, der 1814 geboren, in Italien und Ungarn seine Schule gemacht und überall, zuletzt bei Magenta und Solferino, mit Auszeichnung geführt und gefochten hatte, und 25 000 Preußen, meist brandenburgische und westfälische Truppen;

es führte sie ein Neffe des Königs, Prinz Friedrich Karl (geb. 1828), der, leidenschaftlicher Soldat, im Jahre 1848 eben auf diesem Boden die Feuertaufe erhalten und nachmals in Baden unter den Augen seines Oheims den Krieg gelernt hatte; ein Mann in der Vollkraft der Jugend, bestimmt, den alten kriegerischen Ruf seines Hauses noch auf manchem Schlachtfeld zu bewähren. Den Oberbefehl über das Ganze führte der alte 78jährige Feldmarschall Wrangel, der bereits sein 60jähriges Dienstjubiläum hinter sich hatte, um dessen frisches Greisenalter noch die Glorie der Befreiungskriege schwebte: auf diesen Kampfplätzen seit 1848 wohlbekannt, der populärste Mann im preußischen Heere wie in den Straßen von Berlin.

Die holsteinische Grenze war bald erreicht. Am 31. überbrachte Major Stiehle dem dänischen General die Anfrage, ob derselbe den Befehl habe, Schleswig zu räumen: und als diese Anfrage wie natürlich mit der Erklärung erwidert wurde, daß er bereit stehe, jedem Gewaltakt mit den Waffen zu begegnen, so gab am Nachmittage Wrangel — „in Gottes Namen drauf!“ — den Befehl zum Einrücken in Schleswig.

Montag, den 1. Februar, überschritten die Truppen, das I. Corps, Preußen, rechts, das II., Österreicher, links, die Eider. Es war eine sehr unglücklich gewählte Redensart, wenn jener Aufruf des 36er Ausschusses sagte: „Mit Scham und Erbitterung sieht das deutsche Volk die Truppen Österreichs und Preußens vordringen“. Die Schleswiger wußten dies besser: mit enthusiastischer Freude wurden die ersten preußischen Truppen von der an der Chaussee gereihten Bevölkerung begrüßt: und wer in Preußen und im übrigen Deutschland nicht von politischem Hasse berauscht war, atmete auf und sagte sich, daß, nachdem die Eider einmal überschritten, die Dinge zu ernsthaft wurden, um in nichts zu enden — daß es diesmal, unter Wilhelm I., nicht wieder kommen würde wie in den unseligen Tagen von 1851. Auch hier aber rief die Bevölkerung alsbald den Herzog Friedrich als ihren Landesherrn aus.

Der Marsch des rechten, preußischen, Flügels war auf Missunde, den jenen Schanzen des Danewirkes am nächsten gelegenen Übergangspunkt über die Schlei, gerichtet, während die Österreicher gegen die Front der Werke auf der Straße Rendsburg-Schleswig marschierten. Der Angriff, welcher am 2. preußischerseits von Eckernförde aus gegen die befestigte Stellung von Missunde unternommen wurde, zeigte, daß dieselbe nachdrücklich verteidigt war, und man traf Anstalt, den Übergang über die Schlei weiter unten, bei Arnis und Kappeln, zu bewerkstelligen. Währenddessen hatten, am 3., auch die Österreicher ihren Feind gefunden. Bei dem Dorfe Oberselk kam es zu einem hart-

näckigen Gefecht zwischen der Brigade Gondrecourt und den Dänen: das Dorf wurde genommen, und das deutsch-böhmische Jägerbataillon, das die Hauptarbeit des Tages gethan, krönte denselben durch Erstürmung des Königsbergs, der Anhöhe, welche das Dorf beherrschte. Gleichzeitig wurde westlich davon bei Jagel glücklich gekämpft, und es fielen hier die ersten Danebrogs in österreichische Hände; die Verluste waren ebenso wie bei Missunde, bei dem rücksichtslosen Vorwärtsgehen der Truppen, welche das erste hell aufbrennende Kriegsfeuer vorwärts trieb, empfindlich; man hat seither sparsamer mit Menschenleben umgehen gelernt. In der Fronte und von der Seite schickte man sich so an, die furchtbaren Werke — es waren 18 größere Schanzen, deren Feuer sich gegenseitig unterstützen konnte, mit Brustwehren und geschützten Verbindungswegen anzugreifen. Im Hauptquartier aber erwartete man erst vom rechten Flügel her die Meldung, daß der Übergang über die Schlei bewerkstelligt sei, für welchen am 6. morgens Arnis und Kappeln gegenüber alles bereit stand, als man fast gleichzeitig hier und bei den Österreichern in der Fronte eine wichtige Nachricht erhielt: hier, daß man jenseit der Schlei keinen Feind mehr gegenüber habe, dort, daß die Schanzen verlassen seien.

Dem war so: der dänische Oberbefehlshaber hatte einen Kriegsrat berufen, und dieser hatte, am 4. abends, den Rückzug beschlossen, der am Abend des folgenden Tages begann. Die Stellung war mit der für ihre Ausdehnung unzureichenden Truppenzahl nicht lange zu halten: wurde sie aber an irgend einem Punkte durchbrochen, so war das gesamte Heer, das einzige, über welches Dänemark verfügte, gefährdet; dieses aber um jeden Preis unversehrt zu halten, schrieb dem General seine Instruktion und der Regierung in Kopenhagen die gesamte politische Lage vor. Um 1 Uhr nachts hatte das letzte dänische Regiment Schleswig passiert.

Die Verbündeten brachen sofort zur Verfolgung auf. Der rechte Flügel unter Prinz Friedrich Karl ging über die Schlei; als am 7. abends, nach beschwerlichem Marsche auf glatten Wegen, die ersten seiner Truppen Flensburg erreichten, waren die Dänen bereits seit drei Stunden fort. Die Österreicher dagegen erreichten am Nachmittage des 6. deren Nachhut bei dem Dorfe Oversee, wo es zu einem überaus blutigen Gefechte kam: im übrigen erreichte das dänische Heer ohne weitere Verluste als die in dem Danewirke zurückgelassene Beute seine zweite Verteidigungsstellung bei Düppel.

Die Operationen kamen hier eine Weile zum Stillstand. Während die Österreicher und die inzwischen herangekommenen preußischen Garden, welche als III. Corps den linken Flügel bildeten, nordwärts zogen und am 19. die letzteren unter General von der Mülbe die

erste Stadt in Jütland, Kolding, besetzten, rückte das I. preußische Corps unter Friedrich Karl am 9. Februar und den folgenden Tagen in die Halbinsel Sundewitt ein. Diese, die dritte oder vierte der buchtenreichen Ostküste dieses Landes, wird von der Flensburger Förde und dem Weningbunde im Süden, der Apenrader Förde im Norden und dem Alsensunde im Osten gebildet, und in ihrer Südostecke liegen die gewaltigen Schanzen, die, auf drei Seiten vom Meere gedeckt, mit der Insel Alsen durch Brücken verbunden, eine Stellung ausmachten, von der man sich bald überzeugte, daß sie nicht ohne förmliche Belagerung zu nehmen war.

Auch Schleswig war so, bis auf diesen geringen Rest und die Inseln, von den Dänen frei. Allenthalben war von den Bevölkerungen Herzog Friedrich ausgerufen worden, trotzdem daß der erste Erlaß des preußischen Civilkommissars von Zedlitz (Schleswig 8. Februar) politische Vereine und öffentliche Demonstrationen, welche der Successionsfrage vorgreifen könnten, verboten hatte. Gleichzeitig (10. Februar) erklärte Wrangel dem General der Bundestruppen, daß die Sicherheit der Kriegsoperationen ihm die Besetzung von Altona, Neumünster und Kiel zur Pflicht mache. Hake remonstrierte; am 13. protestierte Sachsen heftig am Bundestage dagegen; am 15. war es dennoch geschehen.

Die Ereignisse, deren Schauplatz vom 9. Februar bis 18. April die Halbinsel Sundewitt war, gehören der besonderen Kriegsgeschichte an. Drei Wochen vergingen unter kleinen Rekognoszierungsgefechten bei schlimmem Wetter, harter Kälte, Schneefall, Tauwetter, welche die Tüchtigkeit der Soldaten und der Leitung auf ernste Proben stellten; es wurde klar, daß ohne Belagerungsgeschütz nicht zum Ziele zu kommen war. Man sicherte die Stellung durch Besetzung der kleinen Halbinsel Broacker im Süden. Die Strandbatterien bei Alnor bestanden ein glückliches Gefecht gegen das gefürchtete dänische Panzerschiff Rolf Krake; in diesen einzelnen Gefechten zeigte sich überall das Zündnadelgewehr der Preußen in Verbindung mit der Tapferkeit, Mannszucht und ganzen Haltung der Soldaten, wie die Einsicht und allseitige Tüchtigkeit der Offiziere im glänzendsten Lichte, so in den Gefechten am 17. März bei Nackebüll und Düppel; vom Süden her kam die Nachricht von der Einnahme der Insel Fehmern, welche Abteilungen des 48. Regiments durch Überfall von Heiligenhafen aus gelungen war; allmählich trafen Verstärkungen und schweres Geschütz ein. Ein schön angelegter Plan, durch einen Übergang auf Alsen die Düppelstellung zu umgehen und so den Sturm überflüssig zu machen, scheiterte an der Ungunst des Wetters, aber die Belagerung schritt ruhig vor, bis am 18. April, morgens 10 Uhr, das Geschützfeuer

schwieg und die in den Parallelen bereit stehenden Truppen zum Sturme hervorbrachen.

In 10 Minuten war die Hauptstellung, die sechs ersten Schanzen, genommen. Und so unzähmbar war das in den Mannschaften entfachte Kriegsfeuer, daß sie, sobald es hier nichts weiter zu thun gab, unaufhaltsam vorwärts eilten, der zweiten Linie zu, — einer Verschanzung, die 4—500 Schritt hinter den ersten Schanzen im Bogen bis zum Weningbunde lief. Die Dänen, unter schwerem Verlust aus den Schanzen getrieben, suchten sich hier wieder zu sammeln, um sich den Rückzug auf Alsen zu sichern. Indes auch in diese Linie drangen zugleich mit den weichenden Dänen Abteilungen der Stürmenden ein. Wenige Minuten später war auch sie genommen: und erst als die Vordringenden schon über dieselbe hinaus waren, hemmte sie ein Vorstoß der noch unversehrten 8. dänischen Brigade, welchen der kommandierende dänische General Duplat befahl. Hier bei der Mühle an der von Flensburg auf Sonderburg führenden Chaussee, zwischen der 2. Linie und dem dänischen Barackenlager, kam es zwischen der dänischen Brigade und den preußischerseits vorgeführten Reservetruppen zu einem heftigen aber kurzen Kampfe. Der dänische Höchstkommandierende an diesem Tage, Duplat, fiel hier. Die Reste der 1. und der 8. dänischen Brigade flohen weiter in der Richtung nach Sonderburg. Noch war diesseit des Alsensunds — an der Stelle, wo die Chaussee zum Wasser hinabführt — der Brückenkopf in ihren Händen: man hielt preußischerseits ein, um nicht die Verluste unnötig zu steigern, und überließ einstweilen der Artillerie den Kampf, welche, 71 Geschütze, ihr Feuer gegen Alsen richtete und von dorther die Antwort erhielt. Aber auch der Brückenkopf war bereits von preußischen Truppen genommen, die sich, wenige Abteilungen, die Verwirrung von Kampf und Flucht benutzend, zum Teil im Chausseegraben vorwärts dringend, ohne mehr ernsten Widerstand zu finden, desselben bemächtigt hatten: als die in der Front heranrückenden Kolonnen näher kamen, sahen sie, daß kein Angriff mehr nötig war. Nachmittags 2 Uhr war kein kampffähiger Feind mehr auf dem schleswigschen Festland. Die Verluste der Preußen bei dieser Waffenthat, die jeder andern aus der großen Kriegsgeschichte dieses Staats ebenbürtig ist, beliefen sich auf 1184 Mann, 70 Offiziere, unter ihnen General von Raven, der, die Reste des rechten dänischen Flügels am Alsensunde nach dem Brückenkopfe zu verfolgend, tödlich getroffen ward: „Es ist Zeit", war sein Wort, „daß wieder einmal ein preußischer General für seinen König stirbt." Die Dänen, welche sich tapfer geschlagen hatten, verloren an Toten, Verwundeten und Gefangenen gegen 5000 Mann.

Am 22. erschien der König von Preußen selbst, um seinen Truppen

Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Von W. Camphausen.

zu danken. Überall auf der Durchreise ward er von der Bevölkerung, welche den Sieg gebührend würdigte, dankbar und freudig empfangen. „Eure Sache ist mir heilig, und ich werde sie ausfechten", sagte er einer Begrüßungsdeputation in Rendsburg, und es war schwer anzunehmen, daß die Herzogtümer nach dieser Waffenthat und diesem Königswort wieder dänisch werden würden. Am 4. Mai traf die Düppeler Siegesbeute, 118 Kanonen und die eroberten Fahnen, in Berlin ein.

Und während um die Düppelstellung gekämpft wurde, war auch der größere Teil von Jütland in die Hände der Verbündeten gefallen. Von österreichischer Seite zeigte man anfangs wenig Lust, den Krieg weiterzutragen: man begann zu ahnen, daß man hier nicht Österreichs Geschäfte fördere. Erst am 7. März, nachdem General von Manteuffel in besonderer Mission in Wien gewesen, ging es wieder vorwärts, die preußischen Garden ostwärts gegen Fridericia, die Österreicher nordwärts gegen Veile. Diese vertrieben hier, mit gewohnter Bravour, die Dänen aus ihrer festen Stellung (8. März), unter geringem Verlust; eine Brigade besetzte Veile, die übrigen wandten sich rückwärts, um in Gemeinschaft mit den preußischen Garden gegen die Festung Fridericia zu operieren. Die Beschießung der starken Festung aus Feldgeschützen aber hatte keine Wirkung; erst als die Erstürmung der Düppeler Stellung das preußische Belagerungsgeschütz verfügbar machte, konnte man hoffen, zum Ziele zu gelangen.

Noch aber war die Hartnäckigkeit der Dänen, obwohl erschüttert durch die Räumung des Danewirkes und die Eroberung der Düppelstellung, nicht gebrochen. Die Hoffnung auf fremde Hilfe war verschwunden: „Ich stehe verlassen da in der Welt mit meinem Volke" klagte König Christian in seiner Proklamation vom 6. Februar, und die Hilfegesuche, die er an England und Frankreich, an Schweden und Rußland richtete, hatten keinen Erfolg gehabt; aber als nun England am 21. eine Konferenz ohne nähere Bestimmung einer Friedensgrundlage vorschlug, um eine Verständigung zu suchen, lehnte Dänemark ab. Noch am 18. März, als die verbündeten Truppen bereits bis Veile vorgedrungen waren, wollte die dänische Regierung die Londoner Konferenz nur auf Grund der Abmachungen von 1851/52 beschicken, unter Abweisung jeder Friedensbasis, welche dem Deutschen Bund Einfluß auf Gebiete gestatte, welche nicht zu demselben gehörten: und die königliche Botschaft, welche am 22. den Reichstag in Kopenhagen schloß, erklärte trotzig, daß die Zeit noch sehr fern liege, wo das dänische Volk dazu genötigt werden könnte, sich einem demütigenden Frieden zu unterwerfen.

Indes hatten die Bemühungen Englands den Erfolg, daß eine Konferenz ohne bestimmte Basis angenommen wurde und auch der

Deutſche Bund ſeinerſeits aufgefordert ward, einen Vertreter für dieſelbe zu ernennen. Die Verſammlung wählte den ſächſiſchen Miniſter von Beuſt und gab ihm eine allgemein gehaltene Inſtruktion mit, welche ihm anempfahl, mit den Vertretern der deutſchen Großmächte möglichſt zuſammenzugehen. Am 25. April trat die Konferenz der Mächte zu London zuſammen. Am 29. räumten die Dänen, auf welche doch das Unglück von Düppel nicht ganz ohne Wirkung geweſen war, Fridericia freiwillig, und die Öſterreicher zogen ein, während die preußiſchen Garden nun nordwärts rückten und binnen wenigen Tagen am Lijmfjord bei Aalborg ſtanden, ſo daß nur der armſelige Reſt von Jütland, welchen jener Waſſergürtel, vom Kattegatt zum Skagerrak ſich ziehend, von der übrigen Halbinſel abſcheidet, und die Inſeln ihnen verblieben: nur 236 Quadratmeilen mit 896 000 Einwohnern von jenen 1037 Quadratmeilen mit $2^1/_2$ Millionen, wie ſie die däniſche Monarchie des Londoner Protokolls umfaßte.

Es gelang in der Sitzung vom 9. Mai — demſelben Tage, an welchem das öſterreichiſche Geſchwader, das mittlerweile in der Nordſee erſchienen war, unter Kapitän Tegetthoff in ruhmvollem, wenngleich nicht ſiegreichem Seegefecht mit der däniſchen Flottille bei Helgoland ſich maß —, eine Waffenruhe auf die Dauer eines Monats zu ſtande zu bringen, während welcher Zeit die Blockade deutſcher Küſten aufgehoben ſein, die Dänen im Beſitze Alſens, die Verbündeten im Beſitze Jütlands, ſoweit ſie es beſetzt hatten, bleiben ſollten. Die deutſche Sache aber fand bei den Verhandlungen zu London einen vortrefflichen Verbündeten an der Hartnäckigkeit der Dänen. Am 15. Mai that die preußiſche Regierung einen entſcheidenden Schritt, indem ſie ſich nunmehr von den Verpflichtungen des Londoner Protokolls losſagte. Als ſie eben dies unter Zuſtimmung Öſterreichs am 17. in der Konferenz erklärte und zugleich vollſtändige Vereinigung der Herzogtümer, vollſtändige Trennung derſelben von Dänemark in politiſcher und adminiſtrativer Beziehung, aber mit Beibehaltung der Perſonalunion unter Chriſtian IX. vorſchlug, da weigerten ſich die däniſchen Bevollmächtigten, über dieſen Vorſchlag auch nur nach Kopenhagen zu berichten. Ein hoffnungsvoller Moment für eine Löſung der Sache im Sinne der Stimmung der Nächſtbeteiligten und des geſamten deutſchen Volkes trat ein. Am 28., in der 6. Sitzung der Konferenz, verlangten die deutſchen Vertreter, den Bundesbevollmächtigten eingeſchloſſen, die Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Staate unter dem Erbprinzen von Auguſtenburg, der in den Augen Deutſchlands der Beſtberechtigte und zugleich der ungeheuren Majorität der Bevölkerung des Landes ſelbſt genehm ſei; es entſprach den unzähligen Adreſſen, mit denen Herr von Beuſt über-

schüttet wurde, und unter denen eine mit 1353 Namen deutscher Kammermitglieder die gewichtigste war. England seinerseits kam auf den alten Gedanken zurück, Schleswig zu teilen: und zwar so, daß, was südlich vom Danewirke und der Schlei liege, zu Deutschland gehören solle. Von seiten Preußens und Österreichs wollte man sich allenfalls eine Teilungslinie Apenrade-Tondern gefallen lassen, und man war so noch immer um die halbe Breite von Schleswig auseinander: dänischerseits aber wollte man weder von der einen noch von der andern Linie etwas wissen. Noch wurde am 22. Juni seitens der Neutralen der Vorschlag gemacht, die Teilungslinie durch einen Schiedsrichter bestimmen zu lassen; auch dies ward von dänischer Seite abgelehnt, und ebenso wiesen die Schleswig-Holstein-Vereine und die Wortführer der Agitation in Deutschland jede Teilung weit weg; am 25. trennte sich die Konferenz ohne Ergebnis. Eine Verlängerung der Waffenruhe um 14 Tage war am 9. beschlossen worden; jetzt, 26. Juni, mußten die Feindseligkeiten doch noch einmal aufgenommen werden.

Der Oberbefehl hatte mittlerweile bei den Verbündeten gewechselt; an Wrangels Stelle war Prinz Friedrich Karl ernannt worden. Die Truppen im Sundewitt, das I. Corps, Preußen, befehligte General Herwarth von Bittenfeld; das II., die Österreicher, welches mit dem III. zusammen in Jütland operierte, stand, wie bisher, unter dem Freiherrn von Gablenz; das III., die preußische Garde und eine schlesische Brigade, befehligte General Vogel von Falckenstein. Bei den Dänen war General de Meza, welcher das Danewirke geräumt hatte, um das Heer zu retten, der unberechtigten, aber erklärlichen Erbitterung der mitsprechenden Kopenhagener Bevölkerung geopfert und durch General Gerlach ersetzt worden.

Preußischerseits wurde dieser zweite Akt des Krieges mit einer glänzenden Waffenthat eröffnet. In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni wurde der Übergang über den 800—1000 Schritt breiten Alsensund an dessen nördlichem Teile auf Booten in 4 Kolonnen glücklich bewerkstelligt. Um 2 Uhr landeten, von der sehr dunklen Nacht begünstigt, aber schon in der Mitte des Sunds auf der 11 Minuten langen Fahrt von der Insel her unter Feuer genommen, die ersten Boote. Ihre Mannschaft nahm, während den ganzen Sund entlang die Feuersignale die dänischen Mannschaften an die Gewehre riefen, das Gehöft Arnkiel im ersten Anlauf; Boot auf Boot, unter dem feindlichen Feuer landend, brachte Verstärkungen herüber. Die Verteidigung des dänischen Generals Steinmann, der keine Verstärkung von Fünen her für nötig gehalten hatte, war ohne volle Energie: morgens 7 Uhr war Sonderburg genommen und der Feind in vollem Rückzuge. Noch

am gleichen Tage, unverfolgt, räumten die Dänen die Insel vollständig. Es war eine schwere Niederlage, die ihnen nach eigenem Bericht gegen 4000 Mann, darunter über 2000 Gefangene, kostete, während der Verlust der Sieger an Verwundeten und Toten nur 373 Mann betrug.

Der Übergang über den Limfjord, den die Preußen am 11. und 12. Juli, die Österreicher am 13. und 14. bewerkstelligten, kostete keine weiteren Opfer mehr. Als die Österreicher in der Hauptstadt der Insel Mors im westlichen Teile des Fjords, Nykjöbing, anlangten, erfuhren sie, daß die feindlichen Truppen schon seit 8 Tagen fort waren. Die Preußen rückten, an der Ostküste vordringend, in die Festung Frederikshaven ein; am 14. besuchte ihr Generalstab mit einiger Bedeckungsmannschaft ungefährdet das Kap Skagen und richtete dort, wo die Wellen zweier Meere sich bekämpfen, eine österreichische und eine preußische Fahne auf: preußische Husaren durchritten das abgelegene nordische Städtchen, welches die Station für die den Eingang in das Kattegatt bewachenden Kriegsschiffe bildet. In den nächsten Tagen wurden auch die friesischen Inseln Sylt und Föhr an der Westküste Schleswigs durch eine österreichisch-preußische Flottille genommen. Der dänische Kapitän Hammer, welcher hier befehligte, und der die gut deutschgesinnte Bevölkerung noch nach besten Kräften mißhandelte, wurde hier, nachdem ihm alle Ausgänge jener wattenreichen See geschlossen worden waren, noch glücklich und zur großen Genugthuung der Bevölkerung am 19. Juli zur Kapitulation gezwungen. Zwölf Stunden später lief die Nachricht ein, daß zwischen den Kriegführenden ein Waffenstillstand geschlossen sei.

Die Dänen hatten genug. Der Übergang preußischer Truppen auf Alsen erzeugte in Kopenhagen die Besorgnis, daß man selbst auf den Inseln nicht mehr ganz sicher sei; schon verlangte die dortige Presse die Vereinigung der Truppen um Kopenhagen, die Aufhebung der Blockade der deutschen Küsten, die Heimberufung der Schiffe. Die Vereinigung der Seestreitkräfte der Verbündeten stand bevor; irgend welche Aussicht, das Geschick zu wenden, war nirgends am Horizonte sichtbar, der überall dasselbe trübselige Grau zeigte. So forderte am 8. Juli das Ministerium Monrad, vom König dazu aufgefordert, seine Entlassung: das neue, an dessen Spitze Graf Bluhme von der Gesamtstaatspartei stand, suchte am 12. einen Waffenstillstand behufs Einleitung von Friedensunterhandlungen nach. Er ward bewilligt, und am 26. begannen zu Wien die Friedensunterhandlungen. Am 1. August wurden die Präliminarien unterzeichnet und ein dreimonatlicher Waffenstillstand vereinbart; am 30. Oktober (1864) ward der Friede zu Wien unterzeichnet. In diesem Frieden verzichtete (Artikel 3) der

König von Dänemark auf alle seine Rechte auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen und verpflichtete sich, die Verfügungen anzuerkennen, welche dieselben über die Länder treffen würden; es war weder ein Vertreter der Herzogtümer selbst noch ein Vertreter des Deutschen Bundes bei den Verhandlungen zugezogen worden.

c. Bis zur Konvention von Gastein.
30. Oktober 1864 bis 14. August 1865.

Schon diese Form des Friedensschlusses aber zeigte, daß nur der eine Teil der schleswig-holsteinischen Frage, die Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark, gelöst sei: der schwerere stand noch aus. Das Gefühl der Genugthuung darüber, daß die Schmach der früheren Niederlagen getilgt, daß an den Dänen volle Strafe genommen war für den Schimpf und Hohn, welchen sie der deutschen Nation seit zwei Jahrzehnten angethan, konnte nicht recht aufkommen. Man hatte sich in Deutschland die Sache anders gedacht; schon während des Krieges war den deutschen Bundestruppen, den Sachsen, Hannoveranern und mit ihnen in gewissem Sinne auch allen übrigen die Pein auferlegt worden, von fern Gewehr bei Fuß zusehen zu müssen, wie Österreicher und Preußen sich mit Ruhm bedeckten; jetzt erst aber begann die schwerste Zeit der Prüfung, die furchtbare Krisis der gewaltigen deutschen Frage — eine Krisis, die schließlich zum Heile dienen sollte, aber erst nachdem die Nation den Wermutsbecher bis auf den letzten Tropfen geleert hatte.

Am 13. November 1864 sprach die geschäftsleitende Kommission des 36er Ausschusses in einem Rundschreiben an die Schleswig-Holstein-Vereine eine sehr bittere Kritik dieses Friedens aus und gab die Losung, daß man vor allem auf die Einberufung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung bringe: und wenn es nach dieser Stimme, welche allenthalben im außerpreußischen Deutschland einen lauten Widerhall fand, gegangen wäre, so würde die Frucht des Krieges zunächst darin bestanden haben, aus den befreiten Herzogtümern baldmöglichst einen souveränen Mittelstaat zu machen, der sich dann Zeit nehmen konnte, an Preußen diejenigen Zugeständnisse zu machen oder auch nicht zu machen, gegen deren Notwendigkeit man sich im Lager des Nationalvereins und seiner Anhänger in der Theorie wenigstens nicht völlig verschloß. Zum Glück ruhte diese Frage in der Hand eines festen, klaren und praktischen Staatsmannes, der überdies an der richtigen Stelle, an der Spitze der preußischen Regierung, der Erste im Rate eines thatkräftigen Königs, stand. Bismarck

wußte zunächst von Anfang an klar, was er im Interesse Preußens nicht zugeben durfte: und er war sich auch klar über die Richtung, in welcher das für Preußen und damit für das Deutschland, das sich deutlicher und deutlicher in seinem Geiste gestaltete, zu Erstrebende gelegen war. Er war darüber mit sich im reinen, daß kein vollsouveräner deutscher Mittelstaat d. h. kein Gegner Preußens an dieser Stelle aufgerichtet werden dürfe: und zuvörderst war zu diesem Zweck notwendig, daß Preußen und nicht der Bund den Gang der Dinge bestimmte. Es war ein Glücksfall außerordentlicher Art, daß Österreich in dieser Frage sich von der Mehrheit der Bundesregierungen getrennt und in Gemeinschaft mit Preußen den Krieg unternommen hatte; im Laufe des Krieges ergab sich dann die Gelegenheit, die Herzogtümer ganz von Dänemark zu lösen, was an sich ein großer Gewinn für Deutschland war, aber allerdings nur dann, wenn der neue Staat seine Interessen eng mit denen Preußens vereinigte. So bot sich während der Londoner Verhandlungen die Lösung, die Herzogtümer dem Augustenburger zu übergeben, mit Vorbehalt der nötigen Garantieen, daß Preußen hier ein Bundesgenosse und nicht ein Gegner erwachse. Bismarck aber war nicht der Mann, diese Garantieen als das zweite und minder Wesentliche zu behandeln, — sie etwa von dem guten Willen eines Landesherrn oder einer Landesversammlung zu erwarten, wenn er erst die Macht aus den Händen gegeben. Seit dem Sturm auf die Düppeler Schanzen, seit Ende April wurden die ersten Demonstrationen für eine unmittelbare Einverleibung der Herzogtümer in Preußen teils in Scene gesetzt, teils tauchten sie von selber auf, weil diese Lösung wirklich, sobald man sich von gewissen Tagesvorurteilen frei gemacht hatte, als die an sich beste und wünschenswerteste einleuchten mußte. Indes zunächst hatten diese Demonstrationen, welche wie die Adresse des Grafen Arnim-Boitzenburg und Genossen an den König (11. Mai) diese Lösung mehr andeuteten als geradezu verlangten — doch nur die Bedeutung, den Erbprinzen von Augustenburg, die Herzogtümer und die Partei der vagen Vaterlandsbegeisterung in Deutschland nachdrücklich daran zu erinnern und darauf vorzubereiten, daß der künftige Staat Schleswig-Holstein zu Preußen in einem andern Verhältnisse stehen müsse als Sachsen oder Hessen. Die Aussichten des Erbprinzen standen indes gegen Ende Mai vortrefflich: er war Herzog, unter der einen Bedingung eines rückhaltlosen Anschlusses an die norddeutsche Vormacht, an Preußen. Was Preußen, was Bismarck im Namen Preußens verlangte, war mäßig, und der künftige Herzog hätte auf nichts zu verzichten gehabt, was die landesfürstliche Stellung zu einem Gegenstande des Wunsches für einen vaterlandsliebenden Mann machen konnte. Der preußische Minister verlangte einen Schiff-

fahrtskanal von Eckernförde nach Brunsbüttel mit zwei befestigten Endpunkten, welche entsprechend wie das im Jahre 1853 von Oldenburg an der Jade abgetretene Gebiet an Preußen zu überlassen sein würde; preußisches Aufsichtsrecht über diesen Kanal; eine Militär- und Marinekonvention mit Preußen — in der Art wie Koburg, Altenburg, Waldeck ihre Streitmittel mit denen Preußens vereinigt hatten.

Aber der Prinz war wie die anderen. Noch war er nicht Herzog — noch war nicht einmal der Krieg zu Ende — und schon zeigte er den vollen partikularistischen Dünkel. In der Unterredung, welche er am 1. Juni 1864 mit dem preußischen Ministerpräsidenten hatte, erhob er gegen alle Punkte Schwierigkeiten. Wirkliche Landabtretungen wollte er höchstens in dem Umfange des Jadegebietes zugestehen; die Militärkonvention mit Koburg, welche die ihm angesonnene verdeutlichen konnte, fand er „in manchen Punkten zu weit gehend"; auch erinnerte er — sehr zur Unzeit — daran, daß es nicht seine Zustimmung allein gelte, daß man auch mit dem künftigen Landtage rechnen müsse. Er glaubte seiner Sache sehr sicher zu sein; man solle, meinte er, ihn nicht durch feste Abmachungen binden, vielmehr darauf hinwirken, sein Herz zu gewinnen, dann werde er preußische Politik machen: er vergaß sich so weit, daß er dem preußischen Minister sagte, es wäre für seine Sache besser gewesen, wenn der Bund allein sie ausgefochten hätte, und sprach den geheimsten Hintergedanken des deutschen Sonderfürstentums mit den Worten aus, daß die Herzogtümer, welche Preußen nicht gerufen hätten, alsdann unter weniger lästigen Bedingungen befreit worden wären. Er fragte, ob Bismarck über jene Forderungen, die er als Zumutungen bezeichnete, mit Österreich einig sei. Der scheinklugen Frage setzte Bismarck die Offenheit entgegen, welche seine Gegner später und glücklicherweise zu spät als seine furchtbarste Waffe erkannten: er verneinte; Preußen aber, setzte er hinzu, werde diese Forderungen unter allen Umständen aufrecht halten.

Bismarck wußte genug: er faßte in seiner unmittelbar nachher genommenen Aufzeichnung den Eindruck der dreistündigen Unterredung dahin zusammen, daß der Herzog Preußen möglichst unvollständig zu befriedigen suchen werde, indem er die Stände der Herzogtümer und Österreich in Bewegung setze: und daß er dabei nahezu auf alle seine fürstlichen Kollegen und auf den ganzen Unverstand der unklaren Stimmung in der Nation zählen konnte, verstand sich von selbst. Der preußische Staatsmann war mit dem Erbprinzen fertig, der in dieser Unterredung allerdings ein ungewöhnliches Maß politischer Unfähigkeit an den Tag gelegt hatte. Auch später kam dieser nicht über unbestimmte Worte — „die Beziehungen zu derjenigen Macht zu pflegen, welche auch in Zukunft die nächste und wirksamste Stütze gegen Dänemark sein

wird", und dgl. — hinaus und bequemte sich zu bestimmteren erst, als es zu spät war.

Da die Verständigung mit dem Herzog aussichtslos war, so stellte sich — und man muß wohl annehmen, daß um jene Zeit Bismarck darüber mit sich ins klare kam — als einzig mögliches, aber auch wünschenswertestes Ziel die vollständige Einverleibung der Herzogtümer in Preußen fest. Ein hohes Ziel: eine Erwerbung mindestens so wichtig, wie ein Jahrhundert früher die von Schlesien, aber auch nicht minder schwierig als jene, nicht minder von ungeheuren Gefahren umlagert.

Der gewaltige Mann, der mit entschlossenem Mute dieses Ziel ins Auge faßte, hatte eine Koalition von Kräften sich gegenüber, nicht minder furchtbar als jene, welche im Jahre 1756 wider Friedrich den Großen unter Waffen stand. Er hatte auf den ersten Anblick nicht weniger als alles gegen sich: die Stimmung der Herzogtümer selbst, des verzogenen Kindes von Deutschland; den gesamten vielgestaltigen Partikularismus in Deutschland, der, Regierungen und Volk, Konservative und Demokraten, bei jenem bloßen Gedanken der Annexion außer sich geriet; die gesamte Macht Österreichs, dessen leitende Männer schon zu ahnen begannen, in welch verderbliches Abenteuer sie sich hatten verstricken lassen; den Widerwillen der europäischen Großmächte, welche Preußen eine solche Erwerbung nicht gönnten: und er betrat den kühnen Weg überdies in einem Augenblick, wo er noch immer die große Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses und den Teil des Volkes, der hinter dieser Mehrheit stand, gegen sich hatte. Und auch daß allmählich, wenn seine Ziele deutlicher hervortraten, ein Teil seiner Gegner zu ihm übertreten würde, durfte er nicht erwarten. Im Gegenteil, wenn der unvermeidliche Gegensatz sich zuspitzte — wenn es notwendig wurde, wie nicht ausbleiben konnte, die Frage in aller Schärfe zwischen Österreich und Preußen, zwischen dem neuen Deutschland und dem Deutschland der Heiligen Allianz zu stellen: so war zu erwarten, daß ihm auch die konservative Partei oder ein großer Teil derselben abfällig wurde, der jetzt, solange es nur gegen die Demokratie und den Liberalismus ging, ihm blindlings folgte: und ob er dann auch noch seinen sichersten Bundesgenossen, den König selbst, in welchem noch ein guter Teil der traditionellen Hohenzollernschen Loyalität gegen das Habsburgische Haus lebte, für sich haben werde, war zweifelhaft. Indes für denjenigen, welcher die Dinge zu sehen verstand, wie sie wirklich waren, und welcher die für den handelnden Staatsmann unentbehrliche Gabe besaß, sie nicht „zu tragisch zu nehmen", verloren diese Gegner viel von ihrer Furchtbarkeit. Jedem einzelnen derselben war die wirkliche Macht, die in dem preußischen Heere und der straffen Organi-

sation der ganzen preußischen Staatskraft lag, überlegen, und eine Vereinigung aller jener Gegner zu raschem Handeln war nicht wahrscheinlich. Den Vorteil des raschen Handelns im gelegenen Augenblick hatte vielmehr der Staatsmann voraus, der genau wußte, was er wollte. Dies aber ließ sich von den Gegnern keineswegs behaupten. Sie waren nur einig in dem, was sie nicht wollten. Über diese Linie hinaus war alles Zwiespalt und Verwirrung.

Von diesen zahlreichen Hindernissen, welche sich der Verwirklichung der Pläne Bismarcks und seiner Führung der auswärtigen Politik entgegensetzten, war der noch nicht beigelegte Verfassungskonflikt nicht das größte. Wir haben gesehen, daß die Regierung gehofft hatte, durch den österreichischen Bundesreformplan, dem sie ihrerseits einen Vorschlag entgegensetzte, welcher die kühnsten Wünsche des Liberalismus überholte, zu einer willfährigeren Kammer zu gelangen. Diese Hoffnung hatte sich nicht erfüllt. In dem neuen Abgeordnetenhause, das im November 1863 zusammentrat, musterte die Regierung nicht über 37 Stimmen. Die Thronrede hielt wiederum an der Armeeorganisation fest, und damit ergab sich alles übrige von selbst; die Lage blieb, wie sie gewesen. Die Preßordonnanz erfuhr im Abgeordnetenhause die schärfste Kritik und eine in der That wohlverdiente Verurteilung: es konnte die Stimmung nicht bessern, daß das Herrenhaus es für wünschenswert erklärte, jene Verordnung, deren Verfassungsmäßigkeit von der feudalen Mehrheit dieses Hauses mit Gründen gestützt wurde, die jedes erträgliche Maß gewissenloser Parteirabulistik überstiegen, so lange aufrecht zu erhalten, bis ein neues Preßgesetz — ein Preßgesetz im Sinne dieser Mehrheit — zu stande gekommen sei. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit, die sonst wohl geeignet gewesen wäre, eine Verständigung über die Hauptsache, die Armeeorganisationsfrage, zu erleichtern, wurde unter diesen Umständen nur eine Quelle neuer Verbitterung. Die von der Regierung verlangte Anleihe wurde, wie erwähnt, abgelehnt: der Minister hatte in der Kommission trotzig erklärt, daß er in diesem Falle das Geld nehmen werde, wo er es finde, und am 25. Januar 1864 war, wie schon erzählt, nachdem die Kammer alle Vorlagen der Regierung abgelehnt hatte, die Session geschlossen worden. Die Verwaltung wurde, da ein Budgetgesetz abermals nicht zu stande gekommen, wiederum ohne ein solches weitergeführt, und die Regierung reizte die oppositionelle Stimmung aufs neue durch eine überaus kleinliche Maßregel, indem sie den Beamten, welche Abgeordnete waren, die durch ihre Stellvertretung während der Sessionen erwachsenden Kosten auferlegte: fast als glaubte sie den jämmerlichen Anschuldigungen der feudalen Presse, welche zu behaupten nicht errötete, daß viele Beamte nur durch die Aussicht, mit drei Thalern Diäten in Berlin

einige Monate in Saus und Braus zu leben, verlockt würden, ein Abgeordnetenmandat anzunehmen.

Indes machte sich doch seit April 1864 die Wirkung der Siege in Schleswig entschieden bemerkbar, und der Verfassungskrisis war ihr akuter Charakter für den Augenblick benommen. Man hatte gesehen, daß das preußische Heer denn doch noch für andere Dinge da war, als für Paraden und Demonstrationen; mit Begeisterung folgte die Bevölkerung, namentlich die nicht politisierende, den Thaten der preußischen Streitmacht zu Lande und zu Wasser — denn auch die junge Flotte hatte sich in wiederholten kleinen Gefechten, wie am 17. August vor Stralsund, des preußischen Namens würdig gezeigt — und der Enthusiasmus war groß, als am 7. Dezember die siegreichen Truppen in Berlin einzogen. Der Oberbürgermeister der Hauptstadt, v. Seydel, sprach in seiner Rede eine Billigung der seitherigen Politik und ein Vertrauen zu dem König aus, dessen Ausdruck sich seither in den städtischen Versammlungen nicht mehr hervorgewagt hatte: mit Nachdruck und in einer Sprache, welche nichts von dem fortdauernden inneren Streite ahnen ließ, hob er hervor, daß, was Preußen erworben, für Deutschland gewonnen sei, daß die staatbildende Kraft Preußens jene Länder durchdringen müsse. Der König seinerseits aber durfte mit Recht darauf hinweisen, daß die neue Armeeorganisation, sein eigenstes Werk, sich bewährt habe, daß die Erfolge mit verhältnismäßig wenigen Opfern und ohne jene tiefgreifenden Störungen erreicht worden seien, welche sonst in dem Lande der allgemeinen Wehrpflicht Mobilmachungen begleiteten. Weiter aber: es hatte sich auch die Leitung der auswärtigen Politik, mochte man es sich auch noch so widerwillig eingestehen, aufs glänzendste bewährt. Eben während des Krieges errang Preußen in der so lange schwebenden Frage der Erneuerung des Zollvereins auf Grund des französischen Handelsvertrags einen vollen Triumph: einer der Mittel- und Kleinstaaten nach dem andern, sahen wir, fügte sich der Notwendigkeit und eilte, noch unter Dach zu kommen, ehe die Thür geschlossen ward; in der großen Frage aber, welche vielleicht und wahrscheinlich über die Zukunft Preußens und Deutschlands entschied, war alles erreicht, was die Opposition als Ziel einer nationalen Politik verlangt hatte, und der thörichte Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 22. Januar 1864 aufs glänzendste widerlegt. Mit Recht konnte kurze Zeit später Bismarck darauf hinweisen, daß, wenn es auf nichts weiter ankäme, als auf die Verwirklichung des Wunsches, den einst im Anfange der Krisis die Mehrheit als Ziel der preußischen Politik hingestellt hatte, — Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg als souveränen Herzogs über das vereinigte Schleswig-Holstein [illegible] Wunsche binnen einer halben Stunde genügt werden könnte.

Und mehr noch: selbst ein unmittelbarer Gewinn für Preußen stand in sicherer Aussicht, da der Anschluß des Herzogtums Lauenburg an Preußen — doch immerhin 50 000 Deutsche auf 20 Quadratmeilen — so gut wie gewiß war.

Die Schuld, daß der günstige Augenblick nicht benutzt ward, traf wesentlich das Abgeordnetenhaus. Die Eröffnungsrede des Königs, als am 14. Januar 1865 der Landtag wieder zusammentrat, war versöhnlich. „Es ist mein dringender Wunsch", sagte der König, „daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen meiner Regierung und dem Abgeordnetenhause obgewaltet hat, seine Ausgleichung finde", und da er gleichzeitig der preußischen Politik die wichtige Aufgabe stellte, die Verhältnisse in den Herzogtümern so zu gestalten, daß „sie uns die Ehrenpflicht des Schutzes der Nordmarken Deutschlands erleichtern", so war es an der Mehrheit, nicht von vornherein eine abweisende Haltung einzunehmen. Der wackere Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, erkannte in der Bewillkommnungsrede vom gleichen Tage auch an, daß „die Scharte von Olmütz ausgewetzt und Preußens verpfändete Ehre auf Schleswigs Fluren ruhmreich eingelöst sei", ließ sich aber wenige Tage später zu einer heftigen, an sich nicht unberechtigten, aber höchst unzeitgemäßen Anklage der inneren Politik der Regierung hinreißen. Vergebens gab der Minister des Innern, Graf Eulenburg, am 24. bei der Adreßdebatte sehr deutlich zu verstehen, daß die Majorität im Grunde mit ihrer Auslegung des Art. 99 der Verfassung, welcher das Budgetgesetz betraf, recht habe; sie möge dessen Kraft an anderen Punkten erproben, wo sie die Regierung gefügig finden werde; nur solle sie die Militärfrage jetzt, wo sie es könne, im Sinne des Königs erledigen und endlich damit das Hindernis einer Verständigung aus der Welt schaffen. Es geschah nicht, und man sah von Erwiderung der Thronrede durch eine Adresse ab. Der Konflikt verschärfte sich aufs neue; in ziemlich trüber Stimmung, unter geringer Beteiligung, da und dort unter feindseligen Demonstrationen, wurde das Jubelfest der 50jährigen Vereinigung der Rheinprovinz mit dem preußischen Staate gefeiert. Auch in der auswärtigen Politik wurde der Regierung, welche sich so auf die eigene Kraft und die Zustimmung des Herrenhauses beschränkt sah, die Unterstützung versagt; nur die neuen Zollvereinsverträge wurden genehmigt, alle finanziellen und militärischen Vorlagen der Regierung, Kriegskosten, Flottengründungsplan, abgelehnt. Nach ärgerlichen Verhandlungen wurde am 17. Juni der Landtag geschlossen, und aufs neue begann nun der kleine Krieg mit kleinlichen Maßregelungen von der einen und nicht sehr großartigen Demonstrationen von der andern Seite. Unsere Erzählung braucht die unerquicklichen Einzelheiten nicht zu verfolgen,

welche seither vor ganz anderen Ereignissen in den Hintergrund getreten sind: die gewaltsame Unterdrückung eines Festes, welches zu Köln den liberalen Abgeordneten gegeben wurde (22. Juli), die gerichtliche Verfolgung des Abgeordneten Twesten wegen einer Rede im Abgeordnetenhause und die mehr als zweifelhafte Auslegung, welche am 29. Januar 1866 ein Beschluß des Berliner Obertribunals dem § 84 der Verfassung gab, welcher bestimmt war, die im Interesse des Staates unbedingt notwendige vollständige Redefreiheit in der Kammer zu schützen. Diese und andere derartige Dinge gaben, als am 15. Januar 1866 die neue Session begann, nur neue Streit- und Anklagepunkte, und schon am 23. Februar wurde dieselbe abermals geschlossen. Den ersten greifbaren Erfolg der Bismarckschen Politik, die Übernahme der Regierung des Herzogtums Lauenburg durch den König, erklärte ein Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 3. Februar für rechtsungültig, solange nicht die Zustimmung der Landesvertretung erfolgt sei. Diesmal bezahlte die Regierung das Abgeordnetenhaus mit gleicher Münze: sie sandte diesen Beschluß mit einigen anderen dem Hause unter Anführung der betreffenden Paragraphen als verfassungswidrig zurück.

Es war ein trauriger und peinlicher Zustand, der aber in diesem Lande, wo trotz der Ärgernisse des Augenblicks eine liberale und humane Verwaltung, geordnete Finanzen, blühende Erwerbsthätigkeit ohne Störung fortdauerte und keine tiefer fressende Unzufriedenheit aufkommen ließ, eine Zeitlang getragen werden konnte, und der in jedem Falle den außerpreußischen Gegnern der Politik Bismarcks keinen Zuwachs an Stärke verlieh.

Die preußische Regierung — das, was man im übrigen Deutschland kurzweg Preußen nannte, denn Preußen gegenüber pflegte man in der Regel nicht den Unterschied zwischen Regierung und Volk oder Volksvertretung gelten zu lassen, den man liberalerseits sonst überall betonte — die preußische Regierung war durch ihre Politik, ihre innere wie auswärtige, allenthalben unpopulär. Der geniale Gedanke, auf welchem die letztere beruhte, die deutsche Einheit durch eine egoistisch-preußische Politik zu schaffen, war viel zu einfach, als daß er dem politischen Dilettantismus, der von einem Ende Deutschlands zum andern sein Wesen trieb, eingeleuchtet hätte. Aber die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten waren darum durch das, was sie in diesen beiden Richtungen, nach innen und nach außen, ihrerseits geleistet hatten, nicht populärer. In den meisten der deutschen Staaten war die Ehe zwischen Regierung [illegible] nicht glücklicher, als sie es in diesem Augenblicke in Preußen [illegible] den Konflikten, welche in beiden Hessen, in Nassau, in Han-

nover, in Anhalt und wo nicht sonst im Gange waren, fehlte überdies der großartige Charakter vollständig, den der Verfassungskampf in dem Großstaate Preußen trug. Nur in Baden und einigen anderen Staaten, Weimar, Braunschweig, Oldenburg etwa, war das Verhältnis zwischen Fürst und Land ein gedeihliches: in Bayern, wo König Maximilian II. am 10. März 1864 gestorben war und sein Sohn Ludwig II., ein 19jähriger Jüngling, den Thron bestiegen hatte, bereitete sich ein weit heftigerer und tiefer greifender Streit, als der preußische war, der Zusammenstoß zwischen Liberalismus und Klerikalismus, vor; in Württemberg, wo gleichfalls ein Regierungswechsel eintrat, da am 25. Juni 1864 der alte König Wilhelm starb und sein Sohn Karl I. folgte, gab es nur deswegen keinen Konflikt, weil das neue Ministerium von Varnbüler es sehr gut verstand, eine phrasenreiche und thatenarme Demokratie, welche über der deutschen Verfassungsfrage und anderen hohen Dingen die vielen Mißbräuche des eigenen Landes übersah, mit gleicher Münze zu bezahlen, und weil die Selbstgefälligkeit des Volkes, dem Regierung und Demokratie um die Wette schmeichelte, sich bei dem stagnierenden Zustande des Landes wohlbehagte. In Kurhessen war die Volksvertretung im November 1864 bereits wieder so weit, dem nichtswürdigen Tyrannen, welcher fortfuhr, trotz wiederhergestellter Verfassung den Klagen und Wünschen des Volkes, den dringenden Bedürfnissen auf allen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrt die unverwüstliche Kraft seiner Trägheit und seiner boshaften Launen entgegenzusetzen, in einer langen Adresse die traurige Lage des Landes vorzustellen. Ohne Erfolg, wie sich denken läßt: einige ritterschaftliche Abgeordnete erklärten darauf, daß sie jetzt ihre Pflicht gethan und den Ereignissen, welche, wie es scheine, über das Vaterland kommen sollten, mit Ruhe entgegensähen. Was sich in Nassau eine über alle Beschreibung erbärmliche Kamarilla mit dem schwachen Herzog gegen die liberale Partei gestattete, ging weit über alles hinaus, was selbst in den heißesten Tagen des Kampfes in Preußen geschah; ähnlich war es in Darmstadt, wo die abgeschmackte Uniformierung der Beamten noch der harmloseste Zug des bestehenden kleinlich boshaften und unfruchtbaren Regiments war, sowie in Hannover, wo die liberale Partei die Herstellung der 1848er Verfassung verlangte, aber im Oktober 1865 das liberale Ministerium wieder einem konservativen Platz machte, und wo der blinde König fortfuhr mit seinem Welfentum, Welfenthron, Welfenhaus, Welfenmuseum einen lächerlichen und lästerlichen Kultus zu treiben. In Mecklenburg verstieg sich die Humanität der Regierung im Dezember 1865 zu einer Milderung ihres berüchtigten Prügelstrafgesetzes insoweit, daß diese Strafe nur als Polizeistrafe gegen Personlichkeiten, die schon ganz ver-

kommen seien, angewendet werden dürfe; und wenn man näher zusah und unabhängig von dem Tagesgerede sein eigenes Urteil brauchte, so ergab sich, daß in Preußen, selbst unter dem Ministerium Bismarck, im Grunde genommen weit mehr wirkliche Freiheit vorhanden war, als etwa in Sachsen, wo der dirigierende Minister neuerdings den Liberalen spielte, oder in Württemberg, wo man allerdings die Freiheit, in den Bierhäusern zu schelten, im ausgedehntesten Maße besaß, im übrigen aber die Regierung machen ließ und neben thatenlosem Räsonnieren keinerlei ernstliche politische Arbeit zu übernehmen geneigt war.

Hatten aber die Einzelstaaten im Innern nirgends an Popularität gewonnen, so hatten sie, einzeln und insgesamt, in ihrer „auswärtigen Politik" eine schmähliche Niederlage nach der andern erlebt. Schon die Art, wie die Mittelstaaten, Bayern voran, in der Zollvereinskrisis bestanden, war nicht geeignet, viel Täuschung über die wirkliche Macht dieser Staaten zu verbreiten: vollends aber der Gang der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gestaltete sich zu einer großen und schweren Niederlage für die Einzelregierungen wie für den Bundestag. Sie hatten es erleben müssen, diese Satelliten Österreichs, daß diese ihre Schutzmacht selbst in der wichtigsten Frage sich mit Preußen gegen sie verbunden hatte; sie mußten sichs gefallen lassen, ihre Truppen rücksichtslos beiseite schieben zu lassen, Krieg und Frieden ging über ihre Köpfe weg; ohnmächtig standen sie den peinlichsten Demütigungen gegenüber. Am 21. Juli 1864 zeigte der Prinz Friedrich Karl dem General Hake an, daß er Befehl habe, sich zum Herrn von Rendsburg zu machen. Den Grund oder Vorwand gaben Prügeleien und Excesse zwischen preußischen und Bundestruppen, sehr erklärlich bei der bedauernswerten Rolle, welche die letzteren zu spielen verurteilt waren, einerseits und dem hochgespannten Selbstbewußtsein der Sieger andererseits: 6000 Preußen unter General von Goeben rückten ein, nachdem die Hannoveraner, vier Kompanieen, unter Protest abgezogen waren. Der Bundestag wies die Sache an den Ausschuß, in einzelnen Kammern und Volksversammlungen wurden flammende Reden gegen die neue Gewaltthat gehalten; aber es gab wenig Trost, daß Preußen am 27. November zur Sühne für diesen Vorgang die Rückkehr einiger Bataillone auf kurze Zeit gestattete, deren Abzug gar nicht verlangt worden sei, und dieselben mit allen militärischen Ehren zu begrüßen befahl. Sie mußten nun doch fort; der Friede war geschlossen. Am 1. Dezember beantragten die beiden Großmächte beim Bunde, die Bundesexekution in Holstein nunmehr für beendigt zu erklären, und am 5. fügte sich gegen sechs Stimmen der Bundestag; mit aller Macht drängte Preußen auf die Ausführung. Hannover hatte schon vorher nachge-

geben; auch Sachsen, dessen Minister die Kassen nach Dresden hatte einliefern lassen und mit geräuschvollen militärischen Demonstrationen nach seiner Weise sein Wesen trieb, legte sich zum Ziele, wenn er gleich die Genugthuung sich nicht versagte, die sächsischen Truppen auf langem Umwege über Hannover zurückkommen zu lassen, damit sie nicht preußisches Gebiet zu berühren brauchten. Am 7. übergaben die Bundeskommissare die Verwaltung Holsteins an die österreichisch-preußischen Kommissare und gingen ab.

Es hatte anfangs geschienen, als wenn die deutschen Regierungen sich an der schleswig-holsteinischen Sache würden stärken können. Sie hatten sich, Bayern voran, auf die populäre Seite gestellt und gingen mit der Bewegung: aber freilich immer mit der geheimen Furcht, daß deren Wellen höher gehend sie selbst verschlingen möchten. Auch mit dieser Popularität war es jetzt vorbei. Die Enthüllungen, welche das englische Blaubuch brachte, zeigten, wie zweideutig die hannöversche Regierung sich zu der volkstümlichen Sache gestellt hatte; jetzt mußte man erleben, daß eine andere Bundesregierung, die oldenburgische, ihre eigenen Successionsansprüche den Augustenburgischen entgegenstellte und damit aufs beste der preußischen Politik zu Hilfe kam, welche vor allem die Successionsfrage zu verdunkeln und zu verwickeln suchte; in Sachen des 36er Ausschusses aber hatte selbst Bayern den preußisch-österreichischen Anschauungen sich zugeneigt, indem es dieser wie jeder über die nächsten Wohlthätigkeitszwecke hinausgehenden Organisation der Schleswig-Holstein-Vereine entgegentrat, wenn es auch den schroffen Formen nicht zustimmte, in welchen Österreich und Preußen gleich anfangs der Thätigkeit dieses Ausschusses als einer revolutionären sich entgegenwarfen. Mehr und mehr begann man in den politisch thätigen Kreisen des Volks an dem guten Willen der Regierungen in dieser Sache zu zweifeln: sehr mit Unrecht, denn die meisten hätten lieber heute als morgen den Augustenburgischen Prinzen auf dem Throne gesehen. Was aber niederschlagender war als die Wahrnehmung von der Ohnmacht der einzelnen Bundesregierungen wie des Bundestags, das war die Erfahrung, die man mit der Kraft der sogenannten öffentlichen Meinung gemacht hatte. Es war ein wohlgemeinter Trost, wenn das Schreiben des 36er Ausschusses vom 11. Februar 1864 den Vereinen dadurch neuen Mut machen wollte, daß es erklärte, Preußen und Österreich seien durch die Macht der öffentlichen Meinung nach Schleswig getrieben worden. Darüber war jetzt doch wohl keine Täuschung mehr möglich: alle die unzähligen Resolutionen der Kammern und der Volksversammlungen, alle Guts- und Blutsadressen — sie waren in den Wind geredet; ohnmächtig stand die Idealpolitik des 36er Ausschusses und der sogenannten öffentlichen

Meinung, die hinter ihm stand, der furchtbaren Realpolitik, hinter welcher die organisierte Staatskraft zweier Großmächte stand, gegenüber. Nur vergebens rannten hitzige Redner, wie etwa jener württembergische Abgeordnete, der bei der Nachricht von dem Rendsburger Vorgang davon sprach, sofort 100 000 Mann Bundestruppen mobil zu machen, Moritz Mohl, mit dem Kopf wider die Wand; sie machten sich nur lächerlich.

Am schmerzlichsten machte sich diese Ohnmacht der öffentlichen Meinung oder, wenn man will, der nationalen Stimmung in dem nächstbeteiligten Lande, in Schleswig-Holstein selbst geltend. Wir sagen nicht des Nationalwillens oder auch nur des Volkswillens, denn die Nation in ihrer damaligen Verfassung war nicht im stande, sich einen solchen Willen zu bilden, geschweige ihn geltend zu machen: und auch die Bevölkerung der Herzogtümer war schwerlich in der Verfassung, selbst wenn ihr ein rechtmäßiges Organ nicht fehlte, in jener Zeit sich einen klar bewußten, im politischen Sinne so zu nennenden Willen zu bilden. Wohin Stimmung und Wunsch dieser Bevölkerung ging, das war freilich unzweifelhaft. Er ging dahin, vor allem schleswig-holsteinisch und nebenbei, soweit es nicht zu lästig war, deutsch zu sein: und die Bevölkerung dieser Lande war darin nicht besser und nicht schlechter als die jedes andern deutschen Landes. Keine große Nation ist jemals in der Geschichte durch ein freiwilliges Aneinanderschließen ihrer Teile entstanden: der Mensch trägt lieber das gewohnte Unerträgliche, als daß er sich in das Neue schickt. Die Versuche, die früh ansetzten, eine Partei für die Vereinigung der Herzogtümer mit Preußen im Lande selbst ins Leben zu rufen, mißlangen kläglich. Entschieden für dieselbe war nur der verschwindend kleine Teil des Adels, der seither schon den dänischen Gesamtstaat dem schleswig-holsteinischen Gesamtstaat vorgezogen hatte — Männer, die aber eben darum bei der Masse der Bevölkerung und ihren Wortführern als „Renegaten" und Schlimmeres galten, wie der Baron Karl von Scheel-Plessen. Für einen möglichst engen Anschluß an Preußen in diplomatischen, militärischen und maritimen Verhältnissen sprach sich am 8. August (1864) eine Mehrheit der Prälaten und der Ritterschaft aus: der großen Masse der Bevölkerung war auch dies zu viel, sie dachte wie ihr Herzog, je weniger desto besser; nur etwa den maritimen Anschluß wollten sie sich gefallen lassen. Bismarck seinerseits schlug den Wert dieser Stimmung nicht höher und nicht geringer an, als er wirklich war. Er besaß ein sehr wirksames Mittel, auf das Land zu drücken: in dem Friedensschlusse war ein sehr erheblicher Teil der dänischen Staatsschuld auf die Herzogtümer gewälzt, und ebenso hatten sich die beiden Großmächte vorbehalten, sich von denselben die

Kriegskosten oder einen Teil derselben erstatten zu lassen. Von irgend welchen aufständischen Regungen konnte hier nicht die Rede sein. Der Charakter des Volkes und der gesellschaftlichen Zustände des Landes machte sie unwahrscheinlich, und die gesamte organisierte Regierungsgewalt, die festen Plätze, die Waffen, die Verkehrswege waren in den Händen der beiden Mächte, die jetzt, nach dem Friedensschlusse, kraft eigenen Rechts, als „gemeinsame Besitzer", als Kondomini das Land verwalteten.

Alle diese Kräfte mithin, die Schleswig-Holsteiner und ihr angestammter Herzog, die Bundesregierungen, welche in Bismarck den Würgengel ihrer Souveränität sahen, die vorwaltende Stimmung in Deutschland, die Antipathieen des Auslands — sie waren für sich allein wenig gefährlich. Allein sie wurden es sofort, wenn sich der einzig gefährliche Gegner der preußischen Ansprüche, wenn Österreich sich auf ihre Seite schlug. Hier war für Bismarck der entscheidende und gefährliche Punkt, und sobald der Friede unterzeichnet war, welcher die Herzogtümer an Österreich und Preußen abtrat, begann sich der wahre Charakter der schleswig-holsteinischen Frage zu enthüllen — hinter ihr, in ihr steckte die deutsche Frage, die Machtfrage zwischen Österreich und Preußen. Am 5. Dezember (1864) schlug Österreich vor, die Lande nunmehr thatsächlich dem Herzog Friedrich als dem bestlegitimierten Prätendenten zu übergeben; die übrigen Prätendenten aber — die bereits angemeldeten und diejenigen, welche vielleicht das von den preußischen Kronsyndici erforderte Gutachten noch ausfindig machte — an jenes herrliche Institut zu verweisen, welches der Kanzleijargon der Bundesverfassung mit dem Namen eines Austrägalgerichts bezeichnete. Österreich suchte somit wieder Fühlung mit dem deutschen Territorialismus. Am 13. lehnte Bismarck ab auf die Erbfolgefrage einzugehen, ehe die künftige Stellung Preußens zu den Herzogtümern bestimmt sei, er regte vertraulich die Annexion an.

Der preußische Staatsmann war, wenn nicht vom ersten Augenblick an, so doch ohne Zweifel sehr bald darüber klar, daß diese schleswig-holsteinische Frage nur zugleich mit der deutschen Frage zu lösen war, und er hatte den einfachen und klaren Grundgedanken seiner Staatslenkung — die deutsche Frage durch eine energisch- und, wenn man will, egoistisch-preußische Politik zu lösen — auch niemals verschleiert. Mit Grimm und Schrecken sahen es die leitenden Staatsmänner und Höflinge in Wien, Dresden, Stuttgart, Hannover und sonst, wie Preußen immer sichtbarer die Initiative in deutschen Dingen ergriff. Nicht so sehr an sich war gefährlich, was diese Macht in den Elbherzogtümern verlangte, sondern des Beispiels halber: was heute

dort geschah, konnte morgen an zehn anderen Punkten versucht und, wenn man es ernstlich wollte, auch durchgesetzt werden. Aber wie sollte man es hindern?

Der Minister, welcher Österreich in die Sackgasse geführt und, wie es fast scheinen sollte, Preußen selbst vollends in den Sattel geholfen hatte, Graf Rechberg, erhielt am 27. Oktober (1864) seine Entlassung. Er ward durch den Statthalter von Galizien, Grafen Mensdorff-Pouilly ersetzt, einen Mann der militärischen Aristokratie, von dem man größere Energie erwartete, und dem nun die Aufgabe zufiel, den „gänzlich verfahrenen Karren" dieser schleswig-holsteinischen Frage, wie sich der leitende Minister, Schmerling, sehr unumwunden ausdrückte, wieder aus dem Loche, in das er geraten, herauszuarbeiten. Der preußische Minister aber war entschlossen, es schlimmstenfalls auf einen Krieg ankommen zu lassen: und dabei konnte ein Blick auf die gleichzeitige innere Entwickelung Österreichs, die nur in immer neuen Verwickelungen bestand, nur ermutigend wirken.

Wir haben erwähnt, wie im Oktober 1863, nachdem der imposante Theatercoup des Frankfurter Fürstentages und der deutschen Bundesreformakte vorübergegangen war, ohne weitere Spuren zu hinterlassen, der engere Reichsrat durch den Eintritt der Abgeordneten aus Siebenbürgen zum weiteren geworden war und damit die Politik Schmerlings einen ersten wirklichen Erfolg errungen hatte. Der Reichsrat genehmigte, was zunächst die Hauptsache war, nach langem Hin und Her die nötigen Finanzgesetze und Anleihen im Belauf von 109 Millionen Fl.; am 15. Februar 1864 ward derselbe vom Kaiser geschlossen, und gleichzeitig wurden die Landtage der einzelnen Kronländer einberufen, mit Ausnahme der Landesvertretungen von Venezien, Ungarn und Galizien; über das letztere Land hatte vielmehr infolge der Nachwirkungen der letzten Insurrektion im russischen Polen und der zweideutigen Politik der österreichischen Regierung diesem Aufstande gegenüber der Belagerungszustand verhängt werden müssen. Als dann am 14. November der Reichsrat wieder eröffnet wurde, waren die galizischen Abgeordneten zugegen, die böhmischen und mährischen aber fehlten. Die Thronrede hatte wenig Tröstliches anzukündigen, außer den unfruchtbaren kriegerischen Lorbeeren im Norden; und auch die lange Adreßdebatte im Abgeordnetenhause förderte nicht viel Tröstliches zu Tage. In einem großen Teile des Reichs hatte die verfassungsmäßige Thätigkeit noch gar nicht begonnen; der Friede unentbehrlich und doch die Notwendigkeit vorhanden, in Deutschland Sonderbestrebungen entgegenzutreten — Pflicht, im Zusammenwirken mit dem Deutschen Bund den Elbherzogtümern zu ihrem Rechte zu verhelfen — die unheilvollen Ereignisse im Königreich Polen, welche auch in Galizien Ausnahmemaß-

regeln herbeigeführt hatten — die Finanzlage eine sehr ernste — völlige Umkehr zur strengen Regelung der Staatsausgaben, nach dem Maße der ordentlichen Einnahmen, Herabsetzung der Ausgaben für Heer und Flotte unerläßlich — dies war der Inhalt der Adresse. Am 9. Januar 1865 teilte der Staatsminister dem Hause mit, daß der Kaiser diese Adresse „in Kenntnis genommen habe"; was sollte er sonst damit machen? Der Finanzausschuß begab sich ans Werk und strich wacker darauf los, zwei Millionen im Marinebudget u. s. w.; am 2. März erklärte sich die Regierung zu einem Gesamtabstrich von 20 Millionen bereit; es genügte dem Ausschuß nicht, und auch im Plenum erlitt die Regierung Niederlage auf Niederlage. Im Mai war schon ein Verfassungskonflikt wegen der Forderungen für das Heer in Aussicht, neben dem der preußische ein unschuldiges Kind war; am 8. Juni aber überraschte der Finanzminister von Plener das Haus mit der Kleinigkeit einer Anleiheforderung von 117 Millionen. Man hatte sich stark verrechnet, hatte „erschreckende Einnahmeausfälle" gehabt; „in der schweren Not der Gegenwart aber", äußerte sich das Exposé des Ministers, „halte ich die Hoffnung auf eine bessere nahe Zukunft aufrecht —"; was denn freilich ein längst verbrauchtes Wort und ein kraftloser Trost war. Aber die Lage wurde ernst; es gab da einen § 13 der Verfassung, der in dringenden Fällen die Regierung ermächtigte, auch ohne den Reichsrat anzuordnen, was notwendig war: ein Paragraph, von dem Schmerling selbst zugeben mußte, daß man mit demselben die Verfassung selbst würde „ändern" können, wiewohl er, fügte er mit einem übel angebrachten Scherz hinzu, diesen Paragraphen nicht als das Kind ansehe, das bestimmt sei, die Mutter umzubringen. Er nicht; vielleicht aber andere: und in der That waren die Füße derer, die ihn hinaustragen sollten, schon vor der Thür. Am 21. Juni beschloß das Abgeordnetenhaus, zunächst der Regierung für das unbedingt Dringendste 13 Millionen, einen Tropfen auf einen glühenden Stein, zu bewilligen, in eine weitere Kreditbewilligung aber so lange nicht einzugehen, als bis die Finanzgesetze für 1865 und 1866 in verfassungsmäßiger Weise zu stande gekommen seien. Aber schon am 26. erfuhr man, daß die Hofkanzler für Ungarn und Siebenbürgen entlassen worden und für die erstere Stelle Graf Majlath, ein Altkonservativer, ernannt sei; am folgenden Tage, daß infolge dieser Ernennung, welche eine veränderte Politik ankündigte, das Ministerium Schmerling mit Ausnahme des Ministers des Auswärtigen und des Kriegsministers die Entlassung erbeten und erhalten hätte; man quälte sich noch ein paar Wochen, während die seitherigen Minister noch fungierten, mit den Budgetvorlagen in beiden Häusern herum: am 24. Juli wurde beiden Häusern der Schluß der Session auf den 27. angekündigt. Und

so groß war die Ratlosigkeit, daß man im Abgeordnetenhause nicht den Mut fand, auch nur eine Erklärung, einen Protest, ein Wort zu sagen, ungeachtet man mit Händen griff, daß ein Staatsstreich nicht etwa bevorstehe, sondern schon da war. Wie von selber stand die Verfassung still. Die Budgets waren unerledigt oder wie das für 1865 nur zum Schein erledigt; am 27. wurde durch Erzherzog Ludwig Viktor — Erzherzog Rainer war bereits auf Urlaub — die Session mit einer Thronrede geschlossen, die nichts als Phrasen enthielt. Am gleichen Tage wurde die Entlassung der Minister endgültig und dagegen ein hochadeliges und konservatives Ministerium ernannt: Graf Belcredi, zuvor Statthalter in Böhmen, Staatsminister, Graf Larisch Finanzminister, Ritter von Comers Justizminister; was dies bedeute, zeigte alsbald die Reaktivierung magyarischer Beamten in Siebenbürgen, das wieder an Ungarn ausgeliefert werden sollte. Am 17. September berief ein kaiserliches Reskript den ungarischen Landtag auf den 10. Oktober, am folgenden Tage ein weiteres die übrigen Landtage auf den 23. November, und am 20. September erschien dann ein kaiserliches Manifest: „An meine Völker", welches die Februarverfassung auch für die „Länder diesseit der Leitha" sistierte. Der Kaiser, hieß es, könne sich der Thatsache nicht verschließen, daß ein großer Teil des Reichs dem legislativen Wirken gemäß der Februarverfassung seither fern geblieben sei; daß er demnach beschlossen habe, zunächst den Weg der Verständigung mit den legalen Vertretern der östlichen Teile des Reichs zu betreten; daß er mithin die „Wirksamkeit des Gesetzes über die Reichsvertretung" einstweilen sistiere, mit dem Vorbehalt, die Ergebnisse der Verhandlungen mit den östlichen Ländern „alsdann" den legalen Vertretern der übrigen vorzulegen; einstweilen werde die Regierung alle unaufschieblichen Maßregeln, namentlich finanzielle, treffen. „Frei ist die Bahn, welche mit Beachtung des legitimen Rechts zur Verständigung führt, wenn — — —" es ist unnötig, den Schluß beizufügen. Der Gedanke, zu einer Verfassung des Reichs zu gelangen, indem die 17 Landtage unter sich, mit Ungarn, mit Kroatien und schließlich mit der Regierung sich einigten — in 20 Vertretungskörpern saßen damals (Dez. 1865) 3000 Volksvertreter —, war so lächerlich, daß er nicht ernstlich gemeint sein konnte. Der Absolutismus, mit anderen Worten, war vorläufig in Cisleithanien hergestellt, während man in Ungarn den Konstitutionalismus suchte. Der große Kranke, das gewaltige Donaureich, hatte sich einmal wieder auf seinem Dornenlager auf die andere Seite gewälzt: und ohne Verfassungskonflikt, viel einfacher als in Preußen, mit einem einzigen Federstrich war die Änderung hier geschehen. Der Chef der Sektion für das Budgetwesen aber,

Baron Beke, begab sich auf Reisen, um ebenfalls das Geld zu nehmen, wo er es finden konnte.

So war die Lage Österreichs, als der preußische Minister zum Angriff schritt; nicht minder kühn, als einst Fürst Schwarzenberg, welcher der Welt seiner Zeit das Beispiel gegeben, wie weit man durch bloße Kühnheit kommt, aber zugleich im Namen einer guten Sache und eines kraftvollen Staates, dem er durch diese Initiative die volle Gesundheit zurückzuführen gedachte. Am 22. Februar 1865 formulierte Bismarck in einer Depesche an Österreich seine Forderungen in betreff Schleswig-Holsteins: festes und unauflösliches Bündnis des neuen Staates mit Preußen, organische Verbindung seiner Streitkräfte zu Wasser und zu Lande mit den preußischen; die für die wirksame Verteidigung notwendigsten Territorialabtretungen, nämlich Sonderburg mit entsprechendem Gebiete auf beiden Seiten des Alsensunds, die Festung Friedrichsort bei Kiel und das für die Befestigung der Mündungen des künftigen Nordostseekanals erforderliche Terrain; Verschmelzung des Post- und Telegraphenwesens mit dem preußischen; Beitritt der Herzogtümer zum Zollverein; Rendsburg soll später Bundesfestung werden, bleibt bis dahin von Preußen besetzt, wie das ganze Land, bis diese Einrichtungen ausgeführt sind. Die Forderungen waren, bemessen nach dem Maße des Territorialismus und seiner Prätensionen, in der That nicht gering. Aber sie waren durch das dreifache identische Interesse der Herzogtümer selbst, Preußens und Deutschlands gerechtfertigt, und es war nicht unrichtig, wenn die Depesche sagte, daß ohne eine solche Sicherstellung die Aufrichtung eines eigenen Staates an jenem bedrohten Punkte für Preußen geradezu eine Gefahr sein würde. Österreich war diesen Forderungen gegenüber in einer üblen Lage. Preußen hatte den unschätzbaren Vorteil der geographischen Nähe für sich, während Österreich durch die ganze Breite von Deutschland von dem Lande, um das es sich handelte, getrennt war; es hatte sich durch die gemeinsame Aktion mit Preußen in eine ganz schiefe Stellung gebracht, aus welcher der Rückweg nicht ganz leicht zu finden war; der augenblickliche Zustand aber, das Kondominat, wurde bald unerträglich. Die beiden Civilkommissare, der preußische von Zedlitz und der österreichische von Halbhuber, gerieten sehr bald in Differenzen; der Österreicher begünstigte die Augustenburger Agitationen und Demonstrationen oder trat ihnen doch nicht in den Weg, der preußische fand in denselben eine Präjudizierung der durch den Wiener Frieden erworbenen Rechte und hob hervor, daß über die Erbfolge noch keineswegs entschieden sei. Auf der andern Seite verfügte eine königliche Kabinettsorder vom 24. März die Verlegung der preußischen Flottenstation von Danzig nach Kiel; preußische Offiziere und Ingenieure stellten ohne Hehl und Scheu ihre

Vermessungen dort an, und es hieß zum Schaden noch den Spott fügen, wenn man in preußischen Blättern las, daß der österreichischen Regierung vollkommen freistehe, dasselbe zu thun: vor der preußischen Kammer wurde ohne allen Rückhalt eine Geldforderung damit motiviert, daß Preußen im Besitze des Kieler Hafens sei und in demselben zu bleiben gedenke. Alles Vermitteln, Vertuschen, Hinausschieben hinderte nicht, daß die Dinge sich immer verschlimmerten, da hier ganz unvereinbare Gegensätze sich gegenüberstanden. Österreich war, ebenso wie die Schleswig-Holstein-Vereine und der Herzog, jetzt geneigt, einige Zugeständnisse zu machen, aber der preußische Staatsmann war sich jetzt über die Gunst der Lage klar und wollte von solchen halben Zugeständnissen ebensowenig wissen, wie von dem Erkaufen der österreichischen Zustimmung etwa durch Abtretung eines Äquivalents in Schlesien, um welche sie vielleicht zu haben gewesen wäre; die Kompetenz des Bundes, welchen Österreich vorschieben wollte, bestritt er auf das nachdrücklichste und hatte die eifrigsten der Mittelstaaten schon im Dezember 1864 nicht im unklaren darüber gelassen, was ein Versuch, dieselbe zu überschreiten, bedeute. Die Schwierigkeiten, welche der sich verschärfende innere Streit schuf, waren für Bismarck nur ein Grund mehr, vorwärts zu drängen. Man stand schon nach wenigen Monaten nahe vor dem Bruche. Auf der Reise von Karlsbad nach Gastein berief König Wilhelm einen Ministerrat nach Regensburg (21. Juli), zu welchem auch die preußischen Gesandten von Wien und von Paris beschieden wurden, und während in Holstein einige Agitatoren, der Redakteur May und der preußische Abgeordnete Frehse, unter nachdrücklichem Protest des österreichischen Civilkommissars unschädlich gemacht wurden, stellten am 27. Juli Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt am Bunde einen Antrag, nach welchem eine freigewählte Vertretung der Herzogtümer nunmehr berufen und gehört, zugleich Einleitung zur Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund getroffen werden sollte, der dann einen Teil der Kriegskosten übernehmen würde. Dies war ein Antrag, aus dem, wenn Österreich zustimmte, jeden Augenblick der Krieg hervorgehen konnte.

Allein noch einmal ward — nicht nach Bismarcks Sinn, wie es scheint — dieses Äußerste vermieden. König Wilhelm und Kaiser Franz Joseph sahen sich zu Salzburg, von ihren Ministern des Auswärtigen begleitet, und genehmigten die am 14. August zu Gastein geschlossene Konvention, welche die Lösung noch einmal vertagte. Dieser Vertrag hob, unbeschadet der gemeinsamen Rechte, das bestehende Kondominat auf. Die Regierung des Herzogtums Schleswig übernimmt Preußen, die des Herzogtums Holstein Österreich; Kiel soll Bundeshafen werden; bis dies geschehen, benutzen ihn beide Mächte, doch so, daß

Preußen berechtigt ist, die Einfahrt bei Friedrichsort zu befestigen und die zu diesem Zwecke nötigen Etablissements zu errichten; Rendsburg wird einstweilen, bis es zur Bundesfestung erklärt werden kann, von preußischen und österreichischen Truppen mit alternierendem Kommando besetzt. Zwei Militärstraßen, ein Telegraphendraht und eigene Postwagen auf zwei Linien werden Preußen eingeräumt. Seine Rechte auf Lauenburg verkaufte Österreich an Preußen für 2 500 000 dänische Reichsthaler (ca. 5 645 000 Mark), zahlbar Berlin vier Wochen nach geschehener Ratifikation.

d. Bis zum Ausbruche des Deutschen Krieges. 14. August 1865 bis 14. Juni 1866.

Eine weitere Station auf seinem Wege hatte Bismarck somit erreicht — Graf Bismarck seit 16. September 1865 —, aber dieser Weg wurde immer schwieriger, und zur Umkehr war es zu spät.

In den Herzogtümern selbst, denen jetzt ihr „auf ewig ungeteilt" abermals in die Brüche ging, kam es nun zu sehr unerquicklichen Zuständen. Am 15. September erschien das Patent, mit welchem der König von Preußen, der Gasteiner Konvention gemäß und ebenso dem Wunsche des Ländchens selbst entsprechend, Besitz von Lauenburg ergriff, welches so, ohne in Mitleidenschaft betreffs der Kriegskosten gezogen zu werden, aus dem Spiele kam. An demselben Tage trat General von Manteuffel sein neues Amt als Gouverneur von Schleswig, Feldmarschalllieutenant von Gablenz das seine als Gouverneur von Holstein an. Der letztere verstand die österreichische Kunst, sich ohne viele Unkosten populär zu machen: „Ich will hier nicht als türkischer Pascha regieren" sagte er und setzte der Agitation gegen den Gasteiner Vertrag und seine Konsequenzen, welche sofort ins Leben traten, kein Hindernis entgegen, während Manteuffel zwar nicht als türkischer, wohl aber einigermaßen als preußischer Pascha regierte. Er hielt alle Demonstrationen nieder, verbot die im Augustenburgischen Sinne redigierten Blätter, drohte dem Herzog Friedrich, der am 18. Oktober in Eckernförde festlich empfangen worden war, im Wiederholungsfalle mit Verhaftung; im übrigen verwaltete er sein Amt, das allerdings keine Gemütlichkeit vertrug, weil es gewissermaßen schon ein Kriegsamt war, mit einer gewissen rauhen Gutmütigkeit: man wußte wenigstens, woran man mit ihm war, und nur zu loben ist, daß die preußische Regierung auch dem dänischen Element im Lande Schutz angedeihen ließ, welchem die deutsche Majorität alles Böse einzutränken geneigt war, das sie selbst früher erlitten. Eine ernstliche Schwierigkeit für den Kriegsfall bereitete die Stimmung des Landes nicht, dessen Bevölkerung zäh, ausdauernd, eigensinnig wie sie ist, nicht zu verwegenen

Entschlüssen geneigt und in ihrer Masse vielleicht weniger erregt war, als die Führer der Agitation glaubten.

Daß die Dinge nicht lange so fortgehen konnten, war übrigens, noch ehe das Jahr zu Ende ging, klar. Überall in Deutschland begann man zu fühlen, daß man dicht vor einer großen Entscheidung stand, und in vielen einzelnen reifte allmählich die Erkenntnis, daß es sich hier doch nicht bloß um Willkür und Gewaltlust eines einzelnen Mannes, sondern wirklich um die große deutsche Lebensfrage handle. Die Erklärungen einzelner Kammern und Versammlungen gegen den Gasteiner Vertrag, die Demonstrationen in Holstein fanden, selbstverständlich und wirkungslos wie sie waren, wenig Beachtung; man fühlte, daß die Agitation sich überlebt habe. Bemerkenswert und bezeichnend für die Lage war der Abgeordnetentag, der am 1. Oktober in Frankfurt a. M. zusammentrat. Zunächst glänzten, wie gewöhnlich, die österreichischen Abgeordneten durch ihre Abwesenheit, die man ihnen freilich vernünftigerweise nicht übelnehmen konnte, aus der aber der großdeutsche Unverstand sich hätte eine Lehre ziehen sollen; die Mittelstaaten waren zahlreich vertreten; aus Preußen waren nur acht Abgeordnete zugegen. Schwerer noch fiel ins Gewicht, daß einige namhafte Führer der im preußischen Abgeordnetenhause vorwaltenden Partei ihre Abwesenheit brieflich motivierten und einer der bedeutendsten derselben, der am wenigsten Grund hatte, mit der damaligen preußischen Regierung zufrieden zu sein, der wackere Twesten, es unumwunden aussprach, daß er — und mit ihm die meisten seiner Gesinnungsgenossen — nicht mehr mit dem 36er Ausschuß gehen könnten, seitdem dieser das übrige Deutschland gegen Preußen aufgerufen habe; daß es nur eine Macht gebe, die für Deutschland etwas thun könne, Preußen, und daß sie ihrerseits jede Alternative einer Niederlage des preußischen Staates vorzögen. Dieselbe Anschauung überwog in der preußischen Presse; sie überwog in der Menge des preußischen Volkes, sofern es durch den augenblicklichen Hader nicht verwirrt war; sie überwog selbst unter der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, wenngleich dieselbe, gebunden durch ihre Vergangenheit, sich nicht bequemen konnte, der Regierung einen Schritt entgegenzugehen: mit einer Art spöttischen Behagens forderte Bismarck in einer großen Rede (1. Juni 1865) die Mehrheit heraus, sich doch über die auswärtige Politik zu äußern, zu reden, da das Land ein Recht habe, zu erfahren, was die Meinung seiner Vertretung über eine so wichtige Frage sei. Er ließ sie die Folgen jenes übereilten Beschlusses vom 2. Dezember 1863 fühlen, der anstatt der zwei Mitbesitzer des Wiener Friedens deren 32 geschaffen haben würde; es war ziemlich richtig, wenn er vermutete, daß diese Mehrheit entweder fürchte, mit der öffentlichen Meinung in Widerspruch zu treten, wenn

sie sich äußere, wie ihrs ums Herz sei, oder, wenn sie sich so aussprechе, eine Regierung zu stärken, die sie nicht möge; nur hätte er hinzufügen können, daß es sich für viele dabei um einen ernsten Gewissenskonflikt handelte. Der Verfassungsstreit, sahen wir, schärfte sich aufs neue; alle Geldbewilligungen lehnte die feindselige Majorität, die schon nicht mehr die Mehrheit des Volkes unbedingt hinter sich hatte, ab; indes machte der brüske Schluß der Session von 1866 weniger Eindruck, als unter gewöhnlichen Umständen der Fall gewesen sein würde, weil man fühlte, daß die inneren Fragen jetzt vor der großen deutschen Frage in den Hintergrund treten mußten.

In einer Beziehung aber war es für Bismarcks Plan sogar günstig, daß der Verfassungsstreit sich durch die schroffe Haltung des Abgeordnetenhauses wieder steigerte. Es diente dazu, den König auf dem eingeschlagenen Wege festzuhalten, dem der Entschluß, mit Österreich und seinen deutschen Bundesgenossen und Mitfürsten den vollständigen, entscheidenden, unwiderruflichen Bruch zu vollziehen, nicht leicht wurde und nicht leicht werden konnte. So aber ließen ihm die Verhältnisse nur die Wahl: entweder vorwärts auf dem betretenen Wege bis zum vollen Siege — oder Änderung des Ministeriums und Regierungssystems im Sinne der parlamentarischen Mehrheit, mit allen ihren tiefgreifenden Folgen.

Die Unterhandlungen mit Österreich führten zu keinem Ziele. Am 10. Januar 1866 kehrte Graf Karolyi, der österreichische Gesandte, von Wien zurück mit Instruktionen, welche den preußischen Forderungen entgegenliefen. Der nächste Beschwerdegrund und Angriffspunkt, den Bismarck nahm, war die Begünstigung des Kieler Hofs und der Augustenburgischen Agitation durch Österreich. Soeben noch, am 23. Januar, hatte in Altona eine große Volksversammlung, 3—4000 Männer, in diesem Sinne stattgefunden, und der Freiherr von Gablenz hatte beide Augen dabei zugedrückt; am 26. richtete Bismarck eine sehr entschiedene Depesche nach Wien, welche, sofern Österreich fortfahre, in dieser Weise den Voraussetzungen des Wiener Friedens und des Gasteiner Vertrags zuwiderzuhandeln, den Bruch der seitherigen „antirevolutionären" Allianz in Aussicht stellte. Von Wien, wo man neuerdings kriegerischer gestimmt war, erfolgte eine gereizte Antwort; es war Zeit, daß man sich von beiden Seiten nach Verbündeten umsah.

Für Preußen bot sich, wenn es zum Kampfe gegen Österreich entschlossen war, ein solcher Alliierter in Italien. Diese Bundesgenossenschaft war gleichsam von selbst gegeben, und Bismarck hatte längst die Einleitungen zu derselben getroffen. Der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Italien war im Dezember 1865 er-

folgt, wobei zum höchsten Ärger Österreichs die süddeutschen Staaten das Königreich anzuerkennen nicht umhin gekonnt hatten. Vertrauliche Anfragen an die italienische Regierung wurden von der letzteren bereitwillig dahin beantwortet, daß Italiens Stellung zu Österreich bekannt sei: ein Krieg ohne Herolde, wie die altgriechische diplomatische Sprache sich ausdrückt, solange Venezien noch in Habsburgischen Händen war. Die Sache kam aber ins Stocken durch die Gasteiner Konvention, welche dem italienischen Minister Zweifel an dem Ernst der preußischen Absichten erregte. Man versuchte nun italienischerseits in vertraulichen Unterhandlungen den Wiener Staatsmännern den Gedanken annehmbar zu machen, Venezien, das doch nie mehr ein sicherer und erfreulicher Besitz für Österreich werden könne, gegen eine Geldentschädigung abzutreten, was man aber dort als unverträglich mit der Staatsehre abwies. König Wilhelm seinerseits sträubte sich gegen den Gedanken einer Allianz mit Italien gegen Österreich; er dachte daran, die Zustimmung Österreichs zu der Annexion der Elbherzogtümer dadurch zu erlangen, daß er ihm den Besitz von Venezien garantiere. Angesichts der Möglichkeit einer Allianz mit Italien, d. h. nach dem Jargon der Partei mit der Revolution, wurde der konsequentere Teil der Konservativen unruhig, und man übersieht mit einem Blicke die Schwierigkeiten, mit denen der Weg des kühnen preußischen Staatsmannes besetzt war, wenn man sich erinnert, daß die Königin-Witwe von Preußen, die Königin von Sachsen und die Kaiserin von Österreich bayrische Prinzessinnen waren. Auf der andern Seite liegt es im Wesen der Monarchie begründet, daß Staatsgegensätze auch als persönliche, als Rivalitätsverhältnisse der Dynastieen aufgefaßt werden, und daß man mithin am preußischen wie am österreichischen Hofe nicht erst seit gestern und heute, auch schwerlich erst seit den Tagen von Olmütz sich mit der Möglichkeit eines solchen Zusammenstoßes vertraut gemacht hatte, der zwischen den beiden Staaten, den beiden Häusern entscheide.*)

*) Vergl. Ranke, Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, p. 374 (Schluß): „Männer, die ihm nahe standen, versichern, er habe sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, den Kampf aufzunehmen". Bedeutungsvoll in dieser Beziehung war ein Korrespondenzartikel „vom Main" in der „Berliner Allg. Zeitung", einem Organ der Altliberalen, Mai 1862; er enthielt die Summe der preußischen Politik der folgenden Jahre. Derselbe verdient in Erinnerung gebracht zu werden, da er geeignet ist, die Vorgeschichte des großen Umschwunges von 1863—1866 klarzustellen. Der wohlunterrichtete Korrespondent giebt hier die „so gänzlich mißkannte Situation Preußens" in folgenden „Anhaltspunkten": „1. Der König ist entschlossen, in der deutschen Frage eine That zu thun, ernstlich, entschieden und plötzlich alle Sondermachinationen niederwerfend. 2. Die letzten Konsequenzen der Politik von Olmütz sollen daniedergeworfen werden. — — — 5. Preußen hat eine Allianz mit Frankreich und Rußland nicht eingegangen, wohl aber über seine Schritte sich

So zeigten die Dinge im März wieder ein sehr kriegerisches Gesicht. Preußisches Geschütz ging vom Rhein nach den schlesischen und sächsischen Festungen. In Wien wurde vom 7.—13. ein großer „Marschallsrat" unter dem Vorsitz des Kaisers gehalten, während auch in Berlin der König eifrig mit seinen höchsten militärischen Räten arbeitete: am 28. Februar war dort Sitzung des Ministerrats, zu welchem auch der Chef des Großen Generalstabs und der Gouverneur von Schleswig zugezogen waren. Am 10. März erschien, „um das System des preußischen Festungsbaues kennen zu lernen", der italienische General Govone in Berlin. Er erfuhr dort von Bismarck, daß die Dinge noch nicht so weit seien; mit voller Deutlichkeit bezeichnete dieser — „unser Cavour wie er leibt und lebt" schrieb der Italiener nach Hause, um den mächtigen Eindruck zu schildern, den ihm die Persönlichkeit des preußischen Staatsmannes machte — die Stadien, welche seine Politik noch zu durchlaufen habe, ehe der Krieg dasei. Noch einmal wurde man in Turin mißtrauisch, wo man gern gesehen hätte, wenn auch die französische Freundschaft durch Zusicherung einer Landabtretung an der deutschen Grenze gesichert worden wäre. Am 8. April aber ward der Vertrag dennoch unterzeichnet, welcher für den Fall, daß aus den bevorstehenden Unterhandlungen über die deutsche Bundesreform der Krieg hervorgehe, für Preußen und Italien eine gemeinsame Kriegführung mit allen Kräften stipulierte. Die Initiative ward Preußen anheimgegeben; beide Mächte verpflichteten sich, keinen Separatfrieden zu schließen; Friede solle nur geschlossen werden, wenn Venezien für Italien, ein Landstrich von gleichem Wert für Preußen gewonnen sei. Der Vertrag erlischt, wenn Preußen nicht binnen drei Monaten Krieg an Österreich erklärt hat.

Österreich seinerseits mußte sich die Verbündeten innerhalb Deutschlands suchen, indem es aus seiner verfehlten Stellung in der schleswig-holsteinischen Frage sich herauszog und seinen natürlichen Platz an der Spitze der Föderation der deutschen Territorien gegenüber den Unionsbestrebungen nahm: sich durch unmittelbare Verständigung mit Italien diesen lästigen Gegner vom Leibe zu halten und dadurch die Möglichkeit einer französischen Allianz zu gewinnen, konnte es sich nicht ent-

---

mit ihnen vereinbart. 6. Preußen tritt am Rhein nicht einen Fuß breit ab; die möglichen Territorialveränderungen liegen westlicher und östlich. 7. Preußen bedarf hierzu eines großen stehenden Heeres, und die Landwehr genügt nicht; es wird deshalb mit oder ohne die Kammern die Heeresorganisation durchgeführt, weil nur mit ihr die Aktion möglich ist. 8. Es ist nicht die Absicht, den Landtag aufzulösen, weil er — — — nach der Aktion seine Billigung doch geben wird. 9. Die Verfassung bleibt intakt erhalten, denn das Herrenhaus wird nach der Aktion von selbst unmöglich und reformiert."

schließen. Graf Mensdorff-Pouilly richtete am 16. März eine vertrauliche Depesche an die befreundeten deutschen Höfe, in welcher er die Absicht kundgab, die schleswig-holsteinische Sache nunmehr dem Bunde anheimzugeben und an Preußen eine bestimmte Anfrage über seine Politik zu richten: würde dessen Antwort unbefriedigend ausfallen, würde — einem drohenden Angriff, einer Selbsthilfe Preußens, entgegen dem Artikel 19 der Wiener Schlußakte und Artikel 11 der Bundesakte, gegenüber — Kriegsbereitschaft des 7.—10. Bundesarmeecorps in Verbindung mit der österreichischen Armee notwendig, so hoffe die kaiserliche Regierung, daß der betreffende Gesandte instruiert sei, für diese Maßregeln zu stimmen. Die Anfrage des Grafen Karolyi in Berlin am 17., ob Preußen sich mit dem Gedanken einer gewaltsamen Zerreißung der Gasteiner Übereinkunft trage, beantwortete Bismarck mit nein; jener Note vom 16. aber, von welcher er, wie natürlich, Kenntnis erhielt, ob sie gleich nicht für ihn bestimmt war, setzte er eine Depesche an die deutschen Regierungen entgegen, in welcher er in fester und männlicher Sprache die Sachlage darlegte, einen Antrag auf eine den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragende Bundesreform ankündigte, auf die Gefahren hinwies, welche die gegenwärtige Verfassung des Bundes für Preußen habe; Preußens Schicksal aber, fuhr er fort, werde dasjenige Deutschlands nach sich ziehen; sei Preußen niedergeworfen, so werde Deutschland das Schicksal Polens treffen. Die Depesche schloß mit der Anfrage, ob und in welchem Maße die preußische Regierung auf die Unterstützung der betreffenden Regierung zählen könne, im Falle Preußen von Österreich angegriffen werde.

Die Antworten lauteten abweisend oder ausweichend und verwiesen Preußen unter Namhaftmachung der betreffenden Paragraphen an den Bund. Überall in Deutschland geriet man in die höchste Aufregung; es drohte nun doch, was man in dem Lande, in welchem seit 20 Jahren so viel auf Rechnung deutscher Einheit und Brüderlichkeit gezecht und getafelt, geschwärmt und gejubelt worden war, für eine Unmöglichkeit gehalten hatte, der Bürger- und Bruderkrieg; geräuschvoll regten sich, vor allem in Preußen und namentlich am Rhein, die Friedensdemonstrationen. Man war empört darüber, daß dieses wegen seiner Politik im Innern so tief verhaßte Ministerium nun auch noch die Dinge zum Kriege treibe: mit Ungestüm forderte das bedeutendste Organ der rheinischen Bourgeoisie, die „Kölnische Zeitung", den Rücktritt des Grafen Bismarck, und man hatte hier auch ein Rezept, wie man dennoch zum Besitze der Herzogtümer gelangen könne — die Abtretung der schlesischen Grafschaft Glatz an Österreich. In Süddeutschland forderte man in demokratischen Kreisen anfangs die Neutralität:

man solle, sagte ein Aufruf des Komitees der württembergischen Volkspartei an die Gleichgesinnten in Deutschland (vom 3. April) — Österreich und Preußen ihren Kampf um die Großmachtstellung allein auskämpfen lassen: „Ihn mitzukämpfen soll uns niemand zwingen". Bald aber hatte die wütend aufschlagende Flamme des Preußenhasses diese Neutralitätsgedanken aufgezehrt, die ohnehin auf dem ganz haltlosen Grunde ruhten, als wäre ein drittes entwickelungsfähiges Deutschland neben Österreich und Preußen möglich. Indes nahmen die Rüstungen sehr ernstlich ihren Anfang. Am 28. März erging in Berlin die königliche Order, die Armee in Kriegsbereitschaft zu setzen, was nach der neuen Organisation ohne zu große Belastung des Volkes geschehen konnte. Anfang April hörte man von bayrischen, württembergischen Rüstungen. Noch einmal aber trat ein Stillstand ein. Am 31. März hatte Österreich gegen jede Unterstellung der Absicht eines angriffsweisen Vorgehens gegen Preußen protestiert. Am 6. April that Preußen seinerseits das Gleiche. Hiernach liege, erwiderte das österreichische Kabinett am 7., ein Grund zu weiteren Rüstungen nicht vor; es hoffe, daß demnach die königliche Order vom 28. März zurückgenommen werden werde. Man atmete auf, man gab sich wieder einen Augenblick der Hoffnung hin, daß sich der Krieg doch noch werde vermeiden lassen — der abscheulichste aller Kriege, eiferte man eben in den Kreisen, wo man die Flamme des Hasses am emsigsten geschürt hatte, der Bürger- und Bruderkrieg, den das gefühlvolle Deutschtum für das größte aller Übel hielt, und von dem ein Redner einer süddeutschen Kammer, der stets unfehlbar neben das Ziel traf, Moritz Mohl, die Vermutung aussprach, daß er, einmal entbrannt, leicht länger dauern könne als der 30jährige. Sie irrten: es giebt schwereres Unglück im Leben einer großen Nation als die Tage schmerzlicher Entscheidung in einem Bürgerkriege. Ein solches Unglück, das schwerste von allen, zielloses Anstürmen und Ermatten, Aufreibung der Volkskraft, ein Abmühen um unlösbare Aufgaben, wachsende Herrschaft der gedankenlosen Phrase bedrohte Deutschland oder suchte es vielmehr seit Jahrzehnten heim und zehrte an seinen Lebenswurzeln; und jetzt, wo die Krisis längst hinter uns liegt, läßt es sich mit Ruhe aussprechen, daß mit friedlichen Mitteln der krankende Körper nicht zu heilen — daß ein rascher, scharfer, unerbittlicher Schnitt eine Notwendigkeit und darum eine Wohlthat war.

Am 9. April stellte nun Preußen, dessen leitender Staatsmann es vortrefflich verstand, den Gegner ins Unrecht zu setzen, seinen Reformantrag am Bunde. Hohe Bundesversammlung wolle beschließen, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden

Tag einzuberufen, um die Vorlagen der Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten; in der Zwischenzeit aber bis zum Zusammentritt derselben durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen; die Bestimmung eines festen Termines für den Zusammentritt sollte die Regierungen zu einer Verständigung zwingen. Mancher wußte nicht, wie ihm geschah: der Mann, den man als die verkörperte Volksfeindlichkeit ansah', beantragte ein deutsches Parlament — demnächst zu berufen, gewählt vom allgemeinen Stimmrecht, dem goldenen Kalbe, um welches seit langen Jahren der Radikalismus tanzte — es konnte nicht mit rechten Dingen zugehen.

Vielleicht war dies ein möglicher Ausweg — aber zunächst mußten die Rüstungen eingestellt werden, die durch ihr eisernes Gewicht von selbst unaufhaltsam die Nation in den Krieg hineinzuziehen drohten. Am 15. April beantwortete die preußische Regierung die österreichische Note vom 7. dahin, daß Österreich, das zu rüsten begonnen, auch mit der Abrüstung beginnen möge — es sei dazu bereit, antwortete Österreich am 18., um einen Beweis seiner Friedensliebe zu geben, wenn es die Zusage erhielte, daß Preußen am gleichen Tage oder am nächstfolgenden die Abrüstung in Gang setze. Die Friedensagitation verdoppelte ihre Anstrengungen, aber die Freude war kurz. Am 23. erschien der österreichische Gesandte vor Bismarck mit sehr harmloser Miene: Österreich habe Italien gegenüber ernste Vorsichtsmaßregeln ergreifen müssen; seine Regierung habe diese Notifikation an die preußische für nötig erachtet, um jedes Mißverständnis zu vermeiden. Am 26. folgten dann zwei gesonderte Depeschen: der Kaiser, sagte die eine, sei jetzt bereit, die nach Böhmen beorderten Truppen unverzüglich zurückzuziehen, sobald er die Versicherung erhalte, daß Preußen den österreichischen Maßregeln gegen Italien keinen Einfluß auf die Herstellung der friedlichen Beziehungen zwischen Österreich und Preußen gestatten werde; die zweite betraf die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, welche Österreich anbot unter möglichster Berücksichtigung der preußischen Ansprüche, aber innerhalb des bestehenden Bundesrechts: im Falle der Ablehnung behalte es sich vor, die ganze Angelegenheit dem Bunde anheimzugeben. Der Plan war allzu wohlausgesonnen, um eine Täuschung selbst bei minder klar blickenden Männern, als König Wilhelm und sein Minister waren, zuzulassen. Österreich wollte mit dem einen Gegner, Italien, fertig werden — vielleicht, nach einem Siege, Venezien abtreten — um dann, mit einem siegreichen, in jedem Fall einem völlig gerüsteten Heere in die Verhandlung mit dem zweiten einzutreten, — eine Verhandlung, bei welcher es der Unterstützung der deutschen Bundesregierungen gewiß war. Dieses Ansinnen

beantwortete Preußen am 30. zunächst damit, daß es jede Abrüstung ablehnte, wofern nicht Österreich auch Italien gegenüber abrüste; in die folgenschweren Verhandlungen mit Österreich könne es nur eintreten unter Festhaltung des Gleichgewichts der Kriegsvorbereitungen; die zweite Depesche beantwortete es zunächst nicht. Dagegen wurden — und dies war deutlich genug — am 4. Mai fünf Armeecorps und die Garde mobil gemacht, die übrigen in Bereitschaft gesetzt; vom 5. bis 12. auch die Landwehr, doch noch nicht in vollem Umfang, aufgeboten. Am. 6. ergingen die entsprechenden Befehle an das österreichische Heer; in Bayern, Sachsen nahm man die Rüstungen wieder auf, in Hannover wurden die Beurlaubten eingezogen; am 7. lehnte Bismarck jede Einmischung des Bundes in die schleswig-holsteinische Frage ab. Es war an demselben Tage, an welchem auch der Meuchelmord sich an den Gewaltigen heranwagte. Wie der Minister vom Vortrage beim Könige — es war nachmittags 5 Uhr — die mittlere Allee unter den Linden heraufschreitet, fallen zwei Schüsse; er wendet sich um, sieht einen jungen Menschen, den er, während ein dritter Schuß ihn streift, am Handgelenk und an der Kehle festhält; diesem aber gelingt es, den Revolver in die linke Hand zu bringen und so in nächster Nähe noch zwei Schüsse abzufeuern. Der eine verbrannte den Rock, der andere schlägt auf einer Rippe auf, aber ohne Wirkung; während Vorübergehende und Soldaten aus einer gerade des Weges marschierenden Abteilung den Thäter ergreifen, geht der Minister nach seinem Hause. Es war in der That eine höchst wunderbare Rettung; sie machte auf den Mann selbst und vor allem auf den weichfühlenden König den stählenden und erhebenden Eindruck, den Rettung aus naher, drohender Gefahr auf jeden macht, dem die Welt nicht bloß aus bewegter Materie besteht. Der junge Schwärmer, der mit dieser That den Frieden Deutschlands zu retten meinte, entzog sich der menschlichen Gerechtigkeit oder Gnade, indem er sich in der folgenden Nacht im Gefängnis mit einem im Taschentuche versteckten Federmesser die Halsader durchschnitt. Er war der Stiefsohn eines der Führer der europäischen Demokratie, des Republikaners Karl Blind, — der zuvor zu Hohenheim in Württemberg neben Landwirtschaft auch viel von der krausen Politik gehört haben mochte, mit der man sich dort, wo das dritte Wort ein Fluch auf Bismarck war, den warmen Kopf noch mehr erhitzte.

Einen Tag später wurden auch die übrigen drei Armeecorps mobil gemacht, am 10. außerdem die Landwehr der sämtlichen Armeecorps einberufen. Am 9. war auch die Auflösung des Abgeordnetenhauses ausgesprochen worden, das einst unter ganz anderen Verhältnissen gewählt worden sei. Noch einmal, sehr spät, versuchte, während man

auf allen Seiten schon die Klingen prüfte, der Bundestag eine Vermittelung. Der Antrag einer Anzahl von Staaten, welche am 14. Mai zu Bamberg konferiert hatten, auf allseitige Abrüstung, wurde am 24. einstimmig angenommen, während freilich überall, in Württemberg, Baden, Bayern, Sachsen von den Landtagen Militärkredite verlangt und unter leidenschaftlichen Reden bewilligt wurden. Ebenso wirkungslos war eine andere Vermittelung. Denn ehe die Entscheidung unwiderruflich fiel, versuchte Europa noch einmal, den Streitenden in das schon zum Schlage ausholende Schwert zu fallen. Am 28. ergingen die Einladungen der neutralen Großmächte zu Friedenskonferenzen in Paris. Preußen, Italien, auch Österreich stimmten im Prinzip zu: aber wiederum wie 1859 half die letztere Macht der italienisch-preußischen Allianz aus dieser im letzten Augenblick noch drohenden Gefahr eines Aufschubs der Entscheidung. Die österreichische Regierung nahm die Einladung nur an unter dem Vorbehalt, daß auf der Konferenz keine Kombination zur Verhandlung käme, welche einem der eingeladenen Staaten Gebietserweiterung und Machtzuwachs zuzuwenden berechnet sei, was denn so gut und noch besser als eine förmliche Ablehnung war. Am gleichen Tage that sie den letzten entscheidenden Schritt, welcher den Krieg unvermeidlich machte.

Sie überantwortete am 1. Juni die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit dem Bunde. Dieser Entscheidung des Bundes sei von Österreichs Seite die bereitwilligste Anerkennung gesichert; sein Statthalter in Holstein sei beauftragt, die dortigen Stände einzuberufen, was denn auch am 2. geschah. Darauf erklärte Preußen (3. Juni) den Gasteiner Vertrag für zerrissen, und ganz folgerichtig zeigte Manteuffel am 6. Juni seinem Kollegen in Holstein an, daß nunmehr die gemeinsame Herrschaft und mithin seinerseits die Mitbesetzung von Holstein wieder beginne, und daß er demgemäß am folgenden Tage in das letztere Land wiedereinrücken werde. Er verfügte etwa über 12 000 Mann; die österreichischen Truppen, Brigade Kalik, etwa 4800 Mann, konzentrierten sich um Altona: in ihrem Gefolge verließ auch der Erbprinz von Augustenburg Kiel. Am 10. ward Itzehoe, wohin die holsteinische Ständeversammlung berufen war, von den Preußen besetzt; der Versuch einer Anzahl Mitglieder, die Versammlung trotzdem zu eröffnen, wurde gewaltsam gehindert, auch ein österreichischer Regierungskommissar auf kurze Zeit verhaftet; am 12. räumten die österreichischen Truppen, mit einer Abschiedsproklamation ihres Befehlshabers an die Bevölkerung des Herzogstums, Altona und setzten ihren Rückzug nach Süden fort; am gleichen Tage rief die österreichische Regierung ihren Gesandten von Berlin ab und stellte dem preußischen

in Wien seine Pässe zu. Die letzte Entscheidung fiel am 14. Juni im Saale der Bundesversammlung.

Noch am 27. Mai in einer Cirkulardepesche an die deutschen Regierungen hatte Preußen seine Bundesreformvorschläge entwickelt und empfohlen, und wenn man dieselben jetzt, wo sie verwirklicht sind, in beruhigter Zeit prüft, so muß man gestehen, das selten ein vernünftigeres, gemäßigteres und staatsweiseres Aktenstück diesen Regierungen vorgelegt worden ist, als es hier geschah — daß niemals ein Gegner vollständiger ins Unrecht gesetzt worden ist. Bismarck, längst den engen Gesichtspunkten und kümmerlichen Begriffen der Partei, der er ursprünglich angehört hatte, entwachsen, sprach in gerader, offener und männlicher Sprache aus, was unerläßlich war, wenn aus den deutschen Territorien wieder ein Staat, aus ihren Bevölkerungen wieder eine Nation werden sollte, — in einer Sprache, die sehr vorteilhaft abstach gegen die künstlich und zierlich gestellten Phrasen der mittelstaatlichen „Minister des Auswärtigen", welche zugleich mit einer Rechtsordnung, die nur auf Kosten des wirklichen und ersten Rechts einer Nation, zu leben und zu atmen, in Zeiten des Zerfalls sich gebildet hatte, ihre eigene zwecklose und gemeinschädliche Existenz verteidigten. Eine Bundesreform, so führte dieses Schriftstück aus, ist notwendig, recht eigentlich im Interesse des monarchischen Prinzips in Deutschland; denn nicht die Masse der unberechtigten Forderungen, sondern der geringe Bruchteil berechtigter Forderungen, der in ihnen steckt, ist es, was den revolutionären Bewegungen Kraft verleiht. Die Initiative zur Befriedigung derjenigen Bedürfnisse, welche jede große Nation und so auch die deutsche hat, muß von den Regierungen ergriffen werden: und in dieser Beziehung mutet der König von Preußen den übrigen deutschen Fürsten und Staaten keine schwereren Opfer zu als solche, die er selbst und der preußische Staat zu Gunsten des Ganzen ihrerseits bringen müssen. Es war, verglichen mit den hohen Worten von deutscher Einheit und Freiheit, die man seit zwei Jahrzehnten zum Überdruß zu hören bekommen, allerdings ein sehr einfaches und bescheidenes Programm, das hier geboten war: periodisch einzuberufende Nationalvertretung, deren Beschlußfassung für gewisse Punkte an die Stelle der unfruchtbaren Stimmeneinheit in der Bundesversammlung tritt: die Kompetenz der durch diese Einfügung eines neuen Gliedes umgestalteten Bundesgewalt sollte sich auf Münz-, Maß- und Gewichtswesen, Patentgesetzgebung, Civilprozeß, Heimatsrecht und Freizügigkeit, allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung beziehen; Organisation des Konsularwesens und Schutz der gemeinsamen Flagge, Verkehrswesen, gemeinsame Kriegsmarine mit Kriegshäfen und Küstenverteidigung; neue Heeresorganisation; das letzte Wort, die Aus-

schließung Österreichs, war noch nicht ausgesprochen. Ein einfaches Programm, das aber den Vorzug hatte, daß es ausführbar war.

Allein wer hätte diese Vorschläge noch prüfen wollen? Was man später als eine staatsmännische That ersten Ranges erkannt hat, was von der liberalen Partei, wäre sie schon eine wirklich nationale gewesen, mit Begierde hätte ergriffen werden müssen, ward jetzt kaum als etwas Ernsthaftes aufgenommen. Selbst diejenigen, welche dasselbe Losungswort ihr lebenlang auf ihre Fahne geschrieben hatten, wollten es jetzt nicht anerkennen, wo ihnen dieses ihr Programm im Namen des mächtigsten deutschen Staates dargereicht wurde, weil die Hand, die es bot, nicht die eines Mannes ihrer Partei war. Am 9. Juni ging Bismarck einen Schritt weiter, indem er auch in der unmittelbar vorliegenden Frage die Gegner ins Unrecht setzte. In seiner Erklärung am Bundestage vom 9. Juni sprach Preußen es aus, daß es die schleswig-holsteinische Frage als eine nationale ansehe und dieselbe als eine solche d. h. in Verbindung mit der Bundesreform zu lösen bereit sei: die preußische Regierung erwarte nur den Augenblick, wo sie diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln und erledigen könne, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung dem Einflusse partikularer Interessen das Gegengewicht halte und die Bürgschaft gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer dem gesamten Vaterlande und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zu gute komme. Damit war gesagt, was seit 20 Jahren im Namen des Liberalismus gefordert worden war. Aber das Echo blieb diesmal aus. So verblendet und so verwirrt war dieser selbe Liberalismus, daß ihm — wenigstens in seinen süddeutschen Kreisen — nun auf einmal jene verächtliche Versammlung in Frankfurt die nationale Einheit zu repräsentieren schien. Österreich, dem ebendieser süddeutsche und partikularistische Pseudoliberalismus alles verzieh, „weil es reuig zum Bundesrechte zurückgekehrt sei", gab am 11. die Antwort, indem es am Bunde wegen gewaltthätiger Selbsthilfe Preußens in Holstein klagte; es stellte den Antrag auf Mobilmachung der gesamten Bundesarmee mit Ausnahme ihrer preußischen Bestandteile. Durch Einrücken der Preußen in Holstein sei der Artikel 11 der Bundesakte, nach welchem Bundesglieder einander nicht bekriegen dürfen, verletzt, und es trete nunmehr Artikel 19 ein, nach welchem keine Selbsthilfe eines Bundesglieds statthaft sei und die Bundesversammlung Maßregeln treffen müsse, derselben vorzubeugen. Am 14. ward dieser Antrag mit neun gegen sechs Stimmen zum Beschluß erhoben. Die österreichische Majorität bestand außer Österreich aus Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, beiden Hessen, Nassau und der 16. Kurie; ob Nassau berechtigt war, für die 13. Kurie zu stimmen, war zweifelhaft, da Braunschweig gegen

den Antrag war: und nicht besser berechtigt war das Votum der 16. Kurie, wo 3 Stimmen für, 3 gegen waren, die siebente ohne Instruktion sich befand. Als die Abstimmung beendet war, erklärte der preußische Bundestagsgesandte von Savigny, daß seine Regierung den seitherigen Bundesvertrag für gebrochen und erloschen ansehe; an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation halte sie fest. Indem der Gesandte den Entwurf des neuen Bundes — Art. 1: „Das Bundesgebiet besteht aus den seitherigen Staaten mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und der königlich niederländischen Landesteile" — auf den Tisch des gewesenen Deutschen Bundes niederlegte, erklärte er seine Thätigkeit für beendigt.

Es war der einzige feierliche Moment im Leben dieser kläglichen Körperschaft. Auf der einen Seite stand der deutsche Staat, der, soweit er bis dahin vollendet war, Preußen hieß, vorläufig noch allein; auf der andern das alte Deutschland, kein Staat, keine Nation, sondern eine Anzahl Territorien, hervorgegangen wie Preußen aus den Spolien des alten Reichs; — diese gestützt auf das Recht des Bestehenden d. h. auf verjährtes Unrecht, jenes gestützt auf das Recht des Besseren, welches seine Bestätigung von der Zukunft erwarten durfte.

II. Geschichte der einzelnen Staaten außer Deutschland.

1863—1866.

Mit dem Italienischen Kriege von 1859 und den Ereignissen, die ihm unmittelbar folgten, hatte ein großer Umschwung der Dinge begonnen, zu dessen Vollendung im Herzen Europas alsdann der zweite — wenn man will dritte — Schleswig-Holsteinische Krieg den Anstoß gab.

Nur mit äußerstem Widerstreben hatten bis dahin die Regierenden zugegeben, daß irgendwo gegenüber der gemeinsam festgesetzten Ordnung von 1815 Territorialveränderungen eintraten: und solche Änderungen waren denn auch demgemäß in den zwei Menschenaltern, die seit jenem Jahre verflossen, überaus selten gewesen. Wie lange hatte es gedauert, bis man sich in die Notwendigkeit eines selbständigen Griechenlands gefunden hatte: — und doch war dies eine politische Neubildung auf Kosten einer Macht, die doch nur im uneigentlichen Sinne eine europäische genannt werden konnte. Die Schöpfung und Anerkennung eines neuen Königreichs Belgien nahm man schon leichter; aber man war doch auch hier nur der baren Notwendigkeit unmittelbar nach einer großen und gefährlichen Revolution gewichen.

Bis 1848 erfolgte keine weitere wesentliche Veränderung der Karte von Europa. Ebenso gingen die gefährlichen Jahre von 1848 bis 52 vorüber, ohne daß die angestrebten oder halbverwirklichten Territorialveränderungen hätten Dauer gewinnen können. Im Jahre 1856 war ein großer Krieg, bei welchem vier Großmächte unmittelbar beteiligt gewesen waren, geführt und auf einem europäischen Kongreß beendigt worden, ohne daß von erheblichen, materiell irgendwie ins Gewicht fallenden Gebietserwerbungen oder -vertauschungen die Rede gewesen wäre. Und auch in jener schleswig-holsteinischen Angelegenheit hatte hauptsächlich diese Furcht, an einer wichtigen Stelle einen Stein des künstlich aufgerichteten Gebäudes der europäischen Staatenordnung zu verschieben, die Hand bei der Unterzeichnung des Londoner Protokolls geführt. Dies eben, daß es sich um Gebietsverschiebungen handelte, hatte die Aufregung bei dem Italienisch-Französisch-Österreichischen Kriege hervorgerufen; mit Recht: man sah, wie hier, als der Anfang einmal gemacht war, rasch, ohne große Gewissensbisse, drei, vier, fünf, sechs Fürsten ganz oder halb „depossediert" wurden, große Königreiche spurlos von der Karte verschwanden, und was schlimmer, daß die Welt darüber nicht untergegangen war. Auf jene alte Scheu vor Gebietsverrückungen, die einen Grundzug der Politik seit 1815 ausmachte, und die den natürlichen Rückschlag zu der Umsturzpolitik Napoleons I. darstellt, baute auch Dänemark, als es den Krieg, der sich doch hätte vermeiden lassen, an sich herankommen ließ, ja herausforderte. Jetzt war der kleine Staat erlegen, um die Siegesbeute aber entbrannte ein Streit, der nunmehr einen ungeheuren Umfang gewann; was in Italien geschehen, konnte sich in Deutschland mit ganz anderer Bedeutung und Wirkung wiederholen, und man erinnerte sich, daß Cavour einst, als eine preußische Note sich in sehr entrüstetem und tugendstolzem Tone über die Annexion der mittelitalienischen Staaten durch Piemont aussprach, die Predigt sehr gelassen hingenommen und nur geäußert hatte, daß Preußen bald des Beispiels sich freuen werde, das ihm Italien gegeben.

Und dies war richtig, man hatte sich bei Gelegenheit der Vorgänge in Italien seit 1859 an den Gedanken großer Territorialveränderungen gewöhnt, und weit entfernt, wie in den Tagen der Heiligen Allianz sofort jede solche Frage, sobald sie auftauchte, zu einer gemeinsam-europäischen zu machen, suchten vielmehr die einzelnen Staaten soviel möglich sich von jeder Frage, die sie nicht unmittelbar berührte, mehr und mehr fern zu halten oder sich an ihr nur soweit zu beteiligen, als ihr nächstes und eigenes Interesse berührt wurde. Die italienische Frage war, soweit sie gelöst war, zum großen Teil durch Italien selbst gelöst worden, ohne ganz Europa in Flammen zu setzen. Die Ge-

schichte der wichtigsten europäischen Staaten von 1863—66 wird uns aufs neue zeigen, wie eng auf der einen Seite die Geschicke aller europäischen Völker miteinander verbunden sind, und wie sehr doch andererseits jedes derselben mit gesundem Egoismus seine eigenen Geschäfte treibt. Wir werden dabei zugleich nachtragen können, wie jeder der wichtigeren Staaten sich zu der nunmehr immer sichtbarer in Fluß kommenden deutschen oder mitteleuropäischen Frage stellte, und betrachten zuerst die Länder der germanischen Gruppe.

A. Germanische Staaten außer Deutschland.

1. Skandinavien.

Auf den ersten Blick hätte es scheinen können, daß bei dem deutsch-dänischen Handel zunächst die übrigen skandinavischen Reiche beteiligt seien. Indes wollte es doch während der ganzen kritischen Zeit nicht gelingen, unter der großen Masse der Bevölkerung, sei es in Schweden oder in Norwegen, eine lebhaftere Empfindung für jene Gemeinsamkeit der nordischen Interessen hervorzurufen: eine Empfindung, welche zwar den Glaubensartikel einer Partei bildete, der aber kein wirkliches Bedürfnis jener Länder entsprach.

In Schweden war man eben damit beschäftigt, an die Stelle der alten mittelalterlich-schwerfälligen Repräsentativverfassung eine Konstitution von etwas modernerem Zuschnitt zu setzen; wir sahen, wie dem am 5. Januar 1863 zusammentretenden Reichstage ein dem entsprechender Entwurf vorgelegt worden war. Die Lust zu Reformen war aber beim Ritter- und Priesterstand gering, und so war die Ablenkung von den inneren Fragen, welche erst die polnische Insurrektion und nachher die schleswig-holsteinische Sache brachte, hier nicht ganz unwillkommen. Für die erstere erhitzte man sich dort mehr, als man hätte erwarten sollen, und es mag sein, daß die Erhitzung etwas künstlich gemacht war; doch muß man sich dabei der alten Verbindungen zwischen Schweden und Polen sowie des Umstandes erinnern, daß ein König, Karl XV., auf dem schwedischen Throne saß, der nur schwer die Unthätigkeit ertrug, zu der ihn die Geld- und Menschenarmut des Landes und die Schwerfälligkeit seiner Staatseinrichtungen verurteilte. Die Teilnahme mußte sich auf mehr oder weniger feurige Kundgebungen der Bevölkerung der Stadt Stockholm und der Stände beschränken. Anders schien dies in der Angelegenheit der Elbherzogtümer werden zu sollen; sie bildeten den dürftigen Rest einer einst großen Stellung, welche die Reiche des Nordens an den deutschen Küsten besessen. Im August 1863, als eben die Geduld des Deutschen

Bundestags sich zu erschöpfen begann, treffen wir den schwedischen Minister Grafen Manderström in Kopenhagen. Während eine Depesche vom 5. Oktober den Dänen die Einverleibung Schleswigs in Dänemark widerriet, beauftragte eine zweite vom gleichen Tage, die wir bereits erwähnt, den schwedischen Gesandten, dem dänischen Minister Hall die Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung im Falle eines deutschen Einfalles in Schleswig auszusprechen. Die Stunde kam schneller, als man gedacht: aber die Hilfe blieb aus. Am 20. November forderte eine schwedische Cirkulardepesche die Großmächte auf, die „Beraubung Dänemarks" nicht zuzugeben; einige Tage später verlangte und erhielt die Regierung vom Reichstage 3 Millionen Rthlr. zu kriegerischen Rüstungen, und am 8. Dezember versicherte die Schlußrede des Königs, daß er das Wort der vereinigten Reiche in die Wagschale der Gerechtigkeit legen werde: „Aber", setzte er hinzu, „man muß nicht von uns verlangen, daß wir außerdem auch noch unser Schwert in die Wagschale legen sollen." Im März des Jahres 1864, als die Dinge in Dänemark eine sehr ernste Gestalt genommen hatten, gab es einige Straßenaufläufe in Stockholm zu Gunsten des Nachbarreiches, und im Mai wurde sogar ein schwedisch-norwegisches Kriegsgeschwader gebildet. Denn auch in Norwegen waren Sympathieen für Dänemark rege, welche sich in Adressen einiger Volksversammlungen kundgaben, die den König zu thatkräftigem Beistande aufforderten (Dezember 1863). Am 26. Januar 1864 wurde demgemäß ein außerordentliches Storthing einberufen, welches auch — denn hier nahm man sich zu allen guten Dingen Zeit — am 15. März zu Christiania eröffnet ward. „Ohne Zweifel", sagte der König in der Thronrede, mit welcher er die Versammlung eröffnete, „wird das Storthing meine Anschauung darin teilen, daß beide Brudervölker gleichmäßig sich bereit finden sollten, den Anforderungen zu entsprechen, welche die Verhältnisse an sie stellen" — eine Anschauung, mit welcher sich nicht nur das Storthing zu Christiania, sondern auch die übrige Welt nur einverstanden erklären konnte. Das Storthing gab die verfassungsmäßige Vollmacht zur Verwendung der norwegischen Land- und Seemacht, machte aber vorsichtig die Teilnahme am Kriege von einer sicherstellenden Allianz abhängig. Eine solche Allianz, wissen wir, blieb aus; die Sympathieen für Dänemark hinderten nicht, daß am 16. Juni jenes Jahres der 50jährige Gedenktag der Lostrennung Norwegens von Dänemark mit den nötigen Festlichkeiten begangen wurde, ungeachtet es allen Anschein hatte, als würden nach weiteren 50 Jahren die deutschen Herzogtümer in der Lage sein, einen ähnlichen Freudentag zu feiern. Am 11. Juli (1864) wurde das schwedisch-norwegische Geschwader wieder aufgelöst; in Ruhe verfloß wieder für Norwegen die Zeit, und das im Juli 1865 neuge-

wählte Storthing war in der beneidenswerten Lage, am 12. März 1866 die gesamte Landmacht des Königreichs auf 10 000, bei Kriegsstärke auf 15 000 Mann festzustellen.

Auch in Schweden hatte man mittlerweile die Werke des Friedens, Eisenbahnbau und Anleihen, für welche man den deutschen Kapitalmarkt nicht entbehren konnte, wieder aufgenommen. Im Jahre 1865 kam auch das Werk der Verfassungsreform wieder in Gang. Am 15. Oktober empfahl die Thronrede dasselbe zugleich mit einem Armeeorganisationsplane, welchen der sachkundige König hatte ausarbeiten lassen. Diese letzteren Pläne fanden beim Reichstage keine Gnade; dagegen aber wurde nun die Verfassungsänderung am 4. Dezember von dem Bürger- und Bauernstande, am 7. und 8., nachdem die drohende Haltung der Stockholmer Bevölkerung den nötigen Druck ausgeübt hatte, auch von den Rittern und der Geistlichkeit unter den in solchen Fällen gebräuchlichen Protesten der Minorität angenommen. Am 1. September 1866 fanden zum erstenmal die Wahlen zu dem vereinfachten Reichstage, der nunmehr, wie sonst in der Welt üblich, aus zwei Häusern bestand, nach dem neuen Wahlgesetze statt.

In Dänemark fand man sich nur schwer in die bescheidene Rolle, welche ein übermächtiges Geschick, trotzig herausgefordert und durch eigene Schuld herbeibeschworen wie es war — denn nicht ungestraft greift man einer Nation von 40 Millionen in den Bart —, dem stolzen und kraftvoll-tüchtigen Volke auferlegt hatte, das sich jetzt auf die bescheidene Ziffer eines kleinen deutschen Königreichs, 1 700 000 Seelen, herabgebracht sah. Die Verfassungsänderungen, welche das Ausscheiden des Herzogtums Schleswig notwendig machte, führten zu langwierigen Verhandlungen zwischen der Regierung und den vier Vertretungskörpern, dem Lands- und Volksthing des zum Rumpfe gewordenen Reichsrats und dem des besondern dänischen Reichstags. Das Ministerium Bluhme kam darüber am 5. November 1865 zu Fall, erst das neue, Graf Frijs-Frijsenborg, kam damit zu stande; am 28. Juni 1866 hatten sich die verschiedenen gesetzgebenden Faktoren geeinigt.

2. England.

In England hielt sich während dieser ganzen Zeit das Ministerium, welchem Lord Palmerston das Gewicht seines Namens und seiner Persönlichkeit lieh. Die auswärtige Politik dieses den Namen der leitenden Minister nach liberalen Kabinetts war eine überaus schwächliche: wie natürlich, wo einmal der Satz wie ein Dogma feststand, daß man an den europäischen Händeln kein unmittelbares Interesse

habe, sondern sie nur, wie der Chor in der griechischen Tragödie, mit Betrachtungen, Wünschen und Ermahnungen begleite. In der polnischen Angelegenheit, haben wir gesehen, wurden zwar die energischen Worte nicht gespart, ihr Gewicht aber von vornherein dadurch auf Null reduziert, daß Lord John Russell gleich beim Beginne seines diplomatischen Feldzuges (5. Mai 1863) erklärte, daß England in keinem Falle das Schwert ziehen werde. Viel anders war es auch in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nicht. Im Publikum und Parlament trat ein sehr ausgesprochener übler Wille gegen Deutschland zu Tage, wie z. B. am 9. Mai die Nachricht von der angeblichen Seeniederlage des österreichischen Geschwaders bei Helgoland im Unterhause einen großen Beifallssturm hervorrief. Aber weiter ging man auch hier nicht. Lord John Russell entwickelte einen großen Fleiß, indem er vermittelnden Rat nach allen Seiten spendete, wodurch er sich von den Oppositionsbänken den Vorwurf zuzog, daß er Konfusionspolitik treibe: aber sein Rat wurde von allen Seiten zurückgewiesen. Die vorgeschlagene materielle Unterstützung Dänemarks wies Frankreich zurück, weil es nicht wünsche, Deutschland gegenüber in dieselbe Lage gebracht zu werden, wie soeben in der polnischen Sache Rußland gegenüber; Dänemark wollte nichts von der Aufhebung der Novemberverfassung hören; Preußen und Österreich behielten sich zuerst für den äußersten Fall den Krieg und, als dieser ausgebrochen war, den Rücktritt vom Londoner Protokoll vor. Den wohlgemeinten Konferenzvorschlag nahmen die Beteiligten erst an, als es zu spät und zu früh war, und die Konferenzen selbst endigten, wie wir gesehen, ergebnislos. Die Haltung der englischen Regierung charakterisiert es, daß Lord Palmerston am 8. April (1864) auf eine Interpellation, wie denn die Herzogtümer selbst auf den Konferenzen vertreten seien, die übellaunige Antwort gab: „Durch den Gesandten ihres gesetzlichen Souveräns", während Lord Russell am folgenden Tage im Oberhause, als dort jemand energische Unterstützung der Dänen verlangte, jedes kriegerische Einschreiten mit Hinweisung auf die englische Staatsschuld ablehnte, obgleich zwei Tage vorher der Schatzkanzler Gladstone ein Budget mit einem Jahresüberschusse von drittehalb Millionen vorgelegt hatte. Es war, als wolle die englische Regierung, die indes vielleicht von einer mehr kriegerischen Politik durch die Abneigung der Königin gegen eine solche abgehalten wurde, den festländischen Regierungen ihre üble Laune dadurch beweisen, daß sie oder ihre Freunde eben in jenen Tagen, im April, Garibaldi bei seinem Besuche in England mit Artigkeiten überschütteten. Der berühmte Freischarenführer, der Eroberer eines Königreichs, stieg bei einem der Häupter des englischen Hochadels ab und empfing dort neben den Huldigungen des Volkes nach der Reihe die

Lord Palmerſton,
engliſcher Miniſterpräſident.

Besuche oder Einladungen der Spitzen der Aristokratie. Die Regierungspolitik erhielt übrigens nach viertägiger Debatte (4. bis 9. Juli) die Billigung des Unterhauses mit 313 gegen 295 Stimmen, wogegen das Oberhaus die Gelegenheit benutzte, mit 177 gegen 168 Stimmen dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben: es war Palmerstons letzter Sieg. Nach dem ergebnislosen Schluß der Konferenzen ließ dann England die Dinge gehen, wie sie mochten. Nur die Gasteiner Konvention gab Russell noch einmal Gelegenheit zu einer sehr verdrießlichen Cirkulardepesche (14. September 1865), in welcher er klagte, daß in jenem Vertrage alte und neue Rechte gleichmäßig mißachtet seien, und daß keine andere Autorität mehr als die der Gewalt anerkannt werde. Indes ward beigefügt, daß der Gesandte von diesen Bemerkungen nur dann Gebrauch zu machen habe, wenn man ihm die Gelegenheit dazu gebe: und Lord Palmerston seinerseits war, wenn es denn nicht anders sein konnte, mit einer Verstärkung der preußischen Macht wohlzufrieden, weil man eines starken Deutschlands bedürfen werde, um Frankreich und Rußland, „jene beiden ehrgeizigen und streitsüchtigen Mächte", im Zaum zu halten.*)

Den barschen Ton, welcher jene Note und die meisten anderen auf die schleswig-holsteinische Frage sich beziehenden charakterisierte, hütete sich Lord John Russell wohl auch der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber anzuschlagen. Noch war für die letztere die Zeit der Abrechnung nicht gekommen; indes verbarg man dort seine Verstimmung nicht über die mittelbare Begünstigung, welche der Sache der Sezessionisten durch England kam. Die englische Regierung erkannte allerdings die Konföderation der Südstaaten nicht förmlich an, gestattete den Konföderierten aber doch die Rechte von Kriegführenden, und am 12. August 1864 schloß ein königlicher Befehl die Kriegsschiffe beider Parteien von den britischen Häfen aus. In denselben Zusammenhang gehörte es, daß im Oktober desselben Jahres südstaatliche Parteigänger von Kanada aus den Boden der Union betraten, und daß, was allerdings nur sehr mittelbar gegen die Vereinigten Staaten gerichtet war, im November England das neue Kaisertum Mexiko anerkannte. Im Februar 1865 verlangte die Regierung vom Parlament eine ansehnliche Summe, um Quebeck, die Hauptstadt von Kanada, zu befestigen, und derselben Angst vor den grollenden Vettern jenseit des Oceans entsprang es, daß man Pläne begünstigte, welche bestimmt waren, eine engere Vereinigung und straffere Zusammenfassung der nordamerikanischen Kolonialgebiete Englands herbeizu-

*) Brief an Russell vom 15. Septbr. 1865. (Kölnische Zeitung vom 14. Septbr. 1885, 2. Blatt, nach dem Spektator.)

führen. Das Blatt wendete sich mittlerweile immer entschiedener zu Gunsten der Nordstaaten. Es war Zeit, daß die englische Regierung einlenkte, aber es half nicht viel, daß, als im Mai das englische Parlament sein Beileid über den Tod des Präsidenten Lincoln aussprach — der, wie weiterhin zu erzählen sein wird, einem politischen Meuchelmord zum Opfer gefallen war —, Lord John Russell behauptete, daß die Sympathieen der Mehrheit des englischen Volkes von Anfang an den Nordstaaten zugewendet gewesen seien; was er höchstens von sich selbst und einer Anzahl anderer ehrlichen Liberalen, ganz und gar nicht aber von der Mehrheit der leitenden Klassen Englands mit gutem Gewissen sagen konnte. Indes, wie dem war, man beeilte sich wenigstens jetzt seinen guten Willen zu zeigen. Eine Depesche Russells nach Washington (2. Juni) zeigte an, daß man jetzt den Krieg als thatsächlich beendigt ansehe und mithin den vormaligen Konföderierten das Recht Kriegführender entziehe; als im November das südstaatliche Schiff Shenandoah in Liverpool einlief und sich den englischen Behörden ergab, wurde die Mannschaft auf freien Fuß gesetzt, das Schiff aber dem amerikanischen Konsul zur Verfügung gestellt. Dies alles machte drüben wenig Eindruck. Schon am 7. April (1865) hatte die Union, getreu ihren Erklärungen zu Anfang des Krieges, die Forderung auf Entschädigung erhoben für die von südstaatlichen, in britischen Häfen ausgerüsteten Kaperschiffen verursachten Verluste; nur vergeblich wies Russell am 30. August diese Ansprüche zurück; nicht so leichten Kaufs sollte man den unbequemen Mahner los werden, der sich bereits wieder in seiner vollen Kraft fühlte.

Sehr peinlich wurde dieses Mißverhältnis durch eine Erscheinung, welche sich in demselben Jahre der öffentlichen Aufmerksamkeit entgegendrängte, und die möglicherweise in einem inneren Zusammenhange mit demselben stand. Dies war eine geheime Verbindung, welche von irischen Unterthanen der Königin im Verein mit ihren zahlreich in den Vereinigten Staaten lebenden Landsleuten angezettelt war, und die unter dem rätselhaften, an irgend eine dichterische Bezeichnung der ältesten Bevölkerung des Landes anknüpfenden*) Namen des Fenierbundes nichts Geringeres als die Losreißung Irlands von Großbritannien bezweckte und diesem Ziele vorläufig durch das in Irland seit lange einheimische Mittel der Ermordung englischer Gutsbesitzer zustrebte. Unheimlich wurde die Sache durch die augenblickliche Spannung mit Amerika, wo die gereizte Stimmung der Bevölkerung aus allem Nahrung ziehen konnte: an und für sich war der Bund nur durch seine verbrecherischen Anschläge gegen einzelne, durch seine wirksame Organi-

*) M'Carthy, History IV, S. 197.

sation und durch die Sympathieen gefährlich, welche ihm die unversöhnliche Bevölkerung Irlands entgegenbrachte, deren Haß jeden Frevel guthieß, wenn er nur an einem Sachsen, und noch besser einem protestantischen Sachsen, verübt wurde. Die Regierung sah sich genötigt, im September Stadt und Grafschaft Cork, einige Monate später Stadt und Grafschaft Dublin in Belagerungszustand zu erklären und am 17. Februar (1866) wieder einmal, mit Genehmigung des Parlaments, die Habeaskorpusakte für Irland außer Kraft zu setzen. Daß damit gegen den alten Fluch- und Rachegeist, der in immer neuen Gestalten umging, nichts geschafft sei, verhehlte man sich nicht. Bei den verschiedenen Gelegenheiten, wo die Verhältnisse Irlands im Parlamente zur Sprache kamen, wurde auf den Schaden aller Schäden, das noch immer fortbestehende Unrecht einer protestantischen Staatskirche auf katholischem Boden und auf katholische Kosten, und auf die agrarischen Verhältnisse hingewiesen; indes stockte hier, wie sonst, die Reformgesetzgebung. Man begnügte sich, mit Genugthuung Akt zu nehmen von dem vielbeneideten Zustand der englischen Finanzen, welche im Jahre 1863 2½, 1864 4 und 1865, trotz Steuerherabsetzungen von beinahe 4 Millionen, 1½ Million Überschuß zeigten.

Wir haben erwähnt, daß die Frage der Parlamentsreform dem mächtigen Einfluß des Mannes zuliebe, der damals England wie kraft eigenen Rechts regierte, vertagt worden war. Dieses Hindernis beseitigte der Tod; am 18. Oktober 1865 starb Lord Palmerston, die Hand am Steuerruder seines Staates, wie er von seinem nie fehlenden Glücke verlangt hatte: im 82. Lebensjahre, denn länger als anderswo halten diese Sprossen einer in gesundem Boden tief gewurzelten Aristokratie in den Geschäften, Vergnügungen und Intriguen der hohen Politik aus. Sein Erbe trat der nicht viel jüngere Russell (geboren 1792) an, der am 30. sein Ministerium ergänzte: die Leitung des Unterhauses übernahm Gladstone, die auswärtigen Angelegenheiten Lord Clarendon.

Die Neuwahlen, welche im Juni 1865 stattgefunden, hatten dem Whigministerium eine ansehnliche liberale Majorität, 365 gegen 295, geliefert und die Thronrede, mit welcher am 6. Februar 1866 das Parlament eröffnet ward, erwähnte außer den irischen Dingen und den Vorgängen auf Jamaika, wo drohende Unruhen der Negerbevölkerung durch den Gouverneur Eyre sofort, aber auf höchst barbarische Weise durch die Hinrichtung von 330 Negern erstickt worden waren, ausdrücklich Parlamentseid und Parlamentsreform als die zu erledigenden Gegenstände. Demgemäß legte Gladstone am 12. März eine Bill vor, welche durch Herabsetzung des Census die Zahl der Wähler um etwas über eine Million vermehren sollte, und, als am

27. April diese Bill, obzwar nur mit 318 gegen 313 Stimmen, im Unterhause die zweite Lesung passiert hatte, am 7. Mai eine zweite, welche durch gerechtere Verteilung der Parlamentssitze die erste ergänzen sollte, sowie gleichzeitig eine andere, welche sich auf Verbesserung der Pachtverhältnisse in Irland bezog. Durch den Abfall eines Teiles der Majorität aber kam das Ministerium ins Schwanken und am 26. Juni zu Fall. Vielleicht, daß in der gemeinsamen Opposition gegen ein konservatives Ministerium die liberale Partei, wie so oft, sich wieder einigte und kräftigte: am 6. Juli hatte der Führer der Tories, Earl Derby, sein Ministerium fertig, in welchem Disraeli wieder als Schatzkanzler die Leitung des Unterhauses übernahm.

3. Die neutralen Staaten.

Holland, Belgien, Schweiz.

Wir fügen den skandinavischen Staaten und England hier einige Worte über die kleinen Staaten bei, welchen ihre Lage oder ausdrückliche europäische Verträge die Neutralität verbürgen, Holland, Belgien und die Schweiz: Gemeinwesen, welche eben durch diese ihre Neutralität für das europäische Leben eine besondere Bedeutung haben. Wie, äußerlich betrachtet, sie durch ihre geographische Lage den Zusammenstoß der großen Mächte erschweren sollen, so haben sie auch die Aufgabe, die Gegensätze, welche die europäische Welt bewegen, innerlich zu mildern, indem sie den Vertretern dieser Gegensätze einen gesicherten Ort zu freiem Bekenntnis, ihren Opfern im schlimmsten Falle ein Asyl darbieten. Am günstigsten in dieser Beziehung gelegen ist die Schweiz. Sie hält auf der einen Seite Österreich und Frankreich, auf der anderen Italien und Deutschland auseinander; mit der beneidenswerten centralen Lage verbinden sich eine großartige Natur und republikanisch bequeme Lebensformen und machen so das Land zu einem gemeinsamen Besitze Europas, zu einem Asyl im wahren Sinne, und nicht bloß für die Kranken und Erholungsbedürftigen. Wie die Schweiz im Süden, so schränkt Belgien im Norden die Linie ein, auf welcher Deutschland und Frankreich sich unmittelbar berühren; mit Holland zusammen bildet es im Norden Europas ein Gebiet, das, zwischen Frankreich, England und Deutschland in der Mitte gelagert, eine ähnliche mäßigende, vermittelnde, friedliche Mission hat, wie im Süden die Schweiz. Eine große materielle Blüte und behagliche Wohlfahrt zeichnet diese Länder aus: es ist bemerkenswert, daß die geistige — ihre Leistungen in Kunst und Wissenschaft — nicht ganz damit auf gleicher Höhe steht, die Schweiz z. B. in Beziehung auf das höhere Unterrichtswesen, auf selbständige wissenschaftliche

Leistungen und Hochbegabungen hinter Deutschland, Belgien hinter Frankreich zurücksteht. Nicht allen ist alles gegeben; es ist nicht Ruhe und materielles Wohlbehagen allein, was die Wissenschaft bedarf, sondern auch ein gewisser Schwung des Geistes, den der Mensch in einem großen, ringenden, von Gefahren bedrohten Nationalleben leichter zu finden scheint als in einem kleinen, friedlichen und beruhigten.

Am wenigsten war in dieser Beziehung Holland angefochten, wo während dieser ganzen Zeit das Spiel der konstitutionellen Gewalten ohne Störung seinen regelmäßigen Gang ging und man in Kunst und Wissenschaft nach alter und guter Gewohnheit weiterschritt. Das liberale Ministerium Thorbecke machte im Jahre 1866 einem konservativen Platz: die Aufmerksamkeit war vorzugsweise auf eine Reform der Kolonialverwaltung gerichtet, die noch immer Besitzungen von ansehnlichem Umfange — man kann sie auf 32 000 Quadratmeilen mit etwa 23 Millionen Einwohnern anschlagen — umfaßte. Im übrigen hörte Europa in gutem und bösem von dem Königreich der Niederlande wenig.

Etwas bewegter war die Scene in Belgien. Die beiden Parteien, die liberale und die klerikale, fuhren fort, sich die Wage zu halten. Ende 1863 verfügten die Liberalen noch über eine kleine Majorität; die Antwortsadresse auf die Thronrede wurde im Januar 1864 mit 58 gegen 52 Stimmen votiert, und als bei den Ergänzungswahlen in Brügge drei Klerikale gewählt wurden, bot das liberale Ministerium Rogier, ohne sichere Majorität in der Deputiertenkammer, seine Entlassung. Eine lange Ministerkrisis trat ein; schließlich blieb doch das Ministerium (Mai), da die Unterhandlungen zu keinem Ziele führten. Am Ende langer Debatten (Juni) ward der Antrag auf ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium gestellt; mit 57 gegen 56 Stimmen ward er verworfen; als aber ein Liberaler den Antrag stellte, nach der jetzt erreichten Bevölkerungsziffer sechs neue Deputiertensitze zu schaffen, von denen fünf mit Wahrscheinlichkeit den Liberalen zu gute gekommen sein würden, da machte die klerikale Partei, indem sie bei der Diskussion des Antrags den Saal verließ, die Kammer beschlußunfähig. Zu allem Unglück starb am 12. Juli noch ein liberaler Repräsentant: und so war die gesetzgeberische Thätigkeit der Kammer jeder Laune des Zufalls preisgegeben. Dem unerquicklichen Zustande machte der König ein Ende, indem er die Kammer auflöste. Die Neuwahlen im August ergaben 64 Liberale gegen 52 Klerikale, und diese einigermaßen regierungsfähige Majorität bewilligte die Gelder, mit welchen die Befestigung Antwerpens, eine Forderung der Vorsicht gegen den französischen Nachbar, der Vollendung entgegengeführt werden konnte. Die

gespannte Lage Europas machte sich auch hier geltend. Man glaubte zu wissen oder zu fühlen, daß allerlei im geheimen geplant werde, und man hatte den großen preußischen Minister im Verdacht, daß er Belgien den Franzosen geben wolle, um freie Hand in Deutschland zu bekommen: es erleichterte, wie hier beiläufig bemerkt werden mag, seine ganz offene Politik ungemein, daß alle Welt nach seiner geheimen suchte. Im Jahre 1865 hielt ein litterarisches Ereignis die Aufmerksamkeit rege. Der Kaiser Napoleon hatte in seinen Mußestunden ein Werk verfaßt, Leben Julius Cäsars, in dessen Vorwort er sich über das Cäsarentum im allgemeinen äußerte. Ein witziger Gegner, ein Franzose Rogeard, setzte diesen Betrachtungen eine beißende Kritik in einer Schrift entgegen, die er mit dem Namen eines Gegners des großen Römers „Les propos de Labienus“ nannte. Dieser Labienus fühlte sich in Belgien sicherer als im Lande Cäsars; er erhielt aber, da man die Empfindlichkeit der kaiserlichen Regierung kannte, kraft einer Erneuerung des Fremdengesetzes den Befehl, Belgien binnen 24 Stunden zu verlassen, und wurde, da er nicht freiwillig ging, mit Gewalt über die Grenze gebracht: bei der Eröffnung der Kammer, im November, glaubte der Präsident in seiner Antrittsrede etwas über die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit des Landes sagen zu müssen.

Im gleichen Jahre erlitt das Land einen schweren Verlust: König Leopold I. starb am 10. Dezember nach einer Regierung von 34 Jahren. Dieser Mann hatte auf der Bühne der Welt eine bedeutende und schwierige Rolle mit Ruhm durchgeführt. Geboren 1790, durch Erziehung und Lebensgang gewissermaßen eine europäische Persönlichkeit — Deutscher von Geburt, eng verbunden mit dem russischen, später dem englischen Hofe und in zweiter Ehe mit einer französischen Prinzessin verheiratet —, hatte er es vortrefflich verstanden, die konstitutionellen Formen zu handhaben und das Land in die Bahn ruhigen Fortschritts zu bringen, trotzdem daß auf seinem Boden zwei Parteien sich bekämpften, die in ihren Anschauungen und Bestrebungen weit mehr auseinandergingen als etwa Whigs und Tories in England: Parteien, zwischen denen für eine dritte vermittelnde Partei kein Raum war. Diese dritte vermittelnde Partei war vielmehr er selbst, der König: der junge Staat hatte mit diesem Manne in der That ein seltenes Glückslos gezogen, und die Trauer um seinen Tod war tief und aufrichtig. Am 17. leistete der neue König, sein Sohn Leopold II., vor den vereinigten Kammern den Eid auf die Verfassung. Er trat in eine schon geebnete Bahn; er sprach in seiner Rede den aufrichtigen Willen aus, auf dem seitherigen konstitutionellen Wege weiterzuwandeln und hielt Wort. Auch außerhalb Belgiens wurde der Nach-

druck bemerkt, mit welchem der König — er erhob sich, als er die Worte sprach — die Wahrung der Unabhängigkeit der Nation betonte. Die Gefahren aber schienen sich wieder verzogen zu haben, außergewöhnliche Rüstungen fanden in der nun beginnenden, für Europa so kritischen Zeit nicht statt, nur daß an der Befestigung Antwerpens etwas rascher gearbeitet wurde. Dagegen gelang im Innern eine Vermehrung der Zahl der Deputierten, und die Wahlen im Juni 1866 brachten die liberale Majorität auf 20 Stimmen; eine Mehrheit, wie sie in diesem Lande seit Einführung der Verfassung noch nicht dagewesen war.

Nicht minder gut als die belgische Konstitution bewährte sich die verbesserte Bundesverfassung, welche sich im Jahre 1848 die Schweiz gegeben hatte. Die Wahlen zu den Räten, die Sitzungen derselben, Ausscheiden, Neuwahl, folgten sich regelmäßig und ohne allzuviel Geräusch, wie im ganzen so in den einzelnen Kantonen. Dann und wann erregte eine Frage, wie etwa die Lage der Juden im Kanton Aargau (1863), oder die Prügelung des Buchdruckers Rynicker nach Urner Recht, wegen Gotteslästerung (1865), einen lebhafteren Wellenschlag: zu einem militärischen Einschreiten des Bundesrats, das aber mit einem Bataillon eidgenössischer Truppen zu bestreiten war, kam es nur im Kanton Genf (1864), wo das Parteileben besonders leidenschaftlich erregt war. Im übrigen war das Volk der Schweiz glücklich genug, sich über Eisenbahnfragen in Parteien zu spalten, — ob die Anschlußbahn nach Italien, die Vollendung des Schienenwegs, der in nordsüdlicher Richtung die Mitte des Weltteils durchzog, über den Simplon, den Lukmanier, oder den Gotthard zu führen sei; es ward fleißig in Eisenbahnen disputiert und fleißiger gebaut, was für dieses Gebirgsland überall großartige Triumphe des Menschengeistes über die Hemmnisse der Natur bedeutete und bei der eigentümlichen Stellung der Schweiz als des europäischen Kur- und Erholungslands gewissermaßen eine Angelegenheit des ganzen Weltteils war. Unter den wohlthätigen Früchten, welche auf diesem neutralen Boden reiften, ist für diese Zeit an das rühmliche Werk eines internationalen Konkordats über die Organisation des Dienstes an Kranken und Verwundeten im Kriege zu erinnern, welches 8.—21. August 1864, gar sehr zur rechten Zeit, in Genf zum Abschlusse kam. Die liberale Partei war in den Räten, dem National- und dem Ständerat, wie auch in den meisten einzelnen Kantonen obenauf und widerlegte auf ehrenvolle Weise die kindischen Vorurteile und elenden Verleumdungen, welche die europäische Reaktion vor und nach 1848 gegen sie geschleudert hatte; das Kleinliche, Kümmerliche, Veraltete, das Vetterschaftswesen und die Intriguen bei dem auf Geeignetes und Ungeeignetes gleichmäßig angewendeten Prinzip der Volkswahl,

war bei dem Kleinleben in den einzelnen Kantonen nicht zu vermeiden, that außerdem keinen erheblichen Schaden und fand sein Korrektiv an dem regen Schweizer Gemeingefühl, das sich durch die verbesserte Verfassung stärkte und veredelte. Daß dieser Schweizer Patriotismus in der Presse vielfach durch ein rohes Schimpfen auf Deutschland sich geltend machte, hatte bei der geringen Verbreitung und Bedeutung der Blätter wenig zu sagen, und der hagebüchene Republikanismus, der sich über die unbeholfenen Versuche des „deutschen Michels" weit erhaben dünkte, fand nur unter der stammverwandten schwäbischen Demokratie Bewunderer. Sehr verständig aber war, daß jetzt in ruhigen Zeiten die Revision der Bundesverfassung, die sich als Ganzes so wohl bewährt hatte, in Angriff genommen wurde. Am 23. Oktober 1865 ward die zu diesem Behuf angeordnete außerordentliche Session der Bundesversammlung eröffnet. Sie hatte im Januar 1866 ihr Werk in neun Artikeln beendigt, die sich hauptsächlich auf Maß und Gewicht, Verhältnisse der „Niedergelassenen", d. h. Zugewanderten, Ausschließung gewisser Strafarten, vollständige Glaubens- und Kultusfreiheit bezogen. Diese Punkte, vom National- und vom Ständerat angenommen, wurden nun einer doppelten Abstimmung unterworfen, welche dem Prinzip entsprach, auf welchem auch die beiden Räte beruhten: nach Kantonen und ohne Rücksicht auf diese nach Köpfen. Das Ergebnis war die Verwerfung der Reformen, mit Ausnahme eines einzigen der neun Artikel, durch das Volk. Das allgemeine Stimmrecht zeigte sich auch hier konservativer, als der demokratische Köhlerglaube erwartete; doch war die verneinende Minderheit nicht so bedeutend, um eine Agitation für demnächstige Wiederholung des Versuches aussichtslos erscheinen zu lassen, die denn auch sofort mit Energie aufgenommen wurde.

B. Der Osten.

Wir ziehen es vor, diesen Staaten gleich dasjenige anzuschließen, was sich auf die gleichzeitigen Vorgänge und Verhältnisse der östlichen Länder — Griechenlands, der Türkei und ihrer Nebenländer und Rußlands — bezieht, um dann erst von den romanischen Ländern des Südens und Westens zu sprechen, welche teils unmittelbar wie Italien, teils mittelbar wie Frankreich und, in geringerem Maße, Spanien bei dem beginnenden großen Zusammenstoße in der Mitte Europas beteiligt sind.

1. Griechenland.

Um mit dem wenigst Bedeutenden zu beginnen, so hatte zu Athen am 31. Oktober 1863 der neue König Georgios I., den man sich

aus dem fernsten Norden geholt, sein erstes Ministerium gebildet, und im Anfang 1864 waren die Protokolle unterzeichnet worden, welche den Griechen die Jonischen Inseln zusprachen. Zwei derselben, Korfu und und Paxo, wurden für neutral erklärt, übrigens die Schleifung der Festungswerke, welche anfangs bedungen war, mit Stillschweigen übergangen: in dieser Gestalt ließ sich denn die athenische Nationalversammlung am 8. April (1864) dazu herbei, das großherzige Geschenk zu genehmigen. In dieser Versammlung war übrigens die Opposition gegen den Mentor des jungen Königs, Grafen Sponek, bereits in üppigster Blüte, und auch die Ministerkrisen gediehen auf dem neu gepflügten Boden so gut wie auf dem früheren. Auch ward schon im September bei Beratung der Verfassungsrevision, welche diese Versammlung nicht schnell genug in Angriff nehmen konnte, die Abschaffung des Senats mit 211 gegen 62 Stimmen beschlossen, was gleich zu einem Konflikt mit dem jungen Königtum führte. Wiederholte königliche Botschaften hatten keinen Erfolg; am 23. November löste sich die Versammlung ohne Steuergesetz und ohne Budget und ohne normalen Schluß von selber auf, und man begann bereits einem Staatsstreich entgegenzusehen. Unter diesen Umständen war die fortwährende Finanznot, erklärlich an sich, noch erklärlicher: die Armee ward noch regelmäßig bezahlt, während im August die Kammer beschloß, daß die Beamtengehälter künftig zu $^1/_3$ in verzinslichen Schatzscheinen ausbezahlt werden sollten; alle Anleiheversuche scheiterten, da niemand Lust hatte, sein Geld in einen Abgrund zu schütten. Den König drängte man mit Ministerkrisen; die Entlassung des Grafen Sponek ward von dem Ministerium Deligiorgis binnen 14, binnen 8 Tagen verlangt und das Verlangen durch Unruhen in der Stadt unterstützt; derselbe ging denn auch im Dezember. Diese Ministerkrisen aufzuzählen, verlohnt nicht der Mühe; es genügt, die abwechselnd auftauchenden und wieder verschwindenden Namen Deligiorgis, Rufos, Bulgaris, Kanaris, Komunduros zu nennen, die leeren Versprechungen, den öffentlichen Kredit herzustellen, die Verwaltung zu ordnen, die Nationalgarde „zu einer Wahrheit zu machen" — eine Kunst in einem Lande, wo alles sich mit Worten bezahlte — und ähnliches zu erwähnen. Ein Cirkular der Schutzmächte vom 10. Februar 1866 drohte Einschreiten, wenn die Parteien sich nicht zur Ordnung der Finanzen und sonstiger Ordnung verständigen würden. Diese aber, von unruhigem Ehrgeize verzehrt, hatten wichtigere Dinge zu thun: es galt, die Insel Kreta dem Königreiche einzuverleiben.

Auf dieser Insel war unter der christlichen Bevölkerung, die etwa 150 000 Köpfe zählen mag, nachdem eine Reihe von Wünschen und Beschwerden von der Pforte abschlägig beschieden worden war, ein Auf-

stand losgebrochen. Die „Generalversammlung der Kreter" wandte sich im August an die Schutzmächte und faßte im September den Beschluß, daß die osmanische Herrschaft abgeschafft, die Insel Kreta mit dem Königreich Griechenland unter Georgios I. verbunden und die Ausführung dieses Dekrets der Tapferkeit des kretischen Volkes anvertraut sei. Diese Nachrichten, nicht überraschend, brachten in Griechenland eine große Aufregung hervor. Zahlreiche Freiwillige zogen den Aufständischen zu, welche sich in dem gebirgigen Teile des Landes mit Mühe gegen die überlegene Zahl der Türken unter Mustapha Pascha hielten. Die griechische Regierung richtete im September eine Denkschrift an die Schutzmächte, in welcher Griechenland „als erster christlicher Staat des Orients" dieselben aufforderte, die türkische Regierung zur Nachgiebigkeit zu veranlassen; die Zuzüge dauerten wie die Grausamkeiten auf beiden Seiten fort; regelmäßig führte der griechische Dampfer Panhellenion den Aufständischen Freiwillige, Waffen, Munition zu, und die griechische Regierung zog Truppen an der türkischen Grenze zusammen.

2. Türkei.

Dieser Aufstand brachte Griechenland aufs neue mit der Pforte in Streit, welche im übrigen in den Jahren 1863—66 fortlebte wie seither. Der Verfall nahm seinen Gang weiter. Man hatte die Türkei durch den Pariser Frieden von 1856 gewissermaßen ins europäische Konzert aufgenommen: sie benutzte es vorzugsweise, um auf dem europäischen Geldmarkt Schulden zu machen. Anleihe folgte auf Anleihe: die Zinsen der ersten bezahlte die zweite, die der zweiten eine dritte: daß eine Schuld schließlich heimgezahlt werden muß, daran dachte niemand: wie eine Art von Tribut der Ungläubigen nahm der träge Hochmut der Osmanen das europäische Geld hin.

Die europäische Welt interessierte sich vorzugsweise für das, was in den Donaufürstentümern geschah. Der Streit zwischen dem Fürsten und der Nationalversammlung dauerte in diesem jungen Staate fort, und die Lage erschien so unhaltbar, daß die Pforte Ende 1863 die Vertreter der europäischen Mächte zu einer gemeinsamen Regulierung der Sache einlud: zunächst protestierte sie gegen eine Finanzmaßregel, welche auf die Säkularisierung einer Anzahl griechischer Klöster gegründet war. Die Nationalversammlung votierte eine Entschädigungssumme von 50 Millionen Piastern; allein dies genügte nicht; die Konferenz der Mächte, mittlerweile zusammengetreten, erklärte (9. Mai 1864) jene Maßregel für nichtig. Inzwischen war der Streit zwischen dem Fürsten und der Versammlung aufs neue ausgebrochen. Am 14.

Mai, als die Kammer sich weigerte, mit dem Ministerium des Fürsten, welchem sie bereits ein solennes Mißtrauensvotum gegeben, zu verhandeln, löste Cusa sie auf, ließ den Saal mit Gewalt räumen und legte mit einer Proklamation ein neues Wahlgesetz der allgemeinen Volksabstimmung vor. Das Plebiszit fiel aus, wie Plebiszite auszufallen pflegen, 682000 Ja, 1300 Nein (1. Juni 1864); Cusa holte sich in Konstantinopel die Billigung seines Verfahrens, und am 15. Juli ward das neue Wahlgesetz und die entsprechenden Zusätze zur Verfassung veröffentlicht. Am 26. August octroyierte der Fürst ein neues Bauerngesetz, welches die Bauern ihrer Frondienste entledigte und zu freien Eigentümern machte. Die Dinge schienen sich ganz zu seinen Gunsten zu wenden. Die Verwaltungsmaschine, nach französischem Muster eingerichtet — Präfekten, Generalräte —, versagte sich ihm ebensowenig wie dem Meister an der Seine: sowohl die Wahlen für die Generalräte als die für die Nationalversammlung im Dezember fielen zu Gunsten der Regierung aus. Diese Versammlung ging nun im Sinne modernster demokratischer Aufklärung vor: sie dekretierte unter anderem, ohne die Abmahnung von Konstantinopel her zu beachten, ein Gesetz, nach welchem Wahl und Absetzung des Patriarchen und der Bischöfe künftig einfach dem Fürsten zustehen sollte. Der Fürst war kinderlos, dachte aber durch Adoption für die Fortdauer dieser demokratischen Tyrannis zu sorgen: ohne sich um die Einreden Rußlands und der Pforte oder um die Krawalle, die, während er in Ems die Kur gebrauchte, in Bukarest stattfanden (Juli 1865), zu kümmern, setzte er seine Reformen fort und trotzte, auf seine Popularität vertrauend, der Bojarenpartei. Indes erwies sich die Kammer, welche im Dezember 1865 zusammentrat, nicht so gefügig. Sie machte Miene, den starken Geldoperationen, welche der Fürst gemacht, sich zu widersetzen, doch lenkte die Adresse vom 29. Januar 1866 wieder ein und versicherte der Regierung die Unterstützung durch die Volksvertretung.

Gleichwohl erfolgte vier Wochen später eine Katastrophe, welche das Werk des Staatsstreichs durch eine Verschwörung vernichtete. Am 23. Februar drangen einige 40 Verschworene unter Führung dreier Obersten oder Generale, Golesco, Leca und Cretzulesco, in den Palast und nahmen den Fürsten gefangen. Eine provisorische Regierung wurde niedergesetzt, welche in einer Proklamation sich als fürstliche Statthalterschaft ankündigte, den Rumänen versicherte, daß sie alles mögliche Schändliche seither erduldet, Anarchie, Mißachtung der Gesetze, Korruption, Verschwendung der Gelder des Landes, — vermutlich auch nicht mit Unrecht, wenn auch daran nicht der Fürst und seine Regierung allein die Schuld trugen — und zugleich die bevorstehende

Wahl eines auswärtigen Fürsten zum Herrscher der Rumänen ankündigte.

Die Revolution gelang ohne weitere Unruhen. Die Kammern fügten sich ohne Widerstand, und ihre Wahl fiel auf den Grafen von Flandern, den jüngeren Bruder des Königs Leopold II. von Belgien. Der Fürst Alexander unterzeichnete ohne Widerrede am 25. seine Abdankung und ward nach der Grenze geleitet; die Pforte dagegen protestierte und rief den Artikel des Vertrages vom März 1856 an, welcher für den Fall der Störung der innern Ruhe der Fürstentümer gemeinsame Fürsorge der Mächte bestimmte, indem sie zugleich Truppen bei Rustschuk zusammenzog. Der Graf von Flandern lehnte die ihm zugedachte Ehre ab; die provisorische Regierung fand jedoch einen neuen Kandidaten aus tüchtigem Stamme, den siebenundzwanzigjährigen zweiten Sohn des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, und berief nun das rumänische Volk zur Abstimmung, indem sie demselben in einer sehr überschwenglichen Proklamation vom 14. April 1866 den jungen Fürsten empfahl: Karl I., Mitglied zweier herrschenden europäischen Häuser — der königlichen Familie Preußens, der Familie Friedrichs des Großen, und doppelten Anverwandten Napoleons III., also der Familie Bonaparte, „welche der Welt zwei Napoleone gegeben, die von ihr wie Halbgötter geehrt werden" —, den Sohn des Fürsten Karl Anton, „des Hauptes der liberalen Partei in der liberalsten und gelehrtesten Nation der Welt." Die Wahl erfolgte denn auch fast einhellig, und die Statthalterschaft zauderte nicht, den Fürsten zu proklamieren. Zwei Abgeordnete reisten sofort nach Berlin, um dem Prinzen die Krone anzubieten (Ende April). Der tüchtige und mutige Mann zögerte nicht, die Krone anzunehmen, die seinem Leben einen bedeutenden Inhalt gab, ihm eine schwere, vielleicht undankbare Aufgabe auferlegte, immerhin aber einem edlen Ehrgeiz ein würdiges Ziel steckte.

Aber die von der Pforte angerufene Konferenz der Mächte, zu Paris versammelt, schien Schwierigkeiten machen zu wollen: es war die Zeit, in welcher allerlei Projekte — Entschädigung Österreichs durch Rumänien im Falle eines Verzichts auf Venezien und ähnliches — in der Luft schwirrten. Die Konferenz erklärte (Mai) die Wahl eines fremden Fürsten für nicht vereinbar mit der Pariser Konvention von 1858. Dies sah gefährlicher aus, als es wirklich war. Die Kammer von Bukarest beschloß ein Schreiben an die hohen Konferenzmächte, in welchem sie mit allem schuldigen Respekt vor diesem hohen Tribunal doch an ihrem Willen festhalten zu wollen erklärte; der neugewählte Fürst selbst bewies sofort, daß er der richtige war, indem er ohne viele Umstände und ohne weiteres Gefolge am 20. Mai 1866 auf

rumänischem Boden erschien und zwei Tage später in Bukarest einzog. Er rechnete richtig, daß im Lande nichts einen besseren Eindruck machen werde als eine rasche und feste Entscheidung, daß niemand in Europa, wo man eben Wichtigeres zu thun hatte, um dieser Dinge willen einen Krieg beginnen werde, und daß die Pforte selbst, angesichts der vollendeten Thatsache, die im Grunde nichts zu ihren Ungunsten änderte, sich bescheiden werde. Die Statthalterschaft trat ab; am 24. Mai hatte Karl I. sein Ministerium unter Lascar Catargiu gebildet; die Sache war fertig. Wohl suchte nunmehr die Pforte bei der Konferenz die Ermächtigung zu militärischer Besetzung des Landes nach, zu welcher die Truppen bereit standen, und auch in den Fürstentümern andererseits bot man Truppen auf; indes kam man doch im Frieden ins reine. Am 24. Oktober erschien Fürst Karl, der am 12. Juli den Eid auf die mittlerweile fertig gewordene rumänische Verfassung geleistet hatte, persönlich in Konstantinopel und nahm aus den Händen des Sultans den Investiturferman entgegen. Derselbe verpflichtete ihn, die Suzeränitätsrechte der Pforte nach den alten Konventionen und den Verträgen von 1856 zu achten, nicht mehr als 30 000 Mann Truppen zu halten, über das Recht, eigene Münzen zu schlagen, erst eine Verständigung mit der Pforte zu suchen, keine eigenen Orden zu stiften und die Tributsumme zu erhöhen. Diese Abhängigkeit von der Pforte war wenig drückend, und man mußte sich freuen über den Abschluß dieser Wirren, wenn dadurch wirklich — und die zwei Jahrzehnte, die seither verflossen sind, haben diese Hoffnungen nicht Lügen gestraft — ein großes und fruchtbares Land dem Fortschritt gewonnen wurde. Der junge Fürst brachte für die schwierige Aufgabe eine männliche Begeisterung und, was noch mehr wert war, einen guten Vorrat von Geduld und Gemütsruhe mit, die sich nicht so leicht den Enttäuschungen und Entbehrungen im täglichen Verkehr mit einem oberflächlich gebildeten oder halbbarbarischen Adel und, weniger schlimm, einem vielfach noch ganz barbarischen Volke besiegt gab, unter welchem dieselbe krankhafte Ehrsucht waltet, die all jene halbfertigen Nationalitäten verzehrt, — der Ehrgeiz, „Weltgeschichte zu machen", alle Rumänen der umliegenden Länder einem geträumten dako-rumänischen Großstaate einzuverleiben, anstatt zunächst sich der allgemeinen Einführung des Gebrauchs der Taschentücher und anderer nützlichen Erfindungen der westlichen Civilisation zu widmen.

Die übrige Geschichte der Türkei in dieser Zeit zeigte die alten Erscheinungen, verfloß aber im ganzen ruhig. Im Jahre 1864 hatte die Pforte einen kleinen Verdruß mit Frankreich, das einen Streithandel mit dem Bei von Tunis allein ausmachen wollte, während die türkische Regierung, um mit dabeizusein, einen Teil ihrer Kriegs-

flotte schickte. Mit Ägypten erhielt sich das günstige Verhältnis, welches sich im Jahre 1863 durch einen Besuch des Großherrn zu Alexandria bekundete; Unruhen im Libanon, die alten Streitigkeiten mit Montenegro, die alte Finanznot, welche zu neuen Schulden und zu dem radikalen Vorschlag, die Moscheengüter anzugreifen, führten; ernsteren Verlegenheiten sah sich die Pforte durch die Erhebung der Christen auf Kreta und die Stellung, welche das regenerierte Griechenland zu derselben nahm, ausgesetzt.

3. Rußland.

In Rußland sah man diesen türkischen Verlegenheiten mit Befriedigung zu: doch hielt die Weisheit und Mäßigung des Herrschers an der Politik fest, sich vor allem um die russischen Dinge zu kümmern und mit den europäischen sich nicht mehr zu befassen, als für eine solche Macht unumgänglich ist. Ein Pfand dieser verständigen Gesinnung gab Alexander II. durch seine Haltung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, indem er sehr im Gegensatze zu der Politik seines Vorgängers die Ansprüche, welche das russische Kaiserhaus auf Holstein erheben konnte, an den Großherzog von Oldenburg abtrat und dies durch seine Bevollmächtigten bei der Londoner Konferenz am 2. Juli 1864 mitteilen ließ.

Die Hauptaufgabe für die russische Regierung in dieser Zeit bildete die Ausnutzung des über die polnische Insurrektion gewonnenen Sieges. Sie war entschlossen, diesmal ganze Arbeit zu thun. Hier war nichts mehr zu schonen, hier galt es einfach russisch zu machen, gleichgültig ob mit gutem oder mit üblem Willen. Und auch die Mittel waren nicht zweifelhaft: Hebung und Organisierung des Bauernstandes, Niederhaltung des Adels und der römisch-katholischen Geistlichkeit, Begünstigung des russischen und, wo dies möglich war, auch des ihm verbündeten deutschen und jüdischen Elements. Die Durchführung der Russifizierung aber war für die verschiedenen Teile des ehemaligen Polenreichs verschieden.

Für Wolhynien, Podolien und die Ukraine genügte eine strenge Revision der polnischen Adelsdiplome, welche im Januar 1865 angeordnet wurde; ein Teil des polnischen Adels dieser Landschaften war in Haft oder in Sibirien; außerdem wurde verboten, Eingaben an die Behörden in polnischer Sprache abzufassen, und, wo sich etwa beunruhigende Symptome zeigten, mit Suspendierung von Beamten polnischer Nationalität vorgegangen. Mit der größten Strenge wurde die Russifizierung in Litauen durchgeführt. Wir erinnern uns, daß hier Murawjew den Aufstand schon im Oktober des verhängnisvollen

Jahres (1863) für erloſchen erklärt hatte: mit gleich ſchonungsloſer Energie, wie er erfochten, wurde der Sieg nun ausgebeutet. Die Güter derjenigen Gutsbeſitzer, welche bis zum 15. November nicht zurückgekehrt ſein würden, wurden mit Beſchlag belegt, Volksſchulen im Dienſte des ruſſiſchen Intereſſes errichtet, im Februar 1864 die ruſſiſche Sprache als die ausſchließliche Geſchäftsſprache anbefohlen, der Dienſt der Gendarmerie aufs ſtrengſte geregelt; im April polniſche Buchhandlungen und Buchdruckereien außer Betrieb geſetzt, daneben Übertritte aus der römiſch-katholiſchen in die griechiſche Kirche begünſtigt und (im Juni) ein jährliches Erinnerungsfeſt an die Befreiung Litauens vom polniſchen Adel befohlen. Im Mai jenes Jahres wurde Murawjew in Ruheſtand verſetzt, das Syſtem aber nicht gemildert. Ein Erlaß des Unterrichtsminiſters vom 2. September (1865) verordnete, daß der römiſch-katholiſche Religionsunterricht künftighin in ruſſiſcher Sprache erteilt werden müſſe, und ein kaiſerlicher Erlaß vom 22. Dezember verbot, daß fernerhin in „den weſtruſſiſchen Gouvernements" von Perſonen polniſcher Herkunft Grundbeſitz erworben werden dürfe: mit der ſehr unumwundenen Begründung, daß hier zunächſt die Zahl ruſſiſcher Landbeſitzer ſich verſtärken müſſe, damit nicht das der Zahl nach unbedeutende, aber in ſich geſchloſſene polniſche Element dem Lande den polniſchen Charakter aufdrücke, welcher der Maſſe der Bevölkerung nicht entſpreche. Alle dieſe Maßregeln wurden mit Strenge durchgeführt.

So vollſtändig wie hier ließ ſich die Ruſſifizierung im ehemaligen Königreich Polen nicht durchführen, denn von den 5 Millionen, welche auf deſſen 2320 Quadratmeilen lebten, waren doch immerhin 4 polniſcher Nationalität und römiſch-katholiſchen Glaubens; es geſchah aber, was immer möglich war. Noch im Januar 1864 erſchien, trotz aller Vorſichtsmaßregeln, eine gedruckte Anſprache der geheimen Nationalregierung, welche die Bevölkerung zum Ausharren ermahnte: der ſtraffen Militärorganiſation aber — neun Abteilungen mit je einem militäriſchen Chef und die geſamte Verwaltung konzentriert unter der Diktatur des Generals Berg — war dieſer Reſt der Inſurrektionsregierung nicht gewachſen. Wirkſamer als die Ausnahmemaßregeln — noch im Januar ward der katholiſchen Geiſtlichkeit eine Kontribution auferlegt — war die Organiſation der ländlichen Bevölkerung in Gemeinden nach ruſſiſchem Muſter (2. März): die Gemeindeverſammlung, gebildet von allen Volljährigen mit einem Beſitze von wenigſtens drei Morgen Land, wählt den Schultheißen oder Wojt, der einen Beſitz von ſechs Morgen nachweiſen muß, und ſeinen Adjunkten; daneben ein Gemeindegericht, das wöchentlich einmal zuſammentritt. Die hohen Ämter wurden alle, die niederen nach Möglichkeit mit Ruſſen beſetzt;

namentlich trug man Sorge, zum Dienst an den Eisenbahnen, welche zur Beherrschung des Landes wesentlich sind, nur russische Beamte zu verwenden und sonst wenigstens solche, welche der russischen Sprache mächtig waren. Ein Polizeibefehl in Warschau (Juni) verordnete, daß auf den Aushängeschildern überall neben der polnischen Aufschrift auch die russische in gleicher Größe angebracht werde. Allmählich kamen nun die Ergebenheitsdeputationen, zunächst aus dem Bauernstande. Sie waren in Petersburg willkommen: einem Festmahl, das im April einer solchen gegeben wurde, wohnte der Kaiser selbst und sein Thronfolger bei. Im August wurden einige Mitglieder der einstigen Nationalregierung, deren man endlich habhaft geworden war, in Warschau auf dem Glacis der Citadelle gehenkt. Diese Opfer genügten jetzt; andere von den Kriegsgerichten zum Tode Verurteilte wurden zur Deportation nach Sibirien begnadigt. Tief einschneidend waren die Maßregeln gegen die katholische Geistlichkeit, deren straffe Organisation dem nationalen Widerstande den stärksten Halt gegeben hatte. Im November hob ein Ukas diejenigen römisch-katholischen Mönchs- und Nonnenklöster auf, in welchen weniger als acht stabile Insassen wohnten, und von den übrigen alle diejenigen, welche nachweisbar dem Aufstande Vorschub geleistet hatten. Eine Specialkommission ward mit dem Bericht über die Klosterfrage betraut, und aus diesem Bericht entnahm die Regierung, daß „die Klöster eines der Hauptwerkzeuge der Revolution gewesen", womit sie auch nicht neben das Ziel traf; eine große Anzahl, von 155 Mönchsklöstern 71, wurden aufgehoben und im Dezember 1865 erging ein tief eingreifender Ukas, welcher die Verwaltung der Liegenschaften und Kapitalien der römisch-katholischen Kirche dem Staate übertrug und ihren Klerus auf feste Besoldung setzte: sehr zum Ärger der päpstlichen Kurie, welche am 9. Februar 1866 ihre diplomatischen Beziehungen zur russischen Regierung in sehr undiplomatischen Formen abbrach. Am 24. Mai 1865 verzeichnet man die letzten Todesurteile aus Anlaß der Insurrektion; allmählich bequemte sich auch der Adel zu Deputationen an den Zaren; am 17. Juni empfing der Kaiser eine solche, welche kam, um Beileid zu bezeugen aus Anlaß des am 24. April jenes Jahres zu Nizza erfolgten Todes des russischen Thronfolgers. „Wiederholen Sie", sagte dieser der Zar, „Ihren verirrten Landsleuten die Worte, die ich bei meinem ersten Besuch in Warschau im Jahre 1856 gesprochen: keine Träumereien." Tropfenweise wurde nun dem unglücklichen Lande die kaiserliche Gnade wieder gespendet. Am 27. Juli wurde gestattet, daß die Berichte wieder in russischer und polnischer Sprache abgefaßt sein dürften, am 17. Februar 1866 endlich ward der Kriegszustand auf-

gehoben, und die Civilverwaltung trat wieder in ihre regelmäßigen Funktionen ein.

Bei dem Verhältnis zwischen Polen und Rußland zeigte sich, was man auch sonst wahrnehmen kann, wie schwierig die Verschmelzung und Versöhnung gewaltsam einverleibter Staatsgebiete dem Despotismus geworden ist, und welch eine Kraft in dieser Beziehung im Repräsentativsystem, in der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit liegt. Die Verschmelzung des Elsaß mit Frankreich z. B. machte erst seit der Revolution von 1789 raschere Fortschritte; in Deutschland greifen wir es mit Händen, wenn wir die Epoche von 1848 oder von 1866 bis heute mit der Zeit von 1815 bis 1848 und den doch sehr achtungswerten Leistungen des preußischen Beamtenstaates vergleichen: und vielleicht bestätigen die Beispiele Englands, wo die parlamentarische Vereinigung mit Irland spät, unvollständig und unter Festhaltung protestantischer Tendenzpolitik geschah, und Österreichs, wo man gleichfalls zu spät jenen Weg einschlug, diese Wahrnehmung: hier in Rußland konnte von einer solchen Verschmelzung auf Grundlage gemeinsamer parlamentarischer Arbeit ohnehin nicht die Rede sein. Die Versöhnung, sofern sie möglich ist, oder die dauernde Beruhigung des Landes wird auch in Polen davon abhängen, ob die russische Regierung ihm die Wohlthaten eines stetigen Fortschritts zu bieten hat; daß die Regierung Alexanders II., daß vor allem der Kaiser selbst diesen stetigen Fortschritt mit Ernst und Einsicht anstrebte, haben wir bereits gesehen.

Dies gilt auch von diesem Zeitabschnitte. Ruhig und ohne Unterbrechung wickelte sich vor allem die ungeheure Arbeit der Bauernemancipation ab, welche schon Ende 1863 so weit vorgeschritten war, daß nur die Ausführung im einzelnen noch Mühe machte. Die mit Ukas vom 21. Januar 1864 eingeführten Kreis- und Provinzialvertretungen („Bezirks- und Gouvernementsinstitutionen"), denen ein nicht karg bemessener Wirkungskreis zugeteilt war, begannen bald energisch ihre Thätigkeit: mit wenigen Worten ist damit ein ungemeiner Fortschritt, der Beginn fruchtbringender und erziehender Arbeit auf ungeheurem Raume bezeichnet. Am Ende desselben Jahres waren einige große Reformarbeiten zur Verkündigung reif; Gerichtsorganisation, Strafgesetzbuch, Civil- und Kriminalprozeßordnung — Kodifikationen, von denen ein klar blickender englischer Geschichtschreiber (Macaulay) geurteilt hat, daß sie Wohlthaten seien, welche eine einsichtige absolute Regierung besser als eine parlamentarische zu spenden im stande sei. Auch die nunmehr veröffentlichten Finanzausweise zeigten immer befriedigendere Ergebnisse. Einigen aber ging die Entwickelung nicht schnell genug. Eine Adelsversammlung zu Moskau

(10. Januar 1865) beschloß mit 270 gegen 36 Stimmen bereits, den Kaiser um die Einführung einer Repräsentativverfassung für das Russische Reich zu bitten. Dieser antwortete in einem Reskript an seinen Minister des Innern (10. Februar) ohne Härte: er wies auf das, was bereits geschehen, hin als eine Bürgschaft, daß ihm die Vervollkommnung der verschiedenen Teile des Staatsorganismus am Herzen liege; allmählich, nach einer im voraus bestimmten Reihenfolge, solle gebaut werden: „Das Recht der Initiative in dieser Sache gehört ausschließlich mir und ist unzertrennlich verbunden mit der mir von Gott verliehenen autokratischen Gewalt." Er hatte ohne Zweifel recht, und es war der richtige Weg, den er einschlug, indem er mit Organisation der Gemeinde, mit Vertretung der Bevölkerung in Kreisen, welche dieselbe übersehen konnte — in Bezirk und Gouvernement also — begann. Auch im Provinziallandtag des Gouvernements Petersburg aber wurde, was als Zeichen der Zeit immerhin Beachtung verdient, der Gedanke eines russischen Parlaments, ein Gedanke von gewaltiger Kühnheit, angeregt (Dezember 1865). Die größere Strenge gegen die Presse, veranlaßt durch ein glücklicherweise mißlungenes Attentat auf das Leben des Kaisers (April 1866) war nicht von Dauer. Auch in Finnland und den baltischen Provinzen waren die ständischen Institutionen in ungestörter Thätigkeit.

C. Die romanischen Staaten.

Die Geschichte der slawischen Völker, soweit sie dem griechischen Bekenntnisse folgen, hat ebendamit ein Moment in sich, welches sie zu einem Ganzen für sich macht. Die innere Entwickelung des größeren Teils von Europa, ja dessen, was man gewöhnlich mit diesem Namen überhaupt bezeichnet, ist nun einmal seit drei Jahrhunderten beherrscht von dem Gegensatze des Römisch-Katholischen und des Protestantischen, — einem Gegensatz, der aber selten rein auftritt, sondern der mit mancherlei anderen, dem des Romanischen und des Germanischen z. B., sich verbindet, in allen möglichen Gestalten, in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten verschieden zu Tage tritt, fast nirgends seinen ursprünglichen religiösen Charakter rein bewahrt, eben deshalb aber, weil er Politik, Wissenschaft, Kunst, äußeres und inneres, öffentliches und privates Leben gleichmäßig berührt und bedingt, der neuern Geschichte ebenso ihr eigentümliches Gepräge giebt, wie etwa der Gegensatz des Hellenen- und Barbarentums der Geschichte des Altertums, der Gegensatz des Christentums und des Heidentums, des Christentums und des Islams der Geschichte des Mittelalters ihr eigentümliches Gepräge verliehen hat. Wir erinnern uns, wie man

im Jahre 1859, vor dem Ausbruch des Österreichisch-Italienisch-Französischen Krieges, von einem großen Weltkampf der Romanen gegen die Germanen träumte. Wie ganz anders aber entwickelten sich die Dinge, weit nicht so einfach: Romanismus und Germanismus, Katholizismus und Protestantismus erwiesen sich als viel zu umfassende geistige Prinzipien, als daß sie nicht innerhalb der verschiedenen Staaten selbst sich geltend gemacht hätten. Merkwürdig ist nun, wie in den politischen Kämpfen der nächsten Jahre auch das religiöse Moment, welches lange Zeit in den Beziehungen der Staaten von untergeordneter Bedeutung gewesen, sich wieder mächtig erhebt und seine noch ungebrochene Macht über die Gemüter bethätigt. Man darf es, wo immer man die neuere Geschichte verstehen will, nirgends aus den Augen verlieren und so auch nicht bei den Verwickelungen und Entwirrungen, welche mit dem Jahre 1863 ihren Anfang genommen hatten, und welche jetzt auch die romanischen Länder, Italien vor allem und Frankreich, nur mittelbar und im weiteren Verfolge fast zufällig auch die Pyrenäische Halbinsel in Mitleidenschaft zogen.

1. Spanien und Portugal.

Die Geschichte Portugals allerdings zeigt, sofern man nach dem Zusammenhange dessen, was sich dort begab, mit dem Gesamtleben Europas fragt, für die Jahre 1863—66 beinahe leere Blätter — nicht eben zum Schaden des Landes. Man liest im November 1864 von Streitigkeiten der dortigen Regierung mit dem Papst, welche mit der Abberufung des portugiesischen Gesandten von Rom endigten, der erst zwei Jahre später dorthin zurückkehrte: von Eröffnung und Schließung der Cortessessionen; von Wahlen, zufriedenstellenden Finanzen, Modifikationen und Wechsel der Ministerien; es ist schon etwas Besonderes, wenn im August 1865 bei der Geburt eines Prinzen sich die große Staatsfrage erhebt, daß der päpstliche Nuntius den Vater der jungen Mutter, den König Viktor Emanuel, welcher gewissermaßen im Banne war, nicht als Paten zulassen will, und daß das königliche Kind erst sieben Wochen später zu seiner Taufgnade gelangen kann, nachdem der Kaiser Napoleon zu seinen vielen Rollen auch die eines Taufzeugen bei dem portugiesischen Prinzen übernommen hat.

Von den Ereignissen in Spanien, wo sich große Umwälzungen vorbereiteten, wurde Portugal nur wenig in Mitleidenschaft gezogen. Hier war das Jahr 1863 friedlich zu Ende gegangen, mit ansehnlicher Mehrheit die ministeriell gefärbte Antwort auf die Thronrede im Dezember beschlossen worden. Aber schon im Anfang März 1864 war man beim dritten Ministerium des Jahres angelangt. Mitte September

bildete Narvaez ein viertes, löste die Cortes auf und erhielt bei den Neuwahlen die Mehrheit, welche dort keinem Manne, der am Ruder ist, fehlt. Die Aufmerksamkeit der Nation ward nach außen gelenkt, wo man sich viel in amerikanischen Dingen zu schaffen machte. Die Freude über die Wiederaufpflanzung der spanischen Fahne auf San Domingo war allerdings nur kurz: die Regierung schlug (Anfang 1865) vor, die Insel wieder aufzugeben, da nicht die ganze Bevölkerung derselben den Anschluß an Spanien gewünscht habe; die Cortes billigten diesen Entschluß, dessen Ausführung sich noch einige Zeit verzögerte. Die Mißhelligkeiten mit Peru, welche zur Besetzung der Chinchasinseln geführt hatten, wurden beigelegt (Februar 1865), dagegen brach ein ernstlicher Streit mit der Republik Chile aus, gegen deren Regierung der spanische Gesandte im Mai ein Dutzend Beschwerden über ihre Haltung während des Zusammenstoßes mit Peru vorbrachte. Unterhandlungen führten zu keinem Ergebnis: am 17. September erschien der spanische Admiral Pareja im Hafen von Valparaiso und verlangte neben einer befriedigenden Erklärung in betreff der elf Beschwerdepunkte die Begrüßung der spanischen Flagge mit 21 Salutschüssen binnen vier Tagen, am 22. binnen 24 Stunden. Vergebens protestierten die Konsuln der anderen Mächte gegen diesen Überfall, dem kein ernstlicher Sühneversuch vorausgegangen war: am 24. erklärte der Spanier die chilenischen Häfen in Blockadezustand, was die Regierung der Republik nur mit einer Kriegserklärung erwidern konnte. Im Dezember schloß Peru, im Januar 1866 Ecuador sich dem an: die spanische Flotte konzentrierte sich vor Valparaiso, beschoß am 31. März 1866 die wehrlose Handelsstadt und wandte sich dann gegen die peruanischen Häfen.

Unterdessen hatten sich die inneren Verhältnisse — nicht das Volksleben, das davon wenig berührt wurde, sondern nur die hohe Politik — in gewohntem jähem Wechsel von Extrem zu Extrem bewegt. Am 19. Juni 1865 ward Narvaez entlassen und ein progressistisches Ministerium, Vorsitz Marschall O'Donnell, gebildet. Dieses setzte den Census für die Corteswahlen um die Hälfte herab, nahm den Verkauf der Kirchengüter wieder auf, zwang die Vertrauten der Königin, ihren Beichtvater Claret und die Nonne Patrocinio, sich zurückzuziehen, und erkannte am 5. Juli das Königreich Italien an: was der Regierung neben dem Protest der sämtlichen Bischöfe des Landes auch das Bedauern Österreichs eintrug. Das Ministerium O'Donnell aber that den Progressisten und den Demokraten, welche allgemeines Stimmrecht und vollständige Trennung von Staat und Kirche forderten, keine Genüge. Anfang 1866 erhob demgemäß General Prim offene Empörung im Namen eines Programms, welches das progressistische Centralkomitee

in Madrid aufgestellt hatte, und welches unter anderem wieder einmal konstituierende Cortes verlangte. Der Aufstand mißlang für diesmal: am 20. Januar mußte Prim mit den Seinen auf portugiesischen Boden übertreten und sich entwaffnen lassen, und am 11. Juni war wiederum Narvaez beauftragt, ein reaktionäres Ministerium zu bilden. Es war das letzte, welches die Geschäfte im Namen der Königin Isabella führen sollte.

2. Frankreich.

Der Kaiser Napoleon, welcher jetzt seit 15 Jahren regierte, hatte den Höhepunkt seiner Macht und seines europäischen Einflusses bereits überschritten: wir werden sehen, daß das mexikanische Abenteuer in dieser Beziehung für ihn eine in ähnlicher Weise verhängnisvolle Bedeutung besaß, wie der Versuch der Erwerbung von Spanien für sein Haus einst für Napoleon I. gehabt hatte. Der Versuch, durch einen europäischen Kongreß in Paris die streitigen Fragen zu lösen, galt auch der Herstellung des kaiserlichen Ansehens und der schiedsrichterlichen Autorität Frankreichs oder dem Scheine einer solchen. Am 5. November 1863 waren die Einladungsschreiben zu diesem Kongresse an alle Welt ergangen. Sie waren in einem sehr würdigen Tone gehalten: Napoleon berief sich darauf, daß er, erzogen in der Schule des Unglücks und später durch die Vorsehung und den Willen des französischen Volkes zum Throne berufen, weniger als irgend jemand die Rechte der Fürsten wie die berechtigten Ansprüche der Völker verkennen dürfe; er betrachtete sich also als den natürlichen Vermittler dieser die Welt in Atem haltenden Gegensätze, und er hielt darauf, in der Anregung eines Kongresses ein Pfand seiner Friedensliebe zu geben, „da ich", sagte er, „derjenige Souverän bin, dem man am meisten ehrgeizige Pläne zuschreibt". Es war ein seltsam ideologisches Projekt, mit welchem in keiner der großen europäischen Fragen vorwärts zu kommen war, und vielleicht gefiel es dem Kaiser ebendeshalb, weil es geeignet war, ihn der Notwendigkeit wirklichen Handelns zu überheben, und weil es ihm Gelegenheit zu allerlei politischen Kombinationen eröffnet hätte, mit denen sich sein an Ideen fruchtbarer Kopf unaufhörlich beschäftigte. Wir sahen, daß diese Kongreßidee schon nach einigen Wochen an der einfachen Weigerung Englands scheiterte, das mit diesem Nein den anderen Staaten die Notwendigkeit ersparte, sich ihrerseits auf Ausflüchte zu besinnen. Die englischen Staatsmänner, deren diplomatische Sprache sich vorteilhaft durch ihre Unumwundenheit auszeichnete, sagten dem Kaiser, daß bei Kongressen nur dann etwas herauskomme, wenn zuvor ein langer Krieg die Völker mürbe gemacht

und zur Nachgiebigkeit gestimmt habe. Damit war die Idee zu Boden gefallen, und die französische Depesche vom 8. Dezember, mit welcher an Stelle des gescheiterten Kongresses der Gedanke gemeinsamer Ministerialkonferenzen angeregt wurde, sollte dem Kaiser nur den Rückzug erleichtern und führte zu nichts, da mittlerweile in der schleswig-holsteinischen Frage bereits sichtbar geworden war, daß dergleichen Probleme nicht mit Worten zu lösen sind.

Wider Erwarten schlug Napoleon in dieser letzteren Frage eine Politik ein, welche ihm sehr im Gegensatze zur englischen in Deutschland Sympathieen erwarb. Zu einer Zeit, wo Österreich und Preußen noch am Londoner Protokoll festhielten, erklärte eine Depesche seines Ministers an die deutschen Mittel- und Kleinstaaten diesen Vertrag nur für ein ohnmächtiges Werk: und in dieser, der vorwaltenden Stimmung in Deutschland und der Augustenburgischen Lösung zusagenden Haltung blieb er auch fernerhin. Er verlangte für die von England vorgeschlagene Konferenz die Zuziehung eines Bevollmächtigten des Deutschen Bundes (Februar); im März erklärte sein Minister, daß Frankreich in dieser Sache sich nicht von seinen traditionellen Sympathieen für Dänemark leiten lassen könne, sondern auf die Wünsche der Bevölkerung Rücksicht nehmen müsse; er wies darauf hin, ob nicht eine allgemeine Volksabstimmung, um diese Wünsche zu konstatieren, die gerechteste und leichteste Lösung einer Frage sein würde, welche in ganz Europa eine so lebhafte Unruhe hervorrufe. Die thatkräftige Unterstützung Dänemarks, welche England wiederholt in Anregung brachte, lehnte er ab, wie erwähnt: er deutete an, daß er England nicht die Absicht kräftiger Kriegsführung zutraue, und daß die „großen Staatskörper" Frankreichs, wenn man von ihnen die Mittel zu kriegerischer Aktion verlangen würde, ohne Zweifel fragen würden, um welcher Vorteile willen denn französisches Blut fließen solle? Das Äußerste, was französischerseits für Dänemark geschah, war eine Ermahnung zur Mäßigung, die der Kaiser am 23. Juli nach Wien und Berlin richten ließ; überaus trostlos berichtete der dänische Gesandte im August von Paris nach Hause, der Minister habe ihm gar keine Hoffnung gemacht; selbst der Einverleibung Schleswigs, das für Dänemark verloren sei, in den Deutschen Bund würde sich Frankreich nicht widersetzen.

Freilich nahmen die Dinge zunächst nicht den Verlauf, welcher der kaiserlichen Regierung erwünscht gewesen wäre. Die der französischen Kammer im Februar 1865 vorgelegte Übersicht über die auswärtigen Dinge, die Einleitung zu einem jener buntfarbigen Bücher, in welchen die Regierungen ihren Volksvertretungen dasjenige von der auswärtigen Politik mitteilen, was sie nicht zu verschweigen vorziehen, gestand zu, daß die Dänemark aufgezwungene Lösung nicht mit den von Frankreich

geäußerten Wünschen übereinstimme, und die Gasteiner Konvention gab Frankreich Anlaß zu einer ebenso lebhaften Note (29. August 1865), wie sie England vom Stapel gelassen. Aber die Sache war ja noch keineswegs zu Ende. Aus der verhältnismäßig kleinen und unbedeutenden schleswig-holsteinischen entwickelte sich immer sichtbarer die große deutsche Frage: und Napoleon hütete sich wohl, diese Entwickelung zu stören oder zu beschleunigen. Er hatte sich durch seine Haltung der nordischen Frage gegenüber das Lob der Mäßigung erworben. Das Mißtrauen, das man in Deutschland gegen ihn hegte, hatte sich gemindert und trat zurück vor dem Hasse, mit welchem man dort der energischen Politik Preußens entgegentrat. Ein großer Rechenkünstler, wie er war, berechnete Napoleon, daß er, je später er einschreite, je weiter man den Konflikt kommen lasse, desto mehr Vorteil für Frankreich sich ergeben könne: er sollte freilich erleben, daß am Ende der Kalkül doch irrig war — er sollte „wie jener dort in seine Zirkel fallen."

Diese Mäßigung war allerdings nicht ganz freiwillig, da die mexikanische Angelegenheit, wie weiterhin zu erzählen ist, eben eine für den Urheber des weitschichtigen Abenteuers sehr bedenkliche Wendung nahm. Und wie die auswärtigen Angelegenheiten, so geboten auch die inneren französischen eine vorsichtige Steuermannskunst, denn auch diese begannen unverkennbar eine neue Gestalt anzunehmen.

Der gesetzgebende Körper, welcher im November 1863 zusammengetreten war, stellte der Regierung bereits ernsthaftere Aufgaben als bisher. Ein Gegner wie Thiers machte auch dem dreistesten Sprecher zu schaffen. Dies zeigte sich gleich bei der Debatte über die neue Anleihe von 300 Millionen, welche Fould begehrte, wenngleich dieselbe mit 229 von 256 Stimmen genehmigt wurde (Dezember). Der Bericht des Ausschusses über die für 1863 verlangten Ergänzungskredite sprach nachdrücklich für Ersparnisse und für Beendigung der auswärtigen Expeditionen (Januar 1864), und bei den langen Adreßdebatten, welche vom 11. bis zum 29. Januar dauerten, wiederholte sich dies: zu allen Punkten des Adreßentwurfs waren von der Opposition Verbesserungsanträge gestellt, die, wenn auch noch nicht von einer großen Anzahl von Abgeordneten unterstützt, doch wenigstens an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Auch hier war es Thiers, der mit um so größerem Gewichte sprach, als er seine sehr bestimmten Ansichten in die feinen und maßvollen Formen der alten parlamentarischen Schule Frankreichs kleidete. „Wenn man uns die notwendigen Freiheiten giebt", sagte er, „so werde ich für meinen Teil sie annehmen, und man wird mich unter die Zahl der unterthänigen und zufriedenen Bürger des Kaiserreichs zählen können. Man denke nicht, daß ich hier eine trotzig fordernde Sprache führen will, ich weiß, daß, um zu erlangen, man

ehrerbietig fordern muß. Aber man sei auf der Hut: dieses heute kaum erwachende Land, — dieses Land, das heute gestattet, daß man sein Verlangen für dasselbe im ehrerbietigsten Tone stellt, wird vielleicht eines Tages gebieterisch fordern." Hier fand der Kaiser seinen Meister; mehr als alles andere verdroß ihn diese Sprache mit ihren versteckten Spitzen, geführt von einem Manne, dem er nichts zu bieten hatte, kein Geld, keine Ehrenstellen, keine Titel und Dekorationen; er ergriff die nächste Gelegenheit, die sich ihm bot, um in gereiztem Tone von den Leuten zu sprechen, die „kaum erst dem Schiffbruch entronnen, schon wieder die Winde und die Stürme zu Hilfe rufen." Dies machte auf den Mann selbst keinen Eindruck, der nicht des Kaisers Beifall suchte, sondern den, der seiner nie fehlenden, echt französischen Beredsamkeit bei jeder französischen Zuhörerschaft, selbst der widerwilligsten, sicher war. Wieder und wieder, bei der Frage der offiziellen Kandidaturen, bei dem Amendement über die Mexikanische Expedition, ergriff der unbequeme Sprecher und vielerfahrene Politiker das Wort, und auch den übrigen Führern der Opposition fehlte das rechte Wort an der rechten Stelle nicht: sie brachten es bei ihren Anträgen immerhin auf 44, auf 50, auf 35, auf 47 Stimmen, und bei den Nachwahlen zum gesetzgebenden Körper hatten sie gleichfalls einige Erfolge zu verzeichnen. Freilich die ganze Adresse wurde mit größter Mehrheit, 234 gegen 12 Stimmen (29. Januar), angenommen, und der Erfolg der Anleihe überstieg die ausschweifendsten Erwartungen. Die gezeichnete Summe repräsentierte fast so viel Rente, als die Regierung Kapital gefordert hatte, und die Antwort des Kaisers auf die Adresse (1. Februar) schlug den Ton großer Sicherheit an. So ward auch das Budget für 1864 ohne viel Schwierigkeiten genehmigt; selbst Thiers, der mit Klugheit und man darf hinzusetzen mit patriotischem Sinn die systematische Opposition vermied, stimmte für dasselbe, und bei ihrem Gesetzvorschlag über das Koalitionsrecht der Arbeiter sah die Regierung auch einige Mitglieder der Opposition, Ollivier und Darimon, an ihrer Seite. Am 28. Mai ward die Session geschlossen.

Die Regierung glaubte sich stark genug, um mit Nachdruck gegen Übertretungen des Vereinsgesetzes bei Gelegenheit der letzten Wahlen einzuschreiten, und auch die Wahlen zu den Generalräten in den Departements fielen zu Gunsten des herrschenden Systems aus.

In der Zeit, welche dem Schlusse der Session folgte, nahmen kirchliche Fragen, namentlich diejenige, welche zugleich die italienische war, die Aufmerksamkeit in Anspruch. Es war mehr als ein Symptom der in den kirchlichen Regionen herrschenden Windrichtung von Bedeutung, daß durch ein päpstliches Breve in der Erzdiöcese Lyon die römische Liturgie statt der gallikanischen eingeführt wurde, denn für gewöhn-

liche Menschen war der Unterschied in der Sache zu fein, und daß, als die Regierung die Veröffentlichung dieses Breves nicht gestattete, der Erzbischof Bonald mit einem seiner Zunft geläufigen Kunstgriffe dasselbe der Form nach nicht, aber der Sache nach doch publizierte. Um dieselbe Zeit wurde der Klerisei ein wohlgefälliges Opfer dargebracht durch die Enthebung des Orientalisten Ernest Renan von seiner Professur am Collège de France. In Wahrheit aber konnte dem von diesem Gelehrten verfaßten „Leben Jesu" beim großen Publikum nichts Förderlicheres widerfahren, als dieses leichte Martyrium, verbunden mit den Gebeten und Prozessionen, mit welchen der Klerus den Wirkungen des seichten Buches, das ein gewaltiges historisches Ereignis und ernstestes wissenschaftliches Problem in der Art eines Feuilletons oder populär-wissenschaftlichen Vortrags behandelte, entgegentrat. Es verdient bemerkt zu werden, daß dasselbe in überwiegend katholischen Städten, wie Paris oder Wien, mehr Verbreitung fand, als in protestantischen Kreisen, wo man längst genötigt war, sich mit gewichtigeren Werken über diesen ernsthaftesten Gegenstand auseinanderzusetzen. Dies, wie vielleicht die mehrfachen Freundschaftsbezeigungen, die man mit der spanischen Königsfamilie austauschte, sollte dazu dienen, dem Päpstlichen Stuhl und seinem Anhange in Frankreich das Zugeständnis schmackhaft zu machen, welches der Kaiser im September jenes Jahres dem Königreich Italien machte, indem er das französische Occupationscorps von Rom wegzog: es geschah kraft einer Konvention, welche wir im Zusammenhange der italienischen Dinge noch zu würdigen haben. Der Papst erhob keine Einwendungen; gegen Ende des Jahres aber (22. Dezember 1864) entsandte er einen seiner geistlichen Donnerkeile, durch welchen er unfreiwillig den Beweis lieferte, daß es hohe Zeit war, dafür zu sorgen, daß ihm wenigstens keine unmittelbare Herrschaft über ein von vernunftbegabten Menschen bewohntes Land mehr verbleibe — die Encyklika vom 22. Dezember und das diesem Rundschreiben an alle Bischöfe der katholischen Welt angehängte Verzeichnis der vom Papst verworfenen und verdammten hauptsächlichsten Irrlehren der Zeit, den sogenannten Syllabus. Da in diesen Schriftstücken, deren Bedeutsamkeit erst nach einigen Jahren sich vollständig enthüllen sollte, fundamentale Institutionen des modernen französischen Staates, wie z. B. die Civilehe, sowie die ganze dermalige Rechtsstellung der katholischen Kirche innerhalb des französischen Staatswesens im Prinzip angefochten waren, so verbot der Justizminister in einem Rundschreiben an die französischen Bischöfe (1. Januar 1865) die Veröffentlichung derselben. Die meisten dieser Bischöfe begnügten sich in einem offenen Sendschreiben an den Minister gegen dieses Verbot zu protestieren; einige aber verkündeten trotz desselben die päpstlichen Edikte von den Kanzeln. Sie wurden da-

für wegen Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt vor den Staatsrat gewiesen, von dem päpstlichen Nuntius aber ihres Mutes wegen belobt; indeß mußte sich der letztere doch entschuldigen, als die französische Regierung sich beim Papste über diese Unverschämtheit beschwerte.

Am 15. Februar eröffnete der Kaiser die Session des gesetzgebenden Körpers. Die Thronrede kündigte das nahe Ende der sämtlichen auswärtigen Expeditionen an; von Mexiko sagte sie, daß der neue Thron sich befestige, das Land sich beruhige: „Indem wir den Tempel des Krieges schließen, werden wir mit Stolz auf einem neuen Triumphbogen die Worte verzeichnen können: dem Ruhme der französischen Armee für die in Europa, Asien, Afrika" — denn auch in Algier war man durch einen Aufstand (1864) in die Notwendigkeit versetzt worden, Siege zu gewinnen — „und in Amerika erfochtenen Siege." Die Rede rief alsdann, nachdem sie mit einigen Worten die kirchlichen Angelegenheiten erwähnt hatte, zu den Werken des Friedens, den nützlichen Reformen auf: „Verleihen wir der Gemeinde und dem Departement ein unabhängiges Leben", erklärte aber gleichzeitig für notwendig, die Grundlagen der Verfassung mit Festigkeit aufrecht zu erhalten. Im Senat erhielten diesmal die Adreßverhandlungen einiges Interesse durch Berührung der kirchlichen Fragen. Mit dreister Stirn unternahm es der Erzbischof von Rouen, Kardinal Bonnechose, darzulegen, wie der Syllabus nicht den Prinzipien von 1789 widerstreite, wie er nicht die Freiheit des Gewissens bekämpfe, wie das Papsttum niemals die Gewohnheit gehabt habe, Dissidenten zu verfolgen; kaum minder kühn sprach der Minister Rouher den Glauben aus, daß alle diese jetzt die Welt bewegenden Probleme mit einer „unermeßlichen Versöhnung" endigen würden. In den Adreßdebatten des gesetzgebenden Körpers wiederholte sich dasselbe Spiel wie im vorigen Jahre. Die Opposition hatte wiederum ihre Verfassungsanträge zu den zahmen Umschreibungen, mit welcher der Kommissionsentwurf die Thronrede beantwortet wissen wollte, gestellt, und ihre Reden wurden heftiger: auch die Grundlage des bestehenden Regiments, der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, wurde in die leidenschaftliche Debatte hineingezogen: „Der 2. Dezember ist ein Verbrechen", rief Ernest Picard aus. Die Debatten, reich an Zwischenfällen, blieben unfruchtbar, obgleich oder weil alles mögliche — die Stellung der Stadt Paris, das Finanzsystem des Seinepräfekten Haußmann, die auswärtigen Expeditionen, die Verwaltung von Algier — in dieselben hineingezogen wurde. Bei der Besprechung der Mexikanischen Expedition mußte Rouher bereits zu den dreistesten Lügen greifen; bei der Diskussion über die italienische Politik der Regierung erlebte man, daß dieselbe von den entgegengesetzten Enden her angegriffen wurde, — der Voltairianer Thiers für die Aufrechterhaltung

der weltlichen Gewalt des Papstes und gegen die Einheit Italiens sprach, von welcher er scharfsinnig prophezeite, daß sie diejenige Deutschlands, die ihm noch verhaßter war, zur Folge haben werde. Wie wenig Ernst es aber in diesem Lande und unter dieser Regierung mit den Reformen war, bewies ihre Haltung in der Unterrichts- und der Decentralisationsfrage. Der Kaiser hatte nicht den Mut, die erstere Angelegenheit im Sinne seines wirklich freisinnigen Ministers Duruy, welcher für den unentgeltlichen und obligatorischen Elementarunterricht war, anzufassen, obgleich er im Herzen mit ihm einverstanden war; dieser letztere Punkt, der obligatorische Unterricht, war dem Klerus, dessen bester Verbündeter die Unwissenheit war, ein Dorn im Auge, und im gesetzgebenden Körper fanden sich nur 16 gegen 233 Stimmen für den unzweifelhaft richtigen Grundsatz, den Besuch der Schule für eine allgemeine, wo nötig mit der Strafgewalt des Staats zu erzwingende Pflicht zu erklären. Daß die Unentgeltlichkeit des Elementarunterrichts, wo nicht geradezu schädlich, doch nutzlos ist, wo nicht der Staat, der natürliche Schützer derer, die sich nicht selbst schützen können, die Eltern zwingt, ihren Kindern die erste Möglichkeit selbständigen Fortschreitens und eigenen Urteils zu gewähren, leuchtete in dieser vorgeblich so demokratischen Gesellschaft, welche eines ihrer pseudo-demokratischen Häupter, der Prinz Napoleon, in jenen Tagen eine „organisierte Demokratie" nannte, nicht ein. Ebensowenig wie mit der Hebung des Volksunterrichts war es der Regierung mit der Decentralisation, dem unabhängigen Leben in Gemeinde und Departement Ernst. In allen diesen Dingen war der Kaiser unfähig, schöpferisch einzugreifen, wie er hätte thun müssen, wenn er auf einen wirklichen Ehrenplatz in der Geschichte seines Volkes Anspruch erhob. Die Reformthätigkeit, soviel davon da war, beschränkte sich auf die materiellen Güter, Bauten, für welche 360 Millionen, auf 6 Jahre zu verteilen, verlangt wurden, Handelsverträge und dergleichen; das Verderben schritt weiter. Mit 249 gegen 15 Stimmen wurde am 15. April die ganze Adresse angenommen, welche der Kaiser mit einigen Gemeinplätzen erwiderte.

Der ungleiche Kampf erneuerte sich bei der Budgetberatung im Juni, nachdem die Regierung unterdessen für die Stadt Paris, welche sich keiner gewählten Stadtvertretung erfreute, die Ermächtigung zu einer neuen Bautenanleihe von 250 Millionen nachgesucht hatte. In einer umfassenden, wohlvorbereiteten Rede unterzog Thiers, der eine ganz besondere und selten erreichte Meisterschaft besaß, gerade über solche Dinge überzeugend und anziehend zu sprechen und zu schreiben, die ganze Finanzlage, das ordentliche, das außerordentliche und das Berichtigungsbudget (budget rectificatif), die sehr gewissen Ausgaben,

die zum Teil sehr ungewissen Einnahmen einer Kritik: 1900 Millionen Einnahmen, fand er, stehen 2 Milliarden und 230 Millionen Ausgaben gegenüber: er kam zu dem Ergebnis, daß man dem Bankrott entgegengehe, was auch in viel furchtbarerem Sinne noch, als er ahnte, in Erfüllung gehen sollte. Die Kammer hörte zu, sie bewilligte, was gefordert wurde, die Anleihe für Paris und eine andere von 100 Millionen für Algier, wo der Kaiser soeben noch (Mai) persönlich den Schaden besehen hatte; diese Reise, welche im übrigen die Kolonie ließ, wie sie gewesen, hatte unter anderm auch den Zweck, der Kaiserin, deren Einfluß im Wachsen war, Gelegenheit zu geben, als Regentin ihre Regierungskunst zu bewähren. Am 4. Juli wurde die Session geschlossen, ohne daß es gelungen wäre, die Unterrichts- und die Decentralisationsfrage zu lösen, obgleich die letztere nunmehr zum Gegenstand eingehender Besprechungen in der Presse und, soweit es deren gab, in den unabhängigen Kreisen der Gesellschaft gemacht wurde: zu Nancy bildete sich ein Komitee für diese Bestrebungen, und eine Anzahl Generalräte fingen an, eine 'größere Selbständigkeit thatsächlich in Anspruch zu nehmen. Hier regte sich etwas von Opposition, das, wenn mehr Mut und mehr wirkliche Arbeitslust vorhanden gewesen wäre, gefährlich oder fruchtbar hätte werden können. Aber es war in dieser Bewegung keine Kraft, die Wurzeln der Selbstverwaltung in diesem Lande waren abgestorben, und die Opposition war mehr darauf gerichtet, die Regierung zu ärgern und allenfalls für eine gute Sache zu demonstrieren als sie mit Einsicht, Beharrlichkeit und Entsagung zu fördern.

Auch mit den Ersparnissen war es nichts, obgleich viel Lärm gemacht wurde mit den 12½ Millionen, die man durch Verminderung der Armee um 10 000 und etliche Mann erzielt hatte, und im ganzen zeigte auch die nächste Session von 1866 das Kaiserreich in seiner ganzen Unverbesserlichkeit. Es war allmählich etwas Einförmiges in den kaiserlichen Thronreden, die anfangs durch eine gewisse Originalität bestochen hatten. Sie klang diesmal, den Thatsachen zum Trotz, sehr befriedigt und gefiel sich in einer durch doktrinäre Phrasen wirkenden Schönfärberei. Nach außen fand sie „den Frieden überall gesichert, weil man überall bemüht sei, die Fragen freundschaftlich zu lösen“: im Innern erblickte der Kaiser überall Ruhe und Wohlfahrt, fand aber doch nötig, sehr ausführlich gegen die unruhigen Geister zu polemisieren, welche unter dem Vorwande, den freisinnigen Gang der Regierung zu beschleunigen, denselben in Wahrheit hemmten, und dagegen eine Abhandlung über die Vortrefflichkeit der Verfassung von 1852 zu geben: der ungefähre Sinn des doktrinären Gerede war, daß man sich keine Aussicht auf weitere Ausdehnung der politischen

Freiheiten machen dürfe. Der Senat, eine verächtliche Körperschaft, war hiermit ganz einverstanden. Er machte in seiner Adresse eine stattliche Reihe von Freiheiten ausfindig, deren das französische Volk bereits genieße: richterliche Unabhängigkeit, ausgedehntestes Wahl- und Stimmrecht, Petitionsrecht, — Freiheiten, unter deren belebendem Hauche das französische Volk fühle, daß es 1789 nicht untreu geworden sei.

Der Kaiser, von dem man bei dieser Gelegenheit wiederum eine der großwortigen Trivialitäten vernahm, die seinen Stil jetzt charakterisierten: „Die moralische wie die physische Welt gehorcht allgemeinen Gesetzen, nicht durch tägliche Erschütterung der Grundlagen beschleunigt man die Krönung des Gebäudes", hatte jene Kundgebung schon beantwortet (18. Februar 1866), ehe im gesetzgebenden Körper die Adreßdebatte begann. An dessen Spitze stand, da der Herzog von Morny 1865 gestorben war, ein anderer Napoleonischer Bastard, Graf Walewski; der eigentliche Führer und Leiter dieses Unterhauses war der Staatsminister Rouher, den ein bissiges Wort der Opposition als den Vicekaiser bezeichnete, und der mit gewandten Worten und, wo es nicht anders ging, mit dreister Unwahrheit über alle Schwierigkeiten hinwegsetzte. Die Anträge der Opposition sprachen sich nachdrücklich gegen die Gasteiner Konvention aus, in welcher die Achtung vor dem Rechte, auf welchem allein dauerhafter Friede beruhe, verletzt sei; das Abkommen mit Italien ließen sie sich gefallen; über die Mexikanische Expedition wiederholten sie ihr einfaches ursprüngliches und wohlberechtigtes Verdammungsurteil, während der Kommissionsentwurf sich über alles Mißliche der auswärtigen Politik mit hohen Worten hinweghalf. Was das Innere betraf, so verlangte der oppositionelle Gegenentwurf der Reihe nach die Rechte Frankreichs gemäß den vielberühmten Prinzipien von 1789 zurück: freie Presse, freie Wahlen, municipales Leben, Verantwortlichkeit der Beamten. Der Schluß dieses Entwurfes war der großen Advokaten und Meister des Wortes, die ihn unterzeichnet hatten, würdig. Man konnte ihm anfühlen, wie gut er ihnen selber gefiel: „Umgeben von freien Staaten, die es selbst in die Freiheit eingeführt hat, setzt das französische Volk ein zu großes Vertrauen auf seinen Genius und ist zu stolz auf seine Vergangenheit, als daß man es wie unter Kuratel gestellt behandeln und unfähig oder unwürdig erklären dürfte, selber die glorreiche Last seiner Geschicke zu tragen." Jene notwendigen Freiheiten erläuterte Thiers, welcher die Diskussion eröffnete, wiederum in einer langen und sehr gemäßigten Rede; bei jedem einzelnen Punkte machte sich irgend einer der Redner der Opposition, Jules Favre, Garnier Pagès, Ernest Picard, Eugen Pelletan, und wie die oratorischen Talente, über welche sie verfügte, alle heißen

mochten, bemerklich; was aber dieser Session und der ganzen Lage ihr eigentümliches Gepräge gab, war dies, daß bei der Debatte jetzt zum erstenmal in einiger Geschlossenheit eine Mittelpartei auftrat, welche, zunächst 36 Mann stark, bald zu 45 heranwachsend, etwas mehr wirkliche Freiheit verlangte, im übrigen aber die Verfassung sich gefallen ließ und der Dynastie, sei es aufrichtig, sei es aus Ehrgeiz, sei es aus Resignation, ergeben war. Nachdem der Entwurf der Opposition gegen 17 Stimmen — Thiers, Ollivier, Darimon enthielten sich der Abstimmung — verworfen war, kam das von diesen 45 Mitgliedern der sich bildenden Mittelpartei gestellte Amendement: „Frankreich, treu anhänglich an die Dynastie, welche ihm Ordnung gewährleistet, hängt nicht minder der Freiheit an" an die Reihe; mit 206 gegen 63 Stimmen siegte schließlich die Kommissionsadresse (20. März). Die Antwort des Kaisers enthielt abermals eine Vorlesung über die wahre Freiheit, über seine Liebe zum Guten, welche ihm Kraft gebe, die schwere Last der Regierung seit 18 Jahren zu tragen; er sagte, daß die hohen Geschicke Frankreichs, das, wie er vor 15 Jahren gelobt, unter seinen Händen nicht zu Grunde gehen werde, sich erfüllen werden; er belobte den gesetzgebenden Körper, daß er sich nicht „durch eitle Theorieen habe fortreißen lassen", und verlor sich zuletzt in ein eitles Wortgeklingel: „Frankreich will gleich uns Fortschritt, Stabilität, Freiheit, welche Intelligenz, hochherzige Gesinnung, edle Bestrebungen, Arbeit hervorruft" u. a. dergleichen.

Seit Ende April des Jahres nun begann die deutsche Frage, die jetzt in ihrer ganzen gewaltigen Größe den Horizont einnahm, die Lage zu beherrschen und alle Gemüter zu beschäftigen. Schon bei der Adreßdebatte war die Sache vielfach gestreift worden, ohne daß man der Regierung bestimmte Erklärungen hätte entlocken können. Als aber am 3. Mai die Debatte über das Kontingentsgesetz begann, welches 100 000 Rekruten für das Jahr verlangte, drängten sich die Ereignisse, welche in Deutschland im Gange waren, mit Notwendigkeit in den Vordergrund des Interesses. Ein Recht, die Minister zu interpellieren, besaß die Kammer nicht; aber hier konnten die Fragen denn doch nicht ausbleiben. Sie waren Rouher sehr unbequem, da die Regierung des Kaisers, weit entfernt von einem bestimmten Entschluß und klaren Ziel, nach beiden Seiten ihre Ränke spann. Rouher speiste die unbequemen Frager mit Worten ab: friedliche Haltung, loyale Neutralität, völlige Freiheit der Aktion; er konnte aber nicht hindern, daß Thiers die Gelegenheit ergriff, sich auszusprechen. Er war ein Mann, der, freilich im beschränktesten altfranzösischen Gesichtskreise befangen, doch eine wirkliche auf Geschäftserfahrung und ernstem Studium beruhende Kenntnis der Dinge hatte, um die es sich handelte;

eine Sachkenntnis, um welche sich in dieser Gesellschaft sonst schwerlich irgend jemand viel bemüht hatte. Starke Übertreibungen — „80 000 Preußen und Österreicher werfen sich auf 15 000 Dänen" und ähnliches — nahm er sich so wenig übel, als sein übriges Auditorium sie übelnahm; er war eifriger Parteigänger des alten Deutschlands, — Österreichs und des Bundes. Er sah — besser als die Staatsmänner des deutschen Nationalvereins es damals sahen — Preußen auf dem Wege und im vollen Zuge, einen neuen deutschen Bundesstaat unter seiner Führung zu stande zu bringen: „Der so gestalteten Staatenbildung würde das einheitliche Italien unvermeidlich die Hand bieten." Dieses Unternehmen aber, meinte der Franzose, hierin übereinstimmend mit der großdeutschen Partei in Deutschland selbst, sei ein Attentat gegen die Unabhängigkeit Deutschlands und Europas, gegen die deutsche Freiheit selber: „Und Frankreich muß sich dem widersetzen, denn es würde eine Erniedrigung Frankreichs sein." Dafür, für diesen Widerstand, gebe es verschiedene Formen — Krieg führen, warnen, schweigen (la guerre, l'avertissement, le silence); zunächst würde es notwendig sein, „Italien zu verbieten, daß es sich mit Preußen verbünde." Er erntete vielen Beifall, denn die Mehrheit war im Herzen gegen die italienische Politik des Kaisers, und was Thiers sagte, schmeichelte dem Hochmut dieses Volkes, das, bei der schimpflichsten Unwissenheit über alles, was jenseit seiner Grenze lag, doch den Anspruch erhob, in Europa nach Laune zu gebieten und zu verbieten. Die Zeit war glücklicherweise nahe, wo ihm ein solches Verbot übel bekommen sollte.

Der Kaiser hatte andere Gedanken. Was Thiers wollte, das war die Aufrechthaltung der Verträge von 1815 — welche er, der Kaiser, und das französische Volk „verabscheuten": so sagte er am 6. Mai dem Maire von Auxerre, der diesmal die Ehre hatte, zuerst zu hören, was für Europa bestimmt war. Zunächst teilte sein Minister Drouyn de l'Huys das Programm einer Friedenskonferenz mit: Lösung der schleswig-holsteinischen Frage unter Abstimmung der Bevölkerungen, der deutschen Bundesreformfrage unter gemeinschaftlicher Prüfung der Mächte, welche die Schlußakte des Wiener Kongresses unterzeichnet hätten, Abtretung Veneziens an Italien, gegen Territorialentschädigungen für Österreich, und Anerkennung der päpstlichen Souveränität in ihren gegenwärtigen Schranken. Aus der Konferenz wurde nichts, und dies wußte der Kaiser wohl vorher: am 11. Juni aber schrieb er an seinen Minister des Auswärtigen einen Brief, in welchem er sich über seine Politik gegenüber der augenblicklichen Lage aussprach. Er wollte nichts von einer Territorialvergrößerung für Frankreich wissen, außer wenn die Karte von Europa zum ausschließlichen Vorteil

einer Großmacht verändert würde und frei ausgedrückte Wünsche der Bevölkerungen der Grenzgebiete, der „provinces limitrophes“, ihren Anschluß an Frankreich verlangten. Frankreich hätte gewünscht: für die deutschen Staaten zweiten Ranges eine intimere Union, für Preußen mehr Homogenität und Kraft im Norden, für Österreich die Aufrechterhaltung seiner großen Stellung in Deutschland — für Italien die Abtretung Veneziens im Interesse des Nationalitätsprinzips, für welches Österreich soeben in den Elbherzogtümern gekämpft habe. In dem bevorstehenden Kriege aber habe Frankreich nur zwei Interessen: die Aufrechthaltung des europäischen Gleichgewichts und „dessen, was wir in Italien aufgebaut haben“. Welches aber immer der Ausgang des Krieges sein werde, getröstete er sich der Gewißheit, daß keine der Frankreich berührenden Fragen ohne die Zustimmung Frankreichs gelöst werden werde; es genüge daher, wenn dieses in einer aufmerksamen Neutralität bleibe: „Stark durch unsere Uneigennützigkeit — — blicken wir vertrauensvoll auf unser Recht und ruhig auf unsere Kraft.“ Rouher gab diesen Brief alsbald im gesetzgebenden Körper zum besten, dessen Majorität „angesichts so klarer und bündiger Erklärungen“ auf eine Diskussion über die schwebenden Fragen verzichtete.

Dies wars, was Napoleon für die Öffentlichkeit bestimmte. Es hieß aus der diplomatischen Sprache in die gewöhnliche übersetzt: eine Dreiteilung Deutschlands, bei welcher die „sekundären Staaten“ ihren „intimen Bund“ einem vergrößerten Preußen und vielleicht auch Österreich gegenüber von Frankreich beschützt gesehen haben würden; eine Bereicherung Italiens durch Vermittelung Frankreichs; den letzten Gedanken, Vergrößerung Frankreichs durch „provinces limitrophes“ behielt der Kaiser sich vor: darüber mußte schließlich das Ergebnis des bevorstehenden Krieges entscheiden. Er mochte wahrscheinlich denken, daß er dem Ziele einer solchen Vergrößerung Frankreichs durch eine „Rektifikation“ der deutschen Grenze sehr nahe sei, — einem Ziele, das er sich gleich nach dem Staatsstreich gesteckt hatte; sein Vertrauter Persigny hatte mit solchen Projekten damals die Höfe von Berlin und Wien heimgesucht. Der Kaiser von Österreich bot ihm (4. Mai), um die gefährliche preußisch-italienische Allianz zu sprengen, die Abtretung Veneziens um den Preis der Neutralität Frankreichs und Italiens; Österreichs Schadloshaltung sollte Schlesien bilden, und nur in diesem Falle wollte es Venezien abtreten. Am Siege Österreichs zweifelte man im allgemeinen nicht: doch scheint der Kaiser selbst diese felsenfeste Zuversicht, mit welcher in Deutschland einer den andern ansteckte, nicht so ganz geteilt zu haben, denn gleichzeitig ward auch Preußen mit Vorschlägen gegenseitiger Vergrößerung angegangen. Eine ziemlich bestimmte Gestalt nahm diese Versuchung an: Kongreß mit Abtretung

von Venezien an Italien, Einverleibung der Elbherzogtümer in Preußen; wenn aus dem Kongreß sich der Krieg entwickelt, greift Frankreich mit Preußen gemeinsam Österreich an — mit 300000 Mann; im Frieden erhält Italien Venezien, Preußen eine Vergrößerung von 7 bis 8 Millionen Seelen und die Bundesreform nach seinem Geschmack, Frankreich das Gebiet zwischen Rhein und Mosel, doch ohne Mainz und Koblenz, — ein sehr hübsches Stück Land, preußisches, bayrisches, hessisches, oldenburgisches (Birkenfeld) Gebiet. Der Mann, welchem die aufgeregte Phantasie aller politischen Kannegießer in Europa dergleichen Hirngespinste zuschrieb, seitdem er im Oktober 1865 einige Wochen in dem französischen Seebade Biarritz mit Napoleon zusammen gewesen, Graf Bismarck, behandelte, wie er später mitteilte, diese Dinge und entsprechende, deren Faden noch nicht so bald abriß, „dilatorisch". Er hielt die Franzosen mit Worten hin und ging seinen Weg weiter: mit Österreich aber kam der geheime Vertrag Schlesien-Venezien am 9. Juni wirklich zu stande, während die andere gleichzeitige geheime Unterhandlung mit Preußen zu nichts führte: ein Vertragsentwurf, den ihm am 15. Mai der preußische Gesandte vorlegte, wurde von ihm, ohne Zweifel zur großen Genugthuung des preußischen Staatsmannes, nicht unterzeichnet. Napoleon glaubte klug zu handeln, indem er nichts that: die Karten konnten für ihn gar nicht besser liegen. Siegte Österreich, wie das allgemeine Vorurteil erwartete, so konnte er Preußen seine Hilfe oder Unterstützung verkaufen; siegte Preußen, so konnte man sich von diesem die Neutralität, von Österreich die moralische oder die kriegerische Hilfe bezahlen lassen; siegte zunächst weder Österreich noch Preußen, zog sich der Krieg in die Länge, so war dies von allem das beste. Dies war gerechnet, auch nicht schlecht gerechnet; gehandelt war es nicht, nicht gut und nicht schlecht.

In dieser Beziehung ward Frankreich diesmal von Italien beschämt, für welches mehr auf dem Spiele stand, und das mit energischem Entschlusse die günstige Gelegenheit benutzte.

3. Italien.

Das Königreich Italien war nunmehr von allen europäischen Staaten, mit Ausnahme von Österreich und einigen deutschen Staaten der österreichischen Gefolgschaft, anerkannt; auch von seiten Spaniens erfolgte, wie wir gesehen, die Anerkennung im Laufe des Jahres 1865. Bayern und Württemberg lieferten den Beweis, wie übel es war, wenn solche Staaten eine — nur scheinbar selbständige — auswärtige Politik zu führen hatten, indem sie sich lange gegen diese Anerkennung sträubten: eine Anerkennung, welche für Italien nur einen unter-

geordneten Wert besaß, deren Vorenthaltung aber für manche ihrer eigenen Unterthanen mancherlei Unbequemlichkeiten hatte und sich durch keinerlei deutsches, bayrisches oder württembergisches Interesse rechtfertigen ließ. Auch ließ sich dieser Standpunkt nicht lange festhalten. Ein Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien erwies sich als wünschenswert und ward von Preußen vermittelt; Italien aber machte die Anerkennung des Königreichs zur unumgänglichen Bedingung seiner Vollziehung. Vergebens sperrten sich die höfischen Minister, die sich vorher wie der württembergische, von Varnbüler, in die Brust geworfen und die Nichtanerkennung des Königreichs Italien wie eine Art patriotischer Pflicht dargestellt hatten: in dem Schlußprotokoll, welches dem am 31. Dezember 1865 unterzeichneten Vertrag beigefügt war, hieß es, daß der Bevollmächtigte Italiens beauftragt sei, namens seiner Regierung darüber keinen Zweifel zu lassen, daß sie den Austausch der Ratifikationen als Akt der Anerkennung des Königreichs ansehe. „Die übrigen Unterzeichner teilen diese Meinung," fuhr das Schriftstück fort; indem die Bevollmächtigten unter diese verblümte und verschämte Anerkennung ihren Namen setzten, hatten sie glücklich, wie so oft, die Mücke geseigt und das Kamel verschluckt.

Keine unmittelbare Gefahr bedrohte demnach Italien, das sich der dringend nötigen Reformarbeit, der inneren Verschmelzung seiner verschiedenen Teile zuwenden konnte. Lange Zeit der Gegenstand hoffenden, zuweilen hoffnungslosen Sehnens, war ihm die Einheit zuletzt rasch, fast über Nacht gekommen. In drei Jahren war hier geschehen, wozu man auf deutschem Boden ebensoviele Jahrhunderte gebraucht hatte. Aber ein anderes, ist es, sich in Haß und Kampf gegen eine Fremdherrschaft, in der Begeisterung für ein ideales Vaterland einig zu fühlen, ein anderes, in den täglichen Pflichten gegen ein wirkliches Vaterland einig zu sein; ein anderes, sagte man in Italien selbst, ist die Liebe, ein anderes, die Ehe. Die Aufgabe, die staatliche Zucht, welche das piemontesische Staatswesen groß gemacht hatte, dem übrigen Italien mitzuteilen, war schwer. Am meisten machte das widerhaarige Sizilien zu schaffen, wo man an keine Ordnung gewöhnt war, und auch mit den Briganten im Neapolitanischen wurde man nur sehr allmählich fertig: man bekämpfte das Unheil nicht allein mit Truppen, sondern auch mit dem praktischen Mittel der Anlegung von Landstraßen durch die am meisten von jener Plage heimgesuchte Provinz Basilicata. Schwerer noch war der Kampf mit den Jahr um Jahr wiederkehrenden Deficits, welche horrende Ziffern, 1863 z. B. 269 Millionen Lire ordentlichen, 163 außerordentlichen, 1864 265 ordentlichen, 140 außerordentlichen Deficits zeigten, wobei nur dies einigen Trost gab, daß die Staatspapiere meist in italienischen, verhältnismäßig

wenige in den Händen des Auslandes waren, und daß das Geld, obwohl noch immer nicht weniges an unreinen Händen kleben blieb, doch ganz anders als in den Zeiten des geteilten Italiens zu produktiven Ausgaben verwendet wurde. Unter diese fruchtbringenden Ausgaben muß man, und zwar vor allem, auch diejenigen für das Heer zählen, weil dasselbe, eine Last von erdrückender Schwere, doch zugleich, wie in Preußen, wenn auch in weit minderem Grade eine Schule des Volkes war. Die Bewegung zu Gunsten einer Tilgung der Staatsschulden, welche zu einer großen Nationalschuld verschmolzen waren, vermittelst freiwilliger Beiträge war nur ein Symptom der verzweifelten Lage und konnte zu nichts führen; dagegen zeigte sich die Tüchtigkeit der Nation in der Art, wie sie ohne Murren die erhöhten und noch immer wachsenden Steuern trug.

Die finanziellen Schwierigkeiten erschwerten auch den Kampf mit der Geistlichkeit, da sie die Umwandlung der Kirchengüter in Staatsrenten zu einer gebieterischen Notwendigkeit machten. Freilich nahm man hier in diesem Lande diesen Kampf mit der Geistlichkeit weit weniger tragisch als anderswo jenseit der Berge, namentlich in Ländern, wo wie in Deutschland Protestanten und Katholiken nebeneinander wohnen, und wo die Religion noch eine innerliche Macht ist. Hier in Italien waren die Geistlichen so zahlreich, daß die Art von Religion, welche die Masse brauchte, noch immer um billigen Preis zu haben war: und auch daß viele Bischofssitze vakant waren und unter den augenblicklich obwaltenden Umständen nicht wieder besetzt werden konnten, hatte hier nicht so viel' zu bedeuten. Italien war auch damit so reich gesegnet, daß von 230 immerhin etliche 50 eine Zeitlang entbehrt werden konnten. Indes versuchte man, sich mit dem Papst auf vertraulichem Wege über diese Angelegenheit zu verständigen (1865), indem der König eine in Rom wohlgelittene Persönlichkeit, Vegezzi, dorthin sandte. Der Versuch scheiterte, da der Papst, wenn er für die Bischöfe, welche in den seit 1859 annektierten Ländern zu ernennen waren, dem König das Exequatur und den Anerkennungseid zugestehe, damit eine mittelbare Anerkennung dessen, was seit 1859 geschehen, auszusprechen fürchtete. Man half sich, wie man konnte: die Aufsicht und Verwaltung der Seminarien wurde den Bischöfen entzogen, die Aufhebung der Klöster und geistlichen Orden aber noch nicht ausgesprochen; daß die leitenden Klassen in ihrer antiklerikalen Stimmung fest und einig waren, bewiesen die Wahlen im Oktober 1865, welche nur zwölf Klerikale ins Parlament sandten.

Ein anderes Volk würde sich vielleicht eine Zeitlang mit dem, was erreicht war, begnügt haben und einstweilen rüstig und geduldig an die Arbeit im Innern gegangen sein, die sich auch ohne den Besitz

von Rom und Venezien in Fülle bot. Allein dies war den Italienern nicht gegeben. Sie fühlten sich in einem unnatürlich unhaltbaren Zustande, in welchem die Nation ihre Kräfte nicht frei entfalten konnte. Es waren drei Schwierigkeiten, welche untereinander zusammenhängend diese grausame Lage schufen — das Verhältnis zu Österreich, zu Rom und zu Frankreich; solange eine dieser Schwierigkeiten noch übrig war, war Italien nicht fertig.

Das erste, das Verhältnis zu Österreich war einfach — Feindschaft auf Leben und Tod, solange Venezien nicht italienisch oder vom Meere verschlungen war. Die italienische Regierung war auf Napoleons Kongreßvorschlag im November 1863 mit Freuden eingegangen; Österreich wegen Veneziens nicht. Bei dem Neujahrsempfang am 1. Januar 1864 sagte der König, daß das verflossene Jahr für die Erlösung Italiens ungünstig gewesen; jetzt aber, fügte er im Hinblick auf die Wirren im fernen Norden hinzu, zeigten sich am Horizont europäische Verwickelungen, allerdings noch in unbestimmter Gestalt, die leicht eine erwünschte Gelegenheit bieten könnten: unumwunden also setzte Viktor Emanuel auf solche Verwickelungen seine Hoffnung, und die Österreicher hätten allen Grund gehabt, bei der Kunde von diesen Worten sich zu überlegen, ob ihre Politik im Norden die richtige war. Demgegenüber bedeutete es wenig, wenn man von italienischer Seite sich bemühte, einstweilen ein leidliches Verhältnis anzubahnen, bei den Unruhen in Friaul z. B. die Grenze sorgfältig zu sperren, damit keine Freiwilligen zuzögen, oder sofort das Kaiserreich Mexiko anzuerkennen, um dem Bruder des Kaisers von Österreich und dem Kaiser von Frankreich eine Höflichkeit zu erweisen; auch ein schwacher Versuch, die Handelsbeziehungen an der venezianischen Grenze freundlicher zu gestalten, bei welchem Österreich durch französische Vermittelung — denn die beiden Duellanten verkehrten nur durch Mittelspersonen miteinander — die Initiative ergriff, führte zu nichts: bei jeder Gelegenheit sprach der König von der noch ausstehenden Vollendung der Geschicke Italiens, von neuen Prüfungen u. s. w.: und nur dadurch unterschied sich Viktor Emanuel von Garibaldi, daß er nicht wie dieser mit dem Kopf wider die Felsenwand rennen wollte.

Aber Österreich war, wie immer, ein auswärtiger Feind und das Verhältnis, wenn nicht freundlich, doch klar; Rom, die päpstliche Macht, war ein Feind im Innern, und dieser war weder mit äußeren Waffen zu verwunden noch mit äußeren Mitteln zu versöhnen. Der Papst fügte sich dem, was er nicht hindern und nicht ändern konnte, aber er behauptete, was er noch besaß, und hielt, da es ohne Geld nun einmal in dieser schlechten Welt nicht geht, seine Finanzen mit dem Ertrage des Peterspfennigs aufrecht, der von allen Teilen der Welt

her aus unzähligen Kanälen und Rinnsalen nach Rom floß. Sich selbst überlassen, hätte die weltliche Gewalt mit dem Reste des Kirchenstaates keine acht Tage leben können: was ihr das Leben fristete, war die französische Occupation und der französische Name. Für die italienische Regierung andererseits war es unerläßlich, in Beziehung auf Rom, nach dessen Besitz der Nation das Herz stand, irgend einen, wenn auch nur scheinbaren Fortschritt aufweisen zu können, und ein solcher scheinbarer Fortschritt erfolgte in der That in der **Konvention**, welche am 15. September 1864 zwischen Frankreich und Italien abgeschlossen wurde. In derselben verpflichtete sich Frankreich, seine Truppen allmählich von Rom wegzuziehen, nach Maßgabe der Fortschritte, welche die Organisation oder Reorganisation der päpstlichen Truppen mache; Italien dagegen übernahm die Pflicht, das derzeitige päpstliche Gebiet nicht selbst anzugreifen sowie jeden von außen her auf dasselbe versuchten Angriff mit Gewalt zu verhindern; es verzichtete auf jeden Widerspruch gegen die Bildung einer päpstlichen Armee aus Freiwilligen und erklärte sich bereit, einen verhältnismäßigen Teil der päpstlichen Staatsschuld zu übernehmen. Die Vollziehung des Vertrags von französischer Seite war an die, zunächst geheimgehaltene Bedingung geknüpft, daß der König Viktor Emanuel seine Hauptstadt von Turin weg nach einer andern Stadt — man hatte Florenz im Auge — verlege; innerhalb zweier Jahre sollte die Räumung des römischen Gebietes seitens der Franzosen dann vollzogen sein. Es war ein sehr absonderlicher Vertrag, der im Grunde wenig wirklichen Wert hatte. Sein Wert bestand am Ende nur darin, daß überhaupt irgend etwas geschah — daß die Ungeduld des italienischen, die Gedanken des französischen Volkes irgend eine Beschäftigung erhielten. Auch war der Abzug der Franzosen nur ein Schein; die Armee, welche der päpstliche Waffenminister organisierte, ward nach französischem Muster, großenteils mit französischen Soldaten und Offizieren, denen ihre Grade in der französischen Armee vorbehalten wurden, mit französischer Hilfe geschaffen und bildete eine Truppe, die, wie sich später zeigen sollte, nicht besser und auch nicht viel schlechter war als eine französische. Die im Vertrag bedungene Verlegung der Hauptstadt war französischerseits als eine Art von Verzicht auf die „Hauptstadt Rom" gemeint. Die Italiener und jeder vernünftige Mensch, der eine Ahnung von dem geschichtlichen Gesetz hatte, das sich hier unaufhaltsam vollzog, faßten dieselbe anders auf: ihnen war die Verlegung nach Florenz eine Station, eine Etappe auf dem Wege nach Rom, wenn man das auch nicht in der Konvention oder in den Noten, welche über dieselbe geschrieben wurden, geradezu sagte; sie war überdies eine politische und militärische Notwendigkeit, da der Schwerpunkt des Königreichs Italien,

seine Hauptstadt, das Kriegsziel des Gegners im Falle eines feindlichen Angriffs, nicht mehr wie diejenige des Königreichs Sardinien diesseit der Apenninen liegen konnte. Den Hauptpunkt aber ließ der Vertrag unerledigt. Für den sehr wahrscheinlichen, zum mindesten sehr möglichen Fall, daß in Rom selbst eine Revolution ausbreche, behielt sich Frankreich wie Italien die Freiheit des Handelns vor. Es hieß sich gegenseitig mit Worten bezahlen, wenn man in der diplomatischen Korrespondenz über jenes Abkommen sich getröstete, daß die Versöhnung des alten Roms und des neuen Italiens mit den moralischen Kräften der Civilisation und des Fortschritts gelingen werde: wie es mit den Kräften der Civilisation und des Fortschritts in der Umgebung des Papstes aussah, darüber ließen die Schriftstücke keinen Zweifel, mit denen die Kurie die Septemberkonvention beantwortete.

Die Annexionen hatten dem Papsttum zwei sehr wesentliche Wohlthaten erwiesen. Sie hatten es dem Papste leicht gemacht, sich selbst als Märtyrer, die Kirche als verfolgt darzustellen, und sie hatten ihn von den Rücksichten befreit, die ihm seine Stellung als italienischer Fürst doch immerhin auferlegte. Was er noch an weltlichem Besitz zu verlieren hatte, war nicht der Rede wert; er erhielt eben dadurch die kostbare Freiheit, zu handeln, wie jemand, der nichts mehr zu verlieren hat. In Wahrheit aber war, was er verloren, nur der kleinere Teil seiner Macht; der größere, die Autorität der Idee des Papsttums über die Millionen jenseit der Berge, konnte niemand ihm rauben — ja vielleicht war dieser Teil seiner Macht noch einer erheblichen Steigerung fähig, indem man in demselben Augenblicke, wo die Reste der weltlichen Unterlage des Papsttums verfielen, die Idee des Papsttums bis zu ihren letzten und äußersten Konsequenzen verfolgte und kühne Forderungen und Ansprüche, wie sie Gregor VII., Innocenz IV. und Bonifacius VIII. gemacht, erneuerte und überbot. In der That hat es etwas Imposantes, zu sehen, wie der Bischof von Rom dem Jahrhundert, das ihm das letzte Stück seines weltlichen Königtums abverlangte, mit der Gegenforderung absoluter Herrschaft über alle Königreiche und Länder, über alle Gewissen in der weiten Welt antwortete, — wenn man gleich auf der andern Seite zugeben muß, daß er damit hart an der Grenze stand, wo in jähem Absturz das Erhabene ins Lächerliche sich verwandelt.

Den Anfang dieses neuen Feldzugs bildete die Encyklika vom 8. Dezember 1864, ein Rundschreiben an die Bischöfe, in welchem ein „Jubiläum" für das folgende Jahr angekündigt wurde, und welches, zugleich mit dem angehängten „Syllabus" am 22. veröffentlicht, ein fulminantes Kriegsmanifest gegen alles bildete, was die Menschheit in harter und schwerer Arbeit seit drei Jahrhunderten der Unvernunft

und der geiſtlichen Grauſamkeit abgerungen hatte. In der Encyklika verdammte und verwarf Pius IX. kraft ſeines apoſtoliſchen Amtes alle diejenigen „verkehrten Lehren und Irrtümer", welche, wohlgezählte 80, der angefügte Syllabus in zehn Artikeln zuſammenſtellte: Irrtümer des Pantheismus, Naturalismus und des „abſoluten Rationalismus", des „Indifferentismus" und „Latitudinarianismus" — Irrtümer über die Kirche und ihre Rechte, über die bürgerliche Geſellſchaft an ſich und in ihren Beziehungen zur Kirche, über das natürliche und chriſtliche Sittengeſetz, die chriſtliche Ehe, die weltliche Herrſchaft der römiſchen Päpſte und „ſolche, die ſich auf den heutigen Liberalismus beziehen." Die Jeſuiten, welche dieſen Gallimathias zuſammengebraut hatten — denn der Papſt ſelbſt hatte wohl ſchwerlich jemals ein einziges wiſſenſchaftliches Buch, in welchem die pantheiſtiſche oder ſonſt irgend welche der verdammten Irrlehren entwickelt war, ſtudiert —, hatten ſich die Bekämpfung der Gegner inſofern leicht gemacht, als ſie alle jene Anſichten in der verworrenſten und übertriebenſten Geſtalt vorführten; es iſt in der That unmöglich, jenes unordentliche, nach rein formaliſtiſchen Geſichtspunkten zuſammengetriebene Durcheinander kurz zu charakteriſieren. Neben Sätzen, die kein Menſch mit fünf geſunden Sinnen jemals behauptet hat: „Das Recht beſteht in der materiellen That; alle Pflichten der Menſchen ſind ein leerer Name, und alle menſchlichen Thaten haben Rechtskraft" (Irrtum Nr. 59) ſtehen andere, die Jeſus Chriſtus ſelbſt mit anderen Worten ausgeſprochen. Wir wollen zur Charakteriſtik des Schriftſtücks zwei Sätze hervorheben. Der 75. Irrtum lautete: „Über die Vereinbarkeit der weltlichen mit der geiſtlichen Herrſchaft ſtreiten ſich die Söhne der chriſtlichen und katholiſchen Kirche" — mit anderen Worten, wer die weltliche Herrſchaft des Papſtes beſeitigt zu ſehen wünſcht, iſt kein Katholik mehr — Irrtümer 77 und 78: „In unſerer Zeit iſt es nicht mehr nützlich, daß die katholiſche Religion als alleinige Staatsreligion mit Ausſchluß anderer Kulte gelte; es war daher wohlgethan, in gewiſſen katholiſchen Ländern den Einwanderern geſetzlich die öffentliche Ausübung ihres Kultus, welcher es auch ſei, zu garantieren"; — warf man dann dem Syllabus Unduldſamkeit vor, ſo hatte ſich die pfäffiſche Lüge in dem „welcher es auch ſei" eine Hinterthür nach ihrer Weiſe geöffnet: es ſei doch nicht wohlgethan, jeden beliebigen Kultus zu garantieren, als ob es ſich dabei um Mormonen oder Feueranbeter handle. Deutlicher ſprach das Ausſchreiben des Kardinals Patrizzi, päpſtlichen Generalvikars, vom 25. Februar 1865, welches das Jubiläum mit dem dazu gehörigen Generalablaß verkündete, und in welchem ohne weiteres quicunque die Religions- und Gewiſſensfreiheit, die Preßfreiheit, die „Lehre von den vollendeten Thatſachen",

das Verbot des Peterspfennigs, die Erziehung durch Laien u. s. w. zu den verderblichen, von den „Lehrern der Sünde" gepredigten Irrtümern gerechnet wurde; in einem Schreiben an den Erzbischof Dupanloup von Orleans erschöpfte der Papst selbst das Lexikon — Betrügereien, Ränke, schändlichste Frechheiten, Entsetzlichkeiten —, um das Verfahren der italienischen Regierung zu bezeichnen, mit der es doch in ebenjenem Jahre zu verhältnismäßig glimpflichen Verhandlungen kam. In Italien selbst machte dies alles den geringsten Eindruck; man wunderte sich dort fast, daß man diese Dinge jenseit der Alpen so ernstlich nahm.

Gegen die Septemberkonvention selbst verhielt man sich zu Rom scheinbar ganz gleichgültig. Die Bevölkerung demonstrierte, die Regierung schwieg. Es stellte sich sogar in der auf dieses Ereignis folgenden Zeit eine Art Verhältnis zwischen dem Papst und dem König von Italien her; im März 1865 richtete jener ein eigenhändiges Schreiben an diesen in Angelegenheiten der Besetzung so vieler vakanter Bischofssitze, und die vertraulichen Verhandlungen durch Vegezzi fallen in diese Zeit; erst am 19. November jenes Jahres, nachdem die ersten französischen Schiffe mit den abziehenden Truppen von Civita Vecchia abgefahren, erließ Kardinal Antonelli ein Schreiben an die Vertreter des Papstes bei den auswärtigen Höfen, in welchem er eine endlose Kritik der Septemberkonvention und alles dessen, was mit derselben zusammenhing, gab. Er hatte nicht unrecht: es wäre himmelschreiend gewesen, was man gegen diese seine legitime, die päpstliche Regierung von Rom alles verbrochen hatte — wenn nur nicht das, was seit Jahrhunderten von dieser Stelle, dieser Gewalt aus und in ihrem Namen auf der weiten Welt geschehen war, und was eben jetzt wieder von ihr geschah, noch lauter zum Himmel geschrieen hätte. Eine Gewalt, welche die Kirche Christi verweltlicht, d. h. ihrem innersten Wesen untreu gemacht hatte, maßte sich an, im Namen Jesu Christi zu sprechen, dessen Lehre unter ihren Händen zu einem Zerrbild dessen, was der Erlöser gewollt und verkündet hatte, geworden war, und verlangte, daß alles, was in der Welt geschehe, nach ihrem Wort und Wink geschehen solle. Sie hatte soeben ein Instrument aufgesetzt, in welchem die wichtigsten Irrlehren der Zeit zusammengestellt waren: und ohne Zweifel sehr irrige Lehren waren es zum Teil, welche dieses Verzeichnis enthielt. Aber nicht innerlich diese Lehren zu überwinden durch die Kraft einer reineren Erkenntnis gebot dieses frivole Aktenstück, sondern es verdammte sie einfach mit einem Worte: und die Vorkämpfer der römischen Kirche und ihrer Ansprüche bedauerten nichts lebhafter, als daß man diese Irrlehren nicht noch einfacher an den Personen ihrer Bekenner strafen konnte. Denn nicht für ihre Prinzipien und Dogmen

allein, sondern für ihre Priester, ihre Mönche, ihre tyrannischen Institutionen verlangte sie oder verlangte man in ihrem Namen die Alleinherrschaft auf Erden: es war nur ein Akt der göttlichen Gerechtigkeit, wenn dieser entarteten Trägerin und Verwalterin hoher sittlicher Güter, die das ihr anvertraute Pfand nicht zum Heile der Menschheit verwendet hatte, nunmehr wie dort dem ungetreuen Knecht im Evangelium auch das genommen wurde, was sie hatte.

Unaufhaltsam vollendeten sich die Geschicke: die höhere Hand, die sie lenkte, sahen diese Priester am wenigsten, welche den Namen Gottes beständig auf den Lippen trugen. Die Verlegung der Residenz von Turin nach Florenz erfolgte, sobald die nötigen Vorbereitungen getroffen waren. Eine Art Kriegsrat stellte die militärische Notwendigkeit dieser Anordnung fest; indes rief die Nachricht von dem, was der Stadt Turin bevorstand, dort Unruhen hervor, welche gewaltsam unterdrückt werden mußten. Darüber kam (23. September) das Ministerium Minghetti zu Fall und machte einem neuen Platz, an dessen Spitze der General Lamarmora trat. Den Kammern, welche im Oktober 1864 zusammentraten, wurde das Gesetz vorgelegt, das der Stadt Turin eine Entschädigungssumme bewilligte; am 11. Dezember unterzeichnete der König: und als im Januar 1865 die Unruhen zu Turin sich wiederholten und der dortige Stadtrat ihnen nur lau gegenübertrat, verließ Viktor Emanuel plötzlich und ohne Abschied seine bisherige Hauptstadt und ging nach Florenz (3. Februar). Indes söhnte sich der Patriotismus der Stadt, welche in der That der Einheit Italiens das schwerste Opfer brachte, bald wieder mit dem König und allmählich auch mit ihrem Schicksal aus. Denn die Zeit kam schnell, wo alle Einzelinteressen abermals sich beugen mußten vor dem Ernst der Stunde, die wiederum die Geschicke Italiens dem entschlossenen Mute seiner Bürger vertraute.

Die unbestimmten Aussichten, von denen Viktor Emanuel zu Anfang des Jahres 1864 gesprochen, hatten jetzt eine bestimmte Gestalt angenommen. Ein mächtigerer Geist, als selbst Cavour gewesen, schickte sich an, den deutschen Staat — jenes Deutschland, nach welchem man so lange schon suchte und fragte, ohne es finden zu können — zu gründen, und man mochte sich diesseit und jenseit der Alpen erinnern, daß die Herzöge von Savoyen und die brandenburgischen Kurfürsten einst um dieselbe Zeit die Königskrone, Pfand und Sinnbild einer großen Zukunft, genommen hatten. Einen Cavour versagte das Schicksal in jener kritischen Zeit dem italienischen Staat; dem General Lamarmora wie seinem Unterhändler General Govone war die Politik Bismarcks und die Art, wie er sie darlegte, viel zu einfach, als daß sie dieselbe auch einfach nach ihren wirklichen und ehrlichen Absichten

und ihren ernsten Schwierigkeiten sogleich hätten würdigen können. Den Minister beherrschte die Furcht, der preußische Staatsmann möchte das Bündnis mit Italien nur zum Scheine suchen, um von Österreich die Überlieferung der Elbherzogtümer zu erlangen, und der Gasteiner Vertrag, erwähnten wir, bestärkte ihn in diesem Verdacht. Außerdem peinigte ihn der Gedanke, wie der Kaiser Napoleon zu der Frage sich stelle: er hätte gewünscht, daß man sich seiner durch Zusicherung eines Stückes der deutschen Grenze versichere, und es nährte sein Mißtrauen gegen Bismarck, daß dies nicht geschah. In der That kam die Allianz, auf welche der Genius beider Staaten mit deutlichem Finger hinwies, noch einmal in Gefahr. Auf der einen Seite hoffte König Wilhelm, schwer sich losringend von der traditionellen Loyalität aller Hohenzollern — mit Ausnahme eines einzigen — gegen Österreich, noch einmal in der elften Stunde auf eine Verständigung mit dieser Macht; auf der andern Seite versuchte man von italienischer Seite Venezien dem Kaiser Franz Joseph feil zu machen. Die finanziellen Schwierigkeiten traten für Italien auf eine peinliche Weise in den Vordergrund; sie heischten Ersparungen, und man konnte nirgends sparen als am Heere; im März 1866 lief die Nachricht durch die Blätter, daß Flotte und Heer ganz auf den Friedensfuß gestellt seien. Wenige Tage später gab Lamarmora der Kammer ein Wort zu hören, das die Dinge nicht klarer stellte: die Lage sei sehr ernst, er weigere sich, auf Interpellationen in Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten zu antworten, da die Umstände sehr verwickelt seien und die Regierung nicht kompromittiert werden dürfe. Eben in diesen Tagen (8. April) erfolgte zu Berlin der Abschluß des Bündnisses, welches auf lange Zeit die politische Lage Europas zu beherrschen bestimmt war; die Rüstungen, soeben eingestellt, begannen aufs neue; am 29. April ergingen die königlichen Dekrete, welche nacheinander die Altersklassen von 1840—44, von 1837, 38, 39, von 1834, 35, 36 zu den Fahnen riefen.

Das Bündnis vom 8. April war ein Akt selbständiger Politik, mit welchem Italien den ersten Schritt aus der Abhängigkeit von Frankreich heraus machte. Noch einmal trat, wie wir schon erzählten, die Versuchung an Italien heran — scheinbar ohne Gefahr und ohne Blut Venezien aus Frankreichs Händen zu empfangen. Es schien nur ein Wort zu kosten — Rücktritt vom preußischen Bündnis; aber der gute Genius Italiens ließ diese Versuchung zurückweisen. Es war nicht ehrenhaft allein, es war auch klug, so zu thun. Ob Österreich Schlesien bekam, um Venezien dann abtreten zu können, war doch so ganz gewiß nicht: eines aber war gewisser als gewiß, daß, wenn Preußen unterlag, Italien nimmermehr Rom und nimmermehr seine

Unabhängigkeit von Frankreich erhalten haben würde: Cavour selbst hatte einst gewarnt, nicht noch einmal mit Frankreichs Hilfe Land zu gewinnen. Mannhaft warf Italien sein Los mit dem des Verbündeten, auf den längst Cavours staatsmännischer Geist hingewiesen, in die Urne. Noch einmal, in der ernstesten Stunde für beide Länder, verflochten sich Italiens und Deutschlands Geschicke: diesmal zum Heil für beide.

Zweiter Abschnitt.

Vom Beginne des Deutsch-Österreichisch-Italienischen Krieges

bis zum Ausbruche des Deutsch-Französischen Krieges.
1866—1870.

Mit dem Bundesbeschlusse vom 14. Juni 1866, welcher Mobilmachung der deutschen Bundestruppen gebot, war das Geschick Europas der Entscheidung durch die Waffen anheimgegeben. Unmittelbar war in den ausbrechenden Deutschen Krieg Italiens Geschick verflochten, das die Gelegenheit ergriff, Venezien zu erringen: aber nicht um Venezien und die Elbherzogtümer allein rollten die Würfel. Die Frage war, ob sich im Herzen des Weltteils eine feste politische Macht werde aufrichten lassen, stark genug, sich selbst zu genügen und dadurch auch anderen den Frieden aufzuerlegen. Gelang es, die Kraft des leidenschaftslosesten unter den Völkern der Erde, des deutschen, in eine politische Form zu fassen, welche dieser Nation nach innen ungehemmte Entwickelung, nach außen Sicherheit innerhalb verständiger Grenzen verhieß, so war damit von selbst schon ein gesunderer Zustand des gesamten Europas gegeben — so war insbesondere das Grundübel dieses Zustandes, die ebenso hochfahrenden wie unberechtigten Ansprüche Frankreichs auf eine hegemonische Stellung, beseitigt oder neutralisiert. Dies würde vollständig erreicht worden sein durch ein starkes Deutschland und ein starkes Italien; indes die letztere, die italienische Frage, trat in jenem Augenblick verhältnismäßig zurück, denn diese, sofern sie sich nicht weiter erstreckte, als auf Venezien, war schon entschieden, ehe noch ein Schuß gefallen war. Man dachte darüber — über die Unmöglichkeit einer Fortdauer der österreichischen Herrschaft in diesem Lande — in Österreich jetzt nicht anders, als überall, und es handelte sich für

dieſe Macht nur mehr darum, dieſe Provinz mit Ehren zu verlieren. Die Entſchädigung für dieſen Verluſt, der keiner war, ſuchte Öſterreich in Deutſchland; es konnte kein anderes Land dabei im Auge haben, als Schleſien. Es hatte allerdings auf dieſes Land ebenſowenig ein Recht, als es auf Venezien mehr ein Recht hatte: wir ſprechen nicht von dem papiernen Rechte, ſondern von dem Rechte, das in dem großen Getriebe der Staaten und Völkergeſchicke der Starke ſich nehmen darf, wo er eine gute und vernünftige Sache für ſich hat, — vom Recht des Guten und des Beſſeren, welches, wo einmal der Krieg entbrannt iſt, ſeinen Anſpruch geltend machen darf, ohne nach den Pergamenten zu fragen. Von irgend einem Wunſche der Bevölkerung ſelbſt oder eines namhaften Teils derſelben, die preußiſche Herrſchaft wieder mit der öſterreichiſchen zu vertauſchen, war ohnehin keine Rede. Im Gegenteil: gerade hier in Breslau war im Mai, als im übrigen preußiſchen Staate die Friedensadreſſen an der Tagesordnung waren, von Magiſtrat und Stadtverordneten an den König eine Adreſſe gerichtet worden, welche in männlicher Sprache ſich bereit erklärte, die Laſten und Leiden des Krieges zu tragen, wenn eine Minderung der Machtſtellung Preußens nicht anders abgewendet werden könne. Schleſien war das Kriegsobjekt, weil es früher einmal zu Öſterreich gehört hatte: aber ſeine Wiedereroberung durch Öſterreich hätte eine weit über den nächſten Verluſt und Gewinn hinausreichende Bedeutung gehabt. Schleſiens Eroberung durch den größten der preußiſchen Könige hatte Preußen einſt zur Großmacht, zu einer Öſterreich in Deutſchland ebenbürtigen Macht erhoben; ſeine Rückeroberung durch Öſterreich hätte Preußen im beſten Falle wieder zu dem, was es vor Friedrich dem Großen geweſen, zum größten der deutſchen Territorialſtaaten gemacht. Es hätte dabei aber ſchwerlich bleiben können. Unumwunden ſprach die „Preſſe" in Wien, ein Organ von vielen, das Ziel des Kampfes dahin aus, daß für die Ruhe Mitteleuropas eine politiſche Reorganiſation Deutſchlands im anti-preußiſchen Sinne notwendig ſei, — eine Reorganiſation, welche es Preußen unmöglich machen müſſe, durch Gebietserwerbungen in Deutſchland, durch Konventionen mit anderen deutſchen Staaten, deutſche Länder in ihrer Bedeutung herabzudrücken und dadurch ſeine eigene zu erhöhen: — „wenn z. B. Sachſen und Hannover" (Bayern ließ der öſterreichiſche Politiker beiſeite) „doppelt ſo groß werden könnten, als ſie heute ſind, ſo wäre ſchon viel gewonnen." Aber wer könnte ſich verbergen, daß dieſe Politik zur notwendigen wenn nicht Vorausſetzung, ſo doch Folge die Überlaſſung eines Stückes deutſcher Erde an Frankreich haben mußte? — eine Abtretung, welche das Habsburgiſche Öſterreich, allezeit Minderer des Reichs, vielleicht nicht allzu ſchwer genommen haben würde. Das Übergewicht Frankreichs, das dieſe

ehrsüchtige und raubgierige Nation als ihr Recht beanspruchte, wäre in diesem Fall zugleich über Deutschland und über Italien befestigt worden: so ward die deutsche Frage zu einer großen europäischen: und mit atemloser Spannung folgte der gesamte Weltteil dem Verlaufe des ausbrechenden Krieges.

Dieser Krieg kündigte sich von vornherein als eines jener Ereignisse an, welche auf lange hin über das Geschick des Weltteils entscheiden; wir folgen zuerst seinem Verlauf im ganzen und fassen dann wieder die einzelnen Staaten in ihrem Sonderleben ins Auge.

I. Der Deutsch-Österreichisch-Italienische Krieg.

Juni, Juli, August 1866.

Nachdem am 14. Juni im Schoße der deutschen Bundesversammlung die Entscheidung gefallen war, überreichten am 15. die preußischen Gesandten in Dresden, Hannover und Kassel gleichlautende Noten, in welchen den betreffenden Regierungen die Neutralität angeboten wurde unter Zusicherung ihres Territorialbestandes und ihrer Souveränität in dem durch den preußischen Bundesreformvorschlag bezeichneten Umfang: erfolgte bis nachts 12 Uhr keine günstige Antwort, so war der Kriegszustand eingetreten. Man mag sich die Spannung der Gemüter denken, welche in den Orten, die in der nächsten Sphäre der Kriegsoperationen lagen, den höchsten Grad erreichte. Vor Wetzlar z. B. lag marschbereit die preußische Division Beyer: in höchster Aufregung wartete die Bevölkerung, bis vom alten Dome der Zwölfuhrschlag durch die Nacht erschallte: wenige Minuten später hörte man aus der Ferne den Schall der Trommeln und der scharfen Pfeifen. Der Würfel war gefallen, die preußische Sommation in Kassel abgelehnt: einige Augenblicke später, so waren die Truppen zur Stelle. Regiment auf Regiment zogen sie durch die Straßen den Berg hinan, an dessen Abhang die alte Stadt gebaut ist, in der das letzte Stück des alten Reichs, sein Kammergericht, begraben liegt; lauter Zuruf begleitete den Marsch der Krieger, mit denen Preußens großer Name ging. Auch in Dresden und Hannover war die Note abgelehnt worden: und auch dort hatten mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks die kriegerischen Bewegungen alsbald begonnen.

Ein wesentlicher Erfolg war bereits gewonnen. Das Schwert war gezogen und mit ausgesprochenem Kriege der traurige innere Zwiespalt in Preußen thatsächlich zu Ende. Mächtig schwoll, wie die Hochflut des großen vaterländischen Stromes, von Minute zu Minute, nachdem diese Entscheidung gefallen, das Staatsgefühl in den Herzen der preu-

ßischen Bevölkerung, die nunmehr wußte, daß es sich nicht mehr um Budgetrecht und Ministerium, um zweijährige oder dreijährige Dienstzeit, sondern um die Stellung Preußens in Deutschland, um die Errungenschaften einer vielhundertjährigen Geschichte, um Vollendung eines großen Geschickes handele. Der kriegerische Geist, durch die allgemeine Wehrpflicht in jeden Palast und in jede Hütte getragen, regte mächtig seine Schwingen und drängte auch da, wo man, wie am Rhein und in den meisten Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung, nur mit dem äußersten Widerstreben sich in den Gedanken des Kampfes hineingefunden hatte, jedes andere Gefühl in den Hintergrund.

Es ist natürlich, daß in dem Momente, wo die Notwendigkeit des Handelns und Leidens den Menschen unmittelbar bedrängt, die Dinge nicht in ihrer weltgeschichtlichen Wichtigkeit, in ihrem großen Zusammenhange mit Vergangenheit und Zukunft ergriffen werden: fast überall in Deutschland und bis zum Augenblick des Ausbruchs auch in einem großen Teile Preußens galt der Krieg als hervorgerufen durch den Ehrgeiz und die Verlegenheiten des leitenden Ministers oder durch die Eroberungssucht und Ländergier, die man mit großem Unrecht diesem preußischen Staate zuschrieb. Man übersah, daß der preußische Minister nach dem Willen seines Königs ganz das nationale Programm — recht eigentlich das Programm des Nationalvereins, soweit er aus denkenden Köpfen und nicht aus gefühlvollen Schwätzern bestand — auf seine Fahne geschrieben hatte; noch weniger dachte man daran, daß dieser Krieg, die Entscheidung zwischen Österreich und Preußen, irgend einmal kommen mußte, — daß die Entwickelung der Dinge seit einem Jahrhundert und länger unerbittlich auf diese Entscheidung hindrängte. Man hatte gemeint, die Einheit Deutschlands, ein ungeheures Werk, auf dem bequemen Wege des Redens und Schwelgens, der Feste und der politischen Agitationen fertig zu bringen, und dabei hatte sich jeder im stillen noch überdies sein Ländchen und dessen Sonderexistenz vorbehalten; rauh schreckte jetzt die Wirklichkeit aus diesen Träumen auf, und so konnte es nicht fehlen, daß Haß und Widerwille, von seiten der Fürsten sehr natürlich, von seiten der Bevölkerungen, die nicht besser und nicht schlechter sind als ihre Fürsten, nicht minder natürlich, wenn auch sehr thöricht, — sich gegen den Friedensstörer kehrten: und da die Menschen im allgemeinen gewohnt sind, was sie hassen, auch zu verachten, wenigstens verachten zu wollen, so war im außerpreußischen Deutschland überall die Meinung, daß dieser Krieg dem Angreifer zum völligen Verderben ausschlagen werde. Es war ein in ganz Europa verbreitetes Vorurteil, daß Preußen unterliegen müsse, — ein Vorurteil, das, ohne viel nach Gründen zu suchen, einer vom andern annahm, bis es selbst solche teilten, denen es nicht an Sachkenntnis fehlte. Es

giebt eine Erzählung, daß der Kaiser von Rußland in den Straßen von Petersburg einem Zuge preußischer Männer begegnet sei, welche im Begriff waren, dem Ruf ihres Königs gehorsam, nach ihrem Lande abzureisen; er reitet hinzu und erfährt, wer die Leute sind, daß sie in ihre Heimat ziehen wollen, um ihr Vaterland retten zu helfen: „Ihr werdet es auch nicht mehr retten", soll er, ergriffen von dem Anblick, gesagt haben, indem er sich abwendete.*)

Auch fragte man in Deutschland nicht mehr, wer in diesem Kampfe die gute Sache führte, — man fragte nicht, was folgen mußte, wenn Österreich und die Koalition siegten. Man zog nur seinen Haß zu Rate, und in Süddeutschland brach die sinnlose Antipathie gegen Preußen, eine Frucht schmählicher Unwissenheit, künstlich gezeitigt durch höfische Intriganten und radikale oder pfäffische Demagogen, mit solcher Heftigkeit hervor, daß die Stimme der wenigen, welche erkannten, daß Deutschlands Einheit und Freiheit mit den preußischen Fahnen ging, sich nicht mehr vernehmbar machen konnte. Und doch war dem so: es war alles eitel Trug und Schein, was in Kammern und Volksversammlungen geredet wurde von der Freiheit in den Mittel- und Kleinstaaten: der innere Konflikt in Preußen, eine natürliche und fast notwendige Krisis im Leben dieses Staates, mit all' seinen Härten und Gewaltthätigkeiten war nichts im Vergleich mit der kümmerlichen Tyrannei kleinlicher Verhältnisse, unter denen das staatliche Leben in jenen Gemeinwesen sich hinquälte. Die besten Kräfte verkümmerten und erlahmten dort, weil auf kleinem Raum in engen Verhältnissen sie keine Möglichkeit fanden, sich frei zu entfalten. Und diesem Zustande war kein Ende abzusehen, solange diese Staaten die österreichische Macht im Rücken hatten, die jeder ernstlichen Einheit und jeder ernstlichen Freiheit sich widersetzen mußte, weil eines wie das andere einen wirklichen deutschen Staat voraussetzte, an welchem Österreich keinen Teil haben konnte. Über die letzten Folgen, welche ein Sieg Österreichs herbeigeführt haben würde, war man sich wenigstens unter den Bevölkerungen des südlichen Deutschlands nicht klar. Es ist für deren unklares Politisieren höchst charakteristisch, daß man sich in ihrem Lager in allerlei wilden und abenteuerlichen Projekten erging, bei denen es sich meist um eine Gebietserweiterung für den eigenen Staat handelte, — jeder suchte sich auf der Karte das Stück, das ihm paßte, wo es denn weiter keine Schwierigkeit hatte, für Bayern die preußische Rheinprovinz, für Württemberg das wohlgelegene Hohenzollern u. s. w. ausfindig zu machen.

*) Wir finden sie in einem bei Fontane, „Der Deutsche Krieg", mitgeteilten Briefe I, 66 f. Die Bürgschaft für die Wahrheit müssen wir diesem Autor überlassen.

Und da man hier seit lange gewöhnt war, Politik mit dem Munde zu machen, so redete man sich in eine große Siegessicherheit hinein. Der württembergische Minister von Varnbüler, sonst ein überaus kluger Mann und gewöhnt, die europäische Lage vom Standpunkte des börsenkundigen Spekulanten aus vorsichtig und umsichtig zu beurteilen, ließ sich bei der Verhandlung der Kriegsfrage in der Zweiten württembergischen Kammer, in der freilich so viel Unverstand vereinigt war, daß er auch einen besonnenen Mann überwältigte, zu der thörichten Äußerung hinreißen, „das Vae victis werde man Preußen allerdings nicht ersparen können" — „Schlesien werden sie jedenfalls verlieren", hörte man einen andern Staatsmann dieser selben Macht, einen für besonders fein geltenden Kopf, äußern, „und es wird sich fragen, ob man ihnen überhaupt ihre politische Existenz lassen kann."

Diese Stimmung wurde in Österreich geteilt, und man lieferte noch vor dem Zusammenstoß schwerwiegende Beiträge zur Niederlage, indem man gegenseitig sich in solchen Täuschungen überbot. „Das Leichteste von allen Dingen ist, sich selbst zu betrügen", hat ein Redner des Altertums gesagt: man sah Österreich und ganz Deutschland auf der einen, Preußen völlig vereinzelt auf der anderen Seite; man versprach sich besondere Dinge von der lähmenden Wirkung des inneren Konflikts in Preußen und nahm den allenthalben regen populären Haß gegen diese Macht für eine wirkliche Kraft, ungeachtet man doch in den letzten Jahrzehnten und namentlich in den letzten drei Jahren zum Überfluß die Erfahrung hatte machen können, wie ohnmächtig gerade bei der Eigentümlichkeit des deutschen Volkes eine solche bloße Stimmung gegenüber der organisierten Staatskraft ist: und den Sieg sich herauszurechnen, solange es nur erst aufs Rechnen ankam, war in der That nicht schwer. Im schlimmsten Falle erwartete man eine längere Kriegsdauer: bei einer solchen aber gebe schließlich die Bevölkerungszahl den Ausschlag, wie der soeben zu Ende gehende Amerikanische Krieg beweise; die Rolle der Nordstaaten vindizierte man bei diesem hinkenden Gleichnis sich selbst, die der Rebellenstaaten Preußen. Und in der That: ein Drittel der Volkskraft Österreichs genügte gegen Italien: nahm man den Rest und addierte ihm die Staaten hinzu, welche an jenem 14. Juni die Mehrheit am Bundestage gebildet hatten, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, die beiden Hessen und das widerstrebende, aber in der Machtsphäre der Koalition befindliche Baden, so standen 40 Millionen gegen nicht volle 20, denn Preußen war zunächst nur durch zwei Bataillone Koburg und ein Bataillon Lippe-Detmold verstärkt. Auch war die Lage der Koalition in strategischer Beziehung weit vorteilhafter, als die des von allen Seiten offenen Preußens, das überdies das unzufriedene Schleswig-Holstein im Rücken hatte, und das durch

Hannover und Kurheſſen wie durch einen Keil auseinandergehalten wurde. Und, glaubte man, wie die Volkszahl ſo die Heereszahl: nach dem geduldigen Papiere mußte Öſterreich über 800 000 Mann verfügen können; mit grimmigem Behagen las man — von Hannover, Heſſen u. ſ. w. noch ganz abgeſehen — im Gothaiſchen Kalender, daß Bayern 200 000, Württemberg 40 000 Mann u. ſ. f. ſtellen „könne". Und nahm man auch nur die vorſchriftsmäßigen Kontingente der bundestreuen Staaten, ſo hatte man 185 000 Mann beiſammen: erſt allmählich mußte man ſich entſchließen, die Wirklichkeit ſich einzugeſtehen, die dann freilich zeigte, was Kundigen kein Geheimnis war, daß man ſeit lange aus finanziellen Gründen den alten Bund, der es allerdings nicht beſſer haben wollte, belogen und betrogen hatte, und daß Bayern nicht über mehr als 42 000, Württemberg nicht über höchſtens 14 000 u. ſ. f. verfügte; an die ſchlimmere Erfahrung, die noch ausſtand, daß hier einer der Fälle war, wo zweimal zwei niemals vier macht, dachte man noch nicht. Nur Sachſen hatte eine Armee von 19 000 Mann Fußvolk, 2400 Reitern, 60 Geſchützen in gutem, ſchlagfertigem Zuſtande, unter tüchtigen Führern: „allernützlichſtes Volk", wie eine Wiener Zeitung, erfreut über den hochnötigen Zuwachs, ſich ausdrückte. Und wenigſtens der öſterreichiſchen Armee war man ſicher. Nur bedächtig und zaghaft gegenüber der allgemeinen Strömung erinnerte dieſer und jener an die ſchlechtere Bewaffnung der Infanterie, welche das veraltete Perkuſſionsgewehr dem Zündnadelgewehr entgegenſetzen mußte; er ward beſchwichtigt durch den Hinweis auf den Stolz Öſterreichs, ſeine berühmten, prachtvollen Reiterregimenter und auf ſeine nicht minder vorzügliche Artillerie, welche noch überdies die überlegene Waffe, die gezogenen Geſchütze, für ſich habe. Die Wunder der allgemeinen Wehrpflicht, die hohe wiſſenſchaftliche Durchbildung des preußiſchen Offiziercorps kannte man noch nicht; man hatte ſich gewöhnt, während des preußiſchen Verfaſſungsſtreits verächtlich von dem in der preußiſchen Armee vorwiegenden Junkertum zu ſprechen; das öſterreichiſche Offiziercorps, zu welchem das Adelsproletariat im „Reich" ein nicht unanſehnliches Kontingent ſtellte, pochte auf ſeine perſönliche Bravour und auf ſeine Kriegserfahrung. Man war im Jahre 1859 von den Franzoſen geſchlagen worden; allerdings, die franzöſiſche Armee war die erſte: folglich, ſo räſonnierte dieſe Wachtſtuben- und Bierhauslogik friſch darauf los, war die öſterreichiſche die zweite. Dem renommiſtiſchen Hange der Süddeutſchen erſchien der Marſch auf Berlin wie eine Jagdpartie, eben wie vor Jena dem preußiſchen Junkertum der Feldzug gegen Napoleon I. erſchienen war, und wie überall in der Welt kindiſcher Hochmut vor dem Falle kommt.

Die Siegeszuverſicht hob ſich noch bedeutend, als man den Namen

des Oberbefehlshabers für diesen Krieg erfuhr. Er war dem Kaiser Franz Joseph, der darauf verzichten mußte, selbst den Befehl zu führen, diesmal deutlich von der öffentlichen Meinung bezeichnet: es war der Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, der in langer Kriegerlaufbahn — er war 1804 geboren — in Polen, Ungarn, Italien sich bewährt, sein Soldatenglück, sein Feldherrntalent noch am Tage schweren Unheils bei Solferino bewiesen, eine geschickte Hand auch bei anderen schwierigen Aufgaben, noch jüngst in Ungarn und Italien, gezeigt hatte. Daß dieser Mann von unten auf seinen Weg gemacht hatte — daß er sogar Protestant war, konnte die Zuversicht, mit welcher innerhalb und außerhalb Österreichs alles auf ihn sah, nur vermehren. Auch seine nächsten Untergebenen und Werkzeuge, der Generalstabschef von Henikstein, der Generalquartiermeister von Krismanic, waren nicht Prinzen und nicht von altem Adel: was wenigstens in dem demokratischen Teil des Lagers der Koalition an und für sich schon für eine Tugend galt. Für den kriegerischen Ruhm der Unterfeldherren hatte die Augsburger Allgemeine Zeitung längst Sorge getragen; welche Generale aber hatte Preußen diesen im wirklichen Kriege bewährten Namen entgegenzusetzen?

Noch war man mit solchen Siegesrechnungen beschäftigt, als der Deutsche Krieg drei Tage nach erfolgter Kriegserklärung mit einer dreifachen Niederlage für die Koalition begann. Am 17. Juni war Hannover, am 18. Dresden, am 19. Kassel in preußischen Händen.

1. Der Krieg bis zur Schlacht bei Königgrätz.

Man hat einen dreifachen Kriegsschauplatz, den südlichen oder italienischen, den westlichen oder deutschen und den östlichen oder österreichischen zu unterscheiden.

Die Kriegserklärung Italiens an Österreich erfolgte am 20. Juni. Am 17. hatte der König sein Ministerium modifiziert. Den seitherigen Ministerpräsidenten Lamarmora nahm er als seinen Generalstabschef mit sich zum Heere und übergab die Regierung während seiner Abwesenheit dem Prinzen von Carignan. An die Spitze des Ministeriums trat ein erprobter Mann von hohem nationalen Selbstgefühl, Baron Ricasoli, der für die eine Seite des Krieges, welche dem Lande eine größere Unabhängigkeit von Frankreich verhieß, mehr Sinn hatte als der König oder Lamarmora, welcher letztere, ein Mann von ebenso kleinlichem Geiste wie großem Selbstgefühl, seiner Stellung in dieser Zeit auf keine Weise gewachsen war. Das Manifest des Königs schob die Schuld des Krieges Österreich zu, des preußischen Bündnisses erwähnte dasselbe nicht. Als der erste Soldat der italienischen Un-

abhängigkeit, so schloß Viktor Emanuel, ziehe er wiederum ins Feld; als ihren ersten Feldherrn zum mindesten bewährte er sich nicht.

Der Erzherzog Albrecht stand mit drei Armeecorps, nicht über 100 000 Mann im ganzen, im Bereiche des oft erwähnten Festungsvierecks; Italien hatte an verfügbaren Truppen mindestens 218 000 Mann, war also mehr als doppelt so stark. Die Gelegenheit, zu beweisen, was die italienische Kriegsmacht leisten könne, war günstiger als je; und von preußischer Seite war man der Meinung, daß, wer das Schwert zu einem solchen Kampfe einmal ziehe, die Scheide weit wegwerfen müsse. Noch am 19. übergab der preußische Gesandte, Graf Usedom, nicht im Auftrag, wohl aber im Geiste seiner Regierung eine Note, in welcher er einen „gründlichen Krieg" (guerre à fond) empfahl. Der Plan, den er entwickelte, atmete ganz die angriffslustige Kühnheit, die gewaltige rücksichtslose Entschlossenheit, die wir an der entscheidenden Stelle in Berlin vorwalten sahen: unser Kriegssystem muß wesentlich offensiv sein, muß den Stoß ins Herz der feindlichen Macht führen; man muß sich einen Weg nach der Donau bahnen, auf Wien marschieren, eine energische Expedition von Freiwilligen unter Garibaldi organisieren, welche die Flanken der vorrückenden Armee deckt; von Schlesien her solle ein fliegendes Corps in Ungarn eindringen, welches sich durch nationale Elemente verstärken werde: wäre es nach dieser Note gegangen, so würden die verbündeten Armeen auf ungarischem Boden oder im Angesichte von Wien sich vereinigt haben. Lamarmora steckte das Papier in die Tasche: er hatte Venezien sicher: und daß ein voller ganzer Sieg in einem kühn begonnenen Kriege sechsmal mehr wert war als Venezien, scheint weder er noch sein König, gewöhnliche Menschen beide, begriffen zu haben. Statt in geschlossener Masse den Po zu überschreiten, das Festungsviereck liegen zu lassen und Wien zum Kriegsziel zu nehmen, verzettelte Viktor Emanuel seine Streitkräfte. Nur ein Corps unter Cialdini stand am untern Po; mit zweien, sehr starken, ging Lamarmora, während er ein weiteres zwecklos zurückließ, über den Mincio und holte sich, wie solche, die ihn kannten, vorher vermuteten, am 24. Juni an dessen rechtem Ufer bei Custozza in einer musterhaft schlecht geleiteten Schlacht eine schwere Niederlage, welche das Heer auf mindestens 14 Tage kampfunfähig machte und seinem Lande einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügte.

Für das Ganze des Krieges entschied diese Niederlage zum Glücke nichts; die eine wesentliche Aufgabe, einen Teil der österreichischen Streitkräfte festzuhalten, erfüllte Italien dennoch. Im übrigen hatte Preußen den großen Vorteil, nicht auf eine zweideutige und vielköpfige Koalition, sondern vorzugsweise nur auf seine eigene Kraft sich verlassen

zu dürfen. Die oberste Leitung der Kriegsoperationen, den Befehl, übernahm hier, wie sich im Lande der allgemeinen Wehrpflicht fast von selbst verstand, König Wilhelm in eigener Person, zunächst noch von Berlin aus. Unter den tüchtigen Heerführern, welche der im Hohenzollernschen Hause überlieferte soldatische Geist geschaffen, hat sich dieser Fürst, dessen kräftigem Greisenalter Triumphe ohne Beispiel vorbehalten waren, einen der ersten Plätze gesichert; sein Hauptverdienst, die Einsicht und unbeugsame Festigkeit, mit welcher er die Reorganisation der preußischen Armee durchgeführt, die Kraft der Entsagung, mit welcher er dieser seiner pflichtmäßigen Überzeugung den ungetrübten Genuß der Popularität, für welche der gutmütige und weich empfindende Mann nicht unempfänglich war, zum Opfer gebracht hatte, ward nur erst von wenigen gewürdigt. Daß er ein persönlich tapferer, mit dem Heerwesen praktisch aufs gründlichste vertrauter Mann war, wußte man, nicht aber, daß diesem Manne der Praxis in dem Chef seines Generalstabs, Helmut von Moltke, einer der größten und genialsten Kenner der Wissenschaft des Krieges zur Seite stand. Es ist überflüssig, in einem Werke über Zeitgeschichte über diesen Mann ausführlich zu sprechen; nur dies eine mag hervorgehoben werden, daß dieser große Heeresleiter, obwohl damals 66 Jahre alt (geb. 26. Oktober 1800 zu Parchim) und seit 1822 in preußischen Diensten, doch niemals einen Truppenkörper von einigem Belang persönlich geführt hatte. Auf bewundernswürdige Weise griff hier in der obersten Leitung alles ineinander: an der Spitze ein König, nach schwerem innerem Kampfe vollkommen entschlossen und seiner Pflichten bewußt, selbständigen klaren Urteils ohne eigensinnig, gutmütig und milde ohne schwach zu sein; neben, unter ihm ein Leiter der auswärtigen Politik von stählerner Energie, klar der Hauptziele bewußt, ohne Rechthaberei im einzelnen, kühn, nicht verwegen, vor dessen hellem Geiste alle Stationen des betretenen Weges offen lagen; den kümmerlichen Ränken und Tücken mittelmäßiger, in kleinlichen Verhältnissen kleinlich gewordener, von Haß und Eitelkeit, zwei schlechten Ratgebern, beherrschter Staatsmänner, wie dem großen Meister künstlicher Intriguen an der Seine gegenüber ein freier und ein ehrlicher Mann; neben dem König, dem Strategen, dem Staatsmanne in hingebender Treue, Arbeitsamkeit, Einsicht hervorragend der Kriegsminister von Roon, ein großes organisatorisches Talent. Hier waren keine Selbsttäuschungen, keine voreiligen Projekte und geheimnisvollen Pläne, sondern thatkräftiges, sachgemäßes, einträchtiges Handeln, gestützt auf ein Heer, in welchem seit den Tagen seines ersten Schöpfers, des Großen Kurfürsten, nichts auf den Schein, alles auf solide Wirklichkeit gebaut war, und gestützt auf die Kraft eines an Arbeit und Entbehrung gewöhnten Volkes,

das jetzt, jetzt erst auch seinerseits entschlossen war, den Kampf auszufechten, zu dem der König, auch er nicht leichten Herzens, die Losung gegeben hatte.

Der Bundesbeschluß vom 14. Juni gab der preußischen Regierung volle Freiheit der Aktion, und zunächst handelte es sich darum, auf dem westlichen, dem deutschen Kriegsschauplatze, reine Bahn zu machen. Es genügte hier, da man klüglich die Hauptmacht gegen den Hauptfeind, gegen Österreich, richtete, eine verhältnismäßig geringe Zahl zu verwenden, deren Wirkung aber die eigene Raschheit verdoppelte, die Langsamkeit und Kopflosigkeit des Gegners vervierfachte. Die erste Aufgabe auf diesem Teile des Kriegstheaters war die Unschädlichmachung der hannöverschen und womöglich auch der hessischen Streitmacht. Der Versuch, dies auf friedlichem Wege zu bewerkstelligen, mißlang. Mit der größten Offenheit hatte Bismarck schon am 9. Mai der hannöverschen Regierung die Sache auseinandergesetzt — daß bei der geographischen Lage Hannovers gegebenen Falles für Preußen jede andere Verpflichtung der Pflicht der Selbsterhaltung hintangesetzt werden müsse. Eine Zeitlang scheint man dort auch wirklich geschwankt zu haben, hatte sich aber dennoch, unter dem Einfluß der Sendung des Prinzen Solms, der am 20. Mai nach Hannover kam, der österreichischen Sache angeschlossen.

Die nunmehr unumgänglichen Maßregeln zu treffen aber, war man weit entfernt. Noch am 15. Juni bestürmte Magistrat und Bürgervorsteherkollegium den König in Herrenhausen — in 22 Wagen in tiefer Nacht kamen sie angefahren — um Verständigung mit Preußen, vergebens: als Christ, als Monarch und als Welfe, sagte dieser, könne er nicht nachgeben. Die preußische Sommation ward abgelehnt; aber keine kriegerischen Vorbereitungen waren von den blinden Blindenleitern, die hier in Hannover regierten, getroffen worden. Man hatte davon gesprochen, die hannöverschen Truppen mit der aus Holstein retirierenden österreichischen Brigade Kalik zu vereinigen, man hätte, die kurhessischen Truppen an sich ziehend, 30000 Mann bei Göttingen haben können: es war nicht geschehen. So erfüllte sich das Geschick des Welfenreiches rasch, das der König durch die Lästerung, mit der er bei jeder Gelegenheit das Bestehen dieses Welfenhauses „bis ans Ende aller Tage" von der Vorsehung verlangte, gleichsam selbst herausgefordert hatte. Noch am 15. ging General von Manteuffel über die Elbe, besetzte Harburg, marschierte südwärts, Lüneburg, Celle, während er in Schleswig-Holstein knapp 5000 Mann, meist Landwehren, zurückließ; von Minden her rückte General Vogel von Falckenstein gegen Hannover heran. Auf die Nachricht von der Besetzung Harburgs beschloß König Georg V. seine Truppen in Göttingen zu konzentrieren.

Noch am 15. ergingen die Befehle, er selbst verließ die Stadt. Zur rechten Zeit: am 17. rückte die Division Goeben nach zwölfstündigem Marsch in Hannover ein, und Vogel von Falckenstein übernahm sofort die Verwaltung des Landes. Reiche Vorräte, bei dem hastigen Abzuge zurückgelassen, fielen in seine Hände. In den gleichen Tagen kapitulierte Stade an der Unterelbe und Emden, mit reichem Material; die Soldaten wurden in ihre Heimat entlassen. Am 19. war General Beyer in Kassel eingerückt; die hessischen Truppen in gemütlicher Friedensstärke, 7000 Mann, waren in der Nacht abgezogen; ihr Kurfürst aber war ruhig auf der Wilhelmshöhe sitzen geblieben. In einer überaus verständigen und wohlberechneten Proklamation nahm der preußische General von dem Lande Besitz, versprach Aufrechthaltung der kurhessischen Landesverfassung, Beseitigung aller provisorischen Verordnungen, welche dem verfassungsmäßigen Rechtszustand noch im Wege ständen, bessere Zustände und hellere Tage für das kurhessische Volk. Das war die Sprache, die man in Süddeutschland gern hörte, und selbst im feindlichen Lager erregte es einige Genugthuung, daß der eigensinnige Tyrann, der auch jetzt noch der Notwendigkeit nicht weichen wollte, nunmehr als preußischer Kriegsgefangener nach Minden, später nach Stettin gebracht wurde.

Unterdessen hatte die hannöversche Armee ihren Marsch auf Göttingen vollendet. Sie hatte herangeholt, was noch herangeholt werden konnte, und zählte am 20. eine operationsfähige Macht von 15 000 Mann Fußvolk, 2000 Reitern, 42 Kanonen — genügend, um, wenn der Entschluß rechtzeitig gefaßt wurde, nach Süden durchzubrechen. Es war die Absicht über Eisenach abzumarschieren, zur Vereinigung mit den Bayern; aber der König wußte diesen raschen Entschluß nicht zu fassen. Er unterhandelte, worauf man in Berlin sehr gern einging: er meinte frei abziehen zu können gegen das Versprechen, daß seine Truppen ein Jahr lang nicht gegen Preußen dienen wollten, die er dann, der scharfsichtige Blinde, an Österreichs Seite in Italien fechten zu lassen gedachte. Noch hätte er seinen Thron um denselben Preis retten können, den er am 15. verschmäht hatte; über dem Unterhandeln aber wurde die günstige Gelegenheit verpaßt und den preußischen Truppen Zeit gegeben, heranzukommen. Am 25. standen in der Entfernung eines Tagemarsches im Halbkreise um Langensalza, wo das königliche Hauptquartier war, 30 000 Preußen; zum Durchbrechen war es schon zu spät, aber man wollte nicht ohne Kampf kapitulieren, und so kam es am 27. Juni zu dem Gefecht bei Langensalza, wo Generalmajor von Fließ mit 8150 Mann Infanterie, meist Landwehren und nicht mit Zündnadelgewehren bewaffnet, 225 Reitern und 24 Geschützen gegen 20 000 Hannoveraner mit 52 Geschützen stand. Von

11 Uhr bis gegen 4 Uhr hielt er den Andrang aus, mußte aber dann den Rückzug antreten. Der Verlust war empfindlich, 800 Mann; aber der Zweck, die hannöversche Armee festzuhalten, war vollständig erreicht. Am 28. abends war der Kreis um die letztere her, 40 000 Preußen, vollständig geschlossen, die Kapitulation notwendig. König Wilhelm gab ihr, um seine Anerkennung ihrer tapferen Haltung auszusprechen, ehrenvolle Bedingungen: ihr König konnte außerhalb Hannovers seinen Aufenthalt nehmen, wo er wollte, und behielt sein Privatvermögen zur Verfügung; die Truppen wurden gegen das Versprechen, nicht gegen Preußen zu dienen, entlassen und gaben ihre Waffen ab; Offiziere, Beamte und Unteroffiziere bezogen ihre Kompetenzen fort.

Die bayrische Hilfe, auf die man hier gezählt hatte, war ausgeblieben. An demselben Tage, wo in Frankfurt die verhängnisvolle Abstimmung geschah, 14. Juni, war zu Olmütz zwischen Bayern und Österreich eine Konvention geschlossen worden, die jedoch zunächst und, wie wir sehen werden, aus guten Gründen den übrigen Bundesstaaten noch ein Geheimnis blieb. Der militärische Teil dieses Vertrages gab der bayrischen Armee eine selbständige Stellung und wies ihrem Oberbefehlshaber auch die württembergischen, badischen, hessischen und nassauischen Truppen zu; die Operationen werde er nach den Direktiven führen, die ihm von dem österreichischen Oberkommando mitgeteilt werden würden. Bei der Feststellung des Operationsplanes aber sollte, so bestimmte dieses echte Probestück von Koalitionsstrategie, neben dem allgemeinen Kriegszweck darauf Rücksicht genommen werden, daß die Operationen stets im Einklang mit den Landesinteressen der Staaten der vereinigten Armeen blieben und auf Deckung der Gebiete ihrer Kriegsherren gesehen werde. Das bayrische Heer, 40 000 Mann mit 136 Geschützen, stand unter dem Befehl des Feldmarschalls Prinzen Karl von Bayern, dem ein Bundesbeschluß vom 21. zugleich den Befehl über die anderen mobilen Bundestruppen zuwies. Es war ein Bruder König Ludwigs I., ein Greis von 71 Jahren, welcher die Feldzüge von 1813—1815 mitgemacht, aber niemals ein größeres Kommando geführt hatte; sein Generalstabschef war der Freiherr von der Tann, ein populärer Name, seitdem er im ersten Schleswig-Holsteinischen Kriege die Freischaren organisiert und geführt hatte, — ein Mann, für welchen das Geschick schönere Ruhmeskränze aufgespart hatte, als er von diesem Feldzuge hoffte, dem er, einsichtiger Soldat wie er war, seinerseits ohne solche Hoffnungen entgegenging. Die undankbarste aller Aufgaben in diesem Kriege, die Führung des achten Bundesarmeecorps, wurde dem Prinzen Alexander von Hessen übertragen, der, ein Mann in kräftigen Jahren, im Italienischen Kriege sich einen guten Namen erworben hatte. Allein die Truppen, die er

führen sollte, obwohl 45 000 Mann, als sie endlich beisammen waren, bedeuteten weniger, als die eine Division, die er einst bei Solferino geführt: es entfaltete sich die ganze Misere einer Reichsarmee, ohne daß man doch irgendwem die besondere Verantwortung dafür zuwälzen dürfte. Diese Truppen hatten sechs verschiedene Kriegsherren, sechs verschiedene Reglements, Signale, Artillerie- und Gewehrsysteme; seit 26 Jahren war das Armeecorps nicht mehr zu einem gemeinsamen Manöver vereinigt gewesen; sein Generalstab setzte sich aus Persönlichkeiten zusammen, welche dem Prinzen, ihrem Feldherrn, ebenso wie sich untereinander, völlig unbekannt waren: und kein einziges der Kontingente war für einen Feldzug vorbereitet. Auch eine österreichische Brigade war diesem achten Bundesarmeecorps beigegeben, damit seiner bunten Zusammensetzung nichts fehle: die Garnison von Mainz, italienische Truppen; mehr hatte das Haus Habsburg nicht unmittelbar für die Behauptung seiner deutschen Stellung und die Rettung seiner Bundesgenossen zur Verfügung.

Ein wirklicher, klar ausgedachter und in seinen Grundzügen festgestellter Kriegsplan war nicht vorhanden; eine Vereinigung des bayrischen und des achten Corps und eine Offensivbewegung gegen Nordwesten, die von Truppen entblößten preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen, war „ins Auge gefaßt". Am 21. hatte das bayrische Heer seinen Aufmarsch vollendet, und das Hauptquartier befand sich zu Bamberg; der Prinz von Hessen stand zu Frankfurt a. M. und wartete hier, bis sein buntscheckiges Heer beisammen war. In einer Proklamation forderte er die Frauen der Bundesstadt auf, ihren Patriotismus durch Anfertigung schwarzrotgoldener Binden zu bethätigen, was unter den gegebenen Umständen eine überaus nützliche Beschäftigung war, aber doch seltsam kontrastierte mit der umsichtigen Energie, mit welcher Preußen an einem Tage sich sämtlicher großen und kleinen Rheinfahrzeuge bemächtigte: eine Kriegsmaßregel, an welche im Lager der Koalition niemand auch nur gedacht zu haben scheint.

Der erste und notwendigste Schritt würde gewesen sein, die hannöversche Armee, 20 000 Mann, zu retten, was in der That bei einiger Energie nicht schwierig sein konnte. Aber Tag um Tag verstrich ungenutzt. Am 25. erschien ein treuer Diener des Welfischen Hauses, der Geschichtschreiber Onno Klopp, zu Bamberg, um im Auftrage seines Königs die bayrische Hilfe nachzusuchen. Er bekam von dem bayrischen Feldmarschall das große Wort zu hören, mit welchem dieser sein militärisches Gewissen beruhigte: „Mit 19 000 Mann schlägt man sich durch" — was man mit 45 000 machte, sagte Prinz Karl dem Hilfesuchenden nicht. Noch war nichts geschehen, als über der zer-

trümmerten hannöverschen Armee sich die preußischen Truppen unter Manteuffel, Fließ, Beyer um Eisenach zu einem Heer vereinigten (27. und 28.), das nunmehr 42 000 Mann Infanterie, 3000 Reiter, 97 Geschütze stark unter den Oberbefehl des Generals Vogel von Falckenstein gestellt wurde und seit dem 1. Juli den Namen der Mainarmee führte. Es war eine Armee, die man aus allerlei Elementen, Landwehren, den Besatzungen von Frankfurt, Mainz, Rastatt u. s. w. kombiniert hatte, und welcher die Nebenaufgabe zufiel; alle übrigen Kräfte wendete man ganz und ungeteilt dem östlichen Kriegsschauplatze zu, auf welchem die Entscheidung lag.

Zu dem Stoße gegen den Hauptfeind, die Österreicher, war nahezu die gesamte preußische Armee, die acht Provinzialcorps und die Garde, aufgeboten worden. Die Festungen wurden der Landwehr anvertraut; in Berlin war nur ein Linienregiment zurückgelassen. Es wurden drei Armeen gebildet, von denen wir uns die östliche oder II. Armee, aus dem ersten (ostpreußischen), fünften (posenschen) und sechsten (schlesischen) Armeecorps und der Garde bestehend, in der Stärke von 150 000 Mann unter dem Befehl des Kronprinzen Friedrich Wilhelm bei Neiße (Schlesien), — die mittlere oder I., das zweite, dritte und vierte Corps, Pommern, Brandenburger, Thüringer unter dem Prinzen Friedrich Karl, der soeben in Schleswig-Holstein sein Talent zur Führung bewiesen hatte, 96 000 Mann, bei Görlitz in der Lausitz, — die III. oder Elbarmee, 71 000 Mann, Rheinländer und Westfalen, unter dem Befehl des Generals der Infanterie Herwarth von Bittenfeld, bei Torgau (Provinz Sachsen) stehend zu denken haben; ein Reservecorps war in Berlin in Bildung. Etwa 326 000 Mann hatte man so den 390 000, über welche Österreich gegen Preußen verfügte, gegenüberzustellen.

Die Ablehnung der preußischen Sommation durch die sächsische Regierung am 16. befreite die preußische Kriegführung von jeder hemmenden Rücksicht. Noch in jener verhängnisvollen Nacht hatten die Sachsen die Elbbrücken bei Riesa und Meißen zerstört; die Akten und Kassen waren nach dem Königstein gebracht; in einer Proklamation: „Mit Gott für das Recht" nahm König Johann von seinem Lande Abschied und zog mit seinen gesamten Truppen südwärts, um sich mit den Österreichern zu vereinigen.

So war ohne Schwertschlag das sächsische Land preisgegeben. Auf drei Straßen rückte sofort von Torgau aus die Elbarmee in Sachsen ein. Die Zerstörung der Brücken hielt wenig auf; am 18. wurde Dresden von den Truppen der Elbarmee, am 19. Leipzig von den Truppen des Prinzen Friedrich Karl, der am Tage vorher seinerseits die Grenze überschritten hatte, besetzt; am 20. war ganz Sachsen,

Generalfeldmarſchall Prinz Friedrich Karl von Preußen.

Von W. Camphauſen.

mit Ausnahme des Königsteins, in den Händen der Preußen, die Elbarmee mit der I. vereinigt: ihre Vorposten wurden gegen die Pässe, welche nach Böhmen führen, vorgeschoben. So eröffnete sich der Krieg auch auf diesem Punkte mit einem raschen, großen, durchschlagenden Erfolg: das gesamte nördliche Deutschland war in der Macht Preußens, das nunmehr von den norddeutschen Staaten das Bündnis auf Grund seines Bundesreformvorschlags und die Mobilisierung ihrer Kontingente für Preußen verlangen konnte. Wichtiger noch war, daß nunmehr im Volke der Umschlag der Stimmung, der bereits begonnen hatte, sich vollendete; der König konnte jetzt auf die volle Energie des Volksgeistes zählen, der in langen Jahrhunderten den preußischen Staat geschaffen hatte. Im Lager der Gegner empfand man den raschen Gang der Ereignisse — das Preisgeben Sachsens, die Unthätigkeit der Bayern, die Gefahr, welche immer sichtbarer die Hannoveraner bedrohte — sehr unangenehm. Dies stimmte nicht so recht mit dem, was der bayrische oder württembergische Spießbürger sich und seinesgleichen beim Bierglase vorgeredet, was der badische Kaplan seinen Bauern oder, etwas reinlicher zubereitet, die Augsburger Allgemeine Zeitung ihren Lesern seither aufgetischt hatte. Indes noch war man unerschüttert. Was geschah, war so auffallend, daß notwendig irgend etwas Besonderes dahinter stecken mußte — irgend ein geheimnisvoll-furchtbarer Plan Benedeks, kraft dessen die Preußen selbst nach Böhmen in des Löwen Höhle hineingelockt werden sollten, um dort desto sicherer verschlungen zu werden; ein österreichisches Blatt fand eben die Ruhe der österreichischen Armee gegenüber der „affenartigen Geschwindigkeit", mit welcher die Preußen kämen und gingen, höchst imposant: „In der That, wir würden zittern, wenn wir das Unglück hätten, Preußen zu sein"; daß die Preußen auch ihre „Pläne" haben konnten, daß ein Feldzugsplan überhaupt nur ein allgemeiner und vorläufiger sein kann, daß er sich alsbald nach den Schritten des Gegners bestimmen und bequemen muß, sagten sich die Strategen der Bierhäuser nicht.

Die österreichische Nordarmee, 7 Armeecorps in einer Gesamtstärke von 240 000 Mann, stand in Mähren bei Olmütz. Sie konnte sich von hier gegen die I. oder gegen die II. preußische Armee wenden. Militärische Männer waren überrascht, als Benedek am 17. statt mit seiner Hauptmacht gegen den Kronprinzen sich zu kehren, seine Stellung bei Olmütz aufgab und den Abmarsch nach Josephsstadt befahl. Von dort führte freilich der gerade Weg auf Berlin und die Siegeszuversicht war noch unerschüttert; den linken, vorgeschobenen, Flügel bildeten das Armeecorps des Grafen Clam-Gallas, das I. und die Sachsen, unter ihrem Kronprinzen Albert, zusammen 60 000 Mann. Dieser Linksabmarsch der österreichischen Armee brachte denn nun den

preußischen Plan zur Reife, nach welchem die drei preußischen Heere, in gemeinsamer Angriffsbewegung sich vorwärts auf Gitschin richten und diese Stadt, welche in der Mitte des Terrains liegt, das östlich und südlich von der Elbe, westlich von der Iser begrenzt wird, als Vereinigungspunkt ins Auge fassen sollten. In diesem Sinne ward am 19. der Kronprinz von Preußen angewiesen, seine Stellung bei Neiße aufzugeben und vorwärts in Feindesland die Vereinigung mit den beiden anderen Armeen aufzusuchen: ein kühner Plan, da Benedek den Vorteil der inneren Linien hatte, wie die Kriegskundigen es nennen — mit seiner Hauptmacht noch immer so stand, daß er, noch ehe die Elb- und die I. Armee ihre ganze Kraft geltend machen konnten, dem Heere des Kronprinzen, wenn dessen Kolonnen sich aus den Pässen und Übergangspunkten des Gebirges herausarbeiteten, in ungünstiger Lage mit Übermacht entgegenzutreten vermochte, — oder umgekehrt, den Anmarsch des Kronprinzen nur aufzuhalten und währenddessen mit ganzer Macht sich auf die I. und die Elbarmee zu werfen im stande war. Den einen wie den andern Gegner konnte er mit überlegenen Truppenkräften einzeln angreifen: es kam darauf an, sich für den einen oder den andern dieser Pläne wirklich zu entscheiden und an dieser Entscheidung mit Folgerichtigkeit festzuhalten.

Eine förmliche Kriegserklärung ward nicht erlassen. Der Krieg war seit dem Bundesbeschlusse vom 14. thatsächlich ausgebrochen, und jener Beschluß wurde am 16. durch einen weiteren vervollständigt, welcher mit 10 Stimmen — der Majorität vom 14. Juni und Baden, welches innerhalb der Machtsphäre der Koalition lag — Sachsen die erbetene Bundeshilfe zusagte. In Manifesten wandte sich am 17. Franz Joseph an seine „Völker", am 18. Wilhelm I. an sein Volk. Das Manifest des Kaisers von Österreich war sehr ausführlich: und dies mochte nötig sein, da die Mehrzahl jener Völker in der That kein Interesse an einem Kriege hatte, der nur der Ehrenstellung der Dynastie und ihrem Machteinflusse in Deutschland galt. Es suchte das Recht in der Herzogtümerfrage darzulegen, an dessen Stelle Preußen die offene Gewalt setze; rühmte die Einigkeit, mit welcher die Völker Österreichs diesen aufgedrungenen Krieg aufnehmen; der Kaiser bedauerte, daß der Stand der Verfassungsfrage noch nicht so weit gediehen sei, um in diesem „ernsten und erhebenden Augenblick" die Vertreter aller seiner Völker um den Thron versammeln zu können; er getröstete sich der Bundeshilfe der Fürsten und Völker Deutschlands und, was vielleicht harmloser klang, als es in Wirklichkeit gemeint war, „des allmächtigen und gerechten Gottes, dem Mein Haus von seinem Ursprung an gedient hat." Das preußische Manifest stellte den allgemeinen Gegensatz

der beiden Mächte in den Vordergrund. „Wohin wir in Deutschland schauen", so sagte es in männlicher Sprache, welche nichts verschleierte, „sind wir von Feinden umgeben, und ihr Kampfgeschrei ist Erniedrigung Preußens. — Wir müssen fechten um unsere Existenz, müssen in den Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des Großen Kurfürsten, des Großen Friedrich — das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf welche seiner Fürsten Geist und Kraft und seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es gehoben haben." Dem deutschen Volke hatte das österreichische Manifest nichts zu bieten, und es gab sich nicht die Mühe, dies mit einigen guten Worten zuzudecken; daß die kaiserliche Regierung die Waffen nicht eher niederzulegen erklärte, als bis den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwickelung gesichert sei, lautete nicht sehr ermutigend. Von dieser Seite wollte man nichts anderes, als erhalten, was bestand. Dagegen hielt das preußische Manifest an der Idee einer Umgestaltung des Bundes fest: „Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, welche das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern."

Eine Woche banger Erwartung folgte. Am 22. überschritt die Elbarmee, am 23. auf drei Hauptlinien die Armee des Prinzen Friedrich Karl bei Zittau die böhmische Grenze; am 24. standen die beiden auf der Linie Gabel (westlich) bis Reichenberg (östlich). Die Stimmung war zuversichtlich; man hatte die Pässe unverteidigt gefunden; nur mit beobachtenden Kavallerieabteilungen kam es zu unbedeutenden Zusammenstößen.

Am 26. setzte sich die I. Armee gegen Turnau, die Elbarmee auf Hühnerwasser in Bewegung. An diesem Tage hatten beide, die eine bei Liebenau, die andere bei Hühnerwasser Gefechte. Clam-Gallas hatte von seinem Oberkommandanten den Befehl erhalten, die Iserlinie zu behaupten. Unter seinen Truppen war die Brigade Poschacher, welche seit dem Sturm auf den Königsberg im letzten schleswig-holsteinischen Krieg den rühmlichen Namen der „Eisernen Brigade" führte; zwischen ihr und der preußischen Division Horn (Thüringer) kam es mit Einbruch der Nacht bei einem Übergangspunkte über die Iser, dem Dorfe Podol, zu einem hartnäckigen Nachtgefecht, welches nach Mitternacht mit dem Abzug der Österreicher endigte. Am 28. griffen die Preußen abermals an, bei Münchengrätz, während die Österreicher auf dem Rückzuge nach Gitschin begriffen waren, wo Clam-Gallas am

29. eine Schlachtstellung nahm. Am Nachmittage kam es hier wiederum zum Kampf, den die Preußen nicht mehr zu scheuen brauchten, da alle seitherigen Zusammenstöße bereits ihnen ihre Überlegenheit gezeigt hatten: sie ging klar schon aus der ganz unverhältnismäßigen Zahl österreichischer Gefangenen hervor. Als am Abend der Befehl an den österreichischen Unterbefehlshaber einlief, sich auf das Hauptheer zurückzuziehen, drängten die Preußen nach; die Stadt Gitschin, um Mitternacht überfallen, war nach langem Straßenkampf — neun Stunden im ganzen hatte das Fechten um die Stadt gedauert — mit grauendem Morgen in preußischen Händen und mit ihr abermals 2000 Gefangene.

Am 1. Juli stand so die Avantgarde der I. Armee bei Horitz, zwischen Gitschin und der Festung Königgrätz, die Elbarmee $1\frac{1}{2}$ Meile südwestlich davon: und schon war auch die II. Armee so nahe herangekommen, daß sie in die gemeinsame Aktion eintreten konnte.

Der Kronprinz von Preußen seinerseits hatte am 22. den Befehl erhalten, die Vereinigung mit den beiden Armeen in der Richtung auf Gitschin zu suchen. Während nun die österreichische Hauptarmee ihre Stellung zwischen Reichenberg, Königgrätz, Josephsstadt und Nachod nahm, setzte sich am 26. und 27. die preußische II. Armee in Marsch, um das Gebirge in drei Heersäulen zu überschreiten, welche sich sämtlich darauf gefaßt machen mußten, beim Durchschreiten der langgestreckten Pässe, welche aus Schlesien nach Böhmen führen, oder beim Heraustreten aus denselben von österreichischer Übermacht unter ungünstigen Verhältnissen zum Kampf gezwungen zu werden; und in der That meldeten in jenen Tagen lügenhafte Telegramme, bestimmt, den Mut der Koalition zu beleben, und in den Hofkreisen und den Trinkstuben der süddeutschen Residenzen wie in den Pfarrhäusern einiger rheinischen und westfälischen Kreise mit Jubel begrüßt, daß der Kronprinz unter gewaltigen Verlusten auf Neiße zurückgeworfen worden sei. In Wirklichkeit aber war es das Verhängnis oder die Verblendung Benedeks, daß er gegen diesen seinen gefährlichsten Feind während des ganzen Feldzugs nur matte Abwehr, nicht aber kühnen und energischen Angriff versuchte. Zu mehr oder weniger heftigen Gefechten kam es indes gegen alle drei preußischen Kolonnen: am 27. bei Trautenau zwischen dem 1. preußischen Corps unter Bonin und dem X. österreichischen*) unter Gablenz. Das Gefecht begann mit dem Einrücken der Preußen in diese Stadt, aber der preußische General, allzu sicher, unterließ es, Verstärkungen, die ihm zur Verfügung gestellt wurden,

*) Wir bezeichnen die preußischen Corps mit arabischen, die österreichischen mit römischen Zahlzeichen.

heranzuziehen. Das Eintreffen einer frischen Brigade bei den Österreichern entschied den Sieg: die Preußen mußten in die Stellungen des vorigen Tages zurück. Doch waren auch diesmal bei der schrecklichen Wirkung des Zündnadelgewehrs und der Überlegenheit der Einzelführung die Verluste der Österreicher weit bedeutender als die preußischen, und der Mißerfolg des einen Flügels an dem einen Tage wurde durch die siegreichen Kämpfe der folgenden Tage reichlich wieder aufgewogen. Die mittlere der drei Kolonnen, das Gardecorps, 30 000 Mann, unter dem Prinzen August von Württemberg, erfocht am 28. in dem zweiten Gefecht bei Trautenau, welches die Preußen Gefechte von Burgersdorf und Soor nennen, einen vollständigen Sieg über Gablenz, der mit einem Gesamtverlust von etwa 8000 Mann, unter denen wiederum nicht weniger als 4000 Gefangene, seinen Rückzug bewerkstelligte. Mit diesem Siege war der Fehlschlag des ersten Tages ausgeglichen und auch dem 1. Corps (Ostpreußen) der Einmarsch in Böhmen frei gemacht. Noch größere Erfolge errang der linke Flügel, das 5. Corps, aus posenschen, westpreußischen, schlesischen und westfälischen Regimentern gemischt, unter dem alten General von Steinmetz, der, 1796 geboren, als junger Offizier noch die Schlachten von Lützen und von Bautzen mitgemacht hatte. Am 27. machte er sich bei Nachod, aus dem Gebirge heraustretend, Raum; polnische Regimenter aus Posen kämpften hier gegen österreichische Polen aus Galizien; am Nachmittag waren die Österreicher, VI. Corps unter Ramming, auf dem Rückzuge nach Skalitz. Ihre Verluste waren, trotz der günstigen Terrainverhältnisse, wiederum groß, und es mußte ihren Führern schwere Besorgnisse erwecken, daß bei 6000 Mann Gesamtverlust abermals 2500 Gefangene waren. Am 28. Mittags erschien Steinmetz vor Skalitz. Der Ort ward durch die unübertreffliche Tapferkeit der preußischen Infanterie erstürmt: diesmal war es das VIII. österreichische Corps, Erzherzog Leopold, welches unterlag. Am 29. lieferte der energische Greis sein drittes Gefecht und erstürmte auch die Stellung bei Schweinschädel: „Auch das IV. Corps geworfen, der Weg zur Elbe ist frei", lautete sein Telegramm vom 29. abends. So waren in drei Tagen zwei österreichische Corps völlig geschlagen, ein drittes erschüttert; die österreichischen Verluste wohl achtmal größer als die der Preußen, denen am 30. endlich der wohlverdiente Ruhetag gegönnt ward. Schon stand ihr linker Flügel, die Armee des Kronprinzen, bei Gradlitz, von dem rechten, der Elbarmee, nur noch durch einen Raum von etwa fünf Meilen getrennt.

Bis dahin hatte König Wilhelm und sein Generalstabschef von Berlin aus die Operationen geleitet. Jetzt aber standen sich die Heere

so nahe, daß ihre Gesamtleitung nur aus unmittelbarer Nähe geschehen konnte. Am 29. ging er — und nicht wie Ludwig XIV., um einem schon sicheren Siege nur zuzuschauen — zur Armee ab, in seinem Gefolge Moltke, Roon, Bismarck, der auch seinerseits, anders als die von der Pfordten, von Varnbüler oder von Beust, das Kriegskleid, die Uniform eines Majors des schweren Landwehrreiterregiments, anlegte. Der König erreichte am 30. Reichenberg und begrüßte sein Heer; am 2. Juli verlegte er sein Hauptquartier nach Gitschin. Die Zeit der 30jährigen und der 7jährigen Kriege war vorüber: seit 14 Tagen war Krieg, seit 8 Tagen hatte der Feldzug begonnen, und schon stand man vor der Hauptschlacht, die Gesamtmacht der Gesamtmacht gegenüber.

2. Die Schlacht bei Königgrätz.

Der österreichische Oberbefehlshaber, dessen unklare und schwankende Befehle die Hauptschuld an den Unglücksfällen der Armee trugen, hatte, bereits außer stande die Offensive zu ergreifen, am Abend des 30. den Rückzug aus der Stellung bei Dubenetz auf Königgrätz befohlen: am Morgen des 1. Juli sah die Armee des Kronprinzen das jenseitige Ufer der Elbe vom Feinde verlassen. Eine Hoffnung des Sieges hegte Benedek bereits nicht mehr, zu klar hatte sich die Überlegenheit der Waffen und der Führung auf seiten des Gegners herausgestellt. Er sandte in den Vormittagsstunden des 1. ein Telegramm nach Wien, in welchem er seinen Kaiser dringend bat, um jeden Preis Frieden zu schließen: „Katastrophe für Armee unvermeidlich"; allein noch war man dort nicht so weit resigniert, Unterhandlungen zu beginnen, noch ehe eine größere Schlacht unwiderruflich entschieden hatte. Benedek faßte sich wieder; er entschloß sich, den Rückzug nicht weiter fortzusetzen, und bezog am 2. zwischen Horitz im NW. und Königgrätz im SO. eine Stellung, welche einer großen Defensivschlacht alle günstigen Aussichten bot. Noch war das Vertrauen der Soldaten auf ihn nicht, wie das seine zum Heere, erschüttert; die seitherigen Vorfälle hatten seine Unterfeldherren verschuldet: er selbst war in ihren Augen noch unbesiegt.

König Wilhelm war in Gitschin eingetroffen (2. Juli). Am Nachmittag empfing er den Besuch des Prinzen Friedrich Karl: man hegte die Absicht, den schwer mitgenommenen Truppen, deren Verpflegung bei dem raschen Vordringen in dem feindlichen, zum Teil fanatisierten Lande, dessen Bewohner an einzelnen Orten mit ihrer Habe in die Wälder flüchteten, nur sehr ungenügend hatte sein können, den 3., vielleicht noch den 4. Ruhe zu gönnen.

Allein die Rekognoszierungen ergaben übereinstimmend mit Aussagen von Gefangenen, daß der Feind die Massen seines Heeres hinter der Bistritz sammelte, daß er also diesseit der Elbe standzuhalten beabsichtige. Diese Meldungen bestimmten den Prinzen Friedrich Karl, auf eigene Verantwortung sich in Bereitschaft zu setzen, den Feind am folgenden Tage anzugreifen. Er sandte die entsprechenden Befehle an den General Herwarth, mit der Elbarmee auf Nechanitz vorzugehen, und ließ, den 2. abends, den Kronprinzen bitten, auf dem rechten Elbufer gegen Josephsstadt vorzurücken. Nachts 11 Uhr erreichte sein Generalstabschef, General von Voigts-Rhetz, das königliche Hauptquartier zu Gitschin. Er wird alsbald vorgelassen; der König beruft sofort einen Kriegsrat; er zweifelt, ob Benedek wirklich diesseit der Elbe zum Kampfe sich stelle. Aber man entscheidet sich, schon ist Mitternacht vorüber, für die Schlacht: und die Adjutanten überbringen die entsprechenden Befehle, die den Kronprinzen, dessen Mitwirkung von entscheidender Bedeutung sein wird, auch glücklich um 4 Uhr morgens erreichen.

Die Stellung, welche Benedek sich erwählt, lag zu beiden Seiten der großen Straße, welche in der Richtung von Nordwest nach Südost von Gitschin über Horitz auf Königgrätz führt: waldige Höhen nördlich der Elbe, über welchen Fluß, wenn die Schlacht verloren wurde, der Rückzug gehen mußte. Sie war östlich, nach der Seite des Kronprinzen, vom Trotinabach, westlich nach der Seite der I. und der Elbarmee von der Bistritz eingefaßt, und es bezeichnen sie die Höhen, welche sich von Ratschitz im Nordosten an der Trotina bis Nechanitz im Südwesten an der Bistritz erheben. Diese beiden Flügelpunkte, Ratschitz und Nechanitz, waren etwa 20 000 Schritte voneinander entfernt, also das Verhältnis der räumlichen Ausdehnung des Schlachtfeldes zur Truppenzahl ein günstiges; im Mittelpunkte der Stellung, östlich und westlich der großen Straße, lagen die beherrschenden Höhen von Chlum und, gegenüber, die von Lipa, von welch letzterer aus der österreichische Feldherr die Schlacht leitete. Den linken Flügel gegen Nechanitz, mit den festen Stellungen von Prim und Problus, bildeten die Sachsen, mit dem VIII. österreichischen Corps, Erzherzog Leopold, in Reserve; das Centrum bis zur Höhe von Lipa das X. Corps unter Gablenz; rechts vor der Höhe von Lipa und von Chlum und von da weiter östlich bis zum Trotinabach standen das III., IV. und II., Erzherzog Ernst, Festeticz, Thun. Die Corps von Clam-Gallas und Ramming, das I. und VI., die Armeegeschützreserve und drei schwere Kavalleriedivisionen bildeten die allgemeine Reserve. Es war eine gewaltige Macht in vortrefflicher, einer großen Festung vergleichbarer Stellung, 201 000 Mann, etwa 500 Geschütze; man hatte Zeit

gehabt, sich einzurichten, das Terrain genau rekognosziert, die Schußlinien durch Fällen von Bäumen frei gemacht, die Entfernungen markiert; für den Fall eines Rückzugs hatten die Pontoniere eine Anzahl Brücken über die Elbe geschlagen.

Unter strömendem Regen brach der entscheidungsvolle Tag, der 3. Juli, an. Die drei preußischen Heere bildeten zusammen eine Macht von 220 000 Mann: aber die II. Armee, fast die Hälfte dieser Zahl, konnte erst gegen Mittag zur Stelle sein, und zunächst war nur auf die I. und die Elbarmee, etwa 123 000 Mann im ganzen, zu zählen.

Gegen 4 Uhr morgens setzte sich die I. Armee, welcher die schwerste Aufgabe des blutigen Tages zufiel, von Milowitz her gegen die Bistritz in Bewegung. Man näherte sich der feindlichen Stellung, sah im Grunde, am rechten diesseitigen Bistritzufer, die Holzhäuser von Sadowa, durch welches Dorf die große Straße nach Königgrätz hin führt; jenseit desselben konnte man mit dem Fernrohr die furchtbare Linie der Batterieen sehen, mit welchen Höhe und Abhang von Lipa besetzt waren. Um $^1/_2$8 Uhr ertönte der erste Kanonenschuß, der den Kampf eröffnete, bei welchem zunächst der Prinz Friedrich Karl mit drei Corps, Pommern, Brandenburgern, Thüringern, gegen sechs österreichische stand.

Kurz vor 8 Uhr traf der König, in seinem Gefolge Bismarck, Moltke, Roon, auf der Höhe von Dub ein, von wo man den größern Teil des Schlachtfeldes übersehen konnte; hier schwang sich der siebzigjährige Mann, der wenige Stunden nach jenem entscheidenden Kriegsrat um 4 Uhr morgens zu Wagen gestiegen war, auf die schwarze Stute, welche ihn zum Siege tragen sollte, und übernahm den Oberbefehl. Das Schicksal des Tages hing, ähnlich wie einst bei Waterloo, von dem rechtzeitigen Eintreffen des Kronprinzen ab.

Bis gegen 10 Uhr war der Kampf — wir reden zunächst von dem Kampf im Centrum — ein gewaltiger Artilleriekampf von nie erhörter Heftigkeit, ein ununterbrochenes Donnern aus hunderten von Geschützen. Um diese Zeit war hier die österreichische Artillerie genötigt, zurückzugehen, und preußischerseits ward die Infanterie vorgezogen, um die Bistritzübergänge zu erzwingen und dann weiterhin, wenn möglich, den Kern der österreichischen Stellung, Lipa-Chlum, zu bewältigen. Heftig wird nun hier um die Bistritzdörfer — es sind von Süden nach Norden Mokrowaus, Dohalicka, Dohalitz, Sadowa — gestritten; sie kommen eins nach dem andern in preußische Hände. Aber hier endeten auch die Erfolge. Furchtbar war vor allem der Kampf um den Holawald, das Gehölz südöstlich vom Dorfe Sadowa: die Division Horn (Thüringer) kann nicht über dessen Südostrand hinaus-

bringen, jenseit dessen die Höhe von Lipa, das Herz der feindlichen Stellung, ansteigt. So wird es Mittag, ohne daß ein wesentlicher Erfolg errungen ist. Man kommt nicht vorwärts: und von Süden her, von der Elbarmee, dem rechten Flügel, ist noch keine unmittelbare Erleichterung zu erwarten. Deren Spitzen hatten um 8 Uhr, nach fünfstündigem Marsch, Nechanitz erreicht, wo die einzige Brücke über die Bistritz führte; es dauerte lange, bis ausreichende Truppen über die eine Brücke herüberkamen, und sie fanden genug zu thun, da die Sachsen jenseit des tief eingeschnittenen und sumpfigen Bistritzgrunds eine sehr starke Stellung, die Dörfer Ober- und Niederprim und Problus innehatten und wiederholte energische Ausfälle gegen die andringenden Feinde machten. Es sind heiße und drangvolle Stunden; am heißesten und drangvollsten für den linken Flügel der I. Armee, welcher nahe daran ist, in furchtbarem Kampfe mit der Übermacht zu erliegen. Es ist die Division Franseky, thüringische Regimenter, die, von dem Hauptheere abgezweigt, oberhalb Sadowa über die Bistritz gegangen sind, um von Norden her, über Benatek, Cistowes, Chlum — so folgen sich hier die Dörfer in einer Linie von Norden nach Süden — vorzudringen. Das erste dieser Dörfer, Benatek, wird schon gegen 8 Uhr früh genommen oder ohne viel Widerstand besetzt; zwischen diesem und Cistowes liegt, nordöstlich von der Königgrätzer Chaussee, ein Wald, der Swipwald; hinter Cistowes steigt die Höhe von Chlum an; der Wald mithin lag unter dem Feuer der auf dieser Höhe aufgereihten österreichischen Batterieen und war von österreichischen Jägern besetzt. Die Preußen treiben diese Jäger aus dem Walde, sie erreichen seinen südlichen Rand; dreimal stürmen sie gegen das etwas östlich vom Wald gelegene Maslowed, dreimal scheitert der Angriff an der Übermacht, welche sie in das Holz zurückwirft, auf welches alsbald wieder die österreichischen Geschütze ihr Feuer richten. „Hier sterben wir", hatte den Tapfern ihr Führer zugerufen, und schon sind die Bataillone auf die Hälfte geschmolzen, nachdem sie zwei Stunden in dieser Hölle sich gehalten; um 11 Uhr dringen unter Siegesruf und mit schmetternder Musik die Österreicher von Westen her in den Wald, dessen Boden sich mit immer neuen Opfern bedeckt; doch gelingt es den Preußen, den nordöstlichen Teil desselben noch zu behaupten.

Zwischen 12 und 1 Uhr ist der gefährlichste Augenblick für die Preußen. Der Kampf ist im Centrum bei Sadowa zum Stehen gekommen; schon hat sich der König entschließen müssen, zu den drei seit dem Morgen im Kampf begriffenen Divisionen die zwei noch in Reserve gehaltenen heranzuziehen; man muß sich mit der Möglichkeit vertraut machen, die Infanterie zurückzuziehen, die, immer wieder vorgehend,

immer neue Opfer bringt, ohne doch Boden gegen den Feind zu gewinnen, der, im wesentlichen noch völlig unerschüttert, seine ganze furchtbare Stellung, Prim, Lipa, Chlum bis zur Trotina behauptet: 350 Geschütze, hinter denen noch unberührt zwei ganze Armeecorps stehen*). Man mußte erwarten, daß Benedek — ein Gedanke, der sich auch dem Laien aufdrängt — seine Übermacht benutze, um einen Angriffsstoß zu führen, der das gelichtete preußische Centrum vollends zertrümmern und durchbrechen soll; schon beginnt man für den äußersten Fall die Kavallerie der I. Armee zusammenzuziehen.

Aber die Gefahr war bereits vorüber. Etwa um 12 Uhr erwarteten, auf dem linken Flügel des Centrums, die Truppen im Swipwalde den entscheidenden Angriff der Österreicher, der den hart Mitgenommenen ihren Wald vollends entreißen sollte. Franseckỳ sah die Vorbereitungen, welche die Österreicher trafen; er sammelte seine Trümmer zu verzweifelter letzter Verteidigung. Aber dieser Angriff unterblieb. Von einem höher gelegenen Punkt der nordöstlichen Waldecke sah man Truppen in geschlossener Linie avancieren: sie trugen die weithin blitzenden Pickelhauben: es war preußische Garde. Der Kronprinz war da: um 2 Uhr brachte General Voigts-Rhetz, der Generalstabschef des Prinzen Friedrich Karl, von seinem Rekognoszierungsritt zurückkehrend, dem König die Nachricht, daß derselbe bereits im Kampfe stehe.

Benedek hatte hier in der entscheidenden Schlacht den Fehler, der ihn bei dem ganzen Feldzuge verfolgte, wiederholt; er hatte den Kronprinzen nicht genügend beachtet.

Nach mühselig schwerem Marsch auf durchweichtem Boden, so wie einst Blüchers Preußen am Tage von Waterloo — die Richtung gaben zwei einsame, weithin sichtbare Bäume auf der Höhe von Horenowes, zwischen Ratschitz und Benatek — war die Armee des Kronprinzen, von 5 Uhr früh an in Bewegung, so weit herangekommen, um in das Gefecht eingreifen zu können. Die erste Gardedivision und das 6. Corps (Schlesier unter Mutius) erreichten zuerst das Schlachtfeld. Benedek glaubte mit dem Centrum fertig werden zu können, ehe der Kronprinz zur Stelle sei; um 12 Uhr setzte ihn ein Telegramm aus Josephsstadt in Kenntnis vom Anrücken desselben; er begnügte sich, dem II. Corps auf seinem rechten Flügel, Graf Thun, den Befehl zu schicken, einen „defensiven Haken" gegen diesen neuen Gegner zu bilden.

Daß dies: „Der Kronprinz ist da!" überall in den preußischen Reihen

*) „Suivant la vieille tradition des généraux autrichiens, qui gardent des troupes pour protéger la retraite au lieu de s'en servir pour vaincre", sagt Taxile Delord in seinem Werke über das Kaiserreich IV, p. 427, dessen verständige Darstellung zu vergleichen überhaupt von Interesse ist.

eine belebende Wirkung hervorrufen mußte, ganz abgesehen von der Erleichterung, welche sein Eingreifen sofort den am härtesten bedrängten Abteilungen brachte, bedarf keiner weiteren Darlegung. Den einzelnen Gefechten auf der langen Schlachtlinie kann unsere Darstellung nicht folgen; nur so viel ergiebt sich, daß von rechts und von links, von der Elbarmee und von der II., der österreichischen Armee eine Überflügelung drohte. Aber ehe auf diese langsame Weise der Sieg erstritten ward, fiel nachmittags gegen 3 Uhr auf unerwartete und in der Kriegsgeschichte selten erhörte Weise die Entscheidung. Während das II. österreichische Corps seine Frontveränderung vornahm, um dem neuen Feind, der Armee des Kronprinzen, die Spitze zu bieten, entstand eine Lücke in dem Raum zwischen Masloweb, Ciskowes und Chlum, dem Schlüsselpunkte der österreichischen Stellung. Begünstigt von dem bei dem feuchten Wetter langsam sich verziehenden Pulverdampf, vermag es die erste Gardedivision unter General Hiller von Gärtringen, fast hart am linken Flügel jenes österreichischen Corps vorbei, in diesen Raum einzudringen. Während auf Meilen in der Runde alles von Kanonen und Soldaten starrte, drangen sie hier an dieser wichtigsten Stelle, fast ohne Widerstand zu finden, bis zum Fuße der Höhe von Chlum und den Ostabhang derselben hinauf: ein Teil bringt gleich weiter südwärts gegen das hart an der großen Chaussee, welche das Schlachtfeld durchschneidet, gelegene Rosberitz, und wie durch ein Wunder sind die beiden Dörfer, das Herz der feindlichen Stellung, Chlum und Rosberitz, in preußischen Händen. Man meldet es Benedek, der wenige hundert Schritte vom Dorfe Chlum entfernt auf der Höhe von Lipa mit seinem Stabe hält. Er will es nicht glauben und reitet selbst herzu; man sieht die grünen Federbüsche in eiliger Bewegung; die Gewehrschüsse, mit denen sie empfangen werden, lassen keinen Zweifel übrig. Vergebens holt er seine Reserven herbei und befiehlt, die Dörfer um jeden Preis wiederzunehmen. Die Lage der zwölf Gardebataillone, mitten unter feindlichen Massen, war in der That sehr kritisch, und Rosberitz ging auch wirklich wieder verloren, aber der Sturm der Österreicher auf Chlum, nach 4 Uhr, mißlang, und von Viertelstunde zu Viertelstunde gewann nun der Kampf eine für die Preußen günstigere Gestalt. Um 3 Uhr war auch auf dem südwestlichen Ende des Schlachtfeldes das Dorf Problus, trotz des tapferen Widerstandes der Sachsen, im Besitze der Elbarmee, die nun mit hinreichenden Truppenkräften nach Norden ausgreifend, auch ihrerseits den Truppen des Centrums Luft macht. Um $4^1/_2$ Uhr ist der Sturm auf die Höhe von Chlum abgeschlagen; ein Granatsplitter tötete den tapferen Führer der 1. Gardedivision, General Hiller, in dem Augenblicke, wo er den Sieg gesichert glauben konnte. Um dieselbe Zeit ungefähr stürmte die Avant-

garde der zweiten Gardedivision die Anhöhe von Lipa, von welcher aus Benedek die Schlacht geleitet hatte; oben angelangt, sahen diese Truppen, wie von Südwesten her nunmehr die Armee des Prinzen Friedrich Karl, welche des Tages Hitze vornehmlich getragen, auch ihrerseits in allgemeiner Angriffsbewegung vorwärts drang, der König selbst an der Spitze. Die Schlacht war für Österreich verloren, Benedek mußte den Rückzug befehlen.

Bereits war dieser Befehl schwierig auszuführen, da die preußischen Truppen schon zu weit vorgedrungen waren und von rechts und von links die Umfassungsbewegung unaufhaltsam vorwärts ging. König Wilhelm setzte sich, während die österreichische Artillerie, rühmlich sich opfernd, das Mögliche that, um den Rückzug zu sichern, an die Spitze der Kavallerie seiner I. Armee. Noch kam es zwischen Langenhof und Streletiz, Streletiz und Problus (südwestlich der großen Chaussee) zu einem gewaltigen Reiterkampfe: die Österreicher wurden geworfen und ritten nun ihre eigenen Kolonnen nieder, deren Rückzug bereits mehr und mehr den Charakter der Flucht annahm. Nur die Sachsen vollführten ihren Rückzug in stolzer und guter Haltung und nahmen fast alle ihre Verwundeten mit.

Unsere Erzählung verweilt nicht bei den schrecklichen Scenen des Rückzugs einer tapferen, jetzt in Auflösung begriffenen Armee. Die militärische Kritik hat strengen Tadel darüber ausgesprochen, daß Verfolgung und Ausbeutung des großen Sieges dem berühmten Worte eines preußischen Generals, „den letzten Hauch von Roß und Mann" an die Verfolgung zu setzen und so die Ähnlichkeit dieses ruhmreichen Tages mit dem von Waterloo vollständig zu machen, nicht entsprochen habe. Die Truppen aber waren zum größten Teile aufs tiefste erschöpft durch lange Märsche, schweren Kampf; sie hatten während der vorangegangenen Nacht, während des Marsches, während des Kampfes jeder Erfrischung und Verpflegung entbehren müssen; auch die Pferde waren am Ziele ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Der königliche Sieger selbst, ein furchtloser und strenger Soldat, aber dabei ein Mann von weicher Empfindung, soll den Befehl gegeben haben, das furchtbare Feuer gegen die abziehenden Feinde einzustellen: es mag sein, daß der ungeheure Erfolg die Sieger selbst überraschte.*)

---

*) Wir fügen einige Urteile des oben erwähnten französischen Geschichtschreibers bei, die man mit Interesse liest, wenn sie gleich etwas übertrieben sind: La division Fransecky et deux bataillons de la 8ième division, deux escadrons, deux batteries, une douzaine de mille hommes en tout ont tenu tête sur la rive gauche de la Bistritz pendent 8 (vielmehr 6) longues heures, de 6 (8) heures du matin à deux heures, devant le gros des troupes autrichiennes et

Begegnung des Königs Wilhelm und des Kronprinzen auf dem Schlachtfelde von Königgrätz.

Von W. Camphausen.

Der groß und kühn angelegte preußische Kriegsplan war vollständig gelungen. Auf dem Schlachtfelde der Entscheidung hatten die drei Armeen ihre Vereinigung bewirkt. Dort in Böhmen trafen sich die Männer vom deutschen Westen, vom Rhein und Westfalen, mit denen des Ostens und Nordens, mit denen vereint sie auf blutigem Felde die Frucht einer langen und mühsamen Arbeit pflückten, den Schlußstein einer jahrhundertelangen großen Entwickelung einsetzten — die Loslösung Österreichs von der engeren politischen Verbindung mit Deutschland bewirkten, welche seither beide in ihrer Kraftentfaltung gehemmt hatte. Auf der Höhe von Chlum begrüßten sich die siegreichen Führer, der Prinz Friedrich Karl und der Kronprinz. Abends 8 Uhr auf dem Schlachtfeld von Problus sahen sich der König und der Kronprinz wieder: der Sohn in jugendkräftigem, blühendem Alter empfing aus der Hand des königlichen Greises das wohlverdiente höchste Ehrenzeichen des preußischen Staats, den Orden pour le Mérite.

Erst am folgenden Tage übersah man die ungeheuren Ergebnisse der Schlacht und die Ausdehnung der Auflösung, welcher das österreichische Heer anheimgefallen war. Dessen Gesamtverlust betrug nicht weniger als 44 200 Mann, darunter etwa 20 000 Gefangene; 160 österreichische Geschütze, 1 sächsisches, 5 österreichische Fahnen, fast alle mit Ehren verloren, da die Artillerie bis zum Äußersten aushielt, um den Rückzug des übrigen Heeres zu decken — eine Menge sonstigen Materials, zum Teil aufgesammelte Zeichen, wie mehr und mehr der Rückzug in Flucht ausartete. Der preußische Verlust betrug 8794 Mann, 359 Offiziere; unter den Schwerverwundeten, die ihren Wunden erlagen, befand sich auch der jugendliche Prinz Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, mit dessen Tod die erlauchte Familie ihren Teil an der allen gleichen Blutsteuerpflicht entrichtete.

---

180 000 Autrichiens, avec environ 800 canons ont laissé prendre Chlum par la tête de colonne d'une division de la garde prussienne. — — IV, p. 432: La bataille fut gagnée — — par les officiers supérieurs et surtout par les capitaines plus (?) que par les généraux — — Chaque soldat prussien sait non seulement lire, écrire et calculer, mais il a encore des notions suffissamment étendues sur les petites opérations de guerre. L'émulation qui règne parmi les officiers se communique au soldat et développe chez lui les facultés intellectuelles et morales en même temps que l'esprit de corps. An einer anderen Stelle: la Prusse dont l'armée réorganisée d'après les principes de la Révolution française valait toutes les armées Européennes —. Den Hauptruhm konfisziert der Franzose auch hier zu Gunsten der französischen Revolution; das Korn Wahrheit herauszufinden, das in der Albernheit steckt, daß die preußische Armee nach den Prinzipien der französischen Revolution organisiert worden sei, überlassen wir dem Leser.

3. Bis zum Prager Frieden.

Man glaubt, daß bei nachdrücklicher Verfolgung das Schreckenswort, mit welchem man in Wien die fürchterliche Niederlage charakterisierte: „Die Nordarmee existiert nicht mehr" zur Wirklichkeit hätte gemacht werden können. So aber — denn erst am 5. begann das Vorrücken zur Verfolgung — war der geschlagene Feldherr, dem man das verzweifelte Wort in den Mund legt, daß er alles verloren, nur leider nicht das Leben, doch im stande, die Trümmer der Armee, noch immer ein starkes, wenngleich zum Siege nicht mehr fähiges Heer, in seine frühere Stellung bei Olmütz zu retten, während das Corps Gablenz auf dem nächsten Wege über Brünn nach Wien gerichtet wurde.

Man hätte, wird gesagt, bei sofortiger Verfolgung ohne Hindernis auf Wien marschieren und so, ohne weiteren Zwischenfall, Österreich den Frieden diktieren können. Nun aber habe sich, zu schwerem Schaden, vor allem die politische Lage alsbald in einer verhängnisvollen Weise geändert.

Die Stimmung in Wien, wo man sich, wie in ganz Süddeutschland, in Siegeshoffnung und Selbsttäuschung gewiegt hatte, kann man sich ohne Beschreibung denken. Ein berühmt gewordener Artikel der „Ostdeutschen Post" vom 3. abends gab ihr einen ergreifenden Ausdruck: „Wir zittern, es auszusprechen, aber alles deutet darauf hin, daß wir uns auf eine große Trauerbotschaft gefaßt machen müssen. — — Noch in diesem Augenblick wird mit Löwenmut gekämpft, aber — das Wort erstarrt uns unter der Feder — die Schlacht scheint verloren. — Schwere Stunden brechen über die Monarchie herein; Gott schütze das Vaterland." Dem Kaiser selbst gab die Verzweiflung einen unglücklichen Entschluß ein, welcher das Ende der Habsburgischen Herrschaft in Italien wie in Deutschland zu einem sehr wenig ehrenvollen machte. Die Schlacht war nach rühmlichem Kampfe ohne Schädigung der Ehre verloren worden; Österreichs Stellung in Deutschland und Italien wurde es nicht. Zum zweitenmal während seiner Regierung rief Kaiser Franz Joseph die Hilfe eines fremden Despoten an. Durch ein Telegramm in der Nacht auf den 4. trat er Venezien an den Kaiser der Franzosen ab und nahm dessen Vermittelung zur Herstellung des Friedens in Anspruch. Die Blindheit beleidigten Stolzes, die Überschlauheit der mittelmäßigen Geister, die sich um das Ruder des lecken Schiffes drängten, gab diesen Schritt ein, mit welchem man den Erbfeind des deutschen Namens zum Bundesgenossen warb und so auch dem Verblendetsten deutlich machte, in wessen Lager die Sache Deutschlands war, und in welchem sie nicht war. Der nächste Zweck der Maßregel war, sich wenigstens den einen Gegner, Italien,

vom Halse zu schaffen, um die Südarmee zum Schutze der Hauptstadt heranziehen zu können.

In Paris erregte diese Nachricht, wenigstens in der ersten Stunde, einen großen Jubel. Man feierte diese Wendung der Dinge wie einen Hauptsieg, die Stadt illuminierte; ohne den Degen aus der Scheide gezogen zu haben, war Frankreich und sein Kaiser Schiedsrichter in dem größten europäischen Kampfe seit den Tagen des ersten Napoleon geworden. Indes die Dinge nahmen nicht den raschen und nicht den für die Sache Deutschlands gefährlichen Verlauf, welchen dieser Schritt herbeizuführen bestimmt war. Die beiden Kaiser fanden in dem König von Preußen und seinem ersten Ratgeber Männer, die sich weder einschüchtern noch verblüffen ließen. Zunächst war es ein Waffenstillstand, den Österreich suchte, und den schon am Tage nach der Schlacht Freiherr von Gablenz mit fast unglaublicher Dreistigkeit*) dem Sieger abzuschmeicheln versucht hatte. In diesem Sinne schrieb Napoleon in der Nacht vom 4./5. an Viktor Emanuel und teilte ihm mit, daß er in gleichem Sinne an den König von Preußen geschrieben habe. Der Versuch, die beiden Mächte zu trennen, scheiterte zunächst an der Ehrenhaftigkeit der italienischen Männer, des Königs und Ricasolis, auch Lamarmoras, sowenig dieser sonst in diesem Krieg, und was ihm voranging oder folgte, auf Ruhm Anspruch zu erheben hatte. Venezien lag vor ihnen, sie brauchten nicht mehr die Hand danach auszustrecken, sie konnten es einfach aus französischen Händen empfangen: aber es gab etwas, was mehr wert war als selbst Venezien: das war der gute Name Italiens**), und jene Männer wie die ganze Nation fühlten tief die Schmach, ja die Gefahren eines solchen Geschenks nach einem Kriege, in welchem Preußen gesiegt und Italien bis dahin nur Niederlagen erlitten hatte. Viktor Emanuel erklärte deshalb, indem er für die guten Gesinnungen des Kaisers von Frankreich dankte, daß er, ohne seine Pflichten gegen Preußen und gegen die nicht venezianischen Italiener — er meinte Welschtirol — zu verletzen, den Waffenstillstand nicht sofort eintreten lassen könne. Ähnlich war die Antwort Preußens. Die Dinge ließen sich nicht in zwei Tagen und nicht mit Telegrammen fertig bringen: die gewonnene Zeit aber nutzte man preußischerseits so aus, daß man schlimmsten Falls in der Lage war, auch gegen den un-

*) „Baron Gablenz, welcher eine militärische, geschweige eine politische Vollmacht zum Unterhandeln nicht hatte vorlegen können" — drückt sich das preußische Generalstabswerk S. 445 sehr maßvoll aus.

**) Fast wörtlich so drückt sich, wie ich jetzt sehe, Ricasoli aus. „Es giebt noch etwas Wertvolleres als Venezien: die Ehre Italiens und seines Königs", schrieb Ricasoli an Nigra (D. Speyer, Bettino Ricasoli in den Preußischen Jahrbüchern 1882, B. 50, S. 220).

berufenen Vermittler Front zu machen. Die beiden Kaiser hatten es mit einem Manne zu thun, der, nachdem das Schwert einmal gezogen, vor keinem Äußersten zurückschreckte, und der Schritt, den Franz Joseph gethan, rechtfertigte jedes Äußerste. Zu Neiße bildete sich um den bedeutendsten und ehrenhaftesten der ungarischen Flüchtlinge, Klapka, eine ungarische Legion, und während man dem willigen aber nicht wohlgeführten Italien gegenüber gleichfalls auf nachdrückliche Schritte zur Fortsetzung des Krieges drang, wurde mit Energie die Bewegung gegen Wien wieder aufgenommen. Napoleon erkannte, daß sich mit dem Telegraphen keine Friedensunterhandlungen führen ließen, bei denen es sich um den halben Weltteil handelte, und schickte deshalb seinen Berliner Gesandten, Benedetti, nach dem Hauptquartier des Königs von Preußen. Dieser erreichte dasselbe am 14. und erfuhr hier, daß man den Waffenstillstand nur gleichzeitig mit der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zugestehen könne. Für den Frieden nannte Graf Bismarck vorerst nur die eine Hauptbedingung: Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bunde.

Vielleicht begann in Wien schon jetzt eine Ahnung davon zu dämmern, daß die französische Vermittelung überflüssig war — daß man einen gleich günstigen, vielleicht einen besseren Frieden ohne sie durch unmittelbare Verständigung mit Preußen hätte erlangen können. Die Notwendigkeit einer Fortsetzung des Krieges ersparte die französische Vermittelung doch nicht. Das erste, was nun hier in Wien geschah, war, daß man dem unglücklichen Oberbefehlshaber, der die Schlacht geleitet und der, man muß es gestehen, die Niederlage freilich nicht allein aber größtenteils verschuldet hatte, das Kommando entzog; die ihm Nächststehenden waren schon am Tage vor der Schlacht ihrer Ämter enthoben worden; den Oberbefehl erhielt Erzherzog Albrecht, soeben Sieger von Custozza, der Sohn des Siegers von Aspern, des Erzherzogs Karl.

Am 10. richtete der Kaiser von Österreich ein neues Manifest an seine Völker, in welchem er denselben zu wissen that, daß er den Kaiser der Franzosen um Vermittelung eines Waffenstillstandes mit Italien angegangen, daß derselbe sich auch zur Vermittelung eines Waffenstillstands mit Preußen und Einleitung von Friedensunterhandlungen angeboten und er, Franz Joseph, dies angenommen habe; daß er aber niemals in einen Frieden willigen werde, durch welchen die Grundbedingungen der Machtstellung des Reiches erschüttert würden: welches diese Bedingungen seien, sagte das Manifest nicht, das keinen Eindruck machte. Der neue Oberfeldherr seinerseits sparte die zuversichtlichen Worte nicht: „Mächtiger als je zuvor sammelt sich eine Armee aus kampfgeübten, an Tapferkeit und Ausdauer gleich bewährten Kriegern,

die mit dem Bewußtsein einerseits schon errungenen Sieges und andererseits mit dem heißen Verlangen, ein unverdientes Mißgeschick zu rächen, sich nach der Gelegenheit sehnen, dem Übermute des Feindes ein Ende zu machen"; er schickte an Benedek den Befehl, mit den fünf Armeecorps, die dieser bei Olmütz hatte, ungesäumt nach Wien zu marschieren, wohin von Venezien, das man durch Verschenkung an Frankreich entwertet und zugleich als nunmehr französisches Gebiet für die italienische Armee unnahbar gemacht zu haben glaubte, Regiment auf Regiment, so schnell die Eisenbahnzüge fahren konnten, herbeigeholt wurde.

Der gerade Weg von Olmütz nach Wien aber war dem Besiegten von Königgrätz bereits versperrt. Am 16. besetzte die Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl Lundenburg, welches zehn Meilen von Wien und ebensoviele von Preßburg entfernt ist, und sperrte damit die Linie von Olmütz nach diesen beiden Städten; die Armee Herwarths von Bittenfeld erreichte am gleichen Tage das Städtchen Hollabrunn, welches noch sechs Meilen von Wien entfernt ist, und schob eine Brigade die Donau aufwärts nach Krems; die II. Armee operierte gegen Benedek, über dessen Stellung und Absichten eine aufgefangene österreichische Feldpost wertvolle Aufklärungen gab. Bei Tobitschau am rechten Ufer der March kam es zwischen Truppen der II. Armee und den diesen Fluß entlang nach Süden marschierenden Österreichern zu einem Gefechte (15. Juli), welches den Beweis lieferte, daß die Haltung der besiegten Truppen noch nicht völlig wiederhergestellt war — 18 Geschütze gingen, und diesmal weniger rühmlich als bei Königgrätz, verloren —, und dessen Ausgang Benedek zwang, den Umweg über die kleinen Karpathen zu nehmen, um Preßburg zu erreichen. Am. 26. langte er dort an.

Inzwischen aber waren die I. und die Elbarmee, ohne Widerstand zu finden, näher an Wien herangekommen. Die Elbarmee stand bis auf 11 Kilometer von den Wiener Befestigungswerken, den Floridsdorfer Schanzen, und seit dem 20. konnten ihre Vortruppen die erleuchteten Fenster der Hauptstadt sehen. Den preußischen Heeren waren Verstärkungen zugegangen, um die Lücken auszufüllen, welche die Schlachten und neben ihnen ein schlimmerer und unheimlicherer Feind, die Cholera, in ihre Reihen gerissen hatten; es war ein Beweis für die unvergleichliche Organisation des preußischen Staats- und Heerwesens, daß die Armee jetzt, nach so vielen Kämpfen, stärker war als beim Beginn des Krieges. Von der Armee des Kronprinzen stand die Division Franseky, den äußersten linken Flügel bildend, noch $1\frac{1}{2}$ Tagemarsch von Preßburg; den äußersten rechten Flügel der preußischen Aufstellung bildete die Brigade Etzel von der Elbarmee bei Krems. Es stand

mithin eine preußische Armee von 240 000 Mann auf dem linken Ufer der Donau: auf dem rechten hatten die Österreicher ungefähr ebensoviele, da die Lücken von Königgrätz dort durch etwa 45 000 Mann von der Südarmee ergänzt worden waren. Um die Donaulinie schien es also noch einmal zu einem Kampfe, dem unwiderruflich entscheidenden kommen zu sollen.

Es kam zu diesem Kampfe glücklicherweise nicht mehr. Die Friedensunterhandlungen hatten unterdessen fortgedauert. Die Hoffnungen, welche man österreichischerseits auf die Cession Venezians gesetzt hatte, verwirklichten sich nicht. Da es weder gelungen war, im ersten Augenblick der Überraschung Italien von Preußen zu trennen, noch diese letztere Macht einzuschüchtern, so war Napoleon bald mit seiner Weisheit zu Ende, und sein Gesandter spielte eine ziemlich überflüssige Rolle. In den Krieg aber thatsächlich einzutreten, trug er gerechtes Bedenken. Es war nicht anders, der richtige Augenblick war verpaßt: Preußen verfügte nach der Schlacht bei Königgrätz noch über 664 000 Mann — so erklärte Moltke, der es wissen mußte, kurze Zeit später — und er selbst war nicht gerüstet; als er seinen Kriegsminister fragte, ob nötigen Falls ein Occupationsheer von 50 000 Mann für Venezien verfügbar sei, mußte dieser verneinen. Die großen Worte, daß 40 000 Waldhüter genügten, waren gut genug für den französischen Ministerrat, nicht aber für die wirkliche Welt; Preußen aber war in diesem Augenblicke nicht nur in Österreich siegreich, sondern auch bereits Herr über Deutschland: und was Italien betraf, so hätte dieses Land beinahe eine Ausdehnung des Krieges wünschen müssen, in welchem es Venezien nicht als Gnadengeschenk, sondern als Siegespreis hätte erlangen können. Und nicht Venezien allein; im Bunde mit Preußen war dann noch etwas anderes zu gewinnen, was ihm Napoleon nicht geben konnte: die Lösung der römischen Frage im Sinne des nationalen Verlangens.

Wir müssen deshalb, um den Schluß des großen Kampfes zu verstehen, nunmehr uns die Ereignisse auf den beiden anderen Kriegsschauplätzen, dem italienischen und dem deutschen, vergegenwärtigen.

Italien spielte im Felde ein sehr unglückliche Rolle. Die Niederlage bei Custozza war nicht entscheidend gewesen; die Österreicher, mit dem Siege zufrieden, der ihnen gestattete, Venezien, auf welches sie im Prinzip bereits verzichtet hatten, mit Ehren auch thatsächlich aufzugeben, verfolgten diesen Sieg nicht weiter, wie sie denn nach dieser Seite hin auf eine angriffsweise Führung des Krieges von vornherein nicht eingerichtet waren. Nach der Schlacht bei Königgrätz verbot sich die letztere ohnehin von selbst, und für Italien war der Augenblick ge-

kommen, seinerseits wieder zum Angriff vorzugehen. Der Umstand, daß Venezien über Nacht französisch geworden war, verwickelte einen Augenblick die Lage, und man ließ französischerseits nichts unversucht, um den Italienern aufzureden, daß sie keinen Grund zur Fortsetzung des Krieges mehr hätten. Die Italiener wußten dies besser: wenn irgendwann, so war man jetzt dort zu energischer Fortsetzung des Kampfes entschlossen, und man kam jetzt ganz von selbst auf jenen „gründlichen" Kriegsplan zurück, den der preußische Gesandte empfohlen und den Lamarmora, mißtrauisch gegen Preußen und von seiner eigenen Feldherrnkunst überzeugt, unbeachtet beiseite gesteckt hatte: energisches Vordringen mit dem Ziel einer Vereinigung mit dem preußischen Heer in Ungarn, wo man mehr und mehr zu der Einsicht kam, daß ungarisches Blut vergossen werde, um dem Hause Habsburg in Italien, Deutschland und Ungarn die despotische Gewalt zurückzugeben, und wo preußischerseits mit der radikalen Partei Einverständnisse angeknüpft waren. Denn auch diese Bundesgenossen nahm man in Rechnung, und schon beim Einmarsch in Böhmen hatte eine preußische Proklamation von den Erinnerungen an das „glorreiche Königreich Böhmen" gesprochen: an der Mitwirkung Garibaldis, der übrigens in Tirol mit seinen Freiwilligen keine guten Geschäfte machte, nahm man im preußischen Hauptquartier nicht den mindesten Anstoß. Sehr mit Unrecht hat man später in Österreich und sonst dem preußischen Minister aus dieser Bundesgenossenschaft mit „der Revolution" einen Vorwurf gemacht: Kriege sollen nicht mit vergifteten Waffen, aber sie dürfen mit tödlichen Waffen geführt werden; nach der Cession Venedigs aber, welche dahin zielte, Frankreich gegen Preußen auf den Kampfplatz und in die Waffen zu rufen, fiel vollends für das letztere jede Rücksicht in dieser Beziehung weg.

Allein zu energischen Thaten gelangten die Italiener nicht. Man zauderte in das französisch gewordene Venezien einzurücken, man verlor die Zeit mit Erörterungen und Vorbereitungen. Am 19. Juli traf die italienische Streitmacht ein neues Unheil. Bei Lissa, einer Felseninsel an der dalmatischen Küste, wurde ihre Flotte unter Admiral Persano von dem österreichischen Geschwader unter dem ausgezeichneten Seemann Tegetthoff geschlagen — ein um so härterer Schlag, als man auf die Flotte, für Italien in der That den wichtigsten Teil seiner Streitmittel, die größte Zuversicht gesetzt hatte. Einzelne Thaten heroischer Tapferkeit — die Mannschaft des Palestro blieb auf ihrem brennenden Schiff, bis sie mit ihrem Kommandanten in die Luft flog — konnten doch über die neue und peinlichere Niederlage nicht trösten: aber friedlicher wurde die Stimmung dadurch nicht, und ein Rücktritt vom preußischen Bündnis war jetzt noch weniger in Frage, als nach

der Schlacht bei Königgrätz. Im Gegenteil: eben jetzt schickte Cialdini, der den Oberbefehl endlich übernommen, zu einer nachdrücklichen Angriffsbewegung sich an.

So hätte Preußen darauf zählen können, die Österreicher durch Italien beschäftigen zu lassen, und sich mit dem größten Teile seines siegreichen Heeres gegen Frankreich wenden können; mit um so größerer Zuversicht, als auf dem westlichen, dem deutschen Kriegsschauplatz die Dinge womöglich noch glänzender sich gestaltet hatten, als auf dem böhmischen.

Hier in Deutschland vollzog sich im Laufe weniger Wochen über die seitherige deutsche Verfassung und ihre Träger eine vernichtende Kritik, welche der Nation endlich über den richtigen Weg, wie sie wieder zu Macht und Ansehen in der Welt kommen konnte, die Augen öffnen sollte. Man irrte, wenn man in diesem Bürgerkriege das größte nationale Unglück sehen wollte: man mußte vielmehr froh sein, daß die heilsame Lehre, die hier zu lernen war, die Einsicht in die bodenlose Erbärmlichkeit der deutschen Bundes- und Wehrverfassung, die sinn- und gewissenlose Verschleuderung deutscher Volkskraft im Dienste dynastischer Prunk- und Scheininteressen — dem alten Deutschland von dem neuen und nicht etwa vom Auslande, von Frankreich gegeben wurde. Eine kurze Zeit reichte hin, nachdem diese Lehre einmal gegeben war, um aus den Bundestruppen, die nur an der Fäulnis der elenden, aus Lug und Trug und Scheinwesen zusammengesetzten Föderation krankten, Truppen zu bilden, welche ihren deutschen Besiegern auf zahllosen Schlachtfeldern im Kampfe mit dem alten Feind deutschen Landes vollkommen ebenbürtige Genossen wurden.

Wir können uns begnügen, diesen Feldzug im Westen in seinen hauptsächlichsten Momenten kurz darzulegen. Von den Schrecken eines Bürgerkrieges war glücklicherweise nicht viel zu sehen. Man las allerdings gelegentlich in einem radikalen Blatte, wie dem „Stuttgarter Beobachter", von kämpfenden Volksmassen, von Guerillakrieg, bei welchem vor allem die Axt nicht zu vergessen sei, welche in den Kämpfen der Nacht ihre sicherste Wirkung thue; aber die Verfasser dieses haarsträubenden Unsinns, feige und armselige Gesellen, besorgten zur rechten Zeit ihre Paßkarten, um weiter südlich ihr müßiges Gerede fortzusetzen; im allgemeinen schlug man sich ohne den wilden Haß, den einzelne fanatische Pfaffen und bramarbasierende Demagogen predigten.

Daß es unter den Verbündeten mit der Bundestreue übel bestellt war, zeigte sich bald. Jene Olmützer Konvention, welche zwischen Bayern und Österreich geschlossen war, blieb den übrigen Bundesgenossen zunächst geheim; ihr siebenter Artikel sagte Bayern für den

schlimmen Fall ziemlich unverblümt Entschädigungen zu, und daß diese nicht auf dem Monde gelegen seien, wußte man wenigstens in Baden gut genug. Der Kriegsplan selbst nahm auf die Deckung Bayerns besondere Rücksicht, und diese Rücksicht auf die Deckung jedes besonderen Territoriums beherrschte alle kriegerischen Bewegungen. Am 26. Juni vollführten die Württemberger auf eigene Hand eine Großthat: sie nahmen von dem ihnen bequem gelegenen Sigmaringer Ländchen Besitz. Die Haltung der dortigen Bevölkerung, die doch Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein war, und ihrer Beamten, welche die Schreiben des württembergischen Civilkommissars ohne weiteres zurückschickten, konnte ihnen beweisen, daß die kurze Zeit von 15 Jahren ausgereicht hatte, um selbst diesem vereinzelten kleinen Lande das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem Großstaate einzuflößen, welches die Kraftüberlegenheit Preußens bildete. Am 27., demselben Tage, an welchem die Hannoveraner bei Langensalza fochten, wurde zu Schweinfurt ein Kriegsrat gehalten, bei welchem auch der Befehlshaber des achten Bundescorps, der Prinz Alexander von Hessen, zugegen war und etwas wie ein Kriegsplan, nämlich die Wiedereroberung von Kurhessen und zu diesem Zweck eine Vereinigung der Bayern und des achten Corps bei Hersfeld, ausgemacht ward. Am 28. begannen die Märsche; der Prinz Alexander machte einen unnützen Luftstoß gegen Gießen und Wetzlar, wo seine Vortruppen durch sehr plumpe Mittel getäuscht und zum Abzug gebracht wurden, und erhielt dann, nachdem man bayrischerseits sich überzeugt hatte, daß es zur Rettung der Hannoveraner zu spät sei, aus dem Hauptquartier des Prinzen Karl die Weisung, zum Behuf einer Vereinigung auf Fulda zu marschieren, welches er denn auch durch einen Marsch über das Vogelsgebirge erreichte. Eine Vereinigung würde ein Heer von 86 000 Mann mit 270 Geschützen ergeben haben, während die Preußen nicht über 45 000 Mann zählten: der preußische General aber wußte diese Zahl durch gewandte und schnelle Bewegungen zu verdoppeln, die Gegner auseinanderzuhalten und einzeln in einer Reihe von Gefechten zu schlagen. Die große Entscheidung in Böhmen war schon gefallen, als es (4. Juli) an der Werra bei Dermbach zum ersten Zusammenstoß kam. Die Tapferkeit, welche hier die bayrischen Truppen zeigten, stand sehr im Gegensatz zu dem panischen Schrecken, dem am gleichen Tage ihre Kürassiere bei Hünfeld zum Raube wurden, die ein einziger Granatschuß in eine sinnlose Flucht warf, in welche sie die nachrückenden Reiterregimenter verstrickten, und die einzelne ihrer Trupps bis zum Main fortsetzten. Prinz Karl ging auf Kissingen, an der fränkischen Saale, Prinz Alexander wieder auf Frankfurt zurück; die Auflösung nahm bereits ihren Anfang; am 10. schieden die Nassauer aus, welche

ihr Landesherr zur Deckung seiner eigenen Staaten zu bedürfen glaubte. Vogel von Falckenstein wandte sich zunächst gegen die Bayern, in welchen er die vergleichungsweise gefährlicheren Gegner erkannte. Am 10. kam es bei Kissingen zu einem blutigen Gefechte, welches mit einem abermaligen Rückzug der Bayern behufs einer „Konzentrierung" bei Würzburg endigte: auch hier war wieder nicht der Sieg der gemeinsamen Sache, sondern die Deckung des eigenen Landes der Hauptgesichtspunkt Der preußische General ließ sie durch einen Teil seiner Truppen (Manteuffel) scheinbar verfolgen, in Wahrheit nur beobachten, den anderen (Goeben) schickte er westwärts gegen Frankfurt, welches das nächste Ziel seiner Operationen bilden mußte. In gewaltigen Märschen gingen diese über den Spessart; bei Laufach am 13. spät am Abend sahen sich die zum Tode Ermüdeten von den Hessen angegriffen und schlugen sie zurück; am 14. bestanden sie das rühmliche Gefecht bei Aschaffenburg. Die österreichische Division Neipperg war den Hessen zu Hilfe gekommen, italienische Regimenter; aber sie schlugen sich überaus mittelmäßig und ließen die ganz unverhältnismäßige Zahl von 1500 Gefangenen in preußischen Händen: wir erinnern uns, daß von diesen Fremdlingen einst ein württembergischer Staatsmann gerühmt hatte, daß man noch sehr froh an ihnen sein werde. Der Prinz Wilhelm von Baden, der Verstärkung heranführte, traf die Österreicher schon in voller Auflösung; doch hätte, da die preußischen Truppen durch die fortgesetzte Anstrengung des Marschierens und des Kämpfens erschöpft und überdies in der Minderzahl waren, ihnen noch am folgenden Tage der Sieg entrissen werden können. Aber es war kein Ernst in dieser Kriegführung. Es war, als vertrödle man absichtlich die Zeit, bis von Osten her die erwartete Waffenstillstands- oder Friedensnachricht komme. Zu gewinnen war allerdings hier nicht mehr viel. Es war schade um jeden Tropfen Blut, der noch um eine ganz verlorene und gerichtete Sache vergossen wurde, und es wäre, wenn nicht militärisch, so doch menschlich und praktisch sehr gerechtfertigt gewesen, gar nichts mehr zu thun. Aber auch dies geschah nicht: am 15. war das Bundescorps wieder beisammen und zog über den Odenwald auf Würzburg ab, um sich nun endlich, wirklich, mit den Bayern zu vereinigen; auch die Nassauer gingen mit, welche schon kein Land mehr zu schirmen hatten.

Der Weg nach Frankfurt lag offen. Dort hatte der Senat, als die Gefahr näher rückte, dem Rest des Bundestags selbst den Stuhl vor die Thür gesetzt*), und dieser war, bereits ein Rumpf und bald

*) Herr O. Kanngießer ereifert sich sehr über diese Stelle in der Vorrede zu seiner „Geschichte der Eroberung der freien Stadt Frankfurt durch die Preußen".

nur ein Name, nach Augsburg geflüchtet, wo er nach einiger Zeit im Gasthof zu den „Drei Mohren" vollends verendete. Am 16. abends zogen die Preußen, Vogel von Falckenstein, Goeben, Wrangel, in Frankfurt ein. Die Bevölkerung empfing sie schweigend, sie hatte kein gutes Gewissen. Gerüchte, daß einzelne Niederträchtige sich an preußischen Verwundeten vergriffen hätten, haben sich als unrichtig erwiesen, das aber war nicht zu leugnen, daß seit lange die Frankfurter Bevölkerung in besonders ausgesprochener Weise Feindschaft gegen den preußischen Teil der Besatzung, Offiziere wie Gemeine, an den Tag gelegt hatte. Es war daher begreiflich, daß Offiziere und Soldaten mit aller Genugthuung die strengen Maßregeln ausführten, welche über die Stadt verhängt wurden, und es lag auch in der Absicht der Führer, die Stadt die ganze Strenge soldatischen Regiments fühlen zu lassen: zu bedauern bleibt, daß ein preußischer General das Wort Plünderung als Drohung gegen eine deutsche Stadt aussprach, und daß preußische Offiziere die Stelle brutaler Eroberer besser, als man von ihnen erwarten durfte, zu spielen wußten.*) Der Frankfurter Senat und das Kontingent der Stadt ward aufgelöst, der Stadt eine Kriegskontribution von 6 Millionen Gulden auferlegt; ein Schrei der Entrüstung aber ging durch Deutschland, ja durch die ganze europäische Welt, als man erfuhr, daß am 20. der geängsteten Stadt eine weitere Kontribution von 25 Millionen, binnen 24 Stunden an die Kriegskasse der Mainarmee einzuzahlen, auferlegt worden sei. Das schlimme Dekret, welches verlangte, was, binnen 24 Stunden zum wenigsten, unmöglich war, trug nicht mehr die Unterschrift des Generals Vogel von Falckenstein. Dieser war als Gouverneur von Böhmen, also in Ungnaden, abberufen, und der Oberbefehl dem General Manteuffel übertragen worden. Jene Kontribution wurde jedoch nicht wirklich erhoben, und nachdem man die Bevölkerung hinlänglich den Zorn des Siegers hatte empfinden lassen, stellte sich sogar ein befriedigendes Verhältnis zwischen den Wirten und ihren nicht geladenen Gästen her.**)

Der letzte Akt des Mainfeldzugs spielte bei Würzburg. Die Vereinigung der beiden Armeecorps kam jetzt, wo sie am Gange der Dinge

---

Den vermißten urkundlichen Beweis für das im Text Gesagte kann er in seinem eigenen Buche S. 165 f. nachlesen.

*) I blush to see a nobleman wants manners.

**) Ich habe mittlerweile Gelegenheit gehabt, handschriftliche Aufzeichnungen eines edlen deutschen Patrioten, der zugleich ein guter Frankfurter war, des verewigten Dr. Souchay, aus jenen Tagen einzusehen: sie bestätigen das strenge Urteil, das im Text über den einen (preußischen) Teil gefällt ist, und das meine Frankfurter Kritiker völlig ignoriert haben, sie erschüttern aber auch das Urteil über den anderen Teil nicht, für welches die sachkundigen Zeugen nicht fehlen.

nichts mehr ändern konnte, ungehindert zu stande. Sie bildeten jetzt ein Heer von etwa 100 000 Mann. Die kühnen Angriffspläne, die hier bei dem Kriegsrat zu Tauberbischofsheim (19.) und Würzburg (21. Juli) beredet wurden, waren bloße Worte; die Bayern blieben unbeweglich bei Würzburg stehen, das achte Armeecorps bezog eine Verteidigungsstellung hinter der Tauber (22.). Manteuffels Heer, etwa 60 000 Mann stark, ergänzt durch die jetzt kraft des neuen Bundes mobile oldenburgisch-hanseatische Brigade, forcierte am 24. die Tauber bei Werbach und Tauberbischofsheim, welche von den Badenern und den Württembergern verteidigt wurde; von den Bayern kam auch diesmal keine Hilfe. Diese ihrerseits gingen am 25. und 26. über den Main, unter neuen Gefechten bei Gerchsheim, Helmstadt, Roßbrunn; von Leipzig her war bereits das 2. preußische Reservecorps unter dem Großherzog von Mecklenburg im Anmarsch und bedrohte ihre Flanke. Indes waren bereits der bayrische und der württembergische Minister des Auswärtigen im preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg, Friede suchend, eingetroffen, und eine thatsächliche Waffenruhe trat ein, ehe (am 2. August) der vereinbarte Waffenstillstand begann. Die letzten Schüsse fielen auf die Feste Marienburg bei Würzburg.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatze ruhten die Waffen schon seit dem 22. Juli mittags 12 Uhr. Seit dem 18. befand sich das Hauptquartier des Königs von Preußen zu Nikolsburg, zwischen Brünn und Wien. Hier wurde am 21. zunächst eine fünftägige Waffenruhe vereinbart, die am folgenden Tage beginnen und der ein Waffenstillstand behufs definitiven Friedensschlusses folgen sollte. Noch am Vormittag jenes 22. war bei Blumenau ein Gefecht im Gange, in welchem die Division Fransecky gegen Teile des X. und des II. österreichischen Corps stand, und welches für die Österreicher höchst wahrscheinlich mit einer neuen Niederlage und mit dem Verlust von Preßburg geendet haben würde: zwischen den preußischen Truppen, die eine Umgehung ihres Gegners vollendet hatten, marschierte die Brigade Mondl zurück, als gegen Mittag die Nachricht von dem vereinbarten Stillstand der Waffen eintraf und den Feindseligkeiten auch hier ein Ziel setzte.

Die geistige Überlegenheit des preußischen Ministers und die weise Mäßigung und Festigkeit des Königs zeigten sich bei den Unterhandlungen, die am 26. Juli zu dem Präliminarfrieden von Nikolsburg führten, dem am 23. August der definitive Friedensschluß zu Prag folgte. Mit Entschiedenheit hatte Bismarck daran festgehalten, keine Waffenruhe eintreten zu lassen, ehe die Friedenspräliminarien gesichert waren, wodurch die französische Vermittelung ihres eigentlichen

Zieles verlustig ging; der König seinerseits verzichtete mit weitem Blick und wackerer Gesinnung auf die nutzlose Genugthuung eines Einzugs in Wien, welcher dem berechtigten Stolze Österreichs eine unheilbare Wunde geschlagen und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen nach dem Kriege, eine spätere, aber nicht die am wenigsten kostbare Frucht der großen Entscheidung, auf lange Zeit unmöglich gemacht haben würde.

Der Kaiser von Österreich erkannte in dem Frieden die Vereinigung des Lombardisch-Venezianischen Königreichs mit dem Italienischen sowie die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und gab seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates. Er übertrug die durch den Wiener Frieden erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein an Preußen; doch sollten — dies war der einzige greifbare oder sichtbare Erfolg der französischen Vermittelung — die nördlichen Distrikte von Schleswig-Holstein mit Dänemark wieder vereinigt werden, wenn ihre Bevölkerung in freier Abstimmung diesen Wunsch zu erkennen gebe, — ohne daß indes über das Wann, Wie und Wo dieser Abstimmung irgend etwas gesagt worden wäre. „Auf den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers von Österreich" erklärte sich der König von Preußen bereit, das Königreich Sachsen „in seinem gegenwärtigen Territorialbestand zu belassen", dasselbe zahlte dagegen 10 Millionen Thaler Kriegskosten; die übrigen Territorialveränderungen in Deutschland, welche hier nicht genannt wurden — es war die Vereinigung Schleswig-Holsteins, Hannovers, Nassaus, Kurhessens und der Stadt Frankfurt mit Preußen —, erkannte Österreich an, desgleichen das engere Bündnis, welches die Staaten nördlich der Linie des Mains schließen, sowie den Verein, den die außerhalb dieses Bündnisses stehenden süddeutschen Staaten bilden würden. Dieser Verein der Südstaaten, war gesagt, werde eine internationale unabhängige Existenz haben; seine nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde wurde näherer Verständigung zwischen beiden vorbehalten. Österreich zahlte 40 Millionen Thaler Kriegskosten, von denen jedoch 20 Millionen für die Forderungen Österreichs aus dem Schleswig-Holsteinischen Krieg und für Verpflegung der preußischen Truppen abgerechnet wurden.

Nach diesem Frieden gab es keinen Deutschen Bund mehr, und Preußen unterhandelte denn auch mit den übrigen kriegführenden deutschen Staaten, deren Heer sich in der Zeit zwischen dem Präliminarfrieden von Nikolsburg und dem Definitivfrieden von Prag auflöste, nur als mit einzelnen. Württemberg und Baden, mit denen am 13. und 17. August zu Berlin Friede geschlossen wurde, verloren kein Gebiet, so wenig als Österreich oder Sachsen, zahlten aber jenes acht,

dieſes ſechs Millionen Gulden Kriegskoſten; Bayern verlor ein geringfügiges Landſtückchen „zur Wahrung ſtrategiſcher und Verkehrsintereſſen“ — 10 Quadratmeilen mit 33 000 Einwohnern — und zahlte 30 Millionen. Das Großherzogtum Heſſen zahlte drei Millionen und trat die Landgrafſchaft Heſſen-Homburg und einige Gebietsteile von Oberheſſen an Preußen ab; mit demjenigen Teile ſeines Territoriums, welcher nördlich vom Main lag, trat es dem neu zu bildenden Norddeutſchen Bunde bei; die Poſtverwaltung ging im ganzen Großherzogtum an Preußen über; ebenſo erhielt Preußen das Beſatzungsrecht in Mainz, wie es ſeither der Bund beſeſſen hatte (3. September). Sämtliche Staaten erkannten die Feſtſetzungen von Nikolsburg an. Der Deutſche Zollverein blieb erhalten, jedoch mit einer ſechsmonatlichen Kündigungsfriſt, was die ſüddeutſchen Staaten ganz in preußiſche Hände gab.

Übrigens trat der deutſche Territorialismus vom diplomatiſchen Kriegsſchauplatze nicht mit größeren Ehren ab, als vom kriegeriſchen. Wie der König von Hannover nach Langenſalza noch auf die franzöſiſche Einmiſchung ſeine Hoffnung geſetzt hatte, ſo wendeten ſich auch die ſüddeutſchen Kabinette, mit Ausnahme desjenigen von Karlsruhe, an die kaiſerliche Regierung in Frankreich und baten um deren Unterſtützung bei den Unterhandlungen in Berlin: mit großer Genugthuung konſtatierte der franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen in einem Brief an den franzöſiſchen Botſchafter in Berlin den Erfolg dieſer Unterſtützung. Aber er war nicht wohlberichtet. Dem preußiſchen Miniſter, dem der Parteihaß die geheime Abſicht einer Verſchleuderung der Rheinprovinz und was ſonſt noch nachgeſagt hatte, war es vorbehalten, auch hier die deutſche Geſinnung (oder, was dasſelbe iſt, das preußiſche Ehrgefühl) zu bethätigen, welche der deutſche Territorialismus entweder nur geheuchelt hatte oder doch in jedem Augenblick um ſehr untergeordneter Zwecke willen zu verleugnen bereit war. Bismarck ließ die Franzoſen in dem Glauben, daß ihnen zuliebe die ſüddeutſchen Staaten ſo glimpflich weggekommen ſeien: in Wahrheit verhielten ſich die Dinge ganz anders. Noch im Auguſt des ereignisreichen Jahres waren geheime Schutz- und Trutzbündniſſe zwiſchen Preußen einerſeits und Bayern, Baden, Württemberg andererſeits geſchloſſen worden, in welchen die Vertragſchließenden ſich gegenſeitig ihre Länder garantierten — was, wie Bismarck ihnen beweiſen konnte, ſehr nötig war — für den Fall eines Krieges ſich zu deren Verteidigung ihre volle Kriegsmacht zur Verfügung ſtellten und die kleineren Staaten für dieſen Fall den Oberbefehl über ihre Truppen dem König von Preußen übertrugen. Auf Heſſen war dieſes Vertragsverhältnis nicht ausgedehnt worden, weil man dieſes Landes ſicher genug war — ſicherer, als des

dortigen leitenden Ministers von Dalwigk, dessen Verschwiegenheit man das wichtige Geheimnis zu überlassen Bedenken trug.

Der Hauptpunkt in dem französischen Programm, die trennende „Mainlinie" bestand in Wahrheit schon nicht mehr. Die Nation war weiter gelangt, als sie selber wußte. Einige Jahre später erfuhr man, daß am 6. August der französische Botschafter, Benedetti, nach verschiedenen anderen vorhergegangenen Versuchen bei dem preußischen Minister eingetreten war und die Forderung gestellt hatte, Mainz mit entsprechendem Gebiet an Frankreich abzutreten oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. „Ich bin natürlich keine Minute zweifelhaft gewesen über die Antwort," erzählte der Minister, der mit Blut und Eisen das neue Deutschland geschaffen, „ich antwortete: Gut, dann ist Krieg." Diese Sprache konnte jetzt, nach den ereignisvollen sechs Wochen, welche ein Werk von Jahrhunderten vollendeten, zum erstenmal wieder ein deutscher Staatsmann den Franzosen gegenüber führen. Mit kurzen Worten war damit die Rechtfertigung des Krieges von 1866 ausgesprochen.

II. Die einzelnen Staaten.

1866—1870.

Niemand hatte sich in der That gründlicher verrechnet als der große Rechenkünstler an der Seine, und diese Fehlrechnung sollte ihm und seinem Volke noch weiterhin teuer zu stehen kommen. Der Fehler in seinen Rechnungen war aber nicht von heute und von gestern, und er beschränkte sich nicht auf die deutschen Angelegenheiten allein. Napoleon III. hatte sich in die Lage gebracht, in der entscheidenden Stunde seinen Worten und Wünschen keinen Nachdruck geben zu können, und um die Haltung der französischen Regierung während der großen Krisis, die mit dem „Siebentägigen Krieg" ihre so rasche und aller Welt unerwartete Lösung gefunden hatte, zu begreifen, müssen wir den Blick zunächst weit ab von den europäischen Dingen nach Amerika richten, in dessen Angelegenheiten Napoleon auf der einen Seite durch eine höchst unklare und unzeitige Ideologie, auf der andern Seite durch die Bigotterie und schmutzige Gewinnsucht eines Teiles seiner Umgebung sich hatte verstricken lassen. Der großartige Charakter der jüngst verlebten Zeit springt dann erst recht in die Augen, wenn man auch den andern Weltteil, der neben Europa Träger der großen weltgeschichtlichen Ideen zu sein begonnen hat, mit in Betracht zieht. Eben in jenen Tagen, als auf den Schlachtfeldern Böhmens das Schicksal Europas entschieden wurde, durchschnitt der Great Eastern die Breite

des Atlantischen Oceans: er hatte das Telegraphenkabel an Bord, welches künftig für den Gedankenaustausch der beiden Weltteile die Entfernung bis auf wenige Minuten aufheben sollte: und glücklich gelang diesmal, was zweimal gescheitert war. Am 27. Juli legte das Schiff am amerikanischen Ufer, am Gestade von Neufundland an. Die Verbindung war hergestellt: ein Werk des Friedens von unermeßlichen Folgen, in seinen besonderen Formen ein weltgeschichtliches Ereignis ersten Ranges.

Wir haben an dieser Stelle nur die Ereignisse von Nordamerika — die fernere Entwickelung des Nordamerikanischen Bürgerkrieges und den traurigen Ausgang des Mexikanischen Kaiserreichs — ins Auge zu fassen.

A. Amerika.

1. Die Vereinigten Staaten.

Am 4. März 1865 hatte Abraham Lincoln sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten zum zweitenmal angetreten. Er durfte hoffen, binnen kurzem vollends den Krieg zu beenden und dann das Werk der Befriedung und Wiederherstellung zu beginnen, für welches sein edler, zugleich milder und fester Charakter ihn vorzugsweise zu befähigen schien. Die Lage der Südstaaten war bereits unhaltbar geworden. Auch dort fing man jetzt an, die Sklaven zu bewaffnen, ohne damit, wie es hieß, „ihr Rechtsverhältnis zu präjudizieren", während auf seiten der Union bereits 100 000 Neger in 140 Regimentern unter den Waffen standen. Der innere Hader, Symptom der beginnenden Auflösung, war im Lager der Föderierten bereits im Gange. Der Präsident Jefferson Davis und der Kongreß zu Richmond überhäuften sich gegenseitig mit Vorwürfen; am 18. März vertagte sich der letztere, indem er der Bevölkerung den sehr mageren Trost hinterließ, daß die Eroberung des Südens eine geographische Unmöglichkeit sei. Die Unionsarmeen rückten dem Herde der Rebellion näher: Sherman marschierte vom Süden heran, vom Norden aus dem Shenandoahthale zog Sheridan der Armee Grants zu, welche bereits vor den Linien von Richmond-Petersburgh lag. Am 27. März hielten Lincoln und die Generale Grant, Sheridan und Sherman in Grants Hauptquartier einen Kriegsrat, in dessen Folge nun Grant am 29. zum entscheidenden Angriffe vorging. Vom 31. März bis zum 2. April wurde gekämpft; am 2. wurden die äußeren Schanzen von Petersburgh genommen und die Konföderierten auch vor Richmond aus allen ihren Stellungen herausgeschlagen. In der Nacht vom 2. auf den 3. räumte ihr General

Lee, während der Präsident nach dem Süden entfloh, beide Städte, und am 3. zogen — voran die schwarzen Regimenter unter General Weitzel — die Bundestruppen ein, während Grant und Sheridan dem Rückzuge Lees folgten. Am 6. kam es zu einem letzten Kampfe; am 9. kapitulierte dieser tapferste und befähigteste der sezessionistischen Generale. Seine Mannschaft, noch 26 000 Mann, wurde entwaffnet und auf Ehrenwort, nicht weiter gegen die Union zu dienen, entlassen, noch 159 Kanonen und 71 Fahnen wurden ausgeliefert. Lee ersuchte den Bundesgeneral um Lebensmittel für seine Truppen, die seit 36 Stunden nichts mehr gegessen hätten. Nach Vollziehung dieser Kapitulation, von Appomattox Courthouse genannt, welcher zwölf Tage später die von Durham Station zwischen Sherman und Johnston folgte, ergriff Lincoln sofort Maßregeln, um die schwere Kriegslast zu erleichtern. Die Blockade der südlichen Häfen ward aufgehoben, die Fabrikation von Waffen und Munition sowie die Aushebungen wurden eingestellt, die Verkehrshemmungen für Virginien, Carolina und den östlichen Teil von Georgien beseitigt. In einer Rede zu Washington teilte der Präsident seine Gedanken über Neueinrichtung der wieder zurückgewonnenen Staaten mit. Es war sein politisches Testament; wenige Tage später, am 14. April 1865, fiel dieser edle und weise Staatsmann, Märtyrer einer großen Sache, dem Meuchelmorde zum Opfer, mit welchem noch im Unterliegen eine schlechte Sache sich selbst das schimpflichste Brandmal aufdrückte. In seiner Loge im Theater zu Washington ward er von einem Schauspieler Namens Wilkes Booth niedergeschossen. Der Mörder rief mit Komödiantenpathos ein: „Sic semper tyrannis!“ in die verwirrte und erschrockene Menge hinein, schwang sich von der Logenbrüstung auf die offene Scene, von wo er durch eine Seitenthür verschwand, um sich dann auf ein bereit gehaltenes Pferd zu werfen, das ihn der ersten Verfolgung entzog. Es war eine ganze Rotte solcher Meuchelmörder vorhanden: ein anderer derselben versuchte sich zu gleicher Zeit an dem erkrankten Minister Seward, der aber mit dem Leben davonkam. An der Lage der Dinge änderte die verruchte Frevelthat nichts. Gemäß der Verfassung ergriff am 15. sofort der Vicepräsident Andrew Johnson das Regiment, und das erste, was dieser that, war, daß er jener Konvention von Durham Station zwischen Sherman und Johnston die Genehmigung versagte, weil sie politische Abmachungen enthielt, zu denen der General nicht befugt gewesen sei: am 26. mußte sich Johnston auf dieselben Bedingungen wie Lee unterwerfen. Es war derselbe Tag, an welchem den Mörder Lincolns sein Geschick ereilte: bei seiner Gefangennehmung in Maryland ward er erschossen. Jefferson Davis, am 13. Mai ergriffen, ward vorläufig nach dem Fort Monroe gebracht.

Das nächste und schwierige Problem war, auf welche Weise, nachdem die Union thatsächlich wiederhergestellt war, die überwundenen Rebellenstaaten zu behandeln seien. Am 29. Mai, nachdem der bewaffnete Widerstand überall aufgehört hatte, erließ Johnson eine Amnestie, welche zahlreiche Klassen ehemaliger Rebellen ausschloß; allein auch diesen Ausgeschlossenen ward Teil an derselben in Aussicht gestellt, sobald sie ein dahin gehendes Gesuch einreichen würden. Zunächst wurden (Juni) die Südstaaten in fünf große Militärbezirke eingeteilt und ihre „Rekonstruktion" eingeleitet, unter Gouverneuren, welche die Regierung zu Washington ernannte; die Kriegsgefangenen wurden, wenn sie der Union den Eid leisteten, begnadigt. Die Südstaaten machten sich diese Milde zu nutze. Sie hoben einer nach dem andern den Beschluß, mit welchem sie sich einst von der Union losgesagt hatten, auf und fügten sich ins Unvermeidliche; vor allem suchten sie der Einführung des Negerstimmrechts zu entgehen, über welches unter der siegreichen republikanischen Partei selbst die Meinungen geteilt waren: wie denn Lincoln selbst sofortiger politischer und gesellschaftlicher Gleichstellung der Neger als einer inneren Unmöglichkeit entgegen gewesen war. Die Habeaskorpusakte wurde für den Süden zunächst nicht wiederhergestellt, obwohl man sonst den Überwundenen gegenüber die äußerste Milde walten ließ. Als am 4. Dezember (1865) der Kongreß wieder zusammentrat, setzte der Präsident in einer ausführlichen Botschaft die Lage des Landes auseinander. Die Flotte sei von 530 Schiffen mit einer Bemannung von 51 000 Menschen auf 117 mit 12 000 herabgemindert; von der Militärmacht, welche am 1. Mai des Jahres eine Million gezählt habe, seien 800 000 Freiwillige bereits entlassen; ein dauernder Präsenzstand von 50 000 Mann möge künftig genügen. Er sprach den Dank gegen Gott, Anerkennung des durch eine That vatermörderischen Frevels geopferten Präsidenten Lincoln aus; von einem Austrittsrecht, kraft dessen einzelne Staaten sich von der Union lossagen könnten, von einer Souveränität der Einzelstaaten in diesem Sinne wisse die Verfassung der Vereinigten Staaten nichts; dagegen habe er die Staaten des Südens aufgefordert, zu ihrer Rekonstruktion selbst die Hand zu bieten und das Amendement zur Verfassung der Vereinigten Staaten anzunehmen, welches die Sklaverei aufhebe: die Verleihung des Stimmrechts an die Befreiten jedoch müsse den einzelnen Staaten überlassen bleiben. Über die Finanzen sprach sich die Botschaft sehr beruhigend aus. Die ungeheure Schuld von 2700 Millionen Dollar, welche der Krieg gekostet, könne in 30 Jahren getilgt sein. Die Botschaft schloß mit einem hoffnungsreichen Blick in die Zukunft. Zur Untersuchung der Frage, ob die Repräsentanten, welche die neugeordneten Südstaaten geschickt

hatten, in den Kongreß zugelassen werden sollten, setzte dieser eine Kommission nieder. Zunächst geschah es nicht; dagegen begann der Präsident die von ihm für die Südstaaten ernannten Gouverneure abzurufen, an deren Stelle dann solche traten, welche von den dortigen „Konventionen" oder Vertretungskörpern gewählt waren.

Darüber kam es zwischen dem Präsidenten und der Mehrheit des Kongresses, welche mit dieser übergroßen Milde gegen die ehemaligen Rebellenstaaten unzufrieden war, zu einem ersten Streit, der sich im Laufe des Jahres 1866 mehr und mehr schärfte. Am 20. Januar beschloß das Repräsentantenhaus den Negern des Distrikts Columbia, in welchem die Bundeshauptstadt Washington liegt, das unbedingte Stimmrecht zu verleihen; einige Tage später genehmigte der Senat einen Gesetzentwurf, welcher die Vollmachten einer Bundesschutzbehörde für die Freierklärten, der sogenannten Freedmansbureaus, verlängerte, und das Repräsentantenhaus trat bei; ein weiterer Beschluß des letzteren setzte fest, daß in einem Staate, in welchem die Hautfarbe zum Grund der Verweigerung des Stimmrechts gemacht werde, auch nicht mehr, wie bis dahin geschah, die Zahl der Farbigen bei Feststellung der Anzahl der von dem Staate zu wählenden Repräsentanten in Anrechnung gebracht werden dürfe (vergl. Band II. (XVII.) S. 564). Der Präsident legte gegen diese Beschlüsse sein Veto ein. Vertreter der Südstaaten zuzulassen, bevor der Kongreß diese Vertretung genehmigt habe, verbot ein weiterer Beschluß beider Häuser; trotz der heftigen Sprache, mit welcher der Präsident gegen diese Gesetze sich erklärte, folgte ein fernerer Beschluß (17. März), in welchem die bürgerlichen Rechte der Neger aufgezählt und unter den Schutz der Bundesgerichte gestellt wurden; das Veto, das der Präsident einlegte, wurde am 9. April von dem Kongreß mit der von der Verfassung vorgeschriebenen Mehrheit von zwei Dritteln umgestoßen. Beide Teile steigerten und überboten sich in entgegengesetzten Kundgebungen. Am 4. April erließ der Präsident eine Proklamation, nach welcher die Rebellion nunmehr als beendet anzusehen sei; der Kongreß aber nahm einen Verbesserungsvorschlag zur Verfassung an, nach welchem den Teilnehmern an der Rebellion bis zum 4. Juli 1870 das Recht, an der Wahl der Repräsentanten für den Kongreß und des Präsidenten der Republik teilzunehmen, abgesprochen, den Häuptern der Rebellion die Wählbarkeit für immer entzogen, jede Übernahme von Schulden, welche zu Rebellionszwecken gemacht worden, auf einen Staat oder den Bund unbedingt untersagt war; und die für diese Beschlüsse gewählte Form einer Verfassungsberichtigung gestattete kein Veto des Präsidenten. Indes schöpfte die frühere Sklavenpartei in den Südstaaten aus der Haltung des ersten Beamten der Republik wieder neuen Mut:

sie bewies es durch scheußliche Negermetzeleien, welche im Mai zu Memphis, im Juli zu New Orleans stattfanden. Sie lebte als demokratische Partei wieder auf, und es erregte gewaltige Entrüstung, daß Johnson der Deputation einer demokratischen Parteiversammlung gegenüber (18. August) in sehr wegwerfenden Ausdrücken von dem Kongresse — „eine Körperschaft, welche sich für den Kongreß der Vereinigten Staaten ausgiebt" — sprach und sich auf „die Hilfe der braven Soldaten" in einer Weise berief, welche den Verdacht erweckte, als trage er sich, er, der Präsident einer Republik, in welcher selbst die Möglichkeit eines solchen Verfassungsbruchs undenkbar schien, mit dem ungeheuerlichen Gedanken an einen Staatsstreich. Allein die Eindrücke, die er auf einer Rundreise im November erhielt, konnten solche Gedanken, wenn er ja sie hegte, nicht ermutigen. Die Wahlen zum Kongreß, die gegen Ende des Jahres stattfanden, fielen in den meisten Staaten entschieden zu Gunsten der republikanischen Partei aus, wogegen jene eben erwähnte Verfassungsberichtigung nicht die nötige Zustimmung von drei Vierteln der Staaten fand. Der Kongreß, am 3. Dezember wieder zusammentretend, nahm den Kampf gegen den Präsidenten, der sich in seinem Benehmen viele Blößen gab, mit Nachdruck auf. Er beschränkte durch ein Gesetz dessen Recht der Beamtenernennung, indem er die Rechtsgültigkeit einer von ihm verfügten Beamtenentlassung an die Zustimmung des Senates band; am 20. erhob er eine Rekonstruktionsbill zum Gesetz, nach welchem die zehn noch nicht wiederhergestellten Sezessionsstaaten abermals, wie im vorigen Jahre, in fünf Militärbezirke eingeteilt und der Bundesmilitärautorität unterworfen, der Wiederantritt des vollen Repräsentationsrechts aber für sie an sehr bestimmte Bedingungen geknüpft wurde. Nur vergeblich versuchte der Präsident es wieder mit seinem Veto: er mußte die fünf Militärgouverneure ernennen (März 1867). Übrigens verfuhr man im einzelnen mit Milde, wie denn der Präsident der ehemaligen Konföderation, Jefferson Davis, von dem obersten Bundesgerichtshof gegen eine Kaution von 100 000 Dollar auf freien Fuß gesetzt wurde.

Der Streit der obersten Gewalten dauerte fort. Während der Vertagung des Kongresses instruierte der Präsident die Gouverneure, Wählerlisten in seinem Sinne anfertigen zu lassen; nach ihrem Zusammentritt verständigten sich die beiden Häuser des Kongresses über eine Bill, durch welche der Präsident bei dem Rekonstruktionswerke ganz beiseite geschoben und dasselbe dem Oberbefehlshaber des Heeres, General Grant, übertragen wurde, und stießen das ohnmächtige Veto des Präsidenten wieder mit ihrer Zweidrittelmehrheit über den Haufen. Dieser Zusammenstoß der Gewalten hatte hier weniger zu sagen, wo

die Regierungsmacht an und für sich nicht die tief eingreifende Bedeutung für das Volksleben hat, wie in den Staatswesen der Alten Welt. Mit aller Gemütsruhe erörterte der Präsident, als der Kongreß im Dezember (1867) wieder zusammentrat, in seiner Botschaft die Frage, was er, der Präsident, gegen nicht verfassungsmäßige Gesetze des Kongresses thun könne und thun solle; als er aber im Februar 1868 seine Macht erproben wollte, indem er den Kriegsminister Stanton absetzte, was ihm ohne Genehmigung des Senats nicht mehr zustand, und den General Lorenzo Thomas ernannte, beschloß das Repräsentantenhaus ihn in Anklagezustand zu versetzen. Der Senat, vor dessen Schranken die Anklage erhoben werden mußte, nahm sie an. Bei dem Prozesse, der am 30. März seinen Anfang nahm, kam aber nichts heraus. Johnson ward in der Hauptsache freigesprochen. Dies gab seinen Gegnern Gelegenheit, über bestochene Richter zu klagen; im übrigen störten alle diese Vorgänge, die kein europäischer Staat ohne die gefährlichsten Zuckungen hätte ertragen können, den Gang der Dinge im Guten und Bösen in diesem Lande nur wenig. Die meisten der ehemaligen Rebellenstaaten hatten mittlerweile die Bedingungen des Kongresses erfüllt und wurden nunmehr (Mai 1868) auf Grund des Rekonstruktionsgesetzes zur Vertretung im Kongresse wieder zugelassen.

Die Bewegung für die Wahl des Präsidenten auf die nächsten vier Jahre hatte bereits begonnen. Die republikanische Partei — Plattform von Chicago — stellte den General Grant, die demokratische — Plattform von New York — Horatio Seymour als Kandidaten auf. Neben dem Hauptgegensatze handelte es sich diesmal auch um finanzielle Fragen, bei denen nicht wenige in Europa beteiligt waren: Rückzahlung der Staatsschuld in Papier oder in Gold. Bei der Wahl am 3. November siegte der Kandidat der republikanischen Partei, der siegreiche Feldherr der letzten Kriegsjahre, Ulysses Grant, 25 Staaten gegen 9, 206 Stimmen gegen 88. Ihre zahlreichen Gläubiger beruhigte die Republik durch einen Beschluß des Kongresses vom 14. Dezember, welcher jede Form einer „Repudiation" der Nationalschuld — also auch die Zahlung in entwertetem Papier — für des amerikanischen Volkes unwürdig erklärte.

Gesündere Zustände kehrten allmählich zurück, wiederholte Amnestieakte Johnsons fanden jetzt Billigung. Am 4. März 1869 trat Grant sein Amt an. In kurzer Rede verhieß er strenge Ausführung der Gesetze, redliche Bezahlung der Staatsschuld und sprach sich für die Verfassungsberichtigung aus, nach welcher Unterschied der Hautfarbe künftighin keinen Unterschied in politischen Rechten begründe. Die Reformen in der Verwaltung der öffentlichen Ämter, die er ankündigte,

setzte er nicht durch. Die ungeheuren Übel, welche die Kehrseite des großartigen Bildes eines auf möglichst schrankenlose Freiheit des Einzelnen gegründeten Staatswesens darstellen, ernstlich anzugreifen, ist kein einzelner Mann dort mächtig, sind nur wenige mutig genug: es ist nicht anders zu erwarten, als daß da, wo die Freiheit alle menschlichen Kräfte in energischeren Schwung setzt als anderswo, auch die niedrigen Triebe und Leidenschaften, Gewinnsucht und Genußsucht, mit rücksichtsloserer Verachtung göttlicher und menschlicher Gesetze ihre Befriedigung suchen. Ein Musterbild, nach welchem sich die europäischen Staaten je früher desto lieber umzugestalten hätten, kann die Union nur in den Augen des radikalen Unverstandes sein, der wie der legitimistische weder zu lernen noch zu vergessen versteht; aber mit Freude kann man den fördernden und anregenden Einfluß gewahren, mit dem dieses großartige und jugendkräftige Staatswesen dasjenige vergilt und erwidert, was es fortwährend seinerseits von dem „alternden" Europa bezieht, dem seine centrale Weltstellung und die schwererrungenen Erträgnisse seiner vieltausendjährigen Geschichte noch für lange Zeit die Führerrolle sichern.

Ein wichtiges Ereignis bezeichnete den Anfang der Verwaltung Grants: die Vollendung der großen Pacificbahn (10. Mai 1869), welche die atlantische Küste des großen Kontinents mit der am Stillen Ocean verbindet. Auch die Monroe-Doktrin „Amerika für die Amerikaner" errang im April 1867 einen friedlichen Triumph: es kam ein Vertrag zum Abschlusse, kraft dessen Rußland seine Besitzungen auf amerikanischem Boden an die Vereinigten Staaten verkaufte. Die 7 Millionen Dollar und die guten Beziehungen zur Union hatten für Rußland mehr Wert als die 17 500 Quadratmeilen, welche in unwirtbarer und entlegener Gegend wenig über 60 000 Menschen nährten. Diese Seite der auswärtigen Politik der aus schwerer Krisis glücklich geretteten Union erledigte sich leicht: minder günstig waren die Beziehungen zu zwei anderen europäischen Mächten, England und Frankreich. Und zunächst mit dem letztern galt es eine Auseinandersetzung in betreff Mexikos, in dessen Angelegenheiten der französische Kaiser in einer üblen Stunde sich hatte verstricken lassen.

2. Das Kaiserreich Mexiko.

Die Anerkennung, welche das neue Kaiserreich Mexiko bis Ende des Jahres 1864 bei den europäischen Staaten gefunden hatte, half dem unternehmenden Manne, der eine vergleichungsweise beneidenswerte Stellung in Europa gegen die undankbarste aller undankbaren Aufgaben vertauscht hatte, nicht viel. Mit dem ersten Tage, an

welchem er den Fuß auf mexikanischen Boden setzte, begannen die Täuschungen, eine nach der andern, zu schwinden. Die Indianer allerdings sahen in ihm eine Art höheres Wesen und empfingen ihn gut; aber auf ihre Schwäche und ihren wankelmütigen Aberglauben war kein Reich zu gründen. Die Hoffnung, mit dem Klerus in ein leidliches Verhältnis zu kommen, ohne doch die Liberalen und die Besitzer der ehemaligen Kirchengüter vor den Kopf zu stoßen, zerstörte der päpstliche Nuntius, der auch hier dem Versuche einer Verständigung zwischen den Ansprüchen der Kurie und den Bedürfnissen des Jahrhunderts, insbesondere einer Verständigung in betreff der verkauften geistlichen Güter das: „Non possumus“ des Römischen Stuhles entgegensetzte, und als der Kaiser auf eigene Hand das Verhältnis von Staat und Kirche zu ordnen unternahm, hiergegen protestierte; die fernere Hoffnung, daß etwas wie geregelte Finanzen in diesem Lande möglich sei, zerfiel gleichfalls bald. Geregelte Finanzen waren unmöglich, weil eine geordnete Verwaltung unmöglich war und umgekehrt. Die Erträge der „mexikanischen Anleihen“ verschwanden zum großen Teil, ehe sie noch mexikanischen Boden erreichten. Der ersten von Miramar, von 515 Millionen Frank, von denen schließlich auch nur wenige der Sache, der sie dienen sollten, wirklich zu gute kamen, folgte im Jahre 1865 eine zweite, welche der ersten 250 Millionen Kapitalschuld hinzufügte, und doch wußte man, daß man mit dem wirklichen Ertrag dieser Anleihe nicht über die Hälfte des Jahres hin ausreichen würde. All dies Geld kam aus Europa und war zum größten Teile aus „den kleinen Börsen von Frankreich“, wie sich ein Geschichtschreiber des Kaiserreichs ausdrückt, genommen; es reicht vollkommen aus, die ganze Trostlosigkeit der Lage zu kennzeichnen, wenn man hört, daß keine einzige reiche mexikanische Familie auch nur den Wert einer einzigen Obligation zeichnete; von den 250 Millionen aber erhielt der Kaiser in Wirklichkeit nur 136, die er zu zwölf Prozent verzinsen mußte. Maximilian selbst war thätig und machte sich mit allem, Presse, Verwaltung, Militär, Polizei zu schaffen; aber er hatte keine glückliche Hand und keine Folgerichtigkeit und lebte in dem damals allverbreiteten Vorurteil von der Unübertrefflichkeit französischer Organisationsformen und Organisationstalente. Nach diesem Muster wurde denn Mexiko in sieben Militärdivisionen und in 50 Departements geteilt, ein französischer Polizeichef verschrieben, ein Franzose zum Finanzminister designiert; am 10. April ward ein organisches Reichsstatut, eine Art Verfassung, veröffentlicht; in Wahrheit konnte von einer solchen nicht die Rede sein, da nur die Waffengewalt diesen Thron aufrechthielt.

Unglücklicherweise aber war der Kaiser selbst kein Soldat. Das

Heer bestand aus 26 000 Mann, von denen 18 000 Franzosen, die übrigen österreichische und belgische Geworbene waren; wo beide Gattungen verbunden operierten, war der französische Kommandant der höhere; daß es zwischen diesem Allerlei von Offizieren, französischen, österreichischen, belgischen, mexikanischen, nicht an Händeln fehlte, läßt sich ermessen. Im Grunde waren jedoch die französischen Truppen allein zuverlässig, und der Marschall Bazaine, der an ihrer Spitze stand, gefiel sich darin, gelegentlich zu zeigen, daß er der eigentliche Herr im Lande sei. Kaiser Max hatte Muße, die besten Dekrete auszudenken und zu veröffentlichen: sie blieben unausgeführt, wer hätte sie ausführen sollen! Die kriegerische Lage indes konnte dem nur die Oberfläche der Dinge streifenden Blick günstig erscheinen. Ein feindliches Heer stand nirgends im Feld. Wohl aber regten sich, bald hier bald dort auftauchend und wieder verschwindend, verschwindend und wieder auftauchend, zahllose bewaffnete Banden, von denen keine einzige Provinz frei war; selbst auf der Straße von Veracruz nach Puebla kamen sie zum Vorschein. Ihnen gegenüber war es eine Handlung weniger der Energie als der rachsüchtigen Ohnmacht, wenn (3. Oktober 1865) Maximilian ein Dekret erließ, in welchem er alle diejenigen, welche Banden angehörten, die nicht gesetzlich ermächtigt seien, durch Kriegsgerichte abzuurteilen befahl: „Sind sie schuldig, oder werden sie im Gefecht ergriffen, so sind sie zum Tode zu verurteilen, und die Sentenz ist binnen 24 Stunden zu vollziehen.“ „Ich lade Sie ein“, hieß es in dem vertraulichen Rundschreiben Bazaines an die Offiziere — „à Mss. les officiers seulement“ — welches diese Weisung erläuterte, „ich lade Sie ein, die Truppen unter Ihren Befehlen wissen zu lassen, daß ich nicht zulasse, daß man Gefangene macht. Jedes Individuum, welches es sei, wird zum Tode gebracht werden, keine Auswechselung der Gefangenen wird künftighin stattfinden.“ Der unglückliche Fürst hatte mit jenem Dekret sein eigenes Todesurteil unterzeichnet, und auch für den andern sollte der Tag der Rache kommen. Am 13. Oktober 1865 wurde das scheußliche Dekret an zwei gefangenen Juaristischen Generalen, Arteaga und Salazar, vollstreckt.

Soviel war lange klar, daß dieser Thron umfiel, sobald die französische Kriegsmacht ihn nicht mehr stützte. Der Vertrag von Miramar vom April 1864 hatte festgesetzt, daß die französischen Hilfstruppen das Land räumen würden in dem Maße, als Kaiser Maximilian im stande sein werde, eine eigene Truppenmacht zu ihrem Ersatze zu organisieren; die französische Fremdenlegion, 5000 Mann, war auf sechs Jahre verpflichtet. Aber es gab jemand, dem dies zu lange dauerte. Die ganze „mexikanische Intrigue“ beruhte auf der Voraussetzung, welche im Jahre 1861 auch einige Wahrscheinlichkeit für sich

hatte, daß die große Union des Nordens entzweibrechen — daß die Engländer sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, den abgefallenen Südstaaten zu einer eigenen politischen Existenz zu verhelfen, und daß deren Konföderation alsdann an einer neuen Monarchie in Mexiko und deren europäischen Schützern und Schöpfern eine Stütze suchen müßte. In England hatte man wohl Lust, so zu thun, aber nicht den Mut, und die Dinge nahmen einen andern Gang. Die Regierung der Vereinigten Staaten benahm sich bei dieser Gelegenheit übrigens durchaus offen und würdig. Schon am 7. April 1864 gab der Minister des Auswärtigen, Seward, dem amerikanischen Gesandten in Paris zur Mitteilung an die französische Regierung Nachricht von einer Resolution des Kongresses: „es passe der Politik der Vereinigten Staaten nicht, eine monarchische Regierung, errichtet auf den Trümmern einer republikanischen und unter den Auspicien irgend welcher europäischen Macht, auf amerikanischem Boden anzuerkennen." Bereits am Ende jenes Jahres war deutlich, daß nicht die Union erliegen werde. Man erkannte in Washington keinen andern mexikanischen Gesandten an, als den des gestürzten republikanischen Regiments, und dies wurde im Juli 1865 dem dortigen französischen Gesandten sehr deutlich gesagt: als dann die französische Regierung durch ihren Gesandten zu Washington das Ansinnen stellte, das Kaisertum Mexiko anzuerkennen, um dadurch den Abzug der Franzosen zu ermöglichen, wurde Seward in einer Depesche vom 6. Dezember, auf welche ebenso wie auf die Stimmung des ganzen amerikanischen Volkes schon jenes unglückliche Dekret vom 3. Oktober wirkte, noch deutlicher. Es scheine ihm, sagte er, ebenso tadelnswert, wenn europäische Staaten sich in Angelegenheiten amerikanischer Staaten zu Gunsten monarchischer Verfassungen einmischten, wie es tadelnswert sein würde, wenn man amerikanischerseits sich in europäische Dinge zu Gunsten republikanischer Institutionen einmischte; er hoffe aufrichtig, daß die französische Nation es mit ihren besten Interessen und hohen Ehren vereinbar finden werde, sich binnen einer gegebenen und billigen Frist aus ihrer aggressiven Haltung in Mexiko zurückzuziehen. Nachdrücklicher wiederholte er am 16. Dezember, daß die guten Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in drohende Gefahr kommen würden, wenn dies nicht der Fall sein sollte.

Der Kaiser Napoleon mußte sich wohl oder übel dazu entschließen, diese Sprache zu verstehen. Im Januar 1866 schickte er den Baron Seillard nach Mexiko, um dem Kaiser Maximilian die Notwendigkeit des Abzugs der französischen Truppen einleuchtend zu machen und sich mit demselben hierüber zu verständigen. Jedermann sah, daß die Sache scheitern ging; mit einer Dreistigkeit, die freilich notwendig wird,

wo man einen Mann in die unnatürliche Lage gebracht hat, keinen begangenen Fehler eingestehen zu dürfen, gab sich die höfische Presse in Frankreich den Anschein, als glaubte sie, was die Regierung sagte, daß nämlich der Stand der Dinge in Mexiko so glänzend sei, um Frankreich die Rückberufung seiner Truppen zu gestatten: um diese zu bewerkstelligen, dazu, prahlte man, werde Frankreich, wie es gewohnt sei, sich seine eigene Stunde wählen. Aber auch dieses Spiel war nicht mehr möglich, als im August jenes Jahres die Kaiserin Charlotte auf europäischem Boden erschien, sich nach Paris, dann nach kurzem Aufenthalt nach Rom begab und hier, das beklagenswerte Opfer eigenen und fremden Ehrgeizes, in Wahnsinn verfiel, aus dem sie nicht wiedererwachte.

In Mexiko selbst ging nunmehr das Trauerspiel rasch zu Ende. Wo die Franzosen, welche seit November sich in der Hauptstadt und auf der Straße von dort nach Veracruz zu „konzentrieren" begannen, abmarschierten, zogen die Juaristen ein. Maximilian, nach Habsburgischer Art unentschlossen und eigensinnig zugleich, fügte sich dem Winke des Schicksals nicht, der in jenem häuslichen Unglück für ihn lag. Statt selbst einen Entschluß zu fassen, der doch vernünftigerweise kein anderer sein konnte, als der des Verzichts auf das unglückliche Unternehmen, berief er seine Minister und den Staatsrat nach Orizaba, um ihnen die Fragen vorzulegen, welche die Lage der Dinge stellte: unglücklicherweise lautete hier die Antwort auf mindestens vorläufige Erhaltung des Kaiserreichs. Am 9. Dezember schnitten die Franzosen, indem sie auf das Zollamt in Veracruz Beschlag legten, ihrem preisgegebenen Schützling seine letzte sichere Geldquelle ab; sie hatten, gedrängt von dem unabänderlichen Willen in Washington, ihre Konzentrierung nahezu vollendet. Was Maximilian an Streitkräften noch übrigblieb, war nicht der Rede wert: er konnte sich aber nicht entschließen, mit den Franzosen zu gehen, wie er mit ihnen gekommen war. Zur Abdankung wäre er bereit gewesen, und er hegte die Absicht, diese Frage einer zu berufenden mexikanischen Nationalversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Sie kam nicht zu stande und war in der That sehr überflüssig; zu anderen Zeiten soll er daran gedacht haben, den Kaiser der Franzosen zu ärgern, indem er die Gewalt in die Hände seines republikanischen Gegners Juarez niederlege. Im Februar 1867 nahm Bazaine in einer Proklamation Abschied von dem Lande, in welchem er mitsamt seinem Heere eine zum mindesten sehr überflüssige Rolle gespielt hatte. Am 6. März schifften sich die letzten Franzosen nach Europa ein. Einen Teil ihres Kriegsmaterials verkauften sie, ohne viel zu fragen und zu feilschen, an Beauftragte des Juarez: während Kaiser Maximilian mit etwa 10 000 Mann

nordwärts zog und sich in der Stadt Queretaro festsetzte, um dort das Heer des Juarez und sein Schicksal zu erwarten oder herauszufordern. Es erfüllte sich rasch. Während die Juaristen unter Porfirio Diaz (April) Puebla nahmen und damit den Rückzug nach der Küste unmöglich machten, ward Queretaro eingeschlossen. Das letzte, was vielleicht dem Geiste des unglücklichen Fürsten vorgeschwebt hatte, als er es verschmähte, sich mit den Franzosen zu retten — den Tod in offenem Kampfe, vereitelte der Verrat des Generals Lopez, der sich dafür den in diesem Lande ungewöhnlich hohen Preis von 30 000 Unzen Gold bezahlen ließ. Am 15. Mai fiel der Platz mit dem Kaiser und den Generalen Miramon und Mejia in die Hände des Juarez. Die Gefangenen wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt; die Verwendung der Vereinigten Staaten zu ihren Gunsten, die sich nicht weigerten, dieser Humanitätspflicht zu genügen, war vergebens; der einzige Grund, den man anrufen konnte, daß es ein gar zu hohes Haupt sei, das hier fallen sollte, verfing auf diesem Boden nichts. Manche lebten hier, denen es eine Art Genugthuung bereitete, zu zeigen, daß man sich auch hier auf die Kunst verstehe, die man einst in den Tagen von 1848 im monarchischen Europa so wohl verstanden. Am 19. Juni in der Frühe wurde das Urteil vollstreckt. Einige Wochen später fiel die Hauptstadt Mexiko und Veracruz; bald war jede Spur der seltsamen Episode eines Habsburgisch-Französischen Kaisertums auf amerikanischem Boden verschwunden. Den Sarg mit der Leiche brachte die österreichische Fregatte Novara nach Europa zurück, dasselbe Schiff, welches drei Jahre früher das kaiserliche Paar nach dem unglücklichen Strande getragen hatte.

Mit diesem blutigen Proteste hatte das republikanische Amerika den ersten nicht wohlüberlegten Versuch einer Erneuerung des europäischen Einflusses jenseit des Oceans zurückgewiesen. Indem unsere Erzählung sich nach Europa zurückwendet und die einzelnen Staaten in den Jahren, welche zwischen zwei großen Entscheidungen, 1866 und 1870, liegen, vorüberzuführen sich anschickt, werden wir anzuerkennen haben und bald im einzelnen bestätigt finden, daß der so ganz unerwartete Verlauf und Ausgang der Ereignisse von 1866 für den *ganzen* Weltteil von höchster Bedeutung war: wir werden aber zu unterscheiden haben zwischen denjenigen Staaten, für welche diese Bedeutung nur eine *mittelbare* war, und denjenigen, deren ganzes politisches Leben in den nächsten Jahren wesentlich und *unmittelbar* von den Wirkungen jener Ereignisse bestimmt und beherrscht wurde. Zu der ersteren Gruppe gehören England und Rußland, die Türkei, Griechenland, Belgien, Holland, Schweden, Dänemark, Schweiz; zu der letzteren Österreich, Italien, Frankreich und die deutschen Staaten. Dieser

letzteren Gruppe müssen wir dann Spanien zugesellen, obgleich es an und für sich zur anderen zu rechnen ist, weil die Umwälzung, welche in diesen Jahren auf der Pyrenäischen Halbinsel sich vollzog, den Anlaß lieferte zu dem Riesenkampfe von 1870, — einem Zusammenstoß zweier Welten, zu dem die Ereignisse von 1866, groß und gewaltig wie sie sind, doch nur wie ein Vorspiel sich verhalten.

B. Europäische Staaten.

Erste Gruppe.

1. England.

In England war es gewissermaßen zum Dogma geworden, die Ereignisse auf dem Festlande nur als eine Art Schauspiel zu betrachten, bei dem die Bevölkerung dieser gesegneten Insel nicht mehr beteiligt sei als etwa das Publikum eines Theaters bei den Hochzeiten und Leichenzügen, den Feindschaften und Versöhnungen und allem sonstigen bunten Wechsel, der auf der Bühne vor sich geht. So verhielt sich das englische Volk im ganzen auch den Ereignissen von 1866 gegenüber. Daß Venezien an Italien kam, mit guter oder schlechter Art, das lag in den Wünschen des englischen Liberalismus; in Beziehung auf die Leistungsfähigkeit Preußens war man dort nicht klüger und nur noch etwas unwissender gewesen als anderswo auch. Man sah sich jetzt getäuscht, überrascht, aber man war im allgemeinen vernünftig genug, anzuerkennen, daß die bessere Sache gesiegt habe, und man fand sich leicht in die veränderte Gestalt der festländischen Dinge, die für England manches Bequeme, z. B. die Ersparung einer Anzahl von Gesandtschaftsposten, im Gefolge hatte. Wie weit übrigens die Teilnahmlosigkeit gegenüber den festländischen Angelegenheiten ging, und welche Gefahren sie für England mittelbar in sich schloß, werden wir an einzelnen Beispielen kennen lernen.

Auf sich selbst sich zurückziehend, nahm man hier die Arbeit innerer Reform mit einigem Nachdruck wieder auf. Die Zeit von 1866—70 ist durch zwei solcher großen und grundlegenden Reformen bezeichnet: die Fortsetzung des Werkes von 1832, Ausdehnung des Wahlrechts — und die endliche Beseitigung der irischen Staatskirche.

Die erste dieser Reformen, die Parlamentsreform, wurde, kein unerhörter Fall in der englischen Geschichte, durch das konservative Ministerium durchgesetzt, das im Herbst 1866 die Geschäfte übernahm. Eine energische Bewegung im Volke ließ dieses Ministerium nicht im unklaren über die Notwendigkeit und das Zeitgemäße einer solchen

Maßregel. In allen großen Städten wurden zahlreiche Volksversammlungen gehalten, bei denen man zum Teil in Resolutionen sich für die am weitesten gehende Form, das allgemeine Stimmrecht, aussprach und in radikalen Demonstrationen sich erging. Am 15. Februar 1867 veröffentlichte die Regierung eine Anzahl allgemeiner Sätze oder Resolutionen, ohne noch eine vollständige Bill vorzulegen. Während nun die Liberalen angesichts dieser Frage sich einigten, spaltete sich die Regierung, und die strengeren Tories, welche von keinen weitgehenden oder überhaupt von keinen Zugeständnissen wissen wollten, schieden aus. Am 18. März legte der geschickte Mann, der die Partei in diesen kritischen Zeiten führte, Disraeli, seine Bill vor. Den einzelnen parlamentarischen Stadien, in denen die Regierung mit Zugeständnissen an die Opposition sich über Wasser hielt, folgen wir nicht; am 15. Juli passierte sie das Unterhaus in dritter Lesung, am 16. begann die Debatte im Oberhause; sie ward dort in dritter Lesung am 6. August angenommen und ging nun mit den Änderungen, die sie hier erlitten, an das Unterhaus zurück: man verständigte sich, und am 15. August (1867) erhielt sie die königliche Sanktion und ward Gesetz. Sein Hauptinhalt, ergänzt durch eine Bill über eine neue Regulierung der Sitze, war im wesentlichen: Herabsetzung des Census für die Wähler von 50 auf 15 Pfd. St. in den Grafschaften; in den „Burgflecken" hat jeder Hausinhaber, welcher Armensteuer zahlt, und jeder Untermieter einer Wohnung im Werte von 10 Pfd. St. das Wahlrecht; allen Städten unter 10 000 Einwohnern ist von zwei Vertretern einer zu entziehen, dagegen erhalten die großen Städte, Liverpool, Manchester, Birmingham, Leeds, einen dritten Vertreter; doch darf in den Städten mit drei Vertretern jeder Wähler nur auf zwei seine Stimme abgeben, so daß in diesen also auch die Minoritäten vertreten sind.

Noch ehe aber die Zeit für Wahlen nach diesem neuen Gesetze gekommen war, hatte die Opposition sich der Frage der endlichen Beseitigung der anglikanischen Staatskirche in Irland bemächtigt: einer Frage, die sich allerdings durch den aufs neue höchst bedrohlichen Zustand Irlands der öffentlichen Aufmerksamkeit entgegendrängte. Wir kennen die neue Form, in welcher der alte Haß des Kelten gegen den Sachsen zu Tage trat, den Geheimbund der Fenier: wiederholt und wiederholt mußte die Habeaskorpusakte suspendiert, im Dezember 1866 mußten neue Verhaftungen von Mitgliedern des Bundes vorgenommen, über drei weitere Grafschaften der Belagerungszustand verhängt, die Polizeimannschaft mit Schußwaffen bewehrt werden; im März 1867 brach auf verschiedenen Punkten der Insel ein förmlicher Aufstand los, und die gestörten Beziehungen Großbritanniens zu Amerika, von denen wir weiter hören werden, legten

es den englischen Staatsmännern nahe, durch eine tiefer greifende Reform die Stimmung in Irland zu verbessern. Man war schon weit im 19. Jahrhundert, schon über seine Hälfte hinausgekommen, als endlich ernstlich die Abschaffung der anglikanischen Staatskirche in Irland in Angriff genommen wurde: am 24. Juni (1867) wies der alte Lord John Russell im Oberhause auf diese Wunde hin und beantragte eine Adresse an die Königin um Niedersetzung einer Kommission zur Untersuchung und Feststellung des Vermögens der Staatskirche in Irland. Es geschah: aber die Regierung zeigte keine Lust, etwas Ernsthaftes in der Frage zu thun, aus dem an sich richtigen, aber gleichwohl schlechten Grunde, daß dies doch nichts an der Hauptsache ändern werde, und die Session ging zu Ende, ohne daß ein Fortschritt gemacht worden wäre (21. August). Am 19. September fiel ein neues Opfer: ein Polizeimann wurde zu Manchester erschossen, als dort ein irischer Haufe ein paar gefangene Fenier auf ihrem Transport gewaltsam befreite. Von den Teilnehmern an diesem Aufruhr wurden einige zum Tode verurteilt und drei derselben, obgleich der volle Beweis der Urheberschaft nicht erbracht war, am 23. November (1867) gehängt. Wenige Wochen später wurde England aufs neue mit Schrecken und Wut erfüllt, als im Gefängnis in Clerkenwell (London) eine Explosion stattfand (13. Dezember), welche ihren Zweck, Befreiung der dort verwahrten fenischen Gefangenen, nicht erreichte, dagegen einer erheblichen Anzahl von Umwohnern des Gefängnisses Leben oder gesunde Glieder kostete. Am 28. Januar 1868 wurden von einigen der Mitschuldigen Enthüllungen über dieses echt keltische Bubenstück gemacht. Wenn man nun auch mit Recht sagen konnte, daß solchen Feinden gegenüber einfach das Recht der Notwehr, Gewalt gegen Meuchelmord, gelte, so mußte man doch gleichzeitig den Versuch machen, wenigstens den besseren Elementen des irischen Volkes den Grund zum Mißvergnügen zu entziehen: und als am 15. Februar die Regierung abermals vom Parlament die Suspension der Habeaskorpusakte verlangte, da beschloß die Opposition, an diesem Punkte den Angriff auf das Ministerium zu beginnen.

Gleichzeitig regte demgemäß Lord John Russell die irische Kirchenfrage und ein unabhängiger Liberaler oder Radikaler, Stuart Mill, die irische Landfrage, die Stellung der Pächter, an; der letztere meinte kurz entschlossen, es müßten einfach die Pächter in Besitzer verwandelt werden, wenn den alten Beschwerden gesteuert werden solle. Inzwischen war (25. Februar) der seitherige Führer der Tories, Earl Derby, aus Gesundheitsrücksichten von den Geschäften zurückgetreten, und die in diesem Lande so wichtige Stellung des obersten Leiters der Partei fiel an Disraeli. Mit großem Selbstgefühl hoben ihre Organe

in der Presse das Ereignis hervor, daß die Tories, daß so viele vornehme Häupter vom ältesten Adel sich der Leitung eines Mannes von gestern her, dem Enkel eines jüdischen Kaufmanns, der vor nicht allzu langer Zeit aus Venedig nach England eingewandert war, bequemten: es war eine Huldigung, die dem Talente dargebracht ward, und die allmählich in diesem Lande häufiger wurde. Vom 10.—16. März erfolgte eine Debatte im Unterhause über irische Angelegenheiten, bei welcher Gelegenheit die Regierung sich mancherlei Blößen gab. Unter anderem brachte sie einen sehr unreifen und sehr unweisen Gedanken — Gründung einer eigenen katholischen Universität — zu Markte; ein Ungedanke an sich, im 19. Jahrhundert eine Totalität der Wissenschaften in die Schranken und Formen eines bestimmten Bekenntnisses bannen zu wollen, ganz abgesehen davon, daß eine solche Gründung das Werk der Versöhnung zwischen England und Irland unmöglich fördern konnte. Der Quäker Bright, ein beredter Sprecher und mächtiger Volksführer von radikalen Anschauungen, verglich die Regierungsvorschläge witzig mit „Pillen, gegen Erdbeben zu gebrauchen": die Gründung einer katholischen Universität aber nannte er, mit dem besten Rechte, einen unweisen, unpolitischen, abenteuerlichen Gedanken. Hier war ein Punkt, an welchem die Liberalen der verschiedenen Farben sich wieder sammeln konnten. Gladstone, jetzt an der Stelle des alten Russell der Führer der Whigs, erklärte mit großem Nachdruck, daß die Zeit gekommen sei, wo die protestantische Kirche als Staatskirche in Irland zu existieren aufhören müsse, und er legte dem entsprechend am 23. März dem Hause drei Resolutionen vor, von denen die erste eben dies mit Unumwundenheit aussprach, die dritte die Königin bitten sollte, um zu diesem Ergebnis zu gelangen, dem Parlament ihr Patronatsrecht auf anglikanische Pfründen in Irland zur Verfügung zu stellen. Die Rede, mit welcher er, einer der bedeutendsten Parlamentsredner Englands, am 30. die Debatte eröffnete, schloß mit dem pathetischen Worte des römischen Dichters: Venit summa dies et ineluctabile fatum. Aber die Konservativen wollten noch immer diesem letzten Tage, diesem unentrinnbaren Geschick entfliehen: heftig widersetzte sich Disraeli: in diesem Punkte konnten und wollten die Tories keine Zugeständnisse machen, sie hätten damit sich selbst, ihre Geschichte aufzugeben gefürchtet. Dennoch war es, wie Gladstone sagte: das Ende war gekommen; als er den Antrag stellte, über seine drei Resolutionen nunmehr als über einen förmlichen Gesetzvorschlag in Beratung zu treten, vereinigte er unter dieser Fahne 328 gegen 272 Stimmen; es wurde bemerkt, daß ein Jahrzehnt früher ein ähnlicher Antrag nicht mehr als 95 Stimmen für sich gehabt hatte. Diese Mehrheit gegen die Regierung stieg noch um einige Stimmen,

als am 30. April über die erste und entscheidende Resolution abgestimmt wurde.

Das Parlament hatte gesprochen: man erwartete, was die Regierung thun würde. Disraeli wußte mit vieler Kunst der scheinbar höchst ungünstigen Lage eine günstige Seite abzugewinnen. Die Abschaffung der irischen Staatskirche, sagte er, welche vielleicht bald die der Staatskirche auch in England nach sich ziehen würde, sei eine höchst wichtige, höchst bedenkliche Maßregel, über welche notwendigerweise, ehe man ihr näher trete, die Meinung des Landes eingeholt werden müsse. Dies würde durch eine Parlamentsauflösung zu geschehen haben; diese Appellation an das Volk aber müsse, da mittlerweile die Reformbill Gesetz geworden, offenbar an die neuen Wählerschaften gerichtet werden; deshalb habe er der Königin, welche seine Demission nicht anzunehmen geruht habe, geraten, das Parlament aufzulösen, sobald es der Stand der öffentlichen Geschäfte erlaube, und dann an die neuen Wählerschaften zu appellieren; als Zeitpunkt für diese Neuwahlen bezeichnete er den November. Durch dieses geschickte Manöver erwirkte er der Toryregierung noch einige Frist. Denn obgleich Bright und andere in heftigen Worten gegen die Minister ausfielen, welche ihre Königin betrügen, so wollte sich doch die Mehrheit nicht einer Parlamentsauflösung und den schweren Kosten einer Neuwahl noch vor dem nahe bevorstehenden Inslebentreten der Bestimmungen der Reformakte, — mit anderen Worten zweimaligen Wahlkosten innerhalb kurzer Frist — aussetzen. So begnügte sich Gladstone, nachdem das Unterhaus seine Resolutionen angenommen und die Königin die Erklärung hatte abgeben lassen, daß ihr Patronatsanteil kein Hindernis für die Erwägungen des Parlaments bilden solle, eine Bill vorzulegen, nach welcher bis zum 1. August 1869 keine neuen Ernennungen für die Kirche, deren Existenz in Schwebe stand, vorgenommen werden dürften. Sie ward im Unterhause angenommen, im Oberhause aber, wo die Bischöfe saßen, von denen keiner Unabhängigkeit und christlichen Rechtssinn genug besaß, um die unnütze, ja nichtsnutzige Institution — wohlbezahlte Geistliche für leere Bänke in stattlichen Kirchen — fallen zu lassen, ward sie verworfen. Diese Frage nun beherrschte die Wahlen, die im November zum erstenmal nach dem reformierten Wahlgesetz vorgenommen wurden; die auswärtige Politik spielte bei denselben gar keine Rolle. Am 1. Dezember (1868) lag das Ergebnis, auf welches man wohl gespannt sein durfte, vor. Es hatten 2 235 000 Wähler ihre Stimmen abgegeben: 387 Liberale, 271 Konservative waren gewählt. Weit nicht so demokratisch, als seine Gegner gefürchtet oder zu fürchten vorgegeben hatten, zeigten sich die Ergebnisse des neuen Wahlgesetzes. Man zählte in dem neuen Unterhause 45 Mitglieder der

großen Adelsfamilien des Landes, welche Anwartschaft auf einen Sitz im Oberhause hatten, — 65 jüngere Söhne, 94 Vettern und andere Verwandte dieser großen Häuser; neben der Geburtsaristokratie war die Geldaristokratie mit nicht weniger als 117 Mitgliedern vertreten; kein einziger Arbeiterkandidat war durchgegangen. Der europäische Arbeiterbund, die „internationale Association", welche, 1864 gestiftet, im September 1865 zu London eine große Konferenz ihrer geschäftleitenden Müßiggänger gehalten hatte und auf dem Kontinent sich bald weit verzweigte, machte hier in England, wo sich auch die Arbeiterassociationen auf den englischen, nicht auf den revolutionären Überall- und Nirgends-Boden stellten, nur schlechte Geschäfte. Die Kosten für die Wahlen waren übrigens durch die Vermehrung der Wählerschaft nicht geringer geworden, und England blieb in dieser Beziehung der am wenigsten demokratische Staat in Europa.

Gegen das, was sonst in solchen Fällen konstitutionelles Herkommen in England war, trat die Regierung noch vor dem Zusammentritt des Parlaments zurück, und es wurden die Führer der Whigs, Lord John Russell, der aber einen Sitz im Kabinett ablehnte, und Gladstone mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Die Führung des Unterhauses und die Präsidentschaft übernahm Gladstone; von den übrigen sind zu nennen Lord Clarendon für das Auswärtige, Lowe Schatzkanzler; Bruce, Cardwell, Göschen; neu war der Eintritt eines entschiedenen Radikalen: John Bright, ein Mann, welcher der alten Parteischablone von Whigs und Tories ganz fern stand, hatte eingewilligt, als Präsident des Handelsamtes Mitglied dieser neuen Regierung zu werden, die einem neuen Parlament — zu einem Drittel wenigstens bestand es aus neuen Männern — gegenübertrat.

Das nächste Ziel, die Abschaffung der anglikanischen Kirche in Irland als einer Staatskirche, wurde im Laufe des Jahres 1869 erreicht. Am 1. März legte Gladstone seine Entpfründungs- und seine Entstaatlichungsbill — so mag man das Disendowment und Disestablishment des Gesetzvorschlags übersetzen — dem Parlamente vor: am 7. Mai war sie im Unterhause ohne tiefgreifende Änderungen angenommen. Die Tories setzten ihre Hoffnung auf das Oberhaus, und sie besaßen Macht genug, um in ihren Kreisen eine lebhafte Agitation gegen die Bill ins Werk zu setzen. Im Oberhause war eine starke Partei, Lord Derby an der Spitze, entschlossen, dieselbe um jeden Preis zu Falle zu bringen. Allein die Verständigen verhehlten sich nicht, wohin das führen würde: daß sie dadurch eine gewaltige Reformagitation hervorrufen würden, zu der auch sofort die Anstalten getroffen wurden, und deren Spitze sich dann unmittelbar gegen das Oberhaus selbst

kehren mußte. Ein Brief Brights an seine Wähler, unumwundener, als für ein Mitglied der Regierung gestattet war, sprach von der gesetzgeberischen Weisheit der Peers in einem ziemlich geringschätzigen Tone, und so wurden bei dritter Lesung im Oberhause doch diejenigen Beschlüsse, welche der sich erhitzenden Stimmung am anstößigsten waren, wieder zurückgezogen. Gegen den Protest von 46 Peers unter Lord Derbys Führung ward ein Kompromiß angenommen, und nach weiteren Verhandlungen hin und her ward die Bill Ende Juli Gesetz. Das unhaltbar und zum Ärgernis gewordene, von allem Anfang an ungerechte Institut that einen sehr sanften Fall. Die nun freie, nicht mehr staatlich organisierte anglikanische Kirche, welche in ganz Irland vielleicht 600 000 Zugehörige zählte, behielt von den etwa 16 Millionen Pfund der alten Staatskirche etwa 12 Millionen und war mithin, da sie überdies meist aus reichen Leuten bestand, die reichste kirchliche Gesellschaft der Welt. Eine mäßige Abfindung erhielten Katholiken und Presbyterianer; der Rest, den Gladstones ursprüngliche Bill zu wohlthätigen Anstalten nicht kirchlichen Charakters verwendet wissen wollte, wurde zur Verfügung des Parlaments gehalten.

Es war darum natürlich, daß die Maßregel den gewünschten Erfolg für die Stimmung in Irland nicht hatte, und mit dem Feniertum hatte man nach wie vor zu kämpfen. In mehreren Städten wurden erklärte Mitglieder des Bundes zu Bürgermeistern, zu Tipperary wurde sogar ein Fenier ins Parlament gewählt. Die irische Landbill, welche die Regierung am 15. Februar 1870 vorlegte, und welche am 8. Juli das letzte Stadium im Oberhause zurücklegte, erwies sich zur Herbeiführung einer endlichen Versöhnung noch weniger geeignet, als das Kirchengesetz, weil sie auf ihrem Weg durch die beiden Häuser vollends zu einer halben Maßregel geworden war, die niemand befriedigte, obgleich sie insofern doch einen entschiedenen Fortschritt enthielt, als sie dem seitherigen absoluten Recht des Landeigentümers dem Pächter gegenüber ein Ende machte und den letzteren einigermaßen gegen willkürliche Entlassung durch jene schützte.

Der Gedanke, demnächst eine Reform des Oberhauses ins Auge zu fassen, konnte sich leicht aufdrängen, da wirklich die parlamentarische Maschine in diesem alten Gemeinwesen für die Bedürfnisse des rasch lebenden Jahrhunderts, das nach Verbesserungen aller Art verlangte, zu langsam arbeitete und auch zum Teil nach gar zu sehr veralteten Prinzipien zusammengesetzt war. Was neben jenen beiden eben erwähnten größeren Reformen durch die Gesetzgebung jener Jahre geschah, ist bald verzeichnet: Beschränkung der Peitschenhiebe in der Armee (1867), Abschaffung des Kirchensteuerzwangs (Juli 1868), Ankauf sämt-

licher Telegraphenlinien durch den Staat (1869). Dagegen scheiterten alle Versuche, in das beschränkte Hochkirchentum in England selbst Bresche zu legen, an dem Oberhause und an der Engherzigkeit und Borniertheit derer, welche diese Kirche seit langer Zeit leiteten. So zerschellte die Bill, welche bestimmt war, die beiden Hochburgen des Anglikanismus, die Universitäten Oxford und Cambridge, durch Abschaffung des längst zu einer heuchlerischen Fratze gewordenen Eides auf die 39 Artikel auch den Dissenters zugänglich und so zu wahrhaft nationalen und in mittelbarer Folge auch mehr als bisher wissenschaftlichen Instituten zu machen, an dem Widerspruche des Oberhauses, nachdem das Unterhaus sie angenommen hatte; im Innern der Hochkirche aber zeigte sich die orthodoxe Denkfaulheit übermächtig bei Gelegenheit eines Streites, der zwischen zwei anglikanischen Bischöfen in Südafrika, dem von Natal, Dr. Colenso, und dem in der Kapstadt entbrannt war. Der erstere hatte, jedoch in wissenschaftlicher Form, in Beziehung auf die Entstehung des Pentateuchs Ansichten geäußert, welche im protestantischen Deutschland auch von kirchlich-gesinnten Männern geteilt werden oder wenigstens längst nicht mehr zum Gegenstand ketzerrichterlicher Verdammung gemacht werden können: hier aber im Lande der Freiheit geriet Klerus und Laienschaft der hohen Kirche über diese Meinungsäußerung in gewaltige Aufregung. Der Bischof von Capetown erweckte seinem häretischen Amtsbruder einen Gegenbischof, den der Primas von England, der Erzbischof von Canterbury, bestätigte (1868), sehr im Einklange mit einer Versammlung von 80 englischen Bischöfen, einer Art von Konzil, welches im September 1867 gehalten worden war. Diejenige Partei unter den Anhängern der anglikanischen Kirche, welche dem Ritual dieser Kirche noch eine Anzahl von Formen und Ceremonieen, die aus der römisch-katholischen herübergenommen waren, hinzufügen wollten, die Ritualisten, war mächtig durch Zahl und Einfluß, obgleich im Dezember 1868 das richterliche Komitee des geheimen Rates gegen sie entschied; die Zahl der sogenannten Puseyiten, einer andern Spielart derselben katholisierenden Richtung, war wenigstens nicht im Abnehmen, und ihre Rührigkeit gab sich unter anderem in dem Projekt kund, auch für die anglikanische Kirche Mönchsklöster einzuführen. Am päpstlichen Hofe, wo man freilich von Illusionen zu leben gewohnt war, glaubte man bereits die Zeit nicht mehr fern, da England in den Schoß der heiligen Mutterkirche zurückkehren werde. Einmal in dieser Täuschung befangen, konnte man unter die Zeichen der herannahenden Zeit auch dies rechnen, daß das Oberhaus, sonst so widerwillig, wenn es sich darum handelte, alten Unfug und gesetzliche Mißbräuche abzuschaffen, ohne Umstände die Abschaffung desjenigen — freilich nicht sehr alten (1851) — Gesetzes ge-

nehmigte, welches römisch-katholischen Bischöfen untersagte, sich englische Titel beizulegen, — sich Erzbischöfe von Westminster, Bischöfe von York, Exeter u. s. w. zu nennen.

In diesem Punkte wie in manchem anderen zeigte sich eine gewisse Erschlaffung der nationalen Energie. An der gewaltigen wissenschaftlichen Thätigkeit des Jahrhunderts, mit welcher man es sich in Deutschland so sauer werden ließ, hat England nicht so viel selbständigen Anteil genommen, als man von einem protestantischen und germanischen Lande hätte erwarten sollen: das für die wissenschaftliche Bewegung bedeutungsvollste Werk war das im Jahre 1859 erschienene Buch von Charles Darwin: Die Entstehung der Arten auf dem Wege natürlicher Auswahl (selection), welches allenthalben die Naturforscher, Philosophen und Theologen aufregte. An Reichtum und materiellem Behagen nahm dagegen das Land immer mehr zu. Die Budgets dieser Jahre mit ihren gewaltigen Überschüssen und ihren Steuerermäßigungen bildeten einen Gegenstand neidischer Bewunderung für die Festlandstaaten, denen ihre vielen schweren noch ungelösten Fragen eben jetzt die Notwendigkeit auferlegten, ihre Steuerkraft aufs äußerste anzuspannen, um den kriegerischen Entscheidungen, denen man entgegensah, gewachsen zu sein. England selbst staunte, als der Schatzkanzler des Gladstoneschen Kabinetts, Lowe, am 8. April 1869 das Budget für 1870 vorlegte und mittelst einer einfachen Reform der Steuererhebungsart das erwartete Deficit in einen Überschuß verwandelte; in Heer und Flotte wurden Ersparnisse beantragt, welche für das erstere in dem Jahre, in welchem der große Krieg in Europa ausbrach, 1870, auf 1 129 000 Pfund veranschlagt wurden.

Dem englischen Publikum, das immer mehr an dieses egoistische Genießen sich gewöhnte, gefiel dies überaus wohl, und man behagte sich in dieser Lage so trefflich, daß man auswärtigen Verwickelungen mit noch mehr Scheu, als bisher schon gewöhnlich war, aus dem Wege ging. Nur ein rühmliches Blatt zeigt die auswärtige Politik Englands in diesem Zeitraum, die Abessinische Expedition.

Der „Negus" oder Kaiser von Abessinien nämlich, welcher der christlichen Vergangenheit des Landes zuliebe seinen barbarischen Namen in Theodor verwandelt hatte und den Ehrgeiz hegte, das alte Abessinische Reich, das nach dem Aussterben der alten bescheiden auf König Salomo von Israel zurückgehenden Dynastie in eine Anzahl von Fürstentümern auseinandergefallen war, wiederherzustellen, setzte seit lange die Geduld der Engländer auf die Probe, indem er englische Missionäre und andere Europäer, welche Glaubenseifer, Wissensdrang oder Zufall und Abenteuer in sein Land geführt hatte, gefangen hielt, von ihnen zu civilisatorischen Zwecken nach seiner Weise Nutzen zog

und sie zum Dank dafür nach seinem Wohlgefallen mißhandelte. Der Barbar vertraute auf die Unzugänglichkeit und Abgelegenheit seines Gebirgslandes: er mochte denken, wie auch in England einige, zum Glück nur wenige, entartete Menschen dachten, daß eine kriegerische Expedition den Engländern viel mehr Menschenleben und viel mehr Geld kosten würde, als die paar unglücklichen Leute wert waren, an denen der Negus seine wilden Launen ausließ. Er faßte schwerlich den Gedanken, daß ein Staat, der seines Namens wert sein und sich nicht selber aufgeben will, ungerecht gefangene Mitbürger selbst vom Monde herab heimholen muß, wenn es möglich ist — und daß hier der Zauber des englischen Namens im ganzen Orient, jenes: „Civis Romanus sum", das man seit Palmerston im Munde führte, auf dem Spiele stand. Das Parlament bewilligte die Kosten, welche Disraeli zu niedrig anzuschlagen die Klugheit hatte, und von denen, was man nicht eben loben kann, ein Teil auf das Budget für Indien gewälzt wurde. Die nötigen Studien und Rekognoszierungsarbeiten wurden gemacht: am 4. Januar 1868 langte Robert Napier, welchem der Oberbefehl übertragen war, auf dem Schauplatze an. Achttausend Mann indischer, 4000 Mann englischer Truppen, denen 12 000 Maultiere, 20 Elefanten zur Verfügung standen, waren zur Stelle. Massaua, Senahe, Antalo bezeichnen dem Leser, der die Karte zur Hand nehmen will, die Marschlinie; die Engländer fanden an einem Feinde des Negus, Kasa, dem Fürsten von Tigre, einen Verbündeten. Theodor zog sich mit seinen Gefangenen und seinen Truppen in die uneinnehmbare Feste Magdala zurück, die sich aus einem tiefen Thale, dem Beschilo-Abgrunde, erhebt. Am 10. April langten die Engländer im Angesicht der Feste an. Der Tyrann bot, nachdem seine Truppen geschlagen waren, Unterhandlungen. Er brach sie ab, als man, wenngleich unter Zusicherung ehrenvoller Behandlung, die Auslieferung seiner eigenen Person von ihm verlangte; gleichwohl wurden am folgenden Tage die sämtlichen europäischen Gefangenen, etwa 60, mit ihrem Gepäck ausgeliefert und trafen im englischen Lager ein. Ob dies nur eine Laune des Wilden war, oder ob er sich schmeichelte, die Engländer dadurch zum Abzuge zu bestimmen — in jedem Falle sah er sich in der letzteren Hoffnung getäuscht. Am 13. ward die Feste gestürmt: als die ersten der Stürmenden eindrangen, fanden sie vor den Befestigungen die Leiche des Barbarenfürsten, der sich selbst den Tod gegeben hatte und so, die wilde Tragödie heroisch abschließend, seinen Feinden ihr bestes Beutestück entzog. Die Feste ward zerstört; auf der Talanta-Ebene, nördlich von derselben, hielt Napier Heerschau über die Truppen, welche der Barbarenwelt wieder einmal von dem langen Arme Großbritanniens Kunde gegeben hatten; unmittelbar dar-

auf ward der Heimweg angetreten, und am 2. Juni schifften sie sich wieder in der Anneslybai am Roten Meere ein. Die Expedition verschlang etwa das Vierfache der veranschlagten Summe: eine dauernde Besetzung des eroberten Gebiets lag nicht in Englands Plane. Ebenso glücklich endigte im gleichen Jahre 1868 eine Expedition an der Grenze Indiens gegen Afghanistan.

Dagegen trugen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika während dieses ganzen Zeitraums einen sehr unbehaglichen Charakter, und die Yankees fanden eine Art grausamen Vergnügens daran, die diplomatischen Verhandlungen, welche Englands Verhalten während des Amerikanischen Bürgerkrieges hervorgerufen, in die Länge zu ziehen, weil sie wußten, daß dies den Vettern drüben den Schlaf störte. Es vermehrte dieses Vergnügen, daß die fenischen Unruhen Nahrung und Ermutigung aus der Haltung der in den Vereinigten Staaten wohnenden Irländer zogen, obgleich die Unionsregierung ihrerseits in dieser Sache sich durchaus loyal verhielt. Wir sahen schon, wie die hier sich zeigenden Gefahren dahin trieben, die britischen Kolonieen in Amerika — Ober- und Unterkanada, Neuschottland, Neubraunschweig — zu einer engeren Verbindung zu veranlassen; am 30. März 1867 erhielt die Bill, welche sich hierauf bezog, die königliche Sanktion, am 5. Juni wurde Viscount Monk zum Generalstatthalter dieser Konföderation ernannt. Diese eröffnete im November ihr erstes Parlament zu Ottawa; einen königlichen Prinzen als Statthalter dorthin zu senden, hatte man unterlassen, um nicht die Amerikaner zu reizen. England hatte allerdings durch seine zweideutig unehrliche Politik während des Amerikanischen Bürgerkrieges sich hier die Rute selbst gebunden. Seine Regierung hatte in Beziehung auf die schwebende Frage der Entschädigungen für die durch die südstaatlichen Kaperschiffe, welche in englischen Häfen ausgerüstet worden waren, verursachten Verluste — man nannte sie nach einem dieser Fahrzeuge kurzweg die Alabamafrage — ein Schiedsgericht vorgeschlagen. Seward lehnte ab, die Schuld müsse eingestanden werden (so im November 1867), und der Gesandte der Union in London, Adams, erklärte demgemäß die Verhandlungen für abgebrochen. Sie ruhten eine Zeitlang; man atmete auf, als der neue amerikanische Gesandte Reverdy Johnson, ein redseliger Greis, sich in freundschaftlichem Sinne aussprach; Festmahl auf Festmahl wurde ihm gegeben, bei denen man sich englischerseits in Freundschafts-, Vetterschafts- und Bruderschaftsbeteuerungen überbot und dem gutmütigen und geschwätzigen Gaste dieselben Töne entlockte. Aber diese honigsüßen Tisch- und Nachtischreden fanden jenseit des Atlantischen Oceans nur geringen Widerhall. Ein Vertrag wurde am 23. November 1868 zwischen Johnson und dem englischen Minister

des Auswärtigen, Lord Stanley, unterzeichnet, der aber Seward nicht zufriedenstellte, und der, nachdem er durch Lord Clarendon, Stanleys Nachfolger, noch einmal zu Amerikas Gunsten geändert war, dennoch im April 1869 vom Senat zu Washington fast einstimmig verworfen ward. Einer der Senatoren, der sein lebelang ein unerbittlicher Gegner der Sklavenhalter gewesen war, der bedeutendste, folgerichtigste und edelste Vorkämpfer der republikanischen Partei, Charles Sumner, hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in welcher er nicht übel Lust zeigte, den Engländern die wohlgezählte Hälfte der infolge des Krieges erwachsenen amerikanischen Nationalschuld an den Hals zu hängen: wenn er auch schwerlich die Absicht hegte, diese Forderung thatsächlich geltend zu machen. Noch mehrere Jahre zogen die Unterhandlungen sich hin. Endlich, am 8. Mai 1871, einigte sich eine gemischte Kommission zu Washington über einen Vertrag, nach welchem die Entschädigungsfrage einem Schiedsgericht übertragen wurde, das denn auch, zu Genf zusammengetreten, im Jahre 1872 die Sache zu Ende brachte, indem es die Engländer zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 15 Millionen Dollar verurteilte. Noch zuletzt war eine Weiterung daraus entstanden, daß die amerikanische Regierung, die überaus leichtfertige Fassung eines Paragraphen in dem Washingtoner Vertrag benutzend, auch die Entschädigung für die mittelbaren Verluste, welche die Alabama und ihresgleichen verursacht, von dem Genfer Schiedsgericht berücksichtigt wissen wollte. Die Impertinenz dieser Forderung, mit der man schließlich der Alabama und damit den Engländern die Verantwortung für jeden während des Krieges bankrott gewordenen amerikanischen Kramladen hätte zuwälzen können, drohte endlich das Maß der englischen Nachgiebigkeit zu erschöpfen. Man begann jetzt in England ernstlich die Notwendigkeit zu erörtern, der offenbaren Verhöhnung ein Ende zu machen: mit Scham forderten jetzt viele, daß man sich auf jede Gefahr hin dem amerikanischen Übermute widersetzen müsse. Die Amerikaner lenkten nunmehr ein und ließen die Forderung fallen: ihren Zweck, den englischen Stolz zu demütigen und die Nation in den Augen Europas herabzuwürdigen, hatten sie vollständig erreicht.

2. Rußland.

Wie England, so wurde auch Rußland durch die Ereignisse von 1866 nicht unmittelbar berührt; die Zeiten waren vorüber, wo jeder Staat bei solcher Gelegenheit ein Beutestück für sich selbst zu erhaschen trachtete. Rußland fuhr fort, innerhalb seiner Grenzen jeden Rest einer selbständigen Nationalität dem Gedanken der Reichseinheit zu

unterwerfen — hier mit mehr, dort mit weniger Härte, aber überall mit der ganzen Folgerichtigkeit, welche der despotischen Regierungsform und Gewalt eigen ist, selbst wenn ein menschlich fühlender Herrscher sie übt.

Unerbittlich vollzog sich dieses Schicksal in Polen. Es konnte die Stimmung des Kaisers diesem Lande gegenüber nicht verbessern, als ihn bei seinem Aufenthalte in Paris 1867 das gaffende Pariser Volk und die aufgeblasenen Advokaten am Justizpalast und anderen Orten mit dem Rufe: „Vive la Pologne!“ empfingen und damit den Beweis lieferten, wie die kindische Sucht des Demonstrierens und der Phrase allmählich auch die feine gastliche Sitte, durch welche dieses Volk sonst sich ausgezeichnet hatte, erstickte. Einen Tag nach dieser Scene am Justizpalast, als Alexander II. an der Seite des Kaisers der Franzosen von einer Truppenschau zurückfuhr, ward ein Schuß nach dem Wagen abgefeuert. Einen Augenblick konnte man zweifeln, welchem der beiden Herrscher das Attentat gegolten hatte: aber alsbald schwand dieser Zweifel, da der Thäter ein Pole, mit Namen Berezowski, war. Jene Demonstrationen und dieser Mordversuch, eines so sinnlos wie das andere, hielten den Gang der Dinge nicht auf. Schon am 26. Mai 1867 war die Einverleibung Polens, welches in zehn Gouvernements und 85 Kreise eingeteilt ward, ausgesprochen worden. Ein Gebiet der Verwaltung nach dem andern wurde der Centralgewalt in Petersburg unterworfen. Vor allem wurde auf die römisch-katholische Kirche die schwere Hand der Gewalt gelegt, am 4. Dezember 1866 das Konkordat mit Rom aufgehoben, der Verkehr der römisch-katholischen Geistlichkeit und aller Katholiken mit dem Papst durch Ukas (22. Mai 1867) dahin geregelt, daß dieser Verkehr nur durch das römisch-katholische geistliche Kollegium zu Petersburg gehen dürfe. Kirchliche Entscheidungen von Rom mußten fortan dem Minister des Innern vorgelegen haben, ehe sie irgend welche Kraft äußern konnten; am 16. April 1868 war in einem Programm, das eine Feier des Jahrestags der Errettung des Kaisers aus der Gefahr, die ihm durch Berezowskis Mordanfall gedroht hatte, anordnete, im Gegensatze zu der griechisch-orthodoxen Kirche von den „ausländischen Konfessionen“ die Rede, unter welchen Begriff also auch die römisch-katholische fiel. Mit der Religion traf man auch die Nationalität, wie umgekehrt. Einige Tage nach der Pariser Reise des Kaisers ward die polnische Regierungskommission für Unterrichtswesen in Warschau aufgehoben und das polnische Unterrichtswesen mithin unmittelbar dem russischen Ministerium „für Volksaufklärung“ unterstellt: mit dem 1. Januar 1868 hoffte man dort in den „westlichen Provinzen“ zahlreiche Volksschulen eröffnen zu können, in denen der Religionsunterricht in russischer Sprache durch ruthenische

Geiſtliche erteilt werden ſollte. Den Beamten wurde befohlen, nach dem alten ruſſiſchen Kalender zu datieren; ein kaiſerlicher Befehl vom 22. Februar verordnete weitere Ausdehnung der ruſſiſchen Sprache als der Unterrichtsſprache an Gymnaſien: und ein naher Termin, der 1. Januar 1869, ward angegeben, an welchem das Ruſſiſche die alleinige Sprache für den höheren Unterricht ſein ſollte. Auch die Poſtanſtalten wie alle inneren Angelegenheiten wurden dem ruſſiſchen Miniſterium unterſtellt; ſelbſt die Theaterzettel in Warſchau mußten in beiden Sprachen gedruckt werden, und am Ende jenes Jahres bemerkte man, daß auf den Formularen der Polen betreffenden Regierungserlaſſe der „König von Polen“ verſchwunden war. Hier im Königreich ſetzte indes doch der Umſtand, daß die polniſche Nationalität die durchaus vorherrſchende war, der Grauſamkeit einige Schranken: vieles, was auf dem Papier ſtand, war im wirklichen Leben nicht durchzuführen. Empfindlicher war der Druck in den nordweſtlichen Gouvernements, in Litauen. Der Koſak, der dort regierte, Potazow, beſchränkte den Gebrauch der polniſchen Sprache auf die Familie und machte Miene, ſogar ihrem Gebrauch auf der Straße zu wehren. Es wurde eine förmliche Verfolgung angeordnet: wo noch ein höherer Geiſtlicher ſich widerſetzte, wie der Biſchof von Auguſtowo, Lubienski, ward er ins Innere des Reichs abgeführt. Indeſſen hielt ſich doch der Widerſtand am längſten da, wo er unmittelbar mit dem religiöſen Glauben zuſammenhing. Am 8. Juli 1869 war auch die Warſchauer Univerſität reorganiſiert worden, und ſelbſt über polniſche Litteratur durfte fernerhin nur in ruſſiſcher Sprache geleſen werden, ſie fügte ſich; ein Geiſtlicher in Wilna dagegen hatte noch April 1870 den Mut, den kaiſerlichen Ukas, welcher die Einführung der ruſſiſchen Sprache in den katholiſchen Gottesdienſt anordnete, öffentlich zu verbrennen.

„Wer das ſlawiſche Weſen und Sein erkennen will“, ſo ſagte der ruſſiſche Miniſter der Volksaufklärung, Graf Tolſtoi, vor einer Verſammlung von Profeſſoren und Studenten zu Warſchau (27. September 1868) in einer Rede, in welcher er ihr die Ruſſifizierung durch die Idee des Panſlawismus ſchmackhaft zu machen ſuchte, „der muß ſeinen Blick zuvor an die freie und unbegrenzte Anſchauung gewaltiger Erſcheinungen gewöhnt haben.“ Dieſe Worte mochten, aus dem Gebiete der Phraſe in das der Wirklichkeit verpflanzt, ungefähr den Sinn haben, daß es in dem großen Slawenreiche auf das Glück der einzelnen Menſchen und der einzelnen Völker weiter nicht ankomme; daß die Einzelnen und die Völker um des Ruſſiſchen Reichs willen, nicht dieſes um ihretwillen vorhanden ſei. Getreu dieſer Idee verfuhr die ruſſiſche Regierung auch in den baltiſchen Provinzen, wenngleich hier die

Grausamkeit nicht nötig und nicht geübt ward wie in dem unglücklichen Polen.

Auch hier, wo die höheren Schichten der Gesellschaft deutsch sind, nahm man mit neuem Nachdruck das Werk in Angriff, welches die russische Presse in Moskau mit den Worten bezeichnete „bedingungslose Unterwerfung unter die allgemeinen Grundsätze der Bürgereinheit" — überall die Kenntnis der russischen Sprache nicht nur zu fördern, sondern, ohne lange Frist zu gönnen, auch zu fordern. Der Kaiser, nur dem Namen nach unbeschränkter Herr, in Wahrheit vielleicht mehr als andere Fürsten nur der erste Diener des Gedankens, der im Russischen Reiche Gestalt gewonnen hat, nahm, zugänglich und milde wie er sonst war, doch die Adresse nicht an, in welcher (Dezember 1867) sich der livländische Landtag gegen diese Bestrebungen wehrte. Den Unterrichtsanstalten des Dorpater Lehrbezirks wurde auferlegt (1869), nur in russischer Sprache miteinander zu korrespondieren, und als Anfang 1870 der livländische wie der esthländische Landtag seine alte Landesverfassung in Anspruch nahm — „Freiheit des religiösen Bekenntnisses ohne allen Gewissenszwang, Recht eigener Fortentwickelung auf Grund deutscher Nationalität, einheimische Verwaltung und Rechtspflege": — da wurden sie kurz abgewiesen, „da sowohl die allgemeinen als die lokalen Gesetze ihre Kraft nur von der souveränen Gewalt entnehmen." In Kurland kam eine ähnliche Adresse nicht zu stande.

Der erwähnte Bescheid läßt über die maßgebenden Gesichtspunkte keinen Zweifel. Mitten in einer reformatorischen Thätigkeit begriffen, hielt der Kaiser um so mehr darauf, die Vollgewalt der „souveränen Macht" beisammen zu halten. Ob und wie weit dies nötig ist, darüber läßt sich ohne tiefere Kenntnis russischer Volks- und Lebenszustände nicht urteilen; daß die Abweisung jener Ansprüche der baltischen Stände nicht auf feindseliger Gesinnung des Kaisers gegen deutsches Wesen überhaupt beruhte, dafür gab er hinlängliche Beweise. Der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland zeigte er sich durchaus günstig. Es fiel auf, daß er (Dezember 1869) bei der 100jährigen Jubelfeier des St.-Georgenordens dem König von Preußen den St.-Georgenorden erster Klasse verlieh, welcher nach dem Ordensstatut nur für eine gewonnene Schlacht gegeben wird; er ehrte mithin durch die Verleihung den Sieger von Königgrätz; und in der That lag in der Wendung, welche die deutschen Dinge genommen, nicht das mindeste, was den russischen Interessen entgegen gewesen wäre. Auch in dieser Beziehung war es der erste Schritt zu einer gesünderen Gestaltung der europäischen Dinge, daß die zu enge Verbindung zwischen Deutschland und Österreich sich löste, um einer freieren, aber fruchtbareren Platz zu machen: die

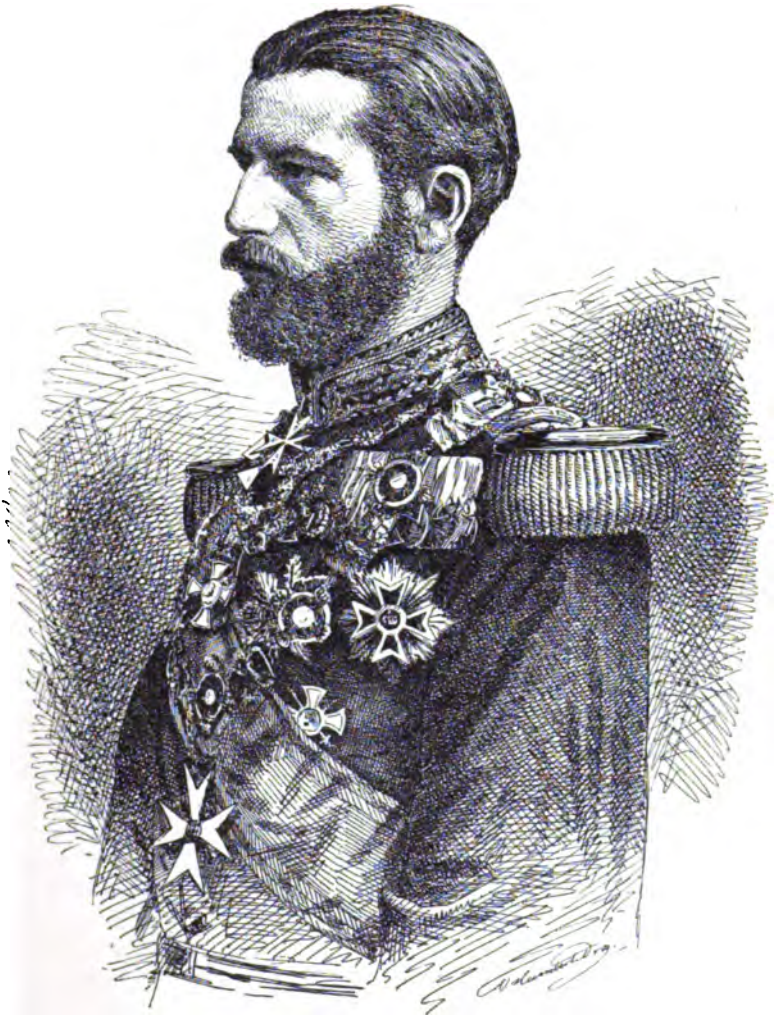
schweren und gefährlichen Probleme für das letztere Reich lagen im Osten, in der wachsenden Zerrüttung des Osmanischen Reiches.

3. Türkei und Griechenland.

Gegen Ende des Jahres 1866 war der Aufstand auf der Insel Kreta durch Mustapha Pascha größtenteils besiegt. Die Pforte beschuldigte die griechische Regierung, daß sie allein es sei, welche die vollständige Befriedung der Insel hindere, und sie hatte darin nicht unrecht. Unter dem 26. Dezember 1866 richtete sie ein Gesuch an die drei Schutzmächte, daß sie ihre Gesandten in Athen anweisen möchten, der griechischen Regierung die heimliche Unterstützung des fortglimmenden Aufstandes zu untersagen: wenn dies nichts fruchte, so sei die Pforte entschlossen, sich selbst zu helfen. Anfang 1867 machte der Aufstand wieder Fortschritte; die dort noch immer vorhandene Nationalversammlung setzte eine provisorische Regierung im Namen Georgios I. ein, und im März war fast die ganze Insel wieder in ihren Händen. Dies änderte sich, als Omer Pascha mit Verstärkungen auf der Insel ankam; daß die Kriegführung je länger desto grausamer wurde, liegt in der Natur der Dinge. Für Griechenland selbst waren die geretteten kretensischen Familien eine schwere Last; gleichwohl dauerte die Unterstützung des Aufstandes von dorther fort; endlich, Ende 1868, nachdem während zweier Jahre fruchtlose Vorschläge zur Herstellung des Friedens mit den Mächten beredet worden waren, riß der Pforte die viel mißbrauchte Geduld. Sie beschloß (1. Dezember) Abberufung ihres Gesandten von Athen, Schließung ihrer sämtlichen Häfen für griechische Schiffe, Ausweisung der griechischen Unterthanen binnen 14 Tagen und sendete ein Geschwader in die griechischen Gewässer. Am 6. Dezember stellte sie der griechischen Regierung ein Ultimatum mit einer Frist von fünf Tagen, und ein türkisches Heer unter Omer Pascha wurde an der griechischen Grenze zusammengezogen, während in denselben Tagen wieder einige Hundert griechische Freiwillige auf Kreta landeten. Am 14. wurde die Enosis, das Schiff, welches vornehmlich den Verkehr zwischen Griechenland und den aufständischen Kretern vermittelt hatte, von den Türken gejagt, in den Hafen von Syra eingeschlossen und die Auslieferung des Fahrzeugs als eines Piratenschiffs verlangt. Am 15. lehnte die griechische Regierung das türkische Ultimatum ab, und die Zwangsmaßregeln begannen. Man war jetzt hart an der Grenze des Krieges: da machte Preußen, die am wenigsten beteiligte Macht, den Vorschlag (21. Dezember), die Angelegenheit durch eine Konferenz beilegen zu lassen, die zu diesem einen bestimmten Zweck, ad hoc, in London zusammentreten würde. Nachdem die Türkei

unter Festhaltung ihres Ultimatums zugestimmt hatte, trat diese Konferenz am 9. Januar 1869 zu Paris zusammen. Mit einer Deklaration vom 17. Januar, welcher die Pforte beitrat, und der Griechenland am 6. Februar sich unterwarf, kam die Sache zu Ende. Diese Deklaration legte Griechenland auf, sich der Bildung von Banden und der Ausrüstung von Schiffen zum Angriff auf türkisches Gebiet zu enthalten: die Antwort, welche eine einfache Zustimmung sein müsse, werde binnen einer Woche erwartet: im andern Falle werde Griechenland sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben. Die regierenden Minister in Athen weigerten sich und zogen sich auf die in solchem Falle übliche billige Art aus dem Handel, indem sie ihre Entlassung forderten; wie wenig Kraft und Opferfähigkeit im Lande war, offenbarte sich in dem Erfolge der patriotischen Anleihe von 100 Millionen Drachmen, auf welche etwa 100 000 gezeichnet waren; man mußte diesem Staatswesen noch einmal Ausstand geben, bis sich endlich das Ministerium (Zaimis) fand, welches den Mut hatte, sich zu unterwerfen.

Das Verhältnis zu dem neugeordneten rumänischen Staate machte der Pforte weniger zu schaffen. In der ersten Thronrede, mit welcher der neugewählte Fürst Karl am 27. November 1866 die Kammer eröffnete, konnte er dem Lande die Anerkennung der neuen Ordnung der Dinge durch die europäischen Mächte mitteilen. Sein ehrlicher und einsichtiger Wille kämpfte einen schweren, aber guten Kampf gegen die üblen Gewohnheiten und Leidenschaften einer halbbarbarischen Gesellschaft, welche die Sympathieen der civilisierten Nationen auf harte Proben stellte. Insbesondere that sich der Pöbel in der Moldau, welcher indes keineswegs bloß aus Leuten niederer Klasse bestand, in Judenverfolgungen gütlich. Nur vergebens protestierten die Konsuln; den Niederträchtigkeiten wirksam zu steuern, war selbst der Fürst außer stande, weil das radikale Ministerium (Bratiano), welches seit März 1867 die Geschäfte führte und über die Mehrheit in der Kammer verfügte, nicht viel einzuwenden hatte, wenn der Pöbel in Galatz ausgewiesene Juden ertränkte. Diese Minister gaben sich mit solchen Kleinigkeiten nicht ab, da sie große Dinge, ein Dako-Rumänisches Reich, in das sie alle Rumänen versammeln wollten, im Kopfe wälzten. Ein Kongreß, der sich mit solchen Hirngespinsten zu schaffen machte, wurde im August (1867) zu Bukarest gehalten; im folgenden Jahre 1868 setzte sich, während die Thronrede eine energische Reformthätigkeit ankündigte, dieses unfruchtbare Treiben fort, welches den kaum aufgerichteten Staat mit den ernstesten Gefahren bedrohte. Überaus schamlos, wenngleich, wie nicht zu leugnen, durch sehr ernsthafte Übel hervorgerufen, war der Entwurf zu einem Judengesetz, welcher von etlichen 30 Kammermitgliedern eingebracht wurde; § 5 z. B.



Karl I., König von Rumänien.

(Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

lautete: die Juden dürfen keine Güter pachten, keine Wirtshäuser halten; Mühlen, Brennereien, Weinberge, Schaf- und Schweineställe erforderten christliches Bekenntnis; nach § 8 sollte ihnen der Handel mit Nahrungsmitteln und Getränken für Christen untersagt sein; ihren Glaubensgenossen mochten sie diese Dinge verkaufen. Daß diesen gesetzgeberischen Bestrebungen erneuerte Judenverfolgungen zur Seite gingen, war erklärlich und wird noch erklärlicher, wenn man die Dreistigkeit mit in Rechnung nimmt, mit welcher der Minister Bratiano ableugnete, was am hellen Tage offenkundig und vor Zeugen geschah, von denen ein Wort mehr wog als alle Depeschen des rumänischen Ministers. Dieser setzte auch die dako-rumänischen Schwindelpläne fort, seine Agenten wühlten unter der rumänischen Bevölkerung Siebenbürgens, und man beschuldigte ohne Zweifel mit Unrecht Preußen, daß es diese Umtriebe begünstige, um den damaligen leitenden Staatsmann oder Intriganten in Österreich, von Beust, in Schach zu halten, dessen feindselige Gesinnung gegen Preußen dadurch nicht zweifelhafter wurde, daß er sie ableugnete. Bratiano wurde im November jenes Jahres (1868) entlassen und ein konservatives Ministerium unter Demetrius Ghika bestellt; eine Kammerauflösung, zu welcher dasselbe Februar 1869 schritt, machte Neuwahlen notwendig, und diese fielen zum Glück gegen die Radikalen aus. Zu den Eisenbahnen und der Heeresorganisation, welche für dieses Land und Volk von besonderer erziehender Bedeutung sind, und bei welch letzterer es als günstiger Umstand angesehen werden mußte, daß der Fürst preußischer und nicht französischer Prinz und Offizier war, kam im Dezember 1869 die Eröffnung einer Universität zu Bukarest. Die neue Ordnung der Dinge befestigte sich und lebte sich ein. Im September jenes Jahres vermählte sich der Fürst mit einer Prinzessin von Wied, der es gegeben war, sich für die in diesem Lande zu lösende Aufgabe zu begeistern. Dann und wann tauchte das mehr oder minder begründete Gerücht auf, daß das fürstliche Paar seiner Rolle müde sei, der Fürst abdanken wolle: aber in rühmlicher Weise dauerte er aus und führte das Land von Erfolg zu Erfolg einem würdigen Ziele zu.

Eine ähnliche Selbständigkeit wie Rumänien errang sich auch Serbien in diesen Jahren: ein Land von 800 Quadratmeilen, einer Million Einwohner, griechischen Bekenntnisses, der Pforte tributpflichtig wie Rumänien, im übrigen frei, ohne Adel, jeder freigeborene Mann waffenpflichtig. Die wenigen noch sichtbaren Spuren der osmanischen Oberherrschaft sowie eine geschäftige panslawistische Propaganda reizten die freiheitsstolze Bevölkerung, und im Oktober 1866 verlangte Fürst Michael aus dem Hause jenes Obrenowitsch, dem das Land (1813—1817) das Maß von Unabhängigkeit, dessen es genoß, ver-

dankte, daß sämtliche Festungen auf serbischem Gebiete, einschließlich Belgrads, von türkischen Truppen geräumt würden. Die Pforte stimmte zu (3. März 1867) und stellte nur die eine Bedingung, daß auch in Zukunft auf diesen Festungen neben der serbischen Fahne die großherrliche wehen solle. Am 18. April ward der entsprechende Ferman feierlich in Belgrad verlesen, und Fürst Michael ritt in die armierte Festung ein, die ihm friedlich übergeben wurde. Die größere Regsamkeit und Thätigkeit des Volkes schien auch hier in kriegerischen Bestrebungen und Eroberungsgelüsten sich kundzuthun: es gab serbische Brüder auch außerhalb des kleinen Fürstentums. Durch seine auffälligen Rüstungen zog sich der Fürst die Abmahnungen Österreichs, Englands und Frankreichs zu. Die Gedanken wurden abgelenkt, als am 18. Juni 1868 der Fürst in einem Park in der Nähe von Belgrad durch einen Mordanfall das Leben verlor. Die Thäter wurden festgenommen, und man hegte den Verdacht, daß der frühere Fürst Kara Georgewitsch der Verschwörung nicht fremd sei: er ward abwesend zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt: seine Auslieferung verweigerte die ungarische Regierung. Das Land aber hielt an dem Hause Obrenowitsch fest: eine Regentschaft wurde gebildet, der Kriegszustand verkündet und der letzte Sproß jener um das Land verdienten Familie, Milan, der damals in Paris erzogen wurde, in Belgrad ausgerufen. Die Nationalvertretung oder Skuptschina ward berufen, welche den jungen Fürsten, den man von Paris kommen ließ, anerkannte. Über das einzuführende konstitutionelle Regiment, gegen welches auch die Pforte nichts einzuwenden hatte, einigte die Regentschaft und die Skuptschina sich ohne Mühe. Der Thron ist erblich in der männlichen Linie des Hauses Obrenowitsch, die gesetzgebende Gewalt geteilt zwischen dem Fürsten und der Skuptschina: ein beratender Senat steht in der Mitte zwischen beiden. Dieses Verfassungswerk kam im Sommer 1869 zum Abschluß: am Ende des Jahres, Dezember, zur selben Zeit wie in Bukarest, wurde auch in Belgrad eine Universität eröffnet.

In diesen Ländern verlor die Pforte, indem sie die Bevölkerungen gewähren ließ, nichts, was sie wirklich ernstlich besessen hätte: eifersüchtiger wachte sie Ägypten gegenüber über die Rechte, die ihr geblieben waren. Auch hier wurde der Lieblingsneigung des Jahrhunderts gehuldigt; man erlebte den wunderlichen Versuch einer parlamentarischen Regierung im Lande der Pharaonen. Ismail Pascha, der Vicekönig (seit Januar 1863), erließ im November 1866 ein Statut in 18 Artikeln, in welchem eine Versammlung von 75 Deputierten des ägyptischen Landes eingeführt wurde: geheimes Stimmrecht, jedes ehrliche, loyale und befähigte Individuum, welches im Lande geboren, ist wählbar; auf drei Jahre gewählt, jährlich auf vier Wochen berufen,

berät diese Versammlung über die Projekte, welche der Vicekönig ihr vorlegen wird; mit einer Art von Thronrede eröffnete sie derselbe am 27. November. Dies bedeutet im Orient nichts, wo nur Macht mit Macht, nicht Einsicht mit Einsicht ringt und niemand dem, der befiehlt, widerspricht; praktischer war, daß am 17. Februar 1867 das erste größere Schiff, von Triest kommend, den Suezkanal passierte. Der Chedive — dies war der Titel, der ihn aus der Zahl der übrigen Paschas heraushob — schien dies für den richtigen Zeitpunkt zu halten, um für sich eine Unabhängigkeit zu erwerben, wie Rumänien und Serbien sie halb ertrotzt und halb erschmeichelt hatten, und er erlangte auch im Mai jenes Jahres von Konstantinopel einen Ferman, welcher ihn zu Anordnungen über Douanen, Fremdenpolizei, Transit- und Postwesen ermächtigte, jedoch unter der Bedingung, daß diese Anordnungen nicht die Form und den Charakter von internationalen Verträgen und politischen Akten annähmen. Der Chedive vermaß sich großer Dinge; er suchte durch eine Expedition, welche der Engländer Baker mit seiner Unterstützung und in seinem Dienste nach den Gegenden des Weißen Nils unternahm, seine Herrschaft nach Süden zu erweitern; eine wichtigere Expedition unternahm er selbst, Mai 1869, wo er die Höfe von Florenz, Wien, Berlin, Paris und London besuchte, um die europäischen Herrscher zur feierlichen Eröffnung des Suezkanals einzuladen. Die Pforte wurde mißtrauisch; sie sprach ihre Mißbilligung aus: der Vicekönig überschreite die Befugnisse seines Lehensvertrages — jenes Fermans, welcher die Regierung Ägyptens unter bestimmten Bedingungen der Familie Mehemed Alis übertragen habe. Am 3. August stellte ihm der Großwesir die nötigen Forderungen: er sei zu erleuchtet, um nicht einzusehen, daß eine Einladung der Souveräne nur von dem unabhängigen Herrscher dieses Landes ausgehen dürfe; man gab ihm sehr deutlich zu verstehen, daß er diese Souveräne mit seiner Einladung nur in Verlegenheit gesetzt habe.. Es wurde ihm vorgehalten, daß er überall die großherrlichen Gesandten im Ausland, an deren Vermittelung er doch zunächst gewiesen sei, umgangen habe; daß er seinen Minister des Auswärtigen in Europa umherfende; daß er durch seine Bestellungen von Waffen und Panzerschiffen seine Unterthanen belaste. Das Schreiben verlangte auf alle diese Beschwerden eine klare und bündige Antwort. Sie erfolgte am 10., war aber weder klar noch bündig: der Vicekönig sprach von den „Auspicien Sr. Kaiserlichen Majestät des Sultans", unter denen und zu deren Ruhme alles geschehen sei, was er gethan, und stellte einen Besuch in Konstantinopel in Aussicht. In einem neuen Schreiben vom 29. wurde die Pforte noch deutlicher: sie verlangte die Auslieferung seiner Zündnadelgewehre, Abbestellung der Panzerschiffe, die er in Triest und in französischen

Häfen bauen lasse; er habe jedes Jahr das Budget der Einnahmen und Ausgaben zur Einsichtnahme Sr. Kaiserlichen Majestät nach Konstantinopel zu schicken, bei Anleihen die Genehmigung des Sultans einzuholen, in auswärtigen Angelegenheiten sich der Vermittelung der osmanischen Gesandten zu bedienen; die Mitteilung über die projektierte Reise nach Konstantinopel sei dem Sultan angenehm gewesen. Dieser zeigte Lust, selbst nach dem Suezkanal zu gehen, um die Eröffnung in der That unter seinen Auspicien vornehmen zu lassen und seinem Vasallen die Tölpelhaftigkeit, die er begangen, einleuchtend zu machen. Dieser beeilte sich, in den wesentlichsten Punkten nachzugeben, und so verzichtete der Sultan auf die Reise; die eingeladenen Souveräne oder ihre Stellvertreter machten den begangenen Fehler gut, indem sie den Weg über Konstantinopel nahmen, und am 17. November fand die Einweihung des Kanals unter großen Feierlichkeiten in Gegenwart der französischen Kaiserin, des Kaisers von Österreich und des Kronprinzen von Preußen statt. Dagegen bestand die Pforte auf den Forderungen, die dem Ägypter am 27. November durch einen Ferman auferlegt wurden. Der Vicekönig ließ denselben in aller Form, aber in türkischer Sprache, welche der Bevölkerung nicht verständlich war, in seinem Lande verkündigen; am 7. März 1870 langten die ausgelieferten Panzerschiffe in Konstantinopel an; im Juli desselben Jahres machte er mit seinem Thronfolger einen Besuch in Konstantinopel, wo er gut aufgenommen wurde.

Für die inneren Verhältnisse des Türkischen Reichs war es nicht ohne Wichtigkeit, daß der Sultan die Einladung zur zweiten Pariser Weltausstellung annahm (1867). Der Scheich ul Islam, der Vorsteher des Kollegiums der Ulemas und oberste Ausleger des Gesetzes, hatte am 1. Juni die Erlaubnis zu diesem Schritte gegeben. Die Kosten dieser ersten friedlichen Reise eines türkischen Sultans in die Länder der Ungläubigen — Paris, London, Koblenz, Wien — wurden durch einen Abzug am Gehalte der Beamten und ähnliche Steuererhöhungen gedeckt. Die Einzelheiten können nur die Tagesneugier befriedigen; über Wien kam der Großherr am 7. August nach Stambul zurück, ohne Zweifel herzlich froh, daß alle die Genüsse überstanden waren, um welche die gedankenlose Menge die Mächtigen der Erde glücklich preist. Es mag sein, daß einige Reformen der folgenden Jahre, wertlos wie sie waren, auf die Anregungen dieser Reise zurückzuführen sind; im Jahre 1868 wurde ein Christ zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, und auch in den im gleichen Jahre neuorganisierten Staatsrat wurden einige Christen aufgenommen. Der Sultan eröffnete ihn am 10. Mai mit einer Art Thronrede. Sie begann mit einer ziemlich elementar gehaltenen Einleitung über Gerechtigkeit und Volks-

wohlfahrt im allgemeinen; einige Stellen aus derselben hätten auch im westlichen Europa, wo man eben sich anschickte, einem Menschen die Unfehlbarkeit in Beziehung auf Glauben und Sitte zu vindizieren, sich zur Beachtung empfohlen: „In Beziehung auf Religion folge jeder seiner Überzeugung, so wird in dieser Beziehung kein Anlaß zu Hader vorkommen." Am 23. Mai empfing Abd ul Asis die Danksagung der Vertreter der verschiedenen Bekenntnisse. Am 15. September 1869 folgte sogar ein allgemeines Unterrichtsgesetz; der Bau von Eisenbahnen wurde in Angriff genommen; in jedem Falle aber hatte damals der mohammedanische Staat den Vergleich mit dem benachbarten christlichen Gemeinwesen nicht zu scheuen, auf dessen Zustände eben im Jahre 1870 ein grelles Streiflicht fiel.

In der kretensischen Sache hatte Griechenland den kürzeren gezogen und überdies die Demütigung erlebt, daß sein Deputierter von der Pariser Konferenz ausgeschlossen worden war. Am 6. Februar 1869 erließ das neue Ministerium Zaimis eine sehr lange Proklamation, in welcher es die Gründe seiner Unterwerfung unter den Willen der Großmächte darlegte. Die Kammer ward aufgelöst und der neuen, in welcher die Regierung eine Mehrheit fand, wurde ein Regentschaftsgesetz vorgelegt, da der junge König sich unterdessen mit einer russischen Großfürstin, Olga, vermählt hatte und dieser Ehe am 2. August 1868 ein Thronerbe entsprossen war. Einige Zeit später zog das Land wieder die allgemeine Aufmerksamkeit und Entrüstung auf sich und bewies, wie wenig es noch zu Eroberungsgelüsten berechtigt war. Eine Gesellschaft von Engländern wurde, als sie am 11. April 1870 das Schlachtfeld von Marathon besuchte, von einer Räuberbande gefangen genommen — in der Entfernung einer kleinen Tagereise von der Hauptstadt. Die Räuberbande, Macht gegen Macht, Macht gegen Ohnmacht, unterhandelte mit der Regierung und dem englischen Gesandten über die Loskaufssumme, sie ward ohne Mühe zusammengebracht. Aber das Gesindel verlangte zu dem Gelde, wie natürlich, auch noch die Amnestie. Eine solche zuzugestehen, konnte sich selbst diese Regierung nicht entschließen. Sie sendete Truppen aus; was nicht ausbleiben konnte, geschah; die Räuber, ergrimmt über das Mißlingen des Geschäfts, töteten ihre Gefangenen und suchten zu entkommen. Die Wut in England war um so größer, je ohnmächtiger sie diesem greulichen Vorgange, diesen trostlosen Zuständen gegenüber war; sieben von den Kerlen wurden gefangen und hingerichtet, und das Ministerium Zaimis nahm seine Entlassung. Für die Hinterbliebenen forderte England eine hohe Entschädigung; im Dezember war die von den Engländern überwachte Untersuchung geschlossen; 63 wurden dem

Schwurgerichte überwiesen, die übrigen freigelassen; die vermuteten Mitschuldigen höheren Standes blieben ungehenkt.

4. Belgien und Holland, Skandinavien, Schweiz.

Eine unmittelbare Einwirkung äußerte der Krieg von 1866 und was ihm folgte weder auf Belgien und Holland, noch auf die Staaten der skandinavischen Gruppe, noch auf die Schweiz: wenn der Ausgang des Krieges für sie überhaupt eine Bedeutung hatte, so war es eine günstige, vorteilhafte. Der unbefriedigende, unfertige, zerfahrene Zustand Deutschlands war, weil er fremden Ehrgeiz anlockte und dadurch immer die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen gab, eine allgemeine Gefahr für die Staaten Europas gewesen. Die Schwäche Deutschlands — Deutschlands und Italiens — hatte, es war noch nicht lange her, das Napoleonische Gewaltreich vor allem möglich gemacht, und Deutschland und Italien waren seit 1848, ja seit 1815, eine Quelle der Beunruhigung gewesen, die notwendig bei der centralen Lage dieser Länder allen Nachbarstaaten sich mitteilen mußte. Es ist aber natürlich, daß jene Staaten zweiten Ranges, welche die Gewähr ihres Daseins nicht so sehr in ihrer eigenen Macht tragen, als in der Autorität eines überlieferten Rechtszustands, einer europäischen Konvenienz, in einige Unruhe geraten, so oft an irgend einem wichtigen Punkte jener überlieferte Zustand erschüttert oder durchbrochen wird. Am meisten wurden die Holländer von der Furcht geplagt, daß auch sie von dem alles verschlingenden preußischen Ehrgeiz demnächst verschlungen werden würden, woran jedoch in Deutschland kein Mensch von gesunden Sinnen weder je gedacht hat noch denken konnte. Sie waren bemüht, ihre stumpfen Waffen durch ein Heeresgesetz zu schärfen: um so unverzeihlicher aber war der schimpfliche Handel, den aus wenig reinlichen Motiven der König der Niederlande unternahm, und der weiterhin zu erzählen sein wird; nur insofern hatte Holland einigen Grund zu Besorgnissen, als es allerdings möglicherweise in Mitleidenschaft gezogen wurde, wenn die unheimlichen Gerüchte, die in betreff des Nachbarlandes Belgien immer wieder auftauchten, begründet waren.

Auch für Belgien allerdings war die Errichtung eines kräftigen deutschen, insbesondere norddeutschen Staates ein barer Gewinn: daß aber dieses Land durch den Ausbruch und Verlauf des Krieges erschreckt wurde und sich nicht sofort von seinen Befürchtungen erholte, war erklärlich. Die Rolle, die Frankreich bei dem großen Duell gespielt hatte, widersprach so sehr dem Bilde, das man sich von Napoleonischer Politik entworfen hatte, daß man geneigt war, tiefe Pläne zu wittern, wo doch

die Erklärung einfach in der Schlaffheit und dem Mangel an Scharfsinn und Kenntnis der wirklichen Verhältnisse lag, womit Napoleon und seine Minister den rechten Augenblick des Handelns verpaßt hatten. Noch weniger machte man sich deutlich, was gleichwohl wirklich der Fall war: daß nämlich das französische Heer, das ein tief eingewurzelter Aberglaube mit dem Zauber der Unüberwindlichkeit und Unübertrefflichkeit umgab, zu jedem ernstlichen kriegerischen Eingreifen, ja selbst nur zu ernsthaften Demonstrationen einer Macht gegenüber, die sich nicht durch bloße Bravaden einschüchtern ließ, nicht in der Verfassung war. Aber Belgien hatte gleichwohl die triftigsten Gründe, auf seiner Hut zu sein. Die französische Anschauung, daß Frankreich eine Landentschädigung gebühre dafür, daß Preußen sich vergrößert hatte und Deutschland seine Kräfte in einer wirksamen Bundesreform zusammenfaßte, barg an und für sich Gefahren für Belgien. Die „Rheingrenze", die angebliche natürliche Frankreichs, schloß Belgien ein; auch konnte man denken, daß wenn der preußisch-deutsche Staat nicht geneigt wäre, eigenes Gebiet an Frankreich abzutreten, er vielleicht Lust habe, um dieser Notwendigkeit aus dem Wege zu gehen, fremdes Gebiet an Frankreich preiszugeben: in den geheimen Unterhandlungen, welche der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, nach Auftrag seiner Regierung pflog, war jetzt in der That ausschließlich von Luxemburg und Belgien die Rede. Genug: die neue Lage regte auch hier, wie überall, den Gedanken einer Heeresreform an, und der Regierung ward im Mai 1867 ein Kredit von 60 Millionen Frank zu diesem Zweck mit großer Mehrheit bewilligt. Im April 1868 ward das Jahreskontingent von 10 000 auf 12 000 Mann, die Präsenzzeit auf 29 oder 30 Monate erhöht.

Das Jahr schloß traurig, weil der Knabe, welcher dereinst die Krone dieses Landes hätte tragen sollen, hoffnungslos erkrankte: er starb im Januar des folgenden Jahres. Der Bruder des Königs, der Graf von Flandern, war nun mutmaßlicher Thronfolger. Einige französische Zeitungen erachteten dies als die passende Gelegenheit, den Ruf nach Einverleibung Belgiens in Frankreich anzustimmen: eine handgreiflichere Gefahr lag darin, daß die französische Ostbahn mit belgischen und holländischen Bahnen Verträge abschloß, kraft deren die Verwaltung dieser Bahnlinien mit derjenigen der Ostbahn verschmolzen worden sein und die französische Staatsgarantie, deren die letztere sich erfreute, auch über jene sich erstreckt haben würde. Das Geschäft war finanziell betrachtet allzu schlecht, als daß man nicht sofort seinen politischen Zweck herausgefühlt hätte*). Die liberale Regierung, an

*) Den Kommentar zu diesem Geschäft liefert jetzt dasjenige, was Busch, Graf

deren Spitze seit Ende 1867 Frère-Orban (an Rogiers Stelle) getreten war, verständigte alsbald die Gesellschaften, daß sie zu jenem Abkommen ihre Zustimmung nicht geben würde, und sie zögerte nicht, den Kammern (13. Februar 1869) einen dem entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, dessen § 1 lautete: „Die Eisenbahngesellschaften können die ihnen konzedierten Linien nur mit Genehmigung der Regierung abtreten." Der Entwurf wurde in der Zweiten Kammer mit 61 gegen 16, im Senat mit 36 gegen 7 Stimmen angenommen, und die Rede, welche Frère-Orban am 20. Februar im Senat hielt, einfach und staatsmännisch klar wie sie war, zeigte auf wohlthuende Weise, daß die französische Sprache noch zu Besserem da ist als zum Dienst der Parteileidenschaft und der diplomatischen Lüge. In der französischen Presse erhob sich nun ein großer Lärm. Die Bonapartistischen Schreier, wie der Klopffechter Granier aus Cassagnac, sahen, daß man in Brüssel ihre Pläne durchschaute: auch die französische Regierung aber nahm jetzt amtlich von der Sache Notiz. Lebhafte Verhandlungen begannen zwischen Paris und Brüssel. Im April kam der belgische Staatsmann selbst nach Paris, wo er geschickt und fest die Unterhandlung führte. Man kam zu dem Auskunftsmittel einer gemischten Kommission nicht politischer Art; das drohende Gewölk wurde lichter und verteilte sich; schließlich endete die Sache mit einem mageren Protokoll (10. Juli 1869), welches nichts weiter enthielt, als einige Erleichterungen des Handelsverkehrs zwischen Belgien, den Niederlanden und Frankreich.

Trotz dieses Erfolges hatten die Liberalen keinen leichten Stand, und am 14. Juni 1870 erlitten sie bei den Ergänzungswahlen zur Zweiten Kammer eine Niederlage. Es standen nunmehr 63 Klerikale gegen 61 Liberale. Angesichts dieser Lage gab das Ministerium Frère-Orban am 17. seine Entlassung. Am 25. betraute Leopold II. einen Klerikalen, den Baron d'Anethan, mit der Bildung einer neuen Regierung. Es war ein verhängnisvoller Augenblick, in welchem diese Wendung der Dinge eintrat, und einem klerikalen Ministerium war es beschieden, das Land durch die gefahrvollste und aufregendste Krisis hindurchzusteuern, die es während seines 40jährigen Daseins durchzumachen hatte.

Mit dem skandinavischen Norden war die Auseinandersetzung schon vor den Ereignissen von 1866 erfolgt: es kam lediglich auf diese Staaten selber an, ob das erstarkende Deutschland ihnen ein bequemer oder ein unbequemer Nachbar sein würde.

Bismarck und seine Leute I, 319—327 über die Thätigkeit Benedettis von Ende August 1866 an berichten kann.

Schweden und Norwegen wenigstens hatten sich bei der Entscheidung von 1864 beruhigt. Am 1. September 1866 fanden für das erstere Land zum erstenmal die Wahlen nach der neuen Verfassung statt. Der König mochte glauben, daß die Lehren des Deutschen Krieges seinen Heeresorganisationsplänen zu gute kommen würden: allein er fand den Reichstag für diese Lehren nicht empfänglich. Zweimal wurde das Gesetz vorgelegt und zweimal vertagt; am 23. Januar 1869 ward es zum drittenmal eingebracht. Aber man hatte hier keine Neigung für die allgemeine Dienstpflicht, die demselben zu Grunde lag, und die in der That für ein Land, das niemand bedrohte, und das seine knappen Mittel und volkswirtschaftlichen Kräfte zusammenhalten mußte, zu kostspielig und kein Bedürfnis war: im April wurde es von der Mehrheit verworfen. In dieser Beziehung hielt also das abgelegene Land nicht gleichen Schritt mit den Fortschritten des Jahrhunderts und bedurfte dessen auch glücklicherweise nicht. Es war aber auch in anderem zurück, wofür kein noch so entlegenes europäisches Land mehr eine Entschuldigung hat: es wetteiferte an Intoleranz mit Spanien oder Tirol. Lange wehrte sich das starr gewordene Luthertum gegen eine ausgedehntere Religionsfreiheit, für welche sich seit der Wahlreform eine lebhaftere Bewegung erhob; im Februar 1870 aber wurde doch der Antrag der Verfassungskommission, den christlichen Dissidenten und den Juden die Wählbarkeit und das Recht, Ämter zu bekleiden, zuzusprechen, in beiden Kammern angenommen. Das Verhältnis zu Norwegen änderte sich nicht wesentlich. Die von der Regierung vorgelegte neue Unionsakte Norwegens mit Schweden kam nicht zu stande: dagegen wurde zwischen beiden Ländern Freizügigkeit und Gewerbefreiheit eingeführt.

Dänemark, welches nicht ohne Schadenfreude dem Streite zwischen den Deutschen zusah, konnte doch nur wenig Gewinn von dem Kampfe hoffen, der zwischen seinen beiden Besiegern um die Beute entbrannt war. Schleswig war und blieb ihm verloren, wie immer die Würfel fielen. Die Intervention des Kaisers der Franzosen hatte zu Gunsten Dänemarks in den Prager Frieden den Artikel hineingebracht, nach welchem die nördlichen Distrikte Schleswigs an Dänemark zurückfallen sollten, wenn die Bevölkerung in freier Abstimmung sich dafür aussprechen würde. Schon diese Fassung zeigte, wie wenig ernsthaft dieser Artikel war. Ein Plebiszit war sehr überflüssig, da über die Stimmung der Bevölkerung in diesen Distrikten gar kein Zweifel war, und die Form war so gewählt, daß sie keinen unmittelbaren Anspruch Dänemarks, geschweige Frankreichs, sondern nur ein Recht Österreichs begründete, welches kein unmittelbares Interesse hatte, dieses Recht geltend zu machen. Der Artikel blieb zunächst unvollzogen. Im Jahre

1868 machte Preußen den Dänen das Anerbieten, Nordschleswig bis zur Gjenner Bucht abzutreten, verlangte aber für die auf diesem Gebiete wohnenden Deutschen gewisse Garantieen, auf welche Dänemark, da sie seine staatliche Souveränität beschränkt haben würden, unmöglich eingehen konnte. Die Unterhandlungen rückten nicht weiter: die Schuld daran trägt ohne Zweifel Preußen, das bei diesem Unrecht aber allerdings ganz Deutschland zum Mitschuldigen hatte: selbst die gistigsten demokratischen Blätter Süddeutschlands machten dem Grafen Bismarck aus diesem Teile seiner Politik keinen Vorwurf. Es scheint fast, daß es diesem eine besondere Genugthuung gewährte, den Franzosen zu zeigen, wie wenig er es mit dieser einzigen Frucht ihrer Friedensvermittelung eilig habe. Ob dies eine richtige und ob es eine gerechte und ehrliche Politik war, mag dahingestellt bleiben; für Dänemark hatte jene Abtretung kein politisches, sondern nur ein humanes, ein Gefühlsinteresse: seine Hoffnungen für die Zukunft setzte es auf den Gegensatz, der schärfer und schärfer zwischen dem neuen Deutschland und Frankreich hervortrat. Am 12. November 1866 wurde der dänische Reichsrat gemäß der neu vereinbarten Verfassung eröffnet, und die erste Vorlage, die ihm gemacht wurde, betraf die Umgestaltung der Heeresverfassung auf der Grundlage allgemeiner Wehrpflicht; im Juli 1867 ward sie von beiden Thingen angenommen. Dagegen scheiterte ein Finanzgeschäft, auf welches man sich in Kopenhagen Hoffnung gemacht hatte. Im November jenes Jahres wurde der Verkauf von zwei der drei dänischen Inseln im Westindischen Meer, St. Thomas und St. Juan, an die Nordamerikanische Union eingeleitet. Die Posse einer allgemeinen Abstimmung wurde auch hier vorgenommen, aber sie machte auf den halbreuigen Käufer keinen Eindruck: der Senat der Vereinigten Staaten ratifizierte den Vertrag nicht, und man mußte dänischerseits die Ware zurücknehmen.

Die Schweiz blieb von den Änderungen in Deutschland unberührt. Der Bund zögerte allerdings nicht, die Erfahrungen des Krieges sich zu nutze zu machen, neue Waffen anzuschaffen und sich die gleichmäßigere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu überlegen; man betonte hier mit allem Recht gegenüber den Gerüchten von einer Allianz der neutralen Staaten Schweiz, Belgien, Holland mit Frankreich, daß die Neutralität der Eidgenossenschaft soviel wie möglich in der eigenen Kraft ihre Gewähr haben müsse. Im übrigen gestalteten sich die amtlichen Beziehungen zu dem neuen Deutschland günstig. Ein Handels- und Zollvertrag mit dem deutschen Zollverein kam im Jahre 1869 zu stande, und in der großen Alpenbahnfrage — Lukmanier, Splügen, St. Gotthard — siegte die Ansicht, welche die Verbindung über den St. Gotthard bewirkt wissen wollte, und für welche sich die Re-

gierungen des Norddeutschen Bundes, Badens und Italiens, ausgesprochen hatten. Diese Staaten übernahmen es, den größeren Teil des Aktienkapitals für dieses großartige gemeinsame Unternehmen zu beschaffen.

Den neutralen Boden der Schweiz hatte sich auch die internationale Friedens- und Freiheitsliga zum Sitze ihrer Kongresse erkoren, bei denen es indes nicht immer ganz friedlich zuging, und welche alljährlich einer Anzahl feuriger Redner und verbrannter Köpfe die Gelegenheit gaben, in eitlen Deklamationen und Resolutionen gegen die bestehende allerdings sehr unvollkommene Ordnung der Dinge in der Welt zu protestieren. So im September 1867 zu Genf, wo es überaus stürmisch zuging und Garibaldi die Resolution beantragte: „Das Papsttum wird für abgesetzt erklärt und die Religion Gottes vom Kongresse angenommen"; so im folgenden Jahre zu Bern, wo man sich mit einer demokratischen Organisation für die Vereinigten Staaten Europas, Änderung des jetzigen ökonomischen Systems und Protesten gegen die großen Kriegsrüstungen und Heere und ähnlichem zu schaffen machte.

In den einzelnen Kantonen war während dieses ganzen Zeitraums eine lebhafte gesetzgeberische und Verfassungsbewegung im Gange, und auch die Revision der Bundesverfassung blieb auf der Tagesordnung. Am 2. Juni 1870 veröffentlichte der Bundesrat seine Vorschläge, welche zunächst freilich ihr Interesse verloren neben dem zwischen den zwei großen Festlandsmächten ausbrechenden Duell, welches auch die Schweiz in Mitleidenschaft ziehen sollte.

C. Europäische Staaten.

Zweite Gruppe.

1. Österreich.

Wir kommen zu denjenigen europäischen Staaten, welche, unmittelbar an den Ereignissen von 1866 beteiligt, auch in der nächsten Zeit unter deren unmittelbarer Einwirkung ihr Leben hinbrachten und gestalteten: Österreich, Italien, Deutschland und Frankreich.

Eine triviale Rede unter den Menschen vergleicht die Kriege mit den die Luft reinigenden Gewittern. Nicht eben für alle Kriege trifft diese begnügsame Auffassung der Dinge zu: mit größerem Rechte ist aber jenes Gleichnis niemals angewendet worden als auf diesen Krieg von 1866, — einen Krieg, den man sehr unverständigerweise im politischen Tagesgespräch als einen frevelhaften, willkürlichen, dem Ehrgeiz eines einzelnen Mannes entsprungenen bezeichnet hatte, den man aber in Wahrheit, wenn denn doch einmal die Dinge in dieser Welt so

angethan sind, daß die Menschen und Völker ohne jenes schreckliche Mittel sich nicht ineinander fügen und schicken, einen der heilsamsten nennen muß, die je geführt worden sind: wie er andererseits auch von allen großen Kriegen bis dahin der kürzeste und also unblutigste gewesen war.

Am heilsamsten war er, das ist kein Zweifel, für das besiegte Österreich selbst, das nach seiner Weise die Treppe hinaufgefallen war. Eine alte Erzählung meldet von einem Ritter, der, in allem glücklich und ohne Fehl, durch einen mächtigen Kropf entstellt war: er erträgt es nicht länger, den Seinigen ein Abscheu zu sein, und zieht aus, im Kampfe wider die Sarazenen sein Leben teuer zu verkaufen. Nach manchen Thaten großer Tapferkeit führt den Schweratmenden das Geschick mit einem gleich tapferen Feinde zusammen: ein wuchtiger Hieb des Gegners streckt ihn zu Boden. Er fühlt sich zum Tode getroffen; aber als er aus der Betäubung erwacht, wird er inne, daß ihm der feindliche Schwerthieb das beschwersame Anhängsel abgetrennt hat, das ihm seither Luft und Leben verkümmerte: als ein gesunder und vergnügter Mann kehrt er frisch und fröhlich zu den Seinen zurück.

Diesem Ritter war man versucht Österreich zu vergleichen. Es hatte sich seither an drei gewaltigen Aufgaben, zugleich sich selbst und den Nachbarn zur Last, vergebens abgequält, und indem es Italien mit den Waffen, Deutschland mit allen schlechten Künsten der Diplomatie hemmte und niederhielt, sich in Wahrheit unfähig gemacht, seine eigentliche und wichtigste Aufgabe, von der es den Namen trug und das innere Recht seiner Existenz ableitete, die im Osten, irgendwie erfolgreich auch nur anzugreifen, geschweige denn zu lösen. Von der zwecklosen Doppellast seiner deutschen und italienischen Stellung, für die es freilich die besten Papiere vorweisen konnte, die aber seit lange jeder tieferen Begründung, jedes sittlichen Rechts entbehrte, befreite es der Schlag von Sadowa. Die Verjüngung Österreichs, von der man in den letzten Jahrzehnten so viel gehört und gelesen und doch niemals etwas zu sehen bekommen hatte, — die Heilung der vielen und mannigfaltigen Schäden, welche das Zusammenleben so vieler Stämme und Völker unter einem Dache herbeiführte, war und blieb noch immer unendlich schwierig, unendlich verwickelt, aber sie war möglich geworden: und mit Freude und Sympathie folgt man den Fortschritten auf der rühmlichen Bahn, welche nunmehr aufgeschlossen vor den vorwärts strebenden Kräften dieses Reichs lag.

Einen Augenblick widmete man der an sich sehr erwägenswerten Frage, wen die Verantwortlichkeit für die erlittenen Niederlagen vorzugsweise treffe. Die Gehilfen Benedeks, Krismanic und Henikstein,

waren, wie erwähnt, schon vor dem Tage der Entscheidungsschlacht ihrer Ämter enthoben worden; gegen Benedek selbst wurde, wie gegen Clam-Gallas, ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet. Den letzteren, für den indes nicht bloß sein alter Adel sprach, erkannte ein kaiserliches Handschreiben als völlig schuldlos an; gegen den ersteren wurde die Untersuchung nicht zu Ende geführt, und ein Artikel der amtlichen Wiener Zeitung kam schließlich zu dem Resultat, daß Benedek, bei gutem Willen und größtem Eifer, allerdings den genialen Feldherren, „deren es zu allen Zeiten so wenige gab", nicht mehr zugezählt werden könne; daß es aber kein Gesetzbuch gebe — und dies war für niemand ein größeres Glück als für die dermalige österreichische Regierung — welches den Mangel höchster geistiger Begabung für straffällig erkläre. Die öffentliche Stimmung machte, und sie hatte recht, für die erlittene Gesamtniederlage — denn nicht eine Schlacht bloß hatte man verloren — auch das gesamte „System" verantwortlich. Es blieb fraglich, ob ein verfassungstreues Ministerium die Dinge sehr viel besser gemacht haben würde; aber es traf sich glücklich, daß die Minister, welche den Staat und den Herrscher während der letzten Ereignisse so musterhaft schlecht beraten hatten, ebendieselben waren, durch welche die Februarverfassung beseitigt worden war, und die doch auch nicht einmal ihrem ausgesprochenen Ziele: — Verständigung mit den einzelnen Ländern, namentlich Ungarn — einen Schritt näher gekommen waren. Noch während die Preußen vor Wien lagen, begann der Wiener Gemeinderat durch eine Adresse an den Kaiser die Agitation gegen dieses System und seine Träger. Zu einem raschen und durchgreifenden Wechsel entschloß man sich jedoch trotz der herrschenden Erbitterung zunächst nicht. Dagegen wurden die Landtage sämtlich auf den November einberufen; was sich der leitende Minister Belcredi dabei dachte, wußte kein Mensch zu sagen. Auf diesen Landtagen nun führte man zum Teil eine sehr heftige Sprache: „Wir wollen nicht, daß die Dynastie des Hauses Habsburg mit Rudolf dem Kinde ausgehe", rief einer der Redner auf dem niederösterreichischen Landtage aus; die Nationalitäten waren nirgends versöhnt, im Gegenteil, sie waren nur anspruchsvoller geworden, da das Reich den Beweis der Kraft in dem letzten Kriege schuldig geblieben war. Eine Änderung war nun aber insofern doch eingetreten, als am 30. Oktober ein neuer Mann, der seitherige sächsische Minister, von Beust, der in Dresden mehr als entbehrlich geworden war, in das deutsch-feindliche Grafenministerium eintrat, dem zu gleicher Zeit ein neuer Kriegsminister in der Person eines tüchtigen und einsichtigen Offiziers, Feldmarschalleutenant John, welcher in der Schlacht bei Custozza der Generalstabschef des Erzherzogs Albrecht gewesen war, gegeben wurde.

Der Freiherr Friedrich Ferdinand von Beuſt, geb. zu Dresden 13. Januar 1809, fand in den folgenden fünf Jahren, während deren er eine große Rolle auf der politiſchen Bühne ſpielte, hinlänglich Gelegenheit zu beweiſen, daß er der große Staatsmann nicht war, für den er ſich ſelber hielt: aber für die nächſten Aufgaben, welche dem durch die letzten Ereigniſſe ſo ſchwer erſchütterten Staate oblagen, war er wohlgeeignet. Vor allem: er war ein Fremder, nicht verſtrickt in die Kabalen am Hofe und in den ariſtokratiſchen Kreiſen noch auch in die Verfaſſungswirren, und was damit zuſammenhing, — Dinge, die er deshalb unbefangener würdigen und behandeln konnte; dabei war er ein Mann, der ſich mit großer Leichtigkeit in jede Rolle hineinfand, und der, ſtets mit ſich ſelbſt überaus wohlzufrieden, die Dinge nicht allzu ſchwer nahm. Mit einer vergleichungsweiſen Unbefangenheit des Blicks verband er eine große Meiſterſchaft des Stils und des Ausdrucks, außerordentliche Gewandtheit der Form, einen großen Reichtum an Auskunftsmitteln, eine ſeltene Vermittelungs- und Überredungsgabe, welche für die conciliatoriſche „ausgleichende" Politik der nächſten Zeit vortreffliche Dienſte that. In der erſten ſeiner Depeſchen (2. November 1866), in welcher er wie in allen folgenden ſeine Perſon in einer Weiſe, die einen ſehr bemerkenswerten Gegenſatz zu der Schreibart des großen preußiſchen Staatsmannes bildet, in den Vordergrund ſtellte, erklärte er, daß er ſich von dem Tage, an dem ihn das Vertrauen des Kaiſers zum Öſterreicher mache, von ſeiner politiſchen Vergangenheit getrennt erachte: und wenigſtens daß er auf den Namen eines Deutſchen keinen Anſpruch mehr hatte, ſollte er einige Jahre ſpäter ſehr einleuchtend beweiſen.

Seine Politik war ihm, für die nächſte Zukunft wenigſtens, ziemlich klar durch die Lage ſelbſt vorgezeichnet. Der Centralismus, der öſterreichiſche Einheitsſtaat, hatte ſich bereits als unmöglich erwieſen. Der Föderalismus bedeutete einfach die Auflöſung des Reichs; dieſe Bewegung, wo hätte ſie in Öſterreich, wo jedes Kronland wieder ein paar Unterländer mit ihren beſonderen „nationalen" Anſprüchen zählte, ſtillhalten ſollen? Es blieb alſo nur der Dualismus übrig, — die Teilung des Reichs in zwei Hälften, eine öſtliche, in welcher die Magyaren, und eine weſtliche, in welcher die Deutſchen dominierten. Die zwei mächtigſten unter den vielen Stämmen Öſterreichs mußten ſich, ſo gut es ging, verſtändigen: den übrigen Nationalitäten blieben die glatten Worte, die Farben und Flitter, die Scheinkonzeſſionen. Hier war Arbeit für einen Mann, der die Ecken abzuſchleifen wußte.

Das Nächſte war, die ungeduldigere Hälfte, die Ungarn, zufriedenzuſtellen. Am 19. November wurden die ſämtlichen Landtage, welche

Graf Friedrich Ferdinand von Beuſt.

(Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

am 26. Juni des ausbrechenden Krieges wegen auf unbestimmte Zeit vertagt und nach hergestelltem Frieden wieder einberufen worden waren, mit Ausnahme des siebenbürgischen, eröffnet; dem ungarischen aber teilte ein kaiserliches Reskript die Hauptgesichtspunkte der Regierung bei der anzustrebenden Verständigung mit. „Das Land steht nunmehr an der Schwelle der Erfüllung seiner Wünsche" hieß es in demselben: es bot Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums für Ungarn, Herstellung der municipalen Selbstverwaltung des Landes; gewahrt bleiben sollte die Einheit des Reichsheeres, des Zollwesens, der indirekten Besteuerung; über Staatsschulden und Finanzen sollte eine Verständigung mit dem Rest der Österreichischen Monarchie eintreten. Angedeutet war, daß auch in den übrigen Ländern — man faßte sie nach dem Namen des Flüßchens, das auf eine Strecke die Grenze zwischen Ungarn und dem Herzogtum Österreich bildet, unter der Bezeichnung Cisleithanien zusammen — das „System der verantwortlichen Regierung" zur Geltung kommen müsse, was denn auch eine Notwendigkeit war. Im Dezember jenes Jahres war von Beust selbst in Budapest, um sich mit den Führern der Deákpartei zu verständigen: daß man in Wien, wo man gewöhnt war, alles zu spät oder zu früh zu thun, durch eine Verordnung vom 31. Dezember noch rasch vor der Versöhnung den Ungarn die allgemeine Wehrpflicht octroyieren wollte, war eine Thorheit, für die nicht er verantwortlich war, und die sich alsbald als undurchführbar erwies.

Die übrigen Landtage, denen nur untergeordnete Aufgaben gestellt waren, nahmen ihrer Mehrheit nach Gelegenheit, sich in Adressen über die allgemeine Lage auszusprechen. So verdammte der von Niederösterreich (28. November) in den strengsten Worten die Sistierungspolitik, welche die wachsende Zerklüftung Österreichs, den Pessimismus in der Bevölkerung, den Ausschluß aus Deutschland, die zunehmende Zerrüttung der Finanzen verschuldet habe. Verständigung mit Ungarn, schleunigste Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände sei der einzige Weg der Rettung: die Adresse schloß dem entsprechend mit der Bitte um Einberufung des Reichsrats auf Grund der Verfassung. In ähnlichem Sinne sprach sich, und mit derselben Schärfe des Tadels über die „Rat- und Thatlosigkeit der Räte der Krone", die Mehrzahl der übrigen Landtage aus: der von Oberösterreich, von Salzburg, von Steiermark, der Bukowina, Kärnten; in Krain, wo Deutsche und Slowenen sich spalteten, kam keine, in Mähren, wo Deutsche und Tschechen sich die Wage hielten, nur eine farblose Loyalitätsadresse zu stande; in Tirol hinderten die Liberalen das Zustandekommen einer solchen, welche bei der Gesinnung der Mehrheit nur gegen die Verfassung und ihre Religionsfreiheit, welche dem Klerus und seinem Anhang ein Ärgernis

war, ausgefallen sein würde. Dagegen siegte in Böhmen der tschechische, in föderalistischem Sinne gehaltene Adreßentwurf; und ebenso in Galizien der polnische mit 84 Stimmen gegen die 40 der verfassungstreuen ruthenischen Abgeordneten.

Ihren ersten und entscheidenden Sieg erfocht die Februarverfassung und ihre Partei im Februar 1867. Die Minister, welche sich von ihrem Amte nicht trennen wollten, hatten den Kaiser zu einem Patent beredet, kraft dessen (2. Jan. 1867) ein „außerordentlicher Reichsrat" berufen werden sollte, um die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn, welche im Gange waren, zum Abschluß zu bringen: am 25. Februar sollte derselbe zu Wien zusammentreten. Eine Anzahl der Landtage ward aufgelöst, Neuwahlen wurden angeordnet: die erneuerten Versammlungen sollten alsdann sofort ihre Abgeordneten für den außerordentlichen Reichsrat wählen. Dies war ein neues Experiment des Absolutismus; in den deutschen Ländern aber erkannte man klar, daß, was dem Reiche notthue, nicht ein solches neues Experiment, sondern das Festhalten oder Zurückgewinnen des mit der Februarverfassung gegebenen Rechtszustandes sei, damit sich endlich den ewigen Schwankungen gegenüber ein Gefühl der Sicherheit bilde. Eine lebhafte und sehr berechtigte Agitation entwickelte sich gegen die Beschickung eines außerordentlichen und für die Einberufung des ordentlichen Reichsrats der Februarverfassung, während Graf Belcredi sich an die Beamten wendete, um „gute Wahlen" in seinem Sinne zu erzielen. Im Februar fanden die Wahlen für die Landtage statt: in Böhmen, Mähren, Krain siegten die Slawen, in Deutschtirol die Klerikalen, in Galizien die Polen, in den deutschen Ländern die Verfassungspartei. Inzwischen aber war es dem Minister von Beust gelungen, dem Kaiser die Notwendigkeit einleuchtend zu machen, sich mit dem deutschen Bürgertum zu verständigen. Dieses bildete, auf die Reichshauptstadt Wien gestellt, die festeste Stütze dessen, was von Reichseinheit bleiben mußte, und hielt treu zum Hause Habsburg und zur Firma Österreich. Am 4. Februar wurde Graf Belcredi entlassen und von Beust Ministerpräsident: der außerordentliche Reichsrat war damit aufgegeben, und die Rückkehr zur Februarverfassung, zum engeren Reichsrat, wie diese ihn vorschrieb, beschlossen. Dies war ein bedeutungsvoller Sieg, der auch die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn erleichterte. Diese Verhandlungen führten zunächst zur Ernennung eines eigenen verantwortlichen ungarischen Ministeriums, mit dessen Bildung Graf Andrássy beauftragt wurde. Diese Mitteilung, am 18. im Budapester Unterhause verlesen, wurde dort mit Jubel aufgenommen; am 20. wurden die übrigen Minister, Baron Wenkheim, Eötvös,

Lonyay, Horvath, ernannt: der Dualismus Österreich-Ungarn war damit entschieden.

Während in Ungarn nun die Selbständigkeit des Landes auf Grund seiner alten Verfassung im einzelnen durchgeführt wurde, ging auch die Regierung für Cisleithanien mit Nachdruck vor. Der böhmische Landtag weigerte die Vornahme der Wahlen für den engeren Reichsrat und ward sofort aufgelöst: der mährische begnügte sich mit einer Verwahrung gegen die Wiederherstellung der Februarverfassung, nahm aber die Wahlen vor, ebenso der von Krain und der von Tirol; die beiden ersteren wurden aufgelöst, der tirolische nicht, weil mit diesem Lande doch nichts zu machen war; in Galizien genügte die Drohung der Auflösung, um die Mehrheit zur bedingungslosen Beschickung des Reichsrats zu bestimmen. Die übrigen Landtage wählten, indem sie ausdrücklich der Herstellung der Februarverfassung zustimmten. Überall wurden nun verfassungstreue Statthalter eingesetzt, und so fielen denn auch die Neuwahlen für die Landtage in Böhmen und Mähren, durch den Einfluß der Krone auf die Großgrundbesitzer, in diesem Sinne aus; nur in Krain siegten die Slowenen. Die Wahlen für den Reichsrat wurden in Böhmen unter den üblichen Protesten der diesmal tschechischen Minderheit vorgenommen, die sich namentlich in Prag sehr ungebärdig anstellte; ihre Bosheit ließen die Tschechen dadurch aus, daß sie im Mai eine zahlreiche Gesellschaft tschechischer und südslawischer Herren nach Moskau zur slawisch-ethnographischen Ausstellung entsandten, wo dieselben mit Banketten und Toasten in panslawistischem Sinne sich gütlich thaten, untereinander aber wohl oder übel sich in der verhaßten deutschen Sprache verständigen mußten.

Während der ungarische Reichstag unter dem Einflusse der Partei Deáks, welche überhaupt die Lage beherrschte, in gemäßigter Haltung aber festen Schrittes sein Werk verfolgte — zu großem Verdrusse der unversöhnlichen und unheilbaren Radikalen, deren Haupt und Meister Kossuth deshalb von Paris aus einen groben Brief an Deák schrieb (22. Mai) —, wurde der Reichsrat in Wien vom Kaiser eröffnet (22. Mai). Die jüngsten Unglücksfälle, eine Folge grober Fehler der Regierung, wie die gesamte Lage, in die man eingetreten war, gaben diesmal dem Parlament eine besonders gewichtige Stimme. Eine Adresse durfte diesmal nicht fehlen: nach einer dreitägigen Debatte (3. bis 5. Juni) wurde der Entwurf der Kommission im Abgeordnetenhause angenommen. Diese Adresse sprach die Hoffnung aus, daß die Verständigung mit Ungarn, dessen Verfassung hergestellt sei, leicht vollends gelingen werde, fand eine Revision und Ergänzung der Februarverfassung notwendig und erhob Einsprache gegen die sehr übereilte Verordnung vom 31. Dezember (1866), welche ein Gesetz über

allgemeine Wehrpflicht octroyiert habe. Mit Billigung erwähnte sie die Einbringung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit, betonte das Bedürfnis einer Reform der gesamten Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne der Freiheit und des Fortschritts, die Notwendigkeit einer Revision des Konkordats, die Notwendigkeit, nach außen Frieden zu halten gegenüber der ernsten Finanzlage. Gegen nur zwei klerikale Stimmen wurde diese Adresse angenommen, ebenso die weniger bestimmte und weniger energische des Herrenhauses, und am 4. Juni beschlossen beide Häuser auf Einladung des Kaisers eine Krönungsdeputation nach Ofen, welche dort Zeuge sein sollte von der Besiegelung des großen Versöhnungswerkes, — der völligen Herstellung der ungarischen Verfassung. Am 8. Juni 1867 wurde dort, nachdem der „König" das vom ungarischen Parlament ausgestellte Inauguraldiplom angenommen hatte, die Krönung mit allem alten Glanz und Flitter vollbracht. Franz Joseph, der Vielgeprüfte, ritt den aus allen Teilen der ungarischen Erde zusammengeschütteten Krönungshügel hinan und führte die vorgeschriebenen vier Lufthiebe nach den vier Himmelsgegenden regelrecht aus. Das schwerste Opfer, das dieser Versöhnung gebracht werden mußte, war, daß man Siebenbürgen und die deutsche Kultur, die dort sich mit rühmlicher Energie ihre Heimat geschaffen hatte, den Magyaren opfern mußte, welche den übrigen Völkern innerhalb ihrer Grenzen gegenüber den vollen Übermut des Barbarentums zeigten, dem sie, trotz ihres siegreichen und hoch entwickelten Parlamentarismus, überhaupt in vielen wesentlichen Stücken noch nicht entwachsen waren. Kroatien war bei der Krönung nicht vertreten, da diesem Lande gegenüber die Ungarn ihrerseits einen Ausgleich zu suchen hatten, der noch nicht gefunden war. Eine allgemeine und vollständige Amnestie löschte das Gedächtnis von 1848 aus. Auch die letzten Verbannten gewannen nun Vertrauen und kehrten zurück. Der Kaiser überwand sich, die Summe, welche ihm als Krönungsgeschenk nach altem Brauch geboten wurde, den Hinterbliebenen der Honveds, der Nationalarmee, welche 1848 und 1849 gegen ihn in Waffen gestanden, zu überweisen und zu vergessen, daß er König über dieses Volk war kraft des Rechts des Besiegten — daß in 20jährigem Kampfe dieses Volk sich seinen König, einen integrierenden Bestandteil seiner Verfassung, erobert hatte.

Das konstitutionelle Wesen in Ungarn wirkte nun unmittelbar fördernd auf den Reichsrat in Wien zurück. Die Befestigungsarbeiten für Wien, ohne regelrechte Bewilligung der Geldmittel begonnen, mußten eingestellt, das Heeresergänzungsgesetz vom Dezember vorigen Jahres zu verfassungsmäßiger Behandlung vorgelegt werden, ebenso die Verfassungsänderungen, welche der Ausgleich mit Ungarn nötig

machte. Um dieses letztere wichtige Werk zu stande zu bringen, traten jetzt Deputationen aus der Mitte der parlamentarischen Körperschaften beider Reichshälften zusammen. Während diese Beratungen im Gange waren, entwickelte der Wiener Reichsrat eine energische gesetzgeberische Thätigkeit. Er beschäftigte sich mit Abänderung und Begrenzung des berühmten § 13, der allzu dehnbar und deutbar sich erwiesen hatte; mit einem Ministerverantwortlichkeitsgesetz, um welches, wenn in solchen Fällen die Gesetzparagraphen die Hauptsache wären, alle Länder der Erde den neuen Verfassungsstaat bewundern mußten; hörte am 13. Juli die nicht sehr erfreuliche Darlegung der finanziellen Lage durch den Finanzminister von Beke an, 3046 Millionen Gulden Schulden, welche jährlich 127 Millionen Zinsen und 24 Millionen Amortisation erforderten, und nahm Anträge unabhängiger Abgeordneter gegen das Konkordat entgegen, gegen welches auch eine ansehnliche Zahl von Petitionen aus der Mitte der Bevölkerungen einlief. Dies freilich war ein schwieriger und gefährlicher Punkt. Man wußte wohl, was der seit 30. Juni zum Reichskanzler ernannte von Beust meinte, wenn er bei einer Gelegenheitsrede in Brünn — er liebte solche Reden im Stile Napoleons III. — warnte: „Ich hoffe, Sie werden nicht vergessen, daß derjenige, der einen steilen Pfad hinanschreitet, von Zeit zu Zeit Atem schöpfen muß — und daß derjenige nicht sein Ziel aus den Augen verliert, der nicht die abschüssigste Stelle wählt, um den Berg hinaufzukommen." Die Bischöfe ihrerseits kamen dem drohenden Angriffe keck zuvor. Ihrer 25, von der cisleithanischen Reichshälfte — denn für Ungarn fiel das Konkordat mit dem übrigen, was in der verfassungslosen Zeit geschehen, von selbst dahin —, zu Wien versammelt, wendeten sich mit einer Adresse um Aufrechthaltung des Vertrags unmittelbar an den Kaiser, indem sie in der bekannten maßlosen Sprache, welche das Vorrecht der Römischen Kurie und ihrer Beamten bildet, erklärten, daß das Geschrei wider das Konkordat eingegeben sei vom Haß gegen das Christentum überhaupt: sie, die Bischöfe, ständen, indem sie es verteidigten, ein für Gott, Thron und Volk. Der Kaiser selbst mußte sie in ihre Schranken weisen, und die übermütige Sprache reizte die Opposition, die sich, unter den städtischen Bevölkerungen zu großer Stärke entwickelt, in einem Sturm von Adressen wider das Konkordat aussprach. Indes ging der Reichsrat auf die von dem Abgeordneten Mühlfeldt angeregte sofortige Aufhebung nicht ein, sondern begann dasselbe schrittweise mit Gesetzen über Civilehe, Schulaufsicht u. s. w. zu bekämpfen: vielleicht war die Hoffnung nicht unbegründet, daß der Gegner sich durch seine eigene Maßlosigkeit die Grube graben werde.

Im übrigen wurde die Doppelaufgabe des Jahres, Herstellung und Ergänzung der Februarverfassung und Abschluß des Ausgleichs

mit Ungarn, glücklich gelöst. Noch vor Jahresschluß (21. Dezember) sanktionierte der Kaiser die Staatsgrundgesetze, welche die Reichsvertretung, die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, Einsetzung eines obersten Reichsgerichts, Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt und die Behandlung der allen Ländern der Österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten betrafen und die Februarverfassung in freisinnigem Geiste ergänzten: und gleichzeitig waren auch die schwierigen und langwierigen Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn in bestimmten Gesetzen zum Abschluß gekommen. Finanziell war dieser „Ausgleich" für Ungarn sehr vorteilhaft. Von der Staatsschuld übernahmen die Länder der westlichen Reichshälfte vorweg ein „Präcipuum" von 25 Millionen und außerdem 70 %, die Länder der Stephanskrone dagegen 30 %; dasselbe Verhältnis galt für die gemeinsamen Ausgaben. Gemeinsame Angelegenheiten für die aus zwei im übrigen unabhängigen Staaten bestehenden beiden Reichshälften bildeten Auswärtiges, Krieg und mithin auch einigermaßen die Finanzen; und für diese gemeinsamen Angelegenheiten wurden demgemäß auch drei gemeinsame Minister (24. Dezember) — für das Auswärtige Reichskanzler von Beust, zum Kriegsminister John, zum Finanzminister von Beke — ernannt; die vier parlamentarischen Körper beider Reichshälften ernannten Ungarn 40 und das cisleithanische Österreich 40 Delegierte, und diese Delegationen traten jährlich, das eine Mal in Wien, das andere Mal in Ofen zusammen, um die Führung der gemeinsamen Angelegenheiten parlamentarisch zu kontrollieren und die nötigen Gelder zu bewilligen. Die Ausgleichsgesetze wurden von den Vertretungskörpern in Wien und Ofen angenommen. Vom Kaiser am gleichen Tage wie die vier „Staatsgrundgesetze" Cisleithaniens sanktioniert, bildeten sie mit diesem ein Ganzes, und wir haben demnach für die Habsburgische Monarchie nunmehr die ungarischen, die cisleithanischen und die gemeinsamen Angelegenheiten zu unterscheiden.

Den Löwenanteil bei dem Ausgleich hatte Ungarn erhalten. Das Land hatte alles erlangt, was es vernünftigerweise wünschen, vielleicht mehr, als es vertragen konnte; unter anderem auch die Freiheit, für sich selbst Schulden zu machen, was aber beim ersten Versuch, wo der ungarische Finanzminister den großen Geldplatz Wien übergehend sich unmittelbar an die Börsen des Auslandes wandte, nicht recht glücken wollte: nicht die Hälfte der beabsichtigten Eisenbahnanleihe wurde gezeichnet. Die kirchlichen Fragen machten Ungarn wenig zu schaffen, da hier die Nationalitätsidee, das ungarische Nationalbewußtsein so sehr alles beherrschte, daß sich auch die Bischöfe bequemen mußten, und auch mit den Nebenländern und Nationalitätenfragen

wurde man hier leichter fertig als in der westlichen Reichshälfte. Siebenbürgen, von Wien preisgegeben, wurde der Stephanskrone gänzlich einverleibt. Die deutsche Bevölkerung des Landes kämpfte mutig den schweren Kampf um ihre eigenartige Kultur gegen die magyarische Übermacht weiter, die Rumänen träumten ihren eigenen Nationalitäts- und Zukunftstraum, wie die Polen, Serben u. s. w.; mit Kroatien kam (November 1868) ein Ausgleich nach dem Muster des österreichisch-ungarischen zu stande, doch so, daß die kroatischen Abgeordneten in den ungarischen Reichstag eintraten; vorbehalten blieb noch die Frage über die Stellung der Küstenstadt Fiume, über welche man sich noch nicht verständigen konnte. Das Verhältnis zum König blieb, nachdem die Aussöhnung einmal erfolgt war, bei dem ritterlichen und loyalen Charakter der Nation ungetrübt: es schmeichelte den Ungarn besonders, daß ihre Königin, die Kaiserin Elisabeth, sich in ihrem Lande mehr, als in Wien „zu Hause" fühlte. Auch die Mehrzahl der heimgekehrten Flüchtlinge schlossen sich ehrlich und eifrig der Regierung und dem König an, und sie, welche mittlerweile die außerungarische Welt gesehen und gefunden hatten, daß dieselbe in einigen nicht unwesentlichen Punkten weiter fortgeschritten war als Ungarn, halfen jetzt in diesem freien, aber noch sehr zurückgebliebenen Lande die Reformen schaffen, die dasselbe zu einem europäischen Staatswesen machten. Die Männer von 1848 konnten sich um so leichter der neuen Ordnung der Dinge fügen, als Franz Joseph zu Ende jenes Jahres (1868) das Gesetz guthieß, welches dem Lande eine eigene Honved- oder Landwehrarmee lieferte und derselben einen Erzherzog, Joseph, zum Oberbefehlshaber gab. Die Thronrede (12. Dezember), mit welcher Franz Joseph in Person den Reichstag schloß, feierte die Integrität des Reiches Stephans des Heiligen, und auch die amtliche Titulatur, Österreichisch-Ungarische Monarchie, Franz Joseph, Kaiser von Österreich, König von Ungarn, ließ über die wiedergewonnene Selbständigkeit keinen Zweifel.

Es war die Partei Deáks, welche diesen Sieg erfochten hatte und die Lage auch fernerhin beherrschte. Ihr Führer, der einflußreichste ungarische Staatsmann, sprach am 17. Dezember ein Wort, das doppelt gewichtig war, weil es aus einem Munde kam, der niemals anders gesprochen hatte: „Uns ist Österreichs Bestand ebenso wichtig als Österreich der unsrige", und in einer Wahlrede zu Anfang 1869 legte ein anderer der führenden Staatsmänner des Landes, Graf Andrássy, mit nachdrücklicher Beredsamkeit dar, wie vorteilhaft für Ungarn der Ausgleich sei. Die Wahlen im März 1869 fielen denn auch zu Gunsten dieser Partei aus. Sie verfügte in dem neuen Parlamente über eine Mehrheit von 90 Stimmen, unter ihnen 30 kroatische; indes war doch

die Opposition, welcher der Zusammenhang mit Wien noch immer zu eng war, von 120 auf 170 Stimmen gewachsen, und zwar war der Zuwachs vorzugsweise aus den eigentlich magyarischen Komitaten gekommen. Am 23. April eröffnete der König den neuen Reichstag mit einer Rede, in welcher mit vielem Recht die Notwendigkeit innerer Reformen betont wurde. Mit solchen Reformen — Schulgesetz, interkonfessionelles Gesetz, Abschaffung der Prügelstrafe — mit den freiwilligen Prügeleien bei den Wahlen blieb es in alten Rechten — Justizreform, Municipalgesetz befaßte sich nunmehr das beruhigte Land. Im Jahre 1870 ward eine Verschönerungsanleihe von 15 Millionen für die Hauptstadt bewilligt, damit sie nicht hinter Wien zurückstehe; in gewissem Sinne lag in der That jetzt der Schwerpunkt des Reichs in Ofen.

Und man durfte es als ein Glück ansehen, daß wenigstens diese Reichshälfte beruhigt war; denn in der andern, cisleithanischen, nahmen die Dinge keinen so glatten Verlauf.

Denn schroffer und mit gleicher gewogenen Kräften standen sich hier die Gegensätze gegenüber, wo zu den vielen unfügsamen Nationalitäten die unfügsamste von allen — die römisch-katholische Hierarchie — hinzutrat, welche, wie kräftig wuchernde Pflanzenwelt an einem verwahrlosten Gebäude in alle Ritzen und Räume sich eindrängend, Stein um Stein löst und lockert und sprengt und, wo man ihr nicht bei Zeiten wehrt, das Ganze zur Ruine zu machen droht.

Man hatte dort mit Nachdruck in die parlamentarische Bahn eingelenkt. Am 1. Januar 1868 teilte die „Wiener Zeitung" die Namen der Männer mit, welche in dem neuen Verfassungsstaat das erste parlamentarische Ministerium bildeten: Fürst Karlos Auersperg Präsident, Graf Taaffe Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit, von Plener Handel, Hasner Kultus und Unterricht, Graf Potocki Ackerbau, Giskra, zuvor Bürgermeister in Brünn, Inneres, Herbst, Professor in Prag, Justiz, Brestel Finanzen, Berger Minister ohne Portefeuille. Am 10. Februar traten sie vor den Reichsrat, der wieder zusammengetreten war. Mit redlichem Willen nahmen sie den wichtigsten Kampf gegen die Folgen und die Träger des Konkordats auf, und ihr erster Erfolg waren die drei konfessionellen Gesetze: nachdem das Abgeordnetenhaus und, was dieser Aristokratie zu besonderem Ruhme gereicht, das Herrenhaus ihre Schuldigkeit gethan, wurden dieselben am 25. Mai 1868 vom Kaiser genehmigt. Das eine stellte die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuchs über das Eherecht der Katholiken wieder her, das zweite regelte das Verhältnis der Kirche zur Schule, betonte das Oberaufsichtsrecht des Staates über das gesamte Unterrichtswesen, überließ aber Besorgung und Leitung des Religionsunter-

richts und der Religionsübungen den Kirchen; das dritte regulierte die interkonfessionellen Verhältnisse in Beziehung auf das Religionsbekenntnis der Kinder aus gemischten Ehen, Übertritte, Beiträge und Leistungen für kirchliche Zwecke, Begräbnisse, Feiertage. Unter großem Jubel der Wiener Bevölkerung und aller derer, welchen die Freiheit kein leeres Wort war, war so das Konkordat durchbrochen. Am folgenden Tage, 26., protestierte der päpstliche Nuntius; am 22. Juni sprach Rom. Der Papst erklärte zunächst die Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 für „wahrhaft unselige", die drei konfessionellen für „abscheuliche" und bezeichnete sie „kraft seiner apostolischen Autorität" als „durchaus nichtig und immerdar ungültig" samt allen ihren Folgerungen. Es hatte nichts geholfen, daß man heimlich einen gewissen Langrand, der sich später als kolossaler Schwindler und Spekulant mit „katholischem" Kapital auswies, beauftragt hatte, den Heiligen Vater zu begütigen; noch weniger konnte die wie immer schön stilisierte Antwort des Reichskanzlers (3. Juli) auf die unwirsche Allokution helfen, da dieser überdies Protestant war. Die Bischöfe setzten der Ausführung der Gesetze passiven Widerstand entgegen und stachelten, wo irgend möglich, den Fanatismus der Bevölkerungen auf. Den Preis der Unverschämtheit trug unter ihnen der von Linz, Rudigier, davon, der in einem Hirtenbrief der hierarchischen Anschauung, die übrigens seine Kollegen alle teilten, daß die Gesetze des Staates für sie nur so weit bindend seien, als es ihnen selbst und ihrem Oberhaupte in Rom gefiel, einen so plumpen Ausdruck gab, daß er im Juli 1869 vom Schwurgericht zu Linz wegen Störung der öffentlichen Ruhe verurteilt ward: dem Gericht Rede zu stehen, hatte er sich geweigert, weil ihm dies von seinen geistlichen Obern untersagt worden sei. Was unmittelbar folgte, zeigte, welch schweren Stand die Regierung in dieser Sache hatte. Am Tage nach der Verurteilung begnadigte der Kaiser den Bischof, der seinem Gericht die Anerkennung versagte, telegraphisch, ohne daß der Märtyrer nötig gehabt hätte, diese Begnadigung erst nachzusuchen. Daß unter solchen Umständen die sehr überflüssigen Unterhandlungen über eine Modifikation des Konkordats, die man in Rom angeknüpft, zu keinerlei Ergebnis führten, leuchtet ein. Man hegte dort ganz andere Gedanken: um so zuversichtlicher, da man die schwache Seite des Kaisers wie alle übrigen ungeheuren Schwierigkeiten kannte, mit denen die neue parlamentarische Regierung zu kämpfen hatte.

Der Kaiser Franz Joseph indes versagte sich dem neuen Systeme nicht, wie er sich keinem der bisherigen versagt hatte. Und diese Art der Unterstützung — der Regierung freie Hand zu lassen, solange sie die Reichsvertretung zur Seite hatte — wäre das Dankenswerte

der Welt gewesen, wenn man hier den Staatswagen wie etwa in England auf wohlgepflasterten, altgewohnten Wegen des Konstitutionalismus hätte dahinrollen lassen können. So aber stand hier die Sache nicht. Hier galt es ein System erst ins Leben einzuführen, erst lebensfähig zu machen, auf welches dieses Reich noch gar nicht eingerichtet und das gleichwohl eine Notwendigkeit geworden war; hier wenn irgendwo mußte die Unterstützung des Monarchen eine unmittelbar fördernde sein und durfte der Nachdruck nicht fehlen, der nur von einem starken, entschlossenen Willen an höchster Stelle ausgehen kann — Franz Joseph mußte, wie Alexander II. in Rußland in der Aufhebung der Leibeigenschaft, seine Lebensaufgabe sehen in der Errichtung eines österreichischen Verfassungsstaates. Diese Unterstützung versagte Franz Joseph seinen Ministern nicht völlig, aber er konnte sie ihnen auch nicht voll gewähren, weil er selbst in dieser Sache nicht die Kraft eigener Überzeugung besaß, welche dem Handeln in der sittlichen Welt allein den vollen Nachdruck geben kann.

Der Widerwille und die Bosheit der hohen Geistlichkeit war nur ein Hindernis von vielen, und dieses Hindernis war nur dadurch so furchtbar, daß es sich teils vereinigte, teils wenigstens verbündete mit dem Widerstand, den die einzelnen Nationalitäten dem cisleithanischen Verfassungsstaate entgegensetzten.

Eine feste Stütze besaß das „Bürgerministerium" nur an den wenigen reindeutschen Ländern. Auch von diesen widerstrebte Tirol, wo der übermächtige geistliche Einfluß sich mit einem bornierten Landessonderpatriotismus vereinigte. Die Beamten und die kleine liberale Partei, welche nur in den wenigen Städten des Landes etwas bedeutete, bildeten hier kein wirksames Gegengewicht gegen den dumpfen Druck der Unwissenheit und des Aberglaubens, der auf der Masse der Landbevölkerung lastete. In Galizien, wo man schlimmsten Falls auf die ruthenische Bevölkerung wider die polnische zählen konnte, maßen sich im September (1868), als eben ein Besuch des Kaisers mit großem Gefolge dem Lande angekündigt war, im dortigen Landtag abermals die Kräfte. Der Landtag nahm eine Adresse und eine Resolution an, welche sich gegen die revidierte Verfassung und gegen die Staatsgrundgesetze vom Dezember 1867 erklärte und eine sehr weitgehende Autonomie für das „Königreich Galizien und Lodomirien und das Großherzogtum Krakau" in Anspruch nahm: daß die Verbindung mit Österreich nicht auf ewige Zeiten gelte, sprach man ohne Umschweif in den Verhandlungen aus. Der kaiserliche Statthalter, Graf Goluchowski, widersprach nur sehr lau: telegraphisch kam alsdann die Nachricht, daß der Kaiser, den sie auch hier den „König" zu nennen affektierten, unter diesen Umständen auf den Besuch des Landes verzichte.

Weit schwieriger waren die Dinge in den Ländern der Wenzelskrone, vornehmlich in Böhmen. Hier war der Haß des Tschechentums gereizt durch die Wahrnehmung, daß die $1\frac{1}{2}$ Million Deutsche die $2\frac{1}{2}$ Millionen Tschechen an Wohlstand und Bildung weit überragten. Charakteristisch für diesen Nationalhaß, der alle anderen Empfindungen, auch die religiösen, zurückdrängte, war die Pilgerfahrt, welche im Juli jenes Jahres eine Gesellschaft von Tschechen nach Konstanz machte, um dort den Todestag des großen Häretikers Huß zu feiern, in welchem sie den Feind der Deutschen, nicht den Vorläufer der Reformation und ersten Blutzeugen im Kampfe gegen ein falsches Kirchentum verehrten. Gewöhnlich waren ihre Demonstrationen nicht so harmlos. Schon im Januar (1868) kam es bei einem Besuche des neuen Ministers Herbst in Prag zu den heftigsten Tumulten, und die Deutschen mußten dort mit Aufbietung von Waffengewalt geschützt werden. Jede Gelegenheit — wie etwa im Mai die Legung des Grundsteins zu einem tschechischen Nationaltheater — wurde zu ähnlichen Kundgebungen benutzt: bedenklicher war, daß der überhöfliche Graf von Beust in einem Augenblick der Schwäche bei Gelegenheit einer Reise des Kaisers nach Prag sich hinreißen ließ, hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten in Ausgleichsunterhandlungen mit den Tschechenführern einzutreten. Den schärfsten Ausdruck fanden die Anschauungen der Partei in der sogenannten Deklaration, welche die tschechischen Mitglieder des Landtags am 23. August durch drei der Ihrigen der deutschen Majorität dieses Landstags überreichen ließen, und welche 81 Unterschriften trug. Sie stellten in zehn Punkten die Ansicht auf, daß das Verhältnis Böhmens zu seinem „erblichen König" ein beiderseitig bindendes Rechtsverhältnis sei, das nicht (wie in der Februarverfassung geschehe) einseitig abgeändert werden könne; daß kein außerböhmischer Repräsentativkörper das Recht habe, im Namen Böhmens über dessen Rechte zu verfügen (wie der Wiener Reichsrat); daß sie mithin, ehe sie sich auf irgend etwas wie Anerkennung der durch den Ausgleich mit Ungarn geschaffenen Lage einließen, eine Übereinkunft zwischen dem König und der politisch-historischen böhmischen Nation verlangten; ihre Überzeugung aber sei die der böhmisch-slawischen Nation in allen Ländern der böhmischen Krone, welche 5 Millionen Seelen zähle. Von diesen „Ländern der böhmischen Krone" deklarierte die entsprechende Partei in Mähren dem mährischen Landtage unter dem 25. August das Gleiche und verwahrte demgemäß die Rechte dieses Markgrafentums; gegen welche Ansichten Böhmens und Mährens dann am 19. September der Landtag des dritten Landes, das gleichfalls zur „historischen" Wenzelskrone gehörte, Schlesiens, protestierte. Gegen diese und andere Schwierigkeiten, deren Einzelheiten keine menschliche Feder zu beschreiben

Ausdauer genug besitzt, ankämpfend, arbeitete die neue konstitutionelle Maschine unter Hemmung und Schwierigkeit aller Art. Beinahe wäre es schon im Jahre 1868 über dem Budget zu einer Ministerkrisis gekommen; doch wurde schließlich das Finanzgesetz angenommen. Während dann der Reichsrat Atem schöpfte, tagten vom August zum Oktober die 17 Landtage. Ein Übermaß parlamentarischen Geräuschs ertönte in dem einst so stillen Reiche, und am 17. Oktober nahm dann der Reichsrat seine Arbeiten wieder auf, — eine schwierige Verhandlung über das neue Wehrgesetz, welches für die nächsten zehn Jahre den Kriegszustand der Armee auf 800 000 Mann festsetzte. Die Minister mußten ihren ganzen Einfluß aufbieten, um diese Maßregel durchzubringen, und namentlich der vielgewandte Graf Beust entwickelte als Abgeordneter seine ganze Kunst, um zu zeigen, wie beruhigend die Lage sei, die gleichwohl, da sie doch zugleich sehr beunruhigend sei, gebieterisch ein solches Heer verlange. Der Minister Berger bestimmte diese politische Lage dahin, daß „im Augenblick Frankreich über den Rhein, Preußen über den Main, Rußland über den Pruth hinüberstrebe, Italien ein Stück Trentino und selbst Rumänien ein ihm bequemes Stück Österreich haben möchte": was Österreich selbst oder vielmehr der im Augenblick vorwaltende Staatsmann haben wollte, sagte er nicht. Am 14. Dezember legte dann der Finanzminister Brestel das Finanzgesetz für 1869 vor, welches unerwartet befriedigend ausfiel, und wenn man die Börsenkurse vom Ende des Jahres mit denen vom Anfang desselben verglich, so zeigte sich allerdings eine merkliche und tröstliche Besserung.

Allein man war damit noch nicht im Hafen, und die Zeit der Experimente für Österreich war noch nicht vorüber. Für die reaktionäre Partei war das Doktorenministerium gut genug, das Heeresgesetz und einige ähnliche durchzubringen: dies war geschehen, und während diesem Ministerium so bei Hofe der Boden schwankend wurde, wollte es auf der anderen Seite nicht gelingen, eine feste Regierungspartei im Reichsrat zu stande zu bringen. Im Abgeordnetenhause bildete sich unter Rechbauer eine Linke, welcher die Regierung nicht entschieden genug auftrat. Die Polen machten sich unbequem, indem sie die Verhandlung ihrer oben erwähnten Landtagsresolution im Reichsrate als ihr Recht verlangten; und die Frage drängte sich immer unwiderstehlicher auf, ob das bestehende Wahlgesetz, nach welchem die Abgeordneten in den Reichsrat von den Landtagen gewählt wurden, es überhaupt möglich mache, des Föderalismus Herr zu werden, der ja doch eben in den Landtagen sein Hauptorgan und seine Stärke hatte. Indes arbeitete die Maschine weiter: die Regelung der Schulaufsicht hatte man den Landtagen überlassen, und für 9 Länder wurden deren Be-

schlüsse bestätigt. Für die übrigen wurde diese Sache provisorisch von der Regierung geordnet: aber mit der Ausführung aller Gesetze und Bestimmungen, bei denen man mit der Geistlichkeit zu thun hatte, stand es sehr mißlich. Die Bischöfe berieten erst, ob sie sich an den Schulaufsichtsbehörden beteiligen, ob sie die Akten in Ehesachen, welche die neuen Gesetze den weltlichen Behörden zuwiesen, diesen ausliefern sollten. In Tirol liefen die Regierungskommissare Gefahr, von den fanatischen Bauern thätlich mißhandelt zu werden, denen ihre geistlichen Führer, nachdem sie sich erst selbst belogen, aufredeten, man wolle sie lutherisch machen. Schon war der Bestand des Ministeriums erschüttert: Graf Auersperg nahm seine Entlassung und wurde im April durch Graf Taaffe, der liberale Staatsmann durch einen liberalen Hofmann, ersetzt, am 15. Mai (1869) alsdann der Reichsrat mit einer langen Thronrede geschäftlichen Charakters geschlossen.

Im Oktober jenes Jahres, während die Einzellandtage über die wichtige Frage der Wahlreform berieten, erlebte das Reich eine schwere Demütigung durch den Aufstand einiger Distrikte in Dalmatien, wo man sich dem neuen Wehrgesetz nicht fügen wollte. Das Jahr ging zu Ende, und der Aufstand war noch nicht bezwungen, obgleich man 30 000 Mann gegen denselben unter Waffen hatte. Der General Rodic fand endlich das Mittel, den aufständischen Gebirgsbewohnern beizukommen. Durch Geld und gute Worte ließen sie sich bestimmen, von ihren Bergen herabzukommen und ihre Flinten zu strecken, welche sie nach Anhörung einer Strafrede wiederaufnehmen durften; das Landwehrgesetz ward in diesem Teile von Dalmatien (Cattaro) nicht ausgeführt, und die Insurrektion hatte mithin ihren Willen durchgesetzt. Dieser Vorgang, unbedeutend an sich, war eine schwere moralische Niederlage für das Ministerium, in dessen Schoße bereits, da es offenbar war, daß der bis jetzt eingeschlagene Weg dem Ziele der Befriedigung der verschiedenen Nationalitäten nicht näher führte, über die Frage der Reform des Wahlmodus für den Reichsrat voller Zwiespalt ausgebrochen war. Dies berührte ganz unmittelbar die gesamte Frage des ferner einzuhaltenden Regierungssystems. Täglich fanden seit dem 10. Dezember Sitzungen des Ministerrats unter dem Vorsitz des Kaisers statt, um für die bevorstehende Wiedereröffnung des Reichsrats die Thronrede festzustellen. Am 13. Dezember fand diese Eröffnung statt. Aber die Thronrede zeigte die deutlichen Spuren der Verlegenheit, in welcher man sich befand, und gab kein bestimmtes Heilmittel an; binnen wenigen Tagen ward es aller Welt offenbar, daß die Regierung über die ferner einzuhaltende Politik geteilter Meinung sei. Dem Kaiser wurden zwei Denkschriften überreicht; am 18. die der Mehrheit, der Minister Giskra, Herbst, Hasner, Plener, Bretstel.

Sie riet Ausharren auf dem bisherigen Wege und Verweigerung jedes weiteren Zugeständnisses an die Autonomie der Einzelländer; am 24. setzte dem nach Aufforderung des Kaisers die Minderheit, Taaffe, Berger, Potocki, ihr Memorandum entgegen, welches darlegte, daß man, wenn man auf dem bisherigen Wege weitergehe, bald zu einem bloßen Rumpfreichsrate gelange, dem die Tiroler, die Polen, die Slowenen u. s. w. sich entziehen würden, und der deshalb die nötige Autorität entbehren werde. Was sie forderten, war zunächst eine Erneuerung des Reichsrats und der Landtage: auf diesem Wege hofften sie zu einer Verständigung mit der „nationalen Opposition", der vielstämmigen, zu gelangen.

Es war eine trübselige Lektüre, Majoritäts- wie Minoritätsgutachten, und auch der Reichsrat erleichterte dem Kaiser die Wahl nicht, da er sich bis zum 17. Januar 1870 vertagte und in seiner Adreßkommission ganz derselbe Streit herrschte wie im Ministerium. Am 1. Februar 1870 hatte der Kaiser sich entschlossen. Das neue Ministerium war nach dem Mehrheitsgutachten gebildet und hatte Hasner zum Präsidenten. Am 5. März legte Giskra den Entwurf zu einem neuen Wahlgesetze vor, nach welchem künftig direkte Wahlen für den Reichsrat stattfinden sollten. Aber der Kaiser lehnte diesen Entwurf ab: Giskra schied aus. Am 31. traten die Polen aus dem Reichsrat, weil dessen Ausschuß sich gegen die in ihrer Landtagsresolution aufgestellten Forderungen ablehnend ausgesprochen hatte, und ihrem Beispiel folgten eine Anzahl anderer, so daß der Reichsrat wenig mehr als die beschlußfähigen Hundert (statt 203) zählte: und als nun der Kaiser seinen Ministern die Auflösung derjenigen Landtage, von denen die ausgeschiedenen Abgeordneten gewählt worden waren, versagte, gaben sie ihre Entlassung, und Graf Potocki erhielt den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden (4. April). Am 8. vertagte sich der Reichsrat, ein geschäftsführendes Ministerium ward gebildet, und Graf Potocki gab sich nun daran, mit den Polen und den Böhmen über einen Ausgleich zu unterhandeln. Hier in Böhmen aber standen die Führer der Tschechen, die man gewinnen wollte, überhaupt kaum mehr auf österreichischem Standpunkte: voll wütenden Hasses gegen Deutsche und Magyaren boten sie ohne weiteres Napoleon III. ein Bündnis des unabhängigen Böhmens gegen Deutschland an: „Wir haben in allem dasselbe Interesse wie Frankreich" hieß es in einem Memorandum, welches im Jahre 1869 Rieger an den Kaiser der Franzosen richtete. Die Polen aber verlangten eine eigene, ihrem Landtage verantwortliche Landesregierung: dies war nur möglich auf Kosten österreichischer Lebensinteressen. Erfolglos, ratlos kam der Minister am 18. Mai von Prag zurück: am 21. wurden der Reichs-

rat und alle Landtage, außer dem böhmischen, aufgelöst. Der Stein des Sisyphus, den man seit einem Jahrzehnt und länger wälzte, war wieder den Berg herabgerollt.

Es leuchtet ein, daß bei den chaotischen Zuständen diesseit der Leitha der Schwerpunkt des Reichs augenblicklich in Ungarn lag, wo die Verhältnisse einigermaßen klar und einfach standen; es war der zufriedene Teil des Reichs, und so führten auch bei den jährlichen Delegationsversammlungen, welche die parlamentarische Kontrolle über die gemeinsamen Angelegenheiten übten, die Ungarn das große Wort. Dies war insofern ein Glück, als die Ungarn, denen der Ausgang des Krieges von 1866 ihre Verfassung und ihren König zurückgegeben hatte, friedlich gesinnt waren und keine Politik unterstützen konnten, welche darauf abzielte, Österreich wieder in die deutschen Dinge hineinzuziehen. Daß der Friede dem Reiche notwendig war wie das tägliche Brot, lag auf der Hand: aber gleichwohl spielte die auswärtige Politik mehr als billig in dieser Zeit eine Rolle, da sich der leitende Minister von Beust auf diesem Gebiete, auf welchem er sich doch in Wahrheit mit mehr als gewöhnlichem Ungeschick bewegte, ganz besondere Gaben und Kräfte zutraute. Die große Entscheidung, welche in der deutschen Frage gefallen und zwar gegen Habsburg gefallen war, einfach hinzunehmen als eine ein für allemal abgethane Sache, war mehr, als ein Mann, der von Intriguen lebte, über sich gewinnen konnte. Österreich sollte sobald als möglich wieder eine Rolle spielen, und im Hintergrunde seiner Gedanken stand: sobald als möglich mit Hilfe einer französischen, vielleicht außerdem italienischen Allianz Preußen wieder von der gewonnenen Höhe herabzustoßen.

Die erste Gelegenheit, von sich reden zu machen, brach er schon Anfang 1867 vom Zaune, wo er in einer Depesche an den österreichischen Gesandten in Paris, Fürsten Metternich, über die orientalische Frage philosophierte. Er brachte hier wunderbare Dinge vor, Revision des Vertrages von 1856, des Hattihumajum und der Beschränkungen, welche jener Vertrag Rußland auferlegte; er erbat sich die Ansichten des Kaisers Napoleon über diese Gesichtspunkte, die er auch den übrigen Kabinetten vorlegen wolle. Rußland, das er mit diesem plumpen Mittel gewinnen zu wollen schien, beobachtete dem Projekte gegenüber das verächtliche Schweigen, das dieser ausnehmend tölpische Versuch, sich dort in Petersburg wieder in Gunst zu setzen, verdiente.

Seiner Politik Deutschland gegenüber kann man kaum größere Feinheit nachrühmen. Als im Jahre 1867, wie wir sehen werden, die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich infolge einer Angelegenheit, bei der es sich um das kleine Land Luxemburg handelte, nahe gerückt war, hatte der bayrische Ministerpräsident von

Hohenlohe den Gedanken, die Ergebnisse des Jahres 1866 dahin zu entwickeln, daß die süddeutschen Staaten erst einen Bund unter sich, dann einen Staatenbund mit dem Norddeutschen Bunde und alsdann dieses neue Deutschland eine völkerrechtliche Einigung mit Österreich eingehen sollten: mit sehr preziöser Miene, in langen wohlstilisierten Deduktionen lehnte Graf Beust dies ab, verriet dabei aber sehr deutlich seine eigentliche Gesinnung. Es widerfuhr ihm ferner, daß die österreichischen Polizeibehörden für eine erhebliche Anzahl von Individuen, welche dem entthronten König von Hannover eine Welfenlegion für seine demnächst zu erhoffende Restauration bilden sollten, und von denen viele Wien nie gesehen hatten, Pässe nach der Schweiz ausstellten; den Eindruck dieses ärgerlichen Handels verstärkte die große Pilgerfahrt, welche eine Anzahl Hannoveraner nach Hietzing unternahmen, wo König Georg seine silberne Hochzeit feierte. Bei einem großen Fest in Wien, zu dem der Gemeinderat ein sonst geschlossenes Lokal hergab, sprach der entthronte König vor diesen Gästen mit überlauter Stimme in einem Toast die Zuversicht aus, daß er als freier und unabhängiger König wieder nach Hannover zurückkehren werde. Im folgenden Jahre setzte den Reichskanzler eine Demonstration anderer Art in Verlegenheit. Vom 26. Juli bis 2. August (1868) fand in Wien ein großes Schützenfest statt, eines jener Feste, mit denen man vor 1866 die deutsche Einheit zu stande zu bringen beflissen gewesen war. In hellen Haufen strömten dazu süddeutsche Demokraten und Unzufriedene aus den annektierten Teilen Deutschlands, z. B. Frankfurt, herbei; das gute Bier und die gute Stunde rief eine thörichte Rede nach der andern hervor; Leute wie Siegmund Müller aus Frankfurt und Karl Mayer aus Stuttgart schäumten ihren Grimm gegen die neue Ordnung der Dinge in Deutschland, das rasch den verbrauchten Redensarten aus dem Jahre 1848, über welche diese Männer allein verfügten, zu entwachsen begann, in wilden Reden aus. Mit ihnen an Taktlosigkeit wetteiferten Österreicher, wie Kuranda, welche ihrem Groll über die Ansprüche der untergeordneten Nationalitäten in Österreich Worte gaben, oder der Minister Giskra, „ich, der ehemalige Bürgermeister, der jetzige Bürgerminister", der gleichfalls kam, um sich seinen Teil an dem rauschenden Beifall zu holen, der hier sehr billig zu haben war. Allein diese verschiedenen Demonstrationen zogen in Preußen und vornehmlich in Ungarn die Aufmerksamkeit auf sich und gaben dem Feste mehr und mehr einen politischen Anstrich, so daß der Reichskanzler sich veranlaßt fand, eine Badekur zu unterbrechen und aus Gastein herbeizueilen, um etwas Wasser in den schäumenden Wein zu gießen. Mit bewunderungswürdigem Takte fand der gewandte Mann das rechte Wort, welches alle befriedigte, niemand verletzte, — Österreich müsse

Fühlung mit Deutschland behalten; er schloß: „Die Eintracht aller unter dem Scepter unseres erhabenen Kaisers lebenden Völker ist es, welche allein die Erfüllung jener kulturhistorischen Mission Österreichs verbürgen kann, welche ein Interesse Österreichs und ein Interesse Deutschlands ist — darum, meine Herren, gilt mein Trinkspruch dem Frieden und der Versöhnung."

Passende Worte in der That und gute Worte, denen aber seine wirkliche Gesinnung nicht entsprach. Diese war einem Bündnis mit Frankreich zugewandt, mit dessen Hilfe er an Preußen und seinem großen Staatsmanne, dessen Lorbeeren ihn nicht schlafen ließen, eines nicht fernen Tages Rache zu nehmen hoffte. Eine Vorbedingung dafür war ein gutes Verhältnis mit Italien, und ein solches herzustellen gelang. Diesem Lande gegenüber war Österreich Sieger, und der Sieger hat es leichter, höflich zu sein, als der Besiegte. Daß die römische Frage nicht mehr in dem Maße wie bisher ein Hindernis guten Einvernehmens zwischen den beiden Reichen bildete, dafür sorgte die Kurie selbst, deren Haltung auch einem der Kirche so ergebenen Monarchen, wie Franz Joseph war, keine Wahl übrig ließ.

Am Tuilerienhofe war Österreich durch den Fürsten Richard Metternich vertreten, der, wie sein Vater, „ein aimabler Mann und perfekter Kavalier", dort überaus wohlgelitten war und mit seiner Gemahlin eine Zierde der dortigen hohen Gesellschaft bildete. Da der Kaiser von Österreich durch den traurigen Ausgang des von ihm nicht gebilligten mexikanischen Abenteuers gehindert war, der Einladung zur Weltausstellung sofort zu folgen, so machte sich das französische Kaiserpaar seinerseits zu einem Kondolenzbesuche auf den Weg. Bei der Zusammenkunft in Salzburg, welche vom 18. bis zum 23. August 1867 dauerte, war auch Graf Beust zugegen, mit ihm aber auch der ungarische Ministerpräsident Graf Andrássy, und so bestand denn, wie man erfuhr, das Ergebnis nur in einem „allgemeinen Einverständnis über die wichtigsten europäischen Fragen, welches die Hoffnungen des Friedens steigere". Daß jedoch die Spitze dieser Zusammenkunft sich gegen das neue Deutschland kehrte, war kein Geheimnis.*) Eine überaus elende Rolle spielte der österreichische Reichskanzler in der belgischen Eisenbahnsache, wo er, um seinem französischen Verbündeten nützlich zu sein, unberufen in einer Depesche an den österreichischen Gesandten in Berlin (1. Mai 1869) Belgien riet, sich an Frankreich anzulehnen, „das vermöge seiner Macht wie vermöge seiner geographischen Lage der gefährlichste Feind oder die treueste Stütze der belgischen Nation und ihrer Neutralität werden könne". Bis zu welchen Konsequenzen diese Politik

*) Man vergleiche Seite 289 den Brief vom 20. Juli 1870.

den Mann trieb, welcher einst den deutschen Patrioten gespielt hatte, und was verhinderte, daß er sein bös Gelüsten nicht vollbrachte, werden wir später sehen.

2. Italien.

Am 3. Oktober 1866 war der Friede auch zwischen Österreich und Italien in Wien zum Abschlusse gekommen: „Se. Majestät der Kaiser von Österreich giebt seine Zustimmung zur Vereinigung des Lombardisch-Venezianischen Königreichs mit dem Königreich Italien". Zwischen Italien und Frankreich kam es noch zu subtilen Unterhandlungen in Beziehung auf die Form, in welcher die Übertragung geschehen sollte. Die Stadt Venedig wurde am 18. Oktober nach vorher festgesetztem Ceremoniell im Namen des Kaisers Napoleon den Gemeindebehörden übergeben, am 21. und 22. aber ein Plebiszit angeordnet, — welches für Italien den Wert haben sollte, festzustellen, daß das Land nicht von Napoleons Gnade dem italienischen Staate geschenkt, sondern daß es in freier Äußerung seines Willens demselben zugetreten sei, für Napoleon den wirklichen Werth hatte, daß diese pseudodemokratische Institution der Plebiszite sich durch einen neuen Anwendungsfall bethätigte und befestigte. Wir werden, soweit es noch nicht geschehen, fernere Gelegenheit finden, das Gleisnerische und Lügnerische dieser Form der Befragung des Volkswillens aufzuzeigen: hier in diesem Falle war sie zum mindesten überflüssig, nur 69 stimmten mit nein; bemerkenswert war nur, daß diesmal auch der Klerus an der Spitze seiner Landgemeinden mit ja stimmte. Am 4. November, zu Turin, nahm Viktor Emanuel das Ergebnis dieser Abstimmung entgegen. „Italien ist gemacht", sagte er der Deputation, „aber es ist nicht vollendet."

Vollendet war es vor allem keineswegs im Innern. Die Zerrüttung der Finanzen, welche jährlich ungeheure Deficits aufwiesen und aller Heilungsversuche zu spotten schienen, der Hader der verschiedenen Parteien, die Unlenksamkeit des Parlaments und ähnliches mehr Zufällige war es nicht allein, was Besorgnis erweckte. Tiefere Schäden traten zu Tage: Käuflichkeit, Gier nach raschem Geldgewinn, die in wiederholten Skandalen in den Kreisen der Volksvertreter selbst an die Oberfläche traten, Leichtfertigkeit und Arbeitsscheu in der Bevölkerung, namentlich des Südens — religiöse Indifferenz, die traurige „Virtuosität des Verneinens" in ihren höheren, krassester Aberglaube in ihren niederen Schichten, Mangel an Disciplin, an Selbstbeherrschung überall. Allein es war ungerecht, dafür das neue Königreich verantwortlich zu machen, das vielmehr in allen diesen Dingen eine Hinter-

Viktor Emanuel, König von Italien.

(Nach Metzmacher.)

lassenschaft anzutreten hatte, deren Schmach auf die Vergangenheit fällt. Wie aber jetzt erst diese tief eingewurzelten Schäden in der grellen Beleuchtung der parlamentarischen Öffentlichkeit hervortraten, so auch auf der anderen Seite die großen angeborenen Tugenden dieses Volkes, die jetzt erst zu ihrer vollen Entwickelung kommen konnten. Es ist nicht anders, hart wie das Urteil klingen mag: der Staat hatte hier gutzumachen, was die Kirche schlimm gemacht hatte: und viel hofften in dieser Beziehung die italienischen Patrioten von der Aufhebung der Klöster einerseits — von den 11 957 europäischen Klöstern kamen noch im Jahre 1864 auf Italien 2582 — und andererseits von der Disciplinierung des Volksgeistes durch das Heer, von welchem auch wirklich dasjenige, was die Soldaten Anfang 1867 in dem „Mönchslande" Sizilien, wo die Cholera ausgebrochen war, leisteten, „Thaten, wie sie die Legenden von den Heiligen erzählen", den rühmlichsten Beweis lieferte. Ein schweres Unglück für Italien war, daß der letzte Krieg hauptsächlich durch Lamarmoras Schuld dem Lande nicht den moralischen Schwung gegeben hatte, den man sonst von einem nationalen Kriege erwarten darf. Der Politik, dem Glück, den Siegen des Verbündeten, nicht den eigenen Leistungen verdankte man Venezien. Besonders demütigend und niederdrückend war, daß man auch zur See besiegt worden, und daß die Untersuchung, welche Anfang 1867 gegen den Besiegten von Lissa, den Admiral Persano, eingeleitet wurde, an den Tag brachte, in welch kläglichem Zustande die italienische Flotte — bei der maritimen Lage des Landes das unentbehrlichste aller Kriegsmittel — von den Ereignissen überrascht worden war. Darüber konnte aller Jubel und alle Pracht nicht täuschen, welche beim Einzug des Königs in das befreite Venedig (7. November 1866) entfaltet wurde.

Indes nicht dies hatte der König gemeint, als er Italien für gemacht, aber nicht vollendet erklärte. Italien ohne Rom war noch nicht Italien: und es war nicht anders als natürlich, daß die Sehnsucht nach diesem letzten Ziel wuchs, je weniger man sonst mehr zu wünschen hatte. Auch durfte man nicht sagen, was damals oft und von wohlgesinnter Seite gesagt worden ist, daß für Italien noch manch andere Aufgabe zu lösen blieb, ehe es an diese schwierigste ging: so systematisch pflegt die Weltgeschichte nicht ihre Arbeiten zu vollbringen. So lange jene „römische Frage" — von der das „Rom die weltliche Hauptstadt Italiens" nur den ersten Teil bildete — nicht gelöst war, so lange war Italien immer wieder kriegerischen Verwickelungen ausgesetzt und blieb Frankreich gegenüber in jener demütigen Vasallenstellung, welche durch den letzten Krieg doch nur wenig leichter geworden war.

Der Fortschritt, der gleichwohl gemacht worden war, zeigte sich

übrigens unter anderem darin, daß die entthronten Fürsten, Parma, Modena, Toscana, Neapel, jetzt ihre Gesandtschaften an den verschiedenen Höfen eingehen ließen. Die September-Konvention war ausgeführt worden; am 11. Dezember (1866) war Stadt und Gebiet von Rom vollständig von den französischen Truppen geräumt. Der Schutz des Papstes im Innern war seinen französisch-organisierten und disciplinierten Söldnern, etwa 12 000 Mann im ganzen, vertraut; gegen Angriffe von außen schützte ihn ein Kordon italienischer Truppen, welcher rings um die Grenzen des päpstlichen Gebiets gezogen war. Es schien eine Zeit der Sammlung, der Erholung einzutreten, Italien verminderte 1867 sein Armeebudget um 45 Millionen, das Parlament wandte sich der unterbrochenen Beratung wichtiger Finanzgesetze zu, die Verwaltung Ricasolis bequemte sich einstweilen der Lage, welche keinen unmittelbaren Schritt zur Eroberung Roms gestattete. Aber sie fand im Parlament nicht die nötige Unterstützung. Am 11. April trat an die Stelle Ricasolis Rattazzi, welcher seiner Geschmeidigkeit wegen Napoleon genehmer war, und der sich mit der Hoffnung schmeichelte, etwas von diesem erlangen zu können.

Unterdessen hatte Garibaldi wieder eine Agitationsreise begonnen, da ihm die Sache zu lange dauerte. Sein Ziel war jetzt, da alle übrige Arbeit gethan war, die Vertreibung des „Priesters von Rom". Ungescheut fing die Presse an, die Pläne zu einer Invasion des päpstlichen Gebietes zu besprechen; große Volksversammlungen nahmen die Sache in die Hand und leiteten die Bewegung weiter; in Rom selbst regte sich eine „nationale Junta". Die Aufregung wuchs, als der französische General Dumont, von seiner Regierung nach Rom geschickt, die päpstliche Söldnerlegion ganz wie einen Bestandteil der französischen Armee inspizierte und anredete. Garibaldi seinerseits reiste nach Genf zum Kongreß der Friedensliga: dort aber erklärte er dem Papste den Krieg, indem er in die Versammlung jenes Wort von der Absetzung des Papstes und der Annahme der Religion Gottes hineinwarf; von dort zurückgekehrt (13. September) erschien er an der römischen Grenze, welche auch von einzelnen Trupps seiner Freiwilligen dem ungenügenden Truppenkordon zum Trotz wirklich überschritten wurde. Er selbst wurde am 24. zu Asinalunga von der Regierung verhaftet und nach seiner Insel gebracht, welche von italienischen Kriegsschiffen bewacht ward: aber er entwischte ihrer zweifelhaften Wachsamkeit und erschien am 21. Oktober zu Florenz. Dort herrschte in den hohen Regionen augenblicklich Anarchie, da Rattazzi am Tage zuvor wegen der drohenden Haltung Frankreichs seine Entlassung genommen hatte. Cialdini, den der König beauftragte, konnte bei der wachsenden Aufregung der Bevölkerung kein Ministerium zu stande bringen. Ungehindert ging

der Freischarenführer mit einem Expreßzug von Florenz nach Süden und begann seine Operationen. Cialdini kam nicht vorwärts, und während in Rom der Belagerungszustand verhängt und die päpstlichen Truppen zusammengezogen wurden, erging am 26. von Paris der Befehl nach Toulon, an die dort bereite Streitmacht, die zweimal befohlene und wieder abbestellte Fahrt nach der römischen Küste nunmehr anzutreten. Am 28. stiegen die französischen Truppen bei Civita Vecchia ans Land, am 30. rückten sie in Rom ein. Auf diese Nachricht trat Garibaldi, dessen Vorposten bis auf eine Stunde vor Rom gelangt waren, wo die Bevölkerung schwierig wurde, den Rückzug auf Monte Rotondo an. Inzwischen war ein konservativer Staatsmann, Menabrea, italienischer Patriot auch er, mit der Bildung eines Ministeriums betraut worden, und am 30. erhielt General Cialdini den Befehl, in das päpstliche Gebiet einzurücken. Aber noch ehe er eingreifen konnte, war die Entscheidung bereits gefallen. Auf dem Rückzuge nach den neapolitanischen Gebirgen, am 3. November (1867), bei Mentana wurden die Garibaldianer, etwa noch 4000 Mann stark, von den Päpstlichen angegriffen. Sie hielten tapfer stand. Erst das Eingreifen der Franzosen, Brigade Polhès, welche hier Gelegenheit nahmen, ihre neuen Waffen, die Chassepotgewehre, zu probieren, entschied das Gefecht, das bereits für die Päpstlichen mißlich stand. „Die französischen Truppen", so drückte sich ein französischer Redner der Opposition aus, mit spitz gewählten Worten andeutend, was er nicht geradehin zu sagen wagen durfte, „die französischen Truppen mit ihren vollkommenen Waffen erscheinen, und es fallen die Menschen, wie Ähren fallen unter der Sichel der Schnitter." Etwa 1000, bartlose Knaben unter ihnen, fielen, 1400 wurden gefangen nach Rom abgeführt, der Rest mit Garibaldi gewann die Grenze und wurde von den italienischen Truppen entwaffnet. „Die Chassepotgewehre", meldete General de Failly, der Befehlshaber der Landungstruppen, nach Paris, „haben Wunder gethan."

Die Franzosen verließen Rom wieder, hielten aber, zu sofortigem Einschreiten bereit, Civita Vecchia besetzt, wo sie sich befestigten. Die Dinge waren also wieder auf dem alten Stand: zu allem Überfluß erklärte am 5. Dezember der Staatsminister Rouher im gesetzgebenden Körper zu Paris „im Namen der französischen Regierung" und unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit: „Italien wird sich Roms nicht bemächtigen, nie, niemals" — dreimal wiederholte er das verhängnisvolle Wort — „Frankreich verlangt die energische Ausführung des Vertrags vom 15. September, und wenn dieser Vertrag in Zukunft nicht seine wirksame Anwendung findet, so wird Frankreich sich selbst an seine Stelle setzen"; „ist das deutlich"? fügte er,

das Schicksal herausfordernd, hinzu. Alle Versuche, den Stand der Dinge zu ändern, scheiterten. Im November brach sie Menabrea als nutzlos ab.

Aber in dieser wechselvoll-unberechenbaren Welt muß man niemals „niemals" sagen. Die Thorheit der Kurie und der in engem Zusammenhange mit ihr stehenden, mit den Jesuiten verbündeten Partei am französischen Hofe vollendete, was den Italienern mit eigenen Kräften „niemals" gelingen sollte.

Der Papst und die Jesuiten, in deren Händen derselbe war, empfanden die Ereignisse von 1866 als einen schweren Schlag. „Die Welt geht unter" (finis mundi) soll der Kardinal Antonelli ausgerufen haben, als er die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz erhielt. Die Niederlage in der That war furchtbar: und sie vervollständigte sich von Tag zu Tage. In Österreich selbst rief sie die heftigste und gefährlichste Bewegung gegen die Herrschaft der geistlichen Kaste wach und entfesselte alle dem römischen Wesen feindlichen Kräfte. In Deutschland war die protestantische Macht, deren Wachstum man von dem Tage an, wo ein brandenburgischer Fürst die Königskrone genommen hatte, in Rom mit Mißtrauen und Furcht verfolgt hatte, an die Spitze getreten; in Italien breitete sich der Greuel der Verwüstung immer weiter aus. Allein die Römische Kurie giebt die Welt nicht so rasch verloren: und so setzte sie ihr Glück bald auf eine neue Karte. Noch stand Frankreich aufrecht, und die Folgen der Ereignisse von 1866 mußten diese Macht in den schärfsten Gegensatz zu dem neuen Deutschland treiben, das ihr nicht minder ein Ärgernis war als der Römischen Kurie.

Es ist römische Politik, vor allem keinen ihrer Ansprüche aufzugeben, deren Summe „die Völker mit Macht zu beherrschen" das heidnische Rom dem christlichen überliefert hat. Und beim Lichte — dem trüben Halblicht freilich, das diesen Männern nicht gestattete, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind — beim Lichte besehen, war vielleicht so gar viel nicht einmal verloren. Nur die Außenwerke der päpstlichen Macht waren gebrochen, und vielleicht war es, wenn man der Welt das auch nicht eingestand, eher ein Glück zu nennen, daß man der Pflicht überhoben ward, einen Staat von 700 Quadratmeilen zu verwalten und dabei täglich vor ganz Europa den Beweis der Unfähigkeit zu liefern. Das geistliche Reich aber stand noch unerschüttert. Es galt zunächst auf dem Wege, den man mit Encyklika und Syllabus betreten, fortzuschreiten und den feindlichen Mächten der Zeit gegenüber die Kräfte dieses geistlichen Reichs zusammenzunehmen, sie zum Angriff unter einem durch keinerlei Einspruch gelähmten Willen zu organisieren.

Im Juni 1867 wurde das „Centenarium Petri“ mit besonderem Glanze gefeiert; unter dem 29. jenes Monats ernannte der Papst 25 neue Heilige, unter ihnen den spanischen Inquisitor Pedro von Arbues, und am gleichen Tage teilte er der Welt den Entschluß mit, zur Heilung ihrer mannigfachen Schäden ein heiliges ökumenisches Konzil sämtlicher Bischöfe der katholischen Welt nach Rom zu berufen. Der Gedanke war mit nichten so lächerlich, wie er den oberflächlich Urteilenden diesseit und jenseit der Alpen erschien. Von dem, was man „dem Volke“, welches die demokratische Ideologie als den Inhaber aller Weisheit darzustellen seit einigen Jahrzehnten nicht müde ward, im 19. Jahrhundert noch alles bieten durfte — von der Kraft, welche religiöse Vorstellungen, wie verzerrt, wie abenteuerlich, wie unmöglich sie immer den Vernünftigdenkenden erscheinen mochten, noch besaßen, — von den gewaltigen Schwierigkeiten des Kampfes mit einer Macht, welche sich an die niedrigen wie an die höchsten Triebfedern in der Seele der Menschen zu wenden Biegsamkeit genug besitzt — von allem dem sollte diese auf die glücklich erstiegene hohe Kulturstufe so stolze Zeit erst noch die Erfahrung machen. Indes es war für die Kurie auch die höchste Zeit, ehe der letzte Fleck Erde, auf welchem sie sich noch frei bewegen konnte, von der Revolution verschlungen ward: mit voller Entschlossenheit ging sie zum Angriffe vor.

Wir kennen den Gedankenkreis, in welchem man sich in Rom bewegte; in aller Ausführlichkeit sprachen die Veröffentlichungen vom Jahre 1864 diese Gedanken in die Welt hinein. Es ist ein Irrtum, hieß es dort, daß der Staat der Kirche irgend welche Schranke ziehen dürfe, daß die römischen Päpste je die Grenzen ihrer Gewalt überschritten hätten, daß der Kirche keine äußere zeitliche Zwangsgewalt beiwohne; daß sich der römische Papst mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Civilisation versöhnen und vergleichen dürfe; — am 22. Juni 1868 wurde der österreichischen Regierung dann der Handschuh hingeworfen in jener Allokution, in welcher neben der Verdammung jener „abscheulichen Gesetze“, welchen unter anderem besonders vorgeworfen wurde, daß sie den Leichen von Ketzern einen Platz auf „katholischen Friedhöfen“ einräumten, — die widerstrebenden österreichischen Bischöfe belobt und die ungarischen getadelt wurden, daß sie deren herrliches Beispiel nicht gleich eifrig nachahmten: und wenige Tage später, am 29. Juni 1868, ward dann die Bulle Aeterni patris veröffentlicht, welche auf den 8. Dezember 1869 ein allgemeines Konzil nach Rom berief. Ein apostolisches Schreiben vom 8. September lud auch die Bischöfe der orientalischen Kirchen, ein anderes vom 13. alle Protestanten und Nichtkatholiken ein, diese günstige Gelegenheit zur Rückkehr in den alten Schafstall zu benutzen.

In protestantischen Kreisen konnte dies keinen Eindruck machen; von seiten des Patriarchen von Konstantinopel erfolgte eine Ablehnung, welche hervorhob, daß ein Konzil nur dann von Nutzen sein würde, wenn man in die Zeiten zurückgehe, wo nur eine einzige Kirche gewesen, und wenn der Papst nicht als Herr und Gebieter der Kirche, der er nicht sei, sondern als ein Gleicher an Gleiche an die einzelnen Patriarchen des Orients geschrieben hätte. Die besonderen Gegenstände, welche auf dem Konzil zur Sprache kommen sollten, waren in der Bulle nicht genannt. Es dauerte lange, bis darüber einiges Sichere verlautete. Ein Organ der Jesuiten, die „Civiltà cattolica“ vom 6. Februar (1869) sprach es aus: der Schlußstein sollte eingesetzt werden auf den Thurm zu Babel — die Unfehlbarkeit des römischen Papstes in Sachen des Glaubens und der Moral sollte als Dogma festgestellt werden.

Wer dies damals hörte und nicht tiefer eingeweiht war in die Lehre der katholischen Kirche und ihrer Geschichte, fragte sich im Gedanken an das Schicksal des Jansenismus und des Hermesianismus mit einigem Erstaunen, ob denn der Papst diese Eigenschaft nicht längst besitze? Er bekam dann wohl die entrüstete Antwort: keineswegs, nur die lehrende Kirche habe diese Verheißung, und diese bildeten Bischöfe und Papst; nur in solchem Sinne, nur in Übereinstimmung mit der Kirche sei der Papst irrtumsfrei und unfehlbar. Noch war etwas wie Meinungsverschiedenheit, ein verlöschender Docht, in dieser Kirche, der Gegensatz zwischen Papalismus und Episkopalismus — der Papst über den Bischöfen oder die Gesamtheit der Bischöfe über dem Papst? — ein Gegensatz, der einst in der großen Konzilienbewegung des 15. Jahrhunderts eine so wichtige Rolle gespielt hatte: es handelte sich darum, ebendiesen glimmenden Docht nun auch vollends zu verlöschen, den Episkopalismus sich durch sich selbst vernichten — auf einem Konzil durch die Gesamtheit der Bischöfe selbst erklären zu lassen, daß der Papst, er für sich allein, nicht durch Übereinstimmung der Kirche, unfehlbar sei. Dann war der Zirkel geschlossen; dann war, wie seither, kirchlich gleich göttlich — es war päpstlich gleich kirchlich und mithin päpstlich gleich göttlich.

Die Nachricht von dieser Absicht regte namentlich in Deutschland die Gemüter der denkenden katholischen Kreise aufs höchste auf. Man begriff dort alsbald die ganze Tragweite der Sache. Der damalige bayrische Ministerpräsident, Fürst von Hohenlohe, erwarb sich das Verdienst, die Gefahren dieses Planes klar zu erkennen und die Regierungen aufzumahnen, das Unheil von ihren Unterthanen abzuwehren, solange es noch Zeit sei. Er sah sich abgewiesen: von seiten Frankreichs geschah ein schwächlicher Schritt, den man alsbald aus

Gründen, welche die bald folgenden Ereignisse aufklären, wieder zurück that; in Preußen trug man Bedenken, sich in Dinge einzumischen, die in das Gebiet der Dogmen gehörten, und von deren Gefährlichkeit die höheren Beamtenkreise, allzu sicher in ihrer eigenen kühlen Weisheit und meist ohne Interesse wie ohne Verständnis für religiöse Fragen, sich keine klare Rechenschaft ablegten. Die Bewegung im katholischen Deutschland gewann mehr und mehr an Stärke und Umfang. Mit dem Mut eines Mannes und eines Christen legte Professor Ignaz Döllinger in München, der erste unter den lebenden katholischen Theologen Deutschlands, in tief einschneidender Schrift und Rede dar, was echte und alte katholische Lehre und was römische Fälschung war: in zahllosen Adressen stimmten Geistliche und Laien ihm zu. Die deutschen Bischöfe, vom 1. bis 6. September zu einer Konferenz in Fulda vereinigt, glaubten in einem gemeinsamen Hirtenbriefe die beunruhigten Gemüter beschwichtigen zu müssen. Das Konzil, ließen sie sich vernehmen, könne und werde keine neuen Glaubenslehren aussprechen, keine Grundsätze aufstellen, welche mit den berechtigten Ansprüchen des Staates, der Civilisation und der Wissenschaft nicht vereinbar wären; der Papst stehe nicht, wie Böswillige ausposaunten, unter der Herrschaft einer Partei, wolle nicht die Verfassung der Kirche ändern noch seine Macht über Gebühr erhöhen; es werde bei dem Konzil keine Parteien geben, die Beratung werde vollkommen frei sein: es werde und könne nichts beschlossen werden, als was schon im Gewissen der Gläubigen heilig gehalten werde.

Unter ihnen befanden sich einzelne, welche so gut wie Döllinger erkannten, daß das neue Dogma, welches den Kern der ganzen bevorstehenden Verhandlungen bilden mußte, eine Fälschung der echten katholischen Lehre — also in ihrer Sprache eine Häresie, eine Ketzerei sei; andere, und ihrer waren mehrere, hielten dafür, daß die Verkündung dieser Lehre nicht zeitgemäß, nicht opportun sei, daß diese Verkündung in der Kirche selbst eine heillose Verwirrung und Zerrüttung, daß sie eine unheilbare Störung des Verhältnisses der Kirche zu den Regierungen zur Folge haben werde, und suchten deshalb den Papst von dem verhängnisvollen Schritte abzuhalten: indes sie begaben sich nach Rom, ohne in dieser Beziehung beruhigt zu sein*).

Am 8. Dezember 1869 — es war das Jahr, in welchem Pius IX. sein 50jähriges Priesterjubiläum gefeiert hatte — wurde

*) Für ein protestantisches Bewußtsein drängt sich übrigens immer der Gedanke auf, daß, wenn Pius oder der Papst überhaupt wirklich in Sachen des Glaubens und der Moral aus sich selbst unfehlbar war, es die überflüssigste Sache von der Welt war, dies erst auf einem Konzil durch Consensus der Kirche feststellen zu lassen.

das Konzil, 750 Mitglieder, in der St. Peterskirche durch eine Allokution des Papstes eröffnet. Wenn die deutschen Bischöfe im Ernste gemeint hatten, daß die Beratung frei sein werde, so sollten sie sehr enttäuscht werden. Die Sache war von vornherein entschieden. Von einer wirklichen ernsthaften, einer freien Verhandlung — frei auch nur in dem beschränktesten Sinne, in dem sie es auf diesem Boden überhaupt hätte sein können — war keine Rede. Die Aula, in welcher die Beratung gehalten ward, war so beschaffen und, wie sehr glaublich, so gewählt, daß jeder Redner nur von seiner nächsten Umgebung verstanden werden konnte, und dabei wurden die Vorträge nur für den Gebrauch des Papstes stenographiert. Die vom Papste befohlene Geschäftsordnung machte die Einbringung eines eigenen Antrags seitens der Mitglieder von der Willkür des Papstes abhängig; vor allem aber: eine überwältigende Mehrheit von Fanatikern, Unwissenden, in ihrer kümmerlichen Existenz ganz vom Papste Abhängigen, war den päpstlichen Vorlagen im voraus gesichert. Die deutschen, österreichischen, französischen Bischöfe, die wenigstens einigermaßen Fühlung hatten mit der Wissenschaft des 19. Jahrhunderts, sahen sich einer Mehrheit von Italienern, Spaniern, Südamerikanern, Orientalen, Missionsbischöfen u. s. w. gegenüber, und auf die 26 Millionen deutscher Katholiken kamen im ganzen 31, auf die 24 Millionen italienischer Katholiken dagegen 221 Bischöfe. Eine wahre tiefe christliche Überzeugung hätte gleichwohl auch hier ihre weltüberwindende Kraft bethätigen können: es ist traurig zu sagen, was gleichwohl wahr ist, daß eine solche Überzeugung — eine Überzeugung, wie sie Huß, wie sie Luther, wie sie so mancher Bischof dieser Kirche selbst in gleich drangvollen Stunden bethätigt hat — keiner dieser Männer besaß. So kann man sich den Verlauf denken. Der Bischof Stroßmayer von Diakovar, ein ehrgeiziger und hochbegabter Sprecher, machte anfangs einige mutige Versuche gegen die Geschäftsordnung anzukämpfen, und hielt eine geharnischte Rede gegen die Jesuiten; im Januar 1870 erschwang sich die Mehrheit der deutschen und der österreichisch-ungarischen Bischöfe zu einer Petition gegen die Geschäftsordnung, die aber trotz ihrer knechtischen Formen vom Papst nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurde; Parteien versuchten sich zu bilden: aber schon wurde die Mehrheit ungeduldig und setzte eine Petition zur Beschleunigung der Unfehlbarkeitserklärung in Umlauf. Wo ein Mitglied, wie der chaldäische Patriarch, ein 80jähriger Greis, sich beigehen ließ, etwa bei der Beratung der Vorlage des „Schemas" von der kirchlichen Disciplin für die Rechte der Bischöfe einzutreten, wurde er von dem Papste selbst, der nicht erst auf die Verkündigung des Dogmas wartete, um sich unfehlbar zu

glauben — „die Tradition? Ich bin die Tradition", soll er in jenen Tagen, ein neuer Ludwig XIV., gesagt haben —, mit harten Worten zurückgewiesen, oder wie Stroßmayer von dem vorsitzenden Legaten zur Ordnung gerufen, oder auch vom Tumult der papistischen Mehrheit niedergeschrieen. Am 26. Januar richtete die Minorität eine von dem Kardinal Rauscher verfaßte und deshalb in etwas männlicherem Tone gehaltene Petition an den Papst, es möge die Unfehlbarkeitslehre nicht vorgelegt werden, da die verlangte Definition nur den Feinden der Religion Waffen leihen würde. Die Adresse ward nicht angenommen, am 20. Februar dagegen eine neue Geschäftsordnung erlassen, welche allen Einfluß dem präsidierenden Legaten übertrug und anstatt der sonst für Konzilienbeschlüsse der Natur der Dinge nach vorauszusetzenden moralischen Einstimmigkeit der Konzilsväter die Entscheidung der Mehrheit anheimgab, deren man sicher war. Und schon war die Minorität selbst in ungleichem Kampfe mit Elementen, die gegen jeden Vernunftgrund mit siebenfachem Erze gepanzert waren, nicht mehr einig, — schwankend, mutlos, feig; im März (1870) begannen die Abstimmungen, zunächst die Vorlage über den Glauben, das schema de fide, mit seinen Verfluchungen: 515 Stimmen für, placet; 83 mit Einschränkung, juxta modum placet; am 24. April wurde es vom Papste verkündigt. Am 14. Mai begann die Debatte über die Vorlage de Romano pontifice, die wichtigste. Die eigentliche und wahre Lehre der Kirche war diese: die Kirche ist unfehlbar und als ihr Lehrkörper ist es die Gesamtheit der Bischöfe, deren erster der Papst, vereinigt im Konzil, welches bezeugt, was immer und überall als christliche Wahrheit geglaubt worden ist —; die neue Fassung sagte, der römische Papst kann kraft des ihm verheißenen göttlichen Beistandes nicht irren, wenn er seines obersten Amtes als Lehrer waltend gemäß seiner apostolischen Autorität festsetzt, was in Dingen des Glaubens und der Sitte festzuhalten oder zu verwerfen ist: und solche Dekrete und Aussprüche, als an und für sich unwiderruflich, sind von jeglichem Christen, sobald sie zu seiner Kunde gelangen, mit dem vollen Gehorsam des Glaubens aufzunehmen und zu halten. Auch seither allerdings hatte der Widerspruch, selbst der schüchternste, in der Regel sofort aufgehört, wenn Rom, d. h. der Papst, gesprochen hatte: aber ein anderes war der Papst, wenn er unfehlbar war kraft der Übereinstimmung der Kirche (ex consensu ecclesiae), ein anderes, wenn er unfehlbar war aus sich selbst (ex sese). Wurde dies letztere zum Dogma erklärt, so war ein einziger Mensch oder Halbgott zum souveränen Herrn über alles gesetzt, was Menschen denken und thun, — denn wo giebt es etwas, das außer aller Beziehung zur Religion und

Moral stände? — und die römisch-katholische Kirche, trotz aller ihrer Gebrechen und Sünden doch immer noch ein Segen und eine Wohlthat für viele, hatte ihre in manchem Betracht bewundernswürdig aus monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen gemischte Verfassung einem Absolutismus geopfert, der nur in den ältesten und rohesten Formen des alt-orientalischen Despotismus seinesgleichen fand. Was es aber für Menschen waren, die diesen Absolutismus forderten, das zeigt, um nur eines anzuführen, schon das eine Argument, welches der Berichterstatter der betreffenden Deputation, ein Franzose, gebrauchte. Petrus — das wußte dieser Bischof genau — Petrus war mit dem Kopf nach unten gekreuzigt worden, und damals trug also der Kopf die ganze Last des Körpers: so trägt der Papst als das Haupt die ganze Kirche: nun ist aber, so fuhr der Scholastiker fort, nicht der, welcher getragen wird, unfehlbar, sondern der, welcher trägt — — solche Argumente, gut genug für ein Irrenhaus, fanden den Beifall der Südländer, die in ihrer großen Mehrheit von Theologie ebensowenig verstanden als Pius IX. selbst, dessen Mangel an theologischer und überhaupt wissenschaftlicher Bildung den deutschen Bischöfen kein Geheimnis war.

Es ist für unsern Zweck nicht nötig, dem traurigen Gange der traurigen Sache weiterzufolgen. Die Minorität machte noch einige schwächliche Versuche: selbst zu einem Protest durch Schweigen konnte sie es nicht bringen. Um die Mitte Juni setzte man noch eine Agitation in Rom selbst in Gang. Prozessionen lärmten durch die Stadt, um von den zahllosen Heiligen des klassischen Bodens das Geschenk der Unfehlbarkeit zu erflehen: unter anderm erschwangen sich 40 Kammerdiener von Konzilsvätern zu einer Adresse, in welcher auch sie „hingegossen vor den heiligsten Füßen des Papstes, ängstlich sich sehnten, an den heilsamsten Früchten der Unfehlbarkeit und an dem Jubel aller Gläubigen über die Verkündigung derselben teilzunehmen."

Ihr Verlangen ward gestillt, am 13. Juli erfolgte die entscheidende Abstimmung über das Schema. Sechshundertein Väter waren zugegen, 88 stimmten mit nein, non placet, 62 mit juxta modum placet, die übrigen mit placet. Noch einmal machte die Minorität, ihr Sprecher Kardinal Rauscher, einen Versuch, die feierliche Verkündung des Ergebnisses zu hindern: der Bischof Ketteler von Mainz warf sich vor dem Papst nieder, um das Unheil abzuwenden: umsonst. Sie verließen, 115 Männer, denn das Werk war gethan, die heilige Stadt, um nun einer nach dem andern, der eine nach längerem, der andere nach kürzerem, viele, darf man annehmen, nach schwerem Kampfe, die neue Lehre nicht etwa zu glauben — denn der Ausdruck Glauben bezeichnet die Sache nicht —

wohl aber, nachdem sie das „Opfer des Intellekts" gebracht,*) sich ihr zu unterwerfen und, mit wenigen Ausnahmen, bald mit verdoppeltem Hasse sich gegen diejenigen zu wenden, denen die göttliche Stimme, die in jedem redlichen Menschenherzen vernehmbar sich verkündet und nicht erst auf römische Dekrete wartet, diese Unterwerfung nicht gestattete.**) Am 18. verkündete nach einer letzten Abstimmung, an welcher die Bischöfe der Minorität nicht mehr teilnahmen, der Papst die Konstitutionen von der Kirche und vom Papste, de ecclesia und de Romano pontifice mit den hier üblichen Anathemen gegen die Nichtglaubenden und eröffnete so den Kampf, welcher die nächsten Generationen umzutreiben bestimmt scheint.

In derselben Stunde des 13., wo die Mehrheit des Konzils jene Kriegserklärung gegen Vernunft und Christentum zu Rom beschloß, war ein kleiner deutscher Badeort der Schauplatz wichtiger Ereignisse, die nicht ohne inneren Zusammenhang mit diesen Vorgängen sind: und während der Papst Pius IX. seinen Sieg verkündigte, am 18., war bereits eine andere Kriegserklärung unterwegs, vor deren Ernst das leere Geräusch scholastischer Definitionen für einen Augenblick verstummte. Der Kampf zwischen Germanismus und Romanismus, von denen, welche Vertreter des ersteren hätten sein sollen, zu Rom mit stumpfen Waffen geführt, brach jetzt als Krieg zwischen Deutschland und Frankreich in vollem blutigem Ernst aus.

---

*) Noi sem venuti al loco, dove io ti ho detto,
Che vederai le genti dolorose,
Che hanno perduto il ben dello intelletto.
Dante, Inferno III.

**) In einem Briefe des Bischofs von Rottenburg, Hefele, vom Mai 1871 heißt es: „Ich kann mir in Rottenburg so wenig als in Rom verhehlen, daß das neue Dogma einer wahren, wahrhaftigen, biblischen und traditionellen Begründung entbehrt und die Kirche in unberechenbarer Weise beschädigt, so daß letztere nie einen herberen und tödlicheren Schlag erhalten hat als am 18. Juli v. J. (Tag der Verkündigung der Unfehlbarkeit). Aber mein Auge ist zu schwach, um in dieser Not einen Rettungsweg zu entdecken, nachdem fast der ganze deutsche Episkopat sozusagen über Nacht seine Überzeugung geändert hat und zum Teil in sehr verfolgungssüchtigen Infallibilismus übergegangen ist." Auch er fand nicht den Mut, seiner so nachdrücklich ausgesprochenen Überzeugung treu zu bleiben. Auch den Entschluß, wenigstens seiner bischöflichen Stellung zu entsagen, fand er nicht: sehr im Einklang mit der schwächlichen und kurzsichtigen Regierung seines Landes, welche vor allem sich selbst keine Ungelegenheiten machen wollte. Den Entschluß zu bleiben scheint H., soweit der Verfasser darüber unterrichtet ist, vor sich selbst mit dem so manchem wackeren Mann gefährlichen Scheingrunde gerechtfertigt zu haben, daß, wenn er ginge, ein zelotischer Nachfolger an seine Stelle käme. Nicht immer, aber in so großen Gewissensfragen muß das Fiat justitia, pereat mundus gelten: was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.

3. Deutschland.

Der Krieg von 1866 löste die deutsche Frage so wenig, als er die italienische oder die österreichische gelöst hatte; aber er machte diese Lösung möglich und vergleichungsweise leicht, indem er Österreich, das vermöge seiner Verbindung mit einer Menge außerdeutscher Elemente unter schlechthin anderen Lebensbedingungen stand, vom Körper der Nation ausschied und nur diejenigen Glieder übrig ließ, die von vornherein durch gleiche Interessen verbunden ebendeshalb auch allein einer politischen Einigung fähig waren. Weder Österreich noch Deutschland verloren bei dieser Trennung das Geringste. Beide gewannen vielmehr anstatt einer ganz unfruchtbaren politischen Vereinigung die freie Bewegung innerhalb ihrer eigenen Sphäre, welche für jeden Organismus die erste Bedingung der Gesundheit ist: an dem geistigen Leben Deutschlands aber nahm Deutsch-Österreich nach jener heilsamen Operation mindestens ebensovielen Anteil als vor derselben, und je kräftiger Deutschland selbst sich entwickelte, um so mehr wurde es befähigt, dem verwandten Elemente in Österreich eine Stütze zu sein in dem Ringen mit den Kräften, welche dessen staatliche Einheit zu sprengen drohten.

Die nächste und wohlthätigste Folge des siegreichen Krieges war, daß er dem großen Mißverständnis, dem Verfassungskonflikt in Preußen selbst ein Ende machte. Gewaltige Siege, wie die soeben erfochtenen, ändern von selbst die Stimmung; und schon die Landtagswahlen, welche am Tage von Königgrätz bereits unter dem Eindruck der ersten Siegesbotschaften vor sich gingen, hatten von dieser veränderten Stimmung Zeugnis abgelegt: fast die Hälfte der Sitze war für die Regierung gewonnen. Aber dies war das Wenigste. Die ganze Lage der Dinge war völlig verändert, als am 4. August 1866 der König nach Berlin zurückkehrte, um den Landtag, der schon auf den 5. berufen war, in Person zu eröffnen: daß er, wie der Kronprinz, Moltke, der plötzlich eine europäische Größe ersten Ranges geworden, und die Minister Bismarck und Roon, welche in des Königs Gefolge zurückkehrten, einen enthusiastischen Empfang fanden, läßt sich denken.

Die bisherigen Parteibezeichnungen paßten in Wahrheit nicht mehr. Weder die seitherigen Liberalen noch die seitherigen Konservativen waren mehr dieselben. Eine Umwälzung hatte sich vollzogen, weit gründlicher, weit umfassender, als der verwegenste Liberale sie hätte hoffen, der ängstlichste Konservative sie hätte fürchten dürfen. Sicherlich: die Konservativen konnten mit Stolz darauf pochen, wie sehr sie mit ihrer Unterstützung der Heeresreorganisation recht gehabt hätten; aber

mit nicht minderem Recht konnten die Liberalen (wenigstens diejenigen, welche eine wirkliche auswärtige Politik gehabt hatten) darauf hinweisen, daß der konservative Minister ihr Programm, nur noch durchgreifender, radikaler, als sie es sich gedacht, ausgeführt habe: was hier geschehen, Ausschluß Österreichs aus Deutschland, Zertrümmerung dreier Throne und einer städtischen Sonderexistenz, war ein Bruch mit der Vergangenheit, der in seinen Wirkungen einer großen Revolution gleichkam. Aber diese Eroberung und Einverleibung war denn doch nur ein Anfang: es galt, diese Staaten mit dem preußischen wirklich innerlich zu verschmelzen, und dies war nur mit Hilfe der Liberalen und mit Hilfe des Konstitutionalismus möglich. Denn die Konservativen jener Länder, Pastoren, Adel, Schranzentum, waren preußenfeindlich, während die Liberalen dort längst sich zu Preußen hingeneigt hatten. Es gab unter den Männern der Kreuzzeitung einige, welche meinten, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo man, siegreich auf zahlreichen Schlachtfeldern, sich in Reaktion und Demütigung der Liberalen gütlich thun dürfe. Der König seinerseits und der große Minister waren weise genug, den Augenblick des Triumphes und der Kraft zu benutzen zu einer vollen und aufrichtigen Versöhnung. Ein großer, weiser, rühmlicher Entschluß von welthistorischer Bedeutung, welcher die Siege im Felde erst fruchtbar machte und adelte: ein Gefühl tiefer Freude ging durch alle vaterlandsliebenden Herzen, als der König in der Thronrede, mit welcher er am 5. August den Landtag eröffnete, die Worte sprach, „daß er anerkenne, wie die Staatsausgaben der letzten Zeit der gesetzlichen Grundlage des § 99 der Verfassung entbehrten, daß er aber hoffe, die Landesvertretung werde die Indemnität, um die sie angegangen werden solle, erteilen" — es übte eine ungeheure Wirkung, daß jenes Wort der Indemnität, welches seither nicht über die Lippen der Minister hatte kommen wollen, nunmehr von dem königlichen Sieger selbst ausgesprochen wurde. Das gute Verhältnis zwischen Regierung und Volk war damit hergestellt und eine gedeihliche Entwickelung der deutschen Dinge verbürgt. Das unschätzbare Kleinod dieses Staates, eine starke und populäre Erbmonarchie, — Einheit des Volkes und des Herrscherhauses — trat nach kurzer Trübung jetzt wieder in seiner ganzen Kraft und in reinem Glanze hervor.

Mit richtigem Takte verzichtete der wackere Grabow, der in der Konfliktszeit die Kammer vertreten hatte, auf die Wiederwahl zum Präsidenten. Die Majorität, 170 Stimmen, traf eine sehr glückliche Wahl in dem Abgeordneten Max von Forckenbeck, der, fest und maßvoll, in der Militärfrage früher schon eine Vermittelung versucht hatte. Sein erstes Verdienst war, daß er eine Form für die Antwortsadresse fand, welche die zahlreichen, wie Pilze nach einem warmen

Regen aus der Erde schießenden Adreßentwürfe überwand und die verschiedenen Fraktionen vereinigte. Die Indemnität wurde am 3. September mit 230 gegen 75 Stimmen — unter diesen die Polen, ein Teil der katholischen Partei und die Unverbesserlichen der Fortschrittspartei, an deren Spitze Johann Jacoby — ausgesprochen, ebenso der von der Regierung verlangte außerordentliche Kredit von 60 Millionen Thaler bewilligt, welche zum Teil bestimmt waren, den geleerten Staatsschatz zu füllen — jener verständigen Einrichtung gemäß, welche der absolutistische Beamtenstaat geschaffen hatte, und die siegreich gegen die Anfechtungen des jungen Parlamentarismus behauptet wurde.

Am 17. August gelangten die Vorlagen, welche sich auf die Erwerbungen des Krieges bezogen, an den Landtag. Eine königliche Botschaft beantragte Zustimmung zu dem Gesetzentwurfe, welcher Hannover, Kurhessen, Nassau und die Stadt Frankfurt dem preußischen Staate einverleibte, der nunmehr, Schleswig-Holstein und das vorerst nur durch Personalunion verbundene Lauenburg hinzugerechnet, aus einem Staate von 5058 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 18 Millionen zu einem schön arrondierten Gebiet von 6395 Quadratmeilen mit 23 590 543 Einwohnern wurde. Der Zuwachs bestand, von den wenigen Dänen abgesehen, aus lauter Deutschen und überwiegend aus protestantischen Deutschen. Daß die innere Verschmelzung rascher gehen würde, als einst bei den Erwerbungen von 1815, war mit Sicherheit vorauszusehen. Mit Hessen und Nassau hatte man wenig Not. Der letztere Staat, im Jahre 1815 aus allerlei Flicken zusammengestückelt, hatte kein staatliches Gemeingefühl erzeugen können, und die jämmerliche Schranzenwirtschaft unter dem letzten Herzog hatte ausgetilgt, was in deutschen Bevölkerungen an Loyalität so leicht sich erzeugt. Der Herzog fühlte das und wählte bald den besseren Teil: er verzichtete, nahm ein schweres Stück Geld, behielt sich einige Schlösser vor und konnte leben wie seither; in Hessen aber war man herzlich froh, der angestammten, tyrannenerzeugenden Dynastie, welche die Geduld eines loyalen Volkes bis zum äußersten mißbraucht hatte, auf gute Art ledig geworden zu sein. Schwieriger war die Stimmung in Frankfurt, wo ein hochmütiges, geldstolzes, im schlechtesten Sinne konservatives Patriziat und eine gegen alle Zuwanderung sich absperrende Bürgerschaft, welche bequemen Erwerb nicht gegen freie Konkurrenz vertauschen wollte, der neuen Ordnung sich widersetzte. Der Meisterdiplomat, den man nach Nikolsburg geschickt hatte, um Frieden zu machen, Senator Müller, hatte die unglaubliche Naivetät, nachdem ihm Bismarck die Unwiderruflichkeit des Einverleibungsentschlusses dargethan, der Stadt übrigens, wenn sie sich im guten füge, eine privilegierte Stellung in Aussicht gestellt hatte, dem Staatsmanne zu sagen,

daß Frankfurt, um Süddeutschland anzulocken — denn er setze voraus, daß Preußen nicht am Main werde Halt machen wollen —, durchaus selbständig bleiben müsse: er deutete ziemlich handgreiflich an, daß zu diesem Zwecke sogar eine Gebietsvergrößerung für die Stadt sich empfehlen würde*): er meinte, daß diese „Ideen" nicht ohne Eindruck auf den Sieger geblieben seien. Einiges Öl für die geschlagenen Wunden war, daß der preußische Staat die Kontributionen, welche der freien Stadt aufgelegt worden waren, von den preußischen Unterthanen nicht eintrieb und sich bei der Auseinandersetzung über das Stadtvermögen, wobei der König aus eigenen Mitteln den 2 Millionen Entschädigung eine weitere zulegte, freigebig zeigte. Die Stadt verlor in Wahrheit bei dem Wechsel nichts, als einige eingebildete Güter und viele wirkliche Mißbräuche. Die Schwarzseher behielten unrecht; sie hob sich sichtbar unter einer verständigen und milden Verwaltung, und bald nahten Zeiten, wo sie sich auch mit der allgemeinen Wehrpflicht, der sich die reichen Familien durch Scheinübersiedelung nach der Schweiz zu entziehen suchten, versöhnen lernte. Mit Widerwillen, und mit am meisten berechtigtem, trug auch Hannover den Wechsel. Noch versuchte eine Deputation hannöverscher Notabeln das Schicksal zu wenden und bat um Erhaltung der Selbständigkeit des Landes unter der alten Dynastie. Der König empfing sie freundlich und sagte ihnen, daß er ihre Treue und Loyalität achte, daß aber sein Entschluß unwiderruflich sei. Er legte den Männern ausführlich seine Gründe dar: er hätte im Anfang seiner Regierung geglaubt, daß es für Preußen genüge, in Deutschland moralische Eroberungen zu machen; daß ihn, den Siebzigjährigen, nur die unablässigen Anfeindungen seiner vorgeblichen Verbündeten und die Pflicht gegen Preußen hätten bewegen können, den Weg wirklicher Eroberungen zu betreten.

Es war nicht die Pflicht gegen Preußen allein, welche den König Wilhelm berechtigt hatte, den Weg wirklicher Eroberungen zu betreten. Was diese Eroberungen rechtfertigte, war das höhere Recht, einer besseren Ordnung die schlechtere, bei welcher es jedem Teile einer großen Nation von welthistorischem Berufe freistand, jeden Augenblick zum Schaden des Ganzen mit dem Landesfeinde zu konspirieren, zu opfern. Wie hohe Zeit es gewesen war, mit diesem Unfug zu brechen, bewies der entthronte König von Hannover bald darauf, indem er die reichen Geldmittel, die ihm geblieben, und die ihm weiterhin in Aussicht standen, dazu verwandte, eine „Welfenlegion" zu bilden, bestimmt, bei einem demnächstigen Angriff der Franzosen im Gefolge des Kaisers Napoleon in Deutschland einzufallen; einen in seiner Art klassischen

*) Kannglesser, Geschichte der Eroberung 2c., S. 361 ff.

Ausdruck fand diese Gesinnung in einem später ans Licht gezogenen Briefe einer deutschen Fürstentochter, der Königin Sophie von Holland, einer Tochter Wilhelms I. von Württemberg. Dieser Brief war an denselben Protektor des deutschen Territorialismus gerichtet, dem nicht viel später die verbitterte Äußerung eines berühmten Professors, der sich für einen großen Patrioten hielt, die Rolle zuwies, die im 17. Jahrhundert Gustav Adolf als Beschützer der deutschen Libertät gespielt hatte.*) „Ich bedaure", hieß es in jenem Briefe (vom 18. Juli 1866), „daß Sie die Gefahren eines mächtigen Deutschlands und eines mächtigen Italiens nicht sehen. Ihre Dynastie ist bedroht. Nachdem Venezien abgetreten war, hätten Sie nach dem Rhein marschieren und Ihre Bedingungen auferlegen sollen. Österreich erdrosseln lassen, ist mehr als ein Verbrechen, es ist ein Fehler." „Vielleicht", fuhr das Schreiben fort, „ist dies mein letzter Brief; indes würde ich gegen die Pflichten einer alten und aufrichtigen (sérieuse) Freundschaft zu verstoßen glauben, wenn ich nicht ein letztes Mal die ganze Wahrheit sagte. Ich glaube nicht, daß sie gehört werden wird, aber ich will mir eines Tages sagen können, daß ich alles gethan habe, um den Untergang dessen zu hindern, der mir so viel Zutrauen und so viel Zuneigung eingeflößt hatte."**)

---

*) G. G. Gervinus.

**) Man findet dieses Kabinettstück, der Form nach an den französischen Gesandten im Haag, in Wirklichkeit offenbar an den Kaiser selbst gerichtet, vollständig bei Taxile Delord IV, 479 f., auch bei Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen II, 200. Wir fügen jetzt, damit man sieht, von welchen Menschen das Jahr 1866 Deutschland befreit hat, von den 1885 veröffentlichten Briefen des Königs Georg V. einen bei (vom 2. Juli 1867): „Meine stets gewesene und stets bleibende unerschütterliche Zuversicht, daß der Dreieinige Gott in seiner nie endenden Gerechtigkeit mein Reich und Thron wird wiederauferstehen lassen und mich als König in aller Selbständigkeit und Unabhängigkeit meinen Landen wiedergeben, steigert sich immer mehr von Tag zu Tag, von Augenblick zu Augenblick. Nur halte ich es für wahrscheinlicher, daß Frankreich den Krieg im Frühjahre 1868 als im bevorstehenden Herbste oder Winter beginnen wird. Auch halte ich es für wünschenswerter, da es dadurch immer noch mehr Zeit gewinnt, sich vorzubereiten, um dann, so Gott will, mit größerer Aussicht auf Erfolg den entscheidenden Schlag auszuführen. Für Österreich möchte ich eine größere Bürgschaft für ein thatkräftiges Eingreifen und für ein erfolgreiches Wirken haben, sobald der Augenblick zum Handeln, der dann an dasselbe herantritt, gekommen sein wird. Gott sei Dank, fängt der Kaiserstaat an, sich wieder im Innern zu befestigen, und dadurch wächst wieder das Selbstvertrauen. Wolle der Allmächtige, daß Österreich gründlich wiederhergestellt sei, ehe es thätig sich nach außen wenden muß. Dann ist vom Herrn aufrichtig zu erflehen, daß das Heer wieder völlig neu gebildet und gekräftigt und ein tüchtiger Feldherr sowie begabte Führer überhaupt gefunden werden, bevor dieser Zeitpunkt eintritt. Alle Anzeichen sind da, daß Beust ein

Indes war man auch im außerpreußischen Teile von Deutschland eben mit diesem Teile der Errungenschaften von 1866, welcher die deutsche Landkarte vereinfachte, im Grunde nicht schlecht zufrieden. Im preußischen Abgeordnetenhause wurde der Gesetzentwurf gegen nur 14 radikale Stimmen angenommen. Für die Übergangszeit, welche auf die kurze Frist eines Jahres festgesetzt wurde, ward der Regierung eine Art Diktatur zugestanden: nach dieser Zeit sollte in diesen Gebieten, wie in Schleswig-Holstein, die preußische Verfassung in Kraft treten. Die für den Anfang drückendste, aber für die Dauer wohlthätigste und wirksamste der preußischen Institutionen, die allgemeine Wehrpflicht, wurde sofort auf die neuen Länder ausgedehnt.

Selbst während jener Diktaturperiode jedoch entbehrten dieselben der Vertretung nicht. Denn ungesäumt ging man jetzt auch an die Organisation des neuen, des Norddeutschen Bundes, während die entthronten Fürsten, der von Hannover und der von Hessen, den Besitzergreifungspatenten ihre ohnmächtigen Proteste entgegensetzten. Inzwischen waren auch die letzten Friedensschlüsse, mit der Fürstin-Regentin Karoline von Reuß älterer Linie und mit dem alten Herzog von Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Bernhard Erich Freund, sowie der mit dem Königreich Sachsen, zu stande gebracht, und schon am 16. August war der Bündnisvertrag in Gemäßheit des von Preußen am Bunde vorgelegten Entwurfs von 15 Staaten unterzeichnet. In

---

Bündnis mit Frankreich wünscht und erstrebt. Da aber die Reorganisation Österreichs im Innern, wenn auch im Werden, doch noch nicht vollendet, die noch erforderliche Erneuerung und Verbesserung im Heere mir aber leider noch weit zurück zu sein scheint, so bleibt mir die Besorgnis, daß Beust versuchen wird, in Paris ein thätiges Entgegentreten gegen unsern gemeinschaftlichen Feind thunlichst in die Länge zu schieben, oder aber, wenn er durch die Macht der Verhältnisse gezwungen wird, handelnd aufzutreten, Österreich nicht mit der Kraft und mit der Siegesgewißheit einschreiten wird, wie man es wünschen möchte. Indes, das schließliche Gelingen unserer geheiligten Sache ist nach meinem Dafürhalten nicht davon abhängig; denn Frankreich hat ein großes Interesse, die gegenwärtigen Verhältnisse in Preußen und Deutschland, und zwar thunlichst bald zu vernichten, nötigen Falls selbst ohne die Mitwirkung Österreichs; und so gut wie es im Anfange dieses Jahrhunderts durch alleiniges und thatkräftiges Vorgehen es vermocht, ganz Europa, mit Ausnahme Großbritanniens, für seine Sache zu gewinnen, kann es, wenn Gott es will, dieses nun in einem bevorstehenden Kriege, vorausgesetzt, daß Rußland und Großbritannien neutral bleiben, um so eher wie damals, weil es jetzt für einen ganz andern Zweck kämpfen würde als zu jener Zeit. Unter Napoleon dem Onkel kämpfte es in erobernder, unter Napoleon dem Neffen in befreiender Absicht und hat, was damals weniger der Fall war, mit Ausnahme der altpreußischen Provinzen, das Mitgefühl und die Beistimmung aller deutschen Völker. Und wo diese Gesinnung sich noch nicht gleich kundgeben kann, wird sie, namentlich nach errungenen ersten Erfolgen, hervorbrechen, und mittlerweile dürfte Österreich auch so weit gelangen, um für die gute Sache mitwirken zu können."

Preußen, und nicht in Preußen allein, war man — und zwar namentlich im demokratischen Lager — nicht sehr zufrieden mit dieser Form, welche noch so viele Einzelstaaten übrig ließ. Man fand, daß gerade die kleinen und kleinsten Staaten die am meisten annexionsbedürftigen seien, daß bei der föderativen Form ihnen alle Lasten des Bundes auferlegt werden würden, ohne dessen Vorteile; daß die allgemeine Wehrpflicht in Verbindung mit der Kostspieligkeit der Einzelsouveränität — mit Fürst, Hof und Beamtenapparat — sie zu Boden drücken müsse. Dies alles war richtig; gleichwohl hatte Bismarck recht, wenn er hervorhob, daß unter allen Umständen Preußen sein während des Krieges diesen Staaten gegebenes Wort halten müsse. „Je rückhaltloser Preußen gezeigt hat, daß es seine Feinde von der Landkarte wegfegen kann", sagte er, „um so pünktlicher muß es seinen Freunden Wort halten." Nachdem er der Welt ein Beispiel gewaltiger Kühnheit und Energie gegeben hatte, zeigte er sich in der nun folgenden Zeit vorsichtig, gemäßigt, fast ängstlich bemüht, über die zunächst abgesteckte Bahn nicht hinauszugehen.

Am 15. Dezember 1866 eröffnete er die Konferenz der verbündeten Staaten in Berlin, auf welcher die neue Bundesverfassung beraten wurde, welche alsdann mit einem nach dem Frankfurter Reichswahlgesetz von 1849 zu berufenden Reichstage endgültig vereinbart werden sollte. Mit gewohnter Klarheit legte er das praktische Bedürfnis engerer Verbindung dar: Einheit im Notwendigen; er erinnerte, woran es gelegen, daß eine große Nation so lange zur Ohnmacht verdammt gewesen sei, — wie selbst die segensreiche Institution des Zollvereins, immer wieder von zwölf zu zwölf Jahren gefährdet, nur in diesen gefährlichen Krisen sich habe fortentwickeln können. Die Loyalität des Königs von Sachsen und die schonungsvolle Behandlung dieses größten Mittelstaates der neuen Union erleichterte das Geschäft der Einigung, und am 7. Februar 1867 wurde das Schlußprotokoll unterzeichnet. Alsdann ward, am 8., die Session des preußischen Landtags geschlossen, dessen Mitglieder sich in ihre für viele, in gewissem Sinne für alle neue Rolle, der Regierung eine Stütze zu sein, beim Übergang in eine völlig neue politische Lage mit richtigem Sinn und Takt gefunden hatten. Die Schlußrede des Königs sprach die Zuversicht aus, daß die neue Organisation Deutschlands gelingen werde: „Ich werde es als den höchsten Ruhm meiner Krone ansehen, wenn Gott mich berufen hat, die Kraft meines Volkes zur Herstellung dauernder Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten zu verwerten."

Am 24. Februar eröffnete er den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes in Berlin mit einer Rede, auf welche ganz Europa hörte: sie war getragen von der Größe des Moments, in welchem die

beiden seither getrennten Ströme Preußen und Deutschland ihre Wellen vereinigten. Der königliche Sprecher gedachte der seitherigen Sehnsucht nach solcher Einigung, der vergeblichen Versuche bei der Schwierigkeit der Aufgabe; sie sei noch immer schwer, diese Aufgabe, und man dürfe nicht wie bisher das Erreichbare dem Wünschenswerten opfern. Er gedachte auch der süddeutschen Staaten, „unserer Landsleute im Süden des Mains“: zur Herbeiführung des Einverständnisses, das die Friedensschlüsse dem freien Übereinkommen beider Teile anheimstellten, würde die Hand offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund so weit entwickelt sei, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Im übrigen sei der Charakter dieses Bundes ein friedlicher: „Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme.“

Am 4. März wurde der zwischen den Regierungen vereinbarte Verfassungsentwurf dem Reichstage vorgelegt. Derselbe war nicht nach irgend einer Verfassungsschablone, sondern nach den besonderen Bedürfnissen Deutschlands gearbeitet. Denn in der That war auch diese Föderation monarchischer Staaten ein Neues und Einziges in seiner Art: sie war, was die Alten ein foedus aequum, ein gleiches und billiges Bündnis nannten, soweit ein Bündnis eines Starken mit vielen Schwachen ein solches sein kann. Denn von den 7561 Quadratmeilen mit 29 226 000 Seelen dieses Bundes lieferte Preußen $^{4}/_{7}$; der nächstgrößte der 22 Staaten, die ihn abschlossen, war das Königreich Sachsen mit 2 300 000 Einwohnern auf 272 Quadratmeilen. Gleichwohl hatten die kleinen Staaten sich keineswegs zu beschweren: in allem dem, worin es nicht etwa unbedingt wünschenswert ist, sondern nur allenfalls wünschenswert sein kann, daß ein Kleinstaat seinen eigenen Willen habe, blieben sie selbständig genug: eng beschränkt waren sie nur in dem, worin sie niemals hätten souverän sein sollen, in Kriegswesen und auswärtiger Politik. Die Opfer, soweit deren gefordert wurden, wurden diesmal von den Fürsten gebracht: der Gewinn war, anders als im Jahre 1815, bei den Völkern.

Der Entwurf zählte die Staaten des Bundesgebiets auf und handelte dann von der Bundesgesetzgebung: Bundesgesetze gehen den Landesgesetzen vor (§ 2). Sein 3. § brachte den ungeheuren Fortschritt, der allein schon die Opfer des Krieges aufwog, daß wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika jeder Staatsbürger des einen Bundesstaates eben damit zugleich Bürger in allen übrigen war und ebenso wie der Einheimische behandelt werden mußte: auf den Schutz des Bundes haben alle Bundesangehörigen gleichen Anspruch. Der Entwurf beschränkte dann (§ 4) die Bundesgesetzgebung auf eine Anzahl von Gebieten — Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsver-

hältniſſe, Koloniſation und Auswanderung, Zoll- und Handelsgeſetzgebung, indirekte Steuern; Ordnung von Münze, Maß und Gewicht, Bankweſen, Erfindungspatente, Schutz des geiſtigen Eigentums, Schutz des deutſchen Handels im Auslande, Konſulatweſen, gemeinſame Flagge, Eiſenbahnbetrieb, Fluß- und Waſſerzölle, Poſt- und Telegraphenweſen; gemeinſame Civilprozeßordnung, Konkursverfahren, Wechſel- und Handelsrecht — ein Gebiet von genügender Ausdehnung und Mannigfaltigkeit, und von dem anzunehmen war, daß es ſich nach Bedürfnis erweitern ließ. Ein Bundesgeſetz entſteht durch übereinſtimmenden Beſchluß von Bundesrat und Reichstag. Den erſteren bilden die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten, 43 Stimmen im ganzen, von denen Preußen 17, Sachſen 4 und ſo ferner führen, ſo daß alſo ein Überſtimmtwerden Preußens möglich bleibt; jedes Bundesglied hat das Recht zu Geſetzvorſchlägen; einfache Mehrheit entſcheidet, bei Verfaſſungsänderungen Zweidrittel-Mehrheit; die Geſchäfte werden ſo verwaltet, daß der Bundesrat für die hauptſächlichſten Gebiete aus ſeiner Mitte permanente Ausſchüſſe bildet, bei denen ebendeswegen Sach- und Fachkenntnis, und wenn ſie aus Waldeck oder Reuß jüngerer und jüngſter Linie kam, ganz anders als am alten Bundestage hoch im Preiſe ſtand. Nur für den Ausſchuß 1 und 2, Kriegsmacht zu Land und See, ernannte der Bundesfeldherr die Mitglieder, für die übrigen wurden ſie gewählt; jedes Mitglied kann im Reichstage erſcheinen und muß, wie die Miniſter in den Kammern, jederzeit gehört werden. Der Reichstag entſpringt allgemeiner und direkter Volkswahl. Seine Sitzungen ſind öffentlich, und er hat das Recht der Initiative zu Geſetzvorſchlägen; die Mitglieder, auf drei Jahre gewählt, ſind Vertreter des ganzen Volkes, dürfen nicht an Aufträge und Inſtruktionen gebunden werden; ſie genießen die gewöhnlichen Privilegien der Volksvertreter in konſtitutionellen Staaten, beziehen aber keine Diäten. Der IV. Artikel handelte vom Bundespräſidium, welches der Krone Preußen zugehört. Das Bundespräſidium beſchließt im Namen des Bundes Krieg und Frieden, ſchließt Bündniſſe und Verträge, beglaubigt und empfängt Geſandte, ernennt den geſchäftsleitenden Bundeskanzler, beruft, eröffnet, vertagt und ſchließt Bundesrat und Reichstag, welche aber alljährlich zuſammentreten; Auflöſung des Reichstags geſchieht auf Beſchluß des Bundesrats mit Zuſtimmung des Präſidiums. Bei Nichterfüllung der Bundespflichten ſeitens eines Staates iſt Exekution möglich: ſie kann, wo Gefahr im Verzuge iſt, vom Bundesfeldherrn angeordnet werden: ſonſt aber muß ſie vom Bundesrate beſchloſſen werden. Die Artikel VI, VII und VIII behandelten Zoll-, Handels-, Eiſenbahn-, Poſt- und Telegraphenweſen, und ſie dienten dazu, die Einheit zu befeſtigen, indem ſie die letzteren zu Bundes-

verkehrsanstalten machten, deren Beamte das Bundespräsidium unter Anzeige an die Landesregierungen anstellte. Die Kriegsmarine ist einheitlich organisiert unter dem Befehl des Königs von Preußen, Wilhelmshaven (Jade) und Kiel sind Bundeskriegshäfen (Art. X). Der XI. Art. ordnet das übrige Bundeskriegswesen: einheitliches Heer, fortlaufende Nummern der Regimenter durch die ganze Armee; der Fahneneid wird dem König von Preußen als Bundesfeldherrn geleistet, der die Inspektionen anordnet und die höheren Offiziere nach seinem Ermessen aus allen Bundeskontingenten ernennt; im übrigen ernennen die einzelnen Bundesfürsten die Offiziere ihrer Kontingente. Der XII. Artikel betraf die Finanzen: Matrikularbeiträge, wo die Einnahmen des Bundes aus Zöllen, Steuern, Post u. s. w. nicht ausreichen; der XIII. handelte von Schlichtung von Streitigkeiten und enthielt Strafbestimmungen; der XIV. bestand nur aus einem einzigen gewichtigen § (71): „Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes durch besondere dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt werden.

Wir dürfen es dem Leser überlassen, diesen Entwurf, in welchem die saure Arbeit eines halben Jahrhunderts besiegelt lag, mit der Bundesakte von 1815 zu vergleichen, deren wesentlichen Inhalt wir im ersten Bande dieser „Geschichte der neuesten Zeit" mitgeteilt haben. Diesmal ward das Ziel der deutschen Einheit, zunächst der norddeutschen, leicht und glücklich erschritten. Die Versammlung, an das Jahr 1849 ihrerseits anknüpfend, wählte zu guter Vorbedeutung als ihren Präsidenten Eduard Simson, der einst im Frankfurter Parlament den Vorsitz in jener denkwürdigen Sitzung vom 28. März 1849 geführt hatte, in welcher der König von Preußen zum deutschen Kaiser gewählt worden war. Die polnischen Abgeordneten, wie die zwei Nordschleswiger, benutzten die Gelegenheit, gegen die Einverleibung der polnischen und dänischen Landesteile in den Norddeutschen Bund zu protestieren; einige Schwierigkeit machte nur die Kriegsverfassung und die Frage der Diätengewährung an die Reichstagsabgeordneten. Bei der Frage über die Erstreckung der preußischen Militärverfassung auf den gesamten Bund tauchten noch einmal die alten Gegensätze auf: den siegreichen Generalen, vor allem der gewichtigen Stimme Moltkes, war es diesmal nicht schwer, in Beziehung auf die Frage, welche früher den Kernpunkt des Streites gebildet hatte — zwei- oder dreijährige Präsenzzeit — darzuthun, daß es ein anderes ist, 100 000 Soldaten einzuexerzieren, und ein anderes, ein Heer von 100 000 einexerzierten Soldaten zu schaffen. Die neu sich bildende Partei der Nationalliberalen nahm die Lehren der Erfahrung an, während die sehr zusammengeschmolzene

Fortschrittspartei an ihrem Credo festhielt. Rücksichtlich der Präsenzstärke und des damit zusammenhängenden Budgetrechts einigte man sich, daß dieselbe, 1% der Bevölkerung, bis zum 31. Dezember 1871 festgestellt, also der Diskussion entzogen blieb, hernach die Regelung der Sache der Bundesgesetzgebung vorbehalten werde; und was die Diätenfrage betraf, so fügte sich der Reichstag schließlich der bestimmten Erklärung Bismarcks, daß die Bundesregierungen in dieser Sache nicht nachgeben würden. Er sah in dieser mittelbaren Beschränkung der Wählbarkeit ein Gegengewicht gegen die Gefahren des allgemeinen gleichen Stimmrechts, welches in der That ein Experiment war, dessen gefährliche Seiten wenige Jahre später ans Licht treten sollten. Am 16. April 1867 wurde der gesamte Entwurf mit 230 Stimmen gegen 53 angenommen; am 17. erklärte Bismarck die Zustimmung der Regierungen zu den vom Reichstage beschlossenen Änderungen des Entwurfs. Die Thronrede, mit welcher der Reichstag geschlossen wurde, konnte Genugthuung und Freude über die gelungene Verständigung aussprechen.

Ein großer Schritt in der That war gethan, und leicht und erfreulich würde es sein, dem Gange der Verhandlungen im einzelnen zu folgen und zu zeigen, welche Fülle von Tüchtigkeit, Einsicht, Beredsamkeit in diesem Parlament vereinigt war, — welch eine anregende Wirkung das freudige Sichbegegnen der verschiedenen deutschen Stämme in dieser Versammlung übte, — wie viel gesünder als bisher sich das Parteiwesen gestaltete, seitdem ein gemeinsamer Boden gewonnen war, auf dem der unfruchtbare Prinzipien- und Doktrinenstreit sich nicht unaufhörlich erneuerte, — wie viel rascher und energischer das Einheitsgefühl sich Bahn brach mit den Kräften des Parlamentarismus, seitdem mehr und mehr die Erkenntnis reifte, gegen die man sich seither auf beiden Seiten in Abstraktionen festgefahren hatte, daß Königtum und Parlament nicht da in richtigem Verhältnis stehen, wo jenes abwehrend und dieses drängend in gegenseitigem Mißtrauen beide sich hemmen und lähmen, sondern da, wo sie sich gegenseitig mit Vertrauen in die Hände arbeiten und in geregeltem, gemeinsamem Wirken an der Wohlfahrt der Nation schaffen. Noch aber fehlte zu voller Befriedigung ein Wesentliches: das neue Haus umfaßte noch nicht die gesamte Nation. In peinlicher Weise wurde das Unsichere und Unklare in dem Verhältnis zu den süddeutschen Staaten dem Nationalbewußtsein nahegelegt durch eine überaus bedenkliche Frage auswärtiger Politik, welche wenige Monate nach den Kriegsereignissen und in engem Zusammenhange mit denselben auftauchte: die luxemburgische.

Das Großherzogtum Luxemburg — 46 Quadratmeilen mit

200 000 Einwohnern — in Personalunion mit dem Königreich der Niederlande verbunden, war durch die Auflösung des Deutschen Bundes, dem es angehört hatte, einer internationalen Stellung verfallen und schwebte gewissermaßen in der Luft. Man hatte, um keine Weiterungen zu veranlassen, preußischerseits an den Großherzog, König der Niederlande, keine Aufforderung gerichtet, dem sich bildenden neuen Bunde beizutreten; dagegen war das Ländchen im Zollverein geblieben, auch war die preußische Besatzung, die in der Festung lag, nicht abgezogen. Die staatsrechtliche Stellung des Landes war unklar, der Besitz für den neuen Bund, der im übrigen glücklicherweise keinen fremden Souverän mehr zu seinen Mitgliedern zählte, von zweifelhaftem Werte, die große Mehrheit der Bevölkerung gegen patriotische Regungen unempfindlich, gegen einen Wechsel des Herrschers, wofern nur ihre materiellen Interessen nicht litten, gleichgültig. Der König von Holland nun, welcher Geld brauchte — zu welchem Zwecke, kann man dem historischen Klatsch überlassen — auf der einen, der Kaiser Napoleon, welcher eine Landerwerbung brauchte oder wünschte und dieselbe von Preußen nicht hatte erlangen können, auf der andern Seite glaubten Zeit und Objekt zu einem Geschäfte günstig. Die beiden verstanden sich; aufs neue trat nun Napoleon an Preußen mit der Versuchung heran. Er versprach Anerkennung des neuen Deutschlands, Zustimmung zu einer föderalen Einigung Nord- und Süddeutschlands; der König solle die Erwerbung Luxemburgs ihm erleichtern und ihm, wenn er bei diesem Anlaß genötigt sein würde, Truppen in Belgien einrücken zu lassen, gegebenen Falles Beistand leisten; er bot eine vollständige Offensiv- und Defensivallianz mit beiderseitiger Gebietsverbürgung. Preußen, das die neue Ära in Deutschland schlechterdings nicht mit einer wenn auch noch so geringfügigen Landabtretung an Frankreich beginnen durfte, ging hierauf nicht ein und erklärte dies auch dem König von Holland unumwunden. Die Sache ward ruchbar, in Frankreich erhob sich kriegerischer Lärm; es geschah in diesem Zusammenhange und sehr zur rechten Zeit, daß die seither geheimgehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den Südstaaten — und zwar zuerst von Bayern aus — nunmehr veröffentlicht wurden. Kräftig regte sich in Deutschland die nationale Gesinnung; auch im Reichstage kam die Sache durch eine Interpellation (1. April 1867) zur Sprache; an den König trat ernstlich die Frage heran, ob er das Land für Deutschland, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, behaupten solle. Wohlunterrichtete versichern, daß Moltke für diesen Krieg gewesen sei, den er siegreich zu enden gewiß gewesen wäre, und daß Bismarck beim Könige den Ausschlag gegeben habe mit der Erwägung, daß es richtiger sei, erst die neue Ordnung in Deutsch-

land sich befestigen und einleben zu lassen; es geschah in diesem Zusammenhange, daß er durch den bayrischen Gesandten in Wien, von Tauffkirchen, Versuche einer Annäherung an Österreich zuließ oder veranlaßte, welche dem dortigen Minister von Beust die willkommene Gelegenheit gaben, in langen Depeschen sich wichtig zu machen. Aber auch der Kaiser Napoleon war nicht so eifrig zum Kriege, als die lärmenden Journale: die Waffen waren noch nicht geschmiedet, die ihm den Sieg verbürgten; man lenkte ein. Es war der österreichische Minister, welcher sich dem Geschäft des Vermittlers unterzog, indem er begierig die Gelegenheit ergriff, Österreich eine Rolle spielen zu lassen und sich den Dank des Kaisers von Frankreich zu verdienen. Er schlug vor, entweder Luxemburg, im Besitze des Königs der Niederlande, für neutral zu erklären, oder es Belgien zu übergeben, wogegen dieses einige Striche an Frankreich abtreten würde: in beiden Fällen sollte Preußen sein Besatzungsrecht aufgeben. Der letztere Vorschlag, Luxemburg an Belgien zu geben, scheiterte an der Weigerung König Leopolds II.; man hielt sich also an den ersteren, und einmal zu gütlicher Beilegung entschlossen, fand man einen Ausweg ohne Mühe. Rußland schlug Regulierung der Sache durch eine Konferenz der Garanten des Abkommens vom Jahre 1839, auf welchem die Stellung des Ländchens beruhte, vor, und am 11. Mai wurde demgemäß ein Vertrag unterzeichnet, nach welchem Luxemburg, wie seither unter oranischem Scepter, auf ewige Zeiten einen neutralen Staat bilden sollte — unter Garantie der Unterzeichner jenes Abkommens; außer den Großmächten unterzeichnete Italien, Holland, Belgien, Luxemburg. Die preußischen Truppen räumten die Festung, welche auf Kosten des Souveräns, der ein sehr schlechtes Geschäft gemacht hatte, geschleift wurde und nicht wiederhergestellt werden durfte. Die Zugehörigkeit zum deutschen Zollverein blieb: es war das einzige deutsche Interesse, welches die Bevölkerung des kleinen Landes besaß. Im übrigen hegte diese keinen andern Wunsch als den, welchen sie in dem Refrain ihres lendenlahmen Nationalliedes aussprach: „Mir welle bluive, wat mir sin", und sie hatte auch in der That nicht so viel Wert, daß sich um ihretwillen zwei große Nationen zerfleischten.

Das hier dem Frieden gebrachte Opfer war geringfügig, die nationale Ehre unverletzt, da das preußische Besatzungsrecht, obwohl auf einem europäischen Vertrag von 1815 begründet, nach Aufhören des alten Bundes doch zweifelhaft und dabei der strategische Wert der Festung für Deutschland höchst untergeordnet war; das aber hatte sich gezeigt, daß der Norddeutsche Bund der süddeutschen Staaten auf die Dauer nicht entbehren konnte noch durfte. Es war bei allen patriotischen Männern diesseit und jenseit des trennenden Flusses das all-

gemeine Gefühl, daß es bei jenem Artikel des Prager Friedens, welcher, wie man mit Recht oder Unrecht glaubte, nur Napoleon zuliebe in denselben hineingekommen war, nicht bleiben dürfe. Es handelte sich um 4 deutsche Staaten, 8 600 000 Menschen auf 2114 Quadratmeilen: im Reichstage hatte der Abgeordnete Miquel jenem Gefühl Worte gegeben (9. März 1867): „Die heutige Mainlinie ist keine Scheidung zwischen zwei Machtgebieten, zwischen Preußen und Österreich — sie ist gewissermaßen eine Halteſtelle für uns, wo wir Wasser und Kohlen einnehmen, wo wir Atem schöpfen, um nächstens weiterzugehen.“ Die Stimmung des Nordens fand darin ihren Ausdruck, daß der Reichstag jenem § 71, welcher das Verhältnis des Bundes zu den süddeutschen Staaten betraf, nach dem Antrag Miquel-Lasker die bestimmtere und einfachere Fassung gab: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung.“

Daß jener Bund der süddeutschen Staaten unter sich, welchen der Prager Friede verlangte oder voraussetzte, niemals zu stande kommen würde — darüber war schon zu der Zeit, wo diese Bestimmung des Friedensinstruments bekannt wurde, unter denen, welche die Verhältnisse kannten, kein Zweifel; und jeder matte Anlauf, der zu seiner Verwirklichung von irgend einer Seite gemacht wurde, bewies immer aufs neue diese Unmöglichkeit. Das Wort „süddeutsch“, sofern es irgend etwas wie einen politischen Begriff, etwas wie eine innere Gemeinsamkeit der drei oder vier verschiedenen Staaten, welche man unter demselben zusammenfaßte, bezeichnen sollte, war von jeher ein leerer Schall gewesen. Für den richtigen Württemberger z. B. begann Norddeutschland schon in Heidelberg: er bezeichnete mit dem vagen Namen überhaupt die deutsche Fremde und fühlte sich in Augsburg etwa oder in Nürnberg um nichts wohler, als in Hamburg, Berlin oder Leipzig; und wenn irgend etwas, so stand für den mehr als oberflächlich Beobachtenden die Thatsache fest, daß die deutsche Einheit, sofern sie in einer freundnachbarlichen Gesinnung der Bevölkerung der einzelnen deutschen Staaten gegeneinander bestand, in den letzten 50 Jahren gerade in den süddeutschen Staaten trotz Eisenbahnen und Telegraphen so gut wie gar keine Fortschritte gemacht hatte. Dieser Fortschritt konnte nur in einem größeren, die ganze Nation umfassenden Ganzen gemacht werden, in welchem jedes dieser Länder, je mit seinen besonderen Ehren und Gaben, gesichert stand. Ein solches Ganze herzustellen, schwer wie dies immer noch sein mochte, war doch in jedem Falle unendlich viel leichter, als die Aufrichtung eines besonderen Südbundes, in welchem die landsmannschaftliche Eifersucht, von der dynastischen ganz abgesehen, jedes Einheitsgefühl im Keime erstickt hätte.

Am einfachsten lagen die Dinge in Baden. Der Großherzog wie die Mehrzahl der Bevölkerung hatte sich der Koalition gegen Preußen nur sehr ungern, durch die geographische Lage des Landes gezwungen, angeschlossen, und der Umschwung, soweit es hier, wo der Landesfürst selbst der entschiedenste Bekenner des nationalen Gedankens war, eines solchen bedurfte, war schon im Juli des Kriegsjahres vollständig. Das Ministerium ward in diesem Sinne umgestaltet, das bedeutendste Mitglied der neuen Regierung der in schwerem Kampf des Lebens erprobte, klare, energische Patriot Karl Mathy. Der Minister des Auswärtigen, von Freydorf, sprach schon bei Vorlegung des Friedensvertrages seine Genugthuung darüber aus, daß nicht die Verbündeten — deren Opfer Baden geworden wäre —, sondern der Gegner gesiegt habe. Von vornherein stand es hier fest, den engsten Anschluß an den Norddeutschen Bund, — so bald wie möglich den vollen Eintritt zu suchen. Von einem besonderen Süddeutschen Bunde wollte man, von einer sehr kleinen radikalen und einer stärkeren klerikalen Minderheit abgesehen, hier nichts wissen.

Anders war die Sache in Württemberg. Es bedurfte einiger Zeit, bis das tüchtige, strebsame, eigensinnige Volk, dessen beste Kräfte in kleinlichen Verhältnissen nutzlos sich verzehrten, sich zu der Erkenntnis durchkämpfte, daß es als Glied an einem großen Ganzen mehr bedeutete, als in seiner sorgfältig gehüteten Abgeschlossenheit, in welcher es sich lange Zeit, eine Beute engherziger Bureaukraten und radikaler Schwätzer, selbstgefällig behagte. Schwer kämpfte die noch sehr kleine „deutsche Partei" gegen einen zweizüngigen Minister und gegen eine Kammer, welche, nach einem verrotteten Wahlgesetz gewählt, eher alles andere als die Intelligenz des Landes vertrat. Der Friedensvertrag indes mußte angenommen werden: es geschah in der Zweiten Kammer (10. Oktober 1866) mit 86 Stimmen gegen eine, welche einem abgewirtschafteten Pfarrer angehörte, der niemals den Mund aufthat, ohne sich durch seinen täppischen Radikalismus lächerlich zu machen. Der Preußenhaß, völlig sinnlos in diesem Lande, das niemals die leiseste Ursache gehabt hatte, sich über Preußen zu beklagen, hatte jedoch namentlich in den während des Waffenstillstandes von den preußischen Truppen occupierten Landesteilen sehr nachgelassen. Der Sieg hatte dem Volke, das für tüchtige Leistungen einen offenen Sinn besaß, imponiert; ein großer Fortschritt aber war, daß man von dem unklaren Trugbilde der österreichischen Sympathieen, welche nirgends, außer in dem katholischen Oberschwaben, eine thatsächliche Grundlage der Interessen hatten, jetzt mehr und mehr sich befreite.

Erklärlicher und verständlicher war der Preußenhaß in Bayern, wo er in der natürlichen Eifersucht eines kraftvollen Mittelstaats, der

in seiner Geschichte Momente größerer Hoffnungen gehabt hatte, wie in dem katholischen Bekenntnis seiner Bevölkerungsmehrzahl wurzelte. Gleichwohl ward hier in der Abgeordnetenkammer der Friedensvertrag gegen eine einzige ultramontane Stimme angenommen, und die Kammer stellte ihrem deutschen Sinn und dem politischen Verstand der Bevölkerung ein rühmliches Zeugnis aus, indem sie gegen nur elf Stimmen ihrem König den engen Anschluß an Preußen empfahl, „welcher zur Zeit allein dem angestrebten Ziele entgegenführen könne, Deutschland unter Mitwirkung eines frei gewählten und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten Parlaments zu einigen — — und etwaige Angriffe des Auslands erfolgreich abzuwehren."

Für den letzteren Zweck mochten einstweilen die Schutz- und Trutzbündnisse genügen, die aber doch keiner weiteren Entwickelung fähig waren und vor allem die Gemüter sich nicht näher brachten. Dies letztere konnte nur durch regelmäßige gemeinsame vaterländische Arbeit geschehen: und darin vor allem lag für die Länder des Norddeutschen Bundes der Wert des Reichstags, der künftighin alljährlich so viele hervorragende deutsche Männer aus den verschiedensten Gegenden zu gemeinsamem Wirken vereinigte, und dessen Erneuerung alle drei Jahre die Bevölkerungen dieser Länder in eine und dieselbe energische Wahlbewegung hineinwarf. In diese gemeinsame Arbeit und gemeinsame Bewegung auch Süddeutschland mit hineinzuziehen, war die Aufgabe. Die Möglichkeit hierzu und damit zur Herstellung einer weiteren „Brücke über den Main", die nicht bloß wie die Schutz- und Trutzbündnisse eine Notbrücke war, bot der Zollverein, der wie alle übrigen Bande durch den Krieg zerrissen, nach hergestelltem Frieden rasch, aber nur vorläufig und in der alten, auf dem Vertrag vom 24. August 1865 beruhenden Gestalt wieder geknüpft worden war, — notdürftig also und auf Wohlverhalten, mit dem Vorbehalt sechsmonatlicher Kündigung. Die Angelegenheit war aber jetzt, durch die Gründung des Norddeutschen Bundes, in ein ganz neues Stadium getreten. Die Verfassung dieses Bundes überwies die Zollgesetzgebung dem Bundesrate und dem Reichstage: wollten die süddeutschen Staaten sich nicht einfach unterwerfen, so mußte ein Mittel gefunden werden, irgendwie Repräsentanten der süddeutschen Staaten an dieser Gesetzgebung zu beteiligen, sie diesem Gesetzgebungskörper anzugliedern. Die neue Bundesverfassung war elastisch genug, um dies zu ermöglichen: es geschah durch eine von Bismarck vorgeschlagene Übereinkunft, nach welcher die süddeutschen Staaten den Bundesrat durch Bevollmächtigte und den Reichstag durch Abgeordnete zu beschicken hatten. Diese bildeten dann mit dem Bundesrat und Reichstag des Nordbundes zusammen einen Zollbundesrat und ein Zollparlament, beschlossen mit über Gegenstände der Zoll-

gesetzgebung und gingen, nachdem sie dies gethan, wieder nach Hause. Wenig, wie dies scheinen konnte, war es doch sehr viel mehr, als jemals in den Zeiten des alten Bundes von Einheit wirklich vorhanden gewesen war, und dem ultramontanen wie dem demokratisch sich gebärdenden Partikularismus war es auch schon viel zuviel. Am 8. Juli 1867 kam es hierüber zu einem definitiven Vertrage der vier Staaten mit dem Norddeutschen Bunde, kraft dessen der Zollbundesrat künftig aus 58 Mitgliedern bestehen sollte, von denen Bayern 6, Württemberg 4, Baden und Hessen je 3 stellten. In Beziehung auf jenes kleine, aber wichtige Gesetzgebungsgebiet wurde demnach die Bundesverfassung, einschließlich der Bestimmungen über die Wahl der Mitglieder zum Reichstage, auch auf diese Staaten angewendet: es war die Hoffnung gegründet, daß aus dem Zollbund, wie man sich ausdrückte, bald der Vollbund, aus dem Zollparlament bald das Vollparlament werden werde.

Die Dinge gingen gut. In Bayern war Ende 1866 an von der Pfordtens Stelle ein deutsch-gesinnter Staatsmann, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, getreten, der schon im August in der Kammer der Reichsräte, damals in dieser Körperschaft sehr vereinzelt, den Anschluß an Preußen als die einzig richtige Politik für Bayern erklärt hatte. Im Heerwesen war von Baden alsbald der volle Anschluß an die preußischen, jetzt norddeutschen Einrichtungen mit Eifer ins Werk gesetzt worden, und eine möglichste Annäherung an diese Einrichtungen war auch für Bayern und Württemberg eine Notwendigkeit, da sich dieselben in einer Weise bewährt hatten, gegen welche Bosheit und Unverstand nicht mehr aufkommen konnten. Im August jenes Jahres erfolgte die Salzburger Zusammenkunft: wenn Napoleon gehofft hatte, dort oder unterwegs die süddeutschen Fürsten zu gewinnen, so sah er sich getäuscht. Der Großherzog von Baden ließ sich nicht blicken, die Könige von Württemberg und von Bayern hielten sich in den gemessensten Schranken der Höflichkeit; die beste Antwort auf die Gerüchte und das Geflunker, welches sich an jene Zusammenkunft anheftete, gab am 5. September die Thronrede des Großherzogs von Baden mit den einfachen Worten: „Mein Entschluß steht fest, der nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben, und gern werde ich und mit mir mein Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in dieselbe unzertrennlich verbunden sind.“ Dem entsprechend wurden im Oktober dort in Baden die Verträge in der Volkskammer nahezu einstimmig angenommen. Dasselbe war in Hessen geschehen. In Bayern bedurfte der eine dieser Verträge, das Schutz- und Trutzbündnis, verfassungsmäßig zu seiner Gültigkeit der Zustimmung der Kammern nicht, und der Zollbundsvertrag wurde in der Zweiten Kammer mit 117 gegen 17 Stim-

men angenommen: nicht ohne daß bei den Debatten die üblichen Abgeschmacktheiten von den Sklavenketten, der Unterwerfung unter Preußen und ähnliches wiederholt worden waren. Anders aber stand die Sache in der Kammer der Reichsräte, wo ein ungewöhnlich großes Kapital von Eigensinn und Mangel an Sachverständnis versammelt war, und wo man über die bürgerlich-finanziellen Gründe, welche die Erhaltung des Zollvereins für Bayern zu einer Notwendigkeit machten, sich hocherhaben dünkte; man stieß im Süden zuweilen auch auf besonders erleuchtete Geister, welche sich einredeten, daß Norddeutschland den Zollverein nötiger habe als Süddeutschland. Die Reichsratskammer, deren Kommission mit neun gegen eine Stimme sich gegen die Annahme ausgesprochen hatte, wurde aber aus allen Landesteilen mit Telegrammen bestürmt, in welchen das Hohe Haus dringend und nachdrücklich gebeten wurde, den Vertrag anzunehmen. Die Stimmung war so, daß man im Falle der Verwerfung Unruhen befürchten mußte, und diese Verwerfung geradehin auszusprechen, dazu fehlte diesen Männern doch der Mut wirklicher Überzeugung: sie waren bereit, zuzustimmen, wenn Bayern das unbedingte Zustimmungs- und Verwerfungsrecht, das man mit Recht mit einem in der Geschichte menschlichen Unverstands wohlbekannten Ausdruck das liberum veto nannte, beibehalte. Der Fürst Hohenlohe lud den Hauptvertreter Bayerns gegen Deutschland in dieser Sache, Freiherrn von Thüngen, ein, sofort mit ihm nach Berlin zu reisen, um sich zu überzeugen, ob dies durchführbar sei; es geschah; als man sich auf diese Weise überzeugt hatte, daß die Beibehaltung jenes liberum veto unmöglich sei — der plebejische Verstand bedurfte dazu keiner Reise nach Berlin —, da fügten sich die Reichsräte und nahmen, 35 gegen 13, den Zollvertrag ihrerseits an.

Von dem Beschlusse der bayrischen Adelskammer hatte die unfähigste aller parlamentarischen Körperschaften des damaligen Deutschlands, die Zweite württembergische Kammer, ihr Votum abhängig gemacht. Dort in Württemberg war unterdessen die Organisation der deutschen Partei fortgeschritten. Auch der leitende Minister von Varnbüler, der Scharfblick genug besaß, um die veränderte Lage richtig zu würdigen, der aber, um im Amte zu bleiben, mit Vorsicht verfahren mußte, begann allmählich seine Segel etwas anders zu stellen: mit Klarheit und Entschiedenheit in staatsmännischer Rede trat er für das Schutz- und Trutzbündnis ein. Vergebens wehrte sich der Berichterstatter der Kommissionsmehrheit Moritz Mohl mit den Waffen langweiliger Beredsamkeit und exaltierter Phrasen; 57 gegen 32 stimmten dem Bündnisvertrage und, da inzwischen auch das Telegramm von München einlief, das die Abstimmung der Reichsratskammer meldete, am folgenden

Tage 73 gegen 16 auch dem Zollvereinsvertrage zu, von welchem Mohl, der einen unermüdlichen Fleiß und eine ungemeine Gelehrsamkeit daransetzte, um stets neben das Ziel zu treffen, den Ruin der württembergischen Industrie und was sonst nicht alles weissagte. In der Ersten württembergischen Kammer, in welcher weit mehr Sachkenntnis und unbefangenes Verständnis für die Lage der Dinge vertreten war, als in der Zweiten, wurde der Zollvertrag einstimmig, der Allianzvertrag mit sehr großer Mehrheit angenommen (November).

Mittlerweile (10. September 1867) war der erste ordentliche Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnet worden. Einige Tage früher hatte Bismarck sich durch eine Cirkulardepesche über die Gerüchte, die sich im Verfolg der Salzburger Zusammenkunft erhoben, ausgesprochen und bei diesem Anlaß in sehr geschickter Wendung dem Kaiser von Frankreich zu Gehör gegeben, daß das Verhältnis des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten innere Angelegenheiten Deutschlands seien. Die Thronrede war in geschäftlichem Tone gehalten; mit gutem Recht; die Nation konnte sich und mußte sich ruhig an die Arbeit begeben, um die Früchte eines Jahres voll gewaltiger Ereignisse in Sicherheit zu bringen. Bei Gelegenheit der Adreßberatung sprach Bismarck es aus, daß ihm jedes Drängen fern liege, um den Süden zum Eintritt in den Nordbund zu bestimmen — daß aber, wenn Norden und Süden, wenn die Nation diese Einheit wolle, kein Minister stark, keiner mutig — oder, setzte er mit verständlicher Beziehung hinzu, keiner kleinmütig genug sein werde, dies zu hindern. Die Session war an Ergebnissen reich, da Reichstag und Bundeskanzler in richtiger Weise zusammenarbeiteten. Die Militärorganisation des neuen Bundes, eine gewaltige Waffenmacht, fertig; die Bundesflagge, schwarzweißrot, von den meisten Staaten anerkannt, von den Deutschen in den fernen Ländern als Symbol wirklicher deutscher Macht mit Jubel begrüßt, von einzelnen deutschen Reisenden und Entdeckern tief im Herzen fremder Weltteile, Amerika, Afrika, aufgepflanzt — die Diktatur in den annektierten Ländern mit dem 1. Oktober erloschen und mit der preußischen Verfassung vertauscht — Militärkonventionen mit einzelnen der kleinsten Staaten geschlossen und genehmigt — Postgesetz, Freizügigkeitsgesetz, Bundeskonsulate, Bundesschuldengesetz vereinbart — so entwickelte sich in rascher Folge Blatt auf Blatt und Frucht auf Frucht an dem jungen Baume, den eine geschickte und energische Hand von dem Anwuchs, der sein Wachstum gehemmt, befreit hatte, und der nun seinerseits, auf seinen eigenen Boden gestellt, zu einem gesunden Baume werden konnte. Es verdient als ein Zeichen der Zeit Erwähnung, daß am 11. November jenes Jahres der Nationalverein, der jetzt überflüssig geworden war, sich auflöste.

Diese gesunde Entwickelung wirkte auch auf Preußens innere Angelegenheiten zurück. Am 15. November 1867 eröffnete der König den preußischen Landtag, in welchem zum erstenmal die Abgeordneten der neuen Landesteile saßen; zugleich wurden 18 neue Herrenhausmitglieder, unter ihnen auch ein Jude, Rothschild für Frankfurt, ernannt und so auch dieser Körperschaft frisches Blut zugeführt. Sichtbar neigte sich die Regierung liberaleren Anschauungen zu; einer der verhaßtesten Minister aus der Konfliktszeit, der Justizminister Graf zur Lippe, wurde im Dezember entlassen und ein Hannoveraner und Bürgerlicher, Dr. Leonhardt, an seiner Stelle berufen. Die Reform der Kreisverfassung ward in Angriff genommen, der ärgerliche Streit um die Redefreiheit der Abgeordneten aus der Welt geschafft, dem ehemaligen Königreich Hannover ein eigener Provinzialfonds zu freier ständischer Verfügung zugewiesen und ähnliche Einrichtungen auch für die übrigen Provinzen in Aussicht genommen, an welche der schwere Notstand, der infolge einer Fehlernte die Provinz Ostpreußen heimsuchte, zu mahnen schien: der Etat für 1868 wurde mit allen gegen die eine des Abgeordneten Jacoby angenommen, die ihr Gewicht, soviel sie dessen besessen, längst verloren hatte. Es darf unter den rühmlichen Thaten der neuen Zeit, die für die neuerworbenen Länder wie für das alte Preußen angebrochen war, nicht unerwähnt bleiben, daß nunmehr auch einem alten Unfug, den die Reaktionsjahre trotz aller damals zur Schau getragenen Frömmigkeit ruhig hatten bestehen lassen, den Spielbanken in deutschen Bädern, nunmehr das Todesurteil gesprochen wurde. Etwas mehr Schwierigkeit machte das Gesetz, welches dem König von Hannover eine überreiche Entschädigung, 16 Millionen Thaler (48 Millionen Mark), zuerkannte. Dasselbe ward angenommen, indem Bismarck mit Eifer den Satz verfocht, daß die depossedierten Fürsten durch Annahme der Entschädigung, obzwar nicht rechtlich, so doch moralisch sich gebunden fühlen würden, die neue Ordnung nicht mehr ernstlich zu stören (1. Februar 1868). Dies freilich war ein großer Irrtum, wenigstens was den König Georg und den hessischen Kurfürsten betraf. Der erstere feierte wenige Wochen später zu Hietzing, wie bereits erwähnt, das Fest seiner silbernen Hochzeit, und er nahm hier volle Gelegenheit, zu zeigen, daß er, dem sein Welfenthron den Inbegriff aller Religion und Moral bildete, sich ganz und gar nicht moralisch gebunden fühlte. „Ein Hoch auf unser baldiges Wiedersehen im Welfenreiche", rief der Entthronte aus, der, wie es scheint, keine Ahnung davon hatte, wie wohlverdient sein Schicksal war. Er begann seine Welfenlegion auf französischem Boden zu organisieren und rechtfertigte damit nachträglich, soweit es nicht schon vorher geschehen, das Gottesurteil, das gegen dieses antinationale Königtum entschieden

hatte. In demselben Monat erließ auch der Kurfürst von Hessen einen Aufruf, der allen Beamten des befreiten Landes zugeschickt wurde. „Kurhessen, es kann nicht lange mehr währen und der zweite Akt des großen Trauerspiels, welches die Politik des Grafen Bismarck über unser großes deutsches Vaterland und insbesondere über unsere hessische Heimat heraufbeschworen hat, wird beginnen"; in den Tagen seines Glanzes hatte sein Stil sich nicht in so schwungvollen Wendungen bewegt. Die vertriebenen Fürsten hatten aber der Gutmütigkeit des Königs von Preußen denn doch zuviel zugemutet: der Verkündigung des Abfindungsgesetzes (3. März) folgte unmittelbar der königliche Erlaß, welcher über das Vermögen des Königs Georg die Beschlagnahme verhängte.

Am 29. Februar ward der preußische Landtag geschlossen. Schon stand, denn überreich war Deutschland jetzt mit parlamentarischen Versammlungen gesegnet, die Session des Reichstags vor der Thür, der diesmal zum erstenmal zugleich deutsches Zollparlament sein sollte. Die Wahlen zu diesem letzteren riefen in den süddeutschen Staaten eine lebhafte Aufregung hervor. Vom Zollwesen war dabei wenig die Rede, es waren durchaus politische Wahlen. In Baden gewannen, dank dem allgemeinen Stimmrecht und der allzu großen Siegeszuversicht der Nationalgesinnten, die Klerikalen 6 von 14 Sitzen. In Bayern, wo gleichfalls noch im letzten Augenblick der katholische Klerus mit ganzer Wucht in die Wahlbewegung eintrat und seine privilegierte Stellung ausnutzte, die ihm Agitationsmittel von einer Wirksamkeit, wie sie keine andere Partei besitzt, zur Verfügung stellt — in Bayern waren unter 48 Mitgliedern 12 nationalgesinnt, 9 der Verständigung zugänglich gemäßigt, 26 klerikal oder demokratisch-partikularistisch; wogegen in Hessen, soweit es hier in Frage kam, alle 6 Gewählten nationalgesinnt waren und auch in einer der Hochburgen des Ultramontanismus, in Mainz, gegen den Einfluß des Bischofs Ketteler und die verbündeten Klerikalen und Radikalen ein entschlossener Nationaler, Ludwig Bamberger, den Sieg errang. Sehr heftig war der Wahlkampf in Württemberg, wo sich die Parteien aufs schroffste gegenüberstanden. Die sichtbaren Fortschritte der deutschen Partei erweckten neben dem Grimm der Ultramontanen, die dabei in ihrem Rechte waren, die ganze Wut der altwürttembergischen Rückschrittspartei, zu welcher hier vor allem die Demokraten gehörten. Diese fühlten, daß ihre Zeit vorüber war, daß mit den abgestandenen Phrasen vom Jahre 1848, mit welchen ihre kläglichen Zeitungen und ihre Klubs und Volksvereine haushielten, auf der größeren politischen Bühne, die sich eröffnete, nichts zu machen war. Ebenso grimmig war die Regierungspartei, welche besonders gereizt war gegen eine Partei,

die es nicht verhehlte, daß sie von der kleinstaatlichen Bureaukratie und ihrer Weisheit im allgemeinen und von der württembergischen insbesondere eine sehr geringe Meinung hegte; in den Hofkreisen endlich konnte man es nicht verschmerzen, daß im Oktober (1867) auf dem Bahnhof der württembergischen Oberamtsstadt Geislingen dem durchreisenden König von Preußen als „dem von der Vorsehung berufenen deutschen Kaiser" von einer zahlreich versammelten Bürgerschaft ein Hoch ausgebracht worden war. Alle Hebel wurden nun angesetzt; die Regierung warf sich mit der ganzen Wucht persönlicher Erbitterung in den Kampf; der leitende Minister, von Varnbüler, für seine Person wohl bereits entschlossen, demnächst mit guter Art ins nationale Lager überzugehen, durchzog die Dörfer der Rauhen Alp und empfahl sich dem allgemeinen Stimmrecht als Landwirt und Schafzüchter; ein anderer, der soeben an dem Professor Pauli in Tübingen ein Meisterstück inquisitorischer Verfolgung geliefert hatte, der Kultusminister von Golther, rief, als die Wahl in Stuttgart eine der deutschen Partei günstige Wendung zu nehmen drohte, voll Ingrimm aus, daß diese Wendung nur die Beamten verschuldeten, und daß sie, er und die übrigen Minister, nötigen Falls zeigen wollten, wie auch sie es verständen, à la Bismarck zu regieren. Er hatte unrecht: wenigstens wie man mit frondierenden Beamten umging, das konnte man seit lange schon nirgends besser lernen als in dem konstitutionellen Lande Württemberg. Der Erfolg übrigens war vollständig: alle 17 Wahlen fielen auf Partikularisten der verschiedenen Farben.

Der Plan, die Session des Reichstags mit den Verhandlungen des Zollparlaments beginnen zu lassen, und diesem, als der Vertretung der Gesamtnation, in einer etwas feierlichen Weise den Vortritt zu geben, war durch die, vielleicht absichtliche, Verzögerung der württembergischen Wahlen vereitelt. Nachdem am 23. März 1868 die zweite Session des Reichstags eröffnet worden war, wurde vom 27. April an das Zollparlament dazwischen geschoben. König Wilhelm sprach in der Eröffnungsrede von der Macht des nationalen Gedankens, der sich denn auch an dem ehrlicheren Teil der süddeutschen Partikularisten nicht verleugnete. Zum Präsidenten wurde Simson, der Vorsitzende des Reichstags, zum ersten Vicepräsidenten der bayrische Ministerpräsident von Hohenlohe gewählt; für den Herzog von Ujest als zweiten stimmten auch die süddeutschen Partikularisten, um wenigstens die Wahl von Bennigsens zu vereiteln, der ihnen als Führer des Nationalvereins und als deutschgesinnter Hannoveraner besonders verhaßt war. Einige böse Stunden machte dieser süddeutschen Fraktion, welche im ganzen 57 Stimmen zählte, die Prüfung der württembergischen Wahlen, bei denen es nicht allzu reinlich zugegangen war. Da indes kein Kandidat

der deutschen Partei in Württemberg durchgebracht worden war, so wurde es den Rednern der Partikularisten nicht schwer, die Stöße der Gegner, welche schwäbische Verhältnisse nicht genau kannten, zu parieren. Die Gesellschaft benahm sich sehr ungebärdig, drohte mit ihrem Austritt in ganzer Masse, wenn eine von den Nationalliberalen beantragte Adresse angenommen würde. Sie setzten es durch, daß man über dieselbe zur Tagesordnung überging, und dies machte sie übermütig. Indes verrückte es ihnen doch einigermaßen das Konzept, als sie sahen, daß man in Norddeutschland keineswegs so sehr auf jene weitere Ausdehnung des Bundes erpicht war, zu deren Abwehr sie so ingrimmig entschlossen waren, und es dauerte nicht lange, so erhielt einer von ihnen, der württembergische Ultramontane Probst, und mit ihm die ganze Partei den Beweis, daß der Staatsmann, welcher das Jahr 1866 gemacht hatte, ihnen auch auf dem Feld der Redekämpfe weit überlegen war. Jener Abgeordnete schämte sich nicht, in dieser Versammlung, wo zum erstenmal wieder Vertreter aller deutschen Staaten sich zusammenfanden, die Notwendigkeit, jedes Wort sorgfältig zu meiden, das über die nächsten Zollangelegenheiten hinausgehen möchte, — damit zu stützen, daß, wie er sagte „irgend jemand in der Welt vorhanden sei, der darauf passe, daß die Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland hier zum Austrage gebracht würden;" der Friede mit diesem geheimnisvollen Irgendjemand — er meinte den Kaiser Napoleon — könnte dadurch gefährdet werden. Bismarck entgegnete ihm, daß man sie, die Norddeutschen, für sehr viel „empressierter" halte, als in Wirklichkeit der Fall sei, und warf den wenig gefährlichen Gegner dann mit dem Schlußwort nieder: „Ich gebe dem Redner und denen, die ebenso gestimmt sind, zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet." Bei demselben Anlaß hielt dann der bayrische Abgeordnete Völk eine warme Rede, welche die Isolierung der süddeutschen Fraktion vollendete und zeigte, daß der behauptete Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland eine Chimäre war. Diese Stimmung drang denn auch schließlich durch: auf einer Festfahrt nach Kiel zur Besichtigung der Bundesmarineanstalten lernten die süddeutschen Mitglieder des Zollparlaments ein herrlich aufblühendes nationales Besitztum kennen: und gegen diese Eindrücke kam die gemeinsame Erklärung von 31 Mitgliedern der süddeutschen Fraktion an ihre Wähler nicht auf. Dieselbe war von dem Tübinger Professor Schäffle verfaßt, der kurz nach dieser Zeit, als er merkte, daß in dem neu sich bildenden Deutschland für sein Talent des Intrigierens kein Boden war, nach Österreich ging, dort nach einiger Zeit zum Mitglied eines deutsch-feindlichen Ministeriums vorrückte und nach kurzer Laufbahn auch dort, wie wir sehen werden, abgewirtschaftet

hatte. Die Schlußrede am 23. Mai konnte nur einige Handelsverträge, mit Österreich, mit dem Kirchenstaat, mit Spanien, und Ausdehnung des Zollvereins auf Mecklenburg als Früchte der Session aufführen und im übrigen die verständige Mahnung aussprechen, „in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte."

Fruchtbarer waren die Verhandlungen des Reichstags, der fortfuhr Wünsche zu erfüllen, deren Verwirklichung man seither in den Landtagen vergeblich erstrebt hatte. Dahin gehörte (3. April 1868) der Antrag Lasker und Genossen auf Erlaß eines Gesetzes für den Umfang des ganzen Bundes zum Schutz der Redefreiheit in den Landtagen, Vorbereitung von Gesetzen über gemeinsames Strafrecht und gemeinsamen Strafprozeß, neue Maß- und Gewichtsordnung, Notgewerbegesetz; am 20. Juni ward er geschlossen.

Auch abgesehen von den parlamentarischen Versammlungen ging das deutsche Leben in hohen Wogen, und es zeigte sich, wie belebend der Beginn einer neuen politischen Gestaltung Deutschlands auch auf diejenigen Gebiete wirkte, die nicht unmittelbar mit der Politik zusammenhängen. Es ist nicht möglich, alle diese Lebensregungen einzeln aufzuzählen und in ihrem Ineinandergreifen zu würdigen; die Bewegungen auf kirchlichem Gebiet — den Protestantenverein und die Gegenstrebungen der Strenggläubigen; die Einweihung des großartigen Lutherdenkmals in Worms (24. Juni) und die Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Bamberg (31. August) — die Agitationen unter der Arbeiterwelt und die Versammlungen der verschiedenen Parteien und Koterieen, welche sich hier befehdeten. Diese letzteren waren von besonderer Wichtigkeit. Auf der einen Seite standen die Bestrebungen, an deren Spitze der hochverdiente Hermann Schulze aus Delitzsch stand, und welche der im August zu Leipzig zusammentretende 10. Vereinstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften repräsentierte; — auf der andern jene Agitationen, zu denen Lassalle den Anstoß gegeben, und die von einer Anzahl seiner Epigonen fortgesetzt wurden. Indem sie die alte Weisheit, daß man auf der Welt durch Fleiß und Sparsamkeit vorankommt, mit ihrem Meister als „Nachtwächterpolitik" verhöhnten, predigten sie den „Fortschritt" zunächst in der Form der Arbeitseinstellungen: „eine umfassende fest begründete Organisation der Arbeiterschaft Deutschlands zum Zweck gemeinsamen Fortschreitens vermittelst der Arbeitseinstellung thut dringend not." Abgesehen von dieser Ausbeutung des Volks durch eine Anzahl von Müßiggängern stellten jene Versammlungen und Kongresse, volkswirtschaftliche, Handelstage, Handwerkertage, Juristentage, wie vieles leere Stroh dabei auch gedroschen werden mochte, doch dem Fleiß und

dem ernsten Streben in allen Kreisen der Nation ein rühmliches Zeugnis aus, und sie bildeten die notwendige Ergänzung der politischen Arbeit, die ihrerseits keinen Augenblick mehr stillstand.

Im Oktober tagten die Provinziallandtage in den neu erworbenen preußischen Ländern, am 4. November wurde der preußische Landtag wieder eröffnet. Die Eintracht zwischen Kammer und Regierung ließ einiges zu wünschen übrig. Die liberale Partei richtete heftige Angriffe gegen den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, und den des Kultus, von Mühler, welchem letzteren, neben manchem gerechten Vorwurfe, mit Unrecht auch der der Vernachlässigung des preußischen Unterrichtswesens gemacht wurde; der Finanzminister von der Heydt hatte ein Deficit von 5 Millionen Thaler anzukündigen, und der neue Justizminister Leonhardt reizte in einer höchst ungeschickten Rede (1. Dezember), die zum Glück mit der energischen und einsichtigen Reformthätigkeit seines Ministeriums im Widerspruche stand, ohne Not die Liberalen. Indes beruhigte man sich wieder; das Budgetgesetz wurde gegen nur zwei ablehnende Stimmen angenommen, die über den König von Hannover verhängte Maßregel der Vermögensbeschlagnahme in der Weise genehmigt, daß deren Aufhebung nur durch ein Gesetz solle erfolgen können. Auch das Herrenhaus stimmte dem zu, obwohl der Partei, die seither dort maßgebend gewesen, der ganze Gang, den die Dinge nahmen, nicht zum besten gefiel.

Es würde dem Zweck dieser Darstellung nicht entsprechen, wenn wir die Entwickelung des politischen Lebens in Deutschland, welches jetzt zu einem guten Teil wie in England in den regelmäßigen geschäftsmäßigen Weg der Parlamentssessionen geleitet war, in alle Einzelheiten der parlamentarischen Tagesordnungen verfolgen wollten. Es muß hervorgehoben werden, daß das Zusammenarbeiten der verschiedenen deutschen Staaten, wie sie im Bundesrat und Reichstag vertreten waren, auch in der nächsten Sitzungsperiode ohne Störung vor sich ging, daß sich dabei zeigte, wie in allen diesen Staaten eine völlig gleichartige Bildung herrschte, welche jedem gestattete, seine besondere Tüchtigkeit ohne alle Rücksicht, ob er einem kleineren oder einem größeren Staat entsprossen war, geltend zu machen, und daß die in Süddeutschland vielgebrauchte Redewendung von der drohenden oder geschehenen „Verpreußung" Deutschlands ein armseliges Gerede war. Als am 22. Juni 1869 die Session geschlossen wurde, war wiederum eine Anzahl erfreulicher Früchte — Vertrag mit Baden in Beziehung auf militärische Freizügigkeit, neue Gewerbeordnung, Wechselordnung, deutsches Handelsgesetzbuch, gemeinsames Bundesoberhandelsgericht — gezeitigt und eingebracht, während andere — Ausdehnung der Bundeskompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht — reiften, andere, wie der Antrag

auf ein gemeinsames verantwortliches Bundesministerium, wenigstens zu fernerer Entwickelung ansetzten. Und wenn preußische Patrioten — nicht von konservativer Gesinnung allein — gefürchtet hatten, daß über dem neuen Deutschland das alte Preußen, über der schwarzweißroten Fahne die schwarzweiße zu Schaden kommen werde, so war auch dies nicht begründet. Das Interesse für die Verhandlungen des preußischen Landtags wenigstens erhielt sich ungeschmälert, und der energische Gang der Reichsgesetzgebung wirkte belebend auf Preußen zurück. Die Regierung hatte sich mehr und mehr von den Erinnerungen der Konfliktszeit frei gemacht, ebenso wie die Mehrheit der Liberalen. Mit Genugthuung konnten die letzteren den Wechsel im Finanzministerium begrüßen, der an von der Heydts Stelle den Präsidenten der Seehandlung, einen rheinischen Altliberalen, Camphausen, und an die Stelle des Deficits die Überschüsse brachte. Der neue Minister hatte das Glück oder die Einsicht, mit einem fertigen Plane in sein Amt einzutreten. „Dem Deficit", sagte er, „wenn man es näher ansieht, steht eine Schuldentilgung von 8 Millionen Thaler gegenüber, dies ist ein Voranschlag, um welchen uns die meisten Staaten Europas beneiden"; er schlug eine Konvertierung verschiedener Schulden in eine einzige unter Wegfall der Verpflichtung zur Tilgung innerhalb bestimmter Frist vor, wogegen die Fortschrittspartei einige Tage vorher (21. Oktober) geglaubt hatte, diese Finanzlage benutzen zu können, um einen Antrag auf Beschränkung der Militärausgaben zu stellen: mit dem Beisatze, daß die Regierung sich bemühen möge, durch diplomatische Verhandlungen eine allgemeine Abrüstung zu bewirken. Dieser einfältige Antrag, welcher aufs neue bewies, wie wenig orientiert diese Partei und ihr berühmter Antragsteller, Professor Virchow, der sonst das Gras auf allen Wiesen wachsen hörte, in Fragen auswärtiger Politik war, wurde mit 215 gegen 99 Stimmen verworfen. Die Stellung des Kultusministers von Mühler zu erschüttern gelang noch nicht. Indes erhoben sich infolge der Konzilsbewegung auf dem kirchlichen Gebiete so ernste Fragen und Probleme, daß ein Minister nicht mehr lange möglich blieb, der fast die ganze Landesvertretung gegen sich hatte, und der jenen Fragen selbst gegenüber keine klare und entschiedene Stellung zu nehmen wußte. Am 12. Februar 1870 wurde der Landtag geschlossen, zwei Tage später der Reichstag eröffnet.

Die deutsche Einheit hatte, sofern man mit dem Ausdruck die Verbindung des Nordens mit den süddeutschen Staaten meinte, keine weiteren Fortschritte gemacht. Die Ergebnisse der letzten Zollparlamentssession (3.—22. Juni 1869) waren dürftig obgleich die süddeutsche Fraktion etwas weniger anmaßend auftrat als das erste Mal. Die Kraft der Einigung lag im Norden, aber auch hier hatten sich,

einem natürlichen Gesetze gemäß, die Kräfte des Partikularismus von ihrer ersten Betäubung wieder erholt. Es war der unangenehme Augenblick eingetreten, wo die Aufregung des Wechsels vorüber war, die neuen Verhältnisse unwiderruflich wurden, die Illusionen schwanden: und was man in den kleinen deutschen Staaten die Gemütlichkeit nannte — das Amten in Hemdsärmeln, im Schlafrock, mit der langen Pfeife — darauf verstand sich die preußische Beamtenschaft nicht. Nur langsam gestand man sich die sehr handgreiflichen Vorteile, die mit der Zugehörigkeit zu einem großen Staatswesen verbunden sind, und begann, auch in Frankfurt, zu merken, daß die preußischen Beamten und Offiziere bei näherer Kenntnisnahme so schlimm nicht waren, als man sich vorgeredet hatte. Die letztgenannte Stadt zählte — was denn doch bewies, daß sich dort auch unter preußischer Herrschaft leben ließ — im Jahre 1868 78 000 Einwohner gegen 66 000 der letzten Zählung, wenige Jahre später war sie auf 91 000, im Jahre 1877 auf 113 000 gestiegen.

Hier wußte man wenigstens, woran man war: unerquicklich aber war die Lage der *süddeutschen Staaten*. Sie hatten, was die Mehrheit dort immer gewollt, volle Selbständigkeit, niemand hinderte sie nach ihrem Willen zu leben: und doch wußten sie damit nichts zu machen. In *Hessen* gelang es nicht, den Minister von Dalwigk zu beseitigen, obgleich alles dem zweideutigen Manne mißtraute, den auch Bismarck nicht aus den Augen ließ. In *Bayern* hielt sich der gut deutsch gesinnte Fürst Hohenlohe nur mit Mühe: er hatte gegen sich den Haß der mächtigen klerikalen Partei, welche die Kunst des Hassens besser versteht als jede andere Partei. Verhaßt war ihr das Programm des Ministers in Beziehung auf die deutsche Frage, wo er sich fest und gemäßigt einträchtiges Zusammengehen mit dem Norden zur Richtschnur machte, verhaßter, daß er sie durchschaute und daran ging, durch ein neues Schulgesetz ihrem Einflusse den Elementarunterricht zu entziehen; am meisten aber erregte es ihren Grimm, daß er den Versuch machte, die Regierungen aufzurufen gegen das Werk der Finsternis, das eben in Rom geplant wurde. Schwer rang dort in Bayern deutscher Patriotismus und Vernunft mit einem religiösen Fanatismus und einer Priesterschaft, die sich gelegentlich mit allen bösen Leidenschaften und allem, was von übler Sitte in der Bevölkerung lebte, verbündete und vor allem den Preußenhaß durch eine Presse schürte, deren tiefe Gemeinheit in keinem Lande und zu keiner Zeit übertroffen oder erreicht worden ist. Sie gaben sich den Namen der *Patriotenpartei* und errangen unter dieser Firma bei den Wahlen am 22. Mai 79 klerikale Sitze gegen 75 liberale. Indes wich Fürst Hohenlohe nicht, und als im September die neue Kammer zusammenkam, da trat ein, was in der

parlamentarischen Geschichte selten ist, und was zugleich bewies, daß gerade diesem Lande nichts nötiger war, als ein lebendiger Zusammenhang mit einem größeren Ganzen. Es war das Präsidium zu wählen, aber ein Wahlgang nach dem andern gab das gleiche unfruchtbare Resultat: 71 gegen 71 Stimmen standen sich in geschlossenen Reihen die beiden Parteien gegenüber, ohne daß bei der Härte der Gegensätze noch Raum für eine vermittelnde Partei oder einen Kompromiß übrig gewesen wäre. Es blieb, als am 6. Oktober siebenmal hintereinander dasselbe lähmende Ergebnis sich wiederholte, nichts anderes übrig als die Auflösung. Die Neuwahl ergab 80 von der bayrischen Patrioten-partei gegen 74 Liberale: und diesmal gelang der Sturz des gehaßten Ministers. Am 17. Januar 1870 ward die Kammer eröffnet. Die ultramontane Partei in der Zweiten Kammer war in der Kammer der Reichsräte unterstützt durch eine starke Mehrheit, welcher auch die sechs Prinzen des königlichen Hauses und ein protestantischer Gesinnungsgenosse, Konsistorialrat Harleß, angehörten; in beiden Kammern verlangte die Adresse die Entfernung des Ministeriums, zu welcher der König sich nicht entschließen wollte. In zwölftägiger Debatte schüttete die patriotische Mehrheit in der Kammer, geführt von dem Abgeordneten Jörg, dem geschicktesten und folgerichtigsten Vertreter der ultramontanen Anschauungen, aus, was der arge Schatz ihres Herzens barg: gegenüber dem doppelten Mißtrauensvotum — 77 gegen 62 Stimmen in der Zweiten Kammer — konnte der König nicht umhin, das Ministerium zu entlassen, und der bayrische Gesandte in Wien, Graf Bray-Steinburg, trat (7. März 1870) an die Spitze der Geschäfte. Von ihm war kein weiterer Schritt auf dem Wege der Vereinigung mit dem Norden zu erwarten, aber auch keiner zu engerem Zusammenschließen der süddeutschen Staaten. Denn mehr als deutlich hatte sich die Lebensunfähigkeit eines solchen Südbundes herausgestellt, und wenn es dafür noch eines weiteren Beweises bedurft hätte, so würde er darin gelegen haben, daß dieser Südbund das Programm der württembergischen Demokratie bildete, der keine Partei in Deutschland den Preis politischer Unfähigkeit streitig machen konnte.

In Württemberg hatte sich diese Partei mittlerweile, im Bunde mit den Ultramontanen und begünstigt von einzelnen der Minister, der Gewalt völlig bemächtigt. An den wirklichen Schäden des Landes zu rühren, fiel ihnen nicht ein, denn ernsthafte politische Arbeit war ihre Sache nicht; dagegen hatten sie den ganzen Agitationsapparat vom Jahre 1848 wieder hervorgeholt und sich eine Organisation in Vereinen gegeben, welche über das ganze Land verzweigt mittelst ihres Hauptorgans in der Presse, des „Beobachters", einen Terrorismus gegen alle Andersdenkenden ausübte: insbesondere richteten sie ihren Haß

gegen die Beamten, welche den Mut hatten, sich ihrem Treiben zu widersetzen, oder welche preußischer Gesinnung verdächtig waren. Dem Ministerium, das ohne moralischen Halt war, waren sie längst über den Kopf gewachsen. Offen strebten sie nach Auflösung der Bündnisverträge und nach einem „Volksheer" mit möglichst kurzer, womöglich mit gar keiner Präsenzzeit; einzelne träumten von einem Anschluß an die Schweiz, denn jede Thorheit spukte in den meisterlosen Köpfen; dann und wann thaten sie sich mit irgend einer besonderen Thorheit gütlich, wie etwa im November 1868, wo der „geschäftsleitende Ausschuß" der württembergischen Volkspartei im Stil des Jahres 1848 eine Adresse an das „spanische Volk" erließ, in welcher dem spanischen Volke der Rat gegeben wurde, sich keinen neuen König zu suchen: sie, die Demokraten Württembergs, würden dies nicht thun, wenn sie in ähnlichem Falle wären. Im September des Jahres 1869 feierte man in Württemberg das Fest des 50jährigen Bestehens der Landesverfassung. Der König hatte die Abgeordneten zur Tafel geladen, und um daran teilnehmen zu können, hatte auch der Abgeordnete Karl Mayer, Redakteur des Beobachters, der eben auf dem Hohenasperg eine Strafe wegen Preßvergehens absaß, auf drei Tage Urlaub erhalten, was allerdings von großer Gemütlichkeit der Auffassung von Staats- und Rechtsverhältnissen zeugte. Die Volkspartei hatte aber eine Amnestie erwartet, und da diese nicht erfolgte, so blieben sie mit ihren großdeutschen Verbündeten von der Hoftafel weg.

Die demokratische Agitation richtete sich zunächst gegen das Kriegsdienstgesetz, welches diesen Leuten an und für sich schlecht gefiel, weil es Pflichten auferlegte und namentlich, weil es preußische Einrichtungen auf Württemberg übertrug. Es wurde ihnen, bei ihrer wirksamen Organisation, nicht schwer, eine Massenpetition gegen dieses Gesetz, 150 000 Unterschriften, zusammenzubringen. Übrigens verging das Jahr 1869, ohne daß die Kammer zusammengetreten wäre. Erst im März 1870 war eine neue Geldbewilligung und damit Berufung der Kammer notwendig. Den Sturm auf das Ministerium eröffnete die Anfrage eines der vielen Advokaten in dieser Kammer, Siegmund Schott, ob es dabei bleibe, daß Württemberg selbst darüber zu entscheiden habe, ob irgend einmal der Bündnisfall — der Fall, daß Württemberg, kraft des Bündnisses von 1866, zur Hilfeleistung verpflichtet sei — wirklich vorhanden sei oder nicht: eine dummpfiffige Frage, die höchstens der preußischen Regierung zeigte, was sie im Fall eines Krieges zu thun hätte, wenn ein Ministerium dieser Farbe in Stuttgart regierte. Die Hauptschlacht aber begann am 11. März mit einem von 45 Demokraten und Großdeutschen eingebrachten Antrage, welcher die Herabsetzung der Präsenzzeit verlangte, da sie nicht mehr in der Lage sein würden, die

Ausgaben für das Militär — man hatte sie bereits auf das Unentbehrlichste beschränkt — in der bisherigen Höhe zu bewilligen. Sie setzten ihren Willen durch: der Kriegsminister Wagner, welcher dieser Partei besonders anstößig war, erhielt seine Entlassung. Der Mann der Lage, so schien es, war jetzt der Abgeordnete Probst, der Ultramontaner und Demokrat zugleich war; jeden Augenblick, so erzählte man sich, habe er die Berufung zum König erwartet, auch schon seinen Kriegsminister in der Person eines pensionierten Obersten zur Hand gehabt. Allein der Hoflakai im roten Frack ging an seiner Thür vorüber: und die demokratisch-ultramontane Koalition erfuhr zu ihrer höchsten Überraschung, daß der Kriegsminister Wagner allerdings seine Entlassung erhalten habe, aber durch einen noch energischeren Vertreter des preußischen Systems, von Suckow, ersetzt worden sei; daß dieser die Entlassung des Kultusministers von Golther, auf welchen die Demokratie besonders große Stücke hielt, weil er die preußisch Gesinnten mit persönlichem Hasse verfolgte, zur Bedingung seines Eintritts in das Ministerium gemacht und der König dies genehmigt habe; und endlich, daß der Minister des Innern, Geßler, welcher ihre Volksvereine ruhig hatte gewähren lassen, gleichfalls entlassen und an seine Stelle der Staatsrat Scheuerlen getreten sei — ein Mann, der einst im Jahre 1848 als junger Beamter der damaligen demokratischen Partei schon bewiesen hatte, daß er sie nicht fürchte, und dem die alte Löwenhaut, die sie sich aufs neue umgebunden hatte, nicht im mindesten imponierte. Der Ministerwechsel bedeutete zunächst keinen Anschluß an Preußen. Er bedeutete nur, daß in diesem Lande überhaupt wieder regiert werden sollte: wer immer dem König diesen Rat gegeben hatte, er war gut. Und war dieser Entschluß, die am Boden schleifenden Zügel wiederaufzunehmen, einmal gefaßt, so ergab sich auch die Annäherung an Preußen und den Norddeutschen Bund von selbst. Denn hier war noch etwas wie Halt und feste Autorität, während man in Württemberg in offener Kammer das Königtum verhöhnen konnte. Die Herstellung des Südbundes sei leicht, meinte der Abgeordnete Mayer, sie werde nur einige Kronen kosten, und als man denselben an seinen Eid erinnerte, antwortete er unverblüfft: daß diese Beseitigung nicht notwendig eine gewaltsame zu sein brauche, man könne sich denken, daß die Monarchen ebenso wie andere Feudallasten abgelöst würden. Glücklicherweise war die Zeit nahe, wo wenigstens dieser Redner selbst und seinesgleichen „wie andere Feudallasten" abgelöst wurden.

Die nächste Folge des Ministerwechsels, bei denen man jedoch auf halbem Wege stehen blieb und den Minister des Auswärtigen, von Varnbüler, unberührt ließ, war die, daß die deutsche Partei wieder Luft bekam, und daß, von dem Terrorismus der Volkspartei befreit,

sich ihr anschloß, was im Lande sich der Erkenntnis nicht versperrte, daß eine gedeihliche Entwickelung des Landes nur im Anschluß an das größere Ganze möglich sei. Auf einer Landesversammlung zu Stuttgart (18. April) trat diese deutsche Partei mit dem ganzen Nachdruck auf, den das Bewußtsein einer guten Sache und eines schlechten Gegners giebt: auch der ritterschaftliche Adel, seither vorwiegend großdeutsch gestimmt, neigte sich jetzt der nationalen Sache zu.

In Baden schritt man unbeirrt auf dem längst betretenen Wege weiter. Ein Zwist im liberalen Lager selbst, hervorgerufen teils durch Personenfragen, teils durch die Verstimmung darüber, daß die nationale Einigung keine Fortschritte machte, wurde bald wieder ausgeglichen, als die Klerikalen sich anschickten, diesen Zwiespalt sich zu nutze zu machen. Die Wahlen im August 1869 ergaben dieselbe Mehrheit, wie seither; die badischen Truppen bildeten in Uniform und Organisation bereits einen Bestandteil des preußisch-deutschen Heeres, und der Großherzog ernannte einen preußischen General, von Beyer, zu seinem Kriegsminister. Die Unzufriedenheit im Volke und einem Teil der Liberalen aber war nicht ungerechtfertigt: das wackere Land trug die Lasten der Einheit, ohne ihre Vorteile zu genießen. Auch im Reichstage, der am 14. Februar 1870 zusammentrat, kam diese Unzufriedenheit zum Ausdruck. Bei Gelegenheit eines Jurisdiktionsvertrags mit Baden — mit Hessen, Württemberg, Bayern wurde über solche noch verhandelt — wurde (24. Februar) die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund von dem Abgeordneten Lasker in Anregung gebracht. Was er sagte, „wir müssen über den Main gehen" — „Deutschland darf nicht in zwei Hälften geteilt bleiben", ließ sich hören, und was Bismarck entgegnete, man dürfe die Milch nicht sauer werden lassen, indem man sie absahne — dürfe nicht auf Bayern und Württemberg eine Pression ausüben, indem man das ohnehin schon nationalgesinnte Baden von ihnen trenne und allein in den Nordbund aufnehme, erschien nicht recht stichhaltig. Man meinte, daß irgend welche andere Gedanken dahinter steckten — vielleicht auch wußte der Minister mehr, als er im Augenblick zu sagen für nützlich erachtete. Im übrigen erledigte der Reichstag seine Vorlagen — Strafgesetz, Subvention der Gotthardsbahn, deren politische Wichtigkeit „fast direkte Verbindung mit dem, wie wir glauben, dauernd befreundeten Italien" von Bismarck hervorgehoben wurde, Gesetz über den Unterstützungswohnsitz — leicht und glücklich, und auch das Zollparlament, dessen Sitzungen die des Reichstags unterbrachen, verlief ohne weitere Störung. Nur einmal, bei einem Antrage Bambergers, die Angelegenheit der Münzreform zu einer allgemein deutschen, einer Zollvereinsangelegenheit zu machen und bei der dazu nötigen Voruntersuchung auch die süddeutschen Staaten

zu beteiligen, machte sich die „süddeutsche Fraktion" unbequem. Der württembergische Abgeordnete Becher, welcher bei seiner Wahlbewerbung den Grundsatz ausgesprochen hatte, die Mission der Süddeutschen sei es, das Bismarcksche Einigungswerk zu verpfuschen — wenigstens den Pfuscher zu diesem Zweck hatte er bei der Hand — erhob sich mit mehr Pathos als nötig war, um gegen diese Maßregel als eine Überschreitung der Kompetenz des Zollparlaments zu protestieren. Der Antrag wurde gleichwohl angenommen.

Am 26. Mai 1870 wurde die erste Legislaturperiode des Norddeutschen Reichstages geschlossen. König Wilhelm konnte in seiner Schlußrede, indem er die Arbeit der drei ersten Jahre des neuen Bundes überblickte, unendlich viel mehr aufzählen, als in den 50 Jahren des alten Bundes geschehen war: eine Verfassungsurkunde vereinbart, die eine sehr intensive Einheit schuf, kraft deren sich jeder Angehörige der 22 Staaten als Vollbürger eines großen, freien und mächtigen Gemeinwesens fühlen durfte; Organisation des Bundesheeres und der Bundesmarine; eine ganze Reihe von internationalen Verträgen geschlossen; gemeinsame Rechtsinstitutionen; der Bundeshaushalt auf fester Grundlage geordnet. Für diejenigen, welche die Zeiten seit 1815, oder auch nur seit 1848 mit Bewußtsein verlebt hatten, war Grund genug zur Zufriedenheit mit dem Erreichten und zu froher Hoffnung für die fernere friedliche Entwickelung vorhanden. Ein dunkler Punkt allerdings war am Horizont zu gewahren: es war das allgemeine Gefühl, daß, solange das Verhältnis zu Frankreich nicht zu voller Klarheit gebracht sei, kein fröhlicher Aufschwung der Geschäfte, kein volles Vertrauen, wie die erwerbende Thätigkeit eines Volkes es bedarf, aufkommen könne. Aber es schien von dort wenigstens keine unmittelbare Gefahr zu drohen. Im Gegenteil: was dort geschah, schien die besten Hoffnungen auf ein friedliches Sichverstehen der beiden Nationen zu geben. Für den Augenblick war die Aufmerksamkeit ganz auf das gerichtet, was in Rom geschah und auf die wachsende Opposition gegen das gefährliche Neue, welches den letzten Ring an der Kette bilden sollte, mit welcher die Seelen der Gläubigen gebunden waren. Eine heftige Aufregung war schon da, und mancher rüstete sich für schwere innere Kämpfe, die, dem alten Ehrenrecht unseres Volkes gemäß, auf deutschem Boden ausgefochten werden mußten. Am politischen Horizont aber war keine bedrohliche Wolke zu erspähen: ohne von einem einzigen Minister begleitet zu sein, traf König Wilhelm am 20. Juni 1870 in Ems zur Badekur ein.

4. Frankreich.

Die Politik, welche die kaiserliche Regierung dem Entscheidungskampfe in Deutschland gegenüber eingeschlagen, hatte sich weder durch Scharfblick noch durch sonst irgend welche rühmliche Eigenschaft ausgezeichnet. Sie beruhte auf der Voraussetzung, wie der leitende Minister eingestand, daß Preußen „seinen kühnen Versuch teuer werde bezahlen müssen" und die Nachricht von Österreichs Niederlage erregte die größte Bestürzung. Nur für kurze Zeit und mehr scheinbar als wirklich wurde diese Bestürzung aufgewogen durch die zweite Nachricht, daß Österreich Venezien an den Kaiser Napoleon cediert habe: es war viel Gemachtes in dem Jubel, mit welchem dieses Ereignis am 5. Juli 1866 in Paris und sonst — denn man verfehlte nicht, dasselbe sämtlichen Präfekten und durch diese den Maires sämtlicher Gemeinden mitzuteilen — gefeiert wurde. Frankreich vermittelte den Frieden; vielleicht aber schien diese Vermittlerrolle wichtiger, als sie es wirklich war. Denn im Grunde erreichte doch Preußen alles das, was für den Augenblick zu erreichen ihm selbst wünschenswert war. So viel war sicher, daß das Deutschland, wie es der Prager Friede schuf — auch abgesehen von den bald folgenden Bündnissen, von welchen Frankreich nichts wußte — ganz anders aussah, als das Deutschland, welches jener Brief des Kaisers an Drouyn de l'Huys vom 11. Juni 1866 gezeichnet hatte. Nur der eine Teil der dort ins Auge gefaßten Kombination, „für Preußen mehr Abrundung und Kraft im Norden", war und zwar weit über den Sinn und Gedanken, der diesem Ausdruck zu Grunde lag, hinaus gelungen: dagegen hatte Österreich „seine große Stellung in Deutschland" nicht, wie der kaiserliche Briefsteller wünschte, behalten, sondern sie so vollständig wie nur möglich verloren; und was die süddeutschen Staaten, die Staaten zweiten Ranges überhaupt betraf, so waren für die „kräftigere Organisation", die ihnen der Brief wünschte, nur wenige übriggeblieben, und diese konnten eben jenes engere Sichaneinanderschließen im Sinne der französischen Wünsche nicht finden. Indes nicht dies — nicht die Möglichkeit, daß Deutschland zu einem starken Ganzen sich zusammenschließe — war es, was die Stimmung des ganzen französischen Volkes und nicht bloß für heute und morgen vergiftete, sondern es war die Thatsache, daß das kleine Preußen Kriegsthaten vollbracht hatte, neben denen Magenta und Solferino verschwanden, und daß es großartige Landerwerbungen gemacht hatte, während Frankreich leer ausgegangen war. Aber auch Rußland, auch England waren „leer ausgegangen"; gleichwohl hatte der französische Minister Drouyn de l'Huys den Einfall gehabt, für Frankreich eine Grenzberichtigung, wie man jetzt die Landabtretungen nannte, als

„Kompensation" zu fordern. Mit einem schlechten und rechten Nein war seinem Beauftragten geantwortet worden; man erfand nunmehr die Ausrede, daß der Kaiser krank gewesen sei, als sein Gesandter jenes merkwürdige Ansinnen stellte. Als Napoleon am 17. August von Vichy nach Paris zurückkam, ließ er den ungeschickten Minister fallen, berief an seine Stelle seinen Gesandten in Konstantinopel, Marquis de Moustier, empfand aber doch, noch ehe dieser von dort eintreffen konnte, das Bedürfnis, die Stimmung zu beschwichtigen und ihr eine andere Richtung zu geben. Dies geschah — so eilig hatte man es — in höchst ungewöhnlicher Weise durch ein Rundschreiben des Ministers des Innern Lavalette, der einstweilen die auswärtigen Geschäfte verwaltete (16. September). Dieses vom Kaiser selbst verfaßte Rundschreiben suchte den Dingen die günstigste Seite abzugewinnen. Die Koalition der nordischen Reiche sei aufgelöst; ebenso der Deutsche Bund, der mit Österreich und Preußen 80 Millionen gezählt habe: Italien, von Österreich abhängig, habe als Nation früher nicht gezählt. Dieser Vergangenheit gegenüber regiere jetzt ein neues Prinzip Europa: die Freiheit der Bündnisse. Das vergrößerte Preußen sichere die Unabhängigkeit Deutschlands, dessen Unruhe sich legen werde; Frankreich, stolz auf seine bewundernswürdige Einheit, brauche daran keinen Anstoß zu nehmen. Italien werde sich nicht entfernen von der Nation, welche ihr Blut vergossen habe, es in der Erkämpfung seiner Unabhängigkeit zu unterstützen. Der Päpstliche Stuhl sei durch die Konvention vom 15. September geschützt: und Österreich, im Osten sich konzentrierend, noch immer eine Macht von 35 Millionen, sei durch keine Feindseligkeit und kein Interesse von Frankreich getrennt. Eine unwiderstehliche Macht treibe die Völker, sich in größeren Staatsbildungen zu vereinigen; dies müsse man hinnehmen, die Politik müsse sich über die engherzigen Vorurteile früherer Zeiten erheben. Man könne zufrieden sein, daß diese großen Dinge sich vollzogen hätten ohne Zuhilfenahme der Revolution. Nur eine ernste Lehre für Frankreich enthalte der letzte Krieg — eine Lehre, die ihm glücklicherweise nichts gekostet — „die Notwendigkeit, daß wir, um unser Gebiet zu verteidigen, ohne Aufschub zu einer Vervollkommnung unserer militärischen Organisation schreiten müssen."

In diesen Sätzen lag viel Verständiges; das Unglück war, daß Napoleon nicht die Kraft besaß, der Verkehrtheit und den schlechten Leidenschaften, die seine Umgebung und sein Volk umtrieben, und denen er, seinen persönlichen Interessen zuliebe, selbst sich hingeben mußte, mit Nachdruck und Folgerichtigkeit zu widerstehen. War Frankreich wirklich befriedigt — und mit seinem Lande und seiner Macht zum mindesten hatte es auch alle Ursache, zufrieden zu sein — was ging

es den Kaiser und Frankreich an, wenn Deutschland auch seinerseits und auf seine Weise Befriedigung suchte?

Daß Frankreich seine militärische Organisation nach den Lehren des letzten Krieges vervollkommne — dagegen war nichts einzuwenden, und wenn es die allgemeine Wehrpflicht nach preußischem Muster einführte, so konnte man darin sogar ein Moment des Friedens erblicken, da keine Heeresverfassung unnötige Angriffskriege so wenig begünstigt als diese. Am 26. Oktober setzte ein kaiserliches Dekret eine aus Ministern und militärischen Notabilitäten zusammengesetzte Kommission zur Beratung dieser Heeresreform ein. Diese Kommission brachte am 12. Dezember einen Entwurf fertig, nach welchem die militärischen Kräfte Frankreichs künftig ähnlich wie in Preußen aus der aktiven Armee, der Reserve und der mobilen Nationalgarde bestehen sollten und bei 160 000 Mann jährlicher Aushebung in sechs Jahren sich ein Heer von 1 232 000 Mann ergeben haben würde. Indes wenn das Heer das Volk in Waffen sein soll, so kommt es darauf an, wie dies Volk überhaupt beschaffen ist: und in dieser Beziehung erhob sich die weitere Frage, ob das Frankreich des zweiten Kaiserreichs eine gesunde Entwickelung der gesamten Volkszustände möglich machte.

Daß die Epoche der Diktatur, der straffen Konzentrierung aller Gewalt in des Kaisers Hand, vorüber war, haben wir gesehen. Napoleon erkannte dies, und er hatte dem wieder erwachenden öffentlichen Geiste bereits einige Zugeständnisse gemacht. Am 19. Januar 1867 schrieb er an den Staatsminister Rouher, der neben dem Kriegsminister Niel unstreitig der geschickteste seiner Diener und Vertrauten war, einen Brief, in welchem er die Absicht aussprach, die Adreßdiskussion wieder abzuschaffen, dagegen der Kammer ein „weise geregeltes Interpellationsrecht" sowie gleichzeitig die Herstellung einiger Freiheit der Presse und das Vereinsrecht innerhalb bestimmter Schranken zuzugestehen: wodurch er, so meinte er, die Krönung des durch den Volkswillen errichteten Gebäudes vollende. Am 14. Februar wurde die Session des gesetzgebenden Körpers eröffnet. Die Thronrede sprach sich über die Ereignisse von 1866 im Sinne des Lavaletteschen Rundschreibens aus: warum Frankreich keinen Mann habe marschieren lassen, und was es gleichwohl erreicht habe; einigermaßen komisch nahm es sich aus, wenn der Kaiser, der keine Gelegenheit, den Schatten Napoleons I. zu citieren, vorübergehen ließ, diesen als den Schöpfer der „großen Agglomerationen", zu denen jetzt die Völker zusammenzutreten den Drang hätten, verherrlichte. Weniger zuversichtlich sprach er über Mexiko, wo eben ein trauriges Geschick sich vollendete: er räumte ein, daß der „große Gedanke" gescheitert sei; im übrigen seien die Beziehungen zu den Mächten gut: „Preußen sucht alles zu ver-

meiden, was unsere nationale Empfindlichkeit" — unsere Susceptibilitäten, sagte er, es lag eine Welt von Anmaßung in dem Worte — „erregen könnte". Es sei Zeit, fuhr er, dem Inneren sich zuwendend, fort, „unsere Institutionen zu entwickeln, neue Garantieen für die politischen Freiheiten zu suchen"; ebenso sei die Vermehrung der Verteidigungskraft Frankreichs notwendig: „Der Einfluß einer Nation hängt von der Zahl der Menschen ab, die sie unter die Waffen rufen kann." Man bemerkte, daß im gesetzgebenden Körper die seit 1852 beseitigte Rednerbühne wieder aufgerichtet war: nun konnte es ja mit der Wiederherstellung der Freiheit nicht fehlen, und Ollivier und die Mittelpartei erklärten sich in der That bei nächster Gelegenheit als die Befriedigten. Mitte März gab eine Interpellation über die auswärtigen Angelegenheiten Anlaß zu einem großen Redekampf. Rouher war genötigt, die geheimen Gedanken der Regierung in den entscheidenden Julitagen des vorigen Jahres bloßzulegen: „Ich zögere nicht, es zu sagen, der 3. Juli war ein schwerer Tag für die Männer, welche die Geschäfte dieses Landes leiten — — sowohl die Armee wie die öffentliche Meinung hatten geglaubt, daß Preußen seinen kühnen Versuch teuer werde bezahlen müssen — dem unerwarteten Ereignisse gegenüber fühlten wir patriotische Beklemmungen." Mit ausbündiger Bosheit warf Thiers sein zweideutiges, zweischneidiges: „Il n'y a plus une faute à commettre" — „man darf jetzt keinen Fehler mehr begehen" oder „man hat jeden nur möglichen Fehler begangen" — der Regierung hin, welche Rouher nur durch ein trotziges: „Es ist kein Fehler begangen worden" erwidern konnte. Aber der gesetzgebende Körper, mitschuldig wie er war, zeigte sich willig. Unter den 249, welche für die Tagesordnung stimmten, waren auch Darimon und Ollivier, welcher letztere in Beziehung auf Deutschland ganz vernünftige Ansichten äußerte.

Die lebhaftere Bewegung auf der europäischen Bühne rief von selbst ein heftigeres Aufwallen des parlamentarischen Wesens in Frankreich hervor. In demselben Monat noch trat der Luxemburger Handel in das öffentliche Interesse, ohne bei der französischen Bevölkerung eine besondere Begeisterung zu erwecken. Die in Aussicht stehende Erwerbung war doch gar zu kümmerlich, und die Sache diente weder in ihrem Anfange, noch in ihrem Verlaufe, noch nach ihrem Ergebnisse dazu, den Zauber des kaiserlichen Namens zu erhöhen. Mit treffender Bosheit verglich der Pariser Witz den Kaiser einem Jäger, der einen bösen Tag gehabt hat, und der nun, nachdem er den ganzen Tag fehlgeschossen, beim Wildbrethändler einen Hasen kauft, um ihn seiner harrenden Freundschaft als Jagdbeute vorzusetzen; man nahm es ohne allzu große Gemütsbewegung hin, als er dem großen Wildbrethändler im Haag seinen Hasen wieder zurücktragen mußte. Mit guter Miene

kündigte am 13. Mai die Regierung die europäische Lösung dieser Sache an. Eines war doch immer erreicht, der Abzug der Preußen aus der Festung. Indes war nicht ohne Eindruck geblieben, wie entschieden sich bei dieser Gelegenheit das deutsche Nationalgefühl gezeigt, mit welcher Festigkeit der preußische Minister dem geheimen und so bescheidenen Wunsche Frankreichs entgegengetreten war; es waren nur tapfere Worte, wenn Rouher sagte: an dem Tage, wo Preußen den Zuidersee in Schach setzen wollte, würden Frankreich und England eine Sprache hören lassen, die es Preußen begreiflich machen würde, daß die Zeit toller Anmaßungen vorüber sei. Die Anmaßungen wurden anderswo ausgeheckt; und was diese betrifft, so führte England, auf welches der Minister hinwies, vielmehr eine sehr klägliche Sprache. Am 14. Juni (1867) erklärte der britische Minister des Auswärtigen, Lord Stanley, im Unterhause, daß die europäische Gesamtgarantie der Neutralität Luxemburgs England nicht verpflichten würde, zu den Waffen zu greifen, wenn dieselbe bedroht sei. Die Unterschrift Englands unter dem Vertrage war mithin von zweifelhaftem oder gar keinem Werte; aber die Urkunde trug auch die Unterschrift Preußens, und darüber hatte der ganze Verlauf dieser Angelegenheit jeden, der Lehre annehmen wollte, belehrt, daß Frankreich bei jedem Versuche von Landerwerbung in dieser Richtung Preußen und wahrscheinlich die gesamte deutsche Nation auf seinem Wege finden würde.

Es wurde nötig, um die Gedanken zu beschäftigen und abzulenken, ein anderes Bild aufzurollen. Dies war geschehen durch die große Weltindustrieausstellung, die am 1. April eröffnet worden war, und die nun hohe und höchste Besucher in langer Reihe nach Paris zog. Der Prinz von Wales, das belgische Königspaar, die Sieger von Sadowa, der König von Preußen und in seinem Gefolge Bismarck und Moltke, genossen die kaiserliche Gastfreundschaft; wenige Tage später folgte die Einigung des gesamten Deutschlands durch die Zollvereinsverträge, in welchen verständige Franzosen „die vollendete Annexion", verständige Deutsche wenigstens die Einleitung einer früher oder später unvermeidlichen politischen Einigung sahen. Aufregung anderer Art brachte das Attentat auf den Kaiser von Rußland: nicht weniger als 36 Advokaten stellten ihre Rhetorik dem Polen Berezowski zur Verfügung, der am 15. Juli zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurteilt wurde. Am 1. Juli langte die Nachricht vom Tode des unglücklichen Kaisers Maximilian an, und im gesetzgebenden Körper kam es noch einmal zu aufregenden Debatten über das mexikanische Abenteuer, bei welchem Rouher den Angriffen von Thiers und Jules Favre gegenüber seine eiserne Stirn nötig hatte. Die Mehrheit unterstützte ihn redlich: mit der neuen Heeresorganisation, welche im Lande

auf entschiedenen Widerwillen stieß, kam man allerdings nicht so rasch zu stande, und vielleicht hatte die Überlegung, daß man immerhin einige Jahre brauchen werde, um ein neues Heer und neue Waffen für dasselbe zu schaffen, Anteil an der friedlichen Beilegung des Luxemburger Handels. Dagegen wurde ein außerordentlicher Militärkredit von 158 Millionen mit 236 gegen 12, der ganze Militäretat einstimmig im gesetzgebenden Körper bewilligt, und nachdem die Majorität das abermalige Verlangen einer genauen Rechnungslegung über die Kosten der Mexikanischen Expedition niedergelärmt hatte, am 25. Juli die Session durch kaiserliches Dekret geschlossen.

In die Zwischenzeit bis zur Wiedereröffnung am 18. November fiel die Salzburger Zusammenkunft und die, für den Augenblick wenigstens, wichtigere Note Bismarcks vom 7. September, welche das Programm seiner deutschen Politik enthielt und in der Pariser Presse eine maßlose Erbitterung hervorrief. Im Oktober erwiderte Franz Joseph den Besuch in Paris und schloß damit die glänzende Reihe der Kaiser und Könige, welche in diesem Jahre die Stadt und das Napoleonische Regiment noch einmal in ihrem vollen Glanze gesehen hatten. Der Salzburger Zusammenkunft folgte im September die Krisis in Italien, bei welcher sich aufs neue der dem Bonapartismus verhängnisvolle Gegensatz, zugleich Bannerträger und Bekämpfer der Revolution zu sein, fühlbar machte. Nur vergebens versuchte Napoleon die Pein dieser Frage, der römischen, welche alle Welt gern ihm allein überließ, mit jemand zu teilen, indem er am 10. November wieder an groß und klein Einladungen zu einem Kongreß in der römischen Frage ergehen ließ: nur ein einziger seiner guten Freunde, der Minister von Dalwigk in Darmstadt, beeilte sich, diese Einladung anzunehmen, ohne sich darüber irgendwie mit seinen deutschen Verbündeten zu verständigen, was ihm von Bismarck eine nachdrückliche Zurechtweisung zuzog. Es wurde auch diesmal nichts aus dem Kongreß. Im Grunde hatte niemand, und am allerwenigsten hatten die katholischen Höfe Lust, sich in eine Frage einzulassen, die schlechterdings keine rechtliche und keine rationelle, sondern nur eine thatsächliche Lösung zuließ. Bei dem Ministerrat zu St.-Cloud, dessen Gegenstand die römische Frage bildete, war auch die Kaiserin Eugenie zugegen gewesen, deren Einfluß überhaupt im Steigen war. Im übrigen stimmten jene Wunder, welche die neuen Gewehre bei Mentana gethan, den Kaiser, wie dies in seinem Charakter lag, eher friedlich: die Möglichkeit, in einen Krieg mit Deutschland mit überlegenen Waffen einzutreten, genügte ihm einstweilen.

Im November (1867) ward der gesetzgebende Körper wieder berufen. Die Eröffnungsrede sprach sich friedlich aus. „Solange unsere

Würde und unsere Interessen nicht bedroht sind, werden wir uns nicht in Umgestaltungen mischen, welche durch den Wunsch der Bevölkerungen bewerkstelligt werden"; sie gedachte der Ereignisse im Kirchenstaate und im Orient (Kreta), sprach dann in allgemeinen Wendungen von der Entwickelung liberaler Institutionen, „ohne das Prinzip der Autorität zu gefährden". Das Wichtigste war schließlich doch die Heeresorganisation, für welche alsbald ein neuer Entwurf vorgelegt wurde, der nunmehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses trat.

Über die besonderen Interpellationen in der italienischen und dem, was man die deutsche Frage nannte, kam man leicht hinweg. Dem berühmten „Niemals" des Ministers in der ersteren, der Frage der Hauptstadt Rom, stimmte fast die ganze Kammer zu, da keine Partei, auch die republikanische nicht, für Italien besondere Sympathieen hegte. Bei der letzteren, der deutschen Frage, konnte man sich kurz fassen: man diskutierte sie, indem man die Armeefrage diskutierte. Am 19. Dezember begann die Debatte. Das Milizprojekt der Linken, hier nicht aufrichtiger gemeint als an anderen Orten, beseitigte Niel ohne Mühe; je besser Frankreich gerüstet sei, um so friedfertiger werde es sein; bemerkenswert und löblich war die Rede Olliviers, der auch diese Gelegenheit benutzte, um darzuthun, daß das persönliche Regime beseitigt und durch ein konstitutionelles ersetzt werden müsse, weil sonst ewig die Kriegsgefahr vorhanden sei. Er war *gegen* das Gesetz; er hatte den Mut, der Mehrheit und ihrem Minister zu sagen, daß sie, die mit Worten den Frieden bekennen, täglich den Krieg votierten, — daß sie Beifall zollten, so oft ihnen jemand Sadowa als eine Schmälerung des französischen Prästigiums darstelle; daß es wohlgethan sei, Franzose zu sein, aber die Deutschen nicht zu hindern, Deutsche, die Italiener nicht, Italiener zu sein. Erst am 14. Januar 1868 kam man zum Schluß. Hundertneunundneunzig gegen 60 genehmigten das Gesetz: Dienstzeit von 7 auf 9 Jahre, 5 im aktiven Heer und 4 in der Reserve, erhöht, hier Stellvertretung zulässig, nicht aber in der Landwehr oder mobilen Nationalgarde, über welche nur im Kriegsfall und durch besonderes Gesetz verfügt werden kann. Nunmehr kam das *Preßgesetz* an die Reihe, das am 9. März angenommen wurde. Die Verwarnungen fielen weg, im übrigen waren die Verbesserungen gering, und ein sehr drakonischer Artikel setzte auf jede auf eine Handlung des Privatlebens bezügliche Veröffentlichung in einer periodisch erscheinenden Zeitschrift eine Strafe von 500 Frank. Von ähnlichem Gepräge war das *Versammlungsgesetz*, welches am 25. März, 209 gegen 22 Stimmen, angenommen wurde: öffentliche politische Versammlungen waren gestattet, doch so, daß Ort, Zeit und specieller Zweck zuvor angegeben werden mußten, auch Wahlversammlungen, doch diese nur bis zum

fünften Tage vor der Wahl, damit sich die Leidenschaften noch vor dem Wahltage beruhigen könnten; strenge Strafen und ausgedehnte Verantwortlichkeit schützten vor allzu großer Freiheit der Bewegung. Eine Zeitlang beschäftigte sich die Kammer dann mit einzelnen praktischen Fragen, Handelsverträgen, Arbeiterversicherungsgesellschaften, Eisenbahnprojekten: auch die finanzielle Lage der Stadt Paris kam zur Sprache, wo Baron Haußmann schaltete, als ob alles Geld der Welt ihm gehöre. „Niemals hat man in der ganzen Welt etwas versucht," berichtete der kaiserliche Stadtpräfekt an seinen Cäsar, „was mit dieser großartigen Gesamtheit von Arbeiten — der Umgestaltung von Paris — sich vergleichen läßt."

Am 29. Juni aber begann die allgemeine Budgetdebatte, wo man in die große Politik zurückfiel. Thiers, der bedeutendste und unabhängigste Staatsmann der Kammer, benutzte die Gelegenheit, seine Anschauung der Lage ausführlich darzulegen. Altfranzose, wie er war, beklagte er „diese traurigen Nationalitätstheorieen", welche eine Lage herbeigeführt hätten, wo man so viel Geld ausgeben müsse — daß man jene große Politik aufgegeben, durch die Frankreich in den Mittelpunkt der Welt gestellt worden sei, um gewissen thörichten Tagesideen zu schmeicheln — „man hat die Einheit Italiens geschaffen und dadurch die Einheit Deutschlands unabweisbar gemacht." Indes er tröstete sich, daß der föderative Sinn, das sentiment fédéral, in Deutschland bereits wiedererstehe. Diese „kostbare Arbeit der Geister" dürfe man nicht stören: also keine Intervention; die Gelder aber müßten bewilligt werden, „damit wir mächtig genug sind, keine neuen eigenmächtigen Usurpationen in Europa mehr zu gestatten." Mit kluger Wendung umging er das Verbot, die Verfassung zu diskutieren, indem er es gleichwohl that: „Die Wahrheit entschlüpft mir, ohne daß ich es verhindern kann: unsere Verfassung muß durchgreifend geändert werden." „Warum ist unser Budget so hoch?" fragte der Redner: „es enthält Ihre ganze Politik — es enthält Italien, Deutschland, Mexiko, Paris — es enthält auch die Wahlen — was uns aber die Wahlen kosten," fügte er unter Gelächter hinzu — „werde ich mich wohl hüten, Ihnen zu sagen." Weniger fein, aber mit gleicher Wirkung sagte Jules Favre: „Wenn Frankreich reich genug ist, seinen Ruhm zu bezahlen, so ist es doch nicht reich genug, das Kaiserreich unter solchen Bedingungen zu bezahlen." Diesmal indes hatte es mit der Bezahlung des Kaiserreichs noch keine Not: die Budgets, das ordentliche und das außerordentliche, auch eine neue Anleihe von 430 Millionen wurde mit großer Majorität bewilligt, und als die letztere aufgelegt wurde (August), ward sie binnen acht Tagen 34mal gezeichnet, — „ein leuchtender Beweis", berichtete der Finanzminister Magne, „der Größe unseres

Landes, seines Vertrauens auf sich selbst, auf unsere Institutionen, auf die Weisheit des Souveräns."

Gleichwohl hörte der kaiserliche Thron mehr und mehr auf, ein bequemer Sitz zu sein. Die Vorgänge in Spanien, die wir kennen lernen werden, machten schwere Sorgen und störten die Kombinationen des Kaisers. Im September wurde eine Zusammenkunft des französischen Kaiserpaares mit der Königin von Spanien in Aussicht genommen, bei welcher vermutlich wichtige Verabredungen in Beziehung auf Rom, Italien und Deutschland getroffen worden sein würden. Dieselbe fand auch statt, aber in sehr einfachen Formen. Am 30., auf der Eisenbahnstation Biarritz, begrüßte der Kaiser die Königin Isabella, die, aus ihrem Lande flüchtig, mit ihrem Troß bereits auf dem Wege nach dem Schlosse Pau war, welches ihr Napoleon als Aufenthalt anbot. Im Innern regte sich die unter Umständen gefährlichste Opposition, die der Pariser Pflastertreter, aufs neue; es war ein Zeichen veränderter Lage, daß ein so erbärmlicher Mensch, wie der Journalist Rochefort, der seit Juni 1868 ein bitterböses Skandalblatt, „Die Laterne", herausgab, zu einer wichtigen Person im Staate wurde. Am 2. November, dem Allerseelentage, kam es zu Demonstrationen am Grabe Cavaignacs und jenes Abgeordneten Baudin, der einst, am 3. Dezember 1851, „gezeigt hatte, wie man für 7 Frank Diäten sterben könne"; am Jahrestage dieses letzteren Ereignisses, dem 3. Dezember 1868, hatte die wohlgeschulte Gesellschaft, mit der man solche Demonstrationen in Scene setzte, die Regierung, welche kolossale Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte, zum Narren, indem sie nichts that; „ungeheure Kundgebung der Polizei", spottete man, „welche vom Volke nicht gestört ward —", und als die Regierung gegen die Journale einschritt, welche eine Subskription für ein Denkmal Baudins eröffneten, erreichte sie nur, daß die Advokaten bei der Verteidigung der Verklagten sich in allen Tonarten über den 2. Dezember hermachten. Ob eine Änderung des bisherigen Systems an den Übeln des Landes, welche weit tiefer lagen, als die Tagesweisheit der Oppositionsjournale und Oppositionsredner annahm, viel ändern werde, durfte man billig bezweifeln: mit dem Gefühle, daß sie gleichwohl eine Notwendigkeit sei, trat man in das neue Jahr 1869 hinüber.

Die Thronrede vom 18. Januar versteckte die Besorgnisse, deren sich der Kaiser, da er die Geschichte des Landes und den Charakter des Volkes und seiner Zustände kannte, unmöglich erwehren konnte, hinter zuversichtlichen Worten. Sie redete von der vervollkommneten Bewaffnung, den gefüllten Arsenalen und Magazinen, den geübten Reserven, der mobilen Nationalgarde, welche im Begriffe sei, reorganisiert zu werden, — der umgestalteten Flotte, den Festungen, welche

sie wie alles übrige in gutem Zustande fand — „die militärischen Hilfsmittel Frankreichs sind in Zukunft auf der Höhe seiner Bestimmungen in der Welt". Der Kaiser gedachte ferner der öffentlichen Arbeiten, des großen und wohlthätigen Werkes der Vizinalwege, dessen Förderung er sich auch wirklich als dauerndes Verdienst anrechnen durfte. Die Stimmung des Volkes erschien ihm im besten Licht: „Die Volksmassen sind ausdauernd in ihrem Glauben, wie in ihrer Anhänglichkeit". „Wo ist die Regierung", fragte er mit Stolz, während es nichts für Frankreich Demütigenderes geben konnte, als diese Frage, „welche Frankreich 17 Jahre der Ruhe und stets wachsenden Wohlfahrt gegeben hat?" Der ernste parlamentarische Kampf begann Anfang April bei den Budgetdebatten, welche Thiers eröffnete. Wieder und wieder verlangte er die notwendigen Freiheiten, Wahlfreiheit, verantwortliche Minister, Mitwirkung des Landes. Er kannte den Abgrund, in dessen Nähe man sich befand: „Frankreich darf nicht der Gefahr ausgesetzt sein, eines Morgens damit überrascht zu werden, daß seine Kinder Befehl erhalten, nach der Grenze zu marschieren." Zu anderen Angriffen gab der Etat für Kultus und Unterricht Veranlassung. Ein elender Kredit von 250000 Frank für Pensionszulagen an Elementarlehrer wurde von der Regierung bekämpft, während eine Pension von je 250 Frank für die Veteranen des ersten Kaiserreichs keinen Anstand fand. Von Ollivier wurde das bevorstehende Konzil und die mutmaßliche Haltung der französischen Bischöfe auf demselben zur Sprache gebracht und dabei ein Bonmot des Deputierten Picard gehört, welches den Nagel auf den Kopf traf: „Die freie Kirche im unfreien Staate"; im übrigen blieb sich die Kammer treu: die Budgets wurden angenommen.

Die allgemeine Aufmerksamkeit aber war bereits von den Neuwahlen für den gesetzgebenden Körper in Anspruch genommen, welche ein kaiserliches Dekret vom 27. April auf den 23. Mai anordnete.

Bei diesen zeigte sich der Umschwung in der Stimmung und Haltung der Bevölkerung unzweifelhaft. Fleißig machte man von dem Versammlungsrechte Gebrauch, namentlich in Paris, wo denn auch der unversöhnliche Teil der Opposition — Picard, Jules Simon, Pelletan, Bancel und mit ihnen ein neu aufsteigendes Gestirn, der Advokat Leon Gambetta — gewählt ward und man zufrieden sein mußte, daß bei den Nachwahlen Thiers und gegen den an und für sich nichts bedeutenden Rochefort Jules Favre gewählt wurden. Die bisherige Majorität, soviel war bald klar, war unterlegen, wenn sie auch 200 Deputierte in der neuen Kammer, also eine kleine Mehrheit, bildete; den Gewinn hatte, und dies war kein Unglück, die Mittelpartei davongetragen, welche das persönliche Regime, verkörpert in

Rouher, dem Majordomus und „Vicekaiser", beseitigt und durch ein konstitutionelles Regiment nach der gewöhnlichen Schablone ersetzt wissen wollte. Der Kaiser ließ sich jedoch durch den Ausfall der Wahlen nicht erschüttern. Er gab nicht sofort nach, und daran that er wohl; er durfte während einer solchen Krisis keine Schwäche zeigen. Am 25. Juni ward der gesetzgebende Körper zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen. Hier teilte Rouher, der sie eröffnete, mit, daß jetzt nur die Wahlprüfungen vorzunehmen seien: die Entwürfe der Regierung, die nicht übereilt werden dürften, seien der ordentlichen Session vorbehalten. Wenn dies in der Absicht geschah, die Leidenschaften abzukühlen oder sich abkühlen zu lassen, so wurde dieser Zweck nur sehr unvollkommen erreicht. Während die Wahlprüfungen vorgenommen wurden, bei denen es an Skandal aller Art nicht fehlen konnte, sammelte sich Unterschrift auf Unterschrift für eine von der Mittelpartei ausgehende Interpellation über die Notwendigkeit, dem Wunsche des Landes genugzuthun, der darauf gerichtet sei, „auf wirksame Weise" (efficacement), wie die Energischen, „auf wirksamere Weise" (plus efficacement), wie die Zahmeren wollten, sich an der Leitung seiner Angelegenheiten zu beteiligen; ein Zusatz nannte deutlicher ein verantwortliches Ministerium als Ziel der Wünsche. Hundertdreizehn und mehr Unterschriften sammelten sich, und mit Ungeduld wartete man auf die Beendigung der Wahlprüfungen und Konstituierung der Kammern, um den Versuch zu wagen, Rouher zu stürzen. Der Kaiser wartete die Interpellation nicht ab. Schon am 12. Juli richtete er eine Botschaft an die Kammer, die sich den Tag zuvor hatte konstituieren können, in welcher er die Reformen bezeichnete, welche demnächst ihr in ihrer ordentlichen Session vorgelegt werden sollten: die Kammer ernennt ihr Bureau selbst; kapitelweise Beratung des Budgets; Vereinfachung des Modus für Einbringung und Prüfung von Verbesserungsanträgen aus der Mitte der Deputierten, Ausdehnung des Interpellationsrechtes und einiges andere. Zugleich vertagte er die Kammer auf unbestimmte Zeit, wogegen dem Senat demnächst jene Veränderungen zu verfassungsmäßiger Behandlung vorgelegt werden sollten. Man hatte es hier mit einem Manne zu thun, der in diesen Künsten wohlerfahren war, und der einen ebenso schlauen Gehilfen zur Seite hatte. Am 17. wurde das Staatsministerium aufgelöst, Rouher entlassen und zum Senatspräsidenten ernannt, das Ministerium neu gebildet, am 2. August der Senat zusammengerufen, um über den Entwurf eines Senatskonsults, in welches die dürftigen Zugeständnisse der Botschaft vom 12. Juli zusammengefaßt waren, zu beschließen: auch dem gesetzgebenden Körper steht wie dem Kaiser das Recht des Gesetzvorschlags zu, verantwortliche

Minister, Sitzungen des Senats öffentlich, aber auf Antrag von fünf Mitgliedern geheim; Interpellationsrecht für jedes Mitglied des Senats und des gesetzgebenden Körpers; kapitelweise Genehmigung des Budgets; Mitwirkung des gesetzgebenden Körpers bei internationalen (Post- und Handels-) Verträgen. Ein wichtiges Ereignis für die bonapartistische Sache, der 15. August 1869, mit welchem der Geburtstag des Stifters der Dynastie zum hundertstenmal sich jährte, wurde mit einer Amnestie gefeiert, ging aber sonst unter ungünstigen Zeichen von statten. Am Tage zuvor starb der Marschall Niel; der Kaiser selbst war krank, und die Krankheit gestaltete sich so gefährlich, daß der Schrecken sich aller Börsen bemächtigte. Es bezeichnet den ungesunden Zustand Europas, daß alle Geschäfte von dem Wohl- oder Übelbefinden eines einzelnen Menschen abhingen, welcher über die Geschicke Frankreichs bestimmte, dessen Macht noch ungebrochen war. Indes er erholte sich wieder, nicht in den Tuilerien sollte dieses abenteuerliche, stürmisch bewegte Leben endigen. Am 10. September konnte er sich wieder in Paris zeigen.

Inzwischen war vom 1. bis 6. September das Senatskonsult auf Grund eines von Prahlerei und Schmeichelei überfließenden Kommissionsberichtes im Senat diskutiert worden. Die Sache des Liberalismus führte in dieser Versammlung kaiserlicher Pensionäre der Vetter des Kaisers, Prinz Napoleon: mit 134 gegen nur 3 Stimmen wurde das Senatuskonsult in der Fassung des Kommissionsberichtes angenommen. Damit war die Einberufung des gesetzgebenden Körpers ermöglicht. Es erregte Unwillen, als diese Wiederaufnahme der Geschäfte erst für den 29. November angesetzt wurde, und die Sorte von Politikern, die, in Frankreich besonders zahlreich, Demonstrationen für Großthaten halten, forderten, daß die Opposition, sie wenigstens, am 26. Oktober sich nach dem Sitzungslokale verfüge; dies war der Tag, an welchem nach einer doch nicht über allen Zweifel erhabenen Auslegung der Verfassung die Kammer spätestens hätte zusammenberufen werden müssen. Indes die Abgeordneten selbst waren vernünftiger, und so beschied man sich, aus dem 26. Oktober keinen „Tag", keine journée zu machen: die nötige Aufregung für die große Revolution, die „friedliche Revolution", welche begonnen habe, konnten einige Nachwahlen liefern, welche für Paris notwendig waren. Die Linke hatte Ledru-Rollin aufgestellt, der aber keinen Mut hatte und daher mit den üblichen Phrasen die Ehre ablehnte: dagegen befand sich Rochefort unter den am 22. November gewählten Abgeordneten von Paris. Derselbe hatte mittlerweile aufs neue von sich reden gemacht. Er war, um seine Wahl zu betreiben, von Brüssel herbeigeeilt, wurde an der Grenze verhaftet, auf Befehl des Kaisers aber wieder freige-

geben. Mit besonderer Spannung sah man diesmal der Thronrede entgegen. Ganz Europa war begierig, wie sich Napoleon in die veränderte Lage schicken würde. Der Kaiser begann mit dem wahren Worte, daß es in Frankreich nicht leicht sei, eine regelmäßige und friedliche Anwendung der Freiheit herzustellen: „Frankreich will die Freiheit, aber die Freiheit im Bunde mit der Ordnung; für die Ordnung stehe ich ein, unterstützen Sie mich, die Freiheit zu erhalten.“ Innere wie auswärtige Lage wurde als befriedigend geschildert. Der Kaiser gedachte der rühmlichen Werke, die in jenem Jahre ihren Abschluß fanden, des Suezkanals, des Alpendurchstiches durch den Mont Cenis; Deutschlands war nicht im besonderen gedacht, wohl aber des Konzils, dessen Berufung auch in Frankreich einige Bewegung hervorrief. Ein beredter Karmelitermönch, Pater Hyacinth, hatte in einem Schreiben an seinen Ordensgeneral zu Rom sich gegen die römische Kirchenpolitik erklärt und war, nachdem er eigenmächtig sein Kloster verlassen hatte, von dort nachdrücklich zurecht gewiesen worden: er beharrte auf seinem Widerspruche, und es gab Leute, welche in diesem Vorgehen den Anfang einer freisinnigen kirchlichen Bewegung in Frankreich sahen, von welcher in diesem Lande keine Rede mehr sein konnte. Der Kaiser seinerseits begnügte sich in der Thronrede mit der armseligen Redensart, daß man von der Vereinigung aller Bischöfe in Rom nur ein Werk der Weisheit und der Versöhnung erwarten dürfe — was er selbst nicht glaubte.

Am 30. begannen die Sitzungen. Die Mittelpartei, 130 Mitglieder im ganzen, schied sich in ein rechtes und ein linkes Centrum; die Reste der alten Majorität bildeten die Rechte, gegenüber die republikanische Linke in ihren verschiedenen Schattierungen bis zu Leuten wie Raspail und Rochefort hin, von denen der letztere gleich einige Tage später einen Skandal erregte, indem er den Kaiser, den er Monsieur le chef de l'Etat nannte, in der lächerlichen Situation von Boulogne (1840) abschilderte — eine Gemeinheit, selbst wenn es einem Straßenkehrer gegenüber geschah. Am 27. Dezember waren die Wahlprüfungen und ihr Skandal zu Ende, und die ordentliche Session wurde für eröffnet erklärt. Nachdem dann der gesetzgebende Körper gemäß seinem neuen Recht seinen Präsidenten, einen Mann der Großindustrie, Schneider, gewählt hatte, vertagte er sich bis zum 10. Januar 1870. Denn mittlerweile hatte das Ministerium seine Entlassung erhalten, und Emil Ollivier, der Führer der Mittelpartei, war mit der Bildung eines neuen, des ersten parlamentarischen im kaiserlichen Frankreich, beauftragt. Die neue Ära sollte jetzt in der That beginnen.

Leichten Herzens, erfreut über die große Rolle, welche ihm zufiel, und um welche er schon längere Zeit geworben, auf eine nie fehlende

Emil Ollivier,
Franzöſiſcher Miniſterpräſident.

(Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

Rhetorik nach Franzosenweise wie auch auf das Bewußtsein eines guten Willens gestützt, übernahm dieser Politiker seine Aufgabe — das Kunststück, eine konstitutionelle parlamentarische Regierung unter einem Bonaparte und bei einem Volke wie die Franzosen zu gründen. Am 2. Januar hatte er aus dem rechten und linken Centrum seine Leute zusammen: aus der letzteren Gruppe Graf Daru (Auswärtiges), einen Mann von selbständigem Charakter und Urteil, Segris (Unterricht), Buffet (Finanzen); Ollivier selbst übernahm Justiz und Kultus. Das erste Opfer war der Seinepräfekt, Baron Haußmann, der, trotzig den milderen Weg der freiwilligen Amtsniederlegung verschmähend, sich seines Postens entheben ließ. Am 9. entwickelte Graf Daru im Senat, am 11. Ollivier im gesetzgebenden Körper das Programm der neuen Regierung. Es waren wohlgesetzte Worte von einer gemeinsamen Strömung von Freiheit, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit: „Auf diese Weise können wir alle zusammen das herrlichste Werk, welches von politischen Männern geschaffen werden kann, herstellen: Fortschritt ohne Gewaltthätigkeiten, Freiheit ohne Umsturz." Die Rechte, die kaiserlichen Mamelucken, wie der Parteihaß sie nannte, wartete zu, was bei dieser Ideologie herauskomme; die Linke aber ließ keinen Zweifel über ihre Stellung. Gambetta sprach sich bei der ersten Gelegenheit trotzig aus, daß zwischen seiner Partei und der neuen Regierung nicht Opportunitätsfragen, sondern ein Prinzip liege, — daß sie auf ihre Unterstützung nicht rechnen dürfe — nicht anders Jules Favre, der den gefährlichen Satz aussprach, daß das allgemeine Stimmrecht über jedem geschriebenen Wort stehe; maßloser noch als zuvor Rouher gegenüber gebärdete sich diese Partei im Angesichte einer Regierung, welche vielleicht eine Versöhnung stiftete, mit der ihr nicht gedient war.

Die neuen Minister begannen ihr Regiment unter schlechten Auspicien. Am 10. Januar begaben sich zwei Leute von der Gefolgschaft Rochefforts zu einem Gliede der regierenden Familie, dem Prinzen Peter Bonaparte, der übrigens vermöge einer sehr plebejischen Heirat mit dem Hofe nichts weiter zu thun hatte, und der keinerlei Anspruch darauf machte, eine politische Persönlichkeit zu sein. Sie hatten den Auftrag, ihm eine Herausforderung ihres Meisters zu überbringen. Was nun im Innern der Wohnung vor sich ging, ließ sich nicht feststellen, da hier Leute sich ohne Zeugen gegenüberstanden, deren nachherige Aussage vor Gericht bei ihrem gegenseitigen wahnsinnigen Haß keinen Wert hatte. Daß die Zwei den Prinzen, der ein wilder Mensch war, so schwer gereizt haben, daß er seiner Wut nicht mehr mächtig war, ist glaublich genug; kurze Zeit nachdem sie eingetreten, kehrten sie zurück, und der eine, Viktor Noir, stürzte alsbald durch einen Schuß des Prinzen zum Tode getroffen auf dem Pflaster zusammen.

Sofort wurde dies zu Demonstrationen vom wütendsten Charakter benutzt. Rochefort selbst sprach in der Kammer etwas von den Borgias, unter welchen man lebe; zu dem Leichenbegängnisse des Getöteten strömte eine unermeßliche Menge zusammen, die aber doch nichts unternahm, da Rochefort selbst, der ein Poltron war, sich für die friedliche Kundgebung aussprach. Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof in Tours begann am 21. März und endigte mit der Freisprechung des Prinzen; im Grunde mit Recht, da niemand beweisen konnte, daß der Prinz nicht, wie er behauptete, von den beiden Gesellen, denen man jede Roheit ebenso wie ihm zutrauen durfte, thätlich beleidigt worden sei. Die Verhandlung förderte von beiden Seiten eine Gemeinheit der Gesinnung zu Tage, von der man sich mit Ekel abwendet.

In der Kammer quälte sich die Regierung vergebens ab. Am 15. Januar entwickelte Ollivier von neuem im Senat sein Programm; am 17. ward ihm die Verfolgung Rocheforts wegen der maßlosen Sprache, die dieser Epigone der Männer von 1793 in seinem Journal „Die Marseillaise" führte, mit 226 gegen 34 Stimmen bewilligt. Aber als er einige neue Präfekten ernannte und die Generalprokuratoren anwies, mit der Presse säuberlicher als bisher zu verfahren, stieß er bei der Rechten an, und als er sich am 15. Februar bestimmt und mit gutem Grunde gegen die Auflösung der Kammer erklärte, sah sich seine Regierung am 21. von der Linken her durch eine Interpellation Jules Favres über die innere Lage angefallen, der in ziemlich gemessenen Worten eine Theorie der Volkssouveränität aufstellte, mit welcher man alle 4 Wochen nicht weniger als alles in Frage stellen konnte. Mit giftiger Advokatenzunge wandte er sich an die „Minister des rechten Centrums" und die „Minister des linken Centrums"; Graf Daru, der besonnenste und achtungswerteste Mann der neuen Regierung, antwortete, es sei der Wunsch auch der Bevölkerung „Reform ohne Revolution, Beaufsichtigung der Regierung, aber keine Barrikaden und keine gewaltsamen Erschütterungen"; aber was er sagte: „Die politische Bühne ist kein Schauplatz für Effektstücke" — das traf, so wahr es an sich ist, unglücklicherweise für diese, die französische Bühne nicht mehr zu. Am 24. mußte sich die Regierung gegen das System der offiziellen Kandidaturen aussprechen: dies bestimmte einen der Raufbolde der Rechten, Granier aus Cassagnac, ihr die Freundschaft zu kündigen; indes gewann sie, bei jeder Frage mit ihrem Rücktritt zu drohen genötigt, die einfache Tagesordnung mit 185 gegen 56 Stimmen. Sie atmete auf, legte am 26. ihr Budget vor, fing an, einige wichtige Fragen, wie die der Decentralisation und die der municipalen Vertretung von Paris, studieren zu lassen; am 9. März kündigte Ollivier im Senat einen Gesetzentwurf an, welcher das Ganze der notwendigen

Verfassungsänderungen umfassen sollte. Am 24. nahm der gesetzgebende Körper einstimmig den Gesetzentwurf an, welcher das berüchtigte Sicherheitsgesetz von 1858 abschaffte; am 26. einen anderen, welcher der Regierung bei Verfügungen über Zollherabsetzungen etwas die Hände band; am 28. wurde dann der inzwischen redigierte Entwurf der Verfassungsänderungen dem Senate vorgelegt. Das Wesentliche war, daß die drei Faktoren, Kaiser, Senat und gesetzgebender Körper, in die gewöhnlichen konstitutionellen Beziehungen zu einander gestellt wurden, daß der gesetzgebende Körper Petitionen annehmen durfte, daß der Artikel, nach welchem im Falle der Auflösung des gesetzgebenden Körpers der Senat binnen sechs Monaten alle vom Kaiser vorgeschlagenen Dringlichkeitsmaßregeln beschließen durfte, sowie derjenige, nach welchem alle Gemeindevorsteher von der Regierung ernannt wurden, abgeschafft sein sollten.

Bis dahin hatte der Kaiser die Komödie mit der unbefangensten Miene von der Welt gespielt. Aber die Sache wurde jetzt ernsthaft. Seine Macht war eine persönliche, sie beruhte auf der unmittelbaren Berührung mit der Masse des Volkes: wenn sich zwischen diese und ihn der konstitutionelle Apparat schob und ihm die Minister auferlegte, die Hände band, so war er verloren. Sein eigener Scharfsinn und die Klugheit Rouhers, der nicht aufgehört hatte, ihn zu beraten, und der den „ehrlichen Männern" der neuen Regierung weit überlegen war, gab ihm den Meisterzug ein, durch welchen er der schon geschürzten Schlinge wieder entschlüpfte. Er verlangte der Grundlage der Konstitution von 1851 gemäß die Sanktionierung der neuen Verfassung, wenn der Senat sie angenommen, durch ein Plebiszit. Der Ministerrat fügte sich dem, und das Recht, soweit man hier von Recht sprechen kann, d. h. die bestehende Verfassung war allerdings unzweifelhaft für das Plebiszit: aber er schaufelte so dem neuen konstitutionellen Regiment selbst die Grube, in welche dasselbe sofort hineinstürzen mußte. Es half gar nichts und war nur ein scheinbares Zugeständnis, wenn der Kaiser gestattete, daß die Regierung diese Frage der Verfassungsänderung und des Plebiszits im gesetzgebenden Körper aufnehme, was in Form einer von Grévy gestellten Interpellation geschah. Die Männer der Opposition, mit denen das linke Centrum übereinstimmte, hatten gut nachweisen, welche Täuschung das Plebiszit sei — daß man damit nur mit Worten dem Lande die konstituierende Gewalt gebe, die man in Wahrheit konfisziere — vergebens hielt Gambetta eine schwungvolle Rede auf die Republik und ihre Vorzüge und gab Ollivier dadurch Gelegenheit, hervorzuheben, wie ja nunmehr dem Plebiszit eine Diskussion vorhergegangen, und wie dieselbe so frei gewesen sei, daß man bei derselben sogar die Republik habe

preisen dürfen —: als die Tagesordnung, welche vom rechten Centrum ausgehend dem Ministerium das Vertrauen der Kammer ausdrückte — das „Vertrauen auf dessen Ergebenheit für die kaiserliche und parlamentarische Regierung" —, gegen die Stimmen der Linken, des scharfblickenden Thiers und einiger anderen angenommen wurde, da war dieses Ministerium allerdings befestigt, aber es war kein konstitutionelles mehr. Es war ein Ministerium des Kaisers, wie andere — des Kaisers, der nun volle Freiheit hatte, seine alternde Macht in dem Wunderbrunnen des Plebiszits zu verjüngen.

Am folgenden Tage, 7. April, wurde Ollivier an Lamartines Stelle zum Mitgliede der Akademie gewählt. Dort war seine richtige Stelle. Er merkte es nicht, wie er, binnen wenigen Wochen aus einem Staatsmann ein Höfling geworden, von dem geübten Meister in allerlei Intriguen- und Schelmenkunst als Werkzeug benutzt wurde; es machte ihm keinen Eindruck, als die klügeren und charaktervolleren Männer seines Ministeriums, wie Graf Daru und Buffet, sich von ihm trennten; mit ganzem Eifer warf er sich in die Bewegung für das Plebiszit und machte in einem Rundschreiben den Präfekten eine „verzehrende Thätigkeit" für dasselbe zur Pflicht. Am 13. April vertagte er die Kammer mit deren Zustimmung bis nach dem Plebiszit. Dieses, d. h. die Person des Kaisers, trat jetzt ganz in den Vordergrund, in demselben Augenblicke (20. April), wo der Senat jene Verfassungsrevision, nach welcher das persönliche Regiment aufhören sollte, einstimmig annahm. Am 23. erließ der Kaiser eine Proklamation und legte dem Volke, d. h. jedem einzelnen nach dem Gesetz mündigen und wahlberechtigten Franzosen, ob er nun jemals ein Zeitungsblatt vor Augen gehabt hatte oder nicht, die Frage vor: „Das französische Volk billigt die in der Verfassung seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörper bewirkten liberalen Reformen und genehmigt den Senatsbeschluß vom 20. April 1870, ja oder nein." Dies war für $^3/_4$ der Bevölkerung eine fremde Sprache, die sie nicht verstanden. Für sie war die Frage einfach: Napoleon oder nicht, und nichts war leichter als den Bauern deutlich zu machen, daß ja den Frieden und nein den Krieg, ja die Ordnung und nein die Auflösung, die Plünderung, die Republik, d. h. die Steuerzuschläge, bedeute. Nicht umsonst hatte Napoleon auch, nachdem er anfangs in Sachen des Konzils durch seinen Minister Daru der Kurie das Konkordat und den Frieden zwischen Staat und Kirche hatte ins Gedächtnis zurückrufen lassen, jeden weiteren Schritt in dieser Sache, welcher die Geistlichkeit hätte verstimmen können, unterlassen. Um aber der Abstimmung noch bestimmter den persönlichen Charakter zu geben, für welchen die Masse allein Sinn hat, schickte er an jeden Wähler einen gleichlautenden gedruckten Brief,

in welchem er ihn um sein Ja ersuchte. Am 8. Mai erhielt er die Antwort: 7 350 000 Ja gegen 1 538 000 Nein. Die Bureaus der Kammern überreichten am 21. dem Kaiser, den ihr Präsident Schneider beglückwünschte, das Ergebnis. Am 15. war auch das Ministerium ergänzt worden; der Kaiser hatte die Zügel wieder vollständig in die Hand genommen. An die Stelle des Grafen Daru, des selbständigsten Kopfes in dem Ministerium Ollivier, wurde der seitherige Gesandte in Wien, Herzog von Gramont, berufen, der, noch ehe er mit dem Ruin seines Landes den Beweis dafür lieferte, für einen sehr mittelmäßigen Kopf galt und als ein blindes Werkzeug des Kaisers bekannt war.

Der kluge Streich war gelungen, der Kaiser war wieder Herr der Lage: soweit er nicht selbst von verschiedenen Einflüssen beherrscht war. Die Regierung brachte nunmehr eine Anzahl halbliberaler Vorlagen an die Kammer, unter denen ihrer besonderen Armseligkeit wegen die Herabsetzung des Senatorengehalts von 30 000 auf 15 000 Frank Erwähnung verdient. Von Wichtigkeit war erst wieder die Debatte über das Heereskontingent für 1871 (30. Juni). Die Regierung, seit längerer Zeit bemüht, mit Vorschlägen allgemeiner Abrüstung und ähnlichem sich den Schein der Friedensliebe zu geben, verlangte 90 000 Mann statt 100 000. Dies aber, sagte sie, sei das Minimum des Notwendigen; ein republikanischer Redner, Garnier-Pagès, kam wieder mit der unvergorensten aller demokratischen Ideen, dem Volksheer, und machte darauf aufmerksam, daß Frankreich für sein Heerwesen mehr ausgebe, als Österreich und der Norddeutsche Bund zusammen; dazwischen rief ein Mann, welcher als der echteste Typus der Satelliten des zweiten Kaiserreichs gelten kann, Granier, ein roher journalistischer und parlamentarischer Klopffechter, stets bereit, die Gegner mit dem Degen und dem Stock zum Schweigen zu bringen: „Nehmen wir den Rhein, so werden wir bald 200 000 Mann weniger brauchen." Der Kaiser seinerseits hatte Thiers — obwohl er wisse, daß er nicht sein Freund sei — ersuchen lassen, die Regierung in dieser Frage zu unterstützen. Thiers that so; die Opposition sei in dieser Sache auf falschem Wege; 90 000 Mann Jahreskontingent sei das Wenigste, das nach Sadowa schlechthin Unentbehrliche. „Sadowa war für mich ein großer patriotischer Schmerz — ein Unglück, das nicht wieder gutzumachen ist", und während er die Wunde berührte, verfehlte er nicht, Salz in dieselbe zu reiben, indem er den Grafen Bismarck pries. Auch mit Süddeutschland machte er sich zu schaffen, indem er, scheinbar zum Frieden sprechend, doch unwillkürlich enthüllte, wonach jedem Franzosen der Sinn stand: „Man fragte soeben, wem Süddeutschland gehöre? Ich antworte: Dem Vorsichtigsten. Darum ist Graf Bismarck friedlich,

und darum müssen auch wir es sein, um nicht den Süden in die Arme Preußens zu drängen." In diesem Zusammenhange war es, daß Ollivier das berühmte Wort sprach: „Ich erkläre, daß die Regierung keinerlei Besorgnis hegt, und daß zu keiner Zeit die Aufrechthaltung des Friedens gesicherter war als jetzt: wohin man blickt, kann man nirgends eine Frage entdecken, die vielleicht Gefahren in sich tragen könnte —."

Es scheint nicht, daß er in diesem Augenblicke wissentlich die Unwahrheit sagte. Die Politik, die neben ihm und hinter seinem Rücken gemacht wurde, scheint er, den der Widerspruch, den er bei der Linken fand, mit jedem Tage mehr zum blinden Höfling machte, nicht gekannt oder nicht verstanden zu haben. Drei Tage nach jenem Friedenswort kam eine Nachricht aus Spanien, welche — an sich so gleichgültig wie möglich, als lediglich innere Angelegenheit eines großen Landes, das aber längst aufgehört hatte, auf das europäische Gesamtleben eine Wirkung auszuüben — den Anlaß und Vorwand geben sollte zu einem Kriege, der beispiellos in allen seinen Verhältnissen, vor allem beispiellos war durch das in aller Weltgeschichte unerhörte Bubenstück, mit dem er begann.

5. Spanien.

Diesem Lande, dem nichts mehr von seiner einstigen großen weltgeschichtlichen Bedeutung geblieben war, war ein Äußerstes von Demütigung vorbehalten: daß nämlich dasjenige, was die Männer, die es in einem gegebenen Augenblicke regierten, der Vertretung des Landes vorzuschlagen die Absicht hatten, noch ehe diese Vertretung irgendwie sich darüber auszusprechen in der Lage war, zum Vorwande eines Krieges dienen mußte, — eines Krieges nicht etwa gegen Spanien selbst, sondern gegen einen dritten, der an allen spanischen Fragen und Händeln so unschuldig war wie ein neugeborenes Kind. Daß eine Revolution in Spanien die Einleitung bilden würde zu dem Entscheidungskriege zwischen Frankreich und Deutschland — das in der That war eine Kombination, welche die verwegenste Phantasie nicht hätte ausdenken können, und welche nicht das mindeste Wunderbare an einem Kampfe bildete, der an Wundern reich sein sollte wie kein anderer, von dem die Blätter der Geschichte melden.

Im Juni 1866, erwähnten wir, hatte die Königin Isabella ein reaktionäres Ministerium unter Narvaez eingesetzt, der mit gewohnter Energie gegen seine Feinde einschritt. Nachdem am 2. Oktober die Sitzung der Cortes geschlossen war, wurden die Gesetze über die Befugnisse der Gemeinde- und Provinzialräte abgeschafft und vorläufig

anderweitige Bestimmungen eingeführt, welche später den Cortes zur Genehmigung vorgelegt werden sollten; zugleich wurden Neuwahlen dieser Räte angeordnet, welche, wie in der Regel spanische Wahlen, zu Gunsten der herrschenden Gewalt ausfielen. Als (28. Dezember) eine Anzahl Cortesmitglieder eine Adresse an die Königin unterzeichneten, in welcher gegen das Säbelregiment des Ministers protestiert wurde, löste ein königliches Dekret die Cortes auf und ordnete Neuwahlen für den März 1867 an; als der Präsident des Senats, Marschall Serrano, früherer Günstling der Königin, sich gleichfalls Vorstellungen erlaubte, ward er auf Narvaez Befehl verhaftet und von Madrid verwiesen (30. Dezember). Dieser Verhaftung folgten zahlreiche andere. Auch ein königlicher Infant, Enrique, wurde seiner Ämter entsetzt, am 8. März übrigens der Belagerungszustand wieder aufgehoben, da es dessen nicht mehr bedurfte. Die Wahlen fielen trotzdem zu Gunsten der Regierung aus. Die Indemnität, welche dieselbe nachsuchte, wurde ihr von der neuen Kammer bereitwillig, 245 gegen 4 Stimmen, erteilt (12. April); was immer die Regierung verlangte, bewilligt; am 13. Juli ward die Session geschlossen. Diese Ruhe konnte niemand täuschen. Schon im August brachen an verschiedenen Punkten Unruhen aus, und über Katalonien, über Andalusien, auch über Madrid wurde von neuem der Belagerungszustand verhängt. Glücklich ward der verfrühte und führerlose Aufstand unterdrückt; mit großer Genugthuung verkündete es die Königin den Cortes, welche am 27. Dezember wieder zusammengetreten waren. Sie kündigte zugleich, indem sie die Treue der Armee rühmte, eine planmäßige Politik entschiedenen Widerstandes gegen die Revolution an, welche Politik in mehreren Gesetzentwürfen ihren Ausdruck fand, und bei der sie sicher schien, an dem Kaiser der Franzosen einen Rückhalt zu haben. Sie pries diesen als ihren Freund und Verbündeten: daß ihr der Segen des Papstes nicht fehlte, dessen weltliche Herrschaft sie in demselben Aktenstücke — und zwar mit ihrer Macht, nicht bloß mit ihrer moralischen Mitwirkung — retten zu wollen erklärte, läßt sich denken.

Sie wußte nicht, wie nahe ihrer eigenen weltlichen Herrschaft das Verderben war. Die geweihte Rose wurde ihr, trotz der notorischen Schamlosigkeit ihres Lebenswandels, am 6. Februar 1868 vom Papste zu teil; am 13. April jenes Jahres aber starb ihr Ministerpräsident Narvaez plötzlich. Überzeugt, daß dieser Thron nur mit den Waffen zu halten war, hatte er die Armee fest in der Hand zu halten gewußt: sein Erbe übernahm der Minister des Innern, Gonzalez Bravo. „Wir sind geleitet", sagte dieser am 14. den Cortes, „von dem Schatten des Herzogs von Valencia; mit den Waffen werden wir die bewaffnete, mit den Gesetzen die unbewaffnete Revolution unterdrücken." Energisch

genug griff dieser Mann die Sache an. Nachdem die Cortes vertagt waren, wurde am 7. Juli eine ganze Reihe von Generalen plötzlich verhaftet und ins Innere oder auf die Inseln gebracht, zugleich die Schwester der Königin und ihr Gemahl, der Herzog von Montpensier, aufgefordert, Spanien zu verlassen. Sie protestierten: den Vorwurf, den Feinden der Regierung als Fahne zu dienen, rechtfertigten sie nicht; die Vereinigung der verschiedenen Oppositionsparteien bedurfte einer besonderen dynastischen Fahne schon nicht mehr. Im September war diese Einigung so weit gediehen, daß man glaubte, losschlagen zu können. Während Isabella in San Sebastian sich befand und sich zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser der Franzosen anschickte, von der man weittragende Folgen erwartete, gab der Admiral Topete das Zeichen, indem er an Bord seines Schiffes Zaragoza einen Aufruf an die Bevölkerung von Cadiz erließ. Dort traf auch der verbannte General Prim ein; die Stadt ergab sich, die Truppen schlossen sich an, eine Junta ward gebildet, den 18. September: am 19. trafen einige andere der verbannten Generale, Serrano, Dulce, ein und die Revolution breitete sich rasch über Andalusien aus.

Die Königin Isabella hatte nicht den Mut, nach Madrid zurückzukehren, auch keine Lust, da man von ihr verlangte, sie müsse allein (sola), d. h. ohne ihren Buhlen, einen gewissen Marfori, kommen. Ebensowenig wollte sie abdanken; sie ernannte den General Concha zu ihrem Ministerpräsidenten, der Madrid in Belagerungszustand erklärte und den General Novaliches gegen die Aufständischen nach Andalusien schickte. Aber am 15. ging dessen Avantgarde zu den unter Serrano heranziehenden Truppen über; bei der Brücke von Alcolea, am Ufer des Guadalquivir, kam es zwischen den Generalen Serrano und Novaliches zu einem kurzen Gefecht (28.), in welchem die Königlichen unterlagen. Am folgenden Tage erklärte sich Madrid für den Aufstand. Der Hauptstadt folgten Barcelona und Saragossa, und die Junta von Madrid gab nun am 30. die Losung: „Absetzung der Isabella von Bourbon!" und: „Nieder mit den Bourbonen!" aus. Isabella von Bourbon trat, ihre Sache verloren gebend, mitsamt ihrer gemischten Gesellschaft, Heiligen und Profanen, nach Frankreich über: der in solchen Fällen übliche Protest erging am 3. Oktober von Schloß Pau aus. Am gleichen Tage nahm der Enkel des Don Karlos infolge Verzichts seines Vaters den Titel Karl VII. an, in Katalonien erhob Orense die Fahne der Föderativrepublik: „Kein König, denn jeder König würde mehr oder weniger gegen die Freiheit konspirieren", und in Madrid zog Serrano ein, welchem die dortige Junta ihre Vollmachten, so viele sie deren hatte, übertrug. Am 8. setzte dieser aus Progressisten und Männern der „liberalen Union" sein Ministerium

zusammen; die Hauptperson neben ihm war der Kriegsminister General Prim. Die Anerkennung der neuen Regierung seitens der Provinzialjunten fand keine Schwierigkeit, und es ging nun mit Annahme von Beglückwünschungen, friedlichen Volksversammlungen und allerlei sonstigen Demonstrationen in Madrid und in ganz Spanien hoch her: es hatte wirklich den Anschein, als ob hier ein Volk, von schwerem Drucke befreit, seine Auferstehung, den Anbruch einer besseren Zukunft feiere. Aber bald erhob sich mit ganzem Ernst die Frage nach der definitiven Regierungsform. Die namhaftesten Häupter der Bewegung, Prim, Olózaga, Serrano, erklärten sich, anders als jene Stuttgarter Demokraten, für die konstitutionelle Monarchie, und sie hatten den Instinkt der Massen und die Mehrheit der Denkenden für sich. Zunächst war das Feld noch frei für alle möglichen Programme, und an solchen, — an karlistischen, republikanischen, alfonsistischen und anderen Manifesten fehlte es denn auch nicht; im übrigen zögerten diesmal die auswärtigen Regierungen nicht, mit der neuen Regierung, der sich die sämtlichen Junten des Landes unterworfen hatten, in Geschäftsverkehr zu treten. Erwähnung verdient, daß am 11. November die Regierung den Bau einer protestantischen Kirche in Madrid gestattete, wie denn überhaupt diesmal die Herrschaft der Priesterkaste gründlich gebrochen wurde. Die endgültige Regelung der Verfassungs- und Regierungsform war den konstituierenden Cortes vorbehalten, für welche nach dem Wahlgesetze der provisorischen Regierung wählbar und wahlberechtigt jeder Spanier, der über 25 Jahre zählte, sein sollte. Am 11. Februar 1869 traten diese Cortes zusammen. Mit 180 gegen 62 Stimmen votierten sie der provisorischen Regierung Dank und ernannten den Marschall Serrano zum Haupte der Regierung, der seinerseits die bisherigen Minister bestätigte.

Schon am 30. März war ihr Verfassungsausschuß mit einem Entwurfe fertig: Konstitutionelle Erbmonarchie mit breitester demokratischer Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes, doch mit Zweikammersystem, wie bisher. Bereits am 1. Juni war dieser Entwurf durchberaten und mit 214 gegen 56 Stimmen angenommen, am 6. wurde er feierlich verkündet; diese neue Verfassung von den Cortesmitgliedern beschwören zu lassen, unterließ man, um das zärtliche Gewissen der republikanischen Partei zu schonen. Die Schwierigkeit aber war, einen König zu finden. Der erste, dem diese Dornenkrone angeboten wurde, der Titularkönig Ferdinand von Portugal, lehnte ab; um aber der Verfassung sofort zu genügen, wurde nun einstweilen ein Regentschaftsgesetz gemacht und Serrano zum Regenten in Vertretung des zu suchenden Königs ernannt.

Er mußte, während der Herzog von Montpensier die neue Ver-

fassung anerkannte, gegen einen von der Geistlichkeit unterstützten Aufstandsversuch am 21. Juli den Kriegszustand anordnen. Diese Insurrektion scheiterte indes schon Ende Juli; auch republikanische Schilderhebungen wurden unterdrückt, die sich jedoch erneuerten, als am 1. Oktober die Cortes wieder zusammentraten. Diese genehmigten, gegen den Protest der Republikaner, an deren Spitze der ehrenwerte Idealist und Schönredner Emilio Castelar stand, die Suspendierung der konstitutionellen Garantieen, und so wurde noch im Laufe des Oktobers die neue republikanische Erhebung unterdrückt, welche abermals die Notwendigkeit einleuchtend machte, für die Monarchie baldmöglichst den Monarchen zu finden. Es lag nahe, an den Herzog von Montpensier zu denken; wenn man, wie andere Völker in ähnlicher Lage gethan, die Verbindung mit der Vergangenheit nicht ganz abbrechen wollte, so bot sich dieser Name dar: aber der Sohn Louis Philipps hatte die Sympathieen der Bevölkerung nicht für sich und den Kaiser der Franzosen entschieden gegen sich. Das Nächste, was sich bot, war ein Fürst aus dem savoyischen Hause, das im Bunde mit den liberalen Ideen emporgekommen war, im Bunde mit der Revolution sein Geschick vollendet hatte. Man unterhandelte deshalb mit dem zweiten Sohne Viktor Emanuels, dem Herzog von Aosta. Aber dies mißlang, weil dieser für den italienischen Thron gespart werden mußte. Man hatte noch einen anderen Kandidaten aus diesem Hause, einen noch unmündigen Neffen Viktor Emanuels, Thomas, Prinz von Savoyen, Herzog von Genua: das Haupt der Dynastie, Viktor Emanuel, stimmte zu, allein die Mutter des Knaben, eine verständige Frau, welche wußte, daß man auch Gold zu teuer kaufen kann, versagte ihre Zustimmung. Man behalf sich also einstweilen ohne König. An der Monarchie aber hielt die Mehrheit der Cortes und vor allem der einflußreichste Mann des neuen Spaniens, Prim, fest, und unter denen, welche sich für die spanische Königsfrage näher interessierten, war es auch kein Geheimnis, daß außer dem alten Espartero, dessen Kandidatur nicht ernstlich gemeint sein konnte, noch ein anderer ins Auge gefaßt war, der alle Bedingungen zu erfüllen schien. Ein Fürst im blühenden Alter, katholisch, in jeder Richtung tüchtig, den Bonapartes verwandt und der einen großen Namen trug, welcher in der Welt einen guten und vollen Klang gab: es war Leopold, der älteste Sohn des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, ein Bruder des Fürsten, dem in Rumänien gelungen, was hier in Spanien zu leisten war. Am 11. Juni 1870 deutete Prim in den Cortes an, der, den er meine, könne sich für den Augenblick noch nicht entschließen: „Die Regierung ist in ihren Unterhandlungen nicht glücklich gewesen, sie hat Ihnen keinen Kandidaten für die Krone Spaniens in Vorschlag zu bringen. Wenigstens

hat sie heute keinen; aber wird sie morgen einen haben? — Das ist's, was ich Ihnen nicht sagen kann."

Die Unterhandlungen aber, auf welche der spanische Minister hier anspielte, führten zum Ziele: und am 3. Juni erhielt der spanische Gesandte in Paris, Olózaga, von Marschall Prim die Anzeige, daß Prinz Leopold von Hohenzollern annehme, mit dem Auftrage, dem französischen Gouvernement von dieser Thatsache Mitteilung zu machen, welche für dieses keine Überraschung war.

Dritter Abschnitt.

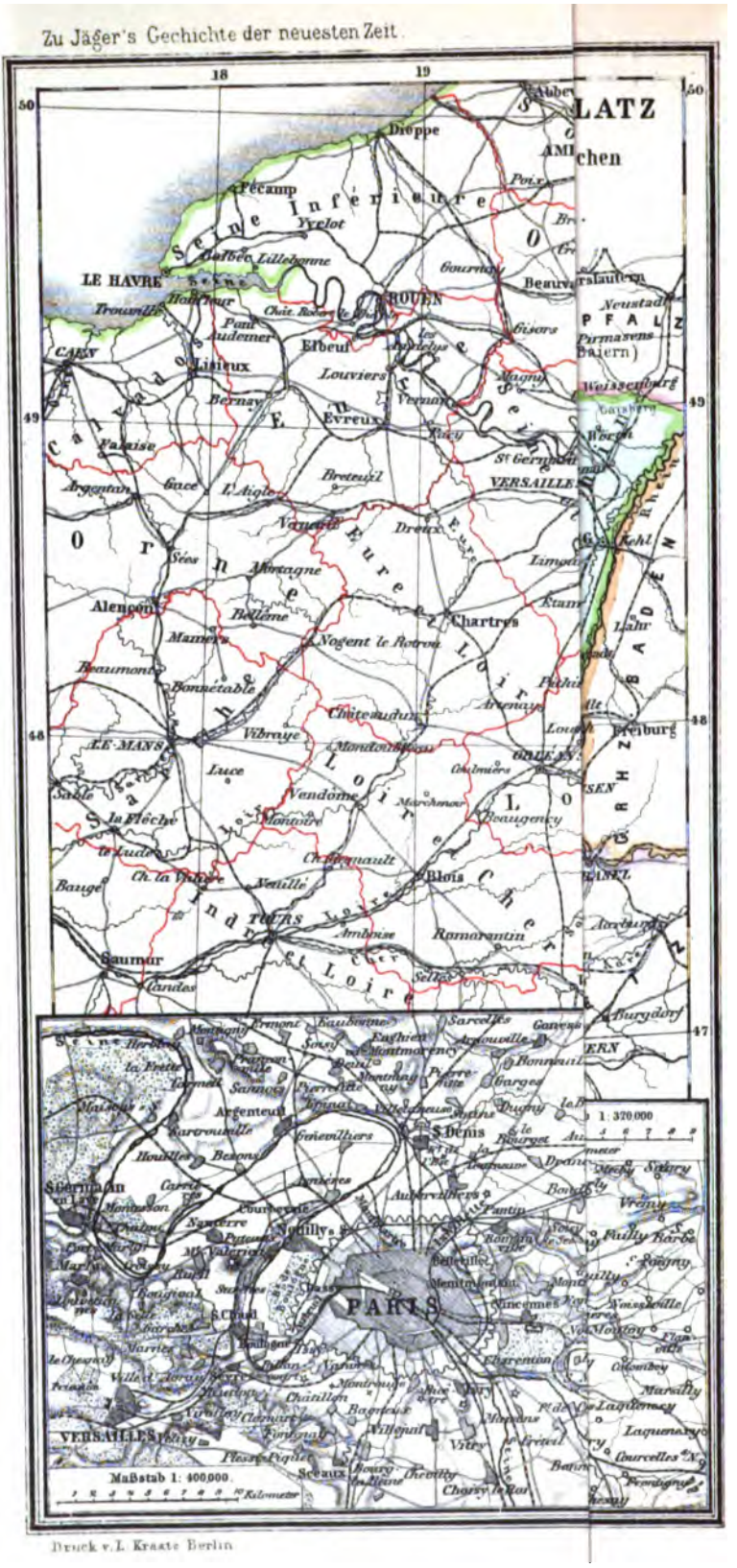
Vom Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges bis zur Gegenwart.

I. Der Deutsch-Französische Krieg.

Juli 1870 bis Mai 1871.

1. Vorwand und Ausbruch.

Die Wahl, welche der leitende Mann der spanischen Regierung in dem Prinzen von Hohenzollern getroffen hatte, an und für sich die beste, die unter den obwaltenden Umständen denkbar war, bildete keine Neuigkeit für diejenigen, deren Amt oder deren Liebhaberei es mit sich bringt, nicht bloß die vollzogenen, sondern auch die sich vorbereitenden Thatsachen und die Wahrscheinlichkeiten in der Politik der verschiedenen europäischen Staaten zu verfolgen. Schon in einer Denkschrift vom 23. Oktober 1869, welche als Broschüre veröffentlicht wurde, hatte ein angesehener Deputierter der Cortes, Salazar y Mazarredo, in aller Ausführlichkeit die Vorzüge dieses Kandidaten für den leer stehenden spanischen Thron auseinandergesetzt: der Prinz sei katholisch, hochgebildet, reich; von stattlicher persönlicher Erscheinung, im blühendsten Alter von 34 Jahren, glücklich verheiratet, und zwar mit einer Schwester des regierenden Königs von Portugal; bereits von heranwachsenden Söhnen umgeben: er fand nur einen Mangel an ihm, daß sein Familienname für eine spanische Zunge schwer auszusprechen sei. Die Denkschrift hob besonders seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu einigen europäischen Regentenhäusern, dem portugiesischen, dem belgischen, hervor; auch mit dem Kaiser Napoleon sei er verwandt, seine Mutter der Familie Beauharnais angehörig; in entfernter Verbindung stehe er auch mit der königlichen Familie von Preußen. Ob diese letztere Verbindung eine verwandtschaftliche sei, — ob die schwäbische,



Druck v. L. Kraatz Berlin

Aus Kiepert u. Wolff's historischem Atlas. Verlag von Dietrich Reimer in Berlin

fürstliche und katholische Linie der Hohenzollern mit der fränkischen, protestantischen und königlichen einen gemeinschaftlichen Stammvater habe, war eine Doktorfrage, deren Lösung eine würdige Aufgabe für Heraldiker und Archivare bildete: daß die Fürsten von Hohenzollern aber in Preußen nicht erbfolgeberechtigt waren, war ebenso gewiß, wie daß die Mutter des Prinzen eine Tochter der Großherzogin Stephanie von Baden, einer Nichte der Kaiserin Josephine und Adoptivtochter des Kaisers Napoleon I., war.

Gleichwohl erregte die Nachricht von dieser Kandidatur in Paris sofort eine große Aufregung. In den Gängen des gesetzgebenden Körpers war von nichts anderem die Rede, und man las schon am 4. in einem der Regierung nahestehenden Blatte die Phrase vom Scepter Karls V., welches hier einem preußischen Prinzen übergeben werden wolle, verbunden mit der weiteren Lächerlichkeit, daß dieser Prinz Enkel einer Prinzessin aus dem Hause Murat sei, dessen Name in Spanien nur traurige Erinnerungen wachrufe. Am gleichen Tage aber erschien auch der französische Geschäftsträger im Auswärtigen Amte zu Berlin, um der „peinlichen Empfindung" Ausdruck zu geben, welche die Annahme dieser Kandidatur seitens des Prinzen in Paris hervorgerufen habe. Er erhielt von dem Staatssekretär — Graf Bismarck selbst hatte, wie die übrigen Minister, seinen Erholungsaufenthalt aufgesucht — die Antwort, daß die preußische Regierung mit dieser Angelegenheit nichts zu thun habe: und ähnlich war der Inhalt einer Unterredung des Herzogs von Gramont mit dem preußischen Gesandten von Werther in Paris, welcher letztere sich nach derselben am 5. Juli nach Ems begab, wo der König von Preußen, wie erwähnt, seit dem 20. Juni die Badekur gebrauchte. Aber schon am 6. gewann die Sache ein ernsteres Gesicht. Die Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde unter großer Aufregung eröffnet. Am Tage zuvor war, ohne Zweifel auf Bestellung, von dem Abgeordneten Cochery und anderen eine Interpellation über die spanische Angelegenheit eingereicht worden. Der Herzog von Gramont beantwortete dieselbe dahin, daß er die Einzelheiten einer Unterhandlung noch nicht kenne, „die", sagte er, „vor uns geheimgehalten worden ist"; die französische Regierung sei den verschiedenen Kandidaturen gegenüber nicht aus der strengsten Neutralität herausgetreten: „aber", fuhr er fort, indem er sich in die Brust warf, „wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das Gleichgewicht der Mächte Europas stören und so die Ehre und die Interessen Frankreichs gefährden könne. Wir hoffen, daß dies nicht eintreten wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen

und die Freundschaft des spanischen Volkes; wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen." Dreimal wiederholter Beifallssturm begleitete diese Rede, welcher dann eine der lärmenden Scenen, wie sie den französischen Parlamentarismus kennzeichnen, folgte. Als die Sitzung wieder aufgenommen werden konnte und die Opposition sich der Fortsetzung der Budgetberatung, in der man begriffen war, widersetzte, bestieg Ollivier die Tribüne. Was der Minister des Auswärtigen gesagt habe, sei keine Kriegserklärung; „die Regierung wünscht den Frieden, sie wünscht ihn mit Leidenschaft — — ich versichere auf Ehre, daß keiner von uns einen Hintergedanken hat, wenn wir sagen, daß wir den Frieden wünschen." Unter heftigen Unterbrechungen von seiten der Majorität, welche die Tagesordnung verlangte, ruft Emanuel Arago: „Wir können die Budgetdebatte nicht mit kaltem Blute fortsetzen, nachdem der Minister soeben, indem er Frankreich engagierte, zwei Dinge gethan, — den König von Spanien ernannt und den Krieg erklärt hat."

Die unerhörte Sprache des französischen Ministers, die entweder seine gänzliche Unfähigkeit, oder die Absicht, einen Krieg heraufzubeschwören, und vielleicht beides bewies, schreckte Europa aus dem tiefen Friedensschlummer, dem alle Welt sich überlassen hatte, auf. Die unmittelbar bevorstehende Unfehlbarkeitserklärung seitens der papistischen Versammlung in Rom verlor ihr Interesse gegenüber der neuen Frage, die plötzlich, mit einem Schlage, auftauchte und in wenigen Augenblicken den ganzen Horizont mit Wolken überzog. Es ward in kurzem mehr als deutlich, daß der Franzose gelogen hatte, als er gesagt, daß die Unterhandlung geheimgehalten worden sei; wer sie wissen wollte, wußte sie; war es nicht Sache des französischen Gesandten in Madrid, seine Regierung über diese Kandidatur aufzuklären, die dort, dort zum mindesten, kein Geheimnis war? Und wenn sie der französischen Regierung nicht paßte, diese Kandidatur, welche übrigens (März 1869) sogar zuerst in den Kreisen des kaiserlichen Hauses aufgetaucht war*) — genügte nicht ein Wink an der rechten Stelle, sie zu hindern, wie die des Herzogs von Montpensier durch einen solchen beseitigt worden war? Was aber hatte die deutsche Nation mit der Sache zu schaffen? Hier in Deutschland war man, im Bewußtsein völliger Nichtbeteiligung, wie im Vertrauen auf die sicheren Hände, in denen Heer und auswärtige Angelegenheiten ruhten, sehr sorglos. Man hatte dort den Ausbruch der spanischen Revolution vielmehr als ein willkommenes Ereignis betrachtet, weil man voraussetzte, daß sie die Gedanken

*) Nach Lauser, Geschichte Spaniens vom Sturze Isabellas, 1877 Bd. I S. 218.

Napoleons von einem Kriege wider Deutschland abziehen müßte. Dagegen aber wurde nun die Sprache der französischen Presse mit jedem Tage heftiger. Die Blätter, die unter dem Einflusse der Regierung standen, lärmten den übrigen voran: eines derselben, welches für das Organ Olliviers galt, der Moniteur, fand (8. Juli), daß die Frage *erweitert* werden müsse, „weil die preußische Regierung seit vier Jahren mit unserer Geduld Mißbrauch getrieben", — daß das Wenigste, was man jetzt verlangen müsse, die genaueste *Ausführung des Prager Friedens* und die Räumung von Mainz sei. Die wenigen vernünftigen Stimmen in der Presse, Temps, Siècle, Journal des Debats, wurden erstickt durch die Mehrzahl und die Unverschämtheit der übrigen, von denen eines, das „Pays", (am 8.) sich bereits vernehmen ließ: „Wohlan, das Kaudinische Joch ist bereit für Preußen, sie werden sich darunter beugen, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist — — unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben, die Echos vom deutschen Rhein sind noch stumm. Hätte uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir längst auf dem Wege"; — während ein anderes, Emile Girardins *Liberté* davon sprach, daß man die Preußen mit Kolbenstößen auf die andere Seite des Rheines hinübertreiben müsse. Schon am 10. war man in diesen Kreisen so weit, daß man *fürchtete* oder sich zu fürchten den Anschein gab, als möchte Preußen nachgeben und dadurch die Gelegenheit zu einem Kriege um den Rhein den Franzosen abermals entzogen werden. Der französischen Regierung ihrerseits schien es zunächst wirklich um die Beseitigung der widerwärtigen Kandidatur zu thun. In einer Unterredung mit dem englischen Gesandten Lord Lyons (am 8.) machte der Herzog von Gramont ausdrücklich diesen darauf aufmerksam, daß ein *freiwilliger Rücktritt* des Prinzen von Hohenzollern eine glückliche Lösung der Schwierigkeiten bieten würde, und er bat die englische Regierung, allen ihren Einfluß aufzubieten, um diese Lösung herbeizuführen. Allein dies war nur erst der Anfang. Am 9. war der französische Botschafter am preußischen Hofe, Graf Benedetti, von Wildbad in Ems eingetroffen, wo er von jetzt an, frechem Geschmeiße vergleichbar, den König Wilhelm umschwärmte und in rasch sich folgenden Audienzen bedrängte. Er verlangte von diesem, derselbe solle dem Erbprinzen die Annahme der spanischen Kandidatur *abraten* oder geradezu *verbieten*. Der König weigerte dies, wie es denn, da der Prinz weder ein Kind, noch ein Sklave war, Unmögliches verlangen hieß; er wisse überdies dessen augenblicklichen Aufenthalt gar nicht, und es sei die Sache doch wohl nicht so dringend, daß nicht noch einige Tage darüber hingehen könnten. Das letztere bestritt der Botschafter am 11. bei einer zweiten Audienz,

die Haltung der Repräsentanten und der Bevölkerung Frankreichs gestatte den französischen Ministern nicht, länger zu warten. Diese waren nunmehr schon einen Schritt weitergegangen. In einer Unterredung Gramonts mit dem englischen Gesandten am 10. war nur noch von einem Verbote des Königs, von einem Rücktritt des Prinzen *auf den Rat des Königs* die Rede, der freiwillige Rücktritt in den Hintergrund geschoben, während die kriegerischen Vorbereitungen bereits im Gange waren, und als am 11. Arago in der Kammer Klarheit in die Sache bringen wollte, indem er die Frage stellte, ob die Unterhandlungen mit Preußen sich nur auf den Fall Hohenzollern bezögen oder noch auf anderes damit nicht Zusammenhängende, und der Minister antworten wollte, verhinderte das letztere die Rotte, welche mit in der Verschwörung war, indem sie ihm ein: „Antworten Sie nicht" zulärmte.

In Deutschland bewahrte die Presse im ganzen noch immer ihre Ruhe, von der jedoch kein großer Vorrat mehr vorhanden war. Man erwartete noch eine friedliche Wendung von einer freiwilligen Entsagung des Erbprinzen. Der letztere, noch bloßer Privatmann, noch nicht durch einen Akt der spanischen Cortes gebunden, konnte diesen Schritt mit Ehren thun: und so erhielt denn am 12. der spanische Gesandte zu Paris vom Fürsten von Sigmaringen, dem Vater, ein Telegramm, in welchem dieser im Namen seines Sohnes von der Kandidatur zurücktrat. Der Gesandte eilt damit nach dem Auswärtigen Amt; er unterbricht ein Gespräch des Herzogs von Gramont mit dem preußischen Gesandten, das sich dann, nachdem Olózaga seine Botschaft ausgerichtet, fortsetzt: und hier entwickelt der französische Minister, indem er die soeben empfangene Nachricht als *Nebensache* behandelt, da die kaiserliche Regierung doch niemals die Thronbesteigung des Hohenzollernschen Prinzen zugelassen haben würde, den erstaunlichen Gedanken, daß der König von Preußen, um die Stimmung zu beschwichtigen und die Herstellung der guten Beziehungen zu bewirken, einen *Brief an den Kaiser* schreiben solle, dem man durch Veröffentlichung weite Verbreitung verschaffen müsse. Er entwickelte den Inhalt eines derartigen Briefes — der König, würde es darin heißen, hätte nicht denken können, indem er den Prinzen zur Annahme der Kandidatur ermächtigte, damit den Interessen und der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; der König schließe sich der Entsagung des Prinzen mit dem Wunsche und der Hoffnung an, daß jeder Grund des Zwiespalts in den beiden Nationen nunmehr verschwunden sei. Auch was der Brief *nicht* enthalten dürfe, gab der Minister an. Er möchte befürworten, sagte er, daß in diesem Briefe nicht von den verwandtschaftlichen Beziehungen des Prinzen zum Kaiser Napoleon die

Rede sei, denn dieses Argument verletze hier „eigentümlicherweise." Überdem kam der Justizminister Ollivier hinzu: beide vereinigt drangen sie in den Gesandten und hatten die Dreistigkeit, telegraphische Behandlung dieser Sache zu begehren sowie auch zu betonen, daß sie eines solchen Beschwichtigungsbriefes für ihre ministerielle Stellung bedürften, gleich als ob es des Königs von Preußen Sache sei, ihre armselige Stellung zu befestigen: was sie aber nicht sagten, nicht der eine und nicht der andere, war, daß ein solcher Brief die Sache dann auch wirklich aus der Welt schaffen würde. Dies war auch keineswegs ihre Meinung; ein solcher Brief, sagten sie, würde sie berechtigen, bei nicht ausbleibenden Angriffen als Verteidiger des Königs aufzutreten.

Der eine dieser beiden, der ungefähr die Rolle des Hofmarschalls Kalb im Stücke des deutschen Dichters spielte, Ollivier, hatte überhaupt keine Meinung, die länger als 6 Stunden vorgehalten hätte. Er kam des Nachmittags nach dem gesetzgebenden Körper, vor dem Menschen und Wagen zu Hunderten standen, bereit, sofort Krieg oder Frieden an der Börse zu Gelde zu machen. Er teilte aller Welt die Freudens- und Friedensbotschaft von der Entsagung des Prinzen mit: er ruft sie dem eintretenden Thiers zu und entgegnet diesem, als der kluge und weltkundige Staatsmann ihn dringend mahnt, nun auch festzuhalten und nichts weiter zu begehren: „Seien Sie ohne Sorge, wir haben den Frieden, er soll uns nicht mehr entschlüpfen." Dagegen gebärden sich die eigentlichen Bonapartisten, noch ehe die Sitzung beginnt, wie Rasende: sie verlangen den Krieg; ein Vertrauter des Kaisers, Clement Duvernois, bringt eine Interpellation ein über die Bürgschaften, um die Wiederkehr fortwährender Verwickelungen mit Preußen zu vermeiden. In den Korridors und Nebenzimmern streitet man sich noch nach der Sitzung, in welcher von den Ministern keine amtliche Erklärung gegeben worden war: im allgemeinen aber legte die europäische Welt sich an jenem Abend mit dem Gedanken zur Ruhe, daß der Zwischenfall verschwunden und der Friede gesichert sei.

Als sie am andern Morgen erwachte, war der Krieg da. In der Nacht noch gingen, vom Kaiser durch ein Billet, St.-Cloud 12. abends veranlaßt, die Instruktionen an Benedetti ab, welche ihn unvermeidlich machten.

Es ist hier der Ort, in Kürze die Frage zu erörtern, wen vorzugsweise die Verantwortung für das ungeheure Verbrechen trifft, durch welches spät im neunzehnten Jahrhundert ohne alle Not, ohne den Schatten eines wirklichen Grundes, zwei große Nationen auf lange und vielleicht auf immer in tödliche Feindschaft geworfen wurden. Nur vergebens suchte Napoleon III. später, als das Geschick ihn ereilt hatte,

einen Teil dieser Verantwortung auf die Erregung des Volkes abzuwälzen, die ihn zum Kriege gezwungen: nicht allein, aber voll und ganz*), trägt er den Fluch und die Schande eines Krieges, zu dem jeder Vorwand fehlte. Er glaubte die Erhaltung seiner Dynastie von der Gewinnung der Rheingrenze oder wenigstens einer Landerweiterung nach dieser Richtung hin abhängig. Er hatte sich mit der Hoffnung getragen, ohne Kampf zu einer solchen zu gelangen, und seit dem Anfang seiner Macht hatte er zu diesem Zwecke eine doppelte Intrigue angesponnen, deren Fäden sich bis zu dem Augenblick, den unsere Erzählung erreicht hat, verfolgen lassen: entweder mit Preußen gegen Österreich oder mit Österreich gegen Preußen wollte er dies Ziel erreichen. Er kam allmählich zu der Erkenntnis, daß mit Preußen kein Geschäft zu machen war. Seine krummen Wege kreuzte der gerade Sinn des preußischen Königs: höflich, aber fest lehnte dieser schon bei der Zusammenkunft in Baden (Juli 1860) jede solche Transaktion ab, und drückend empfand Napoleon die Überlegenheit des großen Staatsmannes, dessen Rat der König, der Patriot dem Patrioten, vertraute, und der, wachsend mit seinen größeren Zwecken, ihn selbst, den Kaiser Napoleon, der so lange für den Klügsten der Klugen gegolten, für diese großen Zwecke nutzbar zu machen wußte, und welchem jetzt das Ungeheure gelungen war, — Deutschland zu einer gewaltigen Macht zu einigen, ohne ein Kleefeld an Frankreich zu verlieren, das er, er allein, nicht zu fürchten schien. Er versuchte es mit Österreich und gewann sich einen Alliierten in einem der kaiserlichen Freundschaft überaus würdigen Manne, dem Reichskanzler von Beust, der auf die Gelegenheit wartete, mit Frankreich und Italien im Bunde das neue Deutschland zu zerstören. Jetzt schien die Gelegenheit günstig. Die Chassepots und Mitrailleusen, die neue Heeresorganisation, wie er glaubte, waren fertig und bereit, und eine dynastische Frage, die sich als dem preußischen Ehrgeiz entsprungen darstellen ließ, mußte, so dachte er, die süddeutschen Bevölkerungen und Fürsten kalt lassen, über deren Stimmung unwissende Gesandte und erbärmliche Agenten ihn täuschten. Ihrer Neutralität zum mindesten glaubte man sicher zu

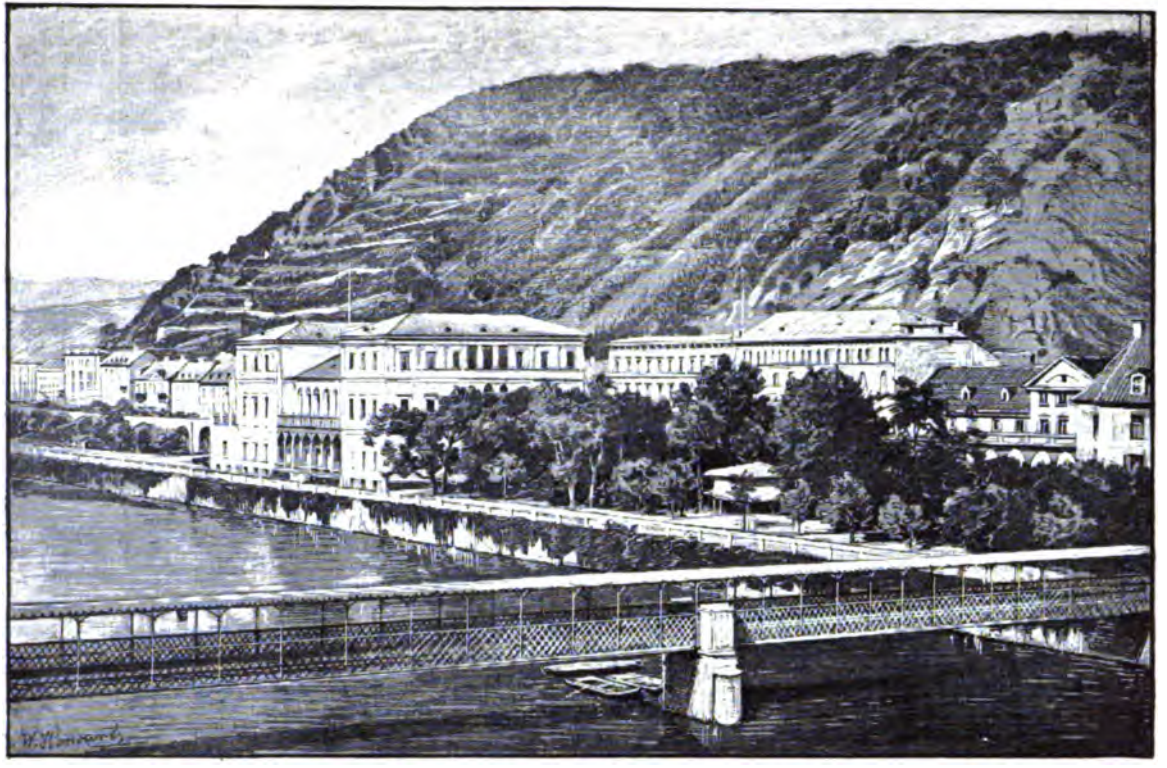
*) Der interessante Artikel im Maihefte der „Deutschen Rundschau" 1876, S. 319 ff., von W. Oncken, der sich mit der Geschichte jener Tage aufs genaueste vertraut gemacht hat, weist nach, daß Napoleon am 5. im Ministerrat, wo die Erklärung für die Kammersitzung für den 6. festgestellt werden sollte, noch die Möglichkeit einer friedlichen Wendung offen lassen wollte, daß er am 6. früh aber eine Fassung vorschlug und durchsetzte, welche den Krieg fast notwendig machte, und daß diese Umstimmung durch die Kaiserin bewirkt wurde, welche in der Nacht auf den 6. mit ihren Vertrauten und dann mit dem Kaiser sich besprach. Dasselbe wiederholte sich dann in der Nacht vom 12./13.

sein, bis einige erste Siege — welche für jeden Franzosen wie ein Dogma feststanden — sie zu Verbündeten machten. Aber der Kaiser, nach seiner Weise, schwankte: er wollte und wollte nicht. Was ihm an Entschlossenheit fehlte, besaß, unwissend, hochmütig, von Schmeichlern umgeben, das nichtswürdige und frivole Weib, welches den Thron mit ihm teilte, und das die Schamlosigkeit hatte, den Zusammenstoß zweier Nationen von je 40 Millionen ihren kleinen Krieg — quand aurai-je ma petite guerre? soll sie wohl den und jenen Minister gefragt haben — zu nennen, und die ihn ihren Krieg zu nennen allerdings das Recht hatte, da er zugleich ein Krieg romanischen Pfaffentums gegen die protestantische Großmacht Preußen, gegen das deutsche Volk, das auch in seinem katholischen Teile gegen dieses Pfaffentum sich wehrte, war. Mitschuldig aber waren in erster Linie die herrschenden Kreise und Klassen des französischen Volkes in weitem Umfange, die, eingeschlossen die Opposition, Rache für Sadowa und, eingeschlossen selbst einen Mann wie Thiers, die Übermacht Frankreichs über die europäische Welt wie ihr gutes Recht verlangten, und deren Gesinnung der Elende, welcher sie jetzt vertrat, der Herzog von Gramont, einige Jahre später mit den Worten aussprach: „Ich bin Franzose, folglich glaube ich an die Unbesiegbarkeit unserer Heere so fest, wie an die Wahrheit meiner heiligen Religion." Mitschuldige anderer Art, das weitverbreitete Vorurteil, welches den Franzosen ihre Unbesiegbarkeit auf ihr dreistes Prahlen hin glaubte und sie dadurch in ihrem Hochmut bestärkte*), die Treulosigkeit und den Knechtssinn des sächsischen Ministers in Wien, die feige Thatenscheu des Ministeriums Gladstone in England und andere werden wir kennen lernen.

Der entscheidende Tag war der 13. Juli; er ist zugleich der ruhmvollste in der Geschichte des Hohenzollernschen Hauses. Am Morgen dieses Tages auf der Brunnenpromenade zu Ems übergab König Wilhelm dem französischen Gesandten Benedetti das Extrablatt der Kölnischen Zeitung, welches den Verzicht des Erbprinzen meldete, und das er soeben erhalten. Der Gesandte erwiderte, daß er diese Nachricht schon am Abend zuvor von Paris bekommen habe, und als König Wilhelm arglos äußerte, wie er damit die Angelegenheit als erledigt ansehe, verlangte der Gesandte, den über Nacht erhaltenen Instruktionen getreu, auf offener Promenade — lebhaft sah, wer des Weges ging,

*) Selbst ein Mann wie Cavour sagte (Reuchlin, Gesch. Italiens IV, 326) am 28. März 1861: „Selbst wenn infolge von Ereignissen, welche ich nicht für wahrscheinlich, ja nicht für möglich halte, Frankreich in eine Lage zurückgedrängt würde, in welcher es sich unserem Einzug in Rom materiell nicht widersetzen könnte"—.

den kleinen Mann vor dem Helden von Sadowa gestikulieren —, daß der König die bestimmte Versicherung ausspreche, daß er niemals wieder seine Einwilligung gebe, wenn diese Kandidatur wieder aufleben sollte. Die Schamlosigkeit dieser Forderung ist in der That ohne Beispiel in der Geschichte. Der König konnte antworten, daß es ein anderes sei, wenn ein preußischer Offizier, ein deutscher Mann und Fürst sein Wort gebe, und ein anderes, wenn ein Bonaparte einen Eid schwöre; — wenn der Verzicht und die einfache Billigung desselben durch den König nicht genügte, so konnte auch ein Versprechen für die Zukunft nicht genügen: mit demselben Rechte konnte die französische Regierung verlangen, daß er den Kronprinzen als Geisel stelle, oder daß er sein Versprechen am ersten Sonntag jedes Monats erneuere. Und weiter: wenn der König in der That in das Unerhörte sich fügte — wenn er auf der Promenade zu Ems den französischen Botschafter ermächtigte, jenes Versprechen nach Paris zu telegraphieren — war denn dann endlich die Sache wirklich abgemacht und er endlich des Drängers, der ihm seine Kur verdarb, entledigt? Ohne Zweifel hätte die Bande falscher Spieler in Paris, der es darum zu thun war, erst den König zu demütigen und dann doch den Krieg zu erklären, bald eine weitere Karte ausgespielt. Was der König hier, auf der Promenade zu Ems, wo kein Minister ihn begleitete, sagte, trug im Grunde doch nur einen privaten Charakter; sie konnten nun verlangen, daß er, was er als Privatmann gesagt, als König in einem feierlichen Regierungsakt ausspreche, wie denn ein bonapartistisches Blatt bereits davon sprach, daß die ganze Dynastie in einem feierlichen Akt einer solchen Erklärung des Königs sich anschließen müsse; so oder ähnlich wäre es ohne Zweifel geschehen, wenn man von dem Gange, den seither die Dinge genommen, schließen darf. Aber König Wilhelm durchriß, indem er, ohne Minister und Geheimräte, von seinem ehrlichen Mannessinn und königlichen Pflichtgefühl Rat nahm, die Netze, mit welchen die Schurkerei ihn umstellt hatte. Er ging bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit, welche ein friedliebender Fürst üben darf, um seinem Lande und der Welt die ungeheuren Übel des Krieges zu ersparen: er schickte, als das Telegramm von Sigmaringen angelangt war, welches die Verzichtleistung bestätigte, seinen Adjutanten mit dem Auftrag, dies dem Gesandten mitzuteilen; als derselbe nun dem Adjutanten sagte, er habe von seiner Regierung den Auftrag, sich eine Audienz zu erbitten, um dem König nochmals den Wunsch der französischen Regierung vorzulegen, er möge die Verzichtleistung billigen und die Versicherung erteilen, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde, — da ließ dieser dem Franzosen auf demselben Wege sagen, daß er die Verzichtleistung in demselben Sinne und Umfang



Bad Ems und ſeine hiſtoriſche Brunnenpromenade.

Gezeichnet von W. Herwart.

billige, wie er dies gethan, als der Prinz die Kandidatur angenommen; in betreff des zweiten Punktes verwies er auf seine Äußerung am Morgen. Als nun der Gesandte, seine traurige Rolle weiterspielend, am Abend noch einmal in der letzteren Sache eine Audienz nachsuchte, da endlich ließ der König ihm sagen, er müsse es entschieden ablehnen, über diesen Punkt sich in weitere Diskussionen einzulassen: er habe sein letztes Wort in der Sache gesprochen.

Man muß, um diesen Vorgang zu verstehen, nur noch hinzunehmen, was in derselben Stunde im gesetzgebenden Körper zu Paris geschah. Ein Artikel des „Constitutionel" hatte die Auffassung Ollivier's vom 12. nachmittags, welche seinen Freunden an der Börse viel Geld eingebracht hatte, mit den Worten ausgesprochen: „Der Prinz von Hohenzollern wird nicht in Spanien regieren. Wir haben nicht mehr verlangt, und mit Stolz nehmen wir von dieser friedlichen Lösung Kenntnis, ein großer Sieg, der nicht eine Thräne, nicht einen Tropfen Blut gekostet." In der Kammer dagegen erklärte der Herzog von Gramont, daß die Unterhandlungen mit Preußen fortgesetzt würden — was dann einer der Kriegseifrigen, Jerome David, mit einer Interpellation erwiderte: „In Erwägung, daß die festen und patriotischen Erklärungen der Minister vom 6. in flagrantem Widerspruch stehen mit der lächerlichen Langsamkeit der diplomatischen Verhandlungen" — —. Und als der Minister für die Verhandlung über diese Interpellation den Freitag — zwei Tage später — vorschlug, erhob sich ein anderer dieser Kriegseifrigen, keiner von der bonapartistischen Seite, Keratry, zu dem Worte: „Das ist zu spät, Sie spielen das Spiel Preußens, als Franzose protestiere ich gegen diese Politik", was dann hinwiederum den Blättern dieser Gesellschaft den Anlaß gab, den Wahnwitz noch weiter zu treiben: „Dieses Ministerium wird künftig nur den einen Namen haben: Ministerium der Schande" — eine Weissagung, die sich denn auch, nur in anderm Sinne, erfüllte.

Mittlerweile aber begann auch in Deutschland die letzte Täuschung über das niederträchtige Spiel, das hier gespielt wurde, vollends zu schwinden. Bismarck seinerseits, welcher die Dinge von lange her kannte, hatte sich keine solche gemacht. Er lehnte den Glückwunsch des englischen Gesandten Lord Loftus (13.) über die glückliche Lösung der schwebenden Differenz ab: die Mäßigung des Königs gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung, sagte er, habe in Deutschland Entrüstung erweckt. Als aber nun am 14. die Kunde von den unerhörten Vorgängen in Ems durch Deutschland flog, da brauste in heftigem Sturm des Zornes die gesamte Nation auf, in einem Augenblick ihrer gewaltigen Kraft inne werdend. Was langen Jahrhunderten nicht gelungen, vollbrachte jetzt eine kurze Stunde. Verschwunden waren

alle Gegensätze, welche so lange diese Kraft gebunden hatten, der Stämme und Staaten, der Konfessionen, der Parteien, verlöscht mit einemmale die Erinnerungen von 1866 und alles Bittere, was noch von diesen Tagen her übrig war: und wenn im Herzen jedes preußischen Mannes der Zorn aufloderte über die freche Kränkung, die dem greisen Haupt seines Königs widerfahren, so erwachte in den Seelen aller übrigen Deutschen der Gedanke an alle Schmach, welche dem Vaterlande von der räuberischen Nation gekommen war, von deren Freveln so viele Ruinen aus drei Jahrhunderten zeugten. Die Feindschaft von Jahrtausenden her verdichtete sich zu einer mächtigen unwiderstehlichen Empfindung, und zwischen dem Haß und Grimm brach sieghaft der Gedanke durch, daß endlich durch des Erbfeinds wahnsinnige That die Einheit Deutschlands eine volle, ganze, unwiderrufliche Wahrheit geworden war. Die große Stunde der deutschen Nation hatte geschlagen. Wer jene Tage erleben durfte, der fühlte sich in einem Augenblicke reich entschädigt für alles Bittere, das er in den Jahren der Schmach und des hoffnungslosen Sehnens gelitten: man war sich bewußt, daß man nicht eine gerechte Sache allein, daß man eine heilige Sache führe: und nicht allein die des eigenen Vaterlandes, sondern die Sache Europas, die Sache des Rechtes und der Ehre, ja die Sache des sittlichen Fortschrittes in der ganzen Welt gegen ein nichtswürdiges Barbarenvolk, das die Waffen und Mittel hochentwickelter Civilisation im Dienste schlechtester Leidenschaften mißbrauche.*)

Am 15. reiste der König von Ems nach Berlin zurück. In ihm hatte die Nation entehrt werden sollen: in schlichter, unübertrefflicher Weise hatte der erste Mann des Volkes seine eigene Ehre, welche auch die Deutschlands war, gewahrt, indem er dem verächtlichen Diener fremder Schurkerei einfach und höflich die Thür wies. Seine Reise war ein Triumphzug; in Kassel, Göttingen, überall jauchzte ihm die begeisterte Menge zu, die sich an die Stationen drängte, welche der Zug passierte; es war kein Unterschied, als der Zug altpreußischen Boden erreichte: aller Beschreibung aber spottete der enthusiastische Empfang, den der König in seiner Hauptstadt fand. Bis nachts 11 Uhr wogte die Menge vor dem Schlosse, bis endlich einige Schutzleute im

*) Die zärtlichen Gewissen einiger Recensenten, welche sich an dem Ausdruck Schurkerei auf S. 282 und hier stoßen, haben auch an dem Ausdruck Barbarenvolk Anstoß genommen. Er entspricht der Stimmung jenes Augenblicks, den ich schildere: daß damit nicht eine große Nation ein für allemal als Barbarenvolk bezeichnet werden soll, versteht sich ganz von selbst; der Ausdruck Schurkerei aber trifft die Sache, die er bezeichnen soll, und ich kann ihn auch jetzt, 16 Jahre nach dem Ereignis, nicht ändern.

Namen des Königs um Ruhe baten, da er die Nacht noch schwere Arbeit zu thun habe, und darauf die Menge nach Hause ging.

Denn hier, auf dem Bahnhofe zu Berlin, hatte der König die Nachricht erhalten von dem, was an diesem Tage in Paris geschehen war. Gegen zwei Uhr bestieg der Siegelbewahrer Ollivier die Tribüne des gesetzgebenden Körpers und verlas im Namen der Regierung eine Darlegung der Sachlage, in welcher unter anderem gesagt war, — daß die Regierung bei ihrer Friedensliebe und maßvollen Haltung um so mehr überrascht gewesen sei, zu erfahren, daß der König von Preußen den Botschafter durch seinen Adjutanten habe wissen lassen, wie er ihn nicht mehr empfangen wolle, und daß seine Regierung, um dieser Weigerung einen unzweideutigen Charakter zu geben, sie offiziell den europäischen Kabinetten mitgeteilt habe. Das Exposé schloß: „Wir haben nichts versäumt, um einen Krieg zu vermeiden; wir werden uns jetzt rüsten, den Krieg auszuhalten, den man uns anbietet; — — seit gestern haben wir unsere Reserven einberufen, und mit Ihrem Beistande werden wir sofort die nötigen Maßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit, die Ehre Frankreichs zu wahren." Zunächst verlangte nun der Deputierte Gambetta die Vorlegung jener Depesche, welche den Bruch herbeigeführt habe. Ollivier wiederholte die Behauptung, daß die Audienzverweigerung den europäischen Kabinetten offiziell mitgeteilt worden sei, von zweien ihrer Agenten — welche Sorte Leute diese Agenten der französischen Regierung waren, werden wir noch erfahren — habe die Regierung „Depeschen" über diese „Notifikation" erhalten, — Depeschen, deren erste aber gar nichts von einer preußischen Note oder Depesche sagte, deren zweite von einer durch den Grafen Bismarck erlassenen Depesche sprach, dieselbe auch in „fast" wörtlicher Abschrift mitzuteilen behauptete, nichts aber davon sagte, an wen diese „Depesche" gerichtet gewesen sei. Zwischenhinein wurden vom Kriegs- und Finanzminister Gesetzentwürfe, Inthätigkeitsetzung der Mobilgarde, Anwerbung von Freiwilligen, Kredit für das Marineministerium vorgelegt; aufs neue trat Ollivier auf mit der Versicherung, vor allem die ganze Wahrheit sagen zu wollen; diesmal sprach er von keiner Note, sondern nur von Notifizieren durch Telegramme: er fand „das Verfahren des Königs von Preußen um so bedeutsamer", als „der Adjutant, welcher unserem Botschafter eröffnete, daß er nicht empfangen werden könne, es an keiner Höflichkeitsform fehlen ließ, so daß unser Botschafter selbst von der beleidigenden Absicht keine Ahnung hatte"; er aber, der Minister, wußte das besser als der Gesandte, „man hat uns demütigen und uns eine Schlappe beibringen wollen, um sich für die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern zu entschädigen." Er wieder-

holte die erste Lüge, daß „man" sich hinter dem Rücken der französischen Regierung verschworen habe, um einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu setzen — eine Verschwörung, über welche sich, wie ein Premierminister von Frankreich damals hätte wissen müssen, und wie die Welt später erfuhr, als jeder dieser Ehrenmänner dem anderen die Verantwortung zuzuschieben sich beeiferte — schon im Mai 1869 Graf Benedetti und Graf Bismarck in aller Gemütlichkeit unterhalten hatten. Alsdann sprach er von der Langmut, welche die französische Regierung seither Preußen gegenüber gezeigt habe; er erschwang sich angesichts des ungeheuerlichsten Ansinnens, das je an einen mächtigen Herrscher gerichtet worden ist, zu der Frage: „Konnten wir in unseren Forderungen etwa bescheidener sein?" — Das einzige Wahre in dieser Rede, welche die ganze Wahrheit sagen sollte, war der Schluß: „Ich ergehe mich in Ausführungen, welche, ich weiß es wohl, für die Mehrheit dieses Hauses überflüssig sind." Es erhob sich Thiers, ein Franzose unter den Franzosen, aber wenigstens ein Mann von Ehre und ein Staatsmann. Vom Lärm der Mehrheit wieder und wieder unterbrochen, legte er dar, daß Preußen mit der Aufstellung der Kandidatur — denn auch er glaubte an diese Thorheit oder gab sich die Miene, an sie zu glauben — einen Fehler begangen, daß es aber durch den Rücktritt des Prinzen seine Strafe dafür erhalten habe; daß dieser Rücktritt ein Erfolg Frankreichs gewesen sei; Preußen unterzuschieben, daß es, nachdem es „eine solche Kampagne gemacht", im Sinne habe, auf diese Kandidatur später zurückzukommen, heiße ihm eine Tollheit zuschreiben. Die Unterbrechungen mehren sich: „Es ist die Sprache, wie man sie in Preußen führt", — „es gehörten viele preußische Bataillone dazu, um Ihrem Vaterlande so viel Schaden zuzufügen, wie Sie demselben unwillkürlich zufügen"; unter steigendem Lärm betonte der Redner, daß das Hauptziel erreicht gewesen, daß man dann Etikettenfragen in den Streit gebracht, den Stolz der beiden Nationen gegeneinander gehetzt habe; mit den Worten: „Es ist nicht wegen wesentlicher Interessen Frankreichs, sondern wegen der Fehler des Kabinetts, daß wir den Krieg haben", verläßt er die Tribüne. Die Mehrheit — denn auch die Friedensfreunde vom gestrigen Tage hatten sich jetzt den Kriegseifrigen vom Schlage der Jerome David und Granier angeschlossen — ließ ihre Minister nicht im Stich. Ein Antrag Jules Favres auf Vorlegung der „Depeschen" wird verworfen, die Sitzung aber unterbrochen, damit die Kommission, welche die Dringlichkeit der gemachten Vorlagen prüfen und die Minister hören soll, sich berate. Diese Musterkommission hört die Minister, sie verlangt von dem Herzog von Gramont die Mitteilung der Aktenstücke an die Kammer: aber sie selbst liest sie nicht, sie hat sie „gesehen", „der Herr Herzog von

Gramont hat sie gelesen", „es sind Aktenstücke auf dem Tische liegen geblieben": so kehren sie in die Kammer zurück, die ihre Sitzung wieder aufnimmt. Der Marquis Talhouet erstattet Bericht, er empfiehlt Bewilligung des Kredits; die Kommission hat die Minister gehört, auch Herrn Ollivier, „welcher diplomatische Noten und weitere Aufklärungen mitgeteilt hat." Aufs neue verlangte Gambetta die Vorlegung der Depeschen, namentlich derjenigen Bismarcks an alle europäischen Kabinette: „Die Kommission hat diese Depesche gesehen", entgegnete der Herzog von Gramont — daß sie dieselbe gelesen, wagte auch dieser nicht zu sagen, denn in Wahrheit existierte eine solche Depesche nicht — Gambetta wiederholt seine Forderung, worauf Ollivier sein Spiel mit Worten wiederholt: „Ich kann nur wiederholen, daß wir die Mitteilung der in Rede stehenden Note von allen unseren diplomatischen Agenten empfangen haben", und als man von links den Wortlaut zu hören begehrt, da brüskiert er diese Fordernden mit den Worten: „Wir versichern die beleidigende Thatsache auf unsere Ehre, das muß genügen; der Worte sind nun genug gewechselt, es gilt zu handeln." So geschieht es: der Kredit von 50 Millionen Frank, welchen die Regierung zunächst verlangte, wurde gegen nur 10 Stimmen, die übrigen Gesetzentwürfe nahezu mit Einstimmigkeit genehmigt*): der Krieg war also erklärt.

Im Senat waren die Dinge einfacher gegangen, und es war hier nicht nötig, Lügen mit Ehrenworten zuzudecken. Das Exposé der Regierung genügte, um dort einhelligen Beifall hervorzulocken: „An dem Degen Frankreichs ist es jetzt, seine Pflicht zu thun", sagte der Präsident Rouher, indem er ohne weitere Diskussion die Sitzung schloß. Am folgenden Tage begab sich dann die gesamte Körperschaft nach St.-Cloud, um dem Kaiser ihre Ergebenheit zu versichern. Ihr Präsident hielt eine Anrede an den Kaiser, welche der Lage und dieser Gesellschaft vollkommen würdig war. „Ew. Majestät zieht das Schwert — — das Vaterland ist mit Ihnen, zitternd vor Unwillen und Stolz — —." „Hastiger Ungeduld widerstehend", fuhr Rouher fort, und hier darf man sich erinnern, daß ein Tiefeingeweihter sprach, „hat der Kaiser zu warten gewußt, aber seit vier Jahren hat er die Ausrüstung unserer Soldaten zur höchsten Vollkommenheit gebracht und die Organisation unserer Militärkraft zu ihrer ganzen Macht erhoben: dank Ihrer Fürsorge steht Frankreich fertig da." Und so konnte es denn

*) Dans quel temps, dans quel pays, fut ce à Byzance dans les plus tristes jours du Bas-Empire, les hommes sont-ils tombés dans cet état d'aplatissement, d'insouciance, d'abandon d'eux-mêmes et de leur pays? fragt Taxile-Delord 6, 628 bei dieser Gelegenheit.

nicht fehlen. „Bald wird das dankbare Vaterland seinen Kindern die Ehre des Triumphes zuerkennen, bald, wenn Deutschland befreit ist von der Herrschaft, die es unterdrückt, wenn der Friede Europa zurückgegeben ist durch den Ruhm unserer Waffen, wird Ew. Majestät sich von neuem dem großen Werke der Verbesserungen und Reformen widmen können, das — Frankreich weiß es, und der Genius des Kaisers verbürgt es ihm — keine andere Verzögerung erleiden wird, als die Zeit, welche Sie gebrauchen, um zu siegen."

Der Krieg war also da, wenngleich die förmliche Erklärung desselben von seiten Frankreichs noch einige Tage auf sich warten ließ. König Wilhelm seinerseits berief noch in der Nacht vom 15. auf den 16. den Reichstag des Norddeutschen Bundes auf den 19. nach Berlin und unterzeichnete die Mobilmachungsorder, welche das Räderwerk der furchtbaren Maschine der norddeutschen Heeresorganisation in Bewegung setzte. Und schon war kein Zweifel mehr, daß der französische Angriff das gesamte Deutschland auf seinem Wege finden würde.

Sehen wir zunächst zu, wie sich die Staaten Europas in die neue Lage fanden, die ihnen so plötzlich bereitet ward.

Das Land, das gut genug gewesen war, dem Kaiser von Frankreich den Vorwand zum Kriege zu liefern, Spanien, fand sich ohne Scham und ohne Gram in die verächtliche Rolle, die ihm Napoleon angewiesen hatte. Die Einberufung der Cortes auf den 20. ward zurückgezogen, und keine Regung kastilianischen Stolzes war an den mit allem Rauschegold hochtrabender Titel behangenen Marschällen, Herzögen, Generalen, welche die Regierung führten, zu gewahren. England versuchte noch einmal, gestützt auf das 23. Protokoll der Pariser Konferenz vom Jahre 1856, in welchem die europäischen Mächte übereingekommen waren, ihre Streitigkeiten den guten Diensten einer befreundeten Macht vorzulegen, ehe sie zu den Waffen griffen, eine Vermittelung. Dies indes geschah doch nur, um der Form zu genügen. Ihr letztes Wort hatte diese Macht bereits am 15. gesprochen, wo Lord Lyons dem Herzog von Gramont sagte, daß die englische Regierung Grund habe, sich „enttäuscht, um nicht zu sagen verletzt" zu fühlen; man habe sie zu dem Glauben gebracht, daß der Rücktritt des Prinzen Leopold alles sei, was Frankreich verlange; man habe Englands Mitwirkung hierzu in Anspruch genommen, und England habe sein äußerstes gethan, um zu diesem Ziele zu gelangen; jetzt plötzlich sage man, Frankreich verlange mehr. In der That, man hatte England, wie die ganze Welt und das eigene Volk, am Narrenseile geführt, und die „enttäuschten, um nicht zu sagen verletzten" englischen Minister mochten sich ausrechnen, was erst geschehen mußte, wenn Frankreich, das vor dem

Kriege einen solchen Hohn sich gestattete, den Sieg davontrug: wohin die Gedanken seiner Regierung seit lange zielten, konnte in England doch kein Geheimnis sein. Es gab einst englische Staatsmänner, die sich dergleichen nicht hätten bieten lassen; es gab noch im Jahre 1855 einen solchen, der davon sprach, den ersten niederzuschlagen, der den Frieden von Europa breche; der Vertreter des Ministeriums Gladstone aber vermochte es über sich, die Unterredung mit den Worten zu schließen: „Wie dem auch sein möge, die freundschaftliche Stimmung, welche das glückliche Ergebnis eines langjährigen herzlichen Einververständnisses zwischen den beiden Regierungen und den beiden Nationen sei, habe keine Schmälerung erlitten." Demgemäß war die Losung in England die Neutralität. Doch war zuviel ehrenhafter Sinn und Gerechtigkeitsgefühl unter dem englischen Volke verbreitet, als daß sich nicht eine lebhafte Entrüstung gegen die Urheber des frevelhaft vom Zaune gebrochenen Krieges in den Blättern und sonst geltend gemacht hätte. Die großen Organe der dortigen Parteien ließen Deutschland Gerechtigkeit widerfahren, und Sammlungen für die Opfer des Krieges wurden sofort in großartigem Maßstabe begonnen; zu der unumwundenen Anerkennung, daß es ein allgemeines europäisches Interesse war, den französischen Übermut zu brechen, erschwang sich im allgemeinen die öffentliche Meinung in England nicht, wenn auch einige ihrer hervorragendsten Geister, wie Thomas Carlyle, dies sofort als die eigentliche Idee dieses Kampfes erkannten.

Die Sprache des englischen Gesandten, verächtlich wie sie war, war jedoch mannhaft, verglichen mit derjenigen, welche der Leiter der auswärtigen Politik Österreichs führte. In jener berühmten Kommission der französischen Kammer vom 15. Juli, welche es so meisterhaft verstand, Depeschen zu „sehen", ohne sie zu lesen, hatte der Herzog von Gramont etwas auf sich warten lassen und dann geheimnisvoll angedeutet, daß er mit dem österreichischen und dem italienischen Gesandten sich habe besprechen müssen, er hoffe, man werde ihn nicht weiter fragen. Die Gesinnung und Politik des Grafen von Beust sprach sich in unübertrefflicher Weise in einer später bekannt gewordenen Depesche an den Fürsten Metternich vom 20. Juli aus: einer Depesche, die vollständig mitgeteilt zu werden verdient, damit man sehen könne, welche Menschen es waren, von denen der Krieg von 1866 Deutschland befreit hat. „Wollen Sie Sr. Majestät und den Ministern wiederholen, daß wir, getreu unseren Verpflichtungen, wie sie in den letztes Jahr zwischen den beiden Souveränen gewechselten Briefen festgestellt wurden, die Sache Frankreichs als die unsere betrachten, und daß wir zum Erfolg seiner Waffen in den Grenzen des Möglichen beitragen werden." „Diese Grenzen werden", sagt das

Schriftstück weiter, „von den inneren Schwierigkeiten Österreichs wie von politischen Gründen bestimmt": Preußen und Rußland seien soweit einig, daß in gewissen Fällen die Intervention der „moskowitischen Armeen" als gewiß ins Auge gefaßt werden müsse: die Neutralität Rußlands aber hänge von der Neutralität Österreichs ab. Man müsse also ersteres hinhalten, bis die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr gestatte, an die Konzentration seiner Truppen zu denken; der Kaiser Napoleon werde ihm, Grafen Beust, Gerechtigkeit widerfahren lassen, Österreich nicht eines engherzigen Egoismus zeihen, „wir denken an ihn ebensoviel, wie an uns". Er erwähnte, wie schwierig es sein würde, die Ungarn in Bewegung zu setzen, wenn es sich darum handle, Geld und Blut herzugeben, um Österreich seine Stellung in Deutschland zurückzuerobern, wogegen sie gegen Rußland zu jedem Opfer bereit sein würden; desgleichen dürfe er nicht vergessen, daß „unsere 10 Millionen Deutsche in dem gegenwärtigen Kriege den Beginn eines nationalen Kampfes sehen". „Unter diesen Umständen ist uns das Wort Neutralität, das wir nicht ohne Bedauern aussprechen, durch eine gebieterische Notwendigkeit und durch eine logische Würdigung unserer gemeinsamen Interessen aufgezwungen. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, — das Mittel, uns dem wahren Zweck unserer Politik anzunähern, unsere Rüstungen zu vervollständigen — —." Übrigens habe er sich mit Italien in Beziehung gesetzt, welches der dritte in diesem Bunde sein sollte, und er gab gute Ratschläge, wie man Italien gewinnen müsse: „Niemals werden wir die Italiener mit Herz und Seele für uns haben, wenn wir ihnen nicht ihren römischen Dorn ausziehen"; die Italiener müßten mit Zustimmung Österreichs und Frankreichs in Rom einrücken. Frankreich aber müsse Österreich die Ehre lassen, die römische Frage zu lösen: „Indem es einen Akt eines unbestreitbaren Liberalismus vollzieht, wird es seinem Feind eine Waffe nehmen, und es wird einen Damm gegen die teutonischen Aufwallungen entgegenstellen, welche Preußen als wesentlich protestantische Macht in Deutschland hervorzurufen verstanden hat, und die wir wegen der Ansteckung doppelt fürchten."*)

---

*) Wrangel: Herr Gott im Himmel, hat man hier zu Land
Denn keine Heimat, keinen Herd noch Kirche?
Wallenstein: Ich will Euch sagen, wie das zugeht. Ja,
Der Österreicher hat ein Vaterland
Und liebt's — und hat auch Ursach', es zu lieben.
Doch dieses Volk, das kaiserlich sich nennt,
— — — — — das hat keins,
Das ist u. s. w.

Schiller, Wallenstein.

Es ist überflüssig, dieser Depesche ein Wort hinzuzufügen. Sie kennzeichnet den Mann, der alle Welt, — die Ungarn, seine deutschen Landsleute, von denen ein guter Teil ihn für einen deutschen oder, wie er sich ausdrückte, „teutonischen" Patrioten gehalten, seinen neuen Herrn, seine guten Freunde in Paris und glücklicherweise vor allem und am gründlichsten sich selber betrog. Die Neutralität allerdings war für Österreich eine Notwendigkeit, und zwar deshalb, weil die Ungarn sie ernstlicher nahmen als Graf Beust, und weil Rußland, das in Preußen einen zutrauenswerten und uneigennützigen Nachbar hatte, keinen Zweifel darüber ließ, was eine Parteinahme Österreichs für Frankreich für Folgen haben würde; vor allem aber, weil dasjenige, was diesem Mann jetzt als „teutonische Aufwallungen" zu bezeichnen gefiel, unter den Deutschen Österreichs mit jedem Tage nachdrücklicher hervortrat, und alles, was unter dieser deutschen Bevölkerung einen Funken von Ehre besaß, sich mit Abscheu von dem Gedanken abwandte, welcher die Grundlage und Voraussetzung dieses Schreibens bildete — Deutschland das Schwert in den Rücken zu bohren, während es mit dem kaiserlichen Frankreich um sein Leben kämpfte.

Italien wartete in dem Kampfe, der sich zwischen seinen beiden Befreiern entspann, geteilten Sinnes zu. Ein entschiedener Sieg Deutschlands löste die römische Frage von selbst, glatt und mit einemmale: und dies sagten sich auch alle Männer von politischer Einsicht, zu denen König Viktor Emanuel nicht gehörte. Dieser, wie einige Leute seiner Umgebung, neigte zu einem Bündnis mit Napoleon: ein Entwurf zu einem solchen, Italien-Frankreich-Österreich, vom 10. Mai 1870 datiert, war vorhanden: nur konnte Napoleon sich nicht zur Freigebung Roms entschließen, und so konnte auch Viktor Emanuel seiner Neigung nicht folgen. Von den skandinavischen Ländern hatten Schweden und Norwegen kein Interesse, aus der Neutralität herauszutreten; die Sympathieen der Bevölkerungen waren im allgemeinen mit den Franzosen. In Kopenhagen erregte die Nachricht von der französischen Kriegserklärung begreifliche und sehr verzeihliche Freude; man behielt aber Besonnenheit genug, sich nicht kopfüber in das französische Bündnis zu stürzen, mit dem es auch Napoleon, dessen Politik voller Hintergedanken war, nicht besonders eilig hatte. Die neutralen Staaten, wie Belgien und die Schweiz, trafen energische Vorkehrungen, um den großen und wichtigen Aufgaben, die ihnen der gewaltige Zusammenstoß brachte, gerecht zu werden: in beiden Ländern überwogen zunächst die Sympathieen für Frankreich. Noch bleibt zu erwähnen, daß der Papst in einem sehr würdig gehaltenen Schreiben seine Vermittelung anbot; die Gebete seiner Umgebung waren, wie sich denken läßt, mit den Franzosen.

In Deutschland war, noch ehe die förmliche Kriegserklärung eintraf, Grimm und leidenschaftlicher Enthusiasmus des ersten Augenblickes einer ruhigen Entschlossenheit, einer tiefen, ausdauernden Begeisterung und einer mit jedem Tage wachsenden Zuversicht des Sieges gewichen. Es war, als ob alle guten Genien, alle edlen Kräfte im Volke jetzt plötzlich die Oberhand gewonnen hätten; in wenigen Tagen erfuhr man, daß die Fürsten Süddeutschlands insgesamt, ohne Ausnahme und ohne Besinnen, den französischen Gesandten erklärt hatten, daß sie zur Sache ihrer Nation stehen würden. Die patriotischen Kundgebungen folgten sich in ungezählter Menge und mit einer herzerhebenden Einmütigkeit in norddeutschen und süddeutschen, in neupreußischen und altpreußischen Städten und Dörfern; am feurigsten vielleicht äußerte sich die nationale Begeisterung gerade in solchen Teilen Deutschlands, die seither ihre Eigenart am trotzigsten gehütet hatten, wie Württemberg, wo plötzlich über Nacht in dem energischen, eines tiefen Enthusiasmus fähigen, an herrlichen Kräften überreichen Volksstamme die Erkenntnis reifte, wo seine natürliche, so lange verkannte Ehrenstellung zu suchen war. Auch die extremsten Parteien konnten und wollten sich der Einsicht nicht verschließen, daß der Krieg diesmal auf deutscher Seite kein dynastischer, kein Kabinettskrieg war; selbst die Socialdemokraten, wenigstens der zurechnungsfähige Teil derselben, vergaßen (auf einer Versammlung zu Berlin 17. Juli) über ihren besonderen Träumen die Sache des Vaterlandes nicht ganz. Einzelne Mißklänge, selten wie sie waren, dienten nur dazu, die allgemeine Einstimmigkeit klarer zum Bewußtsein zu bringen. In München schlug der Redakteur des ultramontanen Blattes „Das Vaterland", ein gewisser Sigl, seinen Namen mit eigener Hand an den Schandpfahl, indem er schrieb: „Der Krieg ist fertig, Preußen will absolut seine Prügel haben, mit einer, einer besseren Sache würdigen Bockbeinigkeit weigert es sich, Frankreich Garantieen zu geben", und einer Adresse der Königsberger Stadtverordneten weigerte Johann Jacoby seine Unterschrift mit den Worten: „In einem Lande, wo dem König das Recht zusteht, nach eigenem Belieben über Krieg und Frieden zu entscheiden, ohne das Volk zu befragen, ist dem König gegenüber Schweigen die allein richtige und würdige Haltung"; es wäre wenigstens für diesen unverbesserlichen Doktrinär jederzeit die einzig richtige Haltung gewesen. Anders war die Meinung unter den Flüchtlingen des Jahres 1848, welche im Auslande lebten; wacker traten sie, wie Karl Blind, in England, in Amerika für die Sache ihres Landes ein: „Was ist denn geschehen?" fragte Karl Schurz auf einem Meeting in New York, „ein französischer Gesandter thut dem König von Preußen gegenüber, was kein Gentleman einem anderen gegenüber thun würde; König Wilhelm

aber hat sich in dieser Angelegenheit wie ein Gentleman benommen"; die Kundgebungen der Deutschen im Auslande, jenseit der Meere, vollenden das erhebende Bild, welches die deutsche Familie in diesen wunderbaren Tagen bot. Und nicht bei patriotischen Worten blieb man stehen; rasch organisierte sich über alles deutsche Land, von der allgemeinen Opferwilligkeit getragen, der Dienst an den Verwundeten, die Sorge für die Zurückbleibenden, welche die Einberufung ihrer Ernährer schädigte; und auch die Frauen, selbst die Kinder stellten, jedes Glied des Ganzen an seinem Platze, jedes nach seinen Kräften, sich dem Vaterlande zur Verfügung.

In Frankreich berauschte man sich an dem beginnenden kriegerischen Getümmel und nahm in Barbarenübermut die Freuden des Sieges voraus. Diensteifrige Präfekten meldeten den Enthusiasmus der Gemeinden ihrer Departements. Die auswärtigen Agenten der französischen Regierung, welche die später in St.-Cloud erbeuteten Papiere als ein überaus klägliches Geschlecht erscheinen lassen, wußten allerlei Ermutigendes zu berichten. Einer dieser Gesellen wußte zu erzählen, daß die Einberufung der Landwehr in Preußen schwierig sei: „Einberufene weinen, große Furcht vor den Franzosen, besonders den Turkos, man zwingt sie gewaltsam in die Waggons"; ein anderer warnte den Kaiser vor jeder persönlichen Annäherung eines Deutschen, er möge sich „an Cant und Kotzebue erinnern"; in den Straßen von Paris hatte sich der Pöbel schon am 14. an dem preußischen Gesandtschaftshotel vergriffen und lärmte mit Kriegsdemonstrationen unter dem Rufe: „Nach Berlin!" umher. Was man für Feldherren sich gegenüber finden sollte, beweist ein Telegramm des Marschalls Bazaine aus Metz (20.): „Die Preußen stellen die Krüppel in die Bureaus und lassen alle Leute von 19 bis 36 Jahren, welche gesund sind, marschieren." Es war in denselben Tagen, wo der Major Krause vom preußischen Generalstabe aus Zeitungsnachrichten und anderen Quellen eine vollständige Ordre de bataille der französischen Armee zusammenstellte, welche sich später mit geringen Ausnahmen als zutreffend erwies.*)

Am 19. Juli, nachmittags ein Uhr, wurde die französische Kriegserklärung dem deutschen Bundeskanzler zugestellt: es war die erste amtliche Mitteilung in der ganzen Angelegenheit, welche die preußische Regierung erhielt. Es war ein klägliches Aktenstück, so viele Lügen als Worte. Das Projekt, einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu erheben, habe die französische Regierung als eine gegen die Sicherheit des französischen Territoriums gerichtete Unternehmung an-

*) Werk des Generalstabs I, S. 88.

sehen müssen; sie habe von dem König von Preußen verlangt, daß eine solche Kombination sich nicht mit seiner Zustimmung verwirklichen könne — sie hatte dies nicht verlangt. Der König habe sich geweigert, diese Versicherung zu geben, im Gegenteil dem Gesandten zu erkennen gegeben, daß er sich für diesen wie für jeden anderen Fall die Möglichkeit vorbehalte, die Umstände zu Rate zu ziehen —: dies hatte der König nicht gesagt. Darin — in diesen Worten, die selbst, wenn sie so oder ähnlich oder ungefähr so wirklich gefallen sein sollten, zum allermindesten keinerlei amtliche, staatsrechtliche, sicher konstatierte Gestalt gehabt hatten — habe die französische Regierung einen für Frankreich wie für das europäische Gleichgewicht drohenden Hintergedanken erkennen müssen; diese Erklärung sei erschwert worden durch die an die Kabinette gerichtete Notifikation der Weigerung, den kaiserlichen Gesandten zu empfangen und in weitere Auseinandersetzungen mit ihm einzutreten; beides kennen wir schon als erlogen, und amtliche Unterhandlungen hatte der französische Botschafter gar nicht versucht. Dies alles legte der Bundeskanzler in einem Rundschreiben an die diplomatischen Agenten des Norddeutschen Bundes dar; die beste Antwort war schon eine Stunde früher durch die Thronrede gegeben worden, mit welcher der König den Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnet hatte. Sie war des erhabenen Moments würdig. Mit kurzen Worten wies sie nach, daß die spanische Kandidatur eines deutschen Prinzen nur den Vorwand geboten, um in einer dem diplomatischen Verkehr seit lange unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen. „Hat Deutschland", fuhr der König fort, „derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend getragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet, heute wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat." Der König schloß: „Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war."

In der ersten Sitzung, welche nach 3 Uhr eröffnet wurde, teilte Bismarck die eben empfangene französische Kriegserklärung mit: sie wurde mit stürmischem Zuruf begrüßt. Den Worten, die der König gesprochen, habe er nichts hinzuzufügen; sie erhielten eine würdige Er-

läuterung in der Erneuerung des Ordens vom eisernen Kreuze, welche am gleichen Tage erfolgte. Am folgenden Tage wurden dem Reichstage durch den Bundeskanzler die Aktenstücke mitgeteilt. Er hob hervor, daß, was die französische Regierung öffentlich als Note bezeichnet habe, die Mitteilung des Zeitungstelegrammes an die Vertreter des Bundes bei einigen befreundeten Regierungen gewesen sei: dem preußischen Gesandten aber habe er, Bismarck, auf den Bericht in betreff des berühmten Entschuldigungsbriefes geantwortet, daß er, der Botschafter, die französischen Minister wohl mißverstanden habe, so lächerlich sei ihm der Gedanke eines solchen Briefes erschienen. Die Antwortsadresse auf die Thronrede wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen und dem König dann vorgetragen. „Ew. Majestät und die verbündeten deutschen Regierungen sehen uns wie unsere Brüder im Süden bereit; es gilt unsere Ehre und unsere Freiheit, es gilt die Ruhe Europas und die Wohlfahrt der Völker", schloß diese Antwort; in drei Sitzungen am 21. wurden die Gesetzvorlagen, außerordentlicher Geldbedarf für Armee und Marine, 120 Millionen Thaler und anderes, was die Lage erheischte, sowie ein Zusatz zu der Verfassung, welche die Legislaturperiode für die Dauer des Krieges verlängerte, teils einstimmig, teils mit großen Mehrheiten angenommen und die Session dann geschlossen.

Über die volle und ganze Einmütigkeit Deutschlands war jetzt auch der letzte Zweifel geschwunden. In Baden, dem nächstbedrohten Lande, war darüber von Anfang an keine Ungewißheit, und auch die Volksvertretungen von Bayern und Württemberg hatten sich der nationalen Politik ihrer Regierungen angeschlossen. Man war in betreff der bayrischen Zweiten Kammer nicht völlig ohne Sorgen gewesen. „Die patriotische Partei der Kammer ist entschlossen, keinen Kreuzer für die zu Gunsten Preußens befohlene Mobilmachung zu bewilligen", telegraphierte der Redakteur Sigl am 17. an seine welfischen Freunde in Paris. Allein der Druck der allgemeinen Stimmung und die Stimme des nationalen Gewissens erwiesen sich doch auch bei dieser Partei, welche hier die Demütigung erlitt, von einem Landesverräter als die patriotische bezeichnet zu werden, mächtiger, als die politische Kinderkrankheit des Preußenhasses, der diesmal nur einer Anzahl von Römlingen, für welche Deutschland und Bayern, König und Vaterland nur so weit etwas bedeuteten, als sie im Dienste ihres römischen Oberherrn verwendet werden konnten, als „unaustilgbarer Charakter" verblieb. Die Kammer war gerade mit einem Antrage über Einführung des Milizsystems beschäftigt, den ein demokratischer Deputierter, Kolb, gestellt hatte, als die Kriegsgefahr im Westen auftauchte. Die Regierung, und vor allem der junge König, der ohne Neigung für die politischen

Geschäfte und ohne Ehrgeiz auf diesem Felde, doch eine ideal angelegte, allem Gemeinen abgewendete Natur war, hatten nicht gezaudert, ihre natürliche Stelle an der Seite der norddeutschen Verbündeten einzunehmen, und die Regierung verlangte jetzt, nachdem die Mobilmachung angeordnet und bereits im Gange war, von der Kammer die nötigen Geldmittel. Diese wählte eine Kommission zur Begutachtung, in welcher die sogenannte patriotische Partei die Mehrheit besaß, und welche denn auch einen Ultramontanen, Jörg, und einen Demokraten, Kolb, zu Berichterstattern bestellte. Am 19. erstattete der erstere seinen Bericht: die Kommissionsmehrheit war zu dem Ergebnis gekommen, die zunächst und in erster Linie verlangten sechs Millionen Gulden zum Zweck einer bewaffneten Neutralität zu bewilligen. Offen stellte sich der ultramontane Fanatiker in betreff des Kriegsvorwandes auf den französischen Standpunkt. Er hatte sich überredet oder suchte wenigstens andere zu überreden, daß der König von Preußen durch ein Wort die Kriegsgefahr hätte beseitigen können: „Welchen Schutz", fragte er, „kann uns denn Preußen bieten gegen eine französische Invasion?" Das Schicksal der Pfalz machte diesem Patrioten wenig Sorge: „Frankreich hat die Neutralität angeboten, und zwar, wenn ich recht verstanden habe, mit ausdrücklicher Garantie für die Pfalz"; — „Der Herzog von Gramont erklärte, der Krieg solle keinen Fuß breit deutschen Bodens erwerben";*) auch er aber glaubte etwas von nationaler Idee sagen zu müssen: ein Zusammengehen mit Frankreich zu empfehlen, sagte er, sei niemand im Ausschuß eingefallen, so mächtig habe sich trotz der Abneigung gegen Preußen die nationale Idee bewährt! Und doch hatte diese Politik, welche dieser Mann im Namen der Kommissionsmehrheit hier auskramte, überhaupt nur dann einen Sinn, wenn sie auf den Sieg der Franzosen spekulierte, und es hätte nicht erst der Beredsamkeit der Gegner bedurft, um zu zeigen, daß dieser Mann und seinesgleichen bereits mit Frankreich gingen. Der ehrenhaftere Teil der Patriotenpartei trennte sich von ihnen: „Zwischen gestern und heute", sagte einer von ihnen, Sepp, „liegen zehn Jahre: am meisten hat mich das verletzt, daß man wagte, von Frankreich aus Briefe an uns zu senden, in denen gesagt war, die Waffenbrüderschaft mit Frankreich verstehe sich ja für uns von selbst, die Zeit sei da, an Preußen Rache zu nehmen"; wogegen der Pfarrer Westermayer die Summe der Thorheit, deren Opfer Deutschland so lange gewesen ist,

*) Man erinnere sich an den Vertragsentwurf vom Mai 1866: „Pour la France le territoire entre Moselle et Rhin sans Coblence ni Mayence, comprenant 500 000 âmes de Prusse, la Bavière rive gauche du Rhin, Birkenfeld, Homburg, Darmstadt 213 000 âmes. Preuß. Staatsanz. von 1870, pag. 2962.

mit den Worten aussprach, „wenn im eigenen Hause Gefahr droht, so ist die Sorge für das eigene Haus vorzuziehen, statt daß man dem Nachbar zu Hilfe eilt."

Die Minister hatten keine Mühe, dieses Gerede zu widerlegen, das man entschuldigt, indem man es gedankenlos nennt. Das Treffendste sprach in schlichten Worten der Kriegsminister von Prankh aus. Der König, dessen Sache dies sei, habe den Bündnisfall anerkannt: „Die Selbständigkeit Bayerns muß gewahrt bleiben dadurch, daß das heute noch selbständige Bayern seine Pflicht in Deutschland erfüllt"; „als Fachmann" fügte er hinzu, daß das Kommando ein einheitliches sein müsse: „Es ist ein Altbayer, aber auch ein Deutscher, der zu Ihnen gesprochen hat." Nachts $^1/_2$11 Uhr war die deutsche Sache, welche gar sehr auch die der bayrischen Selbständigkeit war, auch hier gewonnen: mit 101 gegen 47 Stimmen wurde der Gesetzentwurf der Regierung angenommen. Die Reichsratskammer ehrte sich, indem sie denselben einstimmig annahm. Freiherr von Thüngen erstattete Bericht: er war, wie wir uns erinnern, ehrlicher Feind Preußens im Jahre 1866 gewesen; „jetzt", sagte er, und wie hätte ein deutscher Edelmann anders sprechen können? — „jetzt aber ist es etwas andres: deutsches Land ist bedroht, der Bündnisfall also gegeben; Deutschlands Ehre ist auch unsere Ehre, der König von Preußen konnte die ihm angethane Schmach weder auf sich, noch auf sein Volk nehmen."

Auch in Württemberg wurden die Kredite ohne weitere Umstände unter dem Druck der allgemeinen, hier in besonders kräftiger Flamme lodernden Begeisterung bewilligt. Auch die demokratisch-partikularistische Partei konnte sich ihr nicht entziehen; einer, Moritz Mohl, hätte für bewaffnete Neutralität gestimmt, wenn Bayern neutral geblieben wäre; einer, der ehemalige Pfarrer Hopf, stimmte gegen die Kreditbewilligung: auch dieser letzte Beweis, daß sie die vernünftige war, sollte der guten Sache nicht fehlen.

Wenige Tage später traf der Kronprinz von Preußen, den der königliche Oberfeldherr zum Kommandanten der Armee, zu welcher die süddeutschen Kontingente stoßen sollten, ernannt hatte, in München, dann in Stuttgart ein. Brausend scholl ihm die einmütige Begeisterung entgegen, und Gottes Gnade fügte es, daß dem jugendlichen Helden von Königgrätz und den Süddeutschen, die er führte, der erste Erfolg in dem gewaltigen Nationalkriege gelang, der endlich und zum erstenmal alle, Preußen, Bayern, Schwaben, Hessen, die Männer von der Weichsel und vom Rhein, von der Nordsee und von den Alpen unter einer Fahne vereinigte.

Denn die Tage bangen Harrens nahten sich ihrem Ende: schon

ſtanden die Heeresmaſſen zu entſcheidenden Kämpfen ſich in naher Entfernung gegenüber.

2. Der Krieg bis zur Schlacht bei Sedan.

a. Saarbrücken und Weißenburg. — Wörth und Spichern.

Der elende Vorwand, unter welchem der Krieg erklärt worden, war bereits vergeſſen, und alle Gemüter beherrſchte nur der eine Gedanke, daß die beiden waffenrüſtigſten und mächtigſten Völker des Feſtlandes einen neuen und ohne Zweifel für lange, wo nicht für immer entſcheidenden Waffengang in einem Kampfe, deſſen Geſchichte die Jahrhunderte füllt, zu thun im Begriffe ſtanden. Allein, ohne Bundesgenoſſen, Nation gegen Nation, ſtanden ſie ſich gegenüber. Es waren die Franzoſen, welche den Handſchuh hingeworfen hatten, und man mußte nach allem annehmen, daß ſie vollkommen bereit waren, — daß Kriegsplan, Verpflegungsweſen, Befehlshaber und alles, was ſonſt zu einem ſolchen Kriege gehört, fertig und im reinen ſei. Auch hatte wirklich der Kriegsminiſter, Marſchall Leboeuf, der Kommiſſion des geſetzgebenden Körpers ſein Ehrenwort gegeben, daß er vollkommen bereit („archiprêt“) ſei, und er hatte dieſes Wort auf eine weitere Frage dahin erläutert, daß, „wenn der Krieg ein Jahr dauerte, wir nicht einen einzigen Gamaſchenknopf zu kaufen brauchten.“

Man hatte ſich in Deutſchland reſigniert, und in ganz Europa dachte man nicht anders, als daß der Kampf mit einer Überſchwemmung deutſchen Bodens beginnen werde. In den Händen der franzöſiſchen Offiziere waren nur Karten der deutſchen Grenzlande, und ſchon ehe die Kriegserklärung, ja, noch ehe der Abbruch der nur zum Schein geführten „Unterhandlungen“ in Ems eintrat, wurden die unmittelbar verfügbaren Truppen nach der Oſtgrenze vorgeſchoben. Der Gedanke war, über den Rhein zu brechen, ſich zwiſchen Süd- und Norddeutſchland zu ſchieben und, geſtützt auf die Neutralität, wo nicht die thätige Unterſtützung der ſüddeutſchen Staaten, gegen die Elbe zu operieren, während gleichzeitig die Flotte ein Armeecorps im Norden lande und die Dänen wie die ſonſtigen preußenfeindlichen Elemente jener nordiſchen Gegenden um die Napoleoniſche Fahne ſammle. Es verſtand ſich faſt von ſelbſt, daß die große Armee, welche den erſten Teil dieſes Gedankens ausführen ſollte, den ſiegverkündenden Namen der Rheinarmee erhielt. Um dieſen Fluß handelte es ſich in der That, und niemand in Frankreich, auch nicht die heftigſten Gegner der kaiſerlichen Regierung, war an ſich gegen einen Krieg um dieſe Grenze. Eines der Oppoſitionsblätter, welches am längſten den Mut gehabt hatte, ſich dem Kriege unter jenem armſeligen Vorwande der Hohenzollernſchen Kandidatur

zu widersetzen, der „Siècle", bezeichnete (24. Juli) als das Minimum dessen, was Frankreich fordern müsse, nachdem nun einmal der Degen gezogen sei, daß die „alten französischen Städte" Landau und Saarlouis mit den angrenzenden Gebietsteilen und damit „die Schlüssel zu Elsaß und Lothringen" Frankreich „wiedererstattet" werden. „Was den Rest der deutschen Provinzen des linken Rheinufers betreffe, so könne", sagte das Blatt, „ein verständiger Patriotismus nicht ihre Annexion an Frankreich, — müsse aber zum allerwenigsten ihre Neutralisation unter dem Schutze der europäischen Mächte verlangen", — wie denn ähnliche Gedanken einer Neutralisierung der Rheinlande schon nach 1866 aufgetaucht waren.

Die neue Organisation, welche nach 1866 der französischen Armee gegeben worden, war noch nicht durchgeführt. Die Stärke des Heeres — von der Mobilgarde abgesehen, deren Wert für den Augenblick gleich null war — betrug gegen Mitte Juli 567 000 Mann, von welchen nach Abzug der Depottruppen, der Garnisonen im Innern, der Truppen in Algier u. s. w. eine Feldarmee von 336 000 Mann zur Verfügung blieb. Die Flotte zählte 33 Panzerschiffe, 100 hölzerne und 96 Transportschiffe: eine Macht, gegen welche die kleine deutsche Flotte lediglich auf die Aufgabe angewiesen war, den Schutz der Küsten zu verstärken und dem Feinde keine Gelegenheit zur Entfaltung seiner Übermacht zu geben. Am 23. Juli 1870 fertigte Napoleon das Dekret aus, welches die Regentschaft während seiner Abwesenheit der Kaiserin Eugenie übertrug, und richtete einen Aufruf an das französische Volk, in welcher er mit hohen Worten der Nation selbst die Verantwortung des Krieges zuschob: „Es giebt im Leben der Völker feierliche Augenblicke, wo die Nationalehre sich als eine unwiderstehliche Macht erhebt, die alle Interessen beherrscht und die Leitung der Geschicke des Vaterlandes allein in die Hand nimmt;" dann ward, ohne daß der Einzelheiten mehr Erwähnung geschah, der „Anmaßungen Preußens" gedacht; die Einsprüche Frankreichs seien mit Bezeigungen des Hohns erwidert worden: „Sofort hat sich der Kriegsruf von einem Ende Frankreichs zum andern erhoben." „Wir führen den Krieg nicht gegen Deutschland, dessen Unabhängigkeit wir achten", hieß es weiter, „wir wollen einen dauerhaften, auf die wahren Interessen der Völker gegründeten Frieden erobern und diesem prekären Zustande ein Ende machen, in welchem alle Nationen ihre Hilfsquellen darauf verwenden, sich gegeneinander zu rüsten." Dann sprach der Kaiser von den „civilisatorischen Ideen unserer großen Revolution", welche auch diesmal die französische Fahne vertrete; er stelle sich nunmehr an die Spitze dieser Armee, welche in vier Weltteilen den Sieg an ihre Schritte sich heften gesehen; auch seinen Sohn nehme er mit sich, trotz seiner Jugend: „Er kennt

die Pflichten, die ihm sein Name auferlegt." Die Proklamation schloß mit einem Worte, das, wie alle übrigen, ein Windwort war: „Ein großes Volk, das eine gerechte Sache verteidigt, ist unüberwindlich." Am 28. früh verließ er Paris. In Metz, wo er zunächst sein Hauptquartier aufschlug, angelangt, sprach er in einem besonderen Aufruf zum Heere, — einer Proklamation, die etwas weniger zuversichtlich und übermütig klang, als die seitherigen Kundgebungen dieser Art, und die immerhin bewies, daß Napoleon III. selbst nicht der Schlechteste in der schlimmen Gesellschaft war, welche diesen Krieg vom Zaune gebrochen hatte, sich selbst und ihrem Lande zu unermeßlichem Verderben. „Ihr werdet gegen eine der besten Armeen von Europa kämpfen; aber andere Armeen, welche dieser an Wert gleichstanden, haben Eurer Tapferkeit nicht widerstehen können — — der Krieg, welcher beginnt, wird lang und peinlich sein, denn es werden ihm Örtlichkeiten zum Schauplatze dienen, die von Hindernissen und Festungen starren." — — Daß der Krieg auf deutschem Boden spielen werde, nahm auch dieser Aufruf ebenso an, wie der allgemeine Wahn, der von Frankreich aus sich aller Welt mitgeteilt hatte: „Welches auch der Weg sein mag, den wir jenseit der Grenzen nehmen werden, — wir werden auf ihm die ruhmvollen Spuren unserer Väter wiederfinden." Auch hier ward die dürftige Phrase wiederholt, daß von den Erfolgen dieser Armee von Söldnern das Los der Freiheit und der Civilisation abhänge.

Die französische Armee nun, welcher diese civilisatorische Aufgabe gestellt war, war um diese Zeit in einer Stärke von ungefähr 210000 Mann auf der etwa 45 Meilen langen Grenzlinie von Thionville im Norden bis Belfort im Süden versammelt. Sie bestand aus sieben Armeecorps und der Garde. Ihren linken Flügel an der Mosel bildete das IV. Corps,*) General Ladmirault, bei Thionville, das II. Corps, General Frossard, bei Metz, und das III., Marschall Bazaine, dieses am weitesten vorgeschoben bei St.-Avold; den rechten das I. Corps, unter Marschall Mac Mahon, dem wohlklingendsten Namen, über welchen das Kaiserreich verfügte, und das VII., unter General Felix Douay, zwei Corps, von denen jenes in Straßburg, dieses bei Belfort sich sammelte; die Verbindung zwischen beiden hielt im Centrum das V. Corps, de Failly, mit dem Hauptquartier Bitsch aufrecht: weiter rückwärts bei Nancy standen die Garden, General Bourbaki, und endlich im Lager von Chalons das VI. Corps, Marschall Canrobert. Diese Truppen waren noch nicht vollzählig; erst später ent-

*) Wir bezeichnen die französischen Corps mit römischen, die deutschen mit arabischen Zahlen.

hüllte sich der Wirrwarr, der hinter denselben spielte, die Konfusion bei Einziehung der Reserven, die Unordnung im Verpflegungswesen, der gänzliche Mangel an einheitlicher Leitung, die Lücken der ganzen Ausrüstung; nur dies war in Deutschland bereits wahrnehmbar, daß Tag um Tag verstrich, ohne daß der gefürchtete Einbruch geschah. Es war doch so gewiß noch nicht, ob man sich gleich auf eine „erste Schlappe" gefaßt machen mußte, wie man in Deutschland, auch im Feuer der Begeisterung vorsichtig, thun zu sollen glaubte.

Mit jenem Gedanken oder Plan — 150 000 Mann bei Metz, 100 000 bei Straßburg, 50 000 im Lager von Chalons zu konzentrieren, dann die ersten beiden Heerkörper zu vereinigen, bei Maxau (nordwestlich von Karlsruhe) den Rhein zu überschreiten, die Süddeutschen zur Neutralität zu zwingen und dann die preußische Armee aufzusuchen — mit diesem Plan, der, wie das ganze Spiel, das hier getrieben wurde, die Rechnung ohne den Wirt machte, war es bereits nichts mehr. Der leichtfertige Dilettantismus, der von oben bis unten in diesem Heere herrschte, hatte ein Heerwesen sich gegenüber, in welchem gründliche Sachkenntnis und strenge Gewissenhaftigkeit zur Zeit des Friedens alles vorgesehen hatte, was die Stunde der Gefahr, und wenn sie noch so plötzlich kam, erheischte.

Man hätte es wissen können: der französische Militärbevollmächtigte in Berlin, Baron Stoffel, hatte die sorgfältigsten und einsichtigsten Berichte nach Paris geschrieben und mit großem Nachdrucke alle Vorzüge des deutschen Heerwesens, vor allem die moralischen Elemente und die unvergleichliche Versammlung höchster militärischer Intelligenz in seinem großen Generalstabe hervorgehoben; daß irgendwer auch nur von den Höchstverantwortlichen sie gelesen, davon findet sich keine Spur. Am 15. nachts erging, wie erwähnt, der Befehl der Mobilmachung. Das Räderwerk der ungeheuren Maschine setzte sich in Bewegung: die Einberufungsorders, welche längst bereit lagen, wurden expediert: 24 Stunden hatte der Mann Zeit, sein Haus zu bestellen, dann eilte er zu seinem Truppenteil, um dort eingekleidet zu werden; genau, mit Berechnung von Zeit und Raum und menschlicher Leistungsfähigkeit, Tag um Tag, war alles im bereit liegenden Plan vorgesehen. Wenn in diesem Plan die Stunde kam, bestiegen die Truppen den Bahnzug; wo die Rast vorgeschrieben war, fanden sie den Tisch gedeckt; nur ein einziger Unglücksfall war zu beklagen bei der ungeheuren Völkerwanderung, die über eine halbe Million Streiter an die Grenze warf. In zehn Tagen war das Werk geschehen, das norddeutsche Bundesheer von einem Friedensfuße von 300 000 Mann auf den Kriegsfuß von 900 000 gebracht: und mit dem norddeutschen Heere wetteiferten diesmal in rühmlichster Weise die süddeutschen Truppen. Sieben Tage

nach der Mobilmachungsorder stand die badische Division fertig und marschbereit bei Rastatt; am 27. begannen die Württemberger und die Bayern ihre Eisenbahntransporte. Und hinter den bereit stehenden wuchsen neue Heere aus dem Boden. Jedes Infanterieregiment läßt ein Ersatzbataillon, jedes Kavallerieregiment eine Ersatzschwadron zurück und entsprechend die übrigen Truppengattungen; hinter der Linie stand als eine Reserve, der an Zahl, Kriegstüchtigkeit, patriotischer Energie keine andere gleichkam, die Landwehr, Kerntruppen von unzerbrechlicher Kraft: und während so der Staat seine organisierten Kräfte in Bewegung setzte, gliederte sich, angelehnt an die amtlichen Autoritäten, die freiwillige Thätigkeit der bürgerlichen Bevölkerung bis herab zu den Schulkindern des letzten Dorfes.

Dem Herzog der Deutschen, König Wilhelm von Preußen, standen nach der am 18. vollzogenen Ordre de Bataille die 12 Armeecorps des Norddeutschen Bundes, die zwei bayrischen Armeecorps, die badische, hessische und württembergische Division zur Verfügung. Sie wurden, wie einst im Jahre 1866, in drei Armeen gegliedert. Den Oberbefehl hatte der König selbst und nicht bloß dem Namen nach: an Kenntnis des Geschäftes und des Dienstes bis ins kleinste Detail unvergleichlich, an Arbeitsamkeit, einfacher soldatischer Sitte, Fähigkeit, Anstrengungen zu ertragen, Offizieren und Gemeinen ein Muster. Sein Generalstabschef war Moltke, der seinerseits nicht auf den 19. Juli 1870 gewartet hatte, um einen Plan zu entwerfen, wie man sich im Falle eines französischen Angriffes zu verhalten habe, sondern der bereits im Winter 1868—69 einen solchen Plan seinem Könige vorgelegt hatte: und zwar nicht einen Plan nach Franzosenweise, mit hypothetischen Allianzen und auf vagen Voraussetzungen errichtet, sondern mit genauer geschäftsmäßiger Berechnung der Wirklichkeiten in Raum, Zeit und Menschenkraft. Der Grundgedanke dieses Planes war die Anhäufung sämtlicher verfügbaren Truppen in der bayrischen Pfalz.

Man war in voller Ausführung desselben begriffen. Als nächstes Operationsziel bezeichnet er einfach: „die Hauptmacht des Gegners aufzusuchen und, wo man sie findet, anzugreifen." Die I. Armee, welche den rechten Flügel bilden sollte, und die sich über Koblenz konzentrierte, befehligte der alte General v. Steinmetz: sie bestand aus den beiden Armeecorps, welche im böhmischen Feldzuge die Elbarmee gebildet hatten, dem 7. westfälischen, General v. Zastrow, dem 8. rheinischen, General v. Goeben, mit zwei Kavalleriedivisionen. Die II. Armee, über Mainz und Bingen sich sammelnd, die Armee des Centrums, stand unter den Befehlen des Prinzen Friedrich Karl und war die stärkste: sie umfaßte das Gardecorps, geführt vom Prinzen August

von Württemberg; das 3. Corps, Brandenburger, (v. Alvensleben II.); das 4., Magdeburger und Thüringer (v. Alvensleben I.); das 9., Schleswig-Holsteiner und hessische Division (Manstein); das 10., Hannoveraner, Oldenburger, Braunschweiger (Voigts-Rhetz); das 12., königlich sächsische unter seinem Kronprinzen Albert, und außerdem zwei Kavalleriedivisionen. Den linken Flügel, der sich über Mannheim und Maxau zusammenzog, bildete die III. Armee, die des Kronprinzen, dessen Generalstabschef, wie im Jahre 1866 General Blumenthal war. Es war das 5. Corps, Niederschlesier und Posener, General v. Kirchbach; das 11., Kurhessen, Nassauer, Thüringer, Generallieutenant v. Bose; die zwei bayrischen, das 1., von der Tann, das 2., v. Hartmann; das kombinierte württembergisch-badische, General v. Werder, mit zwei Kavalleriedivisionen. In erster Linie stellte Deutschland so eine Gesamtmacht, die man auf 450 000 Mann schätzen darf, mit 1200 Geschützen dem Feinde entgegen; den 3. August nahm man als den Tag an, an welchem sie vollkommen operationsbereit sein würde.

Gewaltig, wie diese Waffenmacht war, war sie doch nur ein Teil dessen, was das geeinigte Deutschland vermochte. Dreiundeinhalbes Armeecorps, das 1. (Ostpreußen), General v. Manteuffel, das 2. (Pommern), v. Franseky, das 6. (Schlesier), v. Tümpling und einige andere Truppen, 190 000 Mann, blieben zurück; dazu kamen 160 000 Mann vollständig mobile und organisierte Landwehren und Ersatztruppen in der Höhe von 226 000 Mann, eine ausreichende Reserve gegen Frankreich und vollkommen genügend, einem Landungsversuche im Norden zu begegnen sowie einen Angriff von österreichischer Seite abzuwehren, wenn unglücklicherweise und gegen Erwartung der ränkespinnende Graf Beust dahin gelangen sollte, seinen bösen Gedanken die That folgen zu lassen: eine Feldmacht von 520 000 Mann und 1584 Kanonen. Für das gesamte Bundesgebiet wurden 5 Generalgouverneure bestellt, mit Sitz in Hannover, Berlin, Koblenz, Breslau, Dresden; der Schutz der Küsten, das Generalgouvernement in Hannover wurde der Energie und Geschicklichkeit des Generals Vogel von Falckenstein vertraut. Zum Schutze dieses Teiles der deutschen Erde waren sofort die nachdrücklichsten Maßregeln getroffen worden. Schon am ersten Tage der Mobilmachung wurden die Seezeichen an den Nord- und Ostseeküsten aufgenommen, die Feuerschiffe eingezogen, die Leuchtfeuer gelöscht; am gleichen Tage kehrten die vier Panzerschiffe, welche auf einer Übungsfahrt im Atlantischen Ocean begriffen waren, zurück; als am 28. die französische Flotte, ohne Landungstruppen, bei Skagen eintraf, war bereits eine unmittelbare Gefahr nicht mehr vorhanden, und ein energischer Aufruf des Gouverneurs nahm die bereitwillig ge-

botene Mitwirkung einer freiwilligen Seewehr in Anspruch, während die Truppen unter das Kommando des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin gestellt wurden.

Am 31. Juli verließ König Wilhelm Berlin, nachdem er noch eine Amnestie für alle politischen Vergehen erlassen; mit ihm auch das mobile Kriegsministerium und der Kanzler des Norddeutschen Bundes, Graf Bismarck, der, während die Truppen in endlosen Zügen ihren Sammelorten zueilten, die beginnende kriegerische Aktion noch mit einem glücklichen diplomatischen Feldzuge eingeleitet hatte.

Am 21. nämlich hatte ein Rundschreiben des französischen Ministers noch einmal versucht, der Welt den unerhörten Überfall plausibel zu machen: am 25. dagegen veröffentlichte die Times einen Vertragsentwurf aus dem Jahre 1867, in welchem Frankreich Preußen gegen Beihilfe zur Erwerbung Luxemburgs und Belgiens ein Schutz- und Trutzbündnis anbot: und während man noch über Echtheit und Unechtheit des Aktenstückes sich stritt, gab Bismarck die Erläuterung, nach welcher jener Vertragsentwurf nur einen der verschiedenen Vorschläge bildete, mit denen Preußen seit dem Beginne des dänischen Streites durch amtliche und außeramtliche französische Agenten heimgesucht worden sei. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß es selbst im letzten Augenblicke, nach Vollendung der Rüstungen, möglich gewesen sein würde, auf Kosten Belgiens Frieden zu schließen: er fügte hinzu, daß er nicht früher mit diesen Dingen hervorgetreten, daß er sie dilatorisch behandelt habe im Interesse des Friedens, da eine Änderung der französischen Politik immerhin in dem Bereich des Möglichen gelegen habe. Dies war auswärtige Politik, nicht was Graf Beust als solche verkaufte; am 29. veröffentlichte er jenen Vorschlag eines Offensiv- und Defensivbündnisses vom Mai 1866, dessen wir oben gedacht haben, und gab Mitteilung von weiteren Versuchen. Vergebens krümmten sich die ertappten Ränkeschmiede in dem Netze, in das sie sich verstrickt hatten; der Vertragsentwurf von 1867 war auf Papier der französischen Gesandtschaft geschrieben, und die Handschrift ihres Kollegen wurde von den Mitgliedern des diplomatischen Corps rekognosziert. Aber nicht so leicht gaben sich diese Leute gefangen, denen es nichts kostete aus schwarz weiß und aus weiß schwarz zu machen. Benedetti erklärte am 29. in einem Schreiben, daß er bei einer der Unterredungen, in welcher Herr von Bismarck den lebhaften Wunsch gezeigt habe, „das durch seine Acquisitionen gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen", hierauf eingegangen sei, um sich eine genaue Rechenschaft über seine Kombinationen zu geben, sie sozusagen (pour ainsi dire) unter seinem Diktate aufzuzeichnen; eine Abfassung, welche Herr von Bismarck behalten habe, um sie dem Könige zu unter-

breiten. Noch besser wußte Ollivier den Vorgang zu schildern. „Herr von Bismarck", sagte er am 29. einer Deputation von Zeitungsredakteuren, „suchte unsern Botschafter zur Annahme des Projektes zu bestimmen. Plötzlich rief Herr von Bismarck aus: Wir kommen unaufhörlich auf die nämlichen Punkte zurück — — schreiben Sie die Grundlage auf — — setzen Sie sich dahin, ich werde sie Ihnen diktieren. Herr Benedetti ergriff die Feder und schrieb, was Bismarck ihm diktierte." Vor aller Welt stellten diese kläglichen Menschen so sich selbst an den Pranger, und Grimm und Hohn war in Frankreich selbst, wo man sich von Bismarck überlistet glaubte, am größten: aber das Gelächter über diese Entschuldigungen verstummte jetzt vor dem beginnenden Kampfe.

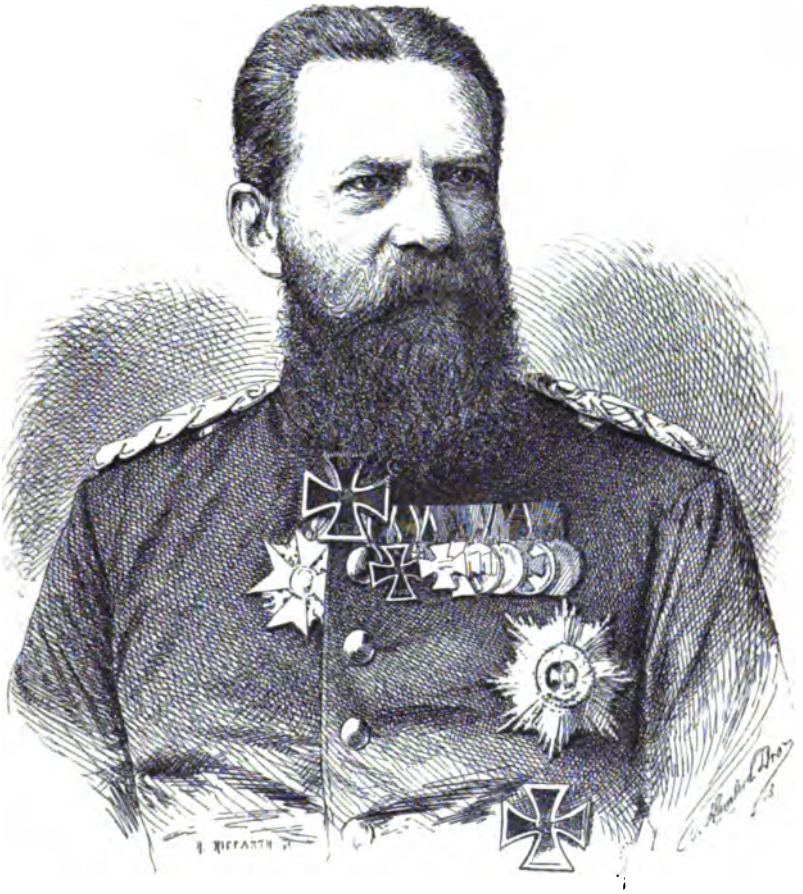
Seit 14 Tagen waren an der Grenze Neckereien und kleine Gefechte zwischen den Vorposten im Gange. Man hatte deutscherseits vorgezogen, die Versammlung der Heere und den Aufmarsch planmäßig sich vollziehen zu lassen, ehe man angriff, und deshalb an die Grenze nur einige schwache Friedensgarnisonen vorgeschoben. So stand in Saarbrücken am linken Ufer der Saar ein Detachement von einigen Kompanieen Infanterie vom Hohenzollernschen Füsilierregiment Nr. 40 und einige Schwadronen Ulanen vom Regiment Nr. 7, welches dort in Garnison lag; und diese machten sich mit Patrouillieren, Rekognoszieren, Demonstrieren so wichtig, daß man auf französischer Seite, wo man keine ernstliche Rekognoszierung vornahm, an eine größere Truppenansammlung glaubte, die allmählich in den Berichten der Pariser Journale bis zu 200 000 Mann anschwoll. Dem kleinen Häuflein standen zuletzt zwei französische Armeecorps gegenüber. Der wackere Kommandant, Oberstlieutenant von Pestel, bat gleichwohl, ihn in der gefährdeten Stellung zu belassen, da das Verhalten der Franzosen beweise, daß die Furcht auf französischer Seite sei: jene wenige Mannschaft machte sich um das Vaterland wohl verdient, denn jeder Tag Aufschub kam dem deutschen Heere aufs beste zu statten.

Von Tag zu Tag und von einer Stunde zur andern erwartete man in der Doppelstadt St. Johann-Saarbrücken den Angriff des Generals Frossard. Endlich am 2. August meldeten die Kavalleriepatrouillen, daß starke feindliche Kolonnen auf der Chaussee von Forbach heranziehen. Diesmal also ward es Ernst: in der That, in zwei Treffen marschierten die drei französischen Divisionen auf den Höhen gegenüber, dem Plateau von Spichern, auf und setzten sich in Bewegung, gegen elf Uhr, unter Vorauffendung dichter Tirailleurschwärme, nachdem ein heftiges Artilleriefeuer den großen Tag eingeleitet hatte. Den Befehl auf deutscher Seite führte General Gneisenau. Oberstlieutenant

von Pestel nahm zu beiden Seiten der Chaussee, auf dem Exerzierplatz und dem Winterberg mit zweien seiner Füsilierkompanieen Stellung, eine war in der Stadt als Reserve, eine andere weiter aufwärts bei St. Arnual, zwei jenseits der Saar in einer Aufnahmestellung; der ganzen französischen Artillerie hatte man vier Geschütze entgegenzustellen. Mit geschäftsmäßiger Pünktlichkeit behaupteten diese Mannschaften ihre Stellungen, solange es verständigerweise möglich und von einigem Werte war, und räumten dieselben ebenso pünktlich und ruhig, sobald es notwendig geworden; der Verlust betrug auf beiden Seiten etliche 70 Mann. Der General Frossard war doch etwas betreten, als er, in Saarbrücken eingerückt, von dem Bürgermeister erfuhr, daß es in der That nur drei Kompanieen und nicht mehr waren, die er besiegt hatte; dies hinderte ihn aber nicht, in seinem Berichte zu sagen: „Unsere Armee hat die Offensive ergriffen, die Grenze überschritten und das preußische Gebiet besetzt. Die Truppen lagern in der eroberten Position." Der Kaiser selbst aber, der mit seinem Sohne zur Stelle gewesen, — eine unverbürgte Erzählung sagt, daß man durch den bedauernswerten Knaben die erste Mitrailleuse habe abfeuern lassen — schickte einen ziemlich lächerlichen Bericht nach Paris, in welchem er der Kaiserin schrieb, daß Louis soeben die Feuertaufe erhalten habe. Mit klug gestellten Worten: „Unsere Armee hat die Offensive ergriffen", „ungeachtet der Stärke der feindlichen Stellung reichten einige Bataillone hin, um die Höhen zu nehmen, welche Saarbrücken beherrschen", „der Elan unserer Truppen war so groß, daß unsere Verluste nur unbedeutend waren", gab er der Operation, welche keinen ernsthaften Sinn hatte, eine Bedeutung, welche die Journale dann in ihrer Weise noch weiter übertreiben und dem schon etwas ungeduldigen Publikum einleuchtend machen mochten. Daß es hier an Wundergeschichten über die Wirkung der Chassepots und der Mitrailleusen — „ganze Bataillone sind weggemäht" — nicht fehlte, läßt sich denken.

Die Angriffsbewegung wurde indessen nicht weiter fortgesetzt. Schon am 3. gingen die Franzosen wieder auf ihre Stellung im Süden von Saarbrücken, das Plateau von Spichern, zurück, nachdem sie einen Nachmittag die Stadt besetzt gehalten und sehr überflüssigerweise einige Granaten in dieselbe geworfen hatten.

An demselben Tage, dem 3., genau wie der Plan es voraussetzte, begann nun das deutsche Heer seinerseits die Angriffsbewegung. Am 2. früh war das große Hauptquartier in Mainz angelangt, und König Wilhelm richtete einen kurzen Tagesbefehl an die Armee: „Ich übernehme heute das Kommando über die gesamte Armee und ziehe getrost in einen Kampf, den unsere Väter in gleicher Lage einst ruhmvoll bestanden. Mit mir blickt das ganze Vaterland vertrauensvoll auf Euch.



Friedrich Wilhelm,
Kronprinz des Deutſchen Reichs und von Preußen.
(Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

Gott der Herr wird mit unserer gerechten Sache sein." Von dem französischen Plane wußte man nichts, und es scheint nicht, daß ein solcher zwischen dem 2. und 5. August im französischen Hauptquartier überhaupt vorhanden war. Schon war man dahin gekommen, sich vom Gegner das Gesetz vorschreiben zu lassen, der jetzt auf der ganzen Linie die Offensive ergriff.

Die Ehre des ersten Angriffes hatte die Armee des Kronprinzen, der am 3. von seinem Hauptquartier zu Speier aus den Vormarsch auf die Lauter anordnete, welche die Grenze zwischen der bayrischen Pfalz und dem französischen Gebiete bildete. In einem warmen und auf die Gemüter der süddeutschen Bevölkerungen und Mannschaften vortrefflich berechneten Armeebefehl (vom 31. Juli) hatte er die Führung übernommen. „Soldaten der III. Armee! Von Sr. Majestät dem König von Preußen zum Oberbefehlshaber der III. Armee ernannt, entbiete ich den unter meinem Befehl vereinigten preußischen, bayrischen, württembergischen, badischen Truppen meinen Gruß. Es erfüllt mich mit Stolz und Freude, an der Spitze der aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes vereinigten Söhne für die gemeinsame nationale Sache, für deutsches Recht und deutsche Ehre in den Kampf zu ziehen. Wir gehen einem großen und schweren Kampfe entgegen: aber in dem Bewußtsein unseres guten Rechts und im Vertrauen auf Eure Tapferkeit, Ausdauer und Mannszucht ist uns der siegreiche Ausgang gewiß. So wollen wir denn aushalten in treuer Waffenbrüderschaft, um mit Gottes Hilfe unsere Fahnen zu neuem Siege zu entfalten für des geeinigten Deutschlands Ruhm und Frieden." Man hatte von dieser Seite her einen französischen Einfall vor allem erwarten müssen und rasch die nötigen Maßregeln, Sprengung der Kehler Brücke, Armierung der Festung Rastatt, getroffen. Aber nichts dergleichen geschah. Ein württembergisches Streifcorps im oberen Schwarzwalde spielte hier dieselbe Rolle, wie die Füsiliere und Ulanen Pestels an der Saar, und machte die Franzosen vor einem deutschen Einfall in das Oberelsaß besorgt; am 3. hatte auch die württembergische Felddivision bei Maxau den Rhein überschritten, und einige kühne Rekognoszierungspartieen hatten sich bis tief in Feindesland hineingewagt. Das VII. französische Corps (Felix Douay) stand in noch sehr unfertigem Zustande bei Belfort, das I. (Mac Mahon) bei Straßburg, wo die kriegerische Begeisterung groß war; von diesem I. Corps hatte der Marschall, der Befehlshaber des rechten Flügels, eine Division unter General Abel Douay an die Lauter, nach Weißenburg vorgeschoben. Hier kam es am 4. zum ersten größeren Gefechte. Während die Bayern (Division Bothmer) im Norden des ehemals deutschen, in der Kriegsgeschichte vielgenannten Städtchens, ein Feuergefecht hinhielten, kam das 5. preußische

Corps unter General Kirchbach heran; fast gleichzeitig drangen von Norden her die Bayern, welche hier bereits mit den Turkos Bekanntschaft machten, und von Süden her durch das Hagenauer Thor preußische Truppen in die Stadt: 400 Gefangene fielen hier in die Hände der Deutschen. Der schwierigere Teil des Werkes stand noch bevor, der Sturm auf den eine Stunde von der Stadt an der Hagenauer Chaussee ansteigenden Gaisberg. Artilleriefeuer des inzwischen herangekommenen 11. Corps (Bose) leitete ihn ein; aus den Gärten und Hopfenfeldern der Vorberge unterhielten die Franzosen ein mörderisches Schützenfeuer, unter welchem die Stürmenden, das 7., Königsgrenadiere, Kompanieen vom 47. Regiment und das 5. Jägerbataillon, mit schweren Verlusten aufwärts drangen; um 12½ Uhr hatten sie die Höhe erreicht, und um ein Uhr konnte ein umfassender Angriff gegen den Hauptstützpunkt der französischen Verteidigung, das Schloß Gaisberg, unternommen werden. Um zwei Uhr war der erste Sieg auf französischem Boden erfochten. Er kostete den Siegern 1460 Mann und 90 Offiziere: aber der Zauber der französischen Unüberwindlichkeit war zerstört, 1000 unverwundete Gefangene, ein Geschütz, das Zeltlager der französischen Division, deren Führer getötet war, und die sich nicht sehr geordnet auf Hagenau zurückzog, waren in deutschen Händen.

In Paris war man noch mit Betrachtungen über die Folgen des Sieges von Saarbrücken beschäftigt, mit welchem das eine Blatt eine neue Ära in der Geschichte beginnen sah und eine Vorhersagung und fast eine Zusage des Sieges gegeben glaubte, während andere sich der Verwirrung getrösteten, die dadurch in alle Vorbereitungen und Pläne des Feindes kommen werde: als die unangenehme Zeitung von dem Ereignis von Weißenburg anlangte. Indes half man sich diesmal leicht über den fatalen Eindruck hinweg, da das deutsche Heer in offenbarer großer Übermacht gewesen: über den ungeheuren moralischen Einfluß, den dieser erste Erfolg in Deutschland üben mußte, über das rühmliche Zeugnis, das derselbe der deutschen Führung im Gegensatze zur eigenen ausstellte, gab man sich dort keine Rechenschaft, wo der Sinn, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind, nur bei äußerst wenigen vorhanden war, — ein Umstand, welcher von vornherein den Sieg der deutschen Waffen verbürgte.

Mit großer Spannung, wie natürlich, aber doch schon mit einer gewissen Ruhe sah man in Deutschland dem weiteren Gange der Dinge entgegen. Marschall Mac Mahon, welchem der eine Tag von Magenta (1859) einen großen Feldherrnnamen gemacht hatte, den er in diesem Kriege so wenig rechtfertigte, als irgend ein anderer der französischen Führer den seinen, hatte am 5. eine Stellung bei dem Dorfe Wörth

genommen, das etwa 5 Stunden von Weißenburg im Thale der Sauer liegt, eines Flüßchens, das hier von Norden nach Süden fließt und dann ostwärts sich wendend dem Rheine zuströmt. Des Marschalls Absicht war, die Bahn, welche von Straßburg über Bitsch nach Metz führt, zu decken. Er hatte dies dem Kaiser gemeldet, der ihm das Corps des Generals de Failly, das V., welches bei Bitsch stand, zur Verfügung stellte: es setzte eine Division dieses Corps am Morgen des 6. sich auch in Bewegung, erhielt aber bald Gegenbefehl, da Failly selbst von Zweibrücken her angegriffen zu werden fürchtete. So war Mac Mahon auf sein eigenes Corps, 2 Kavalleriedivisionen und eine Division vom VII. Corps (Felix Douay) angewiesen, zusammen eine Macht von etwa 45 000 Mann. Was ihm an Truppen abging, ersetzte einigermaßen die wohlgewählte feste Stellung. Das Wiesenthal, durch welches der Sauerbach fließt, ist durchschnittlich 1000 Schritte breit: die westlich davon gelegenen Höhen, Wein- und Hopfenpflanzungen, sind höher als die östlichen und boten also seiner Artillerie und dem weittragenden Infanteriegewehr volle Gelegenheit, ihre Kraft gegen einen von Osten her anrückenden Feind zu erproben. Der natürlichen Festigkeit der Hauptstellung, welche durch das Dreieck Wörth (Osten) — Elsaßhausen (Südwest) — Fröschweiler (Nordwest) charakterisiert wird, hatte man durch Kunst nachgeholfen. Sein Hauptquartier hatte der Marschall im Schloß zu Fröschweiler: von der hochgelegenen Kirche dieses Dorfes konnte man die Bewegungen der herannahenden Deutschen übersehen.

Deren Vortruppen hatten am Abend des 5. die Höhen östlich der Sauer erreicht. Auf beiden Seiten des Flüßchens erglänzten die Biwakfeuer. Ein entscheidender Kampf war für den 6. noch nicht beabsichtigt, da die meisten Truppen noch auf dem Marsche waren. Aber am frühen Morgen des 6. war man gleichwohl schon im Kampfe: die Franzosen ihrerseits eröffneten ihn durch heftiges Artilleriefeuer gegen das von Preuschdorf heranrückende 5. Corps (Kirchbach), und dies bestimmte die den rechten Flügel bildenden Bayern des 2. bayrischen Corps (Hartmann), ihrerseits von Norden her über Mattstall und Langensulzbach anzugreifen. Ein lebhaftes Gefecht entspann sich hier gegen den linken französischen Flügel, Division Ducrot, welche nördlich von Fröschweiler stand, während das Gefecht im Centrum, bei Wörth, nachließ. Inzwischen waren auch die Vortruppen des 11. Corps (Bose) bei Gunstett, südöstlich von Wörth, angekommen und griffen, den Bach überschreitend, den rechten französischen Flügel an, der am Abhang des Niederwaldes südlich von Elsaßhausen stand. Indes trugen diese Gefechte, bei denen im allgemeinen die Franzosen im Vorteil waren, noch nicht den Charakter einer allgemeinen und entscheidenden

Schlacht, zu welcher der Kronprinz nur schreiten wollte, wenn er seine Kräfte beisammen hatte. Aber die Truppen waren schon zu tief verwickelt, als daß ein Abbrechen des Gefechts ratsam erschienen wäre: um die Mittagsstunde entschloß man sich, den Kampf durchzuführen: und um 1 Uhr traf der Kronprinz auf der Höhe vor (östlich von) Wörth ein, um nun persönlich den Befehl zu übernehmen. Man konnte auf das Eintreffen bedeutender Truppenmassen im Laufe des Nachmittags rechnen, und so begann nunmehr der Kampf auf der ganzen Linie von neuem und mit vollem Nachdruck. Den härtesten Stand hatte das 5. Corps (Kirchbach) im Centrum, welches unter schweren Verlusten gegen Wörth und die Höhen, welche westlich hinter dem Dorfe ansteigen, vorging. Das Dorf selbst wurde fast ohne Kampf besetzt und ging nicht wieder verloren; ein weiteres Vordringen aber war mit den ermatteten Truppen nicht möglich: sie erhielten Befehl, zu warten, bis das Eingreifen der Flügel fühlbar werde. Zunächst kam ihnen diese Erleichterung vom linken Flügel her. Das 11. Corps (Bose), gegen Mittag über den Sauerbach zurückgedrängt, nahm mit verstärkten Kräften den Angriff wieder auf und gewann auf dem rechten Flügel der französischen Stellung — Morsbronn, Albrechtshäuser Hof, Eberbach — Boden; um dieser Angriffsbewegung Halt zu gebieten, ließ der dort befehligende Divisionsgeneral Lartigue die Kürassierbrigade Michel vorbrechen, welche aber durch das Schnellfeuer der Infanterie aufgelöst und nahezu vernichtet wurde. Ein hartnäckiges Ringen, Angriff und Gegenangriff, folgte hier um den Niederwald, in welchem die Preußen sich festsetzten, der aber unter dem Feuer der Stellung von Elsaßhausen lag. Um halbdrei Uhr gelang der Sturm auf das brennende Dorf, dessen Wegnahme die französische Stellung unhaltbar machte. Mac Mahon versuchte, es dem Gegner wieder zu entreißen: der erste Versuch, ein Infanterieangriff, scheiterte; ihm folgte ein Kavallerieangriff der Kürassierdivision Bonnemains, der es nicht besser erging als zwei Stunden früher der anderen: die Württemberger, die bald darauf bei Elsaßhausen eintrafen, sahen einen furchtbaren Anblick, die niedergemähten Reihen der tapferen Reiter, die sich nutzlos geopfert. Während dieser Kämpfe auf dem linken deutschen Flügel hatten das Centrum und der rechte Flügel, ihrerseits durch neu eintreffende Truppen, das 1. bayrische Corps (v. d. Tann), verstärkt, langsam Fortschritte gemacht, und um vier Uhr nachmittags war man so weit, zum letzten Akte, der Erstürmung von Fröschweiler, zu schreiten, während zugleich ein Teil der württembergischen Truppen schon gegen Reichshofen, auf die Rückzugslinie der Franzosen, gerichtet wurde. Der Marschall mußte sich — es war die höchste Zeit — zum Rückzuge entschließen; er hatte die Schlacht schon zu lange fortgesetzt, um den-

selben in geordnetem Zustande erhalten zu können. Um 5 Uhr hatte der Kampf bei Fröschweiler aufgehört, die Verfolgung bereits mit Nachdruck begonnen.

Der Sieg war vollständig und entscheidend. Der rechte Flügel der französischen Gesamtaufstellung war vollständig zertrümmert, von einer Verteidigung der Vogesenpässe war nicht mehr die Rede. 9000 Gefangene, darunter 260 Offiziere, 1 Adler und 4 Fahnen, 28 Geschütze und 5 von den gefürchteten Mitrailleusen, deren Zauber bereits verblaßt war, waren den Deutschen in die Hände gefallen; etwa 8000 Franzosen lagen tot oder verwundet auf dem Schlachtfelde; der Rest des rechten Flügels der geschlagenen Armee, vom übrigen Heere abgedrängt, wälzte sich in regelloser Flucht über Hagenau und weiter nach Straßburg, zu dessen Einschließung noch auf dem Schlachtfelde die badische Division Befehl erhielt. Etwa 15 000 Mann brachte Marschall Mac Mahon am 7. bei Zabern zusammen, mit denen er ohne Aufenthalt den Rückzug weiterfortsetzte. 10 153 Mann mit 489 Offizieren hatte der Sieg der deutschen Armee gekostet; weit mehr als der Tag von Königgrätz.

Spät am Abend las man in allen deutschen Städten das Telegramm, in welchem der Kronprinz das Ereignis meldete: „Siegreiche Schlacht bei Wörth, Mac Mahon mit dem größten Teil meiner Armee vollständig geschlagen"; es war datiert: „auf dem Schlachtfelde bei Wörth 4½ nachmittags". Den Jubel, den die Nachricht erregte, schildern zu wollen, würde vergebliches Bemühen sein: Stunden wie diese hatte das deutsche Land nie gesehen. Für einen Teil Deutschlands wurde diese Zeitung noch am gleichen Abend durch eine zweite ergänzt, die vom rechten Flügel kam; auch bei Saarbrücken war in denselben Nachmittagsstunden von Truppen der I. und II. Armee ein blutiger Sieg erfochten worden.

Die Franzosen, das Corps Frossard, hatten sich, wie erzählt, nachdem sie am 2. die Offensive ergriffen, wieder in ihre vorige Stellung, die im Süden von Saarbrücken auf französischem Boden gelegenen Höhen zurückgezogen, welche sich an der Forbach-Saarbrücker Chaussee im Westen bis zur Saar oberhalb St. Arnual im Osten hinziehen, und die von einem auf der Hochebene gelegenen Dorfe den Namen der Spicherer Höhen führen. Dem Wanderer, welcher von der Höhe des Exerzierplatzes oder des Winterberges unmittelbar hinter Saarbrücken den Blick nach Süden richtet, erscheinen sie wie eine mächtige natürliche Festung, und man schaudert unwillkürlich bei dem Gedanken eines Sturmangriffs auf dieselben, namentlich wenn man sie sich durch Geschütz und die weittragenden Infanteriewaffen unserer Tage verteidigt denkt; wer aber vom Südhange der unmittelbar hinter Saar-

brücken ansteigenden Höhen her an den Nordabhang der Spicherer Höhen gelangen will, hat erst den eine Viertelstunde breiten Thalraum zu durchschreiten, welcher frei und nackt unter dem Feuer von dort her liegt, so daß dem Auge des Laien kaum die Möglichkeit einleuchtet, wie Truppen unter den Umständen, die am Morgen des 6. August obwalteten, an den Fuß jener Höhen gelangen konnten.

Die I. und die II. Armee, Steinmetz und Prinz Friedrich Karl, waren auf dem Vormarsch gegen Süden begriffen; St. Johann-Saarbrücken war der Punkt, wo der linke Flügel der ersteren, der rechte der zweiten bei weiterem Marsche zusammentreffen mußten. Der linke Flügel der II. Armee ging auf Saargemünd, und auf dieser Seite war wohl der erste Kampf beabsichtigt: was die blutige Schlacht am 6. veranlaßte, war die Befürchtung, daß der Gegner abziehe.

Von der I. Armee waren die 13. und die 14. Division, v. Glümer und v. Kameke, auf dem Marsche, jene auf Puttlingen (westlich), diese nach Guichenbach (östlich). Die Avantgarde der letzteren, weiter gegen die Saar vorgehend, kam um 10 Uhr vormittags in Saarbrücken an. Sie fand die Höhen unmittelbar hinter Saarbrücken, Exerzierplatz und Winterberg, von den Franzosen geräumt: und die Annahme, daß der Feind im Abzuge begriffen sei, bestimmte nun den General Kameke, im Vertrauen auf die teils zugesicherten, teils mit Sicherheit zu erwartenden Verstärkungen, sofort zum Angriff vorzugehen. Kurz vor 12 Uhr eröffnete er den Kampf, bei welchem zunächst die Thalmulde unter dem feindlichen Feuer zu überschreiten war, ehe man an die Höhen selbst kam. Das Gefecht kam hier, wo die Franzosen neben der Überzahl den Vorteil der höheren Stellung auf den bewaldeten und steilen Abhängen hatten, zum Stehen. Sie waren ihrer Sache sehr sicher, da sie überdies mit Schützengräben und Verschanzungen nachgeholfen hatten; eine lokale Tradition weiß zu berichten, daß General Frossard in Forbach ruhig beim Champagner gesessen und die Meldung, daß die Preußen wirklich angreifen, mit einem: Les pauvres Prussiens! erwidert habe. Bis 3 Uhr standen 12 preußische Bataillone der Regimenter 39 (Niederrheinisches Füsilierregiment), 74, 77 (Hannoveraner), 53 (Westfalen) und vier Batterieen — eine Verwendung von Reiterei schloß die Bodengestalt aus — gegen die 39 Bataillone des Corps Frossard, und es beweist die Erbärmlichkeit der französischen Leitung, daß kein nachdrücklicher Angriff dem gefährlichen und, will es fast scheinen, unter dem unwiderstehlichen Kampfeseifer der Truppen etwas verfrühten Wagnis der preußischen Division ein Ende machte. Den schwersten Kampf hatten die 74er, welche General v. François gegen den bastionsartig auf dem rechten Flügel der französischen Stellung hervortretenden Felsenvorsprung des Roten Berges führte; mit un-

übertrefflicher Bravour*) erkletterten die Tapfern unter dem feindlichen Feuer den Höhenrand: ihr tapferer Führer ward, eine Kompanie des 39. Regiments heranführend, unter dem Rufe: „Vorwärts, meine braven Neunundbreißiger!“ von fünf Kugeln niedergestreckt. Der Höhenrand, um 3 Uhr erstiegen, wurde behauptet: um diese Zeit trafen allmählich Verstärkungen ein. Nacheinander übernahm nun General v. Goeben, dann v. Zastrow, spät am Abend der Höchstkommandierende v. Steinmetz die Leitung; es gelang allmählich, Artillerie auf das Plateau zu bringen. Das Gefecht kam auf der ganzen Linie zum Stehen, Stunde um Stunde; zwischen 4 und 6 erneuerte sich der Kampf auf dem Roten Berge und dem dahinter liegenden Gifertswalde und gleichzeitig auf dem linken französischen Flügel bei Stiring an der Forbacher Chaussee; erst um 6 Uhr ermannten sich die Franzosen, bei denen man den vielberühmten Elan, das Angriffsfeuer diesmal vermißte, zu einem Vorstoß auf ihrem linken Flügel bei Stiring und drängten die dort kämpfenden Preußen etwas zurück; auf der Hochfläche schwankte das Gefecht hin und her. Die Einnahme von Stiring an der Forbacher Chaussee und die Fortschritte der Preußen auf dieser Seite entschieden den Rückzug der Franzosen, welche mit Einbruch der Dunkelheit ihre Stellung aufgaben. Da die Forbacher Straße verloren war, mußte Frossard auf Saargemünd zurück: es geschah unter dem Schutze der Nacht in guter Ordnung.

Französische Berichte lieben es nicht, von diesem Kampfe zu reden, wo es nicht möglich ist, mit der nichtssagenden Redensart vom Unterliegen gegen drei- und vier- und zehnfache Übermacht zu prahlen, wie bei den Kämpfen bei Weißenburg und Wörth. Siebenundzwanzig preußische Bataillone, erst nach und nach eintreffend, 16 Batterieen hatten 39 französische Bataillone, 15 Batterieen in einer nahezu für uneinnehmbar geltenden Stellung zum Rückzuge genötigt: einzelne Thaten heroischer Tapferkeit verschwinden fast in dem Ganzen dieser außerordentlichen Leistung. „Nun ist nichts mehr unmöglich“, war der Eindruck in einem Kreise württembergischer Offiziere, als am andern Morgen die Nachricht von Spichern bei den Siegern von Wörth sich verbreitete, und dieser Eindruck sowie der Umstand, daß dieser Sieg bei Spichern mit dem bei Wörth zusammentraf, überwältigend bei Freund und Feind, gab dem Kampfe erst seine volle Bedeutung. Die Verluste waren auf deutscher Seite größer. Sie erreichten die furchtbare Ziffer von 4648

*) Ibant inter horridam ex editiore loco in subjectos decidentem pilorum grandinem velut in apertam necem intrepidi torvi minaces, wie eine Quelle (bei Ranke, Franz. Gesch. IV, 169) von den Preußen Leopolds von Dessau bei Turin sagt.

Mannschaften, 223 Offizieren, gegen 3829 und 249 bei den Franzosen, die aber wiederum 1500 Gefangene, deren Zahl der folgende Tag noch steigerte, in deutschen Händen ließen. Die Nacht senkte sich auf das Leichenfeld; die Einwohner von St. Johann und Saarbrücken, denen in diesem Kriege Ehre gebührt vor allen deutschen Städten, erschöpften ihre Kraft in den Werken der Hilfe und Barmherzigkeit an Freund und Feind, zu denen der schreckliche Kampf, dessen Aufregungen und Gefahren sie aus nächster Nähe teilten, überreiche Gelegenheit lieferte.

b. Die Schlachten um Metz.

In Deutschland war der Eindruck der Ereignisse vom 6. August, nachdem der erste Siegesrausch verflogen war, der, daß mit denselben bereits der endliche Ausgang des Krieges entschieden sei, und die allmählich anlangenden Einzelheiten über jene Kämpfe und was ihnen unmittelbar folgte konnten nur dazu dienen, diesen ersten Eindruck zu verstärken.*) Es ergab sich aus dem Verlaufe dieser Kämpfe offenbar, daß bei den Franzosen eine oberste Leitung so gut wie gar nicht vorhanden war, und, was nur scheinbar sich widerspricht, daß eben darum auch die einzelnen Corpsführer keinerlei Kraft eines selbständigen Handelns besaßen. Mac Mahon bei Wörth, Frossard bei Spichern hatten ihren schweren Kampf allein ausgekämpft, ohne daß die bestimmtesten Meldungen und der lauteste Kanonendonner die Verstärkungen herbeigerufen hätten, welche doch in beiden Fällen in erreichbarer Entfernung vom Schlachtfelde zur Verfügung standen. Jener war von de Failly, dieser von Bazaine ohne Unterstützung gelassen worden, während auf deutscher Seite, namentlich bei Spichern, sofort der Schall der Kanonen die nächstbereiten Truppen nach dem Punkte der Entscheidung zog.

Jener erste Eindruck, ergänzt durch die Massen der Gefangenen, welche in den nächsten Tagen auf den Stationen der deutschen Eisenbahnlinien zu sehen waren, sich übrigens von der gutmütigen Neugier einer vom Druck der Furcht befreiten Bevölkerung einer sehr humanen Behandlung zu erfreuen hatten, — dieser erste Eindruck war vollkommen berechtigt. Die Franzosen hatten am 6. August weit mehr als bloß zwei Schlachten verloren. Am Mittag jenes Tages verbreitete sich, ursprünglich, so scheint es, dem Kopfe eines Börsenspekulanten entstammt, in Paris das Gerücht von einem großen französischen Siege,

*) Auf der Korrespondenzkarte eines württembergischen Offiziers an den Verfasser d. Schlachtfeld bei Wörth, 7. August: „Der Krieg ist noch nicht zu Ende, aber er ist entschieden."

das unter einer Bevölkerung, bei der unter 10 000 Menschen kaum einer eine Vorstellung von der Wirklichkeit der Dinge, geschweige eine sichere Erkenntnis des Möglichen und Wahrscheinlichen besaß, raschen Glauben fand: bei Landau, bei Saarlouis, irgendwo, denn mit der Geographie fand man sich hier leicht ab, habe Bazaine und Mac Mahon die Armee des Kronprinzen zermalmt. Eine Depesche von London sei angelangt: sie werde eben im Innern der Börse angeschlagen, wie man außerhalb derselben versicherte, während man sie innerhalb des Börsengebäudes außen angeschlagen glaubte; in jeder Minute wächst die Zahl der gemachten Gefangenen um einige Tausende, die der genommenen Kanonen steigt alsbald von 40 auf 80, und daß der Kronprinz, wo nicht sämtliche Prinzen verwundet, gefangen oder getötet sind, kostet der einmal in Schwung gesetzten gallischen Phantasie keine weitere Anstrengung. Im Justizpalast werden die Gerichtsverhandlungen eingestellt, die Präsidenten verkünden den Sieg; von Straße zu Straße, von Quartier zu Quartier wälzt sich der Jubel, und in kürzester Zeit bedeckt sich die gewaltige Stadt mit Fahnen. Allmählich aber, da man erfährt, daß an maßgebender Stelle nichts bekannt sei, daß die Revanche für Weißenburg, welche das Gerücht vorausnahm, „erst vorbereitet werde", schlägt die Stimmung um; man glaubt sich das Opfer eines frechen Betruges, wo man nur das Opfer eigener Thorheit und Meisterlosigkeit geworden; zornige Menschenhaufen bedrängen den Justizminister, der sich mit der Lüge hilft, daß der Urheber der falschen Depesche — auch hier spukte das Gespenst einer Depesche — verhaftet sei.

Am anderen Morgen wurden dann — nach einer vorbereitenden Notiz im Amtsblatt von strategischen Bewegungen, über deren Endziel sich noch nichts sagen lasse: „der Feind scheint etwas gegen unser Gebiet im Schilde zu führen, was uns große strategische Vorteile bieten würde" — die Nachrichten veröffentlicht, welche während der Nacht eingelaufen waren, und in denen Napoleon mitteilte, was er selber wußte. „Mac Mahon hat die Schlacht verloren, Frossard ist gezwungen, sich auf die Saar zurückzuziehen. Dieser Rückzug wird in guter Ordnung bewerkstelligt. Alles kann wieder gut werden", lautete die erste dieser kaiserlichen Depeschen. Es verdient immerhin hervorgehoben zu werden, daß es die einzige wahre Nachricht war, welche das französische Volk in diesem ganzen Kriege von seinen Regenten empfing, — daß in einem Kriege, in welchem die Franzosen nichts als Niederlagen erlitten, dieses Wort „der General hat die Schlacht verloren" nicht wieder über die Lippen eines französischen Ministers, Generals oder Diktators kam. Die folgenden Depeschen zeigten dann freilich, welche klägliche Usurpation es war, wenn dieser Mann den

Oberbefehl über ein Heer führen wollte, das Deutschland erobern sollte; sie hatten nur die „ausgezeichnete Stimmung der Truppen um Metz" zum Trost; „alle Feindseligkeiten scheinen aufgehört zu haben", meldete die letzte vom 7. mittags. Bei einem gesunden Volke und Staatswesen vereinigt Unglück und Gefahr den Fürsten und die Nation: hier in diesem faulenden Staate erschütterte die erste Niederlage sofort das ganze politische Gebäude mit. Eine Proklamation der Kaiserin, welche sich von St.-Cloud nach den Tuilerien begab, beschwor alle guten Bürger, die Ordnung aufrecht zu halten, eine Proklamation der Minister verkündete die Einberufung der Kammern, eine Maßregel von sehr zweifelhaftem Werte, und erklärte Paris in Verteidigungs- und, „um die Ausführung der militärischen Vorkehrungen zu erleichtern", in Belagerungszustand. Die Blätter der Opposition aber verlangten bereits die allgemeine Bewaffnung und ein Verteidigungskomitee der Pariser Deputierten; auf die Verteidigung von Paris zu denken, war es allerdings an der Zeit. Die Kammern, statt auf den 11., wurden, was große Schwäche und Unsicherheit der Regierung bewies, schon auf den 9. einberufen: und hier zeigte sich bereits, was zu erwarten war, wenn eine zweite Schlacht verloren ging. Das Palais des gesetzgebenden Körpers war militärisch gedeckt. Was von Linientruppen irgendwo auf der Straße sich zeigte, wurde von der Menge mit dem Rufe: „Nach der Grenze, die Helme nach der Grenze!" empfangen. Die Sitzung begann mit tumultuarischen Scenen. Einige glaubten in dem General Trochu, der sich durch eine freimütige und sachkundige Kritik der französischen Heeresorganisation einen Namen gemacht hatte, den Retter des Landes gefunden und verlangten, daß ihm „die Gewalt anvertraut werde"; die Linke aber verlangte, von Haß mehr als von Patriotismus getrieben, sofortige Niedersetzung eines Verteidigungskomitees von 15 Mitgliedern, das bis auf weiteres an die Stelle aller bestehenden Gewalten trete, und das sofort alle Bürger unter die Waffen rufe, „in Erwägung, daß die Unfähigkeit des Staatsoberhauptes Frankreich in Gefahr gebracht und bewirkt hat, daß unsere Soldaten trotz ihrer heldenmütigen Tapferkeit zwei große Schlachten verloren haben". In der tumultuarischen Scene, die hierüber sich erhob, erhielt der Herzog von Gramont eine Ohrfeige, und Ollivier entging nur mit Mühe derselben Beschimpfung. Die Regierung hatte die Naivetät, ein Vertrauensvotum zu verlangen und zog sich, als ihr dies nicht gegeben wurde, zurück. Nach einiger Zeit kehren die Minister zurück und teilen mit, daß die Kaiserin ihre Entlassung angenommen und den Grafen von Palikao, General Montauban, den Besieger der Chinesen, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt habe. Es war ein Mann, wie er zu dieser Kammer, dieser Opposition, dieser

Presse, diesem Volke paßte: ein Greis von 73 Jahren, der in den 56 Jahren seiner Dienstzeit eine Feldherrnkunst sich erworben, deren Darlegung ihn zum Gegenstande des Gelächters für jeden machte, der jemals eine Karte in der Hand gehabt hat. Sein Ministerium setzte er aus Mitgliedern der streng bonapartistischen Partei zusammen, und dies war, wenn es entschlossene Männer waren, richtig; am 10. nahm dann die Kammer einen Gesetzvorschlag an, nach welchem alle nicht verheirateten Bürger von 25—30 Jahren, die nicht zur Mobilgarde gehörten, für die Dauer des Krieges zu den Fahnen gerufen wurden. Die Verteidigung von Paris wurde sofort energisch in Angriff genommen und in diesem Zusammenhange auch die Ausweisung der in Paris wohnenden Deutschen angeordnet. Eine Lüge mehr oder weniger kostete dieser Gesellschaft nichts: der Minister Clément Duvernois hatte die Schamlosigkeit, zu behaupten, daß „die Preußen" mit einer Maßregel dieser Art begonnen hätten.

Im übrigen beruhigte sich bei dem leichtlebigen Volke die Stimmung rasch, als die nächsten Tage keine neuen Hiobsposten brachten. Für die gewöhnliche Menge dienten einige Kraftsprüche der Presse: „Wir sind besiegt worden, wie Leonidas bei Thermopylä, wie Roland bei Roncevaux, unsere Rache wird glänzend sein, Gott schuldet sie uns"; andere hielten sich mit den historischen Vorspiegelungen aus der Revolutionszeit, die der Radikalismus in Umlauf gesetzt hatte, aufrecht, wie man denn schon, auch im Senat, bei der „Massenaushebung" angelangt war; andere trösteten sich mit dem Einschreiten Europas, und gleich am 8. deduzierte das amtliche Blatt der Regierung, daß die preußischen Siege die anderen Völker gegen den Ehrgeiz dieser unersättlichen Macht wenden müßten. „Bereits sind günstige Anzeichen von England zu signalisieren — Schweden, Norwegen und Dänemark zeigen eine von Patriotismus gehobene Haltung — — der Kaiser von Rußland beehrt unseren Botschafter mit ganz besonderem Wohlwollen — — der Kaiser von Österreich, der König von Italien und ihre Regierungen bezeigen uns mehr und mehr befriedigende Dispositionen; Österreich und Italien rüsten thätig, die Ministerien von Wien und Budapest gehorchen einem gemeinsamen Gedanken, und der Augenblick naht, wo Preußen auf dieser Seite den ernstesten Verlegenheiten begegnen wird" — — „Vertrauen, Vertrauen! Unser Patriotismus ist auf der Höhe aller Gefahren."

Es mußte sich zeigen: wenigstens auf europäische Allianzen und europäische Interventionen durfte Frankreich nicht rechnen. In England hatten die Enthüllungen des preußischen Auswärtigen Amts über Napoleons Anschläge auf Belgien eine Entrüstung erregt, welche sich durch die kläglichen Ableugnungen der französischen Minister bei dem

besseren Teil der Nation mit Verachtung verband; die energische, ruhige Entfaltung der Kräfte auf deutscher Seite imponierte dem stammverwandten Volke, und die Nachrichten von den deutschen Siegen wurden eine Zeitlang mit großer Sympathie begrüßt. Lord Granville ließ am 8. durch den österreichischen Gesandten den Grafen Beust warnen, „im Interesse des guten Einverständnisses (bon accord) unter den Neutralen und um den Krieg zu begrenzen", auf seiner Hut zu sein. Diesem letzteren Staatsmanne war die Kriegslust unterdessen vergangen. Er versicherte, was freilich jeder versichern kann, die militärischen Vorbereitungen in Österreich hätten einen bloß defensiven Charakter gehabt; im September — vielleicht — hatte er gedacht, so weit zu sein, um die Maske abwerfen und seinen französischen Freunden helfen zu können; wer hätte an eine solche Wendung der Dinge denken sollen? Damit war es jetzt vorbei; die Siege der Stammesgenossen regten die deutsche Bevölkerung des Kaiserstaates mächtig auf, und die Feinde des deutschen Namens, die Tschechen und Polen, zeigten durch die Maßlosigkeiten und die Gemeinheiten in den Organen ihrer Presse, daß sie vorerst nicht mehr an einen Krieg mit anderen Waffen denken durften. Indes that der österreichische Reichskanzler, was er unter so betrübenden Umständen noch thun konnte. Er erwiderte die Warnung des englischen Ministers mit der Erklärung, daß er sehr glücklich sei, ihn von einem Verständnis (entente) unter den Neutralen sprechen zu hören, — was der Engländer so eigentlich nicht gesagt hatte — und daß er, frei von jeder Verpflichtung, zu einem solchen vollkommen bereit sei; der vielanschlägige Mann trug sich also schon mit dem Gedanken einer europäischen Vermittelung. Es hatte damit jedoch gute Wege. Niemand hatte Lust, den Franzosen die Folgen ihrer frevelhaften Übereilung abzunehmen und dem geeinigten Deutschland in das aufgehobene Schwert zu fallen. Vielleicht am meisten Neigung zu einer solchen „Verständigung der Neutralen", zu einer demnächst anzubietenden Vermittelung bestand in gewissen Kreisen Italiens. Der König Viktor Emanuel selbst, persönlich in Beziehung auf Fragen auswärtiger Politik eine Null, wäre wohl geneigt gewesen, an der Seite des Kaisers Napoleon zu fechten und in einem Zuavenregiment sich einen höheren Rang zu verdienen, als ihm einst bei Palestro zu teil geworden: aber die Lage der Dinge war doch bereits von der Art, daß es sehr fraglich war, für welche Art von Frankreich, ob für ein kaiserliches oder republikanisches oder königliches — denn auch die Prinzen vom Hause Orleans hatten ihrem Lande bereits ihren Degen angeboten, und der Graf von Chambord setzte wenigstens schon die Feder zu Proklamationen an — man nach vier Wochen das Schwert zog. In dem Lande waren zwar die Sympathieen für die französischen Waffen weitverbreitet,

d. h. die Leute sahen es lieber, wenn auf Bilderbogen die Preußen den kürzeren zogen und nicht die Franzosen, wer aber irgend etwas von praktischer und ernsthafter Politik verstand, der nahm dort Akt davon, daß die erste Folge der deutschen Überlegenheit die war, daß die Franzosen ihre Truppen jetzt aus Civita Vecchia abriefen; die radikale Partei insbesondere, Garibaldi, Mazzini wollte nichts von einem Bündnis mit dem „2. Dezember" wissen. Am 3. August setzte die französische Regierung die italienische von jenem Abzug in Kenntnis, mit der Erläuterung, daß die beiden Mächte sich mithin auf den Boden der Septemberkonvention zurückversetzt sähen. Zunächst begnügte sich die italienische Regierung, hiervon „Akt zu nehmen". Auch sie wolle, erwiderte der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, am 4., den Abmachungen von 1864 genau nachleben, und die von der Linken in der Kammer verlangte Kündigung des Septembervertrages lehnte sie ab. Es kam darauf an, wie lange dieser Entschluß vorhielt. Wer aber sich auf das Einmaleins in politischen Dingen verstand, der konnte jetzt schon sagen, daß der nächste deutsche Sieg, wenn er entscheidend genug war, diese Kündigung veranlassen und jenes Blatt Papier wegblasen würde, das jetzt allein noch zwischen Italien und seiner Hauptstadt Rom lag.

Auch mit derjenigen Allianz, die man in Deutschland fast sicher mit in Rechnung genommen hatte, der französisch-dänischen, war es bereits vorbei. Es ist wahrscheinlich, daß diese Allianz eingetreten sein würde, sobald ein französisches Truppencorps an den deutschen Küsten ans Land gesetzt worden wäre. Davon aber konnte jetzt nicht mehr die Rede sein. Die französische Flotte unter dem Viceadmiral Bouet-Villaumez war am 25. Juli allerdings von Cherbourg abgefahren und in der Ostsee erschienen; aber sie hatte keine Landungstruppen an Bord und hielt sich in achtungsvoller Entfernung von den Strandbatterien der Küsten. Vielmehr zogen jetzt, da nach dieser, wie nach der österreichischen Seite die unmittelbare Gefahr verschwunden war, auch die dort zurückgelassenen Armeecorps, das erste (ostpreußische) unter Manteuffel und das zweite (pommersche) unter Franseky, dem großen westlichen Kriegsschauplatze zu, wo die Entscheidung lag und zum guten Teil schon gefallen war.

Das französische Heer war durch die schwere Doppelniederlage am 6. in zwei Teile auseinandergerissen und eine Rückwärtskonzentrierung war dadurch von selbst geboten: „Die französische Armee hat auf der ganzen Linie Kehrt gemacht und ist auf dem Rückzug in das Innere begriffen", meldete ein amtliches Telegramm vom 6. abends aus Mainz, wo an diesem Tage das große Hauptquartier der deutschen Heere sich befand. Die Trümmer der Armee Mac Mahons waren auf dem Rück-

zuge nach Chalons an der Marne, dem ersten Punkte, wo der „ruhmvolle Besiegte von Reichshofen" hoffen konnte, Verstärkungen und einige Tage der Ruhe zu finden. Man schwankte im kaiserlichen Hauptquartier zu Metz, ob nicht auch die Rheinarmee, welche, als Armee wenigstens, den Fluß, nach dem sie sich nannte, niemals zu sehen bekommen sollte, auf Chalons zurückgehen solle: 14 Tage nach der Kriegserklärung war man schon so weit, daß die Deckung der Hauptstadt der Hauptgesichtspunkt für die Kriegsoperationen wurde. Es wäre, nach dem Urteil der Kriegskundigen, das Richtigste gewesen; allein Napoleon mußte doch, seiner bereits tief erschütterten Stellung wohl bewußt, Bedenken tragen, auch die Mosellinie und alles Land bis zur Marne ohne Schlacht preiszugeben: und so entschloß er sich, an der Mosel standzuhalten. Am 11. standen demgemäß die Corps der französischen Rheinarmee um Metz vereinigt. Ihre Verluste waren ergänzt durch das VI. Corps, Canrobert, das mittlerweile sich in kriegsfähigen Stand gesetzt hatte und jetzt von Chalons, wo es zu Anfang des Krieges sich hatte versammeln sollen, herangekommen war: etwa 180 000—200 000 Mann mochten dort um Metz an jenem Tage vereinigt sein.

Die deutschen Armeen hatten, um die Mosellinie zu gewinnen, eine große Rechtsschwenkung zu vollziehen, bei welcher der linke Flügel, die III. Armee, den längsten und beschwerlichsten Weg zurückzulegen hatte, während die I. der ganzen Bewegung als Stütz- oder Drehpunkt diente. Wir lassen die erstere, die des Kronprinzen von Preußen, einstweilen beiseite und erzählen die Ereignisse bei der I. und II. Armee, bei denen die nächste Entscheidung lag. Der Marsch der ersteren, welche durch das 1. Corps (Manteuffel) verstärkt war, richtete sich auf dem kürzeren Wege von Saarbrücken über Forbach auf Metz, der der II. Armee, welcher das 2. Corps (Fransecky) zugezogen war, von Saargemünd auf Pont a Mousson, welches etwa drei Meilen südlich von Metz an der Mosel gelegen ist. Das Hauptquartier des königlichen Oberfeldherrn befand sich am 9. in Saarbrücken, am 11. in St.-Avold auf französischem Boden, und von hier aus und an diesem Tage beim Überschreiten der Grenze erließ der König eine Proklamation an das französische Volk, welche in gemessenem Tone der Bevölkerung ankündigte, welche Notwendigkeiten der Krieg ihr auferlege, daß sie aber vollkommene Sicherheit der Person und des Eigentums genießen werde, solange sie nicht durch feindselige Handlungen gegen die Truppen sich selbst dieses Schutzes beraube. „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs", sagte die Proklamation: ein Wort, welches die politischen Dilettanten, in deren Hände Frankreich in einem späteren Stadium des Krieges,

vom Regen in die Traufe, fiel, dahin verdrehten, als habe der König erklärt, er führe gegen den Kaiser Napoleon und nicht gegen die französische Nation den Krieg. Genaue Reglements der Befehlshaber bestimmten, was die Bevölkerung den durchmarschierenden Soldaten zu leisten hatte.

Im französischen Heere hatte unterdessen der Befehl gewechselt. Der Kaiser Napoleon war, schon zu spät, zur Erkenntnis gekommen, daß die Führung eines großen Heeres über seine physischen sowohl wie geistigen Kräfte ging, und er hatte deshalb den Oberbefehl dem Marschall Bazaine übertragen, an dessen Namen nun eine Zeitlang das französische Volk das luftige Gewebe seiner Hoffnungen hängte. Es war Zeit, einen Entschluß zu fassen: so spärlich die Kenntnisse waren, die man im französischen Hauptquartier von der Stärke und den Bewegungen der feindlichen Armeen besaß, so war doch so viel deutlich, daß eine Umgehung der Stellung von Metz im Süden drohte, welche die Lage der Rheinarmee bedenklich machte und sie von Paris abschnitt: und dem entsprechend faßte Bazaine den Entschluß, in Metz eine Besatzung zurückzulassen und mit dem übrigen Heere den Rückzug auf Verdun anzutreten. Einen neuen Beweis von der unglaublichen und schimpflichen Fahrlässigkeit, mit welcher dieser Krieg von seiten der französischen Generale geleitet wurde, lieferte der Umstand, daß die deutsche Reiterei der II. Armee, welche am 12. August ihre Rekognoszierungen bereits bis zur Mosel erstreckte, die Flußübergänge südlich von Metz, bei Pont a Mousson, bei Dieulouard und bei Nancy nur ungenügend beobachtet fand: von der letzteren Stadt, der alten Hauptstadt Lothringens mit 49 000 Einwohnern, nahm ein Zug Ulanen Besitz. Ihr Erscheinen bestimmte Mac Mahon bei seinem Rückzuge die Straße über Nancy und Toul aufzugeben und eine südlichere einzuschlagen.

Wollte Bazaine also seinen Entschluß ausführen, so durfte er keinen Tag, ja keine Stunde säumen. Der Abzug eines Heeres von 180 000 Mann mit dem entsprechenden Fuhrwesen ist an sich eine schwierige Sache; hier war er zunächst noch mit einem Flußübergang — vom rechten aufs linke Moselufer — verbunden, er ging ferner durch die engen Straßen von Metz, und es galt zwei schmale Festungsthore zu passieren. Erst am 13. August erging der Befehl, daß am 14. die Truppen sich zum Abmarsch bereit halten sollten, und noch in der Nacht auf den 14. lagerte die Armee auf dem rechten Moselufer. In der Frühe des Tages begann der Abmarsch, die Trainkolonnen vorauf.

Mittlerweile aber näherten sich die Truppen der I. deutschen Armee den Dörfern im Osten von Metz. Am 8. hatte General Stein-

metz die Grenze überschritten. Man glaubte, daß das französische Heer die Stellung an der Nied, welche für die Verteidigung günstige Chancen bot, und die man auch für eine solche eingerichtet traf, werde behaupten wollen: man fand sie aber verlassen. Die deutsche Armee hatte auf ihrem Vormarsch noch eine Nachlese von den Früchten des Sieges bei Spichern gehalten; die Bevölkerung zeigte sich feindlich, niedergeschlagen, fassungslos beim Anblick der Krieger, welche das Götzenbild der Unüberwindlichkeit der französischen Armee zertrümmert hatten.

Das französische Gardecorps (Bourbaki), das II. (Frossard), VI. (Canrobert), zwei Divisionen des IV. (Ladmirault) und die Reservekavalleriedivisionen hatten am 14. ihren Übergang über die Mosel begonnen; das III. (Decaen) und der Rest des IV. standen noch diesseits. Die deutschen Vortruppen, welche nachmittags 2 Uhr nahe genug herangekommen waren, bemerkten den Abzug feindlicher Kolonnen in der Richtung auf Metz: und mit richtigem Blicke erkannte der dem Feinde am nächsten stehende Führer der Avantgarde des 7. Corps, General von der Goltz, daß es gelte, den abziehenden Feind hier festzuhalten. Wie bei Spichern geschehen — vielleicht mit mehr Recht als dort — formierte er seine Brigade zum Gefecht, das die Franzosen gegen des Marschalls Instruktionen thöricht genug sind anzunehmen, und das durch Heranziehen von Verstärkungen zur ersten Schlacht bei Metz wird, welche die Deutschen die Schlacht von Colombey-Nouilly, die Franzosen das Gefecht von Borny nennen. Die Franzosen, bei denen General Ladmirault den Kampf leitet, verwickeln sich mehr und mehr, ohne doch von ihrer anfänglichen Übermacht entscheidenden Gebrauch zu machen. Von deutscher Seite sind es Truppen des 7. und 1. Corps, Zastrow und Manteuffel, welche den Kampf führen, der mit großer Hartnäckigkeit bis zum späten Abend fortdauert und damit endigt, daß sich die Franzosen hinter die Linie ihrer Forts, Queuleu und St.-Julien, zurückziehen, wohin die Deutschen ihnen nicht folgen können: Grund genug, sich den Sieg zuzuschreiben, für den der Kaiser den Marschall Bazaine, gegen dessen Instruktionen der Kampf geführt worden war, mit den Worten beglückwünschte, daß er den Zauber gebrochen habe. Wäre es ein Sieg gewesen, er würde des Glückwunsches nicht wert gewesen sein. Die Franzosen hatten etwas verloren, was unwiederbringlich war, — 24 Stunden Zeit und damit die Möglichkeit des Rückzuges auf Verdun. Die Verluste waren deutscherseits größer, 4600 Mann, die Franzosen geben den ihrigen auf 3400 Mann an.

Der folgende Tag, der 15., welcher dem großen und einzigen Heiligen des Kaiserreichs, Napoleon I., geweiht war, hatte diesmal

seinen Glanz durch den Übergang über den Rhein oder irgend welches andere kriegerische Schaustück, wo nicht gar den Einzug in Berlin, finden sollen: er wäre würdig genug gefeiert worden, wenn an ihm der Abzug auf Verdun sicher und stetig in Gang gekommen wäre. Tritt man aus dem westlichen Thore von Metz, der Porte de France, so führt die Chaussee zur Linken in südwestlicher Richtung auf Gravelotte, wo sie sich dann in zwei Straßen teilt. Die eine (südliche) führt in gerader Richtung von Ost nach West über die Dörfer Rezonville, Vionville und Mars la Tour auf Verdun; die andere strebt in nordwestlicher Richtung über Doncourt, Conflans, Etain nach demselben Ziele. Diese beiden standen dem Marschall für seinen Abmarsch zur Verfügung. Dieser Abmarsch ging langsam von statten; es war, als sollte die Armee nicht von Metz fort; dank der ungeschickten und schlecht ausgeführten Dispositionen gelangte die erste Marschkolonne (III. und IV. Corps) am 15. spät abends bis St.-Marcel auf der nördlichen, die Spitze der zweiten Marschkolonne (die Kavalleriedivision Forton) nur bis Vionville auf der südlichen Straße; sie stieß hier bereits auf rekognoszierende deutsche Reiterei.

Am 16. früh wurde der Marsch wieder aufgenommen. Der Kaiser seinerseits begab sich auf der nördlichen Straße nach Verdun. „Alles ist zu einer großen Schlacht vorbereitet", telegraphierte er nach Paris, zum Beweise, wie unklar ihm die im Grunde sehr einfache Lage war, „und zwar so, daß ich zunächst für einen Sieg, der vielleicht entscheidend sein wird, garantieren kann." Der große Kriegskundige in Paris aber, der Graf von Palikao, sprach an demselben Tage im gesetzgebenden Körper das gewichtige Wort: „Die Preußen haben darauf verzichtet, die Rückzugslinie unserer Armee zu durchbrechen und die Vereinigung unserer Heere zu verhindern." „Telegramme der Gendarmerie", fuhr er fort, „die aber nicht offiziell sind, melden, daß die Preußen sich auf Commercy (dies liegt westlich von Toul an der Maas) zurückziehen; hieraus folgt, daß sie einen Schlag (échec) erlitten haben." Dieser Stratege wußte freilich nicht, wo er „die Preußen" suchen sollte: aber sehr viel besser war man auch bei der Rheinarmee selbst nicht unterrichtet.

Anders war dies auf deutscher Seite. Die Kavalleriedivision Rheinbaben von der II. Armee war auf das linke Moselufer bei Pont a Mousson übergegangen und hatte am 15. abends südlich von der südlichen Chaussee Biwaks bezogen. Mit grauendem Morgen (16.) setzte sich das 3. Corps (Brandenburger), von Alvensleben II, aus dem Moselthal über das Plateau von Gorze nach jener Straße in Bewegung. Die Rekognoszierungen ergaben, daß die Franzosen ihre Vorposten längs der Straße hatten; hinter denselben waren ausgedehnte Zeltlager

sichtbar. General von Alvensleben II wußte nun, was er zu thun hatte: er mußte den Feind festhalten; die Möglichkeit war gegeben, ihm den Rückzug zu verlegen — eine Aufgabe, welche allerdings nur gelöst werden konnte, wenn die wenigen Truppen, über welche er zunächst verfügte, gegen eine gewaltige Übermacht so lange standhielten, bis Verstärkungen herankommen konnten, die übrigens an diesem Tage nur in einem zur äußersten Not ausreichenden Maße zu erwarten waren.

So kam es zu der zweiten der Schlachten um Metz, welche ihren Namen von den beiden Dörfern an der südlichen Straße, Vionville-Mars la Tour, trägt, und die, was Opfermut, Tapferkeit, Leistungsfähigkeit der Truppen, allseitige Tüchtigkeit der Führung betrifft, wohl unter allen Kämpfen dieses furchtbaren Krieges den Preis davontragen möchte. Das Schlachtfeld bildet die Hochfläche, welche westlich von Rezonville zu beiden Seiten der Straße liegt. Den Kampf eröffnete ein Angriff der Reiterdivision von Rheinbaben von Westen her, welcher die Franzosen in ihren Lagern überraschte. Die Granaten schlugen in diese Lager ein: nach der ersten Verwirrung ordnen sich die zwei Corps Frossard und Canrobert und stellen sich Front gegen Westen, zwischen St.-Marcel über Rezonville bis südlich von der Straße; bis zum Mittag kämpft das brandenburgische Corps allein gegen die beiden französischen Corps, denen es Vionville und Flavigny entreißt. Die Brandenburger behaupten diese Stellung der Langsamkeit und Unentschlossenheit der französischen Führung gegenüber; gegen 12 Uhr langen die ersten Verstärkungen des 10. Corps an. Marschall Bazaine selbst aber ist hier zur Stelle; um 12½ Uhr läßt er zwei Reiterregimenter, Lanciers und Gardekürassiere, zum Angriffe vorgehen; der Stoß bricht sich am Schnellfeuer der 52er; als zwei preußische Husarenregimenter zur Verfolgung vorbrechen und die Reiter in eine Batterie der Garde eindringen, hätte der französische Obergeneral selbst beinahe das Glück gehabt, in preußische Gefangenschaft zu geraten. Aber die Schwäche der deutschen Streitkräfte läßt sich nicht lange verbergen, während nun auch das III. und IV. französische Corps, Leboeuf und Ladmirault, das erstere gegen den linken deutschen Flügel, heranrücken. Canrobert beschließt, Vionville im Centrum zurückzuerobern: um diese Angriffsbewegung, welche bei der französischen Übermacht für das Schicksal des Tages entscheidend werden kann, zu hemmen, läßt General von Alvensleben II die 6. Kavalleriedivision des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg — eine Infanteriereserve ist nicht mehr zur Stelle — vorgehen, welche bis auf geringe Entfernung heranreitet, von furchtbarem Feuer empfangen wird und keinen weiteren Erfolg erzielen kann. Wenigstens Zeit wird dadurch gewonnen, da der

französische Führer diesen Moment, wo der entscheidende Erfolg errungen werden konnte, nur benutzte, um ermüdete Truppenteile ablösen zu lassen. So vergehen langsam die Stunden; der Tag ist noch lang; um 3 Uhr wiederholt sich dringender die Gefahr im Centrum, und noch einmal wird sie durch einen Reiterstoß abgewendet, der in der Kriegsgeschichte seinesgleichen sucht. Das Unglaubliche geschieht: drei Schwadronen vom Magdeburgischen Kürassierregiment Nr. 7, drei Schwadronen vom Altmärkischen Ulanenregiment Nr. 16, 900 Pferde, werfen sich unter Generalmajor v. Bredow dem anrückenden feindlichen Corps, dem sicheren Tode entgegen; sie brechen ein in die feindlichen Batterieen mit Pallasch und Lanze; sie eilen weiter, überreiten, zersprengen feindliche Infanterie: aber die Ordnung löst sich, vergebens ertönt das Signal zum Sammeln; die französische Reiterdivision Forton kommt heran: einzeln, in kleinen Trupps, mit atemlosen Pferden müssen die unvergleichlichen Reiter ihren Rückzug sich brechen durch die Infanteriemassen, die sie eben durchrissen, die hinter ihnen sich wieder geschlossen haben; über ein Drittel kehrt nicht wieder. Aber der Zweck ist erreicht, das französische Centrum, zwei Armeecorps, setzt seine Bewegung nicht fort: „Wir haben nicht glauben können", sagte der Generalstabschef vom Corps Canrobert, General Henri, später dem Grafen Schmettow, der die Kürassiere befehligte, „daß zwei Regimenter so wahnwitzig in des Todes Rachen jagen würden, wenn sie nicht bedeutenden Rückhalt hinter sich hatten."

Um diese Zeit, 3 Uhr, treffen neue Verstärkungen — 10. Corps, Hannoveraner, Westfalen, Oldenburger unter Voigts-Rhetz — auf dem Kampfplatze ein, alle nach langem, anstrengendem Marsche. Auch der linke deutsche Flügel ist noch immer schwer bedroht. Auch hier aber gelingt es, durch kecken Angriff den Feind zu verblüffen; auch hier wirft sich in den gefährlichsten Augenblicken die Reiterei (1. und 2. Gardedragonerregiment) dem vordringenden Feinde entgegen. Französischerseits ist kein folgerichtiger Plan zu verspüren: die Besorgnis, die Bazaine für seinen linken Flügel hegte — derselbe möchte von Metz abgedrängt werden —, lähmte die Angriffskraft seines rechten gegen Mars la Tour, und von 6 Uhr abends an gestaltete sich das Gefecht für die deutschen Waffen günstiger.

Seit 4 Uhr befand sich der Oberbefehlshaber selbst, Prinz Friedrich Karl, nachdem er mit einem Gewaltritt 3 Meilen (von Pont a Mousson) in einer Stunde zurückgelegt, zur Stelle. Gegen 6 Uhr treffen neue Regimenter, Rheinländer vom 8., später die hessische Brigade vom 9. Corps, auf dem rechten Flügel ein, mit denen es gelingt, das Gefecht bis zum Eintritt der Dunkelheit hinzuhalten. Noch ein Reiterangriff folgte, als die Dämmerung schon eingetreten war: es

ging auf 10 Uhr, als die letzten Schüsse fielen und die furchtbare Schlacht, die 12 Stunden gedauert hatte, sich zu Ende neigte. Der Verlust war auf beiden Seiten nahezu gleich: 15 000 Preußen, 16 000 Franzosen; aber jene hatten 60 000, diese 120 000 Mann zur Verfügung gehabt.

Beide Teile biwakierten auf dem Schlachtfelde, und daß unter diesen Umständen die Franzosen sich des Sieges rühmten und auch besonnene französische Schriftsteller, einmal im Zuge, das Wort Niederlage von dem deutschen Heere fallen lassen, läßt sich nicht anders erwarten. Sie konnten es, weil die Niederlage noch nicht vollendet war, in die sie aber bereits unrettbar verstrickt waren. Die Lage war einfach die, daß nur ein vollständiger, unzweifelhafter Sieg dem französischen Heere die Rückzugsstraße, um die es ihm zu thun sein mußte, frei machen konnte. Diese Rückzugsstraße aber war am Abend des 16. in deutschen Händen: taktisch, sagen die Fachmänner, war der Kampf bei Mars la Tour eine unentschiedene Schlacht, strategisch war es — und dies leuchtete im ersten Augenblick auch dem Laien ein — ein großer deutscher Sieg. Für den Rückzug hatte Bazaine nun noch die zwei nördlichen Straßen, die über Conflans und Etain und die noch weiter nördlich gezogene, die in langem Bogen nach Verdun oder nördlich um Verdun herum ihn nach Chalons führen konnte; aber es ist klar, daß seine Truppen nach einer Schlacht, wie die des 16. war, nicht am anderen Tage, einen starken Feind in der Flanke, diesen Marsch antreten konnten. Er brauchte mindestens 24 Stunden, um seine Munition zu ergänzen und für die mannigfaltigen Bedürfnisse eines solchen Marsches zu sorgen; er gab also die Befehle, nach welchen seine Truppen wieder näher an die Festung herangezogen wurden. Aber ehe 24 Stunden verstrichen waren, hatten die Deutschen eine Macht beisammen, dreimal so groß, als diejenige war, die er mit doppelter Übermacht, mit ausgeruhten Truppen, in zwölfstündigem Kampfe nicht hatte überwinden können.

Am 17. früh erschien König Wilhelm auf dem Schlachtfelde und traf mit klarem Blicke die nötigen Anordnungen. Den Truppen, welche am Tage zuvor gefochten hatten, wurde der 17. als Ruhetag gegönnt; die übrigen, I. und II. Armee — mit Ausnahme des 1. Corps, welches mit einer Reiterdivision am rechten Moselufer zur Beobachtung zurückblieb, — rückten gegen die Rückzugsstraßen des Gegners vor. Am 18. sollte das französische Heer mit ganzer Kraft angegriffen werden. Es mußte eine entscheidende Schlacht werden, und der König selbst übernahm den Befehl; die Meldungen sollten nach der Höhe östlich von Flavigny, eine halbe Stunde südöstlich von Vionville, gerichtet werden.

Den vorbereitenden Bewegungen, welche der besonderen Kriegsgeschichte angehören, darf unsere Darstellung nicht folgen. Die französische Armee, etwa 140 000 Mann im ganzen, hatte am 18. ihre neue Stellung bezogen. Sie nahm ihre Aufstellung auf dem Plateau westlich von Metz und bildete eine von Süden nach Norden in einer Ausdehnung von $1^3/_4$ Meilen gerichtete Linie, welche von St.-Ruffine südlich der Straße Metz-Gravelotte bis Roncourt nördlich der Straße Metz-Briey reichte. Es standen von der linken zur rechten die Corps II., III., IV., VI., Frossard, Leboeuf, Ladmirault, Canrobert; Reserve und Gardecorps hinter dem linken Flügel auf der Höhe von Plappeville am nächsten an Metz. Die Stellung war sehr stark; vor dem größeren Teil der nach Westen gerichteten Front, dem linken Flügel und Centrum, floß in tiefer Schlucht der Mancebach, welcher bei Ars sur Moselle südlich von Metz in die Mosel fällt. Der Marschall selbst nahm seinen Platz auf der Höhe von St.-Quentin hinter dem linken Flügel: auch hier tritt die Besorgnis hervor, von Metz abgedrängt zu werden, während der Gedanke der deutschen Heeresleitung vielmehr der war, ihn nach Metz hineinzuwerfen, das vielleicht weniger überwindlich war, wenn es 140—180 000 Mann, als wenn es nur 20 000 Mann beherbergte. Morgens 6 Uhr traf König Wilhelm auf der Höhe von Flavigny ein, von wo er die Schlacht leitete. Die Truppen setzten sich, nach Dispositionen, welche den Corpsführern den allgemeinen Plan des Angriffs deutlich gegenwärtig hielten, in Marsch, so zwar, daß die I. Armee unter General Steinmetz, 7. und 8. Corps, den rechten Flügel bilden, die II. unter dem Prinzen Friedrich Karl links sich anschließend gegen das französische Centrum und den rechten Flügel marschieren sollten. Es waren von der Rechten zur Linken das 9., das Gardecorps und das 12. (sächsische), hinter ihnen in Reserve das 3. und 10., die Helden vom 16. August; der Marsch der Sachsen richtete sich auf St.-Marie aux Chênes, welches auf der Straße Metz-Briey gelegen ist. Eine Umfassung des rechten feindlichen Flügels also sollte die Entscheidung bringen, und bis diese möglich wurde, hatten die Truppen des rechten deutschen Flügels und des Centrums, das 7., 8., 9. Corps, den Feind zu beschäftigen und festzuhalten.

Im Centrum bei Verneville eröffnete das letztgenannte, Hessen und Schleswig-Holsteiner, deren Artillerie besonders gerühmt wird,*) um

*) In der sachkundigen Darstellung von Karl Junk in: „Unsere Zeit, neue Folge, Bde. 8 und 9", jetzt zu einem zweibändigen Werke: „Der Deutsch-Französische Krieg", Leipzig, Brockhaus 1876, vereinigt, der wir uns vielfach verpflichtet bekennen, und die wir unter der ausgedehnten Litteratur über den Krieg vorzugsweise empfehlen zu können glauben.

12 Uhr den Kampf gegen das IV. französische Corps; um 1 Uhr folgte das Feuer aus den Batterieen des rechten Flügels von den Höhen östlich von Gravelotte, am rechten Ufer des Mancebaches; kurz vor 2 Uhr traf das Gardecorps bei St.-Ail (nördlich von Verneville) ein und ließ seine Artillerie auffahren: zusammen gegen 230 deutsche Geschütze waren um diese Zeit in Thätigkeit, und es gilt der Tag von Gravelotte als der besondere Ehrentag dieser Waffe. Der Infanteriekampf bewegte sich zunächst im Centrum um die Gehölze bei Verneville.

Hinter dieser Linie setzten die für die entscheidende Aktion des Tages, die Umfassung der feindlichen Rechten bestimmten Corps und die Reserven ihren beschwerlichen und langen Marsch fort, der für das auf der äußersten Linken marschierende sächsische Corps, das von sechs Uhr an in Bewegung war, mindestens vier Stunden betrug. Auf dem rechten Flügel und im Centrum stand das Gefecht; bis sechs Uhr hatten die Franzosen hier, von St.-Ruffine bis Amanvillers, wenig Boden verloren und ihre festungsartige Stellung behauptet; wo deutscherseits ein Sturmangriff versucht wurde, ward er unter schweren Verlusten, welche die Überlegenheit des weittragenden Chassepotgewehres für solche Verteidigungen bekundeten, zurückgewiesen. Mit der eigenen Offensive aber beeilten die Franzosen sich nicht. Dem Marschall galt es vor allem, um keinen Preis sich von Metz abdrängen zu lassen, und er mochte denken, erst wenn der Gegner sich in vergeblichem Ringen erschöpft habe, zu einem Angriffe seinerseits überzugehen. Für seinen rechten Flügel scheint er, ein Beweis, wie wenig er seiner Aufgabe gewachsen war, nichts gefürchtet zu haben.

Eben hier aber, bei St.-Marie aux Chênes, St.-Privat und Roncourt begannen von 5 Uhr an die Ereignisse, welche das Schicksal des Tages, und mehr als dies, unwiderruflich entschieden.

Bei dem ersten der genannten Dörfer hatte der Prinz August von Württemberg mit der Gardeinfanterie eine zuwartende Stellung eingenommen, bis das sächsische Corps die Umfassung des Corps Canrobert auf dem rechten französischen Flügel vollendet haben würde. Weil er aber fürchtete, daß die Dämmerung einbreche, ehe die Entscheidung herbeigeführt werden könne, ließ er kurz nach 5 Uhr — sehr früh — das furchtbare Wagnis eines Angriffes auf St.-Privat befehlen. Das Terrain zwischen St.-Marie und dem 322 Meter hoch gelegenen St.-Privat la Montagne ist frei; die Häuser und Gehöfte des letzteren Dorfes hatten die Franzosen, Meister in dieser Kunst, zu einer wahren Citadelle gemacht; Mitrailleusen, Kanonen, Chassepots lassen ihren Hagel auf die in stolzer Haltung, würdig der ersten Truppe des deutschen Landes, vorgehenden Garderegimenter Kaiser Franz und Königin Augusta regnen: die Stabsoffiziere bleiben zu Pferde, bis

ihnen die Tiere unter dem Leibe erschossen werden; unter einem Feuer, wie keiner, der die beiden letzten Kriege mitgemacht, es erlebt, eilen sie, in jeder Minute von neuem gezehntet, vorwärts, bis sie selbst Feuer geben können auf den unsichtbaren Feind. Aber ihr Heldenmut bringt nicht durch: man muß mit dem Infanterieangriffe warten, bis die Sachsen vom Norden her eingreifen können. Gegen 6 Uhr waren diese endlich vor Roncourt angelangt, das von den Franzosen, die sich auf St.-Privat konzentrierten, geräumt wurde. Der Angriff auf diesen Stützpunkt der französischen Stellung wurde jetzt zur rechten Zeit erneuert, die Sachsen griffen von Norden, die erste preußische Gardedivision von Westen und Süden an; nach einem hartnäckig-blutigen Kampfe von Haus zu Haus, von Gehöft zu Gehöft räumten die Franzosen, schon brach die Dämmerung ein, um 8 Uhr die Stellung und zogen sich längs der Straße zurück. Mit dem Abzuge nach Verdun war es hier nichts mehr.

Während hier die Entscheidung errungen wurde, hatten die französischen Corps des Centrums ihre Stellung behauptet. Erst gegen 8 Uhr abends, als schon auf dem entgegengesetzten Ende die Entscheidung so gut wie sicher war, raffte sich ihr linker Flügel zu einem energischen Angriffe gegen den rechten deutschen Flügel auf. Mit Schützenschwärmen, denen dichte Kolonnen folgen, brechen sie gegen die Truppen des 7. und 8. Corps vor, werfen sie in ungestümem Anlauf in das Thal der Mance, bringen gegen die Brücke östlich von Gravelotte: der letztere Ort, der voll Verwundeter liegt, wird rasch für den äußersten Fall zur Verteidigung eingerichtet. Aber der Angriff bricht sich, noch ehe er das Defilee von Gravelotte erreicht; und eine halbe Stunde später sind die Pommern zur Stelle, 2. Corps (Franseky), denen General Moltke selbst entgegengeritten ist; sie bringen, nach langem Marsche dennoch mit frischen Kräften, vor und gelangen noch bis zum brennenden Gehöft Point du Jour. Der Kampf hört auf, aber sie biwakieren in strenger Gefechtsbereitschaft, Gewehr im Arm und in Reih und Glied, da hier der Feind noch nahe und nicht besiegt ist. Er räumte diesen Teil seiner Position erst am Morgen des 19., während das VI. und IV. Corps, rechter Flügel und Centrum, zum Teil nicht mehr in guter Verfassung, ins Moselthal zurückgekehrt waren. Dem König von Preußen verkündete Moltke spät am Abend noch den unzweifelhaften Sieg; doch war man die Nacht hindurch auf verzweifelte Versuche der Franzosen gefaßt, und noch nach $10^1/_2$ Uhr ward die Stille der Nacht durch eine Massensalve von der französischen Hauptstellung aus unterbrochen. Für den König hatte man in Rezonville ein dürftiges Zimmerchen ausgemittelt, wo er die Nacht zubringen konnte.

Die Einwohner von Metz wußten, was ihnen bevorstand. Von

der Esplanade, wo sonst allabendlich Musik die Müßigen herbeilockte, und von der aus die letzten Positionen des linken französischen Flügels gesehen werden konnten, waren sie, in dichter Menge versammelt, dem Kampfesdonner gefolgt; einige nahmen mit dem frühsten ihren Beobachtungsposten wieder ein. Was sie hier sahen, ließ keinen Zweifel: in langen Kolonnen bedeckten zurückziehende französische Truppen die Chaussee, welche von Gravelotte nach Metz führte: die Schlacht war verloren.

Diese Schlacht bei Gravelotte war die dritte und entscheidende der Schlachten um Metz, welche zusammen nach Umfang und Bedeutung einen Kampf bilden, der nur mit der Völkerschlacht bei Leipzig sich vergleichen läßt: nur daß es diesmal glücklicherweise keine Völkerschlacht war, sondern ein Kampf, den deutsche Kraft allein führte und allein zu Ende brachte. Die Opfer wie die Ehre verblieben der deutschen Nation, wenn auch der Gewinn schließlich dem ganzen Europa zu gute kam. Die dritte dieser Schlachten war die verlustvollste, überhaupt war sie die blutigste des ganzen Krieges: 19 000 Mann und 904 Offiziere auf deutscher, 11 700 Mann und 600 Offiziere auf französischer Seite. Unter den Niederträchtigkeiten, mit denen später die Stimmführer des französischen Publikums die Last der Schande sich zu erleichtern suchten, fand auch die eine Stelle, daß die Preußen ihre deutschen Verbündeten überall da verwandt hätten, wo der Streit am härtesten gewesen; es verdient deshalb erwähnt zu werden, daß in diesem schwersten Kampfe des Krieges der Verlust der preußischen Truppen, von denen etwa 100 000 in erster Linie im Gefecht waren, 15 400 Mann mit 700 Offizieren, der der Sachsen 1800 Mann und 89 Offiziere, der der Hessen 1700 Mann und 71 Offiziere betrug: die preußische Garde allein aber hatte zu der traurigen Liste mehr als die Hälfte gestellt, 7785 Mann und 315 Offiziere.

Es durfte nicht anders sein, denn hier ward keine improvisierte, keine aus der glücklichen oder unglücklichen Eingebung des Augenblicks entsprungene Schlacht geschlagen, sondern es war eine große kriegerische Aufgabe, welche die Umstände gebieterisch stellten, nach wohlüberdachtem Plan mit den unerläßlichen Opfern, welche die außergewöhnlich günstige Stellung und die noch ungebrochene Tapferkeit des Feindes ungewöhnlich groß machte, energisch und folgerichtig durchgeführt worden. „Die französische Armee in sehr starker Stellung westlich von Metz heute unter meiner Führung angegriffen, in neunstündiger Schlacht vollständig geschlagen, von ihren Verbindungen mit Paris abgeschnitten und gegen Metz zurückgeworfen", lautete das erste Telegramm des Königs von Preußen, das vom Biwak bei Rezonville neun Uhr abends datiert war: „Was nun das Schicksal des Feindes sein wird, der in

Bismarck. König Wilhelm. Prinz Karl. Roon. Prz. Friedr. Karl. Moltke.

König Wilhelm bei Rezonville am 18. August 1870.

(Von Gustav Bartsch.)

dem sehr festen Lager um Metz zusammengedrängt steht", fügt ein Brief an die Königin vom 19. hinzu, „ist noch nicht zu berechnen."

c. Die Katastrophe von Sedan.

Nichtsdestoweniger berechnete man in dem deutschen Hauptquartier sofort alles, was etwa berechnet werden konnte. Auch hier, nach diesem zweiten großen Erfolge, tritt die geschäftsmäßige Klarheit und Solidität im einzelnen, die neben dem großartigen Überblick über das Ganze die deutsche Heeresleitung auszeichnet, zu Tage. Was geschehen mußte, um die großen Erfolge vom 14., 16. und 18. August zu sichern, geschah sofort ohne Säumen, und es geschah so, daß nichts dem Zufall, geschweige denn, wie im französischen Lager, der bloßen Phrase überlassen blieb. Zunächst war soviel erreicht, daß der beste Teil des französischen Heeres — als solchen hatte sich die Rheinarmee in den drei Schlachten erwiesen — in die Festung zurückgeworfen war, welche für eine solche Masse unmöglich sehr lange mit Lebensmitteln versehen sein konnte. Für die nächsten 6—8 Tage zum mindesten war diese Armee zu einem Durchbruchsversuch unfähig: diese Tage mußten so benutzt werden, daß ein solcher Durchbrechungsversuch überhaupt aussichtslos wurde. Noch am Abend des 18. gelang es sächsischer Kavallerie, die Verbindung zwischen Metz und Thionville zu unterbrechen. Seit dem 19. hatte Bazaine keine telegraphische Verbindung mehr mit der Außenwelt, was jeden etwaigen Entsatzversuch unter den gegebenen Umständen fast aussichtslos machte: am gleichen Tage war die deutsche Armee bereits am Werke, sich rings um Metz einzurichten und die natürliche Festigkeit der Stellungen um die große Moselfeste her durch Schanzen, Schützengräben u. s. w. zu erhöhen, die Straßen und Brückenübergänge durch Verhaue zu sperren. Zu diesem Zwecke, die große Gefangene, die französische Rheinarmee, zu bewachen, blieben nicht weniger als sieben Armeecorps der I. und II. Armee, nämlich das 1.—3., 7.—10. unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl zurück — eine Macht von mindestens 160 000 Mann, welcher von Deutschland her alsbald noch Verstärkungen, Landwehren und das letzte, dort überflüssige (13.) Armeecorps zuzogen, und welche somit jeder Angriffsmöglichkeit gewachsen war. Aus den übrigen, dem Gardecorps, dem sächsischen und dem 12., und vier Kavalleriedivisionen wurde eine neue, die IV. oder Maasarmee gebildet, welche unter den Oberbefehl des Kronprinzen Albert von Sachsen — General Steinmetz trat nach der Schlacht von Gravelotte vom Kommando zurück und ward durch General Manteuffel ersetzt — gestellt wurde und bestimmt war, zusammen mit der III. Armee, der des Kronprinzen von Preußen,

gegen die eine noch übrige französische Feldarmee, die des Marschalls Mac Mahon, zu operieren. Beide Armeen zusammen hatten eine Stärke von 240 000 Mann.

Was die Armee des Kronprinzen von Preußen betrifft, so hatte dieselbe vom 16. August an ihr Hauptquartier zu Nancy an der Mosel, stand also nahe genug, um während dieser Tage großer Entscheidung im ungünstigen Falle zur Verfügung zu stehen. Dieselbe hatte ihren Sieg vom 6. verfolgt. Die badische Division, erinnern wir uns, war von ihr abgetrennt worden und marschierte ohne Aufenthalt südwärts: ihre Reiterbrigade erschien am 7. früh vor Hagenau, nahm die Stadt durch Überraschung und holte sich darin noch hundert Gefangene: am 12. langte die Division vor Straßburg an, und schon am 15. war die Einschließung dieser Festung vollendet. Die übrige Armee setzte ihren Marsch nach Westen fort. Die kleinen Vogesenfestungen Lichtenberg und Lützelstein wurden, diese am 9., jene am 10. genommen, wogegen sich das feste und wohlbesetzte Pfalzburg hielt: man mußte sich begnügen, den letzteren Platz ebenso wie Bitsch einzuschließen. Am 10. überschritt das Heer den Kamm der Vogesen: am 12. abends empfing der Kronprinz den vergoldeten Schlüssel der Stadt Luneville, welchen der Maire der offenen Stadt einer Husarenpatrouille zu übergeben nicht umhin gekonnt hatte. Am gleichen Tage hatten, wie schon erwähnt, eine Anzahl Ulanen Besitz von der alten Hauptstadt Lothringens Nancy ergriffen, wo sie ein sehr bescheidenes Mittagessen requirierten: am 16. erreichte der Kronprinz die Stadt, wie überall bemüht, den Einwohnern die peinlichen Notwendigkeiten des Krieges so wenig drückend als möglich zu machen. In seiner Proklamation vom 18. finden sich die Worte: „Deutschland führt Krieg gegen den Kaiser der Franzosen, nicht gegen die Franzosen", welche, wenngleich die Worte vielleicht allzu milde und nicht ganz glücklich gewählt waren, vernünftigerweise keinen anderen Sinn haben konnten, als den, welchen auch die Proklamation des Königs vom 11. ausdrückte: die Kriege civilisierter Völker der christlichen Zeit und des 19. Jahrhunderts sind Kämpfe zwischen Staat und Staat — zwischen den Genien der Staaten, wie ein Mann von Geist sich ausgedrückt hat*) —, sie schließen nicht, wie die des Altertums und des Barbarentums, Feindschaft aller Individuen des einen Staates gegen alle Individuen des anderen in sich. Nachdem die Entscheidung bei Metz gefallen, setzten beide Armeen, die III. und die IV., gleichzeitig sich auf Chalons in Marsch, wo, wie man annehmen durfte, der Feind zu finden war. Den geraden Weg für die Armee des Kronprinzen sperrte die Festung Toul,

*) Niebuhr.

welche nicht ohne förmliche Belagerung genommen werden konnte: die milden Kapitulationsbedingungen, welche man dem Kommandanten bot, hatten ebensowenig Erfolg wie die Beschießung der Stadt aus Feldgeschützen am 23; auch diese Festung mußte zunächst nur eingeschlossen bleiben. Die Armee schlug den südlichen Weg über Vaucouleurs ein; am 23. war das Hauptquartier des Kronprinzen zu Ligny, das königliche zu Bar le Duc. Am 24. wurde der König zu Ligny zum Besuche erwartet. Während die Offiziere sich zum Empfang ihres Oberbefehlshabers bereit hielten, auch die Bevölkerung ihrer Neugier keinen Zwang anthat, erhielt der Kronprinz durch einen heransprengenden Husaren die bedeutungsvolle Nachricht, daß Chalons vom Feinde geräumt sei.

Dem war so: als die rekognoszierenden Dragoner an der Marne anlangten, fanden sie das berühmte Lager geräumt und überall die Spuren eines eiligen Abzuges.

Um die militärischen Ereignisse, welche dieser Abzug einleitete, zu verstehen, muß man einen Blick auf die politische Lage Frankreichs werfen, wie sie sich mittlerweile gestaltet hatte. Was den Sieg der Deutschen erleichterte und schließlich so vollständig machte, das war die politische Desorganisation, welcher Frankreich bereits verfallen war und mit jedem Tage mehr verfiel; es waren schon jetzt nicht mehr die militärischen Rücksichten allein, welche den Gang der Operationen im Felde bestimmten.

Was die breite Masse des Publikums betrifft, welche von der Speise lebt, die ihm das nächste gute oder schlechte Tagesblatt reicht, so war es natürlich nicht schwer, ihr die drei Tage vor Metz als französische Siegestage darzustellen und die Verluste der Preußen, die in Wirklichkeit sehr groß waren, ins Ungeheuerliche zu übertreiben. Die französische Presse, auch die verständigere, fand anfangs, daß die Lage offenbar sich seit einigen Tagen gebessert habe. Allerdings erregte es Unruhe, daß von der französischen Armee in Verdun nichts bemerkt wurde: mit fieberhafter Spannung wartete man auf die Nachricht der glücklichen Ankunft: die Staubwolken, welche das Herannahen des Heeres ankündigten, wollten sich nicht zeigen, obwohl sie der und jener gesehen haben wollte. Aber man tröstete sich, wie vorher mit dem „strategischen Rückzug", den Bazaine einschlage, so jetzt mit einem Plan, der bestimmt sei, die Preußen, indem er sie vor Metz festhalte, um so sicherer zu vernichten: ein und das andere Blatt verstieg sich schon wieder zu der Behauptung, daß in Wahrheit das französische Heer näher an Berlin als das deutsche an Paris sei. Aber die Täuschung hielt diesmal nicht lange vor. Man mußte sich doch allmählich entschließen, die Wahrheit sich zu gestehen, daß die Rheinarmee noch „nicht degagiert", daß Bazaine einstweilen von Paris ab-

geschnitten sei: und auch von den Thaten der Flotte verlautete nichts, die einstweilen in der Nord- und Ostsee umherfuhr und sich begnügen mußte, die Blockade der Küste aufrecht zu erhalten, dann und wann mit einem kecken deutschen Kriegsfahrzeuge ein paar Schüsse zu wechseln oder einige spärliche Prisen zu machen. Dergleichen peinliche Zeiten mit Würde zu tragen, ging über das Maß sittlicher Kraft, das dem französischen Volke zu Gebote stand. Eine Schrecken erregende Gemeinheit und Verworfenheit der Gesinnung zeigte sich — nicht überall, aber doch vorwiegend und nicht bei dem Pöbel allein — in der Behandlung der Kriegsgefangenen, welche in französische Hände gefallen waren*), und in den Nichtswürdigkeiten, denen sich die in Frankreich angesessenen Deutschen ausgesetzt sahen. Auf diesen Krieg gegen Wehrlose, gegen Greise, Kinder, Frauen verstand sich dieses Volk, dem mehr und mehr der Sinn für ritterliche Ehre abhanden kam, meisterhaft. Im gesetzgebenden Körper hatte der eine Eugen Pelletan Mut und Ehrgefühl genug, sich der vollkommen barbarischen Maßregel der Massenausweisung der Deutschen aus Frankreich zu widersetzen und darauf hinzuweisen, daß es gegen solche Fremde, welche sich zu Spionendiensten hergeben, Militärgesetze gebe: bald hier, bald dort mußten der krankhaften Erregung gegen angebliche Spione Opfer gebracht werden, und die Maßregel der Ausweisung selbst, mehr noch die Art, wie sie in Vollzug gesetzt wurde, drückt der Nation ein Brandmal auf, das sie selbst, nicht bloß ihren Pöbel schändet. Die Strafe ließ nicht auf sich warten. Wo man dem Haß die Zügel schießen läßt, da wird er nicht Halt machen vor seinem nächsten Gegenstande, und was Frankreich von den aufgestörten Leidenschaften seiner eigenen Bevölkerung zu erwarten hatte, das zeigte schon am 14. ein Vorgang in Paris, wo eine mit Dolchen und Revolvern bewaffnete Pöbelrotte einen Wachtposten an der Kaserne der Pompiers auf dem Boulevard von Villette überfiel und, nachdem sie einige getötet, sich zerstreute.

Das Schlimme aber war, daß die Desorganisation in den oberen Regionen diesen wilden Kräften eine Zukunft sicherte. Der Kaiser selbst bedeutete dort nichts mehr; die Angriffe, welche am 11. im gesetzgebenden Körper gegen seinen Generalsstabschef Leboeuf gerichtet wurden, und bei denen Thiers die Unfälle der Armee den Führern, „deren Unfähigkeit ohnegleichen war", zuschrieb, galten in Wahrheit ihm selbst. Einige Tage später zeigte der Kriegsminister Graf Palikao der Kammer an, daß die Demission des Marschalls Leboeuf vollzogen und

*) Mündliche Berichte, die man da und dort von solchen, welche das Unglück hatten, in französische Kriegsgefangenschaft zu fallen, hat sammeln können, bestätigen durchaus, was die gedruckten Quellen bringen.

der Marschall Bazaine mit dem Oberbefehl über alle Armeecorps bekleidet sei. Offen forderte Gambetta in dieser Sitzung (13.) die Kammer auf, ihre Wahl zu treffen zwischen dem Heile des Landes und dem der Dynastie, und sprach in der folgenden geheimen Sitzung das Wort Absetzung aus. In derselben Sitzung ward ein Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses für die Nationalverteidigung gestellt und statt dessen beschlossen, daß die Abgeordneten Paris nicht verlassen und täglich, wenn auch keine öffentliche Sitzung anberaumt sei, im Lokal des gesetzgebenden Körpers sich versammeln sollten. Es bezeichnete den ungesunden Zustand des Landes, daß so in diesem Augenblick, wo die Regierung der vollsten und ungehemmtesten Kraft bedurft hätte, die Kammer sich als Mit- oder Nebenregierung aufthat, mit der die Minister, die doch alle Hände voll zu thun hatten, täglich und stündlich sich auseinanderzusetzen hatten; die Linke hielt sich bereit, die Zügel der Gewalt zu ergreifen, während für den Augenblick noch die dynastische Partei obenauf war.

Mittlerweile fielen die Entscheidungen bei Metz; man erwartete Mitteilungen der Regierung. Magerere Kost nach gewaltigeren Ereignissen ist niemals einer Volksvertretung vorgesetzt worden als die Mitteilungen, zu denen sich das Haupt des letzten kaiserlichen Ministeriums herbeiließ. „Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze", sagte Graf Palikao am 18. den Kammern, „lauten gut. Die Preußen haben einen Waffenstillstand nachgesucht, um ihre Toten zu beerdigen, sie haben auch ihren Vormarsch auf Bar le Duc eingestellt. Endlich ist es auch gewiß, daß ein ganzes Kürassiercorps, das des Grafen Bismarck, vernichtet ist": — es versteht sich, daß der letzteren Nachricht, welche ein Schatten vom Todesritt der drei Schwadronen Magdeburgischer Kürassiere zu sein scheint, der Beifallssturm nicht fehlte. „Auch bei Schlettstadt", so fuhr dieser Kriegsminister ohnegleichen fort, „hat ein kleines Engagement stattgefunden. Endlich spricht eine preußische, durch Belgien beförderte Depesche nur von einem Kampfe, nicht aber von einem Siege; schon daraus folgt, daß die Preußen einen Schlag erlitten haben."*) Am 19. setzte er diese wertvollen Mitteilungen fort, nach-

*) Man kann noch zur Ergänzung seine Aussage im Prozeß Bazaine am 5. Nov. 1873 hersetzen. Präsident: Am 18. August sollte die Chaloner Armee nach Verdun marschieren. Palikao: Ja! Die Armee hatte dort nur 60 000 Sachsen vor sich, deren Angriff auf Verdun die tapfere Nationalgarde in dieser Stadt schon zurückgeschlagen hatte. Die 120 000 Mann Mac Mahons würden dieselben leicht über den Haufen geworfen haben, und da die Schlacht jenseit der Maas stattfinden mußte, so hätte der Kanonendonner Bazaine, der am 16. dem Feind eine Niederlage gebracht hatte, auf das Schlachtfeld geführt und die Preußen würden in die M geworfen worden sein."

dem 30 Stunden verstrichen waren, ohne daß die Regierung etwas veröffentlicht hätte. „Die Preußen haben Gerüchte verbreitet, denen zufolge sie am 18. den Sieg davongetragen hätten. Ich muß diese Gerüchte Lügen strafen: die Wahrheit ist, daß am 18. drei preußische Corps vereint den Marschall Bazaine angegriffen haben, und daß der Feind in die Steinbrüche von Jaumont zurückgeworfen worden ist." Wer auf einer sehr speciellen Specialkarte der Umgegend von Metz lange suchte, fand, was selbst in Metz wohl nur wenige wußten, daß diese wunderbaren Steinbrüche, in welche 70000 Mann geworfen werden konnten, in der Nähe von St.-Privat lagen; es hinderte nicht, daß diese Steinbrüche und die vernichteten „weißen Küraſſiere des Herrn von Bismarck" in der Presse und in der Phantasie des Volkes eine große Rolle spielten. Einige Tage später (22.) erfuhr Publikum und Kammer, daß, da seit zwei Tagen infolge der Unterbrechung der telegraphischen Linien die Regierung keine Depeschen von der Rheinarmee erhalten habe, sie Grund habe zu denken, daß der vom Marschall Bazaine festgestellte Plan noch nicht zur Ausführung gekommen sei: während in ganz Europa jeder einigermaßen denkende Zeitungsleser mit der Bedeutung der Kämpfe um Metz im reinen war, mußte sich der französische Senat mit der Notiz begnügen, daß der Marschall am 18. nach einem neunstündigen Kampfe dazu gelangt sei, den Feind zurückzudrängen und alle seine Positionen zu behaupten, ohne das Wo, Wann, Wie und Wielange zu erfahren. Allmählich begann der wachsenden Opposition im gesetzgebenden Körper die Geduld auszugehen. Am 23. verlangte Gambetta, der allerdings in einem späteren Stadium des Krieges die Nachrichten in seiner Art auch nicht sparte, nachdrücklich Aufklärungen über die Lage: „Ich bin überzeugt, daß das Land, ohne es zu sehen, dem Abgrunde entgegenrollt"; am 24. erneuerte sich die Scene, als ein Antrag Keratrys auf Niedersetzung eines Verteidigungskomitees von neun Mitgliedern zur Beratung kam: er fragte den Minister, ob es wahr sei, daß die Preußen schon über Chalons hinaus seien, und was es für eine Bewandtnis mit der Schlacht vom 18. habe: ganz Europa sei über diese elfstündige Schlacht unterrichtet, nur in Frankreich wisse man seit sechs Tagen nichts. Der Minister des Innern antwortete: „Jedermann weiß, wie die Lage unserer Armee ist, und daß Marschall Bazaine sich darauf beschränkt hat, uns das Telegramm zu senden, welches der Kriegsminister vor zwei Tagen mitgeteilt hat. Seitdem", fügte er hinzu, was freilich für den, der die Augen aufmachen wollte, nicht zweideutig war, „seitdem ist Marschall Bazaine mit so wichtigen Sorgen beschäftigt, daß er an die Regierung noch keinen schriftlichen Bericht einsandte" —; auch eine neue stürmische Sitzung am 25., in welcher sich die Kammer

als geheimes Komitee konstituierte, um die Regierung zu vernehmen, entlockte dieser keine weiteren Aufklärungen. Graf Palikao hatte diesmal einen neuen Ausweg gefunden: selbst wenn, sagte er, er zufällig wüßte, wo die preußische Armee stände, würde er es doch nicht sagen, indem er nicht wolle, daß Mac Mahon von seiner Mitteilung erfahre, weil dieses denselben vielleicht in seinem Operationsplan stören könne, und mit einer abermals neuen Wendung rief er am 27. aus, als Arago fragte, ob er vielleicht, ohne eine gefährliche Indiskretion zu begehen, mitteilen könne, wo sich die Armeen der Marschälle Mac Mahon und Bazaine befänden: — „Ich kann nichts sagen, und wenn irgend ein Offizier sagte, was Sie von mir zu wissen begehrten, so würde ich denselben noch heute abend erschießen lassen"; am 26. aber hatte der Minister des Innern gesagt, daß der Feind seinen Marsch gegen die Hauptstadt wieder aufgenommen habe und diese sich darauf gefaßt machen müsse, eine Belagerung auszuhalten.

So bezahlte man sich von beiden Seiten mit Worten, denn auch die Opposition sagte nicht, was sie eigentlich wollte. Es scheint, als habe sie die Regierung zum Eingeständnis der ungünstigen militärischen Lage zwingen wollen, um dann mit Entschiedenheit auf den Sturz der Dynastie hinzuarbeiten, denn diese Lage selbst brauchte sie nicht von dem Minister erst zu erfragen: die Sperlinge aller Dächer in Europa wußten davon zu erzählen. Was er aber außerdem wußte, das durfte der Minister allerdings nicht sagen.

Während dieses Versteckenspielens nämlich war eine eifrige telegraphische Korrespondenz zwischen der Regierung in St.-Cloud und dem Hauptquartier Mac Mahons, bei welchem seit dem 16. August auch der Kaiser sich befand, gepflogen worden. Sie giebt ein überaus klägliches Bild von dem jämmerlichen Dilettantismus, mit welchem die Staats- und Kriegsgeschäfte unter diesen Leuten, die noch vor einigen Wochen die Anmaßung hatten, ganz Europa das Gesetz zu diktieren, betrieben wurden. Am 14. hatte der Kaiser mit Hinterlassung einer nichtssagenden Proklamation Metz verlassen, hatte die Nacht vom 15. auf den 16. in der Schenke von Gravelotte zugebracht, war dann noch früh genug von dort aufgebrochen, um nicht von deutschen Reitern abgefangen zu werden, die nahe daran waren, der deutschen Sache diesen üblen Dienst zu erweisen, und war am Abend des 16. mit seinem Knaben in Chalons eingetroffen. Was er hier sah, war nicht eben ermutigend. Es hatte sich dort allerdings aus allerlei Elementen eine „Armee von Chalons" zusammengefunden. Es waren die bei Weißenburg und Wörth geschlagenen Truppen, I. Corps, jetzt unter General Ducrot, das V. Corps unter General de Failly, ein neugebildetes XII. unter General Trochu — von den Corps IX, X, XI

hat niemals jemand etwas zu sehen bekommen — verstärkt durch 12 000 Mann Marinetruppen, einen Teil der von Civita Vecchia und aus Algier herbeigerufenen Regimenter und einige Reserven; von der Mitwirkung der Mobilgarde, der Pariser vorab, hatte man Abstand nehmen müssen, da sich bereits gezeigt hatte, daß mit dieser meuterischen und in jeder Beziehung nichtsnutzigen Truppe nichts zu machen war. Im ganzen betrug so dieses Heer etwa 120 000 Mann, zu denen am 22. auch noch das VII. Corps, Douay, kam, das von Belfort herbeschieden wurde und auch nach mancherlei Kreuz- und Querfahrten glücklich anlangte. Der moralische Zustand dieser sämtlichen Truppen, mit Ausnahme der Marinetruppen, ließ viel zu wünschen übrig. Die Mobilgarde, etwa 15 000, meist Kinder von Paris, mußten in die Nähe von Paris zurückgeschickt werden, weil ihre Unbotmäßigkeit ein Ärgernis und eine Gefahr war: ihre Tornister mußten sie für die „ruhmvollen Trümmer" von Wörth zurücklassen, da diesen teils in der Schlacht, teils auf dem fluchtartigen Rückzuge die ihrigen abhanden gekommen waren. Das Schlimmste war indes, daß der Kaiser im Lager anwesend war. Krank, ohne Energie, ohne Autorität, unentschlossen, überflüssig, konnte er nur den Nachdruck des Befehls lähmen und die Meisterlosigkeit im Heere vermehren, in dem sich ohnehin die schlimme Neigung, die Vorgesetzten zu verachten, mehr und mehr einnistete.

Napoleon III. war bereits von der Rache ereilt: der Mann, welcher seit 18 Jahren in Frankreich das persönliche Regiment führte und der ganzen Verfassung und Verwaltung diesen „persönlichen" Charakter aufgedrückt hatte — er war jetzt, 14 Tage nachdem er ohne Sinn und Verstand in diesen furchtbar ernsten Krieg sich gestürzt hatte, bereits die überflüssigste, ja überlästigste Persönlichkeit in ganz Frankreich geworden. Die erste Niederlage hatte ihm den Oberbefehl gekostet; selbst ein Sieg, von Bazaine oder Mac Mahon oder sonstwem erfochten, konnte ihm nicht mehr frommen, während man jede fernere Niederlage — und keineswegs ganz mit Unrecht — ihm zuschrieb; schon die nächste Niederlage aber mußte ihm den Thron selbst kosten und zog wahrscheinlich auch schon die ganze Dynastie mit in den Abgrund.

Am 17. wurde in Chalons ein Kriegsrat gehalten, bei welchem der Kaiser, Mac Mahon, der Prinz Napoleon, die Generale Schmitz, Berthaut und Trochu, der eben angekommen, zugegen waren. Man stellt dem Kaiser vor, daß er „nicht mehr die Armee befehlige und auch nicht mehr auf dem Thron sitze": es sei notwendig, eine Wahl zu treffen: er müsse entweder die Armee oder die Regierung wieder übernehmen. Er entscheidet sich für das letztere, und davon verstand

er etwas: weit mehr, als die unwissende und unbedeutende Frau, welche jetzt die Zügel führte, weit mehr auch als die Gesellschaft, die ihn bald beerben sollte. Man beschließt demnach, daß der Kaiser nach Paris zurückkehren und daß der General Trochu, augenblicklich ein populärer Name, zum Gouverneur von Paris ernannt, diese Rückkehr vorbereiten solle; schon mußte sich der Kaiser, um in seine Hauptstadt zurückkehren zu können, unter den Schutz eines populären Namens flüchten; desgleichen solle sich dann Mac Mahon mit der Armee auf Paris zurückziehen, das einer Belagerung entgegengehe. Der General Trochu reiste ab, aber der Kaiser folgte ihm nicht. Man wollte dort in den Tuilerien nichts von seiner Rückkehr nach Paris und ebensowenig von der Rückführung des Heeres nach Paris wissen. Hier fürchtete man sich vor der öffentlichen Meinung und Stimmung weit mehr als vor den Preußen; als General Trochu in Paris ankam, wollte die Kaiserin nicht einmal, daß er in seiner ersten Proklamation mit den Worten: „Der Kaiser ernennt mich zum Gouverneur von Paris" beginne, es sei bedenklich, den Namen des Kaisers zu nennen. Der General ward dort von seiten der Kaiserin und der Regierung schlecht empfangen, da man ihm mißtraute. Aber man mußte sich ihn gleichwohl gefallen lassen, um so mehr, als auch er seine Prätorianer zur Hand hatte: es waren die Pariser Mobilgarden, die unmittelbar nach ihm in die Nähe von Paris in das Lager von St.-Maure einrückten, und welche der General einige Tage später in einem Tagesbefehl anredete, der für die immer weitergreifende Meisterlosigkeit bezeichnend genug ist. „Nationalmobilgardisten von Paris, ich habe Eure unverzügliche Zurückberufung nach Paris gefordert, weil ihr zur Rückkehr berechtigt waret, weil ihr Eure Pflicht dort zu erfüllen habt, weil ich auf Euch mein ganzes Vertrauen setze": — daß ein Staat verloren ist, in welchem man zu den Soldaten im Tone des Demagogen reden muß, dafür liefert die Geschichte Frankreichs in diesem Jahrhundert die Belege. Gebessert war mit dieser Ernennung nichts, da zwischen der Regierung der Kaiserin und dem neuen Gouverneur von Paris kein Vertrauen bestehen konnte und dieser letztere nicht aus anderem Stoffe war, als die übrigen Generale und Staatslenker. Er versicherte der Kaiserin, daß er, wenn die Dynastie oder die gesetzgebende Versammlung bedroht werden würde, mit seiner alten bretonischen Treue — er war 1815 zu Morbihan in der Bretagne geboren und that sich viel auf diese Eigenschaft zu gute — sich zur Verteidigung der Dynastie auf der Treppe der Tuilerien töten lassen würde; aber er war ein Schönredner, der sich nur in Proklamationen und Zeitungsartikeln breit machte und ein weiteres Element der Schwäche und der

Auflösung in die Oberleitung der Dinge zu Paris brachte, sofern von einer solchen überhaupt noch die Rede war.

Bei der Kaiserin und ihren Ministern beherrschte die Furcht vor einem möglichen und nahen Ausbruch einer Revolution alle Gedanken. Sie fürchteten deshalb vor allem die Rückkehr des Kaisers, der denn auch seinen Entschluß wieder änderte und als der unfreiwilligste und nutzloseste aller Volontäre beim Heere blieb: es macht einen unendlich kläglichen Eindruck, wenn man liest, wie er sich am 20. jenes für ihn so unglücklichen Monats gelegentlich durch ein Telegramm nützlich zu machen suchte, „es herrscht hier ein großer Mangel an Suppentöpfen und Feldflaschen — könnte man nicht eine große Anzahl solcher in Paris herstellen lassen?" — gewiß, das konnte man — dies war der Mann, auf dessen Worte noch vor kurzen Wochen ganz Europa gehört hatte. Die Furcht vor der Revolution aber bestimmte auch die militärischen Operationen: und sie war es denn auch, welche dem Marschall Palikao den wahnwitzigsten Plan eingab, der bei der Lage der Dinge überhaupt gefaßt werden konnte, und der folgerichtig mit der ungeheuersten militärischen Katastrophe endigte, von welcher die Blätter der Geschichte melden.

Daß unter den gegebenen Umständen der Rückzug der Armee von Chalons auf Paris, unter die Mauern der großen Festung, wo sie sich erholen und verstärken konnte, das Richtigste, ja das allein Richtige war, verhehlte Mac Mahon sich nicht, und es gehörte auch nicht viel Weisheit noch Kriegskunst dazu, es einzusehen; auch etwaige revolutionäre Regungen im Keime zu ersticken, hätte man auf diese Weise am besten vermocht, da die Armee selbst und ihr Führer für diesen Zweck zuverlässig genug war. Allein bei dem verworrenen Zustande der Dinge in Paris, wo das Regiment schon zum guten Teil an die Mitsprechenden übergegangen war, die Sachverständigen aber oder diejenigen, die es hätten sein sollen, keine klare Vorstellung von der militärischen Lage hatten, glaubten diese — die Kaiserin und ihre Minister und sonstigen Ratgeber —, daß das Schlimmste, das hieß für sie die Revolution in irgend welcher Gestalt, zu fürchten sei, wenn man es unterlasse, Bazaine zu Hilfe zu kommen, über dessen Lage man sich gleichfalls keine Rechenschaft gab: man sucht vergebens nach, was diese Leute sich unter der Bazaine zu bringenden Hilfe eigentlich dachten. In diesem Sinne nun antwortete Palikao dem Kaiser auf die Beschlüsse des Kriegsrates vom 17.; der Kaiser telegraphierte zurück, daß er sich seiner Meinung füge (18.). Mac Mahon wich zunächst noch einmal der Entscheidung aus, indem er den Abmarsch nach Reims beschloß, der ihn näher an Paris brachte, ihm aber die Möglichkeit des Marsches auf Metz gleichfalls offen ließ: eine Halbheit, die ihn schließlich doch nicht

von der vollen Niederlage rettete. Am 20. wurde der Befehl zur Räumung des Lagers von Chalons gegeben. Diese Räumung geschah, wie alles, zu spät und zu früh: was nicht fortgeschafft werden konnte, wurde den Flammen übergeben, wobei unter anderem ein paar Tausend Schuhe mitverbrannt wurden, während wenige Tage später an diesem Artikel Mangel war; am 21. war die Räumung bewerkstelligt, und es marschierte das I. und das XII. Corps ab nach Reims, dem am 22. das V. und das VII. (de Failly) folgte. Die Kaiserin aber und ihre Räte waren noch immer in Sorge, daß der Kaiser ihnen eines schönen Morgens über den Hals kommen könnte. Sie schickten deshalb den klügsten Mann im bonapartistischen Lager, Rouher, nach Reims, um das dortige Hauptquartier zum Marsche auf Metz zu bestimmen. Der Marschall Mac Mahon hatte eine ungefähre Vorstellung von der Gefahr dieses Marsches: er fürchtete, auf demselben Teile der I. und II. deutschen Armee in der Front zu finden, während von Seiten der III. Armee ihn ein Angriff in der Flanke bedrohen würde; was von deutscher Seite mittlerweile geschehen war, davon wußte man nichts, aber er vermutete im wesentlichen richtig. Hier in Reims nun traf an diesem 22. eine Depesche von Bazaine ein, vom 19.; sie enthielt einen kurzen Schlachtbericht und schloß: „Ich denke noch immer nördlich fortzukommen nach Montmedy zu — —": so dachte der Marschall, er dachte so am 19., aber was dachten die Deutschen dazu? Und vor allem was hatten sie seither — in vier Tagen — gethan? Und sprach nicht deutlicher als alle Depeschen die Thatsache, daß in diesen vier Tagen keine weitere Nachricht von Bazaine angelangt war? Gleichwohl ließ sich nun der Kaiser und durch diesen auch der Marschall Mac Mahon im Sinne der Pariser Strategen bestimmen, — von denen jeder die Schuld, wenn die Sache mißlang, anderen Schultern zuschieben konnte, und am 22. meldete der Oberbefehlshaber der „Armee von Chalons" an den der Rheinarmee, daß er seinen Marsch auf Montmedy richten und am 24. an der Aisne sein werde, wo er den Umständen gemäß operieren werde, um ihm zu Hilfe zu kommen. Ob diese Depesche und wann sie an ihre Adresse gelangen, ob auf sie eine Antwort und wann dieselbe in die Hände des Absenders kommen werde, war zweifelhaft. Aber der Meinung in Paris war Genüge geschehen: es war eine neue Frist für diese Leute gewonnen, die nur vom Tag zum Tage und von Selbsttäuschung zu Selbsttäuschung lebten. Am 30. oder 31. August, rechnete sich ein Pariser Blatt heraus, werde die entscheidende Schlacht geschlagen werden: „Wenn Mac Mahon und Bazaine siegen" — denn mit Wenn und Aber fütterte man hier die Ungeduld — „so stehen die französischen Heere näher an Berlin als die preußischen an Paris."

Ob dieses Wenn irgend welche Wahrscheinlichkeit für sich habe,

untersuchte man nicht. Und doch zeigt ein Blick auf die Karte, daß das französische Heer, 150 000 Mann, sein Ziel nur auf einem ungeheuren Umwege erreichen konnte, daß es bei dem Marsche der belgischen Grenze bedenklich nahe kam, daß die Gefahr, auf diesem Marsche von dem deutschen Heere näher oder ferner von Metz in der Fronte aufgehalten, in der Flanke festgehalten und dann selbst im besten Falle über die belgische Grenze gedrängt zu werden, — in höchst drohender Weise vorhanden, die Möglichkeit eines erfolgreichen Zusammenwirkens mit der Rheinarmee sehr ungewiß war, und daß, selbst wenn die Vereinigung der beiden Armeen gelang, die Lage nur eine neue Reihe von Gefahren bot; — es sagte die oberflächlichste Erwägung der Umstände, daß eine Unternehmung von solcher Kühnheit — Marsch einer Armee von 150 000 Mann in naher Entfernung von der Grenze einerseits, einem oder zwei starken feindlichen Heeren andererseits — nur gelingen konnte, wenn Führung, Leitung, Verpflegung, Marschfähigkeit, Disciplin, Wachsamkeit des eigenen Heeres vorzüglich, des feindlichen Heeres erbärmlich war. Und doch ließ der Zustand des französischen Heeres in jeder dieser Beziehungen zu wünschen übrig. Am 23., wo die beiden Corps von Douay und de Failly bei dem Hauptheere eintrafen, wurde der Güterbahnhof zu Reims durch ein paar Hundert Nachzügler vom letzteren Corps geplündert und mit dem gestohlenen Gute auf dem freien Platze vor dem Bahnhofe eine Art Jahrmarkt gehalten: ein Tagesbefehl des Oberbefehlshabers mußte schon mit den härtesten Mitteln drohen. Aber er stellte die Grundlagen soldatischer Disciplin, das Bewußtsein, ein notwendiges Glied in einem verständig geleiteten Ganzen zu sein, nicht her. Nicht besser stand es mit dem Verpflegungswesen: indes der verhängnisvolle Marsch begann. Am 23. brach man auf nach der Suippe, einem linken Zufluß der Aisne, am 24. nach Rethel, wo die Straße ostwärts nach der Maas sich abzweigt. Auch am 25. blieb die Armee in dieser Stellung; es war derselbe Tag, an welchem der König von Preußen das Abrücken der deutschen Heere nach der Maas befahl.

Kaum war der Rauch vom Schlachtfelde von Gravelotte verzogen, so war dort auf deutscher Seite der Vormarsch in der Richtung gegen Paris wieder aufgenommen worden. Die Armee des Kronprinzen von Preußen und die neugebildete des Kronprinzen von Sachsen sollten vorwärts auf Chalons marschierend ihre Vereinigung suchen. Aber die voraufgesandte Reiterei, hier wie überall tadellos ihres Dienstes waltend, — die Bewegungen des eigenen Heeres zu verhüllen, die des feindlichen aufzuklären — brachte am 24. die Meldung, daß das Lager von Chalons vom Feinde geräumt sei, und daß derselbe den Abmarsch nach Reims angetreten habe. Man erkannte die Absicht, welche dieser Be-

wegung zu Grunde lag: sofort wurde der weitere Marsch auf Chalons sistiert: eine Möglichkeit von unermeßlicher Tragweite eröffnete sich: wenn der feindliche Oberbefehlshaber wirklich den Gedanken hatte, wie es schien, zwischen der belgischen Grenze und dem deutschen Heere durchzumarschieren, so konnte man ihm den Weg nach Metz verlegen, ihm gleichzeitig den Rückzug nach Paris abschneiden und ihn so unter den ungünstigsten Umständen zur Schlacht zwingen, deren fast sicherer Ausgang ihm dann nur den Übertritt auf belgisches Gebiet, vielleicht nicht einmal diesen mehr übrig ließ.

Ein ungeheurer Erfolg war möglich. Aber er stellte, wenn er gelingen sollte, an die allseitige Tüchtigkeit der Führer und der Soldaten, ihre Fähigkeit zu marschieren, ihre Fähigkeit zu entbehren namentlich, die höchsten Anforderungen. Die nötigen Befehle, welche eine große Schwenkung der ungeheuren Heeresmasse nach Norden anordneten, wurden gegeben und allen Schwierigkeiten der Gegend, des Wetters, der Verpflegung bei plötzlich veränderter Operationsbasis zum Trotze aufs glänzendste ausgeführt. Den rechten Flügel bildete die Armee des Kronprinzen von Sachsen, das 4. und 12. und das Gardecorps, denen einige Tage später noch von links her sich anschiebend die beiden bayrischen Corps hinzugefügt wurden. Am 25. überschritt diese Armee nördlich und südlich von der Festung Verdun, deren Überrumpelung mißlang, die Maas und richtete sich nach der oberen Aire, an deren linkem Ufer der Argonnerwald beginnt, um von hier aus auf die Straße zu operieren, welche von Rethel in östlicher Richtung über Vouziers, Buzancy, Nouart auf Stenay an der Maas und weiter auf Montmedy führt; auf dieser Straße den Feind zu fassen, ihn nordwärts zu drängen, ihn festzuhalten, bis der linke Flügel, die III. Armee, heran war, bildete die Aufgabe. Daß er diese Straße einschlug, war sicher, da am 25. die sächsische Kavallerie bei Buzancy auf feindliche Reiterei und Infanterie stieß. Schon am 26. traten die zwei bayrischen Corps mit der Maasarmee in Verbindung: bereits war es unmöglich geworden, daß Mac Mahon sich mit Übermacht auf die Maasarmee allein werfe.

Die entsprechenden Befehle waren an die III. Armee gegeben worden, sobald man über die Bewegung des französischen Heeres sichere Kunde hatte. Deren Spitzen erreichten am 27. St.-Menehould an der Aisne, dem westlichen Rand des Argonnerwaldes, und am Abend dieses Tages hatte Mac Mahon schon keine Aussicht mehr, ohne eine siegreiche Schlacht nach Metz vorzudringen. Es war an diesem Tage, wenn wir dem Korrespondenten eines englischen Blattes, der Times, glauben dürfen, daß General Blumenthal, der Generalstabschef des Kronprinzen von Preußen, den Engländer an die Karte führte und

ihm sagte, daß die französische Armee geliefert sei: „Entweder sie müssen nach Belgien hinüber, oder sie halten hier stand und sind verloren"; das Hier war zwischen Carignan und Mézières, wo der Leser den seither berühmten Namen Sedan finden wird. Längs der Maas, südlich von Stenay, rechts und links des Flusses, stand die IV. Armee, vom Süden der Straße Vouziers-Stenay rückte die III. heran: und Mac Mahon erkannte seine Lage. „Die I. und II. Armee, 200 000 Mann, blockieren Metz —: eine auf 50 000 Mann geschätzte Macht soll auf dem rechten Ufer der Maas aufgestellt sein, um meinen Marsch auf Metz zu hindern. Meldungen besagen, daß die Armee des Kronprinzen, 50 000 Mann stark, sich gegen die Ardennen wendet. — — Seit dem 19. habe ich keine Nachrichten von Bazaine. — — Wenn ich ihm entgegengehe, werde ich in der Front durch einen Theil der I. und II. Armee angegriffen — — und zu derselben Zeit auch von der Armee des Kronprinzen von Preußen, welcher mir die ganze Rückzugslinie abschneidet." — — Ungefähr so war es, nur viel schlimmer: er kam zu dem Ergebnis, rückwärts auf Mézières zu gehen, „von wo ich je nach Umständen meinen Rückzug nach Westen fortsetzen werde". Aber in Paris wollte man davon nichts wissen: „Wenn Sie Bazaine im Stich lassen," antwortete der Kriegsminister Graf Palikao, dem schwerlich irgend ein Heerverderber alter oder neuer Zeit den ersten Rang streitig machen kann, sofort und zwar an den Kaiser, „ist die Revolution in Paris, und Sie werden selbst", setzte er hinzu, „von allen Kräften des Feindes angegriffen werden; es scheint mir unerläßlich, daß Sie schleunigst bis zu Bazaine durchdringen können;" — — und als ob es nicht genüge, einmal diesen Unsinn ausgesprochen zu haben, traf am 28. in Mac Mahons Hauptquartier zu Stonne noch einmal eine Depesche ein, in welcher Graf Palikao diesen abermals „im Namen des Ministerrats und des geheimen Rats" (conseil privé) aufforderte, Bazaine „zu Hilfe zu ziehen": „Die Dynastie ist verloren und wir mit ihr, wenn Sie nicht auf den Wunsch der Bevölkerung von Paris eingehen".

So war es in diesem Lande und nicht erst seit gestern. Die Dynastieen waren verloren, wenn sie nicht auf die Wünsche der Bevölkerung von Paris eingingen. Der Marschall Mac Mahon gehorchte dem, was in diesem Stadium der Dinge offenbarer Wahnsinn war, obgleich nunmehr häufiger werdende Zusammenstöße mit dem Feinde ihn belehrten, daß er schon im Bereich der Maasarmee sich befinde. Der Marsch, langsam durch die mangelhafte Verpflegung und durch die widerspruchsvolle Führung, wurde nach der Maas hin fortgesetzt: der linke Flügel, I. und XII. Corps, auf Mouzon, nördlich; der rechte Flügel, VII. und V. Corps, auf Stenay, südlich. Dem letzteren, de

Failly, wurde am 29. bereits durch ein Gefecht bei Nouart der Weg verlegt: ein Befehl, der ihm gebot, sich über Beaumont weiter nördlich nach der Maas zu wenden, war den Deutschen in die Hände gefallen.

Die Lage der französischen Armee begann sehr unheimlich zu werden. Sie stand schon im unmittelbaren Bereich der feindlichen Heere, die sie in der rechten Flanke und schon im Rücken in weitem Bogen umschlossen; nach vorn mußte sie, wenn ihr der weitere Vormarsch über die Maas noch gelang, auf bedeutende Streitkräfte stoßen; zu allem Überfluß hatte die vorsichtige deutsche Heeresleitung zwei Corps von der bei Metz stehenden Armee über Etain gegen die Maas vorrücken lassen, die aber am 30. wieder in ihre Stellungen vor Metz zurückzukehren Befehl erhielten, wo sie gar sehr zur rechten Zeit ankamen.

Denn hier an der Maas bedurfte man ihrer nicht mehr. Den Eintritt der Katastrophe für die französische Armee, den nichts mehr abwenden konnte, vermochte Moltke am Abend des 29. fast bis auf die Stunde zu berechnen. Nur ein einziges Mittel blieb den Franzosen noch übrig, das vielleicht die Hälfte, vielleicht ein Viertel, immerhin aber ansehnliche Trümmer der Armee gerettet hätte: eine Angriffsschlacht, welche durch augenblickliche Erfolge dem Heere Luft gemacht hätte. Allein zu einer solchen reichte der weltberühmte Elan der Franzosen, das Angriffsfeuer, das sich schon bisher nirgends so recht hatte zeigen wollen, nicht mehr aus. Der 30. war vielmehr für ihre Waffen ein sehr unglücklicher Tag, der die letzten Hoffnungen auslöschen mußte. Das V. Corps, de Failly, hätte den erneuerten Befehl erhalten, über Beaumont nach der Maas zu marschieren, und es hatte sich durch einen ermüdenden Nachtmarsch dem Feinde entzogen. Morgens in der Nähe des Städtchens Beaumont angelangt, machten sie sichs unter ihren Zelten bequem. Und so übel bestellt war es bereits mit diesem Teile der französischen Armee, daß die Wege, welche durch den südlich von Beaumont gelegenen Wald führten, gänzlich unbewacht blieben und man den Feind erst bemerkte, als seine Granaten ins Lager schlugen. Die Franzosen, im Zustande völliger Sorglosigkeit überrascht, ließen ihr Lager samt halbgekochtem oder halbgegessenem Mittagsmahl im Stich und nahmen unter dem Schutze ihrer Artillerie eine Aufstellung nördlich von Beaumont; nach einem heftigen Geschützkampfe zogen sie weiter auf Mouzon; sie erreichten diesen Übergangspunkt über die Maas, aber in einem sehr zerrütteten Zustande, alle Waffen durcheinander, und hatten nicht weniger als 3000 Gefangene und zwischen 20 und 30 Geschütze in den Händen der Deutschen gelassen. Auch das VII. Corps der Franzosen (Douay) kam am gleichen

Tage in eine üble Lage. Es marſchierte an jenem Tage weſtlich vom V. von Oches auf Villers an der Maas, war aber um 11 Uhr erſt eine Meile vorangekommen, als es ſich bei Stonne bereits vom Feinde beunruhigt ſah: es wich nordwärts auf Remilly aus und überließ ſeine Trainkolonne unter Deckung einer Infanteriediviſion ihrem eigenen Stern; dieſe wurde von einer bayriſchen Infanteriediviſion des Corps von der Tann im Voncqthal überraſcht und zerſprengt, ſämtliche Wagen fielen den Bayern in die Hände. So kamen die franzöſiſchen Corps faſt ſämtlich in wenig erbaulichem Zuſtande an der Maas an. Das I. Corps, welches den linken Flügel bildete, überſchritt dieſen Fluß bei Remilly und richtete ſich auf Carignan am Chiers; das XII. ſtand bei Mouzon und bildete den rechten Flügel; zwiſchen ihnen die beiden an dieſem Tage beſchädigten Corps, das V. und VII.: die deutſchen Stellungen aber waren von der Art, daß ein einziger Tagemarſch ihre ſämtliche Heeresmacht mit Ausnahme des 6. Corps, das noch bei Vouziers ſtand, an den Feind heranbringen konnte. Der König nahm ſein Hauptquartier in Buzancy, halbwegs auf der Straße von Vouziers nach Stenay, und gab für den folgenden Tag die Dispoſition aus, daß die Maasarmee den linken Flügel des Feindes hindern ſolle, in öſtlicher Richtung auszuweichen, während die III. ihren Vormarſch fortſetze, um den Feind anzugreifen und gegen den engen Raum zwiſchen der Maas und der belgiſchen Grenze zu drängen. Der Kaiſer Napoleon aber telegraphierte am Abend des 30. (5 Uhr) von Carignan aus an die Kaiſerin, daß heute noch ein Gefecht ohne große Wichtigkeit ſtattgefunden habe: wie wichtig es doch immerhin geweſen, bewies, daß er bald darauf mit einem Extrazuge von Carignan am Chiers nach Sedan an der Maas rückwärts fuhr, und daß gleichzeitig der Marſchall allen Corps den Befehl gab, nach Sedan zu marſchieren. „Mac Mahon läßt den Kriegsminiſter wiſſen, daß er gezwungen iſt, nach Sedan zu marſchieren" lautete das Telegramm vom 31. früh; der Marſch nach Metz alſo war aufgegeben; der Kriegsminiſter ſeinerſeits antwortete, indem er ſich über die wenigen Nachrichten, die ihm der Marſchall gebe, beklagte: „Ihre Depeſche ſetzt mir nicht die Urſache Ihres Marſches nach rückwärts auseinander, welcher die lebhafteſte Erregung verurſachen wird"; die Depeſche ſchloß mit der naiven Frage, ob er denn eine Schlappe (échec) erlitten habe?

An die Möglichkeit einer Kataſtrophe von der Art, wie ſie ſich gleichwohl mit ſchnellen Schritten nahte, dachte man dort mit keinem Gedanken: ſie mußte überhaupt erſt wirklich eingetreten ſein, ehe ein franzöſiſches Hirn ſie faſſen konnte. In einem Artikel einer der angeſehenſten franzöſiſchen Zeitſchriften (Revue des deux mondes),

welche durch ein Spiel des Zufalls eben am 1. September ausgegeben wurde, wird die militärische Lage und insbesondere die Situation vor Metz erörtert; den Gedanken deutscher oder englischer Blätter, daß dem Marschall Bazaine am letzten Ende doch nichts anderes übrigbleiben werde als zu kapitulieren, behandelt der Verfasser als eine Lächerlichkeit: „Ein Marschall von Frankreich an der Spitze von 100 000 Mann kapitulieren!" ruft er aus, als handle es sich um einen Riß in der Weltordnung: 24 Stunden später war das Wunder geschehen, das sich in verschiedenen Formen noch dreimal in diesem Kriege wiederholen sollte.

Aber auch am Orte der Entscheidung selbst, im Hauptquartier Mac Mahons, dachte man noch nicht an diese Möglichkeit, da man von den Stärkeverhältnissen und Stellungen des Feindes nur verworrene Kenntnis hatte. Der 31. verfloß ohne erhebliche Kämpfe; zahlreiche einzelne Kriegsgefangene fielen in deutsche Hände. Der Marschall zog seine Armee um die Festung Sedan zusammen, welche am rechten Ufer der Maas in einer Ebene gelegen ist, die sich östlich des Flusses bis zum Dorfe Bazeilles im Süden in einer Breite von 2000 Schritten erstreckt, aber von Höhen umgeben ist, welche sie den weittragenden Geschützen unserer Tage preisgeben. Was dem durch mangelhafte Verpflegung, mangelhafte Führung, unaufhörliche Märsche zerrütteten Heere vor allem not that, war eine wenn auch kurze Rast, die es hier zu finden hoffte, die ihm aber von dem Gegner nicht gegönnt werden sollte; ein schlimmes Zeichen für die Beschaffenheit der obersten Leitung war, daß die von Osten und Westen heranrückenden deutschen Truppenteile die Übergangspunkte an der Maas, sowohl südöstlich von Sedan bei Bazeilles, als westlich bei Donchery, unzerstört und unverteidigt fanden. Dagegen vollzog sich ruhig und sicher, ungeachtet auch auf dieser Seite an Märschen und Entbehrungen das Menschenmögliche geleistet worden war, am 31. der Aufmarsch der deutschen Heere, welcher 6 Armeecorps — nämlich die Garde, die Sachsen, das 5. und 11. preußische Armeecorps, die württembergische Division in erster Linie, dahinter das 4. Corps und 6½ Kavalleriedivisionen — in die nächste Nähe des Feindes brachte, dem am Abend dieses Tages die Rückzugslinien nach Osten (Montmedy) bereits vollständig versperrt waren. Der Weg nach Westen (Mézières) war am Abend des 31. noch frei: aber nicht lange, so blieb nur noch die eine Rückzugsstraße übrig, welche von Sedan in nördlicher Richtung nach der nur 11 Kilometer entfernten belgischen Grenze führte. Auch den deutschen Truppen war ein Ruhetag zugedacht; indes war die Lage so, daß man vorziehen mußte, die entscheidende Arbeit schon am folgenden Tage zu thun, und so ergingen mit gewohnter Bestimmtheit und Klarheit aus

dem königlichen Hauptquartier zu Vendresse die Befehle für den folgenden Tag, während von französischer Seite eine Gesamtdisposition gar nicht gegeben wurde, sondern jeder Führer seinem eigenen Unglücksstern überlassen blieb.

Das Schlachtfeld, auf welchem nunmehr eine Schlacht geschlagen werden sollte, zu der die Kriegsgeschichte kaum irgend eine Parallele bietet — die Schlacht bei Cannä etwa in der alten Geschichte giebt ein ähnliches Muster schlechthin vollständiger Lösung einer großen militärischen Aufgabe — ist im Osten von dem Givonnebach begrenzt, der, unfern der belgischen Grenze entspringend, in gerader Richtung von Norden nach Süden an den Dörfern Givonne, Daigny, la Moncelle, Bazeilles vorüberfließt und unfern des letzteren Ortes in die Maas fällt: auf den Höhen am rechten westlichen Ufer dieses Wassers hatte das XII. und I. französische Corps, Lebrun und Ducrot, Stellung genommen, Front gegen Osten. Von Givonne nach Floing läuft in gerader Richtung von Osten nach Westen ein anderer Höhenzug, dessen nach Norden vorspringender Teil das Plateau von Illy bildet, und der vor sich den Bach von Floing hat, welcher in westlicher Richtung der Maas zuströmt: diesen Höhenzug hielt das VII. Corps (Douay) besetzt, den linken Flügel der französischen Stellung bildend: in dem Raume hinter diesen beiden Stellungen bis Sedan stand als Reserve die Reiterei und das am Tage von Beaumont so übel mitgenommene V. Corps, über welches General v. Wimpffen, der erst am 30. August bei der Armee eingetroffen war, an de Faillys Stelle den Befehl führte. Von Paris war dem Marschall Mac Mahon das neugebildete und halbfertige XIII. Corps unter General Vinoy zugesandt worden, das aber keine Rolle spielte, weil es die Zugänge von Westen her schon zu wohl gehütet fand und die Armee nicht mehr erreichen konnte; es entging so glücklich dem Schicksal, in die Niederlage mit verwickelt zu werden. Die östliche jener Stellungen, an der Givonne, war das Angriffsziel der Bayern, Sachsen, Garden, der IV. Armee, — die nördliche am Bach von Floing das Angriffsziel der III. Armee. Diese letztere hatte den längeren Marsch, der, in weitem Bogen der großen Maaskrümmung unterhalb Sedan folgend, sie nach der Linie des Bachs von Floing führte: wenn ihr linker Flügel bei Illy mit dem rechten der Maasarmee, den preußischen Garden, sich berührte, war der Ring geschlossen, und auch der Abzug auf belgisches Gebiet den Franzosen unmöglich gemacht.

Den Kampf eröffnete am 1. September frühmorgens ein Angriff der Bayern auf den rechten französischen Flügel, Corps Lebrun, bei Bazeilles. Es war einer der wütendsten Kämpfe in diesem Kriege, bei welchem den Deutschen die beste Truppe des feindlichen Heeres,

französische Marineinfanterie, gegenüberstand. Sechs Stunden dauerte mit kurzen Unterbrechungen das erbitterte Fechten in dem brennenden Dorfe; einzelne der Bewohner des Dorfes beteiligten sich an dem Kampfe oder vergriffen sich auf barbarische Weise an den Verwundeten, was denn von seiten der endlich siegreichen Bayern entsprechende Repressalien hervorrief. Um 7 Uhr, während hier der Kampf am heftigsten tobte, erschien der französische Marschall selbst auf der Höhe zwischen Bazeilles und la Moncelle. Es traf sich für ihn selbst glücklich, daß ihn hier ein Granatsplitter erreichte, der ihn außer Gefecht setzte und ihn der Notwendigkeit überhob, persönlich diese Schlacht vollends zu verlieren, die bald aus einer Verteidigungsschlacht eine Verzweiflungsschlacht, ein bloßer Kampf um die militärische Ehre werden sollte. Für das französische Heer war es ein unglücklicher Zufall, daß der Befehl in diesem Moment wechselte. Mac Mahon hatte ihn dem General Ducrot bestimmt, aber General Wimpffen besaß als der Ältere das Recht auf denselben, der diesmal kein Gegenstand des Neides sein konnte; in die Bewegungen kam dadurch einige Verwirrung, die freilich für die Hauptentscheidung von keiner weiteren Bedeutung war. Der Kampf war unterdessen auf der ganzen Linie des Givonnebaches von Bazeilles bis Givonne entbrannt; heftiges Artilleriefeuer, dem Infanteriegefecht folgte; um 10 Uhr waren die Dörfer Bazeilles und Daigny in der Hand der Bayern und Sachsen. Bald nachher nahm die preußische Garde Givonne, und bereits war eine Anzahl Geschütze und eine namhafte Menge von Gefangenen in deutschen Händen.

Während auf diese Weise der Kampf im Osten zwischen den nach und nach sich in voller Stärke entwickelnden Corps der Maasarmee und dem XII. und I. französischen fortschritt und auf dieser Seite die Deutschen dem tapferen Widerstande der Feinde Boden abrangen, rückten die Truppen der III. Armee, das 11. und 5. Corps, über Brigneau-Bois der großen Maasbiegung folgend, von Westen her gegen den linken feindlichen Flügel, VII. Corps unter Douay, welcher zwischen Illy und Floing südlich des Baches von Floing seine Aufstellung genommen hatte, heran. Zunächst brachte man deutscherseits eine gewaltige Artillerie auf die Höhen von St.-Menges, welche den Angriff auf Floing und die Höhen südlich des Baches einleitete. Der Befehl des Generals Douay, welcher hier die Schlacht leitete, alles, was von Artillerie verfügbar sei, auf dem Plateau von Illy zu vereinigen, konnte schon nicht mehr zur Ausführung kommen, da die überlegene deutsche Artillerie keine der feindlichen Batterieen mehr zum Auffahren gelangen ließ. Noch ein Versuch der Verzweiflung wurde mit der Reiterei gemacht: elf Reiterregimenter, Kürassiere, Chasseurs d'Afrique, Husaren unternahmen den Angriff, welcher die Deutschen von

den gewonnenen Höhen wieder herabstürzen sollte: aber sie schmolzen unter dem Schnellfeuer der deutschen Infanterie hinweg, und bald sah man Hunderte von reiterlosen Pferden über das Feld irren und die Reste der aufgelösten Reiterschwadronen davonjagen, wo immer ein Ausweg sich öffnete. Überall mehrten sich die Spuren, daß die Widerstandskraft der französischen Armee gebrochen war. Es war um die Zeit, zwischen 2 und 3 Uhr, daß General Wimpffen, der noch am Vormittag etwas vom „Feind in die Maas werfen" gesprochen, seinem Kaiser den Vorschlag machte, sich in der Mitte einiger Tausend Auserlesener nach Montmedy durchzuschlagen. Der Kaiser, der den Morgen hindurch „wie ein Phantom" auf dem Schlachtfelde umhergeirrt und, nachdem er sich erst bei la Moncelle, dann bei Givonne, dann bei Illy dem feindlichen Granatfeuer ausgesetzt hatte, alsdann um 11 Uhr, zum Weiterleben verurteilt, nach Sedan zurückgekehrt war, — der Kaiser lehnte den Vorschlag ab, der auch keinen vernünftigen Sinn mehr hatte; die paar Tausend Mann, mit welchen der General sich gegen Daigny zu bewegte, flohen bald in Auflösung nach Sedan zurück, wie die übrigen, und nicht besser endete ein etwas späterer Versuch nach Balan hin.

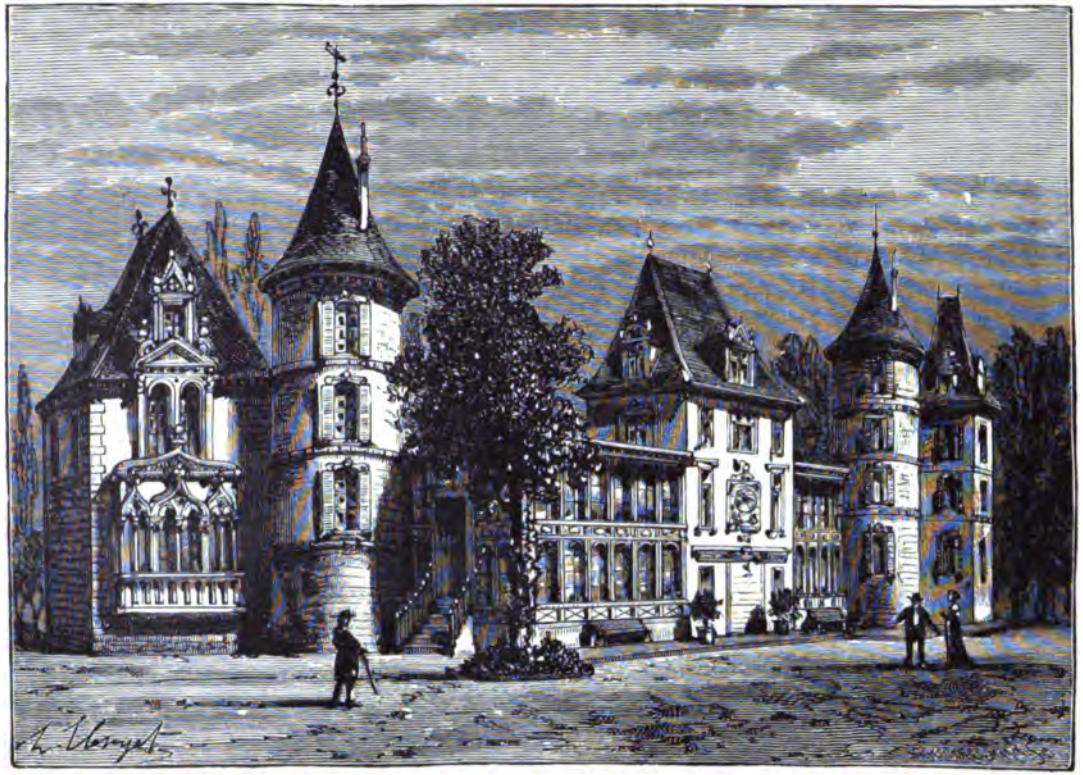
Um 3 Uhr war, nachdem auch die Garde ihre Vereinigung mit dem linken deutschen Flügel, dem 5. Corps, bei Illy bewerkstelligt hatte, der Kampf im wesentlichen zu Ende. Die Ordnung löste sich: kein Heer mehr, ein wirrer Haufe von allen Waffen flutete, nur vom Instinkt der Selbsterhaltung getrieben, von da, dort einschlagenden Granaten zur Eile gehetzt, nach Sedan zurück, dessen Thore sich mit Menschen und Fuhrwerk stopften; vergebens, daß hier und dort einer der höheren Offiziere etwas wie Ordnung herzustellen suchte; um 4 Uhr war kaum irgendwo mehr ein schlagfertiges französisches Bataillon beisammen. Und wenn das Schlachtfeld selbst — jetzt das hinter der Illy- und Givonnestellung befindliche Gehölz von Garenne, über dem sich schon die deutschen Granaten von rechts und von links kreuzten — diesen hoffnungslosen Anblick darbot — Abteilungen, welche die Waffen streckten oder wegwarfen, Verwundete, Tote, Geschütze, Fuhrwerke, ledige Pferde —, so war der Anblick der Straßen von Sedan selbst, welche dem Blicke von den nahen Höhen herab, die jetzt von den Deutschen besetzt wurden, offen lagen, noch kläglicher: ein Chaos von Menschen, Pferden, Wagen, Geschützen, welches rettungslos, hoffnungslos im Bereich der deutschen Geschütze lag, die, Batterie an Batterie auffahrend, von den Höhen herab — 600 Geschütze — ihre Mündungen nach der Stadt hin richteten. Hinter ihnen aber standen siebenundeinhalbes deutsches Armeecorps, welche, in die von den Franzosen verlassenen Stellungen einrückend, zum letzten Schlage bereit waren.

Vernichtung oder Ergebung — ein Drittes gab es für die zertrümmerte und eingeschlossene kaiserliche Armee nicht mehr. Für den Kaiser, den hier eine furchtbare, aber gerechte Strafe ereilte, gab es hier ein letztes Verdienst zu erwerben. Er hatte nichts mehr zu verlieren. Denn daß sein Thron zugleich mit diesem Heere zertrümmert war, bedurfte der Erklärung kaum: er nahm es auf sich, die Unterhandlungen mit dem Feinde zu beginnen. Er ließ schon gegen 3 Uhr die Parlamentärflagge aufziehen, die, alsbald von der Umgebung wieder herabgerissen, deutscherseits nicht gesehen wurde, und sandte den General Lebrun ab, der aber bei Balan den Oberfeldherrn, General Wimpffen, traf: derselbe bestand darauf, den grausigen Tag mit einer Bravade zu beschließen, indem er jenen Versuch eines Durchbruches auf Montmedy machte, bei dem er bis in das Dorf Balan gelangte, sich aber nach wenigen Minuten von den Soldaten, die er zusammengerafft, wieder verlassen sah. Da die Zeit verstrich, so wurde um 5 Uhr einigen bayrischen Batterieen bei Villette, nordwestlich von Sedan, der Befehl erteilt, Feuer auf die Festung zu geben, das dort auch alsbald ein Strohmagazin in Brand steckte. Es war genug an dieser Lehre, und der König, welcher von einer Höhe bei Frénois auf dem linken Ufer der Maas den Kampf geleitet hatte, schickte seinerseits einen Offizier des Großen Generalstabes mit der Aufforderung zur Kapitulation. Dieser fand zu seiner Überraschung in der Unterpräfektur, wohin man ihn führte, den Kaiser Napoleon selbst, von dessen Anwesenheit man im deutschen Hauptquartier nicht unterrichtet war: abends um 7 Uhr erschien der kaiserliche Generaladjutant Reille mit einem eigenhändigen Briefe Napoleons. Er übergab denselben dem König, den er umgeben von den Generalen Moltke, Roon, Blumenthal, dem Kronprinzen, Bismarck und den deutschen Fürsten, die sich im Hauptquartier befanden, auf der Höhe bei Frénois traf. Der König las den Brief, er enthielt die wenigen Worte: „Da ich nicht inmitten meiner Truppen habe sterben können, so bleibt mir nichts übrig, als meinen Degen in die Hände Eurer Majestät zu übergeben.“ Es war an und für sich ein sehr wertloses Ding, welches hier dem Sieger dargeboten wurde, und der König gab dafür etwas, was mehr wirklichen Wert hatte: indem er den großen Kriegsgefangenen annahm, gab er diesem die Möglichkeit zurück, wieder vor den Augen der Menschen zu existieren. Da er in der Schlacht nicht gefallen war, so war die Kriegsgefangenschaft das Beste, was er sich wünschen konnte: unendlich besser als die Rolle, die er seit 14 Tagen spielte, geschweige besser als das, was ihn erwartet hätte, wenn er den Versuch gemacht hätte, nach Paris zurückzukehren. Für Deutschland war es eine große volle Genugthuung, daß der Kaiser selbst unter den Gefangenen sich befand; es war ein weithin

auch heute „kein anderes praktisches Moment biete, als das militärische". Der Kaiser wünschte eine persönliche Zusammenkunft mit dem König; sie fand statt in dem Schlosse Bellevue in der Nähe von Frénois, aber erst — so wollte es der König, und er hatte recht — nachdem die militärischen Dinge geordnet, die Kapitulationsangelegenheit geregelt sei.

Die Verhandlungen über die letztere kamen während des Vormittags in Frénois zum Abschluß, und die Konvention wurde von Moltke und von Wimpffen unterzeichnet. Der letztere hatte ein Recht zu dem Bedauern, das er aussprach, daß er, 48 Stunden nachdem er aus Afrika herbeigeeilt, einen Tag nachdem er das Kommando übernommen, seinen Namen unter eine Kapitulation setzen müsse, wie sie in der Geschichte Frankreichs und aller Welt unerhört war: indes ob er oder wer sonst unterzeichnete, sie mußte abgeschlossen werden. Der König hatte die Entlassung der Offiziere auf Ehrenwort zugestanden, „in Rücksicht auf die tapfere Verteidigung dieser Armee", und dies erkannten die französischen Generale dankbar an, wie die rücksichtsvollen Formen, in denen Moltke die peinliche Verhandlung führte. Der Art. 1 stellte militärisch geschäftlich mit trockenen Worten die Thatsache fest: „Die französische Armee — — giebt sich, da sie gegenwärtig von überlegenen Truppen eingeschlossen ist, kriegsgefangen"; alle Waffen und alles Kriegsmaterial des Heeres sowie die Festung Sedan mit ihrem Material wurden in ihrem gegenwärtigen Zustande zur Verfügung des Königs von Preußen gestellt. Es kamen durch diese Kapitulation somit in deutsche Hände: 83 000 Mann, darunter 2866 Offiziere, ein Marschall von Frankreich, 40 Generale, 230 Stabsoffiziere — „und ein Kaiser", fügte das Telegramm mit einem gewissen Humor hinzu —; die Schlacht selbst hatte den Franzosen 13 000 Tote und Verwundete, 25 000 unverwundete Gefangene gekostet, 3000 retteten sich über die belgische Grenze, und die Zahl der einzelnen Flüchtlinge oder flüchtigen Haufen, welche am 1. sich bei Mézières einfanden, schlagen französische Quellen auf 10 000 Mann an; an Material fielen außer den während der Schlacht erbeuteten 184 Festungsgeschützen 350 Feldgeschütze, 70 Mitrailleusen, 12 000 Pferde den Siegern zu, die ihrerseits dieses ungeheure Resultat, die vollständige Zerstörung der feindlichen Hauptarmee von etwa 140 000 Mann, mit dem sehr mäßigen Verluste von 9860 Mann, darunter 1310 Tote, erkauft hatten.

Um ½12 Uhr brachte Moltke diese Konvention seinem König, der den anwesenden Fürsten das große geschichtliche Ereignis, das sich soeben vollzogen, in einer kurzen Ansprache mitteilte. Alsdann begab er sich nach dem Schlößchen Bellevue, wo der Kaiser Napoleon seiner wartete. In dem Glaspavillon desselben hatten die beiden Fürsten



Schloß Bellevue bei Frénois.

Ort der Zusammenkunft zwischen König Wilhelm und Napoleon III. am 2. September 1870.

eine kurze Unterredung; wenn die Mitteilungen des Korrespondenten der Times richtig sind — und sie klingen nicht unglaubwürdig*) —, so würde das einzige strenge Wort, das der König, gutmütig wie er war, dem jetzt so tief gestürzten Manne sagte, der mitten im tiefsten Frieden sein Land überfallen und ihn selbst auf unwürdige Art brüskiert hatte, darin bestanden haben, daß er auf Napoleons Entschuldigung, durch die öffentliche Meinung zum Kriege gezwungen worden zu sein, entgegnete: „Ew. Majestät erklärten den Krieg der öffentlichen Meinung zuliebe, aber Ihre Minister waren es, welche diese öffentliche Meinung geschaffen hatten." Nach derselben Quelle würde Napoleon der Ansicht gewesen sein, daß es die Armee des Prinzen Friedrich Karl gewesen, welche den Sieg entschieden habe; und es hätte ihn sehr betroffen gemacht, zu hören, daß dieser mit sieben Armeecorps bei Metz stehe. Der König bot ihm das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel — einst Residenz des lockeren Königs Jérôme von Westfalen — zum Aufenthalt an; Napoleon sprach die schwerlich überflüssige Bitte aus, daß ihm, soweit er bei seiner Überführung nach Deutschland französisches Gebiet zu passiren habe, eine möglichst starke militärische Eskorte beigegeben werden möchte. Am 3. früh verließ er das Schloß; am 5. traf er auf der Wilhelmshöhe ein. Daß er eine „standesgemäße" Behandlung fand, verstand sich bei dem Charakter seines Besiegers von selbst: es gab Leute, die sich ärgerten, daß man dem gefangenen Kaiser Köche von Berlin aus zur Verfügung stellte, gleich als wenn ein gutes Mittagsessen den gottgeschlagenen Mann über seine Lage hätte trösten können, die denn doch aller Aufmerksamkeiten seines Besiegers ungeachtet grausam genug war, um als Strafe für den Teil der Schuld, der auf sein Haupt fiel, gelten zu können.

Nach der Zusammenkunft begab sich der König zu seinen Truppen, die er auf fünfstündigem Umritte begrüßte. Der Jubel war unermeßlich und konnte nur mit dem wetteifern, der in allen Städten und Dörfern der deutschen Heimat zum Himmel emporstieg. Wenn man einen Unterschied machen darf bei der allgemeinen, einhelligen, vollberechtigten Freude über das Ereignis, das in aller und jeder Beziehung einen völlig überwältigenden Charakter trug — jeder kühnste Traum war hier von der Wirklichkeit weit überflogen —, so wird man fast geneigt sein, den süd-

*) Bedenken erwecken könnte nur die Antwort des Königs auf die Worte Napoleons: Prinz Friedrich Karl entschied das Schicksal des Tages; seine Armee nahm unsere Stellungen; — „Prinz Friedrich Karl! Ich begreife Eure Majestät nicht. Es war meines Sohnes Armee, welche bei Sedan focht". Denn es waren ja doch Teile der Armee Friedrich Karls, welche bei Sedan als Maasarmee französische Stellungen nahmen. Freilich hatte der König keinen Grund, den Kaiser über die Existenz der IV. Armee aufzuklären.

deutschen Hauptstädten den Preis stürmischer Freudetrunkenheit zuzuerkennen. Hier, wo die Empfindungen schrankenloser in ihrem Ausdrucke sind als im Norden, riß die Nachricht alles mit sich, und die von ihr hervorgerufene Begeisterung begrub mit ihren stolzen Wellen eine Welt alter Vorurteile, bitterer Erinnerungen und verkehrter Anschauungen. Aber auch Städte, in denen eine Bevölkerung ohne tiefere Begeisterungsfähigkeit lebte, und die, wie einzelne rheinische, schon wenige Jahre später in die Knechtschaft eines boshaften Pfaffentums und eigener Leichtgläubigkeit zurückfallend sich auf den großen Tag kaum mehr zu besinnen schienen, kannte man in jenen Morgenstunden nicht wieder, wo die große, unglaubliche, überwältigende Zeitung an den Straßenecken angeschlagen war. Mit stolzer Freude erkannte die Nation an dieser gewaltigsten Waffenthat ihrer Geschichte, was ihrer geeinigten Kraft möglich sei: und dieser Eindruck war so mächtig, daß er durch keine der trüben Leidenschaften, welche die Selbstsucht der Parteien im täglichen Kampfe widerstrebender Interessen erregt, wieder verwischt werden kann.

Schon am Abend des 3. begann die Ausführung der Kapitulation. In einer Proklamation machte General Wimpffen das französische Heer mit der traurigen Notwendigkeit bekannt, der er sich mit ihm fügen müsse. Der Zustand dieses Heeres war übrigens von der Art, daß sie keinen sonderlichen Eindruck mehr machte, und wer Gelegenheit hatte, die Stimmung der Kriegsgefangenen, die nun Myriade nach Myriade über Remilly und Pont a Mousson nach Deutschland in endlosen Zügen gebracht wurden, zu beobachten, fand, daß sie sich leicht zu trösten wußten und, hoch und niedrig, ihr Schicksal nicht allzu tragisch nahmen. Einsichtige Fürsorge der deutschen Verwaltung, welche auch in dieser Hinsicht ihrer Aufgabe völlig gewachsen war, sowie Humanität und gutmütige Neugier der Bevölkerung suchte es ihnen zu erleichtern.

Indes nicht die Armee von Chalons bloß war mit dem Schlage vom 1. September vernichtet. Auch die Lage der Rheinarmee in Metz war mit der Kapitulation vom 2. entschieden und auch ihr Verderben unabwendbar. Eben in jenen Tagen hatte Bazaine einen Versuch gemacht, die Schranken zu sprengen, mit welchen ihn die unter dem Prinzen Friedrich Karl vereinigten Armeecorps umklammert hielten; und er war mißlungen.

Nachdem man sich am 19. August deutscherseits von dem Rückzuge der Franzosen nach Metz überzeugt und die von ihnen innegehabten Stellungen besetzt hatte, gab der Oberbefehlshaber der vor Metz zurückbleibenden Truppen, Prinz Friedrich Karl, sofort die nötigen Befehle, um diese Stellungen in umfassender Weise fortifikatorisch zu verstärken, da man voraussetzen mußte, daß Bazaine, der noch über 150 000

Mann Kerntruppen verfügte, sobald dieselben erst wieder ausgeruht und in vollkommen schlagfertigen Stand gesetzt waren, seinen Versuch, den Weg nach Westen frei zu bekommen, erneuern werde. Keine Minute ward versäumt: Ortschaften und Gehöfte wurden befestigt, in den Wäldern Verhaue angelegt, Geschützstellungen, offene und geschlossene Schanzen erbaut, Schützengräben gezogen, Brücken zu rascher Verbindung der Truppen auf beiden Moselufern geschlagen, die Mosel mit Fischernetzen und Drahtgeflechten abgesperrt, um keine schwimmende Korrespondenz möglich zu machen, der Vorpostendienst auf das strengste geregelt, für Medikamente gesorgt, um etwa ausbrechenden Epidemieen aufs wirksamste begegnen zu können. Binnen wenigen Tagen erhob sich so rings um Metz eine zweite Festung, eine Kette von Verteidigungsstellungen, die sich täglich verstärkte und durch eine Telegraphenleitung verbunden war. Am 26. August traf Bazaine Einleitung, um nach Norden durchzubrechen, unterließ aber auf den Rat seiner Generale den Versuch, weil heftige Regengüsse die Bewegungen der Truppen auf dem durchweichten Boden zu hindern schienen. Er war nicht in der Lage, das oben erwähnte Abrücken der zwei Corps gegen die Maas zu benutzen, das er, wenn überhaupt, zu spät erfuhr; dieselben waren bereits wieder in ihre Stellungen eingerückt, auch war von Osten her ein weiteres Corps, das des Großherzogs von Mecklenburg, im Anmarsch, als er endlich — durch eine Depesche, die ihn über Thionville am 29. glücklich erreichte, über die Bewegungen Mac Mahons einigermaßen orientiert — Anstalten zu dem Stoße traf, der den Cernierungsgürtel zerreißen sollte. Aber er war der Leitung eines solchen Unternehmens offenbar nicht gewachsen. Als er am 31. August seinen Plan ausführte, auf dem rechten Ufer sich mit gesammelter Kraft Luft zu machen, um alsdann auf Thionville zu marschieren, benutzte er keinen der Vorteile, die ihm seine centrale Stellung gegenüber der Einschließungsarmee bot. Der Angriff richtete sich gegen das Plateau von St.-Barbe nach Osten zu; aber statt die Nacht zur Zusammenziehung seiner Streitkräfte zu benutzen und am frühen Morgen ihren Stoß rasch auf den einen entscheidenden Punkt zu richten, verfuhren die Franzosen mit solcher Schwerfälligkeit und Langsamkeit, daß das zunächst bedrohte Corps Manteuffel Zeit hatte, wenigstens die notwendigsten Verstärkungen heranzuziehen. Erst nachmittags 4 Uhr, als man im deutschen Hauptquartier für diesen Tag kaum noch den Kampf erwartete, erfolgte der ernstliche Angriff, II., III., IV., VI. Corps und Garde, also eine große Übermacht gegen das 1. (ostpreußische) Corps, die Landwehrdivision von Kummer, und was an Truppen rasch zur Verstärkung von verschiedenen Seiten hatte herangeschoben werden können. Aber sie gewannen an diesem Tage nur wenig Boden, Coincy,

Flanville, Noiſſeville, alſo auf den Deutſchland zugewendeten Straßen, — gar keinen aber, was das Wichtigſte geweſen wäre, gegen Norden. Bis nachts 10 Uhr wurde an einzelnen Punkten gekämpft, und die Franzoſen lernten hier zum erſtenmale, was wirkliche deutſche Landwehren waren, über welche ihre erbärmliche Preſſe nicht müde ward, ſchale Witze zu reißen. Was aber am 31. Auguſt nicht gelungen war, das wurde am 1. September zur Unmöglichkeit. Nach ihrer Weiſe ergriffen die deutſchen Truppen ihrerſeits an dieſem Tage die Offenſive, da ſie unterdeſſen ausreichende Truppenkräfte auf das rechte Moſelufer herübergezogen hatten; um 11 Uhr war Noiſſeville wieder in ihren Händen. Die franzöſiſchen Angriffe nach Norden gegen Failly und Charly mißlangen gleichfalls; um 4 Uhr, alſo im ganzen nach 24ſtündigem Fechten, waren die Franzoſen in ihre alten Stellungen zurückgekehrt. Im Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl hörte man ſeit 6½ Uhr morgens den Donner der Kanonen, die, 105 Kilometer in gerader Linie von Metz entfernt, bei Sedan die Entſcheidung brachten: der große Tag war hier wie dort für die deutſchen Waffen gewonnen.

Die Verluſte waren auf deutſcher Seite etwa 3000, diejenigen der Franzoſen 3500 Mann. Nach dieſem Fehlſchlage aber war es mit jeder Hoffnung, durch eigene Kraft ſich aus der eiſernen Umklammerung der deutſchen Armee los zu machen, auf immer vorbei. Was immer der ſpätere Prozeß gegen Bazaine an Staub aufgewirbelt haben mag, ſoviel iſt einleuchtend, daß die Stärke der deutſchen Stellung mit jedem Tage ſtieg, die Angriffskraft der franzöſiſchen Armee mit jedem Tage ſich verringerte, daß Bazaine, mit ſchon geminderter Kraft und unter gänzlich zu ſeinen Ungunſten veränderten Verhältniſſen, erſt eine Schlacht wie die von Gravelotte hätte gewinnen müſſen, um frei zu werden, oder vielmehr, um eine erſte *Möglichkeit der Befreiung* zu erlangen. Schon die Notwendigkeit, die nicht für eine Armee von 150 000 Mann lange ausreichenden Vorräte in Metz durch Pferdefleiſch zu ergänzen, lähmte bald einen erheblichen Teil der Reiterei und der Artillerie; ſelbſt der Kampf bei Noiſſeville wurde von dem Marſchall Bazaine nur mit halbem Herzen unternommen, weil er fürchten mußte, ſelbſt wenn der Durchbruch an einer Stelle gelinge, von der deutſchen Armee in offenem Felde angegriffen und vernichtet oder zum mindeſten gezehntet zu werden. Was aber von Angriffsluſt noch in ihm war, das lähmte die *politiſche Verwirrung*, welche im Gefolge der Schlacht von Sedan eintrat.

Wir brauchen, ehe wir dieſe wichtigſte Folge der Kataſtrophe von Sedan ins Auge faſſen, nur noch einen Blick auf die Operationen zur See zu werfen, um zu erkennen, wie kläglich auf allen Seiten das

Truggebäude zusammenstürzte, das sich die Nation aus Halbwissen in Beziehung auf die Vergangenheit, schmählicher Unkenntnis der Gegenwart, Haß, Hochmut und allerlei anderen brüchigen Steinen zusammengebaut hatte. Am 22. Juli hatte sich der Viceadmiral Bouet-Villaumez, welcher vom Kaiser Napoleon zum Befehlshaber des Ostseegeschwaders ernannt worden war, nach Cherbourg begeben und hatte seine Admiralsflagge am Bord der Panzerfregatte la Surveillante aufgepflanzt. Mit seinen 16 Panzerfregatten, und was dazu gehörte, segelte er am 24. von Cherbourg ab. Eine zweite Flotte unter la Ronciere le Noury sollte, mit 30 000 Mann Landungstruppen an Bord, ihm nachfolgen. Dieselben Mängel und gröbsten Fehler aber, welche die Katastrophe zu Lande hervorgerufen hatten, wiederholten sich hier: nur daß von einer großartigen Offensive der deutschen Flotte, welche einer kolossalen Übermacht nur 54 Schiffe mit 1462 Kanonen entgegenzusetzen hatte, nicht die Rede sein konnte. Der französische Admiral begegnete der deutschen Flotte auf seinem Wege nicht; dieselbe hatte sich bereits in Sicherheit gebracht. Dieser ersten Enttäuschung folgten mehrere andere in schneller Folge nach. Es fehlte an dänischen Seekarten, so gut es der Landarmee an den richtigen Landkarten gefehlt hatte, es fehlte an vielem anderen; denn in dem Seearsenal zu Cherbourg sah es nicht besser aus, als in so manchem Landarsenal und Magazin. Die Absendung des Landungscorps unterblieb, weil man schon wenige Tage nach Kriegsanfang nicht Truppen genug gegen die deutsche Invasion haben konnte. Mit dem Landungscorps aber blieb auch die nordische, zunächst dänische Allianz aus, auf welche man sich Rechnung gemacht hatte. Man war, als die Nachrichten von den ersten französischen Niederlagen ankamen, in Kopenhagen überaus froh, sich nicht weiter vorgewagt zu haben, als bis zu Bravaden in den Zeitungen und freigebigen Zeichnungen für die französischen Verwundeten. Über widersprechenden Instruktionen verging die Zeit. Am 2. August erhielt der Admiral den Befehl, in die Ostsee einzulaufen; er passierte den Großen Belt und rekognoszierte die deutsche Küste, fand sie aber überall wohlgehütet, unnahbar und hatte selbst weder die kleinen Schiffe, noch die Truppen zur Hand, welche an irgend einem Punkte die Landung hätten versuchen können. Am 6. August erreichte ihn bei der Insel Rügen die Weisung, nach Frankreich zurückzukehren, die aber am 7. von der entgegengesetzten, zu bleiben, überholt wurde. Nachdem er mit einer Kommission von Offizieren die verschiedenen Möglichkeiten an der 180 Meilen langen Küste erörtert hatte, schickte er sich zu einem Unternehmen gegen Kolberg an, von dessen Wert und Aussichten er selbst nur bescheidene Erwartungen hegte; aber noch ehe dasselbe zur Ausführung kommen konnte, bestimmte ihn die Nachricht, daß die

deutsche Flotte die Jade verlassen habe, zur Umkehr. Diese Nachricht war falsch, dieselbe wurde vielmehr von der französischen Nordseeflotte unter Admiral Fourichon, welche mittlerweile gleichfalls eingetroffen war, im Jadebusen eng blockiert gehalten. Im übrigen aber machte dieser in der Nordsee keine besseren Geschäfte als Bouet-Villaumez in der Ostsee. Der aufgebrachten Schiffe waren sehr wenige, und doch war dieser zweifelhafte Erfolg der einzige; die deutschen Kriegsschiffe neckten, wo sich Gelegenheit gab, den Feind, und doch gelang es niemals, eines derselben zu erreichen. Das Wetter wurde schlecht; die Entmutigung über die beinahe lächerliche Rolle, welche die große französische Flotte hier spielte, drückte auf Offiziere und Mannschaften zugleich mit dem Gefühle, daß, nach den unheilvollen Vorgängen des August, jedes Paar rüstiger Arme in Frankreich selbst mehr Wert habe, als eine Flotte, deren ganze Thätigkeit in der Aufrechthaltung einer Küstenblockade bestehe. Dies Gefühl steigerte sich, als am 5. die Nachrichten von der Katastrophe von Sedan anlangten. Der Admiral Bouet-Villaumez erhielt, wie wir hier vorgreifend anführen müssen, am 9. am Eingang zum Großen Belt, wo er weitere Instruktionen abwartete, von der neuen Regierung zu Paris die Weisung, die Blockade der deutschen Küste fortzusetzen und alles zu versuchen, was dem Feinde Schaden zufügen könne, und so nahm er den Entschluß, Kolberg zu beschießen, wieder auf. Aber auch über dieser einzigen Unternehmung waltete ein Unglücksgestirn. Stürmisches Wetter verhinderte die sofortige Ausführung: und als er sich endlich aufmachte, am 13., erfuhr er, daß die Nordseeflotte bereits wieder nach Cherbourg zurückgegangen, mithin die deutsche Flotte demnächst in der Ostsee zu erwarten sei. Wenige Tage später erreichte ihn selbst der Befehl, nach Cherbourg zurückzukehren. Er that so und unterließ es nicht, indem er an der Jade vorbeifuhr, den dort noch befindlichen deutschen Schiffen den Anblick dieses Rückzuges ohne Ruhm nach 66 Tagen geschäftigen Müßiggangs zu gönnen.

3. Der Kampf um Paris.

a. Die Ereignisse bis zur Kapitulation von Metz.

Wer in der weiten Welt die Nachricht von der Kapitulation von Sedan hörte, konnte nicht daran zweifeln, daß dem großen militärischen Bankbruch, der hier den Namen der kleinen Grenzfestung zur Fabel der Jahrhunderte machte, binnen kürzester Zeit der politische folgen mußte. In einem gesunden Gemeinwesen vereinigt schweres Mißgeschick, wie immer es verschuldet sein mag, Herrscher und Volk:

man ändert etwa ein Ministerium, ersetzt einen ungeschickten oder unglücklichen Heerführer durch einen glücklicheren oder geschickteren, aber man hält an der bestehenden Rechtsordnung fest, deren Symbol und Schlußstein die regierende Familie ist. Eine kindische Ideologie, die sich mit großem Unrecht weise dünkt, mag dies abergläubisch, unmännlich, servil finden; in Wahrheit ist es, so wie Menschen sind, das Richtige und Vernünftige; es ist eben in äußersten Lagen vom höchsten Werte, in einem nationalen Königtum ein solches allen verständliches gemeinsames Banner zu haben — ein Symbol, unter dem sich alle das Gleiche denken, wenn auch jeder nach seinem besonderen Bildungsgrade diesen selben Gedanken auf verschiedene Weise denkt. Aber Frankreich hatte dieses wertvolle Gut einer nationalen Erbmonarchie in den Stürmen einer grauenvollen Revolution verloren, oder es war ihm von einer Anzahl Schwärmer und Bösewichte entwendet worden; als es ihm vom siegreichen Auslande zurückgegeben wurde (1815), haftete ein Makel daran, und was an diesem Gute noch immer wertvoll war, wurde in zwei weiteren, weniger furchtbaren, aber mit größter Frivolität unternommenen, in wenigen Stunden durchgeführten Revolutionen verschleudert. Die neue Gewalt, welche das Schattenbild einer eingebildeten Freiheit nach kurzer Dauer wieder verdrängte, war ein populärer Despotismus: und wenige Wochen erst waren vergangen, seitdem zum viertenmal in 18 Jahren die Nation in der scheinbar freiesten Form allgemeiner Abstimmung dieser usurpierten Gewalt den Stempel der Gesetzmäßigkeit aufgedrückt hatte. Dies unbegrenzte Vertrauen aber, welches in jenen Plebisziten ausgedrückt war, hatte eine sehr drückende Bedingung gehabt: der Mann des Plebiszits durfte zwar Krieg beginnen, wie er wollte, aber er durfte keine Niederlage erleiden. Nun aber hatte er sich dieses Verbrechens in höchstem Maße schuldig gemacht: die hochgespannten, künstlich gesteigerten Sieges- und Ruhmeshoffnungen, mit denen dieser Krieg begann, waren in ihr jämmerlichstes Gegenteil umgeschlagen: welches deshalb die Folgen des 2. September in Paris sein mußten, dies war nicht schwer zu berechnen.

Mit großer Spannung war man dort der Bewegung gefolgt, welche die Armeen der beiden Marschälle zusammenführen sollte. Die Zeitungen prahlten nach ihrer Weise: aber unter ihren Redensarten von der „prachtvollen Bewegung", den „ruhmvollen Zusammenstößen mit dem Feinde" und ähnlichen verbarg sich viel wirkliche Furcht. Am 3. September nachmittags kam die Hiobsbotschaft nach Paris, wo man seit zwei Tagen in höchster Spannung lebte, da man aus der allgemeinen Lage der Dinge auf einen nahen, großen Zusammenstoß schließen mußte. Einzelne Zeitungsredaktionen, welche vollständige Nachrichten erhielten, wagten es nicht, sie sofort zu veröffentlichen, aus

Furcht, ein Opfer der Volkswut zu werden; aber die unheimlichen Nachrichten fanden ihren Weg, niemand schlief in jener Nacht, vor den Enthüllungen zitternd, welche der Morgen bringen mußte. Die Regierung hatte unterdessen die volle Wahrheit erfahren, sie mußte handeln; um Mitternacht wurde eine Sitzung des gesetzgebenden Körpers angesagt. Hier ergriff der Kriegsminister das Wort, um die Mitteilung zu machen: nach drei Tagen heldenmütiger Kämpfe habe die Armee, auf Sedan zurückgedrängt und von überlegenen Streitkräften eingeschlossen, kapitulieren müssen. Er verlangte Vertagung, da die Regierung noch keinen Beschluß gefaßt habe; der Präsident Schneider — er hatte den Großkordon der Ehrenlegion, den er sonst zu tragen pflegte, diesmal zu Hause gelassen — schlug eine Sitzung auf den folgenden Mittag vor; da erhob sich Jules Favre, um einen Antrag auf das Bureau niederzulegen, dem er kein erläuterndes Wort hinzufügen wolle: Louis Napoleon und seine Dynastie wird der Befugnisse, welche ihnen die Verfassung übertragen hat, für verlustig erklärt; es wird eine Kommission ernannt, welche die Aufgabe hat, die Verteidigung bis zum Äußersten fortzusetzen; General Trochu wird in seinen Funktionen als Generalgouverneur von Paris bestätigt. Die Versammlung trennte sich unter tiefem Schweigen. Am Morgen des 4. las man dann an den Straßenecken eine Proklamation des Ministerrates, welche die Kapitulation „nach heldenmütigen Kämpfen gegen 300 000 Feinde" eingestand; „dieser grausame Unglücksfall" — die Proklamation gestand nur 40 000 Gefangene ein — „soll unseren Mut nicht erschüttern" — — „die Regierung weiß sich eins mit den großen Staatskörpern, sie wird alle Maßregeln treffen, welche der Ernst der Ereignisse notwendig macht." — — Auch die Kaiserin, obgleich sie nur an die Zukunft Frankreichs zu denken erklärte, gab sich doch noch der trügerischen Hoffnung hin, man werde sich um ihre Regierung scharen: hatte doch noch vor kurzem der General Trochu, an welchen jetzt die leichtgläubige Hoffnung sich hängte, erklärt, sich auf der Schwelle der Tuilerien töten zu lassen, ehe er seine Pflicht verrate. Die Deputierten fanden sich um Mittag im Palais Bourbon ein, welches Graf Palikao mit zahlreichen Truppen hatte umgeben lassen. Inmitten großen Lärms brachte er den Antrag der Regierung ein, ein Conseil der Regierung und der nationalen Verteidigung aus fünf Mitgliedern niederzusetzen, ihn selbst zum Generalstatthalter bei diesem Conseil zu ernennen. Diesem Antrage setzten Thiers und einige andere einen Vorschlag entgegen, nach welchem die Kammer eine Regierungs- und Verteidigungskommission ernennen und, sobald die Ereignisse es gestatteten, eine konstituierende Versammlung berufen werden sollte, während Jules Favre und seine Freunde auf ihrem Absetzungsantrage bestanden, welchen bereits

„das Volk" zum seinigen gemacht hatte. Dieses, die Aristokratie des Straßenpflasters von Paris, hatte sich bereits in die Verfassung gesetzt, abermals dem Lande das Gesetz zu geben. Während die Regierung, welche doch seit dem Nachmittag des 3. die Ereignisse von Sedan kannte und noch viel früher auf eine Lage, wie sie jetzt war, sich hätte gefaßt machen müssen, — den Abend des 3., die Nacht auf den 4. und den Vormittag des 4. hatte verstreichen lassen, ohne zu einem Entschlusse zu kommen und ohne zu handeln, hatte die Aufregung, die Wut der Niederlage sich der Massen bemächtigt, trieb sie auf die Straßen, und wie von selbst, obwohl ihnen auch die Führer nicht fehlten, lenkte sich ihr Strom gegen den gesetzgebenden Körper, vor dessen Palais er immer mehr anschwoll. Während die Deputierten in ihre Bureaus sich zurückzogen, um über die gestellten Anträge zu beraten, überwältigte die andringende Flut schon den schwachen Widerstand. Zahlreiche Nationalgarden sind unter den Haufen, welche mit lautem Geschrei die Absetzung der Dynastie und die Republik verlangen; die im Vorhofe des Gebäudes aufgestellten Linientruppen, durch ein in solchen Fällen auf diesem Boden oft erprobtes Mittel, den Ruf: „Es lebe die Linie!" besiegt, senken die Gewehre, und die Menge ergießt sich nun in die Vorsäle und auf die Tribünen, wo sie leidenschaftlich diskutiert und tumultuiert. Der Präsident erscheint, um die öffentliche Sitzung wieder zu eröffnen; die Deputierten kommen aus ihren Bureaus zurück, und einzelne Männer der Linken, Gambetta, Dorian, Jules Favre, machen mehr oder weniger aufrichtig gemeinte Versuche, die Lärmmacher zu beschwichtigen. Es war ein vergebliches Bemühen. Mehr und mehr füllte der Saal selbst sich mit dem Allerlei der Straße; von einer Sitzung konnte nicht die Rede sein; die Deputierten, es war zwischen 2 und 3 Uhr, verloren sich aus dem Saale, in welchem nun eine Zeitlang mehr oder weniger harmloser Unfug getrieben wurde. Die Menge aber wälzte sich nach dem Stadthause, wo sich das Weitere dann von selbst ergab. Die Führer der Linken, welche längst auf dieses Ziel losgesteuert hatten, bildeten hier eine provisorische Regierung oder ließen sie von dem, was die Demagogie zum Hohne das souveräne Volk nennt, ernennen. Die Abgeordneten der Stadt Paris traten zu einer „Regierung der nationalen Verteidigung" zusammen und gesellten sich den Gouverneur von Paris, Trochu, zu, den sie zu ihrem Präsidenten bestimmten; es waren die oft genannten Rhetoren und Advokaten der Opposition, Emanuel Arago, Cremieux, Jules Favre, Ferry, Gambetta, Glais-Bizoin, Pelletan, Picard, Jules Simon und der aus seinem Gefängnisse im Laufe desselben Nachmittags befreite Rochefort. Es sollte sich zeigen, ob diese Männer ihre Sache besser verstanden als die Männer des

Kaiserreichs, das jetzt, wie von selbst, vor dem bloßen Rufe einiger Tausende zusammenstürzte. Der einzige Mann von höherer Befähigung, der nicht, wie die Mehrzahl dieser Männer, bloß Talent und etwa Mut und Energie, sondern wirkliche Sachkenntnis und Erfahrung besaß, Thiers, weigerte den Eintritt in diese Regierung. Dagegen machte der General Trochu keine weitere Schwierigkeit, obgleich ihn eine besondere Ehrenpflicht an die kaiserliche Sache band. Er mochte denken, daß doch nichts mehr zu machen sei: man hatte aber in Frankreich seit achtzig Jahren verlernt, sich über einen Eid- und Treubruch in politischen Dingen überhaupt viele Gedanken zu machen.

Die kaiserliche Ordnung der Dinge setzte dieser Revolution nur sehr schwache Demonstrationen entgegen und gab bald gar kein Lebenszeichen mehr von sich. Die Kaiserin hatte mit weiblicher Klugheit erkannt, daß die Dynastie für den Augenblick verloren war, und, aus der Not eine Tugend machend, wiederholt ihre Minister, solange sie noch deren um sich sah, aufgefordert, nur an Frankreich, nicht an die Dynastie zu denken: sie verließ schon im Laufe des Nachmittags die Tuilerien, welche, wenn noch nicht unmittelbar gefährdet, doch jeden Augenblick einem Einfalle der Menge ausgesetzt waren. Sie erreichte glücklich und unerkannt einen Hafenort bei Trouville, wo sie von einem Engländer, dem einer ihrer wenigen Begleiter das Geheimnis vertraute, an Bord seiner Jacht aufgenommen wurde, welche sie nach der englischen Küste trug. Die Mehrzahl des gesetzgebenden Körpers hatte sich in einem Saale des Hotels ihres Präsidenten zusammengefunden, und hier wurde beschlossen, nachdem man dem Antrag, den Thiers in der Mittagssitzung gestellt hatte, und welcher in der That unter den gegebenen Verhältnissen der vernünftigste gewesen wäre — Niedersetzung einer Regierungs- und Verteidigungs-Kommission und später Einberufung einer konstituierenden Versammlung —, zugestimmt hatte, durch Delegierte sich mit dem auf dem Stadthause befindlichen Abgeordneten ins Einvernehmen zu setzen. Um 8 Uhr abends wurde die Sitzung wieder aufgenommen, welcher Thiers präsidierte. Hier traten Jules Favre und Jules Simon ein, nicht mehr als Deputierte, sondern schon als Mitglieder der neuen Gewalt, die sich auf dem Stadthause gebildet hatte. „Wenn Sie Ihre Ratifikation dazu geben wollten, würden wir erkenntlich sein", ließen sie sich vernehmen, wenn nicht, so habe es auch nicht viel zu sagen; „was uns, die Männer der Ordnung und der Freiheit, betrifft, so haben wir, indem wir annahmen, eine patriotische Mission zu erfüllen geglaubt." Sie entfernten sich wieder; die Zurückbleibenden berieten, wie sie sich zu der neuen Lage stellen sollten. Thiers riet, die provisorische Regierung gegen den Feind zu unterstützen, und erinnerte, als man einen Protest

gegen die Vergewaltigung der Nationalvertretung verlangte, daran, daß auch er eines Tages Mitglied einer Nationalversammlung und Gefangener im Staatsgefängnisse Mazas gewesen sei, daß Proteste in der augenblicklichen Lage nichts helfen könnten. Um 10 Uhr trennte man sich ohne Beschluß; es war das Klügste, was man thun konnte, und eines noch leichteren Todes war bereits der Senat gestorben, der seinerseits um 12 Uhr jenes Tages zusammengetreten war. Hier vertrieb man sich die Zeit mit leeren Worten, indem der eine oder der andere dieser Pensionäre seine Ergebenheit gegen die kaiserliche Dynastie und seinen Ärger über den Absetzungsantrag im anderen Hause aussprach; die Sitzung war, da kein Gegenstand der Beratung vorlag, suspendiert, wurde dann gegen 3 Uhr wieder aufgenommen; eine Vorlage vom gesetzgebenden Körper war nicht angelangt, noch war sie mehr zu erwarten; das Beste, was diese Körperschaft hoffen konnte, war, daß sich irgend ein tumultuierender Haufe auch hierher verlaufe, damit sie der Gewalt weichen und mit einem Effekt von der Bühne verschwinden könne. Aber niemand that ihr diesen Gefallen. So blieb denn nichts übrig, als ein Schlußwort, das der frühere Justizminister Baroche sprach. „Wenn wir hoffen könnten", sagte er mit großer Naivetät, „daß jene revolutionären Kräfte, welche in den gesetzgebenden Körper eingedrungen sind, sich auch gegen uns wenden möchten, so würde ich denken, daß jeder von uns auf seinem Sessel ausharren müßte. — — Aber unglücklicherweise — denn hier ist es, wo ich sterben möchte — können wir diese Hoffnung nicht hegen. — Indem wir uns trennen, weichen wir übrigens schon der Gewalt." So tröstete er sich und die würdigen Kollegen, der Antrag auf Permanenzerklärung wurde demgemäß abgelehnt, die Sitzung geschlossen, und da hier das Schauspiel zu Ende war, so ging jedermann nach Hause.

Es war, wie man rühmte, eine unblutige Revolution, welche hier binnen wenigen Stunden sich vollzog. Wenigstens auf den Straßen von Paris floß darüber für den Augenblick kein Blut; ob sie dem Lande nicht gleichwohl teuer genug zu stehen kam, mußte die Zukunft lehren. Zunächst vollendete sie sich in den herkömmlichen Formen. Noch am Abend erschien eine Proklamation der neuen Regierung: „Franzosen, das Volk hat die Kammer überholt, welche zauderte. Um das Vaterland zu retten, das sich in Gefahr befindet, hat es die Republik verlangt. Es hat seine Vertreter nicht in die Regierungsgewalt, sondern in die Gefahr eingesetzt. Die Republik hat die Invasion im Jahre 1792 besiegt, die Republik ist proklamiert. Die Revolution ist im Namen des Rechtes, der öffentlichen Wohlfahrt vollzogen." — — In entsprechender Weise wurde die Bevölkerung von Paris insbesondere und die Armee — wir werden sehen, wie weit eine solche noch vor-

handen war — angeredet. Mit leichtem Worte kam man auch hier über ein Ereignis hinüber, welches so viele Eide auslöschte und, wo in den Herzen der Soldaten noch etwas von Ehrgefühl und Treue lebte, die Gewissen hart bedrängen mußte. „Wenn ein General sein Kommando kompromittiert hat, so entzieht man es ihm. Wenn eine Regierung durch ihre Fehler das Wohl des Vaterlandes gefährdet hat, setzt man sie ab. Das that Frankreich soeben. Mit Abschaffung der Dynastie, welche für unsere Unfälle verantwortlich ist, hat es soeben vor den Augen der Welt einen großen Akt der Gerechtigkeit vollzogen." — — Ein köstlicher Spaß in der That, wenn es nicht so ernsthaft gewesen wäre: Frankreich erfuhr, was es gethan, durch diese Männer: und es erhob keinen Einwand dagegen, daß irgendwer, ein Menschenhaufe, eine provisorische Regierung, ein General in seinem Namen handle und auf seinen Namen Schulden mache, was hier nicht bloß im bildlichen, sondern im wörtlichen Sinne der Fall war.

Auch drückte die absolute Rechtlosigkeit ihrer Gewalt diese Leute ihrem eigenen Volke gegenüber am wenigsten, und ruhig verteilten sie die Ämter und Ministerien an die Geeignetsten oder mindest Ungeeigneten aus ihrer Mitte. Das Auswärtige übernahm Jules Favre, das Innere Gambetta, unzweifelhaft der Bedeutendste in der Gesellschaft; den Krieg General Leflô, die Marine Admiral Fourichon, die Justiz Cremieux, die Finanzen Picard, öffentlichen Kultus und Unterricht Jules Simon, Magnin Ackerbau und Handel: es ist angesichts einiger Thatsachen, die wir kennen lernen werden, gestattet zu sagen, daß es ziemlich gleichgültig war, ob der eine oder der andere das Innere oder das Äußere übernahm. Daß sich jeder dieser in den Gerichts- und Kammerdebatten vielfach umhergetriebenen, durch Revolutionen, Staatsstreiche, Verschwörungen, Intriguen geschulten Geister Inneres und Äußeres, Krieg und Finanzen, Kultus und Handel gleichmäßig zutraute, ohne darum zu sorgen, ob er von dem Geschäftlichen und Sachlichen seines Departements viel oder wenig verstand, und was bei so naiver Geschäftsverwaltung herauskam, das zeigte sich bald in sprechenden Zügen. Indes zunächst fragte niemand diese Regierung um ihre Legitimation. Sie entsprach, da sie aus lauter Gegnern des Kaiserreichs bestand, der augenblicklich vorwaltenden Stimmung, welche gegen alles, was mit dem Kaisertum zusammenhing, im höchsten Grade erbittert war. Sie behielt zwar die letzte Entscheidung Frankreich vor, indem sie schleunige Einberufung einer Nationalversammlung in Aussicht nahm oder ankündigte: Ernst war es ihr, wenigstens Männern wie Gambetta, mit dieser Einberufung schwerlich; das Erste, Nächste, Einzige war ihnen der Krieg, und einige von ihnen, wie eben Gambetta, glaubten auch mit dem ehrlichen Fanatismus der Unwissenheit,

daß die Republik das Wunder vollbringen und die deutschen Heere vernichten werde. Unwissend in der Geschichte des eigenen Landes, wie in der des Auslands, nahmen sie an, daß die „erste Invasion", die von 1792, durch „die Republik" zurückgeworfen worden sei, ohne daran zu denken, was außer der Republik an diesem Erfolg schuld gewesen, und ohne danach zu fragen, daß das Deutschland von 1870 denn doch etwas anderes war als die Koalition von 1792. Die große Mehrzahl der Franzosen aber lebte desselben kindlichen Glaubens. Daß Frankreich unüberwindlich sei, hatte man ihnen von allen Seiten so oft versichert, daß daran kein Zweifel sein konnte. Daß das Kaisertum und seine Heere dies nicht waren, hatte der Augenschein doch allzu deutlich gezeigt: folglich mußte wohl die Republik jenes unüberwindliche Frankreich sein. Sie hatte überdies den Vorzug, etwas Neues zu sein, und so that man sich überall mit Zertrümmerung der kaiserlichen Büsten, Verhüllen kaiserlicher Standbilder, Zerstören kaiserlicher Adler und Portraits gütlich und machte sich sogar in Paris noch einige gute Tage, in denen man über dem: Vive la Republique! das herannahende deutsche Heer vergaß.

Die erste Leistung, mit welcher die neue republikanische Regierung sich dem übrigen Europa ankündigte, war ein Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen Jules Favre an die diplomatischen Agenten Frankreichs, vom 6. September. Dieses Schriftstück war nicht geeignet, eine große Vorstellung von der neuen Regierung zu geben: es war eine politische Dilettantenarbeit, in ihrer Art nicht weniger lügenhaft, als die letzten Aktenstücke der kaiserlichen Regierung, nur daß darin der gallische Hochmut mit einer gewissen Naivetät zu Tage trat. „Wir", d. h. die 8 oder 10 Männer, welche sich selbst zu einer Regierung Frankreichs ernannt hatten, „wir haben laut den Krieg verworfen, und, unseren Respekt für die Rechte der Völker aussprechend, haben wir verlangt, daß man Deutschland Herr seines Schicksals sein lasse". — „Die kaiserliche Regierung hat unsere Politik zurückgewiesen — — wir nehmen sie wieder auf in der Hoffnung, Frankreich, durch die Erfahrung belehrt, wird die Weisheit haben, sie auszuüben." Diese Weisheit würde Frankreich unter den obwaltenden Umständen nicht schwer geworden sein; mit einer frechen und einfältigen Lüge fuhr das Aktenstück fort: „Seinerseits hat der König von Preußen erklärt, er mache nicht Frankreich, sondern der kaiserlichen Dynastie den Krieg. Die Dynastie liegt am Boden. Das freie Frankreich steht auf. Will der König von Preußen einen scheußlichen Krieg fortsetzen, der ihm wenigstens ebenso verhängnisvoll sein wird, wie uns — —? Wenn es eine Herausforderung ist, nehmen wir sie an. Wir treten keinen Fuß breit Erde, keinen Stein unserer Festungen ab. Ein ehrloser

Friede wäre ein Vernichtungskrieg nach kurzer Frist". — — Der Advokat warf sich dann in die Brust und zählte seine Streitmittel auf: „Nach den Forts die Brustwehren, nach den Brustwehren die Barrikaden. Paris kann sich drei Monate halten und siegen: und wenn es unterläge, so würde Frankreich, auf seinen Ruf aufstehend, es rächen; es würde den Kampf fortsetzen, und der Angreifer würde dabei zu Grunde gehen. Das ist's, was Europa wissen muß." — —

Diese Rodomontade war nicht geeignet, weder in Deutschland, noch im übrigen Europa irgendwen über die sehr einfache und sehr unerbittliche Wirklichkeit der Dinge zu täuschen. Der Gedanke, der diesem Aktenstücke, wenn hier überhaupt von einem Gedanken die Rede sein kann, zu Grunde lag: — der König von Preußen solle die Initiative zu Friedensunterhandlungen ergreifen, bei denen aber von Territorialabtretungen, ja selbst nur von Schleifung von Festungen nicht die Rede sein dürfe, — er solle die bewaffnete deutsche Nation, welche eine Herausforderung von beispielloser Frivolität in die Waffen gerufen, kehrt machen lassen, nachdem sie eben unter seiner Führung den einen Teil des französischen Heeres in einer unerhörten Niederlage die Waffen zu strecken gezwungen hatte, während der andere demselben Schicksal bereits unentrinnbar verfallen war — kehrt machen lassen nach der Aufforderung von Männern, welche sich Frankreich nannten, aber morgen von einem Volkshaufen gestürzt werden konnten, wie sie heute von einem Volkshaufen erhoben worden waren — dieser Gedanke war so lächerlich, daß er einer ernsten Prüfung durch ernsthafte Leute gar nicht wert war. Für Deutschland lagen die Dinge so vollkommen klar, wie sie in einem Falle nur liegen können, wo alles Recht und alles gute Gewissen auf der einen, das Gegenteil voll und ganz auf der anderen Seite liegt; auch war hier unter dem deutschen Volke so gut wie gar keine Meinungsverschiedenheit über das, was weiterhin zu geschehen habe. Es war dem König von Preußen, wie bereits erwähnt, nicht eingefallen, zu erklären, daß er nur gegen Napoleon Krieg führe, sondern er hatte in seiner Proklamation einfach den Grundsatz civilisierter Kriegführung ausgesprochen, nach welchem in nachchristlicher Zeit anders als in vorchristlicher der Staat mit dem Staate kämpft, nicht aber die Individuen als solche mit persönlichem Hasse den Krieg ausfechten: einen Grundsatz, der für ein ehrenhaftes Volk sich von selbst versteht, den aber die Franzosen bereits in einer Weise, welche ihnen mehr Schande brachte, als alle ihre Niederlagen zusammengenommen, durch die Austreibung und Mißhandlung und, wie nicht verschwiegen werden darf, in vielen Fällen Beraubung der unter ihnen wohnenden Deutschen verletzt hatten. Der Krieg aber war der Krieg Deutschlands gegen Frankreich, — nicht gegen Napoleon, noch jetzt

gegen die Advokaten und Schönredner des republikanischen Staatsstreichs: und von Frankreich, nicht von seiner wechselnden Regierung hatte es zu fordern, was der Sieger in gerechtem Kampfe vom Besiegten fordern muß — Schadloshaltung für den ungerechten Angriff und Sicherstellung gegen dessen Wiederholung. So standen für den König und seine Verbündeten, wie für jeden deutschen Mann die Bedingungen fest, unter denen diesmal allein Friede gemacht werden konnte: Bezahlung sämtlicher Kriegskosten und Rückgabe von Elsaß und Lothringen an das Deutsche Reich: nicht mehr noch weniger.

Es war eine leere Bravade, wenn der neue französische Minister dem deutschen Heere, das zwar das „Volk in Waffen", noch aber bei weitem nicht alles deutsche Volk in Waffen war, mit dem erwachenden freien Frankreich, und was dergleichen Redensarten mehr waren, bange machen wollte. Dem „erwachenden" Frankreich hatte man ein erwachtes Deutschland gegenüberzustellen, und wenn noch etwas von Manneskraft und Ehre in der Nation lebte, so durfte sie diesmal die Waffen nicht niederlegen, als bis die Lande zurückgewonnen waren, welche einst seiner Schwäche entwendet worden waren. Auch war es nicht sowohl das erwachende Frankreich, auf welches die Franzosen ihre Hoffnung setzten, sondern es war vielmehr die Einmischung Europas, das, so glaubten sie, der Vergrößerung „Preußens" sich widersetzen und eine „Verstümmelung Frankreichs" unmöglich zugeben könne. Einmal im Zuge, redete man sich alles Ernstes ein, daß Europa schon einem Angriff auf Paris nicht gleichgültig zusehen könne, da diese Stadt ganz Europa angehöre: in einem Manifeste voll des unglaublichsten Unsinns wandte sich der berühmte Dichter Victor Hugo, der jetzt, wie andere, den deutschen Siegen die Rückkehr aus der Verbannung verdankte, an die Deutschen — „ich Europäer, das heißt Freund von Paris, ich Pariser, das heißt Freund der Völker, ich warne euch vor der Gefahr, in der ihr seid, meine deutschen Brüder — Paris ist gefährlich, fürchtet euch vor Paris." — — Im weiteren Verlaufe wandte er sich an seine eigenen Landsleute, welche diese Sprache besser verstanden: „Paris retten heißt nicht Frankreich allein, sondern die Welt retten; Paris ist der Mittelpunkt der Menschheit, Paris ist die heilige Stadt; wer Paris angreift, greift das ganze Menschengeschlecht an." Aber nicht bloß solchen, die, wie Victor Hugo, der Phrase, der Eitelkeit und der politischen Exaltation längst das „Opfer des Intellekts" dargebracht hatten, sondern auch ernsteren und in den Geschäften ergrauten Staatsmännern, wie Guizot, kam aller verständige Sinn für die Wirklichkeit der Dinge abhanden, sobald sich ihnen die Möglichkeit vor Augen stellte, daß Deutschland den Frieden nur um den Preis einer Rückerstattung ehemals deutschen Landes-

gebiets gewähren könnte. Indem er (in einem Briefe vom 5. September), ein Mann, der lange Zeit an der Spitze der Geschäfte eines großen Landes gestanden, das Dekret, in welchem die deutsche Autorität in Elsaß und Lothringen die Konskription und Rekrutierung für die französische Armee abstellte, als eine Anmaßung bezeichnete, rief er zugleich den Genius des englisch-französischen Bündnisses an, welches eine Verpfändung der moralischen Ehre beider Nationen sei.

Eine solche Einmischung Europas in irgend welcher Art war nicht zu erwarten gewesen vor dem Tage von Sedan, wo noch eine regelmäßige und anerkannte Regierung in Frankreich bestand; nach dem 4. September war sie eine Unmöglichkeit. Daß die neue Regierung eine republikanische war, — daß es dem Zufall gelungen war, aus Frankreich wieder eine Republik zu machen, kam dabei wenig in Betracht, denn viel Ansteckung war von dieser Republik schwerlich zu fürchten; wohl aber war dies ein Moment, daß niemand sagen konnte, ob diese Regierung nicht nach einigen Wochen mit einer noch radikaleren vertauscht würde. In England war man von vornherein zur Neutralität entschlossen gewesen und hatte nicht den mindesten Grund, jetzt von diesem Entschlusse abzuweichen. Man sah dort die Dinge sehr nüchtern an, wußte, daß von der „preußischen Eroberungssucht", auf welche die Franzosen hindeuteten, kein Mensch und ihre Insel am wenigsten zu fürchten habe, und führte den Franzosen gelegentlich zu Gemüte, daß sie, die im Falle des Sieges den Deutschen die Rheinprovinz oder ein gutes Stück derselben abgenommen haben würden, sich nicht zu wundern brauchten, wenn ihnen jetzt ein Gleiches geschehe. Rußland blieb seiner für Deutschland freundlichen Gesinnung treu und konnte keinerlei Sympathie für eine Regierung hegen, welche bald alle revolutionären Abenteurer in ihre Dienste zog: in Wien aber löschte der Tag von Sedan und was ihm folgte jeden kriegerischen Gedanken vollends aus. Die deutsche Bevölkerung Österreichs begrüßte das Ereignis von Sedan als ein gemeinsames Besitztum aller Deutschen, auch der österreichischen, und mit Recht; sie fühlte sehr gut, daß seine Folgen auch ihnen, den Deutschösterreichern, zu gute kommen mußten, daß aus dem gemeinsam errungenen Siege die vollständige politische Einigung der deutschen Stämme hervorgehen müsse, und daß damit ein Deutsches Reich geschaffen werde, mit welchem die Österreichisch-Ungarische Monarchie nicht bloß in Frieden und Freundschaft leben konnte, sondern das dem deutschen Element in Österreich selbst einen Rückhalt gab. Man werde, meinten hervorragende Organe der Presse sehr richtig, mit den Stammesbrüdern der Sieger von Sedan künftig rechnen müssen. Nur der Leiter der auswärtigen Politik, Graf von Beust, sah mit schlecht verhehltem Ärger seine Zirkel verwirrt und

konnte es nur schwer verwinden, daß niemand seine Dienste begehrte: die Politik der Nichteinmischung verstand sich aber hier und jetzt ganz von selbst, und selbst das Organ der Kriegspartei, das „Vaterland", stimmte dem zu.

In eine besondere Lage aber sah sich durch die Ereignisse vom 2. und 4. September Italien versetzt. Noch während Napoleon beim Heere war, hatte er seinen Vetter, den Schwiegersohn des Königs von Italien, nach Florenz geschickt, um womöglich den letzteren zur Teilnahme an dem Kriege zu bestimmen: es war eine Beschäftigung für den Prinzen, der im Feldlager von keinem Nutzen war, sondern höchstens die Siegesbeute um ein nicht besonders wertvolles Stück vermehrt haben würde. Viel Hoffnung auf das Gelingen seiner Mission konnte dieser unmöglich hegen. Den Italienern hatte der Kaiser, der überhaupt nichts mehr bedeutete, nichts zu bieten, und die improvisierte Französische Republik ebensowenig. Wohl aber reifte ihnen aus der großen französischen Niederlage vollends die letzte Frucht, nach der sie nur die Hand auszustrecken brauchten. Es war nicht anders: die wunderbaren Wege der Vorsehung führten dahin, daß deutsche Siege zur vollkommenen Sühnung mannigfachen Unrechtes, das im Laufe der Zeiten Italien von Deutschland gekommen, den italienischen Nationalstaat schufen und den Italienern ihren letzten Wunsch erfüllten. Der Weg nach Rom lag offen. Kaum war die Nachricht der Katastrophe von Sedan nach Florenz gelangt, so sah sich die Regierung von Deputationen der Linken und von den sämtlichen liberalen Blättern bestürmt, ungesäumt zur Occupation von Rom zu schreiten. Die Regierung entschloß sich: am 7. richtete der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, ein Cirkular an die Vertreter der italienischen Regierung im Auslande, in welchem er ankündigte, daß dieselbe die für die gemeinsame Sicherheit des Papstes und Italiens notwendigen Punkte des Kirchenstaates besetzen werde, aber bereit sei, sich mit den Mächten über die Sicherung der geistlichen Unabhängigkeit des Papstes in Einvernehmen zu setzen. Am 8. überschritten die italienischen Truppen die römische Grenze, und überbrachte ein Beauftragter des Königs ein Schreiben des letzteren an den Papst, welches mit den Worten begann: „Mit kindlicher Liebe, mit dem Glauben eines Katholiken, der Loyalität eines Königs, dem Gefühle eines Italieners wende ich mich noch einmal an das Herz Eurer Heiligkeit", und welchem Vorschläge einer Übereinkunft zwischen Italien und dem Heiligen Stuhle beigegeben waren. Der Papst lehnte mit dem harten, aber freilich nicht gerade unverdienten Schriftwort: „Ihr seid weiß übertünchte Gräber" die Anerbietungen ab und beantwortete das königliche Schreiben, in welchem, wie man nicht mit Unrecht gesagt hat, ein Stegreifritter den Priester,

den er plünderte, um Ablaß bat, am 11. mit kurzen und bitteren Worten. Ein Vermittelungsversuch des preußischen Gesandten von Arnim scheiterte, wie zu erwarten; am 20. erschienen die italienischen Truppen unter Cadorna vor den Mauern der Stadt und forderten die Übergabe; sie ward abgelehnt; man schoß Bresche; den weiteren Kampf untersagte ein Befehl des Papstes, und die italienischen Truppen zogen ein. Am 2. Oktober fand die allgemeine Abstimmung über den Anschluß an das Königreich Italien statt, und am 8. überbrachte eine Deputation das Ergebnis des Plebiszits dem König, dessen Antwort anerkannte, daß man „dem Glücke" viel zu danken habe; daß dieses Glück die Siege der deutschen Waffen waren, sagte der König nicht. Von einer Teilnahme am Kriege gegen Deutschland konnte nicht die Rede sein. Einen Kämpfer aber, dessen Laufbahn eines besseren Schlusses würdig gewesen wäre, stellte Italien dem unterliegenden Frankreich doch: es war Garibaldi, dessen Sinn der leere Name der Republik berückte, und der sich von seiner Insel aufmachte, um, wie wir sehen werden, die letzte, nicht mehr entscheidende, aber vielleicht am meisten demütigende Niederlage Frankreichs mit herbeiführen zu helfen.

In der That hatte keine einzige Macht ein Interesse daran, Frankreich in dieser von ihm selbst mutwillig heraufbeschworenen Gefahr beizustehen, und dieses Land erntete jetzt die Frucht einer Politik, welche überall es als ihr Recht beansprucht hatte, das große Wort zu führen, — die jede der europäischen Mächte, Rußland, Österreich, Deutschland bedroht oder bekriegt und mit jeder gegen die andere intrigiert oder zu intrigieren versucht hatte, und die auch da, wo sie, wie in Italien, von einer „Idee" geleitet worden war, den Dank verscherzt und ihren Lohn dahin hatte, weil sie das Werk halb gethan ließ und reichliche Bezahlung nahm. Es war für Bismarck keine schwierige Aufgabe, jenem Appell an Europa in Favres Rundschreiben, welchem durch eine Rundreise an die großen europäischen Höfe, die Thiers im Dienste seines Landes unternahm und am 12. September antrat, Nachdruck gegeben werden sollte, die einfache Logik der Thatsachen entgegenzusetzen. Er that es in einem Rundschreiben, datirt Reims den 13. September, in welchem er darauf hinwies, mit welcher Einmütigkeit Volksvertretung und Presse in Frankreich den Eroberungskrieg gegen Deutschland begehrt hatten, wie Deutschland angesichts solcher Thatsachen seine Sicherheit nicht in französischen Stimmungen suchen dürfe, wie man sich auf eine Wiederholung des Krieges in nicht ferner Zukunft gefaßt machen müsse: er traf den Nagel auf den Kopf, indem er sagte, daß es die Niederlage an sich, die siegreiche Abwehr frevelhaften Angriffes sei, welche Frankreich Deutschland nie verzeihen werde: „Wenn wir jetzt ohne Gebietsabtretung,

ohne jede Kontribution, ohne irgend welche Vorteile als den Ruhm unserer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen verletzter Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen." Nicht jeden Augenblick aber dürfe man der deutschen Nation eine Anstrengung zumuten, wie diejenige, welche sie jetzt mache: es sei notwendig, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands und eben damit für den europäischen Frieden zu erstreben, der von Deutschland nichts zu besorgen habe. Er ließ nicht im Zweifel, worin diese Bürgschaften bestehen sollten. „Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze — — weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen uns Frankreich bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen."

Es blieb mithin nichts anderes übrig, als der Kampf um diese Lande und Festungen: und *hier*, muß man sagen, waren die Männer, welche das Ruder ergriffen hatten, in ihrem Rechte. Mochte der Sieg noch so unwahrscheinlich sein, ein großes Land wie Frankreich — ein Staat mit dieser Geschichte, diesen Mitteln, diesen Ansprüchen, mochten sie unter einem höheren Gesichtspunkt gegründet sein oder nicht — durfte in eine Schmälerung seines Gebietes nicht willigen, ohne das Äußerste wenigstens *versucht* zu haben. Man kann von den Fähigkeiten oder dem moralischen Charakter der meisten dieser Männer keine sehr große Achtung gewinnen; es ist auch richtig, daß sie in Siegesprahlerei, grober und gemeiner Schmähung des Gegners, grober Unkenntnis der Dinge, für welche sie doch die Verantwortung übernommen hatten, zum guten Teil nicht besser waren, als die Anstifter dieses Krieges, und daß sie sich selbst und ihr Land täuschten, wie diese: das aber muß man loben, wenn man gerecht sein will, wie es geschichtlicher Betrachtung gebührt, daß sie in einem so verzweifelten Augenblick den Mut hatten, ihr Volk zu einem Kampfe gegen ein übergewaltiges Geschick zu rufen, — einem Kampfe, den die Klugheit vielleicht widerriet, den aber die Ehre der Nation gebieterisch forderte.

Und immerhin ist es eine Leistung, der man Anerkennung nicht versagen darf, daß diese Nation, nachdem ihre regelmäßige Armee bis auf geringe Reste zertrümmert worden war, noch fünf Monate lang Widerstand leistete. Auf der anderen Seite ist die Überwältigung dieses Widerstandes, der sich auf die riesigste Festung der Welt stützte und mit den Mitteln einer reichen und kriegerischen Bevölkerung, eines von Festungen starrenden Landes, das seit Jahrhunderten für den Krieg

organisiert war, — eine Arbeit der deutschen Kriegsmacht gewesen, welche diese zweite Hälfte des Krieges, die wir kurz den Kampf um Paris nennen können, der ersten vollkommen ebenbürtig machte.

Denn Paris war jetzt das unmittelbare Ziel der deutschen Kriegsoperationen. Dort allein war der Friede zu finden. Paris bedeutete für Frankreich mehr, als jede andere Hauptstadt ihrem Lande bedeutet. „Dieses große Ganze", hatte einst Thiers in der Rede gesagt, in welcher er (1840) sein Projekt der Befestigung von Paris der Landesvertretung empfahl, „denkt und bewegt sich wie ein einziger Mensch — — aber nur unter der Bedingung eines einzigen Centrums, von welchem der gemeinsame Impuls ausgeht. — — Führt einen Schlag auf dieses Centrum, so fühlt sich Frankreich wie ein Mann, der auf den Kopf getroffen ist." Der Augenblick war gekommen, wo sich zeigen mußte, ob wirklich die Befestigung von Paris, wie damals ihr Urheber kühn versichert hatte, Frankreich unüberwindlich machen werde. Der Gedanke war der, während Paris und Metz — solange dessen Widerstandskraft vorhielt — die Masse der feindlichen Heeresmacht festhalte, neue Heereskräfte zu organisieren und außerdem den Volkskrieg in großartigem Maßstabe ins Leben zu rufen. Ein energisches Schreiben des neuen Ministers des Innern, Gambettas (8. September), machte den Präfekten zur Pflicht, an nichts anderes zu denken als an den Krieg, und diesem einen Gesichtspunkte alles andere unterzuordnen; von der Regierung wurde eine Delegation abgezweigt, welche von Tours aus den Widerstand organisieren sollte. Man machte nur den Fehler, zu diesem Zwecke anstatt des energischen und jungen Gambetta oder noch besser — wenn man einen hatte — eines tüchtigen Generals einen Greis, der niemals außergewöhnliche Energie oder Fähigkeit gezeigt hatte, den vierundsiebzigjährigen Cremieux und den gleich ihm unfähigen Glais-Bizoin zu delegieren.

Man hatte schon nach den ersten Niederlagen in Paris sich die Möglichkeit einer Belagerung nicht verhehlt und, während man sich sonst mit allerlei Täuschungen und Vorspiegelungen half, in dieser Beziehung ernstliche und wirksame Vorkehrungen getroffen. Die Befestigung von Paris bestand aus einer Reihe von Forts, deren Linie rings um die Stadt eine Länge von 56¼ Kilometer hatte; die Umwallung der Stadt selbst besaß einen Umfang von 30 Kilometer. Daß hinter derselben noch eine Barrikadenkommission, an deren Spitze der sonst zu nichts zu verwendende Rochefort stand, sich mit Anlegung von Barrikaden zu thun machte, war keine ernsthafte Verteidigungsmaßregel, sondern eines der vielen Zugeständnisse, die man dem Dilettantismus und bramarbasierenden Radikalismus machte. Diese Festung nun war

gegen einen dreifachen Feind zu schützen: gegen den Aufruhr im Innern, gegen den Hunger und gegen den Feind von außen.

Der erste regte sich sofort und bereits in den ersten Tagen nach der Revolution vom 4. September. Schon am 8. trat einer der bösartigen Narren, denen die unglückliche Stadt am letzten Ende noch anheimfallen sollte, ein Abenteurer, der sich General Cluseret nannte, mit einem Artikel auf, in welchem er sich mit den Ernennungen und sonstigen Maßregeln der Regierung sehr wenig zufrieden erklärte und Gambetta vorwarf, daß er sich um Preußen verdient gemacht habe; indes für die erste Zeit drohte von diesen Wilden noch keine ernstliche Gefahr. Auch gegen den schließlich siegreichen Feind, den Hunger, war man für längere Zeit geschützt, als deutscherseits angenommen werden konnte. Noch der kaiserliche Minister Clément Duvernois hatte hier mit Energie und Einsicht gewirkt: Eisenbahnen und Schiffahrt leisteten das Mögliche, und man veranlaßte die Bewohner der Umgebungen von Paris, gleichmäßig Furcht, Patriotismus und Gewinnsucht in Bewegung setzend, sich mit ihren Ernten und Vorräten hinter die Forts zu flüchten. Außerdem barg eine Stadt von zwei Millionen, welche eine Welt für sich bildete, auch in dieser Beziehung ungeheure Hilfsquellen in ihrem Schoße, welche, zum Teil für andere Zwecke bestimmt, von der Wissenschaft dem Ernährungszwecke dienstbar gemacht wurden. Dagegen war es mit der Armee, welche diesen ungeheuren Platz gegen den von außen andringenden Feind verteidigen sollte, minder günstig bestellt. Von regelmäßigen Truppen hatte man das Corps Vinoy, welches, dem verfolgenden Feinde glücklich entronnen, verstärkt durch einige Tausend Flüchtlinge der großen Katastrophe, in überaus zerrütteter Gestalt in Paris ankam; ein neues Corps, das XIV., war in Bildung begriffen; dazu besaß man die Depots der Garde und verschiedener Linienregimenter, etwa 65 000 Mann im ganzen. Außerdem hatte man etwa 15—18 000 Mann Marinetruppen, vortreffliche Soldaten, nach Paris gezogen, welche meist zur Bedienung der Geschütze in den Forts verwendet wurden; außer ihnen Gendarmen, Forstwärter, Douaniers aus den Provinzen, Pompiers, lauter gediente Leute: dies gab zusammen 100 000 Mann wirkliche Soldaten. Ebensoviel mochte die Mobilgarde betragen, welche durch bessere Elemente aus den Departements verstärkt war, und endlich hatte man die seßhafte Nationalgarde, garde nationale sédentaire, deren Bataillone zahlreiche Arbeitslose verstärkten, die auf diese Weise ihre Existenz fristeten, — sie mochten 200 000 und mehr betragen, so daß die Summe aller Uniformierten, eingeschlossen die unter allerlei phantastischen Namen als Franctireurs der Presse, der Kinder von Paris u. s. w. sich bildenden Freicorps, weit über 400 000 betrug. Man bildete aus dieser Masse

drei Armeen, von denen die eine, die 266 Bataillone der Nationalgarde, General Thomas, die II. General Ducrot, die III. General Trochu selbst befehligte. Die Aufgabe, aus diesen Menschenmassen ein wirklich tüchtiges großes Heer zu schaffen, wurde jedoch, obgleich die Belagerung 132 Tage dauerte und jeder Tag 24 Stunden hat, nur sehr unvollkommen gelöst. Die Bewaffnung war verschieden, zum Teil mangelhaft, die Mehrzahl dieser Truppen hatte erst die Elemente militärischen Dienstes zu lernen, und es fehlte besonders an guten Offizieren. Die Linientruppen, der Mehrzahl nach selbst sehr mittelmäßig, konnten für die übrigen nicht Schule und Beispiel sein; vor allem aber fehlte die moralische Kraft und Autorität, welche die große Aufgabe verlangte. Der Gouverneur und oberste Leiter vor allem war nicht der eiserne Mann, den die Lage erforderte. Ein tüchtiger, wissenschaftlich gebildeter Offizier liberaler Gesinnung, von strengen Sitten, hatte General Trochu sich von den militärischen Industrierittern und Prätorianeroffizieren des Kaiserreichs fern gehalten und sich vornehmlich durch eine eingehende und tadelnde Kritik der neuen Heeresorganisation, welche jetzt vielfach durch die Ereignisse bestätigt wurde, einen Namen gemacht: das blinde Vorurteil warf sich jetzt auf diesen Namen, und alle Welt meinte in ihm den Retter gefunden, weil er der namhafteste General von oppositioneller Gesinnung war. Diese schmeichelhafte Meinung erwiderte der General, indem er nun seinerseits in den zahlreichen Proklamationen, welche bald den Spott herausforderten, der Bevölkerung schmeichelte und ihren Mut und ihre Standhaftigkeit pries, noch ehe sie Gelegenheit gehabt hatte, beides zu zeigen. Im übrigen zeigte er nur mäßiges Organisations- und mittelmäßiges Feldherrntalent. Auch übernahm er, militärischer Theoretiker und Sachverständiger wie er war, die Aufgabe ohne jenes Vertrauen, welches er doch seinen Soldaten mit großen Worten einzureden suchte: er sah in der Verteidigung von Paris, das heißt in der Fortsetzung des Krieges nichts als eine „heroische Narrheit", die indes notwendig sei. Den tumultuierenden Kräften wie dem mitsprechenden Dilettantismus der Journale und der Demagogen gegenüber zeigte er nur geringe Festigkeit.

Die Zeit bis zur Ankunft des deutschen Heeres brachte man zu, indem man sich soviel als möglich einrichtete und mit allerlei Tiraden Mut machte, wobei es ein sehr trauriges Zeichen für den Geist der Nation war, daß das dritte Wort die Phrase von den deutschen Barbaren, Vandalen oder Hunnen, von Wilhelm Attila und dergleichen bildete. Die erste Bedingung erfolgreicher Verteidigung, richtige Würdigung des Feindes, fehlte ihnen allen, vom General bis zum letzten Mobilgardisten oder uniformierten Pflastertreter. Die deutsche Staats- und Heeresleitung verleugnete sich ihrerseits auch der neuen Aufgabe

gegenüber nicht, welche für beide neue und schwierige Probleme schuf. Es war eine seltsame Lage, wo der Sieg vielleicht weniger Schwierigkeiten machte als der Friede.

Indes noch kam der letztere nicht in Frage. Auch lag es ganz und gar nicht im Interesse Deutschlands, jetzt schon Frieden zu schließen, ehe die Kraft Frankreichs völlig gebrochen war und auch die republikanische Partei abgewirtschaftet hatte. Der Friede mußte sich finden, irgendwie, mit wem immer abgeschlossen, wenn erst der Sieg vollständig war.

Wenige Stunden nach der Kapitulation von Sedan ergingen die Weisungen aus dem großen Hauptquartier zum Marsch auf die französische Hauptstadt. Am 4. setzten sich die Armeen der beiden Kronprinzen in Bewegung: voran die Kavallerie, deren Thätigkeit binnen wenigen Tagen schon sich den Parisern fühlbar machte. Nicht ohne Zwischenfall gelangte man vor die Stadt. Die Stadt und Festung Laon, welche auf der Marschroute der IV. Armee lag, kapitulierte (10. Sept.): die Linientruppen wurden kriegsgefangen, die Mobilen gegen das Versprechen, nicht weiter gegen Deutschland zu dienen, entlassen: sie marschierten eben aus der Citadelle, die von einigen Jägerkompanieen besetzt ward, als das Pulvermagazin im Hofe in die Luft flog und eine schreckliche Verheerung unter den deutschen Jägern und den französischen Mobilen anrichtete. Der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, wie der französische Kommandant, wurden verwundet. Es war die That eines fanatischen Unteroffiziers, der wenig die Tragweite seiner Handlung ermaß: dem kopflosen Hasse aber, der unter dem exaltierten Volke jetzt allein das Wort führte, erschien der Thäter, wer immer er sein mochte, wie ein neuer Leonidas oder, wenn sie von einem solchen wußten, ein neuer Winkelried, und die That wurde mit den lächerlichsten Übertreibungen von Mund zu Mund getragen. Selbst der neue Minister des Innern schämte sich nicht, den „preußischen Generalstab" mit in die Luft fliegen zu lassen und der albernen Lüge in der amtlichen Notiz die Worte hinzuzufügen: „Die Preußen üben keine Gewalt gegen die Stadt, sie sind sehr entmutigt, sie sind überzeugt, daß sie in Paris ihr Grab finden werden." Am 15. erschienen deutsche Reiter zu Corbeil; am 17. ging der letzte Eisenbahnzug von Paris ab; „alle Straßen, alle Felder bedecken sich mit Feinden", schreibt ein französisches Tagebuch; am 15. erhielten die beiden Armeen die Befehle zur Durchführung der Einschließung, und mit gewohnter Präcision wurden die Bewegungen ausgeführt. Am 19. nahm der König sein Hauptquartier zu Ferrières, einem Lustschlosse des Barons Rothschild, der Kronprinz von Preußen am 20. zu Versailles im Südwesten, der Kronprinz von Sachsen zu Grand-Tremplay im Nordosten der Stadt.

Am 19. kam es auf der Südseite der Stadt, südlich von den Forts Montrouge und Bicêtre, zum ersten Zusammenstoß. Truppen vom XIII. und XIV. Corps, Vinoy und Ducrot, versuchten den Aufmarsch zu stören; sie wurden nach einigem Kampfe von den Bayern (Hartmann) zurückgeworfen, überließen die vor der Südfront aufgeworfenen Verschanzungen den Deutschen und trugen den Schrecken in die Stadt, die sie in völliger Auflösung erreichten. Am Abend jenes Tages war die Einschließung vollendet.

Es war eine für die riesige Aufgabe verhältnismäßig noch sehr schwache Macht: 6 Armeecorps, 122 000 Mann Fußvolk, 24 000 Reiter, 662 Geschütze, welche sich auf eine Cernierungslinie von 82½ Kilometer verteilten. Aber kein Augenblick wurde verloren, was an Zahl fehlte, durch Befestigungsarbeiten zu ergänzen. Die Feinde hatten das Paradies von Schlössern und Landhäusern und Gärten, das rings um die königliche Stadt sich zieht, leer gelassen; zum Teil trugen diese Wohnungen die Spuren roher Plünderung und Zerstörung durch Marodeure und Franctireurs. Auf der ganzen Linie wuchsen jetzt die Feldschanzen aus dem Boden; die Landhäuser, die Dörfer, die Schlösser wurden zu Festungen umgewandelt, Barrikaden, Wolfsgruben, Schützengräben, Blockhäuser, Waldverhaue angelegt, und überall war das Terrain aufs beste benutzt; Beobachtungsposten aufgestellt und mit den besten Fernrohren versehen; der angestrengte Dienst verständig und genau geregelt, Wegweiser aufgerichtet: und bald verband der Feldtelegraph alle Stellungen, um sofort an den etwa bedrohten Platz die nächstbereite Hilfe zu rufen. Man hat von der Möglichkeit gesprochen, durch rasche Benutzung des Erfolges vom 19. und des Schreckens, den die Flucht der französischen Linientruppen in der Stadt verbreitete, die große Festung durch Überraschung und sofortigen Sturmangriff zu nehmen. Es lag nicht in dem Charakter der deutschen Heerführung, durch ein Wagnis von sehr zweifelhaftem Erfolge die gewonnenen Ergebnisse aufs Spiel zu setzen. Mit ruhiger Energie, nach sicherer Berechnung, mit nicht mehr Opfern als unbedingt notwendig, gedachte man zum Ziele zu gelangen.

Ehe die Belagerung ihren Anfang nahm, versuchte der ungeschickte Patriot, welcher am 6. September mit einem Cirkular debutiert hatte, das keinerlei Friedensmöglichkeit offen ließ, noch einmal etwas wie Unterhandlungen. Er that den Schritt auf eigene Hand, und vielleicht war er nicht allzu aufrichtig gemeint. Am 10. ließ er bei Bismarck anfragen, und unter englischer Vermittelung kam die Unterredung zu stande: der deutsche Staatsmann nahm in seiner verständigen Weise keinen Anstoß daran, daß diese Regierung jedes Rechtstitels entbehrte. Am 20. traf Jules Favre bei dem Grafen im Hauptquartier zu Fer-

rières ein. Die Unterredung (20.) bewegte sich zuerst um den Frieden im allgemeinen, und der französische Advokat, ohne zu wissen, wie lächerlich dies war, „stand für Frankreichs Liebe zum Frieden ein", während er fast in demselben Atemzuge sagte, daß sie, die Männer der jetzigen Regierung, stets, selbst um den Preis ihrer Popularität, dem Kriege sich widersetzt hätten — der demnach doch populär gewesen sein mußte?*) — er betonte aber zugleich den unerschütterlichen Entschluß des Landes, keine Friedensbedingungen anzunehmen, „welche aus diesem Frieden nur einen kurzen und drohenden Waffenstillstand machen würden": er meinte also, einen dauernden Frieden, man weiß nicht ob erbitten, ob ertrotzen, ob anbieten zu können. Wenn er einen solchen Frieden für möglich hielte, so würde er ihn sofort unterzeichnen, entgegnete Bismarck, der sentimentalen Phrase die ruhige Überlegenheit der Thatsachen und der Sachkenntnis entgegenstellend: es möge die Opposition, die jetzt am Ruder sei, den Krieg verdammt haben, aber von Ludwig XIV. bis auf Napoleon III. seien sich in Frankreich die kriegerischen Tendenzen gegen Deutschland gleich geblieben: und als Favre in ihn drang, die Forderungen namhaft zu machen, welche er auf diese Ansicht gründe, bezeichnete ihm Bismarck Straßburg als den Schlüssel zum Hause Deutschland, den „er haben müsse", und auf weiteres Andringen die beiden Departements des Ober- und Niederrheins, einen Teil des Moseldepartements mit Metz, Chateau-Salins und — sagt der Bericht, den der französische Minister alsbald seinen Kollegen erstattete — Soissons. Es ist möglich, ja wohl kaum zweifelhaft, daß er Soissons mit Thionville verwechselte, denn wozu brauchte ein Minister des Auswärtigen zu wissen, daß Soissons 100 Stunden vom Moseldepartement entfernt im Departement der Aisne lag und also bei einem Frieden schlechterdings gar nicht in Frage kommen konnte! in einem Lande, in welchem es demnächst einen Kriegsminister geben sollte, der Chalons an der Marne mit Chalon an der Saone verwechselte! Favre betonte, daß die Zustimmung der Bevölkerungen dieser Gegenden mehr als zweifelhaft sein würde; der Graf entgegnete trocken, daß er dies wohl wisse, daß diese Bevölkerungen für Deutschland zunächst nur eine Last sein würden, daß diese Last aber gleichwohl übernommen werden müsse. Einen praktischeren Charakter nahmen die Verhandlungen an, als in der zweiten Unterredung, spät, von dem Waffenstillstande gesprochen ward, welcher den Zusammentritt einer gewählten Versammlung, — damit die Errichtung einer be-

*) Man vergleiche übrigens, was Taxile Delord sagt H. de l'Empire VI, S. 150: M. Gambetta, l'orateur le plus populaire, en ce moment (7. Juli), de la gauche, soutenait énergiquement, que l'unification de l'Allemagne rendait une rectification de ses frontières tôt ou tard indispensable pour la France.

fugten Regierung und mit ihr die Anbahnung von Friedensunterhandlungen ermöglichen sollte. Die Unterredung wurde am folgenden Morgen 12 Uhr wieder aufgenommen, nachdem Bismarck den König befragt hatte. Daß ein solcher Waffenstillstand an und für sich ein großes Zugeständnis von deutscher Seite sei, leuchtete dem französischen improvisierten Diplomaten nicht ein; er verlangte womöglich die Verproviantierung von Paris und Metz während der Dauer des Waffenstillstandes und wollte von irgend welcher Gegenleistung nichts wissen. Als Bismarck unter den Bedingungen des Waffenstillstandes auch die Übergabe von Toul, Straßburg und einigen kleineren Festungen, welche die Verbindungen der deutschen Heere mit der Heimat unterbrachen, nannte und dabei, was bei dem Stande der Belagerungsarbeiten eigentlich selbstverständlich war, die Kriegsgefangenschaft der Besatzung von Straßburg verlangte oder voraussetzte, sprang der Franzose „vor Schmerzen in die Höhe": „Sie vergessen, daß Sie zu einem Franzosen sprechen", rief er aus, — er rief es dem Grafen sehr nachdrücklich ins Gedächtnis, indem er Worte hinzusetzte, welche von einer Unkenntnis der Sache Zeugnis gaben, die man nur einem Franzosen verzeihen konnte. „Eine heldenmütige Besatzung opfern, welche der Gegenstand von unserer und aller Welt Bewunderung ist", — seit einigen Wochen vergnügte man sich in Paris mit Niederlegung von Lorbeerkränzen zu Füßen der umflorten Statue der Stadt Straßburg — „wäre eine Feigheit, und ich verspreche Ihnen, nicht zu sagen, daß Sie mir eine solche Bedingung gestellt haben." Bismarck bewahrte diesen Ausbrüchen eines fratzenhaften Patriotismus gegenüber eine geduldige Haltung: „Es ist eine Artilleriefrage, binnen wieviel Tagen Straßburg fallen wird", entgegnete er ruhig. Eine andere Phrase Favres sollte eine noch furchtbarere Widerlegung finden. Als Bismarck auf die Möglichkeit hinwies, daß die jetzige Regierung durch den Pöbel von Paris gestürzt werden könnte, unterbrach jener ihn heftig mit den Worten, daß es in Paris keinen Pöbel gebe, sondern nur eine intelligente ergebene Bevölkerung, die sich nicht zum Helfer des Feindes machen werde. Einige Monate später konnte der siegreiche Feind zusehen, wie diese intelligente und ergebene Bevölkerung Paris gegen die souveräne und legitimierte Regierung des Landes unter Brand und Mord verteidigte.

Daß mit diesen Männern vorläufig weder Waffenstillstand noch Friede geschlossen werden konnte, war klar. Mit einer theatralischen Wendung verabschiedete sich Favre von dem Gegner, dessen Größe doch nicht ohne Eindruck auf ihn blieb;*) vielleicht hatte die ganze Unter-

*) Er giebt in seinem Buche: „Le gouvernement de la défense nationale"

redung von französischer Seite nur den Zweck, einiges Brennmaterial sich zu holen, mit welchem man die Flamme der nationalen Begeisterung schüren konnte — die Forderung von „Soissons" z. B. — und einen Vorwand zu finden, unter welchem man die Wahl einer Nationalversammlung vertagen konnte, welche dem entschiedeneren Teile der Regierung, wie Gambetta, sehr unbequem war. Wenigstens war dies die unmittelbare Folge der Unterredung und des rhetorischen Berichtes, den Jules Favre seinen Kollegen von derselben erstattete. Diese ihrerseits hatten diesen Bericht gar nicht abgewartet, um (20.) noch einmal mit Emphase zu erklären, daß ihre Politik sich in die Worte zusammenfassen lasse: „Weder einen Zoll unseres Territoriums, noch einen Stein unserer Festungen"; einige Zeitungen fügten gleich hinzu: noch einen Frank unseres Geldes; die Delegation zu Tours aber verwertete den Favreschen Bericht zu einer Proklamation (24. September), in welcher es hieß: „Folgendes ist die Erklärung des Feindes: Preußen will den Krieg fortsetzen und Frankreich auf den Rang einer Macht zweiten Ranges herabbringen; Preußen will das Elsaß und Lothringen bis Metz kraft des Eroberungsrechtes; für die Gewährung eines Waffenstillstandes wagt es die Übergabe von Straßburg, Toul und vom Mont Valérien zu fordern. — — Auf so unverschämte Ansprüche antwortet man nur durch den Kampf bis zum Äußersten." — — Mit diesen prahlerischen Worten aber wurde die Vertagung der Wahl einer Versammlung bis auf weiteres begründet — einer Wahl, von der diese Republikaner triftigen Grund hatten, zu fürchten, daß sie ihren Absichten, die vor allem trotz aller entgegenstehenden Worte auf die Erhaltung der republikanischen Regierungsform gerichtet waren, nur wenig günstig sein würde. Bismarck hielt für notwendig, nachdem er den Favreschen Bericht in einigen Punkten berichtigt hatte, diesem Geschwätz in einem Cirkular vom 1. Oktober entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß Landabtretungen von Italien einst durch Frankreich

— ich entnehme die Stelle der Indépendance belge vom 12. Dezember 1871 — eine meisterhafte Charakteristik Bismarcks, die mir hier mitteilen: J'ai encore devant les yeux . . . l'image du redoutable interlocuteur, qui y jouait le premier rôle . . . Bien que touchant à sa cinquante-huitième année, M. le comte de B. paraissait être dans la plénitude de sa vigueur. Sa haute stature, sa tête puissante, sa figure fortement accentuée lui donnaient un aspect à la fois imposant et dur, tempéré cependant par une simplicité naturelle allant presque jusqu' à la bonhomie. . . . Aussitôt que la conversation fut commencée, il prit un air bienveillant et communicatif . . . . je fus frappé de la netteté de ses idées, de la rigueur de son bon sens et de l'originalité de son esprit. . . . . Je le jugeai un homme d'affaires politique, supérieur à tout ce qu'on peut imaginer, ne tenant compte que de ce qui est . . .; indifférent à tout ce qui ne mène point à un but utile.

verlangt und erlangt worden seien, daß es sie von Deutschland gefordert und im Falle des Sieges ihm auferlegt haben würde, daß mithin in einer solchen Friedensbedingung nichts Ehrenrühriges für Frankreich liege, da die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei, als diejenige aller anderen Länder; daß eine Abtretung der Territorien um Metz und Straßburg das Gebiet Frankreichs um den Betrag etwa vermindern würde, um welchen es die Erwerbung von Savoyen und Nizza vermehrt habe; daß die Verminderung der Bevölkerungszahl in solchem Falle etwa $^3/_4$ Millionen betrage, und daß es mithin eine leere Redensart sei, wenn die Proklamation von einer Herabsetzung Frankreichs zu einer Macht zweiten Ranges spreche: im übrigen sei die Frage der Friedensbedingungen überhaupt nicht bis zu geschäftsmäßiger Behandlung gelangt.

Der Krieg nahm also seinen Gang weiter. Man hat, indem man seinem weiteren Verlaufe folgt, zunächst den Kampf um Paris selbst, den um Metz, den auf dem östlichen Kriegsschauplatze und weiterhin den auf dem südlichen gegen die Loire zu unterscheiden.

Zunächst gestalteten sich die Dinge auf dem östlichen Kriegsschauplatze für die Unternehmungen des deutschen Heeres günstig. Am 23. September kapitulierte die Festung Toul, welche auf sehr lästige Weise die einzige Eisenbahnlinie, welche das Belagerungsheer vor Paris mit der deutschen Heimat verband, unterbrach; die Besatzung, 2300 Mann, ward kriegsgefangen, die Offiziere wurden auf Ehrenwort entlassen. Einige Tage später, 27. September, abends fünf Uhr, war auch an dem Münster von Straßburg die weiße Fahne sichtbar: fast auf den Tag 189 Jahre, nachdem die Stadt in trauriger und schmählicher Zeit von den Franzosen mitten im Frieden besetzt worden war, nach einer mittelmäßigen Verteidigung von sieben Wochen.

Wir haben erwähnt, daß unmittelbar nach der Schlacht bei Wörth die badische Felddivision den Befehl erhielt, Straßburg einzuschließen, und daß ihre Reiterei mit einer reitenden Batterie schon am 8. August vor der Stadt erschien: nach und nach wurde die Belagerungsarmee, deren Befehl, nach Erkrankung des badischen Kriegsministers von Beyer, General von Werder übernahm, bis auf 50 000 Mann gebracht. Die französische Besatzung bestand aus etwa 17 000 Mann, zum Teil Flüchtlingen vom Schlachtfelde zu Wörth, Mobilgarden und Nationalgarden eingerechnet; die Verteidigung leitete General Uhrich, geborener Elsässer, ein tapferer und entschlossener Offizier, aber ohne besondere Befähigung, und der schließlich das „echtfranzösische Wort" (passablement français), wie eine französische Quelle rühmt:*) daß er sich verteidigen

*) Revue des deux mondes. Juli 1874.

werde, „solange ein Soldat, ein Zwieback und eine Patrone übrigbleibe", nur innerhalb sehr bescheidener Grenzen verwirklichen konnte. Der preußische General versuchte zuerst, ehe der regelmäßige Belagerungsangriff beginnen konnte, durch ein Bombardement auf die Bevölkerung und durch diese auf den Kommandanten zu wirken. Es gehört die ganze Befangenheit französischer Historiographie dazu, in diesem Bombardement, das allerdings furchtbare Spuren hinterließ und schwerste Leiden über die gequälte Bevölkerung brachte, eine besonders ausbündige Barbarei zu sehen, während sie nichts dabei findet, daß vor diesem Bombardement die Citadelle von Straßburg ihr Feuer auf die offene deutsche Stadt Kehl richtete*). Aber die Bevölkerung, welche französisch geworden war in Zeiten, wo Deutschland seinen Bürgern nichts zu bieten hatte, und nicht unkundig dessen, daß der Angriff jetzt nur bestimmt sein konnte, sie Deutschland dauernd zurückzugeben, zeigte sich tapfer und standhaft; unter den schweren Schäden, welche das deutsche Feuer anrichtete, war auch die Niederbrennung der Bibliothek, deren unersetzlichste Schätze rechtzeitig zu retten keinem der Mietlinge, denen sie anvertraut waren, eingefallen zu sein scheint. Man kam nicht zum Ziele und mußte zum regelrechten Belagerungsangriff schreiten, der, in musterhafter Weise durchgeführt, die Kapitulation herbeiführte, als alles zum Sturmangriff vorbereitet war. Sie erfolgte auf die Bedingungen von Sedan: 17 000 Mann wurden kriegsgefangen, die Offiziere auf Ehrenwort entlassen, eine große Menge Material, unter anderem 1000 Kanonen, erbeutet; 750 Mann und 45 Offiziere hatte den Deutschen die Wiedergewinnung des großen Waffenplatzes gekostet, welche in ganz Deutschland und namentlich in Süddeutschland die höchste Genugthuung erregte. Am 30. September hielten die deutschen Truppen ihren Einzug, und in der Thomaskirche wurde ein Dankgottesdienst gehalten; wer sich aufmerksam in der Stadt umsah, der konnte sich die erfreuliche Überzeugung holen, daß das französische Wesen noch nicht das innerste Mark der Bevölkerung ergriffen hatte. Vor allem, es hatte keine gallische Einwanderung stattgefunden: wer diese Stadt von 85 000 Einwohnern durchwanderte, las überall und ausnahmslos an den Ladenschildern die guten alten süddeutschen Namen, denen kein schlecht angebrachter französischer Accent ihren character indelebilis nehmen konnte. Vergebens quälte sich der Straßburger Spieß-

*) Auch der eben erwähnte Artikel: Strasbourg et Metz, welcher wie die übrigen von Mazade verfaßten über den Krieg von 1870/71 verhältnismäßig unbefangen geschrieben ist, findet kraft derselben Unzurechnungsfähigkeit die Beschießung von Kehl ganz in der Ordnung, während er die Beschießung von Straßburg eine barbarische Kriegführung nennt und über die fraternité Allemande witzelt.

bürger ab, deutsche Soldaten, wo er mit ihnen in der Taberne zusammenkam, durch das fließende Französisch zu ärgern, in welchem er sich mit seinesgleichen unterhielt; nach kurzem und nicht hohem Fluge fiel er rettungslos in dasselbe Alemannische zurück, das die verhaßten „Schwaben", die süddeutschen Eroberer, sprachen. Was diese Bevölkerung so französisch machte, das war die Gewohnheit, die zweihundertjährige Tradition, die sehr reellen Vorteile, welche ihr die französische Revolution gebracht, und ihr übrigens durchaus berechtigtes Geschäftsinteresse; man durfte hoffen, binnen billiger Frist dieses Land nicht bloß durch das Recht der Eroberung oder Wiedereroberung, sondern kraft des höheren Rechtes einer edleren und reineren Gesittung, als die französische war, zu besitzen. Der vom König von Preußen bestellte Generalgouverneur von Elsaß-Lothringen verlegte seinen Sitz sofort nach Straßburg. Der Verteidiger von Straßburg, General Uhrich, fand seinerseits bald Gelegenheit, die Wandelbarkeit französischer Stimmungen kennen zu lernen. Solange Straßburg widerstand, war kein Name gefeierter: man nannte Straßen nach seinem Namen, denn das verstand sich bei den republikanischen Eiferern, welche jetzt den Ton angaben, von selbst, daß es keine Straßen und Plätze des Kaisers oder der Kaiserin mehr geben durfte; als er in Straßburg seine Aufgabe beendet hatte, bot man ihm zu Tours das Kriegsministerium an, das ihm jedoch das gegebene Ehrenwort abzulehnen gebot. Etwas später aber wurde auch *seine* Wirksamkeit der Beurteilung eines Kriegsgerichtes unterstellt, welches über die Leitung der Verteidigung strengen Tadel aussprach, von gegnerischer Seite glaubt man diese Verteidigung als eine mittelmäßige bezeichnen zu müssen, wobei aber den Kommandanten die nach Zahl und mehr noch nach Kriegstüchtigkeit unzureichende Beschaffenheit seiner Streitkräfte wie die voraufgegangene Vernachlässigung des Platzes entschuldigten. Ein Teil der Belagerungstruppen rückte alsbald nach Paris ab, um dort die dünne Cernierungslinie zu verstärken; eine Division blieb als Besatzung in der Stadt zurück; der Rest bildete ein 14. Armeecorps, das unter General v. *Werder* die Aufgabe erhielt, in den Departements der oberen Seine und Marne die Bevölkerung zu entwaffnen und neue Truppenbildungen zu verhindern. Zugleich bekam eine neue aus Norddeutschland herangezogene Reservedivision unter General v. Schmeling den Befehl, gegen die Festungen und Freischaren im oberen Elsaß zu operieren. Am 1. Oktober setzte Werder sich in Bewegung; die Entwaffnung des insurgierten Landes gelang unter vielen kleinen und einem größeren Gefechte; die lockeren Truppengefüge, die sich hier bildeten, wurden größtenteils gesprengt; aber der lästige Volkskrieg, der hier von der Natur des Landes begünstigt wurde, machte die äußerste Thätigkeit und Rührigkeit notwendig, und eine

überaus rühmliche Rolle war diesen Truppen noch für den letzten Teil des großen Krieges vorbehalten.

Auf dem Kriegsschauplatze um Paris hatte man sich mittlerweile von beiden Seiten für die neue Lage eingerichtet. Die Einschließungslinie wurde verstärkt (22. September) durch das 11. Corps und einige andere Truppen; in der zweiten Hälfte des Oktobers kam eine Gardelandwehrdivision vom Straßburger Belagerungsheere, und die Gesamtkraft betrug um jene Zeit etwa 200 000 Mann Infanterie, 34 000 Mann Kavallerie und 900 Geschütze: eine unzureichende Truppenmacht, wenn die Besatzung von Paris aus so vielen Helden bestand, als die Proklamationen den Departements rühmten, und wenn gleichzeitig das Massenaufgebot in den Departements so rasch sich in brauchbare Heere gliederte, als man den Parisern versprach.

In Paris hatte man sich in die neue Lage gefunden und gefiel sich mit dem glücklichen Temperament, das diesem Volke eigen ist, sogar einigermaßen wohl in der ungewohnten Rolle. Die Blätter erläuterten die Politik der Regierung und überboten die Redensarten Favres noch; sie erquickten sich gelegentlich an wohlgemeinten oder wohlgesetzten Worten auch von anderer Seite, wie z. B. der ganz überaus höflichen Anerkennung der neuen republikanischen Regierung durch ein Schreiben des Unionsgesandten Washburne und ein nicht minder höfliches der Schweizer Bundesregierung. Im Hintergrunde stand immer die Idee einer Intervention Europas, und man erwartete Großes von der Mission des alten Thiers, dessen Klugheit und Sachkenntnis nun wieder im höchsten Preise stand: der Zweck, den die unfruchtbaren Unterredungen in Ferrières im Auge gehabt hatten, ward erreicht, die Entrüstung auf die nötige Höhe gehoben, von der sie sich ausnahm wie Mut und Entschlossenheit, ohne es darum gerade überall zu sein. Die Verbindung mit der Außenwelt wurde durch Luftballons und Brieftauben unterhalten, und man führte auf diesem Wege eine ziemlich ausgedehnte Korrespondenz. Die Nachrichten vom Falle von Toul und Straßburg, welche die Regierung mitteilte, machten keinen besonderen Eindruck, und es gab unter dieser Bevölkerung immer solche, denen selbst in solcher Lage die Redeblumen üppig sprießten. Unter diesen wird man Victor Hugo den Preis zuerkennen müssen, der am 3. Oktober ein neues Manifest ergehen ließ: „Die Welt wird erstaunt sein, wie großartig Paris sterben kann. Schon fragt sich das Pantheon, wo es die Helden unterbringen soll, welche eine Ruhestätte unter seiner Kuppel beanspruchen. O Paris, du hast die Statue von Straßburg mit Blumen bekränzt, die Geschichte wird dich mit Sternen kränzen.“ Es war die äußerste Seltenheit, wenn einmal ein verlorener Artikel in irgend einem Blatte den Mut fand, der Wirklichkeit ins Gesicht

zu ſehen und die Wahrheit oder wenigſtens ein Stück derſelben zu ſagen.

Das Belagerungsheer verteilte ſich rings um Paris ſo, daß im Weſten und Südweſten das 5. Corps, General v. Kirchbach, Poſener und Schleſier, im Süden die zwei bayriſchen Corps, v. Hartmann und v. d. Tann, im Südoſten das 6., von Tümpling, Schleſier, im Oſten die Württemberger ſtanden; an ſie ſchloſſen ſich die Sachſen unter ihrem Prinzen Georg; im Nordoſten war ein ſchwieriger, für die Belagerten zu einem Ausbruch vorzugsweiſe geeigneter Raum dem preußiſchen Gardecorps unter dem Prinzen Auguſt von Württemberg vertraut; im Norden und Nordweſten ſchloß das 4. Corps, an das 5. ſich heranſchiebend, Sachſen und Thüringer unter v. Alvensleben den Ring. Den erſten Verſuch, denſelben zu ſprengen oder zu erweitern, machten die Belagerten am 30. September gegen Süden, zwiſchen den Forts Bicêtre, Montrouge und Ivry hervorbrechend. Er endigte unglücklich, und ſie ließen den Deutſchen vier weitere Wochen Zeit, ihre Stellung zu verſtärken. In dieſer Zeit, 5. Oktober, wurde das königliche Hauptquartier nach Verſailles verlegt, wo der Oberbefehlshaber ſelbſt in der Präfektur ſeine Wohnung nahm, während in den weiten Räumen des Schloſſes ein Lazarett eingerichtet wurde. Ebenſo vergeblich endigte der Ausfall vom 13. Oktober, ebenfalls gegen Süden gerichtet: nach einigen Stunden mußten die Franzoſen ſich hinter ihre Forts zurückziehen. Die Zwiſchenzeit bis zu einem neuen Verſuche füllten ſie mit heftigem, aber ziemlich unſchädlichem Geſchützfeuer aus; eben an jenem 13. Oktober wurde vom Mont Valérien aus das ſchöne Schloß von St.-Cloud in Brand geſchoſſen, aus welchem deutſche Soldaten der feindlichen Nation die wertvollſten Kunſtgegenſtände retteten. Am 21. Oktober neuer Ausfall, diesmal auf der durch die Seinekrümmung im Weſten der Stadt gebildeten Halbinſel (Ranterre), gegen Südweſten, eingeleitet durch eine heftige Kanonade vom Mont Valérien her; der Erfolg war wie bisher, der Verluſt bedeutend, und ob der Zweck, den man auf Trochus Tagesbefehl angegeben fand — „durch ſolche gut geleitete und gut ausgeführte Operationen bereiten ſich die Truppen am beſten zu größeren Kriegsleiſtungen vor" — erreicht wurde, war ſehr zweifelhaft. Ermutigender begann der Ausfall vom 28. gegen le Bourget (Norden), welcher mit Verdrängung einer Kompanie preußiſcher Garde aus dieſem wichtigen Orte eingeleitet wurde. Die Franzoſen richteten denſelben zur Verteidigung ein und behaupteten ihn am 29.; am 30. aber griff die zweite Gardedivision an; heftig wogte in dem Dorfe der Kampf von 9 bis 1 Uhr: um dieſe Zeit war der Platz für die Franzoſen wieder verloren.

Indes 6 Wochen waren vorüber, und Paris widerſtand, — Paris

Léon Gambetta,
Diktator Frankreichs.

(Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

und Metz; und die Departements, durften die Belagerten hoffen, waren sicherlich während dieser Zeit nicht müßig. Was ihren neuen Truppen an Festigkeit der Organisation, an Schulung fehlte, das mußte die Masse ersetzen, an welche die heißblütigen und unwissenden Advokaten, wie vor allen Gambetta, ebenso fest glaubten, wie an so manche andere Legende aus der Zeit der ersten französischen Revolution: diese galt ihnen als Inbegriff alles Großen der Menschengeschichte, von der sie in der Regel nur dieses eine Stück und dieses schlecht genug kannten. Feuer und Energie jedoch kam in diese Bewegung der Departements durch Gambetta, der am 7. Oktober auf dem Luftwege Paris verließ und, in Tours angelangt, am 9. Oktober seine Thätigkeit mit einer Proklamation begann. Sie klang allzu siegeszuversichtlich, um nicht den Zweifel zu gestatten, ob ihr Verfasser selbst seiner Sache so sicher war. Er zählte die Hilfsquellen und Befestigungs- und Verteidigungsmittel Frankreichs auf und rief triumphierend aus: „Es ist keine Illusion: Paris ist uneinnehmbar. Nichtsdestoweniger müssen wir alle unsere Hilfsmittel — und diese sind unermeßlich — anspannen. Wir müssen die Erstarrung der Landbevölkerung verschwinden machen, wir müssen auftreten gegen die unsinnige Furcht, wir müssen den Parteigängerkrieg vervielfältigen, wir müssen dem Feinde Fallen und Hinterhalte legen — müssen mit einem Worte einen nationalen Krieg anfangen." Bei diesem nationalen Kriege nahm er noch andere Alliierte in Rechnung. „Der Himmel", sagte er sehr zuversichtlich, „wird aufhören, unsere Gegner zu begünstigen; die Herbstregen werden kommen: und zurückgehalten bei Paris, weit entfernt von ihrer Heimat, beunruhigt von uns, werden die Feinde decimiert werden durch unsere Waffen, durch den Hunger, durch die Natur. Nein, es ist nicht möglich, daß der Genius Frankreichs sein Antlitz auf immer verhüllt habe, daß die große Nation sich den ihr zukommenden Platz in der Welt durch die Invasion von 500 000 Menschen nehmen lasse. Erheben wir uns in Massen; laßt uns lieber sterben, als die Schmach einer Zerstückelung Frankreichs erdulden."

Mit dem Sterben hatte es bei allen diesen Leuten, die mit so viel Geräusch angesichts der Welt ihre Testamente machten, ihre „Pakte mit dem Siege oder mit dem Tode" schlossen, vor dem Kampfe in aller Welt Angesicht schwuren, „entweder als Sieger oder niemals" zurückzukehren — seine guten Wege. Indes kam durch den jungen 32jährigen Advokaten — Napoleon Gambetta, wie sein Name ursprünglich gelautet haben soll — ein energischer Schwung in die bereits begonnenen Anstalten. Mit der ganzen Sicherheit des revolutionären Parteiführers, der glaubte, daß „die Revolution" ihren Bekennern ohne Kenntnis und Studium alles zur rechten Zeit eingeben werde, über-

nahm er die Ministerien des Innern und des Krieges und gesellte sich als Delegierten für das letztere Departement einen zweiten, allerdings sehr tüchtigen Dilettanten, den Bergwerksingenieur Freycinet, zu. Man kann der Thätigkeit und Rührigkeit des energischen Mannes, der den Kopf voll von den Illusionen wie den Mund voll von den großen Worten der ersten französischen Revolution hatte, eine gewisse Anerkennung nicht versagen. Aber freilich, ein Recht, energisch zu sein, rücksichtslos über Gut und Blut seiner Landsleute zu verfügen, hat nur derjenige, der auch eine wirklich überlegene Einsicht seiner Willenskraft beigesellen kann: und in dieser Beziehung wird man es doch nur höchst erstaunlich finden können, daß ein Mann, dessen militärische Kenntnisse gleich null und dessen Verständnis für die kriegerischen Ereignisse und Operationen schlimmer als null waren, sich als Diktator in militärischen Dingen gebärdete und mit konzentrischen Angriffen und allgemeinen Offensivbewegungen und einigen anderen halbverdauten Begriffen oder Worten wie mit einer für einen einfachen Deputierten, geschweige das leitende Haupt einer Regierung wahrhaft skandalösen Unwissenheit in der Elementargeographie seines eigenen Landes militärische Fachleute schulmeisterte, Generale ein- und absetzte und deren Ehre angriff, wo sie die Wunder nicht vollbrachten, die seine knabenhafte Strategie von ihnen verlangte; nicht minder staunenswert, als daß Frankreich, ohne zu murren, sich dieser „Diktatur der Unfähigkeit" beugte, welche die Kräfte des Landes in kolossalem Maße verschleuderte. An demselben 9. Oktober genoß die Stadt Tours die Ehre, vom Balkon des Rathauses aus außer Gambetta den spanischen Republikaner Castelar ein Hoch auf die „lateinischen Republiken" — „wenn wir die Preußen vertrieben haben werden" — ausbringen zu hören, und von dem am gleichen Tage eingetroffenen Garibaldi die Versicherung entgegenzunehmen, daß nach den Worten irgend eines Klassikers die Unterthanen einer Monarchie Kinder, die Republikaner dagegen Männer seien. Auf welcher Seite diesmal die leichtgläubigen, jedem Schellengeläute nachlaufenden, zankenden, hadernden, prahlenden Kinder, auf welcher die Männer waren, mußte sich zeigen.

Ein Dekret bot nun alle dienstfähigen Männer ohne Ausnahme vom 21.—40. Jahre auf, verfügte, daß dieselben durch die Präfekten organisiert werden und alsdann dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt sein sollten: bis zum 19. November müßten jene Organisationen vollendet sein; die Republik werde für den Unterhalt der als bedürftig anerkannten Familien sorgen und die Kinder der bei der Verteidigung des Vaterlandes gefallenen Bürger adoptieren. Aus dem Boden also sollten die Armeen gestampft werden, und sie wurden es; aber keine derselben, werden wir sehen, vermochte es, irgend einem namhaften

deutschen Heerkörper einen wirklichen Sieg zu entreißen, und auch das Freischützenwesen, das bei der großen Ausdehnung des Kriegsschauplatzes den Deutschen ernste Schwierigkeiten hätte bereiten können, leistete weit das nicht, was in ähnlichen Zeiten an anderen Orten von solchen Freicorps geleistet worden ist.

Eine gleichgültige Sache waren diese Formationen gleichwohl für die deutsche Heeresleitung nicht, und man verlor keine Zeit, denselben mit den vorhandenen Kräften wirksam zu begegnen. Am weitesten war die Formation eines Entsatzheeres im Süden gediehen, wo eine Loirearmee um Orleans unter den Befehlen des Generals Motterouge sich sammelte. Man beobachtete sie zunächst durch die bewährte Reiterei, welche nach ihrer Gewohnheit bald sichere Nachrichten brachte: am 6. Oktober wurde das erste bayrische Corps unter v. d. Tann nach Süden vorgesandt, der alsbald, da der Feind unthätig blieb, selbst zur Offensive schritt. Im ganzen standen ihm 27 000 Mann Infanterie, 9000 Reiter und 160 Geschütze zur Verfügung. Dreißig Kilometer von Orleans bei Artenay erfocht er seinen ersten Sieg (9. Oktober), am 11. bei Ormes, näher bei Orleans, nach hartnäckigem und verlustvollem Gefechte einen zweiten, der spät am Abend die Deutschen vor die Thore von Orleans führte, wo dann der Maire der Stadt mit einigen Herren der Municipalität erschien, um Schonung zu erbitten. Noch an demselben Tage, abends 9 Uhr, rückten die Deutschen ein.

Die französische Armee, welche eine große Anzahl von Gefangenen in den Händen des Feindes ließ — auch mit den vormals päpstlichen Zuaven machte man bei dieser Gelegenheit Bekanntschaft —, zog sich nach diesen Kämpfen, die man die erste Schlacht bei Orleans nennen kann, in südlicher Richtung auf die Linie des Cher, eines linken Nebenflusses der Loire, zurück. Die erste Folge war, daß der neue Kriegsminister dem General, der mit seinem Heere von Rekruten einem wohlgeführten und wohlgeschulten Kriegerheere keinen Sieg hatte abgewinnen können, den Oberbefehl entzog und ihn dem General Aurelles de Paladine, einem anderen Veteranen von beinahe 70 Jahren, der übrigens, wie Motterouge, ein tüchtiger und ehrenwerter Mann war, übertrug. Die Bayern richteten sich in der großen und reichen Stadt Orleans häuslich ein, setzten aber ihren Marsch nicht weiter nach Süden fort, da im Westen, in der Gegend von Chartres, Châteaudun und Dreux feindliche Truppen, Franctireurs und Mobilgarden in größerer Anzahl auftauchten. Mit diesen hatte die Infanteriedivision des Generals von Wittich am 18. bei und in der Stadt Châteaudun einen hartnäckigen Kampf, der bis zum 19. frühmorgens in den vom um sich greifenden Brande erleuchteten Straßen sich fortsetzte. Die Bewohner der Stadt, in welcher das feindliche Corps unter dem Polen

Lipowski sich festgesetzt und Barrikaden errichtet hatte, hatten sich am Kampfe beteiligt: sehr gegen den Willen der Mehrzahl, welche das Unsinnig-Verderbliche einer solchen Handlungsweise erkannten; mit großen Worten wurde von der französischen Presse der Heroismus der Stadt gepriesen und deren teilweise Zerstörung, eine nicht vermeidliche Folge so leichtfertiger Herausforderung des Schicksals, als deutsche Barbarei verschrieen. Die Stadt Chartres, in welcher sich die zersprengten Feinde wieder sammelten, ließ sich warnen und es nicht auf das Bombardement ankommen, zu dem schon alles bereit stand; die Hälfte der Besatzung zog ab, die andere ließ sich entwaffnen. Wie hier im Süden, so mußten auch nach Norden Truppen ausgesandt werden, um dem auch dort sich bildenden Freischarenwesen das Handwerk zu legen; auch die württembergische Division entsandte nach Südosten eine mobile Kolonne, um ihre Seite zu sichern. Zunächst wurde man dieser improvisierten Truppenkörper noch ohne viele Mühe Herr, und wo, wie am 8. Oktober bei einem Überfall einer Husarenschwadron im Dorf Ablis, die Einwohner nachweislich hilfreiche Hand geleistet hatten, säumte man nicht, die strenge Justiz zu üben, welche die Selbsterhaltung einem Heere in Feindesland zur unbedingten Pflicht nach Kriegsrecht macht. Daß aber auf die Dauer die Cernierungsarmee nicht ausreichte, den großen Käfig zu bewachen, vor dem sie lag, und zugleich nach allen Seiten Truppen zu entsenden, um das allerwärts aus dem Boden wachsende Franctireurtum zu zertreten, an welchem die Franzosen sichtbar Geschmack fanden — dies war unzweifelhaft. Indes man war im königlichen Hauptquartier ohne Sorge: die Zeit war nahe, wo durch den Fall von Metz die zweite deutsche Armee frei wurde, welche dann die große Aufgabe vollenden konnte, die neuen militärischen Organisationen im Süden, Westen und Norden zu zerstören, während die Einschließungsarmee vor Paris lag, bis die Riesenfeste auf dem gewöhnlichen Wege, durch Hunger, Beschießung oder beides zugleich, zu Falle gebracht war und die großwortigen Männer, welche dort befehligten, sich wie andere Sterbliche in ähnlichem Falle zur Kapitulation und zum Frieden bequemen mußten.

Und die Rechnung trog nicht; seit der Mitte des Oktobers wußte man zu Versailles, daß die Widerstandskraft der in Metz eingeschlossenen Rheinarmee nicht mehr bis über das Ende des Monats vorhalten könne.

Seitdem der große Ausfall am 31. August und 1. September, die zweitägige Schlacht von Noisseville, mit dem Rückzuge der Franzosen hinter ihre Forts geendigt hatte, war die Lage Bazaines eine hoffnungslose. Jeder Tag verstärkte die Stellung des Angreifers, jeder Tag verminderte die Streitbarkeit des eigenen Heeres: und Entsatz von außen konnte er seit dem Tage von Sedan, dessen Ergebnisse ihm einige

Tage später in allen Einzelheiten bekannt wurden, nicht mehr hoffen. Anfangs mochte er auf diese Nachrichten die Hoffnung eines nahen Friedens bauen, der die Thüren seines Kerkers aufthun und ihm dann, dem Oberbefehlshaber der einzigen übrigen großen Armee, eine glänzende Rolle eröffnen mußte. Aber auch diese Hoffnung schwand, der Krieg dauerte fort; was er von den Ereignissen erfuhr, kam vom feindlichen Lager und gab ohne Zweifel ein richtigeres Bild der Lage, als was er von den betrogenen Betrügern in Paris und Tours erfahren hätte, aber war nicht danach angethan, ihn zu ermutigen. Ein ernstes Unheil war für beide Teile das anhaltende schlechte Wetter, empfindlicher für den Belagerer, dessen Reihen Ruhr und Typhus heimsuchten. Seit Mitte September mehrten sich die Ausfälle der Franzosen, aber sie hatten keinen großen Umfang und verfolgten nur den Zweck, noch etwaige Vorräte aus den Dörfern des Cernierungsrayons heimzuholen und der Waffenehre so gut als möglich zu genügen; der letzte größere Ausfall, Garde, VI. und IV. Corps, nordwärts auf dem linken Moselufer, erfolgte am 7. Oktober und scheiterte nach einem bis in die Nacht hinein dauernden Kampfe an der bewährten Tapferkeit der Division Kummer und der rasch herangezogenen Truppen vom 3. und 10. Corps, mit neuen Verlusten; von Tage zu Tage aber mehrten sich jetzt die Anzeichen, daß die Eingeschlossenen bereits auch mit dem Mangel an Existenzbedürfnissen zu kämpfen hatten.

In der That ergaben die Erhebungen, welche der Marschall nunmehr vornehmen ließ, daß die Lebensmittel nicht mehr weit über den 20. vorhielten. Der größere Teil der Pferde war bereits geschlachtet, die Kavallerie mithin nicht mehr beritten, der Artillerie die Bespannung geschwunden; die Spitäler füllten sich infolge der mangelhaften Verpflegung; von einem erfolgreichen Durchbrechungsversuche konnte kaum mehr die Rede sein. Man mußte sich mit dem Gedanken einer Kapitulation vertraut machen. Bazaine vereinigte am 10. seine Corpskommandanten zu einem Kriegsrat und legte ihnen die Frage vor, ob man in Unterhandlungen mit dem Feinde eintreten solle, um eine annehmbare Konvention — man umging noch das verhängnisvolle Wort Kapitulation — zu erlangen. Der Kriegsrat bejahte, und sofort mußte es geschehen, ehe die äußerste Not den äußersten Preis zu zahlen zwinge; erlange man keine annehmbaren Bedingungen, so müsse noch ein letzter Versuch gemacht werden, sich durchzuschlagen. Die Unterhandlungen begannen. Nach Anfrage im Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl und durch diesen in Versailles begab sich der erste Adjutant des Marschalls, General Boyer, nach dem letzteren Orte. Er verlangte, am 13. dort angekommen, freien Abzug der Armee mit Waffen und Gepäck, gegen Verpflichtung, während des Krieges nicht

mehr gegen Deutschland zu dienen. Aber die Lage war nicht der Art, daß eine solche Konvention zulässig gewesen wäre. Sie war nicht gerechtfertigt durch die militärische Lage von Metz, denn die Widerstandsfähigkeit der Armee und Festung zählte nur noch nach Tagen oder Stunden. Außerdem aber: einem solchen Vertrage würde die Sicherheit gefehlt haben, da die deutsche Autorität die neue Regierung Frankreichs nicht anerkannt hatte, sowenig als derselben, selbst Frankreich gegenüber, irgend ein rechtlicher Charakter beiwohnte: man machte den General aufmerksam, daß man deutscherseits sich den Weg offen halte, mit der zu Recht bestehenden Regierung, der Kaiserin-Regentin, welche in dem englischen Dorfe Chiselhurst ihren Aufenthalt genommen hatte, zu unterhandeln. Mit Unrecht klagen französische Darsteller über Zweideutigkeit des deutschen Kanzlers; die Zweideutigkeit lag vielmehr in den politischen Zuständen ihres eigenen Landes: und die gerechte Strafe vollzog sich auch hier für die Vermessenheit, mit welcher diese Nation es unternommen hatte, Deutschland aus den Angeln zu heben, während sie eine Regierung an der Spitze hatte, die beim ersten ernsten Unfall machtlos wurde, beim zweiten zusammenbrach und dem Chaos Platz machte. Daß man deutscherseits aus diesen chaotischen politischen Zuständen Nutzen zog und sich nicht beeilte, die Unterhandlungen zum Abschluß zu bringen, wo jeder Tag die Lage günstiger gestaltete, konnte niemand tadeln. Der General kehrte am 18. nach Metz zurück; ein Kriegsrat ward berufen: nur eine einzige Möglichkeit der Rettung war noch vorhanden: wenn die militärische Frage zugleich mit der politischen gelöst wurde, wenn die Regentin, an welcher man festhielt, sofort Frieden schloß und diese Armee als eine kaiserliche, als die Armee der Ordnung das kaiserliche Regime zugleich mit einem Frieden, wie man ihn sich denken konnte, dem Lande zurückbrachte oder auferlegte. Aber auch dies war nur eine unmögliche Möglichkeit, da sie die Rheinarmee zur Verbündeten des Feindes gemacht hätte. Indes verließ General Boyer abermals Metz, um sich nach Chiselhurst zur Kaiserin zu begeben, wohl nur mit der Hoffnung, durch ihre Vermittelung günstigere Bedingungen für die Armee zu erlangen. Auch diese Hoffnung, wie zu erwarten, scheiterte; der General kam von seiner Reise zurück; der letzte Augenblick war gekommen. Bazaine berief auf den 24. einen Kriegsrat. Man konnte sich hier den Forderungen der Notwendigkeit nicht verschließen, während in der Stadt und unter der Armee allerlei wilde und verrückte Gedanken spukten und Tumulte entstanden. Man beschloß, den alten General Changarnier, der sich beim Beginne des Feldzugs dem Kaiser Napoleon zur Verfügung gestellt hatte, in das Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl zu senden und von demselben den freien Abzug der Armee nach Algier zu fordern.

Aber diese Armee war nicht mehr in der Lage, Bedingungen zu stellen. Der Prinz, über den Stand der Dinge vollkommen im klaren, forderte einfach Übergabe der Armee und der Festung. Am Abend jenes Tages (26. Oktober) trafen sich General v. Stiehle von deutscher und General Jarras von französischer Seite in dem südlich von Metz gelegenen Schlosse Frescaty; man brauchte noch den folgenden Tag, um ins reine zu kommen. Der Kriegsrat, den der Marschall am 26. früh zusammenrief, mußte die Notwendigkeit des Kapitulierens anerkennen; wenn einer der Generale, Canrobert, später, als seinem unglücklichen Oberfeldherrn der Prozeß gemacht wurde, beklagte, daß dieser nicht einen „großen Gedanken" gehabt, die Forts gesprengt, alles Material und die Fahnen vernichtet und dann die Thore geöffnet habe, damit die Preußen dann machen könnten, was sie wollten — so war dies eine Gasconade, die nur bei einem französischen Publikum ein anderes Gefühl als Mitleid erregen konnte. Bei den Verhandlungen mit dem Chef des deutschen Generalstabs, der mit General Jarras die Bedingungen zu vereinbaren hatte, handelte es sich hauptsächlich noch um den einen Ehrenpunkt, ob die Offiziere ihren Degen behalten dürften. Der König von Preußen, in seinem strengen militärischen Ehrgefühl tief verletzt darüber, daß von den kraft der seitherigen Kapitulationen auf Ehrenwort freigelassenen Offizieren einzelne und nicht gerade wenige, wie z. B. ein Oberst Thibaudin, dieses Ehrenwort gebrochen hatten und nichtsdestoweniger von der französischen Heeresleitung ohne weiteres verwendet, sogar wie der General Cremer mit hohen Kommandos betraut wurden, sträubte sich anfangs dagegen, gab aber doch, gutmütig und als tapferer Offizier geneigt, das Gefühl tapferer Offiziere zu schonen, nach; und so kam man am 27. nachts 10 Uhr im wesentlichen auf die Bedingungen von Sedan überein.

Am 29. Oktober von mittags 1 Uhr bis zur Dunkelheit, unter Regen und Sturm, bewegten sich die Massen der kriegsgefangenen Armee aus den verschiedenen Thoren von Metz und defilierten waffenlos, meist in lautloser Stille und würdiger Haltung, an den Siegern vorüber; bis dahin die ungeheuerste Waffenstreckung, von welcher die Geschichte zu melden weiß. Man war an gewaltige Scenen, nie dagewesene, in diesem Kriege gewöhnt: dennoch hatte dieser Anblick vor allem etwas Überwältigendes: die Kapitulationen von 1806 verschwanden vor diesem kolossalen und selbst für den Sieger peinlichen Schauspiele. Drei Marschälle, 70 Generale, über 4000 Offiziere, 173 000 Mann — 20 000 Verwundete und Kranke eingeschlossen — 56 Adler, 622 Feldgeschütze, 72 Mitrailleusen, 876 Festungsgeschütze, 300 000 Infanteriegewehre samt der bis dahin nie bezwungenen, drei Jahrhunderte früher dem Deutschen Reiche verlorenen Moselfestung

waren in deutschen Händen. Die Armee, mit welcher vor drei Monaten Napoleon ausgezogen war, um das neue Deutschland zu zerbrechen und den Rhein zu erobern — sie war jetzt fast bis zum letzten Mann kriegsgefangen, über alle deutschen Festungen verteilt, — Niederlagen von Jahrhunderten mit wenigen zermalmenden Schlägen gesühnt und gerächt, — glorreich wiedergewonnen, was dem zerrissenen Deutschland geraubt war — der ungeheure Erfolg aber trotz zahlreicher Gefechte und verheerender Krankheit hier vor Metz mit dem mäßigen Verluste von nur etwa 5000 Mann erkauft.

b. Von der Kapitulation von Metz, 27. Oktober, bis zu den Kämpfen der Woche vom 27. November bis 4. Dezember 1870.

Die Nachricht von dieser Kapitulation mußte bei den Franzosen jede vernünftige Hoffnung einer siegreichen Beendigung des Krieges niederschlagen: und sie erregte auch in der That in der Bevölkerung, soweit sie nicht aus Politikern und solchen, die sich für Politiker hielten, bestand, den lebhaften Wunsch, der Sache jetzt ein Ende zu machen und Frieden zu schließen, gleichviel ob um den Preis der Abtretung von Elsaß und Lothringen; man ballte dazu die Faust in der Tasche, gedachte das Verlorene baldmöglichst wiederzuholen, aber man wäre es ganz zufrieden gewesen. Diese Politik hätte Sinn gehabt, man konnte sie nach dem Falle von Metz eher als nach der Katastrophe von Sedan einschlagen, und man mußte eigentlich vom deutschen Standpunkte aus fürchten, daß es geschehe: aber zum Glück für Deutschland war es nicht an dem, daß eine verständige, nicht die Zukunft einer doch schon verlorenen Gegenwart aufopfernde Politik in Frankreich zur Geltung hätte kommen, noch auch, daß irgendwie die Stimmung und Stimme des Volkes überhaupt sich hätte vernehmbar machen können. Das Land beugte sich dem Despotismus des Oppositionsführers, wie es sich soeben noch dem Despotismus des Kaisers gebeugt hatte, und ehe es sich besinnen konnte, wurde es von der Regierung zu Tours mit einer Proklamation aufgestürmt, welche, von Gambetta und den beiden Schwachköpfen Cremieux und Glais-Bizoin unterzeichnet, kurzweg das Barbarenvorurteil, das man allenfalls den hungernden und frierenden Soldaten zu Metz in ihren Biwakgesprächen zu gute halten konnte, als unzweifelhafte Thatsache aussprach. „Bazaine hat Verrat geübt. Er hat sich zum Mitschuldigen des Mannes von Sedan gemacht, zum Mitschuldigen der Eroberer. Mit Verachtung der Ehre der Armee — — hat er, selbst ohne eine letzte Anstrengung zu versuchen, 120 000 Kämpfer, 20 000 Verwundete, Gewehre, Kanonen, Fahnen und den stärksten Platz Frankreichs — — den Fremden überliefert. Ein solches Verbrechen steht selbst über der Strafe der Gerechtigkeit, und jetzt, Franzosen, meßt

die Tiefe des Abgrundes, in welchen euch das Kaisertum gestürzt hat!" — — Und in einem Aufrufe an die Armee wiederholte Gambetta, der unbedenklich dem Effekt des Augenblicks die Zukunft opferte: „Soldaten, ihr wurdet verraten, aber nicht entehrt; jetzt, wo ihr Eurer unwürdigen Führer entledigt seid, kämpft für die Rettung des Vaterlandes". Diese Proklamationen verfolgten übrigens weit mehr den Zweck, dem Hasse ihrer Verfasser gegen das Kaiserreich eine Genüge zu thun, als irgend einen anderen. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß jede unbefangene Ausübung militärischer Pflicht gefährdet werden muß, wenn der General bei jedem Mißlingen in Gefahr steht, straflos von denen, welche der Straßenaufruhr in die Nähe des Staatsruders geworfen hat, dem Volke als Verräter bezeichnet zu werden: daß das Wort Verrat hier bei Bazaine, der einfach unfähig war, ein großes Heer zu befehligen, und den sie doch kurz zuvor selbst mit „unser ruhmvoller Bazaine" bezeichnet hatten, jedes Sinnes entbehrte, — daß Frankreich selbst rettungslos verdorben und verloren war, wenn innerhalb seiner Grenzen sich ein Mann in einer hohen militärischen Stellung gefunden hätte, der für irgend einen Preis, und wenn es die Kaiserkrone selbst gewesen wäre, im stande war, ohne Not eine Kapitulation zu unterzeichnen, wie die von Metz — daß ein solcher überhaupt außerhalb des Irrenhauses nicht denkbar ist — dies bedarf keiner weiteren Darlegung. Es war aber nur gerecht und nur natürlich, daß es bereits noch heißere Tollköpfe gab, welche auch die Männer der Regierung der Nationalverteidigung selbst unumwunden als Verräter bezeichneten und „diese lächerliche Regierung" eine „schwache Fortsetzung des Bonapartismus" nannten. Es waren die Leute, welchen auch Rochefort schon verdächtig zu werden begann oder eigentlich von jeher verdächtig gewesen war, da sie auch in seiner Vergangenheit drei schwarze Punkte entdeckt hatten, — daß er nämlich als Zögling des Collège von St.-Louis für ein Preisgedicht auf die spanische Heirat des Herzogs von Montpensier von diesem einen Bleistifthalter bekommen, daß er den Leichenzug der Königin Amalie in London begleitet — er schwur hoch und teuer, es sei nur aus Neugierde geschehen — und endlich, das Schlimmste von allem, daß er bei der Taufe eines Sohnes von Victor Hugo Patenstelle angenommen hatte.*) Menschen dieser Art hatten sich an einzelnen Orten, wie in Lyon, schon der Gewalt bemächtigt oder hielten den regelmäßigen Autoritäten die Wage: in Paris selbst machten sie jetzt einen ernsten Versuch, sich ans Ruder zu schwingen.

Thiers war von seiner Rundreise bei den europäischen Höfen zu-

*) Taxile Delord, Histoire du second Empire, V. pag. 545.

rückgekehrt (21. Oktober). Es gehörte die ganze Naivetät der Männer, welche seit dem 4. September das Ruder führten, dazu, von den europäischen Kabinetten alles Ernstes zu verlangen, daß sie zu Gunsten Frankreichs mit diplomatischen Mitteln und, wo dies nicht helfe, mit den Waffen einschreiten sollten; einschreiten zu Gunsten einer Regierung, die sich selbst ernannt, der niemand auch nur den folgenden Tag gewährleistete, und die überdies besiegt in einem Kriege, wo alles Unrecht auf ihrer Seite, alles Recht auf seiten des Gegners war, zu keinem Opfer, keiner Sühne als etwa einer Hand voll Geld bereit war. Von seiten des greisen Staatsmannes war es in der That ein Opfer, eine solche Reise zu unternehmen, bei der er doch selber schwerlich viel Hoffnung hegen konnte. Auch fand er nirgends etwas anderes als fromme Wünsche, daß dem Blutvergießen bald ein Ende gemacht werden möchte, und einen höflichen Empfang für sich selbst, wie er einem ausgezeichneten und feingebildeten Manne, dessen Patriotismus gerechten Anspruch auf die Hochachtung auch im feindlichen Lager hatte, gebührte: so in London, Wien, Petersburg und, nachdem er zum zweitenmal in Wien gewesen, in Florenz. Wirkliche Sympathieen aber fand er nur bei dem österreichischen Reichskanzler, der sich auch die Gelegenheit nicht entgehen ließ, denselben nach seiner Weise die elegantesten Worte zu geben. Er war, wie er sagte, vollkommen der Ansicht, auf welche Thiers mit Nachdruck hinwies, daß eine Gesamtaktion der Neutralen eintreten müßte oder sollte; sehr pikiert äußerte er sich, als es mit dieser von ihm so eifrig gewünschten europäischen Gesamtaktion nicht vorwärts gehen wollte, daß er, wie er in seiner gezierten Weise sich ausdrückte, „überhaupt von Europa nichts mehr sehe". Geradezu und schon jetzt wieder die französische Sache zur seinigen zu machen, wie es eigentlich sein Wunsch gewesen, war nicht mehr zeitgemäß: er fand doch, daß man Preußen nicht zumuten könne, so viel „edles deutsches Blut" umsonst vergossen zu haben; aber er meinte, daß die Franzosen die notwendigen Opfer leichter brächten, wenn man ihnen europäischerseits zuspreche, sie zu bringen, als wenn ihnen dieselben einfach vom Sieger auferlegt würden: womit er schwerlich ans Ziel traf. Er verhehlte übrigens dem französischen Staatsmanne, den er „ein wenig durch die in Petersburg empfangenen Eindrücke entmutigt" fand, nicht, daß die Haltung Englands und Rußlands wenig Aussicht lasse, daß es zu einer solchen europäischen Gesamtaktion komme. Österreich seinerseits aber könne zu einer solchen nicht den Anfang machen: und darin hatte er tausendmal recht. Man erzählt, daß Thiers in jenen Tagen in Wien mit dem berühmtesten unter den lebenden deutschen Historikern, Leopold von Ranke, zusammengetroffen sei und an denselben die Frage gerichtet habe, gegen wen denn die Deutschen

noch im Felde lägen: er habe die überaus treffende Antwort erhalten: gegen Ludwig XIV.

Das einzige, was von seiten der Neutralen geschah und geschehen konnte, war, die Möglichkeit eines Waffenstillstandes anbahnen zu helfen, während dessen *Frankreich selbst*, nicht bloß die Oligarchie des Pariser Straßenpflasters, seinen Willen geltend machen könne. Von deutscher Seite hatte man hieran ein entschiedenes Interesse; nur so konnte man zu einer Regierung gelangen, mit welcher sich wirklich unterhandeln ließ wie mit Männern und nicht wie mit ungebärdigen Knaben: und Graf Bismarck erklärte dies nachdrücklich in einer Denkschrift, in welcher er im voraus die schreckliche Lage darlegte, in welche ein zu lange fortgesetzter Widerstand die zwei Millionen der Pariser Bevölkerung bringen würde, für die es bei einem bis zum äußersten Augenblicke fortgesetzten Widerstande nicht möglich sein würde Lebensmittel in genügender Menge und zur rechten Zeit zur Stelle zu schaffen. In derselben Denkschrift (4. November) wies er auf die geringen Aussichten hin, die dieser Widerstand noch habe; in den Gefechten, die bis dahin vor Paris stattgehabt, hätten die französischen Truppen nicht einmal vermocht, auch nur die vorderste Linie der Cernierungstruppen zurückzuwerfen. Am 10. erwiderte Gambettas Minister des Auswärtigen, Graf Chaudordy, diese Denkschrift in einem überaus schwachen Rundschreiben. „Die Gefechte, von denen man gesprochen hat, sind zu unseren Gunsten ausgefallen, und es sind nicht die einzigen. — — Wenn die Preußen die Schwierigkeit, Paris zu verproviantieren, betonen, so kommt es daher, daß sie selbst Mangel an Lebensmitteln leiden und genötigt sind, ihre Armee zu schwächen, um ihren Plünderungskolonnen mehr Ausdehnung zu geben. Diese Armee entkräftet und demoralisiert sich — — die Verlängerung des Krieges während der schlechten Jahreszeit ist ein Vorteil für uns. — — Ungeachtet dessen wünscht Frankreich den Frieden, wie es ihn auch vor Beginn der Feindseligkeiten wünschte, aber es wünscht, daß der Friede dauerhaft sein möge." — — Dergleichen Worte hatten allenfalls noch einen Schatten von Sinn, ehe Metz gefallen war; jetzt, wo dieses Ereignis eingetreten war, mußte die französische Regierung, wenn sie überhaupt auf eine europäische Hilfe in irgend einer Form reflektierte, wenigstens zum Scheine den Versuch machen, das Land zu befragen, über dessen Gut und Blut sie mit Despotenwillkür verfügte. Für Deutschland wäre der Friede in diesem Augenblicke nicht viel weniger bedenklich gewesen als nach der Katastrophe von Sedan: mehr noch als dies ohnedies geschah, hätte die Nation die Niederlagen dem Kaiserreiche und dem „Verrate" aufgebürdet, sich selbst und ihr Paris für unbesiegbar gehalten und binnen kurzem sich auf einen neuen Krieg,

einen Krieg der Rache gerüstet. Die Regierung der Nationalverteidigung aber machte es diesmal dem deutschen Staatsmanne überaus leicht, vor ganz Europa seine Mäßigung zu beweisen. Er konnte bis an die äußerste Grenze derselben gehen und dennoch mit Sicherheit darauf bauen, daß die Unterhandlungen an der Thorheit und Unfreiheit der französischen Regierung scheitern werden, die bei jeder ihrer Entschließungen nicht bloß das bescheidene Maß ihrer eigenen Einsicht, sondern auch die Stimmung der Straße und der Schreier und Buben, welche augenblicklich dieselbe beherrschten, zu Rate ziehen mußte.

Am 30. Oktober erschien, mit Geleitsbriefen der Regierung von Tours versehen, Thiers in Versailles, begab sich nach Paris, um dort die nötigen Vollmachten zu holen, und kehrte dann nach Versailles ins feindliche Hauptquartier zurück, wo nun die Waffenstillstandsfrage zwischen ihm und dem Bundeskanzler in mehrfachen Unterredungen verhandelt wurde. Der letztere erklärte sich im Namen seines Königs bereit, einen Waffenstillstand von 25 Tagen auf Grund des einfachen augenblicklichen Standes der Dinge abzuschließen. Die Stellung der Truppen bleibt, so schlug er vor, wie sie am Tage der Unterzeichnung ist; während dieser Zeit finden die Wahlen zu einer Nationalversammlung statt, für welche deutscherseits jede Erleichterung gewährt wird; auch daß im Elsaß gewählt werde, gestand er zu. Er kannte seine Leute wohl: die Regierung der nationalen Verteidigung instruierte ihren Unterhändler, nun auch die Verproviantierung von Paris für die Dauer dieses Waffenstillstandes zu verlangen. Man muß in der That Bismarcks Selbstbeherrschung bewundern, daß er sich begnügte, den Mandatar dieser Regierung, die sich gebärdete, als hätte sie ebensoviele Siege erfochten, als sie Niederlagen erlitten hatte, nur einfach zu fragen, ob er irgend welches militärische Äquivalent für dieses ungeheure Zugeständnis zu bieten habe? — Thiers mußte verneinen.

Man muß indes, um der Wahrheit die Ehre zu geben, zugestehen, daß diese Regierung in dem Augenblicke, wo sie dem geduldigen Sieger dieses lächerliche Ansinnen stellte, nicht völlig frei war. Es vollzog sich an ihr ein gerechtes Gericht: mit Lügen und Phrasen hatte sie die Massen aufgerufen, welche, ihrer Macht bewußt nunmehr einfach verfuhren, als wenn diese Lügen Wahrheit gewesen wären. Wenn Paris so unbezwinglich war und sie selbst solche Helden waren, wie man ihnen gesagt — wenn ganz Frankreich, das unbesiegbare, das zehnfach unbezwingliche sich erhob, um Paris zu Hilfe zu eilen — wenn Metz nur durch Verrat gefallen — wenn das deutsche Heer dem Hungertode nahe war, wie man ihnen gleichfalls gesagt — wozu dann Unterhandlungen über einen Waffenstilland? Sicherlich, hier waren

auch Verräter — Trochu und einige andere von der Regierung hatten noch die Schwachheit, an einen Gott zu glauben, bei anderen wußte man es nicht gewiß — dies waren noch nicht die wahren Männer des Volkes, das in den Augen dieses Gelichters erst da begann, wo man mit allen diesen alten Sachen völlig aufgeräumt hatte. Die Führer dieser aufgewiegelten, mit allen Satanskünsten bethörten Massen glaubten ihre Zeit gekommen. Am 31. Oktober nachmittags, wo die Mitglieder der Regierung auf dem Stadthause beisammen waren, ersahen sie sich ihre Stunde: als die Regierung eben einer Deputation das Zugeständnis neuer Municipalwahlen gemacht hatte, ergab sich, daß diese Deputation nur die Avantgarde der jetzt unwiderstehlich andringenden Pöbelhaufen war, die nach einer mehrstündigen wilden Scene mit Einbruch der Dunkelheit endlich so weit waren, in der schon mehr dagewesenen Weise eine provisorische Regierung zu ernennen, Flourens, Millière, Delescluze, Blanqui, Felix Pyat, — grimmige Feinde nicht der Preußen, sondern jeder göttlichen und menschlichen Ordnung der Dinge, Leute, wie sich in nicht ferner Zukunft zeigen sollte, mit denen verglichen die Wiedertäufer in Münster im 16. Jahrhundert und andere Fanatiker und Mordpropheten, von denen die Geschichte meldet, mild und menschlich waren: selbst Rocheforts Name fand diesmal vor den Ohren dieser Gesellschaft keine Gnade mehr. Die Mitglieder der Regierung behielten sie als Geiseln: ihr Leben hing an einem Faden, und es ist wie ein Wunder, daß sie es behielten. Um 8 Uhr wurden einige von ihnen, Trochu, Arago, Ferry, durch einen mutigen Angriff eines Bataillons Nationalgarde befreit, in dem Getümmel entkam auch Picard, der seinen Kopf soweit beisammen hatte, um nun Generalmarsch schlagen zu lassen und eine Anzahl zuverlässiger Nationalgarden zusammenzubringen, denen es denn auch spät in der Nacht gelang, die Männer von Belleville — diesem Arbeiterquartier gehörte die Rotte größtenteils an — zu vertreiben und die übrigen Regierungsmitglieder zu befreien. Dieselben hatten, namentlich Jules Favre, unter den Händen der Aufrührer einen rühmlichen persönlichen Mut bewiesen, ohne jedoch, wie sich später zeigen sollte, durch das, was sie am eigenen Leibe erfahren, eine richtigere Einsicht von der Natur dieser Elemente der Bevölkerung zu erhalten. Die Ordnung hatte so gesiegt, aber es war nur ein halber Sieg; mit dem Gesindel ein Ende zu machen, einige der Führer entschlossen beim Kopfe zu nehmen und mit ihnen zu verfahren, wie mit offenbaren Hochverrätern, dazu fand keiner dieser Männer, und am wenigsten Trochu, den Mut. Die Regierung ließ sich vielmehr durch eine allgemeine Volksabstimmung ein Vertrauensvotum geben, konnte aber nicht wagen, unter solchen Umständen einen Waffenstillstand abzuschließen, der dem Verratsgeschrei

neue Nahrung gegeben haben würde, und bei dem sie sich überdies vor ihrem Kollegen Gambetta in Tours zu fürchten hatten, der von einem solchen nichts wissen wollte.

So wurden die Unterhandlungen abgebrochen, und die Politik, welche Thiers später eine Politik von Tollhäuslern (fous furieux) nannte, der Krieg bis zum Äußersten (à outrance) fortgesetzt. Deutscherseits konnte man mit diesem Ergebnisse nur zufrieden sein. Man konnte jetzt, einmal an der Arbeit, reine Bahn machen und, wenn denn einmal diese Unterscheidung beliebt wurde, Frankreich als Republik militärisch vernichten, wie man es als Kaiserreich militärisch vernichtet hatte.

Am 2. November erließ die Regierungsdelegation in Tours jenes Dekret, welches das Aufgebot in Masse, alle Männer vom 20. bis zum 40. Jahre, anordnete: eine aussichtslose Maßregel, da weder die Zeit, noch sonst die Mittel vorhanden waren, aus diesen Massen wirkliche Heere zu bilden, obgleich das Mögliche geschah, dieselben wenigstens mit Waffen zu versehen, die man in großer Zahl und zu jedem Preise aus England, Amerika und den eigenen Waffenfabriken bezog. Neben der Loirearmee, welche einigermaßen organisiert und kriegsfähig war, bildete man vier Armeekommandos: für die Region des Nordens Bourbaki mit dem Hauptquartier zu Lille, für die des Westens General Fiérek, Hauptquartier le Mans, die des Centrums General Polhès, Hauptquartier Bourges, und die des Ostens unter General Cambriels mit dem Hauptquartier Besançon. Eine Anzahl Übungslager wurde sofort eingerichtet, wo diese Rekruten für die sichere Niederlage die erste Ausbildung erhalten sollten: die Reiterei, deren Organisation eine absolute Unmöglichkeit war, scheint der militärische Dilettantismus nicht für wesentlich gehalten zu haben; am besten gelang es mit der Artillerie, die in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit auf einen die Erwartungen übertreffenden Stand gebracht wurde.

Für die deutsche Heerführung war durch die Kapitulation von Metz die I. und II. Armee, vielleicht 200 000 Mann der besten Truppen, frei geworden, und man hatte noch vor dem Falle der Festung die Dispositionen getroffen, mit deren Ausführung nun sofort begonnen wurde. Von diesen Truppen blieb das 7. Armeecorps, von Zastrow, Westfalen, in Metz zurück und hatte zugleich die Aufgabe, die Festungen Thionville und Montmedy anzugreifen sowie die Kriegsgefangenen der Rheinarmee nach Deutschland abzuführen; mit dem 8. und 1. Corps setzte sich der Oberbefehlshaber der I. Armee, General von Manteuffel, am 7. November gegen Westen und weiterhin gegen Norden in Marsch, um die Cernierung von Paris gegen etwaige Entsatzversuche von Nord-

westen her zu sichern. Am 20. trafen seine Vortruppen an der Linie der mittleren Oise, welche von Norden her unterhalb Paris in die Seine fällt, zwischen Compiègne und St.-Quentin ein: etwa 38 000 Mann Infanterie, 4500 Mann Kavallerie und 180 Geschütze hatte er für die Operationen im freien Felde verfügbar. Die II. Armee, das 3., 9. und 10. Corps, von Alvensleben II., Manstein, Voigts-Rhetz, und die 1. Kavalleriedivision, rückte unter dem Befehle des Prinzen Friedrich Karl — er war zugleich mit dem Kronprinzen nach dem Falle von Metz mit der Würde eines Feldmarschalls, einer hohen Ehre im preußischen Heere und Königshause, bekleidet worden — nach der mittleren Loire ab, wo die nächste und dringendste Arbeit zu thun war.

General von der Tann, welcher bis dahin mit schwachen Truppenkräften diese Gegenden gehütet hatte, erhielt am 3. November die Meldung, daß der Feind unterhalb Orleans am rechten Ufer der Loire, also gegenüber seinem rechten Flügel, ansehnliche Streitkräfte zusammenziehe: es war ein naheliegender Gedanke, daß die Franzosen mit der am weitesten in ihrer Organisation vorgeschrittenen Loirearmee eine Vorwärtsbewegung gegen Paris unternehmen würden, ehe die vor Metz nunmehr frei gewordenen Truppen einzugreifen in der Lage waren. Von der Tann ordnete an, was die Lage gebot: um nicht seine Rückzugslinie nach Paris zu verlieren, räumte er Orleans, wo nur die Kranken und einige Bataillone zurückblieben, und konzentrierte seine Streitkräfte bei Coulmiers, nordwestlich von Orleans, wo man am 9. früh bereits auf von Vendôme herdringende Feinde stieß. Hier kam es zu einem Kampfe, bei welchem die ca. 20 000 Mann und 110 Geschütze von der Tanns der mehr als dreimal so starken Loirearmee unter Aurelles de Paladine — 70 000 Mann mit 150 Geschützen — bis zum Abend standhielten; erst mit Einbruch der Dunkelheit, ohne vom Feinde verfolgt zu werden, setzte von der Tann den Rückzug auf St.-Péravy fort. Der Verlust betrug etwa 800 Mann: auch zwei Geschütze, die sich verirrt hatten, fielen den Franzosen in die Hände sowie die Kranken in Orleans, während die dort zurückgelassenen wenigen Bataillone sich rechtzeitig zurückgezogen hatten. Der französische Befehlshaber selbst berichtete über diesen Erfolg der französischen Waffen in der bescheidenen Weise, wie sie seiner wirklichen Bedeutung entsprach; in Tours und in Paris, wo die Nachricht durch eine Brieftaube am 14. anlangte, wurde dieser sehr bescheidene Erfolg in der dort geläufigen Weise zu einem großen Siege, dem Beginne eines gewaltigen Glücksumschlages, gemacht, und es war natürlich, daß vor allem die Regierung in Paris ihn benutzte, um ihre wankende Stellung zu befestigen: „Bald werden wir unseren Brüdern in den Departements die Hand reichen

und mit ihnen den Boden des Vaterlandes befreien." Der Bischof von Orleans, Dupanloup, gewohnt den Mund vollzunehmen, feierte den „großen Sieg" in einem Hirtenbriefe, in welchem er daran erinnerte, daß einst in alten Tagen Attila mit seinen Horden auch bis Orleans vorgedrungen, aber infolge der Gebete des Bischofs durch Gottes Hilfe wieder von dort abgezogen sei — „dann entführte er seine Barbarenhorden nach den Katalaunischen Feldern, wo der letzte Schlag der Vorsehung ihn erwartete" —; die radikalen Blätter aber machten sich über die neutralen Mächte und ihre Waffenstillstandsbemühungen lustig und bramarbasierten in ihrer Weise, daß von Frieden nicht die Rede sein könne, solange noch ein Preuße auf französischem Boden stehe.

Aber weder die fromme, noch die profane Phrase hielt den Gang der Dinge auf. Zwischen dem 27. November und 4. Dezember wurde unwiderruflich das Schicksal von Paris und damit das Schicksal des Krieges entschieden. Das Corps von der Tanns bewirkte ohne Störung seine Vereinigung mit den Truppen des Großherzogs von Mecklenburg, welcher den Oberbefehl über diese vereinigte Streitmacht, das 1. bayrische Corps und 2 Infanterie- sowie 2 Kavallerie-Divisionen, übernahm (11. November) und sich in einer sehr ausgedehnten Stellung Toury-Rambouillet in der Defensive hielt, bis die Armee des Prinzen Friedrich Karl ihren Vormarsch gegen Westen vollendet hatte. Während der Großherzog nach Westen, gegen Dreux und Chateauneuf, ausgriff und in siegreichen Gefechten die Feinde zurückscheuchte, die (am 14.) bis sechs Meilen von Versailles sich gezeigt hatten, rückte diese, die II. Armee, in gewaltigen Märschen, wie man sie nur so erprobten Truppen zumuten konnte, heran. Am 20. erhielt der Großherzog den Befehl, die auf le Mans ausweichenden Feinde nur durch kleine Abteilungen verfolgen zu lassen, mit den übrigen Truppen aber nach der Loire abzumarschieren: ehe aber diese Streitkräfte zusammenwirken konnten, war der Feind seinerseits zu dem Versuche einer Offensive geschritten. Unter dem Schutze des großen Waldes, der im Norden von Orleans längs der Loire und des Kanals von Orleans sich hinzieht, sammelten die Franzosen ihre Streitkräfte, und am 28. griffen sie den linken Flügel der Armee des Prinzen Friedrich Karl, das 10. Corps (Voigts-Rhetz), das östlich der Straße Paris-Orleans zwischen Beaune la Rolande und Pithiviers stand, mit großer Übermacht an. Besonders hartnäckig war der Kampf um das Städtchen selbst, das von 10 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags von zwei preußischen Regimentern, dem 16. und einigen Kompanieen des 57.,*) ge-

*) 1500 Mann (nach v. d. Goltz) gegen das II. Corps der Franzosen.

halten wurde. Sturm auf Sturm wurde abgeschlagen; die zähe Kraft der Niedersachsen, das treffliche Gewehr, die umsichtige und ruhige Führung erwies sich jeder Überzahl der Feinde, deren Verluste in schrecklichem Maße sich häuften, überlegen; erst am Nachmittag — bald war die letzte Patrone verschossen — kam Ablösung. Am Abend zog sich der Angreifer zurück; sein Verlust betrug das Zehnfache des deutschen, 7000 Tote und Verwundete, 1600 Gefangene, deren große Zahl bewies, wie gering noch die Festigkeit war, die sich diese Heeresmassen bis dahin hatten aneignen können. Am 29. ward die Verbindung zwischen den Truppen des Großherzogs von Mecklenburg und dem Heere des Prinzen Friedrich Karl gewonnen, und der letztere gebot nun über ein Heer von 110—120 000 Mann, dabei 19 000 Reiter und 480 Geschütze, das in jeder Beziehung, nur nicht an Zahl, der Loirearmee, die man auf 150—200 000 Mann schätzte, überlegen war. Die Dilettanten in Tours aber wußten dies besser; am 30. erschienen die beiden Mitglieder der Delegation, Cremieux und Glais-Bizoin, im Lager, um den jungen Soldaten der Republik zu sagen, daß jeder von ihnen mindestens so viel wert sei, als zwei Preußen oder drei Bayern, und Gambetta nahm zusammen, was er und seine Berater von Konzentrationen, Offensivbewegungen und Geographie von Frankreich wußten: am 2. Dezember begannen aufs neue die Gefechte um Orleans. Diesmal versuchte Aurelles seinen Durchbruch gegen den rechten feindlichen Flügel bei Loigny, westlich der Straße Orleans-Paris, aber mit noch geringerem Erfolge und gleich schwerem Verluste, wie am 28. November gegen den linken. Die französische Loirearmee war nunmehr hinlänglich erschüttert, um der deutschen Führung den unmittelbaren Angriff gegen Orleans zu gestatten, für den noch am Abend des 2. Dezember die Vorbereitungen getroffen wurden. Man hatte die ganze Loirearmee vor sich; der Kampf mußte entscheidend sein. Am 3., zu bestimmter Zeit, setzten sich die deutschen Heersäulen in Marsch; erst die früh hereinbrechende Nacht des rauhen Wintertages machte der allgemeinen Vorwärtsbewegung ein Ende; die Hauptaufgabe, der konzentrische Angriff auf Orleans selbst, in dessen unmittelbarer Nähe die Franzosen die Stellungen verschanzt und zum Teil mit schweren Positionsgeschützen armiert hatten, blieb für den folgenden Tag.

In unübertrefflicher Weise wurden die vorgezeichneten Bewegungen auf Orleans ausgeführt; gegen Abend wurde die Vorstadt St.-Jean und der Bahnhof von Orleans durch Truppen vom Corps Manstein, dem 9., Schleswig-Holsteinern, Hessen, genommen, und der Kampf setzte sich schon nach der Stadt selbst fort, als der Kommandant, um das angedrohte Bombardement zu vermeiden, im Namen des Generals

Aurelles de Paladine die Räumung der Stadt binnen zwei Stunden zusagte. Um Mitternacht, mit klingendem Spiel, rückten die Deutschen ein, während die französische Armee, in halber Auflösung, über die Brücken abzog. Der Kampf war nicht sehr blutig gewesen: deutscherseits betrug der Verlust an Toten und Verwundeten etwa 1 500 Mann: von den 14 000, welche die Schlacht den Franzosen kostete, waren nicht weniger als 12 000 Gefangene; 60 Kanonen und reiches Material, unter diesem vier Kanonenboote, welche einst von Straßburg aus den Rhein entlang ihre Wunder hatten verrichten sollen, fielen den Deutschen in die Hände. Beinahe wäre auch der französische Diktator Gambetta selbst an diesem Tage in deutsche Hände gefallen, als er sich nach dem Schauplatze der Operationen, in welche er mit ungeschickter Hand eingegriffen, begeben wollte; auf dem Wege von deutschen Kugeln bedroht, machte er kehrt. Vom 28. November bis 5. Dezember waren etwa 24 000 Mann, fast ein Fünftel der Loirearmee, in deutsche Gefangenschaft gefallen.

In den gleichen Tagen hatte sich auch Trochu mit der Pariser Armee seine Niederlage geholt. Dort zu Paris stand die Regierung seit dem 31. Oktober unter dem Eindrucke der Furcht vor der Partei, welche den Aufruhr jenes Tages gemacht hatte, und gebärdete sich in Proklamationen und Ansprachen äußerst mutig und zuversichtlich gegenüber dem Feinde vor den Thoren: an einen langen erfolgreichen Widerstand glaubte sie nicht, wenigstens diejenigen Mitglieder nicht, die wirklich etwas vom Kriege verstanden. Aber den Mut, dies zu sagen, besaß keiner dieser Männer, obgleich bald halb Paris so dachte. Dem Proletariat gefiel die Belagerung sehr gut, da man zu leben hatte, ohne arbeiten zu müssen, der Patriotismus gut bezahlt wurde und man von ihnen keine weiteren Opfer verlangte, als höchstens etwas Exerzieren, Wachtdienst und allerlei Demonstrationen, Lärmen in den Klubs, Anhören exaltierter Reden u. s. w., während die Regierung ihnen schmeichelte und nicht wagte, gegen ihr terroristisches Treiben einzuschreiten. Unter den höheren Klassen bedauerte man das Scheitern der Unterhandlungen, aber man durfte das nicht laut sagen; die Presse war ganz unter dem Einflusse der Heldenphrase oder der Furcht vor den Arbeiterbataillonen, welche — und zwar nicht aus französischem Patriotismus, wie sich bald zeigen sollte — durchaus die Fortsetzung des Krieges verlangten. Die Nachricht von dem angeblichen Siege bei Coulmiers fachte auch bei manchem, der die Dinge nüchterner anzuschauen schon begonnen hatte, wieder auf einige Zeit die Hoffnung an; und von außen her that Gambetta sein möglichstes, um die Lage im günstigsten Lichte darzustellen. Freilich hätte keine andere Regierung und keine andere Bevölkerung sich durch so vages Gerede täuschen

lassen: es war, wie der englische Geschichtschreiber Thomas Carlyle eben damals schrieb, — daß dieses Volk sich weigere, die Thatsachen zu sehen, die vor seinen Füßen liegen, und daß darin Minister und Pöbel ganz gleich seien. Die Zeit der Thaten war nun aber wirklich gekommen: eine ungefähre Verständigung über gemeinsame Operationen der Loirearmee gegen Paris, der Pariser Armee gegen Orleans hin für die letzten Tage des Novembers wurde erreicht, trotz des mangelhaften, vielen Zufälligkeiten unterworfenen Verkehrs zwischen Paris und Tours, und am 28. November ward den Bürgern und Kriegern von Paris die beginnende Aktion zunächst durch Proklamationen kundgethan, in denen die Generale Trochu und Ducrot besonders groß waren. Der letztere namentlich ließ Außerordentliches erwarten: „Der Augenblick ist gekommen, den eisernen Ring zu durchbrechen, welcher uns umschließt, und der uns in einem langen und schmerzhaften Todeskampfe zu ersticken droht.“ Er erinnerte seine Truppen an ihre eigene große Zahl und redete ihnen vor, daß der Feind seine besten Truppen nach der Loire gesandt habe. „Was mich betrifft“, schloß dieser Aufruf, welcher ein Beweis von vielen war, daß nicht „das Kaiserreich“ bloß von Lug und Schein gelebt hatte, „so bin ich entschlossen, und ich schwöre es vor Euch und der ganzen Nation, entweder tot oder als Sieger nach Paris zurückzukehren. Ihr könnt sehen, daß ich falle, aber nicht, daß ich zurückweiche; aber wenn ich falle, so haltet Euch nicht auf, sondern rächt mich.“ Es waren Worte für die Bühne, Phrasen aus einer Heldenrolle; es bedarf der Bemerkung kaum, daß dieser General noch lange in guter Gesundheit lebte.

Wie gewöhnlich leitete eine heftige, aber nutzlose Kanonade die beabsichtigte Angriffsbewegung ein, auf welche man deutscherseits vorbereitet sein mußte. Nach verschiedenen Demonstrationen am 29. erfolgte am 30. ein heftiger Ausfall nach Südosten gegen das 12. Corps (Sachsen) und gegen die Württemberger, denen diesmal die ersehnte Gelegenheit zu teil wurde, zu zeigen, daß auch sie ihre besondere Stelle im deutschen Heere mit hohen Ehren, wie nur immer eine deutsche Truppe, behaupteten. Indes drangen an diesem Tage die Franzosen bis Brie und Champigny am linken Marneufer vor und behaupteten diese Stellung, während sie an den übrigen Punkten im Süden und Norden sich mit bloßen Demonstrationen begnügten. Weiter gelangte der Ausfall nicht, der am 1. Dezember nicht fortgesetzt wurde. Dagegen erneuerte sich am 2. der Kampf um diese Dörfer mit großer Hartnäckigkeit: die Franzosen, meist Linientruppen, zeigten hier eine gute Haltung, und noch am Abend des 2. war Brie und ein Teil von Champigny in ihren Händen; trotzdem hatten sie genug, und Trochu befahl für den folgenden Tag den Rückzug. Das Gelingen des Durch-

brechungsversuches, der durch die Tapferkeit hauptsächlich der Württemberger, welche der Hauptstoß traf, aufgehalten wurde, wäre nur am ersten Tage möglich gewesen; jetzt waren Truppen genug zur Stelle, um ihn jeder noch so großen Zahl zu wehren. Der General Ducrot, der ihn geleitet, lebte noch; er zog sich nicht ohne Geschick aus der Sache: „Der Kampf ist nur augenblicklich unterbrochen", sagte er seinen geschlagenen Truppen, „wir werden ihn mit Entschlossenheit wieder aufnehmen". Die Verluste waren schwer auf beiden Seiten: sie werden für die Franzosen auf 12 000, für die Deutschen — Württemberger, Sachsen und preußische Truppen vom 2. Corps (Fransecky, Pommern) — auf die Hälfte geschätzt.

Die Tage vom 27. November bis 4. Dezember bezeichnen eine große Krisis, wo an drei verschiedenen Punkten, vor Paris, an der Loire und im Norden, über 500 000 Mann in hartnäckigen Kämpfen sich maßen; aber auch auf dem dritten Punkte, im Norden, entschied sie sich zu Gunsten der Deutschen.

Dort hatte General Manteuffel die Aufgabe zu lösen, den ruhigen Gang der Bezwingung von Paris zu schützen gegen die Versuche, die auch von dorther ansetzten, die belagerte Hauptstadt zu befreien. Die französische „Nordarmee" unter Bourbaki, deren Kern einige Depottruppen und Garnisonen der Festungen sowie einige Tausend Marinetruppen bildeten, an welche sich Mobilgarden und Freicorps anschlossen, war weder an Zahl noch an Organisation so weit vorgeschritten, wie die Loirearmee. Sie hatte aber den Vorteil, sich auf eine Reihe von Festungen, la Fère, Peronne, Arras, Douay, Lille, zu stützen, und man war im deutschen Lager über Stärke und Stellung derselben noch nicht genügend unterrichtet. General von Manteuffel richtete sich zunächst gegen Amiens, wo man denn auch seit dem 26. in Zusammenstöße mit feindlichen Truppen geriet, und schon am folgenden Tage, dem 27. November, kam es hier zwischen der I. Armee und der französischen Nordarmee unter General Faidherbe — Bourbaki war zu einem andern Kommando abgerufen worden — zu einer Schlacht. Es waren deutscherseits vorwiegend rheinländische Truppen (8. Corps), welche hier ihren Tag fanden; gegen 4 Uhr nachmittags war er entschieden; die letzte französische Stellung, Villiers-Bretonneux, wurde mit dem Bajonett genommen, und der Feind benutzte die Dunkelheit, um hinter die Somme zurückzugehen: dem Verluste, einigen Tausenden, zählte der französische General selbst „viele sich auflösende Mobilgarden" zu. Ergänzt wurde dieser Sieg durch die Kapitulation von la Fère, die abermals 2500 Mann in deutsche Kriegsgefangenschaft brachte; die Nachricht erhielt General Manteuffel noch auf dem Schlachtfeld. Außer diesem Platze waren seit dem Falle von Straßburg noch an Festungen

in die Gewalt der Deutschen gekommen: Soissons am 16. Oktober mit 4600 Gefangenen und 128 Geschützen, Verdun am 8. November mit 4000 Mann und 136 Geschützen, Schlettstadt mit 2400 Mann und 120 Geschützen (24. Oktober), Neubreisach und das Fort Mortier am 7. und 10. November mit 5200 Mann und über 100 Geschützen, Thionville am 25. mit 4000 Mann und 200 Geschützen, wozu am 30. früh noch die Citadelle von Amiens kam. Hier ließ Manteuffel den General von der Gröben mit einigen Bataillonen, Schwadronen und Batterieen zurück und wandte sich mit seiner übrigen Macht gegen den zweiten wichtigen Punkt, die Hauptstadt der Normandie, Rouen an der unteren Seine. Es war an dem, daß siegreiche deutsche Truppen bis zu Frankreichs atlantischen Küsten vordrangen.

4. Der Friede.

a. Die Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches.

Mit vollem Rechte kündigte der königliche Oberbefehlshaber durch einen Armeebefehl vom 6. Dezember 1870 das Gesamtergebnis der Kämpfe, welche an der Loire, vor Paris und an der Somme in den letzten November- und ersten Dezembertagen stattgefunden hatten, seinen Heeren als ein neues entscheidendes an: „Wir stehen abermals an einem Abschnitte des Krieges — — alle Versuche des Feindes, die Cernierungslinie von Paris zu durchbrechen, sind mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden — — die Armeen, welche zum Entsatze von Paris von allen Seiten heranrückten, sind sämtlich geschlagen."

Es war außerhalb Frankreichs an diesem Tage kaum irgend jemand, der über das Endergebnis dieses großen Kampfes noch irgend einen Zweifel gehegt hätte. Bis dahin hatte das politische Leben Europas einen Augenblick wie erstarrt und gefesselt bei dem Anblicke des furchtbaren Zusammenstoßes der beiden Nachbarnationen, zweier Nationen, deren jede ca. 40 Millionen Menschen zählte, gewissermaßen stillgestanden, um abzuwarten, wohin die Wagschale des Sieges sich neigen werde; jetzt war daran für verständige Menschen kein Zweifel mehr, und die verschiedenen Staaten schickten sich an, diesem Spruche des Schicksals gemäß, der Frankreich ohne Zweifel für die nächste Zeit zur Ohnmacht verdammte, zu handeln.

England, werden wir sehen, sollte in sehr empfindlicher Weise daran erinnert werden, wie sehr sein Kredit, die Furcht vor seiner Macht, durch das klägliche Benehmen seiner Regierung zu Anfang dieses Krieges gesunken war. Am 31. Oktober setzte eine Cirkulardepesche des russischen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow an die Unter-

zeichner des Pariser Vertrages von 1856 die Großmächte in Kenntnis, daß der Kaiser von Rußland, „im Vertrauen auf das Billigkeitsgefühl der Mächte", an die Verpflichtungen jenes Vertrages, welche seine Souveränitätsrechte im Schwarzen Meere einschränkten, sich nicht mehr gebunden glaube. Er machte geltend, daß jene Neutralität des Schwarzen Meeres, welche die Verträge festgesetzt, wiederholt verletzt, — daß der ganze Vertrag von 1856 auch in anderen Punkten, z. B. den die Donaufürstentümer betreffenden Paragraphen, beiseite gesetzt worden sei; übrigens sei der Kaiser, welcher sich keineswegs mit dem Gedanken trage, die orientalische Frage wieder anzuregen, bereit, sich mit den Mächten zu verständigen. In England, auch in Österreich-Ungarn war große Entrüstung über dieses eigenmächtige Vorgehen, auf das man übrigens gefaßt sein konnte, da die Russen den Frieden von 1856 von Anfang an, wo nur möglich, zu umgehen strebten. Den Ausgang konnte man voraussehen, da in Deutschland keinerlei Neigung vorhanden war, der einzigen Großmacht, die sich in dem schweren Kampfe auf Tod und Leben, in welchen man vor drei Monaten hineingestoßen worden war, loyal verhalten hatte, hindernd in den Weg zu treten, und dies in einer Sache, die kein deutsches Lebensinteresse berührte, und da Frankreich in diesem Augenblicke weder in dieser noch in sonst einer großen europäischen Frage zählte.

Auch in Deutschland nahm man den Krieg im wesentlichen als entschieden an und beeilte sich, noch ehe er auch thatsächlich zu Ende war, seine Früchte zu pflücken. Über die an Frankreich zu stellenden Friedensbedingungen war man einig; es war eine ziemlich überflüssige Handlung, daß man den Dr. Jacoby, welcher zu Königsberg in einer Versammlung der sogenannten Volkspartei gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen als gegen eine Verletzung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" protestiert hatte, am 20. September 1870 verhaftete und auf die Festung brachte; man konnte den seichten Demagogen, den die Höflingskunst seiner Partei als catonischen Charakter pries, dadurch nur weniger unschädlich machen, als er längst geworden war. Mit Ausnahme dieser wenigen, welche von jeher ihre Parteischrullen höher gehalten hatten als das Vaterland, war über die Notwendigkeit, Deutschland durch eine bessere Grenze vor künftigen „Selbstbestimmungen" der französischen Nation zu sichern, keine Meinungsverschiedenheit: nicht minder fest aber stand bereits, daß die kostbarere Frucht des gemeinsamen Sieges in der Zusammenfassung der gesamten Nation in einem alle gleichmäßig umschließenden politischen Ganzen bestehen müsse. In Nord- und Süddeutschland sprach sich dieser Gedanke mit gleichem Nachdrucke aus. Er verstand sich seit dem Tage von Sedan gewissermaßen von selbst, und die maßgebenden Fürsten, Friedrich von Baden,

Ludwig von Hessen, Karl I. von Württemberg, Ludwig II. von Bayern, versagten sich diesem Gedanken nicht. Seit dem 25. Oktober wurde in Versailles zwischen den Bevollmächtigten dieser Staaten und dem Kanzler des Norddeutschen Bundes über die deutsche Verfassungsfrage unterhandelt. Diese Verhandlungen kamen am 15. November mit Baden und Hessen, am 23. November mit Bayern, am 25. mit Württemberg zu einem Abschlusse. Am 4. Dezember aber richtete der König von Bayern, dem der Ruhm gebührt, so den vollen Ausdruck für die nunmehr glücklich erreichte volle Versöhnung und Verbrüderung der deutschen Stämme zu finden, eigenhändige Schreiben an die deutschen Souveräne und die Senate der drei freien Städte, in denen er anregte, daß der König von Preußen die Bundespräsidialrechte, welche sich nach dem Beitritte Süddeutschlands zu dem Verfassungsbündnisse über ganz Deutschland erstrecken würden, mit dem Titel eines deutschen Kaisers üben möchte.

Am 24. November war mittlerweile der Reichstag des Norddeutschen Bundes zusammengetreten. Ein neuer Kredit von 100 Millionen zur Fortführung des Krieges wurde verlangt. Die wenigen Socialistenhäupter, Bebel, Liebknecht, Mende, tumultuierten auf ihre Weise gegen die Fortsetzung des Krieges und verdienten sich das Lob französischer Zeitungen, welche genügsam, wie sie geworden, selbst diese Bundesgenossen willkommen hießen; bei der Abstimmung sahen sie den Göttinger Professor Ewald an ihrer Seite, der ein großes wissenschaftliches Talent mit dem verschrobensten Kopfe verband, und der längst auch seine wissenschaftlichen Leistungen durch gemeines und zügelloses Schmähen seiner wissenschaftlichen Gegner entstellt hatte. Am 6. Dezember begann die Debatte über die Verträge mit den süddeutschen Staaten, am 9. wurden sie in dritter Lesung mit 195 gegen 32 Stimmen angenommen. Am 10., nachdem inzwischen die Souveräne dem Vorschlage des Königs von Bayern zugestimmt hatten, wurde die durch Einfügung der Worte von Kaiser und Reich bedingte Verfassungsänderung in erster, zweiter und dritter Lesung genehmigt, und eine Deputation von 30 Mitgliedern machte sich auf den Weg, um dem König von Preußen die Adresse zu überbringen, in welcher ihn, „vereint mit den Fürsten Deutschlands", der Norddeutsche Reichstag bat, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen.

Die Deputation, geführt von dem Präsidenten Simson, demselben Manne, der 21 Jahre früher an der Spitze der Deputation des Frankfurter Parlaments einem preußischen Könige die deutsche Krone angeboten hatte, wurde am 18. Dezember, einem Sonntag, vom Könige in seinem Hauptquartier, dem Präfekturgebäude zu Versailles, empfangen. Die nächste wie die weitere Umgebung trug den kriegerischen Charakter:

unter feindlichem Kanonendonner vom Mont Valérien her vollzog sich der große historische Akt. Es war für den Sprecher der Deputation nicht schwer, beziehungsreiche und beredte Worte zu finden, wo ringsum alles mit so überwältigender Beredsamkeit sprach: auf dem Schlachtfelde, im Kampfe wider den Erbfeind so vieler Jahrhunderte hatte die deutsche Nation das alte Königtum Heinrichs I., nicht das Imperium Karls oder Ottos des Großen, sondern das wirkliche deutsche Kaisertum gefunden oder wiedergefunden. König Wilhelm antwortete mit Bescheidenheit: er nehme an, wenn die Fürsten einig seien und die Nation zustimme; an beidem sollte es diesmal nicht fehlen.

b. Letzte Kämpfe in den Departements.

Denn dieses Ergebnis, die politische Einigung aller deutschen Stämme, welche diesen großen Kampf miteinander bestanden hatten, stand fest, wann immer und unter welchen Bedingungen immer der Friede geschlossen werden mochte. Nicht den Sieg galt es jetzt mehr, der nicht mehr in Frage stand, sondern den Frieden; darum handelte es sich, die augenblicklichen Machthaber zu zwingen, die Stimme Frankreichs zu hören, dessen Bevölkerung in zweifelloser Mehrheit nach Frieden verlangte, soweit sie nicht ohne eigenen Willen sich dem republikanischen Diktator beugte, wie sie sich einige Monate früher der kaiserlichen Diktatur gebeugt hatte. Ein solcher Zwang aber konnte, soweit wie jetzt die Dinge gediehen waren, nicht anders ausgeübt werden als durch die Bewältigung von Paris. War diese gelungen, dann schwanden die Täuschungen, die Selbsttäuschungen und die anderen, vor der offenbaren Notwendigkeit. Der Verteidiger von Paris selbst, General Trochu, wollte, wie er entgegen seinen vielen Proklamationen später aussprach, die Verteidigung von Paris von Anfang an als eine heldenmütige Narrheit („une folie héroique") erkannt haben, welche doch gleichwohl um der Ehre willen nötig gewesen sei. Und für das jetzt erreichte Stadium wenigstens war diese Anschauung nicht unberechtigt: nachdem die Hauptstadt Frankreichs einmal auf diesen Widerstand sich eingelassen hatte, mußte sie dem Lande das Beispiel einer Fortsetzung desselben bis an die Grenze des Möglichen geben.

Die Hoffnung auf Entsatz von außen minderte sich, man kann sagen in demselben Verhältnis, als die improvisierten französischen Heere zu immer größeren Massen anschwollen; wie der ganze Krieg, so ist auch dieser letzte Teil eine vernichtende Kritik des Dilettantismus, des militärischen wie des politischen, der meinte, daß patriotisches Empfinden, große Zahlen und wildes Drängen und Hetzen in kurzer Stunde ersetzen könne, was nur jahrelange geduldige und gewissenhafte Pflicht-

erfüllung, harter Dienst, unerbittliche Schulung und Gewöhnung schaffen kann. Für die deutschen Waffen ist vielleicht dieser letzte Teil des Krieges der rühmlichste, weil er von Männern, die des Krieges übersatt waren und sich nach der Heimat sehnten, Anstrengungen und Entbehrungen verlangte, welche das erste Kriegsfeuer erleichtert, die aber doppelt schwer sind, wo der Sieg der Hauptsache nach schon errungen ist und es sich nur noch darum handelt, die Anerkennung der erlittenen Niederlage vom Feinde zu erzwingen.

Die Niederlage, welche die Loirearmee in den ersten Dezembertagen erlitten hatte, war noch nicht vollständig genug gewesen, so groß auch die Verluste gewesen waren. Die Franzosen hatten keine Soldaten mehr, welche Siege erfechten konnten, wohl aber Menschen genug, um den Krieg zu nähren; wie schlecht diese Heere sein mochten, sie mußten doch immer bekämpft werden. Der rechte Flügel der geschlagenen Loirearmee unter Bourbaki hatte sich die Loire aufwärts nach Süden und Südosten, in der Richtung auf Gien, Nevers, Bourges zurückgezogen, während der linke — da General Aurelles de Paladine bei Gambetta in Ungnade gefallen war, unter einem neuen Feldherrn, General Chanzy, einem tüchtigen und noch jungen Führer — die Loire abwärts in der Richtung auf Blois entkommen war: mit nicht geringer Freude vernahm man unter den gläubigen Anhängern der Unbesiegbarkeit der Republik, was Gambetta der Welt und somit auch dem deutschen Hauptquartier zu wissen that: daß man infolge der Kämpfe bei Orleans nunmehr zwei Loirearmeen anstatt einer besitze. Die Armee Chanzys, verstärkt von den im Westen gesammelten Truppen, setzte in der That schon am 7. Dezember bei Meung und Beaugency im Walde von Marchenoir am rechten Ufer der Loire den nachdringenden Truppen des Großherzogs von Mecklenburg einen nachdrücklichen Widerstand entgegen und machte sogar Versuche, wieder angriffsweise vorzugehen, zog aber nach viertägigen Gefechten am 11. auf Blois und Tours ab, ohne den durch die Ungunst des Wetters, die beständigen Märsche und Gefechte und die dadurch bedingten Verluste hart mitgenommenen deutschen Truppen, in deren Händen der Feind allerdings eine fast lästige Menge von Gefangenen und Überläufern zurückließ, die Gelegenheit zu einem entscheidenden Stoße zu geben. Vom Hauptquartier in Versailles kam die Weisung, die weitere Verfolgung aufzugeben, sich mit wachsamer Beobachtung zu begnügen, die Hauptmacht des Großherzogs bei Chartres, die der II. Armee, Friedrich Karls, bei Orleans zu konzentrieren, Blois und Gien zu behaupten und so den Truppen die notwendige Ruhe und Herstellung zu schaffen. Eine Division war bis vor Tours gelangt, hatte einige Granaten in die Stadt geworfen, welche nunmehr die weiße Fahne aufzog (19.): die Regierungsdelegation

war von dort bereits am 9. nach Bordeaux übergesiedelt. Wieviel Uhr es mit den improvisierten Heeren war, bewies ein Dekret des Kriegsministers vom 11., welches ein „Kriegsgericht in Permanenz" im Rücken jeder Armee und ein Gendarmerieregiment zu Pferde anordnete, welche mit den Ausreißern und denen, die den Ruf: „Sauve qui peut!" ausstoßen würden, kurzen Prozeß machen sollten. Gambetta selbst aber war noch immer trunkenen Mutes, oder er stellte sich wenigstens so. „Die Rückzugsbewegung der Preußen", schrieb er am 14. nach Paris, „tritt immer sichtbarer hervor, sie scheinen des Krieges müde zu sein. Können wir aushalten, und wir können es, so werden wir über sie triumphieren."

Vor dem linken Flügel der Loirearmee, Chanzy, hatte man so eine Weile Ruhe. Diese Armee restaurierte sich bei le Mans, hinter der Sarthe: erst gegen Ende des Monats gab sie wieder Lebenszeichen von sich. Der rechte, Bourbaki, sollte erst zu Anfang des folgenden Monats wieder von sich hören lassen.

Im Norden hatte unterdessen General Manteuffel ohne weitere Kämpfe seinen Marsch auf Rouen vollendet und war am 6. Dezember dort eingezogen; die Truppen des französischen Generals Briand waren am 5. in der Frühe abmarschiert. Mobile Kolonnen wurden nach allen Seiten ausgesandt, um den Landstrich zu beiden Seiten der unteren Seine zu sichern. In einem weiten Bogen: Amiens — Rouen — Evreux — Dreux — Chartres — Orleans standen so die siegreichen Truppen, um jeden Entsatzversuch von Norden, Westen oder Süden zurückzuweisen und so die Lösung der Hauptaufgabe zu sichern: bereits zeigte sich in unzweifelhaften Symptomen, daß die gewaltige Festung, das Ziel und Objekt aller Operationen auf beiden Seiten, sich dem Ende ihrer Widerstandskraft näherte.

Am 5. Dezember war die Pariser Regierung durch einen Brief Moltkes von der Niederlage der Loirearmee und der Wiederbesetzung von Orleans durch die deutsche Armee in Kenntnis gesetzt worden, unter Beifügung der Einladung, durch einen Offizier sich von der Wirklichkeit dieser Ereignisse zu überzeugen. Die Nachricht machte auf einzelne Mitglieder, wie Picard und Jules Favre, welch letzterer bei seinem kurzen Besuche im deutschen Hauptquartier offenbar etwas gelernt hatte, Eindruck, und sie würden nicht abgeneigt gewesen sein, die gebotene Gelegenheit zu Unterhandlungen zu benützen. Diesmal war es Trochu, der den übrigen Mitgliedern, man weiß nicht, soll man sagen Mut, soll man sagen Feigheit einsprach — denn zum Anknüpfen von Unterhandlungen gehörte mindestens ebensoviel, oder vielleicht mehr Mut als zur Fortsetzung des Krieges. Er verstieg sich diesmal zu der Lächerlichkeit, die von seiner Seite eine bewußte Unwahrheit war, daß der Schritt,

Graf Helmut von Moltke,
preußiſcher Generalfeldmarſchall und Chef des Generalſtabs der Armee.

(Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

den Moltke gethan, beweise, daß die Preußen selbst das Bedenkliche ihrer Lage mitten im Winter und in Feindesland fühlten. Die Regierung beschloß demgemäß, den Krieg fortzusetzen. Man setzte wiederum das alte Spiel fort und beging unter anderem die Kinderei, einigen gefangenen preußischen Offizieren ein gutes Diner zu billigem Preise vorzusetzen und sie dann auszuwechseln oder zu entlassen, um dem Belagerer eine anschauliche Vorstellung von dem Wohlleben in Paris zu geben, während man in der ganzen Welt aus englischen Berichten wußte, daß um jene Zeit eine fette Ratte bereits den Preis von 1½ Frank erreicht habe, und man vollends im deutschen Hauptquartier jetzt durch Gefangene und Überläufer den Stand der Dinge in dieser Beziehung unschwer feststellen konnte. Schlimmer als dies und dabei nicht weniger knabenhaft war, daß der Deutschenhaß bereits in ein über die Dauer des Krieges hinaus gültiges System gebracht wurde, indem sich eine Anzahl Geschäftsleute verpflichtete, künftighin zunächst für die Dauer von zehn Jahren keine Deutschen mehr in Dienste zu nehmen, noch mit solchen Umgang zu pflegen. Der Mut wurde, aber kümmerlich, durch neue und neue Proklamationen Trochus aufrecht erhalten, neben denen sich nur schüchtern die militärische Kritik mit der Frage, was denn trotz aller hohen Worte bis jetzt erreicht sei, hervorwagte, und zu denen es einen eigenen Kontrast bildete, daß alle Augenblicke dieses Bataillon oder jenes Bataillon, dieser Führer und jener Führer wegen panischen Schreckens oder Mangels an Disciplin, Trunkenheit oder sonstiger Ungebühr getadelt oder bestraft werden mußte, — sofern man das letztere wagen durfte. Erst am 21. Dezember wurde wieder ein größerer Ausfall unternommen, diesmal gegen die preußische Garde im Norden und das sächsische Corps im Osten; beide umsonst. Der erstere scheiterte wiederum in le Bourget an der heroischen Tapferkeit der kleinen Besatzung, welche jeden Stein verteidigte, bis Hilfe herbeikam. Am 24. waren die Franzosen nach mehreren vergeblichen und ohne Kraft unternommenen Versuchen wieder hinter der Linie ihrer Forts angelangt.

Bis dahin hatte man deutscherseits sich begnügt, die große Festung einzuschließen, jeden Ausfall zurückzuweisen, dem Hunger, vielleicht dem Aufruhr die Arbeit zu überlassen; es war ein Wort Bismarcks, das namentlich in der englischen Presse sein Glück machte, man wolle die Pariser in ihrer eigenen Sauce kochen. Allein man hatte keine Zeit verloren, trotz der ungeheuren entgegenstehenden Schwierigkeiten den unmittelbaren Angriff vorzubereiten, sofern der mittelbare nicht oder nicht schnell genug das Ziel erreiche. Man war beschäftigt, den gewaltigen Belagerungspark, die ungeheure Masse von Munition, welche die Beschießung der Riesenfestung erforderte, aus Deutschland

herbeizuschaffen; und am 27. Dezember war man so weit, nach Überwindung aller Hemmnisse und nach gewaltigen Anstrengungen das Feuer von 76 schweren Geschützen gegen das dem östlichen der Pariser Forts vorliegende Plateau des Mont Avron richten zu können. Das fürchterliche Feuer — die Granaten, dicht wie Hagel fallend und auf dem steinhart gefrorenen Boden explodierend — überraschte die Besatzung vollständig; aber sie faßte sich und erwiderte dasselbe, von den nächsten Forts unterstützt. Jedoch vergeblich: am Abend des 28. befahl General Trochu, der sich am Nachmittag persönlich von der Unhaltbarkeit der Stellung überzeugt hatte, die Räumung derselben. Am 29. fanden die vorgehenden deutschen Patrouillen die Höhe leer und gewahrten überall die Spuren der furchtbaren Wirkung der deutschen Geschosse.

Die zurückgenommene Besatzung verbreitete den Schrecken in Paris; der artilleristische Angriff, an den niemand mehr dachte, weil er so lange gezögert, hatte in voller Furchtbarkeit begonnen. Die Schrecken eines nahe bevorstehenden Bombardements drängten sich den erregten Gemütern auf. Und in der That waren jetzt zum Angriff auf die Südfront der Riesenfestung, die man von vornherein für diesen Zweck ins Auge gefaßt hatte, 275 gezogene Geschütze bereit, deren Tragweite zwischen 5000 und 2300 Schritten betrug. Während also die Lebensmittel auf die Neige gingen und das Elend überhandnahm, stand nunmehr auch das Bombardement in unmittelbarer Aussicht, und die Hoffnung auf ein siegreiches Eingreifen der Departements, auf die Wunder der Massenerhebung, schwand mehr und mehr.

An Massen freilich fehlte es nicht: die Besatzung von Paris selbst betrug am Ende des Jahres mindestens 450 000 Mann, von denen 200 000 mit zahlreicher Artillerie zu Angriffsunternehmungen verwendet werden konnten; die Nordarmee unter General Faidherbe mochte sich auf 50—60 000 belaufen, zu denen etwa 20 000 unter General Briand bei Havre kamen; die Armee des Westens unter General Chanzy war im Laufe des Dezembers auf die ungeheure Zahl von 150 000 angeschwollen; im Osten hatte General Cremer, der unter Ehrenwortbruch der deutschen Kriegsgefangenschaft entflohen war, etliche 10 000, und Garibaldi hatte aus Mobilgarden, Franctireurs und Zugelaufenen von aller Herren Ländern einen Heerhaufen von 20 000 organisiert; außerdem hatte man die Armee Bourbakis in einer Stärke von 100 000 Mann: man kann die Summe derer, welche für Frankreich die Waffen trugen, für die letzten Dezembertage auf mindestens 800 000 anschlagen.

Dem gegenüber waren die deutschen Heereskräfte so verteilt, daß die III. und die Maasarmee Paris umschlossen hielten; die I. unter

Manteuffel, gestützt auf Amiens und Rouen und im Besitze der Eisenbahn, welche diese beiden Punkte verbindet, die Belagerer gegen jeden Angriff vom Norden her schützte; gegen Süden und Westen deckte sie die Armeeabteilung des Großherzogs von Mecklenburg und die II. Armee unter dem Prinzen-Feldmarschall Friedrich Karl, jene bei Chartres, diese um Orleans konzentriert, unter Besetzung der wichtigen Punkte Gien, Blois, Vendôme; nach Osten hin setzte sich die ungeheure Linie fort durch das 7. Corps unter General Zastrow, der bei Nuits am oberen Armançon stand; in gerader Linie weiter nach Osten hatte General Werder seine Truppen um Vesoul und Gray versammelt: und es war nur ein eitler Traum der Besiegten, wenn sie meinten, daß die militärische Kraft Deutschlands anfange sich zu erschöpfen. Man war dort noch lange nicht so weit, an die unorganisierte Masse zu appellieren, die doch am letzten Ende auch in Deutschland nicht gefehlt haben würde. Von den belagerten Festungen hatten mittlerweile Pfalzburg am 12., Montmedy am 14. Dezember kapituliert; der Kommandant der ersteren, Major Taillant, schloß die lange und rühmliche Verteidigung des Platzes mit einer Rodomontade nach französischer Weise, indem er Aufnahme eines Kapitulationsaktes verweigerte: man werde die Thore Pfalzburgs offen, die Besatzung entwaffnet, aber nicht besiegt finden.

c. Der Fall von Paris.

Während nun die deutsche Heeresleitung vor Paris von der Einschließung und der Abwehr feindlicher Ausfälle zum Angriff überging, nahm man auch auf der äußeren Linie gegen die Armeen der Departements die Offensive wieder auf, sobald die Truppen durch eine kurze Ruhe und Sammlung sich etwas erholt hatten. Im Westen und Norden erfolgte die Brechung der letzten Angriffskraft des Feindes fast gleichzeitig; im Osten sollte, nachdem bereits am Hauptpunkte die Entscheidung gefallen, die ausdauernde Spannkraft der deutschen Heeresleitung wie die Thorheit der französischen Regierung, die Ungeschicklichkeit ihrer Generale und die mangelhafte Beschaffenheit ihrer Streiter noch eine letzte und äußerste Demütigung für Frankreich herbeiführen. Wir haben demnach noch die Aufgabe, die Ereignisse des Januars 1871 nach ihren vier Hauptschauplätzen, im Westen und im Norden, vor Paris und im Osten, wo ein letzter großer Angriffsstoß der Franzosen zuerst an einer unvergleichlichen Verteidigung sich brach und dann mit einer furchtbaren Katastrophe endigte, zu erzählen.

Am 1. Januar erhielt der Prinz Friedrich Karl aus dem großen Hauptquartier den Befehl, die Linie des Loir, der oberhalb Angers

vom Norden her in die Sarthe fällt, zu überschreiten und wieder die Offensive gegen den Feind zu ergreifen. Es standen ihm zu diesem Zwecke etwa 60 000 Mann Infanterie, 15 000 Reiter und 318 Geschütze zur Verfügung; genügende Kräfte gegen einen etwaigen Versuch der Armee des Generals Bourbaki zu einem Marsche auf Paris blieben um Orleans zurück; noch wußte man nicht, zu welch großen Dingen dieser am 30. Dezember 1870 auszuholen begonnen hatte.

Einem raschen Fortgange der mit neuer Kraft wieder aufgenommenen Operationen setzten die kurzen Tage, das winterliche Wetter — harte Kälte mit Thauwetter und Regen wechselnd — sowie die eigentümliche Gestaltung der Landschaft, der aus der Revolutionsgeschichte wohlbekannten östlichen Vendee, des hügeligen Landes der Hecken — mit wenigen Dörfern, aber einer Menge mit Dornhecken umgebener einzelnen Höfe und Häuser — Hemmnisse entgegen. Die Angriffsbewegung war auf le Mans gerichtet. Die Kämpfe, seit dem 6. Januar 1871 Tag für Tag sich erneuernd, nahmen an Heftigkeit zu, je näher man dem Ziele kam. Am 11., nach sechstägigen Kämpfen, hielt General Chanzy in nächster Nähe von le Mans in guter Stellung stand. Sein Heer, durch Kämpfe und Märsche bereits erschüttert, mochte noch 100 000 Mann zählen: am Abend aber waren die wichtigsten Stellen in deutschen Händen, und für den 12. rüstete man die letzte Entscheidung, die mit einer Katastrophe, wie bei Sedan, endigen konnte. Dieser Katastrophe entzog der französische General sein Heer, indem er in der Nacht auf den 12. sich zum Rückzuge entschloß. Die Gefechte am 12. zwischen der Huîne und Sarthe hatten nur den Zweck, diesen Rückzug zu decken, der am Vormittag durch den Nebel begünstigt begann und unter dem Schutze der früh hereinbrechenden Dunkelheit fortgesetzt wurde. Aber auch so war die geschlagene Armee in einem Zustande, in dem sie kein Gewicht mehr in die Wagschale zu legen vermochte. An unverwundeten Gefangenen allein waren in den sechs letzten Tagen den Deutschen 18 000 Mann in die Hände gefallen, deren Zahl jeder weitere Tag noch vermehrte. Haufenweise, freiwillig sammelten sie sich um die deutschen Biwakfeuer: was General Chanzy, der übrigens geleistet hatte, was mit einer Armee aus Neulingen überhaupt geleistet werden konnte, hinter der Mayenne — also 35 Meilen weit von seinem eigentlichen Ziele Paris entfernt — noch zusammenbrachte, mochten höchstens 70 000 Mann erschöpfter, zu neuem Kampfe vorläufig kaum brauchbarer Truppen sein. Deutscherseits war dieser Erfolg mit einem Verluste von nicht ganz 4000 Mann erkauft; die Verfolgung wurde nur durch mobile Kolonnen fortgesetzt und ergab noch am 17. in der Nähe von Laval an der Mayenne 2000 Gefangene; entsprechend war es auf anderen Punkten.

Man hatte die Truppen frei, um nun auch an den anderen Punkten des großen Kriegsschauplatzes die letzte Entscheidung herbeizuführen. So wurde, während zwei Corps in le Mans blieben und eine Abteilung unter General Hartmann am 19. Tours besetzte, der Großherzog von Mecklenburg, dessen Truppen beim Angriff auf le Mans den rechten Flügel gebildet hatten, angewiesen, auf Rouen zu marschieren, damit die dort stehenden Truppen gegen die französische Nordarmee verwendet werden könnten.

Sie kamen dort am 15. Januar an; aber die Entscheidung war auch hier bereits errungen. Am 23. Dezember 1870 waren beide Armeen, die französische Nordarmee unter Faidherbe und die deutsche I. unter Manteuffel an der Hallue, einem rechten Nebenflüßchen der Somme, zusammengestoßen, und der Kampf hatte mit dem Rückzuge der Franzosen in ihr nördliches Festungsviereck geendigt. Am 27. wurde die kleine Festung Peronne, welche zwischen Amiens im Westen und St.-Quentin im Osten auf dem kürzesten Wege von Norden nach Paris liegt, eingeschlossen. Am 1. Januar 1871 zählte die I. Armee ungefähr 46 000 Mann mit 200 Geschützen, von denen ein Teil bei Amiens an der Somme, der andere bei Rouen zu beiden Seiten der unteren Seine stand. Der letztere hielt die nicht sehr bedeutenden Streitkräfte, die ihr entgegenstanden, in Respekt und warf sie nach Havre und Honfleur zurück. Der Schwerpunkt der Operationen lag auf dem rechten Flügel an der Somme, wo nunmehr General Faidherbe aus seinem Festungsterrain zum Entsatze von Peronne herbeizog. Dies führte am 3. Januar zur Schlacht von Bapaume, nördlich von Peronne, wo General von Goeben mit nicht viel über 10 000 Mann einen ganzen Tag der vierfachen Zahl des französischen Generals standhielt. Die Franzosen schrieben sich, wie überall, wo nicht die Niederlage zum Himmel schrie, den Sieg zu, und in der That hatte General Goeben für den 4. den Rückzug in der Richtung auf Peronne angeordnet: in der Nacht aber hatte General Faidherbe seinerseits bereits den Abmarsch auf Arras angetreten.

Am 5. Januar traf von Versailles die Order ein, nach welcher der seitherige Oberbefehlshaber, General von Manteuffel, zu einer neuen Bestimmung abgerufen und das Kommando über die I. Armee an Goeben übertragen wurde. In der Nacht auf den 10. kapitulierte Peronne mit einer Besatzung von 3000 Mann, eben im rechten Augenblicke, wo man die Nachricht erhielt, daß General Faidherbe wiederum aus seinem Festungsviereck vorrücke; er mußte sich sputen, wenn er der Hauptstadt noch helfen wollte. Man erhielt bald die Gewißheit, daß der Feind den östlichsten Weg über St.-Quentin auf Laon und Reims eingeschlagen habe: einen solchen Marsch zu verdecken, den Feind dar-

über zu täuschen, war unmöglich, da diese republikanischen Heere fast gänzlich ohne Reiterei waren, wogegen die Deutschen in noch viel entschiedenerer Weise als im Anfange des Krieges ihre Überlegenheit in dieser Waffe geltend machten. Am Abend des 18. mußte der französische General seinen Marsch, der bis St.-Quentin gediehen war, einstellen und den Kampf annehmen; im Westen und Süden der Stadt zu beiden Seiten der Somme nahm er seine Aufstellung. Am 19. geschah hier bei St.-Quentin die entscheidende Schlacht, welche den Operationen auf diesem Teile des großen Kriegstheaters ein Ziel setzte. Nach siebenstündigem Kampfe war die französische Nordarmee, noch etwa 40 000 Mann stark, aus allen ihren Positionen geworfen und nach St.-Quentin hineingedrängt. Es ging wie bei le Mans; der überaus tüchtige französische Führer, der alles geleistet hatte, was in so kurzer Zeit geleistet werden konnte, hatte schon am Nachmittag den Rückzug vorbereitet und trat denselben in der Nacht auf den 20. an. Der völligen Vernichtung entzog er sein Heer dadurch; daß dasselbe jedoch in einem der völligen Auflösung nahe kommenden Zustande in dem schützenden Festungsbezirk anlangte, konnte er nicht hindern. Zehntausend unverwundete Gefangene fielen am 19. in deutsche Hände, wozu noch 3000 verwundete kamen, welche in St.-Quentin und den umliegenden Dörfern lagen. Die Deutschen hatten den Erfolg mit etwa 3000 Mann erkauft; es war dasselbe Verhältnis, wie in allen diesen Kämpfen geschulter Truppen gegen ein unversuchtes, unabgehärtetes, ungeschultes Milizheer. Die Verfolgung konnte der Übermüdung der Truppen wegen erst am folgenden Tage beginnen, und sie ergab nur geringe Resultate. Aber es war keine Wahrscheinlichkeit, daß General Faidherbe zum drittenmale aus seinen Festungen hervorkomme. Denn am 28. erhielt General Goeben die Nachricht, daß seit Mitternacht das Feuer vor Paris eingestellt sei; in der Nacht auf den 29. folgte eine Depesche, daß man soeben über einen Waffenstillstand übereingekommen sei, der mit dem 31. Januar, mittags 12 Uhr, beginnen solle.

Ehe unsere Erzählung dorthin, vor Paris, wo die Entscheidung lag, wo der Friede allein gemacht werden konnte, zurückkehrt, muß sie auch noch die Ereignisse auf dem dritten oder vierten Kriegsschauplatze, dem östlichen, bis zu der verhängnisvollen Januarwoche, Donnerstag den 12. bis Donnerstag den 19. verfolgen, in welcher nacheinander im Westen, Osten, Norden und vor Paris die letzten größeren Kämpfe geschahen.

Wir glauben, die verwickelten Märsche und Bewegungen, durch welche im November und Dezember die Generale von Werder, Schmeling, Zastrow, von der Goltz ihre Aufgabe, die Verbindung der

deutschen Heere mit der Heimat gegen die in jenen Gebirgsgegenden sich tummelnden Völker Garibaldis und die Truppen des Generals Cremer zu sichern, mit Ruhm und Geschick lösten, der speciellen Kriegsgeschichte überlassen zu sollen und bemerken nur, daß Anfang November 1870 die Einschließung der Festung Belfort durch General v. Treskow begann, daß am 18. Dezember General v. Glümer von Werders Corps den 20 000 Mann des Generals Cremer bei Nuits zwischen Dijon und Beaune eine Niederlage beibrachte und gleichzeitig General von der Goltz die Festung Langres, einen Hauptstützpunkt des Franctireurwesens isolierte. Gegen Ende Dezember wurden die Nachrichten aus dem südöstlichen Frankreich beunruhigend. Man erfuhr, daß feindliche Truppen bei Besançon sich konzentrierten, und schon am 20. machte das Organ Gambettas, der Moniteur, der Welt den großen Plan bekannt, mit dem er abermals, und diesmal ganz gewiß, das Kriegsglück zu wenden gedachte: — eine Diversion Bourbakis nach den Vogesen, um die „Ostlinie" wiederzugewinnen und dem Feinde die Verbindungen im Rücken wegzunehmen. Dann würden, sagte dieser Artikel, der eine ganz unvergleichliche Thorheit war, die Preußen in Angst geraten und schnell die Provinzen verlassen, welche jetzt von ihnen ausgesogen würden; sobald dieser gezwungene Rückzug erfolge, würde General Trochu die preußischen Linien durchbrechen, und Paris wäre deblockiert; im Osten liege die Rettung, nicht bei Cherbourg. Der Schluß war der großen Schaubühne würdig, auf welcher diese Männer gestikulierten: „Frankreich muß aus dieser Defensive heraustreten, die seinem Temperament und Charakter so wenig gemäß ist; es verlasse sich auf die Geschicklichkeit seiner Generale, auf die Hingebung aller — kurz es wage die letzte Anstrengung, welche Corneille eine schöne Verzweiflung nannte."

Fast scheint es, daß dieser Plan Gambetta — Napoleon Gambetta — so wohlgefiel, daß er ihn nicht früh genug der staunenden Welt mitteilen konnte und sein Gelingen damit an seinem Teile gefährdete; und in der That war der Plan an sich genau ebenso gut, wie sein Gelingen bei der Beschaffenheit der Kräfte, über welche man verfügte, unwahrscheinlich war. Er setzte wiederum alle Tugenden der Generale, der Soldaten, der Offiziere und Beamten auf der eigenen, alle Fehler auf der Seite des Gegners, also das Gegenteil dessen, was wirklich war, voraus. Der Plan außerdem konnte nur gelingen, wenn er rasch ausgeführt wurde; in Wahrheit aber ließ man dem Gegner Zeit, das Mögliche zu seiner Vereitelung zu thun.

General v. Werder hatte Dijon aufgegeben und seine Kräfte bei Vesoul konzentriert. Als er die Gewißheit erlangt, daß sich die französische Südarmee auf Belfort zu wende, zog er sich weiter auf

eine wohlgewählte Verteidigungslinie zurück, welche sich westlich von Belfort hinter dem Lisainebach auf den Hügeln zwischen Frahier im Norden und Montbéliard im Süden etwa 5 Stunden hinzieht. Die Langsamkeit des Gegners, den er seinerseits noch auf dem Abmarsch, am 9. Januar 1871, durch einen energischen Angriff bei Villersexel verwirrte, gestattete ihm, diese Linie glücklich zu erreichen und einigermaßen zu verstärken; unter anderem wurden 36 Belagerungsgeschütze aus den Linien vor Belfort herbeigeschafft. Hier an der Lisaine kam es dann am 15., 16. und 17. zu der berühmten dreitägigen Schlacht, in welcher kaum 50 000 Mann badische und preußische Truppen, eine belagerte Festung im Rücken, auf verschneitem Boden, bei harter Kälte, welche dem Feinde selbst über die beschützenden Gewässer die Brücken schlug, den Andrang von 150 000 Feinden siegreich bestanden und das Wort wahr machten, das durch die Reihen der Braven lief, die mit ihrem Leibe den Zugang zu der Heimat deckten: „Hier kommt keiner durch". Noch in der Nacht auf den 17. unternahmen die Franzosen, deren Angriffe am 15. und 16. abgeschlagen worden waren, einen Stoß gegen den deutschen linken Flügel. Bis drei Uhr morgens dauerte das Fechten; aber im Laufe des 17. ermattete die Kraft der Angreifer mehr und mehr; am 18. waren sie im vollen Rückzuge mit Hinterlassung von 7000 Toten und Verwundeten, 4000 Gefangenen, während das heldenmütige 14. Corps der Deutschen etwa 2000 Mann Verlust zählte. Mit Recht sagte das Telegramm des Königs vom 20. dem General Werder: „Ihre heldenmütige dreitägige siegreiche Verteidigung Ihrer Position, eine belagerte Festung im Rücken, ist eine der größten Waffenthaten aller Zeiten." Die Verfolgung des geschlagenen Feindes konnte nicht nachdrücklich sein, da, wie mit Recht bemerkt worden ist, der letzte Hauch von Roß und Mann schon durch den dreitägigen Kampf aufgebraucht war; die Armee Bourbakis sollte aber ihrem Schicksal gleichwohl nicht entgehen.

Vor Paris hatte mittlerweile das Bombardement am 8. Januar, einem hellen kalten Wintertage, begonnen, und bereits an diesem Tage fielen einzelne Geschosse im Garten des Luxembourg und in der Rue St.-Jacques, Stadtteilen, welche auf dem linken Seineufer gelegen sind, nieder; von Mitte Januar an fielen täglich etwa 2—300 Granaten in die Stadt, ohne indes bei der großen Ausdehnung derselben, der soliden Bauart vieler ihrer Häuser, den großen öffentlichen Plätzen und Gartenanlagen großen Schaden zu thun. Was Belagerungsgeschütz, rücksichtslos angewendet, für Schaden anrichten konnte — diese Erfahrung war den Parisern von anderer Seite vorbehalten; daß sie trotzdem von Vandalen und Mohikanern redeten, versteht sich beinahe

von selbst; eine Beschwerde des Generals Trochu, daß zahlreiche Geschosse auf öffentliche Wohlthätigkeitsanstalten niedergefallen seien, beantwortete Moltke, indem er zugleich gegen die niederträchtige Insinuation absichtlicher Beschießung solcher Gebäude protestierte, mit den ruhig geschäftsmäßigen Worten, daß bei klarer Luft und geringeren Entfernungen sich die zufälligen Beschädigungen würden vermeiden lassen.

Das Bombardement diente in der That, wie es scheinen sollte, mehr als Agitations- und Belebungsmittel für die letzte Widerstandskraft, die den Belagerten geblieben war, Hochmut und Haß, als daß es sonst großen Eindruck gemacht hätte. Dagegen gingen die notwendigsten Lebensbedürfnisse jetzt allmählich unverkennbar auf die Neige. Die strenge Kälte hielt an, und die Brennmaterialien waren verbraucht; an verschiedenen Punkten der Stadt mußte man plündernden Haufen wehren, welche sich anschickten, die Bäume der öffentlichen Gärten zu fällen oder die Bretter der Werften zu holen; das Gas war ausgegangen, und die kümmerliche Beleuchtung vollendete den düsteren Charakter der Lage; die Zeit, wo man mit gutem Humor und französischer Munterkeit über die neuen Diners, zu denen der Jardin des Plantes und die Cloaca Maxima die Gerichte lieferten, scherzen konnte, war vorüber; das Brot, mit allerlei Ingredienzien versetzt, fing an ungenießbar zu werden, die Pferdefleischrationen wurden immer kleiner. Die Sterblichkeit war auf das Vierfache der gewöhnlichen Ziffer gestiegen, und der Feind war durch Gefangene oder Überläufer von diesem Stande der Dinge unterrichtet.

Von Kapitulation wagten seit Ende Dezember einige mutige Leute schüchtern zu sprechen. Zunächst aber rief der sich meldende Hunger nur eine herbere und leidenschaftlichere Kritik der seitherigen Kriegführung und in den Arbeitervierteln, in deren Klubs die Redner dem Volke statt des Brotes Phrasen reichten, einen wachsenden Grimm gegen Trochu und die übrigen „Verräter" hervor: man wußte jetzt, sehr viel zu spät, eine ganze Reihe Fehler herzuzählen, die Trochu begangen, unter denen schließlich, wie bei den anderen, der größte der war, daß er nicht gesiegt habe. Eine schwache Aussicht, vor dem „versammelten Europa" die Sache Frankreichs zu führen, eröffnete der Phantasie der Franzosen die Konferenz, welche in Sachen der von Rußland gestellten Pontusfrage auf Bismarcks Anregung in London zusammentreten sollte, und zu welcher auch Frankreich eingeladen worden war. In einer sehr hochfahrenden Cirkulardepesche zeigte der französische Minister des Auswärtigen (12.) an, daß er, sobald er einen Geleitschein in Händen haben werde und die Lage von Paris es ihm gestatte, den Weg nach London nehmen werde, im voraus sicher, nicht vergeblich im

Namen seiner Regierung das Prinzip des Rechtes und der Moral anzurufen, denen Achtung zu verschaffen Europa ein so großes Interesse habe: er hatte die Gemeinheit zu sagen, indem er von dem Bombardement sprach, das diese seltsamen Leute wie ein ungeheures Verbrechen darstellten, daß die Preußen für ihre Geschosse „unsere Spitäler, unsere Schulen, unsere Tempel und Ambulanzen mit Vorliebe gewählt zu haben schienen". Für den Geleitschein wies ihn Bismarck an die militärischen Behörden; er ließ den Mann der großen Worte daran erinnern, daß er demnächst ernstere Pflichten in Paris zu erfüllen habe, als in London, wo die republikanische Orthodoxie ihm bereits eine Ovation bereit hielt.

Die Hoffnungslosigkeit der Lage konnte den Pariser Machthabern kein Geheimnis mehr sein. „Wir sind wirklich am Ende", schrieb Jules Favre am 16. an Gambettas Minister des Auswärtigen: den Mut aber, dies laut zu sagen, der Bevölkerung weitere schwere Opfer zu ersparen, fanden sie nicht; noch am 6. Januar hatte eine Proklamation des Gouverneurs Trochu sich über Verleumdung beschwert und dabei das große Wort ausgesprochen: „Der Gouverneur von Paris wird nie kapitulieren." Ein neuer letzter Ausfall, eine nutzlose Schlächterei, sollte dieselbe erst überzeugen, daß in der That nichts mehr zu machen war, oder vielmehr die augenblicklichen Machthaber decken gegen spätere Vorwürfe, daß nicht alles, was möglich, geschehen sei: Vorwürfe, denen gegenüberzutreten diese Männer aus ihrem exaltierten Patriotismus nicht den Mut schöpften. So wurde denn noch einmal ein großer Ausfall für den 19. beschlossen.

Am Tage vorher, den 18. Januar 1871, hatte sich zu Versailles ein bedeutungsvoller Akt begeben. Durch eine Proklamation an das deutsche Volk vom 17. hatte König Wilhelm von Preußen für sich und seine Nachkommen den Kaisertitel angenommen, und am folgenden Tage geschah im Schlosse zu Versailles die feierliche Verkündung dieses Entschlusses der Herstellung von Reich und Kaisertum in Gegenwart einer Versammlung, welche aus einer großen Anzahl von Fürsten, Prinzen, Generalen und sonstigen Vertretern der Armee bestand: eine solche Geburts- und Weihestunde hätte sich selbst in dem an patriotischen Phantasieen, an Ausheckung aller möglichen Unmöglichkeiten so fruchtbaren Jahre 1848 niemand träumen lassen. In Paris aber wurden an diesem Tage die Vorbereitungen zum letzten Versuche gemacht, und am 19. früh las man in dem für solche Kost doch schon etwas unempfindlich gewordenen Paris den Aufruf Trochus: „Ein einziger Ruf ertönt aus aller Munde: Zu den Waffen — — dulden und sterben, wenn es sein muß, aber siegen!" Genau darum handelte es sich allerdings: aber wenn ein Sieg in der That erfochten wurde — was

Hrzg. Ernſt v. Koburg. Pr. Adalbert. Kronprinz. Pr. Fr. Karl. Kaiſer

Die Kaiſerproklamation zu

Von Anto

...r Wilhelm. Großherzog v. Bad. Pr. Karl.
Bismarck. Roon. Moltke.
Manteuffel.

...n zu Versailles am 18. Januar 1871.

... von Werner.

weiter? Kannte der Gouverneur die Ereignisse im Westen oder Norden oder irgendwo? Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß er an einen Sieg im mindesten glaubte, und die Leitung der Schlacht vom 19. — die Franzosen nennen sie die Schlacht am Mont Valérien — war so, als wollten die Führer den an sich schon unwahrscheinlichen Sieg geflissentlich vermeiden. Der Versuch war diesmal gegen Südwesten, gegen die Stellungen des 5. Corps, von Kirchbach, gerichtet und sollte im glücklichen Falle auch noch bis Versailles sich erstrecken. Trochu selbst stellte sich an die Spitze der Truppen, die, 100 000 Mann im ganzen, auf der Halbinsel sich sammelten, welche die Seine im Westen von Paris, in mächtigem Bogen erst nordöstlich, dann südwestlich strömend, bildet, und die man nach den Ortschaften Gennevilliers oder Nanterre nennt. Etwa 33 000 Mann hatte man deutscherseits gegen diesen Stoß zusammengebracht, welche die starke und gut befestigte Linie von 5½ Kilometern am südlichen Eingange der Halbinsel zu halten hatten. In drei Kolonnen, General Ducrot rechts, General Bellemare im Centrum und General Vinoy auf dem linken Flügel gegen Montretout und das von französischen Kugeln längst zerstörte St.-Cloud, sollte der Angriff erfolgen. Aber schon die erste Bedingung seines Gelingens, Raschheit und Gleichzeitigkeit des Angriffs, fehlte. Der rechte Flügel verspätete sich um mehrere Stunden; der einzige Erfolg war die Eroberung der Schanze Montretout auf dem rechten deutschen Flügel, die ohnehin von dem Feuer des Mont Valérien beherrscht war, und die abends 9 Uhr, als der Kampf schon zu Ende war, von den Deutschen durch raschen Überfall wiedergenommen wurde: der Angriff kam nicht über Garches hinaus, und am Abend bezogen die deutschen Vorposten wieder ihre alten Stellungen. Man erwartete die Erneuerung des Durchbrechungsversuches für den folgenden Tag; aber dieser neue Versuch blieb aus. Die französischen Abteilungen, welche im nördlichen Teile von St.-Cloud zurückgeblieben waren, wurden am 20. gefangen genommen; der Gesamtverlust der Franzosen belief sich auf 6500 Mann, er betrug das Zehnfache des deutschen. Es war der gleiche Tag, an welchem, wie wir wissen, auch die Nordarmee unter Faidherbe bei St.-Quentin verlor; am folgenden, dem 20., wurde das Bombardement auch gegen die Nordseite von Paris, St.-Denis, begonnen. Es war das letzte; auch der unerschöpflichste ihrer Vorräte, der an heroischen Worten, begann den Parisern auszugehen; von Stunde zu Stunde wurde die Stimmung düsterer. Am 20. versammelte Jules Favre die Maires von Paris und setzte ihnen die Lage auseinander. Mit Einrechnung aller Vorräte hätte man noch bis zum 1. Februar zu essen; nach ihm teilte Trochu mit, das Chanzy und Faidherbe geschlagen seien, — daß man auf die Erfolge von Bourbaki

nicht warten könne: er wollte der Municipalität die Aufgabe zuschieben, nunmehr mit dem Feinde zu unterhandeln, was aber die Maires, und mit Recht, ablehnten, da sie nicht in der zwölften Stunde eine politische Aufgabe und Verantwortung denjenigen abnehmen wollten, welche sie um die vierte oder sechste mit allen möglichen großen Worten übernommen hatten. Die Proteste gegen die Weiterführung des Kampfes mehrten sich, wenngleich das Lumpengesindel, das weit vom Schusse blieb, den Mund gegen die Partei der „Capitulards" um so voller nahm; in dem Kriegsrate am 21. wollte keiner der Generale die Verantwortung eines neuen Angriffs übernehmen. Aber auch die Kapitulation wollte niemand auf seine Schultern laden. Man fürchtete die Roten, die Rasenden vom Schlage der Flourens, Felix Pyat u. s. w., die sich ungestüm regten. Man kann nicht ohne Grauen daran denken, was geschehen wäre, wenn diese Menschen, für welche das Irrenhaus für Unheilbare oder das Zuchthaus der einzig richtige Platz gewesen wäre, noch in dieser letzten Stunde, wie nicht unmöglich war, sich der Gewalt bemächtigt hätten. General Trochu trat von seinem Posten als Gouverneur und Oberbefehlshaber zurück, behielt aber den eines Präsidenten des Ministerrats bei. „So wurde", sagt mit gerechtem Spott der Franzose, welcher diese Belagerung beschrieben hat, Sarcey, „so wurde das Wort der Schrift erfüllt: der Gouverneur von Paris wird nie kapitulieren." An seine Stelle trat General Vinoy, dessen erste Sorge war, das Stadthaus gegen den Wahnsinn der Radikalen, welche einen Angriff auf dasselbe versuchten, zu schützen. Man faßte sich: es war notwendig, Autorität zu zeigen: die Regierung erließ ein Dekret, welches die Klubs während der Dauer der Belagerung unterdrückte, die Kriegsgerichte für den Bezirk der ersten Militärdivision vermehrte und einige der wildesten Journale verbot; am 23. mittags erhielt dann Graf Bismarck einen Brief Jules Favres, in welchem dieser die Erlaubnis nachsuchte, nach Versailles zu kommen.

Am Abend des 23., am 129. Tage der Einschließung, kam Favre dort an. Er konnte die Unterhandlungen mit vollen Ehren beginnen, da Paris alles geleistet hatte, was die Hauptstadt eines großen Landes diesem und sich selbst schuldig ist. Auch das Land hatte alles gethan, was die Ehre der Nation erforderte, und wenn es dabei das Unglück gehabt hatte, der Diktatur eines Dilettanten, wohl der schlimmsten von allen Despotieen, anheimzufallen, so war dies eine Sache für sich: es hatte mannhaft dem einbrechenden und allerdings wohlverdienten, weil mutwillig heraufbeschworenen, Geschicke widerstanden und hatte jetzt das Recht, den Frieden zu suchen, der, wie immer er fiel, ihm keine Schande brachte. Wirkliche Schande brachte der Nation nur die Art, wie sie den Krieg begonnen hatte, und der lächerliche Hochmut, mit

welchem sie die Verantwortung desselben, als er unglücklich geführt ward, auf ein einziges Haupt abwälzen wollte und dann von den Deutschen den Frieden ohne Strafe und Buße wie ihr gutes Recht verlangte. Indes noch handelte es sich nicht um den Frieden, zu dessen Abschlusse die Regierung der Nationalverteidigung sich nicht zuständig achten durfte — was ihr sehr willkommen war, — sondern nur um einen Waffenstillstand, während dessen eine Nationalversammlung gewählt werden sollte, die dann, wenn sie wollte, die Vollmacht der Nation zum Friedensschlusse geben konnte. Die Situation war wunderlich genug: eine Regierung, welche, ohne die Nation zu fragen, sich des Ruders bemächtigt hatte, in dessen Nähe ein Zufall sie getragen: gleich unkundig des Meeres und der Ruderkunst fuhren sie munter dahin, bis das Schiff am Sinken war; jetzt wo es zwischen tausend Klippen und Sandbänken festgefahren war, riefen sie die Nation zu Hilfe, der keine Wahl mehr blieb als der Friede.

Bismarck nahm anfangs dem Unterhändler gegenüber, der gemäß den Instruktionen, welche in der gemeinsamen Regierungssitzung vereinbart waren, davon sprach, daß Paris, weit entfernt niedergeworfen zu sein, mehr als je zu einem Widerstande bis aufs Äußerste entschlossen sei, und daß er nur Paris und nicht Frankreich verpflichten könne, eine strenge Miene an: er komme zu spät, man habe mit dem Kaiser unterhandelt, habe den Gedanken, den gesetzgebenden Körper zurückzuführen, der das parlamentarische Element vertrete: er wußte wohl, daß die Drohung mit dem Kaiserreich diese Leute am raschesten auf die Beine brachte. Allmählich kam denn auch die Unterhandlung in Gang, und Bismarck zeigte sich dabei in hohem Grade gemäßigt, bewies auch in einzelnen Fragen eine sehr viel richtigere Kenntnis der französischen Dinge, als der brave, aber nicht allzu scharfsichtige Advokat, der ihm gegenüberstand, und der wesentlich die Schuld an dem Unheil trägt, das die Stadt Paris und Frankreich nach dem Friedensschlusse traf. Ihm war es hauptsächlich darum zu thun, einen Triumpheinzug der Deutschen in Paris abzuwenden, was er, und mit ihm die meisten Franzosen, offenbar als viel unerträglicher und schmählicher ansah, denn alle verlorenen Schlachten zusammengenommen; außerdem drang er mit einer Heftigkeit, für die er später öffentlich und mit allem Rechte Gott und die Menschen um Verzeihung bat, darauf, daß den Nationalgarden die Waffen gelassen würden, während Bismarck mit großer Einsicht nur den Bataillonen, die schon vor dem Kriege bestanden hatten, die Waffen lassen wollte. Der französische Minister schrak vor den Schwierigkeiten einer Entwaffnung der Nationalgarde zurück: Bismarck gab ihm ein einfaches Mittel an: den Hunger; eine Anweisung auf eine Brotration gegen Ablieferung eines Gewehres: wie

sich zeigen sollte, im eigensten Interesse eines geordneten Zustandes in Frankreich selbst. Die Schwierigkeiten drehten sich um ziemlich untergeordnete Punkte, um Äußerlichkeiten, Belassung der Fahnen z. B.; die Pariser Regierung, mit welcher Favre zwischenhinein konferierte, und in deren Mitte nur einzelne, wie Garnier-Pagès und Arago, durch einfältige Forderungen, wie die, daß die Bevölkerung von Paris durch ein Votum den abzuschließenden Vertrag bestätigen sollte und ähnliche Thorheiten, Hemmnisse schufen, fand die Bedingungen Bismarcks im ganzen gemäßigt: und in der That hatte der letztere einzelnes mit Mühe den soldatischen Männern in der Umgebung des Königs abzuringen, die weniger Federlesens mit dem nach allem Kriegsrecht außer Kampf gesetzten Feinde gemacht zu sehen wünschten. Am 28. abends wurde denn auch glücklich die Konvention von Versailles unterzeichnet. Sie setzte einen Waffenstillstand fest von 21 Tagen, der für Paris sofort — schon in der Nacht vom 26. auf den 27. hatte man das Geschützfeuer eingestellt —, für die Departements, mit Ausnahme derer der Côte d'Or, des Doubs und des Jura, mit dem 31. beginnen sollte. Derselbe sollte der französischen Regierung möglich machen, eine nach Bordeaux einzuberufende Nationalversammlung wählen zu lassen, welche dann über Krieg und Frieden entscheiden werde. Eine Demarkationslinie wurde für die beiderseitigen Land- und Seestreitkräfte gezogen: für die Wahlen in den von den Deutschen besetzten Departements wurde volle Freiheit und alle Erleichterung zugesichert. Die Forts von Paris werden mit allem Kriegsmaterial übergeben, ebendahin werden die Lafetten der Geschütze, welche auf der Ringmauer von Paris aufgestellt sind, gebracht; die Stadt selbst wird während des Waffenstillstandes nicht von dem deutschen Heere betreten. Die Pariser Truppen sind kriegsgefangen und geben die Waffen ab — mit Ausnahme einer Division von 12 000 Mann, welche die Militärbehörde zu Paris für ihren Dienst behält —, sie verbleiben aber in Paris, werden nicht nach Deutschland abgeführt, die Nationalgarde behält ihre Waffen und hält die Ordnung aufrecht; alle Franctireurcorps werden durch Befehl der Regierung aufgelöst. Die deutschen Kriegsgefangenen werden sofort ausgewechselt: die Stadt Paris bezahlt die sehr mäßige Kriegskontribution von 200 Millionen Frank.

Die Besetzung der Forts ging am 29. ohne weitere Störung vor sich. Man hatte das Wort Kapitulation mit Geschick vermieden, und so nahm sie die Bevölkerung von Paris, in welcher doch am Ende jeder nur deswegen gegen dieselbe gelärmt hatte, weil er sich vor allen anderen entweder fürchtete oder als Helden aufspielen wollte, ruhig hin. Eine Proklamation der Regierung der Nationalverteidigung vom 28. rechtfertigte die soeben sich vollziehende Konvention: „Wir

wollen Frankreich sagen, in welcher Lage und nach welchen Anstrengungen Paris unterlegen ist." Daß es hier an den größten Übertreibungen, ja an den dreistesten Lügen nicht fehlte — „das Bombardement hat einen Monat gedauert, und die Stadt St.-Denis sowie fast die ganzen Stadtteile am linken Seineufer sind niedergeschmettert," was der Augenschein klar widerlegte —, braucht nicht noch erst bemerkt zu werden. Auch was das Schriftstück von „dem Feuer unserer Nationalgarden, welche nur ihren Mut zu Rate zogen und sich bereit erklärten, in den Kampf zurückzukehren", sagte, war eine leere Redensart, da die Männer der Regierung, selbst Virtuosen der großen Worte, recht gut wußten, was es mit jener Bereiterklärung in Wahrheit auf sich hatte: die Schwere des kriegerischen Dienstes hatten ganz überwiegend die Linientruppen getragen. Recht aber hatten sie da, wo sie auf die Entbehrungen zu reden kamen, welche die Bevölkerung sich auferlegt hatte, den Mut und die Kraft des Duldens, welche derjenige Teil des Volkes am meisten und ehrenwertesten bewiesen hatte, der sich weder mit dem Genuß der Macht noch mit exaltierten Worten trösten konnte. „Wir sagen es laut, daß Paris durchaus und ohne Rückhalt alles that, was eine belagerte Stadt thun konnte." „Frankreich, das Paris nach fünf Monaten wiederfindet, kann auf die Hauptstadt stolz sein."

Diesen Ruhm allerdings wird die Geschichte der Stadt nicht schmälern dürfen. Sie hatte sich unterworfen, als Brot nur noch auf 8, Pferdefleisch nur auf 14 Tage vorhanden war; ein längerer Widerstand würde schreckliche Zustände herbeigeführt haben, da bei den gestörten Verbindungen nicht sofort für eine Menschenmenge von vielleicht 2 400 000 Seelen von außen genügende Vorräte zur Stelle geschafft werden konnten. Für das erste Bedürfnis konnte die deutsche Verwaltung 3 Millionen Kilogramm Mehl zur Verfügung stellen; erst nach 14 Tagen sanken die Preise auf ihren gewöhnlichen Durchschnitt.

d. Letzte Kämpfe und Friedensschluß.

Die Machthaber von Paris hatten gethan, wie andere Sterbliche, denen nicht so hohe Worte zu Gebote stehen, in ähnlichen Lagen zu thun pflegen. Sie hatten den Widerstand aufgegeben, als er zwecklos geworden war, und sie lebten alle noch, diese Männer, trotz ihrer mit so vieler Ostentation gemachten Testamente, ihrer Pakte mit dem Siege oder dem Tode, ihrer Eidschwüre vor der Nation, nur als Sieger oder gar nicht zurückzukehren. Man hatte indes noch mit der Außenregierung von Bordeaux zu rechnen, und Jules Favre war bei seiner Unterredung mit Bismarck ehrlich genug gewesen, zuzugestehen, daß die Regierung nicht absolut sicher sei, in der Provinz überall Gehorsam

zu finden. Indes war es damit in Wirklichkeit nicht so schlimm, wie es aussah. Die Nation war, wie sich bald zeigte, des Krieges ebenso müde wie der Zungendrescher, welche seine Fortsetzung verlangten; — schon bekamen die Agenten und Kolporteure des Krieges bis zum Äußersten („de la guerre à outrance") von den Bauern den Ruf: „La paix à outrance!" (den Frieden bis aufs Messer!) als Antwort zurück. Auf die Nachricht vom Abschlusse des Waffenstillstandes, welche am 29. Januar in Bordeaux ankam, wurden dort sofort Demonstrationen für die Fortsetzung des Krieges in Scene gesetzt, und Gambetta, nicht zum erstenmale den Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen und Verächtlichen wiederholend, erließ am 31. von Bordeaux aus eine seiner Proklamationen, mit denen er die Rhetorik der Zeiten der ersten Revolution parodierte. „Die Fremden", so hieß es in diesem Aktenstücke, das für sich allein hinreichend beweisen würde, welche Wohlthat Deutschland der Welt erwiesen hat, indem es die Nation, welche eine solche Sprache zu hören liebte, in ihre Schranken zurückwies, — „die Fremden haben Frankreich die grausamste Beleidigung zugefügt, welche unserem Volke in diesem schlimmen Kriege, der uns eine übermäßige Züchtigung für unsere Irrtümer und Schwächen auferlegt hat, zu ertragen beschieden war. Das uneinnehmbare Paris hat, gezwungen durch den Hunger, die deutschen Horden nicht länger von sich abhalten können. — — Die Stadt selbst ist noch unberührt; es ist das die letzte Huldigung, welche durch die moralische Macht und Größe der Barbarei abgerungen wurde." — — Aber nicht die Barbaren allein machten dem demagogischen Usurpator Kummer. „Es scheint, als ob ein schlimmes Geschick uns noch größeren Schmerz bereiten will; ohne unser Wissen hat man einen Waffenstillstand unterzeichnet, dessen sträfliche Leichtfertigkeit wir nur zu spät erfahren haben." Auf diesen Waffenstillstand rechne Preußen — es ist nirgends ersichtlich, ob die Kenntnisse des Diktators sich auf irgend einen anderen Teil Deutschlands erstreckten, als auf den, welchen er Preußen nannte, — „aber," fuhr er fort, „es hängt von uns ab, diese Berechnungen zu Schanden zu machen — — benützen wir den Waffenstillstand, um unsere jungen Truppen einzuüben und die Organisation des Krieges mit größerer Energie als je zu betreiben. — — Hüten wir uns, unsere Geschichte zu verraten und unseren ererbten Besitz in die Hände der Barbaren übergehen zu lassen. — — Schwören wir als freie Männer, Frankreich und die Republik gegen alle Angreifer zu verteidigen, — zu den Waffen! Es lebe Frankreich, es lebe die unteilbare Republik!" Gambetta, persönlich in Sicherheit, fiel hier den Feind mit Schmähungen an, welche jede andere Armee als die deutsche zu härterer Behandlung der Besiegten, jede andere Regierung als die deutsche ohne Zweifel zur Verschärfung der Friedensbedingungen

gereizt haben würden: daß er in dem Augenblick, wo er jene Thorheiten schrieb, an seine eigenen Worte und an die Möglichkeit einer wirksamen Fortsetzung des Krieges glaubte, ist schwer denkbar, obgleich er es später versichert hat. Er hatte nur seine eigene Zukunft als Parteihaupt im Auge, die er allerdings durch solche Bravaden sicherstellte, da er durch sie in den Augen der urteilslosen Menge als der allein Energische und Unbezwungene erschien. Er endigte seine Laufbahn mit einer der unverschämtesten Usurpationen, von denen die Geschichte meldet, und die beweist, daß die republikanische Partei in Frankreich von Freiheit ebensowenig etwas wissen will, als irgend eine andere, daß Freiheit dort einfach jeder Partei ihre eigene Herrschaft und sonst nichts bedeutet. Bereits am 25. Dezember 1870 hatte er die Generalräte in den Departements aufgelöst und der Regierung, d. h. sich selbst die Ernennung neuer Generalräte oder „Departementalkommissionen" auf den Vorschlag der Präfekten vindiziert, was über alles hinausging, was sich in diesem Lande bis dahin ein Despot erlaubt hatte. Am 29. schrieb die Pariser Regierung die Wahlen zu der vereinbarten Nationalversammlung aus, gemäß dem Gesetze vom 15. März 1849, also mit allgemeinem Stimmrecht und dem entsprechend allgemeiner Wählbarkeit. Aber mit der Motivierung: „Es ist gerecht, daß alle Mitschuldigen jener Regierung, welche mit dem Attentat vom 2. Dezember begann, um durch die Kapitulation von Sedan zu endigen, indem sie Frankreich den Ruin und die Invasion als Erbteil hinterließ, — — in dieselbe politische Ohnmacht versetzt werden, in welcher sich die Dynastie befindet, deren Mitschuldige und Werkzeuge sie gewesen sind," — erklärte nunmehr ein Dekret der Delegation von Bordeaux vom 31. Januar 1871 alle diejenigen Personen für nicht wählbar, welche vom 2. Dezember 1851 bis zum 4. September 1870, also während 19 Jahren, die Stellung eines Ministers, Senators, Staatsrats, Präfekten bekleidet oder in irgend einer Form als offizielle Kandidaten aufgestellt worden seien. Man sieht, daß die Republik sich auf die Proskriptionslisten so gut und besser verstand als der Bonapartismus.

Aber die Wahlfreiheit des französischen Volks hatte diesmal einen wirksamen Anwalt an den Preußen, und Gambetta erreichte durch jenes Dekret nichts, als daß er der Nation die weitere Demütigung bereitete, die Fremden in eine Angelegenheit hineinzuziehen, welche eine innere französische war. Denn daß Bismarck eine solche Fälschung der Wahlen durch einen republikanischen Terrorismus nicht zugeben konnte, war klar. Er richtete sofort ein Telegramm direkt an den Usurpator, dessen Wortlaut mitgeteilt zu werden verdient, weil es zeigt, welchen tiefen Fall Frankreich durch zwei verschiedene Sorten von Schmeichlern, zuerst die Höflinge des Cäsarismus und dann die Höf-

linge der Demokratie, gethan hatte. „Im Namen der durch die Waffenstillstandskonvention verbürgten Freiheit der Wahlen erhebe ich Einsprache gegen die von Ihnen erlassenen Verfügungen, welche zahlreiche Kategorieen französischer Bürger des Rechtes berauben, in die Versammlung gewählt zu werden; durch Wahlen, die unter der Herrschaft der Unterdrückung und der Willkür stattfinden, können die Rechte nicht erworben werden, welche die Waffenstillstandskonvention freigewählten Abgeordneten zuerkennt." Eine Depesche desselben Inhalts richtete Bismarck an den Minister des Auswärtigen, Favre, (3. Februar) und erhielt umgehend die Antwort, daß die Regierung jenes Dekret annullieren werde: nicht vergebens, antwortete Favre, wende sich Bismarck an seine Ehrenhaftigkeit. Im Schoße der Regierung lehnte sich Trochu gegen die Bundesgenossenschaft Bismarcks, der jetzt für die Pariser Regierung Partei nehme, auf; ein tüchtiger Mann, Picard, wies dies leere Gerede damit zurück, daß dies im gegebenen Falle nicht zu vermeiden sei, daß man aber gegen Gambetta Festigkeit beweisen und die Wahlen am 8. Februar vollziehen müsse; im äußersten Falle, meinte selbst Jules Favre, müsse man Gambetta verhaften lassen. Die Regierung faßte sich ein Herz und schickte an Jules Simon, der nach Bordeaux abgegangen war, die entsprechenden Befehle. Aber es war nicht nötig, zu diesem Äußersten zu schreiten. Nachdem Gambetta seinen Zorn über die Einmischung Bismarcks, von dem er zum erstenmale gründliche Wahrheit zu hören bekommen, in einem letzten Schriftstücke ergossen, gab er seine Entlassung, welche von der Regierung, wie natürlich, mit Freuden angenommen wurde.

So endete zunächst diese Wirksamkeit, welche deutlich das Unheil zeigte, welchem Frankreich verfallen war. Die Menschen sind geneigt, allem Beifall zu zollen, was nach Energie aussieht und an einer Energie, der Energie des Hasses, den er redlich zwischen den „Barbaren" und den Bonapartisten teilte, hat es diesem Manne sicherlich nicht gefehlt. Dieser Haß, den man, wenn man will, einen patriotischen nennen kann, bildete die einzige Legitimation für die Gewaltherrschaft, welche Gambetta sechs Monate lang führte. Sie genügte ihm selbst, und sie genügte der aufgeregten Nation, deren Geld- und Menschenkraft er, ohne zu rechnen, in den Abgrund stieß: danach, ob der Mann, der diese Hekatomben opferte, auch einen verständigen Plan, ob er Einsicht, ob er Sachkenntnis besaß, um die ungeheure Aufgabe, die er kecken Mutes übernommen, auch nur einigermaßen lösen zu können, fragte niemand. Noch ist das Einzelne dieser sechsmonatlichen Diktatur nicht genau untersucht; was aber am Tage liegt, ist, daß dieser Advokat seine Rolle mit einem Quantum von Unwissenheit spielte, das für die Nation, welche einem solchen Führer sich hingab, beschämend ist, und

daß im Grunde die einzige Kraft, über die er verfügte, die Rhetorik patriotischen Hasses war, die ihm allerdings nie versagte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß ein wirklicher Soldat, ein Mann, der das Kriegshandwerk wirklich verstanden hätte, das Schicksal Frankreichs in diesem Kriege gewendet haben würde, nachdem durch die Katastrophe von Sedan und Metz die gesamte kriegsgeübte Armee Frankreichs zertrümmert war; aber er hätte zum mindesten die Niederlage minder kläglich gemacht und hätte schon während des Krieges den Kern eines neuen Heeres schaffen können, das für die Nation eine Schule der Zucht und der Ordnung, ein Werkzeug jener „Wiedergeburt" hätte werden können, welche unmittelbar nach dem Kriege das allgemeine Stichwort wurde. Daß aber ein Soldat und nur ein solcher den Widerstand des Landes gegen die Invasion hätte organisieren müssen, und nicht ein Advokat, dem es an den ersten und elementarsten Kenntnissen über das eigene Land, geschweige den Feind, fehlte, liegt auf flacher Hand: und wird auch durch die widerwillige Bewunderung nicht anders, die man der gewaltigen Energie des außerordentlichen Menschen zollen muß. Kühner Abenteurer wie Napoleon, nur in anderer Art, unwahr, ohne Achtung vor dem Recht wie dieser, militärischer Dilettant in sehr viel höherem Grade als dieser, findet Gambetta bei seinem Volke eine andere Beurteilung, weil die ersten Niederlagen in diesem Kriege die letzten entschuldigten, und weil er die Kunst, dem Volke zu schmeicheln, besser verstand als Napoleon, der, wie groß immer seine Schuld sein mag, wenigstens ein Gefühl der Verantwortlichkeit, einen Rest von Gewissen besaß, welches dem republikanischen Usurpator fehlte. Denn ihm und seinesgleichen erteilte die bequeme Heilige, bei der diese Leute zu schwören pflegten, und welche sie die Republik, die Revolution, die Freiheit nannten, für jede in ihrem Namen begangene Thorheit im voraus Absolution.*)

Ihr Sedan sollte indes auch diese Politik noch finden, und zwar während bereits im größten Teile von Frankreich die Waffen ruhten und die Wahlbewegung im Gange war. In der Versailler Konvention war gesagt worden, daß die Kriegsoperationen in den Departements des Doubs, der Côte d'Or und des Jura sowie die Belagerung von

*) Das Werk v. d. Goltz' läßt Gambetta sicher vollständig Gerechtigkeit widerfahren, ja, es scheint ihn uns weit zu überschätzen: es genügt einzelnen Übergerechten aber noch nicht, welche aus Gambetta auch noch einen genialen Strategen machen wollen. In unserer Zeit wird jede Dummheit keck auf den Markt gebracht: in einer Recension des v. d. Goltzschen Werkes in der „Gegenwart" z. B. gefällt sich der Schreiber, die deutsche Armee wegen ihres außerordentlichen Glücks zu bewundern und sich auszumalen, was alles geschehen wäre, wenn Metz „auch nur 4 Wochen länger sich hielt" — —.

Belfort fortgesetzt werden würden, ohne Rücksicht auf den Waffenstillstand, und zwar bis zu dem Augenblicke, wo man sich über eine durch diese Departements zu ziehende Demarkationslinie verständigen würde. Es scheint nicht, daß man französischerseits sich besonders bemüht habe, eine Erstreckung des Waffenstillstandes auch auf diese Gebiete zu erlangen, obgleich man wenigstens in Bordeaux, schon am 25. Januar und früher wußte, wie es dort stand, und es auch in Paris hätte wissen können. Jules Favre beklagte sich allerdings mit Recht, daß man ihm seitens seiner Regierung keinen Offizier beigegeben und ihn die Unterhandlungen in Versailles habe allein, ohne Beihilfe eines militärischen Sachverständigen, führen lassen; wenn es eines weiteren Beweises für die grobe Unfähigkeit des Generals Trochu bedürfte, der doch der Präsident dieser Regierung war, und der, wo es galt Reden zu halten oder Kritiken zu schreiben, alles wußte, was man zu thun und zu lassen habe, so wäre es dieser. Wozu der Minister aber keines Offiziers, keines Sachverständigen, keiner absonderlichen Weisheit bedurfte, das war: die Delegation in Bordeaux von dem Waffenstillstande und von der Klausel, welche sich auf die Ostdepartements bezog, in Kenntnis zu setzen. Am 28. nachts 11¼ Uhr sandte Jules Favre, seit einem Menschenalter in den öffentlichen Angelegenheiten seines Landes thätig, seit fünf Monaten selbsternannter Minister der auswärtigen Angelegenheiten während einer gewaltigen Krisis, das Telegramm ab, welches die Nebenregierung in Bordeaux von dem soeben abgeschlossenen Waffenstillstande benachrichtigte. Die Klausel in betreff der östlichen Departements — fast schämt man sich, es zu sagen — hatte er *vergessen*.

Die Thatsache verdient erwähnt zu werden, weil sie beweist, daß das unglückliche Land, seitdem es über Nacht eine Republik geworden, nicht besser bedient war als unter dem Kaiserreiche. An der Lage der Ostarmee, deren Schicksal bereits besiegelt war, änderte sie nichts mehr, obwohl man französischerseits, damit das große Drama mit einer Lüge schließe, wie es mit einer Lüge begonnen, versucht hat, deren Katastrophe auf diesen Umstand zurückzuführen und sogar die Verantwortung für denselben den Deutschen aufzubürden. Diese Lüge konnte freilich nicht lange ihr Leben fristen.

Die deutsche Heerführung selbst hatte, sobald das Heranrücken der Armee Bourbakis gegen die schwachen Truppenkräfte des Generals Werder bekannt wurde, sofort Anstalten getroffen, den letzteren zu unterstützen. Es wurde aus verfügbaren Truppen, dem 2. und 7. Armeecorps, Fransecky und Zastrow, und dem 14., den Truppen v. Werders, eine *Südarmee* gebildet, und der Oberbefehl über dieselbe dem General *Edwin von Manteuffel* übertragen, an dessen

Stelle auf dem nordwestlichen Kriegsschauplatze, wie erwähnt, General von Goeben trat. Manteuffel übernahm den Befehl, nachdem er sich in Versailles persönlich seine Instruktionen geholt, am 12. Januar in Chatillon sur Seine: „Se. Majestät haben mir bei Übernahme des Kommandos ausgesprochen, die Aufgabe der Armee sei eine schwere; aber Allerhöchstderselbe kenne seine Truppen. Soldaten der Südarmee, wir wollen mit Gottes Hilfe dieses Vertrauen unseres Königs rechtfertigen." Diese Südarmee bestand, von dem Belagerungscorps, das vor Belfort lag, abgesehen, aus etwa 80—90 000 Mann mit 288 Geschützen. Es galt zunächst, demjenigen Teil derselben, gegen welchen die Massen der französischen Ostarmee sich heranwälzten, dem 14. Corps unter General von Werder, Hilfe zu bringen. Die Märsche wurden aufs äußerste beschleunigt: bei hartem Froste, auf verschneiten Wegen, dann bei nicht minder beschwerlichem Thauwetter, aber unbehelligt vom Feinde, überschritten die Kolonnen des 2. und 7. Corps das Gebirge der Côte d'Or nach den musterhaften Direktiven des Generals von Manteuffel und erreichten das Thal der Saone: „Stellt sich der Feind entgegen, so wird er geworfen."

Es wäre an Garibaldi gewesen, der mit sehr ansehnlichen Kräften — man durfte sie auf 20- bis 30 000 Mann schätzen — bei Dijon stand, diesen schwierigen und gefährlichen Marsch aufzuhalten. Aber von dem ganzen, buntlappigen Allerlei, das er kommandierte, den Francstireurs de la Mort, den Bataillonen de l'Egalité, den Guerillas des Orients, dem Bataillon der Enfants perdus de Paris, und welche Namen immer sich das zweideutige Gesindel geben mochte, das aus aller Herren Ländern zusammengeströmt war, ließ sich nichts blicken, und Garibaldi selbst machte, seitdem er zum französischen General avanciert war, jedem seiner Kollegen den Preis der Unfähigkeit streitig und bewies, daß er wohl die Insurrektion gegen zerrüttete und verfaulte Staatsordnungen, nicht aber den Krieg gegen ein wirkliches Soldatenheer, das im Dienste einer gerechten Sache focht, verstand: ganz abgesehen von seinem wahrhaft kindischen Priesterhaß, den er bei jeder Gelegenheit und hier sehr zum Schaden seiner nächsten Aufgabe schäumen ließ. Der weitere Marsch der deutschen Corps war auf Vesoul, also in gerader Richtung nach Osten und den Stellungen von Werders, gerichtet. Aber dieser letztere wurde, wie wir wissen, am 16., 17. und 18. mit dem Feinde allein fertig, und wie wenig das mit so vielem Lärm in Scene gesetzte Francstireurwesen sein Handwerk verstand, beweist, daß General Manteuffel von allen diesen Vorgängen telegraphische Nachricht wie in befriedetem Lande erhielt. Die Sache erhielt jetzt eine andere Gestalt: die Möglichkeit ergab sich, wenn man von der unmittelbaren Vereinigung mit dem Corps v. Werders abstand und seinen

Weg zwischen Dijon und Besançon hindurch gegen Süden nahm, die Armee Bourbakis zu vernichten, indem man ihr den Rückzug auf französischen Boden abschnitt und sie gegen die nicht weit entfernte Schweizer Grenze drängte. Sofort, noch am 19., wurden die entsprechenden Befehle zu einem Unternehmen gegeben, das ein ebenso großes Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit der eigenen Truppen und Verpflegungsbeamten, wie auf die Nichtleistungsfähigkeit der feindlichen voraussetzte. Die drei Corps der Südarmee bewegten sich gegen die französische Ostarmee, welche sich auf das linke Ufer des Doubs zurückgezogen hatte, während General Kettler beauftragt ward, die Gesellschaft Garibaldis bei Dijon im Schach zu halten: zu welchem Zwecke ihm jedoch nur sehr wenige Truppen zur Verfügung gestellt werden konnten. Mit der vortrefflichen Taktik, welche sich in diesem Kriege so wohl bewährt hatte, schritt der General gleichwohl zum Angriff gegen die wohl fünffache Übermacht. Er brachte dadurch am sichersten dem General Garibaldi, der ohnehin nicht wußte, wieviel die Uhr geschlagen, die Meinung bei, daß er sich mit ganzen preußischen Armeecorps schlage. Seine Proklamationen aus dieser Zeit, wo er sich von einigen preußischen Bataillonen beschäftigen ließ und Siege zu erfechten glaubte, während die Armee, deren Flanke er decken sollte, einem ungeheuren Verderben entgegentrieb, sind beinahe mitleiderweckend, und sie sind ein beredter Beweis, wohin die Phrase selbst einen tüchtigen und ehrlichen Mann bringen kann. Er that sich gütlich mit den Resten des Mahles von 1792, indem er „die jungen Milizen der heiligen Sache der Republik" von dem Unterschiede unterhielt, der zwischen den Sklaven eines Despoten und den Vorkämpfern der Freiheit bestehe; von dem zähen und teuflischen Bunde des Tyrannen und des Priesters; von dem Empire und seinem schwarzen Gewürm, und was dergleichen mehr war: ganz Frankreich aber geriet in Wallung, als in den Gefechten des dritten Tages eine wirkliche preußische Fahne, die des 2. Bataillons vom pommerschen Regiment Nr. 61, nahezu die einzige Trophäe in diesem ganzen Kriege und seinen fast unzählbaren Zusammenstößen, in französische Hände fiel. Auch sie ward nicht erobert und keinem Lebenden entrissen. Unter Leichenhaufen nach nächtlichen Waldgefechten ward sie gefunden, und an der neuen Fahne, welche der königliche Oberfeldherr dem tapfern Bataillone am 9. August 1871 übergab, befindet sich eine Quaste der alten, die deutscherseits wieder aufgefunden worden war. Aber der Umstand, daß der General Kettler, nachdem er bis hart an Dijon vorgedrungen, seine Truppen etwas zurücknahm und sich nach dreitägigem Fechten begnügte, den ungeschickten Gegner bloß zu beobachten, veranlaßte Garibaldi zu einer neuen Proklamation, welche die „Tapferen der Vogesenarmee" mit den Worten anredete: „Ihr habt sie gesehen,

die Ferſen der furchtbaren Soldaten Wilhelms, Ihr, die jungen Soldaten der Freiheit; — — ihr habt die krieggeübteſten Truppen der Welt beſiegt!" — — Schlimmer war, daß er einige Tage ſpäter in einer neuen Proklamation in der Sprache des Irrenhauſes Beſchuldigungen wegen Mißhandlung und Ermordung von Ärzten und Gefangenen erhob, die ſich ſofort bei ernſtlicher Unterſuchung als leichtfertiges Gerücht und ſchmähliche Lüge erwieſen. Selbſt mit ſeiner Überzahl zum Angriff zu ſchreiten und ſich zu überzeugen, ob er ein Armeecorps oder einige Bataillone ſich gegenüber habe, fiel weder ihm noch einem ſeiner „modernen Leonidaſſe" ein.

Aber auch im Hauptquartier Bourbakis ſchien um dieſelbe Zeit jeder Reſt von Energie erloſchen. Angeſichts der kläglichen Verfaſſung ſeiner Armee wie der unſinnigen Depeſchen Gambettas, welche von dieſer Armee, die unter 100 000 Menſchen kaum noch 40 000 wirklich ausgebildete Soldaten zählte, alle möglichen Wunder verlangten, verfiel ihr Führer in einen Anfall von Melancholie, in welchem er (26. Januar) einen Selbſtmordverſuch machte, der aber gleichfalls mißlang. Die wenig beneidenswerte Aufgabe, dieſe Armee zu führen, erhielt an ſeiner Stelle General Clinchant. Am 23. Januar, demſelben Tage, an welchem Garibaldi zu Dijon ſeine Proklamation erließ, war dieſer Armee bereits der gerade Rückzugsweg nach Lyon abgeſchnitten. Die vorwärts dringenden deutſchen Kolonnen fanden faſt überall die Brücken über den Oignon und den Doubs, hinter welchen die Franzoſen zurückgegangen waren, unzerſtört; mit der höchſten Präciſion griffen die Bewegungen des 2., 7. und 14. Corps ineinander, obgleich die Verhältniſſe keine unmittelbare Anlehnung derſelben aneinander zuließen; ſeit dem 24. mehrten ſich die Zuſammenſtöße und die Gefangenen, und ſchon am 27. war die franzöſiſche Armee ſowohl von Norden, als von Beſançon her im vollen Abzug auf Pontarlier, von wo nur noch eine Straße hart an der Schweizer Grenze hin den Weſthang des Jura entlang nach dem Süden führt. Die Kälte, der fortwährende Rückzug unter ungünſtigen Gefechten, die ſchlechte Verpflegung entmutigte dieſe Armee mehr und mehr; auf allen Straßen fand man die Spuren wachſender Zerrüttung. Am 29. verbreitete ſich in ihren Reihen die willkommene Nachricht vom Abſchluß eines Waffenſtillſtandes. So ſagten ihnen die Maires der Dörfer, durch welche ſie kamen; der franzöſiſche General ließ den Feind davon in Kenntnis ſetzen, er bezeichnete die Nachricht als offiziell, und er hatte ein Recht dazu: „Ein Waffenſtillſtand von 21 Tagen iſt abgeſchloſſen und eine konſtituierende Verſammlung nach Bordeaux für den 15. Februar einberufen; teilen Sie dieſe Nachricht in ganz Frankreich mit", lautete das Telegramm an Gambetta. Von einer Ausnahme ſtand nichts darin; auch daß der Waffenſtillſtand

für die Departements erst in drei Tagen, am 31. mittags, beginne, hatte der Minister hinzuzufügen vergessen. In der That ließen sich die Generale v. Zastrow und Franseckỳ bestimmen, Waffenruhe zu gewähren, bis sie im Hauptquartier des Oberbefehlshabers — es befand sich bereits in Artois, in gerader Linie westlich von Pontarlier — angefragt hatten. Dort aber wußte man die Sache besser: in Moltkes Telegramm war nichts vergessen; die Bewegungen wurden wieder aufgenommen und noch im Laufe des 31. unter neuen Gefechten auch die letzte Straße nach Süden, die auf St.-Laurent, versperrt sowie die Verbindung mit den Truppen des von Norden her angreifenden 14. Corps (Werder) erreicht. Am 1. Februar konnte mithin der konzentrische Angriff gegen Pontarlier auf allen Straßen beginnen. Gegen Mittag wurde dieser Ort ohne vieles Fechten genommen; bereits waren die Unterhandlungen des französischen Generals mit dem Führer der eidgenössischen Truppen, General Herzog, wegen Übertritts der gehetzten Armee auf neutralen Schweizerboden zum Abschlusse gekommen; ein letztes heftiges Gefecht fand noch am Nachmittag im Gebirge selbst bei la Cluse statt, wo das 18. französische Corps in starker Stellung den Abzug der übrigen deckte.

Auf 150 000 Mann hatte man die französische Ostarmee geschätzt, als sie heranzog, um Belfort zu entsetzen, das Elsaß zurückzuerobern, womöglich gar in Deutschland einzufallen: 83 000 Mann in einem Zustande, ähnlich demjenigen, in welchem die Trümmer der Armee Napoleons I. aus Rußland zurückkehrten, traten jetzt auf Schweizerboden über. Es war nicht die leichteste der schweren Demütigungen, welche dem französischen Stolze auferlegt wurden, daß ihr letztes Heer nunmehr die nachbarliche Hilfe der Schweizer — „dieses kleine geizige Volk" nennt sie Thiers in seinem großen Geschichtswerke einmal über das andere — beanspruchen mußte: als ein abschreckendstes Beispiel einer Armee, in welcher die Bande der Disciplin fast gänzlich gelockert gewesen seien, stellte der Tagesbefehl des Generals Herzog dieses französische Heer seinen Truppen vor. Der Übertritt eines so ungeheuren Heeres war für die Schweiz eine drückende Last. Man konnte, in Süddeutschland namentlich, eine gewisse Schadenfreude nicht ganz verbergen, daß der deutsche Michel, auf dessen Kosten die Schweizer Presse seit Jahren witzelte, dem unfreundlichen Nachbarn diese ungebetenen Gäste auf den Hals geschickt habe, und war sehr froh, daß nicht auch diese Menschenmasse zu der halben Million Kriegsgefangener, die man bereits in Deutschland beherbergte, noch hinzukam.

Eine Proklamation des französischen Oberbefehlshabers hatte den Versuch gemacht, seinen Soldaten diesen Übertritt auf neutralen Boden dadurch schmackhafter zu machen, daß er diese Notwendigkeit als die

Folge eines unseligen Irrtums darstellte und kühnlich behauptete, daß der Durchzug durch die Berge des Jura vor wenigen Stunden noch bis Lyon gesichert gewesen sei: eine überflüssige Mühe, da der großen Mehrzahl seines Heeres der Gedanke des Übertritts durchaus nicht so schrecklich war, als dieses Aktenstück voraussetzte; wie man denn darauf hinweisen muß, daß zwischen der Sprache der Proklamationen und der wirklichen Stimmung der Massen ein Gegensatz zu Tage trat, der nicht greller gedacht werden kann. Wenigstens bei der Menge der Kriegsgefangenen konnte man nichts von dem gewahren, was Gambetta mit Corneilles Wort eine schöne Verzweiflung nannte. Die Schauspielergesellschaft, welche sich unter den in Deutz untergebrachten Kriegsgefangenen zusammengefunden hatte, spielte am Tage der Kapitulation von Paris ihre Vaudevilles so gut, wie an jedem anderen,*) und über das gekränkte militärische Ehrgefühl half die Fiktion des Verrates hinweg, die sich mit gleicher Gedankenlosigkeit bei dieser wie bei jeder Niederlage wiederholte.

Am gleichen Tage, wo die französische Ostarmee übertrat, wurde Dijon, wohin Verstärkungen geschickt worden waren, von den deutschen Truppen besetzt. In der Nacht vorher hatte Garibaldi seinen Abzug bewerkstelligt und schloß seine unrühmliche Laufbahn auf französischem Boden, deren grobe Fehler ihm bereits von französischer Seite sehr nachdrücklich vorgehalten wurden, ab, indem er das Kommando über die bereits in voller Auflösung begriffene „Vogesenarmee" seinem tüchtigen Sohne Menotti übergab. Am 15. Februar kapitulierte Belfort, nach tapferer Verteidigung; die Besatzung unter Oberst Denfert durfte mit den kriegerischen Ehren abziehen.

Mittlerweile waren die Wahlen für die konstituierende Versammlung vollzogen worden, und am 12. trat dieselbe in dem großen Theater zu Bordeaux zusammen. Zunächst war sie gewählt, um über Krieg und Frieden zu entscheiden; die ganze Lage der Dinge aber war von der Art und gestaltete sich weiterhin so, daß sie dabei nicht stehen bleiben konnte. Mit dieser weitergreifenden und verhängnisvollen Bedeutung der Versammlung haben wir es noch nicht zu thun: ein neuer merkwürdiger Abschnitt der französischen Geschichte eröffnete sich mit ihr. Der Mann der Lage war für den Augenblick der alte Thiers: in mehr als 20 Wahlbezirken war er gewählt worden. Er hatte, der einzige, einst im gesetzgebenden Körper noch widersprochen, als eine trunkene Majorität den Krieg verlangte, der jetzt so übel abgelaufen war, und er hatte diesen üblen Ausgang vorausgesehen; sein überlegener Verstand, seine parlamentarische Routine, seine reichen und viel-

*) Kamp, Bei den französischen Kriegsgefangenen S. 85.

seitigen Kenntnisse, sein berühmter Name verschafften ihm Vertrauen. Ein Staatsmann der alten Schule, durchaus gemäßigt, mit der großen Politik von früher her vertraut, schien er den Kabinetten, auch dem Feinde, genehm; im Inneren aber bedurfte man seiner vor allem, weil er nahezu der einzige namhafte Mann war, der über den Parteien stand. Im Dienste der Dynastie Orleans in die Höhe gekommen, der letzte ihrer Minister, hatte er doch sich dem Lande nicht entzogen, als die Republik improvisiert wurde; er war auf einige Zeit Opfer des 2. Dezembers 1851 gewesen, hatte sich aber dennoch, als das Kaisertum sich befestigte, auch dieser Ordnung der Dinge gegenüber nicht unversöhnlich und dabei dennoch unabhängig und fest gezeigt; als am 4. September 1870 das bonapartistische Gebäude zusammenbrach, hatte er sich geweigert, in die provisorische Regierung selbst einzutreten, denn er liebte die Usurpationen nicht, und vielleicht war ihm auch die Gesellschaft am Ruder etwas zu gemischt; dagegen hatte er zu ihrer Anerkennung geraten und ihr in unabhängiger Stellung Dienste geleistet. Es mag sein, daß er viel an sich selbst dachte, und es ist wahr, daß er viel von sich selbst sprach: aber von der Rolle, die er jetzt spielte und die einen Mann von wahrem und tiefstem Patriotismus verlangte, kann man nur mit hoher Achtung reden, wie man überhaupt von diesem Manne rühmen muß, was man nicht von vielen öffentlichen Männern seines Landes mehr rühmen kann, daß er die Sache seines Landes immer über das Interesse seiner Person und, was vielleicht schwerer ist, über das Interesse seiner Partei gestellt hat. Daß er mittelbar einen großen Teil moralischer Mitschuld an dem wahnsinnigen Kriege trägt, weil er mehr als ein anderer Schriftsteller dem nationalen Wahne von der Unbesiegbarkeit der französischen Armee, der Notwendigkeit der „natürlichen Grenzen" und dem Vorrange Frankreichs über das übrige Europa schmeichelte, ist wahr; es gehörte auch dies dazu, um ihn jetzt allen Parteien seines Landes gleich annehmbar zu machen.

Einstimmig wurde er am 17. Februar zum „Chef der ausführenden Gewalt der Französischen Republik" ernannt; indem man die Entscheidung, welche „Frankreich über die endgültig anzunehmende Regierungsform treffen werde", abwarten wollte, gestand man ihm das Recht zu, seine Minister zu wählen. Am 18. hatte er sie beisammen, Männer der gemäßigten republikanischen Partei der großen Mehrzahl nach: Dufaure (Justiz), Favre (Auswärtiges), Picard (Inneres), Simon (Kultus); auch zu ihrem Präsidenten wählte die Versammlung einen solchen gemäßigten Republikaner, Jules Grévy. Die Regierung der Nationalverteidigung hatte am ersten Tage ihre Gewalten in die Hände der Versammlung niedergelegt. Am 19. sprach Thiers sehr verständig

zu der letzteren, daß seine Regierung kein förmliches Programm aufstelle; ihre Aufgabe sei die Pazifizierung und Reorganisation des Landes, die Wiederaufrichtung des Kredits, die Neubelebung der Arbeit. „Das ist unsere Politik, und bei dieser Politik kann jeder vernünftige Mensch, sei er Monarchist oder Republikaner, im Interesse des Landes nützlich arbeiten.“ Daß die Mehrheit der Versammlung sich über die Notwendigkeit, Frieden zu machen, keinen Täuschungen hingab, hatte sich sofort gezeigt durch den sehr wenig sympathischen Empfang, den Garibaldi fand, welchen die Stadt Bordeaux zu ihrem Deputierten gewählt hatte: er that wohl, auf sein Mandat zu verzichten und wieder seine Insel aufzusuchen, die er niemand zu Danke verlassen hatte. Am 17. brachte dann der elsässische Deputierte Keller im Namen der elsässisch-lothringischen Abgeordneten einen Antrag ein, die Versammlung möge den festen Willen Frankreichs aussprechen, Elsaß und Lothringen Frankreich zu erhalten — einen Antrag, welchen die Versammlung, Worte mit Worten erwidernd, durch die Tagesordnung beseitigte: „Die Versammlung, die Erklärung des Herrn Keller mit der größten Sympathie aufnehmend, setzt Vertrauen in die Weisheit und den Patriotismus ihrer Unterhändler“. Sie gab Thiers und den übrigen Unterhändlern eine Kommission von 15 Mitgliedern bei, welche sich mit jenen nach Versailles verfügte.

In Deutschland war unter vernünftigen Menschen keine Meinungsverschiedenheit über das Wesentliche der Friedensbedingungen, und man hatte die Beruhigung, daß der deutsche Kaiser und seine Räte mit der Nation darüber einig seien: volle Erstattung der Kosten dieses mutwillig unternommenen Krieges und Schutz gegen künftige ähnliche Überfälle durch Wiedernahme des Elsaß mit Straßburg und Lothringens mit Metz: höchstens etwa, daß einige Überängstliche oder Überkluge, deren es in Deutschland immer giebt, Metz als eine französische Stadt nicht wollten und sich mit Schleifung ihrer Festungswerke zu begnügen geneigt gewesen wären. Allzu zartfühlende Seelen für diese rauhe Welt: auch Straßburg war eine ihrer Gesinnung nach vollkommen französische Stadt, und es bedurfte eines Plebiszits nicht, um die deutschen Staatsmänner zu belehren, daß die Bevölkerung dieser Landschaften gern französisch geblieben wäre, wie sie es seit zwei Jahrhunderten gewöhnt war. Aber es ist nur ein Thorenwahn, daß jede Landschaft, jeder Bezirk, jedes Dorf in jedem Augenblicke souverän über sein Schicksal bestimmen könne und dürfe. Diese lebende Generation der Bevölkerung von Elsaß und Lothringen hatte dem Kriege, der bestimmt gewesen war, Deutschland das linke Rheinufer zu entreißen, zugestimmt: nirgends war dem französischen Heere ein größerer Enthusiasmus entgegengetragen worden: sie mochte Gott danken, daß

sie nicht härter gestraft wurde, als durch Einverleibung in das neuerstehende Deutsche Reich; wem dies schlechthin unerträglich deuchte, dem standen die Wege offen, die ihn auf die andere Seite der Vogesen führten. Eine neue Generation mochte heranwachsen, die aus Halbfranzosen wieder Deutsche wurden, und schon die dritte vielleicht dankte Gott, daß sie dem Lande zurückgegeben war, dem sie durch Sprache und Sitte und Wohnsitz und, jene französische Episode von 200 Jahren abgerechnet, gemeinsame Tradition und Geschichte vieler Jahrhunderte angehörte.

Die Unterhandlungen wurden französischerseits durch Thiers und Jules Favre, deutscherseits von Graf Bismarck unter Zuziehung des bayrischen Ministers des Auswärtigen Grafen Bray, des württembergischen v. Wächter, des badischen Staatsrats Jolly, geführt. Der Waffenstillstand, der am 19. Februar zu Ende gehen sollte, wurde zunächst bis zum 26. verlängert. In die Abtretung des Elsaß mit Straßburg mußten sich die französischen Unterhändler finden, wenn es denn nicht anders sein sollte; aber um Lothringen und namentlich um Metz wehrten sie sich heftig: es war ein hartes Opfer für ein Volk, das seither bei jedem Friedensschlusse Land zu nehmen gewohnt gewesen war. Die Abtretung der gewaltigen Festung kürzte für einen vordringenden Feind den Weg nach Paris um 20 Stunden und sicherte, verbunden mit Straßburg, den früher so geduldigen und bequemen Nachbar gegen jeden Überfall wie den vom vorigen Jahre, — einen Überfall, den doch auch Thiers und die Wortführer der Opposition nur deswegen verdammt hatten, weil er nicht genügend vorbereitet oder weil er nicht von einer Regierung ihrer Farbe ausgegangen war. Aber sie begegneten hier einem Willen von unzerbrechlicher Festigkeit. Es war keine Koalition, sondern eine zu ihrem vollen Kraftgefühl erwachte Nation, die ihnen diesmal entgegenstand. Man erleichterte ihnen das Opfer, indem man ihnen Belfort zurückgab, das für die Verteidigung des deutschen Reichslandes nicht unumgänglich notwendig erschien: und so kam am 26. Februar der Präliminarfriede von Versailles zu stande. Abtretung von Elsaß und einem Teil von Lothringen mit Metz und Thionville oder, wie die Bauern der Gegend zu sagen noch nicht verlernt hatten, Diedenhofen, 263 Quadratmeilen mit $1\frac{1}{2}$ Million, zu $\frac{7}{8}$ deutschredenden Einwohnern; Zahlung von 5 Milliarden Frank oder 4000 Millionen Mark Kriegskostenentschädigung; Occupation eines Teils des französischen Gebietes und stufenweise Räumung desselben nach Maßgabe der erfolgenden Zahlungen: die geschäftlichen Bestimmungen im einzelnen braucht eine allgemein geschichtliche Darstellung nicht aufzuzählen. Eine Zusatzkonvention verlängerte den Waffenstillstand bis zum 12. März: eine andere regulierte die Besetzung eines

Teils von Paris durch deutsche Truppen. Nachdrücklich setzten sich die französischen Unterhändler gegen einen Einzug deutscher Truppen in Paris zur Wehre, den Einzug französischer Truppen in Berlin würden sie in Ordnung gefunden haben: aber man legte von deutscher Seite mit vollem Rechte Gewicht darauf, daß der Stadt, der bereits wieder der alte Hochmut zurückkam, dieser handgreifliche Beweis vollständiger Besiegung auferlegt werde, und binnen kurzem sollten die französischen Staatsmänner selbst es zu bereuen finden, daß die Besetzung nicht eine vollständigere war. Man beschränkte sich auf den Stadtteil an dem linken Seineufer, auf eine kurze Zeit und auf eine verhältnismäßig geringe Truppenzahl, 30 000 Mann.

Mit diesem Frieden kehrte Thiers nach Bordeaux zurück, wo er am 28. Februar nachmittags ankam. Er legte der Versammlung, die sofort zu einer Sitzung berufen wurde, den Gesetzentwurf vor, dessen erster Artikel lautete: „Die Nationalversammlung, der Notwendigkeit weichend und die Verantwortlichkeit zurückweisend, nimmt die in Versailles unterzeichneten Friedenspräliminarien an.“ Die Verlesung der einzelnen Punkte ging über seine Kräfte; er überließ sie seinem Kabinettschef, Barthélemy Saint-Hilaire, und entfernte sich, übermüdet und in seinem französischen Stolze, mit dem er, er vor andern, nicht müde geworden, die Alpen, die Pyrenäen, den Ocean und den Rhein als die natürlichen Grenzen Frankreichs zu proklamieren, aufs tiefste verwundet. Bald hatte er sich gefaßt und kehrte zurück: er empfahl die möglichste Beschleunigung der Angelegenheit, da doch jeder schon mit sich über dieselbe im reinen sein müsse und man vielleicht durch diese möglichste Beschleunigung der Hauptstadt einen großen Schmerz ersparen könne. Schon am folgenden Tage erstattete Victor Lefranc namens der Kommission Bericht und empfahl die Annahme. Eine Versammlung, die sich selbst geachtet haben würde, hätte ohne viele Worte den Vertrag genehmigt, welchen die Notwendigkeit, die unzweifelhafte, unerbittliche, auferlegte: allenfalls unter dem Protest der Elsässer Abgeordneten, denen, da man einmal deutscherseits die Vornahme der Wahlen für die Nationalversammlung auch in diesen Landschaften zuzugestehen nicht umhin gekonnt hatte, ein solcher Protest, unfruchtbar wie er war, nicht wohl gewehrt werden konnte. Aber eine solche Selbstachtung war in dieser Versammlung, in welcher bald die tiefe Zerklüftung des Landes zu Tage treten sollte, nicht zu finden. Einer der radikalen Deputierten ergriff, wie man freilich von dieser Partei kaum anders erwarten konnte, diese erste Gelegenheit, um sich in Schmähungen auf Napoleon III. gütlich zu thun; ein paar von den sechs oder sieben Bonapartisten in der Kammer widersprachen, und einer derselben, Conti, hatte den Mut, eine halbe Stunde lang gegen die Unterbrechungen

von allen Seiten, die ihm nicht sechs Worte im Zusammenhange zu sagen gestatteten, anzukämpfen. In dem wachsenden Tumult ruft der Deputierte Langlois: „Votieren wir die Absetzung der Bonaparte" — welcher Vorschlag sofort mit den nötigen Floskeln in die Form eines Antrages gebracht wird. Vergebens protestierten die paar Anhänger des gestürzten Kaisers: die Versammlung habe eine ganz bestimmte Mission, die Friedensfrage; über die ihr jetzt vorgelegte, die Absetzung der Dynastie Bonaparte sich auszusprechen, fehle ihr das Recht, da sie keine konstituierenden Gewalten besitze. Noch bestieg Thiers selbst die Tribüne, um der über alle Maßen rohen Prozedur wenigstens durch die ihm zu Gebote stehende Kunst der Worte einige Form zu geben: aber ohne weitere Diskussion wurde die Absetzung der Dynastie ausgesprochen, welche vier Plebiszite und 18 Jahre geduldiger Knechtschaft legitimiert hatten, gegen fünf oder sechs Stimmen, unter denen nur eine oder zwei von nicht bonapartistischen Deputierten. Alsdann erst nimmt man die Debatte über die Friedenspräliminarien wieder auf. Victor Hugo spricht für die Verwerfung und für die Berufung an „die Revolution": „Von morgen an wird Frankreich nur einen Gedanken haben — seinen heiligen Zorn zu nähren, eine Armee zu bilden, die ein ganzes Volk sein wird, das große Frankreich wieder zu werden, das Frankreich von 1792, das Frankreich der Idee und des Degens. Und eines Tages wird es sich unbesiegbar erheben: es wird Lothringen, das Elsaß, den Rhein, Mainz und Köln wiedernehmen." Und als ein Teil der Versammlung über so viel Thorheit murrte, fuhr er fort: „Es wird ausrufen: Deutschland, hier bin ich. Sind wir Feinde? Nein, ich bin deine Schwester. — Seien wir die Vereinigten Staaten von Europa, die universelle Freiheit, der universelle Friede. Ich werde niemals vergessen, daß du mich von meinem Kaiser befreit hast, ich werde dich von dem deinigen befreien." Schwerlich würde sich in einer französischen Kammer vor 1848 ein so schimpflicher Unsinn hervorgewagt haben: nicht viel besser, aber verzeihlicher war, daß der Elsässer Keller den Vertrag im voraus für null und nichtig erklärte und Gott und die Nachwelt, alle Völker und das Schwert aller Männer von Herz anrief, diesen schmählichen Vertrag so schnell als möglich zu zerreißen. Es war Thiers, der ein Staatsmann und ein Redner und kein bloßer Zungendrescher und Phantast war, vorbehalten, die Debatte wieder auf den Boden des gesunden Menschenverstandes zurückzuführen. Er zeigte ohne Rückhalt, daß Frankreichs militärische Organisation in Trümmern liege. „Bei dieser Lage möge jemand kommen und mir sagen, daß wir einer regulären Armee von 500 000 Mann widerstehen können — dann werde ich ihm antworten: Nein, Sie würden nur Frankreichs Untergang herbeiführen, Sie würden es in Armut stürzen,

seine letzten Hilfsmittel verbrauchen und ihm die Mittel nehmen, zu der Zukunft zu gelangen, die Sie ihm wünschen, und die zu hoffen heute mein einziger Trost ist. Sie müssen den Mut haben, sich die Wahrheit zu gestehen; nur dann werden Sie eine ernsthafte Nation sein und ein besseres Schicksal verdienen." Fünfhundertsechsundvierzig Stimmen zeigten diesen Mut und stimmten für den Vertrag; 107 dagegen; am 3. März schieden die Deputierten der abgetretenen Provinzen aus.

Während zu Bordeaux diese Entscheidung fiel, am 1. März, waren die deutschen Truppen in Paris eingerückt, nachdem eine Proklamation der dortigen Regierung die Bevölkerung auf diese Notwendigkeit vorbereitet hatte. Die Truppen zogen ein, nachdem der deutsche Kaiser in der Ebene von Longchamps Heerschau über sie gehalten: sie gingen die Avenue der Großen Armee entlang, durch den Arc de Triomphe und die Elysäischen Felder, bis an die vereinbarte Grenze. Da der Friede unterdessen angenommen worden war, so verließen sie bereits am 3. März die Stadt wieder, die sich, abgesehen von einzelnen Proben gemeiner Gesinnung, deren es nicht bedurft hätte, ruhig verhielt: am zweiten Tage gewann es sogar vielfach die Neugier über den Preußenhaß, und die Gruppen vor den Grenzlinien wurden zahlreicher. Ein längerer Aufenthalt in der Stadt hatte keinen Zweck und auch keinen Reiz, da man bei dem sehr unsicheren Zustande, in welchem sich die französischen Verhältnisse befanden, möglicherweise in die sehr unangenehme Lage kommen konnte, selbst in der aufgewühlten Stadt Ordnung schaffen zu müssen.

Diesen Aufenthalt der deutschen Truppen in Paris nun machte sich eine Partei zu nutze, von deren gefährlichem Charakter der deutsche Staatsmann eine klarere Vorstellung hatte als die französischen, ungeachtet diese doch in kurzer Zeit nicht weniger als zweimal den unzweideutigsten Beweis dafür erhalten hatten, daß hier in ihrer nächsten Nähe ein Feind lauerte, mit dem verglichen die deutschen Heere als verbündete Truppen gelten konnten. Die Nationalgarden der Arbeitervorstädte la Villette, Montmartre und Belleville schafften in jenen Tagen eine Anzahl von Kanonen und Mitrailleusen auf die beherrschende Höhe des Montmartre: sie wollten, sagten sie, diese Stadtteile im äußersten Falle gegen die Preußen verteidigen. Bisher hatten sie sich wohl gehütet, sich an einer solchen Verteidigung wirklich und ernstlich zu beteiligen: sie oder die Führer, deren Werkzeuge sie waren, wußten sehr gut, daß es den Preußen nicht in den Sinn kam, Paris weiter zu behelligen. Auch waren die Preußen nur insofern ihre Feinde, als sie von einem König geführt und von anständigen Menschen befehligt waren; ihr Feind war, einerlei ob in Frankreich, Deutschland, England oder irgendwo, die bestehende gesellschaftliche

Ordnung, an deren Stelle sie ein völlig Neues zu setzen gedachten: was, das mußte sich finden, wenn erst mit dem alten Bürgertum, Priestertum, Christentum, Familie, Ehe, Nationalität und einigen anderen Dingen, über welche diese Genossenschaft weit erhaben war, aufgeräumt worden war. Sie nannte sich, wieder einmal, das Volk, le peuple: es war der Pöbel von Paris, einfach und ohne Umschreibung gesagt, geführt von einer Anzahl von Schurken, unter denen einzelne — sehr wenige — aufrichtige Schwärmer sich befanden — jener Pöbel, vor welchem einst Graf Bismarck den ehrlichen Ideologen Jules Favre gewarnt, und von dem er die Antwort erhalten hatte, daß es einen solchen in Paris nicht gebe. Den Führern war es schlechterdings um nichts anderes zu thun, als um den Genuß der Macht und die Befriedigung von Leidenschaften, unter denen der Ehrgeiz noch die beste war. Sie, wie ihr Kriegsvolk, hatten während des Krieges etwas gelernt: zunächst die Süßigkeit des Müßiggangs bei guter Bezahlung, alsdann einige militärische Kenntnisse und Fertigkeiten, und sie hatten den sicheren Instinkt, daß ihre Stunde jetzt geschlagen habe — jetzt, wo die gemäßigte Republik so gut unterlegen war, wie das Kaiserreich, wo eine neue Regierung ohne festeingewurzelte Autorität aufgestellt worden war, die alles auf einmal wieder einzurichten und herzustellen hatte und bei dieser Arbeit doch kaum über die notdürftigsten militärischen Kräfte verfügte, während sie ihrerseits über eine Macht geboten, wie sie noch niemals einer revolutionären Partei zur Verfügung gestanden hatte. Ihre Führer wußten auch, daß ein Artikel des Friedens der französischen Regierung die Zurückziehung ihrer Truppen über die Loire auferlegte und nördlich derselben nur 40 000 Mann beisammenzuhalten gestattete. Statt nun mit raschem Entschlusse den Hochverrat im Keime zu ersticken, die gefährliche Position des Montmartre um jeden Preis zu nehmen, unterhandelte der Militärgouverneur von Paris, General Vinoy: währenddessen nahm ein Geschütz nach dem anderen denselben Weg, bis die Position, mit Barrikaden geschützt und durch regelmäßigen Schildwachendienst gehütet, deren mehr als 400 zählte. Ehe man sichs versah, war der Aufruhr der Regierung über den Kopf gewachsen, und das erste, was dieser neuen, von der versammelten Nation ernannten Regierung, welche am 10. März mit der Versammlung nach Versailles übersiedelte, oblag, war dies: ihre eigene Hauptstadt einer Rotte von Verbrechern zu entreißen, welche die Greuel von 1793 erneuerten und überboten.

Dieses grauenhafte Nachspiel des großen Krieges gehört indes schon dem folgenden Abschnitt an, in welchem wir in flüchtigem Umriß die Geschichte der einzelnen Staaten verzeichnen wollen, wie sie infolge des großen Zusammenstoßes von 1870/71 sich gestalteten. Wir haben

hier noch mit einigen Worten den Abschluß des Friedenswerkes zu erzählen.

Am 17. März war das kaiserliche Hauptquartier wieder in Berlin. Als König von Preußen und Präsident des Norddeutschen Bundes war Wilhelm I. acht Monate früher ausgezogen; als deutscher Kaiser kehrte er zurück. Ihm, dem Vierundsiebzigjährigen, war beschieden, das alte deutsche Königtum in einem Kriege, der zum erstenmale wieder seit einem Jahrtausend die deutschen Stämme und nur diese gegen einen auswärtigen Feind vereinigt hatte, zu erneuern. Und niemals war eine Krone rechtmäßiger gewonnen als hier. Mit reiner Hand, nach Erschöpfung jedes mit der Nationalehre verträglichen Mittels zur Erhaltung des Friedens hatte Wilhelm I. das Schwert gezogen; in pflichttreuer, schlichter Soldatensitte, sachkundiger Arbeitsamkeit, unerschrockenem Mute allen voranleuchtend, hatte er es geführt: und er durfte es jetzt mit ebenso reinem Gewissen, wie er es genommen, niederlegen, da alles erreicht war, was die Nation nach einem solchen Kriege zu verlangen berechtigt war. Es bedarf deshalb der Erzählung der Einzelheiten nicht, wie der heldenhafte Greis an der Grenze, in den Städten, welche der Heimkehrende berührte, in seiner Hauptstadt begrüßt ward: die Thatsachen selbst waren diesmal beredter als alle wohlgesetzten Worte, in die man sie fassen konnte, glänzender als aller Fest- und Fahnenschmuck, für welchen man in Deutschland, für jahrhundertelange Schmach in einem Jahre mit Trophäen überreich entschädigt, beinahe abgestumpft war.

Am 28. März — während in Paris schon der Aufstand der Commune in voller Flamme brannte — traten die Bevollmächtigten beider Nationen zu Brüssel zusammen, um den Präliminarfrieden in einen definitiven zu verwandeln. Die französische Regierung, von der deutschen in ihrem schweren Kampfe gegen die Wilden ihrer Hauptstadt in loyaler Weise unterstützt, erhob allerlei Schwierigkeiten und Zögerungen in Bezug auf die Einzelheiten; es bedurfte eines entschiedenen Eingreifens des Reichskanzlers, nunmehr Fürsten Bismarck, um die Unterhandlungen zu Ende zu bringen. Es geschah in einer Zusammenkunft mit den beiden französischen Ministern Favre und Puyer-Quertier zu Frankfurt am Main, am 10. Mai 1871: an diesem Tage wurde der definitive Friede zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche unterzeichnet, den der Kaiser am 16. ratifizierte, die französische Nationalversammlung am 18. mit 440 gegen 98 Stimmen guthieß.

Am 16. Juni zogen die siegreichen Truppen in Berlin ein. Der 18. Juni, der Tag von Waterloo, war zu einem allgemeinen Danktgottesdienst für das Deutsche Reich bestimmt. Dieser Tag, an welchem lebhafter als sonst die deutsche Nation daran erinnert ward, daß ein

höherer Wille über ihren vielverschlungenen Geschicken walte und sie endlich zum Heile gelenkt habe, mag auch für unsere Erzählung dieses großen Krieges, der für alle Zeiten das Epos der deutschen Nation sein wird, den Schlußpunkt bilden.

II. Die einzelnen Staaten.

Vom Ausbruch des Deutsch-Französischen bis zum Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges.

1870—1877.

Eine geschichtliche Darstellung im strengeren Sinne wird vorläufig mit dem Frankfurter Frieden abzuschließen nicht umhin können, wenn sie nicht Gefahr laufen will, in das Gebiet der Tagespolitik hineinzugeraten. Indes würde unsere Aufgabe doch unvollständig gelöst sein, wenn wir nicht versuchen wollten, die Lage der wichtigsten Staaten, wie sie sich, wesentlich unter dem Einflusse der eben geschilderten Ereignisse, gestaltet hat, in flüchtigen Umrissen zu zeichnen und ihre Entwickelung bis zu einem Zeitpunkt, welcher der Gegenwart möglichst nahe liegt, zu verfolgen. Die welthistorische Bedeutung der großen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich läßt sich schon jetzt übersehen, und die einfache Erzählung der Ereignisse bis auf unsere Tage, an schlichtem chronologischem Faden aufgereiht, wird genügen, um die ringenden Kräfte der Gegenwart und die Aufgaben, welche den Jetztlebenden von der Vergangenheit überliefert sind, kennen zu lehren. Mag dann aus ihr der Betrachtende die Pflichten sich deutlich machen, welche die sittliche Gemeinschaft, in die er gestellt ist, ihm auferlegt.

Unser Überblick wird zunächst die Geschichte der einzelnen Staaten bis 1877, alsdann den Verlauf des Russisch-Türkischen Krieges und seine Ergebnisse im Berliner Frieden darlegen und an diesen eine Übersicht des Wichtigsten aus der seitdem verflossenen Zeit schließen. Es wird zweckmäßig sein, wenn wir für die erstere Aufgabe die Machtverhältnisse der Staaten zum Einteilungsgrunde nehmen und zuerst die Großmächte, alsdann die Staaten mittleren Ranges und in Verbindung mit ihnen die wenigen kleinen Staaten, welche die nach Zusammenfassung der Volkskräfte in größeren Staatenbildungen hindrängende Zeit übrig gelassen hat, ins Auge fassen.

A. Die Großmächte.

1. Das Deutsche Reich.

Der großartige Siegeseinzug der Truppen in Berlin (16. Juni 1871), welchen der neue Kaiser der Deutschen und seine nächsten und vertrautesten Kriegs- und Staatsmänner selbst anführten, war nur einer der vielen Triumphzüge, welche Deutschland in diesem Jahre sah. Am 29. Juni hatte Stuttgart, am 30. Hannover, am 11. Juli Dresden, am 16. München seinen Ehrentag: entsprechend ging es mit Festjubel und Siegesfreude bis herab zur kleinsten Garnisonsstadt, und fast jedes Dorf ehrte seine im Kriege gefallenen Markgenossen mit einem Denkmal, welches dem heranwachsenden Geschlechte Kunde gab von den wunderbaren Ereignissen dieser 8 Monate. Freuden- und Ehrenbezeigungen waren niemals besser angebracht, niemals berechtigter. Die Genugthuung über das glücklich geführte Schwert — eine Empfindung, an sich roh oder barbarisch wie sie sein mag, die aber noch nicht so bald unter den Menschen verschwinden wird und die ihr Recht behauptet, solange noch nicht das tausendjährige Reich auf Erden erschienen ist — sie war diesmal geadelt durch das Bewußtsein, daß der Feind sich diesem Schwerte sozusagen aufgedrungen hatte, daß der Krieg gar nicht Sache der Wahl, sondern eine einfache Notwendigkeit gewesen war. Diese kriegerische Genugthuung aber, allgemein wie sie war, wurde ergänzt und fruchtbar gemacht durch die Freude über den großartigen politischen Erfolg, der aus diesem Kriege hervorgegangen: die Rückeroberung der alten Reichslande Elsaß und Lothringen und die Aufrichtung eines deutschen Bundesstaates von 41 Millionen. Und nicht allein, daß damit die verworrene Zeit, die üblen Tage seit 1848, seit 1830, seit 1815, und wie weit man noch zurückgreifen wollte, ihr Ende gefunden hatten. Nicht bloß ein bescheidenes Plätzchen für ruhiges Dahinleben hatte die Nation sich erobert: es war die ihrer Lage in der Mitte des Erdteils, ihrer Volkszahl und ihrer Kultur gebührende, es war die centrale und für die nächste Zukunft zum mindesten die führende Stellung, welche sie sich errungen hatte. Nicht sich allein zum Heile, das durfte man sich sagen, und die Ereignisse schon der nächsten Zeit thaten es unwidersprechlich dar. Den hochmütigen Prätensionen Frankreichs, welche nach der Reihe fast alle Staaten Europas bedroht oder vergewaltigt hatten, war ein Ende gemacht, wie der Abenteurerpolitik, in welcher Männer wie Graf Beust sich ergingen. Die italienische Einheitsbewegung war in unmittelbarem Gefolge des Krieges — eine wunderbare, wie von höherer Hand in dieses gewaltige Epos eingeschobene Episode — zum

Abschluß gekommen, zugleich mit der deutschen, und damit war denn auch der österreichischen Dynastie jene Politik der Entsagung, welche das Schicksal ihr auferlegte, leichter gemacht. Ein friedliches Zusammenwohnen der europäischen Familie war möglich geworden, jetzt, wo der ewige Friedensbrecher und Friedensstörer für lange, wenn nicht für immer, zur Ruhe verwiesen war.

Man hatte sich mittlerweile in Deutschland bereits an die Arbeit begeben, die Früchte des gemeinsam erstrittenen Sieges unter Dach zu bringen. Am 23. Januar 1871, noch in Versailles, hatte der Kaiser die Wahlen zu dem ersten Deutschen Reichstage auf den 3. März angeordnet, am 21. März wurde derselbe von dem siegreichen Herrscher zu Berlin eröffnet. „Wir haben erreicht," sagte die Thronrede, „was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde, die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwickelung — — das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren." Sie schloß: „Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen: das walte Gott!"

Indes zeigte schon die Beratung über die Antwortsadresse, daß die Hoffnung auf einen sofortigen ungestörten Reichsfrieden sich nicht erfüllen würde. Bei den Wahlen zum Reichstag hatten die religiösen Kämpfe, welche infolge der Beschlüsse des Vatikanischen Konzils die Gemüter bewegten, schon eine wesentliche Rolle gespielt. Die Ultramontanen hatten von der Macht, welche ihnen bei der unvergleichlichen Organisation ihrer Kirche das allgemeine Stimmrecht über die Masse des Volkes gab, einen rückhaltlosen Gebrauch gemacht, und sie hatten in Posen, Schlesien, Westfalen, und vor allem am Rhein, die alte „Pfaffengasse" entlang, eine nicht geringe Anzahl ihrer Kandidaten durchgebracht, während sie in Bayern und überhaupt im Süden bemerkenswerterweise gegen die National- und Liberalgesinnten unterlegen waren. Sie bildeten in dem neuen Reichstage eine geschlossene Partei von 63 Abgeordneten, welche sich die Partei des Centrums und weiterhin die Verfassungspartei nannte und entschlossen war, in erster Linie die Interessen der römisch-katholischen Kirche zur Richtschnur ihres politischen Handelns zu machen. Sie stießen sich an dem Satze der Thronrede: „Die Achtung, welche Deutschland

für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig auch der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken" und mehr noch daran, daß der Antwortsentwurf der Kommission diesen Grundsatz der Nichteinmischung in noch nachdrücklicherer Form betonte. Sie hätten eine Intervention zu Gunsten der Wiederherstellung des Papstes gewünscht und sträubten sich wenigstens dagegen, daß eine solche von vornherein gleich an der Schwelle der Entwickelung des neuen Deutschen Reiches so ganz unbedingt ausgeschlossen werde. Die Debatte war lebhaft genug: mit voller Deutlichkeit gab sich die Richtung kund, in welcher die Gefahren für das neue Reich gelegen waren; doch wurde die Adresse, das gemeinsame Werk von Vertrauensmännern aller übrigen Parteien, mit 243 gegen 63 Stimmen angenommen.

Wenige Tage später versuchte die Partei, welche klug genug war, die Verteidigung ihrer innerlich sehr schwachen Sache angriffsweise zu führen, einen neuen Anlauf. Vielgestaltig, in alle Rollen mit Leichtigkeit sich findend und in allen dieselbe, stellte sie sich jetzt auf die Seite der Freiheit: sie brachte den Antrag ein, in die Verfassung des Deutschen Reiches einige „Grundrechte" aus der preußischen Verfassung herüberzunehmen, welche sich auf Preßfreiheit, Vereinsrecht, Religionsfreiheit und Recht der Selbstverwaltung für alle Religionsgesellschaften bezogen. Aber in dieser Versammlung saßen Männer, welche die Geschichte kannten, und welche zum Teil es aus eigener Erfahrung wußten, welche Art von Freiheit die Ultramontanen handhabten, wo sie die Herrschaft besaßen. Die Beredsamkeit des Bischofs von Mainz und der anderen Parteiführer, welche in einem Atem das Grundrecht der Religionsfreiheit forderten und sich zu den päpstlichen Schriftstücken vom Jahre 1864 bekannten, in welchen der Grundsatz der Duldung anderer als ein verdammenswerter Irrtum bezeichnet war, machte hier keinen Eindruck. Auch dieser Antrag ward gegen 59 Stimmen abgelehnt und in den nächsten Wochen ohne weiteren Zwischenfall die Reichsverfassung auf Grund der Verfassung des Norddeutschen Bundes und der Versailler Verträge festgestellt. Eine Differenz erhob sich nur über den alten Streitpunkt der Gewährung von Diäten an die Abgeordneten, welcher von keiner großen Erheblichkeit war. Im übrigen blieb die Verfassung des Norddeutschen Bundes, welche von Anfang an für die nunmehr eingetretene Ergänzung und Vollendung eingerichtet war, mit den durch den Beitritt der vier süddeutschen Staaten bedingten Änderungen. Der König von Preußen nahm als erblicher Vorstand der alle deutschen Staaten umfassenden Union den Titel eines deutschen Kaisers an; die Zahl der Mitglieder des Bundesrates wurde von 43 auf 58 erhöht; 382 Reichstagsabgeordnete,

wie seither durch das allgemeine und geheime Stimmrecht gewählt: einen Wahlmodus, welcher für lange hin den Ultramontanen und den Socialdemokraten einen großen Einfluß sicherte und den Parteien besonnener Freiheit eine überaus schwere Aufgabe stellte. Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrats erforderlich, außer im Falle ein Angriff auf Bundesgebiet erfolgt war, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß über die Frage, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Den süddeutschen Staaten waren durch die Versailler Verträge einige besondere Angelegenheiten und Rechte reserviert, welche sich besonders auf Steuer-, Post- und Militärverhältnisse bezogen: sie schadeten dem Ganzen wenig, nützten aber freilich den württembergischen und bayrischen Unterthanen noch weniger. Daß der deutsche Territorialismus der Reichseinheit nicht wieder ernstlich gefährlich werden konnte, dafür war ausreichend gesorgt, wenn ihm gleich eine Sphäre, innerhalb deren er vieles Gute und einiges Üble thun konnte, gewahrt blieb. Nicht von daher kam dem neuen Reiche Gefahr. Die gemeinsam vollführten Thaten trugen den Gedanken der nationalen Einheit bis in die letzte Hütte, und sie waren nicht von der Art, daß man fürchten mußte, sie würden der Erinnerung des Volkes so bald entschwinden. Das neue Kaiserhaus, verwoben mit diesen glorreichen Erinnerungen, hatte durch diese Thaten eine Popularität erlangt, welche durch die handelnden Persönlichkeiten — den heldenhaften, kriegsgewaltigen und dabei gutmütig-freundlichen Kaiser, der mit 74 Jahren so Großes vollbracht hatte, den mannhaften, stattlichen, leutseligen Kronprinzen, den schneidigen Soldaten Prinz Friedrich Karl — in einer Weise unterstützt ward, wie man sie wirksamer nicht hätte wünschen können. Man gewahrte mit Erstaunen, daß die Erinnerungszeichen aus dem großen Kriege, die Schlacht- und Heldenbilder, fast zahlreicher im Süden entgegentraten, als im Norden. Es ist erklärlich: der Bevölkerung Preußens und der kleinen Länder seiner unmittelbaren Machtsphäre war das großstaatliche Leben nichts völlig Neues; sie besaß eine große Kriegs- und Staatsgeschichte schon vor dem Jahre 1870; die Badener und Hessen, die Württemberger und Bayern fühlten sich jetzt zum erstenmale im vollen und ganzen Gemeinbesitze aller Güter eines großen Bundesreichs. Sie fühlten es mit dem erhebenden Bewußtsein, dieses Reich mit ihrem besten Blute mitbegründet zu haben: das Gerede vom Bettelpreußentum, seither eine beliebte Redensart, verkroch sich in die Winkel der kleinen ultramontanen Blätter. Man konnte es ruhig der weiteren Entwickelung überlassen, die Empfindung und den Sinn für die zahllosen Güter, welche auch außer dem kriegerischen Ruhme ein nationales Leben im großen Stil

dem Einzelnen bietet, in immer weitere Kreise zu tragen, immer tiefer in die Massen zu pflanzen: hat man ja doch seither schon die Erfahrung machen können, wie die energische Wahlbewegung z. B., in welche alle drei Jahre die Erneuerung des Reichstages alles deutsche Land hineinwirft, überall ein Bewußtsein nationalen Lebens erweckt, neben welchem alle lokalen und territorialen Wahlbewegungen in den Hintergrund treten.

Die Befürchtung lag allerdings nahe, daß der territoriale Partikularismus, der so lange das deutsche Leben beherrscht hatte, mehr betäubt als besiegt, sich wieder erhebe, und daß die Masse der Bevölkerung keinen Gefallen finde an der politischen Arbeit, die ihr das allgemeine Stimmrecht zuwies. Zwei Ursachen, so fügte es die Vorsehung, hinderten dies: die eine war, daß Deutschland einen gemeinsamen Besitz zu wahren hatte in dem zurückgewonnenen elsässisch-lothringischen Lande; die zweite, daß unmittelbar nach dem gewonnenen Siege die kirchlichen Fragen, für welche die Masse sich weit mehr interessiert, als für die rein politischen, in den Vordergrund traten, und daß diese kirchlichen Fragen gerade die beiden mächtigsten Staaten des Deutschen Reiches, von denen man sonst am meisten ein eifersüchtiges oder sprödes Verhältnis hätte erwarten können, Preußen und Bayern, in ganz gleicher Weise berührten. Man hatte während des Krieges zu bemerken geglaubt, daß gerade Preußen und Bayern sich am besten verstanden: diese Waffenbrüderschaft setzte sich noch längere Zeit fort in einem gleich wichtigen, gleich gefährlichen Kampfe.

Mit den Abtretungen, zu denen die Franzosen sich hatten bequemen müssen, war ein Gebiet von 263 Quadratmeilen und $1^1/_2$ Mill. Einwohnern in deutschen Besitz übergegangen. Gewichtige Stimmen rieten, dasselbe ohne weiteres als Provinz dem preußischen Staate einzuverleiben. Aber dagegen sprach, daß man nicht dem gehässigen Gerede Nahrung und Vorwand geben durfte, als hätte der Krieg nur einer Machtvergrößerung Preußens gegolten, und außerdem: die Schwierigkeit, diese französisch gesinnte und süddeutsch geartete Bevölkerung wieder deutsch zu machen, war offenbar größer, wenn man sie erst preußisch machen mußte, als wenn man darauf hinarbeitete, sie zunächst wieder elsässisch zu machen. Der leitende Staatsmann erkannte richtig, daß man den partikularistischen Zug, der jeder und so auch dieser deutschen Bevölkerung anhaftete, benutzen müsse, um sie mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen. So wurde dem Reichstage ein Gesetz vorgelegt und von diesem angenommen, nach welchem diese Lande als Reichsland eine besondere Verwaltung erhalten sollten. Ihr Souverän war der Bundesrat und in seinem Namen der Kaiser: bis zum 1. Januar 1873 sollte eine Art von Diktatur bestehen, von da an die

Reichsverfassung auch für dieses Land gelten, das dann weiterhin neben seiner Vertretung im Reiche seine besondere Landesvertretung und Landesverfassung, wie jedes andere deutsche Land, erhalten mochte. Man behandelte das zurückgewonnene Land mit großer Milde. Die Kriegsschäden wurden ihm mit größter Freigebigkeit erstattet, und diesen Teil der „barbarischen Herrschaft fremder Eroberer" ließ man sich dort wohl behagen: mancher Straßburger bedauerte, daß nicht auch ihm eine freundlich gesinnte Bombe das Haus zerschmettert habe, um es auf Reichskosten neu gebaut zu erhalten. Eine Amnestie ward erlassen (26. Juni), ein bewährter Mann, Oberpräsident von Möller, wurde zum Generalgouverneur bestellt (7. September) und alsbald Einleitung getroffen, in Straßburg eine deutsche Universität wiederherzustellen, welche, schon am 1. Mai 1872 eröffnet, rascher als man hätte hoffen dürfen, zur Blüte gelangen sollte. Der ländlichen Bevölkerung gab man die Wohlthat einfacher deutscher Erziehung anstatt der doppeltsprachigen oder halbwelschen durch verständige Einrichtung des Elementarschulwesens zurück, und wenn es auch im einzelnen, wie namentlich im höheren Schulwesen, an sehr groben Mißgriffen nicht fehlte, so ward doch im ganzen die schwierige Aufgabe nicht schlecht gelöst. Die Bevölkerung, vorab die Städte, wehrte sich vornehmlich gegen die sofortige Heranziehung des Landes zum Reichskriegsdienste; in dieser Beziehung aber ward, und sehr verständigerweise, kein prinzipielles Zugeständnis gemacht, wenn man auch im einzelnen sehr milde verfuhr. Der kriegerische Sinn der bäuerlichen Jugend des Elsaß versöhnte sich sehr rasch mit dem neuen Waffenrocke: nicht von dieser Seite kamen die Hemmnisse und Erschwerungen bei dem neuen Ehebunde, den der Krieg gestiftet. Sie kamen wesentlich von derselben Seite, von der auch im alten Deutschland der neuen politischen Schöpfung die Feinde sich erhoben: drei Viertel des Landes waren römisch-katholisch, und es begreift sich, daß auf diesem so wohlvorbereiteten Boden, unter einem Volke, das durch den plötzlichen Wechsel seiner politischen Lage verwirrt und aufgeregt war, nichts leichter war als dies, die „preußische" Herrschaft als eine ketzerische darzustellen und das Strohfeuer des gallischen Nationalbewußtseins mit etwas derberem und länger brennendem Holze, dem Religionsfanatismus, zu nähren. Zu diesem Behuf wurden denn auch sehr bald die nötigen Weissagungen und Wundererscheinungen in Scene gesetzt, denen das abergläubische Volk in Masse zuzog; wer nicht aus Aberglauben hinging, für den reichte auch der Beweggrund aus, die deutschen Gendarmen zu ärgern.

Daß der erste Kampf in dem neuerstandenen Deutschen Reiche dem romanischen Universalstaate gelten würde, der hier im Elsaß mit dem Franzosentum sich verband, wie anderswo mit anderen populären

Stimmungen, hätte man voraussehen können. Indes kam der Streit in dieser ersten Reichstagssession nicht zum vollen Ausbruche. Ihr Verlauf war nach jenen Anfangsgefechten ein im ganzen friedlicher. Die Reichsverfassung ward festgestellt (14. April 1871), noch eine Kriegsanleihe von 120 Millionen Thalern genehmigt (24. April), damit die stockenden Unterhandlungen in Brüssel in rascheren Fluß kämen; das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes als Reichsgesetz angenommen (7. Mai); neben den Dotationen für verdiente Heerführer, welche man dem Kaiser zur Verfügung stellte, wurden vier Millionen Thaler aus der Kriegsentschädigung bewilligt zur Unterstützung von Reservisten und Landwehrmännern, welche durch den Krieg in ihrem Geschäfte zu Schaden gekommen wären. Nachdem beide Gesetze, auch das erstere, unter kleinlichen Nergeleien einzelner popularitätssüchtiger Parteiführer, angenommen waren, wurde am 15. Juni, am Tage vor dem Triumpheinzuge der Truppen, der Reichstag geschlossen: die Mitglieder konnten noch Zeugen des großen militärischen Schauspiels sein, mit welchem ein Sieg ohnegleichen gefeiert wurde. Daß in den Festjubel über diesen Sieg schon der Tumult des neuen heißen Kampfes, der bereits auf der ganzen Linie entbrannt war, seine Mißklänge warf, darf man kaum beklagen. Die Nation, welcher die Vorsehung die Ehrenaufgabe gegönnt hat, das große Ringen um geistige Freiheit zu eröffnen, mußte diesen Kampf auch durchführen. Und es war gut, daß nach Niederwerfung des äußeren Feindes der Nation eine neue, größere, unendlich schwierigere Aufgabe gestellt wurde, die alle ihre besten Kräfte in Anspruch nahm, sie vor Stagnation bewahrte und ein heilsames Gegengewicht bot gegen die sich überstürzende Geschäfts- und Erwerbsthätigkeit, welche, von Kriegsfurcht befreit, vielfach in gemeine Geldgier und rohes Jagen nach schnellem Gewinn ausartete und prahlerischen Luxus bei den einen, Übermut und rohe Schwelgerei bei den anderen hervorrief.

Wir haben gesehen, wie die Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit fast auf den Tag mit der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland zusammentraf; und manche waren und sind geneigt, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen anzunehmen, beide als Werk der Jesuiten zu bezeichnen, deren Einfluß den schwachen Papst wie die armselige Kaiserin von Frankreich gleichmäßig beherrscht habe. Dieser unmittelbare Zusammenhang läßt sich nicht erweisen und ist nicht wahrscheinlich: der mittelbare ist desto gewisser. Es ist unzweifelhaft, daß diesen Leuten ein großer europäischer Zusammenstoß schon darum willkommen war, weil sie während desselben ihr Dogma in die Welt einschmuggeln konnten: während der Aufregungen des Krieges trat die kirchliche Frage von selbst in den

Hintergrund. Jetzt nach geschlossenem Frieden trat sie alsbald in ihrer ganzen Wichtigkeit hervor, um nun auf lange Zeit hin einen der Mittelpunkte des europäischen und namentlich des deutschen Lebens zu bilden.

Die ungeheuerliche Lehre, welche am 18. Juli 1870 verkündet ward, hatte in Deutschland unter dem denkenden Teil der Katholiken, noch ehe sie von dem Konzil angenommen worden war, heftigen Widerspruch hervorgerufen, und wir haben gesehen, wie ein Teil der Bischöfe selbst sie für eine Verkehrung der alten und echten kirchlichen Doktrin ansah. Allein sie war nunmehr von der Mehrheit des Konzils angenommen: und die Bischöfe sahen sich vor die Frage gestellt, ob sie in diesem Beschlusse den Ausspruch des Heiligen Geistes anerkennen, oder ob sie, dem, was ihre seitherige Überzeugung gewesen, folgend, dem Dogma sich widersetzen sollten; daß das letztere die Sprengung des römisch-katholischen Universalstaates, welchen sie die Kirche nannten, bedeute, war unzweifelhaft. Sie zogen, die meisten sogleich, einige zögernd und unter schweren inneren Kämpfen, die Vermeidung eines Schisma, die Erhaltung der katholischen Einheit jeder anderen Alternative vor; und sie hatten dabei keine weitere Not, die große Menge der Geistlichkeit und das von diesen geleitete Volk denselben Weg zu führen. Allein bei der Durchführung der Neuerung, welche die Verfassung der Kirche ebenso sehr, wie ihr inneres sittliches Wesen änderte, mußte sie notwendig in Zusammenstoß kommen einerseits mit der Staatsgewalt und andererseits mit dem Gewissen derjenigen Katholiken, welche in dem neuen Dogma eine jesuitische Fälschung des christlichen und katholischen Glaubens sahen. An der Spitze der letzteren stand die erste wissenschaftliche Kapazität unter den Theologen des katholischen Deutschlands, der Stiftspropst Ignaz Döllinger in München, der, seither schon Haupt und Mittelpunkt der Opposition, in einem sehr beredten Schreiben an den Erzbischof von München vom 28. März 1871 erklärte, daß er sich der Lehre und dem System, das sie enthalte, nicht unterwerfen könne: weder als Christ, da sie unverträglich sei mit den klaren Aussprüchen Christi und der Apostel, noch als Theolog, da sie wider die echte Tradition der Kirche streite, noch als Kenner der Geschichte, da das Bestreben, diese päpstliche Weltherrschaftstheorie zu verwirklichen, überall die unheilvollsten Wirkungen gehabt habe, noch endlich als Bürger, da sie mit dem Anspruch auf die absolute Unterwerfung der Gewissen unter den Papst und durch die Stellung, die sie für den Klerus fordere, notwendig endlose Zwietracht zwischen Staat und Kirche hervorrufe. Er wies noch insbesondere darauf hin, daß diese Lehre, an deren Folgen das alte Deutsche Reich zu Grunde gegangen, wenn sie bei dem katholischen Teil der Nation herrschend würde, einen Keim unheilbaren

Siechtums auch in das neue Deutsche Reich tragen würde. Er hatte ein Recht zu sagen, daß Tausende im Klerus, Hunderttausende in der Laienwelt denken wie er; aber freilich, von jenen Hunderttausenden hatten nicht viele und von jenen Tausenden nur sehr wenige den Mut oder die Stärke der Überzeugung, sich ihm zu gleichem offenem Bekenntnis sofort anzuschließen. Gleichwohl nahm die Bewegung, der er die Fahne vorantrug, einen energischen Fortgang. Es erhob sich in Bayern, Baden, der Schweiz, den katholischen Gegenden Preußens, in Deutsch-Österreich eine zahlreiche Partei, welche sich die altkatholische nannte, und welche nahezu alles in sich vereinigte, was in geistiger und wissenschaftlicher Beziehung die katholische Welt Hervorragendes besaß. Denn das war einleuchtend genug, daß mit dem Unfehlbarkeitsdogma zwar noch Scholastik, aber keine theologische Wissenschaft mehr sich vertrage.

In Württemberg schuf der Bischof Hefele von Rottenburg, ein wackerer Mann, der zuletzt von allen das traurige Opfer, seine Überzeugung hinter der Rücksicht auf die katholische Einheit zurücktreten zu lassen, gebracht hatte, eine friedliche Oase, indem er (13. April) die päpstliche Unfehlbarkeit zwar verkündete, aber ihr eine Deutung gab, welche sie weniger unerträglich erscheinen ließ: nicht gerade zum Ruhme des Landes, das sonst in den geistigen Kämpfen des Jahrhunderts so hervorragende Streiter gestellt hatte. Überall sonst aber entbrannte der Kampf in seiner ganzen Härte. Die Bischöfe beeilten sich, jeden mit der Exkommunikation zu bedrohen, der sich den Beschlüssen des Konzils nicht unterwerfen würde: die große Masse der katholischen Geistlichkeit, längst in jesuitischem Geiste erzogen und bearbeitet, eigenen christlichen Denkens und Forschens ungewohnt, beeiferte sich, ihren Bischöfen zu erklären, daß sie nicht zu den Tausenden Döllingers gehöre. In einem gemeinsamen Hirtenbriefe (30. Mai) wandte sich die Mehrzahl der deutschen Bischöfe an das katholische Volk Deutschlands: sie pries jetzt die Verkündigung des unfehlbaren Lehramts des obersten Hirten der Kirche als ein Werk der Vorsehung in einer Zeit, wo der „vernunftstolze Dünkel der sich selbst für unfehlbar haltenden Wissenschaft" sich so hoch erhebe, und ohne Zweifel thaten sie sich viel auf das letztere Argument zu gute, während sie wissen konnten und auch zum Teil wußten, daß gegen jene Lehre auch die bescheidenste Vernunft sich sträube. Ihnen stimmte die Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands (14. September) bei, in welcher die ultramontane Partei zu versammeln pflegte, was sie an Zelotismus und blinder Wut gegen alles, was seine Vernunft nicht an die in ihren Essen geschmiedete Kette legen wollte, zur Verfügung besaß. Diese Versammlung protestierte unter anderem gegen den an dem Papste durch die italienische

Regierung begangenen Raub und gegen die „abgeschmackten Entstellungen“ des neuen Dogmas und redete von der Pflege einer wahrhaft katholischen Wissenschaft gegenüber der verirrten deutschen Wissenschaft: es war gut, wenn man die Leute, die hier von Wissenschaft sprachen, nicht persönlich kannte. Dem gegenüber steigerte sich auch die Kraft der altkatholischen Bewegung. Vom 22. bis 24. September tagte ein Kongreß der Altkatholiken zu München. Durch Delegierte aus allen Teilen Europas beschickt, stellte er ein Programm auf, das von Männern vorbereitet war, mit deren wissenschaftlicher Bedeutung seither die römische Partei selbst der protestantischen Wissenschaft gegenüber geprahlt hatte: mit geringen Änderungen wurde es von der Versammlung angenommen. In sieben Artikeln erklärte dieses Programm die Grundgedanken der altkatholischen Bewegung: Festhalten am alten katholischen Glauben, dem alten Kultus, der alten Verfassung der Kirche, aber Notwendigkeit einer Reform mit verfassungsmäßig geregelter Teilnahme des Volkes an den kirchlichen Angelegenheiten; Pflege der Wissenschaft bei Heranbildung des katholischen Klerus und eine würdigere, gegen die Willkür der Bischöfe geschützte Stellung des niederen Klerus. Indem das Programm sich mit Nachdruck gegen die gemeinschädliche Wirksamkeit des Jesuitenordens und für Unterstützung des Staates in seinem Kampfe gegen den Ultramontanismus aussprach, wahrte es zugleich in seinem letzten Artikel für die gegen die vatikanischen Dekrete sich Erklärenden „als Glieder der katholischen Kirche“ ihre Ansprüche auf alle Güter und Besitztitel der Kirche.

So war geschehen, was einige Jahre zuvor niemand für möglich gehalten hätte. Inmitten der katholischen Welt war ein Zwiespalt ausgebrochen, der sie in zwei Parteien schied, von denen jede die echte, wirkliche katholische Gemeinschaft zu sein behauptete. Und sogleich äußerte sich die neue Lage, welche die vielgerühmte Klugheit der Jesuiten geschaffen hatte, welche gewöhnliche Menschen nur schwer von maßloser Thorheit unterscheiden können, in einer Reihe praktischer Fälle, bei welchen auch der Staat sofort irgendwie Stellung zu nehmen hatte. Da war am Gymnasium zu Braunsberg ein katholischer Religionslehrer, der sich dem neuen Dogma nicht unterwerfen wollte: der Bischof verlangte, daß ihm die Stelle entzogen, ein neuer, in des Bischofs Sinne katholischer, ihn ersetzen sollte. Derselbe Fall konnte jeden Tag mit einem katholischen Pfarrer eintreten und trat auch ein: nach der einen katholischen Anschauung war ein solcher Religionslehrer oder Pfarrer damit von selbst dem großen Bann verfallen, während umgekehrt nach der anderen katholischen Anschauung vielmehr dieser Religionslehrer, dieser Pfarrer an dem wahren katholischen Glauben festhielt, wie er vor dem

18. Juli 1870 gewesen. Was hatte die weltliche Macht hier zu thun? War es ihre Sache, zu entscheiden, ob das Dogma vom 18. Juli katholisch oder häretisch war? ob das Konzil ein rechtmäßiges, wie jene, oder ein unrechtmäßiges, nichtiges gewesen, wie diese behaupteten? Daß diese letzteren Katholiken vorläufig nur erst nach Tausenden, jene nach Millionen zählten, war dabei völlig gleichgültig. In den Augen der weltlichen Behörde hatte jeder unbescholtene Mann, der sich für einen Katholiken erklärte, auch ein Recht, für einen solchen gehalten und, wo sein Recht in Amt, Gehalt, Wohnung u. s. w. in Frage kam, vollen Anspruch, in diesem Rechte geschützt zu werden. Daß dergleichen unabsehbare Wirrnisse kommen würden, kommen mußten im Gefolge des neuen Dogmas, hatten die Bischöfe selbst vorausgesehen: es war ihr Verhängnis, daß sie jetzt sich anstellen mußten, als sei darüber gar kein Zweifel möglich, welches der wahre katholische Glaube und die wahre katholische Kirche sei.

Der Kampf also, ob sie ihn ursprünglich gewollt oder nicht, war da, und es ist fast müßig, zu fragen, wer ihn angefangen. Eine Kirche, welche den Anspruch erhebt, die allein wahre, göttliche und allgemeine nicht etwa auf dem Wege friedlicher Überredung und Bekehrung Andersdenkender erst zu werden, sondern von allem Anfang an zu sein, — allein wahr und allein göttlich zu sein nicht bloß in ihren Glaubenslehren, sondern auch in ihrer Verfassung und Einrichtung im einzelnen — welche ihrem Haupte die Fähigkeit beilegt, aus sich selbst unfehlbar zu bestimmen, was im Gebiete der Religion und Moral, d. h. in allem menschlichen Thun und Lassen zu beobachten ist — und welche nicht etwa bloß für unrichtig erklärt, nicht etwa bloß theoretisch bekämpft und bekämpfen heißt, sondern verdammt, was diesem Kanon widerspricht, und welche mithin jeden Staat, jeden Herrscher, jede Gemeinschaft von Menschen so lange verneint und als unberechtigt ansieht, bis sie diesen Normen entsprechen, — eine solche Kirche ist von vornherein auf den Kampf gestellt, bis sich alles ihrem System und ihrem Haupt, das sie den Stellvertreter Gottes auf Erden nennt, unterworfen hat. Die in ihr vorwaltende Partei hatte die Kühnheit oder die Thorheit gehabt, mitten im 19. Jahrhundert diesen alten Krieg aufs neue in schroffster Form zu erklären; hitzig warfen sich ihre Scharen vom Papst bis zum letzten Kapuziner ins Gefecht; mit offener Verhöhnung der verfassungsmäßig vorgeschriebenen königlichen Einwilligung verkündeten die bayrischen Bischöfe die vatikanischen Dekrete. Die Regierungen mußten den Kampf aufnehmen, in welchem wiederum Deutschland die Ehre zufiel, allen anderen Staaten voranzukämpfen. Die preußische Regierung that am 8. Juli alsbald ohne viel Geräusch den ersten Schritt in der rechten Richtung. Ein Erlaß des Königs befahl die

Aufhebung der gesonderten Abteilungen für katholische und evangelische Angelegenheiten im Kultusministerium. Diese Angelegenheiten sollten künftighin vom rein staatsrechtlichen Standpunkte aus behandelt werden.

Das Bewußtsein, daß hier ein Konflikt nicht etwa erst ausgebrochen, sondern in jenes letzte und entscheidende Stadium getreten sei, wo der Kampf von beiden Seiten mit vollem Bewußtsein geführt wird, beherrschte bereits die Lage, als am 15. Oktober der Reichstag wieder zusammentrat. Sowohl der Antrag auf die Bildung eines Reichskriegsschatzes von 40 Millionen Thalern, wie der Antrag von Lasker, die Kompetenz des Reichs auf das gesamte bürgerliche Recht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren auszudehnen, wurde von klerikaler Seite bekämpft. Der Wortführer der Partei war, wo es sich darum handelte, die Mächte des territorialen Partikularismus dem klerikalen Lager zuzuführen, der frühere hannöversche Minister Windthorst, und er führte die Sache mit großem Geschick, wie man denn hervorheben muß, daß die Partei mit parlamentarischen Kräften sehr wohlausgestattet war. Zu einem unmittelbaren und heftigen Zusammenstoße führte ein von Bayern beim Bundesrat gestellter Antrag, nach welchem dem § 167 des Strafgesetzbuches ein Zusatz beigefügt werden sollte, der den Geistlichen, welcher die Kanzel oder überhaupt seine geistliche Stellung zur Erörterung politischer Angelegenheiten in einer den öffentlichen Frieden störenden Weise mißbrauche, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedrohte. Der Bundesrat nahm denselben an, und die Ausnahmebestimmung rechtfertigte sich durch die privilegierte Stellung der Geistlichkeit, welche auf der Kanzel oder vor der Kirche in aller Bequemlichkeit und ohne aus ihrer gewöhnlichen Stellung herauszutreten, sehr wirksam politische Agitation treiben konnte. Am 23. November begann die aufregende Debatte im Reichstage. „Der Kern der Frage," sagte sehr richtig der bayrische Bundesratsbevollmächtigte, Minister von Lutz, „ist der: Wer soll Herr im Staate sein, die Regierung oder die römische Kirche?" Auf der anderen Seite klagte die Centrumspartei, daß dies ein Ausnahmegesetz vom gehässigsten Charakter sei; sie gebärdeten sich als die Vorfechter der Freiheit und verlangten, die thatsächlichen Beweise von Mißbrauch der Kanzel zu agitatorischen Zwecken zu sehen: damit konnte ihnen gedient werden, obgleich sie die Thatsachen am besten selber kannten. Mit Hohn fragte der Abgeordnete Windthorst, seit wann denn der bayrische Löwe sich unter die Flügel des preußischen Adlers flüchte: man konnte ihm entgegnen, daß das Ausnahmegesetz das notwendige Korrektiv sei zu der höchst ausnahmsweisen Stellung, die dem Klerus erlaubte, in den Formen und unter der Maske geistlicher Reden politische Propaganda zu treiben, und daß es hohe und höchste Zeit sei, ihre hitzigen Kapläne daran zu erinnern,

daß ihre erste und einzige Pflicht sein sollte, das Evangelium zu predigen und Seelsorge zu üben. Der „Kanzelparagraph" ward mit großer Majorität angenommen und that wenigstens gegen die gröbste Sorte der Agitation und der Agitatoren gute Wirkung. Die feineren Köpfe hatten allerdings keine allzu große Mühe, wie seither Politik zu predigen, und gegen die geheime Agitation von Haus zu Haus erwies sich dieses Gesetz, wie alle Gesetze, ohnehin machtlos.

Am 1. Dezember wurde der Reichstag geschlossen, nachdem er noch den Militäretat für drei Jahre festgestellt hatte. Es geschah aus dem sehr verständigen Grunde, daß es nicht geraten war, während der mutmaßlichen Dauer der Occupation französischen Bodens den Bestand der Armee und der sonstigen militärischen Notwendigkeiten zum Gegenstande erregter parlamentarischer Diskussionen zu machen. Der kirchliche Streit aber setzte sich in den Kammern der Einzelstaaten, Preußens vorab und Bayerns, fort.

Der preußische Landtag ward am 17. November 1871 eröffnet. Die Verhandlungen begannen mit einem Bericht über die glänzende finanzielle Lage des Staates: Gesetzentwürfe über die Auflösung des Staatsschatzes, der durch die Errichtung eines Reichsschatzes überflüssig geworden war, über die Steuerreform wurden vorgelegt. Der Unterrichtsminister brachte einen Gesetzentwurf über Beaufsichtigung des Unterrichtswesens ein, der den wichtigen Grundsatz aufstellte, daß diese Aufsicht allein dem Staate gebühre, und daß alle Aufsichtsbehörden lediglich im Auftrage des Staates ihr Amt verwalten; der Minister des Innern einen neuen, umgearbeiteten Entwurf einer Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie: mit Nachdruck wurde die Gesetzgebungsarbeit auf allen Gebieten wieder aufgenommen. Ein wesentlicher Erfolg war die Beseitigung des bisherigen Kultusministers von Mühler. Dieser war allen Schattierungen der Liberalen zu sehr verhaßt, als daß er bei dem sehr ernsten Kampfe gegen den Ultramontanismus, bei welchem der Fachminister auf die volle Unterstützung der Kammer angewiesen war, sich hätte behaupten können. Er ward am 22. Jan. 1872 durch den Oberjustizrat Falk ersetzt, welcher die Vorlagen seines Vorgängers zurückzog und nur das Schulaufsichtsgesetz aufrecht hielt. Die Debatte über dieses Gesetz, gegen welches von katholisch- und evangelisch-klerikaler Seite ein Adressensturm erregt worden war, begann am 9. Februar. Auch Fürst Bismarck trat mit Nachdruck in die Debatte ein: er wies auf die Bundesgenossen im partikularistischen und polnischen Lager hin, welche den Klerikalen zur Seite ständen: „Wenn der Staat von Republikanern und auf den Barrikaden angegriffen war, habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen. — — Sie werden mich auch jetzt

auf der Bresche finden, das gebietet mir das Christentum und mein Glaube." Es geschah bei dieser Gelegenheit, daß der Bruch zwischen ihm und der Partei der Kreuzzeitung vollständig wurde. Am 13. wurde das Gesetz angenommen, das dem Staate die Möglichkeit gab, da, wo die Schule von geistlichen Inspektoren in feindseligem Sinne beeinflußt wurde, dem Unfug ein Ende zu machen. Noch setzten die Gegner desselben ihre Hoffnung auf das Herrenhaus; vergebens; nachdem die verbündeten Ultramontanen und Feudalen ihre Pfeile verschossen, wurde das Gesetz auch hier, wo die liberale Partei durch eine Anzahl königlicher Ernennungen verstärkt worden war, mit 125 gegen 76 Stimmen angenommen (8. März). Einige Wochen später trat das Abgeordnetenhaus in die Debatte über den Entwurf einer neuen Kreisordnung ein, ein nicht minder wichtiges Gesetz, bestimmt, die Verwaltung der Kreise, als des Mittelgliedes zwischen Provinz und Gemeinde, nach dem Prinzip der Selbstverwaltung zu organisieren. Das liberale Abgeordnetenhaus und die konservative Regierung verständigten sich: der schwierigere Weg war der durch das Herrenhaus, dessen Kommission dem Plan durchaus feindselig war. Die gesetzgeberische Arbeit der preußischen Vertretung wurde indes vertagt, da am 8. April 1872 der Reichstag wieder zusammentrat.

Einen schweren Stand gegenüber der römischen Partei hatte die bayrische Regierung. Hier in Bayern hatte diese Partei eine, wenn auch sehr schwache Majorität in der Zweiten Kammer und einen starken Rückhalt an einigen Mitgliedern der Dynastie sowie bis auf einen gewissen Grad an der Reichsratskammer. Bei Gelegenheit einer Beschwerde des Bischofs von Augsburg über den Schutz, welchen die Regierung einem altkatholischen Pfarrer, den der Bischof vergewaltigen wollte, hatte angedeihen lassen, kamen die dornigen Fragen neuerdings zur öffentlichen Verhandlung. Die Ultramontanen drangen darauf, daß die Altkatholiken sich als eine besondere Religionsgesellschaft konstituieren sollten, und daß sie nur als eine solche anzusehen seien, — während diese mit allem Rechte an dem Standpunkte festhielten, Glieder der katholischen Kirche, wie dieselbe vor den vatikanischen Dekreten gewesen, zu sein. Von seiten einstiger Freunde mußten die Ultramontanen jetzt die bittersten Dinge hören, und es war eine schwere Niederlage für sie, als die Abstimmung 76 gegen 76 Stimmen ergab und die bischöfliche Beschwerde sowie der Antrag der Kommissionsmehrheit auf Berücksichtigung derselben damit verfassungsmäßig abgewiesen war: der Umstand, daß zwei von der Patriotenpartei krank und 3 abtrünnig geworden waren, hatte dieses unerwartete Ergebnis herbeigeführt. Dies war ein sehr ungesunder Zustand der Dinge, bei welchem pessimistisch Gesinnte wohl den Wunsch äußerten, daß man es einmal mit einem

Ministerium aus der Patriotenpartei versuche, damit dieselbe den Beweis vor aller Welt liefere, daß die Regierung des Staates nach ihren Prinzipien eine Unmöglichkeit sei. Als im Sommer jenes Jahres der Präsident des Ministeriums, Graf von Hegnenberg-Dux, starb, war auch wirklich die Rede von einem ultramontanen Ministerium — einem „gemäßigt-ultramontanen", welches der Gesandte am Stuttgarter Hofe, Herr von Gasser, bilden sollte; dasselbe kam jedoch nicht zu stande.

Auch bei den Verhandlungen der neuen Reichstagssession stand wiederum der Kampf zwischen dem Staate und der römischen Kirche im Vordergrunde der Interessen.*) Kaiser Wilhelm hatte den Papst wissen lassen, daß er einen Kardinal der römischen Kirche, den Bruder des früheren bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe, zu seinem Botschafter beim Römischen Stuhl ernannt habe. Pius IX. beging die Thorheit, sich diesen Botschafter, welcher nicht den Beifall der jesuitischen Partei hatte, zu verbitten: und er und seine Umgebung verschärfte den Eindruck der plumpen Beleidigung dadurch, daß sie diese Ablehnung ihre guten Freunde in der ultramontanen Presse früher noch wissen ließen als die deutsche Regierung (Mai 1872). Bei der Beratung des Etats kam dieser Gesandtschaftsposten und damit die ganze Angelegenheit zur Verhandlung. Es war diesmal für den leitenden deutschen Staatsmann nicht schwer, den Ausreden der Gegner seinen guten Humor entgegenzusetzen: „Dessen seien Sie sicher", warf er den Männern der klerikalen Partei hin, „nach Canossa gehen wir nicht", was man dem Manne wohl glauben durfte, der schon ganz anderen Feinden allein und nicht wie diesmal von der begeisterten Zustimmung des größten und besten Teils der Nation umrauscht die Stirn geboten hatte. Auch der Reichstag blieb die Antwort nicht schuldig. Auf Anregung des Altkatholikenkongresses vom vorigen Jahre war eine große Anzahl von Adressen eingegangen, welche die Unterdrückung des Jesuitenordens auf deutschem Boden verlangte. Sämtliche liberale Fraktionen machten dieses Verlangen zu dem ihrigen. Am 11. Juni machte sich der Bundesrat über einen dem Reichstage vorzulegenden Entwurf eines dahin gehenden Gesetzes schlüssig, welches am 14. zur Verhandlung kam. Man war bald im reinen, den Entwurf einer Beschränkung der staatsgefährlichen Ge-

*) Wir wollen hier ein für allemal uns gegen die Phrase, welche bei jeder Debatte über den Gegenstand gedankenlos oder perfid wiederholt wird, „Kampf zwischen Staat und Kirche" verwahren. Für den Staat giebt es nur Kirchen, in der Mehrzahl: mit einer derselben, der römischen und sogenannten katholischen, oder vielmehr mit der diese Kirche augenblicklich beherrschenden Partei befindet sich der Staat in Preußen, Bayern ꝛc. in Konflikt, nicht mit der Kirche, vgl. übrigens Band XII, S. 196.

sellschaft zu einem vollen Verbote zu verschärfen. Am 17. wurde dieser verschärfte Entwurf mit 183 gegen 101 Stimmen — ein Teil der Fortschrittspartei machte wie häufig die Geschäfte der Klerikalen — angenommen; am 5. Juli unterzeichnete der Kaiser. Das Gesetz schloß den Orden und die ihm verwandten vom Gebiete des Deutschen Reiches aus und verordnete die Auflösung seiner Niederlassungen binnen sechs Monaten: Ausländer, welche diesem Orden angehörten, konnten ausgewiesen, Inländern der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt oder zwangsweise angewiesen werden. Niemand schmeichelte sich, daß damit der Geist oder der Wahn, mit welchem dieser Orden seit Jahrzehnten die Gemüter erfüllt hatte, sofort beseitigt werden werde; darum war die Maßregel aber nicht minder gut und wirksam, da von irgend einer Herstellung des Friedens, irgend einem gesunden Verhältnis zwischen dem Staate und dieser Kirche nicht die Rede sein konnte, solange diese verderbliche Gesellschaft derselben die Richtung gab. Pius IX. selbst schien beflissen, dieses Gesetz wie alle weiteren Maßregeln der Verteidigung zu rechtfertigen, indem er in seiner Antwort auf die Anrede einer der vielen Deputationen, mit denen man ihn heimsuchte, geheimnisvolle Worte fallen ließ von „einem kleinen Steine, der bald von der Höhe sich loslösen werde, um den Fuß des Kolosses zu zerschmettern". Was der alte Mann mit dem Steinchen meinte, war schwer zu sagen: daß der Koloß nicht wohl etwas anderes sein konnte, als das Deutsche Reich, war einleuchtend, wenngleich die ultramontane Auslegungskunst den Liberalismus und anderes, was schließlich auf dasselbe hinauslief, damit bezeichnet glaubte.

Am 19. Juni wurde der Reichstag geschlossen, nachdem er noch über die Verteilung der französischen Kriegsentschädigung Beschluß gefaßt hatte. Auch ein gemeinsames Militärstrafgesetzbuch war zu stande gekommen und wenigstens aus dem Reichstage selbst der letzte Rest des Partikularismus verbannt, indem man die lästige Verfassungsbestimmung aufhob, nach welcher bei Fragen, welche kraft der Versailler Verträge nur Norddeutschland betrafen, z. B. der Bierbesteuerung, die Abgeordneten der nicht beteiligten Staaten nicht mitabstimmen sollten.

Das Jesuitengesetz blieb kein toter Buchstabe. Die preußische Regierung, nachdem sie einmal den Kampf aufgenommen, führte ihn mit dem Nachdruck, den ihr die straffe Organisation ihrer Verwaltung möglich machte; und es mußte für sie von höchstem Werte sein, daß sie dabei von einer Bewegung religiöser Art, der altkatholischen, unterstützt wurde. Diese nahm mehr und mehr bestimmte Formen an. Eine ernste Schwierigkeit war für die wachsende Zahl der Altkatholiken, daß keiner der deutschen Bischöfe sich der Bewegung angeschlossen hatte.

Sie konnten diesen Mangel ergänzen durch Anschluß an eine schon vorhandene altkatholische Kirche, die seither verabsäumt im Winkel gestanden hatte, nunmehr aber wieder zu einiger Bedeutung gelangte: es war die seit 1723 bestehende kleine jansenistische Kirche in Holland mit ihrem Erzbischof und zwei Bischöfen, die sich im Besitze der apostolischen Tradition glauben durfte. Der Erzbischof von Utrecht nahm zu großem Ärger des deutschen Episkopats die Firmungen und andere bischöfliche Handlungen vor, bis die deutschen Altkatholiken sich ihren eigenen Bischof gesetzt hatten. In sehr würdiger und wirksamer Weise verlief der zweite ihrer Kongresse zu Köln vom 20. bis 22. September, welcher den unfruchtbaren Protesten der Generalversammlung der katholischen Vereine zu Breslau gegenüber ihre Kräfte zusammenfaßte und die katholische Reformbewegung organisierte. Man hatte in Deutschland lange nicht mehr erlebt, daß religiöse und kirchliche Fragen in freien und öffentlichen großen Versammlungen von Männern erörtert wurden, denen die Fülle der Sachkenntnis neben dem ganzen Ernste christlicher Überzeugung zu Gebote stand, und nicht das mindest Verdienstliche und Erfreuliche war, daß eine große Zahl von solchen, welche seither diesen Fragen gleichgültig oder abgeneigt aus dem Wege gegangen waren, nunmehr zu der Quelle zurückgeführt wurden, aus welcher sich das Leben des deutschen Volkes seit seinem Eintritt in die Geschichte erquickt hat. Auch auf die protestantische Welt übte diese Bewegung einen heilsamen Einfluß aus. „Wir bezeigen unsere herzliche brüderliche Teilnahme denjenigen Katholiken, welche, durch das Gewissen und die Macht der Wahrheit gedrungen, dem in dem letzten Konzil gipfelnden Verderben des Ultramontanismus offen entgegengetreten sind", lautete eine Erklärung des evangelischen Kirchentages, der vom 1. bis 3. Oktober zu Halle an der Saale zusammentrat: und nicht minder warm waren die Sympathieen des Protestantenvereins, der um dieselbe Zeit seinen Tag hielt. Der letztere Verein war neueren Ursprungs. Seine allgemeine Tendenz bezeichnete der Satz, mit welchem er seine Erklärung begann: „Alle kirchlichen Lehrformeln sind menschliche Satzungen": seine Bedeutung lag darin, daß durch ihn der Liberalismus, indem er zum Christentum und zum kirchlichen Leben wieder Stellung nahm, einen schweren Fehler seiner Vergangenheit wieder gutzumachen begann.

In mancherlei Formen und Gestalten wurde dieser Geisteskampf geführt. Vor allem kam es darauf an, wie die preußische Regierung mit ihrer hohen Geistlichkeit fertig wurde. Den Bischöfen war der Konflikt nicht unlieb, da man über demselben ihre so wenig ehrenvolle Haltung der Unfehlbarkeitsfrage gegenüber vergaß. Je knechtischer sie in Rom aufgetreten waren, desto strenger verfuhren sie gegen

diejenigen ihrer Untergebenen, denen ihr Gewissen nicht gestattete, auch dieses Letzte und Äußerste zu „glauben", und eine desto trotzigere Haltung nahmen sie gegen den Staat an. Sie wußten wohl, daß das Märtyrertum, welches der Staat ihnen im schlimmsten Falle auflegte, von der Art war, daß es sich tragen ließ; womit nicht gesagt sein soll, daß nicht einzelne von ihnen ganz ernstlich zu glauben meinten, daß nunmehr kraft Konzilienbeschlusses der Glaube an die päpstliche Unfehlbarkeit zur Seligkeit notwendig sei, und welche für diesen Glauben auch zu leiden bereit waren. Einer derselben, der von Ermeland, begann den Strauß, indem er die „große Exkommunikation" über den renitenten Braunsberger Religionslehrer nunmehr wirklich aussprach. Unter anderem hatte diese mittelalterliche Barbarei auch dies in ihrem Gefolge, daß mit einem so namentlich Exkommunizierten die Gläubigen keinerlei Verkehr pflegen durften, ohne ihrerseits einer anderen Spielart der Exkommunikation, dem sogenannten kleinen Kirchenbann, zu verfallen: dieser Akt hatte mithin für die Betreffenden eine sehr ernsthafte Schädigung in ihrem gesellschaftlichen und geschäftlichen Leben zur Folge und schloß demnach einen Eingriff der kirchlichen Gewalt in das bürgerliche Rechtsgebiet in sich. Das preußische Landrecht hatte deshalb bei Ausschließungen aus der Kirchengemeinschaft, soweit mit einer solchen Nachteile für die bürgerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden seien, die vorherige Einholung der staatlichen Genehmigung vorgeschrieben. Darüber entspann sich eine Korrespondenz zwischen dem preußischen Kultusminister und dem Bischof, welche, nachdem der Bischof seine Sophismen und die Regierung ihre Langmut erschöpft hatte, damit endigte, daß über den Bischof die Temporaliensperre verhängt wurde (25. September). Die deutschen Bischöfe, vom 18.—20. September, zu Fulda „am Grabe des heiligen Bonifatius" versammelt, machten seine Sache zur ihrigen und legten in einer Denkschrift ihren Standpunkt dar. Sie verschwendeten die Tinte vergebens; daß eine ganz nach Art eines Staates organisierte Gesellschaft, welche für jede ihrer Formen, Statute, Einrichtungen einen göttlich unantastbaren Charakter behauptet und das Recht, ja die Pflicht in Anspruch nimmt, wo eine solche Einrichtung mit staatlichen Gesetzen und Einrichtungen zusammenstößt, diesen staatlichen Gesetzen den Gehorsam zu versagen, sich ihnen zu widersetzen und ihren Mitgliedern diesen Widerstand zur Pflicht zu machen, — mit Notwendigkeit dahin führen muß, den weltlichen Staat zu sprengen, darüber konnte niemand im Zweifel sein, der logisch zu denken gelernt hatte und die Geschichte auch nur oberflächlich kannte. Die Konferenz der preußischen Bischöfe, welche 9.—11. April gleichfalls in Fulda abgehalten worden war, und in welcher dieselben beschlossen hatten, sich dem Schulaufsichtsgesetze zu fügen, bestätigte nur

diese Thatsache. Wohin soll es mit der Autorität des Staates kommen, wenn in jedem beliebigen Falle die Häupter und Leiter einer Gemeinschaft, die Millionen von solchen zählt, welche diesen Leitern ebenso blind gehorchen, wie diese ihrem Leiter zu Rom, erst darüber beraten darf, ob sie sich einem Staatsgesetze fügen sollen oder nicht?

Man war genötigt, dem Staate Waffen zu suchen, mit denen er diesen Ansprüchen wirksamer begegnen konnte als bisher. Am 20. Oktober trat der preußische Landtag wieder zusammen. Zunächst handelte es sich darum, die Kreisordnungsvorlage zum Abschluß zu bringen. Die feudale Partei errang den Sieg: mit 125 gegen 18 Stimmen wurde die Vorlage im Herrenhause verworfen, da sie in einer Weise amendiert war, welche auch die liberale Partei bestimmen mußte, sie zu verwerfen. Eine Ministerkrisis trat ein: der König nahm aber die Entlassung des Ministers von Eulenburg nicht an, und die Dinge nahmen einen anderen Gang: am 1. November schloß die Regierung den Landtag, berief ihn aber auf den 12. wieder ein. Der Minister einigte sich mit den Führern der Parteien über einige Modifikationen der Vorlage; die so veränderte Vorlage sollte dann im Herrenhause mittels Ernennung einer Anzahl neuer Mitglieder durchgesetzt werden. Es geschah so: am 26. November nahm das Abgeordnetenhaus die Vorlage an; der Pairsschub erfolgte nach einer neuen Ministerkrisis; der König berief 25 neue Mitglieder in das Herrenhaus, das nun am 7. Dezember mit einer Mehrheit von 25 Stimmen, 116 gegen 91, den Entwurf annahm.

Zu Anfang des neuen Jahres wurde in dem großen Kirchenstreite die Hauptschlacht geschlagen. Am 9. Januar 1873 legte der Kultusminister Falk dem Hause vier Gesetzentwürfe vor, deren erster die Grenze des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Zucht- und Strafmittel betraf und in seinen vier Paragraphen aussprach, daß kein Religionsdiener befugt sei, Zucht- und Strafmittel, selbst gesetzlich zulässige, unter Bezeichnung der davon betroffenen Personen öffentlich bekannt zu machen. Der zweite betraf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. Er verlangte als Bedingung für Bekleidung eines geistlichen Amtes Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Universität und Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung, deren Forderungen im einzelnen bestimmt waren. Die geistlichen Oberen wurden gehalten, die Anzustellenden dem Oberpräsidenten zu nennen, der in bestimmten Formen Einspruch erheben konnte; der Zuwiderhandelnde, Anstellende oder Angestellte, verfiel einer Geldstrafe. Der dritte bezog sich auf den Austritt aus der Kirche; der vierte errichtete einen königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten und regelte

die kirchliche Disciplinargewalt, indem er ein Maximum von Strafbefugnis für die kirchlichen Oberen festsetzte und den Bestraften eine Berufung an jenen Gerichtshof möglich machte. Die Rede, mit welcher der Minister diese Gesetzentwürfe einleitete, ließ an Nachdruck und Deutlichkeit so wenig zu wünschen, als diese Entwürfe selbst. Er wies auf die frühere Nachgiebigkeit der preußischen Regierung hin und wohin diese geführt habe: es handle sich jetzt um die Abweisung von Angriffen, welche in ihren Konsequenzen den Bestand des Deutschen Reiches erschüttern würden: „Der Klerus ist innerlich und äußerlich von Mächten abhängig geworden, die außerhalb unserer Nation stehen, und denen das nationale Bewußtsein nicht eigen sein kann." Die Centrumspartei wehrte sich in allen Stadien, welche die Gesetze zu durchlaufen hatten, mit der äußersten Energie, unterstützt von dem Reste der feudalen Partei und einigen Gliedern der Fortschrittspartei, welche des guten Glaubens lebten, daß man mit den gewöhnlichen Mitteln der Volksaufklärung und dem, was sie die Freiheit nannten, der Kirche — sie ihrerseits machten nicht viel Unterschied zwischen der römischen und der anderen — Herr werden könne, — eine Macht besiegen werde, die doch im höchsten Maße volkstümlich war, weil sie den Massen, die nicht zu lesen und zu denken Muße haben, in verständlichen Formen einen religiösen Gehalt bot, wie sie ihn fassen konnten, und die, wie sehr sie vom ursprünglichen Geiste der Religion Jesu Christi abgeirrt sein mochte, doch noch immer auch in ihrer Entartung einen Teil der weltüberwindenden Kraft dieser Religion sich gerettet hatte. Zunächst ward dem Verfassungsartikel, welcher kurzweg aussprach, daß die „Religionsgesellschaften" *ihre Angelegenheiten* selbst ordnen, verständigerweise ein Zusatz beigefügt, der diese vagen Worte etwas genauer bestimmte. Denn es möchte schwer zu sagen sein, was „die Kirche" nicht als ihre Angelegenheit ansehen kann. In gewaltigen Reden maßen sich die Parteien: bei der Debatte über den Verfassungsartikel im Herrenhause betonte Fürst Bismarck mit Nachdruck, daß die Frage wesentlich eine *politische* sei, wie denn auch das Papsttum als eine wesentlich politische Macht angesehen werden müsse: es sei für die preußische Regierung eine bare Unmöglichkeit, eine Lage anzunehmen, welche einen Staat neben dem Staate, einen Staat im Staate schaffe. Am 5. Mai waren alle parlamentarischen Stadien durchlaufen, am 11. gab der König den Gesetzen seine Sanktion.

Der Konflikt mit der römischen Kirche — denn in der evangelischen Kirche trat nur sehr vereinzelter Widerspruch und Widerstand auf — begann damit erst recht. Denn vom 29. April bis 2. Mai hatten die preußischen Bischöfe zu Fulda sich über ein Sendschreiben an ihre Gläubigen schlüssig gemacht, in welchem sie, nachdem vorhergehende Proteste

und Denkschriften nichts gefruchtet, unumwunden erklärten, daß sie sich diesen Gesetzen nicht unterwerfen würden, und Klerus und Volk aufforderten, sich in diesem Widerstande um sie zu scharen. Der Staat that, was seines Amtes war, und ging vor, wie das Gesetz verlangte. Was die Maigesetze verlangten, war nichts, was das Wesen der Religion betrifft: ihren wichtigsten Bestimmungen haben sich die Bischöfe in anderen, selbst in deutschen Ländern, in Württemberg z. B., ohne weiteres gefügt, höchstens etwa unter Protest gefügt: indem die Bischöfe dem rechtmäßig zu stande gekommenen Staatsgesetze den Gehorsam versagten, gaben sie selber unfreiwillig den besten Beweis, daß solche Gesetze notwendig waren. Für die preußische Regierung und für die übrigen blieb es dabei von unschätzbarem Werte, daß ihnen in der altkatholischen Bewegung ein Bundesgenosse auf dem religiösen Gebiete zur Seite stand. In dieser Beziehung geschah ein wichtiger Schritt, indem am 4. Juni 1873 eine Delegiertenkonferenz der altkatholischen Vereine und Gemeinden zu Köln den Professor Joseph Hubert Reinkens zum Bischof wählte, der am 11. August von dem jansenistischen Bischof von Deventer geweiht wurde und am 7. Oktober in Berlin den Homagialeid leistete. Während in den Kundgebungen des alternden Papstes, geschweige in den Reden der römisch gesinnten Volksvertreter nichts mehr vom Evangelium zu entdecken war, atmeten die Predigten und Hirtenbriefe dieses altkatholischen Bischofs den Geist eines tiefen und echten Christentums und gewannen sich dadurch alle Gemüter, die, in welchen Formen immer, nach der Wahrheit strebten, welche den Menschen frei macht.

Im übrigen darf man den Ausbruch dieses Kampfes, dem auf dem Boden der evangelischen Kirche analoge Bewegungen zur Seite gehen, nicht beklagen. Er bewahrte das Leben der Nation vor Fäulnis, und er giebt ihm einen ernsten Hintergrund, indem er einleuchtend macht, daß es außer Kriegesruhm, äußerer Ehre und materiellem Behagen auch noch ideale Güter giebt, für welche die Menschen Opfer zu bringen fähig sind. Gewiß war es kein erfreulicher Anblick, wenn die Leiter und Hirten einer großen christlichen Gemeinschaft sich auf ihr Gewissen beriefen, wo es sich darum handelte, einem Gesetze den Gehorsam zu versagen, welches nichts von ihnen verlangte, was ein ehrliches Gewissen beschweren könnte, — oder einen dieser Hirten über diokletianische Verfolgung deklamieren zu hören, gleich als forderte man von ihnen, daß sie vor dem Bilde des Kaisers, wie die Christen im alten Rom, opfern sollten: die Sadduzäer, welche dieses Pharisäertum mit ihren stumpfen Waffen bekämpfen und mit einigen Sätzen popularisierter Naturwissenschaft, mit etwas Ästhetik, etwas Musik, mit bloßen Gesetzen eine Macht überwinden wollen, welche mit tausend

zähen Wurzeln in der Menschen Herzen befestigt ist — sind es ebensowenig: das aber ist erfreulich, daß in diesen Kämpfen die Macht des religiösen Gedankens wieder zu Ehren kommt, der allein die Herzen über des Menschenlebens vielgestaltige Not und Verzweiflung erheben kann.

Auf dem rein weltlichen Gebiete durfte man ein sicheres und stetiges Fortschreiten gewahren. Dem Preußischen Abgeordnetenhause kündigte der Finanzminister am 20. Februar 1873 einen Überschuß von mindestens 60 Mill. Mark an, und alle Gebiete der Verwaltung spürten die Wirkung des befruchtenden Regens, der hier niederfiel; den mittleren Staaten half die französische Kriegskostenentschädigung über die Mißlichkeiten der Übergangszeit hinweg; nur den kleinen Staaten machte jeder fernere Monat deutlich, wie kostspielig und unwirtschaftlich diese überwundene Ordnung der Dinge war, wo man Staatsminister bezahlte für Geschäfte, welche ein Schreiber besorgen konnte. Überall aber ohne Ausnahme fühlte man die anregende Wirkung, welche im Anschluß an das große Gesamtleben der Nation lag. Allenthalben, in Sachsen, Hessen, Württemberg, wo sie jahrzehntelang gestockt, kam eine reformatorische Gesetzgebung in Gang: auch die verfahrenste aller deutschen Angelegenheiten, die mecklenburgische Verfassungsfrage, schien endlich in Fluß zu geraten. Sichtbar trat auf den verschiedensten Gebieten ein gewisser Trieb hervor, sobald es mit einer Sache iu einem Einzelstaate nicht recht vorwärts wollte, dieselbe alsbald zur Reichssache zu machen, wie es denn Leute gab, die am liebsten gleich auch das ganze Elementarschulwesen dem jungen Reiche zugeschoben hätten. Am 25. Juni wurde die Session geschlossen.

Vom September an beherrschten die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtage, denen wenig später die Reichstagswahlen folgen sollten, das allgemeine Interesse. Im Vordergrunde bei diesen Wahlen stand wie natürlich der kirchliche Streit. Die Regierung veröffentlichte sehr zeitgemäß am 14. Oktober einen Brief des Papstes, den dieser am 7. August an den Kaiser gerichtet, und die Antwort, welche dieser am 3. September gegeben hatte. „Sämtliche Maßregeln," begann das päpstliche Schreiben sehr unumwunden, „welche seit einiger Zeit von Ew. Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab;" im weiteren Verlaufe des Schreibens fand sich die bemerkenswerte Stelle, welche großes Aufsehen machte, obgleich sie nur einen längst feststehenden Anspruch wiederholte: „Jeder, der die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung und auf irgend eine Weise, welche hier näher darzulegen nicht der Ort ist, gehört, sage ich, dem Papste an." Der Kaiser erwiderte die letztere Herausforderung mit den würdigen Worten:

„Der evangelische Glaube, zu dem ich mich, wie Ew. Heiligkeit bekannt sein muß, gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Unterthanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen;" in ebenso würdigem Tone wies der Brief die Klage des Papstes über Befehdung des Katholizismus mit der Gegenklage über staatsfeindliche Umtriebe eines Teils der katholischen Unterthanen Preußens zurück. Der Briefwechsel bekehrte niemand: die Parteien hatten ihren Stand genommen: die Wahlen, welche am 4. November stattfanden, konnten den Gegensatz nur verschärfen. Die Altkonservativen waren auf wenige Stimmen zusammengeschmolzen; eine große Mehrheit gewannen die Liberalen der verschiedenen Schattierungen: und die Regierung konnte in ihrer kirchlichen Politik auf 182 Nationalliberale und 40 Freikonservative unbedingt, bedingt auch auf 69 von der Fortschrittspartei, gegen 65 Klerikale, 18 Polen und zwei von der welfischen Partei rechnen: wer etwas lernen wollte, konnte aus der letzten Ziffer lernen, wie rasch der Kampf gegen den Romanismus — der Krieg von 1870 und der Kampf gegen die päpstliche Unfehlbarkeit — etwas bewirkt hatte, was sonst manches Jahrzehnt in Anspruch genommen haben würde. Am 12. November wurde der Landtag eröffnet: eine neue Wahlschlacht, die Reichstagswahlen, stand noch bevor, für welche alle Parteien rüsteten, und bei denen zum erstenmale auch das neue Reichsland und seine Bevölkerung in die Bewegung hineingezogen wurde.

Am 10. Januar 1874 fanden diese Wahlen statt, und was immer man mit Recht an dem Prinzip des allgemeinen Stimmrechts tadeln mochte, seine Ergebnisse lehrten wenigstens die Kräfte kennen, mit denen die im Jahre 1871 neuaufgerichtete Ordnung der Dinge zu kämpfen hatte. Am besten fuhren bei diesem Wahlmodus, bei welchem man viele Nullen hinter eine Eins setzte, die Ultramontanen: von 67 Mitgliedern stiegen sie auf 92, und namentlich in Bayern war der Umschlag fühlbar: neben ihnen erschienen diesmal zuerst die Erwählten der Socialdemokratie in greifbarer Gestalt, ihrer 10, auf dem parlamentarischen Schlachtfelde. Auch das neuerworbene deutsche Land Elsaß-Lothringen hatte gewählt, alle 15 französisch, 10 derselben noch überdies römisch gesinnt: die Mehrheit aber gehörte wiederum den reichstreuen Parteien, den Nationalliberalen, den Freikonservativen, der Fortschrittspartei, von denen die ersteren allein 150 zählten. Die Session, am 5. Februar eröffnet, dauerte bis zum 25. April. Am 16. Februar hielten die Elsässer Abgeordneten ihren Einzug. Sie begannen mit Einreichung eines Antrags, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens berufen werden möge, sich über ihre Einverleibung auszusprechen.

Der erste Unterzeichner — der Zufall wollte, daß er Deutsch hieß — rechtfertigte dieses Verlangen nach einem Plebiszit in einer pathetischen Rede: der Bischof von Straßburg, ein Mann von gesundem Verstande, erregte bei seinen Landsleuten großen Unwillen mit der Erklärung, daß er, obgleich er den Antrag mitunterzeichnet, doch nicht gemeint sei, den Vertrag von Frankfurt in Frage zu stellen. Das Haus ging auf eine Debatte mit richtigem Takt nicht ein: Gelegenheit zu sagen, was zu sagen war, nahm Bismarck einige Wochen später, als die zurückbleibenden Elsässer — die Mehrzahl war nach Ablehnung ihres Plebiszitvorschlags nach Hause gegangen — einen Antrag auf Beseitigung eines unbequemen Gesetzparagraphen stellte: — daß es den Deutschen um ihr Land als ein Bollwerk gegen französische Angriffe, nicht um ihre Personen zu thun gewesen sei; daß die Bevölkerung des Elsaß an dem jüngsten ruchlosen Angriffskriege ihren Teil Schuld gehabt hätte und sie sich also nicht wundern dürfe, wenn sie erlitten, was sie anderen zugedacht hätte: schwerlich würden, wenn Frankreich sein böses Gelüst vollbracht hätte, deutsche Deputierte in Versailles so ruhig angehört worden sein, wie sie, die Elsässer, in Berlin. Die wichtigste Vorlage der Session war das Militärgesetz. Die Reichsregierung verlangte eine Friedenspräsenz von 401 000 Mann, und um diese Ziffer hauptsächlich drehte sich die Verhandlung. Bei der ersten Lesung (16. Februar) ergriff auch Moltke das Wort: Wer möchte nicht wünschen, das Geld, das man für das Heer brauche, anderwärts verwenden zu können! Aber es ist nicht anders: was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir leicht ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen müssen: an Achtung habe Deutschland überall, an Liebe nirgends gewonnen, denn wo wäre der Übermächtige beliebt! Es werde Deutschlands Sache sein, nicht nur Frieden zu halten, sondern auch Frieden zu gebieten. „Aber um Frieden zu gebieten, muß man zum Kriege gerüstet sein.“ Die Dinge nahmen zunächst einen unerwünschten Gang. Die Kommission setzte die Ziffer des § 1 auf 360 000: das Gespenst eines neuen Konfliktes stieg auf. Die Fortschrittspartei, welche niemals für die volkbildende Seite der preußischen Heeresorganisation, die jetzt ein allgemein deutsches Gut geworden war, und für den in diesem Sinne produktiven Charakter der Ausgabe für das Heer irgend welches Verständnis gezeigt hatte, holte den ganzen Apparat von Worten aus den Jahren 1861—64 hervor. Allein diesmal erhob sich im Volke selbst eine Bewegung zu Gunsten einer raschen Verständigung mit der Regierung, deren Ziffer 401 000 kraft eines Kompromisses zunächst auf 7 Jahre angenommen wurde. Es waren 214 Stimmen gegen 123: in der Minderheit war neben den Ultramontanen die Fortschrittspartei. Andere Früchte der Reichsgesetzgebung waren die Gesetze über

Einziehung des Papiergeldes der Einzelstaaten und Ausgabe von Reichskassenscheinen, ein Reichspreßgesetz, welches den preußischen Zeitungen namentlich durch Aufhebung des Stempels zu gute kam, und endlich ein Gesetz, welches den Einzelstaaten ihren Kampf gegen die widerhaarige Geistlichkeit erleichtern sollte: Geistlichen, welche, ihres Amtes durch richterliche Entscheidung entsetzt, dieser gerichtlichen Entscheidung sich nicht fügen, kann der Aufenthalt an einem bestimmten Orte landespolizeilich angewiesen oder versagt, — sie können interniert oder verbannt werden. In Preußen stand der Kirchenstreit fortwährend im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Am 3. Februar wurde der trotzigste der preußischen Bischöfe, Ledochowski von Posen-Gnesen, ins Gefängnis abgeführt: der Protest der übrigen, ihr Sendschreiben vom 21. Februar, milde Worte, wohlgestellte, änderte nichts an der Härte des Gegensatzes. Das Gesetz nahm seinen Lauf, und die Bischöfe von Trier, von Köln, von Paderborn folgten noch in diesem Jahre dem von Posen. Im preußischen Landtag wurde ein Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer angenommen; bei beharrlicher Weigerung eines Bischofs, eine erledigte Pfarrei zu besetzen, konnte das letztere durch den Patron oder durch Wahl der Gemeinde geschehen. Dem altkatholischen Bischof wies das Budget ein Einkommen von 48 000 Mark zu; ein weiteres Gesetz führte die obligatorische Civilehe und die weltliche Standesbuchführung ein. Am empfindlichsten traf den klerikalen Einfluß die Wirksamkeit des Schulaufsichtsgesetzes, kraft dessen überall sachverständige weltliche Kreisschulinspektoren an die Stelle der geistlichen traten, welche ihr Geschäft zum Teil sehr gemütlich betrieben hatten. Der Ärger der Partei entlud sich in heftigen Reden ihrer parlamentarischen Vertreter, hielt sich aber sonst in den Schranken des Gesetzes. Den Mordanfall, welchen am 13. Juli jenes Jahres ein gewisser Kulmann, ein Böttchergeselle aus Magdeburg in Kissingen auf den dort zur Kur weilenden Reichskanzler machte, darf man nicht ohne weiteres den Ultramontanen auf Rechnung setzen, obgleich der Verbrecher selbst das Centrum als „seine Partei" bezeichnete und ein paar ultramontane Blätter die Behauptung wagten, daß das Attentat nur ein fingiertes, polizeilich bestelltes gewesen sei. Daß die mit Haß und wilden Reden erfüllte Atmosphäre einen übel organisierten Kopf zu solchen verbrecherischen Entschlüssen treiben konnte, liegt in der menschlichen Natur, und mehr wollte schwerlich auch Bismarck sagen, als er den Klerikalen im Reichstage zurief: „Sagen Sie sich von dem Mörder los, soviel Sie wollen, er hält sich doch an Ihren Rockschößen fest". Den einzelnen Manifestationen des Kampfes kann unsere Erzählung nicht folgen: die hessische Regierung legte ihrer Volksvertretung Gesetzentwürfe vor, welche an Schärfe nicht hinter den

preußischen zurückstanden: einen mittelbaren Verbündeten fanden dagegen die widerspenstigen römischen Geistlichen an den lutherischen Geistlichen des ehemaligen Kurfürstentums Hessen, welche sich „bei der absoluten Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes" damit trösteten, daß sie schon übers Jahr auf Wilhelmshöhe die Wiederkehr des Tyrannen feiern würden, über dessen Beseitigung das übrige Land sich freute. In Bayern, Baden, Württemberg ging der Kampf in den Geleisen weiter, in die er längst geleitet war: in den höheren Klassen des Volks verlor der ultramontane Katholizismus und mit diesem der Katholizismus überhaupt entschieden an Boden, um so mehr, als seine Vorkämpfer sich darin gefielen, den Lebensäußerungen eines kraftvollen Nationalgefühls, welche die Erinnerung an den Kampf von 1870 hervorrief, wie z. B. der Feier des Sedantags, geflissentlich entgegenzutreten. Einen wesentlichen Fortschritt zeigte die Entwickelung der Dinge in Elsaß-Lothringen, wo die 3 „Bezirkstage" des Landes in beschlußfähiger Zahl der Mitglieder zusammentraten und in regelmäßiger gemeinsamer Arbeit mit der Landesregierung zusammenwirkten. Dem Wunsche dieser Bezirkstage nach Autonomie des Landes kam ein kaiserlicher Erlaß vom 29. Oktober 1874 entgegen, nach welchem die Bezirkstage zu einem Landesausschuß zunächst mit dem Recht der Begutachtung der das Land betreffenden Gesetzentwürfe zusammentreten sollten.

Am gleichen Tage trat der Reichstag wieder zusammen. Im parlamentarischen Kampf, den sie alsbald eröffneten, waren die ultramontanen Redner diesmal sehr unglücklich: der Führer der bayrischen Ultramontanen Jörg wagte einen Angriff auf den Reichskanzler auf dessen eigenstem Gebiete, der auswärtigen Politik, und scheiterte damit auf eine fast lächerliche Weise; auch Windthorst, der ihm beispringen wollte, lieferte den Beweis, daß Schlauheit und parlamentarische Routine machtlos sind gegenüber der doppelten Überlegenheit des Genies und der besseren Sache. Am 18. November begegnete demselben Meister der Intrigue das Mißgeschick, daß er, indem er auf Streichung des Dispositionsfonds für das Auswärtige Amt antrug, dem Führer der Nationalliberalen, von Bennigsen, die Gelegenheit gab, die Bewilligung dieses Postens zu einem glänzenden Vertrauensvotum für Bismarck zu gestalten, dem alle Parteien mit Ausnahme des Centrums, der Polen und der Socialisten beipflichteten: ein Erfolg, in jenem Augenblicke um so wichtiger, als Bismarck ärgerlich über einen Majoritätsbeschluß, welcher Verhaftungen von Reichstagsabgeordneten während der Session ausgeschlossen wissen wollte, seine Entlassung eingereicht hatte, die er nunmehr zurückzog. Er beklagte sich, daß er keine zuverlässige Mehrheit im Reichstag habe, auf die er sich stützen könne: sie wird sich in

Deutschland, wo man es mehr als sonstwo versteht, aus Kleinlichkeiten Prinzipienfragen zu machen, so leicht nicht finden: doch wurden die wichtigsten Gesetzvorlagen, das Landsturmgesetz, welches die militärische Organisation Deutschlands zum Abschluß brachte (22. Januar 1875), das Gesetz über Ausdehnung der obligatorischen Civilehe und der bürgerlichen Standesbuchführung auf das ganze Reich und das Bankgesetz, welches eine Reichsbank schuf mit der Befugnis, im gesamten Reichsgebiete Zweiganstalten und Agenturen zu errichten, ohne große Schwierigkeit angenommen. Für den preußischen Landtag hatte man eine friedlichere Session erwartet. Allein Mäßigung war von der Gesellschaft, welche im Vatikan herrschte, nicht zu erwarten. Eine Encyklika des Papstes an die preußischen Bischöfe (5. Febr.) erklärte die Maigesetze für ungültig, „da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar widerstreiten"; die Regierung des deutschen Führerstaats antwortete mit einer trotz aller großen Worte der geistlichen Usurpation sehr unbequemen Maßregel, dem sogenannten Sperrgesetz: vom 1. Mai jenes Jahres ab leisteten die Kassen des preußischen Staates ihre Zahlungen nur mehr an solche Geistliche, welche entweder ausdrücklich oder durch unzweideutige Handlungen ihre Unterwerfung unter die Staatsgesetze erklärten. Nicht minder ging man jetzt dem Klosterwesen ernstlich zu Leibe. Man schaffte zunächst die Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung ab, welche, wie Bismarck hervorhob, nach den vatikanischen Beschlüssen einfach bedeuteten: „die Angelegenheiten der katholischen Kirche werden durch den Papst geordnet". Alsdann wurden sämtliche Orden und Kongregationen auf preußischem Boden aufgehoben; binnen 6 Monaten mußten sie aufgelöst werden; den Niederlassungen, welche sich mit Jugendunterricht befaßten, konnte diese Frist auf 4 Jahre verlängert werden: diejenigen, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmeten, durften unter Staatsaufsicht fortbestehen. Nachdem noch ein Altkatholikengesetz, welches diesen, wo sie in erheblicher Zahl seien, einen verhältnismäßigen Anteil an dem katholischen Kirchenvermögen zusprach, und ein Gesetz über die Verwaltung des Vermögens der katholischen Kirchengemeinden angenommen war, war der Kreis der preußischen Kirchengesetze geschlossen. Eine mächtige und notwendige Verteidigungsstellung war damit gewonnen; den Angriff konnte man jetzt, wie Bismarck äußerte, der Schulbildung — der fortschreitenden Wissenschaft in demjenigen weitesten Sinne, in welchem sie auch die Religion einschließt — überlassen. Zu gleicher Zeit wurde auch das Gesetz über die Organisation der Verwaltungsgerichte angenommen und damit für die 5 alten Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen die Reform der inneren Verwaltung vollendet. Dieses System der „Selbstverwaltung" mit Provinzial-

verſammlung, aus Abgeordneten der Land- und Stadtkreiſe beſtehend, Provinzialausſchuß, Provinzialrat und Bezirksräten, für die laufenden Geſchäfte einem von der Provinzialverſammlung auf 6—12 Jahre gewählten, vom König beſtätigten Landesdirektor und Verwaltungsgerichten — trat am 1. Januar 1876 ins Leben: von der liberalen Partei durchgeſetzt kam es doch zunächſt ganz überwiegend der konſervativen Partei zu gute und arbeitete in deren Sinn. Auf Poſen, die Rheinprovinz und Weſtfalen wurde es noch nicht ausgedehnt: wie ſehr indes, trotz der ultramontanen Reichstagswahlen, die liberale Partei in der Rheinprovinz überwog, wie ſehr dieſe Provinz ſeit den Tagen Droſte-Viſcherings eine andere geworden war, das zeigte ſich in dem begeiſterten Empfang, welchen der Urheber und Verfechter der Kirchengeſetze, der Kultusminiſter Falk, als er bald nach dem Schluß dieſer bedeutungsvollen Seſſion die Rheinprovinz bereiſte, allenthalben in den rheiniſchen Städten fand.

In Bayern fanden in demſelben Sommer, vom 24.—27. Juli, die Neuwahlen zum Landtag ſtatt. Sie gaben der ultramontanen Partei eine Mehrheit von 2 Stimmen, 79 gegen 77. Dieſe Partei machte zuerſt von den 2 Mehrſtimmen bei Beſtellung des Bureaus der Zweiten Kammer einen ſehr nachdrücklichen Gebrauch und beſchloß dann am 2. Oktober, eine Adreſſe an den König zu richten, in welcher ſie ihn um Entlaſſung ſeines gegenwärtigen Miniſteriums bat. Der König lehnte die Annahme der Adreſſe ab; eine Eingabe der bayriſchen Biſchöfe, welche allerlei Kummer in einem umfangreichen Aktenſtücke zuſammengeſtellt hatten, überwies er ſeinem Miniſterium; auch ihr Proteſt gegen die Ausdehnung der Civilehe auf Bayern war wirkungslos geblieben. Verſtändig zogen ſie ſich dann in ihren Hirtenbriefen im Dezember auf den richtigen Boden zurück, wo ſie vollkommen ſachgemäß und wahr ſich dahin ausſprachen, daß diejenigen, welche ſich beim Eingehen eines Ehebundes mit der Civilehe begnügten, ſich ſelbſt aus der Gemeinſchaft der katholiſchen Kirche ausſchlöſſen.

Neben der kirchlichen Frage aber war eine andere herangewachſen, die nach und nach Dimenſionen angenommen hatte, welche die Regierungen und die Parlamente nötigten, ſich mit ihr zu befaſſen: dies war die wachſende Zahl der ſocialdemokratiſchen Sekte. Sie wurde in eingehender Weiſe zum erſtenmal in der mit dem 27. Oktober 1875 beginnenden Reichstagsſeſſion erörtert: die Novelle zum Strafrecht, welche die Regierung einbrachte, hatte ihr einen Paragraphen gewidmet, den am 27. Juni 1876 der Miniſter von Eulenburg als Bevollmächtigter des Bundesrats in ſtaatsmänniſcher Rede verteidigte. Der Leiter und Gründer der Partei in Deutſchland, Laſſalle, war durch ſeinen Tod vor dem Schickſal bewahrt worden, die Partei, die

er, um eine Rolle zu spielen, ins Leben gerufen, länger zu führen. Eine Zeitlang nach seinem Tode hörte man Lärm und wüstes Gezänk der Führer, und man unterschied zwei Parteien und Fraktionen, die Eisenacher mit Bebel und Liebknecht an der Spitze, welche mit den Internationalen zusammenhingen, und die des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, welche wie Lassalle selbst an der nationalen Idee noch einigermaßen festhielten: es führte sie zuerst ein Dr. Schweitzer, ein Litterat wie Lassalle und in seinen Formen Bourgeois, wie Lassalle den Kavalier gespielt hatte. Der Untergang der Pariser Commune gab den Häuptern Gelegenheit, sich selbst und ihre Nachbeter mit wilden Reden zu erhitzen, und da in Frankreich die Gesellschaft, die Bourgeoisie, — wie dieses Volk alles nannte, was noch etwas wie Gott, Kirche, Staat, Ehe, Eigentum annahm — über die Anarchie gesiegt hatte, so erkoren diese Leute jetzt Deutschland zum Schauplatz ihrer Wirksamkeit. Zunächst kamen ihnen hier die fetten Jahre zu gute, welche dem Kriege folgten. Der Aufschwung der Geschäfte, die sich überstürzende Hast der Gründungen auf allen möglichen Gebieten steigerten die Arbeitslöhne, und während sie den reichlichen Verdienst verpraßten, gefielen sie sich darin, von den Agitatoren, die einige wenige Ideen in stereotypen Reden breit traten, sich von dem Elend des Volks und seiner Ausbeutung durch eine herzlose Bourgeoisie vordeklamieren zu lassen. Der Wind war ihnen günstig: in Deutschland, wo von jeher die Neigung stark gewesen ist, zu den 10 vorhandenen Geboten noch das 11. zu erfinden, gab es bald unter den Gelehrten, welche der neuen Frage, der socialen, näher traten und untersuchten, ob nicht in der That das individuelle Eigentum in Kollektiveigentum umgesetzt werden dürfte, möchte, könnte, sollte, auch solche, welche einen erwägens- und erörternswerten Sinn in den Halbgedanken fanden, mit denen das socialdemokratische Programm von Gotha, Mai 1875, beginnt: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur und, da allgemeine nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.“ Auf dem Kongreß zu Gotha, Mai 1875, wo dieser Satz an die Spitze gestellt wurde, vereinigten sich die beiden getrennten Fraktionen zu einer großen socialdemokratischen Partei, deren Wachstum nun weiter der natürliche Rückschlag in den volkswirtschaftlichen Verhältnissen, der nunmehr nach der Schwindelzeit, der Periode der „Gründungen“, eintrat, zu gute kam. Das Elend kam nun wirklich mit der stockenden Arbeitsgelegenheit, und daß die Empfänglichkeit für die demagogische Phrase, welche „zunächst Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe

unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks," direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Abschaffung der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze und andere Kleinigkeiten verlangte, durch die wirkliche Not stieg, liegt auf der Hand. Bei der letzten Reichstagswahl waren 379 000 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden: nach dem Gothaer Kongreß wurde die Organisation noch wirksamer: die Partei verfügte bald über 41 politische Organe, über $1^1/_2$ Hundert wohlgeschulte Redner: allenthalben mußte man mit ihr rechnen. Sie stellte eine Anzahl Forderungen auf, „innerhalb der heutigen Gesellschaft", machte aber kein Hehl daraus, daß die heutige Gesellschaft überhaupt nicht mehr lange zu leben habe: die Vereinigung der „Proletarier aller Länder," an welche der allgemeine Socialistenkongreß aller Länder zu Gent, Oktober 1877, appellierte, mußte ihr über kurz oder lang ein Ende machen, und daß dabei nicht „mit Rosenwasser gesprengt" werden werde, stand fest.

Es gelang für diesmal nicht, den Reichstag zu einer legislatorischen Bekämpfung des Unheils zu bewegen. Die einen priesen die Kirche, die anderen die Freiheit als Universalmittel gegen solche Verirrungen; die nationalliberale Partei, vertreten durch einen Redner von starkem Optimismus, Eduard Lasker, hielt die Gefahr für nicht besonders groß. Auf anderen minder wichtigen Gebieten setzten die Regierungen ihre Absichten durch: den Budgetbeschlüssen des Reichstags fügten sie sich auf loyale Weise, ungeachtet derselbe den angesonnenen neuen Steuern gegenüber sich ablehnend verhielt: am 10. Februar 1876, nachdem noch ein Arbeiterhilfskassengesetz angenommen war, wurde er geschlossen.

Lebhaft beschäftigte, während die parlamentarische Arbeit ruhte, ein Gedanke, den Bismarcks kühner Geist in die Diskussion geschleudert — die Übernahme sämtlicher deutscher Eisenbahnen durch das Reich — die Gemüter. Heftig empörte sich in Bayern, Sachsen, Württemberg der partikularistische Geist gegen diesen „ungeheuerlichen" Gedanken: in Sachsen kaufte die Regierung in aller Eile die Privatbahnen ihres Landes für den Staat: doch auch bei denen, welche von Begünstigung des Territorialismus sehr weit entfernt waren, fand der Gedanke nicht unbedingten Beifall. Auch verfolgte ihn Bismarck nicht sofort mit voller Energie: er zeigte die Macht, ohne sie zu brauchen: dem preußischen Landtag wurde ein Antrag auf Übertragung der preußischen Staatsbahnen an das Reich vorgelegt (25. März), und beide Häuser stimmten zu. Am 23. Juni schlug dann die Regierung dem Landtag den Ankauf der Berlin-Dresdener Bahn vor: mit Entsetzen dachte man in den sächsischen Partikularistenkreisen daran, daß, wenn der Handel geschlossen würde, preußische Beamte mitten in der Hauptstadt ihres Landes sitzen würden; die sächsische Regierung sträubte

sich; der Bundesrat seinerseits überwies den Streithandel dem Appellationsgericht zu Lübeck zu schiedsrichterlicher Entscheidung, welche am 10. Juli 1877 gegen Sachsen ausfiel.

Man konnte über die Grenzen der Reichsgewalt und der Territorialmacht verschiedener Meinung sein: eine ernstliche Gefahr für den kraftvollen Föderativstaat, in welchem die Nation geeinigt war, bildete dies nicht. Jeder der Einzelstaaten hatte und behielt auch sein eigenes Leben: vorab, wie sich von selbst versteht, der mächtigste, Preußen. Hier kam in diesem Jahre (1877) auf kirchlichem Gebiet ein wichtiges, lange angebahntes, Werk zum Abschluß: eine neue Synodalverfassung für die gesamte evangelische Kirche Preußens. Aber dies war doch auch wieder ein allgemein deutsches Interesse: und so war überhaupt ein völlig isoliertes Leben für kein deutsches Land mehr möglich: es war ein allgemeines deutsches Ereignis z. B., als der Landesausschuß des Reichslands Elsaß-Lothringen dem Entwurfe zustimmte, nach welchem künftig Gesetze, denen der Landesausschuß zugestimmt hatte, ohne erst noch vor Reichstag und Bundesrat zu kommen, verkündet werden konnten; daß Lauenburg dem preußischen Staate nunmehr endgültig einverleibt wurde; daß ein hessischer Staatsmann, Hofmann, den hochverdienten Delbrück als Präsident des Reichskanzleramts ersetzte; daß Kaiser Wilhelm in Württemberg, das er im Herbst jenes Jahres besuchte, einen enthusiastischen Empfang fand. Der fortdauernde Konflikt mit der römischen Kirche, für den man das nichtssagende Wort Kulturkampf erfand, Fortschritt oder Stillstand der altkatholischen Bewegung, Anwachsen der Socialdemokratie — das alles beschäftigte die Gemüter mindestens ebenso sehr als die Angelegenheiten des eigenen Landes: auf allen Gebieten bekam es jeder, an welche Scholle immer er gefesselt sein mochte, zu empfinden, daß er zugleich Glied eines großen, mächtigen, vorwärts strebenden Ganzen war. Und ehe das Jahr ganz zu Ende ging, war ein nationales Einigungswerk vollbracht, an dessen Verwirklichung seit den Tagen Karls des Großen kein Deutscher mehr hatte denken können: ein einheitliches Recht und eine einheitliche Organisation der Gerichte.

Am 30. Oktober 1876 nämlich ward der Reichstag wieder eröffnet. Seit 1871, wo der Antrag Miquel-Lasker, Ausdehnung der Reichskompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht, Strafrecht, gerichtliches Verfahren und Gerichtsorganisation angenommen worden, war Patriotismus, Wissenschaft und praktischer Sinn am Werke, das ungeheure Material zu Gesetzen zu verarbeiten. Zunächst wurden die leitenden Staatsmänner der Einzelstaaten gewonnen: im Mai 1874 konnte der Justizausschuß des Bundesrats seine mühevoll verdienstliche Arbeit in 3 Gesetzentwürfen zusammengefaßt dem Bundesrate vorlegen,

der sie, nachdem er sie genehmigt, dem Reichstage zufertigte: dieser überwies sie einer aus 28 Mitgliedern bestehenden Kommission berühmter Juristen und parlamentarischer Größen (Januar 1875), und deren Fleiß bewältigte nun in zahllosen Plenarsitzungen und Sitzungen der verschiedenen Subkomitees den Stoff so weit, daß sie dem Reichstage ihren Bericht jetzt vorlegen konnte. Sechsundachtzig Punkte waren zwischen Bundesrat und Kommission noch streitig; gegenseitige Verständigung verminderte sie aber auf 17, welche der Bundesrat als für ihn, d. h. die deutschen Regierungen, unannehmbar bezeichnete. In der zweiten Lesung vom 27. November bis 2. Dezember 1876 gelang es nicht, sich über diese Punkte, welche politischer Natur waren, zu vergleichen: doch sollte es nicht dahin kommen, daß ein so bedeutendes gesetzgeberisches Werk an Fragen von so höchst untergeordneter Art wie der, ob Preßvergehen von Geschworenen oder von gelehrten Richtern abgeurteilt werden sollten, scheiterte. Gegenseitige Nachgiebigkeit führte auch in Beziehung auf jene 17 Punkte noch zur Verständigung, und am 21. Dezember wurden die 4 Justizgesetze: Civilprozeßordnung, Konkursordnung, Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozeßordnung mit 190 gegen 100 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Am folgenden Tage wurden sie vom Bundesrat genehmigt.

Es war die letzte That dieses Reichstags, der am gleichen Tage, dem 22., geschlossen wurde. Die Wahlbewegung im Januar 1877 war lebhaft, besonders durch die Fortschrittspartei, welche, nachdem sie durch ihre Abstimmung bei den Justizgesetzen ihrer politischen Einsicht ein so klägliches Zeugnis ausgestellt hatte, prahlerisch verkündigte, daß „die große Fortschrittspartei von 1863 ihre Reihen wieder schließe", und die nationalliberale Partei wegen ihres Kompromisses in der Justizeinheitsfrage mit Schmähungen überhäufte. Indes folgten die Wählerschaften den Führern bei dieser Verwandlung der Partei aus einer liberalen in eine radikale nur zum Teil, und auch ein Teil ihrer seitherigen Leiter, wie Löwe, schied sich von der Fraktion, die mit Mühe die bisherige Zahl ihrer Vertreter behauptete. Den Radikalismus verstanden die Socialdemokraten besser, welche 13 der Ihrigen durchbrachten; das Centrum behauptete sich ohne Verlust, 97. Bedeutend geschwächt, nur 131 von 148, kehrten die Nationalliberalen, bedeutend gestärkt, 68 statt der seitherigen 45, kehrten die Konservativen der verschiedenen Schattierungen zurück. Am 21. Februar eröffnete der Kaiser den neuen Reichstag. Die Thronrede zeichnete sich durch offene Darstellung der Lage aus: sie verschleierte auch die traurige Geschäftslage nicht, welche, mitbedingt durch die Verwickelungen im Orient, doch sehr verschiedene Ursachen hatte und sehr verschiedene Seiten bot, natürlich aber auch eine heftige Kritik der seitherigen liberalen Gesetzgebung und namentlich ein

immer wachsendes Verlangen nach dem zweifelhaften und gefährlichen Mittel der Herstellung der Schutzzölle hervorrief. Das Jahr war ein übellauniges, fast nach keiner Hinsicht befriedigendes: die materielle Not noch immer gleich, daher der Einfluß der socialistischen Volksverführer im Wachsen; der Krieg im Orient anhaltend, bedrohlich, keine nahe Aussicht auf Besserung; der Kirchenstreit in Preußen noch gänzlich ungeschlichtet, die preußischen Bischofsstühle bis auf vier, teils durch Absetzung ihrer Inhaber, teils durch Tod und Nichtwiederbesetzung verwaist; die katholische Reformbewegung, der Altkatholizismus, stockend und über der Frage der Abschaffung oder Beibehaltung des Priestercölibats in einer gefährlichen Krisis begriffen: der nationalen Hochflut der letzten Jahre gegenüber eine starke partikularistische Ebbe. In Mecklenburg, in Bayern der unerquickliche status quo; in Preußen, wo Oktober 1876 die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus die Stellung der Parteien im wesentlichen unverändert gelassen hatten, Stillstand der Gesetzgebung, reaktionäre Gelüste in den leitenden Regionen der evangelischen Kirche, Ebbe in den Finanzen und am Ende des Jahres kranke und beurlaubte Minister; im Reichstage ergebnislose Gespräche über Modifikation der obersten Geschäftsleitung — Reichsministerien oder nicht —: einen lichten Punkt bildeten nur die Besuche des Kaisers im Reichsland (im Mai 1877), wo er über Erwarten gut, und in den Rheinlanden (im September), wo er mit großer und allgemeiner Begeisterung empfangen wurde.

Geeignet, die hypochondrische Stimmung, zu welcher der deutsche Charakter neigt, — „haben Sie schon einen zufriedenen Landsmann gesehen," lautete eines der Witzworte des Reichskanzlers — einigermaßen zu zerstreuen, war ein Blick auf die auswärtige Politik, welche sich in den 7 Jahren, die seit der Errichtung des Reiches verstrichen waren, glänzend bewährt hatte und eben jetzt in der orientalischen Frage sich aufs neue bewähren sollte.

Die wichtigste Aufgabe dieser auswärtigen Politik bildeten die Beziehungen zu Frankreich. Daß die sehr wesentlichen Dienste, welche die deutsche Regierung der französischen mittelbar bei Niederwerfung des Aufstandes der Commune leistete, keinen Dank fanden, war natürlich: man förderte hier das eigene Interesse, indem man Frankreich wieder auf die Beine half. Das letztere geschah wunderbar schnell, wenigstens was die finanziellen Verhältnisse betraf: am 16. September 1873 konnte der letzte deutsche Soldat den französischen Boden verlassen. Noch während die Occupationstruppen auf französischem Boden standen, war der populäre Haß, den die republikanische Partei noch mehr gestachelt hatte als einst die bonapartistische, in einzelnen blutigen Thaten losgebrochen, und Bismarck hatte Anlaß, an den Botschaf-

ter des Deutschen Reiches in Paris eine Depesche zu richten, in welcher er der französischen Regierung zu wissen that, daß die deutsche Behörde sich selbst zu helfen genötigt sein werde, wenn die Fälle sich wiederholten, wo französische Schwurgerichte bei vorbedachtem Mord freisprächen, weil der Mörder ein Franzose und der Ermordete ein deutscher Soldat war. Im übrigen kam man, dank der Haltung der deutschen Truppen und dem Takt ihres Oberbefehlshabers, Generals von Manteuffel, dessen Verdienst der Kaiser (September 1873) durch den Feldmarschallstitel anerkannte, über die schwierige Zeit glücklich hinüber.

Ein und das andere Mal noch mußte den Franzosen ein Wink gegeben werden, daß die deutsche Geduld ihre Grenzen habe. So im Januar 1874, wo eine sehr energische Note Bismarcks der französischen Regierung keinen Zweifel darüber ließ, daß, wenn die französische Regierung sich mit Rom identifiziere, wie dies die insolenten Hirtenbriefe französischer Bischöfe befürchten ließen, Deutschland nicht auf den für Frankreich günstigsten Moment warten würde, um sich seiner Haut zu wehren; so im Frühling 1875, wo der Stand der Heeresgesetzgebung in Frankreich Kriegsgelüste zu verraten schien und die deutsche Regierung zu einem Pferdeausfuhrverbot veranlaßte; so 1877, wo man die Garnisonen von Metz und Straßburg etwas zu verstärken für nötig fand. Die Vertretung des Deutschen Reichs befand sich bis Mai 1874, wo ein erprobter Patriot und Staatsmann, der frühere bayrische Ministerpräsident Fürst von Hohenlohe dieselbe übernahm, in den sehr wenig gewissenhaften Händen eines geistreichen Dilettanten, des Grafen Harry von Arnim, dessen Prozeß am 16. Dezember jenes Jahres begann: derselbe endigte, nachdem der Graf aufs neue mit Veröffentlichung unterschlagener amtlicher Dokumente vorging, am 5. Oktober 1876 damit, daß er abwesend wegen Landesverrats zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Doch blieb der Friede mit Frankreich erhalten, und im Mai 1876 führte ein trauriges Ereignis — die Ermordung des deutschen und des französischen Konsuls durch eine fanatisch aufgeregte moslemische Bevölkerung zu Salonichi — sogar eine vorübergehende Solidarität der Interessen herbei.

Daß der glänzende und beispiellose Sieg über die gefürchtetste Militärmacht Europas in den übrigen Völkern da und dort ein Gefühl des Neides und der Furcht erweckte, ist natürlich; im übrigen sollte sich bald nach allen Seiten fühlbar machen, daß die neue Position Deutschlands vielmehr die Möglichkeit eines dauernden Friedens geschaffen hatte. Wir werden dies bei den einzelnen Staaten sehen und erwähnen nur eine Anzahl fürstlicher Besuche, welche, in gewöhnlichen Zeiten bedeutungslos, diesmal als ebensoviele Friedensbürgschaften angesehen

werden durften. Dahin gehört noch im Jahre 1871 die Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem österreichischen (11. August) zu Ischl und (6. November) zu Salzburg; vor allem aber die Zusammenkunft der drei Kaiser von Deutschland, Rußland und Österreich zu Berlin am 4. September 1872, welche, obwohl keinerlei Verträge abgeschlossen wurden, doch unter dem Namen des Dreikaiserbündnisses die nächste Zukunft Europas beherrschte. Diesem Ereignisse folgte im September 1873 der Besuch des Königs von Italien in Wien, von wo derselbe von seinen Ministern begleitet, sich nach Berlin begab; im August desselben Jahres der Besuch des deutschen Kronprinzen in Stockholm und Kopenhagen; es war das Jahr, in dem auch der Schah von Persien die europäische Welt heimsuchte und Europas Höflichkeit auf die Probe stellte. Der Besuch Viktor Emanuels wurde Oktober 1875 von dem deutschen Kaiser erwidert: am 18. zog derselbe unter höchstem Enthusiasmus der Bevölkerung in Mailand ein. Mit jedem Jahre machte es sich mehr fühlbar, daß die Herstellung eines starken und in Beziehung auf seine politische Verfassung befriedigten Deutschlands, die Herstellung eines großen Föderativstaates im Herzen Europas, eine Wohlthat für den ganzen Weltteil war. Es war eine große Abgeschmacktheit, wenn französische Blätter nicht müde wurden, von deutscher Eroberungssucht zu sprechen, — heute Preußen und dem großen Staatsmann, in welchem kindische Furcht und knabenhafter Groll sich eine Art bösen Dämons zurechtphantasierte, einen Plan der Eroberung der russischen Ostseeprovinzen, morgen einen anderen, welcher die Einverleibung der deutschen Länder Österreichs bezwecke, zuschrieben; — bald in Holland oder Belgien oder der Schweiz, bald in Italien oder Spanien, in Skandinavien oder jenseit der Meere entdeckte ihre meisterlos schweifende Phantasie Spuren gefährlicher Anschläge. Sie konnten sich nicht in die Wahrheit finden, die mehr und mehr jedem einleuchten mußte: daß das Deutsche Reich, was seinen Territorialbestand betraf, vollkommen an der Grenze seiner Wünsche angelangt, bei Erwerbung der neuen Reichslande fast schon über diese Grenze hinausgedrängt worden war. Die Erwerbung von Kolonieen in fremden Weltteilen war eine patriotische Phantasie gewesen, mit welcher der deutsche Liberalismus in seinen Knaben- und Jünglingsjahren gespielt hatte: er tauchte jetzt mit einer Art Naturnotwendigkeit wieder auf, aber seine Zeit war noch nicht gekommen. Gedanken einer Vergewaltigung europäischer Staaten lagen so fern als möglich: denn daß die Existenz von Staaten wie Skandinavien, Holland, Belgien, Schweiz in ihrer vollen Selbständigkeit für Deutschland, wenn für irgendwen, eine Notwendigkeit und ein nicht genug zu schätzendes Glück ist, da Deutschland als das Land der Mitte nur die Wahl hat, mit aller Welt in

Frieden oder mit aller Welt in Krieg zu leben und dann, wie es so lange gewesen, das große Schlachtfeld von Europa zu sein — ist einleuchtend genug. Den Gedanken einer Einverleibung Deutsch-Österreichs in das neue Reich fertigte Bismarck in einer gelegentlichen Unterredung mit einem ungarischen Novellisten durch den treffenden Witz ab, daß, wenn die deutschen Länder Österreichs dies wollten, er Krieg gegen sie führen müßte; und was die Idee einer Eroberung der Ostseeprovinzen betrifft, so steht er mit dem Gedanken, eine Erneuerung des Staufischen Imperiums über Italien anzustreben, auf gleicher Linie: wer eine Karte zu lesen verstand, war mit dem einen wie mit dem anderen bald im reinen. Nach außen war das neue Deutsche Reich nach allen Seiten hin ein Reich des Friedens: als typisch hierfür mag der Vertrag mit Griechenland, die Ausgrabungen in Olympia betreffend (April 1874), und der Vertrag, welcher dem verfahrenen Unternehmen des Gotthardstunnels neue Mittel lieferte, angeführt werden. Wenn es etwas gab, was diese Friedensgedanken befestigen konnte, so war es dies, daß die römische Herrschsucht ihm einen inneren Kampf aufgezwungen hatte, bei welchem es die Sympathieen nahezu aller europäischen Länder für sich hatte: zunächst allerdings mit Ausnahme des einen, in welchem der Haß der Parteien untereinander noch einigermaßen beschwichtigt wurde durch den gemeinsamen Haß gegen Deutschland.

2. Frankreich.

Den Kelch der Niederlagen gegen den auswärtigen Feind hatte Frankreich bis auf die Hefe geleert: fast an demselben Tage, an welchem die Deutschen aus Paris abzogen, aber begann eine neue Reihe von Demütigungen, mit denen verglichen selbst ein Tag wie der von Sedan noch etwas Tröstliches hatte. Die Hauptstadt, welche die deutschen Truppen verlassen hatten, mußte einer Rotte von Wilden abgestritten werden, welche mit wahnsinniger Hand zerstörten, was der Krieg unbeschädigt zurückgelassen hatte.

Die Zahl der Kanonen, welche am 1 März 1871 und den folgenden Tagen von den radikalen Nationalgarden auf Befehl ihrer unsichtbaren Lenker nach dem Montmartre gebracht worden waren, hatte, wie wir erwähnten, allmählich die furchtbare Höhe von 3—400 erreicht; ein „Centralkomitee der Nationalgarden" war die geheimnisvolle Macht, welche über diesen Besitz Wache hielt. Mit diesem Komitee unterhandelte General Vinoy wegen der Auslieferung. Sie ward verweigert: in stürmischen Volksversammlungen, welche in den östlichen Stadtvierteln von Paris, Montmartre, Belleville, la Villette,

gehalten wurden, beschloß man jedem Versuche der Entwaffnung die Gewalt entgegenzusetzen. Die Arbeiterbevölkerung wie der müßiggängerische Pöbel weigerte sich, wieder in die gewöhnliche Ordnung zurückzukehren, wo statt des reichlichen Soldes für geschäftigen Müßiggang karge Bezahlung, strenge Eintreibung rückständiger Miete oder Steuern und dergleichen ihrer wartete, und die Führer fehlten nicht, welche jetzt die Zeit gekommen glaubten, Ernst zu machen mit jener Umgestaltung der Welt zu Gunsten des Proletariats, welche als ein neues Evangelium längst unter der Menge verbreitet worden war. Der Feind, der bekämpft werden müsse, so hatte man dieser wieder und wieder vorgeredet, sei die Gesellschaft, wie sie jetzt organisiert sei; alle Religion müsse abgeschafft, die angebliche göttliche Gerechtigkeit durch eine neue menschliche ersetzt, die Ehe als eine Institution, welche das Weib zur Sklavin mache, aufgehoben, direkte Gesetzgebung durch das Volk und, wie sich dann, dann erst, von selbst verstehe, für das Volk eingeführt, das Erbrecht vernichtet und Grund und Boden in Kollektiveigentum verwandelt werden; zunächst verlangte ihr Komitee Fortdauer des Tagessoldes von $1\frac{1}{2}$ Frank, bis allen Nationalgardisten Arbeit oder Anstellung beschafft sei, und freie Wahl der Offiziere. Während der Unterhandlungen verstärkte die Regierung, die mittlerweile samt der Nationalversammlung von Bordeaux nach Versailles übergesiedelt war, ihre Truppen, und in der Nacht vom 17. auf den 18. März bemächtigten sich diese der Höhen. Gegen Morgen erst kamen die Nationalgarden, durch den Generalmarsch zusammengerufen, heran, um dieselben wiederzunehmen; es war nicht nötig: ein Regiment, das 88., kehrte die Gewehre um und ging zu den Aufständischen über. Das Beispiel wirkte ansteckend, die einen gingen über, andere ließen sich entwaffnen, andere flüchteten, und zwei Generale, Lecomte und Thomas, wurden gefangen und noch am selben Tage in einem Garten erschossen. Das Komitee der Aufständischen setzte sich im Stadthause fest, und der Ministerrat zu Versailles beschloß, Paris vorläufig aufzugeben und seine wenigen zuverlässigen Streitkräfte um Versailles zu konzentrieren. Auch die Forts von Paris, soweit sie von den Deutschen geräumt waren, fielen, mit Ausnahme des Mont Valérien, dem siegreichen Aufstand in die Hände. Derselbe ward ferner verstärkt durch die Menge kleiner Geschäftsleute und Handwerker, welchen dieser Aufruhr einen augenblicklichen Ausweg aus den Verlegenheiten zeigte, denen sie bei Wiederherstellung der früheren Ordnung entgegengingen. Die rote Fahne wurde auf allen öffentlichen Gebäuden aufgezogen. Am 21. bildete sich die neue Regierung, veröffentlichte eine Art Programm und gab eine Art Organisation. Der Nationalgardensold ward fortbezahlt, und den Geist dieser neuen Organisation — Großrat der Delegierten, Bataillons-

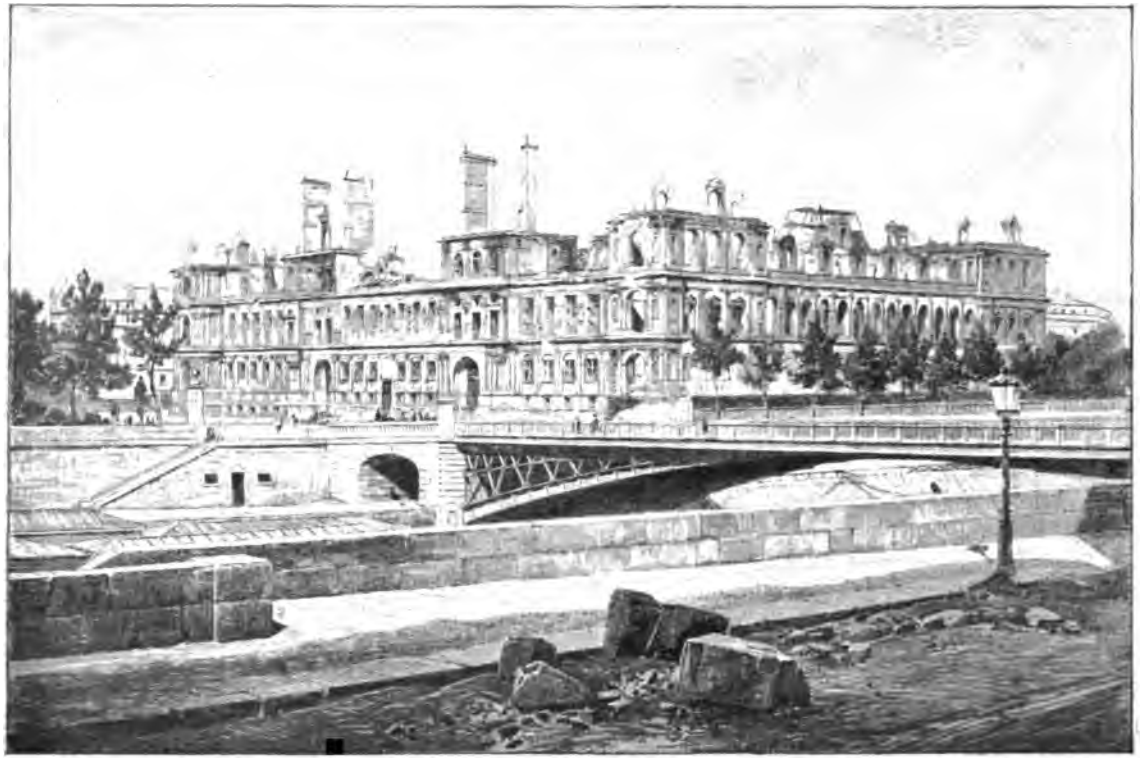
kreis, Legionsrat, Centralkomitee — bezeichnet es, daß der Nationalgarde das Recht zugesprochen ward, alle ihre Chefs zu ernennen und abzusetzen, sofern sie dem Vertrauen ihrer Wähler nicht entsprachen. Noch aber waren sie nicht vollständig die Herren. Es gab noch konservative Nationalgarden, welche geneigt waren, die Ordnung zu verteidigen, zu diesem Zwecke aber einiger Zugeständnisse an die insurgierte Masse bedurften, die ihnen die Regierung jedoch nicht bewilligte. Thiers erklärte sich für den Augenblick außer stande, ihnen zu helfen. Sie suchten nun die brotlosen Künste des Demonstrierens hervor; waffenlos zog eine friedliche Menge von 3—4000 Menschen durch die Friedensstraße unter dem Rufe: „Es lebe die Ordnung!" Hier aber war mit dergleichen Sentimentalitäten kein Eindruck zu machen. Als die Prozession auf den Vendomeplatz kam, feuerte die dort postierte Nationalgarde unter sie und schoß nieder, was die blinde Kugel treffen mochte. Trotzdem unterhandelte der Admiral Saisset noch mit den Mordgesellen, die, dadurch vollends keck gemacht, der Herrschaft in der Stadt sich vollständig bemächtigten und ihre Emissäre auch nach den Provinzen schickten.

Hier aber, in Lyon, Marseille und sonst, mißglückten die Versuche. Ein Reizmittel zum Aufstande, der Hochmut der Pariser und der daraus erwachsende Grimm gegen die „Bauernversammlung" in Versailles und deren Regierung, welche darauf ausgehe, Paris seiner gebietenden Stellung zu berauben, fehlte in den Provinzialstädten: der Aufstand blieb auf Paris beschränkt. Am 26. März ließ das Centralkomitee seine Usurpation durch die Wahl der „Pariser Commune" legitimieren. Mit nicht mehr als 120 000 Stimmen wurden ihre Kandidaten gewählt: am 28. wurde die neue Commune feierlich proklamiert. Sie setzte Kommissionen für die Regierung und Verwaltung der Stadt nieder und erklärte etwaige Befehle von Versailles für nichtig. Der förmliche Krieg begann am 2. April mit einem Auszuge von etwa 6000 Bewaffneten gegen Versailles, der aber scheiterte, wie ein größerer Angriff am folgenden Tage. Thiers, der mit Recht jede Unterhandlung abgewiesen hatte, ernannte jetzt den Marschall Mac Mahon zum Oberbefehlshaber über das Heer, das sich mit Zustimmung der deutschen Autoritäten aus den heimkehrenden Kriegsgefangenen bildete. Der entbrennende Krieg verschärfte, wie natürlich, den Terrorismus der Pariser Gewalthaber: ein Dekret der Commune, des neuen Gemeinderates von Paris, erklärte Thiers und seine Minister in Anklagestand und zog ihre Güter, soweit sie in Paris Besitztum hatten, ein; am 4. wurde der Erzbischof und eine Anzahl anderer Geistlichen — „Priester eines sogenannten Gottes", wie ein Aktenstück dieser allen Mächten des Abgrunds verfallenden Gesellschaft sich ausdrückte — als Geiseln verhaftet; widerspenstige Nationalgarden wurden gewaltsam aus ihren Häu-

fern geholt, und von da an war jeder Tag durch irgend eine neue wilde oder wahnsinnige Maßregel bezeichnet, — Maßregeln, von denen das Dekret vom 13., das die Zerstörung der Kaiserſäule auf dem Vendomeplatze als eines Denkmals der Barbarei und fortwährenden Attentats gegen den einen der großen Grundſätze der Franzöſiſchen Republik, die Brüderlichkeit, anordnete, noch eines der harmloſeſten war. Mit wechſelndem Erfolge wurde gekämpft. Von ſeiten der Verſailler ging man mit äußerſter Vorſicht zu Werke. Man durfte die Truppen, deren moraliſche Kraft erſchüttert war, keiner Niederlage ausſetzen, und die ſchrecklichſte und äußerſte Demütigung, das unmittelbare Einſchreiten der deutſchen Truppen, die allerdings mittelbar durch ihre bloße Gegenwart zum Siege der rechtmäßigen Regierung ſehr viel beitrugen, wollte man um jeden Preis vermeiden. Am 19. erließ die Commune eine Erklärung, welche „den Charakter der Bewegung vom 18. März" „präciſieren" ſollte. Sie proteſtierte gegen die „deſpotiſche, unverſtändige, willkürliche und läſtige Centraliſation", welche das Kaiſerreich, die Monarchie und der Parlamentarismus Frankreich auferlegt habe; an die Stelle dieſer Einheit ſolle „die freiwillige Vereinigung aller lokalen Initiativen", „die abſolute Autonomie der Gemeinden, auf alle Ortſchaften Frankreichs ausgedehnt", treten: dieſe „Gemeinderevolution" eröffne eine „neue Ära poſitiver, auf Wiſſenſchaft beruhender Experimentalpolitik"; „ſie iſt das Ende der alten Regierungs- und Kirchenwelt, des Soldatentums, des Beamtentums, des Börſenſpiels, der Monopole und Privilegien, welchen das Proletariat ſeine Sklaverei, das Vaterland ſein Unglück und ſein Verderben zuzuſchreiben hat". Es war das Zerrbild des Zerrbildes von 1793: daß dieſe neueſte Ära der Freiheit mit Unterdrückung der wenigen Journale, welche noch den Mut hatten, zu widerſprechen, begann, verſteht ſich beinahe von ſelbſt. Noch übler ſtand es mit der Freiheit der Perſon: vor allem war keiner der Gewalthaber eine Stunde vor dem anderen ſicher; es charakteriſiert dieſe Lage, daß der 3. oder 4. Kriegsminiſter der Commune, Roſſel, ſeine Entlaſſung mit den Worten erbat: „Ich habe die Ehre, um eine Zelle in Mazas zu bitten." Ein ſolcher Staatsſtreich — eine Evolution nannte man es hier — fand am 20. April ſtatt, durch welchen „General" Cluſeret an die Spitze gehoben wurde, um ſchon am 2. Mai wieder einem anderen, Roſſel, Platz zu machen: und jeder dieſer Tyrannen benutzte die kurze Friſt zur Befriedigung ſeiner Gelüſte, ſeiner brutalen Herrſchſucht, ſeines Haſſes, und welche es ſonſt ſein mochten. Die Regierungstruppen machten Fortſchritte; ſie hatten 128 Batterieen gegen die Stadt aufgeſtellt, welche nicht feierten; am 9. wurde Fort Iſſy, am 14. Fort Vanvres, am 16. Fort Montrouge genommen, während man in Paris ſich mit der Demolierung von Thiers' Wohnhaus und Niederwerfung

der Vendomesäule unterhielt: ein besonderes Vergnügen machte man sich daraus, Kirchen auszuräumen und mit jeder Art von Unfug zu entweihen. Ein Ausfall am 19. mißlang: man mußte sich, da die Provinzen ruhig blieben, auf ein baldiges Eindringen der Versailler gefaßt machen. Für diesen Fall beschloß am 20. die Commune, „der Freiheit ein ihr würdiges Leichenfest zu bereiten", indem man die öffentlichen Gebäude in Brand stecke. Der Einbruch der Truppen geschah am 21.: ein Bürger, des Namens Jules Ducatel, setzte mit eigener Lebensgefahr die in der Nähe der Porte de St.-Cloud stehende nächste Truppe in Kenntnis, daß hier die Ringmauer unbesetzt gelassen sei.

Die Verteidigung ward jetzt ins Innere, hinter die Barrikaden verlegt; am 22. zogen die Truppen zu den verschiedenen Thoren ein. Unglücklicherweise benutzte man den 23., um sie ausruhen zu lassen, und ließ dadurch den Rasenden Zeit, ihre scheußliche Leichenfeier der Commune vorzubereiten. „Der Bürger Millière soll an der Spitze von 150 Feuerwerkern die verdächtigen Häuser und die öffentlichen Gebäude in Brand stecken"; andere hatten andere Stadtteile „zu besorgen"; „der Bürger Raoul Rigault wird im Verein mit dem Bürger Regère mit der Ausführung des Dekrets des Commune von Paris, betreffend die Geiseln, beauftragt"; so lauteten die Dekrete vom „2. und 3. Prairial des Jahres 79". Unter allen greuelvollen Tagen der französischen Geschichte werden die vom 23. bis 28. Mai 1871 wohl den Preis davontragen. In 5 Kolonnen drangen die Truppen gegen das Stadthaus vor: während sie langsam vorrückten, leuchtete ein Brand nach dem anderen auf, Tuilerien, Louvre, Stadthaus, Palais Royal, Finanzministerium, Museum des Jardin des Plantes, Klöster und Theater, Kirchen, Bahnhöfe, Privathäuser; das gräßliche Wörterbuch der Revolution wurde mit den neuen Bezeichnungen der Männer und Weiber, welche das Öl in die Häuser und Keller schütteten, Petroleurs und Petroleusen, bereichert; während hier von den erbitterten Truppen niedergeschossen ward, was ihnen in die Hände fiel, vollstreckten an einer anderen Stelle dieses Höllenraums die Bürger Raoul Rigault und Regère den Blutbefehl wider die Geiseln, welche, der Erzbischof von Paris Darboy unter ihnen — der dritte Erzbischof von Paris innerhalb zweier Jahrzehnte, den Dolch oder Kugel fällte —, im Hofe des Gefängnisses von la Roquette erschossen wurden. Am 27. waren die Insurgenten in den äußersten Winkel der Ringmauer im Osten zusammengedrängt. Die Führer begannen, wo ein Weg noch frei war, an ihre Flucht zu denken; die Barbiere hatten schon seit einigen Tagen alle Hände voll zu thun; in allerlei Verkleidungen entkamen die Haupträdelsführer, und die meisten hatten auch das nötige Reisegeld noch beigesteckt: einer, Deles-



Die Ruinen des Stadthauſes in Paris nach dem Commune-Aufſtand.

Gezeichnet von W. Herwart.

cluze, ein liederlicher Greis von 62 Jahren*), ging hin, wo eine Kugel ihn treffen mußte. Am 28. war der Kampf zu Ende. Die Erschießungen nahmen ihren Gang weiter; 30 000 Gefangene waren in den Händen der Gewalt, auf 14 000 schätzt man die Zahl der im Kampfe, auf den Barrikaden, in den Häusern Getöteten — wo immer sie, schuldig oder nicht, von den mit sehr viel Grund ergrimmten Truppen erreicht wurden.

Die französische Regierung hatte hier einen Feind niedergeschlagen, welcher alle Errungenschaften menschlicher Fortschrittsarbeit und unter ihnen eine der wesentlichsten, den nationalen Staat, nicht in Frankreich allein, sondern überall bekämpfte: fand sich doch im Deutschen Reichstag ein frecher Geselle, der diese Orgien des Blutes in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht im Kampfe des Proletariats mit dem Kapital nannte. Ihr Beispiel fand in kurzem in Spanien Nachahmung; in den übrigen Ländern wird man wohl thun, sich die Warnung zu Herzen zu nehmen, welche in diesem schrecklichen Kampfe liegt und geeignet ist, das stolze Selbstbewußtsein der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zu demütigen.

Mit diesem Siege hatte die Regierung sich zunächst die Möglichkeit errungen, das furchtbar heimgesuchte, schwer geprüfte Land wieder einzurichten, an dessen Ruin alle Kräfte der Zerrüttung und Zerstörung seit acht Monaten gearbeitet hatten. Der Friede, am 18. Mai von der Nationalversammlung genehmigt, legte ihm eine Geldsumme von einer erschrecklichen Höhe und, bis dieselbe bezahlt war, eine Occupation großer Teile des Gebietes durch deutsche Truppen auf. Zu der Loskaufssumme von 5 Milliarden Frank kam eine fast ebenso hohe, die sich aus den sonstigen Kosten und Schäden des Krieges, mannigfaltig wie sie waren, zusammensetzte: die Gesamtsumme der unmittelbaren und mittelbaren Kriegskosten wurde auf nicht weniger als 13 Milliarden Frank (10 400 Millionen Mark) geschätzt. Diese Last, erdrückend für jedes andere europäische Land außer etwa England, wurde von diesem Volke, das in der geographischen Lage, dem Klima und der Bodenbeschaffenheit seines Landes vor allen begünstigt war, mit einer Leichtigkeit getragen, welche die deutschen Sieger bald von dem Vorwurf übertriebener Härte, den im ersten Augenblicke alle Welt gegen sie erhob, befreite. Am 6. Juni 1871 brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, der die Regierung zur Aufnahme

*) Nach der sehr genauen Arbeit von Maxime de Camp (Revue des deux Mondes 1877: Les Prisons de Paris sous la Commune) fand man in seiner Tasche außer anderen Dokumenten auch den Brief irgend einer Bürgerin, relative à une affaire de galanterie vénale. (R. d. d. M. vom 1. Oktober 1877).

einer Schuld von 2½ Milliarden Frank (2000 Millionen Mark) ermächtigte: in Paris allein, dem halb verbrannt aus dem Rachen eines zerstörenden Aufruhrs geretteten, wurden 2½, in ganz Frankreich und den Börsenplätzen des übrigen Europas 5 Milliarden gezeichnet. Ein Übereinkommen vom September setzte fest, daß gegen gewisse Zollerleichterungen für die abgetretenen Gebiete die deutsche Occupationsarmee sechs weitere Departements räumen und ihre Truppenzahl auf 50 000 Mann vermindern sollte; im Dezember wurde der regelmäßige diplomatische Verkehr zwischen Frankreich und Deutschland wieder eröffnet; schon im Juni 1872 wurde ein neues Übereinkommen wegen Bezahlung des Restes der Kriegsentschädigung abgeschlossen, am 8. Juli die Regierung von der Nationalversammlung zu der Aufnahme von 3 Milliarden Frank, der kolossalsten Kreditoperation, von welcher die Geschichte zu berichten weiß, ermächtigt: und am 29. konnte der Finanzminister der Versammlung das Ergebnis mitteilen, das, wieviel künstliche Hebel immer angesetzt worden sein mochten, um es zu stande zu bringen, doch für Frankreichs Kredit das rühmlichste Zeugnis gab: statt der verlangten 3 Milliarden waren 41 Milliarden Frank (32 800 Millionen Mark) gezeichnet worden. Am 11. Dezember war die 3. Milliarde bezahlt; am 15. März 1873 folgte eine neue Konvention: der Rest der Occupationstruppen begann seinen Abmarsch, und am 16. September 1873, wie erwähnt, hatte der letzte deutsche Soldat den französischen Boden verlassen.

Die Occupation, peinlich wie sie sein mochte, war den französischen Staatslenkern nicht so ganz unwillkommen gewesen. Sie legte den verschiedenen Parteien eine gewisse Mäßigung auf und gestattete, den schwierigen Fragen einer definitiven Verfassungsgestaltung einstweilen aus dem Wege zu gehen. Der gestürzte Herrscher hatte am 4. Februar 1871 noch von der Wilhelmshöhe aus eine Proklamation erlassen, in welcher er sagte, daß er sich Schweigen auferlegt habe, solange irgend eine Möglichkeit des Erfolges der nationalen Verteidigung gewesen sei: „Jetzt aber, wo jede vernünftige Aussicht auf Sieg verschwunden ist, jetzt ist es Zeit, von jenen, welche die Gewalt usurpiert haben, Rechenschaft zu verlangen für das unnötig vergossene Blut, für die aufgehäuften Ruinen, für die verschleuderten Hilfsquellen des Landes. — — Angesichts unseres Unglücks ist kein Raum für persönlichen Ehrgeiz: aber solange nicht das Volk, in regelmäßigen Wahlen versammelt, seinen Willen kundgegeben hat, wird es meine Pflicht sein, als wahrhafter Repräsentant der Nation mich an dieselbe zu wenden und zu sagen: alles, was ohne Eure direkte Beteiligung geschieht, ist ungesetzlich.“ Dieser Anspruch wurde, wie bereits erwähnt, auf eine sehr tumultuarische Weise am 1. März (1871) durch die Absetzung der

Dynastie Bonaparte vorläufig beseitigt; der zweite Mitbewerber um die Herrschaft in Frankreich, die Commune, war soeben niedergeworfen worden. Zunächst war Frankreich der Form nach eine Republik, an ihrer Spitze eine Versammlung von etwa 700 Köpfen, welche der eigentliche Souverän des Landes war und kraft dieser Souveränität am 17. Thiers zum Chef der Exekutivgewalt ernannt hatte: „in Erwartung der Entscheidung, welche Frankreich über die endgültig anzunehmende Regierungsform treffen wird." Die Mehrheit der Versammlung hatte diese Form gewählt, weil sie die Republick nur als eine vorläufige Thatsache hinzunehmen gewillt war. Republikanisch aus Grundsatz war wenig über ein Drittel der Versammlung, und jene Mehrheit behielt sich vor, diesem „Pakt von Bordeaux" diejenige Auslegung zu geben, welche sie für gut finden würde, wenn die Umstände ihr gestatten würden, ihre Sympathieen zur That werden zu lassen. Diese Sympathieen der Mehrheit waren der Monarchie zugewendet, und Thiers selbst teilte sie: aber er war verständig genug, sich selbst und weiterhin auch der Versammlung zu sagen, daß es drei Prätendenten gebe und nur einen Thron, und er neige deshalb zur Republik, — er konnte nicht sagen, weil sie den Einigungspunkt für alle Parteien bilde, sondern nur, wie er schon im Jahre 1848 gesagt, „weil sie uns am wenigsten trennt," einigermaßen auch, weil er ihr Präsident war. Es war freilich eine seltsame Staatsform, die Republik eines einzelnen Mannes, die „Republik des Herrn Thiers": die Mehrheit knüpfte indes an die monarchischen Traditionen an, indem sie ihren Sitz nach Versailles verlegte und auch nach wiederhergestellter Ruhe jeden Versuch, den Sitz der Regierung wieder nach Paris zu verlegen, entschlossen abwies. Der Pariser Witz hatte ihr den Namen der Bauernversammlung angehängt; sie zeigte eine gewisse Neigung, der übertriebenen Centralisation entgegenzutreten. Am 8. April beschloß sie die Wahl der Maires durch die Gemeinderäte, fügte sich aber dem energischen Verlangen des Chefs der Exekutive, welcher mit seinem Rücktritte drohte, wenn man ihm nicht für alle Städte von über 20 000 Einwohnern sowie für die Hauptorte der Departements und Arrondissements die Ernennung der Maires durch die Regierung, wie seither geschehen, zugestehe. Bereits aber meldeten sich die Prätendenten. Der so lange verspottete Graf von Chambord wurde plötzlich zu einer sehr ernsthaften politischen Persönlichkeit und kündigte sich in einem am 12. Mai veröffentlichten Briefe als solche an, indem er mit vollem Nachdrucke für die Unabhängigkeit des Papsttums sich aussprach, für welche der Klerus bereits eine lebhafte Agitation begonnen hatte. Am 8. Juni sprach die Versammlung mit großer Mehrheit die Aufhebung der Verbannungsgesetze gegen die Mitglieder des Hauses Bour-

bon aus und erklärte die Wahlen der Prinzen von Orleans für gültig, welche dann auch noch im Laufe des Jahres (19. Dezember), obgleich sie Thiers das Gegenteil versprochen, ihre Sitze in der Versammlung einnahmen. Die Versuche setzten sofort an, die so oft genannte Fusion zwischen der jüngeren und älteren Linie nunmehr ins Werk zu setzen und damit die Möglichkeit einer Herstellung der altfranzösischen Monarchie anzubahnen. Ihr Banner — „das Banner Heinrichs IV., Franz' I. und der Jungfrau von Orleans" — pflanzte ein Manifest des Grafen von Chambord auf (5. Juli), in welchem er sich bereit erklärte, seinem Lande zu helfen. In diesen Zusammenhang gehört die Debatte vom 22. Juli, zu welcher die von den Bischöfen zu stande gebrachten Petitionen für die Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes Anlaß gaben. Denn die klerikale Partei war, da es mit den Bonapartes nichts mehr war, in hellen Haufen ins altkönigliche Lager gelaufen, und die Herstellung der legitimen Monarchie, nicht des Papstes Interesse war der nächste Zweck jenes Petitionssturmes, welcher der Regierung im höchsten Grade unbequem war. Mit seiner gewöhnlichen Geschicklichkeit gab Thiers der Partei, deren Sache Dupanloup, der Bischof von Orleans, führte, gute Worte, die zu nichts verpflichteten: „Ich werde einerseits die Politik meines Landes niemals in Gefahr bringen wollen und andererseits die Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles in den Grenzen des Möglichen verteidigen." Sein Minister des Äußeren, Jules Favre, wurde der Majorität geopfert und durch einen alten Freund, Rémusat, ersetzt. Jener monarchischen Strömung gegenüber beantragte das linke Centrum Verlängerung der Vollmachten des „Chefs der Exekutivgewalt" auf drei Jahre mit dem Titel eines Präsidenten der Republik. Bei der Beratung dieses Antrages am 30. und 31. August kam es zu sehr heftigen Scenen. Der Versammlung wurde die konstituierende Gewalt von der Linken bestritten, sie sei nur zu dem Zweck gewählt worden, über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Von rechts her erwiderte man mit heftigen Ausrufungen über die Usurpation vom 4. September: was schließlich angenommen wurde (Gesetz Rivet), vertuschte nur den Gegensatz, der zwischen dem Chef der Exekutive und der Mehrheit der Versammlung sich bereits gebildet hatte. Thiers erhielt den Titel eines Präsidenten der Republik „und soll unter der Autorität der Nationalversammlung, solange diese ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, die Funktionen fortführen, die ihm durch das Dekret vom 17. Februar übertragen worden sind"; auch wurden gemäß dem Antrage seines Justizministers, Dufaure, seine hervorragenden Dienste in den Motiven zu dem Gesetze ausdrücklich anerkannt. Dagegen beschränkte der 2. Artikel vielmehr die Befugnisse des „Präsidenten", indem er bestimmte,

Adolphe Thiers,
Präſident der Franzöſiſchen Republik.

daß derselbe den Beratungen der Versammlung „nach vorhergehender Benachrichtigung" anwohnen könne. Die Mehrheit konnte ihn noch nicht entbehren, sie mißtraute ihm jedoch mehr und mehr.

Am 13. September vertagte sich die Versammlung auf den Antrag des Präsidenten, damit die Regierung zur Ausarbeitung der nötigen Vorlagen Zeit gewinne. Auch während der Vertagung war für allerlei Aufregung bestens gesorgt. Der 4. September allerdings ging ruhig vorüber, die Regierung hatte jede öffentliche Feier des Tages untersagt, und niemand hatte viel Ursache, sich dieses Tages zu freuen. Dagegen begannen nun die Aburteilungen und Erschießungen der vor das Kriegsgericht gestellten Gefangenen der Commune; eine Kommission ward niedergesetzt, welche die Festungskapitulationen des letzten Krieges zu prüfen hatte; die Nationalgarden wurden einem Beschlusse der Versammlung (24. Juni) zufolge in ganz Frankreich allmählich aufgelöst, wogegen die Ziffer für das Jahreskontingent zum stehenden Heere von 100 000 auf 120 000 erhöht ward. Gelegentlich erprobte Thiers auch seine Regierungskunst gegenüber dem Papste, welcher die gute Gelegenheit der provisorischen Zustände in dem gedemütigten Lande dazu zu benutzen suchte, der französischen Regierung für die Besetzung der Bistümer ein Kuckucksei ins Nest zu legen, ein Praesentavit statt eines Nominavit (30. September). Ihre Kräfte maßen die Parteien einstweilen in den Wahlen für die Generalräte, obwohl dieselben sich eigentlich und grundsätzlich nicht mit Politik zu befassen hatten. Die Wahlen für diese Departemental-Versammlungen oder Bezirkstage fielen überwiegend im Sinne der Regierung aus: die bonapartistische Partei hatte es nur erst wieder auf 120 Sitze unter etlichen 1000 gebracht.

Am 4. Dezember trat die Versammlung wieder zusammen: sie empfing eine ausführliche Präsidentenbotschaft von Thiers. In der letzten Woche des Jahres machte das Haus Orleans von sich reden. Die Regierung beantragte die Rückgabe ihrer mit Dekret vom 22. Januar 1852 vom Staate mit Beschlag belegten Güter, soweit sie noch nicht veräußert waren: zugleich traten der Herzog von Aumale und der Prinz von Joinville in die Nationalversammlung ein, und der erstere ward zum Mitgliede der Akademie gewählt. Eine große Zahl von Generalräten hatte sich für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Schulpflicht ausgesprochen, und unter den Gesetzentwürfen, welche der wiederzusammentretenden Versammlung vorgelegt wurden, befand sich auch der eines Elementarschulgesetzes, welches der Unterrichtsminister Jules Simon in diesem Sinne ausgearbeitet hatte. Man konnte erwarten, daß die Lehren des Jahres 1870 nicht vergeblich gewesen seien, und daß hier, wenn irgendwo, die

Wiedergeburt Frankreichs ansetzen werde, welche noch immer das dritte Wort der Journale war. Allein die Kommission, welche die Versammlung am 4. Januar 1872 für die Vorberatung des Entwurfs niedersetzte, enthielt 13 Gegner gegen 2 Freunde desselben und bestellte zu ihrem Berichterstatter den Bischof Dupanloup, der soeben seinen Austritt aus der Französischen Akademie erklärt hatte, weil er nicht neben dem Philosophen Littré, welcher materialistische Ansichten hegte, in dieser Körperschaft sitzen wollte.

Das Jahr 1872 begann mit einer Krisis, welche Thiers hervorrief, indem er auf einer Besteuerung der Rohstoffe bestand: welche eine Rückkehr zum Schutzzollsystem bedeutete und das verdienstlichste Werk der Napoleonischen Ära, die Handelsverträge mit den verschiedenen europäischen Staaten, in Frage stellte. Er bildete sich, wie vielen klugen Leuten begegnet, auf seine Kenntnisse in diesem Gebiete, wo er doch nur ein allerdings kluger und kenntnisreicher Dilettant war, am meisten ein und suchte die Versammlung mit fortzureißen. Als er nach langen Debatten seinen Willen nicht durchsetzte, verlangte er seine Entlassung, ließ sich aber schließlich doch zum Bleiben bewegen und erlangte auch (2. Februar) die Zustimmung der Versammlung zu einer Kündigung des Handelsvertrages mit England. Die Unvollkommenheit dieses sehr persönlichen Regimes hielt die Thätigkeit und die Intriguen der Parteien wach. Der Graf Chambord rief sich mit einem neuen Manifest ins Gedächtnis; einige Mitglieder der Rechten suchten die verschiedenen Schattierungen der Anhänger der Monarchie in einem gemeinsamen Programme zu vereinigen, um so eine feste Mehrheit in der Versammlung zu bilden; auf der anderen Seite näherte sich Thiers den gemäßigten Elementen der Linken und begann sich deutlicher als bisher für die „konservative Republik" auszusprechen: auch die Bonapartisten machten sich die unsichere Lage zu nutze und erhoben sich mit großer Dreistigkeit in der Presse wieder zu neuer Thätigkeit. Am 11. Februar hatten ihre wenigen Anhänger in der Kammer an Rouher, der in Corsica, der bonapartistischen Domäne, gewählt worden war, einen Führer erhalten. Am 15. März begann die Budgetdebatte, welche abermals 160 Millionen Frank neue Steuern auszumitteln hatte: von Ersparnissen im Heerwesen, wo sie möglich gewesen wären, wollte niemand etwas wissen. Niemand nahm es übel, daß Thiers das ihm für die Armee Bewilligte um mehr als 100 Millionen überschritten hatte und an ordentlichen Ausgaben für dieselbe 80 Millionen mehr als selbst das Kaiserreich verlangte. Ein Bericht der Armeekommission verlangte die allgemeine Wehrpflicht, für welche auch die Generalräte sich aussprachen; „eine unterrichtete und eine bewaffnete Nation", war auch die Losung des dritten oder vierten Prätendenten,

Gambettas, der im April eine große Agitationsreise durch halb Frankreich unternahm, — „damit sie der französischen Familie Bevölkerungen zurückgebe, die am Tage zurückkommen werden, wo Frankreich wiederauferstanden sein wird."

Als die Versammlung nach kurzer Vertagung wieder zusammentrat, kam der Entwurf eines Heeresergänzungsgesetzes an die Reihe (27.—30. Juni), wobei es an Hinweisen auf die jüngste Vergangenheit nicht fehlen konnte. Nach einer heftigen Scene zwischen dem alten General Changarnier und dem Verteidiger von Belfort und erregten Debatten wurde das Prinzip allgemeiner Wehrpflicht angenommen. In den ferneren Stadien griff auch Thiers in die Debatte ein, um die fünfjährige Dienstzeit für die aktive Armee durchzusetzen; denn er legte auf diese das größte Gewicht und wollte im Grunde von der allgemeinen Wehrpflicht nicht viel wissen. Am 22. Juni war das Wehrgesetz erledigt, nach welchem jeder kriegstaugliche Franzose fünf Jahre der aktiven Armee, vier ihrer Reserve, fünf Jahre der „Territorialarmee" und sechs Jahre ihrer Reserve angehören sollte. Gegen diese lange Dienstzeit hatte nur Trochu sich zu erklären den Mut: er erregte aber durch seine Worte: „Erleichtert Euer Budget, indem ihr Eure militärischen Ausgaben reduziert" allgemeine Mißbilligung. Am 24. brachte dann der Minister der Finanzen neue Steuervorlagen ein. Wiederholt schlug die lange Beratung über die Besteuerung der Rohstoffe in politische Debatten und Skandale um: so am 12. Juli, wo der Groll der monarchisch Gesinnten, welche durch die stets zu Gunsten der Republik ausfallenden Nachwahlen gereizt waren, mit großer Heftigkeit losbrach und Thiers nur mit Mühe gegen ihre Unterbrechungen, welche ihm den Bruch des „Pakts von Bordeaux" und Begünstigung der Republik vorwarfen, das Wort sich erkämpfte. In der Rohstoffsteuerfrage setzte er seinen Willen durch: am 26. wurde die Besteuerung von etwa 300 Rohstoffen, welche die Erhebung von Eingangszöllen von den vom Auslande kommenden entsprechenden Waren bedingte, mit 311 gegen 265 Stimmen bewilligt: sie war aber vorläufig unfruchtbar, da erst die Handelsverträge dem entsprechend abgeändert, gekündigt oder abgelaufen sein mußten. Am 1. August vertagte sich die Versammlung auf drei Monate. Über den wichtigen Schulgesetzentwurf hatte sie am 11. Juli noch einen Bericht des Bischofs von Orleans im Namen der Kommissionsmehrheit angehört, welcher ganz im klerikalen Sinne gehalten und nach der Weise und neuen Taktik des Ultramontanismus mit dem Begriffe und Worte der Freiheit spielend den Eltern nur die moralische Verpflichtung auferlegte, ihre Kinder unterrichten zu lassen, ihnen aber als unveräußerliches Recht die „Freiheit" vindizierte, sich Lehrer und Schule nach ihrem Gefallen zu wählen oder

auch nicht zu wählen. Im übrigen war es dieser Partei nicht viel um ein Gesetz in dieser Sache zu thun, da ihr die bestehende Regierung, die ihre Macht zu fürchten hatte, freie Hand ließ.

Die Zeit der Vertagung beuteten die Parteien jede in ihrer Weise aus. Die republikanische Partei verlangte, daß die Versammlung, welche nur zum Zwecke des Friedensschlusses gewählt worden sei, sich auflöse und einer neuen Platz mache, welcher Frankreich das Mandat geben werde, die definitive Form seiner Verfassung zu bestimmen: nach dem Ergebnisse fast sämtlicher Nachwahlen der letzten Monate zweifelten sie nicht, daß eine Neuwahl eine große republikanische Mehrheit liefern werde. Bereits war Gambetta wieder auf Reisen: besonderes Aufsehen erregte eine Rede, die er am 26. September zu Grenoble hielt, und die, schwungvoll, der gallischen Hoffart schmeichelnd, scheinbar gemäßigt in der Form, doch in der Sache sehr energisch die Auflösung der Versammlung verlangte: sie war mit Angriffen auf die Bourgeoisie versetzt, der gegenüber der Redner von „neuen socialen Schichten" sprach, welche jetzt im Staate zu Macht und Geltung gelangten. Der bleibende Ausschuß, welchen die Kammer zurückgelassen hatte, achtete den Anlaß wichtig genug, um den Präsidenten der Republik über seine Stellung zu dieser Manifestation des Radikalismus zu befragen. Thiers mißbilligte dieselbe höchlichst, sprach aber zugleich seine Ansicht dahin aus, daß die Republik augenblicklich eine Notwendigkeit sei: man könne für seine Person Monarchist sein, aber die Herstellung einer Monarchie in Frankreich werde dadurch nicht möglicher. Allein die Mehrzahl der „Monarchisten" hatte sich noch nicht zu der kühlen Höhe emporgeschwungen, von der aus der aufgeklärte Thiers die Sache betrachtete. Eine große Anzahl derselben glaubte an das Königtum, sie waren Royalisten, nicht Monarchisten, und da sie, während alle Welt sie tot gesagt, so unerwartet wieder zu großer parlamentarischer Bedeutung gelangt waren, so konnten sie hoffen, daß ihnen auch die Rückführung ihres Königs, die Herstellung der altfranzösischen Monarchie gelingen werde. Sie konnten dabei auf das tiefe Verlangen nach einer dauerhaften Ordnung der Dinge rechnen, das im Volke bestand, und die eifrigsten dieser Legitimisten durften, was etwa noch fehlte, von einem wunderbaren Eingreifen der Vorsehung erwarten, das eben jetzt in Frankreich an der Tagesordnung war.

Denn der Klerus hatte die Niederlagen des Landes im Kriege wider die Deutschen sich aufs beste zu nutze gemacht, um die Macht der Kirche über die Gemüter, von denen sie einen nicht geringen Teil an den Unglauben verloren hatte, aufs neue zu befestigen oder wiederherzustellen. Mit der Unterwerfung unter die vatikanischen Dekrete hatte es hier keine Not. Von einer wahrhaft religiösen Bewegung,

gleich dem Altkatholizismus in Deutschland, war hier nicht die Rede, die zerstreuten Regungen, die hier und da auftauchten, wurden leicht unterdrückt: dagegen nahm der Katholizismus jetzt in diesem Lande, indem er sich mit der Politik einer Partei verbündete und zugleich den Rachegelüsten des gesamten Volkes gegen Deutschland schmeichelte, mehr und mehr die Formen und das Wesen eines rohen Paganismus an, der mit Marienerscheinungen, Wundern von mancherlei Art und lärmenden Prozessionen die unwissende Menge bestürmte. Zum Schauplatze der Wallfahrten, welche den ganzen Monat August erfüllten, hatten sie einen von der großen Heerstraße entfernten Ort, ein Städtchen nahe an der spanischen Grenze, Lourdes, ausersehen, wo in einer Grotte die Jungfrau Maria — oder ein dogmatischer Begriff, der auf dem besten Wege war, sich zu einer neuen Gottheit zu verdichten, die unbefleckte Empfängnis — einigen Gläubigen erschienen war. „Wir befinden uns nun endlich einmal auf dem Wege des moralischen Fortschritts", sagte der Aufruf eines Komitees hochadeliger Frauen (19. September), „was ist die Ursache dieser socialen Erneuerung? Die Erscheinung der heiligen Jungfrau in der Grotte hat gewiß das größte Gewicht in der Wagschale unserer Geschicke; dort ist der Kulminationspunkt der Epoche". Der Aufruf hatte recht, wenn er sagte, daß in Frankreich der robuste Glaube der Kreuzfahrer wiederauflebe: dieser robuste Glaube war schon rüstig am Werke, eine neue Gottheit, einen neuen Kultus, den des „heiligen Herzens", auszubilden, und die Geistlichkeit und ihre Verbündeten waren klug genug, auch den Schmerz um die verlorenen Provinzen, in welchen die Wundererscheinungen gleichfalls zahlreich waren, für diesen geistlich-weltlichen, ultramontan-legitimistischen Schwindel auszubeuten. Ein neues Manifest des Grafen von Chambord (25. Oktober), „im Grunde ist Frankreich katholisch und monarchisch", kam dieser Bewegung zu Hilfe.

Am 11. November trat die Versammlung zu Versailles wieder zusammen. Leidenschaftlicher als je standen sich die Parteien gegenüber. Am 13. legte Thiers in einer längeren Botschaft die Lage des Landes dar. Er schilderte dieselbe als über Erwarten günstig und verweilte bei dem ungeheuren Erfolge der letzten Anleihe: diese staunenswürdigen Erfolge, sagte er, verdanke Frankreich der energischen Aufrechthaltung der Ordnung: alsdann sprach sich das Schriftstück unumwunden und nachdrücklich für die Republik, die konservative Republik, als die dauernde Regierungsform in Frankreich, aus. „Die Republik besteht, sie ist die gesetzliche Regierung des Landes, etwas anderes anstreben, würde eine neue Revolution und die furchtbarste von allen bedeuten". Ein entscheidender Augenblick nahe heran; an der Versammlung sei es, dieser Republik die nötige Form und die nötige Kraft zu geben.

Die Mehrheit nahm diese Botschaft als eine Kriegserklärung auf. Einige Mitglieder der Rechten protestierten sofort: am 18. aber, aus Gelegenheit einer Interpellation über Gambettas Rede, welche der General Changarnier vorbrachte, wiederholte Thiers seine Aufforderung, eine definitive Regierung zu schaffen. Die Versammlung setzte eine Kommission nieder, um die Botschaft vom 13. zu prüfen. In ihrem Namen erstattete Batbie am 26. Bericht; er sprach von den Fortschritten des Radikalismus, dem man eine kämpfende Regierung entgegenstellen müsse; der Präsident hätte zu diesem Zwecke Waffen verlangt, eine Erste Kammer etwa, mit welcher vereint er im Konfliktsfalle, wie in anderen Ländern, die Zweite auflösen könnte; die Mehrheit der Kommission sei bereit gewesen, diese Anträge zu prüfen, aber das Unaufschiebbare sei das innige Zusammengehen der Nationalversammlung und der vollziehenden Gewalt: in dieser Beziehung jedoch liege ein Übelstand in der persönlichen Einmischung des Chefs der vollziehenden Gewalt in die Debatten der Versammlung. Der Bericht schloß mit dem Antrage auf Ernennung einer Kommission von 15 Mitgliedern, welche der Versammlung in kürzester Zeit einen Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit vorlegen solle. Diesem Antrage setzte Thiers, der sich die Tribüne, auf der er sich mit unerreichter Meisterschaft bewegte, nicht verbieten lassen durfte, durch seinen Justizminister Dufaure einen anderen entgegen: eine Kommission von 30 Mitgliedern behufs Regelung der Beziehungen der Gewalt und der Bedingungen der Ministerverantwortlichkeit zu wählen; mit 372 gegen 335 Stimmen (29. November) errang er den Sieg. Aber dieser Sieg brachte nur einen Aufschub: schon am folgenden Tage zwang ihn ein Mißtrauensvotum gegen seinen Minister des Innern, Lefranc, einen Mann republikanischer Gesinnung, diesen zu entlassen: und am 6. Dezember wurden in die Kommission der Dreißig 19 seiner monarchischen Gegner und nur 11 seiner republikanischen Anhänger gewählt. Englische Blätter haben damals die Ansicht ausgesprochen, daß Thiers, wenn er sich halten und die Republik gründen wollte, die Versammlung hätte auflösen, d. h. sprengen müssen. Dies war richtig. Dazu aber hätte Thiers ein anderer sein müssen, als er war; vielmehr suchte er durch allerlei kleine Mittel die Rechte wieder zu beschwichtigen.

Die Dreißiger-Kommission beeilte sich mit ihrem Werke nicht, und es hat kein Interesse, die Verhandlungen zwischen Thiers und diesen 30, welche stundenlang über die Modalitäten sich stritten, unter welchen der Präsident in der Versammlung das Wort ergreifen dürfe — chinoiseries, Chinesenkram, nannte es der allzeit schlagfertige Witz des Präsidenten —, im einzelnen zu verfolgen. Das Jahr ging über diesem unfruchtbaren Hin und Her zu Ende, das nichts an der verzwickten

Lage des Landes änderte, welches nicht Republik und nicht Monarchie war und keinen Ausweg aus diesem Wirrsal sah.

Das folgende Jahr, 1873, begann mit einem Ereignis, an welches einige Jahre früher noch ganz Europa mit aufgeregter Sorge gedacht hatte, das jetzt aber weder in Frankreich noch sonstwo irgend welche tiefere Aufregung hervorrief. Napoleon III. starb, 65 Jahre alt, am 9. Januar in seinem Exil zu Chiselhurst. Daß man in Frankreich dem „Mann von Sedan" — denn was er sonst noch gewesen, hatte die Niederlage ausgelöscht — noch manchen Fluch und jede niedrige Schmähung ins Grab nachsandte, bedarf der Erwähnung kaum; der Beweis, daß die Nation eines besseren Loses würdig sei, daß sie eine bessere Regierung aus ihrem Schoße erzeugen könne, als der eigenartige cäsarische Despotismus gewesen, welchen dieser Mann 18 Jahre lang mit Kraft und Geschick aufrecht gehalten — dieser Beweis war noch nicht erbracht, wohl aber der, daß Frankreich vorderhand keine Ursache hatte, sich des Tausches zu freuen, den es mit dem 4. September gemacht hatte. Für jetzt wenigstens mißlang der Versuch, aus den provisorischen Zuständen, in denen man seit zwei Jahren lebte, herauszukommen und einen Zustand zu schaffen, bei dem nicht jeden Tag nicht weniger als alles in Frage gestellt werden konnte. Selbst nicht zu einem Anfange der großen Wiedergeburt konnte man gelangen, wie denn am 26. der Unterrichtsminister, dessen Anordnungen der Bischof Dupanloup offen Trotz geboten hatte, seinen Unterrichtsgesetzentwurf zurückzog. Die Dreißiger-Kommission hatte inzwischen einen Entwurf für die „konstitutionellen Gesetze" fertig gebracht, und vom 27. Februar an begannen die Debatten über dieses neue Provisorium. Während Thiers auf organische Einrichtungen drang, wollte die Mehrheit der Kommission und die Nationalversammlung diese zurückschieben und dagegen den Einfluß des Präsidenten, der nicht mehr in ihrem Sinne regierte, möglichst beschränken. Am 13. März wurde der Entwurf mit 407 gegen 225 Stimmen — äußerste Linke und äußerste Rechte — angenommen. Er änderte nichts an der Lage, obgleich er aussprach, daß die Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen über Organisation der legislativen und exekutiven Gewalt, über eine Zweite Kammer und über ein neues Wahlgesetz beschließen werde und von der Regierung Gesetzentwürfe über diese Punkte alsbald erwarte. Am 4. April lüftete die Mehrheit, welche sich unter dem Eindruck der sich mehrenden republikanischen Wahlen und sonstigen republikanischen Kundgebungen zusammenschloß, die Maske: sie wählte an der Stelle des seitherigen, republikanisch gesinnten Präsidenten Grévy, welcher des undankbaren Amtes müde geworden war, einen anderen, Buffet, welcher der Regierung nicht genehm war, 304 gegen 285 Stimmen;

und der Radikalismus, der auch seinerseits demonstrieren wollte, that ihr den Dienst, der Regierung des Herrn Thiers, die bereits im Schwanken war, auch von der andern Seite her einen empfindlichen Stoß zu geben. Ein Deputierter für Paris war zu wählen: eine Abordnung angesehener Bürger hatte die Kandidatur dem Minister des Auswärtigen und persönlichen Freunde von Thiers, Rémusat, angeboten, um ihm die Anerkennung für das jüngst abgeschlossene Übereinkommen mit Deutschland auszudrücken, und Rémusat hatte angenommen. Die Radikalen, mit ihnen Gambetta, stellten dieser Kandidatur den gewesenen Maire von Lyon, Barodet, gegenüber. Sie waren ergrimmt, daß die Nationalversammlung kurz zuvor der Stadt Lyon die Stadtverfassung von Paris aufgezwungen hatte, und konnten eine so köstliche Gelegenheit, die Mehrheit ihrerseits zu ärgern, sich unmöglich entgehen lassen: 180 000 Stimmen wurden für Barodet, 135 000 für Rémusat, 27 000 für den Obersten Stoffel, den letzten Militärbevollmächtigten des Kaiserreichs zu Berlin, abgegeben.

Die Thorheit, welche die Republikaner mit der Wahl Barodets begangen hatten, war einleuchtend. Man hatte in den Reihen der Mehrheit die Ergänzungswahlen seit Juli 1871 gezählt und fand, daß von 144 solcher Wahlen nur 29 auf die Ihrigen gefallen waren. Diese letzte Wahl gab ihnen vollends ein Recht, zu fragen, wohin die Regierung des Herrn Thiers das Land steuere, und zugleich den Mut, nunmehr ernstlich auf seine Beseitigung zu sinnen. Thiers seinerseits berief am 18. Mai drei gemäßigte Republikaner, unter ihnen Casimir Périer, in sein Kabinett, aus welchem er einen Republikaner, Simon, der den Klerikalen besonders verhaßt war, und einen Konservativen, Goulard, zugleich entließ. Am 19. trat die Versammlung zusammen: sofort kündigte der General Changarnier eine Interpellation über die neuesten Ministerveränderungen an, welche von 320 Mitgliedern unterzeichnet war. Der Justizminister Dufaure legte die Gesetzentwürfe über die Organisation der Gewalten und die Errichtung einer Zweiten Kammer vor; in der Einleitung war gesagt, daß der Gegenstand dieser Entwürfe die regelrechte Einführung der Republik sei, welche die Umstände erheischen und die Politik gebiete. Dieser Verfassungsentwurf kam nicht mehr zur Beratung. Die Entscheidung erfolgte schon bei der Debatte über die Interpellation Changarnier, da die Rechte ihrer Sache sicher war: sie hatte sich geeinigt und durch ein paar käufliche Stimmen aus dem linken Centrum verstärkt. Am 23. begann die Debatte: vergebens bot Thiers seine Beredsamkeit auf, welche in dem einen Satze gipfelte, der allerdings für sich selber sprach: „Es giebt nur einen Thron, und drei haben auf demselben nicht Platz"; er pochte auf die materielle Ordnung, die er aufrecht erhalten; daß er

seine Sache schon halb verloren gab, bewies der gereizte Schluß seiner Rede, mit welchem er den Arrangeur der Koalition der Rechten, den Herzog von Broglie traf. Dieser hatte ihm vorgeworfen, daß er ein Schützling des Radikalismus sei: „Auch er ist ein Schützling", rief Thiers aus, „aber er erfreut sich einer Protektion, welche sein edler Vater, der alte Herzog von Broglie, mit Abscheu zurückgewiesen haben würde: er ist der Schutzbefohlene des Kaiserreichs." Es half ihm nichts mehr: die von dem Deputierten Ernoul formulierte Tagesordnung, welche die letzten Ministerernennungen bedauerte, wurde gegen die einfache Tagesordnung, welche die Regierung verlangte, angenommen, 360 gegen 344 Stimmen (24. Mai). Die Sitzung ward suspendiert. Abends 8 Uhr wurde sie wieder aufgenommen: Dufaure überreichte das Entlassungsgesuch des Präsidenten. Die Linke brachte einen Antrag ein, das Gesuch nicht anzunehmen; dieser Antrag wurde, schon mit größerer Mehrheit, 368 gegen 339, abgelehnt, und als das Stück, dem Programm gemäß, weiterspielte, vereinigten sich bereits 390 Stimmen bei der Wahl des neuen Präsidenten auf den „ruhmvollen Besiegten von Reichshofen", den Marschall Mac Mahon. Um 11¾ Uhr in der Nacht brachte Buffet, der Präsident, die Nachricht, daß der Marschall „nicht ohne Mühe" sich habe bestimmen lassen, anzunehmen.

So war man hier, noch nicht drei Jahre nach der Improvisierung der dritten Republik, wieder so weit, einen Kriegsmann an der Spitze zu haben. Es geht nirgends wunderlicher zu, als auf der Welt, sagt ein leichtfertiges Sprichwort: während man Anstalten traf, den einen der Napoleonischen Marschälle, Bazaine, vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode verurteilen zu lassen, erhob die Laune des Zufalls einen anderen, der nur durch eine rechtzeitige Verwundung dem Schicksal entgangen war, seinen Namen unter eine Kapitulation, gleich demütigend und gleich notwendig wie die von Metz, setzen zu müssen, auf die höchste Stufe der Macht. Die Nation war sehr arm geworden, daß ihr dieser Name, der Name eines Besiegten, jetzt genügte: für die Zwecke einer Koalition von Parteien, welche nur im Haß der Republik einig waren, eignete sich dieser Mann sehr gut, der keine selbständige politische Ansicht hatte und keinen hohen Ehrgeiz trug, den sie deshalb mit den Ehrennamen des „loyalen Soldaten", des „modernen Bayards" und ähnlichen überhäuften.

Der Marschall bildete ein Ministerium aus den verschiedenen Bestandteilen der Koalition: Orleanisten und Legitimisten sowie einigen Bonapartisten, welche Schritt für Schritt wieder Boden gewannen. Ihnen gehörte der Finanzminister Magne und der Kriegsminister General de Cissey an; den Orleanisten das leitende Haupt der neuen

Regierung, der Minister des Auswärtigen, Herzog von Broglie. In einer Botschaft, welche der neue Präsident an die Versammlung richtete (25. Mai), gab er sich ganz als Diener der Versammlung, d. h. ihrer Mehrheit: „Ich betrachte den Posten, auf welchen Sie mich gestellt haben, als denjenigen einer Schildwache, welche zum Schutze der Unverletzlichkeit Ihrer souveränen Gewalt aufgestellt ist."

Die neue Regierung gab sich als eine Regierung des Kampfes, welche dem um sich greifenden Radikalismus gegenüber dasjenige aufrechtzuhalten oder wiederherzustellen habe, was diese Männer die „moralische Ordnung" nannten. Sie fand wenig Widerstand. Die Mitglieder der Linken und die republikanischen Parteiführer mahnten zu unverbrüchlicher Bewahrung der Ordnung: sie gaben sich die Miene, als vertrauten sie darauf, daß dieses Regiment unter dem „loyalen Soldaten", dem auch sie gelegentlich ein Schmeichelwort sagten, von selbst sich ändern werde, da die Mehrheit vom 24. Mai nur sehr klein gewesen und die Einigkeit der Parteien, welche sie gebildet, unmöglich lange vorhalten könne. Einstweilen begnügte man sich mit mehr oder weniger geräuschvollen, aber harmlosen Kundgebungen zum Preise des „großen Bürgers", des „Befreiers des französischen Bodens", und wie die zierlichen Worte alle heißen mochten, mit denen man Thiers eine Freude und seinen Gegnern einen Verdruß bereiten konnte. Sie mußten es bei den friedlichen und schüchternen Demonstrationen bewenden lassen, denn ihre Gegner hatten die Soldaten und den Klerus für sich. Dem Auslande gegenüber trat die neue Regierung sehr zahm auf. Der Herzog von Broglie bestätigte den Vertretern Frankreichs im Ausland einfach ihre bisherigen Instruktionen. Dagegen räumte sie im Innern unter den Präfekten und sonstigen Verwaltungsbeamten republikanischer Richtung nachdrücklich auf, und das Cirkular des Ministers des Innern Beulé an die Präfekten vom 1. Juni 1873 sprach es ohne Scheu aus: was die Nationalversammlung vor allem von der neuen Regierung verlange, sei ein von sicherer Hand geleitetes Verwaltungspersonal, welches sich an die Spitze der Konservativen stelle. „Sprechen Sie ohne Bedenken und recht laut aus, auf welcher Seite Ihre Sympathieen und unsere Aufmunterungen sind." Darüber war denn auch kein Zweifel möglich: an allen Enden und Ecken bekamen es republikanische Präfekten, Maires, Zeitungen zu spüren; selbst die Toten schonte man nicht, wie denn der Präfekt von Lyon Civilbegräbnisse nur morgens vor 6 Uhr gestattete und niemand den unflätigen Organen der moralischen Ordnung wehrte, wenn sie dieses Dekret mit den Worten rechtfertigten, daß nach dem Gesetz aller Unrat vor Tagesanbruch aus der Stadt geschafft werden müsse. Zugleich wurde der Kultus des heiligen Herzens und das Wallfahrts-

wesen von neuem in Schwung gesetzt. Mittlerweile hatten sich andere Wallfahrtsorte aufgethan und neue Wunder begeben; insbesondere machte Paray le Monial in Burgund, wo vor einigen Jahrhunderten das heilige Herz Jesu in seinem brennenden Zustand der Nonne Marie Alacoque erschienen war, dem heiligen Orte Lourdes Konkurrenz; an den Prozessionen beteiligten sich auch viele Mitglieder der Nationalversammlung, Offiziere, und wer Beförderung und sonstige Gunst der Regierung suchte. In die feurigen Gebete und halbheidnischen Beschwörungsformeln, mit denen das Herz Jesu oder die Jungfrau Maria oder irgend ein lokaler Heiliger bestürmt wurde, teilte sich Frankreich, der Papst und das Elsaß, dessen umflorte Fahnen einen fast regelmäßigen Schmuck jener Schaustellungen bildeten. Diese Bewegung besaß bereits ihr eigenes Amtsblatt, den „Pélérin", und der Monat August war ihr besonders geweiht. Am 25. Juli genehmigte die Nationalversammlung einen Gesetzentwurf, welcher eine auf dem Montmartre zu errichtende Votivkirche betraf; am selben Tage korrigierte sie die Rohstoffbesteuerung, welche unter Thiers' Einfluß beschlossen worden war. Am 30. vertagte sie sich; ihr bleibender Ausschuß zählte 16 Mitglieder der Koalition gegen 9 halbe oder ganze Republikaner: die Mehrheit schien zu wachsen.

Mit alledem kam man aber der Lösung des Hauptproblems, wie man eine Monarchie herstellen kann, wenn nur ein Thron und drei, die sich darauf setzen wollen, vorhanden sind, nicht näher. Doch war man in dieser Richtung nicht müßig gewesen, und wenige Tage später geschah der bedeutungsvolle Schritt, der seither nicht hatte gelingen wollen. Am 5. August machte der Enkel Louis Philipps, das Haupt der jüngeren Linie, der Graf von Paris, dem Haupte des damit wiederhergestellten „Hauses von Frankreich", Grafen von Chambord, zu Frohsdorf, einen Besuch, den dieser am folgenden Tage zu Wien zu erwidern „geruhte". „Es ist jetzt ausgemacht und festgestellt," ließ sich das Organ des Prinzen von Orleans vernehmen, „daß es in Frankreich keine zwei Häuser, sondern nur ein einziges giebt, — daß der Graf von Chambord das Oberhaupt dieses Hauses ist, und daß, falls man die Monarchie herstellen wird, man sich an ihn wenden muß". Mit Kraft steuerte man jetzt auf dieses Ziel los. Die Geistlichkeit warf sich ins Geschirr, der päpstliche Nuntius wirkte für diese Lösung, für welche man, wenn es gelang, die Mehrheit der Nationalversammlung zu gewinnen, — und wäre es auch nur eine Stimme über die Hälfte — von dem Marschall-Präsidenten, der von seiner legitimistischen Frau beeinflußt war, keinen Widerspruch erwartete. Schon bereiteten einzelne Blätter eine Schwenkung vor; trotz der matten republikanischen Demonstrationen verbreitete sich eine resignierte Stimmung, und ange-

sehene wohlunterrichtete Organe in der Presse des Auslands nahmen die demnächstige Restauration Heinrichs V. in sichere Aussicht. Es war freilich eine kleine Meinungsverschiedenheit unter den Deputierten, welche für diese heilige Sache thätig waren. Die reinen Legitimisten wollten unbedingte Vollmacht für den rückkehrenden König, die Orleanisten und wer sich, ohne weder das eine noch das andere zu sein, doch dem Gedanken der Widerherstellung des Königtums zuneigte, damit das Land endlich zur Ruhe komme, wollten die Rückkehr des Königs an gewisse Bedingungen, eine Charte, die Grundlinien einer solchen, irgend welche Bürgschaften im Sinne der Freiheit, der Errungenschaften von 1789, geknüpft sehen. Indes darüber schien eine Verständigung nicht allzu schwierig. Der Graf oder König selbst hatte wiederholt und noch am 19. September in einem ostensiblen Briefe an einen legitimistischen Deputierten das Gerede von bevorstehender Wiederherstellung der Zehnten, der feudalen Rechte, der religiösen Unduldsamkeit für Gespenster erklärt; die Unterhändler, welche nach Frohsdorf gegangen, brachten von dort die beruhigendsten Nachrichten mit. Die Versammlungen der Rechten aller Farben wurden häufiger. Die Gegenversammlungen der Bonapartisten und die der Republikaner hatten keine rechte Kraft. Am 12. trafen Abgesandte der letzten royalistischen Versammlung, die Herren Lucien Brun und Chesnelong, zu Salzburg bei ihrem König ein. Man rüstete sich auf den entscheidenden parlamentarischen Kampf. Die gesamte Linke beschloß, bei diesem sich Thiers' Führung zu überlassen; am 22. Oktober wurden auf der anderen Seite in zwei getrennten Versammlungen die Anträge vorbereitet, welche unter bestimmten Bedingungen das Oberhaupt der königlichen Familie von Frankreich, Henri Charles Ferdinand Marie Dieudonné, als erblichen König auf den französischen Thron zurückrufen sollten. Der letzte Skrupel betraf die Fahnenfrage. Der Antrag einer am 4. Oktober niedergesetzten Kommission besagte: „Die dreifarbige Fahne wird beibehalten, es wird daran nichts geändert werden dürfen ohne die Übereinstimmung des Königs und der Nationalvertretung". Man wußte, daß der Graf von Chambord in diesem Punkte Skrupel hegte; indes auch hier war ja, so sollte es scheinen, eine Vereinigung nicht schwer. Nahm der König die drei Farben an, so kam es der „Nationalvertretung" sicher auf eine weiße Binde, ein paar weiße Troddeln, ein paar Lilien nicht an, und Herr Chesnelong, der von Frohsdorf zurückgekehrt war, glaubte auch in dieser Beziehung beruhigende Versicherungen geben zu können. Man erfuhr, daß das königliche Paar, Graf und Gräfin Chambord, sich reisefertig machten; die beiden großen Fraktionen der Rechten waren einig; der letzte Akt konnte beginnen.

Da platzte, am 30. Oktober, die buntschillernde Seifenblase einer

Restauration des Bourbonischen Königtums auf eine fast lächerliche Weise. Der Graf von Chambord schrieb an den Herrn Chesnelong einen Brief, der zum so und so vieltenmal bewies, daß dies nicht der Mann sein konnte, Frankreich zu retten. Er berichtigte mit vielen Worten die Mißverständnisse, die sich erhoben hätten. Der langen Rede kurzer Sinn war, daß er nicht einwillige, „legitimer König der Revolution" zu sein, daß er die weiße Fahne nicht verleugnen könne, daß er nichts von Bedingungen und Bürgschaften wissen wolle; — gleichwohl setzte er hinzu: „Ich bin der Pilot, der notwendig und allein im stande ist, das Schiff in den Hafen zu führen, weil ich die Mission und die Autorität zur Ausführung besitze."

„Meine Person ist nichts, mein Prinzip ist alles", hieß es in diesem unvergleichlichen Schreiben, in welchem der klägliche Enkel eines einst kraftvollen Königsgeschlechts die Krone wegstieß, die ihm entgegengetragen wurde. Der erste Teil des Satzes war unzweifelhaft richtig, und da die Person so völlig nichts war, so war es auch mit dem Prinzip nichts, das einen Mann als Träger verlangte. Möglich ist immerhin, daß das Gerede von der weißen Fahne, der Fahne von Ivry u. s. w., bloßer Vorwand war, und daß der Graf von Chambord entweder nicht den Mut besaß, welchen die große Aufgabe erforderte, oder daß er die Einsicht hatte, zu erkennen, daß einige Stimmen mehr als die Hälfte in einer Versammlung von 700 Deputierten keine solide Grundlage für einen hergestellten Thron gaben. Ein wirklicher Glaube an eine gute und heilige Sache hat die Verheißung, daß er auch Berge versetze — dieser Glaube zum mindesten scheint diesem gläubigsten aller Könige gefehlt zu haben.

Wie dem sei, die Restauration, für welche alles bereit gewesen wäre, war durch dieses Schreiben unmöglich geworden. Statt der Herstellung des alten Königtums mußte man sich auf ein anderes Auskunftsmittel besinnen. Man fand ein solches in dem Antrage, dem augenblicklichen Haupte der Regierung seine Gewalten auf eine Reihe von Jahren, 5, 8, 10 Jahre, je nachdem, zu verlängern. Die Geschäfte, die gesamte erwerbende Thätigkeit des Volks litt schwer unter dem unsicheren Zustande; einen sicheren und dauernden herzustellen aber, war einstweilen unmöglich: es mußte genügen, wenn man wenigstens einen Faktor im Staate wenigstens auf einige Jahre fixierte — einen etwas längeren Waffenstillstand also einrichtete, wo man keinen wirklichen Frieden zu stande bringen konnte. Der Marschall selbst deutete diese Lösung in der Botschaft an, mit welcher er am 5. November die wieder zusammentretende Versammlung begrüßte. Der Regierung mangle es an Macht; mit einer Gewalt, welche sich jeden Tag ändern könne, möge man den Frieden des laufenden Tages sichern, könne aber keine Sicher-

heit für den folgenden schaffen. Den Widerhall dieser Botschaft bildete ein Antrag von Changarnier, wonach die Exekutivgewalt unter denselben Bedingungen wie bisher bis zur Abstimmung über die konstitutionellen Gesetze dem Marschall Mac Mahon anvertraut werden sollte. Eine Kommission von 15 Mitgliedern ward niedergesetzt, um diesen Antrag zu prüfen.

Den monarchischen Parteien war derselbe genehm, weil er die endgültige Verkündung der verhaßten Republik hinderte und sie während des Zwischenzustandes für ihre besonderen Zwecke agitieren konnten. In dieser Zwischenzeit konnte irgend etwas geschehen; vielleicht starb mittlerweile der Graf von Chambord und machte dadurch den Grafen von Paris zum Haupte des Hauses Frankreich; oder er wurde, was freilich der unwahrscheinlichere Fall war, vernünftig; die Bonapartisten konnten denken, daß einige Jahre zu warten dem unreifen Jüngling, der ihre Fahne führte, und der mittlerweile am 15. August in Chiselhurst seine erste Rede gehalten hatte, nichts schaden könnten; selbst den Republikanern mißfiel der Antrag nicht ganz, weil sie nicht mehr allzuviele Stimmen brauchten, um in der Versammlung die Majorität zu bekommen. Am besten gefiel er denen, welche vor allen gegen die von der Linken erstrebte Auflösung der Versammlung waren, eine Maßregel, die ihrer hohen Stellung als Teilhaber an der Souveränität ein Ende gemacht hätte. Denn die Verlängerung der Gewalten des Marschalls und die verlangte Feststellung der konstitutionellen Gesetze gab der gegenwärtigen Versammlung eine lange Frist, die sich durch geschickte Mittel noch länger machen ließ. Nur schienen zehn Jahre zu lang, die Fünfzehner-Kommission trug auf nur 5 an; indes der Marschall ließ mit sich handeln und die Parteien auch; er begnügte sich mit einer Dauer von sieben Jahren. So kam am 19. November 1873, nachdem der Antrag der Bonapartisten auf ein Plebiszit gegen 83 Stimmen abgelehnt war, mit 378 gegen 310 Stimmen eine Regierungsform zu stande, für welche man in den Staatsrechtshandbüchern vergeblich einen Namen gesucht hätte, und für welche man deshalb eine neue Bezeichnung, das Septennat, schaffen mußte.

Unter dieser Regierung, der Regierung eines unbedeutenden Mannes, in der allerlei Intriguen sich drängten, war also Frankreich bis zum Jahre 1880 zu leben verurteilt.

Verhältnismäßig einfach war die auswärtige Politik, der in den nächsten Jahren kein anderes Problem gestellt war als das: den Grimm über die erlittenen Niederlagen und Verluste zu verwinden, mindestens zu verbeißen und Frieden zu halten. Erschwert wurde dies Mac Mahon, wie es Thiers erschwert worden war, durch die Klerikalen, denen die Sache ihres Landes Nebensache, die Befriedigung

ihrer Einbildungen und ihres Hasses die Hauptsache war. Die Bischöfe polterten gelegentlich gegen die Maßregeln, welche die preußische Regierung gegen die preußischen Bischöfe zu ergreifen nötig fand, und wir haben schon gesehen, daß Bismarck gegen soviel Hitze einen Strahl kalten Wassers zu richten für zweckmäßig hielt: am 19. Januar 1874 ward das „Univers" wegen seiner Haltung in dieser Sache auf 2 Monate suspendiert. Auch an Italien ließen sie ihre üble Laune aus: gelegentlich auch wohl an der eigenen Regierung, wenn sie that, was recht und vernünftig war. So im Oktober 1874, wo endlich das Kriegsschiff L'Orénoque aus den Gewässern von Civita Vecchia abgerufen wurde, nachdem es daselbst zum Schutze oder vorkommenden Falls zur Aufnahme des Papstes, in jedem Falle zum großen Ärger der Italiener, seit 1870 stationiert gewesen war. Der schlimme Hintergedanke, der jenem Schildwachstehen an den Thoren Roms zu Grunde gelegen, trat noch deutlicher und bösartiger zu Tage in der offenbaren Begünstigung der spanischen Karlisten, welche sich der Minister des Auswärtigen, Herzog von Decazes, zu Schulden kommen ließ. Einen großen Verdruß bereitete der Abgeordnete von Nizza, Piccon, seinen französischen Landsleuten, indem er bei einer öffentlichen Gelegenheit sehr unumwunden die Hoffnung aussprach, daß Nizza eines Tages wieder zu seinem wahren Vaterlande Italien zurückkehren werde. Er sah sich zu dem genötigt, wozu die übereifrigen Elsässer im deutschen Reichstag niemand zwang: er mußte sein Mandat niederlegen.

In einem Punkte, welcher den Franzosen erst wieder eine auswärtige Politik nach ihrem Sinne möglich machen sollte, der Herstellung und Neuorganisation des Heeres, waren alle Parteien einig. Die Ziffern wuchsen ins Ungeheure, 704 000 Mann aktive Armee, 510 000 Reserve, Territorialarmee oder Landwehr 582 000, Reserve 625 000, zusammen 2 400 000 Mann; mit gleicher Energie waren die Festungen hergestellt worden, vor allem Paris, und einigermaßen bedenklich wurden die Zahlen im Frühling 1875 durch Errichtung der vierten Bataillone, so daß man in Deutschland aufmerksam wurde. Es bedurfte indes weder der dargebotenen englischen Vermittelung (10. Mai), noch der Dazwischenkunft des russischen Kaisers und seines Kanzlers (13. Mai), sondern nur des Bewußtseins, daß die deutschen Autoritäten wachsam blieben, um die beunruhigte Oberfläche wieder zu glätten.

Im Innern zeigte sich nach Aufrichtung des Septennats ein sehr unklarer Zustand. Eine Koalition monarchischer Parteien, einig nur im Hasse der Republik, umdrängte das Ruder; ihnen gegenüber einigte sich im Hasse der Restaurationsgelüste die starke republikanische Partei. Ihr Weg war deutlicher und gerader als die sich kreuzenden [illegible] wirrenden Pfade der Monarchisten: sie hatten nur Eintracht [illegible]

gung zu bewahren, bis sich in nicht ferner Zeit die Richtigkeit des Satzes zeigte, daß eins nicht drei und drei nicht eins sein kann. Man muß anerkennen, daß die Republikaner und namentlich der bedeutendste ihrer Führer, Gambetta, mit Geduld und Mäßigung und dabei ohne Schwäche diesen Weg verfolgten.

Der Regisseur der Intrigue, welche Thiers gestürzt hatte, Herzog von Broglie, hielt sich bis zum Mai 1874. Es ersetzte ihn ein farbloses Ministerium, an dessen Spitze General de Ciffey stand. Der Marschall an der Spitze empfand das Unfertige und darum Gefährliche der Lage, bei der man nur eben die Ordnung des Tages aufrecht erhalten, die unmittelbarsten Gefahren beschwören konnte: er verlangte mithin die „Organisation seiner Gewalten" — eine Art Staatsverfassung, Staatsgrundgesetz also, mit dem er regieren könnte; und er verlangte sie von dieser Versammlung, während die gesamte republikanische Partei, d. h. nahezu die Hälfte ebendieser Versammlung, deren Auflösung je früher desto besser begehrte: in einem andern Lande, bei geordneten Zuständen, hätten sich beschleunigte Neuwahlen bei solcher Lage von selbst verstanden. Die gesamte Linke brachte einen dahin gehenden Antrag ein (23. Juli): derselbe fiel 369 gegen 340 Stimmen, ebenso wie der Casimir Périers auf definitive Einsetzung der Republik 374 gegen 333. Das Jahr ging über den Zettelungen der Parteien hin; bei jeder neuen Wahl in irgend einem Departement, jeder Kundgebung irgend einer Partei geriet das ganze Land in Aufregung, ohne daß jene „Organisation" erfolgt wäre. Erst im Januar 1875 nahm man sie ernstlich in Beratung. Es charakterisierte die Lage, daß das Wort Republik (nach dem Amendement Wallon) nur eben mit einer Stimme Mehrheit, 353 gegen 352, im Gesetze Aufnahme fand. Am 24. Februar endlich gelang die Verständigung, und mit 448 gegen 241 Stimmen wurde diese Verfassungsgrundlage angenommen, welche der Deputiertenkammer einen Senat zur Seite stellte, von dessen 300 Mitgliedern, welche das 40. Lebensjahr überschritten haben mußten, die Nationalversammlung 75, die Wahlkollegien der Departements — gebildet durch die Deputierten, die Mitglieder der Generalräte, der Arrondissementsräte und je einen Deputierten jedes Gemeinderats — 225 zu wählen hatten: der Präsident der Republik, von Senat und Deputiertenkammer auf 7 Jahre gewählt, ist unverantwortlich, außer im Falle des Hochverrats: er hat die Initiative zu Gesetzvorschlägen wie die Kammern: mit Zustimmung des Senats kann er die Deputiertenkammer auflösen.

Nach Votierung dieses Gesetzes berief der Marschall-Präsident den Präsidenten der Nationalversammlung Buffet und ließ durch ihn ein Kabinett bilden, das, im übrigen sehr konservativ und vor allem sehr

klerikal, doch auch 2 aufrichtig republikanische Mitglieder, Dufaure (Justiz) und Leon Say (Finanzen), zählte (13. März). Die klerikale Partei machte sich denn auch das schöne Wetter rasch zu nutze: im Juli errang sie einen sehr bedeutungsvollen Sieg durch Annahme des Gesetzes über die „Freigebung des höheren Unterrichts", welches mit erneuerten klerikalen Demonstrationen und Agitationen in Scene gesetzt worden war. Mit 316 gegen 266 Stimmen angenommen, machte es den Klerikalen möglich, freie „katholische" Universitäten zu errichten, denen Titel III das Recht der Verleihung akademischer Grade, also Gleichstellung mit den staatlichen Universitäten verlieh. Nicht umsonst hatte am 16. Juni der Papst das ganze Land der neuen Gottheit, dem Herzen Jesu, geweiht: die Geldsammlungen für jene freien Universitäten nahmen einen guten Gang: schon am 16. November jenes Jahres konnte der Erzbischof von Paris seine Rechtsfakultät eröffnen. Unterdessen waren die übrigen ergänzenden organischen Gesetze durchgegangen. Die Nationalversammlung, vom 4. August bis 4. November vertagt, hatte am 21. Dezember ihre 75 Senatssitze vergeben und schloß dann, endlich, am 31. Dezember 1875 ihr langes Leben.

Am 30. Januar 1876 wählten die Wahlkollegien der Departements ihre Senatoren, am 20. Februar das allgemeine Stimmrecht die Abgeordneten. Der Ausfall der ersteren war unsicher: Buffet und mit ihm überhaupt die orleanistische Partei unterlag: aber die antirepublikanischen Elemente hatten im Senate eine Minderheit, welche bei günstigem Winde zur Mehrheit werden konnte. Bei den Deputiertenwahlen dagegen (20. Februar) erlitt das Ministerium, welches sehr stark gegen republikanische Wahlen gearbeitet hatte, eine schwere Niederlage. Buffet selbst, an 3 Orten als Kandidat aufgestellt, war an allen durchgefallen: die Republikaner, deren Sache mit großem Geschick und diesmal mit staatsmännischem Takte — der, in der Hauptsache fest, nicht nach Art der radikalen Doktrinäre auch zugleich alle Nebenpunkte seines Credos durchsetzen will — Gambetta führte, geboten über eine große Mehrheit: mit 414 Stimmen wurde am 8. März, wo die neuen Kammern zusammentraten, einer der Ihren, Jules Grévy, zum Präsidenten gewählt. Der Marschall ließ der neuen Lage gegenüber Buffet fallen und durch Dufaure ein neues Kabinett bilden. Dasselbe bestand aus gemäßigten und tüchtigen Männern des linken Centrums; sein Unterrichtsminister, Waddington, war sogar Protestant; es mußte, wie dies die unter allen Wechseln und Stürmen sich gleichbleibende centralisierte Verwaltung des Landes, die ein deutscher Historiker mit Recht seine wahre Verfassung genannt hat, erheischte, mit zahlreichen Absetzungen und Anstellungen von Präfekten und Sousprafekten beginnen. Waddington, ein entschlossener Mann des Fort-

schritts, schlug am 23. März die Modifikation des Unterrichtsfreigebungsgesetzes in dem Sinne, daß der Staat sich die ausschließliche Verleihung der akademischen Grade wiedernehme, vor: mit 388 gegen 128 Stimmen genehmigte es die Deputiertenkammer (7. Juni). Aber der Senat verwarf dies mit 144 gegen 139 Stimmen (21. Juli). Der Zwiespalt trat hervor: die Deputiertenkammer strich die neuen Armeegeistlichen im Budget: der Senat, mit zweifelhafter Berechtigung, stellte sie her.

Am 2. Dezember kam das Kabinett Dufaure wegen einer untergeordneten Frage zu Fall. Die Mehrheit zögerte mit Fertigstellung des Budgets, bis sie eines republikanischen Ministeriums sicher war. Am 12. entschloß sich der Marschall zu einem Manne der Linken, Jules Simon: die übrigen Minister des Kabinetts Dufaure blieben, außer dem Minister des Innern, Marcère: mit ihnen blieb auch der Kriegsminister Berthaut, ein Mann der Rechten, welchen der Marschall als technischen Minister außerhalb der politischen Krisen erhalten zu sehen verlangte.

Die Freude der Republikaner dauerte nicht lange. Schon im April 1877 munkelte man von drohenden Staatsstreichen: die antirepublikanischen Parteien, denen Simon als Mann des 4. Septembers besonders verhaßt war, sahen mit Schrecken, daß die Republik mehr und mehr sich befestigte. Noch einmal fand sich der Mann, ihre Intrigue zu leiten, ein Meister der Kunst, derselbe, der einst Thiers gestürzt hatte, der Herzog von Broglie. Der Klerus eröffnete den Feldzug mit einem Sturm von Petitionen und lautem Lärmen gegen Italien, dem Widerhall der päpstlichen Allokution vom 12. März 1877: die Gärung stieg: am 24. Mai beschäftigte sich die Kammer mit diesen Dingen. Simon hatte hier das Mißgeschick, die Dinge mit ihrem rechten Namen zu bezeichnen. „Übertreibungen, um nicht zu sagen Lügen," nannte er sehr richtig das Gerede von der Gefangenschaft des Papstes im Vatikan: er erregte damit den tödlichen Grimm der Leute, welche die Hintertreppen kannten und das Ohr des loyalen und etwas beschränkten Soldaten an der Spitze besaßen. Die Kammer, 361 gegen 121 Stimmen, genehmigte die von den „3 Linken" — linkes Centrum, gemäßigte Linke, äußerste Linke — vereinbarte Tagesordnung, welche der Regierung jenen gefährlichen klerikalen Kundgebungen gegenüber strenge Anwendung der Gesetze empfahl. Demgemäß führte am 16. Mai Marschall Mac Mahon seinen Staatsstreich aus: er benutzte einen sehr untergeordneten Punkt — daß der Ministerpräsident einen Paragraphen des Preßgesetzes nicht, wie er dem Marschall versprochen, energisch verteidigt habe — und schrieb jenem einen mehr groben als höflichen Brief. Simon verlangte seine Entlassung: und am 18. kam zu Tage, was man gewollt — ein

neues Ministerium des Kampfes und der „moralischen Ordnung" — Orleanisten, Bonapartisten, Legitimisten: mit dem Herzog von Broglie an der Spitze.

Der folgende Tag brachte eine Botschaft des Präsidenten, welche die radikalen Ideen bekämpfte und erklärte, daß er, der Marschall, zu deren Siege nicht beitragen könne. Die Botschaft vertagte die Kammer auf einen Monat: niemand kam mehr zum Wort: mit einem Lebehoch auf die Republik trennte sich die Mehrheit. Als dann am 16. Juni die Kammer wieder zusammengetreten war, wurde dem Senat der Antrag vorgelegt, die Auflösung der Deputiertenkammer auszusprechen, und mit 149 gegen 130 Stimmen wurde derselbe angenommen. Doch hatte diese am 19. noch ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, 363 gegen 158 Stimmen, votiert, und die Bewilligung der direkten Steuern mit gleicher Mehrheit, 364 gegen 160, diesem Ministerium versagt. Die Regierung und die gesamte Reaktion entwickelte nun große Thätigkeit: ein Rundschreiben Fourtous, des bonapartistisch gesinnten Ministers des Innern, gab den Präfekten auf, sich mit dem Volke in Verbindung zu setzen und ihm die Kandidaten zu bezeichnen, welche Freunde, sowie die, welche Gegner des Marschalls seien: die „offiziellen Kandidaturen" des Kaiserreichs, die berüchtigten, waren also wieder eingeführt. Hier freilich machte die Verteilung dieser Kandidaturen unter die verschiedenen Arten von Monarchisten Schwierigkeit; aber was gemacht werden konnte, wurde gemacht; der Marschall selbst, die Bischöfe, der Klerus, die ultramontane Presse warfen sich in die Agitation für die Wahlen: die in Masse ernannten neuen Präfekten thaten alles mögliche und noch etwas darüber: selbst der Papst hatte eine Indulgenz von 300 Tagen für jeden bereit, der sich an einer dreitägigen Andacht behufs Erzielung glücklicher Wahlen beteilige. Mitten in diesen Wirren starb Adolphe Thiers (3. September). Sein großer Name, der einsichtige Patriotismus, mit welchem er ohne Voreingenommenheit für diese Staatsform doch die Republik angenommen hatte, that in diesem neuen Kampfe den Republikanern die besten Dienste, und Gambetta, ihr jetziger Führer, hatte von dem hingeschiedenen Staatsmann einiges glücklich sich angeeignet, unter anderem die Kunst, die Worte zu zügeln, um mit gemäßigtem Ausdruck desto kraftvoller zu reden: mit ruhiger Entschiedenheit sagte er am 15. August den Wählern von Lille, der Marschall werde sich dem Wunsche des Landes bequemen müssen — se soumettre ou se demettre, sich unterwerfen oder abdanken. Auch die republikanische Partei besaß ihre offiziellen Kandidaten — es waren die 363 Mitglieder der aufgelösten Kammer, welche die Tagesordnung vom 19. Juni votiert hatten. Am 14. Oktober fanden die Wahlen statt: das unmittelbare Ergebnis war: 314 Repu-

blikaner, 201 Konservative d. h. Bonapartisten (99), „Monarchisten" (45), Legitimisten (44), Orleanisten (11), Zweifelhafte (2). Alle äußersten Mittel waren angewendet worden, und sie hatten nichts gefruchtet: es war noch immer eine überwältigende Mehrheit republikanisch, und bei den Wahlprüfungen der Nachwahl mußten sich auch die 54 verlorenen Sitze und mehr als diese wiederfinden.

Am 7. November 1877 trat diese neue Kammer zusammen: Jules Grévy wurde zum Präsidenten gewählt, mit ihm das ganze Bureau der aufgelösten Kammer wiedergewählt, und am 15. beschlossen 320 gegen 203 Stimmen die Untersuchung der Vorgänge bei den Wahlen.

Mac Mahon, der sich persönlich in die Wahlbewegung hineingestellt, meinte noch einmal widerstehen zu können: er beschloß, ein Geschäftsministerium ohne Parteifarbe zu bilden: er brachte es endlich zu stande. Ein neuer Name, Rochebouet, trat auf und verschwand wieder: die Deputiertenkammer erklärte am 25. in einer Tagesordnung, daß sie zu diesem Ministerium in keine Beziehungen treten könne. Die Geschäftswelt begann unbequem zu werden, der schwankende Boden hemmte alle sichere Erwerbsthätigkeit; eine Budgetverweigerung war im Anzuge; endlich nach mehrfachen Schwankungen, Zögerungen, Zugeständnissen, Widerrufen entschloß sich der schwache, eigensinnige, ehrliche Marschall. Er kapitulierte: der gemäßigtste der Republikaner, Dufaure, bekam freie Hand und bildete nun eine Regierung aus lauter wirklichen und aufrichtigen Republikanern: Marcère (Inneres), Waddington (Auswärtiges), Bardoux (Kultus), Leon Say (Finanzen), Freycinet (Handel). Die Ruhe kehrte in die Gemüter zurück; man begann, sich auf die große Weltausstellung des kommenden Jahres zu rüsten; dank ihrer Mäßigung und Festigkeit hatte die republikanische Partei vollständig gesiegt. Am 19. Dezember begann sie ihre Präfektenabsetzungen und -einsetzungen: der Marschall unterzeichnete den Bogen, ohne ihn zu lesen.

3. Österreich.

Wir haben erwähnt, daß am 21. Mai 1870 das Ministerium des Grafen Potocki den Reichsrat und die Landtage (mit Ausnahme des böhmischen) auflöste, und daß im Augenblick von den beiden Strömungen, deren Kampf die Dinge der cisleithanischen Hälfte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie nicht zur Ruhe kommen ließ, der centralistischen und der föderalistischen, die letztere überwog. Das Einzelne in dieser Beziehung, die Wahlen zu den verschiedenen Landtagen und die Verhandlungen in diesen Körperschaften glauben wir übergehen zu dürfen und bemerken nur, daß das Kraftgefühl der deut-

schen Bevölkerung, welche an der Idee der Reichseinheit gegenüber den übermäßigen Ansprüchen der einzelnen Kronländer festhielt, mächtig gehoben ward durch die Siege, welche ihre Landsleute im August und September über die Franzosen erfochten: Siege, welche man dagegen im tschechischen Lager und in den klerikalen und feudalen Kreisen als ebensoviele Niederlagen empfand. Indes war die centrifugale Partei in einer großen Anzahl von Landtagen obenauf, und der böhmische Landtag oder vielmehr die böhmische „Versammlung" — denn die tschechische Mehrheit erkannte auch die Rechtsbeständigkeit des Landtags nicht an —, ermutigt durch die Haltung der Regierung, sandte eine Adresse an den Kaiser, welche wiederum die staatsrechtliche Individualität des Königreichs Böhmen mit allem Nachdruck betonte und sich nur zur Absendung einer Deputation behufs Unterhandlungen, nicht aber zur förmlichen Beschickung des Reichsrats bereit erklärte.

Am 17. September 1870 eröffnete der Kaiser den Reichsrat. Er erinnerte an die Notwendigkeit, daß die Wünsche des Teils sich den Bedürfnissen des Ganzen einzufügen hätten, beklagte die Abwesenheit der böhmischen Deputierten und nannte als Hauptaufgabe die Ordnung einer Reihe von Verhältnissen zwischen der katholischen Kirche und der Staatsgewalt. Denn am 30. Juli desselben Jahres war das Konkordat förmlich aufgehoben worden. Diese Maßregel war mit der sehr zutreffenden Bemerkung begründet worden, daß der eine der Paziszenten, der Papst, mittlerweile durch die Unfehlbarkeitserklärung seinen Charakter geändert habe, eine wesentlich andere Rechtsperson geworden sei. Zunächst standen im Reichsrate die centralistische und die föderalistische Partei sich mit fast gleichen Kräften gegenüber. Als aber die Regierung, nachdem sie an die „Versammlung" in Prag vergebens gute Worte verschwendet hatte, in Böhmen direkte Reichsratswahlen, Wahlen durch die Bevölkerung selbst, anordnete, änderte sich das Verhältnis: die 24 Anhänger der Verfassung, welche gewählt wurden, traten ein, während die 36 von der Deklarantenpartei von ihren Mandaten keinen Gebrauch machten. Das Ministerium, welches den Ausgleich mit der verschiedenstämmigen „nationalen" Opposition auf seine Fahne geschrieben hatte, stand auf schwachen Füßen. Die deutsche Partei warf demselben Verfassungsverletzung vor, und das Herrenhaus sprach sich in einer nachdrücklichen Adresse dahin aus, daß diese Regierung, indem sie unvereinbare Gegensätze ausgleichen wolle, einem Unerreichbaren nachstrebe, daß die Verfassung als unantastbare Grundfeste festgehalten, der Unbotmäßigkeit gegen das gültige Recht gesteuert werden müsse (17. Nov.); auf der anderen Seite mußte Graf Potocki selbst zugeben, daß seine Unterhandlungen mit den Tschechen zu nichts geführt hätten. Das Abgeordnetenhaus genehmigte, von seinem Rechte

Gebrauch machend, die Forterhebung der Steuern nur für die beiden ersten Monate des folgenden Jahres (21. November), das Ministerium quälte sich eine kurze Zeit noch hin: am 7. Februar 1871 erhielt es die längst erbetene Entlassung.

Zugleich erfuhr man, daß ein neues unter dem Grafen Hohenwart gebildet sei, welches das kaiserliche Handschreiben an den letzteren als ein über den Parteien stehendes, also außerparlamentarisches bezeichnete, wie denn keines seiner Mitglieder weder dem Herrenhause noch dem Abgeordnetenhause angehörte. Es waren in demselben einige Tschechen, der Justizminister Habietinek und der Kultusminister Jirecek, und als seine hervorragendste Kraft galt der neue Handelsminister, Albert Schäffle, der, in Württemberg geboren, Publizist, Professor, wenige Jahre zuvor seine undankbare Rolle als einer der Führer der süddeutschen Fraktion im deutschen Zollparlament mit einer Professur der Nationalökonomie zu Wien vertauscht hatte; ein Mann von nicht gewöhnlicher Arbeitskraft, großem Talent für die Intrigue, der aber für eine staatsmännische Rolle nichts als einen starken Ehrgeiz, eine geübte Feder und ein maßloses Selbstvertrauen mitbrachte. Mit großer Naivetät gingen diese Männer an die schwierige Aufgabe. In ihrem Programme gaben sie sich die Miene, als hätten sie einen detaillierten Rettungsplan fertig in der Tasche. Eine „wahrhaft österreichische" Regierung; keine prekären Kompromisse mit dem Separatismus; verfassungsmäßiger Boden, auf dem aber allen berechtigten Wünschen entgegengekommen werden solle. Den Schwierigkeiten, prahlte dieses Aktenstück, das überhaupt die tapferen Worte nicht sparte, werde die Regierung jenen unbeugsamen Mut und jenen zähen Widerstand entgegensetzen, welche dem guten Gewissen, klaren Wollen und der Integrität öffentlichen Handelns entspringe. Das letztere, so scheint es, bedeutete einen Hieb auf gewisse Mitglieder früherer Ministerien, die sich als Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften auf einem zwar keineswegs löblichen, aber freilich damals sehr gewöhnlichen Wege bereichert hatten. Entsprechend äußerte sich am 20. im Reichsrate Graf Hohenwart: die Regierung werde in legislativer wie administrativer Beziehung die Initiative ergreifen; die Tendenz der zu erwartenden Vorlagen bezeichnete er mit den Worten: verfassungsmäßige Änderung der Einrichtungen, welche die Autonomie der einzelnen Länder in höherem Grade beschränken, als das Wohl der Gesamtheit erfordere. Abgeordnetenhaus wie Herrenhaus empfing das neue Ministerium mit unverhohlenem und, muß man sagen, verdientem Mißtrauen. Alle centrifugalen Kräfte regten sich sofort geräuschvoll; den deutschen Siegesfeiern trat die Regierung mit Polizeiverboten entgegen; am 11. April wurde ein Pole zum Minister ohne Portefeuille — noch nicht, was

die Polen wollten, als eigener „Minister für Galizien" — ernannt und am 25. eine Vorlage an den Reichsrat gebracht, welche den Schwerpunkt der Gesetzgebungsarbeit in die Landtage zu verlegen geeignet war. Diese Vorlage wurde aber am 9. Mai im Abgeordnetenhause mit 88 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Mit Recht hob der Bericht des Abgeordneten Herbst hervor, was jedem einleuchten konnte, auch wer nicht über Nationalökonomie und wirtschaftliche Politik las, daß diese Vorlage, wenn sie Gesetz würde, ein vollständiges Chaos in der Gesetzgebung zur Folge haben mußte. Und da immer deutlicher wurde, daß das wahrhaft österreichische Programm dieser Regierung auf den reinen Föderalismus hinauslief, wurde am 21. Mai eine Adresse an den Kaiser beschlossen, welche mit 93 gegen 66 Stimmen das Mißtrauen des Abgeordnetenhauses gegen die Vorlagen und ihre Verfasser aussprach, da diese Vorlagen, wie mit großem Recht bemerkt wurde, nicht das Produkt reifer Überlegung, sondern Ergebnisse zufälliger Bestimmungsgründe seien, über deren Tragweite ihre Urheber schwerlich sich selber klar sein mögen. Ein deutsch-böhmischer Abgeordneter sprach bei dieser Gelegenheit einen Gedanken aus, den sich die Gesellschaft am Staatsruder wohl überlegen konnte: daß wenn denn einmal Ausgleichung die Losung sein solle, es auch noch einen letzten Ausgleich geben würde, den mit den Deutschen — denen in Böhmen und sämtlichen in Oesterreich — „der deshalb schwieriger und auch wohl bedenklicher sein würde, weil wir Deutsch-Österreicher Glieder eines großen Volkes sind, das an die 40 Millionen zählt und nach dem Jahre 1870 in Europa etwas bedeutet". Der Kaiser hielt indes sein Ministerium aufrecht. Am 6. und 7. Juni beriet das Abgeordnetenhaus, ob es der Regierung das Budget verweigern solle: mit nur 77 gegen 66 Stimmen beschloß das Haus zu diesem Äußersten noch nicht zu schreiten. Dagegen lehnte es eine „Kreditoperation" von 60 Millionen Gulden, welche die Regierung verlangte, vorerst ab und zeigte sich ebenso wie das Herrenhaus bei verschiedenen Gesetzvorlagen und bei den Einzelheiten des Budgets schwierig. Die Regierung löste demgemäß am 11. August das Abgeordnetenhaus und die verfassungstreuen Landtage auf und ordnete Neuwahlen an. Diese fielen für die Landtage nur zum Teil im Sinne der Verfassung aus, und da die Landtage die Mitglieder für das Abgeordnetenhaus des Reichsrats zu wählen hatten, so stand in diesem eine Mehrheit für die Experimente des Ministeriums in Aussicht. In dieses Abgeordnetenhaus würden die Deutschen in ihrer großen Mehrheit nicht eingetreten sein; und dann stand diesem Ministerium, das mit Ausnahme seines Hauptes, des Grafen Hohenwart, aus lauter sehr sekundären Talenten bestand, eine Aufgabe bevor, vor der auch Männer von mehr Geist als Jirecek und

von mehr Mut als Schäffle bedenklich werden konnten: „es mit einem Österreich zu versuchen, welchem die Deutschen fehlten".

Am 14. September wurden sämtliche Landtage eröffnet. Entscheidend war das Verhalten des böhmischen Landtages und die Haltung der Regierung den Forderungen desselben gegenüber. Das königliche Reskript an diesen Landtag (14. September) nun trug den Tschechen die Unterwerfung Österreichs unter ihre Wenzelskrone entgegen. „Eingedenk der staatsrechtlichen Stellung der Krone Böhmens — — erkennen wir gerne die Rechte dieses Königreichs an und sind bereit, diese Anerkennung mit Unserem Krönungseide zu erneuern;" indem das Schreiben sich der Verpflichtungen gegen die übrigen Königreiche und Länder erinnerte, sprach es die Hoffnung aus, daß der böhmische Landtag im Geiste der Mäßigung und der Versöhnung an die Beratung gehen werde, damit die Möglichkeit gegeben sei, den langen Verfassungsstreit zu enden. Die Deutschen hatten den Kampf mit allem Ernste aufgenommen. Der niederösterreichische, der schlesische, der steirische Landtag protestierten alsbald gegen die Grundsätze des königlichen Reskripts, und einzelne Führer der deutschen Verfassungspartei begaben sich nach Budapest, um sich dort mit den leitenden Parteiführern Ungarns in Verbindung zu setzen, welche die destruktive Politik des Ministeriums Hohenwart kaum weniger nahe berührte als die Deutschen.

Mittlerweile hatte der Prager Landtag eine Kommission von 30 Mitgliedern zur Vorberatung einer Antwortsadresse an den Kaiser niedergesetzt, und diese hatten eine Reihe von Ausgleichsbedingungen, sogenannte Fundamentalartikel, aufgestellt, „welche durch das Votum eines vollberechtigten Landtags und die Sanktion Ew. Majestät die Geltung eines Grundgesetzes des Königreichs Böhmen erlangen würden". Diese Fundamentalartikel, denen der Landtag zustimmte, — die deutsche Minderheit nahm an der Beratung keinen Teil — enthielten die Bedingungen und Modifikationen, unter welchen der böhmische Landtag dem Ausgleiche mit Ungarn, und was damit zusammenhing, nachträglich beitreten wolle. Die Mitglieder der Delegationen, dies war ihr Verlangen, werden nicht mehr vom Reichsrat, sondern von den 17 Landtagen, und zwar 17 Mitglieder für Böhmen, zu wählen sein (1.—8. Art.); alle Angelegenheiten, welche der Ausgleich mit Ungarn nicht ausdrücklich als gemeinsame bezeichne, gehören grundsätzlich zum Gebiete der Gesetzgebung des böhmischen Landtags (Art. 9), als da seien direkte Steuern, gesamtes Unterrichtswesen, Civil- und Kriminalrecht, Landwehr, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Polizei und innere Verwaltung. Indes, so gestanden diese Fundamentalartikel zu, gebe es allerdings auch innerhalb dieses Gebiets einige Gegenstände,

deren gemeinschaftliche Behandlung wünschenswert sei, und Art. 11 zählte dieselben — Münzwesen, Verkehrsanstalten, Heerwesen, Finanzen u. s. w. — auf, und diese Gegenstände mögen denn, solange nicht anders vereinbart werde, auf einem Kongreß von Delegierten der Landtage legislatorisch behandelt werden; die Verwaltung dieser gemeinsamen Angelegenheiten könne einem Ministerium übertragen werden, welches aus den Fachministern und den Hofkanzlern der einzelnen Länder gebildet werde (Art. 13). Für die Kosten, welche aus diesen mit den nichtungarischen Ländern gemeinsamen Angelegenheiten erwachsen würden, sowie für die Staatsschuld würde das Königreich Böhmen (wie Ungarn jetzt) mit einem bestimmten Prozentsatze heranzuziehen sein; über die Höhe dieser Quote würde eine böhmische Deputation mit Deputationen der anderen Länder in Verhandlung treten (Art. 15); auch über andere Angelegenheiten könnten solche Deputationen der Länder zusammentreten; und Art. 17 würde sogar zustimmen, daß zur Erledigung gewisser Angelegenheiten — der Ausdruck Reich und Reichsangelegenheiten war in dem Schriftstücke sorgfältig vermieden — ein Senat gebildet werde, dessen Kompetenz natürlich nach dem, was vorausging, nur eine sehr begrenzte sein konnte. Der beigefügte Motivenbericht gab sich die Miene, als wenn diese Fundamentalartikel, welche von Österreich nichts mehr übrig ließen als den Namen, noch ein schweres Opfer wären, welches das Königreich Böhmen „dem großen Ganzen" bringe, — zu dessen Auflösung diese Artikel das Zeichen gaben. Das Beispiel, das hier gegeben ward, fand sofort Nachahmung. Am 10. Oktober hatte der böhmische Landtag sich diese Anträge sämtlich angeeignet, am 13. beschloß der Tiroler Landtag und am gleichen Tage der mährische eine Adresse an den Kaiser mit den gleichen Gesichtspunkten: die letzte Körperschaft eignete sich auch die Fundamentalartikel vollständig an und verlangte dann nur noch einen besonderen dem Brünner Landtag verantwortlichen Hofkanzler für Mähren neben dem böhmischen, auch eine besondere Erbhuldigung für die getreue Markgrafschaft; entsprechend am gleichen Tage die slowenische Mehrheit des Landtags des „historischen" Herzogtums Krain. Es geht über ein menschliches Fassungsvermögen, sich auszudenken, welche Zeit erforderlich gewesen wäre, um diese Maschinerie mit ihren Krönungen, Erbhuldigungen, Huldigungen, ihrem Senat, ihren Delegationen, Generallandtagen, Landtagen, Landtagsdeputationen, ihren Finanzquotisierungen u. s. w. auch nur auf dem Papier fertig zu bringen: soviel aber ist klar, daß jedes Los beneidenswert gewesen sein würde, verglichen mit dem des Mannes, der unter dem Namen eines Kaisers von Österreich Graf von Tirol, Mark-

graf von Mähren, Herzog von Krain, König von Böhmen u. s. w., u. s. w. nicht bloß heißen, sondern auch wirklich hätte sein müssen.

Die Sache aber wurde ernsthaft. Dieses Ministerium ohnegleichen, dessen leistungsfähigstes Mitglied ein deutscher Professor war, der kaum erst österreichischen Boden betreten hatte, und der in seiner alten Heimat nur als Intrigant im kleinen gefürchtet gewesen war, — dieses Ministerium hatte glücklich die Dinge bis zu einem Punkte geführt, wo der nächste Schritt einen Wirrwarr herbeiführen mußte, der schlimmer war als der vom Jahre 1848. Während das Deutsche Reich nach Überwindung des Territorialismus zu einem wirklichen Bundesstaate sich zusammengeschlossen hatte, ging hier ein aus Dilettanten und Carrieremachern zusammengesetztes Ministerium daran, einen mühsam aufgebauten, kaum aus schweren Stürmen geretteten Einheitsstaat wieder in die Länder aufzulösen, aus welchen er erwachsen war. Indes waren in diesem Lande doch noch Männer, welche dem übelberatenen Monarchen die Augen öffneten über die Gefahren, denen man schon halb verfallen war. An dem Ministerrate, in welchem (20. Oktober) die Antwort auf die böhmische Adresse besprochen wurde, nahmen auch von Beust als Reichsminister und Graf Andrássy als ungarischer Ministerpräsident teil. Es gelang dem ersteren, der, was immer an ihm getadelt werden kann, doch gegenüber Männern wie Zirecek und Dr. Schäffle ein Staatsmann ersten Ranges war, den Kaiser zu überzeugen, daß eine Entscheidung im Sinne der böhmischen Fundamentalartikel nicht mehr noch weniger als die Auflösung Österreichs bedeuten würde. Er stellte vier Punkte zusammen, welche die kaiserliche Antwort würde enthalten müssen, und welche darauf hinausliefen, daß die von den Böhmen verlangten Modifikationen nur auf dem durch den ungarischen Ausgleich und die Verfassung vorgezeichneten Wege zu stande gebracht werden dürften: worauf sich die Führer der Tschechen, Rieger und Graf Clam Martinitz, auf keine weiteren Verhandlungen einlassen zu wollen erklärten.

Ein rascher und gründlicher Umschlag erfolgte. Am 30. Oktober erhielt das Ministerium Hohenwart seine Entlassung. Am 4. November erfolgte die Antwort des Kaisers an den böhmischen Landtag, in welcher dieser aufgefordert wurde, durch Entsendung seiner Vertreter in den Reichsrat zu dem großen Werke der Versöhnung mitzuwirken. Am 6. erhielt zur allgemeinen Überraschung auch Graf Beust seine Entlassung: ein sehr schwacher Trost für die ergrimmten Böhmen, da an seine Stelle der seitherige ungarische Ministerpräsident, Graf Andrássy, trat, welcher von weiteren Ausgleichen neben und nach dem ungarischen nichts wissen wollte, da es klar genug war, daß der Sieg des Föderalismus in Cisleithanien auch in Ungarn den Anfang einer

Auflösung des Staats in seine Nationalitäten bedeutet hätte. Für das neue cisleithanische Ministerium wurde am 16. ein verfassungstreuer Mann, Fürst Adolf Auersperg, berufen. Am 25. hatte er sein Ministerium gebildet; am 27. trat der Reichsrat wieder zusammen; das föderalistische Abenteuer war zu Ende.

Die Thronrede vom 28. zog die Summe dessen, was man aus diesem Abenteuer gelernt, mit den Worten: „Die Vorgänge der letzten Zeit haben die Erkenntnis zur Reife gebracht, daß, wie den Landtagen eine autonome Stellung gewährleistet ist, so auch dem Reichsrate die volle Unabhängigkeit dadurch gesichert werden muß, daß die Reichsvertretung in selbständiger Weise gebildet wird"; den geeigneten Zeitpunkt für diese Wahlreform behielt sich jedoch die Regierung selbst vor. Eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe trat ein, wenngleich das seitherige trübselige Hin- und Herschwanken in den Landtagen, die Proteste der Minoritäten u. s. w. nicht aufhörten und zu den mancherlei ungelösten Fragen weitere, wie die durch das Aufkommen des Altkatholizismus gestellten, hinzutraten. Der böhmische Landtag wurde, nachdem er die nötigen Proteste votiert hatte, aufgelöst. Die Neuwahlen ergaben eine verfassungstreue Mehrheit, die nun, in Abwesenheit der tschechischen Mitglieder, die Reichsratswahlen vornahmen. Das böhmische Land machte übrigens noch im Laufe des Jahres bei Gelegenheit einer furchtbaren Überschwemmung (Mai) die Erfahrung, daß es Fälle gab, wo es wünschenswert war, ein Reichsparlament zu besitzen, das rasch eine Million bewilligen kann, und wo die Zugehörigkeit zu einem großen Reiche mehr wirkliche Not lindert, als alle Diplome und Verbriefungen zusammen.

Die Wahlreform, welche bestimmt war, das Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen, und die in der That einen vorläufigen Abschluß der parlamentarischen Leidensgeschichte Österreichs bildete, kam im Jahre 1873 zu stande. Am 15. Februar dieses Jahres brachte die Regierung die langerwartete Vorlage ein: Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von 203 auf 351 erhöht, direkt von der Bevölkerung anstatt von den Landtagen, aber mit Beibehaltung des bisherigen Gruppensystems — Großgrundbesitz, Städte und Handelskammern, Landgemeinden — zu wählen. Es war ein großer Fortschritt, wenn er gelang. Wirklich fruchtbar für die Einigung der außerungarischen Länder konnte der Reichsrat nur werden, wenn er unmittelbar aus Wahlen der Bevölkerung hervorging. Ein lebendiges Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Staatswesen konnte sich bei der Masse der Bevölkerung nur bilden, wenn sie nicht bloß, wie seither für ihren partikularen Landtag und durch dessen Vermittelung für den Reichsrat, sondern ganz unmittelbar und direkt für

die Vertretung des Gesamtreiches zu wählen berufen wurde. Vergebens beschlich und bestürmte, was dem modernen Streben nach großen zusammenfassenden Staatenbildungen entgegen zur Vereinzelung und Zersplitterung alter Tage zurückdrängte, das Ohr des Kaisers; leicht und glücklich machte die Vorlage die gesetzgeberischen Stadien durch. Am 6. März erstattete Herbst im Namen des Ausschusses Bericht. Diesmal waren es die Polen, welche vor der Verhandlung die Sezession machten, ohne welche hier keine große parlamentarische Entscheidung denkbar war: 37 Mann stark verließen sie den Saal, um nicht an einem Gesetze mitzuwirken, das ihr polnisches Sonderinteresse kreuzte. Die Debatte ersparte man sich, man wollte (und man hatte recht) nicht an Einzelheiten mäkeln, wo der Fortschritt im ganzen die Hauptsache war. Hundertzwanzig gegen 2 Stimmen wurde der Entwurf im Abgeordnetenhause, 93 gegen 14 im Herrenhause angenommen. Am 3. April teilte der Ministerpräsident Fürst Auersperg dem Abgeordnetenhause mit, daß der Kaiser dem Gesetze seine Sanktion gegeben habe. Hier und da und nicht ohne Recht wurde diese kaiserliche Entschließung in einzelnen Städten festlich gefeiert.

Am 24. April schloß der Kaiser den Reichstag. Er kündigte die nahe Eröffnung der großen Weltindustrieausstellung an, welche unter günstigen Umständen ins Leben trete: der Friede Europas ungetrübt und Österreich nach allen Seiten in erfreulichem Aufschwunge begriffen. Nicht unbedingt rechtfertigte das Jahr diese optimistischen Worte. Kaum war am 1. Mai die Ausstellung durch den Kaiser eröffnet, so begann der große Einsturz an der Börse, welcher über viele Schwindelunternehmungen ein gerechtes, schweres, langandauerndes Gericht herbeiführte, aber wie die wütenden Elemente mit einem Schuldigen zugleich Dutzende von Unschuldigen oder weniger Schuldigen traf. Im Verein mit der Cholera beeinträchtigte dieses Unheil, welches in seinen Wirkungen sich über ganz Europa erstreckte und überall dazu diente, Weizen und Spreu im Handels- und Industrieleben zu sondern, einigermaßen den wohlverdienten Erfolg der großen Ausstellung. Indes ging doch das belebende Gefühl durch die Gemüter, daß das Schlimmste vorüber, daß die Entwickelung des österreichischen Staates nach langen und schweren Wirren in die richtige Bahn geleitet sei. Am 7. September löste ein kaiserliches Patent das Abgeordnetenhaus auf und ordnete Wahlen nach dem neuen Gesetze an. Sie gaben der Verfassungspartei eine unzweifelhafte Mehrheit, ohne ihr doch das Leben allzu leicht zu machen, da die vielgestaltige Opposition gleichfalls in ansehnlicher Stärke vertreten war. In seiner Eröffnungsrede betonte Franz Joseph, daß mit der neuen Wahlordnung eine Vertretung geschaffen sei, mittels deren alle Parteien ihre Ansprüche und Wünsche

zur Geltung bringen könnten: „Nach wechselvollen Schicksalen und schweren Kämpfen steht Österreich im Innern sich verjüngend, nach außen achtunggebietend da;" es war immerhin dafür gesorgt, daß es an schwierigen Aufgaben nicht fehlte. Man darf jedoch sagen, daß, wo die im Staate waltenden Gegensätze erst einmal so weit sich genähert haben, daß sie in die regelmäßige Arbeit eines gemeinsamen parlamentarischen Lebens sich finden, ihre Schädlichkeit sich mindert und selbst ihr Kampf befruchtend auf das Leben des Volkes wirkt.

Wenigstens überstand dieses parlamentarische Leben die nächsten Jahre glücklich. Die Landtage lernten allmählich sich mit den Angelegenheiten ihres Landes beschäftigen. In dem widerspenstigsten Kronlande Cisleithaniens, in Böhmen, erhob sich der hartnäckigen alttschechischen Partei gegenüber eine jungtschechische, welche die unfruchtbare, bloß verneinende Haltung der alten aufgab und derselben Boden abgewann. Wo etwa mährische oder böhmische Abgeordnete ihren Eintritt in den Reichsrat verweigerten, wurde ihr Mandat für erloschen erklärt: wo sie eintraten und die Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung anzufechten Miene machten, schnitt der Präsident ihnen das Wort kurz ab. Die wichtigste Aktion des Jahres 1874 war, daß auch Österreich seine antihierarchischen „Maigesetze" bekam, welche noch einmal das „Patent" vom 5. November 1855, das Konkordat, seinem vollen Inhalt nach aufhoben und mit mindestens ebenso großem Nachdruck wie die preußischen das Souveränitätsrecht des Staates wahrten. Die Debatten waren auch hier leidenschaftlich: am 7. März kritisierte eine lange päpstliche Encyklika an die österreichischen Bischöfe die Vorlagen: diese Gesetze wären ebenso schlimm wie die preußischen, und die preußischen Bischöfe, die „auch in Ketten" den Kampf des Leidens bestehen, wurden als nachahmungswertes Beispiel aufgestellt. Unterdessen machten die konfessionellen Gesetze eines der parlamentarischen Stadien nach dem andern durch. Die Regierung trat mit Nachdruck für sie ein: das Herrenhaus, eine Körperschaft von großem Gewicht, auf welche Österreich stolz zu sein Ursache hat, nahm sie an: wenigstens 2 derselben kamen noch im Jahre 1874, am 7. Mai vom Kaiser unterzeichnet, zur Verabschiedung; das dritte im folgenden Jahr; und hier nahm auch die Geistlichkeit die Dinge nicht so tragisch als in Preußen. Die Bischöfe hatten hier ein von dem ihrer preußischen Amtsbrüder verschiedenes Gewissen: sie erklärten allerdings, daß sie nach wie vor am Konkordat „festhielten", unterwarfen sich aber thatsächlich. Der unzähmbarste, Rudigier von Linz, erhielt von dem päpstlichen Nuntius, als er anfragte, ob er die vom Gesetz geforderte Anzeige seiner Pfarrerernennungen an die Staatsbehörde machen dürfe, den

Bescheid, der Papst sei nicht dawider, daß man es dulden könne („non dissentit tolerari posse").

Auch im Jahre 1875 blieb die cisleithanische Reichshälfte ziemlich ruhig: Aufregung riefen nur die Unruhen zu Graz (April) hervor, deren Gegenstand der spanische Infant Alfonso war: er hatte den Zorn der Menge, namentlich der Studenten, durch seine Barbareien im jüngsten karlistischen Kriege erregt. Das Jahr schloß im Innern mit einem erfreulichen Ereignis, der Genehmigung protestantischer Gemeinden in Innsbruck und Meran. Die tirolische Landtagsmehrheit demonstrierte dagegen (7. März 1876): der Landtag ward darauf wegen pflichtwidrigen Benehmens seiner Mehrheit geschlossen, und im Januar 1877, als der Unfug sich erneuerte, ward er aufgelöst. Das vierte jener konfessionellen Gesetze, das Klostergesetz, kam nicht zu stande, da ihm, nachdem Abgeordnetenhaus und Herrenhaus es angenommen, der Kaiser die Zustimmung versagte.

Im übrigen war die Aufmerksamkeit in den zwei letzten Jahren weit mehr auf das Verhältnis zu Ungarn gerichtet: eine Lebensfrage um so mehr, als die in vollen Flammen stehende orientalische Frage die Einigkeit der beiden Reichshälften gebieterisch verlangte.

Was Ungarn betrifft, so ward durch Provinzialisierung der sogenannten Militärgrenze das ungarische Staatsgebiet noch um 600 Quadratmeilen und 1 200 000 Seelen vermehrt (1872) und diese Maßregel ohne allzu große Schwierigkeit durchgeführt. An die Stelle Andrássys trat, als dieser nach glücklicher Beseitigung des Ministeriums Hohenwart an von Beusts Stelle berufen wurde, der seitherige Finanzminister Lonyay (13. November 1871). Er legte im Jahre 1872 dem ungarischen Parlament gleichfalls einen Wahlreformvorschlag vor, welcher den Census erhöhte und das Mandat der Abgeordneten auf 5 Jahre verlängerte, deshalb vor der Linken keine Gnade fand, daher vorläufig nicht zum Abschlusse kam. Die neuen Wahlen (Juli) ergaben 245 von der Partei Deáks, der ministeriellen, und 145 von der Opposition. Die Thronrede wies diesem neuen Reichstage wichtige organisatorische Aufgaben zu, deren Notwendigkeit sich unter anderem in der wenig erfreulichen Finanzlage aussprach. Graf Lonyay war (Dezember 1872) in nicht sehr ehrenvoller Weise vom Schauplatze getreten; an seine Stelle kam der seitherige Handelsminister Szlavy, der weniger als sein Vorgänger für sich selbst und mehr für das Land zu sorgen verstand. Unter diesem Ministerium kam der Ausgleich mit Kroatien — der von 1868 war nicht ins Leben getreten — vollends zu stande (1873), und der leitende Minister machte sich an die Arbeit, um dem Reichstage eine Reihe Reformen vorzulegen, unter welchen die Reform dieser Landesvertretung selbst die wichtigste Stelle

einnahm. Das Bild, welches er am 8. November 1873 dem wieder zusammentretenden Reichstage von der Lage des Landes gab, war keineswegs schmeichelhaft für das Volk und für die regierende Partei. Der Stand der Finanzen war übel, eine Anleihe nur unter harten Bedingungen aufzubringen, und dabei klagte der Minister, daß man seit 1867 die Regierung zu Mehrausgaben förmlich gedrängt habe: man habe insbesondere die Militärausgaben, die für die Honvedarmee, gesteigert, „um die finanzielle und intellektuelle Schwäche gegenüber der Westhälfte der Monarchie durch eine größere Kriegstüchtigkeit auszugleichen"; bei manchem tauchte der Gedanke auf, ob man nicht in der Trennung Ungarns von den übrigen Ländern der Monarchie radikaler verfahren sei, als auf die Dauer mit dem Wohle des Landes sich vertrage.

März 1874 machte das Ministerium Szlavy einem neuen aus der gemäßigten Linken — Bitto Vorsitz, Ghizy Finanzen — Platz. Der letztere hatte im Oktober eine Reihe von Steuergesetzentwürfen zur Beseitigung des auch hier in Blüte stehenden Deficits vorzulegen: über diese Budgetfrage kam das Ministerium zu Fall. Nun aber war von Wichtigkeit, daß der Führer der Linken, ein Staatsmann von großer Bedeutung, Koloman Tisza, sich dahin erklärt hatte, daß er und seine Partei den Ausgleich von 1867, dem die Mehrheit der Nation zugestimmt habe, loyal annähmen: so ward am 28. Februar 1875 ein Koalitionsministerium gebildet, an dessen Spitze dem Namen nach Baron Wenkheim stand, dessen Seele aber Tisza war. Die Linke und die Partei Deák verschmolzen sich: so hatte die neue Regierung im Unterhause die große Mehrheit von 235 Mitgliedern hinter sich: nur eine kleine Zahl Altkonservativer und die Vertreter der unterdrückten Nationalitäten machten Opposition. Die letzteren mit Grund: dem bis zum Maßlosen gesteigerten magyarischen Hochmut, der gelegentlich die Züge des neunzehnten Jahrhunderts ganz verleugnet, schmeichelte dieses Ministerium mehr als irgend ein früheres. Als einer der Vertreter der früheren Militärgrenze die Behauptung wagte, daß Ungarn kein magyarischer Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat sei, lieferte das Haus und der Minister durch eine überaus brutale Scene den Beweis, daß dieser Staat allerdings noch sehr magyarischer Nationalstaat war. Auch wurde den deutschen Telegraphenbeamten die Erlernung der magyarischen Sprache binnen kürzester Frist und bei Strafe der Entlassung befohlen und im März 1876 die neue Regelung des siebenbürgischen Sachsenbodens wesentlich zum Schaden des deutschen Elements verfügt. Bei den Neuwahlen im Juli 1875 erhielt das Ministerium eine überwältigende Mehrheit, über 300 Stimmen: die oppositionellen Parteien, selbst wenn sie sich vereinigten, musterten nicht

über deren 100. Eine farblose Thronrede (31. August) wurde mit einer loyalen Antwortsadresse (18. September) erwidert, am 16. Oktober trat Tisza auch der Form nach als Ministerpräsident an die Spitze der Geschäfte, und so gerüstet trat die Regierung in die Verhandlungen über die Erneuerung des 1877 ablaufenden „Ausgleichs" mit der westlichen Reichshälfte ein. Um freie Hand zu haben, kündigte die transleithanische Regierung der cisleithanischen in aller Form den Zoll- und Handelsbund zwischen den beiden Reichshälften (November 1875).

Die Unterhandlungen über die Erneuerung der Verbindung dauerten mit endlosem Hin und Her die folgenden Jahre. Es handelte sich um einen allgemeinen Zolltarif, um Verzehrungssteuern, um die Quoten der Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten und um das Recht zur Errichtung einer selbständigen Zettelbank für Ungarn. In der letzten schwierigsten Frage einigten sich die Regierungen beider Reichshälften über eine gemeinsame Bankgesellschaft, mit einem paritätisch aus beiden Reichshälften zu bildenden Centralorgan und mit Abteilungen in Wien und in Budapest. Die Vertretungskörper in Wien wie in Budapest aber zeigten wenig Wärme für dieses Kompromiß, und die Direktion der Nationalbank wies das vereinbarte Statut ganz von der Hand: der Handelsbund aber wurde doch, zunächst auf ein Jahr, verlängert (Dezember 1876). Die Ministerkrisen, die Konferenzen dauerten fort; man versuchte ein neues Ministerium in Ungarn; aber Tisza war nicht zu ersetzen (Februar 1877). Man kam endlich mit der Wiener Nationalbank ins reine, und am 10. November konnten die Regierungen von diesseits und von jenseits ihren Parlamenten den Entwurf des revidierten „autonomen" Zolltarifs vorlegen. Hier begann denn die Arbeit der Ausschüsse: das Jahr ging zu Ende, und man war, ebenso wie bei den Verhandlungen wegen Erneuerung des Handelsvertrages mit Deutschland, noch weit vom Ziele: man mußte sich mit einem Provisorium begnügen.

Eine Verständigung legte die inzwischen sehr ernst gewordene auswärtige Lage nahe.

Der rasche und vollständige Sieg Deutschlands über die Franzosen hatte für Österreich-Ungarn die günstige Folge, daß er über die von dessen Staatsmännern einzuhaltende Richtung in der auswärtigen Politik keinen Zweifel ließ. Am 14. Dezember 1870 setzte Bismarck die österreichische Regierung von der bevorstehenden und zum Teil schon vollzogenen Neugestaltung der deutschen Verhältnisse in Kenntnis und legte ihr die Notwendigkeit derselben in offener und loyaler Sprache dar. Er fügte die Versicherung bei, daß in Deutschland alles darüber einverstanden sei, freundschaftliche Beziehungen zu dem Nachbarreiche zu pflegen, Beziehungen, auf welche beide Teile durch die ihnen gemein-

samen Interessen und die Wechselwirkung ihres geistigen wie ihres materiellen Verkehrslebens angewiesen seien. Graf Beust antwortete unter dem 26. Dezember im gleichen Tone: er halte eine Erörterung darüber, ob das neue Staatswesen dem Prager Frieden gemäß sei oder nicht, worauf das Schreiben des deutschen Staatsmannes Bezug genommen hatte, nicht für praktisch; er erkenne in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung eine historische Thatsache ersten Ranges und glaube auszusprechen zu dürfen, daß in allen maßgebenden Kreisen Österreich-Ungarns der aufrichtige Wunsch vorherrsche, mit dem mächtigen Staatswesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehen werde, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen. Diese verständige Politik fand in der Sitzung der Delegationen volle Billigung: nur, meinte Graf Szirmay in der ungarischen Delegation (24. Januar 1871), hätte man schon vor drei Jahren ebenso klug sein und der Welt dann vielleicht den großen Krieg ersparen können. Auch in der österreichischen Delegation gab es interessante Rückblicke: indes, wie spät immer, der rechte Weg war zum Heile für Europa jetzt eingeschlagen: am 1. Juli beim Wiederzusammentritte der Delegationen rechtfertigte der Reichskanzler zum Überflusse noch diese Politik mit höflichen Worten nach allen Seiten hin. Seinem großen Zeitgenossen in Berlin, als dessen Rivalen er sich anzusehen den Mut hatte, war das Große gelungen: die Aufrichtung des Deutschen Reiches in neuer Gestalt; ihm selbst blieb das kleinere Verdienst, das aber doch hinreichte, um vieles auszulöschen, was er früher verbrochen: er half seinen Kaiser und sein neues Vaterland von den unvergleichlichen Staatskünstlern befreien, welche die Herstellung des Deutschen Reiches mit einer Wiederausgrabung des Königreichs Böhmen parodierten und munter an der Arbeit waren, in demselben Augenblick, wo Deutschland ein gewaltiger Bundesstaat wurde, Österreich in einen Haufen „historischer" Königreiche, Herzogtümer und Markgrafschaften aufzulösen. Graf Beust ging so mit Ehren von der Bühne, und an seine Stelle trat der ungarische Staatsmann, der seiner ganzen Vergangenheit nach geeigneter war, die neue Politik durchzuführen, als sein Vorgänger, dessen erkorenstes Werkzeug, Fürst Richard Metternich, im November 1871 seinen Pariser Posten gleichfalls verließ. Mehr und mehr trat zu Tage, daß die Ereignisse von 1866 und 1870 auch Österreich zu gute gekommen waren: daß das Reich mächtiger, geachteter, gesünder dastand, seitdem es seiner italienischen und seiner deutschen Stellung entledigt war, daß die Verbindung der deutschen Bevölkerung mit ihren Brüdern im neuen Deutschen Reiche eine innigere und fruchtbarere wurde, als sie es je gewesen, weil sie sich nicht mehr auf die Politik bezog, welche beide notwendig trennen mußte. Die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin

im September jenes Jahres (1872), der Besuch des russischen Kaisers in Wien im Juni, der des Königs Viktor Emanuel im September, der des deutschen Kaisers im Oktober 1873 zeigte, daß man auf allen Seiten viel gelernt und viel vergessen hatte. Besonders hoch ist dies dem Kaiser Franz Joseph anzurechnen, dem beides, das Lernen und das Vergessen, vom Schicksal am schwersten gemacht wurde: der Besuch in Petersburg im Jahre 1874, der Besuch in Venedig bei dem König von Italien (April 1875), selbst die Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser konnte für den vielgeprüften Fürsten, der 1873 das erste Vierteljahrhundert einer ereignisvollen Regierung schloß, doch nicht ganz ohne Bitterkeit sein. Indes: das Dreikaiserbündnis bestand; der Friede war gesichert; einige Jahre hatten sich die Geschäfte in den Delegationen glatt abgewickelt. Schon im Jahre 1875 aber, werden wir sehen, entzündete sich ein Aufstand in den Österreich unmittelbar benachbarten Provinzen des Türkischen Reichs: bald griff, der Löschversuche spottend, das Feuer um sich, und in peinlicher Weise legte diese neue Phase der uralten orientalischen Frage die Thatsache bloß, daß in einer großen Frage auswärtiger Politik, die in nächster Nähe spielte, die Bevölkerungen des Reichs wie in zwei Lager auseinandertraten. Die eine Hälfte, Magyaren, Deutsche, Polen, war mit ihren Sympathieen auf seiten der Türken, die andere dagegen, der ganze slawische Stamm, auf seiten der Russen.

4. Rußland.

In den ersten Jahren des 8. Jahrzehnts vernahm man von Rußland wenig.

Was das Innere betraf, so ging die vom Kaiser begonnene Reform weiter: der Gang derselben konnte bei den gewaltigen Erstreckungen, mit denen man hier zu rechnen hat, nur ein sehr langsamer sein. Die Durchführung der Emancipation der Leibeigenen stellte die russische Gesellschaft auf denselben Boden wie die übrigen europäischen Staaten: sie stellte aber damit auch die Aufgabe, die Erziehung des Volkes energisch in die Hand zu nehmen. Darin vor allem lag die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht, deren Anbahnung der Kaiser noch im Jahre 1870 befahl. Das Statut ward unterzeichnet, im Jahre 1873 ward die letzte Aushebung nach dem alten System vorgenommen. Ein Manifest des Kaisers (Anfang 1874) machte dies dem Volke bekannt zugleich mit den erheblichen Erleichterungen und Bevorzugungen, welche durch den Nachweis empfangener Schulbildung zu erlangen waren. Diese selbst energisch zu fördern, empfahl am 6. Januar desselben Jahres ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers dem Minister

der Volksaufklärung, und am 1. Juli erging denn auch ein Gesetz über Verwaltung und Organisation des Volksschulwesens. Überaus friedlich und human ließen sich die russischen Dinge an: man hört von einem russischen Juristentag (April 1875), einer internationalen Telegraphenkonferenz (Juli 1875), welche diesmal in Petersburg tagte: man schien sogar noch Humanität zur Ausfuhr übrig zu haben, denn auf russische Veranlassung und Einladung trat am 27. Juli 1874 zu Brüssel ein internationaler Kongreß zusammen, welcher sich eine Revision der allgemeinen Kriegsgesetze und Kriegsgebräuche in humanem Sinn, also eine Erweiterung der Genfer Konvention zum Ziele setzte. Daß mittlerweile das „Zartum Polen" auch dem Namen nach vollends verschwand, die Unifizierung und Uniformierung dort mit Konsequenz fortgesetzt, in der Diöcese Chelm der griechische Ritus wie in dem Frankreich Ludwigs XIV. mit Straftruppen eingeführt, für Livland, Esthland, Kurland die Generalgouverneurstellen aufgehoben, in Litauen die kleinrussische Sprache verboten wurde (Mai 1876): dies waren Barbareien, an die, da sie ohne Blutvergießen vollzogen wurden, niemand sich viel kehrte, — innere Fragen, deren Lösung man Rußland selbst anheimgab. Auch eine größere auswärtige Aktion war zunächst nicht in Sicht.

Wir haben erwähnt, daß Rußland die gute Gelegenheit des Krieges und der französischen Ohnmacht benutzte, um sich von den demütigenden Beschränkungen frei zu machen, welche ihm der Vertrag von 1856 hinsichtlich des Schwarzen Meeres auferlegte. Die Note des Fürsten Gortschakow (31. Oktober 1870), in welcher dies ausgesprochen, zugleich aber versichert war, daß der Kaiser nicht die Absicht hege, damit die orientalische Frage aufzurühren, erregte in Wien, Budapest und London die größte Entrüstung, welche da und dort auch in Deutschland geteilt wurde. Wohin solle es kommen, sagte man, wenn ein Friedensvertrag, die Frucht eines großen Krieges, durch eine einfache Erklärung, sich nicht mehr an denselben gebunden zu erachten, zerrissen werden dürfe? Der englische Bevollmächtigte im deutschen Hauptquartier zu Versailles, Odo Russell, sprach von Krieg: ob dies so bitterer Ernst war, durfte man bei der Friedensliebe der damaligen englischen Regierung billig bezweifeln: allmählich begann man die Dinge ruhiger anzusehen und fand, daß daß Verfahren der russischen Regierung keineswegs so unerhört war, wie man im ersten Zorn über den unbequemen Zwischenfall es angesehen. Seitdem die Welt steht, hat sich jede Macht an einen unbequemen Frieden nur so lange gebunden erachtet, als sie mußte, und es stand ihr frei, einen solchen Friedensvertrag abzuwerfen, indem sie die Gefahren eines Krieges auf sich nahm. Niemand hat Preußen getadelt, als es den Frieden von Tilsit durchriß,

niemand wird sich wundern dürfen, wenn Frankreich eines Tages sich nicht länger an den Frankfurter Frieden gebunden erklärt: es ist nur eine Form, wenn alle Friedensschlüsse „auf ewige Zeiten" gemacht werden. Daß aber Rußland diesen Zeitpunkt wählte, wo der eine seiner Gegner von damals unfähig war, sich zu rühren, der andere, England, unter einer Regierung stand, welcher die gröbsten Beleidigungen ruhig einsteckte, — einem Zeitpunkte, wo die siegreiche deutsche Macht der russischen Regierung zu wirklichem Danke verpflichtet war als der einzigen, welche in dem gefährlichen Augenblicke, als sie Frankreichs Überfall abwehren mußte, ihr wenigstens den Rücken frei hielt — dies konnte nur tadeln, wer von Politik naivere Vorstellungen hatte, als die Dinge der wirklichen Welt gestatten. Auch ließen sich die Sachen sofort zu friedlicher Verständigung an: man fand, daß Rußland nichts anderes verlange, als was der Leiter der österreichischen Politik, von Beust, ihm im Jahre 1867 hatte aufdrängen wollen. Der Vorschlag Bismarcks, die Angelegenheit in einer besonderen Konferenz zu London in Erwägung zu ziehen, fand Billigung. Diese Konferenz trat am 17. Januar 1871 zusammen und hatte am 13. März ihr Werk vollendet: auch der neue französische Botschafter, Herzog von Broglie, der zur letzten Sitzung noch kam, gab seine Zustimmung zu dem Protokoll, welches die Forderung Rußlands genehmigte und in leidlicher Form den Paragraphen 11 des Pariser Vertrags beseitigte.

In Rußland war die Genugthuung über diesen Erfolg der russischen Politik groß: und zunächst erfolgte auch jenes Vorgehen gegen die Türkei nicht, welches man befürchtet hatte. Das gute Verhältnis zu Deutschland erhielt sich ungetrübt. Ein vielbemerktes Telegramm des Kaisers Wilhelm vom 27. Februar 1871 erkannte ausdrücklich die Verdienste des russischen Herrschers um Deutschland während der letzten Krisis an: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat", und Kaiser Alexander selbst ließ keine Gelegenheit vorübergehen, dieser verständigen Politik verständlichen Ausdruck zu geben; daß dies auch eine Wiederanknüpfung besserer Beziehungen zu Österreich zur Folge hatte, ist bereits erwähnt. Auch das Verhältnis zu England gestaltete sich trotz des verdrießlichen Protokolls in der Pontusangelegenheit eine Zeitlang besser: als Anfang 1873 die russische Regierung eine kriegerische Expedition gegen den Chan von Chiwa, dem Steppenland des unteren Amu, für notwendig hielt, um wieder einmal seine Grenze nach dieser Seite sei es zu sichern, sei es zu lockern und den räuberischen Steppenvölkern die Offenbarung der überlegenen Macht zu geben, schickte sie zuerst (Januar 1873) den Grafen Schuwalow in besonderer Mission nach London, um die englische Regierung

über ihre Absichten bei diesem Unternehmen zu beruhigen. Im April begann der Feldzug in mehreren Kolonnen, die sich unter dem Befehl des Generals Kaufmann vor der Hauptstadt Chiwa, dem Sitze eines schwunghaften Sklavenhandels, vereinigten (Anfang Mai): es war derselbe Monat, in welchem der Schah von Persien seine große Reise durch Europa mit Heimsuchung des russischen Hofes, Moskau und Petersburg begann. Am 24. Juli ward Frieden mit dem Chan geschlossen: dieser versprach Abschaffung und Unterdrückung des Menschenhandels, stellte das Land am rechten, östlichen Ufer des Amu-Darja Rußland zur Verfügung, das dasselbe dem Emir von Bochara zum Besitze zu geben erklärte, gestattete Anlegung russischer Faktoreien am linken Ufer, öffnete sein Land dem russischen Handel und bezahlte die Kriegskosten; in Rußland selbst hätte man der unsicheren Vasallenstellung, in welche der Chan von Chiwa trat, um nicht Streit zwischen England und Rußland zu erwecken, die sofortige Einverleibung dieser Gebiete vorgezogen. Bald darauf (23. Januar 1874) erfolgte die Heirat eines Sohnes der Königin von England mit einer russischen Großfürstin: der erste Fall einer Verschwägerung der Dynastieen in der Geschichte beider Reiche. Dieses gute Einvernehmen ward auch nicht durch den Aufstand gestört, welcher im September 1875 den General Kaufmann nach Chokand führte und die Einverleibung eines weiteren Teils dieses Chanats veranlaßte, während für den Rest der Sohn des vertriebenen Fürsten anerkannt ward: ein neuer Aufstand führte im März 1876 die Einverleibung des ganzen Chanats herbei. Aber schon waren Ereignisse im Gange, welche diese untergeordnete Frage eines Stückes von Centralasien vergessen ließ über dem großen und allgemeinen Gegensatze Rußlands und Englands, welchen der Orientalische Krieg aller Welt und vor allem Rußland und England selbst wieder zum Bewußtsein bringen sollte.

5. England.

Die Haltung Englands während des gewaltigen Krieges auf dem Festlande war wenig geeignet, ihm von irgend einer Seite Dank oder Achtung zu erwecken; nur die reichen Gaben für die Verwundeten und die aufopfernde Thätigkeit vieler einzelnen in dieser Richtung fanden die verdiente Anerkennung. Die Stimmung im Lande wechselte: als gegen Ende des Jahres 1870 der Sieg der Deutschen immer sichtbarer hervortrat, neigte sie sich auf die Seite des Unterliegenden, und einige lärmende Demonstrationen wurden zu Gunsten der Franzosen gemacht: wie man sich z. B. in London anschickte, dem französischen Minister des Auswärtigen, Jules Favre, den man zur Konferenz in der Pontus-

frage erwartete, einen möglichst großartigen Empfang zu bereiten. Der Erwartete erschien nicht; der Friede wurde geschlossen, ohne daß England Gelegenheit gehabt hätte, eine Milliarde oder einen Gebietsstreifen für Frankreich zu retten. Man fand sich ohne Mühe darein, da die Sympathieen für die Franzosen doch auch nur lau waren: daß die Neutralität Belgiens jetzt sicher gehütet war, ohne daß England darüber mehr zu wachen brauchte, konnte man als Nebengewinn mitnehmen. Im ganzen konnte England mit den Ergebnissen des Krieges wohl zufrieden sein, und die weitere Entwickelung der Dinge in Deutschland wie in Frankreich näherte alle besseren Elemente des englischen Volkes dem ersteren Lande wieder. Dazu trug die Handelspolitik Thiers' das Ihrige bei, welche die Kündigung des englisch-französischen Handelsvertrags zur Folge hatte. Derselbe wurde aber bald durch einen neuen ersetzt, welcher die Verhältnisse nicht wesentlich änderte; wichtiger war, daß Frankreich immer mehr unter die Herrschaft des Ultramontanismus und ultramontanen Paganismus fiel, während in Deutschland der Kampf gegen diese Mächte*) mit wachsendem Nachdrucke aufgenommen und in verschiedenen Formen geführt wurde, als Kampf der Wissenschaft gegen den Dogmatismus, Kampf des nationalen Staates gegen den Universalstaat, Kampf der altkatholischen Anschauung gegen eine dem Evangelium und der Tradition zuwiderlaufende Neuerung: Formen, von denen jede auf Sympathieen in je ihren besonderen Kreisen der englischen Gesellschaft zählen konnte. Die altkatholische Bewegung in Deutschland erregte in den Kreisen der anglikanischen Kirche Sympathie und Interesse, und das Jahr 1874 und 1875 war reich an Beweisen der Sympathie für die Abwehr der Anmaßungen der römischen Kirche: Gladstone selbst, ein vielseitiger Geist, beschritt die Arena theologischer Kontroversen in mehreren Schriften. Auf großbritannischem Boden selbst machte sich der Romanismus breit; unter den eifrigsten Bekennern und Beförderern des neuen Dogmas, welches mit der Apotheose des Papsttums vollen Ernst machte, war der Erzbischof Manning der eifrigste, und sein Eifer war vollkommen bereit, jedes Wunder zu glauben, welches in Frankreich oder sonstwo geschah. Den Glanz der Wallfahrten in dem letzteren Lande vermehrten Pilgerzüge aus England; in Irland verdienten alle solche Regungen besondere Aufmerksamkeit, weil hier der nationale Gegensatz den religiösen trug und schärfte, wie umgekehrt. Zwar glaubte gelegentlich eine Thronrede eine erfreuliche Abnahme der agrarischen Verbrechen in diesem Teile des Reichs konstatieren zu können, auch der fenische Unfug schien seine Blütezeit hinter sich zu haben; dagegen hatte der alte Widerwille des Kelten gegen den Sachsen

*) Vgl. Reusch, Die deutschen Bischöfe und der Aberglaube, Bonn 1879.

bereits eine neue Form ausfindig gemacht, — in einer Agitation für heimische Regierung (Home-rule), einer von einem Dubliner Advokaten, Butt, geleiteten Erneuerung der alten Repealbewegung in etwas minder radikaler Form. Diese Homeruler setzten sich ein eigenes irisches Parlament und Verwandlung der Union in ein rein föderatives Verhältnis zum Ziel, freilich zunächst mit schlechten Aussichten: der Antrag auf ein eigenes irisches Parlament, den sie im Juni 1874 stellten, fiel im Unterhause mit 458 gegen 61 Stimmen. Gleichzeitig legten auch die irischen Bischöfe der Regierung in verschiedenen Angelegenheiten, namentlich bei Schulreformen, Schwierigkeiten in den Weg und warfen sich die Geistlichen aller Grade mit neuem Eifer bei den Parlamentswahlen ins Geschirr. Die Regierung versuchte diese Bestrebungen in ihre Schranken zu weisen, mußte sich aber (März 1873) bei Einbringung ihrer „irischen Universitätsbill" vorwerfen lassen, daß sie den ultramontanen Forderungen zu weit entgegenkomme, während auf der anderen Seite die irischen Bischöfe, geführt von Kardinal Cullen, nichts von dieser Bill wissen wollten, weil sie ihnen zu wenig biete. Die Bill kam (12. März 1873) bei ihrer zweiten Lesung im Unterhause zu Fall und mit ihr das Ministerium Gladstone, das aber notgedrungen die Geschäfte wiederaufnahm, da der Führer der Tories, Disraeli, die Aufgabe, eine Regierung zu bilden, vorläufig noch ablehnte. Mehr noch wurde der protestantische Geist des Landes aufgeregt durch die katholisierende Richtung, welche sich in der anglikanischen Kirche selbst breit machte. Am 2. Juli 1873 fand ein Meeting zu Exeterhall unter dem Vorsitze des Grafen von Shaftesbury es notwendig, gegen die von einer Anzahl Geistlichen verlangte Einführung der Beichte in die anglikanische Kirche Verwahrung einzulegen: am 15. Juli 1874 genehmigte das Unterhaus eine Kirchendisciplinarbill gegen die Ritualisten.

Von inneren Reformen ist in diesen Jahren 1870—73 wenig zu verzeichnen. Mit großem Behagen hatte man während des Krieges sich glücklich gepriesen, daß der schmale Wasserstreifen, der England vom Festlande scheidet, die Landsitze der englischen Großen und Reichen vor dem Schicksal bewahre, welchem die herrlichen Landhäuser um Paris her soeben verfallen waren; indes gaben die Erfahrungen des großen Kampfes, dem man vom sicheren Port aus zugesehen, doch Anlaß zu einer besseren Organisation der britischen Armee (März 1872), welche auch die „Freiwilligen" einer militärisch-technischen Inspektion unterstellte. Ein Mißbrauch, die Käuflichkeit der Offizierstellen, war schon im Jahre 1871 abgeschafft worden, und zwar, da das Oberhaus einer gesetzlichen Regulierung sich versagte, durch königlichen Befehl auf dem einfachen Verwaltungswege. In demselben Jahre 1872 (Juli) kam

die Einführung der geheimen Abstimmung bei Parlamentswahlen zu stande, zu welcher sich nach langem Sträuben auch das Oberhaus endlich bequemte. Wie in England jede Weisheit und jede Thorheit frei sich äußern darf, so konnte man hier auch eine Agitation für Einführung republikanischer Institutionen erleben, an deren Spitze sich ein Baronet, Sir Charles Dilke, aber mit überaus geringem Erfolge, stellte. Während in Frankreich und in Spanien der Beweis in einer Vollständigkeit, daß dem Volke die Augen übergingen, erbracht wurde, daß die Menschheit im besten Falle erst noch ein paar Jahrhunderte älter und vernünftiger werden muß, ehe sie diese Regierungsform ertragen kann, übernahm es in diesem Lande der Volksinstinkt, die müßige Ideologie in ihre Schranken zu weisen. Die lebensgefährliche Erkrankung des Prinzen von Wales (Ende 1871) ließ die royalistische Gesinnung der Bevölkerung in überwältigender Stärke hervortreten, und als im März 1872 der republikanische Baronet im Parlament einen Antrag auf Rechnungslegung über die Ausgaben der Civilliste begründen wollte, wurde ihm durch einen Tumult, wie er in dieser Versammlung nie erhört war, klar gemacht, daß das englische Unterhaus nicht gemeint war, an diesem Eckstein des Staates, der ihm seine ruhige Entwickelung verbürgt, rütteln zu lassen. Dagegen rührte sich keine Hand, als im Oktober 1871 die Delegiertenkonferenz der „Internationale" zu London aufs neue ihre Kraftsprüche that von der „streitbaren Organisation der Arbeiterklassen in allen Ländern" und jene nichtsnutzigen Müßiggänger, welche mehr als alle „Hartherzigkeit des Kapitals" die Arbeiter hindern, auf dem Wege der Arbeit, der Sparsamkeit und der sittlichen Selbstbeherrschung ihre Lage zu verbessern, verlangten, daß die „Arbeiterklasse" der „Gesamtgewalt der besitzenden Klassen" gegenüber als eigene politische Partei sich konstituiere. Die englische Regierung lehnte den Antrag, der von Spanien gestellt war, zu gemeinsamer Unterdrückung dieser Gesellschaft und ihrer verbrecherischen Thorheiten ab (1872). Sie innerlich zu überwinden bleibt eine gemeinsame Aufgabe für alle, welche den Arbeitsertrag der Jahrhunderte nicht einer angeblichen Demokratie preisgeben wollen, die in Wahrheit die heilloseste und niederträchtigste aller Tyranneien, geübt von einer Oligarchie von Agitatoren, sein würde.

Von auswärtiger Politik war England bis gegen das Jahr 1876 hin nicht sehr in Anspruch genommen. Die Streitfrage mit Amerika wegen des durch die „Alabama" und ihresgleichen verursachten Schadens haben wir bereits bis zu dem Punkte verfolgt, wo die Insolenz der amerikanischen Forderungen selbst das Maß englischer Geduld unter dem friedfertigsten aller Ministerien zu erschöpfen anfing. Die Entschädigungssumme, welche das Genfer Schiedsgericht schließlich

festsetzte, 15 Millionen Dollar, belastete die englischen Finanzen wenig, die damals alljährlich große Überschüsse zeigten: dagegen kann man nicht sagen, daß die ganze Behandlung dieser Angelegenheit der britischen Regierungskunst viel Ehre gebracht habe. Eine andere Streitfrage mit Amerika, von minderer Erheblichkeit, die San-Juan-Frage genannt, wurde von beiden Mächten dem Schiedsspruche des deutschen Kaisers unterstellt: es handelte sich dabei um die Bestimmung eines Teils der Grenzlinie, welche im Nordwesten das Vereinigte-Staaten-Gebiet von Britisch-Amerika trennte, und um die Frage, ob diese Linie so laufe, daß die Insel San Juan und einige andere kleine Eilande zum amerikanischen oder zum britischen Teil gehörten: der deutsche Kaiser entschied am 21. Oktober 1872 zu Gunsten der amerikanischen Auffassung. Die Niederlage, welche England in der von Rußland zu so unbequemer Zeit angeregten Pontusfrage erlitt, war bald verschmerzt; in derjenigen, welche man der Kürze wegen die central-asiatische nennt, gab Rußland ein gutes Beispiel oder spielte eine Rolle mit Geschick, indem es, wie erwähnt, ehe es seine Expedition gegen den Chan von Chiwa unternahm, eine Verständigung mit England suchte; die letzte auswärtige Aktion Großbritanniens unter dem Ministerium Gladstone wurde durch Feindseligkeiten hervorgerufen, welche das kriegerische Barbarenvolk der Aschantis gegen die englischen Ansiedelungen an der Küste von Oberguinea in Afrika unternahm (September 1873), und an welchen sich ein großer Teil der dortigen Stämme beteiligte: der Krieg wurde Februar 1874 glücklich beendigt, die Hauptstadt der Barbaren, Kumassie, besetzt und dann sogleich Friede gemacht.

Es war die letzte That des Ministeriums Gladstone, das im Gefühl seiner Schwäche am 24. Januar 1874 durch Auflösung des Parlaments an die Nation appellierte. Das britische Volk antwortete am 16. Februar mit einer Wahl, welche den Tories eine klare Mehrheit von 70 Stimmen gab. Gladstone trat zurück, Disraeli trat an die Spitze der Geschäfte. „Die Verwaltung der letzten fünf Jahre hätte besser gethan, etwas mehr Energie in unserer äußeren Politik zu entwickeln und etwas weniger in unserer inneren Gesetzgebung", sagte er seinen Wählern: nach diesem Grundsatze handelte er. Das innere Leben Englands vollzog sich ohne ihn: in den auswärtigen Dingen spürte man bald die Hand des energischen und ideenreichen Staatsmannes. Am 11. Oktober 1875 schiffte sich der Prinz von Wales nach Ostindien ein, das im Jahre zuvor durch eine furchtbare Hungersnot heimgesucht worden war: der Prinz zeigte sich den Maharadschas und den Bevölkerungen des großen Reichs und machte die Tigerjagden und andere landesübliche Vergnügungen mit derselben Ausdauer mit, die er den abendländischen widmete. Im folgenden Jahre überraschte der Minister die englische

Welt durch den neuen Titel einer Kaiserin von Indien, den er für seine Königin begehrte. Das Parlament stimmte zu, im Unterhause mit 269 gegen 134 Stimmen, und noch allgemeineren Beifall fand ein anscheinend nur finanzielles Geschäft, mit welchem er den kürzesten Weg nach Indien und das arg verwirtschaftete Land Ägypten, dessen Kassenverhältnisse soeben ein englischer Finanzmann Cave untersucht hatte, in Oberaufsicht nahm — der Ankauf derjenigen Suezkanalaktien, welche sich im Besitze des Vicekönigs befanden.

Beides stand bereits im Zusammenhang mit der orientalischen Frage, in deren Behandlung jetzt ein englisches Ministerium sein Meisterstück machen konnte.

B. Mittlere und kleinere Staaten.

1. Spanien.

Dieser wie allen großen europäischen Fragen stand Spanien durchaus fern, das sich einzig und allein mit der schwierigsten von allen, der spanischen, zu beschäftigen hatte.

In dem Kriege, den die französische Regierung sich aus der Hohenzollernschen Kandidatur für die spanische Krone zurecht machte, und den sie mit Handlungen einleitete, welche eine derbe Beschimpfung der spanischen Regierung und mithin der spanischen Nation in sich schlossen, blieb Spanien neutral. Und dies verstand sich fast von selbst, da das Land kein besonderes Interesse zu wahren hatte, weil noch kein Beschluß der Cortes in Beziehung auf jene Kandidatur vorlag und diese letztere sich für Spanien durch den Verzicht des Prinzen vollständig erledigte: es war überflüssig und auch nicht ernsthaft gemeint, wenn Frankreich an der spanischen Grenze ein Observationscorps aufstellte. Seine Genugthuung erhielt auch Spanien durch den Tag von Sedan: mit dem weiteren Gange und dem Endergebnisse des Krieges konnte das Land zufrieden sein, da derselbe die Franzosen auf lange Zeit zu einem bescheideneren Auftreten seinen Nachbarn gegenüber nötigte. Mittlerweile hatte sich für den leer stehenden Thron der König gefunden. Es war Ferdinand Amadeus, Herzog von Aosta, der zweite Sohn des Königs Viktor Emanuel, welcher am 2. November 1870 sich zur Annahme bereit erklärte. Am 16. fand die Wahl durch die Cortes statt: 191 Stimmen erklärten sich für den Herzog; 25 für den Herzog von Montpensier, 8 für den alten Espartero, 2 für den Sohn Isabellas; ein Dutzend Karlisten gaben weiße Zettel ab. Unter diesen zahlreichen Minoritäten aber war die ansehnlichste die republikanische: 63 Stimmen. Der neue König, Amadeo I., nahm an (4. Dezember);

seine Civilliste wurde am 20. Dezember auf 24 Millionen Realen festgesetzt; ohnmächtige Proteste der Königin Isabella und des Gegenkönigs Don Karlos verwehten einstweilen im Winde. Aber die neue Regierung begann unter ungünstigen Zeichen. Das erste, was der König erfuhr, als er seinen Fuß auf spanischen Boden setzte, war, daß der Mann, welcher ihn dem Lande zugeführt, Marschall Prim, bei der Heimfahrt aus einer Sitzung der Cortes von Meuchelmördern tödlich verwundet worden war. Er starb am 30. Dezember; die Mörder waren verschwunden.

Am 2. Januar 1871 traf König Amadeo in Madrid ein und leistete den Eid auf die Verfassung. Die konstituierenden Cortes lösten sich auf, und der Marschall Serrano bildete das erste Ministerium der neuen Monarchie. Von seiten der auswärtigen Mächte fand die Anerkennung Amadeos keine Schwierigkeit; der Eindruck, den sein Auftreten unter dem Volke machte, war günstig; doch zeigte sich sofort die sittliche Auflösung, welcher das Land verfallen war, indem eine Anzahl Offiziere, auch Subalternoffiziere, dem König, den die Volksvertretung gewählt hatte, den Eid der Treue verweigerte. Am 3. April traten die neuen Cortes zusammen, eine bunte Musterkarte aller möglichen Parteifarben, auf der nur eine verhältnismäßig kleine Mehrheit für die neue Ordnung der Dinge übrigblieb; mit 168 Stimmen wurde der Kandidat des Ministeriums, Olózaga, zum Präsidenten der Cortes gewählt. Die erste Thronrede gab der Nation und ihrer Vertretung die besten Worte und sprach Hoffnungen für die Zukunft aus: aber der savoyische Prinz hatte mit dem besten Willen und mit Eigenschaften, die anderswo Gutes hätten schaffen können, eine unlösbare Aufgabe übernommen. Die ersten Schwierigkeiten kamen von den Republikanern, denen zuliebe man keinen Eid der Treue von den Cortesmitgliedern verlangt hatte: Verfassungseide zu schwören und zu halten, das war etwas, was diese neuen Granden von Spanien, die Großen der republikanischen Phrase, allenfalls von Königen oder Ministern, niemals aber von sich selbst verlangten. Am 22. Mai verlangte ihr Führer Emilio Castelar die Herstellung der Republik, während die Karlisten, hinter welchen vielleicht noch etwas mehr Volk stand als hinter der Republik, Einsetzung des Don Karlos in seine Rechte begehrten: von einer zuverlässigen Unterstützung eines Ministeriums durch eine sichere Mehrheit, einem doppelten Bedürfnis solchen Gegnern gegenüber, war hier auf diesem Boden keine Rede, wo man keinem Ministerium mehr die Zeit gönnte, etwas Ersprießliches zu thun, und wo die Plätze am Staatsruder ebendeswegen auch keinerlei Charakter, Sachkenntnis oder sonst welche gute Eigenschaft verlangten. Zum Wunder hielt sich das Ministerium Serranos bis in den Juli.

Schon im Juni hatte es allerdings dem König ein Entlassungsgesuch eingereicht, unmittelbar nachdem das von dieser Regierung vorgelegte Heeresgesetz und eine Antwortsadresse auf die Thronrede in ihrem Sinne votiert worden war, — dies war eine neue Sitte, in welche sich der König gar nicht finden konnte: er verstehe etwas von parlamentarischer Notwendigkeit eines Ministerwechsels, gab er dieser frivolen und unfähigen Gesellschaft zu hören, nicht aber von Ministerwechseln infolge von Kabalen der Klubs und innerhalb der Partei selbst. Von Mitte Juli aber war das Ministerium nicht mehr zusammenzuhalten, und nach verschiedentlichen Versuchen bildete Zorilla ein neues aus dem radikalen Teil der Progressistenpartei. Während der Vertagung der Cortes unternahm der König eine Rundreise durch die Provinzen, wo er sich überall gut aufgenommen sah; wie er nach Madrid zurückkam (2. Oktober), erwartete ihn bereits wieder eine Ministerkrisis. Die Cortes waren tags zuvor wieder zusammengetreten; bei der Wahl des Kammerpräsidenten unterlag der Kandidat der Regierung gegen den Führer des konservativen Teils der Progressisten, Sagasta. So besaß das Land seit dem 20. Oktober ein Ministerium Malcampo, welches sich auf die letztere Partei stützte; schon am 13. November war aber ein Mißtrauensvotum gegen diese Regierung eingebracht, noch ehe dieselbe viel Gutes oder Böses hatte verüben können. Woher die Abgeordneten den Stoff zu den langen Debatten nahmen, in denen man diese Ministerien einiger Tage oder Monate befehdete und verteidigte, läßt sich schwer begreifen: am 18. unterlag die Regierung, half sich aber durch Vertagung der Cortes bis zum 8. Januar 1872.

Noch war das Jahr nicht zu Ende, als ein neues Ministerium von derselben Farbe, Sagasta, die Geschäfte übernahm, das aber bereits am 22. Januar 1872, nachdem soeben die Cortes wieder zusammengetreten waren, seine Demission anbot, weil es bei irgend einer Bagatellfrage in der Kammer erlag. Der König nahm sie nicht an, löste vielmehr die Kammer auf. Bei den Neuwahlen beteiligten sich auch die Karlisten; das Ergebnis waren 229 Ministerielle, 137 von der Opposition in ihren verschiedenen Formen. Die eine dieser Oppositionsparteien aber, die Karlisten, war der „lächerlichen Komödie des Liberalismus" bereits satt, und ihre Banden erschienen im offenen Felde, in Biscaya und Navarra, nachdem ihr König in einem Manifest (15. April) den „Kunstgriffen der Liberalen, der Vorhut des Petroleums und der gesellschaftlichen Auflösung" den „Krieg im Namen von Gott, Vaterland und König" angekündigt hatte. Auch er, Don Karlos VII., verlangte seine Rolle in dem großen Weltkampfe: „Der Herzog von Madrid" — dies war einstweilen noch sein Titel — „verlangt

angesichts der Welt den Oberbefehl über die Vorhut des großen katholischen Heeres, welches das Heer Gottes, des Thrones, des Eigentums, der Familie ist." Hier wußte man wenigstens, woran man sich zu halten hatte; während der Marschall Serrano als Generalissimus gegen die Karlisten im Norden zog, tobte auch in der parlamentarischen Arena, die am 24. April abermals aufgethan wurde, der Kampf; die Republikaner sahen zu, die radikalen Progressisten deliberierten über ihren Austritt aus den Cortes, und am 22. Mai hatte das Ministerium Sagasta seinerseits ausgewirtschaftet. Die neue Verwaltung (25. Mai) trug ihren Namen vom Admiral Topete; nach einigen Tagen übernahm Marschall Serrano den Vorsitz. Er kehrte von seiner Expedition gegen die Karlisten zurück, die er nicht zu Ende führte. Er gewährte den Gegnern eine Konvention oder trug sie ihnen entgegen, die Konvention von Amorevieta (24. Mai) genannt, in welcher freigebig Amnestie geboten war, wo die Waffen niedergelegt wurden, und in der ein Artikel sich fand, der nur in Spanien möglich war: „Die Anführer und Offiziere können mit dem Range, welchen sie vor ihrer Teilnahme an dem Aufstande innehatten, in die Armee zurücktreten". Am gleichen Tage erschien die Proklamation eines der Karlistenhäupter, Tristany, an die Katalanen, in welcher derselbe unter Schmähungen auf den neuen König — „einer Handvoll Abenteurer zur Beute, erträgt Spanien das Joch eines fremden exkommunizierten Prinzen" — diese Provinz zu den Waffen für Religion und König rief.

Auch Serranos Ministerium war von kurzer Dauer. Die Mehrheit der Cortes schien geneigt, ihm umfassende Vollmachten zur Herstellung der öffentlichen Ruhe zu übertragen; der König schwankte, ob er den abschüssigen Weg betreten solle, und ließ sich durch die energischen Worte der Radikalen und der Republikaner einschüchtern; er versagte seine Zustimmung, worauf die Regierung zurücktrat und ein radikales Ministerium gebildet ward, an dessen Spitze Zorilla zu treten sich bequemte, der einige Wochen vorher aus der Versammlung der Cortes ausgeschieden war. Die Cortes wurden nun zunächst vertagt (14. Juli); wiederum regnete es Erklärungen und Proteste; am 21. erfolgte die Auflösung. Am 19. Juli erlebte man auch das erste Attentat auf das Königspaar, das zum Glück sein Ziel verfehlte; am 24. August erfolgten die allgemeinen Wahlen unter lebhafter Beteiligung aller Parteien mit Ausnahme der Karlisten. Sie ergaben eine entschiedene Mehrheit für die Regierung, ungeachtet diese sich wenig in dieselben eingemischt hatte. Am 15. September eröffnete der König, von einer Reise in die nördlichen Provinzen zurückgekehrt, diese Versammlung, welcher nun eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe vorgelegt wurde, unter anderem ein Armeegesetz auf der Grundlage der allgemeinen

pflicht. Alles schien gut zu gehen, als am 10. November eine einzige Ernennung die klägliche Lage des Landes weniger hervorrief als bloßlegte. Die Regierung machte den General Hidalgo zum Generalkapitän der baskischen Provinzen. Dieser Mann wurde einer unehrenhaften Handlung bei einer der unzähligen Emeuten auf diesem Boden beschuldigt — einen Artillerieoffizier sollte er zu retten versäumt haben, als ihn (1866) einige von seinen meuterischen Soldaten zum Tode schleppten; — und der Kommandeur der baskischen Artilleriebrigade, welcher unter seinen Oberbefehl gestellt war, verließ ohne Urlaub seine Garnison und begab sich nach Madrid, um gegen diese Ernennung zu protestieren. Dies gab das Signal zu einer Arbeitseinstellung eigener Art, welche in diesem Jahrhundert der „Strikes" doch noch nicht dagewesen war: sämtliche Artillerieoffiziere dieses merkwürdigen Landes verlangten ihre Entlassung. Die Regierung schien oder war entschlossen, nicht nachzugeben, und bereitete eine Reorganisation dieser Waffe vor; der König aber hatte nunmehr genug. Am 10. Februar 1873 mußte Zorilla den Entschluß desselben, der undankbaren Krone zu entsagen, den Cortes mitteilen. Es ging ruhig bei dieser Staatsaktion zu. Am 12. ließ der König einspannen und fuhr mit seiner Familie ab nach Lissabon, um von da sich nach seiner Heimat zurückzubegeben; den Cortes ließ er die Botschaft zurück, in welcher er in ruhigem und würdigem Ton für sich und seine Kinder dem Thron entsagte. Die Botschaft enthielt in gemessenen Worten eine schneidende Kritik des hoffnungslosen Zustands, in welchem dies Land sich befand. „Alle rufen den süßen Namen des Vaterlandes an, alle kämpfen und arbeiten für sein Wohl, und inmitten des tosenden Kampfes der verworrenen, betäubenden und sich widersprechenden Rufe der Parteien, der zahlreichen und einander entgegengesetzten Äußerungen der öffentlichen Meinung ist es unmöglich, zu erkennen, wo sich die Wahrheit befindet, und noch unmöglicher, ein Heilmittel für so viele große Übel zu finden. Ich habe eifrig nach demselben gesucht innerhalb des Gesetzes und habe es nicht gefunden: außerhalb des Gesetzes darf es der nicht suchen, der geschworen hat, das Gesetz zu beobachten." Das letztere freilich hatten die verschiedenen Parteien und ihre Führer häufig genug gethan, und sie waren nicht daran gestorben; aber was hier jeder Parteiführer und jeder General thun oder wagen konnte, weil er Spanier war, durfte und konnte der König nicht, weil er ein Fremder war.

Die Spanier waren nun wieder unter sich: und am gleichen Tage erklärten die Cortes 256 gegen 32 Stimmen die Republik als die nunmehrige Staatsform des Landes: eine ziemlich klägliche Adresse beantwortete die Zuschrift des Königs, dem eine Deputation bis zur Grenze das Geleit gab. Man mußte aus der Not eine Tugend machen,

und wer genügsam war unter den Demokraten Europas, der konnte sich jetzt freuen, daß zwei große Länder dieser glorreichen „allein freier Wesen würdigen" Staatsform gewonnen, daß der Westen des Erdteils nunmehr republikanisch sei.

Die Regierung, welche die jetzt souveränen Cortes bestellten, war aus Radikalen und Republikanern zusammengesetzt, und die letzteren überwogen. Der Ministerpräsident Figueras, der Minister des Innern, Pi y Margall, und der des Äußern, Castelar, gehörten ihrer Partei an, und schon am 25. Februar wurde dieses Ministerium durch den neuen Souverän, die Cortes, so modifiziert, daß es als ein rein republikanisches gelten konnte. Das Nächste war, daß nun, nach kaum 3 Jahren, abermals konstituierende Cortes von nöten waren, um wieder eine Verfassung, vielleicht auf 1½ Jahr, oder wie lange es gehen mochte, fertig zu bringen; als großjährig waren bei dieser Wahl alle Spanier, die über 20 Jahre alt seien, angenommen. Unter der einzuführenden oder bereits eingeführten Republik war die Föderativrepublik verstanden, bei der die „Freiheit" am besten zu gedeihen schien, d. h. die einzelnen Königreiche, aus denen Spanien erwachsen war, sollten ebensoviele Freistaaten und daneben eine Union, wie die Schweiz oder die Vereinigten Staaten von Nordamerika, bilden. Zunächst verstand man im Volke davon soviel, daß alles aus den alten Fugen war und somit jedermann thun könne, wozu er sich aufgelegt, und lassen, wozu er sich nicht aufgelegt fühle. Vor allem in der Armee, wo das Beispiel der Artillerieoffiziere vorangegangen, löste sich die Disciplin mehr und mehr mit jedem Tage: wo niemand dem Gesetze sich fügte, sondern jeder, wo dieses ihn belästigte, mit einem schönen Worte sich darüber hinwegsetzte, da waren auch die Soldaten nicht mehr zum Gehorchen, die Offiziere nicht mehr zum Befehlen da. Man mußte ein Heer von Freiwilligen bilden, welches die Aufgabe lösen sollte, zugleich im Norden den Fortschritten der Karlisten zu wehren, denen nichts willkommener sein konnte, als die Proklamierung der Republik, und zugleich einen anderen Feind niederzuhalten, der überall und nirgends auftauchte: das waren die Leute, die das Prinzip der Auflösung der alten Spanischen Monarchie noch einen Schritt weiterführen wollten und nichts von Paktieren und Transigieren mit der Vergangenheit wissen wollten — die Intransigenten, die Männer der Commune. Die ehrlichen unter den Männern der Regierung, wie der Kriegsminister Acosta und Castelar, erkannten, daß die Freiheit, auch die republikanische, am Ende doch mit der Ordnung beginnen muß, und daß nicht bloß Könige und Kaiser zu dieser Aufgabe Soldaten und zwar disciplinierte Soldaten brauchen. Sie gingen an die schwere Aufgabe: aber die Unordnung reichte noch höher hinauf. Die Cortes, ihrer

Mehrheit nach nur Radikale, nicht Republikaner, hatten eine Kommission zurückgelassen, welche die Regierung beaufsichtigen sollte, und die, wo nötig, in der Zwischenzeit, bis die neuen Cortes zusammentreten würden, die alten berufen könnte. In ihrem Schoße besaßen die Gegner der Regierung die Mehrheit, und die Regierung hatte bald nur die Wahl, einen Staatsstreich zu machen oder zu leiden. Sie zog das erstere vor und löste die Permanenzkommission auf (24. April), deren Mitglieder zum Teil ins Ausland flüchteten. Am 10. Mai fanden dann die Wahlen statt; diesmal schickte das souveräne Volk 360 Föderativrepublikaner, neben wenigen Radikalen und Konservativen, was diesmal ein Ding war. Am 1. Juni zusammengetreten, wählten jene am 8. einen der Ihrigen, Orense, zum Präsidenten. Der Präsident der Regierung, Figueras, legte seine Gewalt nieder: an seine Stelle wurde Pi y Margall gewählt, diesem von den Cortes ein Ministerium von Föderativrepublikanern beigegeben und zugleich ein Verfassungsausschuß bestellt, der Castelar mit Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragte. Während dieser, halb Washington halb Don Quichotte, sich einer so zeitgemäßen Stilübung hingab und die Menschenrechte formulierte, welche einen Schmuck dieser neuen Konstitution bilden sollten (Mai), brach im Süden das Chaos herein, — eine Anzahl kommunistischer Aufstände, welche sich um die Schwätzer in Madrid wenig bekümmerten: in Malaga, Sevilla, Cadiz, Alcoi, Cartagena und anderen Orten. Sie zählten auf den Präsidenten Pi y Margall, der ihren „Grundsätzen" zugethan sei; dieser aber trat ab und ward durch Salmeron ersetzt. In Cartagena hauste das Gesindel auf seine Weise und setzte einen Wohlfahrtsausschuß ein; sie bemächtigten sich einer Anzahl Kriegsschiffe und versuchten mit diesen, ihren Genossen in den anderen Städten des Südens, wo die Ordnungspartei wieder obenauf gekommen war, Hilfe zu bringen. Bei dieser Gelegenheit that ein deutsches Kriegsschiff, die Fregatte „Prinz Friedrich Karl", Kapitän Werner, ein gutes Werk, indem es eines dieser Schiffe abfaßte und nach Gibraltar brachte (25. Juli); die übrigen wurden durch englische und deutsche Schiffe, welche zum Schutze ihrer Landsleute in den dortigen Gewässern kreuzten, am Auslaufen verhindert. So sahen sich die Aufrührer auf Cartagena beschränkt, zu dessen Belagerung General Campos sich aufmachte; in den übrigen Städten war die Ordnung hergestellt. Aber im Norden machten gleichzeitig die Karlisten Fortschritte, und eine energische Regierung war sicher notwendiger, als die Entscheidung der Frage, wie weit die Freiheit des Individuums gegenüber der Gemeinde, der Gemeinde gegenüber dem Staate, des Staates gegenüber dem Bunde reichen sollte, und ähnliche Doktorfragen, mit welchen man sich in den Cortes zu schaffen machte. Salmerons zartes Gewissen sträubte sich gegen die

Anwendung der Kriegsartikel als gegen eine Wiedereinführung der von den Cortes abgeschafften Todesstrafe, und am 9. September wählten demnach die Cortes an seine Stelle Emilio Castelar, der seinen Regierungsantritt von der Ermächtigung zu Ausnahmemaßregeln abhängig machen mußte. Am 19. vertagten sich die Cortes bis Ende des Jahres, und am 21. erschien das Dekret, welches zunächst für ganz Spanien die „konstitutionellen Garantieen" suspendierte. Zu allem Unheil kam noch ein Konflikt mit den Vereinigten Staaten wegen eines Vorganges, der mit den verworrenen Zuständen auf Cuba zusammenhing: ein nordamerikanisches Schiff, der „Virginius", der den dortigen Insurgenten Munition und Mannschaft zuführte, ward weggenommen, die Mannschaft von den cubanischen Behörden kriegsgerichtlich abgeurteilt, zum Teil sofort erschossen, und man dachte, daß Spanien bei dieser Gelegenheit das letzte Stück seiner amerikanischen Kolonieen würde verlieren können; doch wandte die rasche Nachgiebigkeit der Madrider Regierung weitere Verwickelungen ab.

Das Jahr schloß mit weiteren Erfolgen der Karlisten, welche sich, Don Karlos selbst in ihrer Mitte, vor Bilbao (Biscaya) legten, nachdem sie den Befehlshaber der Regierungstruppen, Moriones, in eine Lage gebracht hatten, aus welcher ihn nur eine unfreiwillige Seereise rettete, — der Rückzug auf seine Schiffe, die ihn und seine Leute von San Sebastian nach Santander trugen. In Madrid aber war der Gegensatz zwischen Castelar, dem Präsidenten der Regierung, und Salmeron, dem Präsidenten des Cortesausschusses, bereits wieder zu einer gefährlichen Stärke gediehen, und wenn nicht eine energische Soldatenfaust sich dazwischen legte, so war beim Zusammentritt der Cortes zu fürchten, daß die wachsende Zerrüttung dem Don Karlos den Weg nach Madrid bahnen und damit eine neue Ära der Reaktion und der Revolutionen eröffnen werde. Der energische Soldat fand sich: General Pavia jagte die Gesellschaft mit ein paar blinden Schüssen auseinander. Kein Blut floß; General Serrano übernahm die Gewalt. Der Kommunisten in Cartagena ward man Herr, dagegen machte man gegen die Karlisten im Norden nur schlechte Geschäfte: im Juni 1874 begannen diese unter Alfonso, Don Karlos' Bruder, über den Ebro vorzubringen. Daß es unter dieser Fahne an Grausamkeiten nicht fehlte, läßt sich denken: unter anderm erschossen sie einen deutschen Zeitungskorrespondenten, Hauptmann Schmidt, was die deutsche Regierung bestimmte, einige deutsche Kriegsschiffe in den Biscayischen Meerbusen zu schicken und die Anerkennung des Generals Serrano bei den europäischen Höfen zu betreiben. Ehe das Jahr um war, hatte die spanische Revolution ihren Kreislauf vollendet. Im Dezember 1874 erließ zu Murviedro der General Martinez Campos ein Pronunziamiento zu Gunsten des Prinzen

von Asturien, Alfonso, des Sohnes der Isabella, der soeben großjährig geworden war. Alle Welt fiel ihm zu: am 14. Januar 1875 hielt er seinen Einzug in Madrid. Ohne einige Reaktion ging es natürlich nicht ab: die Lehrfreiheit an den Universitäten ward wieder abgeschafft, der Kultusetat erhöht: der Nuntius des Papstes verlangte die Entfernung der Kultusfreiheit aus der spanischen Verfassung, und wenn auch schließlich ein Toleranzartikel in dieser Verfassung blieb, so hinderte dies natürlich einzelne eifrige Bischöfe, wie den von Minorca, nicht, sich die Witterungsveränderung zu nutze zu machen und die Protestanten, die sich in seinen Sprengel verirrt hatten, zu verfolgen. Mit den Karlisten wurde man im Laufe des Jahres 1875 fertig: Februar 1876 trat ihr König auf französischen Boden über, die übrigen Führer ergaben sich auf Gnade und Ungnade. Der vorwaltende Mann in der Regierung hieß Canovas del Castillo, ein besonnener, reichgebildeter, wohldenkender Mann: und da er am Ruder war, fehlte ihm auch die Mehrheit in den Cortes nicht.

Wir haben über Portugal nur ein Wort hinzuzufügen. Auch hier legte im Mai 1870 eine Militärrevolution unter Saldanha dem König das Gesetz auf; allein man lenkte alsbald wieder in die gewöhnlichen konstitutionellen Bahnen ein. Vom Herbst 1871 bis März 1877 führte dasselbe Ministerium Pereira die Geschäfte: und es ist deshalb sehr begreiflich, daß die in den spanischen Wirren auftauchende und an sich sehr naheliegende Idee, die ganze Pyrenäische Halbinsel unter der portugiesischen Dynastie zu vereinigen, hier in Portugal nicht den mindesten Anklang fand.

2. Italien.

Für Italien hatte sich zu gleicher Zeit, wo man in Spanien daran ging, im Namen der Freiheit den Einheitsstaat in ein Bündel selbständiger Staaten aufzulösen, mit Erwerbung seiner natürlichen Hauptstadt Rom der Einheitsstaat vollendet. Nach langen Leiden, in schwerer Arbeit, unter großen Opfern, allerdings von dem, was die Menschen „Glück" nennen, begünstigt, aber auch durch ganz ungewöhnliche ungeheure Schwierigkeiten gehemmt, hatte Italien sich erobert, was Spanien längst besaß: die territoriale Geschlossenheit und die nationale Unabhängigkeit. Und hier, wie in Deutschland, zeigte sich glänzend die einigende, mäßigende Kraft eines nationalen Königtums: ohne diese Kraft wäre das schwierige Werk weder hier noch in Deutschland gelungen. Es war ein unheures Ereignis, daß dieses nationale Königtum seinen Sitz nunmehr in der Stadt Rom aufschlug, welche seither der Mittel-

punkt des geistlich-weltlichen Universalstaates gewesen war und bis auf weiteres auch blieb.

An eine Verständigung dieser beiden Gewalten, des italienischen Königreichs und des Papsttums, war vorerst nicht zu denken. Die Kammern machten sich noch in Florenz mit einem Garantiegesetz zu schaffen, welches dem Papste die ungehemmte Ausübung der Pflichten seiner Stellung an der Spitze der katholischen Kirche sichern sollte. Die Person des Papstes heilig und unverletzlich und in derselben Weise sichergestellt, wie die des Königs; Dotation von 3 200 000 Lire jährlicher Rente; eine Anzahl Paläste und Gärten, die steuerfrei sind und niemals expropriiert werden können, werden ihm vorbehalten; kein Beamter der Regierung darf dort eindringen, ohne vom Papste selbst ermächtigt zu sein; seine Abgesandten bei den auswärtigen Mächten, die der auswärtigen Mächte bei ihm, stehen im Genusse aller Rechte, welche das Völkerrecht Gesandten zuweist; freie Korrespondenz mit der ganzen katholischen Welt ohne Einmischung der Regierung u. s. w.: am 2. Mai 1871 ward dasselbe auch vom Senat genehmigt. Es waren Worte ohne Wirkung: am 15. Mai erklärte der Papst noch einmal und zum Überfluß, daß er niemals „jene von der subalpinischen Regierung ersonnenen Garantieen, wie immer sie geartet sein mögen, noch irgend welche anderen der Art zulassen oder annehmen werde". Er betrachtete sich als Gefangenen, was ihn allerdings nicht hinderte, mit der ganzen katholischen Welt zu korrespondieren und sie zu regieren wie vorher.

Die neue Ordnung kam in Gang, ohne daß ihr von dieser Seite ein wesentliches Hindernis erwachsen wäre. Was das Innere betrifft, so schritt Italien langsam, aber, dank dem ruhigen Spiele der konstitutionellen Einrichtungen, sicher und ohne gewaltsame Zuckungen vorwärts. Gelegentliche republikanische Kundgebungen, wie bei dem Tode Mazzinis, der am 10. März 1872 zu Pisa starb, brachten den großen nationalen Strom, in den doch auch diese Kräfte einmündeten, nicht aus seiner Richtung. Am 24. Juni schloß die Kammer ihre Sitzungen in Florenz; am 2. Juli 1871 hielt der König seinen feierlichen Einzug in Rom. Er empfing in seiner Residenz im Quirinal die Abgeordneten von 100 italienischen Municipien: „Ja, wir sind in Rom, und wir werden darin bleiben", und am 27. Oktober jenes Jahres wurde das erste Parlament in der Stadt eröffnet, für welche so abermals ein neues Blatt in einer Geschichte ohnegleichen aufgeschlagen wurde. „Das Werk, dem wir unser Leben gewidmet haben, ist vollendet," begann die Thronrede, „nach langen Prüfungen ist Italien sich selbst und Rom wiedergegeben". Sie proklamierte die Trennung der Kirche vom Staate; eine Anzahl Klöster war schon

bei Gelegenheit der Übersiedelung nach Rom expropriiert worden; am 20. November 1872 legte die Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf über Aufhebung der Klöster auch in der neuen römischen Provinz vor; im Mai 1873 kam man damit zu stande. Die Frage der sogenannten Generalate — der Lokale, in welchen die Generale der geistlichen Orden residierten, deren Mitglieder über die ganze katholische Welt zerstreut waren — eine Frage, welche die Hauptschwierigkeit bildete, weil sie die Beziehungen zum Auslande berührte — wurde durch einen Vorschlag Ricasolis beseitigt oder umgangen, welcher die jetzt fungierenden Generale in ihren Lokalen beließ, bis ihre Funktionen zu Ende gingen: im übrigen wurden die Klöster überall unter Protest, aber ruhig, von ihren Insassen geräumt. Überhaupt machten die geistlichen Dinge hier keine allzu großen Schwierigkeiten. Man schickte sich ineinander, und die klerikale Partei fing sogar allmählich an, sich an den Gemeindewahlen zu beteiligen, noch ohne vielen Erfolg. Offenbar nahm man im Volke hier die Dinge weit nicht so ernsthaft, wie jenseit der Berge; am 15. Oktober 1873 gab eine Gemeinde bei Mantua ein für die Hierarchie gefährliches Beispiel, indem sie trotz der Protestation des Bischofs sich selbst einen Pfarrer wählte. Im Januar 1874 folgten andere: die Regierung begünstigte dies nicht.

Die Stadt Rom hatte keine Ursache, mit der Veränderung unzufrieden zu sein, obgleich dieselbe, wie alles Neue, auch manches Unbequeme, weil Ungewohnte, mit sich führte. Für geistlichen Glanz und geistliche Feste wurde sie entschädigt und entschädigte sie sich selbst durch weltliche; der Fremdenzufluß war nicht geringer als zuvor, und die Menge der Deputationen, welche aus allen Weltgegenden kamen, um den „Gefangenen im Vatikan" zu besuchen, nahmen doch auch mit, was es sonst noch in Rom zu sehen und zu genießen gab. Die Wohlthaten einer geordneten Verwaltung, einer prompten Justiz, eines aufblühenden Schulwesens machten sich geltend; vor allem wirkte die Zugehörigkeit zu einem großen Ganzen, das sichtbar gedieh, wie viele Mängel ihm auch anhafteten. Wenigstens zeigte die Finanzdarlegung, welche der Minister Sella im Januar 1872 der Kammer gab, wie trotz des Deficits und der wachsenden Steuern der Volkswohlstand sichtbar sich hob: die ordentlichen Einnahmen in den 10 Jahren 1861—1871 von 458 auf 1056 Millionen Lire gestiegen; während im Jahre 1861 für 479 Millionen Lire Ware ausgeführt, für 821 Millionen eingeführt war, überstieg im Jahre 1871 zum erstenmale die Ausfuhr die Einfuhr; die Eisenbahnen hatten sich verdreifacht, wie der Telegraphenverkehr und die Zahl der Reisenden. Auf diese Steigerung der Steuerkräfte war der neue Einheitsstaat vor allem angewiesen, denn eine

Politik des Sparens in Beziehung auf Heer und Flotte erlaubte seine allgemeine Lage noch nicht.

Diese Lage war allerdings, wie nach innen, so auch nach außen eine unvergleichlich günstigere geworden. Die Allianz mit Preußen setzte sich als Allianz mit dem Deutschen Reiche fort, und die Thorheit des Ultramontanismus sorgte dafür, daß diese Allianz, zu welcher man keine Papiere brauchte, auf den soliden Grund der vollen Gemeinsamkeit der Interessen zu stehen kam: das neue Italien steht und fällt mit dem neuen Deutschland. „Nicht allein Neigung und gemeinschaftliche Interessen", sagte der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, am 28. November 1872 in der Zweiten Kammer zu Rom sehr richtig, „verbinden uns mit Deutschland, sondern auch unsere gemeinsamen Feinde". Der Minister meinte damit die „mächtige Partei, welche sich gegen uns erhoben, und welche die Herrschaft über die ganze Welt an sich reißen möchte," und zugleich alle diejenigen, welche dieser Partei den weltlichen Arm zu leihen versucht sein konnten. Zu diesen letzteren gehörte Österreich nicht mehr. Auch dort hatte sich eine neue staatliche Schöpfung erhoben, deren Gedeihen von denselben Kräften bedroht wurde, wie das Deutsche Reich und das Königreich Italien. Wir haben schon erwähnt, daß diese Gemeinsamkeit der Interessen ihren Ausdruck fand in der Reise, welche Viktor Emanuel im September 1873 an die Höfe von Wien und Berlin machte: mit der lebhaftesten Teilnahme begleitete allenthalben die Bevölkerung Italiens diese Reise: man erlebte es, daß auf dem Markusplatze zu Venedig wiederum die österreichische Nationalhymne erklang, und daß die Municipalitäten von Rom und von Berlin Glückwunschtelegramme wechselten. Es ist schon erwähnt, daß dieser Besuch im Laufe des Jahres 1875 durch den Kaiser von Österreich (April) und den von Deutschland (Oktober) erwidert wurde.

König Viktor Emanuel war auf jener bedeutungsvollen Reise von seinem neuen Ministerpräsidenten Minghetti begleitet, der, seitdem das Ministerium Lanza-Sella über eine Finanzfrage zu Falle gekommen (10. Juli 1873), die Regierung leitete. Das neue Ministerium, den Reihen der Rechten entnommen, galt für etwas mehr franzosenfreundlich als das frühere: es begann gleichwohl damit, daß es den König zu jener Reise bestimmte. Es war dieselbe Zeit, in welcher in Frankreich die Aussichten für eine monarchische Restauration ihren Höhepunkt erreichten. Der erste Punkt im Programm Heinrichs V., das A und das O seiner Politik, war die Herstellung des Papstes; jene Restauration würde zwar nicht sofortigen Krieg, aber sie würde erklärte Feindschaft gegen Italien bedeutet haben. Jedoch nicht die neue Regierung allein, die sich seit Thiers' Sturze in Frankreich festgesetzt hatte, war dem König-

tum Italien und seiner Unabhängigkeit feindlich gesinnt. In ganz Frankreich empfand man es wie ein bitteres Unrecht, daß nicht das gesamte Europa dem siegreichen Deutschland in das aufgehobene Schwert gefallen war; daß aber Italien, das doch Frankreich seine Unabhängigkeit verdanke, nicht für Frankreich seinen letzten Soldaten habe marschieren lassen, erschien aller Welt dort als eine himmelschreiende Undankbarkeit. Es war nun einmal nicht anders: der Tag von Sedan hatte den Italienern Rom gegeben, und diese Folge der deutschen Siege war in Wahrheit auch eine der Niederlagen Frankreichs in dem „schrecklichen Jahre": aber man mußte sich einstweilen dies, wie alles übrige, gefallen lassen. Thiers war einsichtig genug, dem Andrängen der Bischöfe und ihrer Klientel, welche Einschreiten zu Gunsten des Papstes verlangten, mit guten Worten auszuweichen: daß aber auch er kein Freund des neuen Italiens war, wußte alle Welt. Und selbst, wenn er es gewesen, so mußte er auf die legitimistische Partei und den übermächtigen Klerus seines Landes Rücksicht nehmen. So zeigte sich seine Regierung Italien gegenüber höchst zweideutig. In jenen festlichen Julitagen des Jahres 1871, beim Einzuge des Königs Viktor Emanuel in Rom, verließ der beim Papste beglaubigte französische Botschafter die Stadt, und der beim König beglaubigte befand sich mit Urlaub im Bade; im Jahre 1872 ließ sich der Papst bei dem metrischen Kongreß in Paris durch die einzige wissenschaftliche Größe, die er zur Verfügung hatte, den berühmten Astronomen Pater Secchi, vertreten, und Thiers empfing diesen wie die anderen. Der Gelehrte selbst stellte sich ihm als abgesandt von dem Souverän des Kirchenstaats vor, und ein französisches Kriegsschiff lag, wie erwähnt, alle die Jahre bei Civita Vecchia in italienischen Gewässern, um dem Papste zur Verfügung zu stehen, wenn derselbe seiner Gefangenschaft in den 11 000 Zimmern des Vatikans und dessen Gärten überdrüssig werden sollte. Zu Anfang des Jahres 1873 starb der Kaiser Napoleon, welcher unter den Franzosen der beste Freund, sogar ein einigermaßen aufrichtiger Freund Italiens gewesen war. Es macht der italienischen Nation alle Ehre, daß sie diesen Tod mit ernsten und aufrichtigen Trauerbezeigungen ehrte und dieser Trauer auch in den Kammern einen förmlichen Ausdruck gab: die Beziehungen zu Frankreich aber konnte dies nicht verbessern. Einige Monate später folgte der Sturz der Republik des Herrn Thiers. Der erste Minister des Auswärtigen unter dem neuen Staatsoberhaupte, der Herzog von Broglie, versicherte zwar sofort in einem Rundschreiben an die Vertreter Frankreichs im Auslande, daß sich in deren Instruktionen nichts geändert habe: wohin die eigentlichen Wünsche der neuen Regierung aber zielten, zeigte das „Sauvez Rome et la France", welches die Wallfahrer aller Orten an die Gottheit

richteten. Die unmittelbare Gefahr, daß diese Wallfahrer und ihre Führer ihrem Lande den König nach ihrem Herzen geben würden, ging schnell vorüber: aber ein sicherer Nachbar wurde Frankreich darum für Italien so wenig, wie es für Spanien oder für Deutschland oder für irgendwen ein solcher jemals gewesen ist: auch konnte man sich in Italien darüber keine Täuschung machen angesichts des Benehmens der französischen Regierung oder ihrer Unterbeamten gegenüber dem karlistischen Kriege in den spanischen Nordprovinzen, dem in den französischen Grenzgebieten aller Vorschub geleistet wurde. Was hinzukam, um die Beziehungen Italiens und Frankreichs in ihrer unbehaglichen Spannung zu erhalten, war, daß in den im Jahre 1860 französisch gewordenen Gebieten eine nicht ganz unbedeutende italienische Partei sich bemerklich machte, und daß niemand die Zukunft Frankreichs irgendwie berechnen konnte. Wie Deutschland, so war auch Italien genötigt, eine sehr starke Kriegsmacht zu halten. Am 28. Oktober 1873 verkündigte die Regierung das von den Kammern genehmigte Armeeorganisationsgesetz, welches 214 000 Mann auf dem Friedensfuße voraussetzte, im übrigen das italienische Heerwesen auf ähnliche Grundlagen stellte, wie die, welche sich bei den Deutschen im letzten Kriege bewährt hatten. Die Thronrede des Königs, 15. Nov. 1873, kündigte neue Maßregeln in dieser Richtung an, empfahl Heer und Kriegsflotte in nachdrücklichen Worten der Fürsorge seines Parlaments, gedachte der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten, verweilte indes mit besonderer Ausführlichkeit bei der neugeknüpften Freundschaft mit Österreich und der schon etwas gefestigteren mit Deutschland, während sie Frankreichs nicht namentlich erwähnte.

Einige Tage später (21. Nov.) richtete der Papst ein Rundschreiben an die Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe der Welt, in welchem er über die Unterdrückung der Kirche in allen Ländern bittere Klage führte: in Italien wenigstens verhallten seine Worte ungehört. Diese zornigen Worte veranlaßten die Regierung auch nicht zu einer Änderung ihrer Kampfweise: sehr ausdrücklich lehnte sie in der Debatte vom Mai 1875 die Art und Weise, wie man in Deutschland den „Kulturkampf" führte, ab. Bei der Hinfälligkeit des greisen Papstes beschäftigte das demnächst bevorstehende Konklave die Gemüter: Pius IX. und die ihn beherrschende Partei sollten allerlei Neuerungen in dieser Hinsicht vorhaben. Zuweilen war auch davon die Rede, der Papst wolle Rom verlassen: diese Gefahr war nicht groß: diese Gesellschaft hätte nirgends sonst den Nimbus wiedergefunden, der sie hier noch umgab. Sie blieb, und sie blieb, wie sie war: der altersschwache Papst — er feierte am 14. Mai 1876 seinen 85. Geburtstag und am 15. den 30. Jahrestag seines unheilvollen Pontifikats — war ganz in den

Händen dieser Leute, denen beschieden war, das Licht am Tage nicht zu sehen: er glaubte wie sie, in allem Ernste etwas gethan zu haben, als er im April 1875 beschloß, daß am 16. Juli, als an demjenigen Tage, an welchem vor 200 Jahren die Nonne Marie Alacoque das in Liebe brennende Herz Jesu leibhaftig gesehen, die ganze Welt dem Herzen Jesu geweiht werden solle. Im Jahre 1876 starb sein Kardinal-Staatssekretär Antonelli, mit Hinterlassung eines ungeheuren Vermögens, das er sich aufgesammelt. Am System änderte dies nichts; es folgte noch einmal eine Allokution des Papstes gegen das Königreich Italien (März 1877), nicht minder heftig als die früheren, und selbst das matte Licht, welches in dieser Zeit der Jesuitenpater Curci aufzustecken versuchte, wurde sofort wieder ausgelöscht, der Pater aus dem Orden ausgestoßen. Was dieser in seiner Schrift verfocht, schien seinen Confratres wohl zu nahe an die im Syllabus verpönte „Lehre von den vollendeten Thatsachen" zu streifen: es kam darauf hinaus, daß man sich in die neue Ordnung, die man doch einmal nicht umstoßen könne, finden, daß man sich aber der Waffen, die sie selber biete, wie des Wahlrechts und des parlamentarischen Worts bedienen müsse, um in dem doch wesentlich noch immer katholischen Italien die alte Ordnung, die päpstliche Autorität wiederaufzurichten.

Vorläufig geschah das nicht: im ganzen blieb die Partei dem italienischen Staate fern, „weder Wähler noch Gewählte", wenn auch da und dort einmal, wie um zu probieren, die Klerikalen bei einer Wahl sich beteiligten. Das ließ sich sehr leicht verschmerzen: man wehrte sich gegen diese Elemente mit allerlei verständigen Maßregeln, z. B. der Abschaffung der Freiheit vom Heeresdienste, welche die Kleriker seither genossen (1875), oder der Einführung der allgemeinen Schulpflicht (1877), zu welcher die Franzosen noch immer nicht sich entschließen konnten. Die beste Abwehr war überhaupt eine gute Regierung, die freilich nicht überall leicht war, z. B. nicht auf Sizilien, wo das verwilderte Volk sich nicht in die staatliche Ordnung fügen und finden konnte. Die Vollendung der Armeeorganisation, für dieses Land fast noch wichtiger als für Deutschland, gelang: am 30. Mai 1875 konnte ein königliches Dekret die Nationalgarde als nunmehr überflüssig auflösen. Nicht minder wichtig war ein anderer Erfolg — die entschiedene Besserung der Finanzen. Im März 1875 konnte Minghetti der Kammer ankündigen, daß das Deficit rasch im Verschwinden sei. Der Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat ging hier ohne allzu große Schwierigkeiten von statten: die Thronrede vom 6. März 1876 erwähnte das bevorstehende Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben, und im folgenden Jahr hatte der Finanzminister gar einen Überschuß von 12 Millionen Lire: es blieb etwas übrig zur Erhöhung

der stark verschuldeten „Civilliste". Am wenigsten Interesse flößen einer allgemeineren Betrachtung eigentlich die parlamentarischen Umschwünge und Umtriebe des jungen Staates ein: ihre inneren Gründe und Triebfedern, soweit solche anzunehmen sind, sind dem Ausländer unverständlich. Im März 1876 kam das Ministerium Minghetti zu Fall, und das Haupt der Linken, Depretis, bildete, nachdem der Versuch eines Koalitionsministeriums gescheitert war, ein Kabinett aus der Linken. Im Oktober löste dieses Ministerium die Kammer auf. Bei den Neuwahlen war die frühere Mehrheit wie weggeblasen; der Erfolg war allzu groß; es weist auf eine noch sehr kindliche Entwickelungsstufe des Parlamentarismus hin, daß in der neuen Kammer nur 87 Oppositionelle unter Sellas Führung gegen 471 Ministerielle standen. Auch dauerte dieser günstige Stand der Dinge nicht lange. Der Minister des Innern, Nicotera, der gegen die anarchischen Rotten in Sizilien, die sogenannte Mafia, mit voller Energie einschritt, ohne sich allzuviel um die Gesetze zu bekümmern, wurde gestürzt 14. Dezember 1877; der seitherige Finanzminister Depretis trat an seine Stelle; eine sichere Mehrheit in der Kammer hatte diese Regierung schon nicht mehr hinter sich. So trat man in das Jahr 1878 hinüber, das, ereignisreicher als das vorhergehende, mit zwei rasch sich folgenden erschütternden Todesfällen sich einführte: innerhalb Monatsfrist starb der erste König von Italien und der Verkünder der päpstlichen Unfehlbarkeit, Viktor Emanuel (9. Januar) und Pius IX. (7. Februar). Ohne Störung folgte jenem sein ältester Sohn, Humbert, und diesem Kardinal Pecci, der sich Leo XIII. nannte.

3. Skandinavien.

Von allen diesen Strömungen, dem heißen Kampfe der Staatshoheit und der kirchlichen Usurpationen, wurden die drei nordischen Staaten kaum berührt. Der Ausgang oder eigentlich schon der Anfang des Deutsch-Französischen Krieges erwies dem dänischen Staate die Wohlthat, seine Bevölkerung von der vergeblichen Hoffnung, durch Teilnahme an einem großen europäischen Zusammenstoß Schleswig zurückzugewinnen, gründlich zu heilen. Unverrichteter Dinge verließ schon am 12. Aug. 1870 der französische Diplomat, welcher Dänemark zu versuchen gekommen war, Kopenhagen wieder. Am 18. Dezember 1871 gab der Kriegsminister der inzwischen zur unabweislichen Notwendigkeit gewordenen Resignation im Folkething Ausdruck; im übrigen drehte sich die Geschichte des Landes bis Ende 1873 um rein innere Fragen, deren Lösung durch einen Konflikt gehindert wurde, welcher zwischen dem Ministerium des Grafen Holstein-Holstenborg und der Mehrheit

des Folkethings bestand. Das Ministerium stützte sich, gegenüber dem Mißtrauensvotum dieser Mehrheit, auf den Landsthing und den König und löste die Volkskammer auf: die Neuwahlen im Jahre 1873 brachten jedoch dieselbe demokratische Majorität zurück. Es war die Partei der „Bauernfreunde"; denn abweichend vom übrigen Europa, wo der Bauernstand im allgemeinen konservativ ist, zeigt er in den drei nordischen Reichen radikale Tendenzen: er arbeitete im Heerwesen auf das Milizsystem hin, beschnitt die Budgets stark, wollte nichts von Beamtengehaltserhöhung wissen. So zog sich Jahre hindurch der Zwiespalt zwischen der Regierung unter verschiedenen Ministerien und dem Landsthing auf der einen, der Mehrheit des Folkethings auf der andern Seite hin. Noch einmal schritt im März 1876 die Regierung zur Auflösung des letztern: aber die alte Majorität kam wieder. Sie beschloß ein Mißtrauensvotum: die Regierung (Estrup) hielt stand: im folgenden Jahre (April 1877) ward der Reichstag geschlossen, ohne daß ein Budget vereinbart war, das nun die Regierung octroyierte. Als dann, im Oktober, der Reichstag wieder zusammentrat, verwarf der Folkething das octroyierte Budget, spaltete sich aber über die weiter zu nehmenden Schritte: eine Partei der Unversöhnlichen unter einem Elementarlehrer Berg zweigte sich von der Mehrheit ab, die sich mit der Regierung verständigte. Schweden und Norwegen kamen nicht in ernstliche Versuchung, aus ihrer Neutralität herauszutreten. Die Sympathieen der Bevölkerung waren auf seiten der Franzosen. Mit Eifer ergriff der König die Gelegenheit, auf seine Heeresorganisationspläne zurückzukommen: dem schwedischen Reichstage, welcher am 18. Januar 1871 eröffnet wurde, wurde ein solcher auf allgemeiner Wehrpflicht beruhender Organisationsplan neuerdings vorgelegt. Aber König Karl XV. konnte in diesem Jahre mit derselben nicht zum Ziele kommen, ebensowenig wie mit der Union Schwedens und Norwegens, welche von den Volkskammern beider Länder mit großen Majoritäten verworfen wurde. Im folgenden Jahre, 1872, wurde indes die Stellvertretung im Heere durch beide Kammern in Schweden aufgehoben und damit das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht angenommen. Dieser Erfolg war dem König noch vergönnt, dessen Laufbahn zu Ende ging: am 18. September folgte ihm sein Bruder Oskar II., der erste dieser aus Frankreich nach dem Norden verpflanzten Dynastie, dessen Sympathieen sich mit Entschiedenheit Deutschland zuwandten. Am 20. Januar 1873 eröffnete der neue König seinen ersten schwedischen Reichstag, in welchem die sogenannte Landmannpartei, mit ähnlichen Tendenzen wie in Dänemark die Bauernfreunde, die Mehrheit hatte. Sie war aus Sparsamkeitsrücksichten und auch in Übereinstimmung mit ihren radikalen Gesichtspunkten gegen die Ceremonie der

Krönung und strich dem König 100 000 Thaler von seiner mäßigen Civilliste von 900 000; am 11. März fand die Krönung für Schweden dennoch statt, deren Kosten der König selbst übernahm; am 18. Juli die für Norwegen in Drontheim. Das letztere Land verharrte in seiner Abgeschlossenheit: es versagte einer zwischen Schweden und Dänemark vereinbarten Münzkonvention seine Zustimmung (8. Mai); nur eine skandinavische Postkonvention mit einheitlichem Briefporto für die drei skandinavischen Reiche kam zu stande. Von den religiösen Wirren blieb Skandinavien unberührt, da das Reich des römischen Papstes sich nicht so weit nördlich erstreckt und in Dänemark sehr wenige, in Schweden und Norwegen so gut wie gar keine Unterthanen zählt: Neuerungen, wie die Civilehe, kamen hier bei der herrschenden Partei nicht auf. Von den folgenden Jahren bis Ende 1877 ist eigentlich von den beiden Ländern nichts zu erzählen. Der Storthing in Christiania trat der dänisch-schwedischen Münzkonvention endlich bei (März 1875): in Schweden erreichte die Regierung in der Frage der Landesverteidigung, Heeres-, Flotten- und Befestigungsfrage keinen Erfolg, da die kleine Mehrheit, über welche sie in der Ersten Kammer verfügte, gegenüber der großen Bauernmehrheit in der Zweiten nichts bedeutete.

4. Belgien, Holland, Schweiz.

Von diesen drei Staaten war Holland durch den Krieg gar nicht in Mitleidenschaft gezogen worden: dem neutralen Luxemburg, welches den König von Holland als seinen Großherzog verehrte, mußte mit dem Zaunpfahl gewinkt werden, ehe es seine Neutralitätspflichten ernsthaft nahm: was durch eine Note des norddeutschen Bundeskanzlers vom 3. Dezember 1870 geschah. Der Friede ließ dem Ländchen seine internationale Stellung und der französischen Partei die Möglichkeit, ihrem Deutschenhaß durch gelegentliche Armseligkeiten Luft zu machen, ungeschmälert. In Holland aber regte die kriegerische Zeit die Frage der Heeresorganisation auf Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht gleichfalls an, ohne daß es jedoch der Regierung gelungen wäre, die Kammern für diese Reform zu gewinnen. Der bürgerliche Kriegsminister, der im September 1875 ernannt wurde, brachte nicht einmal die Erhöhung der jährlich Auszuhebenden von 11 500 auf 14 000 fertig: die Verwickelungen mit einem der unabhängigen Malaienstaaten auf Sumatra, dem Königreich Atschin, bildeten eher ein Argument für die Beibehaltung des Prinzips der Stellvertretung, da dergleichen Expeditionen — die erste, März 1873, scheiterte, und die Truppen kehrten unverrichteter Dinge wieder nach Java zurück — nur von geworbenen Soldaten, von eigentlichen Berufssoldaten durchgeführt

werden können: das Hauptbollwerk der Atschinesen, der Kraton, wurde im Jahre 1874 genommen. Dagegen erstreckte die katholische Bewegung ihren Wellenschlag auch nach Holland. Zwei Fünftel der 3¾ Millionen der Bevölkerung sind Katholiken, welche sich, wie überall wo sie die Minorität bilden, geräuschvoll geltend machten; eine Interpellation in der Zweiten Kammer (Dezember 1870) verlangte Schritte der Regierung zur Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes. Man wehrte den an und für sich unsinnigen Antrag, der aber zum augenblicklichen Kriegsapparat der römischen Partei gehörte, durch die einfache Tagesordnung ab. Im Anfang 1871 endete eine lange Ministerkrisis mit einem liberalen Ministerium, an dessen Spitze zum drittenmale der bedeutendste Staatsmann dieser Farbe, Thorbecke, trat. Bei der Beratung des Budgets im November wurde der Posten für eine Gesandtschaft beim Papst mit 39 gegen 33 Stimmen in der Zweiten Kammer gestrichen: die katholischen Bischöfe richteten eine Bitte um Beibehaltung dieser Gesandtschaft an den König und ließen, als dies nicht half, die Erste Kammer mit Petitionen bestürmen. Auch dies vergebens: im Februar 1872 wurde der Posten eingezogen. Im April jenes Jahres ward der Gedächtnistag des Ereignisses, welches die Losreißung der germanischen und protestantischen Niederlande von Spanien entschied — die Einnahme des Städtchens Brielle durch die Meergeusen am 1. April 1572, — feierlich begangen; im Februar 1875 eine andere große Erinnerung jener glorreichen Zeit, die Errichtung der Universität Leiden. Der Widerspruch der römischen Partei kam diesem wie jenem Feste zu gute, das nun einen nationalen Charakter annahm; daß die kleine jansenistische Kirche von Utrecht in die altkatholische Bewegung Deutschlands bedeutungsvoll eingriff, haben wir schon erwähnt. Im Juni desselben Jahres starb Thorbecke: indes hielt sich das liberale Ministerium, trotz der sehr schwachen Mehrheit, über welche es in der Kammer verfügte, und welche keine erfolgreiche Gesetzgebung gestattete, bis Juni 1874, wo es einem gemäßigt konservativen, Heemskerk, wich. Dieses wurde durch die Frage einer Modifikation des konfessionslosen Volksschulwesens, die geräuschvolle Agitation der römisch-katholischen Bischöfe des Landes und andere bedenkliche Zustände in den katholischen Teilen des reichen und wohlregierten Landes in Atem gehalten: zu Falle kam es im Juni 1877 durch die Wahlen, worauf am 7. November der König, der im Jahre 1874 sein 25jähriges Regierungsjubiläum gefeiert hatte, ein liberales (Kappeyne) berief.

Dagegen behauptete sich in Belgien das klerikale System in der Macht, da es sich, obwohl in den großen Städten die liberale Partei das Übergewicht hatte und bei den Gemeinderatswahlen Erfolge errang, auf eine ansehnliche Mehrheit in Kammer und Senat stützte. Nur

wurde das Miniſterium d'Anethan (Dezember 1871), als die Operationen jenes klerikalen Schwindlers, des vom Papſt zum Grafen erhobenen Langrand, ans Licht gezogen wurden und ſich zeigte, daß einige der Regierung naheſtehende Männer bei denſelben beteiligt waren, entlaſſen und mit einem etwas gemäßigteren, de Theux, vertauſcht. Im Inneren änderte ſich alſo nichts, und die Behandlung der Beziehungen zum Auslande war dem Staate ſo deutlich vorgezeichnet, daß ein klerikales Miniſterium nicht weſentlich anders verfahren konnte als ein liberales. Die Regierung hatte die Pflichten, welche ihr die Neutralität während des Krieges, der auch das Schickſal Belgiens mit entſchied, auferlegte, mit Gewiſſenhaftigkeit und Umſicht erfüllt, ſowie ſie ſeither immer mit Takt verfahren war; die Bevölkerung, ſoweit ſie hier in Betracht kommt, durch gleiche Sprache, ähnliche Sitten den Franzoſen verwandt, that freilich ihren Sympathieen für Frankreich, ihrem Ärger über die deutſchen Siege keinen Zwang an. Die Enthüllungen über die franzöſiſchen Anſchläge auf Belgien machten keinen großen Eindruck: man hatte in dem „Manne von Sedan" den Schuldigen, dem man dieſe Anſchläge aufladen konnte, und über welchen demgemäß auch die belgiſche Preſſe um die Wette mit der franzöſiſchen die Schalen ihres Zornes ergoß. Den Franzoſen konnten dieſe Sympathieen, die auch nicht weit reichten, wenig helfen. Als im Februar 1872 der eine der franzöſiſchen Prätendenten, der Graf Chambord, in Antwerpen ſich aufhielt und dort Deputationen der franzöſiſchen Legitimiſten empfing, geriet die Bevölkerung in eine drohende Aufregung, welche ihn zwang, dieſen Aufenthalt abzubrechen. Wie Deutſchland und Frankreich gegenüber, ſo mußte die klerikale Regierung auch Italien gegenüber nach Geſichtspunkten der Landeswohlfahrt handeln und konnte nicht ihrer Neigung folgen: ſie geriet ſogar im November 1872 mit der Kurie in einen kleinen Konflikt wegen der vom Papſte eigenmächtig vorgenommenen Errichtung eines Konſulats in Antwerpen, gegen welches die italieniſche Regierung Verwahrung einlegte.

Der jüngſte Krieg, obgleich er Belgien nur die Verpflichtung auferlegt hatte, flüchtige Haufen zu entwaffnen, lenkte gleichwohl auch hier von ſelbſt die Gedanken der militäriſch Sachverſtändigen auf die Einführung der allgemeinen Dienſtpflicht. In der That gab die folgerichtige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht dem Deutſchen Reiche ein ſolches Übergewicht, daß die übrigen Staaten mit einer gewiſſen Notwendigkeit dieſer Bewegung folgen mußten. Auch hier in Belgien herrſchte unter den Offizieren über dieſe Notwendigkeit bald nur eine Stimme: es hatte ſich eben bei dem letzten Kriege gezeigt, wie wohl man daran gethan hatte, von Anfang an trotz der Neutralität des Landes eine nicht ganz kleine Armee zu halten. Die allgemeine Wehrpflicht

aber, wenn sie fruchtbar wirken soll, fordert zugleich eine Steigerung der allgemeinen Bildung, einen energischen Betrieb des Schulwesens. Damit war der klerikalen Partei nicht gedient. In demselben Augenblick, wo diese Partei sich ihres höchsten Rechtes — der Freiheit, selbständig zu denken — zu Gunsten des unfehlbaren Papstes entäußerte, pflanzte sie geräuschvoll das Banner aller möglichen Freiheiten auf. Sie erhitzte sich für Preßfreiheit und Vereinsfreiheit und vor allem hier in Belgien wie anderswo in schlechter Popularitätssucht für die bequemste aller faulen Freiheiten — die möglichste Freiheit von der Militärpflicht. Ein Kriegsminister, General Guilleaume, kam darüber zu Fall, da er, wie man sagte, den Bischöfen nicht die Bewilligungen machen wollte, welche diese verlangten, wenn sie der „öffentlichen Meinung" die allgemeine Wehrpflicht annehmbar machen sollten (Dezember 1872). Der neue, Thiébault, setzte einige Reformen durch, welche den Militäretat um drei bis vier Millionen erhöhten, das Prinzip persönlicher Dienstpflicht aber noch einstweilen aus dem Spiele ließen. So bestimmte die religiöse Parteiung hier überall die Verhältnisse. Das Anregende, Befruchtende, was in dem erneuerten religiösen Kampfe lag, fehlte übrigens dem belgischen Staate völlig: die altkatholische Bewegung z. B. fand hier gar kein Verständnis, und man kannte auch auf diesem Boden wie in Frankreich nur zweierlei Leute: solche, die alles, und solche, die gar nichts glaubten.

Die klerikale Partei stützte sich auf den *vlämischen* Teil der Bevölkerung gegen den *wallonischen*, welcher größtenteils dem, was ihre fanatischen Blätter mit dem Parteinamen aus dem niederländischen Unabhängigkeitskampfe das *Geusentum* nennen, verfallen war. Diese Partei, die klerikale, nahm an dem Kirchenstreit in den Nachbarländern lebhaften Anteil. Anfang Oktober 1874 bestürmten große Wallfahrermassen samt dem geistlichen Haupte des Landes, dem Erzbischofe von Mecheln, „Unsere liebe Frau von Hal", dem Papst gegen seine Feinde zu Hilfe zu kommen: dies hatte seine unausbleiblichen Folgen. Ein gewisser Duchesme, ein Belgier, hatte an den Erzbischof von Paris das Erbieten gerichtet, den deutschen Reichskanzler zu töten, der allen verschrobenen Köpfen und Fanatikern als die Inkarnation aller Feindschaft gegen ihre Idole erschien. Dieser Mann wurde nicht bestraft und konnte nach belgischen Gesetzen nicht bestraft werden. Das Vorkommnis führte eine übrigens in ruhiger und freundschaftlicher Form geführte Korrespondenz mit der deutschen Reichsregierung herbei, welche die belgische darauf aufmerksam machte, daß hier in ihrer wie in anderer Länder Gesetzgebung eine Lücke sei, eine Lücke, welche sie auch durch einen Paragraphen ihrer bereits erwähnten Strafgesetznovelle in ihrem eigenen Gesetzbuch alsbald auszufüllen sich befliß. Die belgische

Regierung lehnte das Anſinnen anfangs ab. Dagegen ſahen ihre Vertreter, der Finanzminiſter und Kabinettschef Malou, ſich doch gezwungen, als in der Kammer dieſer Notenwechſel beſprochen wurde, die heftige Sprache der Biſchöfe und der klerikalen Preſſe, welche mit Nero und Diokletian und andern Chriſtenverfolgern um ſich warf, ausdrücklich zu mißbilligen. Die geſchickte Taktik der Liberalen verſtrickte die ganze klerikale Mehrheit in dieſe Niederlage, indem ſie den Antrag ſtellte, daß die Kammer, zur Tagesordnung übergehend, ſich der Erklärung des Miniſters anſchließe: die Ausſchreitungen der Biſchöfe und die Taktloſigkeit des päpſtlichen Nuntius ſorgten dafür, daß das Miniſterium je und je in die Lage kam, ſeine Sache von der ihrigen zu trennen. Seit 1877 zeigten aber auch die gelegentlichen Wahlen, daß die Tage des klerikalen Miniſteriums gezählt waren.

Schwere Niederlagen bereitete ſich der Romanismus in dieſen Jahren in der Schweiz. Hier war man ſchon rüſtig an der Arbeit, ſich gegen die Folgen der vatikaniſchen Dekrete in Verteidigungszuſtand zu ſetzen, als die Aufmerkſamkeit eine kurze Zeit durch den Deutſch-Franzöſiſchen Krieg abgelenkt wurde. In dieſer kritiſchen Zeit erfüllte das neutrale Land ſeine Pflichten in muſterhafter Weiſe. Daß den regen Wohlthätigkeitsſinn dieſes „petit peuple avare“, wie Thiers in ſeinem Geſchichtswerke die Schweizer nannte, vorzugsweiſe die Franzoſen zu genießen hatten — von den Frauen, Kindern, Greiſen Straßburgs an, die eine Schweizer Deputation aus der belagerten Stadt holte (September 1870), bis zu dem unglücklichen Heere Bourbakis, welches ein erbarmungsloſes Kriegsgeſchick ihnen ins Land warf (Februar 1871) — dies brachten die Verhältniſſe ſo mit ſich. Der Gedanke tauchte auf, daß die Schweiz die gute Gelegenheit benutzen ſolle, um jene nordſavoyiſche Frage wieder in Anregung zu bringen, welche einſt im Jahre 1860 ihr in ziemlich brüsker Weiſe über den Kopf genommen worden war. Der Bundesrat that ſehr wohl daran, hierauf nicht einzugehen (14. Oktober 1870) und die Notlage Frankreichs nicht auszubeuten. Mit den etwaigen franzöſiſchen Anſchlägen auf Genf war es ohnehin auf einige Zeit vorbei: auch gab es in der Schweiz Republikaner, welche Sympathie für die Franzoſen empfanden, ſobald ſich dieſes Land gleichfalls — auf welche Weiſe, fragte man nicht — zu dieſer alleinſeligmachenden Staatsform bekehrt hatte. Weniger harmlos als dieſe Sympathie war die Roheit, mit welcher ein von franzöſiſch Geſinnten aufgeſtifteter und geführter Pöbel eine von den zahlreichen Deutſchen zu Zürich in der Tonhalle veranſtaltete Siegesoder Friedensfeier zu ſtören ſuchte (9. März 1871). Das eindringende Lumpengeſindel, dem außen niemand wehrte, fand aber im Innern einen unerwartet kraftvollen Widerſtand: es zog ab, nachdem es die

wohlverdiente Züchtigung sich großenteils sofort unmittelbar und ohne den polizeilichen Umweg geholt hatte.

Der immer heftiger aufbrennende **kirchliche Streit** mußte die Schweiz und das neue Deutschland mit einer gewissen Notwendigkeit sich wieder innerlich näher bringen. Von den $2\frac{1}{2}$ Millionen Schweizern mögen etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen reformiert, 1 Million katholisch sein: unter den letzteren stießen die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils sofort auf heftigen Widerstand. Dieser Widerstand fand seinen Mittelpunkt in einem deutschen Kanton, **Solothurn**, und in einem französischen, **Genf**, wurde aber durch den Trotz der römischen Hierarchie zu einer gemeinsamen Angelegenheit der ganzen Eidgenossenschaft. Die sogenannte „Diöcesankonferenz" der zum Bistum Basel gehörigen Kantone Solothurn, Luzern, Bern, Aargau, Thurgau, Baselland, Zug eröffnete den Kampf im August 1870 mit einer Zuschrift an den Bischof Lachat zu Basel, in welcher sie erklärte, das Konzil nicht als ein ökumenisches anerkennen zu können, sowenig als sie die päpstliche Unfehlbarkeit anzunehmen vermöchte: der Bischof möge daher die Verkündung der letzteren unterlassen. Versammlungen für und gegen hielten die Aufregung wach, und mit der republikanischen Verfassung und Gesinnung der Gemeinden im Rücken konnte man hier mit der Hierarchie viel wirksamer den Krieg führen, als dies in Deutschland möglich war. Im November 1872 entsetzte und exkommunizierte der Bischof Lachat einen Geistlichen, der mit seiner Gemeinde (Starrkirch, Solothurn) das Dogma nicht anerkannte; die Regierung erklärte dies für ungültig: aber seine Geistlichkeit trat dem Bischof zur Seite. Die Diöcesankonferenz nahm nun die Sache in die Hand und forderte den Bischof zur Zurückziehung seiner Exkommunikationen, die sich mit der wachsenden Zahl der Altkatholiken vermehrten, auf. Der Bischof wies dies ab, worauf Januar 1873 die Konferenz, dem Antrage Berns gemäß, frischweg und ohne lange Umstände den Bischof absetzte: „Der hochwürdige Bischof Lachat, im Auslande erzogen, versteht unsere Verhältnisse nicht", hieß es in der „Proklamation an das katholische Volk". Indes wurde Lachat von Zug und Luzern noch immer als Bischof anerkannt; die Mehrzahl der katholischen Geistlichen (70) im Kanton Solothurn thaten ebenso und erklärten dies in einer Adresse; ebenso 97 Geistliche im Kanton Bern, 103 in Aargau. In Solothurn und Bern antwortete die Regierung mit Vorforderung oder Absetzung der Geistlichen und bot Truppen auf: dem Hirtenbrief der schweizerischen Bischöfe setzte eine große Volksversammlung in Solothurn (15. Juni) das Verlangen der Aufhebung der päpstlichen Nuntiatur und eines vollständigen Bruches mit Rom entgegen, während gleichzeitig die Altkatholiken (Kongreß zu Olten 31. August) sich eine feste Organisation gaben und die einzelnen

Kantone mit ihrer Gesetzgebung sich gegen die Anmaßung der Hierarchie zu schützen wußten, wobei sie denn, sofern sie die Mehrheit des Volkes gewinnen konnten, bald zum Ziele kamen.

Einen rascheren Verlauf noch nahm der Konflikt in der französischen Schweiz, wo er von Rom mutwillig herbeigeführt worden war. Der Kanton Genf bildete einen Teil des Bistums von Lausanne: die Kurie wollte aber Genf zu einem besonderen Bistum machen, und der Bischof, der in Freiburg seinen Sitz genommen, hatte den Pfarrer Mermillod schon im Jahre 1864 zu seinem Generalvikar in Genf ernannt. Es wurde in den Blättern gesagt, daß der Papst diesen Abbé Mermillod nunmehr zum Bischof in aller Form gemacht habe ohne Beachtung der Genfer Verfassung: die Genfer Regierung, die Rechtsbeständigkeit der bischöflichen Maßregel von 1864 verneinend, erklärte Mermillod, daß sie ihn nur als Pfarrer von Genf anerkenne und ihm jede bischöfliche Kompetenz auf Genfer Gebiet untersage: sie brachte die Sache, da Mermillod sich daran nicht zu kehren erklärte, vor den Bundesrat. In seinem Trotze ward Mermillod bestärkt, indem der Papst ihn (16. Januar 1873), ohne irgendwie nach Bundesrat und Kantonsregierung zu fragen, zu seinem apostolischen Vikar mit allen Rechten eines Bischofs in Genf ernannte. Der Bundesrat antwortete dem päpstlichen Nuntius auf die Anzeige hiervon, daß er Mermillod nicht anerkenne, und ließ diesen, als er fortfuhr, als Bischof von Genf zu fungieren, durch die Genfer Regierung ausweisen. Diese letztere brachte zugleich ein neues Kultusgesetz zum Abschluß, welches die Geistlichen der Volkswahl unterwarf: und der frühere Pater Hyacinth, der seinen Familiennamen Loyson wiederangenommen und sich verheiratet hatte, hielt in Genf in altkatholischem Sinne Vorträge und suchte so auf französischem Boden die Bewegung einzubürgern, welche in der deutschen Schweiz schon zahlreiche Gemeinden zählte. Im Dezember 1873 geschah ein entscheidender Schritt. In jener Encyklika des Papstes vom 21. November, in welcher Pius IX. alle Schalen seines Zornes auf die Altkatholiken und ihren „Lügenbischof" ausleerte, war auch des „helvetischen Bundes" mit derselben Maßlosigkeit der Sprache gedacht worden, welche diese Schriftstücke charakterisierte, und welche die Regierungen in die Unmöglichkeit versetzte, mit deren Verfasser in der Weise zu verkehren, wie sie die diplomatischen und gesellschaftlichen Formen des Jahrhunderts vorschreiben. Der Bundesrat erwiderte (12. Dezember) diese Kundgebung mit einer Zuschrift an den päpstlichen Nuntius', Monsignor Agnozzi, in welcher sie diesen bat, den Bundesrat den Tag wissen zu lassen, auf welchen er seine Abreise festgesetzt habe; von heute an und aus Schuld des Heiligen Stuhls könne die schweizerische Eidgenossenschaft den Geschäftsträger des Papstes

nicht mehr als bei ihr beglaubigten diplomatischen Vertreter anerkennen.

Diese Vorgänge alle legten die Notwendigkeit einer Revision der Bundesverfassung, welche bereits einmal gescheitert war, im Sinne einer energischen Einheit aufs neue nahe. Noch einmal wurde sie im Mai 1873 dem Volke und den einzelnen Kantonen nach den Beschlüssen des Bundesrats vorgelegt, aber noch einmal von diesen mit 13 gegen 9, von jenem mit der sehr geringen Mehrheit von 261 000 gegen 255 000 Stimmen verworfen, wogegen im Oktober desselben Jahres die Neuwahlen für den Nationalrat in einem dieser Revision günstigen Sinne ausfielen.

Erst im Jahre 1874 kam diese revidierte Bundesverfassung zum Abschluß. Nachdem am 1. Januar 1874 Nationalrat und Ständerat, jener mit 103 gegen 20, dieser mit 25 gegen 14 ultramontane Stimmen sie angenommen, ward sie am 19. April der Volksabstimmung unterbreitet, und diesmal mit (rund) 340 000 gegen 198 000 Stimmen angenommen: die französischen Kantone gaben den Ausschlag.

Der religiöse Kampf wurde hier auf fruchtbare Weise und mit den Waffen gesetzlicher Freiheit geführt. Die altkatholische Bewegung ging hier kräftig voran, anders als in Deutschland, wo man bei dem tiefgewurzelten Servilismus und Indifferentismus meist die bequemere Form des „Staatskatholizismus" vorzog, und wo die Regierungen mit dieser religiösen Bewegung, für welche Juristen in der Regel kein Verständnis haben, nichts anzufangen wußten. Die Mehrheit der katholischen Gemeinde zu Bern konstituierte sich im Mai 1874 als altkatholische; ebendort wurde im Dezember jenes Jahres eine altkatholische theologische Fakultät eröffnet. Am 14. Juni 1875 nahm die Delegiertenversammlung der altkatholischen Gemeinden und Vereine einen Kirchenverfassungsentwurf an, bestellte den „Synodalrat", welcher am 1. September die Beichte für nicht obligatorisch und die Priesterehen für kein Hindernis des geistlichen Amtes erklärte: im Mai 1876 hob die altkatholische Synode den Cölibatszwang auf und wählte den Pfarrer Herzog zum Bischof, den der deutsche altkatholische Bischof Reinkens weihte.

Der ultramontanen Übergriffe erwehrte man sich mit Nachdruck am Bunde wie in den einzelnen Kantonen. Der Protest der Bischöfe gegen die Ausweisung des Nuntius fruchtete nichts: man drohte hier nicht zum Spaß: er erhielt seine Pässe. Die Regierung von Bern, dem größten der Kantone, sah sich die Hände gestärkt durch die Volksabstimmung vom 18. Januar 1874, wo ein verständiges und klar entschiedenes Kirchengesetz, das der Kirche gab, was ihr gebührte, und dem Staate vorbehielt, was des Staates war, mit 69 000 gegen

17 000 Stimmen angenommen wurde. Darauf gestützt, focht sie ihren Kampf gegen die widerspenstigen Priester des katholischen Jura durch: erst nachdem sie sich durch ein besonderes Gesetz sichergestellt hatte, hob sie (6. November 1875) die Ausweisungsmaßregeln auf. Die meisten Wahlen dieser Jahre in den meisten Kantonen fielen zu Gunsten der Liberalen aus; in Aarau wurden die letzten Klöster vollends aufgehoben (1876); nur in Tessin und Luzern behielt der Ultramontanismus das Übergewicht. Außerdem wachte die Bundesversammlung darüber, daß die einzelnen Kantonalversammlungen, wie z. B. Tessin, Wallis, keine Bestimmung enthielten, welche mit der in der Bundesverfassung gewährleisteten Glaubensfreiheit in Widerspruch stünde.

Im übrigen erwies sich der Schweizer Boden als geeignete Stätte, wo sich gemeinsame europäische Geschäfte erledigen ließen. Ein solches wohlthätiges gesamteuropäisches Unternehmen, die Herstellung der Gotthardsbahn mit ihrer Hauptschwierigkeit, der Durchstechung des gewaltigen Berges selbst, gedieh nicht zum besten: man machte die unliebsame Entdeckung, daß die Vollendung ein rundes Hundert Millionen mehr kosten werde, als veranschlagt war. Doch kam am 12. Juni 1877 zwischen den Vertretern der beteiligten Länder Italien, Deutschland, Schweiz eine Einigung zu stande, nach welcher zunächst die Hauptlinie fertig gebaut und dazu von Deutschland und Italien je 10, von der Schweiz 8 Millionen Frank aufgebracht werden sollten: die Aufbringung der letzteren machte bei der kleinlichen Auffassung der Dinge in den einzelnen Kantonen Schwierigkeiten, die jedoch ebenso wie die Hemmnisse, welche die Natur dem Werke entgegenstellte, mit geduldiger und einsichtiger Arbeit überwunden wurden. Dagegen vollendete sich ein anderer umfassender Fortschritt leicht und glücklich. Am 15. September 1874 traten auf Anregung Deutschlands und seines vielanschlägigen Generalpostmeisters Stephan Bevollmächtigte aller europäischen Staaten, außerdem Beauftragte des ägyptischen Vicekönigs und der nordamerikanischen Union zu Bern zu einem Weltpostkongreß zusammen. Sein Ergebnis (Schlußprotokoll 9. Oktober) war ein Vertrag, dessen Ratifikationen am 3. Mai des folgenden Jahres (1875) ebendort ausgetauscht wurden, und welcher für seine Erleichterungen und gemeinsamen Normen im internationalen Verkehr, nachdem auch Frankreich beigetreten, binnen kurzem die meisten civilisierten und nicht wenige halbcivilisierte Staaten gewann.

Wir machen hier, bei dieser letzten friedlichen Errungenschaft des Jahrhunderts, einen Augenblick Halt, um uns die Lage Europas vor der neuen Krisis, welche zur ersten Teilung der Türkei führte, deutlich zu machen: indem wir vorläufig darauf verzichten, auch die Geschichte der außereuropäischen Welt seit 1870 noch in den Kreis unserer Betrachtung zu ziehen. Überblickt man den Zeitabschnitt, den wir durchwandert haben — die zwei Menschenalter, welche seit den Wiener Verträgen verflossen sind (1815—1871) —, und vergleicht mit jenem seinem Ausgangspunkte die Gestalt der Dinge, wie sie der Frankfurter Friede (1871) und was in dessen unmittelbarer Folge geschehen uns zeigt, so wird man den Weltteil zunächst in Beziehung auf die territorialen Verhältnisse wesentlich verändert finden. Im äußersten Nordwesten und im äußersten Südosten sind zwei neue selbständige Staaten, Belgien und Griechenland, entstanden, während das Königreich Polen, im Jahre 1815 doch immerhin noch ein eigener Staat, von der Karte verschwunden ist, wie der Freistaat Krakau, ein anderes Trümmerstück des großen Polenreiches; Frankreich ist um Savoyen und Nizza vergrößert, hat aber Elsaß und ein ansehnliches Stück von Lothringen an Deutschland abgeben müssen; die Jonischen Inseln sind dem Griechischen Königreiche zugeteilt worden. Österreich hat Krakau gewonnen, dagegen die Lombardei und Venezien verloren; der Prozeß, welcher die Vasallenstaaten Ägypten, Serbien, Rumänien, Bulgarien vom Türkischen Reiche loslöst, war noch nicht in sein entscheidendes Stadium getreten, und formell hatte sich das Türkische Reich sogar um das kleine Stück an der unteren Donau in Bessarabien auf Kosten Rußlands vergrößert. Am gewaltigsten sind die Veränderungen in der Mitte des Weltteils, in Deutschland und in Italien. Die Karte von Italien bietet wieder denselben Anblick dar, den das Land einmal in seiner Geschichte, von 493 bis 526, unter Theoderich dem Großen, dargeboten hat. Aus einem „geographischen Begriffe", wie es Metternich nannte, ist es eine politische Macht geworden, ein Einheitsstaat von 5375 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern, und unter den verschwundenen Königreichen und Herzogtümern, welche der ungeheure Strom der nationalen Bewegung verschlungen, befindet sich auch der letzte der geistlichen Staaten, der Kirchenstaat. Gewaltiger fast und wichtiger sind die Veränderungen, welche die Karte von Deutschland zeigt. Sein Territorialbestand hat sich um die deutsch-österreichischen Lande, um Luxemburg und, damit auch diesem Reliquienstück des alten Bundes sein Recht werde, um das Fürstentum Liechtenstein vermindert; dagegen sind ihm im Osten die preußischen Provinzen Posen und Preußen, im Norden das Herzogtum Schleswig, im Westen Elsaß und Loth-

ringen zugewachsen: gegen 11 464 Quadratmeilen im Jahre 1815 9 888 Quadratmeilen im Jahre 1874. Innerhalb dieser reduzierten Grenzen sind die Änderungen nicht minder bedeutungsvoll: das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, die Herzogtümer Nassau, Holstein, Lauenburg, das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen, die Landgrafschaft Hessen-Homburg und die Freie Stadt Frankfurt sind dem preußischen Staate zugewachsen, der von 5100 Quadratmeilen im Jahre 1815 auf 6396 Quadratmeilen (seit 1866) gestiegen ist. In diesen letzten Zahlen aber, welche die veränderte Gestalt Italiens und Deutschlands bezeichnen, liegt ein Hauptgewinn der geschichtlichen Arbeit der letzten beiden Menschenalter beschlossen. Das an seiner Nordwestgrenze leicht beschädigte, aber innerhalb seiner Naturgrenze staatlich organisierte Italien, das an Territorialumfang geminderte, aber geeinigte Deutschland bilden in der Mitte des Weltteils zwei mächtige und befriedigte Staatswesen und geben eine sicherere Bürgschaft friedlicher Entwickelung des Weltteils, als die Wiener Papiere und Pergamente sie zu geben vermochten. Wir haben von den günstigen Wirkungen dieser Neugestaltung schon gesprochen: nicht Deutschland und Italien allein, sondern auch Österreich ist sich selbst zurückgegeben, die Neutralität der kleinen Staaten Schweiz, Holland, Belgien ist auf sichere Grundlagen gestellt; der Erdteil vor den Zerrüttungen durch eine französische oder russische Universalherrschaft gesichert und vor allem das französische Volk, daß seit Jahrhunderten den Weltfrieden gestört hat, in seine Schranken gewiesen.

Blicken wir auf das innere Leben der Staaten, zunächst seine politische Seite, so ist auch hier ein großer Fortschritt nicht zu verkennen. Was im Jahre 1815 nur an einer Stelle, auch da nicht vollständig, gelungen war, die dauernde Versöhnung von Königsmacht und Volksrecht in einer gesetzlichen Monarchie, war jetzt in dem größten Teil Europas eine vollendete Thatsache. Die Freiheit des Volkes, welche eines Königs bedarf nach Mirabeaus Wort, die Kraft des Königtums, welche eines freien Volkes bedarf — sie haben sich in der Mehrzahl der europäischen Staaten nach schweren und gefährlichen Kämpfen zu friedlichem Bunde geeinigt. Die konstitutionelle Monarchie, unserer bescheidenen Meinung nach die beste Staatsform für Menschen, wie sie wirklich sind, hatte in den wechselvollen Kämpfen der letzten Generationen einen vollen Sieg davongetragen. Sie herrschte jetzt von der äußersten Südwestecke des Weltteils, von Portugal bis zum äußersten skandinavischen Norden; wir sahen sie in Deutschland wie in Italien auf dem besten Wege, große innere Schwierigkeiten in fortwährender gesetzlich geordneter gemeinsamer Thätigkeit von Fürst und Volk, von Regierung und Parlament langsam, aber

ſicher zu bewältigen; wir gewahrten, wie ihr in Öſterreich die ſchwerſte aller Aufgaben, Vereinigung von Volksſtämmen verſchiedenſter Nationalität, zu gelingen begann; Optimiſten wollten ſehen, wie ſie ſelbſt in Rußland ihre Wurzeln in den Boden zu ſenken anfing. Der knabenhafte Fürſtenhaß, die kindiſche Revolutionsfurcht, wie ſie den unreifen Zuſtand der Gemüter bis weit über die erſte Hälfte unſerer Periode hinaus charakteriſiert, war verſchwunden oder im Verſchwinden begriffen, und wenn es noch eines Zeugniſſes bedürfte, daß dieſe Staatsform für große Länder mit reicher und verwickelter Geſchichte die richtigſte iſt, ſo würde es darin liegen, daß von den beiden Ländern, in welchen — von der Schweiz abgeſehen, welche mit ihrem eigenen Maße gemeſſen werden muß — im Jahre 1870 noch die republikaniſche Staatsform beſtand, Spanien und Frankreich, das erſtere ſich wieder zur Monarchie zurückgewandt hat, Frankreich aber den Verſuch mit der Republik nur darum fortſetzen mußte, weil es keinen annehmbaren Mann für eine konſtitutionell-monarchiſche Geſtaltung hatte: die Stellung des Marſchalls, dem man auf 7 Jahre die erſte Stelle gegeben, glich mehr der eines konſtitutionellen Königs, als der des wirklichen Präſidenten einer wirklichen Republik: dieſe letztere, eine wirkliche Republik mit einem wirklichen Präſidenten, war allerdings bald darauf vorhanden: auf wie lange, mit welchem Erfolg für die Nation, muß die Zukunft lehren. Die europäiſche Menſchheit, um 60 ereignisvolle Jahre älter, hatte in jedem Fall ihrer großen Mehrzahl nach gelernt, daß die Freiheit, deren Panier im vorigen Jahrhundert aufgepflanzt worden iſt, nicht an dieſer oder jener Staatsform haftet, daß ſie, um zu gedeihen, vor allem einer ſicheren ſtaatlichen Ordnung bedarf, und ſie hat erfahren, daß dieſe in einer verfaſſungsmäßigen Monarchie im allgemeinen geſicherter iſt als in einer Republik, in welcher es nichts giebt, was das dem Namen nach herrſchende, in Wahrheit nur überredete, oft genug getäuſchte und betrogene Volk dem Ehrgeize, der Schmeichelei oder der offenen Gewaltthat nicht zugeſtände.

Auch darin, möchte es ſcheinen, iſt Europa ſeit 1815, ſeit 1830, ſeit 1848 klüger geworden, daß man mit dem Worte Freiheit nicht mehr, wie ſo lange geſchah, ausſchließlich das bezeichnet, was nur eine Seite derſelben, die politiſche, bildet — daß man gelernt hat, daß, was wir mit dem Worte Freiheit ausdrücken wollen, nicht das einfache Ding iſt, welches der Liberalismus vor 1848 ſich unter demſelben dachte. Man hatte ſo namentlich gelernt, den wirtſchaftlichen Verhältniſſen ihr volles Gewicht in den politiſchen Aufgaben einzuräumen. Der Fortſchritt, den Europa in dieſer Beziehung ſeit 60 Jahren gemacht hat, iſt ſo augenfällig, daß darüber ausführlich zu reden nicht nötig iſt. Wir haben der ungeheuren Umwälzungen ſchon gedacht,

welche die Anwendung der Dampfkraft auf allen Gebieten menschlichen Verkehrs hervorgerufen; und wenn durch diese Entfesselung neuer, ungeahnter Kräfte in den letzten Jahrzehnten eine Menge neuer Güter geschaffen worden ist, so wird dieser vermehrte Reichtum erst dadurch erfreulich, daß eine weit größere Anzahl von Menschen als früher in weit höherem Grade als früher am Genusse dieser Güter teilnimmt. Wenn dies eines Beweises bedürfte, so würde er in den Agitationen des Socialismus liegen, wie dieselben sich im Laufe des letzten Jahrzehnts gestaltet hatten, und von denen jeder, der etwas vom Leben versteht, und namentlich jeder, der etwas von den Leitern und Wortführern dieser Agitation kennt, wissen kann, was diese Leiter selbst am besten wissen, — daß nicht die Not sie hervorgerufen hat. Daß es unrechtes Gut, prahlerischen Reichtum, sich spreizende Gemeinheit, ebenso wie tiefe Not und Verzweiflung noch immer genug auf der Welt giebt, ist freilich wahr; daß aber fleißige und ehrliche Arbeit seit den Errungenschaften, welche die Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiete in den letzten zwei Menschenaltern gemacht hat, reichlicheren Lohn, vollere Wertschätzung als je zuvor findet, — daß insbesondere in Deutschland dieser ehrlichen Arbeit der Weg zu den Höhen der Gesellschaft freier und zugänglicher ist als zu irgend welcher früheren Zeit, — und daß mithin die Menschen, im allgemeinen gesprochen, ihr Los weit mehr als früher durch eigene Kraft — Fleiß, Sparsamkeit, Selbstbeherrschung — selbst sich schaffen können und weniger abhängig sind von äußeren Verhältnissen, ist nicht minder gewiß.

Indes von Brot und von Brotneid allein lebt die Menschheit nicht, und es war dafür gesorgt, daß es dieser Zeit zum Bewußtsein kam, wie politische und wirtschaftliche Fortschritte allein noch nicht die Freiheit weder schaffen noch ausmachen. Wir haben gesehen, wie eben in der letzten Zeit durch das Ereignis vom 18. Juli 1870 die Definierung der päpstlichen Unfehlbarkeit die religiösen Fragen wieder mit größtem Nachdruck in den Vordergrund des Interesses gerückt wurden, und wir stehen nicht an, gerade in diesem Umstande einen wesentlichen Fortschritt zu erkennen gegenüber dem Zeitpunkte, von welchem unsere Darstellung ausgegangen ist. Mit einer Stärke, die man ihm sicher im Anfange dieses Jahrhunderts nicht mehr zugetraut, alle Hebelkräfte der Zeit sich zu nutze machend, erhob und erhebt sich mit Ansprüchen, wie sie selbst Gregor VII. und Bonifacius VIII. nicht gewagt, der hierarchische Gedanke; und es würde eine armselige und verhängnisvolle Täuschung sein, wenn man glauben wollte, daß diese Macht mit Polizeimitteln allein oder mit den gewöhnlichen Mitteln der Belehrung und Aufklärung überwunden werden könne. Dieser Kampf, bei dem es sich mehr als bei irgend einem andern um die Freiheit handelt,

wird, daran ist nicht zu zweifeln, und alles, was seither geschehen, beweist es, ein langer und schwerer sein, und wer seine Pflicht in demselben erfüllen will, der wird sich mit einer tiefen und ernsten Begeisterung ausrüsten müssen. Er wird der Kraft einer reinen Gottes- und Menschenliebe — einer Kraft echten Glaubens bedürfen, der sich über den Augenblick und seine Enttäuschungen zu erheben vermag, und der, entgegen dem gespreizten Epikureismus, welcher die Modephilosophie des Tages bildet, festhält an den Grundwahrheiten der Religion Jesu Christi, welche vor allem eine Religion der Freiheit ist, und welche, indem sie das menschliche Handeln nicht auf die Selbstsucht, sondern auf die Selbstbeherrschung und Selbstverleugnung stellt, den Geist zu stählen geeignet ist für eine tieferregte Zeit, die unaufhörlich neue sittliche Probleme stellt, und die für den größeren äußeren Glanz und Genuß, den sie bietet, auch um so ernstere Arbeit und reinere Hingebung im Dienste des Guten verlangt.

III. Die orientalische Frage und der Russisch-Türkische Krieg.

Einen Augenblick wurde die Aufmerksamkeit von diesen inneren Bewegungen nach außen, nach einer Seite hingelenkt, von welcher her immer von Zeit zu Zeit die westliche Welt in Aufregung gesetzt wurde. Wiederholt sind wir dem großen politischen Problem, welches man die orientalische Frage nennt, auf unserem Wege begegnet. Man kann diese brennende Frage des 19. Jahrhunderts in einem größeren Zusammenhange auffassen und sagen, daß die „orientalische Frage" als Gegensatz, Kampf, Auseinandersetzung von Morgenland und Abendland sich von den ältesten Zeiten an durch die ganze Weltgeschichte hindurchziehe, wo dann bald, wie in den Perserkriegen, den Angriffen der Araber im 8., dem Mongolensturm im 13. Jahrhundert, der Orient, — bald, wie im Alexanderzuge und in den Kreuzzügen, der Occident die Initiative und Offensive ergriffen hat. Je nach dem Wechsel von Angriff und Verteidigung, von Sieg und Niederlage gestaltet sich diese Frage mit jedem Jahrhundert anders. Seit dem 14. Jahrhundert machten die Osmanen ihre siegreichen Anfälle, sie eroberten sich ihre Hauptstadt auf europäischem Boden 1453, und bis zum Jahre 1683, wo sie zum zweitenmale von dem belagerten Wien ablassen mußten, war die Frage so gestellt — wie weit die Flut der türkischen Eroberung nach Westen vordringen, wieviel sie von christlicher Kultur übrig lassen werde.

So lautete sie, davon haben wir uns auf unserem Gange sattsam überzeugt, im 19. Jahrhundert nicht mehr. Die Frage war jetzt, wie sie einst Kaiser Nikolaus von Rußland gestellt hatte, was zu geschehen habe, wenn der kranke Mann am Bosporus einmal plötzlich sterbe. Der Krimkrieg und sein Ergebnis, der Pariser Friede von 1856, hatte das Problem durch einen Heilungsversuch an dem kranken Staatskörper der Türkei zu beseitigen gesucht und zugleich den gefährlichsten und zudringlichsten seiner Erben, die russische Macht, auf einige Zeit geschwächt und zurückgedrängt.

Weder das eine noch das andere gelang — das erstere gar nicht, das letztere nur auf kurze Zeit. Die großen Reformen, welche einen Teil des damaligen Friedensprogramms gebildet hatten, standen nur auf dem Papiere: die Organe, sie auszuführen, besaß dieser Staat nicht, wenn auch vielleicht dieser und jener seiner Staatsmänner oder Sultane den Willen dazu gehabt hätte. Man konnte an dem Volke der Osmanen manche löbliche Eigenschaft entdecken, welche weder die Griechen noch die Slawen noch die Rumänier noch die Russen besaßen: das aber löschte die „brutale Thatsache" nicht aus, daß der Staat als solcher zu jedem Fortschritt sich unfähig erwies und deswegen unaufhaltsam und unzweifelhaft verfiel und verfaulte.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts hatte sich Griechenland von diesem faulen Körper losgemacht; danach hatten Rumänien und Serbien eine Unabhängigkeit erlangt, der zu voller Autonomie nur wenig mehr fehlte; auch der Vicekönig von Ägypten hatte bei seinem letzten Besuch in Konstantinopel einen Ferman (8. Juni 1873) erwirkt, der ihm in den finanziellen und militärischen Angelegenheiten eine fast vollständige Unabhängigkeit verlieh. Dies reizte die Provinzen, in denen ausschließlich oder überwiegend Christen wohnten, Bulgarien, Bosnien, Herzegowina, deren Klagen über türkische Mißwirtschaft unermüdlich von russischen Agenten angehört, herausgefordert, weitergetragen, übertrieben wurden. In Rußland hatte man sich von der Niederlage der fünfziger Jahre erholt: man empfand dort eine Art Bedürfnis nach einer auswärtigen Aktion, da doch die Niederwerfung Polens nicht so recht als eine Heldenthat gelten konnte: und wir haben gesehen, wie im Jahre 1870 Kaiser Alexander II. sich von einer lästigen Fessel befreit hatte, welche ihm durch den Pariser Frieden angelegt worden war. Im Sommer 1875 nun nahmen in dem südwestlichen Teile des Eyalets Bosnien, in der Herzegowina, die üblichen Widersetzlichkeiten bei der Steuererhebung, bei welcher sich die schlechte Verfassung des türkischen Regiments am deutlichsten zeigte, einen großen Umfang an. Es leben in dem ungefähr 120 Quadratmeilen haltenden Lande etwa 60 000 Mohammedaner, 75 000 grie-

chische, 40 000 römische Christen.*) Am 31. Juli forderte ein „Centralausschuß zur Befreiung der Rajah" — mit diesem verächtlichen Namen, Herde, bezeichnet bekanntlich der stumpfe Hochmut der Eroberer die unterjochten Christen — zur Erhebung auf. Der Aufruf fand Gehör: daß nun die mohammedanischen Grundherren, die „Begs", das eigentliche Ziel der Bewegung erkennend, ihrerseits zu den Waffen griffen, konnte der nicht unvorbereiteten Insurrektion nur größeren Schwung verleihen. Zuzüge aus Serbien und Montenegro gaben ihr weitere Nahrung; an Waffen und Kriegsbedarf war kein Mangel. Die Aufständischen hielten sich in dem schwer zugänglichen Gebirgsland im südlichen Teile der Provinz; der türkische Statthalter, Derwisch Pascha, hatte nur wenige reguläre Truppen zur Verfügung, die er bei Mostar an der mittleren Narenta konzentrierte: er erkannte richtig, daß man den hier glimmenden Funken rasch austreten mußte, wenn nicht eine große Feuersbrunst daraus werden solle. Von dieser Erkenntnis zu raschem Handeln aber war in Konstantinopel der Weg weit; indessen wurde der Pforte die Notwendigkeit des Handelns auch auf diplomatischem Wege nahe gelegt. Während Trebinje, die Festung im Südosten der Provinz, nahe der montenegrinischen Grenze, von den Aufständischen umschlossen war, boten die Mächte des Dreikaiserbundes, Österreich, Deutschland, Rußland, der Pforte ihre guten Dienste zur Beilegung des gefährlichen Handels an (18. August): ihnen gesellte sich Frankreich und Italien bei. Die Pforte besann sich, nachdem sie das Anerbieten im ersten Augenblick dummstolz abgewiesen, doch eines besseren und nahm es am 22. an. Indessen führten die Unterhandlungen, welche demgemäß von den Konsuln der Mächte mit den Insurgentenhäuptern eröffnet wurden, zu nichts: die Insurgenten verlangten Waffenstillstand und bei Festsetzung seiner Bedingungen Ausschließung der türkischen Bevollmächtigten. Der Erfolg, welchen die türkischen Truppen durch den Entsatz von Trebinje erlangten, änderte nichts, und die winterliche Jahreszeit, welche in diesem Lande jede kriegerische Operation hemmte, war eingetreten, noch ehe der Empörung erheblicher Abbruch gethan ward. Im Dezember langte Mukhtar Pascha in dem Lande an: es war schon der dritte Befehlshaber, den die Regierung sandte: auch eine größere Truppenzahl war

*) Nach der Volkszählung vom 15. Juni 1879 beziffert sich die Gesamtbevölkerung Bosniens und der Herzegowina auf 1 142 147 Personen, davon nach dem Religionsbekenntnis 442 500 Mohammedaner, 487 022 griechisch-orientalische Christen, 208 950 lateinisch-katholische Christen, 3426 Israeliten und 249 Personen, welche anderen Religionsgenossenschaften angehören. Unter den Städten weist die größte Bevölkerungsziffer auf Serajewo mit 21 377 Einwohnern, darunter 14 848 Mohammedaner. In allen Städten überwiegt das mohammedanische Element.

jetzt zur Stelle: aber zu entscheidenden Thaten im Felde war es zu spät.

Die türkische Regierung in Stambul hatte mittlerweile wieder einiges Papier mit Reformversprechungen und Reformanordnungen beschrieben: ein kaiserliches Irade vom 2. Oktober, das ein Manifest des Großwesirs am 15. bestätigte, verhieß Steuererlaß und Reformen: es ward auch in Bosnien verkündigt: aber ohne alle Wirkung. Und im Westen zeigten sich diesmal die Sympathieen nicht mehr, deren die Türkei sich noch im Jahre 1855 zu rühmen gehabt hatte. Man wußte jetzt, was aus den Reformen von damals geworden war, und ein Erlaß vom 6. Oktober, welcher die Zinsen der Staatsschuld auf die Hälfte herabsetzte, kündigte den beginnenden Bankrott an, für den in erster Linie, aber keineswegs allein, die närrische Verschwendung des regierenden Sultans Abd ul Asis die Verantwortung trug. Ende November nun hatten sich die drei Ostmächte über ihre Forderungen geeinigt. Sie bewilligten der Pforte auf ihre Bitten noch einen kurzen Aufschub, welchen diese am 14. Dezember zu einem abermaligen Reformirade benutzte. Am 31. aber hatten Österreich, Deutschland, Rußland, nach einem Entwurf des österreichischen Reichskanzlers Grafen Andrássy, genau und mit Sachkenntnis die Punkte, welche sie von der Pforte erledigt zu sehen verlangten, im einzelnen festgestellt, und am 31. Januar 1876 wurde diese Andrássysche Note von den drei Kaisermächten, denen die Vertreter von England, Frankreich und Italien zustimmten, überreicht. Es ist kaum nötig, diese Forderungen mitzuteilen: Provinzialrat und Gerichtshöfe frei durch die Einwohner gewählt; Umgestaltung der Polizei, Bürgschaft gegen Mißhandlungen, allerlei Bürgschaften. Auch machte die Pforte wenig Schwierigkeiten alle Punkte bis auf einen anzunehmen (15. Februar). Die Insurgentenhäupter aber verwarfen sie, weil keinerlei Garantie für die Durchführung gegeben sei, sobald sie die Waffen weggelegt hätten: und auch als am 2. März die Pforte für die Herzegowina und Bosnien eine Amnestie verkündigte, erfolgte weder Niederlegung der Waffen noch eine Rückkehr der Flüchtlinge, welche bereits in großer Zahl die österreichischen Grenzlande beschwerten.

Die thatsächliche Waffenruhe, welche der Winter und die mangelhaften Wege in den aufständischen Gegenden auferlegt hatten, hörte mit Anfang April auf, und mit dem Frühling stellte sich auch Zuzug aus Montenegro und Serbien ein: zunächst ohne Kriegserklärung. Es gelang Mukhtar Pascha einige Lebensmittel in die von den Aufständischen hartbedrängte Festung Nikšić an der montenegrinischen Grenze zu bringen, nicht aber dieselbe wirklich zu entsetzen: die Sache dauerte zu lange: und wirklich fing am Ende des Monats der Brand

auch an einem anderen Teile des Türkischen Reiches zu glimmen an. Am 4. Mai brach der Aufstand auch in Bulgarien los. Das Manifest einer geheimen Nationalregierung verkündete auch hier, daß die Stunde der Erlösung vom türkischen Joche geschlagen habe: russischer Einfluß war auch hier im Spiele, denn die Bulgaren hatten wohl weniger Grund, mit ihrem Lose unzufrieden zu sein, als die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina. Zugleich lauteten die Nachrichten aus Serbien und Montenegro drohender. Am 5. Mai berief der Fürst von Serbien das Haupt der sogenannten Aktionspartei Ristic als Minister; in den Schwarzen Bergen gab es überhaupt keine andere Partei als die des Krieges, und Ministerwechsel waren hier unnötig. Eine allgemeine Gärung ergriff alles Land zwischen der unteren Donau und den beiden Meeren, die Dinge wurden ernster und ernster. Am 6. geschah zu Salonichi blutige Gewaltthat gegen den französischen und den deutschen Konsul, welche sich auf ihren Posten begeben hatten, als eine fanatische mohammedanische Menge ein, angeblich zum Islam bekehrtes, bulgarisches Mädchen den Christen, welche sie als die Ihrige in Anspruch nahmen, entreißen wollte. Der Haufe ermordete die beiden, und weithin ward die Befürchtung rege, daß diese Blutthat das Zeichen zu einer allgemeinen Christenschlächterei bilden werde die türkischen Beamten hatten das Schändliche ruhig geschehen lassen, und die Pforte selbst mußte erst nachdrücklich gemahnt werden, ehe sie volle Genugthuung gewährte. Von seiten der europäischen Mächte ging man jetzt einen Schritt weiter. Die drei Kanzler der Kaiserhöfe, Gortschakow, Andrássy, Bismarck, sahen sich am 13. Mai (1876) zu Berlin, und das Ergebnis dieser Zusammenkunft war das Berliner Memorandum, in welchem der Hauptnachdruck — eben wie dies auch von den Häuptlingen der Aufständischen geschehen war — auf die Garantieen für die wirkliche Ausführung der von der Pforte verheißenen Reformen gelegt war. Zunächst wurde ein Waffenstillstand verlangt — eine gemischte Kommission unter Vorsitz eines christlichen Herzegowiners sollte die gelieferten Subsistenzmittel und Materialien zum Wiederaufbau der zerstörten Häuser verteilen; die türkischen Truppen werden an gewissen Plätzen zusammengezogen, um Zusammenstöße zu vermeiden; auch die Christen bleiben unter den Waffen; die Durchführung der Reformen, die Rückkehr der Flüchtlinge wird von den Konsuln und Vertretern der Mächte überwacht. Diesem Memorandum stimmte Italien und Frankreich zu, England nicht: indem seine Regierung zugleich die Mittelmeerflotte nach der Besikabai beorderte, wurde der dunkle Hintergrund dieser Vorgänge — der Gegensatz der russischen und der englischen Macht und ihr möglicher Zusammenstoß — sichtbar. Viele innerhalb wie außerhalb Englands

hielten diese Nichtbeteiligung für einen schweren Fehler. Der Grund, welcher die englische Regierung bestimmte, war, daß man die Autorität der Pforte nicht dadurch vollends vernichten dürfe, daß man dieselbe, wie das Memorandum thue, förmlich unter Kuratel stelle: was eben jetzt in Konstantinopel sich vollzog, zeigte deutlich genug, daß dies gleichwohl nötig war, und daß man nur durch eine solche europäische Beaufsichtigung das Gefährlichste von allem — alleiniges Vorgehen Rußlands — vielleicht abwenden konnte.

Eine große Demonstration der Studenten, der Softas, in der Hauptstadt legte dem elenden Verschwender Abd ul Asis nahe, was ihm bevorstehe. Er gab alsbald nach und setzte seinen Großwesir sowie den Träger der höchsten geistlichen Autorität und obersten Ausleger des Korans, den Scheich ul Islam, ab: der Mann, an welchen alle Hoffnungen der wenigen Türkenfreunde in Europa sich knüpften, Midhat Pascha, ein ehrlicher Freund durchgreifender Reformen und ein Mann von Geist und Willenskraft, ward in den Rat des Großherrn berufen (19. Mai). Am 30. erst erfolgte die Haupt- und Staatsaktion: der neue Scheich ul Islam hatte die Frage bejaht, ob der Koran die Absetzung eines unfähigen Sultans gestatte: Abd ul Asis wurde durch eine Palastrevolution, die sich ohne weitere Schwierigkeit vollzog und welche den Beifall des Volkes fand, entthront und an seine Stelle der Sohn seines Vorgängers, Murad V., gesetzt, der am 1. Juni, von Rudschi, Midhat und Hussein Avni Pascha beraten, seine Thronbesteigung mit einem Reformprogramm, auch er, ankündigte. Trotzdem bekam man bald zu fühlen, daß man sich auf alttürkischem Boden befinde: am 4. Juni vernahm man, daß der entthronte Sultan sich vermittelst einer Schere selbst entleibt habe — in Europa bezweifelte man nicht, was sich auch als wahr herausstellen sollte, daß er erdrosselt worden sei. Dem schauerlichen Ereignis folgte am 15. eine andere blutige That: ein fanatischer Tscherkesse, in den Ministerrat eindringend, erschoß dort den Kriegsminister Avni und den des Äußeren — der Marineminister kam mit einer Verwundung davon; was oder wer den Mörder zu seiner That bestimmt habe, erfuhr man nicht.

Das Berliner Memorandum war mittlerweile überreicht, aber in einem großen Ministerrat (23. Mai) unannehmbar gefunden worden: man dachte hier an ein anderes Heilmittel — das große Universalheilmittel in der Apotheke des 19. Jahrhunderts, eine Verfassung. Eben während die Minister mit den Beratungen über dieselbe beschäftigt waren, gelang die Niederwerfung des bulgarischen Aufstands: wer will die Scheußlichkeiten erzählen, unter denen sie geschah? Die

Haupthäter aber wurden in diesem Lande, das so sichtbar einem konstitutionellen Regimente entgegenreifte, zu Ehrenstellen befördert.

Inzwischen war man in Serbien und Montenegro zu dem kriegerischen Entschluß gekommen: daß hinter ihnen die russische Macht stand, drückte sich in der Thatsache aus, daß in Serbien ein russischer General, Tschernajew, die Streitkräfte organisierte. Am 27. Juni erklärten die Insurgenten der Herzegowina den Fürsten von Montenegro, Nikita, zu ihrem Oberhaupte, am 28. die bosnischen den von Serbien, Milan, zu dem ihrigen. Der letztere ging am 29. zu seinem Heere ab und erließ ein Kriegsmanifest: am 1. Juli überschritten Serbier und Montenegriner ihre Grenzen, während Rumänien und Griechenland noch eine zuwartende Haltung bewahrten.

Die Montenegriner führten ihren Krieg in den Monaten Juli, August, September im ganzen glücklich, während das serbische Heer unglücklich kämpfte. Diese drangen mit ihrer Hauptmacht „für die heilige Idee des Slawentums", wie ihr russischer Oberbefehlshaber Tschernajew in seinem Manifest sagte, in Bulgarien vor, kamen aber nicht weit: ihren schnell zusammengerafften, wenig geübten, wenig gefestigten Scharen war das türkische Heer an Zahl und an Tüchtigkeit weit überlegen. Der Angriff verwandelte sich bald in Rückzug und Verteidigung; das türkische Heer unter Abd ul Kerim überschritt am 25./30. Juli die serbische Grenze und drang in einer Reihe siegreicher Gefechte bis zur Festung Alexinatz, welche das Thal der Morawa, den Hauptzugang des Landes, das dieser Fluß in zwei Hälften zerschneidet, zu sperren bestimmt ist. Vom 19.—27. August, 9 Tage lang, wurde hier gekämpft: noch ohne Erfolg: doch war deutlich, daß Serbien für sich allein bald besiegt werden würde, — daß es aber nicht allein bleiben würde: deshalb verlangte eine Konferenz der Botschafter der europäischen Mächte zu Konstantinopel die Einstellung der Feindseligkeiten. Sie richtete diese Forderung bereits an einen neuen Herrscher. Denn Murad war als offenbar geisteskrank durch ein „Fetwa" des Scheichs ul Islam, dem die türkische Staatspraxis die Auslegung des Korans als der eigentlichen Verfassung des Reichs vorbehält, für abgesetzt erklärt, und an seiner Stelle ward sein Bruder Abd ul Hamid anerkannt (31. Aug.), der dann gleichfalls am 10. Sept. seine Regierung mit einem Hat voll guter Worte und Versprechungen begann. Am 1. Sept. nun war bei Alexinatz aufs neue gekämpft worden und zwar für die Türken siegreich: dieser Umstand, die offenkundige Thatsache, daß dem serbischen Heere eine große Zahl Freiwilliger aus Rußland zuzog, die Keckheit, mit welcher der russische General Tschernajew an der Spitze der geschlagenen Armee den Fürsten Milan als König von Serbien ausrief (16. Sept.), sowie endlich die anscheinend löb-

lichen Eigenschaften des neuen Sultans, der auf das Verfassungsprojekt zurückkam — dies alles gewann für einen Augenblick der Pforte wieder einige Gunst. Dem Andringen der Mächte nach Einstellung der Feindseligkeiten hatte sie eine Erklärung entgegengestellt, die sich hören ließ, — daß sie nur auf einen längeren Waffenstillstand, nicht auf einen bloß vierwöchigen, der nur den Serben zu gute käme, sich einlassen könne. Nachdem die Waffen 10 Tage lang geruht hatten, nahmen die Türken am 19. Sept. den Kampf um Alexinatz wieder auf: am 23. wurden die Höhen von Djunis erstürmt und damit die Stellung für die Serben unhaltbar. Damit war Serbien denn in die Hand der Türkei gegeben: und so war es jetzt für die russische Macht an der Zeit, sich ins Mittel zu legen. Am 21. Oktober unterhielt der russische Botschafter in Konstantinopel, Ignatiew, die Vertreter der Mächte von der aufgeregten Stimmung in Rußland: er war jetzt von seinem Kaiser angewiesen, von der Pforte die Gewährung eines sechswöchigen Waffenstillstandes an Serbien zu fordern: Entschließung binnen 24 Stunden: widrigenfalls er Konstantinopel mit dem ganzen Botschaftspersonal verlassen werde. Der Waffenstillstand, ein achtwöchiger, war von der Pforte den Mächten bereits zugestanden worden; am 1. Nov. wurde er von Serbien, am 2. von Montenegro angenommen: an der letzteren Stelle kam er mehr den Türken zu gute, die hier schlechte Geschäfte gemacht hatten. Noch einmal war so die Möglichkeit gegeben, zu einem Frieden zu gelangen, ohne daß es zu einem Kriege zwischen Rußland und der Türkei kam. Die Aussichten waren freilich nicht gerade günstig. Am 2. Mai versicherte der russische Kaiser dem englischen Botschafter in Livadia — und er gab sein Ehrenwort, — daß er weder an Eroberung von Konstantinopel noch überhaupt an Eroberungen in der Türkei denke; obwohl allerdings er genötigt sein könnte, vorübergehend, zum Schutze der Christen, Bulgarien zu besetzen: andererseits glaubte, am 9. November bei dem Lord-Mayors-Bankett zu London, das Haupt der englischen Regierung, Lord Beaconsfield, betonen zu müssen, daß wenngleich der Friede recht eigentlich die specifisch-englische Politik sei, doch kein Land für den Krieg so gut vorbereitet sei als Großbritannien. Indes es kam zu den Friedenskonferenzen, welche am 8. November der englische Botschafter in Konstantinopel der Pforte vorschlagen konnte. Am 13. Dezember, als sämtliche Bevollmächtigte eingetroffen waren, begannen zunächst unter Ignatiews Vorsitz die Vorkonferenzen, bei welchen kein Bevollmächtigter der türkischen Regierung zugezogen war. Diese holte jetzt ihre alten Künste hervor: sie ließ eine Untersuchung der in Bulgarien von Mohammedanern verübten Scheußlichkeiten veranstalten und zugleich die beabsichtigte Verfassung nun fertigstellen: man wollte, wenn

etwa Rußland und mit ihm die anderen Mächte gewisse Garantieen für die Christen in Bulgarien, eine Sonderstellung für dieses Land, verlangten, die gute Ausrede bereit haben, daß ja nunmehr alle Teile des Reichs an den Segnungen einer Verfassung teilhätten, es mithin ebenso überflüssig wie unmöglich sein würde, einer einzelnen Provinz einen besonderen Vorzug zuzugestehen. Übrigens war nicht zu erwarten, daß diese Ausflüchte viel helfen würden. Am 10. November schon hatte Kaiser Alexander Lord Beaconsfields Rede mit einer Anrede an die Vertreter des Adels und der Stadtgemeinde von Moskau beantwortet, in welcher er die Gemeinschaft mit den „Glaubens- und Stammesbrüdern" wie auch die Absicht, selbständig vorzugehen, wenn von der Pforte nichts durch die Mächte zu erlangen sei, mit großem Nachdruck betonte, und deutlicher noch sprach am 13. jenes Monats der Befehl, 6 Armeecorps der Südarmee mobil zu machen, über welche dann am 6. Dezember der Bruder des Kaisers, Großfürst Nikolaus, den Befehl übernahm.

Unter so wenig günstigen Vorzeichen begannen am 13. Dezember die Vorkonferenzen, welche aber doch, da Rußland sich sehr gemäßigt hielt, zu einer Verständigung unter den Mächten führten. Freilich eine Formel für Reformen und Garantieen zu finden, war hier unter den Vertretern der Mächte nicht schwer — wo man sich auf europäischem Boden bewegte: religiöse und politische Gleichstellung der Christen mit den Mohammedanern in Bosnien, Herzegowina und Bulgarien, Teilung des letzteren Landes in zwei Provinzen: europäische Überwachungskommission: zum Zwecke der Durchführung im einzelnen dachte man an eine Occupation durch neutrale, etwa belgische Truppen und durch ein gemischtes europäisches Gendarmeriecorps — was denn freilich deutlich genug zeigte, wieviel die Uhr für die Herrschaft der Türkei über diese Länder geschlagen hatte. Die Pforte hatte indes am 23. Dezember die eben frisch aus dem Ofen gekommene Verfassung verkündigt: eine neue Nation war hier geschaffen, die Nation der Ottomanen, — auf einem Boden, wo der Türke und der Slawe, der Grieche und der Armenier, der Syrer, der Kurde noch sich ebenso fremd gegenüberstanden, wie am Tage der Eroberung — Senat und Deputiertenkammer, öffentliche Sitzungen, Unabsetzbarkeit der Richter, ottomanischer Rechnungshof, obligatorischer Elementarunterricht und andere gute Dinge, so viele das geduldige Papier faßte. Am gleichen Tage — man hörte die Kanonenschüsse, welche das große Ereignis verkündeten, im Beratungszimmer — begannen die Konferenzen. Am 28. Dezember legte die Pforte ihre Gegenbemerkungen zu den Beschlüssen der Vorkonferenz vor. Fünf Punkte lehnte sie ab: die 8. Konferenzsitzung milderte dieselben, und es blieben nur zwei davon als

unumgänglich übrig — Ernennung christlicher Gouverneure und europäische Überwachungskommission. Auch diese lehnte der Große Rat der Pforte am 18. Januar 1877 ab: mit vollem Bewußtsein, denn der Großwesir Midhat hatte hier unumwunden erklärt, daß diese Ablehnung den Krieg bedeute, und daß die Pforte auf eine Allianz sich keine Hoffnung machen dürfe: der englische Bevollmächtigte Lord Salisbury hatte der englischen Flotte die Weisung gesandt, die Besikabay wieder zu verlassen. Noch einmal Ultimatum der Mächte und ablehnende Antwort: am 20. Januar riefen demgemäß sämtliche Mächte ihre Gesandten ab; nur Geschäftsträger blieben zurück.

Die Türkei war also jetzt sich selbst überlassen, und das erste Ereignis auf diesem Boden war der Sturz Midhat Paschas, des einzigen Mannes, der klare Einsicht und festen Willen besaß: der Schöpfer der neuen türkischen Konstitution wurde auf ein Schiff gesetzt, das ihn außer Landes trug (5. Februar): er behielt wenigstens den Kopf zwischen den Schultern. Am 28. jenes Monats kam dann der Friede mit Serbien zu stande; die Dinge wurden auf den Stand wie vor Ausbruch des Krieges gesetzt, mit Montenegro blieb es in alten Rechten. Am 19. März wurde das türkische Parlament eröffnet: Thronrede, Antwortsadresse: an Midhats Stelle war Edhem Pascha getreten.

Aber der Krieg mit Rußland war jetzt da. Am 31. März ward auf Betreiben Rußlands noch einmal in London von den Mächten ein Protokoll unterzeichnet, in welchem Akt genommen ward von den Reformversprechungen der Pforte: würden diese nicht durchgeführt, so behielten die Mächte sich gemeinsame Maßregeln vor: wenn die Pforte dieses Protokoll annehme und die Reformen durchzuführen willens sei, möge sie einen Specialkommissar nach Petersburg wegen gegenseitiger Abrüstung schicken. Die Pforte jedoch lehnte am 9. April die Annahme des Protokolls ab, und am 14. ging Abd ul Kerim als Oberbefehlshaber der ottomanischen Truppen an die Donau. Das rumänische Land trennte die feindlichen Heere noch.

Für dieses Land mußte dieser Krieg entscheidend werden: es war die erste große politische Frage, welche dem Fürsten Karl gestellt ward, der nunmehr doch schon 11 Jahre lang die Probe bestanden hatte, mit sehr mittelmäßigem Material und mit einer Verfassung, deren „Freisinnigkeit" das Regieren sehr erschwerte, ein geordnetes Staatswesen im Gange zu halten. Im Jahre 1871 war er halb entschlossen gewesen, dem Lande den Rücken zu kehren: während des Deutsch-Französischen Krieges hatten die leitenden Klassen eine lebhafte Sympathie für Frankreich zur Schau getragen und ein Teil derselben hatte die Bildung, die er sich in Paris geholt, durch einen rüden Krawall gegen die von den Deutschen in Bukarest veranstaltete Siegesfeier (22. März

1871) charakterisiert. Dies hatte aber die Einsetzung eines konservativen Ministeriums zur Folge gehabt, und die Dinge waren seither nicht schlecht gegangen: auch der widerwärtige Eisenbahnstreit zwischen der rumänischen Regierung und den sanguinischen Leuten, welche ihr Geld zum Eisenbahnbau in diesem Lande dargeliehen, war beigelegt (1872). Jetzt bot sich die Gelegenheit, die halbe Unabhängigkeit des Landes in eine ganze zu verwandeln, — das Land mindestens von der Türkei unabhängig zu machen: am 16. April 1877 schloß die Regierung, welche bis dahin sich neutral erklärt hatte, eine Konvention mit Rußland ab, welche die Bedingungen des Durchzugs der russischen Truppen regulierte und dem Lande die Integrität seines Gebietes zusicherte. Am 29. jenes Monats folgte dann die förmliche Kriegserklärung Rußlands an die Pforte.

Es genügt, den Gang dieses Krieges flüchtig anzudeuten. Er begann von russischer Seite mit dem Einmarsch in rumänisches Gebiet, noch ehe jene Konvention unterzeichnet war: am 13. Mai erklärte Rumänien an die Pforte den Krieg, am 21. sprach seine Volksvertretung die Unabhängigkeit des Landes aus, die den Siegespreis in diesem Kriege bilden sollte, in welchem Rumänien zunächst eine Nebenrolle spielte. Serbien, welchem der Friede von der Pforte eben geschenkt worden war, behielt sich vor, den Krieg zu erneuern, wenn die Teilung der Beute in Aussicht stand.

Der Kampf entbrannte zuerst auf dem asiatischen Kriegsschauplatze. Die Türken erklärten die Häfen des Schwarzen Meeres in Blockadezustand (4. Mai), nahmen am Oststrande des Schwarzen Meeres, das ihre überlegene Flotte beherrschte, Suchumkale und unterstützten die Tschetschenzen im Kaukasus, welche sich gegen die russische Herrschaft empört hatten, während die Russen am 29. April ohne Kampf Bajazed nahmen, am 21. Mai Kars einschlossen, am 16. Ardahan eroberten. Am 16. Juni standen sie noch 75 Kilometer von Erzerum: Armenien schien nahezu erobert. Allein am 18. nahmen die Türken Bajazed wieder: am 21. nötigte Mukhtar Pascha den russischen General Terguſakow zu einer rückgängigen Bewegung, und die Türken schickten sich an, Kars wieder zu entsetzen.

Mittlerweile war auch auf dem entscheidenden Kriegsschauplatze, dem europäischen, der Kampf ernstlich entbrannt. Hier begann er unter für die Türken wenig günstigen Auspicien. Ihre Donauflottille erlitt durch die russischen Torpedos einen Verlust nach dem anderen; eine Angriffsbewegung gegen Montenegro mißlang; und die Donau, welche nach der Ansicht der Kriegskundigen an ihrem südlichen, türkischen, Ufer der Verteidigung ungewöhnliche Vorteile bietet, wurde am 21. Juni bei Galatz von den ersten russischen Truppen ohne ernstlichen

Widerstand überschritten. Am 28. forderte eine Proklamation des Kaisers Alexander die Bulgaren zur Erhebung auf, und der russische Fürst Tscherkasky wurde mit der Verwaltung des Landes beauftragt: man sagt, daß die russischen Soldaten das Leben der bulgarischen Bevölkerung, welche sie von namenlosen Leiden zu befreien kamen, bei näherer Kenntnisnahme sehr viel bequemer gefunden hätten als dasjenige, welches sie selbst und ihresgleichen in ihrer russischen Heimat führten. Die gesamte russische Macht rückte nach und nach über die Donau herüber: am 6. Juli besetzten die Russen Tirnowa, auf halbem Wege zwischen der Donau und dem Kamme des Balkans, und am 13. ging General Gurko, ohne Artillerie, durch den mittleren der Pässe, den Schipkapaß, über den Balkan. Ohne Verlust: 3 Tage später erstürmten die Russen Nikopolis an der Donau.

Man konnte denken, daß nunmehr der Krieg vollends rasch zu Ende geführt werden würde. Die ganze Erbärmlichkeit des türkischen Regiments schien klar vor Augen zu liegen, namentlich als jetzt, nachdem die plumpen Fehler gemacht waren, die Absetzungen folgten: der Oberbefehlshaber Abd ul Kerim, der Kriegsminister Redif verloren ihre Stellen, Reuf Pascha, der die Russen über den Balkan hatte kommen lassen, wurde durch den aus Montenegro zurückgerufenen Suleiman Pascha ersetzt. Jene Erwartung trog jedoch: die äußerste Gefahr schien noch einmal in dem verfaulenden Staate die volle Energie der Verteidigung wachzurufen. Die Russen, im Vertrauen auf die kläglichen Zustände im Türkischen Reiche, hatten sich zu rasch, zu weit vorgewagt. Osman Pascha von Widdin hatte sich bei Plewna in der rechten Flanke der Russen in einer wohlgewählten Stellung verschanzt und bedrohte von da aus die Rückzugslinie und Operationsbasis der Russen. Er verfügte nur über 28 000 Mann, war aber ein Führer, der alle die vorzüglichen Eigenschaften der türkischen Soldaten zu beleben und sich zu nutze zu machen wußte. Am 19./22. Juli holten sich die Russen, indem sie ihn unter General Schilder-Schuldner angriffen, ihre erste Niederlage. Sie erneuerten den Versuch, am 30. und 31. Juli, unter General Krüdener: gleicher Mißerfolg, gleich schwere Verluste: und in denselben Tagen erlitten auch die im Süden des Balkans vordringenden russischen Truppen Gurkos auf dem Wege von Kasanlik nach Jenisagra durch Suleiman Pascha eine Niederlage: das Aufsehen war groß, als das russische Hauptquartier — und sehr eilig — von Tirnowa nach Sistova zurückverlegt wurde und zugleich der Befehl erging, das gesamte russische Gardecorps alsbald nach dem Kriegsschauplatze zu befördern. Die Truppen südlich vom Balkan gingen zurück: nur den Schipkapaß hielten die Russen. Der Befehl erfolgte jetzt (8. August) von Konstantinopel an Suleiman, diesen Paß wiederzunehmen, um

jeden Preis: wenn dann Suleiman Pascha im Centrum, Osman vom Westen, Mehemed Ali vom Osten her drängte, wenn sie ihre Heere vereinigten, so konnte es gelingen, die Russen wieder über die Donau zurückzunötigen: zugleich rief der Sultan alle waffenfähigen Männer vom 15. bis 40. Lebensjahre zur Rettung des Reiches unter die Waffen. Aber diese Aussicht, das Reich zu retten, schwand bald wieder. Jener thörichte Befehl, den Schipkapaß zu nehmen, wurde thöricht ausgeführt — vom 21. bis zum 28. August, Tag um Tag, erneuerten die Türken den Angriff auf die furchtbare, zuerst mit dem ganzen Leichtsinn des Barbarentums preisgegebene, jetzt mit der ganzen Hartnäckigkeit des Barbarentums berannte Stellung: die Stürme wurden abgeschlagen, man kann denken, mit welchem Verlust für die Angreifer. Ein ganzes Heer, 7000 Mann, ließ Suleiman auf dem Platze, und so scheiterte denn auch die große Angriffsbewegung, welche Mehemed Ali Pascha von Osten her gegen den Lomfluß unternahm (30. August), und welche von Suleiman nicht mehr unterstützt werden konnte.

Die sehr starken Verluste, welche auch das russische Heer bis dahin erlitten, wurden einigermaßen dadurch ersetzt, daß nunmehr auch die rumänische Armee, etwa 40 000 Mann im ganzen stark, über die Donau herübertam: so legten sich 80 000 Mann, Russen und Rumänier, unter dem Oberbefehl des Fürsten Karl vor Plewna (3. September). Allerdings endigte eine neue Reihe von Angriffen, 7.—14. September wieder mit schweren Verlusten, die man für die Russen und Rumänier, welche letzteren sich bei dieser Gelegenheit einen guten Namen machten, zusammen auf 16 000 Mann schätzt. Kaiser Alexander selbst, den man zu einem sicheren Siege herbeigerufen, war Zeuge der Niederlage, die ihn tief erschütterte: aber überall sonst erklärte sich nunmehr das Glück gegen die Türken. Am 8. September ergab sich Nikšik endlich an die Montenegriner: die Angriffe Mehemed Alis an der Jantra, ein neuer Versuch Suleimans gegen die Schipkastellung mißlangen: und auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz erfolgte ein Umschlag.

Am 15. Oktober erlitt der bis dahin siegreiche Mukhtar Pascha am Berge Awliar gegen den Großfürsten Michael eine Niederlage, welche sein Heer zertrümmerte. Der linke Flügel mit dem Oberbefehlshaber floh nach Kars, der rechte mußte die Waffen strecken. Aufs neue erschienen die Russen jetzt vor Kars und vor Erzerum, und am 18. November gelang der Sturm auf die erstere Festung: das entscheidende Ereignis, auf welches alle Erwartung sich spannte, der Fall von Plewna, erfolgte am 10. Dezember 1877.

Der Kaiser von Rußland gab, nachdem die russischen Generale seither umsonst Menschenhekatomben vor den Schanzen geopfert hatten, dem Fürsten Karl den berühmten Verteidiger von Sebastapol, Totleben,

bei, den seither die Eifersucht und der Hochmut der Russen fern zu halten genötigt hatte: er brachte die alte Weisheit wieder zu Ehren, daß man eine feste Stellung durch förmliche Belagerung und, sofern man Zeit hat, am besten durch Aushungerung bezwingt. Noch einmal, am 24. September, war es den Türken gelungen, Verstärkungen und Proviant nach Plewna zu bringen. Allein einen Monat später besetzten die Russen Telisch auf der Straße von Plewna nach Orchanie und Sofia und unterbanden dadurch die Verbindung Osmans mit dem Süden. Die Versuche Mehemed Alis, in Sofia neue Truppen zum Entsatz zusammenzubringen, ebenso wie die Suleimans, von dem Festungsviereck Varna — Schumla — Rustschuk — Silistria aus gegen den Großfürsten Nikolaus wieder angriffsweise vorzugehen, hatten keinen nennenswerten Erfolg mehr. Woche um Woche verging; die Lebensmittel gingen selbst für die unvergleichliche Genügsamkeit türkischer Truppen zu Ende; endlich, am 143. Tage der Belagerung, mußte der tapfere Osman, der die Ehre eines sinkenden Reichs mannhaft gewahrt hatte, den letzten Entschluß fassen. Er versuchte sich den Weg nach Widdin frei zu machen: noch einmal kämpfte er mit 40 000 Mann fünf Stunden lang gegen die an 100 000 Mann betragende russisch-rumänische Übermacht: dann erst wich er dem übergewaltigen Geschick und streckte die Waffen.

Die Entscheidung war gefallen, Kaiser Alexander kehrte nach Petersburg zurück. Die Türkei selbst vollends niederzuwerfen, war geringe Arbeit: es war einer der vielen widerwärtigen Züge in diesem Kriege, daß jetzt, am 14. Dezember, Serbien aufs neue an die Pforte den Krieg erklärte, der Schakal, der in den Spuren des Löwen jagte: auch Griechenland machte jetzt Miene, aus der Epoche der Rüstungen in die der Thaten einzutreten. An jenem 14. begannen die Russen ihren Marsch auf Sofia: neue russische Truppen rückten nach: nur die Schneestürme, welche um die Mitte des Monats im Balkan tobten, hielten das Verderben noch auf. Allein auch dieses Hindernis war durch heroische Kraftanstrengungen russischer Truppen überwunden: die Defileen des Balkan gegen Sofia wurden von General Gurko besetzt, und am 28. Dezember rief die Türkei, schon mit den Wellen kämpfend und dem Versinken nahe, die englische Vermittelung an.

Von jetzt an trat diese Seite der orientalischen Frage, die englisch-russische und, wenn man will, europäische, in den Vordergrund des Interesses. Das letzte türkische Heer war zertrümmert, der Weg nach Konstantinopel lag für die Russen offen: nur das europäische Interesse lag zwischen den Siegern und ihrem Opfer.

Hier bricht unsere Erzählung ab, indem sie nur die Ergebnisse der gefährlichen und schwierigen Verhandlungen über die erste Teilung der

Türkei noch angiebt. Der Präliminarfriede, zu San Stefano Anfang März 1878 unterzeichnet, beschränkte den europäischen Besitz der Türkei auf Rumelien mit Konstantinopel und Adrianopel; Salonichi mit der alten Halbinsel Chalkidike; Thessalien, Epirus, Albanien; Herzegowina und Bosnien: beide Hälften wurden durch einen tributpflichtigen, in Wahrheit unabhängigen Staat, Bulgarien, auseinander gehalten, der, etwa 3000 Quadratmeilen groß, zwei Jahre lang von einem russischen Kommissar verwaltet und ebenso lange von 50 000 Russen besetzt bleiben sollte; Montenegro, Serbien, Rumänien wurden unabhängig und vergrößert; Rußland selbst setzte 1400 Millionen Rubel auf die Rechnung, von denen 1100 in Landabtretungen zu bezahlen waren: in Europa die Dobrudscha, in Asien Ardahan, Kars, Batum, Bajazeb und das Land bis zum Saganluggebirge: so war das kaiserliche Wort erfüllt, daß Rußland keine Eroberungen zu machen gedenke.

Dieser Friede wurde durch den europäischen Kongreß, welcher vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 zu Berlin tagte, sehr wesentlich modifiziert. Die Energie des englischen Toryministeriums, an dessen Spitze Lord Beaconsfield (Disraeli) der Welt zu zeigen Gelegenheit nahm, daß sie noch mit Großbritannien zu rechnen habe, — die Rücksicht auf Österreich, das die Hauptschöpfung des Friedens von San Stefano, den großen Bulgarenstaat, nicht annehmen konnte; — die finanzielle Erschöpfung sowie auch einige Rücksicht auf feierlich verpfändetes Wort nötigte Rußland sich zu bescheiden: uneigennützig und geschickt spielte der große deutsche Staatsmann die Rolle, welche er mit einem seiner glücklich treffenden Worte als die des ehrlichen Maklers bezeichnet hatte: und so kam denn, am 13. Juli 1878, der Berliner Friede zu stande.

Seine wesentlichen Bestimmungen waren folgende. Österreich wurde bei der Teilung insofern interessiert, als ihm die Herzegowina und Bosnien, welche zu San Stefano unberücksichtigt geblieben waren, zur Occupation überwiesen wurden: mit dem Recht, dort Garnisonen, Militär- und Handelsstraßen einzurichten: nur das Sandschakat Novibazar blieb vorerst unter türkischer Verwaltung. Es war ein Land von etwa 1000 Quadratmeilen mit 1¼ Million Einwohnern dreier verschiedenen Religionen: auch mohammedanischer Unterthanen konnte sich Österreich künftig erfreuen. Denn daß die Occupation jemals aufhören solle, war nirgends gesagt, wenn auch die Rechte des Sultans nicht ausdrücklich beseitigt wurden.

Von den ehemaligen Vasallenstaaten der Türkei kam Montenegro am besten weg. Vor dem Kriege ein Ländchen von 78 Quadratmeilen mit 170 000 Einwohnern, war es durch den Frieden von San Ste-

fano ein Land von 248 Quadratmeilen und 313 000 Einwohnern geworden, von welchen der Berliner Friede ihm etwa 170 Quadratmeilen ließ: es erhielt den heißersehnten Seehafen Antivari, aber ohne Kriegsflagge, die Hälfte des fischreichen Skutarisees und anstatt der 50 Häuser seines seitherigen Hauptortes Cetinje eine wirkliche Stadt, Podgoritza.

Auch Serbien erhielt neben der völligen Unabhängigkeit eine Vergrößerung von etwa 150 Quadratmeilen, — Altserbien im Gebiete der bulgarischen Morawa.

Kein so gutes Geschäft machte Rumänien. Der russische Kaiser machte eine Ehrensache daraus, jenen Teil von Bessarabien, welchen Rußland im Pariser Frieden von 1856 hatte abtreten müssen, zurückzubekommen. Neben der russischen Ehre kam die rumänische wenig in Betracht: für das Stück zwischen dem Pruth und dem Kilia-Arm der Donau, 154 Quadratmeilen und 140 000 größtenteils rumänische Einwohner, wurde es durch die Dobrudscha, 280 Quadratmeilen mit 200 000 Einwohnern allerlei Volks, entschädigt: das Land ward unabhängig, und der Tribut von 700 000 Frank, den es seither nach Konstantinopel bezahlt hatte, mochte seinen Finanzen frommen.

Am meisten modifiziert wurde die Neuschöpfung eines Staates Bulgarien. Von dem Bulgarien von San Stefano, 3000 Quadratmeilen, blieben nur 1000 Quadratmeilen übrig: der Sultan bleibt Oberherr, bestätigt den vom Lande zu wählenden Fürsten, der in Tirnowa residieren wird, und empfängt Tribut. Um den Bulgaren gerecht zu werden, wird der bulgarische Landstrich südlich vom Balkan zu einem Lande Ostrumelien mit Philippopel als Mittelpunkt gemacht, welches Land zwar eine türkische Provinz bleibt, aber mit einem christlichen Gouverneur, der auf fünf Jahre mit Zustimmung der Mächte von der Pforte bestimmt wird.

Die griechischen Ansprüche, durch einen in elfter Stunde angezettelten Aufstand unterstützt, wurden bei der diesmaligen Liquidation noch nicht berücksichtigt, in unbestimmter Weise ihm allerdings eine Grenzregulierung in Aussicht gestellt.

Die Gebietsabtretungen an Rußland in Asien blieben im wesentlichen, nur Bajazeb wurde zurückgegeben: Batum sei Rußland in einen Freihafen umzuwandeln bereit. Als die Tinte auf den Protokollen eben trocken war, erfuhr man, daß England seine asiatischen Interessen gleichfalls wahrgenommen hatte: seit dem 30. Mai bestand ein besonderes Abkommen mit der Pforte, welches, solange Rußland Batum und Kars nicht an die Pforte zurückgegeben, den Engländern die Insel Cypern zuwies, auf welcher denn auch zwei Tage nach abgeschlossenem Frieden die britische Fahne aufgepflanzt wurde.

Der Berliner Friede von 1878 vervollständigte das Ergebnis jener früheren Kämpfe, welche durch die Jahre 1829, 1833, 1840, 1856 bezeichnet werden, indem er weitere Stücke des Türkischen Reichs von dem verfallenden Gebäude entweder völlig loslöste, wie im Jahre 1830 mit Griechenland geschehen, oder deren Verbindung mit demselben so weit lockerte, daß sie bei der nächsten Erschütterung von selbst abfallen müssen: und daß ein solches Ereignis, ähnlich wie die Teilungen Polens im vorigen Jahrhundert, die Beziehungen der ganzen Völkerwelt Europas in Mitleidenschaft zieht, ist bei dem engen Zusammenhang der europäischen Völker und Staaten natürlich. Die Hoffnung, daß die Amputation jener Glieder dem Türkischen Reiche selbst frommen, daß es seiner Regierung leichter gemacht werde, auf dem geschmälerten Gebiet die nötigen Reformen ins Leben zu führen, ist so eitel, wie dieselben Hoffnungen bei Gelegenheit der ersten Teilung Polens gewesen sind, und man darf zweifeln, ob sie aufrichtiger als damals gehegt worden sind: es wird in der Türkei nicht besser, sondern immer schlimmer werden. Daß in den befreiten Landschaften Rumänien, Serbien, Montenegro und dem halbbefreiten Bulgarien und Ostrumelien die Zustände zunächst unerfreulich waren, läßt sich denken; ein solcher Übergang bedarf Zeit, guten Willen, energisches Regiment: indes würde es ungerecht sein, zu verkennen, daß die Lostrennung von dem irreformablen Barbarenreich für sie, wie einst für Griechenland, die erste Bedingung wirklichen Fortschreitens bildete. Ob bei dieser Fortschrittsarbeit, welche den befreiten christlichen Gebieten zugefallen ist, dem Griechentum, das seine Ansprüche auf dem Berliner Kongreß geltend gemacht, aber zunächst nicht befriedigt gesehen hat, eine bedeutende Rolle vorbehalten ist, muß die Zukunft lehren. Daß im Südosten Europas eine bessere Ordnung der Dinge Platz greife als bisher, ist ein gemeinsames Interesse aller civilisierten Staaten: ein unmittelbares, im strengeren Sinn politisches Interesse haben vornehmlich drei von den europäischen Großstaaten — Rußland, England und Österreich-Ungarn.

Rußland hatte den Krieg geführt, — siegreich und mit Opfern geführt, und der Gewinn, welchen ihm die Festsetzungen des Berliner Friedens zuerkannten, war mäßig und befriedigte die Begehrlichkeit des Panslawismus nicht: bei jedem ferneren Schritt auf Konstantinopel zu aber muß es fürchten, England und Österreich-Ungarn auf dem Wege zu finden. Jener alte Gegensatz zwischen Rußland und England, dessen Tummelplatz seither das ferne Asien gewesen, trat wieder schärfer in den europäischen Gesichtskreis und hat nähere Schauplätze, Kleinasien, die Balkanhalbinsel, die Ägeische Inselwelt, in Aussicht genommen. In fast peinlicher Weise wird Österreich-Ungarn zum Handeln ge-

drängt: es befand sich infolge der jüngsten Ereignisse in der für dieses Reich, das kaum erst durch zwei glücklich-unglückliche Kriege lästigen Besitzes ledig geworden ist, wenig erfreulichen Lage, Eroberungen machen zu müssen und seiner so bunt zusammengesetzten Bevölkerung neue fremdartige Bestandteile, mohammedanische, griechisch-katholische Unterthanen, beizugesellen. Im Juli 1878 rückten österreichische Truppen in Bosnien ein, und reichliches Blut begann zu fließen: aber nur vergebens sträubten sich seine Bevölkerungen, seine Landesvertretungen, seine Staatsmänner: das Reichsinteresse verlangte es, und die Straße ist eingeschlagen, deren Endpunkt Salonichi am Ägeischen Meere ist. Grollend sah man in Italien diesem Vorschreiten zu — wie der frühere Zwingherr, der alte Gegner, der noch immer gefürchtete, noch immer gehaßte, sich anschickte, seine Stellung an der Ostseite des Adriatischen Meeres zu verstärken. Das steigende staatliche Selbstbewußtsein des italienischen Volkes verlangte für das junge Königreich den Einfluß in den orientalischen Dingen, welche die Natur selbst der centralen Halbinsel des Mittelmeeres zuzuweisen scheint, und die Lärmmacher und patriotischen Phantasten erinnerten sich, daß es noch ein „unerlöstes Italien", eine Italia irredenta gab — sie verstanden darunter jene Trientiner, jene Triestiner und Dalmatiner, welche in ihrer Sprache noch unter fremdem Joche schmachten oder, wie man auch sich ausdrücken kann, unter österreichischem Scepter sich wohlbefinden. Am wenigsten unmittelbar an jenen orientalischen Dingen beteiligt waren Frankreich und Deutschland: doch ist auch auf sie der Kampf und die neue Lage, welche der Friede geschaffen, nicht ohne Einfluß geblieben. Frankreich ersah sich zunächst ein bescheidenes Wirkungsgebiet, die Protektion der hellenischen Ansprüche: diese Art der Beteiligung an der orientalischen Frage ist vereinbar mit einer künftigen russisch-französischen Freundschaft, deren Bild jedesmal auftaucht, wenn der Schmerz um die verlorenen Provinzen, um die erlittenen Niederlagen im Gemüte des unruhigen Volkes sich fühlbar macht. Auch Deutschland ist in diesen Jahren und bei dieser Gelegenheit daran gemahnt worden, daß ein großes Bundesreich, wie es jetzt geworden, einen weiteren Gesichtskreis und eine umfassendere Wirkungssphäre hat als ein ohnmächtiger Staatenbund, der es früher war. Mit voller Klarheit und Schärfe hatte längst Bismarck den Punkt bezeichnet, an dem für Deutschland die „orientalische Frage", seine orientalische Frage, beginne, — wenn die Lebensinteressen Österreich-Ungarns bedroht seien, d. h. wenn Rußland übermächtig zu werden drohe. Die Gefahr mußte in greifbarer Gestalt vorhanden gewesen sein: jene Erkenntnis führte zu der in gewissem Sinne abschließenden That der auswärtigen Politik des außerordentlichen Staatsmannes — einem Schutzbündnis des Deutschen

Reichs mit Österreich-Ungarn (15. Oktober 1879) — einer That, durch welche für die nächste Zeit der äußere Friede des Weltteils gesichert scheint.

Ein Zustand behaglicher Ruhe konnte freilich dieser notdürftig verbürgte Friede nicht sein, auch wenn es gelang, wirklichen Krieg zwischen den europäischen Staaten auf längere Zeit zu vermeiden: der Gedanke, nach gegenseitigem Übereinkommen die großen Heere, eine Last, die empfindlich drückt, zu verringern, wird noch lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Faßt man die eigentlich politische Seite der europäischen Staatengesellschaft ins Auge, wie sie sich nach dem Berliner Frieden darstellt, so scheint allerdings nach den großen Revolutionen im Westen, welche mit dem Jahre 1848 begonnen, in den Jahren 1859, 1864, 1866, 1870/71 sich vollendet und in neuen Staatenbildungen ihren Abschluß gefunden haben, ein Zustand verhältnismäßiger Ruhe eingetreten. Die neue Ordnung der Dinge in den am meisten von jenen Erschütterungen betroffenen Ländern Italien, Österreich, Deutschland erscheint fest begründet. In Italien erregte diejenige Macht, welche durch jene Umwälzungen am meisten verloren hat, die römische Hierarchie — denn von Herzögen von Parma oder Königen von Neapel spricht niemand mehr —, am wenigsten Schwierigkeiten, während sie in Deutschland, in Belgien, in Frankreich sich überaus ungebärdig anstellte: in Österreich-Ungarn war der Nationalitätenhader für den Augenblick zurückgedrängt, die konservativen Elemente überwogen in beiden Reichshälften, und die am längsten widerstrebenden böhmischen Tschechen entschlossen sich, in den österreichischen Reichsrat einzutreten: und was Deutschland betrifft, so war die Ordnung von 1871, das neue Deutsche Reich, so fest gegründet es bereits war, man möchte sagen so selbstverständlich geworden, daß man Mühe hat, sich den gänzlich verschollenen und vergessenen Bundestag und die Lebensordnung, an welche dieser Name erinnert, ins Gedächtnis zurückzurufen. Die wirtschaftliche Reform oder Umkehr, welche mit dem Briefe des Reichskanzlers vom 13. Dezember 1878 eingeleitet und in der Reichstagssession des Jahres 1879 durchgesetzt war, begegnete allenthalben einer konservativen Strömung oder rief eine solche hervor: die 1879 vollzogenen Wahlen in dem größten der Bundesstaaten, in Preußen, bewiesen das augenblickliche Überwiegen des konservativen Elements auf das unzweideutigste. Demselben konservativen Zuge, der sich nicht auf Deutschland beschränkte, gehörte es an, daß in England ein toryistisches Kabinett, von einem klugen und energischen Manne geführt, populär durch eine kraftvolle auswärtige Politik, lange Jahre sich am Ruder hielt, und daß in Frankreich endlich die Regierung der Republik seit dem Rücktritte Mac Mahons

(30. Januar 1879) in die Hände wirklicher Republikaner kam. Die monarchischen Parteien waren machtlos, der nächste Erbe der Napoleonischen Idee erlag im Jahre 1879 in weiter Ferne einem Geschicke, welches das menschliche Mitgefühl erweckte, aber zu sehr den Charakter des Abenteuerlichen trug, um tragisch genannt zu werden. In Rußland kann man von einer konservativen Strömung nicht sprechen, weil hier die Parteigegensätze nicht in dem lebendigen Flusse erscheinen, wie im westlichen Europa: aus unterirdischen Tiefen blitzte hier das wilde Feuer des Nihilismus auf, einer Sekte oder einer Rotte von Verschwörern, welche ohne schöpferischen Gedanken, unfruchtbaren Hasses voll, schwere Übel am Staatskörper mit meuchelmörderischen Waffen bekriegte, ohne sie heilen zu wollen. In den übrigen Staaten ist dieser krankhafte Radikalismus, welcher der bestehenden Rechtsordnung Vernichtung schwört, mehr oder weniger geräuschvoll an die Oberfläche getreten. In Deutschland wehrte ihm die scharfe Waffe des Socialistengesetzes, welches durch zwei verabscheuungswürdige Mordanfälle auf den greisen Kaiser hervorgerufen wurde: in Frankreich erhob dieselbe Partei, seitdem die Republik einen Teil der nach Neukaledonien deportierten Anhänger der Commune amnestirt hatte, das Haupt aufs neue und schäumte alsbald wieder über von wütenden Phrasen und frecher Lästerung: mehr oder weniger fühlen alle Staaten, Italien, Spanien sogar, die maulwurfsartige Thätigkeit dieser bald im Finstern schleichenden, bald mit wildem Ruf des Hasses und der Zerstörung ans Licht tretenden Sekte. Ihre Lehre von der Aufhebung des Privateigentums oder seiner Verwandlung in Kollektiveigentum, den „Kollektivismus" in ein System zu bringen, ihn wissenschaftlich aufzustutzen, was früher die Franzosen besorgt hatten, war diesmal den Deutschen überlassen, wo jede Thorheit ihren Professor findet. Ob die Gefahr, welche der Gesellschaft hier droht, groß oder klein, ob sie entfernt oder nahe ist, danach fragen wir hier nicht: eine Gefahr, daß durch die aus Halbwahrem und Halbfalschem zu etwas Grundfalschem zusammengerührten Theorien und die Sophistik, welche sich ihrem Dienste weiht, viele Tausende von dem richtigen Wege, auf welchem jeder allein sich in die Höhe arbeiten kann, weggelockt werden, ist schon vorhanden, und mithin ist auch für alle, welche ihre Bildung zu tieferer Erkenntnis befähigt, die Pflicht vorhanden, dem Übel von innen heraus zu wehren, — an seiner Bekämpfung nicht allein, sondern an seiner Heilung zu arbeiten und darin nicht zu ermüden. Eines Verbündeten bei diesem Werke, der Thätigkeit der christlichen Gemeinschaften und Kirchen, erfreut man sich nicht im wünschenswerten Maße. Die verschiedenen protestantischen Kirchen entziehen sich dieser Arbeit nicht, und es ist zu wünschen, daß ihre

Leiter sich dabei frei machen von dem kindischen Hasse gegen das Phantom, welches sie den Liberalismus nennen, und umgekehrt, daß die Liberalen sich befreien von der oberflächlichen Geringschätzung des religiösen Moments, dessen Macht sich doch eben in seinen Verkehrungen und Verzerrungen deutlich genug verkündet. Auf die Mitwirkung der römisch-katholischen Kirche, welche bei ihrem großen Einfluß auf die Masse des Volks vor allem berufen wäre, jenem verderblichen Irrwahn entgegenzutreten, konnte man für die nächste Zeit nur wenig rechnen. Der Kampf, den der Jesuitismus im Jahre 1870 heraufbeschworen, dauerte fort: während in Deutschland der kraftvolle Minister, der fest und ruhig die Rechte des Staats verteidigt hat, von seiner Stelle im Rate der preußischen Krone zurücktrat und Gerüchte von allerlei Versöhnung und Verständigung in der Luft schwirrten, war an anderen Orten, in Belgien und in Frankreich, schon der Kampf mit frischer Stärke entbrannt. Er berührt jedes ernsthafte Menschenleben, er greift in alle Gebiete, Haus, Schule, Staat ein: er trägt selbst in ruhige Thätigkeiten, wie die wissenschaftliche Forschung und die Verwaltung gemeinnütziger Institute, seine Aufregung und läßt nur den ganz Trägen und Stumpfsinnigen in seiner gewohnten Ruhe. Dieses vielfältig bewegte Leben, das keinem Manne ein rein privates Leben vergönnt, bildet zugleich den Ruhm und die Pein der Geschlechter unseres Jahrhunderts, und wie einst im 16. Jahrhundert möchte man bald Melanchthon jenes: „Wehe mir, daß ich im Zeitalter einer Reformation geboren bin" nachsprechen, bald mit Huttens Worten sich freuen, daß die Studien blühen und die Geister erwachen, und wie er von seinem Jahrhundert, so von diesem preisend sagen, daß es eine Lust sei, in solcher Zeit zu leben.

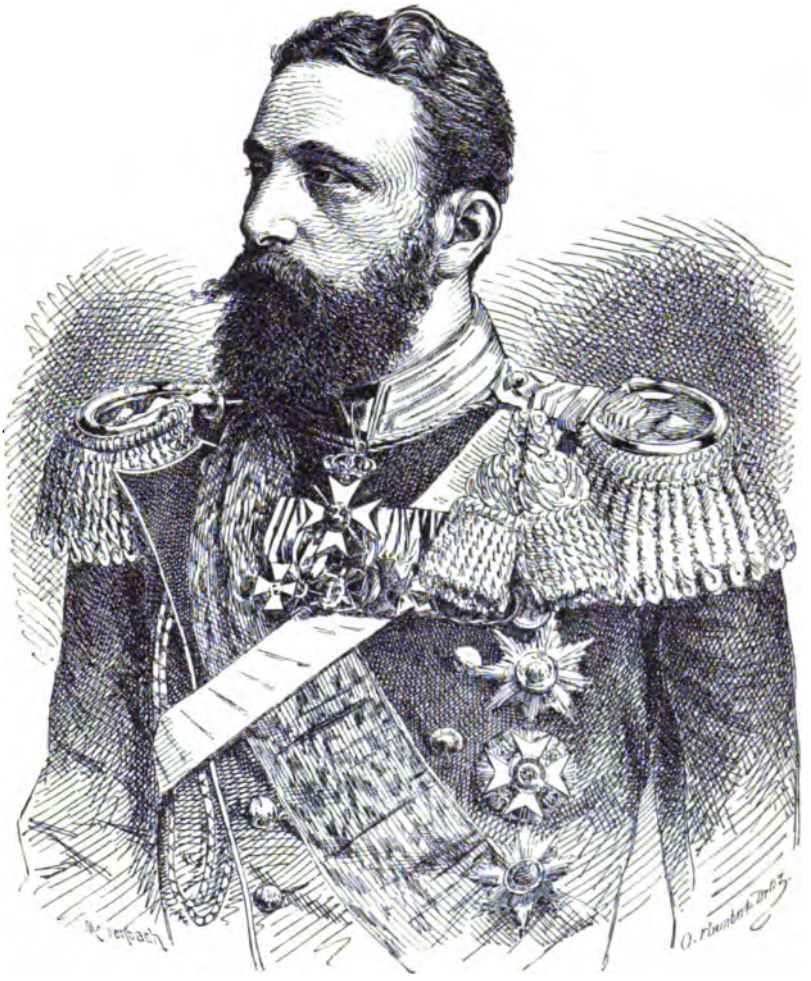
IV. Überblick über die wichtigsten Ereignisse vom Berliner Frieden bis zur Gegenwart.

Die Jahre, welche seit dem Berliner Frieden verflossen sind, tragen wenn auch keinen unbedingt friedlichen, so doch einen verhältnismäßig ruhigen Charakter: ruhig freilich nur in dem sehr relativen Sinn, in welchem das Wort von Staat und Gesellschaft des 19. Jahrhunderts überhaupt gebraucht werden kann. Denn ein wirkliches Behagen ist den Generationen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht mehr gegönnt: überall wird mit Massen gewirkt, alles Leben, kirchliches, politisches, wirtschaftliches, selbst Bildung und wissenschaftliches Forschen vollzieht sich in großen Verhältnissen, ist der öffentlichen Kritik und

dem Lärmen des lauten Marktes ausgesetzt; Ereignisse, die in weiter Ferne spielen, wirken ganz unmittelbar auf Beziehungen in nächster Nähe zurück und werden in deutlichen Ziffern in dem für unsere Zeiten so charakteristischen Instrument, welches Stimmung und Einsicht der leitenden Klassen für die Weltverhältnisse wiederspiegelt, dem täglichen Kurszettel der Börsen, bemerklich. Was ein feinfühlender Mann des Altertums in humanem Sinn äußerte: daß ihm nichts Menschliches fremd und gleichgültig sei, läßt sich in gutem und schlimmem, in lobendem und in tadelndem Sinn von unserer Zeit sagen — jede der europäischen Nationen lebt in ihrem eigenen zugleich das Leben der anderen mit, und der Einzelne, welchen Bildung und vaterländisches Pflichtbewußtsein über das nächste Tagesbedürfnis erhebt, muß, wenn er seinem eigenen Volke dienen will, zugleich seinen Blick auf jede Fremde und in jede Ferne gerichtet halten.

In gewissem Sinn ist so jede der vielen sogenannten „Fragen" dieser Zeit eine allgemein-europäische: das Verhältnis der Religionsgemeinschaften zu den Staatsverwaltungen, die relative Stärke der socialistischen Irrlehre, das Verhältnis der Parteien zu einander in den verschiedenen Ländern. Eine gemeinsam-europäische Frage im hervorragenden und gerade für die letzten Jahre charakteristischen Sinn ist die orientalische, welche wir soeben mit dem Berliner Frieden zu einem gewissen Abschluß gekommen sahen. Nicht völlig, schon was die Erledigung der nächsten Aufgaben betraf: vollends aber nicht, wenn man darunter eine auch nur für Jahrzehnte abschließende Lösung verstehen wollte. Das, was man die auswärtige Politik der verschiedenen Staaten nennt, wird am besten deutlich, indem wir den Verwickelungen und Entwickelungen gerade dieser Frage in den letzten 8 Jahren folgen: dann erst können wir uns den einzelnen Staaten in ihrem besonderen Leben zuwenden. Serbien, Rumänien und Montenegro waren bei jener ersten Teilung des Osmanischen Reichs von dessen Körper völlig getrennt worden und führten hinfort ihr eigenes Leben; Ostrumelien und Bulgarien hingen noch, wenngleich mit schwachen Fäden, mit diesem Körper zusammen. Für das erstere, das nach dem Berliner Frieden eine türkische Provinz bleiben, aber einen christlichen Gouverneur erhalten sollte, war ein solcher durch Übereinstimmung der Pforte mit den Mächten in dem griechischen Fürsten Alexander Vogorides — Aleko Pascha nach seinem türkischen Titel — gefunden. Am 27. Mai 1879 zog er in Philippopel ein. Die Stimmung der Bevölkerung ging dahin, das künstliche Werk der Berliner Konferenz baldmöglichst zu berichtigen und sich mit den Stammesbrüdern nördlich vom Balkan, mit Bulgarien, zu einem Staat zu vereinigen, und es war deshalb eine große Staatsfrage, ob der neue Gouver-

neur sein Haupt mit dem türkischen Fes oder mit der bulgarischen Lammfellmütze bedecke: einstweilen fügte sich das Land, in der Zuversicht, daß die nächste Krisis das Gesamtbulgarien schaffe, das diesmal noch nicht gelungen. In Bulgarien hatte eine Versammlung von Notabeln, welche seit dem 25. Februar 1879 unter russischem Vorsitz tagte, am 28. April sich über ein organisches Statut, eine höchst liberale Verfassung, geeinigt, der gemäß dann am folgenden Tage ein Anverwandter des russischen Kaiserhauses und derzeit Offizier in der deutschen Armee, Alexander Prinz von Battenberg, zum Fürsten, Alexander I., gewählt wurde. Am 9. Juli zog er in Tirnowa ein, beschwor — er trug russische Generalsuniform dabei — die Verfassung und siedelte dann nach der neuen Hauptstadt Sofia über. Schon im Jahre 1881 war der Fürst zu einem Staatsstreich genötigt, da sich mit einer Verfassung nicht regieren ließ, welche den Fürsten im wörtlichsten Sinne nur zum ersten Diener des Staats, also hier der radikal-russischen Partei machte. Die Bevölkerung stimmte ihm bei, und er schuf nun einige Ordnung, entledigte sich auch im Laufe des Jahres 1883 der russischen Minister, welche in allzu unmittelbarer und barscher Weise die Herren spielten. Er konnte schon im September jenes Jahres die Verfassung von Tirnowa herstellen: mit Veränderungen im Sinne der Stärkung der fürstlichen Autorität, welchen die Sobranje, die Landesversammlung, gern zustimmte. Dem Suzerän, dem Sultan, erwies man die Höflichkeitspflichten, welche die Stellung des neuen Staats erheischte. Der eigentliche Oberherr war noch immer Rußland, das freilich durch die Plumpheit seiner Werkzeuge die gute Meinung der Bevölkerung, die Grundlage dieser Herrschaft, selbst zerstörte. Diesem russischen Einfluß entzogen sich Rumänien und Serbien mehr und mehr. Das erste Land wurde von Rußland, obgleich oder vielmehr weil es dem rumänischen Heer in einem kritischen Augenblick viel Dank schuldig geworden war, mit großer Barschheit behandelt: es hatte sich den unfreiwilligen Tausch — Bessarabien gegen die Dobrudscha — gefallen lassen müssen und mußte sich auch zur Abtretung des Forts Arabtabia, das für die Verbindung mit der Dobrudscha von Wichtigkeit war, an Bulgarien bequemen, als die Russen in gewohnter Weise ein Ultimatum mit 24stündiger Frist setzten. Einige Schwierigkeiten machte der Artikel des Berliner Friedens, welcher dem rumänischen Staate die volle Gleichstellung der Juden auferlegte, die im Lande überaus zahlreich sind und bei der Volksart und seinen wirtschaftlichen Gewohnheiten einen bedenklichen Einfluß üben: auch hier mußten Regierung und Kammer dem von den großen jüdischen Geldfürsten beeinflußten Willen Europas sich fügen. Im übrigen aber ging die Befestigung der Zustände des Landes in gedeihlicher Weise ihren Weg.



Alexander I., Fürſt von Bulgarien.

(Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

Das Verhältnis zu Österreich, welches längere Zeit ein gespanntes gewesen, besserte sich; die Erbfolge wurde (Dezember 1880) dahin geregelt, daß dem kinderlosen Fürsten die Söhne seines Bruders Leopold folgen sollten. Ein rühmliches Zeugnis für das Land, seine Staatsmänner und vor allem den ersten derselben, den Fürsten Karl, war die gute Ordnung der Finanzverhältnisse, welche dessen Kredit, wie dieser mit Recht rühmen konnte, dem der reichsten europäischen Länder gleichstellte: ihre Krönung fand diese rühmliche Entwickelung, die auch seitdem ununterbrochen in maßvollen Reformen unter einem besonnenen Staatsmann (Bratiano) weiterschreitet, durch die Erhebung des Landes zum Königreich (Mai 1881). Diesem Beispiel folgte Serbien und sein Fürst Milan (März 1882), und die Kraft des neuen Serbischen Königreichs bewährte sich im Jahre 1883 gegenüber der radikalen Partei, welche bei den Wahlen zur Skuptschina die Mehrheit erlangte und, als der König zögerte ihr den Willen zu thun, einen Aufstand erregte, der aber zu ihrem großen Schaden ausschlug. Mit rascher Energie warf der leitende Minister Nikola Christic den Aufstand nieder und löste die Skuptschina auf: die neue Skuptschina musterte eine große Mehrheit für die Regierung und wirkte mit dieser in wichtigen Reformen und Kulturarbeiten zusammen. Das Land beginnt seine Hilfsquellen zu entwickeln, Eisenbahnen zu bauen, Schulden zu machen und wendet sich zu diesem Zweck mit wachsender Entschiedenheit von Rußland ab dem Westen zu. Es hat insbesondere nach längerem Schwanken ein günstiges Verhältnis zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie gefunden.

Diese Emancipationen, Rumänien und Serbien, vollzogen sich mithin leicht: die Gefahr droht hier nicht mehr von der türkischen Seite, sondern nur von dem jugendlichen Erwerbs- und Eroberungssinn der Bevölkerungen oder einzelnen Parteien in diesen neuen Staaten, wie wir soeben noch (1885) in dem Serbisch-Bulgarischen Kriege erlebt haben: ernsthafte Schwierigkeiten dagegen bot die Ausführung des Berliner Friedens hinsichtlich Montenegros. Die albanesische Bevölkerung der Orte Gusinje und Plawa, welche auf dem für Montenegro bestimmten Gebiete liegen, hatte keine Lust, montenegrinisch zu werden, und die Pforte ihrerseits hatte nicht Lust, ihre ehemaligen Unterthanen hierzu mit den Waffen zu zwingen: was der wilden und kriegerischen Bevölkerung Albaniens gegenüber auch seine Schwierigkeit hatte. Die Pforte und der Fürst kamen demnach überein, daß anstatt der beiden widerspenstigen Orte ein anderer, Dulcigno, abgetreten werde; aber es geschah nicht, da die Albanesen in der Besetzung der Bezirke den Montenegrinern zuvorkamen. Der leitende englische Minister Gladstone, welcher die Verzögerung dem üblen Willen der tür-

kischen Regierung zuschrieb, wußte die Mächte zu bestimmen, durch eine gemeinsame Aktion diesen üblen Willen zu brechen: in der That fanden sich englische, französische, deutsche, italienische, österreichische Schiffe in der Bai von Gravosa zusammen, und der englische Admiral Seymour übernahm den Befehl über diese gesamteuropäische Flotte. Allein die Montenegriner wollten nicht, ohne der Mitwirkung der Flotte sicher zu sein, mit der überlegenen türkischen Macht, welche Dulcigno besetzt hielt, anbinden, und zu Gewaltmaßregeln waren die Schiffe außer den englischen nicht instruiert, so daß die Flotte eine seltsame Rolle spielte. Indes die Sache mußte zu Ende kommen: England machte den Vorschlag, die Hand auf ein wertvolles Pfand, Smyrna, zu legen, und der französische und der deutsche Gesandte zu Konstantinopel machten dem Sultan begreiflich, daß alles eine Grenze habe. Diesem ernsten Wort gegenüber, das auch endlich den entsprechenden ernsten Willen hervorrief, ebneten sich die Schwierigkeiten: am 27. November 1880 wurde Dulcigno den Montenegrinern übergeben und die Demonstrationsflotte löste sich auf. Seither hat der kleine Staat, welcher gänzlich in russischen Händen ist, nicht weiter von sich reden gemacht.

Einige Monate später (Februar 1881) regelte die Pforte ihre Rechnung mit Griechenland. Denn auch die Griechen verlangten ihren Teil an der Erbschaft bei Leibesleben des Schwerkranken und Besiegten: sie stützten ihren Anspruch, entgegen den übrigen, die für ihren Anteil am Kriege belohnt sein wollten, darauf, daß sie am Kriege nicht teilgenommen, die Situation durch diese ihre Enthaltsamkeit erleichtert hätten: besser war der Grund, daß ihr Staat nicht gedeihen könne infolge jener Abmachungen vom Jahre 1830, welche ihn in zu enge Grenzen eingeschlossen und ihn dadurch zur Lösung der Aufgaben eines ernsthaften Staatswesens unfähig gemacht hätten. Die Stelle des Anwalts der Griechen auf dem Kongreß hatte Frankreich übernommen: doch war die neue Grenzregulierung, welche der Kongreß beschlossen hatte, in dem Berliner Frieden nicht genauer bestimmt, und daß die Türkei den Verhandlungen über diesen Punkt das denkbar geringste Maß von gutem Willen entgegenbringen werde, war begreiflich, um nicht zu sagen berechtigt. Die griechische Regierung wandte sich, als bis Anfang 1880 kein Ergebnis sich absehen ließ, an die Mächte. Ihre Konferenz, im Juni jenes Jahres zusammentretend, sprach Thessalien mit Larissa, einen Teil von Epirus mit Janina und Metzovo dem Königreich zu: die Pforte setzte dem ein entschiedenes Nein entgegen. Darauf kriegerische Rüstung, Heeresorganisation, Mobilmachung, Anleihen, Ministerwechsel in Griechenland: welchem allem die Türkei, die sich diesem Gegner noch immer gewachsen fühlte, ruhig zusah. Indes auch hier

mußte das Opfer gebracht werden. Im April 1881 nahm Griechenland die Grenze, welche die Mächte vereinbart hatten — Theſſalien und den ſüdlichen Teil von Epirus, aber ohne Janina — an, und ſo mußte ſich auch die Pforte bequemen: im November des Jahres war das Geſchäft zu Ende und Griechenland ein Staat von 68 000 Quadratkilometer mit beinahe 2 Millionen Einwohnern.

Unter einem anderen Titel nahm Öſterreich-Ungarn ſeinen Teil. Artikel 25 des Berliner Friedens ſetzte feſt, daß die Provinzen Bosnien und Herzegowina von Öſterreich-Ungarn beſetzt und verwaltet werden ſollten. Man hatte auf dem Kongreß darauf hingewieſen, daß die Türkei dieſe Provinzen, wie ſattſam erwieſen ſei, nicht behaupten könne, daß es mithin zu ihrem wahren Beſten diene, ſie zu verlieren: ob ihr die Stipulation in dem Abkommen vom 21. April 1879, wonach die inzwiſchen erfolgte Beſetzung der beiden Provinzen die Souveränitätsrechte des Sultans nicht beeinträchtigen ſollte, einen großen Troſt gewährte, darf bezweifelt werden. Noch im gleichen Jahre wurden die Länder in das öſterreichiſch-ungariſche Zollgebiet einbezogen, im September auch der ſüdöſtliche Teil, das Sandſchakat Novibazar, beſetzt. Im Jahre 1882 mußte ein großer Aufſtand, welcher die beiden Länder ſowie das ſüdliche Dalmatien, jene Landſchaft Krivoscie, die ſich einſt im Jahre 1869 ſo unbequem gemacht hatte, umfaßte, mit Aufbietung einer großen Heereskraft niedergeſchlagen werden: dieſe zweite etwas blutigere Eroberung ergänzte den Rechtstitel, und die Vertretungskörper des Öſterreichiſch-Ungariſchen Reichs haben, mehr oder weniger willig, niemand mit Freuden, dem unerbittlichen Zwang der Staatsnotwendigkeit und ihren militäriſchen und finanziellen Folgerungen ſich gefügt. Der Türkei ſind die Provinzen verloren, und es hat ſich das neue Regiment, beſonders ſeitdem im Jahre 1882 der Ungar von Kallay zum Miniſter für Bosnien ernannt wurde, mit jedem Jahre mehr befeſtigt.

In mittelbarem Zuſammenhang mit dieſer erſten Teilung der Türkei ſtehen auch die Ereigniſſe auf ihrem nordafrikaniſchen Herrſchaftsgebiet, wenngleich dieſelben ihre Wichtigkeit mehr durch ihre Rückwirkung auf die Beziehungen der europäiſchen Staaten untereinander empfangen haben. Auch Frankreich hatte ſich ein Beuteſtück auserſehen — die fruchtbare Landſchaft Tuneſien, das Gebiet des alten Karthago, welches noch in einem loſen Vaſallenverhältnis zum Sultan ſtand, einem Verhältnis, das aber Frankreich nicht anerkannte. Zahlreiche Italiener und zahlreiche Franzoſen machten ſich in dem für beide Staaten wohlgelegenen Fürſtentum in allerlei Unternehmungen Konkurrenz, vor allem in wetteiferndem Werben um den vorwiegenden Einfluß bei dem Bei, um den ſich ein energiſcher italieniſcher und ein brutaler franzöſiſcher Generalkonſul, Maccio und Rouſtan, ſtritten.

Den Vorwand zum Einschreiten lieferte den Franzosen der Einfall eines nominell zur Obedienz des Beis gehörigen interessanten Stammes, den man bei dieser Gelegenheit zum erstenmale kennen lernte, der Krumirs, auf algerisches Gebiet; am 24. April 1881 überschritten französische Truppen die Grenze, der Bei protestierte, aber am 12. Mai erschien der französische General Breard in seinem Residenzschlosse, dem Bardo, und zwang den Barbaren, seinen Namenszug unter einen sogenannten Garantievertrag zu setzen — Garantie nämlich für seine hohe Person und die Ruhe des Landes sowie für die Ausführung der Verträge mit den europäischen Mächten, wobei dann die auswärtige Politik und die Finanzen den Franzosen überlassen werden mußten. So ganz ohne Kampf ging diese Eroberung doch nicht ab: der Protest der Pforte wurde barsch beantwortet, aber ein Aufstand im Süden der Landschaft, welcher mit einer Empörung im südlichen Teil von Algier zusammentraf und aus derselben Quelle, dem aufgestörten mohammedanischen Fanatismus, entsprang, nötigte die Franzosen zur Entfaltung einer ansehnlichen Streitmacht. Indes kam man noch in diesem Jahre zum Ziel: General Saussier brachte im Oktober 1881 die heilige Stadt der Tunisier, Kahiruan, zu Fall, und das Land beruhigte sich bis auf weiteres.

Eine wichtigere Frage kam im Jahre 1882 in Fluß, die ägyptische. Am 24. Juni 1879 hatte der Sultan auf Andringen Englands und Frankreichs den seitherigen Vicekönig Ismail abgesetzt, und das Land stand unter der Kuratel der zwei englischen und französischen Generalkontrolleure, welche die Finanzen und die Regierung des neuen Chedives Tewfik leiteten, und unter deren Einfluß das europäische Element, nicht zum Schaden des Landes, sich weiter und weiter ausbreitete. Man konnte an eine Verminderung des Militärs denken, das in dem befriedeten Lande wenig zu thun hatte. Dies aber führte zu Widersetzlichkeiten und rief eine Gärung unter der einheimischen Bevölkerung hervor: einer der unzufriedenen Obersten, Arabi Bei, stellte sich an die Spitze und zwang den schwachen Chedive zu einer Änderung seiner Regierung in ihrem Sinn (September 1881). Die Sache nahm eine ernste Gestalt an, da der Sultan die Gelegenheit ergriff, seine Autorität in dem Lande zu zeigen, in welchem eine Nationalpartei „Ägypten für die Ägypter" den Chedive einschüchterte und in den ersten Monaten des Jahres 1882 sich so stark erwies, daß sie auch dem Pfortenkommissar Derwisch Pascha trotzte: unbekümmert um die englische und französische Flotte richtete im Juni der arabische Pöbel wenn nicht im Auftrag so doch im Sinne Arabis ein Blutbad im orientalischen Stil unter den in Alexandria wohnenden Europäern an. Man versuchte eine europäische Regelung; eine Botschafterkonferenz trat zu Konstantinopel zusammen;

man forderte den Sultan zur Intervention in Ägypten auf: während dieser zauderte und die französische Regierung sich nicht zu einer gemeinsamen Besetzung des Suezkanals mit England entschließen konnte, geschah das entscheidende Ereignis — das Bombardement von Alexandrien durch die englische Flotte unter Seymour (Juli 1882). Es war ein allgemeines Kulturinteresse, das hier in Frage kam, denn diese wichtige Stelle durfte nicht an das moslemische, türkische und arabische Barbaren- oder Halbbarbarentum verloren gehen, und es war ein besonderes englisches Interesse, denn der Suezkanal bildete die große Straße nach Indien, und einmal zum Handeln entschlossen, ging die englische Regierung mit Entschiedenheit vor: in einigen Monaten waren die Truppen und die Munition beisammen, 24 000 Mann englische, 6000 indische Truppen, mit denen dann General Wolseley gegen Arabi operierte, dem nun auch, sicher unter englischem Schutze, der ohnmächtige Chedive ein Ächtungsdekret nachschleuderte. Die Entscheidung geschah bei Tel-el-Kebir, wo Arabi sich verschanzt hatte: der englische Sieg war sehr leicht, da die ägyptischen Truppen nirgends standhielten (13. September 1882), und er wurde so vollständig ausgenutzt, daß dieser Teil der großen Aufgabe mit jenem einem Schlage beendigt war. England war Herr in Ägypten: der Sultan, der Chedive, Frankreich, Italien, Europa waren noch da, aber sie bedeuteten nichts mehr: es leuchtet jedoch ein, daß die wirklichen Schwierigkeiten für England jetzt erst begannen. Mit der eigentlich so zu nennenden orientalischen Frage hatten diese Schwierigkeiten nichts mehr zu thun: sie bildeten ein wichtiges Moment für die Beziehungen der europäischen Mächte untereinander und leiteten die Blicke Europas tief hinein in den „dunklen Erdteil", Afrika, der in diesen letzten Jahren aus seinem geschichtslosen Dasein herausgetreten ist und überall das Interesse der europäischen Völker auf sich zieht. Der Herrschaft oder Vormundschaft der Engländer über Ägypten sind schwere Probleme gestellt worden durch einen Aufstand der südlichen Provinzen oder Annexe Ägyptens, des Sudans, einen Aufstand, an dessen Spitze ein großer Prophet, ein Mahdi, einer jener islamitischen Messiasse, auf welche die Mohammedaner hoffen, stand. Die Provinzen sind für Ägypten wertvoll, und die Engländer dürfen sie nicht aufgeben, ohne den Besitz oder zum mindesten die Ruhe Ägyptens selbst zu gefährden. Die Aufgabe wurde von der Regierung Gladstones ohne Energie angefaßt, und das Jahr 1883 brachte nur Niederlagen. Zu Anfang des Jahres 1884 übernahm ein Mann von eigentümlicher Kraft, General Gordon, mit der vollen Zuversicht des britischen Patrioten und des glaubenskräftigen Christen die Aufgabe und begab sich nach Chartum, der am Zusammenfluß des Weißen und des Blauen Nils 145 Meilen von Kairo aufwärts gelegenen Haupt-

ſtadt der zunächſt von dem Aufſtand bedrohten Provinz: er wurde das Opfer ſeines Heroismus, nachdem er, ohne daß der lange Arm ſeines Mutterlandes ihn mehr hätte erreichen können, eine lange Belagerung in Chartum ausgehalten hatte (1885).

Die Aufgabe des Regierens war der türkiſchen Regierung durch den Berliner Frieden, und was ihm bis zum Jahre 1883 gefolgt war, in der That ſehr erleichtert: Rumänien, Serbien, Montenegro, Bosnien und die Herzegowina, Bulgarien, Oſtrumelien, Cypern, Tunis, Ägypten machten ihr wenig mehr zu thun. Offiziell hatte man dieſe Amputationen immer damit begründet, daß man auf dem begrenzteren Raume die Türkei deſto lebensfähiger erhalten wolle, und die dringendſte Mahnung zu einer energiſchen Reformarbeit hätte ſchon in der Halbabhängigkeit gelegen, in der man Rußland gegenüber ſich befand, ſolange die ſchwere Kriegskoſtenrechnung nicht bezahlt war. Betrachtet man aber das Osmaniſche Reich unter dieſem Geſichtspunkte als Staat, als Glied der europäiſchen oder überhaupt menſchlichen Staatengeſellſchaft, ſo kann man zwar wohl von einzelnen Reformen, nicht aber von irgend welcher wirklichen Beſſerung ſprechen. Der Sultan Abd ul Hamid ſelbſt ſcheint es mit ſolchen Reformen ernſter zu nehmen als irgend einer ſeiner Vorgänger: er wandte ſich, da England, ſeitdem im April 1880 Gladſtone an Lord Beaconsfields Stelle getreten, ſeine Hand ganz von dem Reich abzog, an die in dieſen orientaliſchen Dingen überaus uneigennützige deutſche Regierung (1880), welche ihm denn auch einige geſchickte Verwaltungs- und Juſtizbeamte und weiterhin auch einige Offiziere als Inſtructeurs für die Truppen zur Verfügung ſtellte. Sie leiſteten, wie man vernimmt, gute Dienſte: aber alle dieſe Bemühungen durchbrechen nur eine dünne Schicht, um bald auf den unfruchtbaren Fels zu ſtoßen, der hier jeden wirklichen Fortſchritt unmöglich macht — den Islam ſelbſt, den blinden Glauben an den Koran, welcher nicht bloß Dogmatik, Bekenntnis- und Andachtsbuch, ſondern auch Geſetzbuch iſt. Im November des Jahres 1882 war das 1300ſte Jahr ſeit der Hedſchra angebrochen, und in den Kreiſen der Gläubigen raunte man ſich zu, daß in dieſem Jahr Allah einen großen Propheten erwecken werde: dieſer Prophet fand ſich denn auch, wie wir ſahen, im fernen ägyptiſchen Sudan: allenthalben bemerkte man eine gewiſſe Unruhe in den mohammedaniſchen Bevölkerungen, denen es nicht entgeht, wie die Welt allenthalben den Giaurs gehört: eine lebendige Kraft iſt in dieſen Regungen oder Stimmungen nicht, und auch bei den Ereigniſſen der jüngſten Zeit, deren Schauplatz das früher ſo ſelten genannte Bulgarien war, und welche der im ganzen ſo rühmlichen Regierung des Fürſten Alexander ein jähes Ende bereiteten, hat man den Eindruck, daß das einſt ſo gefürchtete Türkenreich nicht nur keine politiſche

Kraft, sondern, fast möchte man sagen, keinen politischen Willen mehr besitzt.

Von ihrem ewigen und nächstgefährlichen Feinde, Rußland, hatte die Türkei in den ersten Jahren nach dem Berliner Frieden nichts zu fürchten. Dem siegreichen Kriege folgte in diesem Reiche eine sehr unerfreuliche Zeit. Der Sieg war keineswegs so rasch und mit so unzweifelhafter Überlegenheit erfochten worden, wie der nationale Hochmut erwartet hatte, und einen nicht ganz kleinen Teil der Siegesbeute hatte man nach dem Willen des versammelten Europas wieder fahren lassen müssen: statt also, wie ein erfolgreicher Krieg sonst wohl thut, die Stimmung zu verbessern, die Luft zu reinigen, die Regierung zu stärken, vermehrten diese Eindrücke nur die Unzufriedenheit. Eine Zeitlang (1879) machte sich diese Stimmung in heftigen Anklagen gegen Deutschland Luft, dessen Kanzler man den Undank vorrückte, mit dem er, wenig eingedenk der Dienste von 1870, den Frieden von San Stefano in den Frieden von Berlin verwandelt habe: man that sich gütlich in Phantasieen einer russisch-französischen Allianz zur Demütigung Deutschlands, und der russische Staatskanzler, der 81jährige Fürst Gortschakow, kramte in einem Gespräch mit einem französischen Journalisten, das für die Veröffentlichung bestimmt war, ähnliche Thorheiten aus. Man spielte mit dem Feuer in Räumen, in denen Zündstoff genug lag: aber eben in jenen Tagen ward rasch eine persönliche Zusammenkunft der beiden Kaiser, Wilhelms I. und Alexanders II., zu Alexandrowo, letzter Station auf russischem Gebiet, improvisiert (2.—4. September 1879), und auch weiterhin erwies sich das persönliche Freundschaftsverhältnis der beiden Kaiser als ein günstiges Moment. Ein viel wirksameres Mittel aber wußte der deutsche Kanzler gegen dieses frivole Politisieren: er begab sich im Oktober nach Wien und brachte dort ein Bündnis zu stande, welches seine große, weitschauende, wohlthätige Politik zu einem gewissen Abschluß der Vollendung führte: ein Schutzbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland (Oktober 1879). Dies ernüchterte die Russen und schreckte die Franzosen, welche an keinem Übermaße von Kühnheit litten, während es in der ganzen germanischen, nicht bloß der deutschen Welt, den ungeteiltesten Beifall fand. Im Innern des ungeheuren Reichs dauerten, ohne daß man von einer Entwickelung sprechen kann, die trübseligen Zustände fort, für welche Name und Sache des Nihilismus, nihilistische Attentate, nihilistische Bestrebungen so charakteristisch sind: Unternehmungen und Verbrechen, im Dunkel geplant von Menschen, die nichts sind, — verzweifelte Gesellen und im besten Fall Enthusiasten, denen in der Regel Genossinnen gleicher Art, zweideutige oder überspannte, nicht fehlen — auf nichts gerichtet als

auf Vernichtung der höchsten Organe der bestehenden Ordnung, damit dann aus dem Chaos von selbst ein Neues sich gestalte, das notwendig ein Besseres sein müsse, weil es nichts Schlechteres geben könne als das Bestehende. Die Reihe dieser Attentate und der Gegenmaßregeln, der Brandstiftungen, welche ihnen zur Seite gingen, braucht man nicht zu verfolgen: am 14. April ein Attentat auf den Kaiser; am 6. Juni wird der Verbrecher Solowieff hingerichtet; ein zweites, eine Mine mit teuflischer Geschicklichkeit von einem Hause aus gelegt, in dessen Nähe der kaiserliche Zug bei der Einfahrt nach Moskau vorüberfahren muß, kommt nicht zum Vollzug; man entdeckt eine und die andere der geheimen Druckereien, aus denen jene Manifeste voll nichtiger Phrasen des Hasses und allgemeinen Geredes von Emancipation des Volkes hervorgehen. Aber gleichwohl erfolgte am 17. Februar 1880 die längst angedrohte Explosion im Winterpalaste, welcher der Kaiser und die kaiserliche Familie nur durch einen Zufall entgingen, während eine Anzahl namenloser Opfer den Tod fand. Mit Strenge wie mit Begnadigungen und zugleich mit Reformen suchte der energische und kluge Mann, dem der Kaiser eine Art Diktatur übertrug, Loris Melikow, dem Unheil zu steuern: umsonst: die Prozesse, die Verurteilungen, die Todesurteile und die Begnadigungen nach Sibirien hielten die geheime Verschwörung wach: und am 13. März 1881 erreichte sie ihr Opfer in der That. In seiner Hauptstadt, auf dem Wege nach dem Winterpalast, wurde Kaiser Alexander II. durch eine Bombe zerrissen: kraft eines revolutionären Todesurteils, welches, wie eine Mitteilung des geheimnisvollen Exekutionskomitees besagte, am 7. September 1879 gefällt worden sei. Man sagte, daß der Ermordete noch kurz zuvor eine Akte vollzogen habe oder sie zu vollziehen im Begriffe gewesen sei, welche eine Art Konstitution für Rußland, worin manche das große Heilmittel gegen alles nihilistische Verbrechertum sahen, gegeben hätte: der neue Kaiser, Alexander III., persönlich und in seinem Privatleben einer der besten Herrscher dieses Reichs, enttäuschte seinerseits diese Hoffnungen durch ein Manifest vom 11. Mai 1881, in welchem er mit dem denkbar größten Nachdruck wie auf Gottes Befehl die Beibehaltung der selbstherrscherlichen Gewalt verkündete. Dem entsprechend vernimmt man von Rußland wenig, und aus dem Wenigen weiß man wenig zu machen: man hört von schweren und barbarischen Judenverfolgungen, und daß der Minister, welcher im Jahre 1881 (Mai) Loris Melikow ersetzte, und dem sie in Konstantinopel, den Namen „Vater der Lüge" beigelegt, Ignatiew, diese selbst begünstigt habe; von allerlei Begünstigung altrussischen Wesens, wie z. B. der Schnitt der Uniformen der altrussischen Nationaltracht angepaßt wurde; von Absetzungen und Einsetzungen hoher Beamten, mit deren Namen aber der

gewöhnliche europäische Leser keine bestimmte Vorstellung zu verbinden weiß; gelegentlich hört man vom Leben des Kaisers, seinen Reisen von dem Jagdschlosse Gatschina nach Petersburg und umgekehrt: je und je regt eine Zusammenkunft, wie die mit dem deutschen Kaiser (Danzig 9. September 1881) oder die mit Kaiser Wilhelm und Franz Joseph zu Skierniewicze (1884), die westlichen Zeitungen zu Berichten und Betrachtungen auf, welche ihre Leser selten viel klüger machen. Man hatte dem Kaiser, als er Großfürst war, Feindschaft gegen Deutschland nachgesagt: dies hat sich bis jetzt nicht bewahrheitet, und die Beziehungen der Völker zu einander sind nicht besser und nicht schlechter, als sie immer waren. Ein näheres Verhältnis bildet sich nicht; kein gegenseitiger Einfluß; von da bis zu wirklichem Haß aber ist ein weiter Weg, vom Haß bis zum Krieg noch ein weiterer, der sich im Kopfe bramarbasierender Wichtigthuer, wie z. B. des Generals Skobelew, dem tapfere und blutige Thaten im Turkestanischen Kriege (1881) einen Namen gemacht, schneller als in der Wirklichkeit zurücklegt: gegenüber diesen frivolen, ehrsüchtigen und blasierten Lüstlingen, welche kaum einen anderen Zweck verfolgten, als sich von verwandten Elementen in Paris Beifall klatschen zu lassen, trat in den wirklich verantwortlichen Kreisen immer wieder die richtige Anschauung in ihr Recht, daß ein Krieg Rußlands gegen Deutschland keinen vernünftigen Sinn, weil kein vernünftigerweise zu erstrebendes Ziel zeige. In auswärtigen Dingen ist Kaiser Alexander gut beraten: die Krönung in Moskau, mehrmals verschoben, fand mit asiatischem Prunk 20. Mai bis 9. Juni 1883 in Moskau statt.

Wir haben des deutsch-österreichischen Bündnisses gedacht, welches Fürst Bismarck durch einen persönlichen Besuch in Wien zu stande gebracht, und für welches er die Zustimmung seines kaiserlichen Herrn erlangte, obgleich es zunächst die Spitze gegen russische Aspirationen kehrte. Dieses Bündnis gab dem österreichisch-ungarischen Staate in seinen auswärtigen Beziehungen, also Rußland und dem Osten auf der einen, Italien gegenüber auf der anderen Seite einen festen Halt und verbürgte einen Friedenszustand, der für die Monarchie von höchstem Wert war. Seit der Eroberung Tunesiens durch Frankreich schloß Italien sich diesem Bündnis an, welches durch den engen räumlichen Zusammenhang der drei Gebiete einer militärischen Machtentfaltung fähig ist, gegen welche keine Friedensstörung so leicht sich hervorwagen wird. Nicht gleich erfreulich lassen sich die inneren Zustände an, wenngleich auch hier zu dem Pessimismus, der vielfach bei der deutschen Bevölkerung zu Tage tritt, noch kein genügender Grund scheint. Das Reich ist seit 1867 ein Doppelstaat — Österreich-Ungarn — und beide Hälften bewegen sich im Widerstreit und Gegensatz centralistischer und

föderalistischer Elemente und Kräfte. In Ungarn, wo die starke liberale Regierung Tiszas während der ganzen Zeit und bis zur Stunde unerschüttert das Ruder führte, überwiegt der Centralismus: mit fester, mitunter barscher Hand wird hier der magyarische Staatsgedanke gepflegt, die ungarische Sprache als obligatorischer Lehrgegenstand an allen Schulen eingeführt und diese Tendenz da und dort, wie geklagt wird, mit wenig Rücksicht auf alte Rechte, z. B. der Deutschen in Siebenbürgen, durchgeführt: gelegentlich erzeugt dieser magyarische Übereifer nicht ungefährliche Konflikte, wie im August 1883 in Agram, der Hauptstadt des ohnehin nicht leicht sich fügenden Kroatiens, wo die Thorheit eines hohen Finanzbeamten, oder wer immer der Urheber gewesen sein mag, neue Schilder an den öffentlichen Gebäuden mit magyarischer Aufschrift neben der kroatischen anbringen ließ. Im übrigen schreitet das Land fort, was freilich sehr nötig ist, wie ein höchst anstößiger Prozeß zeigte, bei dem ein unglücklicher, zufälliger Tod eines Mädchens zu Tisza-Eßlar zu einer ebenso greulichen wie grundlosen Beschuldigung gegen eine Anzahl Juden führte, die eines rituellen Mordes — eines Menschenopfers also — angeklagt wurden (1882/83). Auch die Neuwahlen zum Reichstag im Sommer 1884 gaben nicht das erfreuliche Bild einer großen und in gesetzlicher Freiheit erzogenen Nation bei Ausübung ihres höchsten Rechts: ihr Ergebnis war jedoch eine überwältigende Mehrheit für den leitenden liberalen Staatsmann. In Cisleithanien dagegen machte der Einheitsgedanke und somit der maßgebende Einfluß der Deutschen und mithin auch die Volksbildung entschiedene Rückschritte. Das Ereignis war, daß 1879 die Tschechen in den Reichsrat traten und somit Böhmen in den Rahmen der Verfassung sich fügte: man hatte ihnen goldene Brücken gebaut, und die Thronrede vom 8. Oktober 1879 erkannte dies mit dem Zusatze an, daß die Eintretenden diesen Schritt gethan unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung, wie sie selbst dies alsbald noch deutlicher im Abgeordneten- wie im Herrenhause in einer besonderen Verwahrung aussprachen. An der Spitze der cisleithanischen Regierung steht seit dem Rücktritt des Ministeriums Auersperg und einer Übergangskombination als Ministerpräsident (12. August 1879) Graf Taaffe, der dem Föderalismus überall und besonders in Böhmen ein Zugeständnis nach dem andern machte. Im Abgeordnetenhause bildeten die Föderalisten eine wenn auch nicht bedeutende Mehrheit; auch im Herrenhause ist durch wiederholte Pairsernennungen die Einheitspartei zurückgedrängt: im Ministerium selbst ist diese schon seit Juni 1880 nicht mehr vertreten: die Universität Prag ist in eine tschechische und eine deutsche auseinandergerissen, und allenthalben dringt das slawische Element vor. Schon ist die Decentralisation beim Unsinn, der Decentralisation der Eisenbahnverwaltung, angelangt und bedroht selbst das Lebens-

interesse der Monarchie, die Einheit des Heeres: als Symptom bezeichnend war, daß, als im Jahre 1884 im Reichstage ein Antrag von deutscher Seite gestellt wurde, der „unter Festhaltung der deutschen Sprache als Staatssprache" den Gebrauch der Landessprachen gesetzlich geregelt wissen wollte, dieser Antrag mit 186 gegen 155 Stimmen abgelehnt wurde und die Minister selbst ihn niederstimmen halfen. Diesen Bestrebungen ist im allgemeinen der Klerus günstig, dem mächtige Einheitsstaaten verhaßt sind, und das von ihm beherrschte deutsche Land Tirol ist ihnen verbündet: da kann es nicht fehlen, daß Anträge auf Herabsetzung der Schulpflichtigkeit von 8 auf 6 Jahre und auf Einführung von Zwangsinnungen der Gewerbe ihren Weg machen. Daß, als in Innsbruck und Meran zwei protestantische Gemeinden sich konstituierten, die Bischöfe von Salzburg, Brixen und Trient gegen dieses Attentat auf das höchste Gut des Landes, die Glaubenseinheit, protestierten, ist ebensowenig zu verwundern, als daß ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland sich trotzdem die Miene gaben, für Glaubensfreiheit zu fechten. In den gemeinsamen Angelegenheiten überwog so naturgemäß, da in der cisleithanischen Reichshälfte die Einheit und mithin die Kraft der Regierung fehlte, der ungarische Einfluß: die gemeinsamen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten und für die Finanzen waren Ungarn, und in den Delegationen fanden die Anträge der Regierung, welche sich auf die auswärtige Politik, die Behauptung der Stellung in den neuen Provinzen Bosnien und Herzegowina und die Aufrechterhaltung und Neuorganisation der Heeresmacht bezogen, bei der ungarischen Hälfte im allgemeinen eine viel bereitwilligere Zustimmung als bei der cisleithanischen.

Gegenüber dem unruhigen Treiben der verschiedenen Nationalitäten in Österreich, von denen jede sich für ein Ganzes zu halten geneigt ist, und wo die Gereiztheit an einzelnen Punkten, wie in Böhmen, schon so groß ist, daß kaiserliche Gerichte die Partei des Pöbels nehmen, wenn es Deutsche sind, an denen er sich vergriffen hat — nimmt sich das Deutsche Reich, trotz der kurzen Zeit, die verflossen, seitdem es aus einem geographischen Begriff eine politische Wirklichkeit geworden, fast wie ein straff centralisierter Einheitsstaat aus. Die glänzende und nützliche Stellung, welche der deutsche Reichskanzler auf dem Berliner Kongreß eingenommen hatte, charakterisierte die auswärtige Politik, welche er leitete, auch weiterhin. Sie war, da Deutschland nicht weiter sein Territorium zu vermehren strebte, auf die Erhaltung des Friedens gerichtet: sie half in den orientalischen Angelegenheiten, welche Deutschland nur sehr mittelbar betreffen, der loyalen Durchführung des Berliner Friedens nach und wußte dabei in Konstantinopel eine Vertrauensstellung zu gewinnen, auf welche England unter dem Ministerium

Gladstone keinen Anspruch mehr erheben konnte; sie errang den großen Triumph des deutsch-österreichischen Bündnisses, das sich bald durch eine Abmachung mit Italien ergänzte, und dem sich alles, was in Europa des Friedens bedürftig ist und diesen ehrlich wollte, zuwendete, dessen Abschluß der englische Minister Lord Salisbury alsbald in einer Rede zu Manchester als eine gute hocherfreuliche Nachricht (good tidings of great joy) mit ungewöhnlichem Nachdruck feierte; sie wußte die kleineren Staaten, Holland, Belgien, Skandinavien, durch ihr loyales Verhalten zu beruhigen und ihnen Vertrauen einzuflößen, und sie verstand es endlich auch, mit denjenigen beiden Staaten, gegen welche das große Bündnis notwendig oder hervorragend nützlich war, sich in gutem Vernehmen zu halten. Eine Gefahr von Frankreich drohte unmittelbar nicht: teils die Regierung und teils der Pöbel dieses Landes hat dafür gesorgt, daß auch die Länder, welche gelegentlich von französischen Organen als von der lateinischen Rasse bewohnte mit besonderer Höflichkeit behandelt und als natürliche Verbündete Frankreichs angesehen werden, Italien und Spanien, das Deutsche Reich als hauptsächlichen Hort ihrer nationalen Unabhängigkeit und ihrer Sicherheit innerhalb ihrer jetzigen Grenzen betrachten müssen. In dieser Beziehung kann man die Reise anführen, mit welcher der Kronprinz des Deutschen Reiches einen Besuch des Königs von Spanien in Deutschland erwiderte (November 1883). König Alfons war, einer bekannten Höflichkeitsform entsprechend, bei einem Besuche in Deutschland zum Obersten eines deutschen Ulanenregiments ernannt worden, welches zu Straßburg in Garnison stand: die französische Presse hatte die naive Impertinenz, dies als Beleidigung Frankreichs darzustellen; der nötige Pöbel fand sich, sehr zahlreich, welcher die Gemeinheit hatte, den König bei seinem Besuche in Paris mit Schimpfreden nach der neurepublikanischen Weise zu überschütten, und der Chef und Repräsentant des Staates, Herr Jules Grévy besaß nicht den Mut, den königlichen Gast im selben Wagen zu begleiten, um ihn gegen diese Gemeinheiten zu schützen: darauf begab sich der Kronprinz des Deutschen Reiches über Genua nach Spanien und wurde in beiden Ländern, Italien und Spanien, mit Herzlichkeit und Begeisterung empfangen. In Rom machte er auch dem „Gefangenen im Vatikan", dem Papst, einen Besuch (1883). In ein neues Stadium ist die auswärtige Politik Deutschlands in jüngster Zeit durch die Kolonialfrage getreten, welche schon mit den inneren Zuständen zusammenhängt. Die Errichtung des Deutschen Reiches und die neugewonnene Macht der Nation ward nirgends unmittelbarer empfunden und lebhafter begrüßt, als von den zahlreichen Deutschen in den überseeischen Ländern; in Deutschland selbst war schon seit Jahren eine mehr und mehr erstarkende Bewegung im Gange, welche auf den

Erwerb überseeischen Kolonialbesitzes sich richtete und sich dabei auf die immer sichtbarer sich aufdrängende Thatsache der Übervölkerung Deutschlands berufen konnte, welcher die massenhafte Auswanderung nach Nordamerika teils nicht genügend teils nicht in erwünschter Weise abhalf. Diese Dinge gehören der unmittelbaren Gegenwart an, sie haben zum Teil die Reichstagswahlen des Jahres 1884 beherrscht, und auch hier hat, den klugen Thoren einer dünkelhaften Opposition gegenüber, die Bismarcksche Politik die richtigen Grundsätze gefunden: Förderung der Verbindungen zwischen dem Mutterlande und den überseeischen Ländern, Ermutigung unternehmender und solider Privatthätigkeit und Schutz des Reichs für die Schöpfungen solcher Thätigkeit. Im November 1884 trat auf Anregung des Leiters der deutschen auswärtigen Politik zu Berlin ein Kongreß zusammen, der sich mit diesen Fragen beschäftigte und ein erfreuliches Einvernehmen der europäischen Mächte über die Formen bei Erwerbung überseeischer Gebiete und über den Handel in dem bis jetzt, wie es scheint, lohnendsten und wichtigsten Teile Afrikas, dem Congogebiet, herbeiführten. In einem ebenso beschämenden wie charakteristischen Gegensatze zu diesem neuen Erfolge stand ein gleichzeitiger parlamentarischer Vorgang, der, unbedeutend an sich, doch bewies, daß nicht immer und nicht ausnahmslos des Dichters Wort gilt, daß der Mensch mit seinen größeren Zwecken wachse. In demselben Augenblicke, in welchem die Botschafter der europäischen Mächte in Berlin unter dem Vorsitze Bismarcks jene wohlthätige Akte berieten, beging am 15. Dezember die Mehrheit des Reichstags, Centrum, Welfen, Elsässer, Polen, Dänen, Social- und andere Demokraten, Deutschfreisinnige, die Sottise, 20 000 Mark für eine Direktorstelle im Auswärtigen Amt zu versagen, ungeachtet Bismarck selbst unter Berufung auf seinen Diensteid die Notwendigkeit dieser Ergänzung seines handgreiflich überbürdeten Beamtenpersonals darlegte (15. Dezember 1884).

Es ist ein Glück für Deutschland, daß die Befriedigung hinsichtlich der auswärtigen Politik den mancherlei Zwistigkeiten und Verstimmungen im Innern einigermaßen die Wage hält, und man kann sich weiter damit trösten, daß die Gegensätze, sehr natürlich wie sie nach den geschichtlichen Verhältnissen und bei dem ganz ungewöhnlich raschen Umschwung der deutschen Dinge im Jahre 1866 und 1870 sind, wenigstens nicht den gespannten Charakter tragen, welcher das regelmäßige Spiel der konstitutionellen Einrichtungen störte und für die fundamentalen Güter des neuen Reichs, unter denen die Volkstümlichkeit der nationalen Monarchie obenansteht, bedrohlich wären. Es sind hauptsächlich drei Gegensätze, die in vielfachen Verbindungen erscheinen, denen unsere Übersicht für jetzt nicht im einzelnen folgen kann: der

Gegensatz des Centralismus und Föderalismus, wie er jedem bundesstaatlichen Gemeinwesen notwendig eigen ist; die Herrschaftsansprüche der Ultramontanen für ihre Kirche, an deren Spitze ein italienischer Priester mit dem Attribut der Unfehlbarkeit steht; und endlich die unter dem Einfluß des allgemeinen Stimmrechts zu ungeahnter Stärke erwachsene Feindschaft der socialistischen Partei gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Was dies letztere Moment betrifft, so hatten die rasch sich folgenden Attentate auf den deutschen Kaiser, zwar nicht von der Partei angeordnet, wohl aber dem durch ihre zucht- und schamlose Demagogie bearbeiteten Boden entsprungen, die Regierungen zu einem Ausnahmegesetz veranlaßt, das von dem neuen Reichstag am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen für 2 Jahre angenommen, wiederholt auf drei oder zwei Jahre verlängert worden und bis jetzt (1886) in Gültigkeit geblieben ist, und welches den Regierungen außerordentliche Vollmachten gegen die Versammlungen und Veröffentlichungen der Socialdemokratie giebt. Die Wirkung war nur eine Beruhigung der Oberfläche und hatte im einzelnen wohl auch die günstige Folge, daß manche wieder mehr arbeiteten als agitierten und politisierten: aber einem Mann wie Bismarck, der wie alle großen Männer die Dinge in ihrem natürlichen Zusammenhang sah, war es klar, daß solche Schutzmaßregeln gegen die Ausbreitung des Übels dieses Übel selbst nicht heilen konnten, und kraft eines einfachen leitenden Grundsatzes, der sich ihm schon auf anderen Gebieten erprobt hatte, sagte er sich, daß die socialistische Verkehrtheit gefährlich sei durch das, was an den Forderungen ihrer Anhänger berechtigt sei, und traf Anstalt, diese berechtigten Forderungen zu ermitteln und soweit möglich zu befriedigen. In einer feierlichen Botschaft vom 17. November 1881 kündigte der Kaiser dem im Oktober jenes Jahres gewählten Reichstag die dahin zielenden Vorlagen an: den umgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, ein Gesetz über Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens und ein Gesetz über Altersversorgung und Versorgung bei eintretender Invalidität — Gesetze, von denen das zweite im Jahre 1883 (31. Mai), das erste im Juni 1884 auch glücklich zur Erledigung kam. Äußerlich trat freilich bei den Wahlen von 1884 keine versöhnende Wirkung zu Tage: die Zahl der socialdemokratischen Stimmen stieg vielmehr von 335 000 (1881) auf 507 000 (1884): gleichwohl sind Anzeichen vorhanden, daß eine Scheidung sich anbahnt zwischen denjenigen Arbeitern, welche ihre Interessen auf dem reichsgesetzlichen und nationalen Boden zur Geltung bringen wollen, und denen, welche sich als eine internationale und revolutionäre Partei zu gebärden fortfahren. Schon dies würde eine sehr günstige Folge dieser Gesetzgebung sein: die Gesellschaft würde den Internationalen

und dem Schweif der Anarchisten und Dynamitverschwörer gegenüber die Kraft des guten Gewissens erhalten, die niemals nötiger ist, als wo man der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen gezwungen wird.

Nicht besonders gefährlich hat sich in den letzten Jahren der Gegensatz von Reich und Partikularstaaten, centralistischer und partikularistischer Gesinnung gezeigt. Das Kaisertum, würdig vertreten wie es ist, ist überall populär, und wollte man dafür unter der Menge von Beweisen einen besonderen aussuchen, so würde man den 15. Oktober 1880 etwa, die Feier der Vollendung des Kölner Doms, und die Feier der Enthüllung des Siegesdenkmals auf dem Niederwald (28. September 1883) nennen müssen: auch die Fürsten haben sich glücklich in die neue Ordnung der Dinge gefunden, bei der auch sie in Wahrheit viel gewonnen und nichts verloren haben. Die einzelnen deutschen Staaten in ihrer Entwickelung von 1878—84 vorzuführen, muß man sich versagen: ein Sieg des Einheitsgedankens war die Einbeziehung Hamburgs in den Zollverein, welche anfangs sehr lebhafte Unzufriedenheit erregte, dann aber sich ohne den Untergang der Welt oder Hamburgs glücklich vollzog (1882). Ebenso machten die Verhältnisse Elsaß-Lothringens einen Fortschritt zu definitiver Gestaltung: am 1. Oktober 1879 trat eine neue Verfassung — Regierung im Lande selbst mit eigenem Ministerium unter einem Statthalter, dem Feldmarschall Edwin von Manteuffel — ins Leben, und soeben (1886) zeigen sich die ersten wirklichen Erfolge des deutschen Regiments unter dem neuen Statthalter Fürsten Hohenlohe in den Wahlen zu der Stadtvertretung von Straßburg und Metz. Daß hier bei den Besiegten von 1870 noch kein deutscher Patriotismus vorhanden sein kann, hat niemand anders erwartet: dagegen ist in Nassau und Kurhessen keine Partei mehr, welche die alten Zeiten zurücksehnte, in Frankfurt und Hannover trägt sie zum mindesten die facies Hippocratica; in Braunschweig, wo am 18. Oktober 1884 durch den Tod des Herzogs Wilhelm das Haupt des entthronten hannöverschen Welfenhauses, der Herzog von Cumberland, nach Familienrecht zur Nachfolge berufen wäre, ist eine Partei für diese Thorheit gar nicht vorhanden, und die Lösung der Regentschaftsfrage im Sinne der gesunden Staatsvernunft erfolgte ohne besondere Schwierigkeit: seit 1886 ist auch die Personenfrage glücklich gelöst durch die Wahl des Hohenzollernschen Prinzen Albrecht. Indes begnügte Bismarck sich keineswegs damit, bloß den Zuschauer zu machen und sich zu sagen, daß die Interessen, welche das neue Reich geschaffen, schon von selbst dasselbe auch erhalten und die Einigkeit immer enger und fester machen würden. Der Partikularismus der Einzelstaaten war noch stark, namentlich weil er vielfach mit anderen Interessen — dem Haß der Ultramontanen z. B. gegen den Führerstaat, den

Träumen der Polen und Welfen und anderer — sich verbündete: und namentlich zeigte sich, daß die von Jahr zu Jahr bei den großen Aufgaben des Reichs steigenden Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten als eine schwere Last empfunden wurden. Dies gab Bismarck einen Gedanken ein, der den gleichen Stempel trägt wie seine übrige Politik: kühn, groß, einfach: statt daß das Reich die Einzelstaaten belastet, indem es ihnen Beiträge abnimmt, muß es vielmehr sich als Wohlthäter der Einzelstaaten erweisen, indem es von seinem Überfluß die Finanzen dieser Staaten speist. Aber wie diesen Überfluß erzielen? Indem man die indirekten Abgaben, welche dem Reiche verfassungsmäßig vorbehalten sind, vermehrt: indem man einen Reichszoll von allen eingehenden Waren erhebt: indem man die sämtlichen Eisenbahnen in Reichsbahnen umwandelt: indem man die Tabaksindustrie zum Reichsmonopol macht.

Das Tabaksmonopol, welches am meisten Geld gebracht haben würde, und auf welchem der Kanzler deshalb am nachdrücklichsten bestand, setzte er nicht durch: die Nation, aus guten oder schlechten Gründen, wollte es nicht: im übrigen aber gelang doch im wesentlichen, was das Schreiben Bismarcks vom 15. Dezember 1878 an den Bundesrat angekündigt und die kaiserliche Thronrede vom 12. Februar 1879 als eine Rückkehr zu den seit 1865 verlassenen bewährten handelspolitischen Grundsätzen des Zollvereins bezeichnet hatte. Der Reichstag genehmigte die Schutzzollpolitik, den neuen Zolltarif am 12. Juli 1879 mit 217 gegen 117 Stimmen: mit einer partikularistischen Wendung, mit welcher die ultramontanen Stimmen gewonnen wurden, die aber am Wesen der Sache nicht viel änderte — daß der Form nach die Matrikularbeiträge beibehalten und, was über 130 Millionen Mark aus Zöllen eingehe, den Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Matrikularbeiträge überwiesen werden solle. Den gigantischen Plan der Übernahme aller deutschen Bahnen durch das Reich, der allerdings mit einem Schlage dem Partikularismus den Gnadenstoß gegeben hätte, setzte Bismarck nicht durch, wohl aber die Übernahme der preußischen Bahnen durch das Reich und nach und nach den Ankauf der sämtlichen Privatbahnen auf preußischem Boden durch den preußischen Staat, was sich noch im Laufe der nächsten Jahre als eine sehr wohlthätige und finanziell sehr vorteilhafte Sache bewährte.

Bei der Durchführung dieser Pläne, soweit sie durchgeführt wurden, hatte Bismarck sich von den Liberalen getrennt: die liberalen Minister Hobrecht, Falk, Friedenthal wurden entlassen gegenüber einer Koalition, welche schon seit den Wahlen von 1878 die Lage beherrschte, der Konservativen und der Klerikalen. Der Kampf des Staates mit der Partei, welche seit geraumer Zeit eine der christlichen Kirchen, die römisch-

katholische, beherrschte, trat dadurch in ein neues Stadium. Er bildete in hohem Grade ein allgemein deutsches, ja ein universales Interesse, ward aber vorzugsweise auf preußischem Boden ausgefochten. Die einzelnen Verwickelungen und Entwickelungen — die einzelnen Schachzüge, bei welchen der Ultramontanismus ebenso gewiß, als er das Spiel zuletzt verlieren wird, sich in seiner ganzen Überlegenheit zeigte — werden künftigen Historikern ein interessantes Studium bieten: das Wesentliche ist, daß die preußische Regierung, unter Falks Nachfolger, von Puttkamer, der Kurie sehr weit entgegenkam, sich Mai 1880 durch ein Gesetz auf ein Jahr diskretionäre Vollmachten geben ließ, die ihr gestatteten, den durch Nichtbefolgung der „Maigesetze" eingetretenen Seelsorgernotstand zu lindern; daß ein Gesandter wieder beim Papste beglaubigt wurde (4. April 1882) und Unterhandlungen begannen, bei denen schlechterdings nichts herauskam; daß die Regierung, begierig und ohne besonders skrupulös im Ehrenpunkt zu sein, nach einer Versöhnung mit Gegnern, die nicht versöhnt sein wollten, suchte, und daß eine neue kirchenpolitische Gesetzvorlage am 31. Mai 1882 Gesetz wurde, nachdem sie im Sinne der die parlamentarische Situation beherrschenden ultramontan-konservativen Koalition umgestaltet war; daß nun die Regierung, welcher die Seelennot offenbar weit mehr zu Herzen ging, als dem Papst und den Bischöfen, nunmehr erledigte Bistümer, soweit ihr Gelegenheit wurde, neu besetzte — Trier, Fulda, Münster, — eingestellte Zahlungen wiederaufnahm und so in verhältnismäßig kurzer Zeit dem Notstande, soweit er bestanden, ein Ende machte, während sie, in Übereinstimmung mit der hochkirchlich-protestantischen Partei diejenigen fallen ließ, welche im Vertrauen auf die Festigkeit der preußischen Regierung es gewagt hatten, entgegen dem Machtspruche des römischen Absolutismus dem Kaiser zu geben, was des Kaisers, Gott, was Gottes war; und endlich, daß mit alledem weder das geringste Zugeständnis der Kurie entlockt wurde, noch auch in der Haltung der ultramontanen Partei im preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstag das mindeste sich änderte: höchstens daß man dem Pathos ihrer Führer etwas mehr noch als früher die innere Unwahrheit anmerkte. Für den Nichteingeweihten scheint es, daß der Friede sehr leicht hätte hergestellt werden können, wenn die Kurie die sogenannte Anzeigepflicht zugestanden hätte, welche sie an so vielen Orten unbeanstandet üben ließ, und hinsichtlich deren sich Papst Leo XIII. selbst in einem Brief an den früheren Erzbischof von Köln (1880) zu einem tolerari posse aufgeschwungen hatte: es wird seine Gründe haben, weshalb die Partei dem preußischen Staate gegenüber die unversöhnliche spielte, während in Bayern, trotzdem die Kammermehrheit ultramontan und das Ministerium liberal ist, ein Konflikt nicht be-

steht und in Baden derselbe seit September 1881 leicht und glücklich und zwar nicht durch bloße Nachgiebigkeit des einen Teils beseitigt ist. Die gewöhnliche Rede vom Gang nach Canossa — welche auf einer historisch wenig haltbaren Auffassung der berühmten Scene beruht, — ist allerdings nicht unbedingt gerechtfertigt: die preußische Regierung hat den richtigen Standpunkt wenigstens äußerlich festgehalten, ihren katholischen Unterthanen alle diejenige Freiheit zu lassen oder zu geben, welche mit dem Staatsrecht vereinbar ist, von sich aus, nicht als Vereinbarung mit der römischen Kirche — ex sese, non ex consensu ecclesiae. Einstweilen ist, wie der jüngst (1886) vollzogene Friedensschluß beweist, die klerikale Partei die relativ mächtigste, weil sie den ungeheuren Vorteil genießt, in jedem Augenblick und bei jeder Frage nach Bedürfnis aus Religion Politik und aus Politik Religion machen zu können und in der Verfassung ihrer Kirche, an welcher die Jahrhunderte gebaut haben, eine Parteiorganisation zu besitzen, wie keine andere Partei sie besitzt.

Die Geschichte Frankreichs in den letzten Jahren wird dem geschichtlichen Darsteller künftig nicht viel Interessantes zu erzählen geben, so notwendig es für die Mitlebenden ist, den Blick auf dieses Land gerichet zu halten. An der Spitze der Civilisation marschiert das Volk nicht mehr. Weder seine Litteratur noch seine rednerischen oder künstlerischen Leistungen üben mehr einen sichtbaren Einfluß auf die Nachbarvölker aus, und neuerdings scheint dasselbe auch in gewissen Teilen des Handwerks und der Industrie, in denen es seither tonangebend gewesen, überflügelt zu werden.

Die republikanische Regierungsform befestigte sich weniger durch ihre innere Vortrefflichkeit als durch die tiefe Schwäche des monarchischen Prätendententums. Im Juni 1879 erlag der junge Prinz Louis Napoleon im fernen Südafrika einem Überfall der Zulukaffern, die er sehr überflüssiger Weise im englischen Lager mitbekämpfte; im Jahre 1883 (24. August) starb der Graf von Chambord, der sich zwar Heinrich V. genannt, aber nicht den Mut oder nicht viel Lust gezeigt hatte, es zu werden: der Graf von Paris, der damit nach legitimer Anschauung König wäre, scheint zu viel Geld und zu wenig Mut, vielleicht auch zu viel Einsicht zu haben, um den Versuch der Wiederaufrichtung des Königtums zu machen. Im Dezember 1877 hatte man, wie früher erwähnt, hart vor einem Staatsstreich gestanden, zu dem eine Anzahl bonapartistischer legitimistischer und ehrgeiziger Generale zwar Lust trugen, aber schließlich, so scheint es, so wenig als der Marschall Mac Mahon den Mut fanden. Damit mußte der letztere sich dem republikanischen Gedanken fügen, gab aber 30. Januar 1879 seine Entlassung, als sein Ministerium die nötigen Absetzungen von ihm ver-

langte: noch am gleichen Abend trat Senat und Deputiertenkammer zusammen und wählte den seitherigen Präsidenten der letzteren, einen erprobten Republikaner, Jules Grévy, zum Präsidenten: sein Nachfolger auf dem Präsidentensitz der Kammer war Gambetta. Dieser Mann trat nun in den Vordergrund des Interesses. Er galt für einen Staatsmann ersten Rangs, und wenigstens ein großer Redner und ein Mann gewaltigen Ehrgeizes war er gewiß: er entfaltete jetzt auch den Luxus eines sehr vornehmen Herrn, der er geworden; der Leibkoch und die Mätresse fehlten nicht, und die Reise, welche er im Mai 1881 nach seiner Vaterstadt Cahors unternahm, unterschied sich nur durch den Parvenugeschmack des Gefeierten und die ausgesuchte Schmeichelei der Begrüßenden von königlichen Reisen. Zunächst benutzte er die Frage der Begnadigung der verbannten Communards, um sich die Brücke von der zweiten zur ersten Stelle im Lande zu schlagen. Ein Amnestiegesetz vom 10. Juli 1881 eröffnete ihnen die Rückkehr, während gleichzeitig, wie die Katholiken klagten, gegen die Jesuiten und andere Kongregationen ihrer Kirche und deren Schulen aufs strengste eingeschritten wurde: dies freilich hatten diese sich selbst zuzuschreiben, da ihr eigener geistlicher Hochmut wie der ihrer kirchlichen Oberen ihnen nicht gestattete, die staatliche Anerkennung, welche das Gesetz verlangte, einzuholen. Weiter hatte Gambetta, der als aufgehende Sonne auf ein großes Gefolge rechnen konnte, die Idee, eine Verfassungsrevision, welche besonders die Selbständigkeit des Senats gebrochen hätte, und eine Änderung des Wahlgesetzes durchzusetzen: Listenskrutinium anstatt Arrondissementsskrutinium: d. h. es sollte der Wähler, statt für sein Arrondissement einen Vertreter zu bezeichnen, künftighin sämtliche Vertreter seines Departements — 5, 6, 9, 10 je nachdem — wählen, also für eine ganze Liste stimmen. Geschah dies, so stellte jede Partei ihre Listen auf, und nichts war leichter, als eine Art Plebiszit für den großen Republikaner zu erschleichen, indem man seinen Namen auf sämtliche Listen der Partei setzte. Die Wahlen im August 1881 (nach dem alten System) fielen in seinem Sinne aus, und er trat nun am 10. November an die Spitze der Regierung. Aber die großen Dinge, die er hatte erwarten lassen, erfolgten nicht. Er bildete sein Ministerium nicht aus den großen Talenten, sondern aus ihm ergebenen Mittelmäßigkeiten, und schon am 2. Januar 1882 brach diese Regierung zusammen. Gambetta hatte eine sehr beschränkte Verfassungsreform und das Scrutin de liste vorgeschlagen, die Furcht vor ihm hatte sich etwas gelegt, die Kammer verwarf mit 262 gegen 91 Stimmen die Listenwahl: die richtige Zeit war offenbar noch nicht gekommen, Gambetta zog sich zurück. Sie kam nicht mehr. Im November desselben Jahres hatte Gambetta in seinem Hause mit einem Revolver einen Unfall, der mit einer Lai-

son nach Franzosenweise zusammenhing: die Sache wurde ernsthaft: am letzten Tage des Jahres, 31. Dezember 1882, starb Leon Gambetta. Die Ministerien, welche seinem Ministerium gefolgt waren, Freycinet, dann Duclerc, dann Fallières, haben keine Bedeutung: wie weit es in Frankreich gekommen war, beweist, daß der Kriegsminister des letzteren (Januar 1883) ein Oberst Thibaudin war, welcher im letzten Kriege in ganz unzweideutiger Weise sich eines Ehrenwortbruchs schuldig gemacht hatte. Seit dem 21. Februar übernahm Jules Ferry das Ministerium, unter welchem die auswärtige Politik wieder eine größere Rolle spielte, und das sich bis zum November 1884 gehalten hat: die Neuwahlen im Oktober 1885 haben die relative Stärke der royalistischen Parteien gezeigt, im übrigen aber die Dinge gelassen, wie sie lagen.

Das letzte Ziel dieser auswärtigen Politik und alles französischen Politisierens überhaupt bildete die Revanche an Deutschland — die Zurückgewinnung der im Frankfurter Frieden abgetretenen Provinzen. Dies ist menschlich und verzeihlich; die Niederlage brennt, und der Verlust ist in der That sehr empfindlich; indes war das Verhältnis des amtlichen Frankreichs zum amtlichen Deutschland während dieser ganzen Zeit ein durchaus günstiges. Man war deutscherseits vernünftig genug, von den mehr oder weniger lärmenden Demonstrationen, die bei jeder guten und bei jeder schlechten Gelegenheit sich geltend machten, und bei denen die Regierung gelegentlich ein wenig mitthun mußte, keine weitere Notiz zu nehmen: wenn sich das Land einen Kriegsminister von der Art Thibaudins gefallen ließ, so war es nicht die Sache der deutschen Regierung, empfindlich zu sein in einem Punkte, welcher die französische, nicht ihre Ehre betraf: überdies verstummte der Revanchelärm in den Zeitungen in der Regel sofort, wo ein ernsthaftes Wort eines angesehenen Blattes die Tumultuanten daran erinnerte, daß doch auch der Gemeinheit gegenüber die Geduld und die Verachtung ihre Grenze habe. In dieser Hinsicht, der Möglichkeit eines deutschen Angriffskrieges gegenüber, fühlten sich im allgemeinen die Franzosen sehr sicher. Nur vereinzelt machten tiefer Blickende unter ihnen auf die Thatsache aufmerksam, die in der That ernster Erwägung wert ist, daß seit 1870 die Bevölkerung Deutschlands von 41 Millionen auf 45 im Jahre 1880, die von Frankreich in einem entsprechenden Zeitraum nur von 36 102 921 im Jahre 1872 auf 37 405 290 im Jahre 1881 gestiegen ist: geht dies so fort, und finden sich nicht Mittel, den bedrohlichen Überschuß der deutschen Übervölkerung in überseeische Länder abzuleiten, so ist ein Zustand denkbar, wie er im 3. und 4. Jahrhundert n. Chr. war, wo die harte Not mehr als begehrlicher Wunsch die germanischen Stämme über die Grenze des Römischen Reiches trieb.

Seit dem tunesischen Abenteuer (1881) richtete sich die französische Politik auf sehr entfernte Schauplätze, ohne daß man bis jetzt darin viel Plan und Vernunft zu entdecken im stande wäre. In der wichtigen ägyptischen Angelegenheit konnte die Regierung zu keinem rechten Entschlusse kommen und ließ sich schließlich von den Engländern beiseite schieben, wie sie selbst Italien in Tunesien beiseite geschoben hatte. Es war nach dem Sturze Gambettas: in Afrika am Congo, in Madagaskar, in Asien in Tongking entfaltete der „französische Genius" eine unruhige Thätigkeit: von Errichtung einer Kolonialarmee — da ein Heer auf Grundlage allgemeiner Wehrpflicht sich schlecht für überseeische Wagnisse eignet — von Aufrichtung eines großen Hinterindischen Reiches war die Rede. Diese hohen Flüge nahmen nach einigen Jahren großer Worte ein ziemlich klägliches Ende. Es handelte sich dort in Tongking, wie dies in der Regel die Form ist, um die Durchführung eines früher geschlossenen Vertrages (1874): man kam dann weiter zur Besetzung von Hanoi, dem wichtigsten Punkte in dem von Anam abhängigen Tongking, und dann, als (Mai 1883) ein überkühner Ausfall des Kommandanten Rivière mit dessen Tod und mit Fehlschlag geendigt hatte und damit „die französische Fahne engagiert war", zur Erstürmung der Hauptstadt von Anam und Abschluß eines Vertrags mit dem Kaiser von Anam nach dem Muster des Bardovertrages. Allein Anam war ein Vasallenstaat des Chinesischen Reichs und die chinesische Regierung nicht gewillt, auf dieses Verhältnis ohne weiteres zu verzichten. Zur Kriegserklärung kam es nicht, wohl aber zu einem ernsthaften Krieg erst mittelbar mit den Piraten des Roten Flußes, den sogenannten „Schwarzen Flaggen", bald aber auch mit wirklichen chinesischen Truppen, und es versteht sich, daß Siege über Siege erfochten wurden. Aber diese Siege wie die gelegentlichen Niederlagen, welche auch nicht ganz fehlten, kosteten Truppen und Geld, die, tropfenweise bewilligt, doch zuletzt kostspielig genug wurden, um einige Zeit später (1884) den Wunsch einer Vermittelung durch eine befreundete Macht lebhaft hervortreten zu lassen und um zuletzt mit einem halbanständigen Rückzug, einem Abkommen mit China ohne Aufrechthaltung einer Geldentschädigungsforderung, zu endigen. Die Politik des eitlen Renommierens hat wiederum gründlich selbst China gegenüber Schiffbruch gelitten.

In England schien sich die Regierung des Lords Beaconsfield, als dieser von Berlin das, was er den „Frieden mit Ehren" nannte, mitbrachte, einer großen Popularität zu erfreuen. Mit einem angeblichen Citat aus einem klassischen Schriftsteller, den der vielgewandte Staatsmann sich zu nennen wohl hütete, weil er nicht existierte, bezeichnete er als seinen Wahlspruch: Imperium et libertas: kein übler Wahlspruch, wenn er die Worte auch selbst sich zurecht gemacht hatte. In Afgha-

nistan und am Kap gegen die Zulukaffern und ihren König Cetewayo wurde für das britische Imperium gekämpft: hier wie dort siegreich, glaubte Beaconsfield den Zeitpunkt günstig für Neuwahlen und löste das Parlament auf. Aber er täuschte sich: die Wahlen (April 1880) ergaben eine gewaltige Mehrheit für die Liberalen, 349 gegen 235, und trugen seinen Gegner Gladstone an das Staatsruder. Dessen auswärtige Politik war minder ausgreifender Art: die Kämpfe in Afghanistan endigten nach mehreren Wechselfällen mit einem vollständigen Siege (1. September 1885); dagegen erlitten die Engländer am Kap gegen die holländischen Boers, deren Freistaat sie im Jahre 1877 ohne Recht annektiert hatten, und die sich nun Ende 1880 gegen das Unrecht erhoben, schwere Niederlagen, die schlimmste am 27. Februar 1881 auf dem Majubahügel, wo der General Colley selbst fiel. In Europa nahm alle Welt Partei für die heldenmütige transvaalsche Boerschaft: diese erklärte sich zu einem Frieden auf billige Bedingungen bereit, und Gladstone erwies sich hier seinen Grundsätzen als ehrlicher, gewissenhafter und freisinniger Staatsmann getreu: er vergoß nicht nach Franzosenweise weiteres Blut, um den Beweis zu liefern, daß Großbritannien am letzten Ende mit den 20 000 Boers der ehemaligen Transvaalrepublik fertig werden konnte. Er vereinbarte mit ihnen einen ehrenvollen Frieden (4. August 1881); sie blieben thatsächlich selbständig und Holländer, nahmen aber einen englischen Residenten in ihrem Hauptort Pretoria auf. Wichtiger für Englands Machtstellung waren die ägyptischen Vorgänge seit 1881, welche, wie erwähnt, die englische Regierung dahin trieben, ihre Hand und zwar allein auf das Land zu legen: nicht ohne daß Gladstone von Zeit zu Zeit versicherte, daß die englische Macht lieber heute als morgen, daß sie spätestens übers Jahr, allerspätestens über 2, 3, 4, 8 Jahre das Land räumen würde. Auch war an seiner Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln: aber die Dinge lassen sich auch heute (1886) noch keineswegs zu einem solchen Verzicht an.

Im Innern war es die wie eine ewige Krankheit sich forterbende irische Frage, welche das Behagen des englischen Volkes störte. Eine drohende Hungersnot brachte schon im Jahre 1879 die Agitation gegen das „Gutsherrentum" aufs neue in Fluß: bei den Wahlen von 1880 erlangte die irische Nationalpartei, von einem Protestanten Parnell geführt, die Homeruler, 63 Sitze. Ein erster Versuch, der Agitation, die sich nach altirischer Weise in Gewaltübung und Mord — der eigentümlichen Species der „agrarischen Morde" — kundgab, durch Zugeständnisse zu steuern, scheiterte im Oberhause (1880). Die Zustände verschlimmerten sich, und die Landliga, welche sich die Unterdrückung des Gutsherrentums um jeden Preis und auch schließlich durch jedes Mittel zum Ziele setzte, übte immer durchgreifender ihren Terrorismus. Auch

Gladstone mußte sich zu Zwangsmaßregeln entschließen, und das Parlament unterstützte ihn, indem es zugleich seine eigene Macht gegen ungefüge Mitglieder vermehrte: denn die irischen Mitglieder, stets die Plage des englischen Unterhauses, hatten die Privilegien des Hauses zur Hintanhaltung ihnen mißliebiger Beschlüsse bis zum äußersten gemißbraucht. Zugleich aber legte er (7. April 1881) eine sogenannte Landbill vor, welche in liberaler Weise die Pächter gegen Exmittierung schützte und ihnen gestattete, gegen zu hohen Pachtzins ein zu diesem Zweck eingerichtetes Tribunal anzurufen: sie ward (18. August) im Oberhaus angenommen, während die Landliga dagegen die Parole, daß gar kein Pachtzins gezahlt werde, festhielt. Am 6. Mai 1882 wurde der neue Minister für Irland Lord Cavendish und sein Unterstaatssekretär Bourke im Phönixpark zu Dublin ermordet: fast unmittelbar nachdem Gladstone mit Parnell ein Abkommen getroffen hatte, worauf eine neue Zwangsbill folgte. Aber fortwährend sah sich, wenn auch ein Teil der irischen Partei auf den legalen Weg zurücklenkte, das englische Volk an die unglückliche Frage erinnert durch Dynamitexplosionen, gelungene und vereitelte, welche eine allgemeine Plage dieser Zeiten sind, und die durch die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten — so wie lange Zeit in England selbst — auf amerikanischem Boden in ziemlicher Muße geplant und vorbereitet werden können. Es verdient Anerkennung, daß Gladstone sich dadurch nicht beirren ließ, auf dem Wege der Gesetzgebung weiterhin die durch das Unrecht der Jahrhunderte geschürzte Frage wirklich zu lösen: seit den Neuwahlen im Jahre 1885, wo die Parnelliten bei dem Stimmenverhältnis der altenglischen Parteien den Ausschlag im Unterhause gaben und der mächtigste liberale Führer selbst den „Ausgleich" mit Irland (homerule) zu seinem Programm gemacht hat, ist diese irische Frage in ein sehr ernsthaftes Stadium getreten.

So hat jedes Land, auch das einst so vielbeneidete Großbritannien, seinen Pfahl im Fleische. Das eine leidet an seiner Vergangenheit, an Übeln, die ihm von der Geschichte überliefert sind, das andere hinwiederum daran, daß es keine überlieferten und befestigten Grundlagen hat, sondern gleichsam von vorn anfangen muß. Ein solcher neuer Staat in gewissem Sinne war das Königreich Italien. Und doch hat dieser Staat in seinem Volkskörper einen ganz unorganischen Teil stecken, den ihm die Jahrhunderte hinterlassen haben: das Papsttum, welches von dem engen Raum aus, der ihm geblieben, ein — nur dem Vorgeben nach, nicht aber in Wahrheit — ganz geistliches, über die Erde verbreitetes Reich regierte. Es sind noch nicht 30 Jahre her, so war oder schien mit dem Papsttum eine ganze Welt historischen Rechts oder Unrechts solidarisch verbunden, Königtümer, Großherzog-

tümer, Fürstentümer: sie alle, der Kirchenstaat wie das Königreich Neapel, das Großherzogtum Toscana, die Herzogtümer Parma und Modena, sind verschwunden, als wären sie niemals dagewesen. Und mehr noch: man sollte denken, daß diese verschwundenen Politieen, wie es sonst doch in der Welt zugeht, ansehnliche Reste zurückgelassen hätten, welche der neuen Ordnung Schwierigkeiten, Verlegenheiten, Gefahren bereiteten. Von dem allem gewahrt man so gut wie nichts, und die Partei von jenseit der Berge, die Priesterschaft und ihre Klientel, welche anderwärts, in Deutschland, Frankreich, Belgien, Rußland so viel Lärm macht, sie scheint hier diesseit der Alpen, wo doch das Himmelschreiende geschehen ist, keine Stimme zu haben, oder ihren Klagen scheint kein Nachdruck innezuwohnen. Man vernimmt dann und wann einen Protest, etwa wenn es sich (wie Juni 1880) um Erbauung einer ketzerischen anglikanischen oder gar (1884) einer altkatholischen Kirche handelte, einen lauten Schrei der Entrüstung, wie bei den niederträchtigen Scenen aus Gelegenheit der Überführung der Leiche Pius' IX. (12. Juli 1881) von der Peterskirche nach San Lorenzo: sonst aber bildet in der That doch bis jetzt wenigstens der Klerikalismus für das neue Italien keine ernsthaften Schwierigkeiten.

Überhaupt machen die inneren Entwickelungen Italiens auffallend wenig von sich reden. Es hat seine radikalen Thoren, seine Attentate, seine Ministerkrisen: aber seine inneren Fragen sind Abschaffung bestimmter Steuern, Bau und Rückkauf von Eisenbahnen, Handelskonventionen. Ein in der That großartiger Erfolg ist das Verschwinden des Deficits, die Regelung der Finanzen eines Landes mit solcher Geschichte binnen weniger als zwanzig Jahren: am 1. März 1883 wurde das Dekret unterzeichnet, durch welches der Zwangskurs des Papiergeldes aufgehoben wurde. Im Jahre 1881 (2. Februar) kam eine Wahlreform zu stande, welche die bisherigen 600 000 Wähler um etwa 2 Millionen vermehrte, das Wahlrecht verständigerweise an die Fähigkeit des Lesens und Schreibens und einen mäßigen Census knüpfte und zugleich das Listenskrutinium einführte: die Finanzen standen schon 1882 so günstig, daß eine sehr beträchtliche Verstärkung des Heeres beschlossen werden konnte. Die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetze (Oktober 1882) fielen zu Gunsten des Ministeriums Depretis, welches am Ruder verblieben war, aus. Dies war von Wichtigkeit, da dieses Ministerium in der auswärtigen Politik den Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis bewirkt hatte und dieser Anschluß ein energisches Einschreiten gegen das thörichte und verbrecherische Treiben der Irredentisten einschloß — jener Radikalen, welche die Erlösung von Triest und Welschtirol zum Vorwand und Aushängeschild nahmen: der Held der nationalen Unabhängigkeit, der sich nach und nach als Bannerträger aller unver-

gorenen Freiheitsideen hatte mißbrauchen lassen, Garibaldi, war im Jahre zuvor, im Juni 1882, zu Caprera gestorben. Jener Anschluß war eine politische Notwendigkeit geworden durch das, was in Tunesien geschah und was das Ministerium Cairoli, das darüber zu Falle kam (12. November 1881), nicht hatte verhindern können. Umsonst gaben die französischen Radikalen ihren italienischen Brüdern die besten Worte: die Thatsache, daß Italien dort beiseite geschoben war und die französische Herrschaft sich an einer Stelle festgesetzt hatte, welche seit den Kämpfen Roms und Karthagos italienischen Mächten entweder gehörte oder sie gefährdete, sprach mit unzweifelhafter Deutlichkeit: die Interessen Italiens und Frankreichs stießen hier im Mittelmeer feindlich gegeneinander. Die Festsetzung Frankreichs an dieser Stelle bedeutete Feindschaft — selbst ein Mann wie Garibaldi fühlte es — und zwar nicht bloß Feindschaft eines Tages, sondern einen dauernden, harten, nicht zu versöhnenden Gegensatz. Zu machen aber war heute und morgen nichts; einen Krieg um diese Frage sofort zu führen, dazu war Italien noch nicht stark, noch nicht Großmacht genug, wie es denn auch die Mitwirkung in Ägypten, zu welcher England es einlud, ablehnte, sie anzunehmen nicht wagte, vielleicht im wohlverstandenen Interesse seiner inneren Kräftigung nicht durfte: die richtige Antwort war jenes Bündnis, welches den Gegensatz Österreich-Italien der Geschichte, der Vergangenheit, hoffentlich für immer, überwies.

Der politische Begriff Großmacht war bis zu den jüngsten Ereignissen nur auf die bekannte Fünfzahl England, Frankreich, Österreich, Preußen, Rußland angewendet: an Stelle Preußens ist das Deutsche Reich getreten; Italien und Spanien erheben Anspruch auf den Titel, der indes zuweilen auch mit sehr lästigen Pflichten verbunden ist. Dieses letztere Land, Spanien, hat in den Jahren, welche seit der Thronbesteigung des Königs Alfons XII. (1875) verflossen sind, sich einer verhältnismäßigen Stetigkeit der Entwickelung erfreut. Der König, dessen Thron teils von den Karlisten, teils von den republikanischen Doktrinären angefochten ward, und der auch seinerseits gelegentlich von Attentaten heimgesucht wurde, zeigte Verstand und Mut: beides bewies er dem Pariser Pöbel und der dortigen Regierung, die sich vor diesem Pöbel fürchtete, gegenüber, ebenso wie in den inneren Angelegenheiten, wo er die königliche Kunst bewies, sich über den Parteien zu halten und nach dem Bedürfnis der politischen oder, wie man sich in den Ländern der strikteſten konstitutionellen Observanz verblümt ausdrückt, der parlamentarischen Lage zuweilen mit den vorwaltenden Staatsmännern zu wechseln: Martinez Campos, Canovas del Castillo, Sagasta, Posada-Herrera: sein frühzeitiger Tod im Jahre 1885 war ein Unglück für das Volk, das seine Unreife kurz vorher in der leidenschaftlichen Weise

zeigte, mit der es sich bei Gelegenheit der Occupation der Karolineninseln durch das Deutsche Reich benahm. Der letztere Streitpunkt ist durch einen Schiedsspruch des Papstes beglichen worden.

Noch weniger machen die skandinavischen Staaten von sich reden: fast das Wichtigste für das gesamteuropäische Interesse war die staatsrechtliche Doktorfrage, welche sich in Norwegen durch einen Beschluß des Storthings erhob (1880), demzufolge, entgegen der Verfassung von 1814, die Minister oder Staatsräte gehalten sein sollten, den Verhandlungen des Storthings anzuwohnen: ob nämlich bei einer Frage der Verfassungsänderung — Änderung des Grundvertrags zwischen 2 Kontrahenten — der König ein absolutes Veto geltend machen könne, während ihm die Verfassung sonst den Beschlüssen der Volksvertretung gegenüber nur ein suspensives zuweist. Hier wie in Schweden und Dänemark ist eine starke demokratische Partei vorhanden, welche namentlich gegen alles, was, wie z. B. die Heeresorganisationen, die Finanzen belastet, gestimmt ist, und welche bei der Lage des Landes sich auch den Luxus der Sparsamkeit, möchte man sagen, in dieser Hinsicht gestatten kann. Dänemark trifft Anstalt, das Kriegsbeil zu begraben, da, seitdem Österreich auf die Ausführung des berühmten Artikels V. des Prager Friedens verzichtet hat, auch die letzte Aussicht auf Zurückerlangung der nordschleswigschen Distrikte verschwunden ist. Was endlich die Staaten Holland, Belgien und Schweiz, denen man der Vollständigkeit wegen das kleine Luxemburg beizählen kann, betrifft, so ist in ihrem Leben, dessen wohlthätige Wirkung wir früher dargelegt haben, seither nichts Neues zu Tage getreten. In Holland wie in der Schweiz vollzieht sich das politische Leben ruhig in den verfassungsmäßigen Formen und durch Abstimmungen der gesetzlich Berufenen, die sich zuweilen wie in Holland angesichts der nur noch spärlich gesicherten oranischen Erbfolge vor Lebensfragen des Landes gestellt sehen; in der Schweiz werden namentlich die kirchenpolitischen Angelegenheiten mit einer beneidenswerten Ruhe und Sicherheit behandelt, und desgleichen kennt Regierung und Volk dort auch einer anderen Art von Störern des europäischen Friedens, den Aposteln des kosmopolitischen Socialismus gegenüber die Grenzen, wo man gegen ungebetene Gäste das Hausrecht brauchen muß. Kein so kampfloses Geschick ist dem belgischen Staate gefallen, wo das ohne Entscheidung sich hinziehende Ringen der Liberalen und der Klerikalen beständig das Interesse Europas, das überall unter verschiedenen Formen von demselben Gegensatze bewegt wird, auf das kleine, in höchster materieller Blüte stehende Land lenkt. Der Kampf dreht sich hier um das Gebiet, auf dem er nicht bloß hier, sondern überall ausgefochten wird, und auf welchem der klerikale Obskurantismus, wenn er überhaupt besiegt werden kann, besiegt werden

muß, — um die Schule. Das liberale Kabinett, welches seit Juni 1878 am Ruder war, brachte ein Unterrichtsgesetz durch, welches am 1. Juli 1879 die königliche Sanktion erhielt: es überwies den Religionsunterricht der Familie und der Geistlichkeit, der es ein Schullokal zu diesem Behuf zur Verfügung stellte, aber jeden weiteren Einfluß auf die Schule entzog. Eine klerikale Agitation gegen die Staatsschule wurde alsbald unternommen, welche nach und nach hart an die Schranke des Gesetzes stieß; die Kammer antwortete 1880 mit einer Untersuchungskommission, welche sich ans Werk machte und unsäglichen Unfug auf dem klerikalen Schulboden ans Licht zog; zugleich kam der leitende Minister Frère-Orban in die Lage, die Rolle, welche der Papst in dem Streit der Bischöfe mit der Regierung aus Anlaß des neuen Unterrichtsgesetzes gespielt hatte, mehr wahr als höflich mit dem Ausdruck fourberie (Verlogenheit) zu bezeichnen. Die Festlichkeit des Jahres 1880 — fünfzig Jahre Unabhängigkeit, — bei welcher dies Volk eine unglaubliche Ausdauer im Ertragen einer langen Reihe von guten Tagen bekundete, störte dieser Hader wenig. Gegen den siegreich vorschreitenden Liberalismus aber hatten die Klerikalen eine gefährliche Waffe — die Wahlreform, die Erweiterung des Wahlrechts, bei welcher Forderung sie eine radikale Partei, die sich in dieser Frage von den Liberalen trennte, in derselben Weise wie sonst in der Welt, zum unbewußten oder unfreiwilligen Verbündeten hatte: wie in Deutschland besorgte dieser doktrinäre Radikalismus die Geschäfte der klügeren Leute, welche sich desselben aufs beste zu bedienen wußten. Es gelang dem gefährlichen Experiment im Jahre 1882 noch auszuweichen. Im Jahre 1883 aber wurde die Wahlreform zunächst für die Gemeinde- und Provinzialvertretungen zum Gesetz erhoben und eine Prüfung behufs Erwerbung des Wahlrechts eingeführt; und im Jahre 1884 brachten die Wahlen, unter dem Einfluß der radikalen Agitation, welche sehr viel zu früh kam, einen großen Umschwung. Sie ergaben eine Mehrheit von 34 Stimmen für die Klerikalen: selbst in Brüssel siegten die sämtlichen 16 Kandidaten dieser Partei. Das liberale Ministerium trat zurück, ein schroff klerikales, Malou, an seine Stelle. Dieses verlor keinen Augenblick, das liberale Schulgesetz von 1879 in ein klerikales zu verwandeln. Dessen wichtigste Bestimmung war, daß den Gemeinden freigestellt wurde, ob sie auf ihre eigenen Kosten Gemeindeschulen halten oder ob sie ihre Kinder schulpflichtigen Alters in die von Geistlichen geleiteten Privatschulen schicken wollten. Die große Aufregung, welche dieses Gesetz in den Städten hervorrief, nötigte, das hitzige Ministerium mit einem gemäßigteren (Bernaert) zu vertauschen: die Gemeindewahlen im Oktober waren zu Gunsten der liberalen Anschauung ausgefallen. Ob

das in allerjüngster Zeit in diesem Lande Geschehene, — wo die Arbeiter einiger Industriebezirke, zu großen Massen sich zusammenballend, den socialen Krieg versucht haben und nach wilden und wahnsinnigen Akten der Zerstörung mit namhaften Truppenkräften haben gebändigt werden müssen, dazu führen wird, die Schulbildung zu vertiefen und mit mehr Ernst unter den Massen zu verbreiten, und ob, selbst wenn dies geschieht, dieser Bildung die Macht innewohnen wird, die wilden Triebe eines gedankenlosen Egoismus zu zügeln, muß die Zukunft lehren: die Prahlerei, in welcher sich die klerikalen Führer in Deutschland gefielen, daß in katholischem Lande die Gefahr des Socialismus nicht existiere, fand hier eine gründliche Widerlegung. Diese Gefahr selbst beherrscht weithin die Gemüter: man darf hoffen, daß eben diese Gefahr, wie in Deutschland durch die Initiative des Kaisers der Anfang gemacht ist, die rechten Heilmittel der vorhandenen Übel, soweit die Macht des Staates und der Gesellschaft reicht, finden lehren und daß so ein Kampf, wie ihn das Reformationszeitalter des 16. Jahrhunderts in dem Bauernkriege auszufechten gehabt hat, unserem Jahrhundert erspart bleiben werde, das man, wie jenes sechzehnte, ein Reformationszeitalter zu nennen berechtigt ist.

Zu dieser Reformarbeit hat die französische Revolution, deren Centenarium die Franzosen in diesem Jahre, 1889, festlich begehen, einen kräftigen Anstoß gegeben, aber sie hat diese Reform nicht selbst wie etwas Fertiges gebracht, so wenig als die Reformation im 16. Jahrhundert die Befreiung der Geister von Glaubensdruck und Gewissenszwang als etwas Fertiges dargeboten hat. Die Bewegung von 1789 hat die Forderung der Freiheit des Volks mit mehr Nachdruck als Verständnis gestellt: in den ereignisvollen 100 Jahren, die seither verstrichen sind, hat man allmählich gelernt, daß die Freiheit eine Tugend ist, für welche ein Volk, eine Gesellschaft, ein Staat erzogen und gebildet werden muß und welche beständig geübt und bethätigt sein will, wenn man von einem freien Volke und einem freien Staate soll sprechen können. Allerdings aber wird, eben wie seit dem 16. Jahrhundert die Grundfrage für jede europäische Nation die war, wie sie sich zu der religiösen Idee stelle, und wie von dieser ihrer Stellung zur Reformation ihr Schicksal und ihr geschichtlicher Wert abhing, so jetzt eine entsprechende Hauptfrage die sein, wie sie sich zu der Idee politischer Freiheit und zu den ethischen Forderungen, welche diese Idee einschließt, stelle: wie und in welchem Maße eine jede dieser Nationen Ordnung und Freiheit, Fürsorge für die Masse des Volks und was alles der vielumspannende Begriff des Rechtsstaats verlangt, in ihrem Schoße verwirkliche.

Wir können am Schlusse unseres Werkes, da wo die geschichtliche Darstellung mit der Tagespolitik sich berührt, diesen Gesichtspunkt auf-

stellen und betonen, aber wir dürfen uns nicht vermessen, über Dinge, die noch im Flusse sind, wie über abgeschlossene geschichtliche Vorgänge zu urteilen, — wir müssen uns begnügen, auf einige Hauptmomente im Leben der Staaten während der letzten Jahre hinzuweisen.

Die Lösung der Aufgabe, ein Gleichgewicht und Verhältnis gegenseitiger Ergänzung zwischen staatlicher Autorität und möglichster Freiheit des Volks herzustellen, scheint in Frankreich am wenigsten gelungen. Am 1. Dezember 1887 hat der Vertreter der „gemäßigten Republik", Jules Grévy, seine Präsidentenwürde niedergelegt und ist durch einen Mann von gutem Namen, Carnot, ersetzt worden: aber die Zustände sind dort so wenig befestigt, daß eine Persönlichkeit zweifelhaftesten Charakters, von der niemand sagen kann, ob sie republikanisch oder royalistisch oder cäsarisch oder einfach egoistisch denkt, eine Rolle spielt, zu der früher große Thaten oder große Eigenschaften oder zum mindesten ein großer Name erfordert wurden. Diese Republik erscheint in diesen letzten Jahren auch auf romanischem Boden von der konstitutionellen Monarchie überholt: in Italien, Portugal, Spanien, wo die ruhige Staatsentwickelung in den Formen verfassungsmäßigen Königtums sich befestigt. Am auffallendsten ist dies in Spanien, wo für den am 17. Mai 1886 geborenen König Alfons XIII. eine Frau, eine Fremde, die Königin-Mutter Erzherzogin Christine, die Regentschaft in Ruhe führt und wo seit bald 15 Jahren das Königtum nicht ernstlich angefochten worden ist; in Italien bedeutet, gegenüber den vollständig am Boden liegenden Mächten der Vergangenheit wie gegenüber der radikalen Thorheit, welche die Humanitätsphrasen im Munde führt und mit dem Verbrechen liebäugelt, das Königtum die nationale Ordnung und den ruhigen Fortschritt. Das Papsttum, dessen Träger, Leo XIII., am 31. Dezember 1887 sein 50jähriges Priesterjubiläum feierte, behauptet eine machtvolle Stellung über die weite Welt seiner Gläubigen in allen Ländern, die ihre Schätze bei dieser Gelegenheit in den Sälen des Vatikans aufgeschüttet haben: aber dem nationalen Königtum, das zwei Schritte davon die Schildwache in der Uniform des Königs von Italien vergegenwärtigt, kann diese Weltmacht nichts mehr anhaben. In Rußland, neben der Türkei dem einzigen noch despotisch verwalteten Staat in Europa, scheint die Reformarbeit ganz stillzustehen. Von nihilistischen Attentaten hat in diesen letzten Jahren nichts verlautet. Die europäische Welt aber empfindet eben diese Ruhe des ungeheueren Reichs, in dessen Gesellschaft doch Leidenschaften der Eroberungslust und eines barbarischen Ehrgeizes gären, als eine Gefahr; sehr zeitgemäß war deshalb (3. Februar 1888) die Veröffentlichung jenes Bündnisses, das am 7. Oktober 1879 zwischen den Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Mon-

archie abgeschlossen worden war, und das die gesamte Kriegsmacht beider Reiche einem etwaigen russischen Angriff entgegenstellt. In Österreich macht das slawische Element zum Schaden des deutschen bedenkliche Fortschritte, aber zu gewaltsamen Lösungen erscheint die Lage nicht angethan und die konstitutionelle Maschine arbeitet dort nicht ohne gute Frucht und dient dazu, die Gegensätze wenigstens zu mildern. Gedeckt durch das Bündnis mit Deutschland und Italien, welches dem ganzen Erdteil einigermaßen den Frieden gewährleistet, kann dieses Reich seine Wachsamkeit dem Osten zuwenden, wo die letzte Phase der berühmten orientalischen Frage, die bulgarischen Ereignisse, nur erst eine sehr vorläufige Lösung gefunden hat. Hier hat eine Revolution zuerst im September 1885 die künstlichen Schranken, die der Berliner Friede zwischen Bulgarien und Ostrumelien aufrichtete, niedergeworfen: der energische deutsche Fürst, der mit Rußlands Genehmigung in Bulgarien regierte, hat sich an ihre Spitze gestellt und die Kraft der jungen Nation in einem wunderbaren Siege bei Slivnitza am 19. November 1885 gegen den überlegenen Angriff des eifersüchtigen Serbiens bethätigt. Nach kaum Jahresfrist aber stürzte ihn eine Militärverschwörung (21. August 1886) und der Haß der Russen, deren Erwartung, ein gefügiges Werkzeug in ihm zu finden, er getäuscht hatte, zwang ihn, nachdem die Nation ihn schnell wiederhergestellt hatte, zur Abdankung. Der neue Fürst, Prinz Ferdinand von Koburg, den die noch durch Alexander eingesetzte Regentschaft ausgemittelt, residiert, von niemand anerkannt, bis auf weiteres in Sofia, wo er am 20. August 1887 seinen Einzug gehalten hat. Im übrigen darf man die Befreiung dieses wie der übrigen Staaten der Balkanhalbinsel von der türkischen Herrschaft, überhaupt das nahende Ende dieser Herrschaft auf europäischem Boden als einen dauernden Gewinn und Fortschritt im weltgeschichtlichen Sinn anerkennen, da der Islam und das Türkentum nirgendwo auf die von ihm ergriffenen und beherrschten Völker anders als kulturstörend, lähmend, zerstörend gewirkt hat.

Der christlichen Kultur und zwar ihrer freiesten, vorurteilslosesten Form gehört offenbar die Zukunft: diese Kultur beginnt früher besessene und dann verlorene Gebiete zurückzugewinnen, sie dringt siegreich in neue Gebiete vor, welche das Vorurteil ihrer Bevölkerungen oder natürliche Schwierigkeiten, Unzugänglichkeit, Unbekanntschaft ihr bisher versagt hatten. Die Führung oder die erste Stelle bei allen überseeischen Beziehungen unseres Erdteils hat England behalten, aber auch Deutschland, kaum erst zu einem politisch-wirkungskräftigen Ganzen geeinigt, beteiligt sich mit Eifer an diesem rühmlichen Werk, während es gleichzeitig in seinem Innern das ungeheuere Problem der Socialgesetzgebung mit Entschlossenheit in Angriff genommen hat. Die Herstellung

dieſer centralen Großmacht im Herzen Europas, welche durch die Natur des Volks und ſeiner politiſchen Inſtitutionen einen maßvollen, aber ſtets nach vorwärts gerichteten Gang verbürgt, bleibt das wichtigſte weltgeſchichtliche Ereignis, welches der zweiten Hälfte unſeres Jahrhunderts das Gepräge giebt, und wie ſehr dies allenthalben empfunden wird, hat das Jahr 1888 bewieſen. Die allgemeine Teilnahme der Völker an den Ereigniſſen vom 9. März und vom 15. Juni, dem Tode Wilhelms I. und Friedrichs, iſt für ſich ſelbſt ein weltgeſchichtliches Phänomen: noch wichtiger aber war, daß dieſes ſo junge Reich die Kriſis der zwei ſo raſch ſich folgenden Todesfälle ſeiner beiden erſten Kaiſer ohne jede tiefere Erſchütterung beſtanden hat, und daß die deutſchen Fürſten — die Herren der Einzelländer, in welchen man ſo lange die Vertreter der Vielheit, der Geteiltheit und des Auseinanderſtrebens in der Nation hat ſehen müſſen, — in geſamter Zahl in einer großen und freiwilligen Kundgebung ſich um den neuen Thron ſcharten, als am 25. Juni 1888 der dritte deutſche Kaiſer, Wilhelm II., zum erſtenmal zu dem Reichstag des deutſchen Volkes ſprach.

Zeittafel

über

die Ereigniſſe ſeit 1814.

1814 30. Mai. Erſter Pariſer Friede.
3. Nov. Eröffnung des Wiener Kongreſſes.
1815 16. Febr. Ausbruch Napoleons von Elba.
13. März. Achtserklärung der Mächte.
1. April. Otto von Bismarck-Schönhauſen geboren.
8. Juni. Deutſche Bundesakte.
9. Juni. Schlußakte des Wiener Kongreſſes.
18. Juni. Schlacht bei Waterloo.
9. Juli. Ludwig XVIII. wieder in Paris.
26. Sept. Vertrag der Heiligen Allianz durch die Monarchen von Rußland, Öſterreich und Preußen unterzeichnet.
16. Okt. Napoleon landet auf St. Helena.
1816 3. Jan. Preußen: Rheiniſcher Merkur verboten; 6. Jan. Tugendbund aufgehoben.
15. Mai. Verfaſſung in Weimar.
15. Sept. Frankreich: Unfindbare Kammer aufgelöſt.
30. Oktober. Verfaſſungswirren in Württemberg; Regierungsantritt Wilhelms I.
5. Nov. Eröffnung des Deutſchen Bundestags zu Frankfurt a. M.
Mißwachs und Hungersnot.
2. Dez. Unruhen in London; Reformagitation.
1817 — James Monroe, Präſident der Vereinigten Staaten: „Monroe-Doktrin".
18. Okt. Deutſchland: Wartburgfeſt; wachſende Reaktion.
1818 5. Febr. Schweden und Norwegen: Karls XIII. Tod; Karl XIV. Johann (Bernadotte) König.
27. März. Polen: erſter Reichstag zu Warſchau.
26. Mai. Bayriſche Verfaſſung.
22. Aug. Badiſche Verfaſſung.
5. Sept. Orient: die Wechabiten in der Schlacht von Dejareh durch Mehemed Ali beſiegt.
29. Sept. bis 21. Nov. Kongreß zu Aachen; Stourdzas Denkſchrift über die deutſchen Angelegenheiten. — Abzug der Occupationstruppen aus Frankreich.
1819 23. März. Deutſchland: Kotzebues Ermordung durch Sand.
16. Aug. England: Blutbad von Mancheſter.
20. Sept. Deutſchland: Bundestag verkündet Karlsbader Beſchlüſſe.
25. Sept. Deutſchland: Verfaſſung in Württemberg.
1. Nov. Deutſchland: Centraluntersuchungskommiſſion in Mainz.
25. Nov. Miniſterialkonferenzen in Wien.
1820 1. Januar. Spanien: Oberſt Riego proklamiert Verfaſſung von 1812; Aufſtand in der Isla de Leon.
17. Jan. Preußen: k. Verordnung, daß neue Anleihen nur unter Mitwirkung der Reichsſtände abgeſchloſſen werden dürfen.
29. Jan. England: Georgs III. Tod; Georg IV. König.
13. Febr. Frankreich: Ermordung des Herzogs von Berry.

1820 7. März. Spanien: Aufstand siegreich; Ferdinand VII. beschwört Verfassung von 1812.
25. März. Rußland und Polen: Jesuitenorden aufgehoben.
15. Mai. Wiener Schlußakte: der Deutsche Bund ein „völkerrechtlicher unauflöslicher Verein".
6. Juni. England: Königin Karoline kehrt zurück; Skandalprozeß.
7. Juli. Italien: Aufstand in Neapel; spanische Konstitution von 1812 eingeführt.
15. Juli. Italien: Aufstand in Palermo.
24. August. Portugal: Erhebung gegen Lord Beresford.
29. Sept. Frankreich: Herzog von Bordeaux geboren.
20. Okt. bis 20. Nov. Kongreß zu Troppau.
17. Dez. Deutschland: Verfassung im Großherzogtum Hessen.

1821 6. Jan. bis 12. Mai. Kongreß zu Laibach; Intervention in Neapel beschlossen.
7. März. Griechenland: Alexander Ypsilanti in den Donaufürstentümern; Proklamation v. Jassy; Beginn des griechischen Freiheitskampfes.
7. März. Italien: Kampf bei Rieti; 24. Einzug der Österreicher in Neapel.
11. März. Italien: Erhebung in Turin.
6. April. Griechenland: Ausbruch des Aufstands im Peloponnes.
10. April. Italien: Einzug der königlichen Truppen in Turin; 11. der Österreicher in Alessandria.
5. Mai. Napoleons Tod auf St. Helena.
19. Juni. Türkei: Kampf bei Dragatschan endigt den Aufstand in den Donaufürstentümern.
4. Juli. Portugal: Dom Johann VI. landet, beschwört die Verfassung.
15. Juli. Türkei: Rußland stellt ein Ultimatum an die Pforte.
17. Okt. Italien: Reaktion in Piemont; König Karl Felix zieht in Turin ein.

1822 1. Jan. Griechenland: Nationalkongreß von Piada proklamiert die Unabhängigkeit.
5. Febr. Türkei: Ali Pascha von Janina unterworfen.
14. April. Türkei: Verheerung von Chios.
16. Juli. Griechenland: Niederlage der griechischen Streitmacht bei Peta.
12. Aug. England: Lord Castlereaghs Tod; Georg Canning Minister des Auswärtigen.
12. Okt. Dom Pedro Kaiser von Brasilien; Trennung Brasiliens und Portugals.
20. Okt. bis 14. Dez. Kongreß zu Verona.

1823 12. April. Frankreich u. Spanien: Herzog von Angouleme überschreitet die spanische Grenze.
24. April. Spanische Intervention; Franzosen ziehen in Madrid ein.
3. Juni. Portugal: Herstellung des Absolutismus.
5. Juni. Preußen: Einführung von Provinzialständen.
27. Sept. Leo XII. Papst.
1. Okt. Spanien: Cadiz ergiebt sich an die Franzosen.
13. Nov. Ferdinand VII. wieder in Madrid.

1824 5. Jan. Griechenland: Lord Byron in Missolunghi.
30. April. Portugal: Empörung Dom Miguels; 9. Mai: Unterwerfung.
16. Septbr. Frankreich: Ludwigs XVIII. Tod; Karl X. König.

1825 1. Jan. England erkennt die Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten an.
Febr. Griechenland: Ibrahim Pascha landet im Peloponnes.
April. Frankreich: Sakrilegiumsgesetz (Ministerium Villèle).
Mai. Griechenland: Belagerung von Missolunghi.
17. Aug. Preußen: Kabinettsorder in betreff der gemischten Ehen in Rheinland und Westfalen.
13. Okt. Deutschland: Regierungsantritt Ludwigs I. von Bayern.
1. Dez. Rußland: Alexanders I. Tod; Nikolaus I. Zar; 26. Aufruhr in St. Petersburg.

1826 10. März. Portugal: Johanns VI. Tod.
4. April. Rußland und England einigen sich über die griechische Frage.

1826 22. April. Griechenland: Missolunghi fällt.
25. April. Portugal: Dom Pedro von Brasilien giebt Verfassung für Portugal; Regentschaft im Namen Marias da Gloria.
15. Juni. Türkei: Vertilgung der Janitscharen in Konstantinopel.
7. Okt. Vertrag von Akjerman zwischen Rußland und Pforte.
12. Dez. England: Rede Cannings über die Notwendigkeit einer Intervention in Portugal.
1827 1. Jan. Portugal: Engländer unter Clinton landen in Lissabon.
Febr. Abzug der Österreicher aus Neapel; Abzug der Franzosen aus Spanien.
30. April. Frankreich: Nationalgarde aufgelöst.
6. Juli. Griechenland: Londoner Vertrag zwischen England, Rußland u. Frankreich zum Zwecke der Pazifikation Griechenlands.
8. Aug. England: Cannings Tod.
20. Okt. Griechenland: Seeschlacht bei Navarino.
5. Nov. Türkei: die Pforte erklärt die Verträge mit den europäischen Staaten für aufgehoben.
1828 4. Jan. Frankreich: Ministerium Villèle entlassen; Ministerium Martignac.
10. Jan. England: Ministerium Wellington.
18. Jan. Deutschland: Zollbund zwischen Bayern und Württemberg.
4 Febr. Johann Kapodistrias Kybernetes von Griechenland.
10. Febr. Friede zwischen Rußland und Persien zu Turkmantschai.
28. April. Rußland erklärt Krieg an die Pforte.
3. Mai. Portugal: Usurpation Dom Miguels; 8. Aug. Protest Dom Pedros.
29. Aug. Ibrahim Pascha räumt den Peloponnes; Franzosen in Morea.
1829 31. März. Papst Pius VIII.
13. April. England: Katholikenemancipationsbill vom König bestätigt.
27. Mai. Deutschland: Vereinigung des preußischen u. des süddeutschen Handelssystems; Anfänge des deutschen Zollvereins.
1829 9. Juli. Russisch-Türkischer Krieg: Erzerum eingenommen; 29. Aug. Diebitsch vor Adrianopel.
8. Aug. Frankreich: Ministerium Polignac.
14. Sept. Friede von Adrianopel.
10. Dez. Spanien: Ferdinand VII. heiratet Marie Christine von Neapel.
1830 3. Febr. Protokoll der Mächte erklärt Griechenland für einen unabhängigen Staat.
20. April. Frankreich erklärt Krieg an den Dei von Algier.
26. Juni. England: Georgs IV. Tod; Wilhelm IV. König.
25. Juli. Frankreich: die Juliordonnanzen.
26., 27., 28. Juli. Frankreich: die 3 Tage; Aufstand siegreich; Karl X. dankt ab; Ludwig Philipp Generalstatthalter.
9. Aug. Julirevolution vollendet; Ludwig Philipp König der Franzosen.
25. Aug. Niederlande: Aufstand in Brüssel.
6., 7. Sept. Deutschland: Revolution in Braunschweig.
14. Sept. Deutschland: Aufstand in Kassel.
4. Nov. Londoner Konferenz in Sachen Belgien-Holland.
10. Nov. Belgien: Nationalkongreß in Brüssel.
29. Nov. Polen: Aufstand in Warschau.
1831 Jan. Bewegungen in der Schweiz.
5. Jan. Deutschland: kurhessische Verfassung.
8. Jan. Deutschland: Aufstand in Göttingen.
20. Jan. Belgiens Unabhängigkeit in London anerkannt.
2. Febr. Italien: Papst Gregor XVI.; Aufstand in Modena, Parma.
19. Februar. Polen: Schlacht bei Grochow.
26. Febr. Italien: Aufstand in Bologna.
1. März. England: Ministerium Grey legt Reformbill vor.
12. März. Frankreich: Casimir Périer Minister.
21. März. Italien: Österreicher im Kirchenstaate.
27. April. Italien: Karl Albert in Piemont König.

1831 26. Mai. Rußland-Polen: Schlacht bei Oſtrolenka.
4. Juni. Belgien: Leopold von Koburg zum König gewählt.
21. Juli. Belgien: Leopold I. beſchwört die belgiſche Verfaſſung; holländiſch-belgiſcher Krieg.
8. Sept. Rußland-Polen: Kapitulation von Warſchau.
9. Okt. Griechenland: Kapodiſtrias ermordet.
21. Nov. Frankreich: Arbeiteraufſtand in Lyon.
1832 23. Februar. Frankreich-Italien: Franzoſen in Ancona.
26. Febr. Rußland: „Organiſches Statut" für Polen.
8. März. Prinz Otto v. Bayern zum König von Griechenland beſtimmt.
17. März. Schweiz: Siebenerkonkordat zum Schutze der liberalen Verfaſſungen.
22. März. Deutſchland: Goethes Tod.
24. April. Frankreich: legitimiſtiſcher Aufſtand der Herzogin v. Berry.
16. Mai. Frankreich: Caſimir Périers Tod.
27. Mai. Deutſchland: Hambacher Feſt.
7. Juni. England: Reformbill Geſetz.
5. Juli. Deutſchland: reaktionäre Beſchlüſſe des Bundestages.
14. Nov. Schweiz: Sarner Bündnis der konſervativen Kantone.
21. Dez. Türkei: Ibrahim Paſcha beſiegt die Truppen des Sultans bei Konia.
23. Dez. Belgien: holländiſcher General Chaſſé übergiebt die Citadelle von Antwerpen.
1833 21. Jan. Türkei: Sultan Mahmud ruft ruſſiſche Hilfe an.
30. Jan. Griechenland: König Otto landet in Nauplia.
8. April. Deutſchland: Frankfurter Putſch gegen den Bundestag.
5. Mai. Türkei: Friede zu Kjutahia zwiſchen dem Sultan und Mehemed Ali.
5. Juli. Portugal: Dom Miguels Flotte bei Kap St. Vincent beſiegt.
8. Juli. Rußland-Türkei: Vertrag von Hunkiar-Iskeleſſi.
29. Juli. Dom Pedro in Liſſabon; Maria da Gloria Königin.
26. Sept. Deutſchland: hannöverſche Verfaſſung v. König Wilhelm IV. beſtätigt.
1833 29. Sept. Spanien: Ferdinands VII. Tod; Königin Iſabella; Gegenkönig Don Karlos V.
1834 Jan. bis Juni. Deutſchland: Miniſterkonferenzen in Wien.
15. Jan. Spanien: neue Verfaſſung.
2. April. Quadrupelallianz: Portugal, Spanien, England, Frankreich (gegen Dom Miguel und Don Karlos).
1. Mai. Deutſchland: hannöverſcher Steuerverein gegen den deutſchen Zollverein.
1. Aug. England: Aufhebung der Sklaverei in Weſtindien.
1835 2. März. Öſterreich: Franz' I. Tod; Kaiſer Ferdinand I.; Metternich bleibt.
11. März. Frankreich: Miniſterium des Herzogs von Broglie.
8. April. England: Whigminiſterium Melbourne.
April. Spanien: Karliſten und Chriſtinos; Karliſten (Zumalacarregui) ſiegreich.
26. Juli. Frankreich: Algier, Erhebung Abd el Kaders.
28. Juli. Frankreich: Fieſchis Höllenmaſchine (gegen Ludwig Philipp).
1836 22. Febr. Frankreich: Thiers Miniſterpräſident.
25. Aug. Miniſterium Molé.
29. Okt. Frankreich: Louis Napoleon in Straßburg.
1837 30. Mai. Frankreich: Friede mit Abd el Kader an der Tafna.
18. Juni. Spanien: Verfaſſung von 1812 von der Regentin Königin Chriſtine beſchworen.
20. Juni. England: Wilhelms IV. Tod; Viktoria Königin.
28. Juni. Deutſchland: Ernſt Auguſt König von Hannover; Umſturz der Verfaſſung.
4. Nov. Deutſchland: Miniſterium Abel in Bayern.
21. Nov. Preußen: Erzbiſchof von Köln nach Minden abgeführt.
In Öſterreich 400 Zillerthaler aus Tirol ausgewieſen.
1838 7. Jan. Deutſchland: hannöverſche Stände nach der Verfaſſung von 1819 berufen.
30. Jan. Preußen: Erzbiſchof Martin von Poſen beginnt Konflikt mit der Regierung.

1838 14. Aug. Deutschland: Kniebeugungsorder in Bayern.
3. Dez. Italien: Franzosen räumen Ancona.
1839 29. April. Definitiver Friede zwischen Holland und Belgien.
12. Mai. Frankreich: republikanischer Aufstand in Paris.
8. Juni. Türkei: Sultan Mahmud erklärt Ibrahim Pascha und Mehemed Ali in die Acht; 24. Sieg Ibrahim Paschas bei Nisib.
30. Juni. Sultan Mahmuds II. Tod; Abd ul Medschid.
25. Aug. Spanien: Vertrag von Vergara (Espartero u. Maroto); Ende des Span. Bürgerkrieges.
3. Nov. Türkei: Hattischerif von Gülhane (Reformen).
1840 Englisch-chinesischer Opiumstreit.
1. März. Frankreich: Ministerium Thiers.
13. Mai. Russische Kämpfe im Kaukasus; Schamyl.
7. Juni. Deutschland: Friedrich Wilhelms III. von Preußen Tod; Friedrich Wilhelm IV.
15. Juli. Orientalische Frage: England, Rußland, Österreich, Preußen gegen Mehemed Ali; Frankreich isoliert; Befestigung von Paris; Beckers Rheinlied.
6. Aug. Frankreich: Louis Napoleon in Boulogne.
6. Aug. Deutschland: neue hannöversche Verfassung.
12. Okt. Frankreich: Ministerium Soult-Guizot.
12. Okt. Spanien: Königin Christine legt Regentschaft nieder; Espartero.
27. Nov. Türkei: Mehemed Ali giebt nach.
15. Dez. Frankreich: Napoleons Asche im Invalidendom.
1841 13. Febr. Türkei: Mehemed Ali unterwirft sich.
8. Mai. Spanien: Espartero Regent.
29. Juni. Deutschland: Versammlung der Lichtfreunde in Köthen.
13. Juli. Türkei: Vertrag über Schließung der Dardanellen.
30. Aug. England: Ministerium Robert Peel.
21. Dez. Fünfmächtevertrag, Durchsuchungsrecht betreffend.
1842 11. Jan. Niederlage englischer Truppen in den Khyberpässen (Afghanistan).
1842 1. April. Deutschland: Luxemburg im Zollverein.
5. Mai. Deutschland: Brand von Hamburg.
13. Juli. Frankreich: Tod des Herzogs von Orleans.
29. Aug. Friede zu Nanking zwischen England und China.
4. Sept. Deutschland: Kölner Dombaufest.
16. Sept. Deutschland: Anfänge des Gustav-Adolf-Vereins.
18. Okt. Preußen: Ausschüsse der Provinziallandtage nach Berlin berufen.
1843 1. Jan. Deutschland: Braunschweig im Zollverein.
30. Juli. Spanien: Espartero legt die Regentschaft nieder.
8. Aug. Spanien: Königin Isabella für volljährig erklärt.
13. Okt. England: Prozeß O'Connells.
1844 26. Februar. Spanien: Königin Christine wieder in Madrid.
März. England und Frankreich: Beilegung der Streitfrage wegen Otahaiti.
8. März. Schweden und Norwegen: Karls XIV. Johanns Tod; Oskar I. König.
30. März. Griechenland: Verfassung von König Otto angenommen.
4. Sept. England: O'Connells Verurteilung vom Oberhause kassiert.
26. Juli. Preußen: Attentat (Tschech) auf Friedrich Wilhelm IV.
14. Aug. Frankreich: die Marokkaner durch Marschall Bugeaud am Isly geschlagen.
18. Aug. Deutschland: der heilige Rock zu Trier ausgestellt.
16. Okt. Deutschland: Ronges Schreiben an den Bischof Arnoldi; Anfänge des Deutschkatholizismus.
1845 31. März. Schweiz: Jesuiten und Radikale; Freischarenzug gegen Luzern.
12. Aug. Deutschland: Unruhen in Leipzig gegen Prinz Johann.
1846 3. Jan. Deutschland: evang. Konferenz in Berlin.
18. Febr. Polnischer Aufstand in Krakau.
28. Mai. Frankreich: Prinz Napoleon entweicht aus Ham.

1846 18. Juni. Papst Pius IX.
26. Juni. England: Kornzölle abgeschafft. — Rücktritt Peels; Ministerium Russell.
16. Juli. Deutsch-dänischer Streit; offener Brief König Christians VIII. von Dänemark.
17. Sept. Erste Erklärung des deutschen Bundestages in Sachen Schleswig-Holsteins.
10. Okt. Frankreich-Spanien: spanische Heiraten.
6. November. Rußland, Österreich, Preußen: Einverleibung der Republik Krakau in Österreich.

1847 3. Febr. Preußen: königliches Patent beruft den vereinigten Landtag nach Berlin.
13. Februar. Jesuiten in Bayern (Ministerium Abel) durch Lola Montez gestürzt.
11. April. Preußen: Eröffnung des vereinigten Landtages.
20. Juli. Schweiz: Sonderbund von der Tagsatzung für aufgehoben erklärt.
1. Sept. Italien: Aufstand in Messina; 2. Sept.: auf dem Festlande von Neapel.
8. Sept. Italien: Tumult in Mailand.
12. Sept. Italien: Verfassungsfest in Florenz; evviva Pio IX.!
14. Sept. Amerika: Mexiko von den Unionstruppen unter General Scott eingenommen.
19. Sept. Frankreich: Guizot Ministerpräsident; Reformbankette.
23. Nov. Schweiz: Sonderbundskrieg; Schlacht bei Gieslikon.
27. Nov. Deutschland: Brotkrawalle; liberales Ministerium in Bayern.

1848 1. Jan. Italien: Rauchtumulte.
12. Jan. Italien: Ausbruch der Revolution in Palermo.
20. Jan. Dänemark: Friedrich VII. König.
11. Febr. Deutschland: Aufstand in München (Lola Montez).
11. Febr. Italien: Verfassung in Neapel proklamiert.
17. Febr. Italien: Verfassung in Florenz proklamiert.
20. Febr. Italien: im Lombardisch-Venezianischen Königreich Standrecht verkündigt.
21. Febr. Frankreich: Reformbankett in Paris abbestellt.
23. Febr. Emeute in Paris.
24. Febr. Ludwig Philipps Abdankung; Republik und provisorische Regierung; Bewegungen in Deutschland; Unruhen in vielen Städten.
1. März. Deutschland: Ansprache des Deutschen Bundestags an das deutsche Volk.
2. März. Frankreich: Cirkular Lamartines.
5. März. Italien: sardinische Verfassung.
6. März. England: Karlistendemonstration in London.
9. März. Bundestag nimmt die „deutschen Farben" als Bundesfarben an.
14. März. Österreich: Metternich flüchtig. 15. Proklamation Kaiser Ferdinands.
14. März. Preußen: vereinigter Landtag berufen.
17. März. Deputation der Ungarn in Wien. Forderungen gewährt.
18. März. Preußen: Proklamation des Königs: Volksforderungen gewährt; Aufruhr in Berlin.
18. März. Verfassung im Kirchenstaate; Aufstand in Mailand.
19. März. Preußen: „An meine lieben Berliner" und liberales Ministerium.
20. März. Abdankung Ludwigs I. von Bayern; „Märzministerien" in Stuttgart, München, Dresden, Hannover u. s. w.
21. März. Preußen: Umritt des Königs in Berlin.
22. März. Italien: Erhebung Venedigs.
23. März. Italien: Sardinien erklärt Krieg an Österreich.
24. März. Schleswig-Holstein: provisorische Regierung in Kiel.
26. März. Rußland: Manifest des Kaisers Nikolaus.
29. März. Preußen: Ministerium Camphausen.
31. März. Deutschland: „Vorparlament" in Frankfurt.
2. April. Preußen: vereinigter Landtag in Berlin.
6. April. Preußische Truppen überschreiten die Eider.
7. April. Italien: König v. Neapel erklärt Krieg an Österreich; päpstliche Truppen an die Grenze.

1848 9. April. Schleswig-Holstein: Kampf bei Flensburg.
12. April. Deutschland: Beginn des badischen Aufstands (Hecker und Struve).
19. April. General von Gagern erschossen; 27. Gefecht bei Dossenbach.
23. April. Österreich: konstitutionelle Verfassung proklamiert.
28. April. Deutsches Parlament vom Bundestag ausgeschrieben.
Ende April. Polenaufstand in Posen.
2. Mai. Deutschland: Bundestruppen unter General Wrangel überschreiten die jütische Grenze.
4. Mai. Frankreich: Nationalversammlung eröffnet.
15. Mai. Österreich: der Kaiser verläßt Wien, geht nach Innsbruck.
15. Mai. Italien: Aufstand in Neapel niedergeschlagen.
15. Mai. Frankreich: Socialisten auf dem Stadthause.
18. Mai. Deutsches Parlament in Frankfurt eröffnet.
22. Mai. Preußische Nationalversammlung in Berlin.
25. Mai. Rückzug Wrangels aus Jütland.
26. Mai. Aufstand in Wien.
29. Mai. Provisorische Regierung in Prag.
31. Mai. Slawenkongreß in Prag.
5. Juni. Sieg der Bundestruppen bei Düppel.
12. Juni. Österreich: Aufstand in Prag.
14. Juni. Preußen: Zeughaussturm in Berlin.
22.—26. Juni. Paris: Junischlacht: Aufhebung der Nationalwerkstätten; General Cavaignac, Präsident der Regierung.
29. Juni. Frankfurter Parlament wählt den Erzherzog Johann zum Reichsverweser.
7. Juli. Preußen: die Truppen ziehen wieder in Berlin ein.
22. Juli. Der Reichsverweser eröffnet den österreichischen konstituierenden Reichstag in Wien.
25. Juli. Italien: Piemontesen bei Custozza geschlagen.
6. Aug. Radetzky zieht wieder in Mailand ein; 9. Waffenstillstand.
6. Aug. Huldigung der deutschen Truppen an den Reichsverweser.

1848 9. Aug. Frankfurt: Reichsministerium Fürst Leiningen.
12. Aug. Österreich: Kaiser kehrt nach Wien zurück.
14. Aug. Dombaufest zu Köln.
26. Aug. Preußen u. Dänemark: Waffenstillstand zu Malmö.
4. Sept. Österreich: ungarische Deputation in Schönbrunn; Bruch mit Ungarn beginnt.
8. Sept. Preußen: Ministerium Pfuel.
11. Sept. Österreich: Banus Jellachich gegen die Ungarn, geht über die Drau.
12. Sept. Schweiz: neue Bundesverfassung, von der Tagsatzung angenommen.
18. Sept. Deutschland: Aufstand in Frankfurt wegen Malmöer Waffenstillstands; Ermordung von Auerswald und Lichnowski.
21. Sept. Deutschland: zweiter badischer Aufstand (Struve).
24. Sept. Frankfurt: Reichsministerium Schmerling hergestellt; badischer Aufstand niedergeschlagen.
26. Sept. Frankreich: Bürger Louis Napoleon Bonaparte in der Nationalversammlung.
28. Sept. Österreich: Graf Lamberg in Budapest ermordet.
28. Sept. Republik Sigmaringen.
3. Okt. Österreich: Manifest des Kaisers löst den ungarischen Reichstag auf.
6. Okt. Aufstand in Wien; Ermordung Latours: Kaiser entweicht nach Olmütz.
10. Okt. Österreich: der ungarische Reichstag an den Wiener Reichstag; Kossuth Diktator.
16. Okt. Kaiser Ferdinands Manifest; Heere ziehen sich gegen Wien zusammen.
27. Okt. Kampf um Wien: Fürst Windischgrätz; 28. Wien genommen.
1. Nov. Österreich: Jellachich gegen die Ungarn.
4. Nov. Frankreich: Verfassung der Französischen Republik in der Nationalversammlung angenommen.
8. Nov. Preußen: Ministerium Graf Brandenburg.
9. Nov. Preußische Nationalver-

sammlung nach Brandenburg verlegt; Widerstand.

1848 9. Nov. Österreich: Robert Blum erschossen.

13. Nov. Berlin: Proklamation der Nationalversammlung an das Volk; 15. Steuerverweigerungsbeschluß.

15. Nov. Italien: Kirchenstaat; Minister Rossi ermordet; 16. Aufstand in Rom; 25. Flucht des Papstes.

20. Nov. Österreich: Ministerium Schwarzenberg; 22. Reichstag in Kremsier eröffnet.

27. Nov. Preußen: Nationalversammlung in Brandenburg eröffnet.

29. Nov. Deutschland: Forderungen der Bischofskonferenz zu Würzburg.

2. Dez. Österreich: Kaiser Ferdinand dankt ab: Franz Joseph I.

5. Dez. Preußen: Nationalversammlung aufgelöst; der König octroyiert eine Verfassung.

10. Dez. Frankreich: Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten gewählt.

15. Dez. Ungarischer Reichstag erklärt Abdankung Kaiser Ferdinands für Ungarn unverpflichtend.

17. Dezember. Frankfurt: Rücktritt Schmerlings; Reichsministerium Gagern.

28. Dez. Frankfurt: „Grundrechte des deutschen Volkes" verkündet.

30. Dez. Österreich-Ungarn: Krieg; ungarischer Reichstag nach Debreczin.

1849 1. Jan. Reichstag in Kremsier beginnt die Beratung der österreichischen Grundrechte.

5. Jan. Einrücken der Österreicher in Budapest.

25. Jan. Frankfurt: Verfassungsberatung; Kaisertitel angenommen.

1. Febr. Einrücken der Russen in Siebenbürgen.

9. Febr. Römische Konstituante erklärt Republik Rom.

18. Febr. Italien: Republik in Toscana.

26. Febr. Preußen: Kammern eröffnet.

26. Febr. Dänemark kündigt den Waffenstillstand.

1849 7. März. Österreichischer Reichstag in Kremsier unterdrückt; Österreichische Gesamtstaatsverfassung Olmütz d. 4. März verkündigt.

12. März. Frankfurter Parlament, Antrag Welcker abgelehnt.

13. März. Italien: Sardinien kündigt den Waffenstillstand.

23. März. Italien: Schlacht bei Novara, Abdankung Karl Alberts; Viktor Emanuel II. König; 26. Waffenstillstand.

28. März. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum deutschen Kaiser gewählt.

3. April. Deputation des Frankfurter Parlaments in Berlin empfangen.

5. April. Schleswig-Holstein: Treffen bei Eckernförde.

9. April. Ungarn: Österreicher bei Gödöllö geschlagen.

14. April. Deutsche Reichsverfassung von 28 Regierungen anerkannt; Widerstand der Mittelstaaten.

14. April. Ungarn: Haus Habsburg in Debreczin abgesetzt.

19. April. Österreich: russische Hilfe gegen Ungarn angerufen.

20. April. Deutsche Bundestruppen rücken in Jütland ein.

21. April. Berlin: Antrag Rodbertus (deutsche Reichsverfassung) in der Kammer angenommen.

23. April. Ungarn; Österreicher räumen Budapest.

23. April. Italien: Palermo kapituliert.

25. April. Franzosen unter Oudinot landen im Kirchenstaat.

27. April. Preußen: Zweite Kammer aufgelöst. 28. Definitive Ablehnung der Kaiserwürde.

30. April. Franzosen vor Rom geschlagen.

3. Mai. Aufstand in Dresden (Reichsverfassung); 9. Mai mit preußischer Hilfe niedergeschlagen.

8. Mai. Aufstand in Elberfeld; 9. in Düsseldorf. Beginn des badischen Aufstands.

10. Mai. Frankfurt: Rücktritt des Ministeriums Gagern.

14. Mai. Aufruhr in Karlsruhe; 17. Bündnis der revolutionären Gewalten in der Pfalz und Baden.

16. Mai. Frankfurt: Ministerium Gräwell.

1849 18. Mai. Preußen übernimmt Leitung des Krieges und der Unterhandlungen mit Dänemark.
21. Mai. Ungarn: Görgey erstürmt Ofen.
26. Mai. Dreikönigsbündnis (Preußen, Hannover, Sachsen).
26. Mai. Frankreich: letzte Sitzung der konstituierenden Versammlung.
3. Juni. Ungarn: Russen in Preßburg.
6. Juni. Deutsches Parlament in Stuttgart. 18. Juni. Ende des deutschen Parlaments.
25. Juni. Die Preußen in Karlsruhe.
26. Juni. Zusammenkunft der erbkaiserlichen Partei in Gotha.
29. Juni. Die Franzosen rücken in Rom ein.
5. Juli. Niederlage der Schleswig-Holsteiner vor Fridericia.
10. Juli. Preußen: Waffenstillstand mit Dänemark.
23. Juli. Baden: Festung Rastatt ergiebt sich; Ende des bad. Aufstandes.
6. Aug. Österreich - Sardinien: Friede von Mailand.
11. Aug. Ungarn: Kossuth legt die Diktatur nieder. 13. Aug. Görgey streckt vor den Russen die Waffen bei Vilagos.
22. Aug. Österreich: Venedig kapituliert.
30. Sept. Deutschland: österreich.-preußisches Interim.
9. Okt. Deutschland: preußisch-deutsche Union: Unionsreichstag nach Erfurt ausgeschrieben.
7. Dez. Die Fürstentümer Hohenzollern preußisch.
20. Dez. Deutschland: Erzherzog Johann legt die Reichsverweserschaft nieder.

1850 6. Febr. Preußen: Friedrich Wilhelm IV. beschwört die preußische Verfassung.
20. März. Reichstag zu Erfurt.
4. April. Italien: Rückkehr des Papstes nach Rom.
31. Mai. Frankreich: Wahlgesetz durch die Nationalversammlung geändert.
2. Juli. Preußen und Dänemark schließen Frieden; schleswig-holsteinische Armee.

1850 24., 25. Juli. Schleswig-Holsteiner bei Idstedt geschlagen.
2. Sept. Frankfurt: Bundestag von Österreich wieder eröffnet.
2. Sept. Hassenpflug in Hessen: Auflösung der Ständeversammlung.
11. Sept. Mecklenburgische liberale Verfassung aufgehoben.
12. Sept. Kurfürst von Hessen flieht nach Frankfurt.
26. Sept. Preußen: Ministerium Radowitz.
10.—14. Okt. Zusammenkunft zu Bregenz (Kaiser von Österreich, Könige von Bayern und von Württemberg).
26.—28. Okt. Kaiser von Rußland und von Österreich und preußischer Minister von Brandenburg in Warschau.
2. Nov. Berlin: Politik Radowitz aufgegeben; Manteuffel Ministerpräsident.
8. Nov. Deutschland: Zusammenstoß bei Bronzell.
29. Nov. Olmützer Punktationen; Preußens Niederlage.
23. Dez. Deutschland: Dresdener Konferenzen.
27. Dez. Kurfürst und Österreicher in Kassel.

1851 11. Jan. Österreicher auf dem Marsch nach dem Norden; schleswig-holsteinische Landesversammlung fügt sich.
7. Febr. Die Österreicher pazifizieren die Elbherzogtümer.
1. Mai. England: Weltausstellung zu London.
30. Mai. Deutscher Bundestag wieder vollzählig.
7. Sept. Zollverein mit Hannover.
2. Dez. Frankreich: Staatsstreich des Präsidenten.
20., 21. Dez. Frankreich: Plebiszit sanktioniert den Staatsstreich.
31. Dez. Österreichische Gesamtstaatsverfassung aufgehoben; absolutistischer Einheitsstaat hergestellt.

1852 2. Jan. Zollvereinskonferenz in Wien.
14. Jan. Frankreich: neue Verfassung.
27. März. Deutschland: Bundestag hebt die kurhessische Verfassung auf.

1852 3. April. Österreich; Schwarzenbergs Tod.
8. Mai. Londoner Protokoll der Mächte reguliert die dänische Erbfolge.
18. Aug. Deutsche Flotte versteigert.
2. Dez. Frankreich: Herstellung des Kaisertums; Napoleon III.
1853 9. Jan. Rußland: Unterredung des Kaisers Nikolaus mit dem englischen Gesandten Seymour.
30. Jan. Napoleons Heirat.
30. Jan. Österreich: Sendung des Fürsten Leiningen nach Konstantinopel.
18. Febr. Libenyis Attentat auf Kaiser Franz Joseph.
28. Febr. Türkei: Fürst Menschikow in Konstantinopel; Frage der Heiligen Stätten.
4. April. Zollvereinskrisis beendigt; deutscher Zollverein erneuert; erster Sieg Preußens.
9. Juni. Russisches Ultimatum an die Pforte. 2. Juli. Russen über den Pruth.
20. Juli. Preußen und Oldenburg; Vertrag über Gebietsabtretung an der Jade.
24. Juli. Orientalische Krisis; Konferenzen in Wien; England, Frankreich, Österreich, Preußen; Rußland isoliert.
4. Okt. Pforte erklärt Krieg an Rußland. 4. Nov. Kampf bei Oltenizza.
14. Nov. Badischer Kirchenstreit; der Erzbischof von Freiburg exkommuniziert den badischen Kirchenrat.
30. Nov. Türkische Flotte bei Sinope zerstört.
5. Dez. 4 Punkte von der Wiener Konferenz als Friedensbasis aufgestellt.
1854 12. März. Bündnis der Westmächte mit der Pforte.
28. März. England und Frankreich erklären Krieg an Rußland.
10. April. Allianz-Vertrag zwischen England und Frankreich.
20. April. Österreichisch-preußisches Schutz- und Trutzbündnis.
14. Juni. Vertrag zwischen Österreich und der Pforte über die Besetzung der Donaufürstentümer.
20. Juli. Deutschland: Konferenz der Mittelstaaten zu Bamberg.
1854 16. Aug. Krieg: Operation der Flotte in der Ostsee; Zerstörung von Bomarsund.
14. Sept. Krieg: Landung der Verbündeten zu Eupatoria (Krim); 20. Sept. Schlacht an der Alma.
17. Okt. Verbündete vor Sebastopol; 26. Schlacht bei Balaklawa; 5. Nov. bei Inkjerman.
2. Dez. Österreichisch-französisch-englisches Bündnis.
8. Dez. Rom: Dogma von der unbefleckten Empfängnis.
1855 26. Jan. Italien: Bündnisvertrag Sardiniens mit England und Frankreich; Graf Cavour.
8. Febr. England: Ministerium Aberdeen tritt ab; Ministerium Palmerston.
2. März. Rußland: Nikolaus' Tod; Kaiser Alexander II.
15. Mai. Pariser Weltausstellung
9., 10. Aug. Krieg: Bombardement von Sweaborg (Ostsee).
16. Aug. Schlacht an der Tschernaja (Sardinier).
18. Aug. Österreichisches Konkordat.
8. Sept. Sebastopol erstürmt.
7. Okt. Deutschland: Hassenpflug entlassen.
28. Nov. Asiatischer Kriegsschauplatz: Kars fällt.
22. Dez. Friedensunterhandlungen.
1856 26. Jan. Türkische Reformakte (Hattihumajum).
25. Febr. Friedenskonferenzen in Paris eröffnet ohne Preußen.
10. März. Berlin: Polizeipräsident Hinckeldey erschossen; Junkerregiment.
16. März. Frankreich: Thronerbe geboren. — Friedenskonferenz: Cavour regt italienische, Manteuffel Neuenburger Frage an.
30. März. Pariser Friede.
18. Mai. Österreich und Sardinien: Streit beginnt wieder.
23. Mai. Rußland: Alexander II. in Warschau.
2. Sept. Schweiz-Preußen: Erhebung der Royalisten in Neuchatel.
20. Okt. England und Frankreich brechen diplomatische Beziehungen zu Neapel ab.
4. Nov. Vereinigte Staaten Amerika: Buchanan, Kandidat der Sklavenhalterpartei, zum Präsidenten gewählt.

1856 Ende Dez. Reise des österreichischen Kaiserpaares in Lombardo-Venezien.
1857 Febr. Englische und französische Truppen verlassen Griechenland; Abzug der Österreicher aus den Donaufürstentümern.
4. März. England und Persien schließen Frieden unter Napoleons Vermittelung.
5. März. Napoleon vermittelt in der Neuchateler Sache; Konferenz in Paris.
28. März. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Turin.
9. Mai. England: Beginn des Aufstandes der Sipoys in Ostindien.
20. Sept. Delhi erstürmt.
25. Sept. Zusammenkunft Napoleons III. und Alexanders II. in Stuttgart.
2. Dez. Rußland: Aufhebung der Leibeigenschaft in Angriff genommen.
29. Dez. Engländer und Franzosen in China; Kanton eingenommen.
1858 14. Jan. Frankreich: Attentat Orsinis auf Kaiser Napoleon.
20. Jan. Note des französischen Kabinetts an England; Prätorianeradressen.
8. Febr. Frankreich: General Espinasse Minister; Sicherheitsgesetze.
11. Febr. Frankreich: Brief Orsinis an den Kaiser.
20. Febr. England: Fall Palmerstons.
26. Juni. China: Friede zu Tientsin.
1. Sept. Ostindische Kompagnie aufgehoben.
9. Okt. Preußen: Prinz von Preußen Regent für den erkrankten König, Wechsel des Regierungssystems.
1859 1. Jan. Napoleons Neujahrsanrede an den Baron v. Hübner.
13. Jan. Italien: Prinz Napoleon mit der Tochter Viktor Emanuels vermählt.
17. Jan. Donaufürstentümer: Cusa in Moldau und Walachei zum Hospodar gewählt.
18. März. Vermittelungsversuch Rußlands; 17. April. Preußisch-englische Vermittelung.
1859 17. April. Österreichisches Ultimatum an Piemont.
26. April. Franzosen landen in Genua; Krieg.
20. Mai. Italien: Kampf bei Montebello.
4. Juni. Italien: Schlacht bei Magenta; 8. Juni. Napoleon und Viktor Emanuel in Mailand.
11. Juni. Deutschland: Preußische Armee mobil gemacht.
17. Juni. Italien: Franz Joseph Oberbefehlshaber.
20. Juni. Päpstliches Blutbad in Perugia.
24. Juni. Schlacht bei Solferino.
28. Juni. Badisches Konkordat mit Rom.
5. Juli. Preußisches Observationscorps am Rhein.
8. Juli. Italien: Waffenstillstand; 11. Juli: Friedenspräliminarien von Villafranca.
12. Juli. Cavours Rücktritt.
17. Juli. Deutschland: Anfänge des deutschen Nationalvereins.
15. Aug. Frankreich: Einzug der Armee in Paris.
20. Aug. Italien: Einheitsbewegung dauert fort; Mittelitalische Liga: Toscana, Modena, Parma, Romagna.
1. Sept. Österreich: Protestantenpatent für Ungarn.
4. Sept. Deutschland: österreichische Note gegen den Nationalverein.
7. Sept. Rußland: Schamyl gefangen.
10. Nov. Züricher Friede (Frankreich, Österreich, Sardinien).
Nov. Spanisch-Marokkanischer Krieg.
22. Nov. Neuer Englisch-Französischer Krieg gegen China.
24. Dez. Italienische Fragen; der Papst und der Kongreß.
1860 8. Jan. Rom: Antwort des Papstes auf Napoleons Brief; Non possumus.
17. Jan. Cavour wieder Minister.
24. Jan. England: Freiwilligenbewegung; englisch-französischer Handelsvertrag.
10. Febr. Preußen: Militärreorganisationsvorlagen vor den Kammern.
23. Febr. Österreich: v. Gynatten verhaftet.

1860 1. März. Frankreich: Napoleon kündigt die Einverleibung von Savoyen u. Nizza an. Schweiz: nordsavoyische Frage.
5. März. Wien: Anfang einer Systemsänderung; verstärkter Reichsrat; Gärung in Ungarn.
März. Italien: Anschluß Toscanas und der Emilia an Sardinien.
4. April. Italien: Aufstand in Palermo im unitarischen Sinne; 6. Unruhen in Neapel.
15. April. Frankreich: Plebiszit in Nizza; 22. Plebiszit in Savoyen.
19. April. Österreich: erste Zugeständnisse an Ungarn.
28. April. Selbstmord des österreichischen Finanzministers v. Bruck.
26. April. Spanien-Marokko: Friede von Tetuan.
11. Mai. Italien: Garibaldi landet bei Marsala; 31. erscheint vor Palermo; Waffenstillstand.
31. Mai. Österreich: Kaiser Franz Joseph eröffnet den verstärkten Reichsrat.
1. Juni. Deutschland: kurhessische Verfassungswirren.
6. Juni. Italien: die neapolitanischen Truppen räumen Palermo.
15.—18. Juni. Napoleon und der Prinzregent von Preußen mit den deutschen Fürsten in Baden-Baden.
25. Juni. Neapel: Verfassung; 28. Belagerungszustand verkündigt.
8. Aug. Konvention der 4 Großmächte behufs Einschreitens in Syrien, wo Christenermordungen.
19. Aug. Italien: Garibaldi betritt das Festland.
6. Sept. Franz II. verläßt Neapel. 7. Garibaldi zieht ein.
11. Sept. Sardinische Truppen rücken in den Kirchenstaat ein.
14. Sept. Französischer Gesandter von Turin abgerufen. 18. Päpstliche Truppen unter General Lamoricière bei Castelfidardo zersprengt.
21. Sept. China: englisch-französische Truppen siegen bei Pa-li-ka-o; 18. Okt. ziehen in Peking ein.
18. Okt. Russischer Gesandter von Turin abgerufen.
1860 20. Okt. Österreich: kaiserliches Diplom giebt Grundzüge einer Verfassung.
21. Okt. Neapel und Sizilien: Volksabstimmung für Italien.
22. Okt. Kaiser Alexander, Franz Joseph und Prinzregent von Preußen Zusammenkunft in Warschau.
27. Okt. Sardinische Flotte vor Gaeta.
4., 5. Nov. Abstimmung in Umbrien und den Marken.
6. Nov. Vereinigte Staaten: Abraham Lincoln Präsident.
7. Nov. Viktor Emanuel zieht mit Garibaldi in Neapel ein.
7. Nov. Friede in Peking.
7. Dez. Österreich: Ministerium Schmerling.
Ende Dez. Vereinigte Staaten: Rebellion der Südstaaten.
1861 2. Jan. Preußen: Friedrich Wilhelms IV. Tod; Wilhelm I.
6. Febr. Preußen: Zweite Kammer Erklärung für Italien (v. Vincke).
13. Febr. Italien: Gaeta kapituliert. 11. Italienisches Parlament zu Turin.
26. Febr. Österreich: neue Gesamtstaatsverfassung.
14. März. Vereinigte Staaten: Lincolns Amtsantritt.
14. März. Viktor Emanuel König von Italien.
16. März. Deutschland: württembergische Kammer verwirft Konkordat mit Rom.
30. März. Königreich Italien von England und der Schweiz anerkannt.
1. Mai. Österreich: Eröffnung des (engeren) Reichsrates.
6. Juni. Italien: Cavours Tod.
25. Juni. Napoleon erkennt Königreich Italien an.
25. Juni. Sultan Abd ul Medschids Tod; Abd ul Asis.
14. Juli. Attentat auf den König von Preußen in Baden.
17. Juli. Mexikanischer Kongreß suspendiert Zahlungen an Ausländer.
12. Aug. Österreich: ungarischer Reichstag aufgelöst; Zwiespalt.
14. Okt. Rußland: Kriegszustand über Königreich Polen verhängt.

1861 18. Okt. Preußen: Krönung Wilhelms I. in Königsberg.
31. Okt. England, Frankreich, Spanien: Konvention zu gemeinsamem Einschreiten in Mexiko.
31. Okt. Deutschland: hannöverscher Flottenantrag am Bunde; unfruchtbare Korrespondenzen in der deutschen Bundesreformfrage.
5. Nov. Österreich: Militärgerichte in Ungarn.
8. Nov. Amerika-England: südstaatliche Kommissare auf dem englischen Postschiffe „Trent" verhaftet.
7. Dez. Türkei: Pforte gestattet Vereinigung der Donaufürstentümer.

1862 8. Jan. Deutschland: kurhessische Ständeversammlung abermals aufgelöst.
22. Jan. Amerika: Jefferson Davis Präsident der Südstaaten.
2. Febr. Deutschland: identische Noten der österreichischen Gefolgschaft gegen Preußen.
19. Febr. Mexiko: Konvention von Soledad.
8. März. Deutschland: österreich.-preußischer Antrag am Bunde auf Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831.
11. März. Preußen: Auflösung des Abgeordnetenhauses.
18. März. Preußen: konservatives Ministerium v. d. Heydt.
19. April. Zollverein: sächsische Regierung für den französisch-preußischen Handelsvertrag.
1. Mai. Mexiko: englische und spanische Truppen ziehen ab.
1. Mai. Weltindustrieausstellung in London.
5. Mai. Gefecht zwischen Franzosen und Mexikanern bei Puebla.
22. Juni. Deutschland: Kurfürst von Hessen muß die Verfassung von 1831 wiederherstellen.
10. Juli. Österreich verlangt Eintritt in den deutschen Zollverein.
10. Juli. Anerkennung des Königreichs Italien durch Rußland; 18. durch Preußen.
1. Aug. Italien: neuer Freischarenzug Garibaldis.
29. Aug. Königliche Truppen gegen Garibaldi; Garibaldi bei Aspromonte verwundet.

1862 22. Sept. Frankreich-Mexiko: General Forey landet bei Veracruz.
23. Sept. Preußen: Armeereorganisationskosten durch Zweite Kammer gestrichen; 24. Rücktritt v. d. Heydts.
9. Okt. Minister Otto v. Bismarck-Schönhausen: Verfassungskonflikt.
19. Okt. Griechenland: Revolution.
29. Okt. Deutschland: Gründung des großdeutschen Reformvereins.
20. Nov. Kurfürst von Hessen vertagt seine Stände; 24. drohende Note Preußens.
Nov. Rekrutenaushebung in Polen; Beginn der Insurrektion.

1863 1. Jan. Lincolns Sklavenemancipations-Proklamation.
14. Jan. Schweden: königliche Proposition bringt Reform des Reichstags in Anregung.
30. März. Griechenland: Prinz Wilhelm von Dänemark zum König gewählt.
17. April. England, Frankreich, Österreich: erste Note an Rußland zu Gunsten Polens.
27. Mai. Preußen: Verfassungskonflikt; Session geschlossen.
1. Juni. Preußen: Preßordonnanz.
10. Juli. Mexiko: Notabelnversammlung proklamiert Kaisertum und wählt Erzherzog Maximilian von Österreich zum Kaiser.
15. Aug. bis 1. Sept. Deutscher Fürstentag unter Vorsitz des Kaisers von Österreich berät Reformakte zu Frankfurt a. M.
20., 21. Aug. Deutscher Abgeordnetentag zu Frankfurt.
4. Sept. Preußen: Auflösung des Abgeordnetenhauses.
1. Okt. Schleswig-holsteinische Angelegenheit: Bundestag beschließt Exekution in Holstein.
23. Okt. Preußische Antwort auf die österreichisch-deutsche Reformakte.
30. Okt. Georgios I. von Griechenland landet im Piräeus.
2. Nov. Frankreich: Eröffnung des gesetzgebenden Körpers; Kongreß angekündigt.
13. Nov. Dänemark: neue Verfassung für Dänemark und Schleswig angenommen.
15. Nov. Dänemark: Friedrichs VII. Tod; 16. Christian IX. proklamiert.

1863 16. Nov. Manifest des Herzogs von Augustenburg.
21. Nov. Preußen: Preßordonnanz aufgehoben; Konflikt dauert fort.
25. Nov. Kongreßvorschlag von England abgelehnt.
28. Nov. Deutsch-dänischer Streit: dänische (holsteinisch-lauenburgische) Stimme am Bundestage suspendiert; Volksbewegung in Deutschland.
7. Dez. Deutscher Bund beschließt sofortige Exekution in Holstein, 8 gegen 7 (Occupation); 24. Einrücken der Truppen in Holstein.
21. Dezbr. Abgeordnetentag zu Frankfurt; Sechsunddreißiger-Ausschuß.
24. Dez. Dänemark: Ministerium Monrad.
29. Dez. Österreichisch-preußischer Antrag, betreffend Schleswig, vom Bunde abgelehnt.
30. Dez. Herzog Friedrich in Kiel.
1864 18. Jan. Österreichisch-preußische Sommation von Dänemark abgelehnt.
19. Jan. Österreichisch-preußische Erklärung am Bunde.
22. Jan. Preußisches Abgeordnetenhaus lehnt Anleihe ab.
1. Febr. Verbündete überschreiten die Eider.
2. Febr. Schleswig-Holstein: erste Kämpfe, Missunde und Oberselk.
6. Febr. Die Dänen räumen die Stellung des Danewirkes.
15. Febr. Altona, Neumünster und Kiel von den Preußen besetzt.
10. März. Maximilians II. von Bayern Tod; Ludwig II.
18. April. Sturm auf die Düppeler Schanzen; Österreicher in Jütland.
25. April. Verhandlungen der Londoner Konferenz über die schleswig-holsteinische Sache.
9. Mai. Waffenruhe beginnt; keine Verständigung.
1. Juni. Unterredung des Herzogs von Augustenburg mit Bismarck.
26. Juni. Wiederbeginn der Feindseligkeiten; 29. Übergang der Preußen auf Alsen.
11.—14. Juli. Übergang der Verbündeten über den Limfjord.
21. Juli. Preußen drängen die Hannoveraner aus Rendsburg.
1864 26. Juli. Friedensunterhandlungen beginnen.
21. Aug. Genfer Konvention zur Linderung der Leiden des Krieges.
15. Sept. Frankreich-Italien: Konvention in betreff Roms und der Reste des Kirchenstaates.
12. Okt. Zollvereinskrisis beendet; vollständiger Sieg Preußens.
5. Dez. Bundesexekution erlischt; Österreich neigt sich zur Augustenburgischen Lösung; Preußen zur Annexion entschlossen.
22. Dez. Rom: päpstliche Encyklika nebst Syllabus veröffentlicht.
1865 14. Jan. Preußen: Landtag eröffnet; keine Versöhnung.
22. Febr. Bismarck formuliert seine Forderungen in Beziehung auf die Herzogtümer.
4. März. Vereinigte Staaten: Lincoln zum zweitenmal Präsident tritt sein Amt an.
8. April. Bundestruppen nehmen Richmond; 9. Lee kapituliert.
7. April. Amerika-England: Seward verlangt von England Entschädigungen für den von südstaatlichen Kapern angerichteten Schaden (Alabamafrage); Fenier in Irland.
14. April. Lincoln ermordet; Vicepräsident Johnson.
21. Juli. Preußischer Ministerrat in Regensburg.
27. Juli. Österreich: Ministerium Schmerling entlassen; Ministerium Graf Belcredi.
14. Aug. Österreich-Preußen: Gasteiner Vertrag; Kondominat in den Herzogtümern aufgehoben; Lauenburg preußisch.
29. Aug. Französische, 14. Sept. englische Note über den Gasteiner Vertrag.
15. Sept. Preußen ergreift Besitz von Lauenburg.
17. Sept. Österreich: ungarischer Reichstag berufen.
20. Sept. Österreich: kaiserliches Manifest sistiert die Verfassung.
8. Okt. Mexiko: barbarisches Dekret Maximilians gegen die republikanischen Banden.
18. Okt. England: Lord Palmerstons Tod.
10. Dez. Belgien: König Leopolds I. Tod.

1865 16. Dez. Vereinigte Staaten: drohende Note Sewards an Frankreich wegen Mexikos.
31. Dez. Deutschland-Italien: Handelsvertrag zwischen Zollverein und Italien.
1866 17. Febr. Rußland: Kriegszustand in Polen aufgehoben.
23. Febr. Donaufürstentümer: Fürst Cusa gestürzt.
26. Febr. Note Bismarcks klagt über Begünstigung der Augustenburgischen Agitation durch Österreich.
16. März. Österreichs vertrauliche Note an seine deutschen Verbündeten.
8. April. Preußisch-italienisches Bündnis; 4. Mai. Österreichs Anerbietungen an Frankreich (Venezien-Schlesien).
9. April. Preußens Reformantrag am Bunde.
4. Mai. Preußen: Mobilmachung beginnt; Vermittelungsversuche.
7. Mai. Attentat auf Bismarck.
20. Mai. Rumänien: der gewählte Fürst Karl von Hohenzollern erscheint auf rumänischem Boden; 12. Juli, leistet den Eid auf die Verfassung.
1. Juni. Österreich überträgt die Entscheidung in der Herzogtümerfrage dem Bunde.
2. Juni. Österreich beruft die holsteinischen Stände nach Itzehoe.
3. Juni. Preußen erklärt Gasteiner Vertrag für zerrissen.
11. Juni. Brief Napoleons an Drouyn de l'Huys.
12. Juni. Abzug der österreichischen Truppen aus den Herzogtümern.
14. Juni. Entscheidung am Bunde; Preußen erklärt seinen Austritt.
14. Juni. Österreichisch-bayrische Konvention zu Olmütz.
16. Juni. Preußische Noten in Kassel, Hannover, Dresden abgelehnt; Krieg.
17. Juni. Hannover, 18. Dresden, 19. Kassel in preußischen Händen.
24. Juni. Krieg; Niederlage der Italiener bei Custozza.
27. Juni. Gefecht bei Langensalza; 29. Kapitulation der hannöverschen Armee.
26.—29. Juni. Schlachten in Böhmen.
1866 3. Juli. Schlacht von Königgrätz.
4. Juli. Kaiser von Österreich tritt Venezien an den Kaiser der Franzosen ab.
4. Juli. Deutscher Kriegsschauplatz: Gefecht bei Dermbach; 10. bei Kissingen; 14. bei Aschaffenburg.
16. Juli. Einzug der Preußen in Frankfurt.
22. Juli. Gefecht bei Blumenau durch Waffenstillstand unterbrochen.
24. Juli. Deutscher Kriegsschauplatz: Gefecht bei Tauberbischofsheim.
26. Juli. Präliminarfriede von Nikolsburg.
5. Aug. Preußischer Landtag eröffnet; Indemnität.
6. Aug. Frankreich: Benedetti fordert Mainz und droht Krieg.
23. Aug. Definitivfriede zu Prag; Annexionen.
13. Aug. bis 3. Septbr. Friedensschlüsse mit den süddeutschen Staaten zu Berlin (Schutz- und Trutzbündnisse).
16. Sept. Frankreich: Schreiben des Kaisers an Lavalette.
8. Okt. Friede zwischen Österreich und Italien.
30. Okt. Österreich: von Beust Minister.
7. Nov. Viktor Emanuel zieht in Venedig ein.
1867 4. Febr. Österreich: Ministerium Belcredi entlassen; Ausgleichspolitik v. Beusts.
24. Febr. Deutschland: erster Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnet.
6. März. Mexiko: Abzug der Franzosen; 19. Juarez' Sieg; Maximilian I. erschossen.
1. April. Frankreich: Weltausstellung eröffnet; fürstliche Besuche; Attentat auf den Kaiser von Rußland.
17. April. Deutschland: norddeutsche Bundesverfassung fertig.
18. April. Serbische Festungen von türkischen Truppen geräumt.
11. Mai. Luxemburger Handel beigelegt.
8. Juni. Österreich: Ausgleich mit Ungarn; Kaiser Franz Joseph als König von Ungarn gekrönt.
8. Juli. Deutschland: Zollbundsverträge mit den süddeutschen Staaten.

1867 15. Aug. England: Parlamentsreformbill (Disraeli) Gesetz.
18.—23. Aug. Österreich-Frankreich: das französische Kaiserpaar besucht das österreichische zu Salzburg; Bismarcks Depesche.
8. Nov. Garibaldi im Kirchenstaat; Franzosen landen; Wunder von Mentana.
15. Nov. Landtag des vergrößerten Preußens eröffnet.
21. Dez. Österreich: Staatsgrundgesetze sanktioniert; Ausgleich vollendet.

1868 1. Jan. Österreich: Bürgerministerium.
14. Jan. Frankreich: neue Heeresorganisation im gesetzgebenden Körper angenommen.
18. April. Spanien: Narvaez' Tod.
27. April. Deutschland: erstes Zollparlament.
22. Juni. Rom: der Papst erklärt die österreichischen Staatsgrundgesetze für nichtig.
23. Aug. Österreich: böhmische Deklarantenpartei; Kampf zwischen Föderalismus und Centralismus in Cisleithanien.
18. Sept. Spanien: Aufstand; Junta in Cadiz; 28. Die königlichen Truppen bei Alcolea geschlagen; 30. Junta in Madrid erklärt Absetzung der Bourbonen.
8. Okt. Protest der geflüchteten Königin Isabella.
1. Dez. England: erste Parlamentswahlen nach dem neuen Wahlgesetze; Ministerium Gladstone.
12. Dez. Österreichisch-Ungarische Monarchie: Franz Joseph, Kaiser von Österreich, König von Ungarn.

1869 9. Jan. Konferenz in Paris zur Beilegung des griechisch-türkischen Streites (Aufstand in Kreta).
11. Febr. Spanien: konstituierende Cortes.
1. März. England: Gladstone schlägt Abschaffung der anglikanischen Staatskirche in Irland vor; Ende Juli Gesetz.
23. Mai. Frankreich: Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper.
17. Nov. Türkei-Ägypten: Suezkanal eröffnet.
8. Dez. Rom: ökumenisches Konzil nach Rom berufen.

1870 2. Jan. Frankreich: Ministerium Ollivier.
11. Jan. Österreich-Cisleithanien: Mehrheits- und Minderheitsgutachten der Minister dem Kaiser vorgelegt.
19. Jan. Döllinger gegen die Unfehlbarkeit.
1. Febr. Österreich: Ministerium Hasner.
15. Febr. Deutschland: Ministerwechsel in Bayern; Graf Bray.
24. März. Ministerwechsel in Württemberg.
24. März. Frankreich: Sicherheitsgesetz aufgehoben.
2. April. Frankreich: Kaiser verlangt Plebiszit für die liberalen Verfassungsänderungen.
12. April. Österreich: Ministerium Potocki.
22. April. Griechenland: einige Engländer fallen bei Marathon unter die Mörder.
8. Mai. Frankreich: Plebiszit. 15. Mai. Herzog von Gramont Auswärtiges.
2. Juni. Schweiz: Verfassungsrevisionsentwurf des Bundesrates.
20. Juni. König v. Preußen nach Ems. 30. Olliviers Friedensrede im gesetzgebenden Körper.
8. Juli. Mitteilung des spanischen Gesandten, daß Erbprinz von Hohenzollern für Spanien zum König ausersehen.
6. Juli. Frankreich: Erklärung der Minister im gesetzgebenden Körper.
12. Juli. Freiwilliger Rücktritt des Erbprinzen von der Kandidatur.
13. Juli. Französischer Gesandter sucht den König von Preußen in Ems zu brüskieren.
15. Juli. Gesetzgebender Körper in Paris; Krieg angekündigt; Rückkehr des Königs von Preußen nach Berlin; Mobilmachungsorder.
18. Juli. Rom: Konzil beschließt die päpstliche Unfehlbarkeit.
19. Juli. Französische Kriegserklärung dem deutschen Reichstage mitgeteilt.
19. Juli. Sieg der deutschen Sache in der bayrischen Kammer; 22. in der württembergischen.

1870 25. Juli. Veröffentlichungen des norddeutschen Bundeskanzlers.
27. Juli. Kronprinz von Preußen Oberbefehlshaber der III. Armee.
30. Juli. Österreich: Konkordat aufgegeben; Franzosen verlassen Rom.
2. Aug. Kaiser Napoleon in Saarbrücken; drei preußische Kompanieen besiegt.
4. Aug. Erster deutscher Sieg bei Weißenburg.
6. Aug. Schlachten von Wörth und von Spichern.
9. Aug. Paris: Ministerium Palikao.
14. Aug. Erste Schlacht bei Metz (Colombey-Nouilly); 16. 2. (Mars la Tour); 18. 3. (Gravelotte); Bazaine (Rheinarmee) nach Metz gedrängt; General Trochu Gouverneur von Paris.
21. Aug. Armee von Chalons (Mac Mahon) nach Reims.
30. Aug. Schlacht bei Beaumont.
1. Sept. Schlacht bei Sedan; Ausbruchsversuch Bazaines; Schlacht bei Noisseville.
2. Sept. Kapitulation; Kaiser und Heer gefangen.
4. Sept. Sturz des Kaisertums in Paris; Regierung der Nationalverteidigung.
12. Sept. Thiers tritt seine Rundreise an.
19. Sept. Umschließung von Paris; 20. Zusammenkunft Jules Favres mit Bismarck.
20. Sept. Die italienischen Truppen ziehen in Rom ein.
28. Sept. Straßburg kapituliert.
2. Okt. Italien: Plebiszit in Rom.
5. Okt. Deutsches Hauptquartier in Versailles.
9. Okt. Gambetta in Tours.
11. Okt. Deutsche (v. d. Tann) in Orleans.
16. Okt. Spanien: Herzog von Aosta zum König gewählt.
27. Okt. Kapitulation von Metz.
28. Okt. Ausfall von Paris (le Bourget). 31. Aufstandsversuch in Paris; Thiers und Bismarck; Unterhandlungen scheitern.
31. Okt. Rußland erklärt sich nicht mehr an die Pariser Festsetzungen (1856) in Beziehung auf die Neutralisation des Schwarzen Meeres gebunden.

1870 9. Nov. V. d. Tann räumt Orleans vor der Loirearmee; Schlacht bei Coulmiers.
25. Nov. Versailler Verträge zur Einigung Deutschlands.
27. Nov. Manteuffel besiegt die französische Nordarmee bei Amiens.
28. Nov. Prinz Friedrich Karl Loirearmee bei Beaune la Rolande.
3. Dez. Pariser Ausfall (Champigny) scheitert.
1. bis 4. Dez. Zweite Schlacht bei Orleans; Orleans besetzt.
9. Dez. Delegation siedelt von Tours nach Bordeaux über.
10. Dez. Norddeutscher Reichstag; Kaiser und Reich. 19. Kaiserdeputation in Versailles.
23. Dez. Manteuffels Sieg an der Hallue.
25. Dez. Mont-Cenis-Tunnel vollendet.
27. Dez. Spanien: Marschall Prim tödlich verwundet.
27. Dez. Vor Paris: Mont Avron genommen; Bombardement beginnt.
30. Dez. Spanien: König Amadeo I. betritt spanischen Boden.
1871 3. Jan. Schlacht bei Bapaume.
11. Jan. Kämpfe im Westen; General Chanzy erliegt bei le Mans.
16. bis 18. Jan. Französische Ostarmee von General von Werder an der Lisaine zurückgeworfen.
17. Jan. Londoner Konferenz in der Pontusfrage.
18. Jan. Deutsches Kaisertum in Versailles proklamiert.
19. Jan. General Faidherbe bei St.-Quentin geschlagen; letzter Ausfall von Paris scheitert.
22. Jan. Versuch der Roten in Paris, sich der Gewalt zu bemächtigen. — Unterhandlungen beginnen. 26. Bombardement eingestellt.
28. Jan. Kapitulation von Paris und Waffenstillstand.
1. Febr. Die französische Ostarmee auf Schweizer Gebiet gedrängt.
6. Febr. Gambetta dankt ab.
7. Febr. Österreich: Ministerium Potocki entlassen; Ministerium Hohenwart.
13. Febr. Frankreich: Nationalversammlung in Bordeaux.

1871 16. Febr. Belfort kapituliert.
18. Febr. Thiers Chef der Exekutive; Pakt von Bordeaux.
26. Febr. Friedenspräliminarien; 1. März in Bordeaux genehmigt.
1. März. Dynastie Bonaparte in Bordeaux abgesetzt; deutsche Truppen in Paris; Anfänge der Commune.
8. März. England und Vereinigte Staaten: Kommission in Washington.
10. März. Französische Nationalversammlung nach Versailles.
13. März. Londoner Schlußprotokoll in der Pontusfrage.
17. März. Paris: Commune siegreich; Paris und Versailles.
21. März. Deutschland: erster deutscher Reichstag in Berlin eröffnet.
28. März. Deutschland: Erklärung Döllingers; Altkatholiken.
10. Mai. Frankfurter Friede.
21. Mai. Paris: die Versailler dringen ein; die „Leichenfeier der Commune". 28. Aufstand beendigt.
16. Juni. Siegeseinzug der Truppen in Berlin.
1. Juli. Einzug Viktor Emanuels in Rom.
5. Juli. Frankreich: Manifest des Grafen Chambord. Royalistische Bestrebungen.
8. Juli. Kirchenstreit in Deutschland; kath. Abteilung im preußischen Kultusministerium aufgehoben.
11. Aug. Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Österreich zu Ischl.
22.—24. Sept. Altkatholikenkongreß in München.
18. Okt. Österreich: böhmische Fundamentalartikel.
26. Oktober. Österreich: Sturz des Ministeriums Hohenwart.
13. Nov. Österreich: Graf Andrássy an von Beusts Stelle.
25. Nov. Österreich: Ministerium Fürst Adolf Auersperg.
28. Nov. Deutschland: Reichstag genehmigt den „Kanzelparagraphen".
17. Dez. England-Amerika: Genfer Schiedsgericht.

1872 17. Jan. Preußen: Kultusminister von Mühler entlassen.
2. Febr. Frankreich: Kündigung des englisch-französischen Handelsvertrages.
8. März. Preußen: Schulaufsichtsgesetz.
1. April. Holland: dritte Säkularfeier des Tages von Brielle.
25. April. Spanien: Marschall Serrano Generalissimus gegen die Karlisten.
1. Mai. Deutschland: Eröffnung der Universität Straßburg.
2. Mai. Rom: Papst lehnt den Kardinal Hohenlohe als deutschen Botschafter ab.
15. Mai. Deutschland: Jesuitenorden im Deutschen Reiche verboten (5. Juli Gesetz).
29. Juli. Frankreich: Erfolg der Drei-Milliarden-Anleihe.
4. Sept. Zusammenkunft der Kaiser von Rußland, Österreich und Deutschland in Berlin.
26. Sept. Kirche und Staat in der Schweiz; Konflikt in Solothurn und in Genf.
18. Nov. Frankreich: Thiers' Botschaft für die Republik an die Nationalversammlung.
4. Dez. Vereinigte Staaten: Grant zum zweitenmal Präsident.
13. Dez. Preußen: neue Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen.

1873 9. Jan. Napoleons III. Tod.
28. Jan. Rußland: Expedition gegen Chiwa beschlossen.
9., 12. Febr. Spanien: König Amadeo dankt ab; Spanien Republik.
13. März. Deutschland-Frankreich: letzte Konvention betreffs der Kriegsschuld.
8. April. Österreich: Wahlreformgesetz (direkte Wahlen durch die Bevölkerung) vom Kaiser genehmigt.
1. Mai. Weltausstellung zu Wien.
11. Mai. Preußen: die Kirchengesetze vom König genehmigt.
17. Mai. Italien: römische Klöster aufgehoben.
24. Mai. Frankreich: Thiers gestürzt; Marschall Mac Mahon Präsident; Regierung der moralischen Ordnung.
31. Mai. Preußen: Auflehnung der preußischen Bischöfe gegen die vier Kirchengesetze beginnt.

1873 1. Juni. Spanien: konstituierende Cortes; Föderativ-Republik.
4. Juni. Erster altkatholischer Bischof gewählt.
7. Juli. Frankreich: Armeeorganisation vollendet.
25. Juli. Spanien: Communistenherrschaft in Cartagena.
5. Aug. Frankreich: Fusion der jüngeren und der älteren Linie des Hauses Frankreich.
3. Sept. Briefwechsel zwischen Papst und Kaiser von Deutschland.
9. Sept. Spanien: Präsident Castelar.
16. Sept. Räumung des französischen Gebiets durch die deutschen Truppen vollendet.
22. Sept. Viktor Emanuel in Wien; 26. in Berlin.
30. Okt. Frankreich: Restauration Heinrichs V. scheitert.
4. Nov. Preußen: allgemeine Landtagswahlen.
9. Nov. Spanien: Niederlagen gegen die Karlisten.
19. Nov. Frankreich: Verlängerung der Gewalten des Präsidenten auf sieben Jahre.

1874 2. Jan. Cortes in Spanien gesprengt.
10. Jan. Deutschland: Reichstagswahlen.
23. Jan. Schweiz: der päpstliche Nuntius erhält seine Pässe.
1. Febr. Erste Reichstagswahl in Elsaß-Lothringen.
16. Febr. England: Ministerium Disraeli.
17.—20. April. Deutschland: Militärgesetz (Kompromiß) im Reichstag angenommen.
19. April. Schweiz: die neue Bundesverfassung wird durch Volksabstimmung angenommen.
25. April. Deutschland; Vertrag mit Griechenland über Ausgrabungen in Olympia.
7. Mai. Österreich: zwei konfess. Gesetze vom Kaiser genehmigt.
22. Mai. Frankreich: Ministerium Cissey.
13. Juli. Attentat auf Bismarck zu Kissingen.
25. Juli. Deutsche Kriegsschiffe an der spanischen Küste (gegen Karlisten).

1874 27. Juli. Konferenz in Brüssel, wegen Ergänzung der Genfer Konvention.
11. Aug. Deutschland: Bezirkstage in Elsaß-Lothringen.
27. Aug. Deutsche Bischöfe gegen die Sedanfeier.
15. Sept. Weltpostkongreß zu Bern.
1. Okt. Preußen: Civilehegesetz tritt in Kraft.
18. Okt. Frankreich: das französische Kriegsschiff L'Orénoque von Civita Vecchia zurückgerufen.
9.—19. Dez. Deutschland: Prozeß Arnim.
29. Dez. Spanien: Pronunciamiento für Prinz Alfons.

1875 14. Jan. König Alfons in Madrid.
22. Jan. Deutschland: Landsturmgesetz im Reichstag angenommen.
25. Jan. Civilehegesetz im Reichstag angenommen.
5. Febr. Rom: päpstliche Encyklika erklärt preußische Maigesetze für ungültig.
24. Febr. Frankreich: Ministerium Buffet.
28. Febr. Ungarn: Ministerium Tisza.
5. April. Italien: Besuch des Kaisers von Österreich in Venedig.
6. April. Preußen: Sperrgesetz im Abgeordnetenhause angenommen.
19. April. Preußen: Aufhebung der Verfassungsartikel 15, 16, 18.
3. Mai. Bern: Weltpostverein ratifiziert.
8. Mai. Preußen: Klosteraufhebungsgesetz angenommen.
16. Juni. Frankreich dem Herzen Jesu geweiht.
17. Juni. Deutschland: Landesausschuß in Elsaß-Lothringen.
30. Juni. Belgisch-deutsche Korrespondenz über Fall Duchesne erledigt.
15. Juli. Türkei: Aufstand in der Herzegowina.
8. Aug. Türkei: Pazifikationsversuch der Konsuln in Mostar (Herzegowina) scheitert.
20. Aug. Russischer General Kaufmann zieht in Chokand ein.
18. Okt. Der deutsche Kaiser in Mailand.
19. Nov. Frankreich: katholische Universität in Lille eröffnet.

1875 25. Nov. England: die Regierung kauft die Suezkanalaktien des Vicekönigs von Ägypten.
29. Nov. Preußen: Zusammentritt der Generalsynode.
31. Dez. Die drei Ostmächte stellen ihre Forderungen an die Pforte (Note Andrássy).
31. Dez. Frankreich: Schluß der Nationalversammlung.
1876 18. Jan. Protestantische Gemeinden in Tirol.
21. Jan. Italien: Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat.
29. Jan. Ungarn: Deáks Tod.
13. Febr. Türkei: Andrássysche Note von der Pforte angenommen.
20. Febr. Frankreich: Deputiertenwahl. Sieg der Republik. Ministerium Dufaure.
28. Febr. Spanien: Ende des Karlistenkriegs. Don Karlos in Frankreich.
18. März. Italien: Ministerium Depretis.
8. April. Königin von England, Kaiserin von Indien.
April. Wiederbeginn der Insurrektion in Bosnien und Herzegowina.
4. Mai. Aufstand in Bulgarien.
7. Mai. Schweiz: altkatholischer Bischof gewählt.
11. Mai. Prinz von Wales aus Ostindien zurück.
12. Mai. Russischer General Tschernajew in Serbien.
13. Mai. Berliner Memorandum über türkische Reformen.
20. Mai. Englische Flotte in der Besikabai.
20. Mai. Türkei: Midhat Pascha Minister: lehnt Berliner Memorandum ab.
30. Mai. Preußen: sechs preußische Diöcesen ohne Bischöfe.
30. Mai. Türkei: Abd ul Asis entthront. Murad V.
14. Juni. Bulgarischer Aufstand zu Ende: „bulgarische Greuel".
15. Juni. Ministermord in Konstantinopel.
1. Juli. Serbien und Montenegro bekriegen die Pforte.
27. Juli. Antitürkische Entrüstungsmeetings in England.
19.—27. Aug. Türken vor Alexinatz (Serbien).
1876 31. Aug. Sultan Murad V. abgesetzt; Abd ul Hamid.
4. Sept. Sieg der Türken vor Alexinatz. 10. Waffenruhe.
21. Sept. Kaiser Wilhelm in Stuttgart. 25. im Elsaß.
5. Okt. Deutschland: v. Arnim verurteilt.
27. Okt. Preußen: Landtagswahlen.
30. Okt. Serbien ruft Rußland an: Türken in Alexinatz. Waffenstillstand.
15. Nov. Sechs russische Armeecorps mobil.
12. Dez. Frankreich: Ministerium Jules Simon.
12. Dez. Konstantinopel: Beginn der Vorkonferenzen.
21. Dez. Deutschland: Justizgesetze im Reichstag angenommen.
24. Dez. Türkische Verfassung proklamiert. Beginn der Konferenzen.
1877 10. Jan. Deutschland: Reichstagswahlen.
21. Jan. Letzte Sitzung der Konferenz in Konstantinopel ergebnislos.
5. Febr. Midhat Pascha verbannt.
19. März. Türkisches Parlament eröffnet.
16. April. Rumänien schließt Durchzugskonvention mit Rußland ab.
24. April. Deutschland: Reichsgericht in Leipzig.
24. April. Rußland: Kriegsmanifest gegen die Türkei.
1. Mai. Kaiser Wilhelm im Reichsland.
18. Mai. Rumänien erklärt Krieg an die Türkei.
16. Mai. Frankreich: Sturz des Ministeriums Simon; 18. Ministerium der Reaktion Herzog v. Broglie.
21. Mai. Rumänien: Unabhängigkeitserklärung.
21. Juni. Donauübergang der Russen beginnt.
25. Juni. Frankreich: Deputiertenkammer aufgelöst.
27. Juni. Russen ziehen sich von Erzerum zurück.
5. Juli. Russen heben die Belagerung von Kars auf.
13. Juli. General Gurko über den Balkan.
19. Juli. Osman Pascha in Plewna.
31. Juli. Russische Niederlage vor Plewna.

1877 21.—28. Aug. Suleiman gegen den Schipkapaß.
3. Sept. Russen und Rumänier vor Plewna. — Thiers' Tod.
7.—14. Sept. Niederlage vor Plewna.
8. Sept. Montenegriner nehmen Nikšik.
14. Sept. Kaiser Wilhelm am Rhein.
1. Okt. General Totleben vor Plewna.
4. Okt. Spanien: Cuba unterworfen.
15. Okt. Niederlage Mukhtar Paschas in Armenien. 24. Russen wieder vor Kars. 2. Nov. vor Erzerum.
15. Okt. Frankreich: Wahlen zur Deputiertenkammer.
16. Nov. Frankreich: Sturz des Ministeriums Broglie.
18. Nov. Russen erstürmen Kars.
10. Dez. Osman Pascha in Plewna kapituliert.
13. Dez. Frankreich: Ministerium Dufaure.
14. Dez. Serbien erneuert den Krieg gegen die Türkei.

1878 9. Jan. Italien: Viktor Emanuels Tod. Thronbesteigung Humberts I.
20. Jan. Russen in Adrianopel.
24. Jan. Frankreich: Amnestiegesetz.
2. Febr. Einmarsch griechischer Truppen in Thessalien. 7. Wieder zurück.
7. Febr. Papst Pius' IX. Tod.
13. Febr. Englische Flotte im Marmara-Meer.
20. Febr. Papst Leo XIII.
3. März. Friedenspräliminarien von San Stefano.
21. März. Italien: Ministerium Cairoli.
23. März. Preußen: Rücktritt des Finanzministers v. Camphausen.
17. April. Papst Leo an Kaiser Wilhelm.
6. Mai. Preußen: Präsident Hermann (Oberkirchenrat) entlassen.
11. Mai. Attentat Hödels auf den deutschen Kaiser.
24. Mai. Socialistengesetz in dem Reichstag abgelehnt.
31. Mai. Untergang des deutschen Kriegsschiffs „Großer Kurfürst".
2. Juni. Deutschland: Attentat Nobilings.
4. Juni. Deutschland: Kronprinz Stellvertreter.
10. Juni. Deutschland: Schreiben des Kronprinzen an Papst Leo.

1878 11. Juni. Belgien: Wahlen. Sieg der Liberalen; Ministerium Frère-Orban.
11. Juni. Deutschland: Reichstag aufgelöst.
12. Juni. Tod des Exkönigs von Hannover in Paris.
13. Juni. Eröffnung des Berliner Kongresses.
17. Juni. Österreich: Kaiser Franz Joseph genehmigt die Ausgleichsgesetze.
13. Juli. Schluß des Berliner Kongresses: Berliner Friede.
13. Juli. England nimmt Besitz von Cypern.
29. Juli. Nuntius Masella bei Bismarck in Kissingen.
30. Juli. Deutschland: Reichstagswahlen.
5. Aug. Deutschland: Finanzministerzusammenkunft in Heidelberg.
16. Aug. Rußland: General Mesenzew ermordet.
19. Aug. Österreicher in Bosnien. Erstürmung von Serajewo.
9. Sept. Deutschland: Reichstag eröffnet.
21. Sept. Englisch-afghanischer Konflikt.
11. Okt. Preußen-Österreich: Konvention über Nordschleswig.
19. Okt. Deutschland: Socialistengesetz angenommen.
19.—25. Okt. Korrespondenz Bismarck-Varnbüler über Revision des Zolltarifs.
22. Okt. Spanien: Attentat auf König Alfons.
17. Nov. Italien: Attentat auf König Humbert.
21. Nov. England: Einmarsch der britischen Armee in Afghanistan.
5. Dez. Deutschland: Rückkehr des Kaisers nach Berlin.
13. Dez. Deutschland: Schreiben Bismarcks an die Bundesrats-Tarifkommission.
19. Dez. Italien: Ministerium Depretis.

1879 5. Jan. Frankreich: republikanische Mehrheit im Senat.
24. Jan. Deutschland: Vertrag zwischen dem Deutschen Reich u. den Samoainseln. (Südsee.)
30. Jan. Frankreich: Rücktritt Mac Mahons.

1879 31. Jan. Grévy Präsident der Republik, Gambetta Präsident der Deputiertenkammer.
4. Febr. Frankreich: Rücktritt des Ministeriums Dufaure; Ministerium Waddington (antiklerikal).
8. Febr. Rußland-Türkei: Friedensvertrag unterzeichnet.
12. Febr. Deutschland: Kaiser Wilhelm eröffnet den Reichstag.
12. Febr. Österreich: Ministerkrisis.
15. Febr. Deutschland: braunschweigischer Landtag nimmt Regentschaftsgesetz (für den Fall des Ablebens des Landesherrn) an.
23. Febr. Deutschland: v. Roons Tod.
Ende Febr. Türkei: ostrumelisches Verwaltungsstatut fertig und Aleko Pascha Generalgouverneur.
3. März. Spanien: Ministerium Canovas del Castillo entlassen, ersetzt durch Martinez Campos.
4. März. Türkei: Reuf Pascha rückt in Adrianopel ein.
11. März. Österreich-Ungarn: Untergang der Stadt Szegedin durch Überschwemmung.
April. Rußland: politische Morde.
14. April. Mordanfall des Nihilisten Solowieff auf Kaiser Alexander II. in St. Petersburg.
29. April. Bulgarien: Prinz Battenberg von der Nationalversammlung zum Fürsten gewählt: Alexander I.
21. Mai. Deutschland: Änderung im Präsidium des Reichstags: v. Seydewitz (Schutzzoll) anstatt v. Forckenbeck (Freihandel).
25. Mai. England: Frieden mit Shir Alis Sohn Jakub Chan (Afghanistan).
1. Juni. Prinz Louis Napoleon im Zululand getötet.
11. Juni. Deutschland: goldene Hochzeit des Kaiserpaares.
15. Juni. Frankreich: Kongreß in Versailles beschließt die Rückkehr nach Paris.
22. Juni. Frankreich: Beratung des neuen Unterrichtsgesetzes (Ferry) beginnt.
25. Juni. Deutschland: Antrag Frankenstein (Verwendung der Zollüberschüsse) im Reichstag angenommen.

1879 26. Juni. Türkei, Ägypten: der Chedive Ismail dankt ab; sein Sohn Tewfik folgt.
1. Juli. Deutschland: preußische Minister Falk und Friedenthal entlassen.
2. Juli. Italien: Ministerwechsel, Sturz Depretis'.
5. Juli. Preußen: konservative Minister, von Puttkamer Kultusminister.
10. Juli. Frankreich: Unterrichtsgesetz Ferry in der Deputiertenkammer angenommen.
12. Juli. Deutschland: Zolltarifgesetz (mit Antrag Frankenstein) im Reichstag angenommen.
17. Juli. Italien: Ministerium Cairoli.
10. August. Österreich: Ministerkrisis beendigt, Graf Taaffe Minister.
28. August. England: Kaffernkönig Cetewayo in englischer Gefangenschaft.
Sept. England: britische Gesandtschaft in Kabul ermordet.
4. Sept. Symptome einer Spannung zwischen Rußland und Deutschland. Kaiser Wilhelm begrüßt Kaiser Alexander II. zu Alexandrowo.
9. Sept. Rußland: Niederlage des russischen Expeditionscorps gegen die Tekke-Turkmenen.
10. Sept. Österreich-Türkei: österreichische Truppen im Sandschak Novibazar.
1. Okt. Deutschland: Justizeinheit tritt ins Leben.
1. Okt. Elsaß-Lothringen: neue Verfassung (Statthalter).
7. Okt. Deutschland: Landtagswahlen in Preußen, Niederlage der Liberalen.
10. Okt. Österreich-Ungarn: Graf Andrássy tritt zurück; Baron Haymerle gemeinsamer Minister für das Auswärtige.
12. Okt. England: General Roberts zieht in Kabul ein.
15. Okt. Österreich-Ungarn-Deutschland: Schutzbündnis.
Mitte Nov. Besuch des dänischen Königspaars in Berlin.
24. Nov. Italien: Ministerkrisis, Ministerium Cairoli renoviert.
29. Nov. Spanien: Vermählung

des Königs mit einer österreichischen Erzherzogin.

1879 1. Dez. Rußland: Fortdauer der nihilistischen Mordverschwörungen; abermaliger Mordanschlag gegen den Kaiser.
9. Dez. Spanien: Ministerium Martinez Campos entlassen, ersetzt durch Canovas del Castillo.
25. Dez. Italien: Krawall der Italia irredenta zu Rom.
26. Dez. Frankreich: Ministerwechsel: Freycinet (gambettistisch) anstatt Waddington.
30. Dez. Spanien: Mordanfall (ohne politische Bedeutung) auf d. König.

1880 2. Febr. Frankreich: antiklerikales Gesetz über den Unterrichtsrat vom Senat angenommen.
10. Febr. Deutschland: Baden: friedl. Wendung im Kirchenstreit.
17. Febr. Rußland: nihilistisches Komplott; Dynamitexplosion im Winterpalast zu Petersburg. 24. Loris-Melikow zur Diktatur gegen Nihilismus berufen.
29. Febr. Durchstechung des Gotthards vollendet.
2. März. Rußland: 25jähriges Regierungsjubiläum Alexanders II.
6. März. Frankreich-Rußland: Nihilist Hartmann nicht ausgeliefert. 20. Der russische Gesandte reist von Paris ab.
15. März. Frankreich: Unterrichtsgesetz im Senat angenommen, ohne Artikel 7 (gegen die Kongregationen). 30. Regierungsdekrete gegen d. Kongregationen.
16. April. Deutschland: Reichsmilitärgesetz im Reichstag angenommen.
22. April. Deutschland: Einverleibung Altonas und der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in den Zollverein angeregt.
24. April. England: Wahlniederlage Beaconsfields, Ministerium Gladstone.
2. Mai. Italien: Kammer aufgelöst.
4. Mai. Deutschland: Verlängerung des Socialistengesetzes im Reichstag angenommen.
20. Mai. Deutschland: Preußen: Kirchengesetz von der preußischen Regierung vorgelegt. 22. Vom Papst mißbilligt.

1880 9. Juni. Belgien: Abberufung des Gesandten beim Vatikan.
12. Juni. Österreich: Protest der Tiroler Bischöfe gegen evangelische Gemeinden.
15. Juni. Belgien: Unabhängigkeitsjubiläum.
26. Juni. Österreich-Ungarn: föderalistisches Ministerium in Cisleithanien.
9. Juli. Frankreich: Amnestiegesetz im Senat angenommen.
14. Juli. Deutschland-Preußen: Kaiser Wilhelm sanktioniert das (verbesserte) Kirchengesetz.
22. Juli. England: Afghanistan. Emir Abd er Rahman eingesetzt.
27. Juli. England: Niederlage bei Kandahar (Afghanistan).
4. Aug. Vatikan: der Heilige Thomas, Schutzpatron der Universitäten.
9. Aug. Frankreich: die drei Präsidenten in Cherbourg; Gambetta allmächtig.
25. Aug. Deutschland: 700jährige Verbindung Bayern-Wittelsbach gefeiert.
1. Sept. England: Sieg bei Kandahar (Afghanistan).
15. Sept. Österreich-Ungarn: Budapester Gemeinderat verweigert Konzession für deutsches Theater.
20. Sept. Türkei: Montenegro und die Albanesenliga: europ. Flottendemonstration vor Dulcigno.
23. Sept. Frankreich: Kabinett Freycinet durch Kabinett Ferry ersetzt.
25. Sept. England: agrarische Morde und wachsende Anarchie in Irland (Landliga).
15. Okt. Deutschland: Kölner Dom vollendet; Nationalfest ohne Klerikale.
22. Okt. Amerika: Friedenskonferenz Chili-Peru-Bolivia. Krieg dauert fort. Chilenen siegreich.
Okt.-Nov. Frankreich: energische Ausführung der Märzdekrete; Tumulte der Ultramontanen.
14. Nov. Österreich: deutsch-österreichischer Parteitag zu Wien.
17. Nov. Deutschland: preußischer Volkswirtschaftsrat angeordnet; 22. Antisemitenliga; Judenfrage im preußischen Abgeordnetenhaus verhandelt.

1880 26. Nov. Türkei: Dulcigno von den Montenegrinern besetzt; die europäische Flottendemonstration zu Ende.
14. Dez. Türkei - Griechenland: griechische Rüstungen; türkische Noten.
14. Dez. England: Erhebung der Boers in Transvaal (Südafrika); 20. Erster Sieg über britische Truppenabteilung.
1881 28. Jan., 9., 17. Febr. England: Niederlagen in Transvaal (Südafrika).
11. März. Deutschland - Preußen: v. Puttkamer Minister des Innern.
13. März. Rußland: Ermordung Alexanders II. Alexander III.
6. April. Deutschland - Bayern: Zweite Kammer beschließt Herabsetzung der Schulpflichtigkeitsdauer.
19. April. England: Lord Beaconsfield (Disraeli) stirbt.
11. Mai. Rußland: absolutistisches Manifest des neuen Kaisers.
12. Mai. Frankreich-Tunesien: Bardovertrag.
14. Mai. Italien: Rücktritt des Ministeriums Cairoli.
16. Mai. Rußland: Ignatiew Minister.
22. Mai. Türkei-Griechenland: Konvention über die neue Grenze.
22. Mai. Königreich Rumänien: Krönung Karls I.
15. Juni. Deutschland: Anschluß Hamburgs an den Zollverein.
22. August. England: irische Landbill Gesetz.
19. Sept. Amerika, Vereinigte Staaten: Präsident Garfield stirbt.
23. Sept. England-Transvaal: Konvention.
26. Okt. Frankreich-Tunesien: Franzosen in Kahiruan.
14. Nov. Frankreich: Ministerium Gambetta.
17. Nov. Deutschland: kaiserliche Botschaft an den Reichstag über Wirtschaftspolitik und Socialgesetzgebung.
1882 21. Jan. Deutschland: Zollanschluß Hamburgs vom Reichstag genehmigt.
26. Jan. Frankreich: Listenwahl verworfen; Sturz des Ministeriums Gambetta. 31. Kabinett Freycinet.
1882 10. Febr. Österreichisch - tschechische und deutsche Universität in Prag.
6. März. Serbien Königreich. König Milan.
9. März. Deutschland: Eisenbahnverstaatlichung fortgesetzt.
23. März. Frankreich: Senat genehmigt Schulzwang des weltlichen Unterrichts.
9. April. Rußland: v. Giers Minister des Auswärtigen.
18. April. Amerika, Ver. Staaten: Chineseneinwanderung auf 10 Jahre verboten.
2. Mai. England: Verhandlung zwischen Gladstone und Parnell; 6. Ermordung der Regierungsbeamten Cavendish und Bourke in Dublin.
16. Mai. Österreich: Ministerium Taaffe ernennt neue Pairs; föderalistische Mehrheit in Herren- und Abgeordnetenhaus.
21. Mai. Eröffnung der Gotthardsbahn.
29. Mai. Türkei-Ägypten: Übermacht Arabis und der Nationalpartei.
2. Juni. Italien: Garibaldis Tod.
11. Juni. Ägypten: Massakre unter den Europäern in Alexandrien.
15. Juni. Deutschland: Tabaksmonopol im Reichstag verworfen.
11. Juli. England-Ägypten: englische Flotte bombardiert Alexandrien.
28. Juli. England-Frankreich: Kredit für Intervention in Ägypten vom Parlament in London angenommen, — in Paris abgelehnt.
8. Aug. Frankreich: Freycinets Rücktritt; Ministerium Duclerc.
13. Aug. England-Ägypten: Wolseleys Sieg über Arabi bei Tel el Kebir; das Land in Englands Gewalt.
17. Okt. England: Nationalliga (Parnell) in Irland.
29. Okt. Italien: Deputiertenwahlen nach neuem Wahlgesetz: Mehrheit für Ministerium Depretis.
6. Dez. Deutschland: deutscher Kolonialverein in Frankfurt a. M.
31. Dez. Frankreich: Gambetta stirbt.
1883 4. Jan. Frankreich: General Chanzy stirbt.

1883 15. Jan. Deutschland-Elsaß-Lothringen: deutsche Sprache ausschließlich Geschäftssprache im Landesausschuß.
31. Jan. Frankreich: ehrenwortbrüchiger Offizier (Thibaudin) Kriegsminister.
17. Febr. Ägypten: Fortschritte des Mahdi im Sudan.
23. Febr. Frankreich: Ministerium Ferry.
1. März. Italien: Finanzen geordnet; Zwangskurs aufgehoben.
12. März. Rußland: Fürst Gortschakow stirbt.
12. März. England: Dynamitexplosion in London.
2. Mai. Österreich: Rückschritte im Schulwesen (beschränktere Schulpflichtigkeitsdauer).
18. Mai. Norwegen: Verfassungsstreit über das königliche Veto; Prozeß der Minister.
25. Mai. Frankreich-Asien: Admiral General Rivière in Tongking getötet.
13. Juni. Frankreich-Afrika: Unternehmung auf Madagaskar.
25. Juni. Deutschland-Preußen: klerikal-konservatives Bündnis; neues Kirchengesetz im Abgeordnetenhause angenommen; fortgesetzter Rückzug der Regierung.
12. Aug. Ungarn-Kroatien: Unruhen in Agram.
24. Aug. Frankreich: Tod des Grafen v. Chambord, Heinrichs V.
4., 6. Sept. Ägypten: Niederlagen ägyptischer Truppen unter englischer Führung gegen die Streitkräfte des Mahdi.
19., 20. Sept. Bulgarien: Entlassung der russischen Minister und Herstellung der veränderten Verfassung von Tirnowa.
29. Sept. Spanien-Frankreich: Beschimpfung des Königs Alfons durch den Pariser Pöbel.
10. Nov. Deutschland: Gedächtnistag Martin Luthers.
23. Nov. Deutschland-Spanien: der deutsche Kronprinz in Madrid.
2. Dez. Ägypten: neue Niederlage der ägyptischen Truppen.
17. Dez. Deutschland-Italien: der deutsche Kronprinz in Rom; 18. im Vatikan.

1884 18. Jan. Spanien: konservatives Ministerium (Canovas del Castillo).
29. Jan. Österreich: Abgeordnetenhaus lehnt Antrag Wurmbrand (Deutsch als Staatssprache) ab.
30. Jan. Italien: Konvertierung der Güter der Propaganda.
12. Febr. Rußland-Asien: Merw russisch.
15. Febr. Rußland: Ausnahmeverfügungen gegen Anarchisten.
18. Febr. England-Ägypten: General Gordon in Chartum.
27. Febr. England-Afrika: Abkommen mit Transvaal.
5. März. Deutschland: deutsch-freisinnige Partei; 23. Heidelberger Programm der Nationalliberalen.
11. Mai. Frankreich-China: Vertrag von Tien-tsin.
12. Mai. Deutschland: Verlängerung des Socialistengesetzes.
14. Mai. England-Frankreich: Unterhaus lehnt den Kanaltunnel ab.
8. Juni. Deutschland-Afrika: Gesandtschaft der Boers (Transvaal) in Berlin.
10. Juni. Belgien: Wahlen; Sieg der Klerikalen; 16. Ministerium Malou.
24. Juni. Frankreich-Tongking: Verluste vor Langson.
27. Juni. Deutschland: Unfallversicherungsgesetz im Reichstag angenommen.
1. Aug. Holland: Regentschaftsgesetz.
5. Aug. Frankreich-China: Beschießung von Kelung (Insel Formosa).
13. Aug. Frankreich: Modifikation der Verfassung vom Kongreß genehmigt.
15. Sept. Deutschland-Österreich-Rußland: Zusammenkunft der Kaiser in Skierniewize.
18. Okt. Deutschland: Herzog Wilhelm von Braunschweig stirbt.
26. Okt. Belgien: Modifikation des Ministeriums.
15. Nov. Europa-Afrika: Kongokonferenz in Berlin.
1. Dez. Deutschland: Krankenkassengesetz in Kraft.

1885 10., 13. Jan. Deutschland-Afrika: Kamerundebatten im Reichstag.
20. Jan. Deutschland-England: Korrespondenz über Neuguinea.

1885 24. Jan. England: Dynamitexplosion im Tower.
26. Jan. England: Chartum fällt; Tod Gordons.
5. Febr. Italien-Afrika: Massaua besetzt.
12. Febr. Frankreich-China: französischer Sieg bei Langson.
28. Febr. Europa-Afrika: Berlin, Generalakte der Congokonferenz.
17. März. England-Rußland: Übereinkommen in Afghanistan.
23. März. Frankreich-China: Niederlage der Franzosen bei Langson.
23. März. Deutschland: Reichstag genehmigt Dampfervorlage und Kolonialpolitik.
30. März. Frankreich: Rücktritt Ferrys.
1. April. Deutschland: Bismarckfeier.
3. April. Frankreich-China: Friedenspräliminarien.
6. April. Frankreich: Ministerium Brisson.
28. April. Afrika: König Leopold II. von Belgien Souverän des Congostaats.
23. Mai. Frankreich: Listenwahl.
1. Juni. Frankreich: Victor Hugo im Pantheon.
9. Juni. England: Rücktritt des Ministeriums Gladstone; Torykabinett (Salisbury).
1. Juli. Italien: Ministerium Depretis erneuert.
23., 24. Aug. Deutschland-Spanien: Anfang des Karolinenstreits.
18. Sept. Bulgarien-Ostrumelien: Revolution in Philippopel; Fürst Alexander stellt sich an die Spitze.
4. Okt. Frankreich: Deputiertenwahlen.
21. Okt. Deutschland: Prinz Albrecht von Preußen als Regent in Braunschweig gewählt.
5. Nov. Deutschland: Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe Statthalter.
14. Nov. Serbien bekriegt Bulgarien; Griechenland beginnt zu rüsten.
19. Nov. Serbien-Bulgarien: Niederlage der Serben bei Slivnitza.
25. Nov. Spanien: Alfons XII. stirbt.
1. Dez. Deutschland: Polenausweisungsdebatte im Reichstage.
15. Dez. Preußen, Vatikan: Erzbischof Krementz in Köln.

1885 20. Dez. Deutschland-Afrika: Handelsvertrag mit Sansibar.
21. Dez. Serbien-Bulgarien: Waffenstillstand.
24. Dez. Deutschland-Spanien: Papst Leo XIII. vermittelt den Karolinenstreit.
28. Dez. Frankreich: Präsident Grévy wieder gewählt.
1886 8. Febr. England: Rücktritt Salisburys. Ministerium Gladstone.
26. Febr. Deutschland: Bayrische Reichsratskammer verwirft reaktionären Schulantrag.
8. März Serbien-Bulgarien: Friede durch Abkommen von Bukarest.
März. Belgien: Arbeiterunruhen.
31. März. Frankreich: Senat genehmigt Volksschulgesetz.
2. April. Deutschland: Reichstag genehmigt Verlängerung des Socialistengesetzes.
25. April. Bulgarien: Fürst Alexander von der Pforte als Generalgouverneur von Ostrumelien anerkannt.
4. Mai. Amerika: Arbeiterunruhen in Chicago.
17. Mai. Spanien: König Alfons XIII geboren.
7. Juni. England: Gladstones Home-rule-Bill vom Unterhaus verworfen.
10. Juni. Deutschland: Bayern: Prinz Luitpold Regent. 13. Tod König Ludwigs II.
23. Juni. Frankreich: Ausweisung der Prinzen.
23. Juni. Rußland: Aufhebung des Freihafens Batum.
30. Juni. Deutschland: Postdampferlinie Ostasien eröffnet.
11. Juli. Deutschland: erster Erfolg in Elsaß-Lothringen (Gemeinderatswahlen).
20. Juli. England: Rücktritt Gladstones. Ministerium Salisbury.
8. August. Deutschland: Heidelberger Universitätsjubiläum.
21. August. Bulgarien: Militärrevolution. Fürst Alexander in Sofia gestürzt. 24. Gegenrevolution.
8. Sept. Bulgarien: Rückkehr des Fürsten nach Sofia. 5. Abdankung.
20. Sept. Deutschland: Reichstag genehmigt spanisch-deutschen Handelsvertrag.

1886 25. Sept. Bulgarien: russischer General Kaulbars in Sofia.
1887 11. Jan. Deutschland: Militärvorlage: 14. Reichstag aufgelöst.
26. Jan. Italien: Unfall der italienischen Truppen in Afrika (Dogali).
21. Febr. Deutschland: Reichstagswahlen.
11. März. Deutschland: Militärvorlage im Reichstag angenommen. 22. Kaiser Wilhelm I. 90jährig.
28. März. Deutschland: Aufhissung der deutschen Flagge in Kamerun (Afrika).
28. April. Deutschland-Frankreich: Fall Schnäbele.
29. April. Deutschland: Kirchennovelle, endgültige Beilegung des Kirchenkonflikts.
8. Juni. Deutschland: Nordostseekanal, Grundsteinlegung.
17. Juni. Deutschland: Branntweinsteuergesetz, Arbeiterschutzgesetz im Reichstag angenommen.
21. Juni. England: Jubiläum der Königin Viktoria.
5. Juli. Schweiz: Katastrophe v. Zug.
7. Juli. Bulgarien: Sobranje wählt Prinz Ferdinand von Koburg zum Fürsten.
8. Juli. Frankreich: General Boulanger tritt auf.
21. Juli. Deutschland: Der erste deutschgesinnte Elsässer als Reichstagsabgeordneter in Straßburg gewählt.
29. Juli. Italien: Ministerpräsident Depretis stirbt.
14. Aug. Rußland-Frankreich: Deroulède-Schwindel.
20. Aug. Bulgarien: Ferdinands Einzug in Sofia.
7. Okt. Frankreich: Skandal General Caffarel.
18. Okt. Deutschland: orientalisches Seminar in Berlin eröffnet.
3. Nov. Deutschland: der deutsche Kronprinz in San Remo. 14. Hoffnungslose Nachrichten.
11. Nov. Amerika: 4 Dynamithelden in Chicago hingerichtet.
17. Nov. Frankreich: Skandal Wilson beginnt.
18. Nov. Rußland: Alexander III. in Berlin.
1887 1. Dez. Frankreich: Abdankung Grévys. 3. Carnot gewählt.
31. Dez. Italien: Leos XIII. Priesterjubiläum.
1888 3. Febr. Deutschland: der deutsch-österreichische Bündnisvertrag vom 7. Okt. 1879 veröffentlicht.
6. Febr. Deutschland: Rede Bismarcks über das Wehrgesetz. 8. Wehrvorlage genehmigt. 17. Verlängerung des Socialistengesetzes.
9. März. Deutschland: Tod Kaiser Wilhelms I.
12. März Deutschland: Proklamation Kaiser Friedrichs.
3. April. Rumänien: Ministerwechsel. Rücktritt Bratianus.
3. April. Frankreich: Ministerwechsel. Kabinett Floquet.
4. April. Deutschland: Krisis. Vermählungsprojekt Prinz von Battenberg.
20. April. Päpstliche Bulle gegen System der irischen Nationalliga.
4. Juni. Frankreich: Exgeneral Boulanger verlangt Verfassungsrevision.
7. Juni. Deutschland: Verlängerung der Reichstagsperioden auf 5 Jahre vom Kaiser genehmigt.
8. Juni. Preußen: Rücktritt des Ministers von Puttkamer.
15. Juni. Deutschland: Kaiser Friedrich stirbt.
25. Juni. Eröffnung des Reichstags durch Kaiser Wilhelm II.
19. Juli. Kaiser Wilhelm II. in Petersburg, 26. in Stockholm, 30. in Kopenhagen.
21. August. Italien-Deutschland: Ministerpräsident Crispi in Friedrichsruhe.
29. August. Deutschland: Bennigsen Oberpräsident von Hannover.
27. Sept. Kaiser Wilhelm II. in Stuttgart, 1. Okt. in München, 3. in Wien, 11. in Rom, 12. Besuch im Vatikan.
31. Okt. Griechenland: Regierungsjubiläum König Georgs.
6. Nov. Vereinigte Staaten: Präsidentenwahl; Sieg der republikanischen Partei.

Inhaltsverzeichnis.

Viertes Buch.

Vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark bis zur Gegenwart.

1863—1886.

Seite

Einleitung 3

Erster Abschnitt. Vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark bis zum Ausbruche des Deutschen Krieges. 15. November 1863 bis 15. Juni 1866.

I. Der Nordische Krieg und Deutschland.

a. Bis zum Ausbruche des Krieges. 15. November 1863 bis 18. Januar 1864 6
b. Bis zum Wiener Frieden. 18. Januar 1864 bis 30. Oktober 1864 15
c. Bis zur Konvention von Gastein. 30. Oktober 1864 bis 14. August 1865 25
d. Bis zum Ausbruche des Deutschen Krieges. 14. August 1865 bis 14. Juni 1866 43

II. Geschichte der einzelnen Staaten außer Deutschland. 1863—1866 55

A. Germanische Staaten außer Deutschland.

1. Skandinavien 57
2. England 59
3. Die neutralen Staaten. Holland, Belgien, Schweiz . . 64

B. Der Osten 68
1. Griechenland 68
2. Türkei 70
3. Rußland 74

Seite

C. Die romanischen Staaten 78
1. Spanien und Portugal 79
2. Frankreich 81
3. Italien 93

Zweiter Abschnitt. Vom Beginne des Deutsch-Österreichisch-Italienischen Krieges bis zum Ausbruche des Deutsch-Französischen Krieges. 1866—1870 104

I. Der Deutsch-Österreichisch-Italienische Krieg. Juni, Juli, August 1866 106
1. Der Krieg bis zur Schlacht bei Königgrätz 111
2. Die Schlacht bei Königgrätz 124
3. Bis zum Prager Frieden 132

II. Die einzelnen Staaten. 1866—1870 145

A. Amerika.
1. Die Vereinigten Staaten 146
2. Das Kaiserreich Mexiko 152

B. Europäische Staaten.
Erste Gruppe.
1. England 158
2. Rußland 169
3. Türkei und Griechenland 173
4. Belgien und Holland, Skandinavien, Schweiz . . 180

C. Europäische Staaten.
Zweite Gruppe.
1. Österreich 185
2. Italien 206
3. Deutschland 218
4. Frankreich 250
5. Spanien 268

Dritter Abschnitt. Vom Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges bis zur Gegenwart.

I. Der Deutsch-Französische Krieg. Juli 1870 bis Mai 1871.
1. Vorwand und Ausbruch 274
2. Der Krieg bis zur Schlacht bei Sedan.
a. Saarbrücken und Weißenburg. — Wörth und Spichern 298
b. Die Schlachten um Metz 314
c. Die Katastrophe von Sedan 331

Seite

3. Der Kampf um Paris.
   a. Die Ereignisse bis zur Kapitulation von Metz 360
   b. Von der Kapitulation von Metz, 27. Oktober, bis zu den Kämpfen der Woche vom 27. November bis 4. Dezember 1870 394
4. Der Friede.
   a. Die Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches 407
   b. Letzte Kämpfe in den Departements 410
   c. Der Fall von Paris 415
   d. Letzte Kämpfe und Friedensschluß 427

II. Die einzelnen Staaten. Vom Ausbruch des Deutsch-Französischen bis zum Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges. 1870—1877 446

A. Die Großmächte.

1. Das Deutsche Reich 447
2. Frankreich 482
3. Österreich 510
4. Rußland 524
5. England 527

B. Mittlere und kleinere Staaten.

1. Spanien 532
2. Italien 540
3. Skandinavien 547
4. Belgien, Holland, Schweiz 549

III. Die orientalische Frage und der Russisch-Türkische Krieg 562

IV. Überblick über die wichtigsten Ereignisse vom Berliner Frieden bis zur Gegenwart 582

Zeittafel über die Ereignisse seit 1814 617

Verzeichnis
der Abbildungen und Karten.

Das deutsche Nationaldenkmal auf dem Niederwald. Gezeichnet von W. Herwart	Zum Titel
Erstürmung der Düppeler Schanzen. Von W. Camphausen.	Zu Seite 20
Lord Palmerston, englischer Ministerpräsident	„ „ 60
Generalfeldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen. Von W. Camphausen	„ „ 118
Begegnung des Königs Wilhelm und des Kronprinzen auf dem Schlachtfelde von Königgrätz. Von W. Camphausen	„ „ 131
Karl I., König von Rumänien. Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz	„ „ 174
Graf Friedrich Ferdinand von Beust. Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz	„ „ 188
Viktor Emanuel, König von Italien. Nach Metzmacher	„ „ 206
Emil Ollivier, französischer Ministerpräsident. Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz	„ „ 262
Karte: Der Schauplatz des Deutsch-Französischen Krieges 1870—1871	„ „ 275
Bad Ems und seine historische Brunnenpromenade. Gezeichnet von W. Herwart	„ „ 282
Friedrich Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen; als Kaiser und König: Friedrich III. Nach einer Photographie gezeichnet von Jos. Mukarzowski	„ „ 307
König Wilhelm bei Rezonville am 18. August 1870. Von Gustav Bartsch	„ „ 330
Schloß Bellevue bei Frénois. Ort der Zusammenkunft zwischen König Wilhelm und Napoleon III. am 2. September 1870	„ „ 354
Léon Gambetta, Diktator Frankreichs. Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz	„ „ 387
Graf Helmut von Moltke, preußischer Generalfeldmarschall und Chef des Generalstabs der Armee. Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz	„ „ 412
Die Kaiserproklamation zu Versailles am 18. Januar 1871. Gemalt von Anton von Werner. (Doppelbild)	„ „ 422
Die Ruinen des Stadthauses in Paris nach dem Commune-Aufstand. Gezeichnet von W. Herwart	„ „ 486
Adolphe Thiers, Präsident der Französischen Republik	„ „ 490
Alexander I., Fürst von Bulgarien. Nach einer Photographie gezeichnet von Otto Humbert-Droz	„ „ 584
Karte von Europa nach dem Berliner Vertrage 1878.	Zum Schluß des Bandes.

Druck von Leonhard Simion in Berlin.

Zu Jäger's

Aus Adamis Schulatlas Verlag von Dietrich Reimer in Berlin.

Vollſtändiges

Namen- und Sachregiſter

zu

Dr. Oskar Jägers

Geſchichte der neueſten Zeit

vom

Wiener Kongreß bis zur Gegenwart.

Dritte durchgeſehene u. ergänzte Ausgabe.

Bearbeitet

von

Eduard Langer.

Berlin.
Verlag von Oswald Seehagen.

A.

Die römische Ziffer giebt den Band, die arabische die Seitenzahl an. Alle Jahreszahlen stehen in Klammern.

Aachen, der Kongreß zu (1818) I, 45. 51. 61. 74 f.

Abbas Paſcha, Vicekönig von Ägypten (1848) II, 174.

Abchaſen, die, Gebirgsvolk am Schwarzen Meere II, 208 f.

Abdallah Paſcha, Satrap von Syrien (1831) I, 403.

Abd el Kader, Emir von Maskara, Marabut in Algier, Gegner d. Franzoſen (1835—1847) I, 463. 470 f. 541. 561. 563 f. 572 f. In Syrien II, 423.

Abd er Rahman, Sultan von Marokko (—1859) II, 407.

Abd ul Aſis, Sultan der Osmanen (1861—1876) II, 422 f. 425. III, 73. 178 f. 565. Sein Tod (1876) 567.

Abd ul Hamid, desgl. (ſeit 1876) III, 568 f. 574. 577. 584. 586—590.

Abd ul Kerim, türkiſcher General (1876) III, 568. 571. 573.

Abd ul Medſchid, Sultan der Osmanen (1839—1861) I, 529—535. 558. II, 174 bis 177. 192 f. 206. 209. 212. 332. 422 f.

Abel, von, bayriſcher Miniſter (1837 bis 1847) I, 350 f. 506 f. Legationsrat, Regent in Griechenland (1833) 386.

Aberdeen, Lord, engl. Miniſter (1830 bis 1855) I, 171. 308. 486. 518. II, 194 f. 197. 206. 238 f.

Abeſſinien, Land in Afrika II, 547. Die engliſche Expedition (1868) III, 166—168.

Abgeordnetenhaus, das preußiſche. Entſtehen (1850) II, 296.

Abgeordnetentag, deutſcher (1862) II, 515.

Abispal, Graf von, ſ. O'Donnell.

Ablis, Überfall von (1870) III, 390.

Abolitioniſtiſche Partei, die, in Nord-Amerika (1860) II, 569 f.

Achmed-Schah, Herrſcher v. Afghaniſtan (1747) I, 526 f.

— Paſcha, Gouverneur von Damaskus (1860) II, 423.

Acoſta, ſpan. Kriegsminiſter (1873) III, 537.

Adalbert, Prinz von Bayern, Bruder König Ottos v. Griechenland II, 178.

— Prinz v. Preußen, Admiral der preuß. Flotte (1862) II, 521.

Adams, Geſandter der Vereinigten Staaten in London (1867) III, 168.

Adighe, die, ſ. Tſcherkeſſen.

Adolf, letzter Herzog v. Naſſau (—1866) II, 365. 462. 477 f. III, 33. 220.

Adrianopel. Im Ruſſiſch-Türkiſch. Kriege (1828) I, 164. 166 f. Friede zu A. (1829) 169—172. 408.

Aeterni patris, päpſtl. Bulle (1868) III, 211.

Affre, Erzbiſchof v. Paris (1848) II, 99 f.

Afghaniſtan. Engliſcher und ruſſiſcher Einfluß (1837—1843) I, 526 f. II, 240. III, 168. Sieg der Engländer in A. (1885) 605 f.

Afrika, Zuſtände in (1859—1863) II, 545—548.

Agende, die preußiſche (1822) I, 339.

Agnozzi, Monſignor, päpſtlicher Nuntius in der Schweiz III, 555.

Agram, kroatiſcher Landtag zu (1861) II, 456 f.

Ägypten. Z. Zeit Mehemed-Alis und des Türkiſch-Griechiſchen Krieges (1823 bis 1825) I, 145—148. 170 f. Krieg mit der Türkei (1831—1841) 402—410. 528—532. 558. Stellung zur Pforte (1848) II, 174 f. Die Durchſtechung der Landenge von Suez (1859) 547. Verhältnis zur Türkei (Eröffnung des Suezkanals) (1866—1869) III, 74. 176

bis 178. 532. 558. 563. Die ägyptische Frage (1882—1885) 588—590. Ferner 605 f. 609.
Akademie, die ionische, auf der Insel Korfu (647te Olympiade 1809) I, 134.
Akhbar, Sohn des Chan Dost Mohammed von Kabul (1841) I, 527.
Akjerman, Vertrag v. (1826) I, 156 f. 162. 169.
Akka (St.-Jean d'Acre), im Türk.-Ägypt. Kriege (1831—1833) I, 403—407.
Alabamafrage, die, zwischen England und den Vereinigten Staaten v. Nordamerika (1867) III, 168 f. 530.
Alacoque, Marie, Nonne III, 501. 546.
Albani, Kardinal (1831) I, 422 f.
Albanien und die Albanesen III, 585 f.
Albert, Prinz v. Sachsen-Koburg, Gatte der Königin Viktoria v. England (1840 bis 1861) I, 517. II, 9 f. 246. 269 Sein Tod (1861) 539.
— Kronprinz v. Sachsen (1866) III, 119. Befehlshaber des 12. deutschen Armeecorps (1870) 303. Oberfeldherr der Maas-Armee 331. 342 f. 377.
— Arbeiter, Mitglied der provisor. Regierung Frankreichs (1848) II, 87. 96.
Albert Amadeus, Herzog von Genua, desiguierter König von Sizilien, Bruder Viktor Emanuels (1848) II, 143.
Albert Eduard, Prinz v. Wales, englischer Thronfolger (geb. 1841) I, 517. III, 254. 527. 530. 531.
Albrecht, preuß. Prinz, Regent von Braunschweig (1886) III, 599.
— österr. Erzherzog, Feldmarschall (1849 bis 1866) II, 156. Civil- und Militärgouverneur v. Ungarn 348. 359. 367. Feldherr in Italien (1866) III, 112 f., in Böhmen 134 f 187.
— Professor in Göttingen (1837) I, 330.
Alcolea, Gefecht bei der Brücke von, in Spanien (1868) III, 270.
Aleko Pascha, Fürst Alexander Vogorides, christl. Gouverneur v. Ostrumelien (1879) III, 583.
Alessandria, die sardinische Festung, im Österr.-Ital.-Franz. Kriege (1859) II, 360 f.
Alexander I., Kaiser v. Rußland (1801 bis 1825). Zur Zeit des Wiener Kongresses I, 18. 24. 69. 74., der Restauration 100—106., der Revolutionen und Reaktionen 117 f. 121. 134—137., der Griechenfrage 140. Sein Tod (1825) 148 f. Ferner 150 f. 154 f. 163. 172. 387. 390. II, 335. 430. 442.
— II., desgl. (1855—1881). Z. Zeit des Krimkrieges II, 207. 210. Zusammenkunft mit Napoleon III. in Stuttgart 230. Seine Reformen, Aufhebung der Leibeigenschaft 334 — 339. Warschauer Zusammenkunft (1860) 400. 429 f. In der Polenfrage 430—440. 441 f. Russifizierung Polens III, 74—77. Bauernemancipation 77 f. 108. 172. 198. Attentat in Paris (1867) 170. 254. 317. 408. Dreikaiserbündnis (1872) 481. 505. 524—527. Die orientalische Frage und der Russisch-Türkische Krieg (1875 bis 1878) 563. 569 f. 573—575. 577. Zusammenkunft zu Alexandrowo (1879) 591. Sein Tod (1881) 592.
Alexander III., Kaiser v. Rußland (seit 1881) III, 592 f.
— Prinz von Battenberg, Fürst von Bulgarien (1879—1886) III, 584. 590.
— Prinz v. Hessen, Feldherr des deutschen 8. Bundesarmeecorps (1866) III, 116 f. 139.
Alexandra Feodorowna, Prinzessin Charlotte v. Preußen, Kaiserin v. Rußland (1817) I, 149. II, 263.
Alexandrien, Bombardement v. (1882) III, 589.
Alexandrowo, Zusammenkunft zu (1879) III, 591.
Alexinatz, Gefechte bei der serbischen Festung (1876) III, 568 f.
Alfons XII., König v. Spanien (1875 bis 1885), als Prinz v. Asturien II, 267. III, 532., als König 540. 596. 609.
— spanischer Infant, Karlist (1874) III, 520. 539.
Alfred, Sohn der Königin Viktoria von England II, 428.
Algier. Wird von Frankreich erobert (1830) I, 254. 260 — 265. Zur Zeit Abd el Kaders (1835—1837) 463. 471. 560 f. 572 f. Kolonisationswerk der Franzosen II, 235. 546 f. (1881) III, 588.
Algreen-Ussing, Bürgermeister von Kopenhagen (1844) I, 511.
Alhama, span. Protestant (1861) II, 406.
Ali, Pascha v. Janina (1812—1822) I, 133. 135. 142 f.
— Pascha, Großwesir, türkischer Bevollmächtigter auf dem Kongreß zu Paris (1856) II, 211.
Alibaud, [Attentat auf Ludwig Philipp in Paris (1836)] I, 465.
Allianz, die Heilige, zwischen den Monarchen von Rußland, Österreich und Preußen (1815) I, 23 f. 29. 59. 61. 74 f. 85. 100—109. 128. 132 f. 152. 172 f. 179. 326. 409. 468. 476. 539. II, 8.
Alma, Schlacht an der (1854) II, 203.

Almonte, mexikanischer Gesandter in Paris, General (1862—1864) II, 557 bis 561.
Alnor, Gefecht bei (1864) III, 19.
Alsen, Übergang der Preußen nach der Insel (1864) III, 19 f. 22 f.
Altenstein, Freiherr Karl v., preußischer Minister (1817—1840) I, 341. 347. 492.
Althorp, Lord, engl. Minister (1830 bis 1833) I, 353. 364. 367.
Altkatholizismus, der, in Deutschland (1871) III, 455—457. 460—463. 467. 477. 479. 528. 550. Das Altkatholikengesetz (1874—1875) 473. In Österreich 517. Kongreß zu Olten (1873) 554 f. Staatskatholizismus (1874—1876) 556 f.
Alvensleben, v., preuß. Bevollmächtigter in Wien (1834) I, 326.
— I., von, Befehlshaber des 4. deutschen Armeecorps (1870) III, 303. 386.
— II., v., Befehlshaber des 3. deutschen Armeecorps (1870) III, 303. 323 f. 401.
Amadeus, Ferdinand, Herzog v. Aosta, span. Kronprätendent (1870) III, 272. König Amadeo I. v. Spanien (1870 bis 1873) 532—536.
Amalie, Prinzessin v. Oldenburg, Königin v. Griechenland (1837) I, 387.
Amarante, Graf, Marquis v. Chaves, portug. General (1820—1827) I, 89. 129 f. 225—227.
Amiens, Einnahme v. (1870) III, 406 f.
Amorevieta, Konvention v. (1872) III, 535.
Anam, das Reich, in Hinterindien, fällt an Frankreich (1862) II, 548. Krieg mit Frankreich (1883) III, 605.
Anaya, Präsident v. Mexiko (1847) II, 554.
Ancillon, preuß. Legationsrat (1817) I, 61. Minister (1834) 326.
Ancona, die Franzosen in (1832—1838) I, 423. 425. 450. 473.
Anderson, nordamerik. Major (1861) II, 570 f.
Andrássy, Graf Julius, ungar. Magnat (1860) II, 447. Ungar. Ministerpräsident (1867) III, 190. 195. 205. Österr. Reichskanzler (1871—1879) 516 f. 520. 523. Die Andrássysche Note (1876) 565. Das Berliner Memorandum 566.
Andrian, Frhr. v., österr. Schriftsteller (1841) I, 498 f.
Anethan, d', Baron, belgischer Minister (1870—1871) III, 182. 551.
Angouleme, Herzog v., Sohn Karls X. v. Frankreich (1815—1830) I, 68. 77. 122. 124—127. 130. 277. 288—291.
Angouleme, Herzogin v., Tochter Ludwigs XVI. von Frankreich, Gattin des vorigen (1815—1830) I, 68. 72. 274. 281. 288.
Antietam, Schlacht am (1862) II, 577.
Antivari, der Seehafen, fällt an Montenegro (1878) III, 577.
Anton, König von Sachsen (1827—1836) I, 204. 317.
— Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen I, 503 f. S. a. Karl Anton.
— Prinz v. Hohenzollern-Sigmaringen (1866) III, 131.
— Herzog v. Montpensier, siehe Montpensier.
Antonelli, Jakob, Kardinal, Staatssekretär Papst Pius' IX. (1849—1876) II, 159. 254. 384. 396. III, 100. 210. Sein Tod (1876) 546.
Antwerpen, die Festung, im Kriege zwischen Holland und Belgien (1832) I, 312 f. 455.
Anviti, Oberst in Parma II, 377.
Aosta, Herzog v., s. Amadeus.
Apollon, griech. Zeitung (1830) I, 381.
Appel, österr. General (1849) II. 156.
Appomattox Courthouse, Kapitulation von (1865) III, 147.
Apponyi, Graf, österr. Gesandter in Paris I, 437.
— Graf, ungar. Magnat II, 447.
Aquila, Graf v., Bruder Ferdinands II. v. Neapel (1848) I, 553.
Arabi Bei, ägypt. Oberst (1881) III, 588 f.
Arago, Emanuel, französ. Deputierter, Mitglied der franz. Regierung (1870) III, 276. 278. 337. 363. 399. 426.
— Etienne, Astronom (1830) I, 270. Mitglied d. prov. Regierung zu Paris (1848) 575. 583 f. II, 87. 92. 94. 98.
Arbeiterwelt, die Agitationen unter der, (1868) III, 241. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein (1875 u. 1876) 475. S. a. Socialdemokratie
Arbues, Pedro v., spanischer Inquisitor, Ketzerrichter in Saragossa (1483), kanonisiert (1867) III, 211.
Arcos de la Frontera, Überfall von (1819) I, 86.
Argos, Nationalversammlung zu (1829) I, 170 f., ferner 382—384.
Argout, Graf d', franz. Pair (1830) I, 273 f. 277 f. Minister (1832) 454. 459. 464.
Arguelles, span. Minister (1821) I, 115.
Armansperg, Graf, griech. Regentschaftsrat (1833) I, 386.

Armeereorganisation, die, in Preußen (1860) II, 483 f.
Armenien, fällt an Rußland (1827) I, 162. 167. (1877) III, 572.
Armenwesen, das englische (1832—1837) I, 365 f. 378.
Arnaud, Jacques Leroy de Saint-, s. Saint-Arnaud.
Arndt, Ernst Moritz, deutscher Dichter und Patriot (1769—1860) I, 42. 64. Professor in Bonn 479. 502.
Arnim, Heinr. Alex. Frhr. v., preuß. Minister (1848) II, 19.
— Graf Harry v., preuß. Gesandter in Rom und Paris (1870—1876) III, 372. 480.
Arnim-Boitzenburg, Graf, preuß. Abgeordneter (1862) II, 505 f. III, 26.
Arnoldi, Bischof v. Trier, u. d. heilige Rock (1844) I, 496.
Arteaga, mexikan. General (1865) III, 154.
Artenay, Schlacht bei (1870) III, 389.
Artois, Graf v., Bruder Ludwigs XVI. v. Frankreich, s. Karl X.
Ärzte, die Wanderversammlungen der deutschen, und Naturforscher (1828) I, 219. In Italien (1839—1844) 547.
Aschaffenburg, Gefecht bei (1866) III, 140.
Aschantis, Kampf der, in Afrika, mit d. Engländern (1873) III, 531.
Asien, der Russisch-Türkische Krieg in, (1828) I, 164. 167. 169. Zustände (1859—1863) II, 548—551. Zur Zeit des Russisch-Türkischen Krieges (1875 bis 1878) III, 572. 574. 577 f.
Aspre, d', österreich. General (1849) II, 142. 156. 162.
Aspromonte, Gefecht bei (1862) II, 406.
Assieeira, Schlacht auf den Höhen von (1834) I, 430.
Association, die katholische, in Irland (1823) I, 190 f. Die internationale, A., europäischer Arbeiterbund (1864) III, 168.
Athen und die Akropolis, z. Zeit des Türkisch-Griechischen Krieges (1822—1825) I, 143—145. Hauptstadt des neuen Griech. Königreichs (1834) 386.
Atlanta, Waffenplatz im nordamerikan. Bürgerkriege (1864) II, 581.
Atschin, das Malaiische Königreich auf Sumatra u. d. Krieg mit Holland (1873 u. 1874) III, 549 f.
Attwood, engl. Parlamentsmitgl. (1839) I, 376.
Atwell, engl. Offizier in Kars (1855) II, 209.
Auckland, Lord, Generalgouverneur von Ostindien (1839) I, 527.
Auersperg, Graf, österr. General (1848) II, 42.
— Fürst Adolf, cisleithanisch-österreich. Ministerpräsident (1872—1878) III, 517 f. 594.
— Fürst Karlos, österr. Ministerpräsident (1868—1869) III, 196. 201.
Auerswald, Rudolf von, preuß. Edelmann (1847) I, 480. 488. Minister (1848) II, 19. 48. (1858—1862) 329. 496.
— v., preuß. General, Mitglied d. deutschen Parlaments (1848) II, 32.
Augsburger Allgemeine Zeitung, die (1850—1866) II, 342. 345. 358 f. 461. III, 111. 119.
August, Prinz v. Württemberg, preuß. General (1866) III, 123. Führer des preuß. Gardecorps (1870) 302 f. 328. 386.
Augustin I. (Iturbide), Kaiser v. Mexiko (1822) I, 181. II, 554.
Augustenburg, die Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-, in den Herzogtümern (1846) I, 510 f. (1863) II, 535. Nach dem Tode König Friedrichs VII. v. Dänemark bis zum Ausbruche des Deutsch-Dänischen Krieges (1863—1864) III, 6—17. Stellung des Herzogs von A. zu Preußen, Österreich u. dem Deutschen Bunde (1864—1866) 26 f. 30. 35. 41. 43. 45. 52.
Aumale, Henri Eugen Louis Philippe, Herzog v., Sohn König Louis Philippes (1841—1848) I, 560 f 573. II, 88. (1871) III, 491.
Aupik, franz. General, Gesandter in Konstantinopel (1850) II, 176.
Aurelles de Paladine, franz. General (1870) III, 389. 401. 408 f. 411.
Austrägalinstanz, die, z. Zeit d. Deutschen Bundes (1815) I, 40 f. (1864) III, 37.
Australien, Zustände in (1845—1863) II, 544 f.
Auswanderung, die, nach Amerika (1826) I, 187 f., nach Australien (1840) 524.
Avni Hussein Pascha, türk. Kriegsminister (1876) III, 567.
Avron, Mont, Erstürmung des, bei Paris (1870) III, 414.
Awliar, Schlacht am Berge (1877) III, 574.
Aymerich, General, span. Minister (1825) I, 222.

Ayuntamientos, die, in Spanien (1841) I, 542.
Azeglio, Massimo d', Marchese, sardinischer Minister (1849) II, 256. 259. Kommissar in der Romagna (1863) 357. 382 f.

B.

Baber, die Familie der indischen Großmoguls aus Timurs Hause (1857) II, 244 f.
Bach, Alexander v., österr. Minister (1848 bis 1859) II, 36. 46. 190. 341. 444.
Baden, das Großherzogtum. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 19 f., des Deutschen Bundes (1815—1830) 39. 50 f. 65. 205. 218 f. Z. Zeit d. neuen (Hochbergschen) Dynastie (1830) 319 f. 327 f. 336 f. Z. Zeit der Revolution (1848 u. 1849) II, 11. 18 f. 21—23. 32 f. 61—66. 74. 110. Zustände (1852 bis 1857) 289 f. 354. (1859—1863) 470—473. 520. (1863—1866) III, 83. Während des Deutschen Krieges (1866) 109. 142—144. 185. (1866—1870) 232. 234. 238. 242. 248. Z. Zeit d. Deutsch-Franz. Krieges (1870) 295. 302 f. 307. 311. 332. 382. 408 f. 420. 450. 472., ferner 602.
Baden-Baden, Zusammenkunft in (1860) II, 412. 432. III. 280. Aufhebung d. Spielpacht (1863) II, 472. Attentat auf König Wilhelm von Preußen zu B. (1861) 493.
Bahadur, letzter Großmogul von Delhi (1857) II, 244.
Baker, engl. Afrikareisender III, 177.
Bakunin, russ. Flüchtling II, 61.
Balaklawa, Gefecht bei (1854) II, 204.
Balbo, Prospero, sardin. Minister (1820) I, 92.
— Graf Cesare, desgl. (1848—1852) II, 131. 259.
Baldasseroni, toscan. Minister (1855) II, 254.
Ballesteros, span. General (1815—1823) I, 86. 126.
Balta Liman, die Akte von (1849) II, 173 f.
Baltischen Provinzen, die, Rußlands (1868—1876) III, 171 f. 525.
Bamberg, Konferenzen zu (1854) II, 200. 277 f. 284 f. (1863) III, 52. (1868) 241.
Bamberger, Ludwig, Schriftsteller und Mitglied des deutschen Reichstages (seit 1868) II, 508. III, 238. 248.
Bancel, franz. Deputierter (1869) III, 259.
Bandiera, österr. General (1840) I, 582.
Bankgesetz, das deutsche (1875) u. die Reichsbank III, 478.
Bapaume, Schlacht bei (1871) III, 417.
Baraguay d'Hilliers, Graf Achille, franz. Marschall (1859) II, 361. 368.
Barbareskenstaaten, die, in Nordafrika, und ihre Kämpfe mit Frankreich (1830) I, 260—263.
Barbé-Marbois, Graf, franz. Minister (1815) I, 69.
Barbès, Armand, franz. Socialist (1838 bis 1848) I, 475. II, 91. 95 f.
Barbieri, päpstl. Oberst (1831) I, 422.
Barcelona, Aufstand zu (1842) I, 542.
Barclay & Perkins, Bierbrauerei in London II, 182.
Barbeleben, Kurt v., preuß. Landrat (1840) I, 480.
— v., preuß. General (1857) II, 327.
Barboux, französ. Minister (1877) III, 510.
Barnard, engl. General (1857) II, 244.
Barnum, Amerikaner, Prototyp d. Humbugs II, 228.
Baroche, franz. Minister (1850) II, 114. 116. (1870) III, 365.
Barodet, Maire von Lyon, franz. Deputierter (1873) III, 498.
Barrot, Odilon, franz. Deputierter und Minister (1830—1852) I, 282 f. 289 f. 442. 448. 455. 474. 565. 570. 575. 578 f. 582. II, 94. 105 f. 108 f. 111. 121.
Barthe, franz. Minister (1830) I, 442. 454. 459.
Barthélemy Saint-Hilaire, franz. Kabinettschef (1871) III, 441.
Barukzehis, die Familie, in Kabul I, 527.
Basel, Revolution im Kanton (1831) I, 414—416.
Basken, die, zur Zeit der span. Revolution (1828) I, 125.
Bassano, Herzog von, s. Maret.
Bassermann, Unterstaatssekretär der deutsch. Reichsregierung (1848) II, 52.
Bastide, franz. Minister (1848) II, 133. 145.
Batbie, franz. Deputierter (1873) III, 496.
Batthyany, Graf Ludwig, ungarischer Minister (1848—1849) II, 34. 182.
Bau, Gefecht bei (1848) II, 29.
Baude, Herausgeber der franz. Zeitung „Temps" (1830) I, 267. 276.
— Pariser Polizeipräfekt (1831) I, 442.
Baudin, franz. Deputierter (1851) II, 122. III, 258.

Baudin, Charles, französischer Admiral (1849) II, 144.
Bäuerle, österr. Schriftsteller I, 498.
Bauernemancipation, die russische (1863—1866) III, 77 f.
Baumgarten, Michael, Professor der Theologie zu Rostock (1857) II, 283.
Baur, Ferdinand Christian, deutscher Theolog (1831) I, 342. II, 291.
Baurschmid, hannöverscher Geistlicher II, 480.
Bava, sardinisch. General (1848) II, 141.
Bayern, das Königreich. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 14 f. 19 bis 21., der Restauration (1815—1820) 39 f. 50—52. 63. 94. 113. Zur Zeit Ludwigs I. (1825—1848) 207—210. 219. 318 f. 322 f. 327. 336 f. 350 f. Griechische Angelegenheiten 152. 384 bis 387. Wirren (1846) 506 f. Zur Zeit Maximilians II. (1848—1864) II, 12. 73—75. 80. 83. 86. 279. 284 f. Z. Zeit des Franz.-Österr.-Ital. Krieges (1859) 358. 366. 399. Zustände (1859 bis 1863) 466 f. 517 f. 520. 523. Zur Zeit des Deutsch-Dänischen Krieges (1864) III, 12. 16. Unter Ludwig II. (1864—1866) 33—35. 93 f. Zur Zeit des Deutschen Krieges (1866) 108 bis 110. 116—119. 138—140. 142. 144. Zustände (1866—1870) 229. 232—235. 238. 244 f. 248. Im Deutsch-Französ. Kriege (1870) 295—297. 302 f. 307 bis 311. 343. 346—351. 378. 386. 389. 402 f. 409. Zustände (1871—1877) 448. 450 f. 456—461. 469. 472. 474. 476. 479. (1880) 601.
Bazaine, französisch. General, in Mexiko (1863—1867) II, 560 f. Marschall III, 154. 156. 293. Kommandant des 3. franz. Armeecorps (1870) 300. 314 f. Oberbefehlshaber der franz. Rheinarmee und die drei Schlachten um Metz 321 bis 331. In Metz eingeschlossen 333—338. 340 f. 344. 347. 356—358. 390—395. Sein Prozeß (1873) 499.
Baze, französischer Deputierter (1851) II, 121.
Bazeilles, Kampf um (1870) III, 348 f.
Beaconsfield, Lord, s. Disraeli.
Beaufort d'Hautpoul, französischer General (1860) II, 424.
Beauharnais, Eugen, Vicekönig von Italien, Herzog von Leuchtenberg I, 174. 309. 430.
— Hortense, Königin v. Holland, Mutter Kaiser Napoleons III. I, 468. II, 214.
— Josephine, Kaiserin d. Franzos. III, 275.
Beauharnais, Stephanie, Großherzogin von Baden III, 275.
Beaumont, Schlacht bei (1870) III, 345. 348.
Beaune la Rolande, Schlacht bei (1870) III, 402.
Beauregard, General der amerikanisch. Südstaaten (1861—1863) II, 571 f. 573. 576. 582.
Bebel, Socialdemokrat und Reichstagsabgeordneter (seit 1871) III, 409. 475.
Becher, württembergischer Advokat (1849) II, 63. Abgeordneter zum deutschen Zollparlament (1870) III, 249.
Becker, Nikolaus, Dichter (1840) I, 502. — Oskar, Student (1861) II, 493.
Beckerath, Hermann von, Bankier in Krefeld, Mitglied d. vereinigten preuß. Landtages (1847) I, 487. 489.
Bedeau, franz. General (1848) I, 579. II, 98 f.
Bedford, das Haus, in England (1831) I, 354 f.
Beecher Stowe, Mrs., amerik. Schriftstellerin II, 568.
Behr, bayrischer Hofrat (1825) I, 208.
Beke, Baron, österr. Finanzrat (1864) III, 41. Minister (1866—1868) 193 f.
Belcredi, Graf, Statthalter in Böhmen, österr. Staatsminister (1865—1868) III, 40. 187. 190.
Belfort, Belagerung und Einnahme der franz. Festung (1870—1871) III, 419 f. 432 f. 436 f. 440.
Belgien m. Holland im Wiener Kongreß zum Königreich der Vereinigten Niederlande gestaltet (1815) I, 11. 13. 16 f. 30. Zustände, Krieg mit Holland (1815 bis 1830) 301—308. Unabhängigkeitserklärung, Königreich B. (1830—1834) 308—314. 321. 380. 411. 440. 444. 446 f. 473. 527. II, 7 f. 265. Zustände (1852—1859) 268—272. 411. (1863 bis 1866) III, 55. 64—67. (1866—1870) 180—182. 205. Zur Zeit des Deutsch-Franz. Krieges (1870) 291. 304. 317. 342—344. 347 f. Zustände (1870 bis 1877) 549—553. 556 f. 580. 582. (1878 bis 1886) 596. 610—612.
Belgrad, Gründung d. Universität (1869) III, 176.
Bellemare, franz. General (1871) III, 423.
Bellevue, Zusammenkunft im Schlößchen, zwischen König Wilhelm von Preußen und Kaiser Napoleon III. nach der Schlacht bei Sedan (1870) III, 354 f.
Belliard, franz. General I, 436.

Belluno, Herzog von, s. Victor.
Bem, poln. General I, 399., in Ungarn (1849) II, 43. 69. 72. 174.
Bender von Bienenthal, Baron, Genosse Herzog Karls von Braunschweig (1830) I, 315.
Benedek, Ludwig von, österr. General (1846) I, 499. (1849) II, 156. (1859 bis 1862) 365. 368. 446. 449. 457. Feldzeugmeister, Oberbefehlshaber in Böhmen (1866) III, 111. 119 f. 122. 124 f. 128 f. 130 f. 135. 186 f.
Benedetti, Graf, Sekretär auf d. Pariser Kongreß (1856) II, 212., französ. Gesandter in Berlin (1866—1870) III, 134. 144 f. 181 f. Sein Auftreten in Ems (1870) 277—286. 304 f.
Bengalen, Aufstand in (1857) II, 243 f.
Bennigsen, Rudolf von, Stifter des deutschen Nationalvereins (seit 1859) II, 464. 479. III, 239. 472.
Bentham, Jeremias, engl. Philosoph (1748—1832) I, 33.
Bentheim, österr. Feldmarschall (1831) I, 420.
Benvenuti, Kardinal, päpstlicher Legat I, 421.
Béranger, Pierre Jean de, französischer Dichter (1780—1857) I, 76. 242. 254. II, 229 f.
Berard, franz. Deputierter (1830) I, 270 f. 278.
Beresford, Lord, engl. General, Oberbefehlshaber des portug. Heeres (1817) I, 87—89.
Berezowski, Pole, u. sein Attentat auf Kaiser Alexander II. in Paris (1867) III, 170. 254.
Berg, Graf, russischer General I, 399. In Polen (1863) II, 436. 438 f. Generalgouverneur v. Finnland 440. Diktator in Polen (1864) III, 75.
— bänischer Lehrer und Reichstagsabgeordneter (1877) III, 548.
Bergami, Diener der Königin Karoline von England (1820) I, 175.
Berger, österr. Minister (1868—1870) III, 196. 200. 202.
Berks, bayrischer Staatsrat (1848) I, 508.
Berlin, Generalsynode zu (1846) I, 495. Gewerbeausstellung (1844) 503. Revolution (1848) II, 15—20. Zustände (1849—1850) 47—52. 73. 75 f. Vertrag zu B. (1858) 278. Jubiläum der Universität (1860) 485. Bildung der Fortschrittspartei (1861) 491. Kongreß (1861) 493. Preßordonnanzen (1863) III, 8. Bündnis Preußens m. Italien (1866) 102. Friede (1866) 143 f. Der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes (1867) 224. Einzug d. Truppen (1871) 445 f. Der erste deutsche Reichstag 448 f. Dreikaiserbündnis (1872) 481. Berliner Memorandum (1876) 566 f. Friede (1878) 576—580. 582 f. 584—587. 590 f. 595. Kongreß (1884) 597.
Bermudez de Castro, Zea, spanischer Minister (1824—1858) I, 222 f. 426 f. 542. II, 267.
Bern. Bewegungen (1830—1832) I, 413 bis 415. 466. Weltpostkongreß (1874) III, 557.
Bernadotte, s. Karl XIV. Johann.
Bernaert, belg. Minister III, 611.
Bernard, französ. Kriegsminister (1836) I, 467.
— Martin, franz. Socialist (1839—1858) I, 475. II, 249.
Bernhard Erich Freund, Herzog von Sachsen-Meiningen-Hildburghaus. (1866) III, 223.
Bernstorff, Graf Christian Günther v., preuß. Minister (1818—1831) I, 64 f. 121. 214 f. 336. 436.
— Graf Albrecht von, desgl. (1861 bis 1862) II, 474. 496. 509. 522 f.
Bernuth, von, preuß. Minister (1860 bis 1862) II, 485. 496.
Berry, Herzog von, Sohn des Grafen Karl Philippe von Artois (1820) I, 72., seine Ermordung 77. 79. 118. 281. 442.
— Herzogin v., s. Karoline.
Berryer, französischer Advokat (1830 bis 1859) I, 292. 562. II, 117. 121. 227. 236.
Berthaut, franz. General (1870) III, 338. Kriegsminister (1877) 508.
Beseler, Wilhelm Hartwig, Advokat in Schleswig (1846) I, 512. Mitglied d. provisor. Regierung von Schleswig-Holstein (1848—1851) II, 28. 83.
Bessarabien, Grenzregulierung v. (1857) II, 331., fällt an Rußland (1878) III, 577. 584.
Bessières, span. Guerillaführer (1823 bis 1825) I, 125. 222.
Bethmann-Hollweg, von, preußischer Minister (1859—1862) II, 327. 329. 496.
Beulé, franz. Minister (1873) III, 500.
Beust, Freiherr Friedrich Ferdinand von, sächsischer Minister (1848—1866) II, 61. 200. 279. 284 f. 478 f. 521. III, 14. 22 f. 34 f. 124. 175. Österr. Minister-

präsident (1866—1872) 187—190. Reichskanzler (1867) 193 f. 197. und Graf (1868) 199 f. 203—205. 222 f. 230. 280 f. 289—291. 308 f. 318. 370. 396. 447. 516. 520. 523. 526.
Beust, Graf Karl Leopold von, Vertreter der sächs. Herzogtümer am Bundestage (1822) I, 201.
Beyer, von, preuß. General (1866) III, 106. 115. 118, badischer Kriegsminister (1870) 248. 382.
Beyme, v., preuß. Staatsminister (1815 bis 1819) I, 60. 64.
Bialolenka, Schlacht bei (1831) I, 393.
Biarritz, Zusammenkünfte in (1865) III, 98. (1868) 258.
Bibesko, Fürst, Hospodar der Walachei (1848) II, 171. 174.
Bignon, franz. Minister (1830) I, 287. 438. 440. 448.
Billault, franz. Minister (1854—1863) II, 225. 228 f. 233. 415. 421.
Bismarck-Bohlen, Graf von, Generalgouverneur von Elsaß-Lothringen (1870) III, 384.
Bismarck-Schönhausen, Otto von, preuß. Gesandter am Bundestage (1851 bis 1859) II, 300. 306 f. 327. 351. Ministerpräsident und Minister d. Auswärtigen (1862—1870) 475. 502—509. 529 f. Zur Zeit der schleswig-holsteinischen Frage (1863—1864) III, 10. 15. 25—28., des Verfassungskonfliktes in Preußen (1864—1866) 29—32. Stellung zu den deutschen Staaten in der Bundesreformfrage (1866) 34—38, zu Österreich (Gasteiner Konvention) 41—49. Graf (seit 1865) 43. Attentat auf ihn (1866) 51. Bundesreformvorschläge 53—55. Stellung Napoleon III. und Italien gegenüber (1865) 93. 101 f. Zur Zeit des Deutsch-Österreich. Krieges (1866) 107. 118 f. 124. 126. 134. 142—145. Vor dem Deutsch-Franz. Kriege (1866 bis 1870) 218—221. 224. 228 f. 233. 236—239. 244. 248 f. 254 f. 267. 275. 283. Zur Zeit des Deutsch-Französisch. Krieges (1870 u. 1871) 285—287. 293 bis 295. 304 f. 351—353. 372 f. 378 bis 381. 392. 397 f. 409. 418. 421 f. Friedensunterhandlungen zu Versailles (1871) 424—430. 440 f. Beim Frankfurter Frieden (1871) 444 f. Fürst u. Reichskanzler (seit 1871) 445. Stellung Rom gegenüber (1872) 459. 461. 466., zum Reichstag 470—473. 476—482. 505. 522 f. 526. 549. 552. Berliner Memorandum (1876) 566. Berliner Friede (1878) 576. 579 f. Schutzbündnis zwischen Deutschland u. Österreich-Ungarn (1879) 591. 593., ferner 595. 597 f. 600 f.
Biftritz, Kampf an d., in Böhmen (1866) III, 125—127. 130.
Bitsch im Elsaß, die Festung (1870) III, 382.
Bitto, ungar. Minister (1874) III, 521.
Blanc, Louis (1830—1852), franz. Geschichtschreiber u. Socialist I, 278. 281. 438. 568. 575. Mitglied der provisorischen Regierung Frankreichs II, 87 f. 90. 94—98. 101. 126.
Blanqui, französ. Socialist (1839 bis 1870) I, 475. II, 91. 95 f. III, 399.
Blenker, Oberst, Führer im badischen Aufstand (1849) II, 65.
Blind, Karl, desgl. (1848) II, 82. III, 51. 292.
— Ferd (eigentl. Cohen), Stiefsohn des vorigen, u. sein Attentat auf den Grafen Bismarck (1866) III, 51.
Bluhme, Graf, dänischer Minister (1864 u. 1865) III, 24. 59.
Blum, Robert, deutscher Abgeordneter (1845—1848) I, 506. II, 42. Sein Tod in Wien (1848) 51.
Blumenau, Gefecht bei (1866) III, 142.
Blumenthal, von, Generalstabschef des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen (1870) III, 303. 343. 351.
Board of control, für die indischen Angelegenheiten, in England (1858) II, 249.
Bockum-Dolffs, v., preuß. Abgeordneter (1862) II, 495. 499.
Bodelschwingh, von, preuß. Minister (1847) I, 487—489. II, 18.
Boers, die holländischen, in Südafrika und ihr Krieg mit England (1880 u. 1881) III, 606.
Boghos Bei, ägypt. Minister (1840) I, 533.
Böhmen. Tschechische Agitation (seit 1845) I, 500 f. II, 35—37. 181. 453 f. 457. III, 190 f. 199. 202. 511—517. Alt- und jungtschechische Partei 519. 523. 580. 594 f. Krieg in Böhmen (1866) 119—131. 137 f.
Bolimow, Kriegsrat zu (1831) I, 398.
Bolivar, Simon, von Caracas, und die Republiken Columbia und Bolivia (1820 bis 1826) I, 181.
Bologna, Aufstand in (1831) I, 420. 422 f. (1849) II, 150. 160.
Bomarsund, Einnahme der russ. Festung (1854) II, 201.

Bomba, Re, s. Ferdinand II. v. Neapel.
Bonald, Marquis de, und die Pariser Kongregation (1816) I, 71. (1825) 239.
— Erzbischof von Paris (1864) III, 85.
Bonaparte, Jérôme (Hieronymus), König von Westfalen II, 112. 413. III, 355.
— Jérôme, Prinz, Sohn des vorig., franz. Deputierter (1848) II, 96. 112. Im Krimkriege (1854) 201. Minister für Algier (1858) 235. Seine Heirat 264. 357. Z. Zeit des Ital. Krieges (1859) 361. 370. 379 f. Senator (1863) 420 f. Ferner III, 87. 261. (1870) 338. 371.
— Joseph, König von Spanien I, 82.
— Louis, König von Holland, Graf von St. Leu I, 468.
— Ludwig Napoleon, Sohn des vor., s. Napoleon III.
— Peter, franz. Deputierter (1848) II, 96. (1870) III, 263 f.
— s. Napoleon.
Bonapartismus, der, in Frankreich (1848—1870) II, 96 f. 104—127. S. a. unter Napoleon III.
Boncampagni, italienischer Staatsmann (1859) II, 379—382.
Bonin, Eduard von, Kommandant der schleswig-holsteinischen Armee (1850) II, 78., preußischer Kriegsminister (1858) 198. 304. 311. (1858) 329. 495.
— Adolf von, preuß. General in Böhmen (1866) III, 122 f.
Bonn, Stiftung der Universität (1818) I, 218. Ferner 337. 343.
Bonnechose, Kardinal, Erzbischof von Rouen (1865) III, 86.
Bonnemain, franz. General (1870) III, 310.
Booth, Wilkes, Mörder des Präsidenten Lincoln (1865) III, 147.
Borde, Alexander de la, franz. Deputierter (1830) I, 267 f.
Bordeaux, die franz. Regierung zu (1870 bis 1871) III, 412. 426—430. 432. 435. Konstituierende Versammlung zu B. 437 bis 439. 441 f. 488. Pakt von B. 489. 493.
— Heinrich, Herzog v., Graf v. Chambord, der letzte franz. Bourbon, s. unter Heinrich (V.).
Borny, Gefecht von (1870) III, 322.
Borries, Graf, hannöv. Minister (1862) II, 479 f.
Borunda, Schlacht bei (1834) I, 430.
Bose, Generallieutenant v., Kommandant des 11. deutschen Armeecorps (1870) III, 308. 308—310.
Bosnien, das Fürstentum (1862) II, 426. Z. Zeit der oriental. Frage und des Russisch-Türkischen Krieges (1873 bis 1878) III, 563—566. 568—570. 576. Kommt unter österr. Verwaltung (1878) 579. 587. 590. 595.
Bosquet, franz. General (1854) II, 203 f.
Bothmer, Graf, bayrischer General III, 307.
Botsaris, Markos, Führer der Sulioten (1822) I, 143 f.
Böttcher, preuß. Oberpräsident (1849) II, 74.
Bouet-Villaumez, franz. Viceadmiral (1870) III, 319. 359 f.
Boulogne, der Putsch Ludwig Napoleons zu (1840) I, 556 f.
Bourbaki, franz. General (1870 u. 1871) III, 300. 322. 400. 406. 411 f. 414. 416. 419 f. 423 f. 432. Katastrophe seiner Armee (1871) 434—436. 553.
Bourbonen, die Restauration der, in Spanien, Neapel und Frankreich (1815) I, 11. 18. 65—89. Z. Zeit der Revolutionen in Italien und Spanien (1820—1830) 105—118. 120—128. 229 bis 265. Zur Zeit der Julirevolution (1830) 265—279. Ferner 299. II, 115 bis 117. Nach dem Deutsch-Franz. Kriege (1871—1873) III, 489 f. 500—503.
Bourbonnaye, de la, franz. Deputierter I, 237.
Bourgeoisie, die franz., z. Zeit der Julirevolution I, 242 f. 299 f.
Bourke, irischer Unterstaatssekretär (1882) III, 607.
Bourmont, franz. Marschall in Spanien (1824—1833) I, 128. 221 f. 258 f. 263. 428.
Bourqueney, Baron, franz. Gesandter in Wien (1856) II, 211.
Boyen, von, preuß. Kriegsminister (1815) I, 60. (1840) 479.
Boyer, franz. General (1870) III, 391 f.
Bozelli, neapolit. Minister (1848) I, 558.
Braganza, Herzog von, s. Dom Pedro I. von Brasilien.
Braila, Einnahme der Festung (1828) I, 163.
Brandenburg, Graf, preuß. Minister (1849 u. 1850) II, 50 f. 62. 81 f.
Brasilien. Z. Zeit der portugiesischen Revolution (1821) I, 87. 89. 181. 225. 254. Empörung (1831) 428. Ferner II, 551. 553.
Bratiano, rumänischer Minister (1867) III, 174 f. (1881) 585.
Braunschweig. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 16., des Deutschen Bundes 39. 48., des Herzogs Karl

(1823—1830) 204. 314—316. (1834) 337. Im Zollverein (1843) 503. 512. Tod des letzten Herzogs Wilhelm (1884). Albrecht, Prinz von Preußen, Regent (seit 1886) III, 599.
Bravo, Gonzalez, span. Minister (1868) III, 269 f.
Bray-Steinburg, Graf, bayrischer Gesandter in Wien, Minister (1870) III, 245. 440.
Brea, franz. General (1848) II, 99.
Breard, franz. General (1881) III, 588.
Bredow, v., preuß. General (1870) III, 325.
Bregenz, Zusammenkunft in (1849) II, 80.
Bremen, freie Reichsstadt, z. Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 20. 39.
Brentano, badischer Diktator (1849) II, 62. 65.
Brescia, die Greuel v. (1849) II, 165.
Breslau, altlutheranische Generalsynode zu (1841) I, 494. (1872) III, 463.
Brestel, österr. Minister (1868) III, 196. 200 f.
Briand, franz. General (1870) III, 412. 414.
Brief, der offene, des Königs v. Dänemark (1846) I, 511—513.
Briefportos, die Herabsetzung des, in England I, 379 f.
Bright, John, engl. Freihändler II, 412. Minister (1868 u. 1869) III, 161—164.
Broglie, Herzog von, franz. Deputierter I, 250. Minister (1830—1836) 438. 440. 454. 459. 461—463. 466. III, 499.
— Herzog von, franz. Botschafter in London (1871) III, 526. Deputierter und Minister (1873—1874) III, 499 f. 506. 544. (1877) 508 f.
Bronzell, Gefecht bei (1850) II, 82.
Brouckère, Henry de, belg. Minister (1852—1855) II, 270.
Brougham, Lord Henry, engl. Schriftsteller (1818) I, 37. 176. 197 f. Minister (1830) 353. Lordkanzler 360 f.
Bruce, engl. Minister (1868) III, 163.
Bruck, Baron, österr. Minister (1848 bis 1860) II, 46. 180. 278. 342. 349. Sein Tod (1860) 448.
Brun, Lucien, franz. Royalist (1873) III, 502.
Brune, franz. Marschall (1815) I, 70.
Brunneck, von, preuß. Oberstburggraf (1840) I, 480.
Brunnow, Baron, russ. Gesandter (1853) II, 195. (1856) 211.
Brüssel. Aufstand und Kongreß (1830) I, 305—311. Wohlthätigkeits- u. Freihandelskongreß (1856) II, 270. Friedenspräliminarien zu B. (1871) III, 445. 453. Kongreß (1874) 525.
Bubna, österr. General (1821) I, 110 f.
Buchanan, James, Präsident der Nordamerikanischen Union (1856) II, 569 f.
Buchez, Präsident der franz. Nationalversammlung (1848) II, 95.
Budapest (Ofen-Pest). Z. z. der ungar. Revolution (1849) II, 71., des ungar. Landtages (1861) 450. 456., der Krönung Franz Josephs zum König von Ungarn (1867) III, 192. Hauptstadt v. Ungarn 194—196. S. a. Ofen.
Budberg, Baron, russ. Gesandter in Paris (1856) II, 307.
Buenos-Ayres, die Unabhängigkeitserklärung von (1816) I, 181 f., ferner 187. 472 f.
Buffet, franz. Minister (1870) III, 263. 266. Präsident der Nationalversammlung (1873—1876) 497—499. 506 f.
Bugeaud, Herzog v. Isly, franz. Marschall. In Algier (1837—1848) I, 471. 561. 563 f. Oberbefehlshaber v. Paris (1848) 578—580. II, 106.
Bukarest, Friede von (1812) I, 133. Zur Zeit des Aufstands (1821) 136 f. 156. Kongreß (1867) III, 174. Eröffnung der Universität (1869) 175.
Bulgarien, z. z. der oriental. Frage und d. Russisch-Türkischen Krieges (1873 bis 1878) III, 558. 563. 566—570. 573. Wird Fürstentum (1878) 576 bis 578. 583—585. 590.
Bulgaris, Demetri, Mitglied der provisorischen Regierung zu Athen (1862) II, 427. III, 69.
Bull Run, Schlachten beim Flusse (1861 u. 1862) II, 574. 577.
Bülow, Graf, preuß. Bevollmächtigter in London (1830) I, 308.
Bulwer, Sir Edward Lytton, engl. Schriftsteller I, 161. 258. 301. 303. 311. II, 277.
— Sir Henry Lytton, engl. Gesandter in Madrid (1848) II, 166.
Bund, der Deutsche, und die Bundesakte auf dem Wiener Kongreß (1815) I, 22 f. Z. Zeit d. Restauration (1815 bis 1820) 38—40. 46 f. 55—65., der Reaktion (1820—1830) 199 f. Bundeskriegsverfassung 200 f. 202—207. 453. Der deutsche Zollverein 218 f. (1830 bis 1848) 313—331. Verhältnis zu Preußen 336 f., ferner 501—517. Z. z.

der Revolution und des deutschen Parlaments (1848 u. 1849) II, 11—17. 20—25. 28 f. Restauration d. Bundestages 57 f. (1850) 73—86. 172. 200. (1852—1863) 274—293. 302. 304. 349. 351. 359. 366. 372. 460. 464. 472 bis 477. 483. 494. 513—533. In der schleswig-holsteinischen Frage (1863 u. 1864) III, 6—29. Deutsche Zustände (vor 1866) 34—38. 42 f. 48—55. 91. 3. Zeit des Deutschen Krieges, Auflösung des Deutschen Bundes (1866) 104—111. 114—120. 134. 138—141. Norddeutscher Bund (1866—1870) 143 bis 145. 185. 204. 223—241. 247—249. 288. 294. 302 f. 409. Bundesrat (seit 1870) 449—451.

Bunsen, Ritter Josias v., preuß. Diplomat (1835—1859) I, 346. 350. 482. 486. II, 79. 85. 301. 305. 325. III, 46.

Buol-Schauenstein, Graf Johann Rudolf v., österr. Gesandter am Bundestage (1816—1822) I, 46. 62. 201.

— — Graf Karl Ferd. v., österr. Minister (1852—1859) II, 194. 203. 211. 262. 341. 358.

Burdett, Francis, engl. Parlamentsmitglied (1819—1825) I, 37 f. 191. 193.

Bürgerkrieg, der, in Amerika (1861 bis 1865) II, 571—583. III, 146 f. Der französische B. (1871) 482—487.

Burgersdorf, Gefecht bei (1866) III, 123.

Burnside, amerikanischer General (1862) II, 577. 580.

Burschenschaft, die deutsche, in Jena (1815) I, 42—45. 321 f. 324. II, 11.

Butler, amerik. General (1861—1863) II, 573 f. 576. 582.

Butt, Dubliner Advokat (1873 u. 1874) III, 529.

Buxton, Sir Thomas Fowel, engl. Parlamentsmitglied (1823—1833) I, 185. 366.

Buzancy, Gefecht bei (1870) III, 343. 346.

Byron, Lord, engl. Dichter († 1824) I, 144. 152 f.

C.

Cabet, franz. Socialist I, 568. II, 91. 96.

Cabral, Costa, Graf Thomar, portug. Minister (1842) I, 544. (1849—1851) II, 168.

Cabralisten, Partei in Portugal II, 168.

Cabrera, Statthalter der portug. Insel Terceira (1830) I, 229.

Cabrera, Don Ramon, Graf v. Morella, Karlistengeneral in Spanien (1835 bis 1849) I, 433. 435. II, 166 f.

Cadiz, die Konstitution von (1812) I, 79. 83. 87. Beim Aufstand (1819) 85. Eroberung von C. (1823) 126 f. 131. (1868) III, 270.

Cadorna, sardin. Minister (1849) II, 156 f. — ital. General (1870) III, 372.

Cairoli, ital. Minister (1881) III, 609.

Calatafimi, Gefecht bei (1860) II, 392.

Calatrava, span. Minister (1830) I, 425. 434.

Caldieri, die Partei der, in Neapel und Sizilien (1817) I, 97.

Calleja, span. General (1819) I, 85 f.

Calomarde, span. Minister I, 425 f.

Cambridge, Herzog v., engl. General im Krimkriege (1854 u. 1855) II, 201. — Herzog v., s. Ernst August.

Cambriels, franz. General (1870) III, 400.

Camp, Maxime de, franz. Schriftsteller III, 487.

Campbell, Sir Colin, engl. Oberbefehlshaber in Indien (1857) II, 247 f.

Camphausen, Ludolf, Mitgl. des vereinigten preuß. Landtages und Minister (1847 u. 1848) I, 488 f. II, 48. — Otto, preuß. Finanzminister (1869) III, 243.

Campos, Martinez, span. General (1873) III, 538 f. Minister 609.

Canaris, Constantin, griech. Flottenführer (1822) I, 143.

Canino, Fürst v., (1848) II, 150 f.

Canning, Lord George, engl. Minister (1815—1827) I, 74. 121. 152 f. 155. 176. 178 f. 182 f. 190—193. 226 f. 353 f. II, 242. — Graf Charles John, Sohn d. vorigen, Generalgouverneur v. Indien (1856) II, 242. — Sir Stratford (Stratford de Redcliffe), engl. Gesandter in Konstantinopel (1826) I, 155. (1849) II, 174.

Canovas del Castillo, span. Minister (1875) III, 540. 609.

Canrobert, Marschall von Frankreich, Feldherr in der Krim (1854—1856) II, 204. 207. 210. 218., in Italien (1859) 361. 368. Befehlshaber des 6. französ. Armeecorps (1870) III, 300 f. 320. 322. 324—328. 393.

Capellari, Kardinal, s. Papst Gregor XVI.

Capelle, Baron, franz. Minister (1830) I, 262 f.

Caprera, die Insel, Aufenthalt Garibaldis II, 398.
Caraman, Marquis de, franz. Gesandter in Troppau (1820) I, 105.
Caraffosa, neapolitan. General (1821) I, 108—111.
Cardwell, engl. Minister (1869) III, 163.
Carignan, Prinz v., Vetter König Viktor Emanuels II. v. Sardinien (1859) II, 381 f. (1866) III, 111.
— Prinz von Savoyen», s. Karl Albert.
Carlotta, Königin von Portugal (1823) I, 129—131.
Carlyle, Sir Thomas, engl. Geschichtschreiber († 1881) I, 377. III, 289. 405.
Carnot, Lazare Hippolyte, französ. Deputierter und Minister (1848) II, 91. 94. 113. (1858) 230. 234.
Caro, spanischer Hauptmann (1857) II, 267.
Carolyi, Graf Stephan, Administrator des Pester Komitats (1860) II, 449.
Carré de Bellemare, franz. General (1870) III, 353.
Cartagena, Aufruhr zu (1873) III, 538 f.
Casati, Graf, Präsident der Lombardei (1848) II, 183.
Castaños, span. General (1817) I, 84.
Castelar, Emilio, span. Minister (1869 bis 1874) III, 272. 388. 538. 537 bis 539.
Castelfidardo, Gefecht bei (1860) II, 397.
Castelli, österr. Schriftsteller († 1862) I, 498.
Castilla, Ramon, General, Präsident v. Peru (1860) II, 553.
Castlereagh, Lord, Marquis v. Londonderry, engl. Minister (1815—1822) I, 32. 74. 177—180. 190.
Castro, Zea Bermudez de, s. Bermudez.
Catania, Gefecht bei (1849) II, 146.
Catargiu, Lascar, rumänischer Minister (1866) III, 73.
Caussidière, Pariser Polizeipräfekt (1848) II, 87. 89.
Caux, de, franz. Minister (1828) I, 250.
Cavaignac, Eugen, General, Präsident der Franz. Republik (1848) II, 88. Minister 94. 98 f. 100 f. 104—107. (1851) 121. 159. Sein Tod (1857) 230. III, 258.
— Godefroy, franz. Journalist (1838) I, 457 f.
Cave, englischer Finanzmann (1876) III, 532.
Cavendish, Lord, Minister für Irland (1882) III, 607.
Cavour, Graf Camillo Benso di, sardinischer Minister (1848—1861) I, 554. II, 211. 218. 257—264. 307. 3. Zeit des Ital. Krieges (1859) 356—359. 370. 375. 378 f. 384. 387. 392. 395 f. 398 f. Sein Tod (1861) 402 f. Ferner 462. III, 47. 56. 101. 103. 281.
Cawnpoore, das Blutbad zu, in Indien (1855) II, 246 f.
Celle, Versammlung zu (1862) II, 480 f.
Cenis, Mont, der Alpendurchstich durch den (1869) III, 262.
Centralgewalt, die deutsche, Reichsregierung (1848 u. 1849) II, 25—27. 52 f. 59.
Centralismus, der, in Österreich II, 448. III, 188. 510 f.
Central-Untersuchungs-Kommission, die, zu Mainz (1819) I, 63. 199.
Centrumsfraktion, die, im deutschen Reichstage (seit 1871) III, 448 f. 458 f. 466. 471 f. 478.
Cetewayo, König der Zulukaffern (1880) III, 606.
Chabaud-Latour, Name des Herzogs Ludwig Philipp v. Orleans in der Verbannung I, 279.
Chabrol de Crousol, franz. Minister (1820—1830) I, 250. 258 f. 262.
Chalil, türkischer Admiral (1833) I. 406.
Chalons sur Marne, das Lager zu, im Deutsch-Franz. Kriege (1870) III, 332 f. 336—343.
Chambord, Henri Charles Ferdinand Marie Dieudonné, Graf v., Herzog v. Bordeaux, Enkel Karls X. v Frankreich, d. letzte franz. Bourbon, s. Heinrich (V.).
Changarnier, franz. General (1848 bis 1852) II, 106. 109. 116 f. 121. (1870 bis 1874) III, 392. 493. 496 498. 504.
Chantelauze, franz. Minister (1830) I, 262. 489. 468.
Chanzy, franz. General (1870 u. 1871) III, 411 f. 414. 416. 423.
Charlotte, Prinzessin v. Belgien, Gattin Kaiser Maximilians v. Mexiko II, 560. III, 156.
— Prinzessin von England, Gattin des Prinzen Leopold von Koburg I, 175.
— Prinzessin v. Preußen, Gattin Kaiser Nikolaus I. von Rußland (Alexandra Feodorowna) (1817—1858) I, 149. II, 263.
Charras, franz. Oberst (1851) II, 121.
Charta de ley, portugiesische freisinnige Verfassung (1826) I, 225. 544 f.
Charte, die französische. Zur Zeit der Restauration (1814—1820) I, 66 f. 74

bis 77. 107. 122. 282. Z. Zeit Karls X. (1824—1830) 235. 237. 242. 249 bis 261. 266—269., Louis Philippes von Orleans (1830—1848) 279. 285. 291 f. 300. 427. 441. 447. 462. 566. 575. Z. Zeit der Fusion Bourbon-Orleans (1873) III, 502.
Chartismus und die Chartisten in England (1837—1848) I, 375—377. II, 9.
Chartres, Herzog von, und Orleans, Sohn Louis Philippes, s. Ferdinand Philipp.
Chartum, Belagerung v. (1884 u. 1885) III, 589 f.
Chassé, General, Kommandant der Citadelle von Antwerpen (1830—1832) I, 307. 312.
Chateaubriand, Vikomte de, franz. Schriftsteller und Staatsmann (1820 bis 1830) I, 78. 118. 121—123. 153. 232. 239. 241. 249 f. 253. 293.
Châteaudun, Kampf bei (1870) III, 389 f.
Châteauneuf, Gefecht bei (1870) III, 402.
Chaudordy, Graf, franz. Minister (1870) III, 397.
Chaumont, Vertrag von (1814) I, 74.
Chaves, Marquis v., s. Graf Amarante.
— Schlacht bei (1846) I, 545.
Chesnelong, franz. Royalist (1873) III, 502 f.
Chevalier, Michel, franz. Freihändler (1860) II, 412.
Chile, die Unabhängigkeitserklärung der Republik (1818) I, 181. Streit mit Spanien (1865) III, 80.
China. Krieg mit England (1840 bis 1842) I, 525 f. (1856—1858) II, 240. 251. Vertrag m. Rußland (1858) 337. Franz. Expedition 420. Zustände (1860) 549—551. (1883 u. 1884) III, 605.
Chios, die Verwüstung der Insel, durch die Türken (1822) I, 143. 145.
Chiwa, das Chanat von (1839) I, 527. Die russische Expedition gegen Ch. (1873) III, 526 f. 531.
Chlapowski, polnischer General (1832) I, 396 f.
Chlopicki, poln. General und Diktator (1830—1832) I, 389—393.
Chlum, Sturm auf die Höhe von (1866) III, 125—131.
Chokand, das Chanat von (1875) III, 527.
Chokier, Surlet de, s. Surlet.
Cholera, die, in Europa (1830—1838) I, 362. 365. 396. 423 f. 431. 450. Zur Zeit d. Krimkrieges (1854 u. 1855) II, 202. 204.
Chosrew Pascha, türkischer Großwesir (1839) I, 529.
Christian VIII., König von Dänemark (1839—1848) I, 510—513. II, 28.
— IX., desgl. (seit 1863). Als Prinz v. Schleswig-Holstein Sonderburg-Glücksburg II, 85. Seine Thronbesteigung 535. III, 6 f. Zur Zeit des Deutsch-Dänisch. Krieges (1863 u. 1864) 10. 21 bis 25. (1873) 548.
Christian Friedrich, dänischer Prinz, König von Norwegen (1814) I, 17
Christiania, das Storthing zu (1864) III. 58.
Christic, Nikola, serbisch. Minister (1883) III, 585.
Christina, Königin von Spanien, s. Maria Christina.
Christinos, die Partei der, in Spanien (1832—1845) I, 426. 490-435. 541 bis 543.
Chrzanowski, Pole, Oberbefehlshaber der italien. Truppen (1849) II, 155 f.
Church, engl. General in Griechenland (1827) I, 158.
Churschid Pascha, türk. General (1822) I, 143.
Cialdini, ital. General (1859—1867) II, 363. 387. 396 f. III, 112. 138. 208 f.
Cilicien, Provinz in Syrien (1832) I, 404 f. 408.
Cisleithanien, Österreichs Hälfte z. Zeit des Dualismus (1866) III, 189—206. 594 f.
Ciffey, de, franz. General und Kriegsminister (1873) III, 499 f. 506.
Ciftowes, Gefecht bei (1866) III, 127. 129.
Civilehe, die obligatorische, II, 323 f. und die weltl. Standesbuchführung in Preußen (1874) III, 471 f., in Deutschland (1875) 473 f.
Clam-Gallas, Graf, österr. General. In Italien (1859) II, 363. In Böhmen (1866) III, 119. 121. 125. 187.
Clam-Martinitz, Graf, Tschechenführer in Böhmen (1871) III, 516.
Clarence, Wilhelm, Herzog v., s. Wilhelm IV. König von England.
Clarendon, Lord, engl. Minister (1853 bis 1869) II, 194 f. 211. 261. III, 63. 163. 169.
Claret, Pater, Beichtvater Isabellas II. von Spanien III, 80.
Clarkson, Gegner des Sklavenhandels in England, I, 185.
Clauzel, franz. Marschall (1835—1837) I, 463. 470.

Clermont-Tonnerre, Erzbischof von Toulouse (1827) I, 253.
Clinchant, General, Kommandant der Armee Bourbakis (1871) III, 435.
Clinton, engl. General (1826) I, 226 f.
Cluseret, General, im Aufstand der Commune (1871) III, 375. 485.
Cobbett, William, engl. Parlamentsmitglied (1816—1820) I, 84—86. 88.
Cobden, Richard, engl. Parlamentsmitglied, Freihändler (1838—1857) I, 377. 524. II, 240. 412.
Cochery, franz. Abgeordneter (1870) III, 275.
Cochrane, Lord, engl. Flottenführer in Griechenland (1827) I, 158.
Codrington, Sir Edward, engl. Admiral in Griechenland (1827) I, 159 f. 170. 312.
— Sir William, Sohn des vor., engl. General (1855) II, 208.
Cohary, das fürstliche Haus, in Ungarn I, 480.
Coigny, Herzog von (1830) I, 289 f.
Coimbra, Gefecht bei (1828) I, 228. Aufstand (1846) 544 f.
Colenso, Dr., Bischof von Natal (1868) III, 165.
Coletta, neapol. General (1820) I, 99.
Colley, engl. General (1881) III, 606.
Colombey-Nouilly, Schlacht bei (1870) III, 322.
Columbia, die Republik (1820) I, 181 f.
Comers, Ritter von, österreich. Justizminister (1865) III, 40.
Commune, der Aufstand der, in Paris (1871) III, 445. 475. 479. 482—489. 581.
Concha, span. General (1868) III, 270.
Congogebiet, das, in Afrika (1884) III, 597.
Conny, von, franz. Deputierter (1830) I, 291.
Conradi, hannöv. Abgeordneter (1838) I, 330 f.
Consalvi, Kardinal (1815) I, 94. 96.
Conseil, franz. Unterhändler in der Schweiz (1836) I, 467.
Constant, Benjamin, franz. Schriftsteller und Deputierter (1820—1830) I, 77 f. 230. 246. 250.
Consulta di Stato, Staatsrat im Kirchenstaat (1847) I, 548.
Conti, französ. Deputierter (1871) III, 441 f.
Cooper, engl. General (1857) II, 247.
Corbière, französ. Minister (1820) I, 119 f.
Corboli, päpstl. Legat (1847) I, 549.
Cornelius, Peter v., Maler in München und Berlin († 1867) I, 209.
Coronini, österr. General (1854) II, 200.
Cortes, die span. und portug., s. unter Spanien und Portugal.
Costa Cabral, s. Cabral.
Coulmiers, Schlacht bei (1870) III, 401. 404.
Courvoisier, franz. Minister (1829) I, 258. 262.
Cousin, franz. Professor I, 252. Minister (1840) 556.
Cowley, Lord, engl. Gesandter in Paris (1856) II, 211. 215., in Wien (1859) 356. 539.
Cremenz, Bischof v. Ermeland (1872) III, 464.
Cremer, franz. General (1870) III, 393. 414. 419.
Cremieux, franz. Advokat, Deputierter und Minister (1845 — 1871) I, 569 f. 583 f. II, 94. III, 363. 366. 374. 394. 403.
Crețulescu, rumän. General (1866) III, 71.
Cruz, de la, span. Minister (1824) I, 222.
Cuba, die Revolte auf der Insel (1850) II, 167. (1874) III, 539.
Cubières, franz. General und Minister (1840—1846) I, 556. 567.
Cubin-Gribaine, franz. Minister (1839) I, 464. 475.
Cugia, ital. General (1861) II, 405.
Cullen, Kardinal in Irland (1873) III, 529.
Cumberland, Herzog v., Sohn Georgs V. v. Hannover, und seine Erbansprüche an Braunschweig (1884) III, 599.
— desgl., s. Ernst August.
Curci, Jesuitenpater (1877) III, 546.
Curé, franz. Deputierter (1857) II, 230.
Curtatone, Gefecht bei (1848) II, 137.
Cuza, Alexander, Fürst von Rumänien (1859—1866) II, 425. III, 71 f.
Custozza, Schlachten bei (1848) II, 127. 140. 143. 147. 149. 153 f. (1866) III, 112. 134. 136. 187.
Cypern, die Insel, fällt an England (1878) III, 577. 590.
Czartoryski, Fürst Adam Georg. Als Jugendfreund Alexanders I. von Rußland I, 103. Im Polenaufstande (1830 u. 1831) 389—392. 398.
Czerski, Johannes, deutsch-katholischer Prediger z. Schneidemühl (1845) I, 496.

D.

Dabormida, sardin. Minister (1859) II, 384 f.

Dahlmann, Professor in Göttingen, Mitglied des deutschen Parlamentes (1819 — 1850) I, 65. 316. 330. II, 21. 31.

Dalmatien, Aufstand in (1869) III, 201. (1882) 587.

Dalwigk, Frhr. v., hessischer Minister (1854 - 1870) II, 289. 476. III, 145. 244. 255.

Damaskus, türkisches Paschalik in Syrien I, 403 f.

Damesme, französ. General (1848) II, 98 f.

Dänemark, das Königreich. Verliert Norwegen (1814) I, 16 f. Z. Zeit d. Wiener Kongresses (1815) 20. 22., der Restauration (1815 — 1830) 30. 32. 39. 173. 201. Die schleswig-holsteinische Frage (1841—1848) 509—513. II, 6 f. Krieg in den Herzogtümern (1848 bis 1850) 27—30. 77—79. 83—86. Z. Zeit der Reaktion, Stellung zu den Herzogtümern (1852 — 1863) 302 — 305. 531 bis 536. 539. III, 4—15. Der Dänisch-Deutsche Krieg (1864) 15 25. Wiener Friede, Konvention v. Gastein (1864 u. 1865) 25—27. Zustände (1864—1866) 56—59. 82 f. 143. (1866—1870) 183 f. Z. Zeit d. Deutsch-Franz. Krieges (1870) 291. 319. 359. Zustände (1870—1877) 547—549. 610.

Danewirke, Eroberung der (1848) II, 29. Umgehung der D. (1864) III, 15 bis 18. 21. 23.

Danilo, Fürst v. Montenegro (1852) II, 190.

Dannenberg, russ. General (1853) II, 194.

Danzig, Zusammenkunft in (1881) III, 593.

Darboy, Erzbischof v. Paris (1871) III, 486.

Dardanellen, d. Schließung der (1833) I, 408 f. Vertrag (1841) 534. 536. 558. Z. Zeit des Krimkrieges (1853 bis 1856) II, 195. 212.

Darimon, franz. Deputierter (1858 bis 1867) II, 230. 420. III, 84. 90. 253.

Darmstadt, Konferenzen zu (1854) II, 277 f.

Daru, Graf, franz. Minister (1870) III, 263—267.

Darwin, Charles, engl. Naturforscher III, 166.

Dauphinee, der Aufstand in der (1817) I, 71.

David, Jerome, franz. Deputierter (1870) III, 283. 286.

Davis, Jefferson, Präsident d. amerikan. Südstaaten-Konföderation (1861—1865) II, 569. 573. 581. III, 146 f. 150.

Deák, Franz, ungar. Staatsmann (1839 bis 1869) I, 333. II, 84. 450 f. 455. III, 189. 191. 195. 520 f.

Debreczin, Reichstag zu (1849) II, 70 f.

Decaen, franz. General (1870) III, 322.

Decamisados, die, span. Partei (1821) I, 115 f.

Decazes, Graf, franz. Minister (1816 bis 1820) I, 68—75. 78. 118. 231.

— Herzog v., desgl. (1873 u. 1874) III, 505.

Dedecker, belg. Minister (1852—1855) II, 270 f.

Degenfeld, österr. General (1849) II, 156.

Dehn-Rothfelser, kurhessischer Minister (1862) II, 475.

Dejareh, Schlacht bei (1818) I, 145.

Dekabristen, die, in St. Petersburg (1825) I, 151.

Delangle, franz. Minister (1858) II, 235.

Delbrück, Präsident des Reichskanzleramtes (1877) III, 477.

Delescluze, franz. Revolutionär (1870 u. 1871) III, 399. 486 f.

Delhi, Eroberung von (1857) II, 244 f.

Deligiorgis, griech. Minister (1864) III, 69.

Delord, Taxile, franz. Schriftsteller II, 222. 396. III, 128. 130 f. 222 f. 287. 379. 395.

Demagogenverfolgungen, die, z. Z. der Restauration (1815—1820) I, 62 f.

Dembinski, poln. General (1831) I, 395—399.

Demokratische Partei, die, in Nordamerika (1868) III, 151.

Denfert, Kommandant v. Belfort (1870) III, 437. 493.

Denman, Verteidiger der Königin Karoline von England (1820) I, 176.

Denzler, Schweizer Oberst (1856) II, 309.

Departementalgesetz, das französische (1829) I, 255—257.

Depretis, ital. Minister (1876—1887) III, 547. 608.

Derby, Graf, engl. Minister, siehe unter Lord Stanley.

Dermbach an der Werra, Gefecht bei (1866) III, 139.

Derwenaki, die Defileen v., in Griechenland (1822) I, 144.
Derwisch Pascha, türkischer Statthalter in der Herzegowina (1875) III, 564., als Pfortenkommissar in Ägypten (1882) 588.
Dessolles, franz. General und Minister (1818) I, 75.
Detmold, deutsch. Reichsminister (1849) II, 63.
Deutscher Bund, Bundestag u. Bundesakte, s. Bund.
Deutschkatholiken-Bewegung, die (1844) I, 496 f.
Deutschland. Zur Zeit d. Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 11—16. 19 bis 25. Gründung d. Deutschen Bundes (1815 bis 1820) 38—65. Z. Zeit der Reaktion (1820—1830) 198—210. 218—219. Der Bundestag und die deutschen Staaten (1830—1840) 318—332. 336 f. Geistig. Leben, kirchliche Streitigkeiten 338 bis 351. Zustände (1840—1848) 476 bis 478. Einheitsbestrebungen und Unruhen (1840—1848) 501—506. Die schleswig-holsteinische Frage 206—513. Z. Zeit d. Revolution (1848 u. 1849) II, 4—7. 10—20. Vorparlament, Fünfzigerausschuß, Nationalversammlung, Reichsverweser, Centralgewalt zu Frankf. a. M. 20—33. Grundrechte, Verfassungsfrage, deutsche Kaiserwahl 52—57. Restauration des Bundestags, Aufstände, Übersiedelung d. Parlaments nach Stuttgart, Ende desselben, Dreikönigsbündnis 58—68. Preußen und Österreich, Union, Wirren in Hessen, Olmützer Punktation, Londoner Protokoll (1850—1852) 73—86. Zur Zeit der Reaktion (1852—1858) 200. 272—293. Zustände (1859—1863) 461—483. Einheitsbestrebungen, Bundesreformen, der deutsche Fürstentag 513—531. Zur Zeit der schleswig-holsteinischen Frage und des Deutsch-Dänischen Krieges (1863 u. 1864) III, 3—25. Mittel- und Kleinstaaten, Bundesreformprojekte, Gasteiner Konvention (1865) 32—43. Bis zum Ausbruche d. Deutschen Krieges (1865 u. 1866) 48 bis 55. Verhältnis zu Frankreich und Italien 90—95. Zur Zeit d. Deutschen Krieges (1866) 104—145. Zustände (1866—1870) Annexionen Preußens, der Norddeutsche Bund und die luxemburgische Frage 218—229. Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den Südstaaten 229—232. Gründung d. Zollparlaments 233—236. Aufhebung der Spielbanken 237. Wahlen zum Zollparlament, Vereine und Versammlungen 238—242. Zustände in Süddeutschland 243—249. Verhältnis zu Frankreich 250—257. Z. Zeit des Deutsch-Franz. Krieges (1870 u. 1871). Vorwand u. Ausbruch 274—298. Saarbrücken, Weißenburg, Wörth u. Spichern 298 bis 314. Die Schlachten um Metz 314 bis 331. Die Katastrophe von Sedan 331 bis 360. Der Kampf um Paris 368 f, 376—382. 384—388. 404—407. Straßburg wird deutsch 382 f. Schlachten um Orleans 388 f. Kapitulation von Metz 390—395. Weitere Schlachten um Orleans 400—408. Friede mit Frankreich, Aufrichtung d. neuen Deutschen Reiches 407—410. Kämpfe in den franz. Departements 410—415. Der Fall von Paris 415—425. Versailler Konvention 426 f. Letzte Kämpfe in Frankreich 427 bis 439. Friedensschluß zu Versailles und zu Frankfurt am Main (1871) 439 bis 446. Das neue Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm; Reichsverfassung und Reichstag; Elsaß-Lothringen fällt an d. Deutsche Reich 447—452. Kirchliche Frage, Maigesetze (1873) 453—467. Kirchengesetzgebung, Socialdemokratie, Militärgesetz, Civilehe, Sperrgesetz, Bankgesetz 467—474. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und die socialdemokratische Partei (1875) 474—476. Synodalverfassung, Gerichtsorganisation 477 f. Auswärtige Angelegenheiten, Dreikaiserbündnis 479—481. 522 bis 524. Allianz mit Italien (1872) 543 bis 545. Weltpostkongreß (1874 und 1875) 557. Die Territorialveränderungen 558 f. Zustände (1878—1886) 579 bis 582. Schutzbündnis mit Österreich-Ungarn (1879) 591 f. Kolonialbestrebungen 597. Ausnahmegesetze 598. Vollendung des Kölner Doms (1880), das Niederwald-Siegesdenkmal (1883) 599. Kirchenstreit 600—602. Differenz mit Spanien wegen der Karolineninseln (1885) 610.
Deutz, Agent und Verräter d. Herzogin v. Berry (1832 u. 1833) I, 455.
Deval, franz. Konsul in Algier (1827) I, 261.
Devonshire, Herzog von (1827) I, 192.
Diakos, Athanasios, griechischer Held im Griech. Freiheitskrieg (1821) I, 138.
Diaz, Porfirio, mexikan. General (1867) III, 157.
Didier, franz. Advokat (1817) I, 71.
Diebitsch, Graf, russischer General. Im

Kriege gegen die Türkei (1829) I, 165 bis 169. In Polen (1831) 392—397.
Djemil Bei, türk. Gesandter in Paris (1856) II, 211.
Diesterweg, A., deutscher Pädagog II, 325.
Digeon, franz. General (1824) I, 222.
Dijon, Gefechte um (1871) III, 433 bis 435. 437.
Dilke, Sir Charles, engl. Baronet (1872) III, 530.
Disraeli, Benjamin, engl. Minister (1850—1880) II, 9. 238. 249. III, 64. 159—163. 167. 529. 531. Wird Lord Beaconsfield 569 f. Beim Berliner Frieden 576 f. Ferner 590. 605 f.
Dissenters, die englischen (1834) I, 368 f. 372 f. 520. III, 165.
Doblado, mexikanischer Minister (1862) II, 557.
Doblhoff, österr. Minister (1848) II, 86.
Dobre, Schlacht bei (1831) I, 398.
Dobrudscha, die, fällt an Rumänien (1878) III, 577. 584.
Döllinger, Ignaz, Professor in München, Stiftsprobst (1869) III, 213. und der Altkatholizismus (1871) 454 f.
Donaufürstentümer, die. Aufstand (1821) I, 135—137. Z. Zeit des Russisch-Türkischen Krieges (1828 u. 1829) 155. 158 f. 163—165. 169 f. Wirren (1848) II, 170 f. 173 f. Z. Zeit des Russisch-Türk. Krieges (1853—1855) 194 bis 200. 209—212. 306., nachher 331. 352. 355. Zustände (1856—1863) 423—426. 539. (1866) III, 70—74. 408. S. a. Bulgarien, Moldau, Rumänien, Serbien und Walachei.
Donchery, Zusammenkunft zu (1870) III, 352 f.
Donnadieu, franz. General (1817) I, 71.
Dorian, franz. Deputierter (1870) III, 363.
Dossenbach, Gefecht bei (1848) II, 22.
Dost Mohammed, Chan von Kabul (1839) I, 526 f.
Douay, Abel, franz. General (1870) III, 307 f.
— Felix, Kommandant des 7. französischen Armeecorps (1870) III, 300. 307. 309. 338. 342. 345. 348 f.
Douglas, Mitglied des nordamerikanischen Kongresses (1854) II, 569.
Dowiat, Genosse Ronges (1844) I, 497.
Dragatschan, Schlacht bei (1821) I, 137.
Dreikönigsbündnis, das, zwischen Preußen, Hannover und Sachsen (1848) II, 67 f. 73—76. Das Dreikaiserbündnis [Deutschland, Österreich, Rußland (1872)] III, 481. 528 f. 564.
Dresden, Vertrag zu (1821). Aufhebung der Elb-Zölle I, 218. Aufstand (1848) II, 61. Die freien Konferenzen zu D. (1850) 83 f.
Dreux, Gefecht bei (1870) III, 402.
Droste zu Vischering, Klemens August Freiherr v., Erzbischof v. Köln (1835 bis 1837) I, 346—349. 479. III, 474.
Drouyn de l'Huys, franz. Minister (1851—1864) II, 116. 417. III, 15. 91. 250 f.
Droysen, Joh. Gust., deutscher Geschichtschreiber II, 325.
Drummond, Thomas, engl. Beamter in Irland (1835—1839) I, 378.
Drusen, die, am Libanon (1840) I, 532. 534. II, 423.
Dualismus, der, in Österreich-Ungarn (1866) III, 188 f.
Dub, die Höhen von, in Böhmen (1866) III, 126.
Dubourg, in der Julirevolution (1830) I, 275 f. 286.
Ducatel, Jules, Pariser Bürger (1871) III, 486.
Duchatel, franz. Minister (1834—1848) I, 460. 467. 470. 475. 558. 575.
Duchesne, Belgier (1874) III, 552.
Duclerc, franz. Minister (1883) III, 604.
Ducos, franz. Deputierter (1842) I, 569.
Ducrot, franz. General (1870) III, 309. 337. 348 f. 352. 376. 378. 405 f. 423.
Dufaure, franz. Deputierter (1836) I, 464. Minister (1839) 475. (1871 bis 1877) III, 438. 490. 496—499. 507 f. 510.
Dufour, Schweizer General (1847) I, 516.
Duhamel, russ. Oberst (1838) I, 406. General (1848) II, 171.
Dulce, span. General (1868) III, 270.
Dumont, franz. General (1867) III, 208.
Dumoulin, Guariste, Herausgeber der franz. Zeitung „Constitutionel" (1830) I, 275 f.
Dundas, Admiral (1853) II, 195.
Dunin, Martin v., Erzbischof v. Posen und Gnesen (1838) I, 350. 479.
Dunoyer, franz. Nationalgardekapitän (1848) I, 583.
Dupanloup, Felix, Bischof von Orleans (1859—1878) II, 415. III, 100. 402. 490. 492 f. 497.
Duperré, franz. Marineminister und Admiral (1839) I, 475.
Dupetit-Thouars, franz. Admiral (1842) I, 562—564.

Dupin der Ältere, Charles, franz. Advokat, Deputierter und Minister (1830—1851) I, 266. 268. 270 f. 281. 285. 288. 438. 440. 456. 460. 473. 581. Präsident der gesetzgebenden Versammlung II, 109. 121.
Duplat, dänischer General (1864) III, 20.
Dupont de l'Eure, französ. Deputierter und Minister (1825—1848) I, 237. 250. 287. 294 f. 438. 440. 442. 447. 583 f.
Düppel, Gefecht bei (1848) II, 30. Erstürmung der Düppeler Schanzen (1849) 78. (1864) III, 18—22. 26.
Durando, ital. General (1848—1862) II, 129. 134. 137 f. 156. 406.
Durham, Lord, engl. Minister (1830) I, 353.
Durham Station, Kapitulation von (1865) III, 147.
Durlach, Gefecht bei (1849) II, 65.
Duruy, franz. Unterrichtsminister (1865) III, 87.
Duvergier de Hauranne, franz. Deputierter (1846) I, 465. 571.
Duvernois, Clément, franz. Minister (1870) III, 279. 317. 375.
Duvernoy, württemb. Minister (1848) II, 12.
Duvivier, franz. General (1848) II, 99.
Dwernicki, polnischer Reitergeneral (1831) I, 393 f.

E.

Early, General der amerikanischen Südstaaten (1864) II, 582.
Eckernförde, Kampf bei (1849) II, 77.
Edhem Pascha, türk. Minister (1877) III, 571.
Ehen, die gemischten, in Preußen I, 343 bis 350.
Eichhorn, preuß. Staatsrat u. Minister (1815—1848) I, 60. 336. 492 f.
Eichhoff, österr. Minister (1835—1840) I, 332 f.
Eidsvold, Reichstag zu (1814) I, 17.
Einsiedel, v., sächs. Minister (1830) I, 317.
Eisenach, Versammlung zu (1859) II, 464.
Eisenbahnen, die ersten, in England (1820) I, 197., die deutschen (1876) III, 476 f. 600.
Eisernes Kreuz, s. Kreuz.
Elba, die Insel, z. Zeit Napoleons I. (1814) I, 10.
Elbarmee, die (1866) III, 118—129. 135 f.
Elbzölle, Aufhebung der (1821) I, 218.
Eldon, Lord, engl. Minister (1812 bis 1820) I, 32. 38. 192.
Elgin, Lord, engl. Gesandter in China (1857) II, 251.
Elio, span. General (1814—1819) I, 80. 84.
Elisabeth, Gemahlin des Kaisers Franz Joseph v. Österreich-Ungarn (seit 1854) III, 46. 195.
— Gemahlin König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen († 1873) II, 330. III, 46.
— Gemahlin des Fürsten, späteren Königs Karl von Rumänien (1869) III, 175.
Ellenborough, Lord, engl. Minister (1841—1846) I, 518. Generalgouverneur v. Indien (1858) II, 249 f.
Elliot, engl. Gesandter in Athen (1862) II, 428.
— engl. Kapitän (1840) I, 525.
Elmshorn, Volksversammlung zu (1863) III, 12.
Elphinstone, engl. General in Indien (1841) I, 527.
Elsaß, bleibt (1815) bei Frankreich I, 11. Zur Zeit des Deutsch-Französischen Krieges (1870) III, 307—310. 369 f. 381 f. Fällt an Deutschland (1870) 383 f. 394. 398. 408. 436. 439—442. 447. Wird deutsches Reichsland 451 f. 469 f. 472. 477. 558. Verfassung (1879) 599.
Emancipation, die, in Irland (1800 bis 1829) I, 190. 193—195. 198. 517. Die Sklavenemancipation in Nordamerika (1863) II, 578 f. III, 3.
Emigranten, die franz. (1815—1820) I, 67. 230 f. 236 f.
Emilia, die, Teil des Kirchenstaates II, 386 f.
Emin Pascha, Kommandant von Kars (1828) I, 164 f.
Ems, die Badekur König Wilhelms von Preußen zu (1870) III, 249. 275. Das Auftreten des franz. Botschafters Benedetti und der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 277. 281—284.
Encyklika, die päpstliche (1859) II, 383. (1864) III, 85. 98 f. 210. (1873) 555.
Enfantin, Haupt der St.-Simonisten in Frankreich I, 453.
Engelhardt, russ. General (1849) II, 70.
England. Z. Z. des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 9—17. 24 f. Zustände (1815—1830) 32—38. 105 bis 107. 118. 121 f. Griechisch-türkische Angelegenheit 140. 152 f. 155—159. 161. 165. 170 f. Z. Z. König Georgs IV. 174—198. 203 f. 216. 226—228. 308 bis 312. Z. Zeit Wilhelms IV. (1830 bis 1837) 352—373. Z. Zeit der Kö-

nigin Viktoria (seit 1837) 373—380. 406 f. 409. 428—430. Zustände (1840 bis 1848) 517—528. Verhältnis zur Türkei und zu Rußland 530—538., zu Italien 551. 554. Zustände (1848 bis 1852) II, 7—10. 79. 85. 132 f. 174 f. Verhältnis z. Griechenland 177 f. Zur Zeit d. Krimkrieges (1853—1856) 189. 192—197. 201—213. Zustände (1852 bis 1859) 232. 236—240. Krieg in Indien 240—248., nachher 249—251. Verhältnis zur Türkei und zu Rußland (1852—1859) 331 f. 337., zu Italien und Österreich (1859—1863) 356. 366. 399 401., zu Griechenland 427 bis 429. 439. 534. Zustände (1859 bis 1863) 536—539. Verhältnis zu Australien, Afrika, Asien und Nordamerika 545—552., zu Mexiko 556—558., zur Union und Konföderation im Nordamerikanischen Kriege 571 f. Trentaffaire 575. 579. Zustände (1863—1870) III, 14 f. 21. 23. 59—64. 82 f. 152. 155. 158—169. 179 f. 254. Zur Zeit des Deutsch-Franz. Krieges (1870 und 1871) 288 f. 317 f. 370. 407 f. Verhältnis zu Rußland (1870) 525 f. Zustände (1870 bis 1877) 527—531. Das Indische Kaiserreich (1875) 532. Orientalische Frage (1875—1878) 565—569. Z. Zeit des Berliner Friedens (1878) 575—578. Zustände (1878—1886) 605—607.
Enrique, Don, span. Infant (1867) III, 269.
Eötvös, Baron, ungarischer Minister (1867) III, 190 f.
Epidauros, das Statut von, in Griechenland (1822) I, 142.
Epirus, fällt an Griechenland (1881) III, 587.
Eraso, Karlistengeneral in Spanien (1835) I, 433.
Erfurt, das Parlament zu (1850) II, 75.
Eriwan, Festung in Armenien (1827) I, 162.
Ernoul, franz. Deputierter (1873) III, 499.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha (seit 1848) II, 77. 285 f. 428. 464 f.
— Erzherzog von Österreich (1866) III, 125.
Ernst August, Herzog von Cambridge und Cumberland, König von Hannover (1837—1851) I, 316. 328—332. 372. 374. II, 12 f. 26. 280.
Erzerum, Hauptstadt v. Großarmenien (1829) I, 167 (1877) III, 574.
Escubero, mexikan. Minister (1864) II, 562.
España, Graf d', span. General (1827) I. 223.
Espartero, Baldemero, Herzog de la Vittoria, span. General u. Regent (1837 bis 1870) I, 434 f. 541—543. II, 166. 168. 266 f. III, 272. 532.
Espinasse, französ. General u. Minister (1852—1859) II, 202. 233. 235.
Estatuto real, die span. Charte (1834) I, 427. 467.
Esterházy, Fürst, österr. Gesandter zu London (1830) I, 308.
— Graf Valentin Ladisl. Ferd. v., österr. Gesandter in St. Petersburg (1855 u. 1856) II, 210 f.
— Graf Moritz v., ungar. Minister (1861) II, 455.
Estrup, dänischer Minister (1876) III, 548.
Ettenreich, Wiener Bürger (1853) II, 350.
Ezel, v., preuß. General (1866) III, 135.
Eugenie (von Montijo), Kaiserin der Franzosen (1853—1870) II, 216. 220 f. 230—232. III, 88. 178. 255. 258. 280 f. Regentin (1870) 299. 306. 316. 339 bis 341. 362. 364. 392. 453.
Eulenburg, Botho Heinrich, Graf zu, preuß. Kommissar in Schleswig-Holstein (1849) II, 78.
— Friedrich Albrecht, Graf zu, preuß. Minister (1862—1876) II, 506 f. III, 31. 242. 465. 474.
Eupatoria, Schlacht bei (1855) II 206 f.
Europa, das Junge, Geheimbund (1836) I, 466.
Evans, engl. General (1836) I, 432.
Evora, Kapitulation von (1834) I, 430 f.
Ewald, Göttinger Professor (1837) I, 330. (1870) III. 409.
Exaltados, die, Partei in Spanien I, 114—117.
Exin, Gefecht bei (1849) II, 47.
Eynard, Bankier in Genf (1825) I, 153.
Eynatten, v., österr. General (1860) II, 443.
Eyre, Gouverneur von Jamaika (1865) III, 63.

F.

Fabbri, Graf, päpstl. Minister (1849) II, 149.
Faidherbe, franz. General (1870) III, 406. 414. 417 f. 423.
Failly, de, franz. General. In Italien (1867) III, 209. Kommandant des 5.

Armeecorps (1870) 300. 309. 314. 337. 341 f. 345. 348.
Fair Oaks, Treffen bei (1862) II, 576 f.
Falk, preuß. Minister (1872—1879) III, 459. 464—467. 474. 600 f.
Fallières, französischer Minister (1884) III, 604.
Fallour, französischer Minister (1849) II, 113.
Fanti, italien. General u. Minister (1859 u. 1860) II, 384. 396 f. 396 f.
Fare, de la, Erzbischof, Kardinal, franz. Minister (1824) I, 238.
Farini, italien. Minister, Diktator von Parma und Modena (1859—1863) II, 377. 386. 403. 406.
Farragut, nordamerikan. Admiral (1862) II, 576.
Fattihpoore, Schlacht bei (1857) II, 246.
Favre, Jules, Pariser Advokat (1858) II, 231. Deputierter 234. 418. 420. III, 89. 254. 257. 259. 263 f. 286. 362. Mitglied der franz. Regierung u. Minister (1870 u. 1871) 363—367. 372. 378 f. 380 f. 385. 399. 412. 422 bis 427. 430. 432. 438. 440. 444 f. 490 527.
Fazy, James, Genfer Radikaler (1847) I, 515.
Februarrevolution, die franz. (1848) I, 576—583.
Felinski, Erzbischof v. Warschau (1862) II, 433. 435.
Feliu, Roman, span. Minister (1821) I, 115.
Fenierbund, der, in Irland (1865) III, 62 f. 159 f. 164. 168.
Ferdinand I., Kaiser von Österreich (1835—1848) I, 332 f. 425. 497. 503. 551 f. II, 14 f. 34—46. 69. 451.
— III., Großherzog von Toscana (1814 bis 1824) I, 18. 92. 113.
— Erbprinz v. Toscana (1859) österreich. Erzherzog II, 378. 380.
— VII. (Don Fernando), König v. Spanien (1808—1833) I, 80—87. 114—118. 121—129. 221—224. 228. 425 f. II, 408.
— I. (IV.), König beider Sizilien (1759 bis 1825) I, 96—100. 106—109. 111. 113. 280. 299.
— II. (Re Bomba), desgl. (1830—1859) I, 424. 426. 553. II, 130. 135 f. 143 bis 147. 154. 160 f. 251. 263. 389. 462.
— Prinz von Dänemark I, 510.
— Herzog von Koburg-Cohary, Gatte der Königin Maria da Gloria v. Portugal (1836—1870) I, 430. II, 168. III, 271.
Ferdinand Philippe, Herzog v. Chartres und Orleans, Sohn Louis Philippes (1830—1842) I, 294. 450. 466. 470. Sein Tod 560 f.
Ferrara, Legation des Kirchenstaates (1815) I, 18. Österreichische Besatzung in F. (1847—1849) 549. 573. II, 149.
Ferrières, Zusammenkunft zu (1870) III, 378 f. 385.
Ferronays, Graf de la, franz. Gesandter in Troppau (1820) I, 105. Minister (1828) 250.
Ferry, Jules, Mitglied der franz. Regierung (1870 u. 1871) III, 363. 399. Minister (1883) 604.
Festetics, österreichischer General (1866) III, 125.
Festungsviereck, das italienische (Peschiera, Mantua, Verona, Legnano), im Italien. Kriege (1848) II, 131. (1859) 367. 369 f.
Feth-Ali, Schah von Persien (1827) I, 162. 167.
Feutrier, Bischof, französischer Minister (1828) I, 251.
Fewzi, Achmed, türkischer Admiral (1839) I, 529.
Fickler, Führer im badischen Aufstand (1848) II, 22 f.
Ficquelmont, Graf, österreich. Minister (1848) II, 35. 133.
Fiérek, franz. General (1870) III, 400.
Fieschi, Corse, u. sein Attentat auf König Louis Philippe in Paris (1835) I. 461 f. 465.
Figueras, spanischer Ministerpräsident (1873) III, 537 f.
Filangieri, neapol. General, Herzog von Taormina, Statthalter v. Sizilien (1848 u. 1849) II, 144—147.
Finnland, fällt (1809) an Rußland I, 13. 17. 538. (1862) II, 440. (1866) III, 78.
Fischer, Dr. Hannibal, oldenburg. Staatsrat, Auktionator der deutschen Flotte (1852) II, 85.
Fishers-Hill, Schlacht bei (1864) II, 582.
Fitz-Gerald, Vesey, engl. Parlamentsmitglied (1828) I, 194.
Flandern, Graf von, Bruder König Leopolds II. von Belgien (1866) III, 72. 181.
Fletsas, griechischer Priester (1825) I, 147.
Fleury, franz. General (1851—1859) II, 119. 370.
Fließ, von, preußischer Heerführer (1866) III, 115. 118.

Flocon, französischer Schriftsteller (1848) I, 575.
Floing, Kampf bei, (bei Sedan) (1870) III, 348 f.
Florenz, wird Hauptstadt des Königreichs Italien (1865) III, 101.
Flotte, die Auflösung d. deutschen (1852) II, 85. Der Anfang der preußischen Fl. (1862) 514. 520 f. III, 30.
Flotte, de, französisch. Deputierter (1850) II, 113.
Flottwell, preußischer Minister (1858) II, 329.
Flourens, franz. Revolutionär (1870 u. 1871) III, 399. 424.
Föderalismus, der, in Österreich (1860) II, 448 f. III, 188 f. 510 f.
Foissac-Latour, Graf, franz. General (1823) I, 125 f. 289.
Follen, Karl, Docent in Jena (1818) I, 45.
Forckenbeck, Max von, Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses (1866) III, 219.
Forey, franz. Marschall (1859—1863) II, 362. 559—561.
Forgach, Graf, ungar. Minister (1861) II, 455.
Forton, franz. General (1870) III, 323. 325.
Fortoul, franz. Minister (1853—1856) II, 228.
Fortschrittspartei, die deutsche (1861) II, 491—499. 508—510. 530. (1866 bis 1870) III, 228. 243.
Fouché, Herzog v. Otranto, französischer Minister (1815) I, 68 f. 77.
Fould, französischer Bankier u. Finanzminister (1849—1870) II, 111. 116. 419. III, 83.
Fourichon, franz. Admiral (1870) III, 360. Minister 366.
Fourier, Charles, franz. Socialist I, 452. 568.
Fourtou, franz. Minister (1877) III, 509.
Foy, franz. General u. Deputierter (1820 bis 1825) I, 78. 122 f. 230. 232. 237. 242 f.
Francia, Diktator v. Paraguay († 1840) II, 553.
Francisco, Don, span. Infant (1830) I, 224.
— de Assis, s. unter Franz.
Franckh, Buchhändler in Stuttgart (1833) I, 325.
François, v., preuß. General (1870) III, 312.
Frankfurt am Main, freie Reichsstadt. Wiederherstellung durch den Wiener Kongreß (1815) I, 20. Sitz der deutschen Bundesversammlung (1815—1866) 39. Der Putsch (1833) 324 f. Tritt dem Zollverein bei (1836) 336. Z. Zeit der Revolution (1848 und 1849) II, 11. 20—23. Die deutsche Nationalversammlung 24—27. 31—33. 50—55. 58 bis 63. Restauration des Bundestages (1850) 74 f. Volkswirtschaftlicher Kongreß (1859) 465. Fürstentag (1863) 526 f. Versammlung der Landesvertreter (1863) III, 12. Abgeordnetentag (1864) 44. Eroberung der Stadt durch die Preußen (1866) 140 f. 220 f. Friede zu F. (1871) 445 f. 470. 526. 558. Ferner 559. 599.
Frankreich. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 9—12. 24 bis 28. Regierung Ludwigs XVIII. (1815 bis 1824) 65—79. 105—107. 118—128. 229—234. Regierung Karls X. (1824 bis 1830) 158 f. 170 f. 234—279. Sturz der Bourbonen, das Haus Orleans kommt auf den Thron. Regierung Louis Philippes (1830—1848) 279—295. 299 f. 305. 308—314. 405—411. 417—419. 425. 428 f. 435—475. 530 f. 555—584. Londoner Protokoll (1852) II, 85 f. Z. Zeit der Republik (1848—1851). Provisorische Regierung, Nationalversammlung, Junischlacht (1848) 86—104. Louis Napoleons Präsidentschaft (1848 bis 1851) 104—118. Staatsstreich und Kaisertum (1851 u. 1852) 118—127. 132 f. 158—161. 164. 175—177. Zur Zeit des Russisch-Türkischen Krieges (1853—1856) 192—197. 201—214. Zustände (1852—1859) 214—236. Chinesischer Krieg (1857) 251. Verhältnis zu Italien 264 f., zu den Niederlanden 269., zu Rußland und der Türkei 331 f. Z. Zeit des Italienischen Krieges (1859 bis 1862) 355—378. Verhältnis zu Sardinien (Savoyen und Nizza fallen an Frankreich), dem Italienischen Königreiche und dem Kirchenstaat 374 f. 380 bis 388. 396. 398. 400 f. Zustände (1859—1863) 410—422. Syrische Expedition (1860) 424 f. Verhältnis zu Griechenland 428 f., zu Rußland 430 f. Handelsvertrag mit Preußen (1862 bis 1864) 500. 515—518. Verhältnis zu England 537—539. Kolonisationspolitik in Algerien 546 f. Kochinchina und Anam 548. Chinesische Expedition (1860) 550 f. Mexikanische Expedition (1860

bis 1864) 556—562. Stellung im Nordamerikanischen Kriege (1861) 571 f. 579. Zustände (1863—1866) III, 81—93. 96 f. 102 f. 143—145. Verhältnis zu Mexiko u. d. Vereinigt. Staaten 152 bis 157., zu Belgien 180—182. 222 f., zu Deutschland 184., zu Österreich 202 f. 205., zu Italien 132 f. 206—210. Die luxemburgische Frage (1867) 229 f. Zustände (1866—1870) 250—262. Ministerium Ollivier: Plebiszit 262—268. Der Deutsch-Französische Krieg (1870 u. 1871): Vorwand und Ausbruch 274—298. Bis zur Schlacht bei Sedan 298—331. Die Katastrophe von Sedan 331—360. Ereignisse bis zur Kapitulation von Metz. Republik, Regierung der Nationalverteidigung, Belagerung v. Paris, Regierung in Tours, Diktatur Gambettas, Schlachten um Orleans, Kapitulation v. Metz 360—394. Kämpfe, Waffenstillstandsunterhandlungen, Aufruhr in Paris, weitere Schlachten, um Orleans, Ausfälle von Paris, Kapitulationen 394—407. Kämpfe in den Departements 410—415. Der Fall v. Paris 415—424. Konvention v. Versailles 425—427. Letzte Kämpfe 427—434. Katastrophe der Armee Bourbakis 434—436. Versammlung zu Bordeaux 437 f. Friedensschluß, Elsaß mit Straßburg und Lothringen mit Metz fallen an Deutschland, Präliminarfrieden v. Versailles, Einzug der Deutschen in Paris, der Frankfurter Friede (1871) 439—446. 451 f. 470. 479 f. Zustände (1871—1877): Kommune 482—487. Republik, Nationalversammlung, Thiers' Präsidentschaft 488—494. Geistlicher Schwindel 494 f. Tod Napoleons III. (1873) 497. Mac Mahon, Präsident (1873) 499 f. Bourbonen und Orleanisten 501—503. Das Septennat 504—510. Stellung zu Italien 543 f. Territorialveränderungen 588. In der oriental. Frage 565 f. Z. Zeit des Berliner Friedens (1878) 576—582. Besetzung von Tunis (1881) 587 f. 593. Zustände (1878—1886) 596. 602—604. Expedition nach Tongking 605. 609.

Fransecky, von, preuß. General (1866) III, 127—130. 135. 142. Als Kommandant des 2. preußischen Armeecorps (1870 u. 1871) 308. 319 f. 329. 406. 432. 436.

Fransoni, Erzbischof v. Turin (1850) II, 257.

Franz I., Kaiser v. Österreich (1806 bis 1835) I, 14 f. 21. 24. 55—57. 62. 74. 90 f. 105. 112 f. 117 f. 210—218. 332. 345. 436. 498. II, 344.

Franz I., König beider Sizilien (1825 bis 1830) I, 113.

— II., desgl. (1859—1861) II, 389—398. 401. 488.

— IV., Herzog v. Modena (1814—1846) I, 18 f. 92. 419. 424. 454.

— V., desgl. (1846—1859) I, 549 f. II, 129. 147. 254 f. 377. 463.

— de Assis (Don Francisco), span. Infant, Gatte der Königin Isabella v. Spanien (1845) I, 544. 565 II, 165. 266.

Franz Joseph I., Kaiser v. Österreich (seit 1848) II, 46. 55. 68—71. 80 f. 155. 162. 180 f 188. 194. 198. 200. 203. 253. 255. 263. 337. Z. Zeit der Reaktion (Konkordat) (1852—1859) 341 bis 347. 350—354. Z. Zeit des Ital. Krieges (1859) 357. 359. 366 f. 370 bis 378. Verhältnis zum Königreich Italien 400., zu Österreich 411., zu Rußland 430. Reformen, Reichsrat, Königreich Ungarn (1859—1863) 443—460. Zur Zeit des Frankfurter Fürstentages (1863) 526 f. Ferner III, 9. 25. Bis zur Gasteiner Konvention (1863—1865) 38 bis 43. Stellung zu Preußen (1866) 47. 50., zu Deutschland und Italien 92. 96. 102. Zur Zeit des Krieges mit Preußen (1866) 120. 132—134. 143. Krönung als König v. Ungarn (1867) 192. Verhältnis zu Ungarn und Cisleithanien 194—199. 201 f. 205 f. 255. 317. Dreikaiserbündnis (1872) 481. Ferner 511. 518. 515 f. 518. 523 f. 543. 593.

Franz Karl, österr. Erzherzog (1848) II, 46. 451.

Fredericksburgh, Schlachten bei, in Nordamerika (1862) II, 577. (1863) 580.

Freedmansbureaus, die, in den Vereinigten Staaten (1866) III, 149.

Frehse, preuß. Abgeordneter III, 42.

Freie Gemeinden in Deutschland (1844 bis 1847) I, 495 f.

Freienwalde, der Schiedsspruch von (1850) II, 282.

Freihandel, der, in England I, 186 f.

Freimaurer-Orden, der, I, 82. 97.

Fremont, nordamerikan. General (1861) II, 576. 583.

Frère-Orban, belg. Minister (1857 bis 1880) II, 271. III, 182. 611.

Frescaty, Zusammenkunft in (1870) III, 393.

Freycinet, französ. Staatsmann (1870 bis 1877) III, 388. 510. 604.

Freydorf, von, badischer Minister (1866) III, 232.
Freyre, span. General (1820) I, 86.
— Dom Gomez, portugies. General (1817) I, 88.
Freyssinous, Graf, Bischof v. Hermopolis, franz. Minister (1824) I, 233.
Friedenthal, preuß. Minister (1879) III, 600.
Friedericia, Belagerung von (1849) II, 78. (1864) III, 21 f.
Friedrich VI., König v. Dänemark (1808 bis 1839) I, 32. 173. 510.
— VII., desgl. (1848—1863) I, 510. II, 6. 28. 85. 301. 303. 355. Sein Tod (1863) 535. III, 5—7.
— II., der Große, König von Preußen (1740—1786) I, 345. 495. II, 20. 64. 72. 79. 82. 299. 503. III, 28. 72. 105. 121.
— I., König v. Württemberg (1797 bis 1816) I, 43. 52 f. 206.
— Großherzog v. Baden (seit 1852) II, 290. 470—472. III, 232. 234. 248. 408 f.
— Prinz v. Schleswig-Holstein Sonderburg-Augustenburg (1848—1852) II, 28. 86. Als Friedrich VIII., Herzog v. Schleswig-Holstein (1863—1866) 535. III, 7. 10. 12 f. 16 f. 19. 22 f. 26 f. 30. 35—37. 42 f. 52.
— Prinz d. Niederlande I, 306 f.
Friedrich August I., König v. Sachsen (1807—1827) I, 15 f. 48. 204.
— — II., desgl. (1836—1854) I, 317. 505 f. II, 12. 61. 66 f.
Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin (1842—1883) II, 281 f. III, 142. Deutscher Feldherr im Franz. Kriege (1870 u. 1871) 304. 357. 402 f. 411. 415. 417.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen. Feldherr in Schleswig-Holstein (1864) III, 17—19. 23. 34., in Böhmen (1866) 118. 121. 124—126. 128. 130 f. 135. Befehlshaber der 2. Armee im Deutsch-Franz. Kriege (1870 u. 1871) 302 f. 312 f. 325. 327. 331. 355 f. 358. 391—393. Feldmarschall 401—403. 411. 415. 450.
Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst v. Brandenburg III, 113. 121.
— — I., König v. Preußen II, 299.
— — II., desgl. II, 50.
— — III., desgl. (1797—1840). Zur Zeit des Wiener Kongresses I, 14 f. 24., der Restauration 43. 60—65. 74., der Revolutionen und Reaktionen 105—107. 117. 149. 168 f. 204. 214 f. 334 f. 339. 343. 345. 349—351. 410. 476 f. 589. II, 430.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen (1840—1861) I, 299. 351. 476 f. 479—497. 501 f. 504 f. 539. 543. Z. Zeit der Berliner Revolution (1848) II, 16—20., des Schleswig-Holsteinischen Krieges 26—29. Verhältnis zu Deutschland, die deutsche Kaiserkrone 46—60. Dreikönigsbündnis 66 f. Verhältnis zu Österreich 72—75., zu Rußland 81. Die Olmützer Punktation, Stellung zu Kurhessen und Schleswig-Holstein, Londoner Protokoll (1850) 83 bis 86. 172. 275 f. 282. Reaktionszeit (1852—1858) 294—301. 304—311. 317 f. 321—330. 350 f. 353. 372. 482. Sein Tod (1861) 485 f. III, 46.
— — Kronprinz von Preußen II, 328. 511. Feldherr in Böhmen (1866) III, 118—131. 135. 178. 218. 297. Oberbefehlshaber der 3. Armee im Deutsch-Franz. Kriege (1870 u. 1871) 303. 307 f. 310 f. 315. 320. 331—333. 342—344. 351. 355. 377. Feldmarschall 401. Kronprinz des Deutschen Reiches (seit 1870) 450. 481. 596.
— — Herzog von Braunschweig († 1815) I, 204.
— — Kurfürst v. Hessen (1847—1866) II, 13. 79. 83. 85. 462. 472—476. 500. 508. 524. III, 33. 115.
Frijs-Frijsenborg, Graf, dänischer Minister (1865) III, 59.
Frimont, österr. General (1821) I, 108. 420.
Fröbel, Julius, Abgesandter der Linken des deutschen Parlamentes in Wien (1848 u. 1849) II, 42. 45.
Fröschweiler, Kampf bei (1870) III, 310 f.
Frossard, franz. General, Befehlshaber des 2. Armeecorps (1870) III, 300. 305 f. 311—315. 322. 324. 327.
Frost, John, engl. Chartist (1839) I, 376 f.
Fuad Efendi, türk. Diplomat (1848 bis 1853) II, 172. 174. 191.
— Pascha, türk. General (1860) II, 423.
Fueros, die, im Baskenlande I, 125. 426 f. 435.
Fulda, Bischofskonferenzen zu (1869) III, 213 (1872 u. 1873) 464. 466.
Fundamentalstatut, das sardinische (1848) I, 554.
Fünfmächtevertrag, der, (1841) I, 560.
Fünfzigerausschuß, der, (1848) II, 21. 23.

Fusion, die, zwischen Legitimisten und Orleanisten III, 490.

G.

Gablenz, Ludwig v., österr. Feldmarschall, in Schleswig-Holstein (1864 bis 1866) III, 16. 23. 43. 45., in Böhmen (1866) 122 f. 125. 132 f.
Gaeta, die neapol. Festung, Exil Papst Pius' IX. (1849) II, 154 f. 158 f. Belagerung (1860 u. 1861) 396—398.
Gagern, Frhr. Friedrich v., hessischer General in Baden (1848) II, 22.
— Frhr. Heinrich v., Mitglied der hessischen Kammer (1820) I, 152. 327. II, 11. Minister (1848) 22. Präsident des deutschen Parlaments u. Ministerpräsident (1848 u. 1849) 24—27. 58 f. 62. 464.
Gaisberg, die Erstürmung des, bei Weißenburg (1870) III, 308.
Galizien, Aufstand (1845 u. 1846) I, 499. 565. II, 35. 367. 454. 457. III, 38. Zustände (1867) 190 f. 198.
Galletti, Advokat, röm. Minister (1848) II, 151.
Gallo, Herzog di, neapolitan. Minister (1820) I, 107.
Gambetta, Leon, französ. Deputierter (1869 u. 1870) III, 259. 263. 265. 285. 287. 335 f. Mitglied der franz. Regierung 363. 366 f. 374 f. 379. 381. Diktator von Frankreich während des Krieges (1870 u. 1871) 387—389. 394 f. 397. 400. 408 f. 410—412. 419. 422. 428 f. 430 f. 435. 437. Nach dem Kriege (1872—1877) 498 f. 496. 498. 506 f. 509. Wird Minister (1881) und stirbt (1882) 608 f.
Garcia, Don Martin de, span. Finanzminister (1816—1818) I, 82.
— de la Torre, span. Justizminister (1820) I, 86.
Garibaldi, Giuseppe, italien. Freiheitskämpfer (1848—1850) II, 109. 138. 142. In Rom 159—161. Im Italienisch-Österr. Kriege (1859) 262. 264. 361 bis 364. Z. Zeit der Kämpfe in Neapel, Sizilien und Mittelitalien (1859 bis 1863) 381—383. 390—399. 404 bis 406. 416. In England (1864) III, 60. Im Kriege gegen Österreich (1866) 96. 112. 137. Als Gegner des Papsttums (1867) 185. 208. Bei Mentana 319. Im Deutsch-Franz. Kriege (1870 u. 1871) 372. 388. 414. 419. 433 f. 437. 439. Sein Tod (1882) 609.
— Menotti, Sohn d. vorigen. Vor Messina (1862) II, 405. In Dijon (1871) III, 437.
Garnier-Pagès, französ. Deputierter (1833) I, 458. Mitglied d. provisorischen Regierung (1848) 584. Maire v. Paris II, 87 f. Minister 90. 93 f. Oppositionsmann (1866) III, 89. (1870) 267. Mitglied d. Pariser Regierung (1871) 426.
Gärth, Dr., beim Frankfurter Putsch (1833) I, 325.
Gasparin, französischer Minister (1836) I, 467.
Gasser, von, bayrischer Gesandter in Stuttgart (1872) III, 461.
Gastein, Konvention von (1865) III, 25. 42 f. 45—48. 52. 61. 83. 89. 102.
Gavazzi, Pater, in Livorno (1848) II, 148.
Geismar, russischer General (1831) I, 393.
Generalsynode, die, in Preußen (1846) I, 493.
Genf, der Kanton. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 12. 19. Revolution (1847) 515 f. Die Genfer Konvention in Bezug auf die Neutralität d. Sanitätswesens im Kriege (1864) II, 369. III, 67. Schiedsgericht (1870 u. 1871) 169. Kongreß (1867) 185 208. (1870) 352. 525. 530. Kirchenstreit (1873) 553—555.
Gent, Socialistenkongreß zu (1877) III, 476.
Gentz, Friedrich, deutscher polit. Schriftsteller und Generalsekretär des Wiener Kongresses (1815) I, 57. 65.
Genua, die Republik, fällt an Sardinien (1815) I, 18.
— Herzöge Albert Amadeus und Thomas von, s. Albert Amadeus u. Thomas.
Georg III., König von England, Kurfürst von Hannover (1760—1820) I, 32 f. 88. 175. 190. 378.
— IV., König von England u. Hannover (1820—1830) I, 32 f. 36. 38. 171. 175 bis 179. 191—196. 204. 352.
— V., König v. Hannover (1851—1866) II, 280. 282. 479—481. III, 33. Zur Zeit des Deutschen Krieges, seine Entthronung (1866) 114—117. 144. 204. 221—223. 237 f. 242.
— Prinz von Sachsen (1870) III, 386.
Georgios I., König v. Griechenland (seit 1863), früher Prinz Wilhelm v. Dänemark II, 428 f. III, 68—70. 173. 179.
— Patriarch von Konstantinopel (1821) I, 139.
Georgs-Orden, der Sankt-, in Rußland III, 172.

Gérard, franz. Marschall, Deputierter und Minister (1830—1848) I, 270. 276. 278. 287. 312. 438. 440. 447. 455 f. 460. 580.
Gerchsheim, Gefecht bei (1866) III, 142.
Gerichtsorganisation, die einheitliche, in Deutschland (1876) III, 477 f.
Gerlach, Ludwig von, Appellationsgerichtspräsident, preußischer Abgeordneter (1852—1859) II, 298 f. 305.
— dänischer General (1864) III, 23.
Germanos, Erzbischof v. Patras (1821) I, 138.
Gervinus, G. G., Professor in Göttingen, deutscher Geschichtschreiber († 1871) I, 163. 227. 330. 478. 497. II, 292. III, 222.
Gesellschaft der Familien, die, franz. Geheimbund, u. die Gesellschaft der Jahreszeiten (1834) I, 474.
Gesellschaftsinseln, die I, 562 f.
Geßler, v., württemberg. Minister (1870) III, 247.
Gettysburgh, Schlacht bei (1863) II, 580.
Gex, fällt an Genf (1815) I, 11.
Ghika, Demetrius, Minister v. Rumänien (1868) III, 175.
— Gregor, Hospodar der Moldau (1850) II, 174.
Ghizy, ungarischer Minister (1874) III, 521.
Gibraltar, die Festung, in Spanien, bleibt im Besitze Englands I, 12.
Gibson, Milner, engl. Parlamentsmitglied (1858) II, 232.
Gielgud, polnischer General (1831) I, 395—397.
Gioberti, Vincenzo, ital. Schriftsteller (1843) I, 547 f. Minister v. Sardinien (1849) II, 154.
Girardin, Alexander Graf von, Großjägermeister Karls X. (1830) I, 272. 288.
— Emile de, franz. Journalist (1848) I, 580. (1870) III, 277.
Giskra, österr. Minister (1868) III, 196. 201—204.
Gislikon, Schlacht bei (1847) I, 516.
Gitschin, Einnahme der Stadt (1866) III, 120—122.
Gladstone, Eduard, englischer Staatsmann (1841—1886) I, 518. II, 427. III, 60. 63. 161—166. 281. 289. 528 f. 531. 585. 589 f. 596. 606 f.
Glais-Bizoin, Mitglied der franz. Regierung (1870) III, 363. 374. 394. 403.
Glümer, von, preuß. General (1870) III, 312. 419.
Gneisenau, August, Graf Neidhardt v., preußischer General (1812—1831) I, 60. 479.
— preußischer General (1870) III, 305 f.
Göben, von, preuß. General (1864) III, 34. (1866) 115. 140 f. Befehlshaber des 8. Armeecorps (1870) 302. 313. 417 f. 433.
Goderich, Lord, englischer Minister, s. Robinson.
Göddöllö, Schlacht bei (1849) II, 70.
Goegg, Führer im badischen Aufstand (1849) II, 65.
Goethe, Johann Wolfgang von, (1749 bis 1832) I, 41. 47. 338.
Goito, Schlacht bei (1848) II, 131. 137.
Golescо, rumänischer General (1866) III, 71.
Golther, von, württembergischer Minister (1861—1870) II, 468 f. III, 239. 247.
Goltz, v. d., preußischer General (1870) III, 322. 418.
Goluchowski, Graf, österreich. Minister, Statthalter in Galizien (1859—1868) II, 444. 448. 451—453. III, 198.
Gomez, karlistischer General (1837) I, 434.
Gondrecourt, Graf, österreich. General (1864) III, 18.
Goppelt, württemberg. Minister (1848) II, 12.
Gordon, engl. General in Afrika (1884) III, 589 f.
Görgey, Arthur, ungarischer General u. Diktator (1849) II, 40. 69—72. 161.
Görlitz, Sammelplatz der 1. preußischen Armee (1866) III, 118.
Görres, Jakob Joseph v., deutsch. Schriftsteller (1776—1848) I, 42. 61. 65. 209. 349. 508.
Gortschakow, Fürst Alexander, russischer Diplomat und Reichskanzler (1852 bis 1879) II, 211. 290. 366. 381. 429. 437. 442. III, 407. 525. 591.
— Fürst Michael, russ. General, Statthalter in Polen (1852—1861) II, 194. 199. 207 f. 431.
Goschen, englischer Minister (1869) III, 163.
Gotha, Versammlung zu (1849) II, 68. Socialistenkongreß (1875) III, 475 f. Die Partei der Gothaer II, 464.
Göttingen. Der hannöversche Verfassungsstreit u. die Vertreibung der sieben Professoren (1838) I, 330. Zur Zeit des Deutschen Krieges (1866) III, 114 f.
Goudchaux, franz. Deputierter (1857) II, 230. 234.

Gough, Sir Hugh, engl. General in Indien (1843) I, 527.
Gouin, franz. Deputierter (1836) I, 464. 471.
Goulard, französischer Minister (1873) III, 498.
Goulbourn, engl. Minister (1841—1846) I, 518.
Govone, italienischer General (1866) III, 47. 101.
Goyon, französischer General (1860) II, 386.
Grabbe, russ. General (1849) II, 173.
Grabow, Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses (1862—1866) II, 495. 499. 509. III, 31. 219.
Grach, Oberst, preußischer Instruktor in türkischen Diensten (1854) II, 199.
Graham, Sir James, englischer Minister (1841—1846) I, 353. 518.
Gramont, Herzog von, franz. Minister (1870) III, 267. 275—278. 281. 283. 286—289. 296. 304. 316.
Granier aus Caffagnac, bonapartistischer Deputierter III, 182. 264. 267. 286.
Grant, englischer Minister (1827) I, 192.
— Ulysses, nordamerikanischer General (1862—1864) II, 576. 580 f. Generalissimus d. Unionstruppen 582. III, 146 f. 150. Präsident der Vereinigten Staaten (1869) 151 f.
Granville, Lord, engl. Minister (1870) III, 318.
Gravelotte, Schlacht bei (1870) III, 327—331. 337. 342. 358.
Grävell, Dr., deutscher Reichsminister (1849) II, 62. 78.
Graz, Unruhen zu (1875) III, 520.
Great Eastern, das engl. Riesenschiff II, 538. III, 145 f.
Grégoire, Abbé, franz. Deputierter (1819) I, 76 f.
Gregor XVI., (Kamaldulensergeneral Capellari), Papst (1830—1846) I, 349. 419—422. 538. 546 f. 565.
Gregory, August, engl. Reisender in Australien (1857) II, 545.
Grévy, Jules, franz. Deputierter III, 265. Präsident der Nationalversammlung (1871—1879) 438. 497. 507. 510. Präsident der Republik (1879—1887) 596. 603 f.
Grey, Earl Charles, engl. Premierminister (1831—1834) I, 353. 357. 359—365. 368 f. 570.
Griechenland. Z. Zeit seiner Befreiungskämpfe (1821—1828) I, 118. 132 bis 148. 152—162. 170—172. 182 f. 254. 308. 310. Zur Zeit Kapodistrias und König Ottos I. (1830—1862) 380 bis 387. 402 f. 527. 535—537. II, 177 bis 179. 198. 330. 334. Revolution (1862), unter König Georgios I. (seit 1863), die Jonischen Inseln kommen an Gr. 426—429. 538. III, 4. 55. Zustände (seit 1863) 68—70. 74. 173 f. 179. 482. 558. 563. 568. 575. 577 f. Thessalien und der südliche Teil von Epirus kommen an Gr. (1881) 586 f.
Grillparzer, österr. Schriftsteller I, 498.
Grimm, die Professoren Jakob u. Wilhelm, zu Göttingen (1838) I, 330.
Gröben, Graf Karl von der, preuß. General (1849) II, 65. 82.
— Georg v. der, desgl. (1870) III, 407.
Grochow, Schlacht bei (1831) I, 393. 396. II, 431.
Grolman, Karl Wilh. Georg v., preuß. General (1819) I, 64.
Grolmann, großherzogl. hessischer Minister (1821) I, 205.
Großbritannien, s. England.
Grün, Anastasius (Graf v. Auersperg), österr. Dichter I, 498.
Grundrechte, die, des deutschen Volkes (1848) II, 27. 52. 56.
Grünne, Karl Ludw., Graf von, österr. Generaladjutant (1859) II, 360. 443.
Gudsö, Gefecht bei (1849) II, 78.
Guerazzi, Demokrat in Livorno (1849) II, 148. 155.
Guericke, Professor in Halle (1830) I, 340.
Guernon-Ranville, Graf, franz. Minister (1830—1836) I, 263 f. 439. 468.
Guerreiro, portug. Jurist, Regent von Portugal (1830) I, 229.
Guilleaume, General, belgischer Kriegsminister (1872) III, 552.
Guizot, franz. Geschichtschreiber u. Staatsmann (1830—1848) I, 242. 252. 270 f. 276. 285—288. 438. 440. 444. 448. 451. 454. 456. 460. 464. 467. 470. 473. 475. 556. 558. 560—563. 566 f. 570. 573. 576—578. II, 15. 115. 124. 228. III, 369 f.
Gülhane, Hattischerif von (1839), s. Hattischerif.
Gunstett, Treffen bei (1870) III, 309.
Gurko, russischer General (1877) III, 573. 575.
Gustav-Adolf-Verein, der, in Deutschland I, 495.
Gyulay, Graf Franz, österreichischer General in Italien (1857—1859) II, 255. 360—367.

H.

Habeaskorpusakte, die Suspension der, in England (1817—1824) I, 36 f. 191., in Irland (1848) II, 9. (1867) III, 159 f.

Habietinek, österr. Minister (1871) III, 512.

Hafiz Pascha, türk. General und Serastier (1839) I, 528.

Hagen, preuß. Abgeordneter (1862) II, 495 f.

Hagios Nikolaos, die Verteidigung des griechischen Klosters (1824) I, 146.

Hake, von, sächs. General, Kommandant der Bundestruppen in Holstein (1863 u. 1864) III, 12. 16. 19. 34.

Halbhuber, von, österr. Civilkommissar in Schleswig-Holstein (1865) III, 41.

Halen, van, Oberst, Führer im belgischen Aufstand (1830) I, 307.

Halil Pascha, Kommandant v. Adrianopel (1829) I, 167.

Hall, dänischer Ministerpräsident (1861 bis 1864) II, 533. 535. III, 7. 58.

Halle a. d. Saale, evangelischer Kirchentag zu (1872) III, 463.

Halleck, nordamerikan. General (1862) II, 577.

Haller, Karl Ludwig v., Berner Patrizier und Professor (1827) I, 412. II, 298.

Hallesche Jahrbücher (1838) I, 494.

Hallue, Schlacht an der (1870) III, 417.

Hambacher Fest, das (1832) I, 322.

Hamburg, bleibt freie Reichsstadt (1815) I, 20. 39. Der Brand (1842) 508. Z. Zeit der Bundesexekution in Holstein (1864) III, 16. Eintritt in den Zollverein (1882) 599.

Hamelin, franz. Admiral (1854) II, 195.

Hamilton, engl. Flottenkommandant (1825) I, 147.

— engl. General in Indien (1855) II, 247.

Hammer, der Orden vom, in Spanien (1821) I, 115.

— dän. Kapitän auf Sylt (1864) III, 24.

Hammerstein, hannöverscher Minister (1862) II, 481.

Handelsfreiheit, die, in Preußen (1818) und der mitteldeutsche Handelsverein (1828) I, 218 f.

Hannover, Kurfürstentum, z. Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 12. 16., wird Königreich 19 f. Als Bundesstaat 39. 48 f. Verfassung (1819) 203. Unter Ernst August (1837—1851) 316 f. 328—332. 337. 372. 374. Z. Zeit der Revolution (1848 u. 1849) II, 12 f. 59. 68. Im Dreikönigsbündnis 67 f. 73. 75. Z. Zeit Georgs V. (1851 bis 1866) 280. 478—481. 517 f. 520 f. 523. Bei der Bundesexekution in Holstein (1863 u. 1864) III, 12. 25 f. Zustände (1863—1865) 32—35. Krieg mit Preußen (1866) 105 f. 109—111. 114 bis 118. 139. Wird mit Preußen vereinigt 143 f. 220 f. Ferner 222 f. 237. 559. 599.

Hansard, engl. Buchdrucker (1828) I, 197.

Hansemann, David, preuß. Abgeordneter (1847) I, 489. Minister (1848) II, 48.

Hardenberg, Fürst von, preuß. Staatskanzler (1814—1820) I, 14 f. 44. 60. 62. 64. 490.

Hardinge, Sir Henry, engl. General in Indien (1843) I, 527.

Harleß, bayrischer Konsistorialrat (1870) III, 245.

Harnier, von, großherzogl. hessischer Bundestagsgesandter (1821) I, 200

Hartmann, Jakob Freiherr v., bayrischer General (1870) III, 303. 309. 378. 386.

— Julius von, preuß. General (1871) III, 417.

Hartwig, Graf, österr. Diplomat (1848) II, 133.

Hasner, österr. Minister (1868) III, 196. 201 f.

Hassenpflug, kurhessischer Minister (1850—1857) II, 79. 83. 283. 474.

Hattihumajum, der türkische (1856) II, 332. III, 203.

Hattischerif von Gülhane, türkisches Reformstatut (1839) I, 531. 534. II. 332.

Hatvan, Schlacht bei (1849) II, 70.

Hatzfeld, Graf von, preuß. Gesandter in Paris (1856) II, 211.

Haucke, Graf, poln. Kriegsminister (1830) I, 389.

Häusser, Ludwig, Geschichtschreiber († 1867) II, 292. 325.

Haussez, d', Baron, französ. Minister (1829) I, 258 f.

Haußmann, Baron, Präfekt des Seinedepartements (1854—1870) II, 220 f. 228. 234 f. III, 86. 257. 263.

Hautpoul, franz. General und Minister (1849) II, 112. S. a. Beaufort.

Havas, die Agence, in Paris II, 225.

Havelock, Henry, engl. General in Indien (1857) II, 246—248.

Haynau, Baron, österr. Feldmarschall in Italien und Ungarn (1849 u. 1850) II, 71 f. 165. 181 f. 283. 449.

Hayti, die Insel, s. San Domingo.

Hecker, Friedrich, badischer Abgeordneter

(1845) I, 488. Mitglied des deutschen Vorparlamentes und Führer im badischen Aufstand (1848 u. 1849) II, 20. 22 f. 31. 62. 66.
Heckscher, deutscher Reichsminister (1848) II, 25.
Heemskerk, holländ. Minister (1874) III, 550.
Hefele, Bischof v. Rottenburg (1870 u. 1871) III, 217. 455.
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm, deutscher Philosoph (1770 — 1831) I, 341. 492.
Hegnenberg-Dux, Graf von, bayrischer Ministerpräsident († 1872) III, 461.
Hegyes, Schlacht bei (1849) II, 71.
Heideck, von, bayrischer General, griech. Regentschaftsmitglied (1833) I, 386.
Heilige Allianz, die, s. Allianz.
Heine, Heinrich, deutscher Dichter II, 63.
Heinrich (V.), Herzog v. Bordeaux, Graf v. Chambord, Enkel Karls X. v. Frankreich (1820 — 1883) I, 79. 284. 244. 281. 288—291. 454. 562. II, 115. 216. 224. III, 318. 489 f. 492. 495. 501 bis 504. 543. 551. Sein Tod 602.
— Prinz der Niederlande, Statthalter v. Luxemburg (1856) II, 281.
Helena, s. Saint (Sankt)-Helena.
Helene v. Mecklenburg-Schwerin, Herzogin v. Orleans (1837—1848) I, 471. 561. 580—583. II, 88.
Helgoland, die Insel, wird (1814) an England abgetreten I, 17. Seekampf bei H. (1864) III, 22. 60.
Helmstadt, Gefecht bei (1866) III, 142.
Hengstenberg, Professor der Theologie zu Berlin (1827) I, 494. II, 325.
Henikstein, v., österr. Generalstabschef (1866) III, 111. 186.
Henon, franz. Deputierter (1858) II, 280. 420.
Henri, franz. General (1870) III, 325.
Hentze, preuß. Denunziant (1856) II, 283. 317.
Henzi, österr. General (1849) II, 71.
Heppenheim, Zusammenkunft in (1847) II, 10.
Herat, Belagerung von (1837) I, 526. (1857) II, 240.
Herbert, Sidney, engl. Minister (1841 bis 1846) I, 518.
Herbst, Professor in Prag, österr. Minister (1868—1873) III, 196. 199. 201. 513. 518.
Herder, Johann Gottfried von, deutscher Dichter (1744—1803) I, 41. 338.
Hermes, Georg, katholischer Theolog und Schriftsteller (1775—1831) u. der Hermesianismus in den Rheinlanden I, 342 f. 347. III, 212.
Herrenkurie, die preußische I, 484. 488. (1855) II, 296.
Herrera, Präsident v. Mexiko II, 554.
Herwarth v. Bittenfeld, preußischer General, Kommandant in Schleswig-Holstein (1864) III, 28. In Böhmen (1866) 118. 125. 135.
Herwegh, Georg, deutscher Dichter, Führer im badischen Aufstand (1848) II, 21—23.
Herzberg, braunschweig. General (1830) I, 315.
Herzegowina, die Wirren in der (1861 u. 1862) II, 426. (1873—1878) III, 563—570. 576., kommt unter österreichische Verwaltung (1878) 587. 590. 595.
Herzog, General d. eidgenössischen Truppen (1871) III, 436.
— altkatholischer Bischof in der Schweiz (1876) III, 556.
Hesekiel, Georg, deutscher Schriftsteller II, 524.
Heß, Heinrich v., Maler in München I, 209.
— Baron, österr. Feldzeugmeister. In Italien (1848 u. 1849) II, 137. 157. 360. 366.
Hessen, Kurfürstentum (1815) I, 16. 19. Z. Zeit des Deutschen Bundes (1816 bis 1848) 39. 48 f. 62 f. 200 f. 204 f. 317 f. 336. Z. Zeit der Revolution (1848 bis 1850) II, 13. 61. 66. 75. 79—85. Zustände (1850—1866) 281. 283. 350 f. 354. 472—476. 517 f. 520. III, 32 f. Im Kriege mit Preußen (1866) 106. 109 f. 114 — 116. 139 f. Wird mit Preußen (1866) vereinigt 143 f. 220. 223. 559. 599.
Hessen-Darmstadt, das Großherzogtum (1815) I, 20. Z. Zeit des Deutschen Bundes (1816 — 1866) 39. 49 f. 200. 205. 219. 318. 327. 336. 504. II, 66. 75. 289. 476. 517 f. 520. 523. III, 32 f. Im Kriege mit Preußen (1866) 109. 139. 144. 284. 288. 244. Z. Zeit des Deutsch-Franz. Krieges (1870 u. 1871) 302 f. 330. 409. Zustände (1872 bis 1886) 450. 468. 471 f.
Hessen-Homburg, die Landgrafschaft (1815) I, 22. Fällt an Preußen (1866) III, 144. 559.
Hetärie, die, der Musenfreunde, in Paris und Athen (1812—1821) I, 134 bis 138.

Heubner, Haupt des Aufstandes in Dresden (1849) II, 61.
Heyden, v., russ. Flottenkommandant (1826) I, 159.
Heydt, v. d., preuß. Minister (1849 bis 1869) II, 50. 329. 496 f. 499 — 502. III, 242 f.
Hidalgo, span. General (1872) III, 586.
Hill, Sir Rowland, Reformator d. engl. Postwesens (1837) I, 379 f.
Hiller von Gärtringen, preuß. General (1866) III, 129.
Hinckeldey, v., Polizeipräsident v. Berlin (1856) II, 315. 317.
Hirschfeld, v., preuß. General in Baden und Posen (1849) II, 47. 65.
Hobrecht, A., preuß. Minister (1879) III, 600.
Hochberg, die Grafen v., in Baden I, 50 f. 319. S. a. Leopold.
Hofmann, badischer General (1848) II, 33.
— hessischer Staatsmann, Präsident des Reichskanzleramtes (1877) III, 477.
Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz von, Präsident des Herrenhauses, preußischer Ministerpräsident (1862) II, 496.
— -Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst von, bayrischer Ministerpräsident (1867) III, 203 f. 212. 234 f. Vicepräsident des Zollparlamentes (1868) 239. Entlassung (1870) 244 f. Als Statthalter von Elsaß-Lothringen (1886) 599.
— Fürst von, Bruder des vor., Kardinal (1872) III, 461.
Hohenlohe-Lich, Fürst von, preuß. Landtagsmarschall (1847) I, 487.
Hohenwart, Graf, österr. Minister (1871) III, 512—516. 520.
Hohenzollern, die Fürstentümer (1827) I, 219. 503 f., werden an Preußen abgetreten (1850) II, 81. 184. 294 f. 296. 301. III, 559. Zur Zeit des Deutschen Krieges (1866) III, 139.
— Prinzen von, s. unter Karl I. von Rumänien und Leopold.
Holland, (1814 u. 1815) mit Belgien, Limburg und Luxemburg zum Königreich der Vereinigten Niederlande verbunden I, 17 f. Zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung Belgiens (1820 bis 1832) 300—313. Zustände (1848 bis 1866) 473. II, 7 f. 269. 411. Kolonieen in Afrika 546. Zustände (1866—1870) III, 64 f. 180 f. Die luxemburgische Frage (1867) 229 f. Zustände (1870 bis 1877), Krieg mit Atschin 549 f. 559. 596. Krieg der holländ. Boers in Südafrika mit England (1877—1881) 606. Zustände (1880—1886) 610.
Höllenmaschine, die, Fieschis in Paris (1835) I, 461 f.
Holstein, das Herzogtum, zur Zeit des Deutschen Bundes (1815—1848) I, 32. 39. 173. 201. Die schleswig-holsteinische Frage 508—513. Krieg mit Dänemark (1848—1850) II, 27—30. 77—79. Zustände (1850—1859) 82—85. 172. 301 bis 305. 307. 350 f. Verhältnis zu Dänemark (1859—1863) 531—535. Zur Zeit d. Deutsch-Dänischen Krieges (1863 bis 1865) III, 6—28. 30 f. 34—36., österreich. und preuß. Kondominat 36 f. 41—44. 47 f. 50—57. 61. 74. 82 f. 91 f. 104. 109. Fällt an Preußen (1866) 118. 220. 223. 559. Zur Zeit des Deutsch-Französischen Krieges (1870) 327. 403.
Holstein-Holstenborg, Graf, dänischer Minister (1873) III, 547.
Home-rule-Partei, die, in Irland (1873 u. 1874) III, 529. 606 f.
Homs, Schlacht bei (1832) I, 404.
Hone, William, Londoner Buchhändler (1817) I, 87.
Hongkong, die Insel, in China, fällt an England (1842) I, 525 f.
Hood, General der amerikanischen Südstaaten (1864) II, 581 f.
Hooghvorst, Baron von, Präsident der provisorischen Regierung in Belgien (1830) I, 307.
Hooker, nordamerikan. General (1863) II, 580.
Hope, engl. Admiral (1859) II, 550.
Hopf, Pfarrer, württemberg. Abgeordneter (1870) III, 297.
Horn, von, preuß. General (1866) III, 121. 126.
Hornthal, von, bayrischer Justizrat und Abgeordneter (1825) I, 208.
Horst, schleswig-holstein. General (1851) II, 83.
Hortense, s. Beauharnais.
Horton, Wilmot, engl. Parlamentsmitglied (1826) I, 188.
Horvath, ungarischer Minister (1867) III, 191.
Huber, Pariser Republikaner (1848) II, 95.
Hübner, Baron von, österr. Gesandter in Paris (1856—1859) II, 211. 265. 354. Polizeiminister 414.
Hudson, englischer Offizier (1857) II, 244.
Huerta del Rey, Schlacht bei (1837) I, 434.

Huesca, Schlacht bei (1837) I, 434.
Hugo, Victor, franz. Dichter (1852 bis 1871) II, 126. 223. III, 369. 385. 395. 442.
Hühnerwasser, Gefecht bei (1866) III, 121.
Huine und Sarthe, Gefechte zwischen der (1870) III, 416.
Humann, franz. Minister (1832—1848) I, 454. 460. 463 f. 473. 558 f.
Humbert I., König von Italien (seit 1878) III, 547.
Humboldt, Alexander von, deutscher Gelehrter (1769—1859) I, 443. II, 291 f. 325.
— Wilhelm von, preuß. Minister (1814 bis 1819) I, 21. 60. 64 f. 214 f. 336.
Hume, Joseph, engl. Parlamentsmitglied (1835) I, 371 f.
Hunkiar-Iskelessi, Vertrag v. (1833) I, 408 f. 530. II, 178.
Hunt, engl. Demagog (1820) I, 88.
Husein-Bei, Dei von Algier (1827) I, 260—263.
Huskisson, engl. Minister (1820—1830) I, 183. 186 f. 192.
Husseim Avni Pascha, türk. Kriegsminister (1876) III, 567.
Hussein Pascha, türkischer Oberfeldherr (1832) I, 404 f.
Hyacinth, Pater, (Loyson), Karmelitermönch in Paris (1870) III, 262. Altkathol. Geistlicher in Genf (1873) 555.
Hyde de Neufville, französ. Minister (1828—1830) I, 251. 252. 292.
Hydra, griech. Insel (1821) I, 138—141. (1830—1840) 381—384.

J.

Jacini, italienischer Minister (1860) II, 387.
Jackson, Andrew, Präsident der Nordamerikanischen Union (1835) I, 461.
— Stonewall, General der nordamerikanischen Südstaaten (1862) II, 577.
Jacoby, Johann, Arzt zu Königsberg, preuß. Abgeordneter (1847—1870) I, 481. II, 50. III, 220. 237. 292. 408.
Jacqueminot, franz. General (1848) I, 578.
Jadegebiet, das, kommt an Preußen (1853) III, 27. Wilhelmshafen (1866) 227. (1870) 360.
Jagel, Gefecht bei (1864) III, 18.
Jagow, von, preußischer Minister (1862) II, 496.
Jahn, Ludwig, Turnvater (1778—1848) I, 42. 64. 479.
Jamaika, Suspension der Verfassung v. (1839) I, 379. Unruhen (1866) III, 63.
Janitscharen, Vernichtung der (1826) I, 156 f. 167.
Jansenisten, die, in Frankreich I, 347. III, 212. 463. 467. 550.
Jantra, Gefechte an der (1877) III, 574.
Janvier de la Motte, Präfekt des Eure-Departements (1870) II, 413.
Japan. Vertrag mit England und Rußland (1857) II, 251. 337. Handelsvertrag mit Preußen (1861) 549.
Jarras, franz. General (1870) III, 393.
Jaubert, Graf, französischer Deputierter (1836) I, 464.
Ibell, von, nassauischer Staatsrat (1819) I, 46.
Ibrahim Pascha, Gouverneur v. Morea, Feldherr in Griechenland (1823—1841) I, 145—148. 153. 157. 160 f. 170., ägyptischer Feldherr gegen die Türkei 402—408. 528. 532 f. Vicekönig von Ägypten (bis 1848) II, 174.
Idstedt, Schlacht bei (1850) II, 79. 83.
Jecker, franz. Bankier (1862) II, 557.
Jellachich, Banus v. Kroatien (1848 u. 1849) II, 39—44. 69—71.
Jena, die deutsche Burschenschaft zu (1815) I, 42 f. 45.
Jenikale, Eroberung der russ. Festung (1855) II, 207.
Jerusalem, das Bistum I, 493. Die Frage der heiligen Stätten (1847 bis 1852) II, 175—177. 191 f.
Jeserski, Graf, polnischer Gesandter in St. Petersburg (1830) I, 391.
Jesuiten, Orden der (1814—1848) I, 94 f. 112. 114. 194 f. 241. 248. 251 f. 304. 412. 417 f. 430. 507. 514—517. 565. In Österreich (1852—1859) 342 bis 344. 354. In Italien 392. Verhältnis zu Pius IX. (1864) III, 99., zur Unfehlbarkeitslehre (1869) 210 bis 214., zu d. Altkatholiken (1870) 453—457 Unterdrückung in Deutschland (1872) 461 f. 582.
Ignatiew, russ. Diplomat (1876—1881) III, 569 f. 592 f.
Itrecek, österreichischer Minister (1871) III, 512 f. 516.
Illy, Kampf auf dem Plateau v. (1870) III, 348—350.
Indemnität, die, in Preußen (1866) III, 219 f.
Independenten, die, in Frankreich (1815—1820) I, 73. 75.
Indien, Eroberungen der Engländer in (1837—1843) I, 526 f. Krieg m. Eng-

land (1857—1858) II, 240—250. Das Indische Kaiserreich (1876) III, 532.
Industrie-Ausstellungen: in London (1851) II, 10., in Paris (1867) III, 254. (1878) 510., in Wien (1873) 518.
Infantado, Herzog von, span. Regent (1823) I, 125 f. 223.
Inglis, Sir John, engl. Kommandant von Lucknow in Indien (1857) II, 247.
Inkjerman, Schlacht v. (1854) II, 204.
Inquisition, die, in Spanien (1815 bis 1820) I, 81—83. 87. 114. 222. In Italien (1814) 94 f.
Internationale Association, europäischer Arbeiterbund (1864) III, 163. 185.
Intransigenten, die, in Spanien (1875) III, 537.
Jochmus, türkischer Befehlshaber in Asien (1840) I, 532. Reichsminister von Deutschland (1849) II, 63.
Johann, Erzherzog v. Österreich (1842) I, 503. Als deutscher Reichsverweser (1848 u. 1849) II, 25—27. 30 f. 36. 43. 52. 54. 58. 62. 73 f.
— König v. Sachsen (1854—1873) I, 505 f. II, 478. 529. III, 118. 224.
— VI., König v. Portugal (1816—1826) I, 87. 89. 129—132. 225.
Johanniter-Orden, der, und die Insel Malta (1815) I, 12.
John, österr. Kriegsminister und Feldmarschall (1866) III, 187. 194.
Johnson, Andrew, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika (1865—1869) III, 147—151.
— Reverdy, amerikanischer Gesandter in England (1868) III, 168 f.
Johnston, General der amerikanischen Südstaaten (1864) II, 581. III, 147.
Joinville, Prinz von, Sohn König Louis Philippes (1840—1871) I, 556. 561. 563. 572. II, 88. III, 491.
Jolly, badischer Staatsrat (1871) III, 440.
Jonischen Inseln, die, kommen (1815) zu England I, 12. 171. II, 177., werden (1862) an Griechenland abgetreten 427 f. 538. III, 69. 558.
Jordan, Silvester, Professor in Marburg (1831) I, 318.
Jörg, bayrischer Abgeordneter (1866 bis 1874) III, 245. 296. 472.
Joseph, Erzherzog v. Österreich (1868) III, 195.
Josephine, s. Beauharnais.
Jourdain, griech. Gesandter in Verona (1823) I, 144.
Jourdan, Marschall v. Frankreich (1815) I, 69.
Irland. Verhältnis zu England (1820 bis 1848) I, 138—146. 368—380. 521 bis 524. II, 9. Unruhen, Fenierbund (1863—1866) III, 62—64. Zustände (1866—1870) 158—164. Die Homerule-Partei (1873 u. 1874) 528 f. Irische Frage (1878—1886) 606 f.
Irujo, Marquis Casa, spanischer Minister († 1824) I, 221 f.
Isabella II., Marie Luise, Königin von Spanien (1833—1868). Geburt (1830) I, 224. 425. Unter Vormundschaft ihrer Mutter Maria Christine 426—429. 435. 463. Mündigkeitserklärung (1843) 543 f. 565. Heirat II, 165. Geburt des Thronfolgers und Mordanfall (1852) 167. Regierung 366 f. 384. 408. III, 80 f. 258. Revolution und Sturz (1868) 268—271. (1870) 533.
Isaszeg, Schlacht bei (1849) II, 70.
Ischl, Zusammenkunft zu (1871) III, 481.
Isenburg, Aufruhr gegen den Fürsten von, in Hessen (1830) I, 318.
Isla de Leon, der Aufstand auf (1820) I, 85 f. 106. 116
Isly, Schlacht am Flusse (1844) I, 564.
— Herzog von, s. Bugeaud.
Ismail, Pascha, Vicekönig (Chedive) von Ägypten (1863—1879) III, 176—178. 588.
Isturiz, span. Minister (1830—1836) I, 425. 433.
Italien. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 14. 18—20., der Restauration (1815—1820) 79. 90—100., der Revolutionen (1820—1840) 105 bis 113. 118. 120. 210. 410. 417—425. 444—447. (1840—1848) 545—555. 572 f. II, 4. 6. (1848—1852) 34 f. 38 f. 55. 71—74. 79. 106—111. 127—165. Z. Zeit der Reaktion (1852—1859) 251 bis 265., des Franz.-Österr. Krieges (1859) 355—373. Umgestaltung Italiens (1859—1863) 374—386. Savoyen und Nizza werden an Frankreich abgetreten 387 f. Zustände in Neapel 389—398. Das Königreich Italien 398—406. Verhältnis zu Frankreich 410 f. 414—417. 422., zu Preußen und Österreich (1866) III, 45—47. 50 f. 56., zu Frankreich und dem Papste 85—93. Zustände (1863—1866) 93—103. Z. Zeit des Krieges gegen Österreich (1866) 104. 106. 111 f. 132—138. 143. 158. 180. 185 f. 205. Zustände (1866—1870) 206—218. 222. 251. 255—257. 280.

290 f. 318 f. 371 f. 447. 481. 505. Rom, Hauptstadt von Italien (1871) 540 f. Allianz mit Deutschland 542 f. Stellung zu Frankreich und zum Papste 544 f. Zustände (1870—1877) 546 f. 557—559. 564 f. 579—581. 587. 589. 593. 596. 605. (1878—1886) 607—609.
Iturbide (Augustin I.), Kaiser v. Mexiko (1822) I, 181. II, 554.
Itzenplitz, Graf, preuß. Minister (1862) II, 496.
Itzstein, Adam v., badischer Abgeordneter I, 319 f. 483. Mitglied des deutschen Parlamentes (1848) II, 11. 25.
Juan de Borbon, Bruder des span. Prätendenten Don Karlos, Grafen von Montemolin (1860) II, 408.
Juan-Frage, die, s. San-Juan.
Juarez, Benito, Präsident von Mexiko (1861—1867) II, 556 f. 560. 562. III, 154—157.
Juden, die. In Kurhessen (1816) I, 49. Im Kirchenstaat (1823) 118. In Württemberg (1828) 207. Beläftigung derselben (1830) 314. In Rußland 538. In England, Zulassung zum Parlamente II, 9. 251. Verfolgungen der Juden in Rumänien (1867) III, 174 f. Gleichstellung der Juden mit den Christen in Rumänien (1878) 584. Verfolgungen in Rußland 592. In Österreich (1882 u. 1883) 594.
Julirevolution, die, in Frankreich (1830) I, 220. 265—279.
Junischlacht, die Pariser (1848) II, 98 bis 101.
Juntas, die, in Spanien und Portugal (1815—1830) I, 86—89. 117. 121. 125. 130 f. 221 f.
Jurien de la Gravière, franz. Admiral (1862) II, 558.
Juffuf Pascha, türk. General (1822 bis 1828) I, 144. 164.
Jütland, Einrücken der Preußen in (1848) II, 29 f. (1849) 78. (1864) III, 21—24.
Izzet Mehemed Pascha, türk. Feldherr (1828) I, 165 f.
Izzet Mohammed, türkischer Kapudan-Pascha (1828) I, 164.

K.

Kabul, das Chanat, in Asien I, 526 f.
Kachowsky, russ. Lieutenant (1825) I, 151.
Kaffernkrieg, der, in Afrika (1846 u. 1847) I, 527. (1879) III, 602. 606. S. a. Zulukaffern.
Kaisertums, Errichtung des neuen deutschen, zu Versailles (1871) III, 407 bis 410. 422 f. 447 f.
Kaleb Medina, Schlacht bei (1840) I, 582.
Kalergis, Klephthenführer (1831) I, 381.
Kalifornien, wird in die Nordamerikan. Union aufgenommen (1848) II, 567 f.
Kalik, österr. General (1864) III, 52. 114.
Kallay, von, Minister für Bosnien (1882) III, 587.
Kameke, v., preuß. General (1870) III, 312.
Kampt, Codex der Gendarmerie (1817) I, 44.
Kamram, Fürst v. Herat (1837) I, 526.
Kanaris, Konstantin, Mitglied der provisorischen Regierung von Griechenland (1862) II, 427. III, 69.
Kandern, Gefecht bei (1848) II, 22.
Kantakuzenos, Fürst, Hospodar der Walachei (1849) II, 172.
Kanton, Erstürmung von (1857) II, 251.
Kapland, das, in Südafrika, kommt an England (1815) I, 12. Kolonisation II, 546.
Kapodistrias, Graf Johannes, russ. Minister (1820—1822) I, 134 f. 140. 155. Präsident des griech. Staatenbundes (1826—1831) 158 f. 170—172. 380—382.
— Graf Augustin, Bruder des vorigen (1831—1832) I, 382—384.
Kappeyne, holländ. Minister (1874) III, 550.
Kapfalis, griech. Primas (1826) I, 154.
Kara-Ali, türk. Kapudan-Pascha (1822) I, 143. 145.
Kara-Georgewitsch, Fürst v. Serbien III, 176.
Karaiskakis, Klephthenführer (1826) I, 158. 158.
Karataffo, Adjutant König Ottos von Griechenland (1846) I, 536.
Karbonaria, Geheimbund in Italien (1815—1830) I, 96—100. 107—111. II, 262.
Karl, Prinz von Bayern, Feldmarschall (1866) III, 116 f. 139.
— I., Herzog v. Braunschweig (1815 bis 1830) I, 204. 314—316.
— X., König v. Frankreich (1824 bis 1830) I, 283—294. 305. 363. 418. 436. 439—441. 454. 463. 467 f. II, 99. 101. S. a. Karl Philipp, Graf v. Artois.
— III., Herzog v. Parma (1850—1854) II, 163. 254.

Karl I. von Hohenzollern-Sigmaringen, Fürst v. Rumänien (seit 1866) III, 72 f. 174 f. 272. 571. 574 f. König (1881) 585.
— XIII., König v. Schweden (1809 bis 1818) I, 17. 30.
— XIV. Johann, desgl. (1818—1844) I, 17. 30 f. 173 f. II, 7.
— XV., desgl. (1859—1872) II, 581 f. III, 57—59. 548.
— I., König v. Württemberg (seit 1864) III, 33. 234. 246 f. 409.
Karl Albert, Prinz von Savoyen-Carignan, sardinischer Kronprinz (1820 bis 1831) I, 109—111. 126 f. König von Sardinien (1831—1849) 424. 550 f. 554 f. II, 107. 130—143. 154—158.
— Anton, Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen (— 1849) II, 81., preußischer Ministerpräsident (1858—1862) 329. 488. III, 72. 272. 278.
— August, Großherzog von Sachsen-Weimar (1775—1828) I, 20. 44. 47 f.
— Felix, König v. Sardinien (1821 bis 1831) I, 110 f. 117 f.
— Friedrich, Markgraf v. Baden (1787) Kurfürst, dann Großherzog (1806 bis 1811) I, 19. 50.
— Ludwig, Großherzog v. Baden (1811 bis 1818) I, 50.
— — II., Herzog v. Parma (1847—1849) I, 549. II, 129. 147. 163.
— — österr. Erzherzog (1863) II, 460.
— Philipp, Graf von Artois, Bruder des Königs Ludwig XVIII. v. Frankreich (1815—1824) I, 67—69. 72 f. 76 bis 79. S. a. Karl X.
Karlisten, die, in Spanien (1830—1840) I, 426. 430—435. 541. (1870—1877) III, 532—535. 538—540. 545.
Karlos, Don (Karl V.), span. Infant, Prätendent (1820—1830) I, 221—224. Z. Zeit der Kämpfe der Christinos u. Karlisten in Spanien (1832—1839) 425—427. 429—431. 433 f. 543. II, 408.
— (Karl VI.), Graf von Montemolin, Sohn des vorigen (1845—1860) I, 543. II, 167. 408. III, 270.
— (Karl VII.), Sohn des vorigen, Herzog v. Madrid, span. Kronprätendent (1868) III, 270 (1871—1875) 533 bis 535. 539 f.
Karlsbader Beschlüsse, die, (1819) I, 62—64. 76. 199. 210. 214. 322.
Karoline (v. Neapel), Herzogin v. Berry (1816—1832) I, 72 f. 77. 79. 288. 454 f.
— Königin v. Neapel, s. Maria Karoline.
Karoline (v. Braunschweig), Königin v. England (1795—1821) I, 175—177. 179.
— Fürstin-Regentin v. Reuß (1886) III, 223.
Karolineninseln, die (1885) III, 610.
Karolyi, Graf, österr. Gesandter in Berlin (1863—1866) II, 525. III, 45. 48. 50.
Kars, Festung in Armenien (1828) I, 164. Kapitulation (1855) II, 206 bis 210. (1877) III, 574. 576 f.
Kasa, Fürst von Tigre in Abessinien (1868) III, 167.
Kastilien, Rat von (1823) I, 221 f.
Katakazi, griech. Minister (1840) I, 586.
Katholiken-Emancipation, die, in England (1820—1830) I, 188—196.
Kaufmann, russ. General in Chiwa und Chokand (1873—1876) III, 527.
Kaulbach, Wilh. v., deutscher Maler II, 320.
Keller, elsässischer Deputierter in der konstituierenden Versammlung zu Bordeaux (1871) III, 439. 442.
Kellersberg, Frhr. v., österr. Gesandter in Turin (1859) II, 358.
Kent, Herzog von, Sohn König Georgs III. von England, Vater der Königin Viktoria I, 373.
Keratry, Auguste Hilarion von, franz. Deputierter (1830) I, 439.
— Emile, Graf v., desgl. (1870) III, 283. 336.
Kertsch, Erstürmung der Festung (1855) II, 207.
Ketteler, Frhr. v., Erzbischof v. Mainz (1850—1871) II, 289. III, 216. 238. 449.
Kettler, v., badischer General (1871) III, 434.
Kicki, Oberst im poln. Aufstande (1830) I, 390.
Kiel, Friede von (1814) I, 16 f. Die provis. schleswig-holsteinische Regierung in K. (1848) II, 28. Österr.-preuß. Kommission zu K. (1851) 83. (1863) III, 8. Bundeskriegshafen 41. (1867) 227.
Kielmannsegge, v., hannöv. Minister (1856) II, 280.
Kirchbach, v., preuß. General, Befehlshaber d. 5. deutschen Armeecorps (1870) III, 308. 308—310. 386. 423.
Kirchenkonferenz, die evangelische, zu Berlin (1846) I, 503.
Kirchenstaat, der. Neugründung desselben durch den Wiener Kongreß (1815) I, 18 f. Z. Z. der Restauration (1815 bis 1820) 92—96. 113. Zustände (1830

bis 1840) 418—421. 423. 446 f. 545. (1840—1848) 548 f. 554. (1848—1859) II, 129. 134 f. 148—152. 158—161. 252—254. (1859—1863) 356. 361. 376 f. Verlust der Romagna 382—388. 396 f. 402—406. 430. (1864) III, 97. Ende des Kirchenstaates (1870) 371 f. 558. S. a. unter Rom.

Kisker, preuß. Minister (1848) II, 50.

Kissingen, Gefecht bei (1866) III, 140.

Kjutahia, Friede von (1833) I, 408 f. 528.

Klapka, ungar. General (1849) II, 69. (1866) III, 134.

Kleist-Retzow, v., Oberpräsident der Rheinprovinz (1858) II, 329 f.

Klemens, August, s. Droste-Vischering.

Klementine, Tochter König Louis Philippes I, 561.

Klenze, Erbauer der Glyptothek in München (1816—1830) I, 209.

Klephthen-Partei, die, in Griechenland (1821) I, 138. 144.

Klefoth, mecklenb. Kirchenrat (1851) II, 282.

Klopp, Onno, Geschichtschreiber (1866) III, 117.

Klöster, die Aufhebung der, im Kirchenstaate (1873) III, 542.

Klothilde (von Savoyen), Gattin Jérôme Napoleons (1859) II, 357.

Knight, Begründer des engl. Pfennigmagazins (1836) I, 373.

Knownothings, die, in Nordamerika (1853) II, 568.

Kochinchina, Besetzung von, durch die Franzosen (1863) II, 422. 548.

Kolb, bayrischer Deputierter (1866) III, 295 f.

Kolberg, das franz. Unternehmen gegen (1870) III, 359 f.

Kolding, Schlacht bei (1849) II, 78.

Kolettis, Joannis, Griechenführer (1831 bis 1847) I, 382 f. 386. 536.

Köln, das Kurfürstentum, fällt an Preußen (1814 u. 1815) I, 16. Religiöse Wirren (1835—1840) 346—351. Weiterbau des Kölner Domes (1842) 502 f. Altkatholikenkongreß (1872) III, 463. Vollendung des Domes (1880) 599.

Kolokotronis, Theodor, Griechenführer (1821—1840) I, 138. 146 f. 382.

Kolonieen: holländische I, 12., englische 12. 524 f. II, 240—251. 544 f., spanische I, 180 f., französische II, 546 f. 548. III, 605., deutsche 597.

Kolowrath, Graf, österr. Minister (1826) I, 210.

Komitatsverfassung, die, in Ungarn I, 210 f.

Komunduros, griech. Minister (1857) II, 334. III, 69.

Kondominat, das österr.-preuß., in Schleswig-Holstein (1864 u. 1865) III, 35—43.

Konduriotis, Präsident der griechischen Regierung (1824—1833) I, 146. 386.

Konföderation, die, der Südstaaten der Nordamerikanischen Union (1861—1863) II, 569—583.

Kong, chinesischer Prinz-Regent (1860) II, 550 f.

Kongregation, die, zu Paris (1816) I, 71. 241. Provinzial- und Central-K. in Italien (1815) 91.

Konia, Schlacht bei (1832) I, 405 f.

Königgrätz, Schlacht bei (1866) III, 111. 122. 124—131. 135 f. 138. 210. 218.

Königsberg in Preußen. Universität (1844) I, 493. Krönung König Wilhelms von Preußen (1861) II, 493 f.

— Gefecht beim, in Schleswig (1864) III, 18.

Konkordat, das bayrische (1817) I, 52. 95., das niederländische (1827) 304., das österreichische (1855—1863) II, 344 bis 348. 354. 445. 453. 459. In Württemberg (1860 u. 1861) 468., Baden (1860) 470 f., Mexiko (1864) 562. In Österreich (1867) III, 196 f. (1870) 511. 519.

Konstantin, russischer Großfürst, Sohn Pauls I. (1825—1831) I, 149. 151. 387—392. 396.

— desgl., Sohn des Kaisers Nikolaus (1845—1863) I, 535. II, 337. Statthalter von Polen 433—438.

Konstantine, Sturm auf, in Algier (1837) I, 470 f.

Konstantinopel, zur Zeit des griech. Aufstandes (1820—1829) I, 135—137. 139 f. 167—169.

Konvention, die, zwischen Frankreich u. Italien (1864) III, 97—100.

Kopenhagen, das Bombardement von, durch die Engländer (1807) I, 16. Volksbewegung (1848) II, 28.

Köpenick, Immediat-Kommission zu (1823) I, 202.

Korfu, die ionische Akademie auf der Insel (1809) I, 134. Kommt an Griechenland (1864) III, 69.

Kornzölle, die, in England (1826) I, 187 f. 377. 517. 519. 523 f.

Korporations-Akte, die engl. (1828) I, 193.

Kosciuszko, Thaddäus, Polenführer I, 389. 391.
Koseritz, württemb. Lieutenant (1833) I, 325.
Kossuth, Ludwig, Diktator von Ungarn (1848 u. 1849) I, 333. 500. II, 15. 34 f. 38 f. 42. 70—72. 161. 174. 365. 380. III, 191.
Köthen, Versammlung zu (1844) I, 495.
Kotzebue, russischer Staatsrat, deutscher Schriftsteller I, 44. Seine Ermordung (1819) 45. III, 293.
— von, russischer Generalkonsul in den Donaufürstentümern (1848) II, 171.
Krain, Zustände in (1866—1870) III, 190 f.
Krakau, der Freistaat, Errichtung durch den Wiener Kongreß (1815) I, 13. Occupation v. K. (1831) 466. Aufstand und Einverleibung in Österreich (1846) 499 f. 540. 565. III, 558.
Kraton, Hauptbollwerk der Atschinesen auf Sumatra; seine Erstürmung durch die Holländer (1874) III, 550.
Krause, preuß. Major (1870) III, 293.
Krauß, österreich. Minister (1849) II, 46. 180.
Krebs, Institutsvorsteher in Mannheim (1875) II, 23.
Kreise, die Ritter vom goldenen, amerikanischer Geheimbund (1856) II, 569.
Kreisordnung, die preußische III, 459. 465.
Kremsier, Reichstag zu (1849) II, 46. 68.
Kreta (Kandia), die Insel, zur Zeit des Türkisch-Griech. Krieges (1823—1829) I, 145—147. 171. (1866—1870) III, 69 f. 74. 173. 179.
Kreuz, das eiserne. Erneuerung des Ordens in Preußen (1870) III, 295.
Kreuz-Zeitung, Neue Preußische II, 49. Zur Zeit der Reaktion (1852 bis 1858) 298 f.
Krimkrieg, der (1853—1856) II, 189 bis 214. 352 f.
Krismanic, v., österr. Generalquartiermeister (1866) III, 111. 186.
Kroatien, Zustände in (1859—1863) II, 451—459. (1866—1877) III, 192. 195. 520 f. 594.
Krogh, dänischer General (1850) II, 79.
Krüdener, Frau v., Freundin Alexanders I. von Rußland I, 102.
— General im Russisch-Türkischen Kriege (1877) III, 573.
Krukowiecki, polnischer General (1830) I, 398 f. 401.
Krumir, d. Stamm der, in Tunis (1881) III, 588.
Kübeck, österr. Baron, Kommissar in Frankfurt a. M. (1849) II, 74.
Kühne, preuß. Finanzminister (1848) II, 50. Abgeordneter (1861) II, 488 f.
Kulewtschi, Schlacht bei (1829) I, 166.
Kulmann und sein Mordanfall auf den Fürsten Bismarck (1874) III, 471.
Kummer, v., preußischer General (1870) III, 357. 391.
Kuranda, österr. Abgeordneter (1868) III, 204.

L.

Labastida, Erzbischof von Mexiko (1863) II, 560 f.
Labedoyère, französischer Oberst (1815) I, 70.
Labourdonnaye, französ. Deputierter (1823) I, 123 f. Minister (1829) 258 f.
Lachat, Bischof von Basel (1870—1873) III, 554.
Lacordaire, Pater, Prediger in Paris (1853) II, 226.
Ladenberg, preuß. Minister (1848) II, 50. 311.
Ladendorf, Dr., und der preuß. Hochverratsprozeß (1853) II, 318.
Ladmirault, General, Kommandant des 4 französischen Armeecorps (1870) III, 300. 322. 324. 327.
Lafayette, Marquis von, französischer Deputierter (1818—1834) I, 75. 119. 124. 259 f. 270 f. 274—277. 282 bis 289. 291—293. 321. 419. 436—443. 448. 451. 458—460.
La Fère, Kapitulation der französischen Festung III, 406.
Lafitte, Pariser Bankier, zur Zeit der Julirevolution (1830—1832) I, 243. 250. 255. 270 f. 276. 278 f. 281—288. 293. Minister 438. 440. 443 f. 447. 450 f.
Lagrange, franz. Republikaner (1848 bis 1851) I, 575. 577. 580. II, 121.
La Granja, Aufstand zu, in Spanien (1836) I, 434.
Laguéronnière, franz. Publizist (1861) II, 416.
Laharpe, Schweizer, Erzieher Alexanders I. von Rußland I, 101.
Laibach, Kongreß zu (1821) I, 106 f. 113. 115. 117 f.
Lainé, französischer Minister (1816) I, 72 f.
Laity, franz. Publizist (1838) I, 472.
Lake, englischer Offizier in Kars (1855) II, 209.

Lalande, franz. Admiral (1889) I, 529.
Lamarmora, Alexander, sardinischer General (1849) II, 155 f.
— Alfons, italienischer General und Minister (1860—1866) II, 155. 384. 405. III, 101 f. 111 f. 133. 137. 207.
Lamarque, franz. General und Deputierter (1830—1832) I, 444. 448. 451.
Lamartine, franz. Dichter u. Deputierter (1847 u. 1848) I, 465. 561. 573. 575. 581. 583 f. Mitglied der provisorischen Regierung (1848) II, 87—89. Minister 92—99. 105 f. 133. III, 266.
Lamberg, Graf, österr. General († 1848) II, 40. 148.
Lambert, Graf, russ. General, Statthalter von Polen (1861) II, 433.
Lamego, Wiederherstellung der Cortes von, in Portugal (1824) I, 132. 228.
Lamennais, Abbé, franz. Schriftsteller (1792—1854) I, 241. II, 222.
Lamey, badischer Minister (1860) II, 470.
Lamoricière, franz. General (1847 bis 1851) I, 573. II, 98. 100. 109. 121. Oberbefehlshaber der päpstlichen Armee (1859—1863) 396 f.
Landau, die Festung, kommt wieder an Deutschland (1815) I, 11.
Landi, neapolitanischer General (1859) II, 392.
Landratskammer, die preuß. (1855 u. 1856) II, 312 f.
Landsdowne, Lord, engl. Minister (1830) I, 353.
Landsfeld, Gräfin, s. Lola Montez.
Landtag, der vereinigte preuß. (1847 u. 1848) I, 484—489. II, 16—19.
Langenhof, Reiterkampf bei (1866) III, 130.
Langensalza, Schlacht bei (1866) III, 115. 139. 144.
Langiewicz, polnisch. Insurgentenführer (1863) II, 435.
Langlois, franz. Deputierter (1871) III, 442.
Langrand, Graf, ultramont. Schwindler (1868) III, 197. 551.
Lanza, neapolitan. General (1849—1860) II, 160. 392.
— ital. Minister (1873) III, 543.
Laon, Kapitulation der franz. Festung (1870) III, 377.
Larisch, Graf, österr. Minister (1865) III, 40.
Larochejacquelein, Marquis, franz. Deputierter (1848) I, 582 f.
La Roncière le Noury, franz. Admiral (1870) III, 359.
Lartigue, franz. General (1870) III, 310.
La Salette, die heilige Jungfrau von (1853) II, 227.
Lascy, span. General (1817) I, 84.
Lasker, Eduard, preuß. Abgeordneter (1867—1877) III, 231. 241. 248. 458. 476 f.
Lassalle, Ferdinand, Stifter der Socialdemokratie (1862) II, 507 f. III, 241. 474 f.
Lassaulx, Professor in München (1846) I, 507.
Lasteyrie, Orleanist (1853) II, 224.
Latour, österr. Kriegsminister († 1848) II, 35. 41. 148.
— Fürst, franz. Gesandter in Rom (1862) II, 417.
Latour-Foissac, Graf, franz. General (1823—1830) I, 125. 289.
Lauenburg, das Herzogtum, kommt im Wiener Kongreß an Dänemark (1815) I, 16 f. 32. Zur Zeit der schleswig-holsteinischen Frage (1846—1852) 511. II, 85. 302—304. 534. Z. Zeit des Deutsch-Dänischen Krieges (1863 u. 1864) III, 7. 9. 13. 25. Wird mit Preußen (1864) vereinigt 31 f. 43. 220. 477. 559.
Lausitz, die Ober-, kommt an Preußen (1815) I, 15.
Lavalette, Graf, franz. Generalpostmeister (1815) I, 70.
— Marquis von, franz. Gesandter in Konstantinopel (1851) II, 176. 194., in Rom (—1862) 417. Minister (1866) III, 251 f.
Lawrence, Sir Henry, engl. General (1855 u. 1856) II, 245—247.
— Sir John, desgl. (1857) II, 243—245.
Lazareff, russischer Admiral (1833) I, 407.
Lebeau, franz. General (1836) I, 467.
Leboeuf, Marschall von Frankreich, Kriegsminister (1870) III, 298. Befehlshaber des 3. französ. Armeecorps 324. 327. 334.
Le Bourget, Kampf bei (1870) III, 386. 413.
Lebrun, franz. General (1830) I, 270.
— desgl., Befehlshaber des 12. franz. Armeecorps (1870) III, 318. 351.
Leca, rumänischer General (1866) III, 71.
Lecomte, franz. General (1871) III, 483.
Ledochowski, Erzbischof v. Posen-Gnesen (1874) III, 471.
Ledru-Rollin, französ. Republikaner (1848—1869) I, 570. 583 f. Minister II, 87. 90. 92. 94. 96., nachher 105. 108 f. 222 f. 397. III, 261.

Lee, General der Südſtaaten (1862 bis 1864) II, 577. 580—582. III, 147.
Leflô, franz. General, Geſandter in St. Petersburg (1849) II, 107. Kriegsminiſter (1870) III, 366.
Lefranc, Victor, franz. Deputierter (1870) III, 441. Miniſter (1873) 496.
Legationen, die päpſtlichen, im Kirchenſtaat I, 95. 422.
Legedítſch, öſterr. General (1849) II, 83.
Legitimität, der Begriff I, 22 f. Die Legitimiſten in Frankreich (1816 bis 1830) 65—79. 229—265. 454 f. (1873) III, 501—504.
Lehmann, Orla, Haupt der Eiderdänen, Miniſter (1848—1861) II, 28. 533.
Leibeigenſchaft, die, in Rußland I, 101—103. Aufhebung derſelben (1857) II, 338 f. 440 f.
Leichhardt, deutſcher Reiſender in Auſtralien (1847) II, 545.
Leiden, Jubiläum der holländ. Univerſität (1875) III, 550.
Leiningen, Fürſt von, deutſcher Reichsminiſter (1848) II, 26.
— Graf v., öſterr. Feldmarſchalllieutenant (1853) II, 190 f.
Leipzig, der Kreis kommt an Preußen (1815) I, 15. Deutſchkatholiſches Konzil (1845) 496. Unruhen (1845) 505 f. Jubeltag der Schlacht bei L. (1863) II, 515.
Lelewel, Joachim, Führer im polniſchen Aufſtande (1830 u. 1832) I, 390—392.
Le Mans, Kämpfe bei (1870 u. 1871) III, 412. 416—418.
Lenau, Nikolaus, Dichter I, 498.
Leo XII., Papſt (1823—1829) I, 113. 253. 304. 417 f.
— XIII. (Kardinal Pecci), desgl. (ſeit 1878) III, 547. 601.
Leo, Heinrich, Profeſſor in Halle II, 322.
Leonhardt, Dr., preuß. Miniſter (1867 bis 1870) III, 237. 242.
Leopold I., Großherzog von Baden (Graf von Hochberg) (1830—1852) I, 50. 319 f. II, 55. 62. 66. 289 f.
— I. von Sachſen-Koburg, deſignierter König von Griechenland (1830) I, 171 f. 175. König der Belgier (1831—1865) 310—313. 380. 430. 446. II, 8. 269 bis 271. 411. 560 f. Sein Tod III, 66.
— II., König der Belgier (ſeit 1865) III, 66 f. 72. 182. 230. 254.
— Erzherzog v. Öſterreich (1860—1866) II, 446. III, 123. 125.
— Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen, deſignierter König von Spanien (1870) III, 272—279. 281—288. 293. 532. 585.
Leopold II., Großherzog von Toscana (1824 bis 1859) I, 113. 554. II, 129. 147 f. 155. 162. 254. 361. 373. 378 f.
Lepel, v., kurheſſ. Geſandter am deutſchen Bundestage (1821) I, 200.
Leſſeps, Ferdinand von, franz. Generalkonſul in Alexandria, und die Durchſtechung der Landenge von Suez (1859 bis 1867) II, 547.
Letizia, neapolit. General (1860) II, 392.
Leu, Peter, Luzerner (1844 u. 1845) I, 514 f.
Leuchtenberg, Herzog Auguſt v., Sohn Eugen Beauharnais' (1830—1835) I, 309 f. 430.
— Herzog von, Prätendent v. Griechenland (1862) II, 428.
Libenyi, Honved (1853) II, 350.
Liberia, Negerrepublik in Afrika II, 548.
Lichnowski, Fürſt, Mitglied d. deutſchen Parlamentes († 1848) II, 32.
Lichtenberg, hannöverſcher Miniſter (1863) II, 481.
— Feſtung im Elſaß (1870) III, 332.
Liebenau, Gefecht bei (1866) III, 121.
Liebknecht, Socialiſt, Reichstagsabgeordneter (1870) III, 409. (1875) 475.
Liechtenſtein, Fürſt, öſterr. General (1849) II, 147. 149.
Lieſtal, Volksverſammlung zu (1831) I, 415.
Lima, Kongreß zu (1860) II, 553.
Limburg, das Herzogtum, kommt zu Holland (1815) I, 17. 312 f.
Lincoln, Abraham, Präſident der Vereinigten Staaten v. Nordamerika (1860 bis 1865) II, 569—583. III, 3. 62. 146. Seine Ermordung (1865) 147 f.
Linden, Freiherr von, württemberg. Miniſter (1852—1862) II, 279. 469 f.
Lindenau, v., ſächſiſcher Miniſter (1831) I, 317.
Lindenberg, Emil, preuß. Spion (1853) II, 318.
Lipa, die Höhe von, in der Schlacht bei Königgrätz (1866) III, 125—130.
Lipowski, Pole, Verteidiger v. Châteaudun (1870) III, 389 f.
Lippe, Graf zur, preuß. Miniſter (1862 bis 1867) II, 496. III, 237.
Lipranbi, ruſſ. General (1854) II, 204.
Liſaine, Schlacht an der (1871) III, 420.
Liſſa, Seeſchlacht bei (1866) III, 137.
Liſſabon, Aufſtand (1820) I, 89. 129. Bei Ankunft Dom Miguels (1828) 227 f. Beim Abzug ſeiner Truppen (1833) 428. 446. Aufſtand (1846) 544. Das gelbe Fieber in L. (1857) II, 268.

List, Friedrich, Professor, Abgeordneter in Württemberg (1821) I, 206.
Litauen. Z. Zeit des poln. Aufstandes (1830—1832) I, 390—400. Russifizierung (1863—1876) III, 74 f. 171. 525.
Litteratur, die deutsche National-, I, 41 f. 477 f. Die romantische L. 93. Österreichische L. 498.
Littré, französischer Naturforscher (1872) III, 492.
Liverpool, Lord (Lord Hawksbury), engl. Minister (1812—1827) I, 82 f. 177—179. 192.
Livland, Zustände in (1867—1876) III, 172. 525.
Livorno, Wirren zu (1849) II, 148. 162.
Lobau, Graf, franz. Diplomat (1830) I, 276. 436.
Loftus, Lord, engl. Botschafter in Berlin (1870) III, 283.
Logothetis, griech. Führer (1822) I, 143.
Loigny, Gefecht bei (1870) III, 403.
Lointier, Restaurant in Paris (1830) I, 285 f.
Loire-Armee, die franz. (1870) III, 389. 401—406. 411 f.
Lombardei, die, kommt an Österreich (1815) I, 14, 90 f. Zustände (1820 bis 1848) 113. 417. 552. 555. Z. Zeit d. Revolution (1848 u. 1849) II, 128. 131 f. 133—135. 139—142. 152—157. 180. Reaktion (1852—1859) 255. 264. Zur Zeit des Franz.-Österr. Krieges (1859) 358—369. Fällt (1859) an Sardinien 369—373. 429. Im Prager Frieden (1866) III, 143. 206. 558.
London, Unruhen zu (1816) I, 36 f. Errichtung der Universität (1828) 197. Konferenzen (1830) 170 f. 308—312. 384. (1840) 531. 560. Weltausstellung (1851) II, 10. Konferenzen (1850) 79. Das Londoner Protokoll (1852) 85. 301 f. 585. Weltausstellung (1862) 539. Konvention (1861) 556. Das Londoner Protokoll Dänemarks über Deutschland und Schleswig-Holstein (1863 u. 1864) III, 6—10. 13 f. Konferenzen (1864) 21—23. 26. 56. 60. 74. 82. Die internationale Association (1865) 163. Konferenzen (1868 u. 1869) 173. Kongreß (1871) 421 f. 526 f. Delegiertenkonferenz der Internationale (1871) 530. Protokoll (1877) 571.
Londonderry, Marquis von, siehe Castlereagh.
Löning, Apotheker (1819) I, 46. 62.
Lonyay, Graf, ungar. Minister (1867 bis 1872) III, 191. 520.
Lopez, span. General (1843) I, 543.
— Flibustiergeneral auf Kuba (1850) II, 167.
— Antonio, Präsident d. Republik Paraguay (1840) II, 558.
— mexikan. General (1867) III, 157.
Lorencez, franz. General (1862) II, 558.
Loris Melikow, russ. Minister (1881) III, 592.
Lornsen, Uwe Jens, Landvogt von Sylt (1830) I, 509.
Lothringen, bleibt im Wiener Kongreß bei Frankreich (1815) I, 11. Im Jahre 1870 III, 299. Von Deutschland zurückerobert (1871) 369 f. 381. 394. 408. 439 f. 442. 447. Reichsland 451 f. 469. 472. 477. 558 f. Verfassung (1879) 599.
Louis, Abbé, Baron, französ. Minister (1830) I, 287. 438. 445.
— Napoleon, s. Napoleon III.
Louis Philippe, König der Franzosen (1830—1848) Als Herzog v. Orleans (1814—1830) I, 78. 236. 243. 248. 261. 275. 279—281. Zur Zeit der Julirevolution 281 f. Als Generalstatthalter 283—293. Als König 293—295. 299 f. 309—313. 410 f. 417—419. 424. 429. 432. 435—475. 504. 540. 543 f. Bis zur Februarrevolution (1839 bis 1848) 555—584. Flüchtling in England (Mr. Smith) II, 9. Ferner 88. 94. 99. 101. 109. 124. 165. 193. 216 f. Sein Tod (1850) 115.
— — (II.), Graf v. Paris, Enkel des vor., (1848) I, 561. 581. (1850) II, 115. (1873) III. 501. 504. 602.
Loulé, Marquis von, Günstling Johanns VI. von Portugal († 1824) I, 131.
— Marquis von, portug. Minister (1856) II, 268.
Lourdes, die Erscheinung der heiligen Jungfrau in der Grotte zu (1872) III, 495. 501.
Louvel, Louis Pierre, Mörder d. Herzogs v. Berry (1820) I, 77. 79.
Lowe, engl. Schatzkanzler (1868) III, 163. 166.
Löwe, Dr. Wilhelm, deutsches Parlamentsmitglied (1849) II, 63 f.
— Ludwig, Mitgl. d. preuß. Fortschrittspartei (1877) III, 478.
Löwen, belg. Universität (1825) I, 308.
Lübeck, freie Reichsstadt (1815) I, 20. 39. Das Appellationsgericht (1877) III, 477.
Lubecki, Fürst, poln. Minister (1830 bis 1882) I, 388—391.

Lubienski, polnischer General (1831) I, 398 f.
— Bischof v. Augustowo (1868) III, 171.
Lucca, im Besitze der span. Bourbonen (1815) I, 18. 92. Fällt an Toscana (1847) 550.
Lucchesi-Palli, sizilian. Graf, Gatte d. Herzogin v. Berry (1833) I, 455.
Lucia, s. Santa Lucia.
Lucknow, Belagerung von, in Indien (1857) II, 245—248.
Lüders, russ. General (1848—1853) II, 70. 173. 194. Statthalter von Polen (1862) 433.
Ludwig, Prinz von Baden (1852) II, 290.
— I., König von Bayern (1825—1848) I, 152. 158. 208 f. 318 f. 327. 350 f. 384. 506—508. 512. II, 12. III, 116.
— II., desgl. (1864—1886) III, 33. 233 f. 245. 295. 297. 409. 474.
— XIV., König von Frankreich (1643 bis 1715) I, 11. 457. III, 124. 215. 379. 397. 525.
— XVI., desgl. (1774—1793) I, 68. 70. 76. 123. 262. 439. 449.
— XVIII. (Stanislaus Xaver), desgl. (1814—1824), früher Graf v. Provence I, 10. 65—79. 120. 122 f. 229—236. 259. 280 f. 292. 435.
— I., Großherzog von Hessen (1790 bis 1830) I, 20. 49 f.
— III., desgl. (1848—1877) II, 476. III, 409.
Ludwig August Wilhelm, Großherzog v. Baden (1818—1830) I, 50 f. 205. 319.
Ludwig Philipp, s. Louis Philippe.
Ludwig Viktor, österr. Erzherzog III, 40.
Luis, Dom, König von Portugal (seit 1861) II, 409. III, 274. 540.
Luise, Tochter Louis Philippes v. Frankreich, Königin der Belgier (1832) I, 318. 470.
— Gattin Napoleons I., Herzogin von Parma, s. Maria Luise.
Luise Ferdinande, Herzogin v. Montpensier (1847) I, 544. 565. III, 270.
Luneville, Einnahme von (1870) III, 332.
Luthers Denkmal in Worms (1868) III, 241.
Lütken, hannöverscher Minister (1853) II, 280.
Lutz, v., bayrischer Minister (1871) III, 458.
Lützelstein, Festung im Elsaß (1870) III, 332.
Lützen, Säkularfeier der Schlacht bei, und die Gustav-Adolf-Stiftung (1842) I, 495.
Luxemburg, das Großherzogtum, im Wiener Kongreß (1815) I, 17. 39. III, 558. Zur Zeit des belgischen Unabhängigkeitskrieges; bleibt beim Deutschen Bunde (1830) I, 308. 310—313. Tritt in den deutschen Zollverein (1842) 503. II, 281. III, 181. 203. Die Luxemburger Frage (1867) 228—230. 253 bis 255. 304. Im Deutsch-Franz. Kriege (1870) 549.
Luzern, die Wirren in (1844) I, 514 bis 516.
Lyndhurst, Lord, engl. Minister (1841 bis 1846) I, 518.
Lyon, Verschwörung zu (1817) I, 71. Aufstand (1830) 449 f. 459. 467. Wirren (1848) II, 110.
Lyons, Lord, engl. Botschafter in Paris (1870) III, 277 f. 288 f.

M.

Maager, siebenbürg. Abgeordneter (1860) II, 448.
Maanen, van, holländ. Minister (1830) I, 303. 306.
Maas-Armee, die deutsche (1870) III, 331 f.
Maassen, preuß. Minister (1830) I, 336.
Maastricht, die holl. Festung (1830) I, 313.
Macaulay, Lord Thomas Babington, engl. Parlaments-Redner und Geschichtschreiber (1830—1859) I, 45. 185. 356. II, 292. 536. III, 77.
Maccio, italienischer Generalkonsul in Tunis (1881) III, 587 f.
Mac Clellan, nordamerikanischer General (1861—1864) II, 573—577. 583.
Macdonald, engl. Oberst (1858) II, 539.
Mac Dougall Stuart, engl. Reisender in Australien (1860) II, 545.
Mac Dowell, nordamerikanischer General (1861—1864) II, 573 f. 577.
Mackintosh, Sir James, englischer Jurist (1830) I, 198.
Mac Mahon, Herzog v. Magenta, franz. Marschall. Als Deputierter (1858) II, 233. Im Italienischen Kriege (1859) 361. 363 f. 368. Als Gouverneur von Algier 547. Im Kriege gegen Deutschland (1870) III, 300. 307—311. 314 f. 319—322. 332. 337—349. 352. 357. Oberbefehlshaber der Armee gegen die Commune (1871) 484. Präsident der Französ. Republik (1873—1879) 499 bis 510. 560. 580. 602.

Madagaskar, die Insel (1861) II, 547 f.
Mabai, die Familie, in Toscana (1852) II, 163.
Madrid. S. Zeit der span. Revolution (1822) I, 117. 124—127. Aufstand (1848) II, 166.
— Herzog v., s. Karlos (VII.).
Mafia, die, anarchische Rotten auf Sizilien (1877) III, 547.
Magdala, Erstürmung der abessinischen Feste (1868) III, 167.
Magenta, Schlacht bei (1859) II, 358. 363 f. 366. 370 f. 374 f. III, 250. 308.
Magnan, französischer General (1851) II, 120.
Magne, franz. Finanzminister (1868) III, 257. (1873) 499.
Magnin, franz. Minister (1870) III, 366.
Mahdi, der mohammedan. Prophet im Sudan (1882—1884) III, 589 f.
Mahmud II., türkischer Sultan (1808 bis 1839). Im Kampf gegen den Pascha von Janina und die Griechen I, 135 f. 142—145. Vernichtung der Janitscharen (1826) 156 f. Krieg gegen Griechenland und Rußland 160—163. Kampf mit Mehemed Ali 402—410. 528 f.
— Pascha von Drama, türkischer General (1822) I, 143.
Mähren. S. Zeit des slawischen Aufstandes (1848) II, 37. Zustände (1867 bis 1877) III, 190 f. 199. 515 f. 519.
Maigesetze, die preußischen (1873) III, 467. 473. 601.
Mailand. S. Zeit der österr. Restauration (1812—1815) I, 91. 112. (1840—1848) 552. II, 36. Revolution (1848 u. 1849) 127—132. 139—142. 154. Friede zu M. (1849) 158. 164. Besuch Franz Josephs (1857) 255 f. Aufstandsversuch (1858) 350. Beim Rückzug der Österreicher (1859) 364 f.
Majlath, Graf, Hofkanzler von Ungarn (1865) III, 89.
Main-Armee, die preußische (1866) III, 118. 140 f.
Mainoten, die, in Griechenland (1821) I, 138 f. (1830—1835) 380—387.
Mainz, deutsche Bundesfestung (1815) I, 16. 20. Die Centraluntersuchungskommission (1819) 63—65. 199. 202.
Majo, Herzog de, Generalstatthalter von Sizilien (1848) I, 553.
Maison, franz. General (1828) I, 170. 254. Marschall und Minister (1830) 289 f. 440. 444. 464.
Majubahügel, Schlacht auf dem, in Südafrika (1881) III, 606.
Makedonien. S. Zeit des griech. Aufstandes (1821) I, 138 f.
Malachowski, poln. General I, 396.
Malakow, der, Festungsbastion von Sebastopol (1855) II, 206—208. S. a. Pélissier.
Malcampo, span. Minister III, 534.
Malmö, Waffenstillstand zu (1848) II, 27. 30—33.
Malou, belgischer Minister (1874) III, 553. (1884) 611.
Malta, die Insel, wird englisch (1815) I, 12.
Mamiani, ital. Minister (1848) II, 135. 148 f. (1860) 387.
Manchester, das Blutbad v. (1819) I, 88.
Manchesterpartei, die engl. II, 238 f.
Mandelslohe, v., württemberg. Minister (1820) I, 63.
Manderström, Graf, schwed. Minister (1863) III, 58.
Mandschu, die chinesische Dynastie der II, 251.
Manin, franz. Deputierter (1848) I, 582. 584. Minister II, 87. 90.
— Daniel, Präsident und Diktator der Republik Venedig (1848 u. 1849) II, 129. 139. 154. 162. 262.
Manning, engl. Erzbischof (1874) III, 528.
Mansfield, Lord, engl. Parlamentsmitglied (1831) I, 357.
Manstein, v., preuß. General, Befehlshaber des 9. Armeecorps (1870) III, 303. 401. 403.
Manteuffel, Edwin v., preuß. General (1862—1886) II, 489. III, 21. Gouverneur von Schleswig (1865) 43. 47. 52. Feldherr im Deutschen Kriege (1866) 114. 118. 140—142. Befehlshaber des 1. deutschen Armeecorps (1870) 303. 319 f. 322. 331. 357. 400. 406 f. 412. 415. 417. 432 f. Feldmarschall, Oberbefehlshaber im Elsaß (1873) 480. Statthalter in d. Reichslanden (1879) 599.
— Otto von, preuß. Ministerpräsident (1850—1858) II, 50. 82 f. 128. 211. 295. 298. 300. 303. 306 f. 309. 485.
Mantua, im Österreich.-Italien. Kriege (1848) II, 128 f.
Manuel, franz. Deputierter (1818 bis 1823) I, 75. 123 f.
Marathon, das Schlachtfeld von (1870) III, 179.
Marcère, franz. Minister (1877) III, 508. 510.
Maret, Herzog von Bassano, französisch. Marschall und Minister (1834) I, 460.

Marfori, Günſtling d. Königin Iſabella von Spanien (1858) III, 270.
Maria da Gloria, Königin v. Portugal (1826—1853) I, 225 f. 428—431. 544 f. II, 168. 268.
— Königin von Neapel (1859—1861) III, 358. 398.
Maria Amalia, Tochter Ferdinands IV. von Neapel, Gemahlin Louis Philippes von Frankreich (1830—1870) I, 280. 285. 579 f. III, 395.
— Chriſtina, Gemahlin Ferdinands VII. von Spanien (1829—1857) I, 223 f. 425. Als Regentin 426 f. 430—433. 463. 467. 542 f., nachher II, 165 f. 266 f.
— Iſabella, Regentin von Portugal (1826) I, 225—227.
— Karoline, Königin v. Neapel († 1814) I, 96. 280.
— Luiſe, Gattin Napoleons I., Herzogin von Parma (1815—1847) I, 18. 92. 420. 550.
— — Herzogin von Parma (1854—1859) II, 254. 361. 364.
Marianne, die, geheime Geſellſchaft in Frankreich (1855) II, 223.
Marie, Mitglied der Pariſer proviſoriſch. Regierung (1848) II, 94.
Marmont, Herzog von Raguſa, Marſchall von Frankreich (1830) I, 266. 269 bis 274. 277. 288.
Marokko. Krieg mit Frankreich (1844) I, 563 f. 572 f. Krieg mit Spanien (1859 u. 1860) II, 407 f. 547.
Maroniten, die, am Libanon und ihre Kämpfe mit den Druſen (1840) I, 532. 534. (1860) II, 423.
Maroto, Karliſtengeneral in Spanien (1837) I, 434 f.
Marraſt, Armand, franz. Journaliſt I, 457. Präſident d. Nationalverſammlung (1848) II, 103. 105. Sein Tod (1853) 222.
Mars la Tour, Schlacht bei (1870) III, 323—326.
Marſan, der Pavillon, zur Zeit der Reſtauration in Frankreich (1815 bis 1820) I, 68 f. 73—75.
Martignac, Vikomte de, franz. Miniſter (1828) I, 250—259. 441 f. 456.
Martinez de la Roſa, ſpan. Miniſter (1820—1857) I, 114. 116 f. 425. 427. 432. 542. II, 167. 267.
Martinez Campos, ſ. Campos.
Maslowed, Sturm auf, in Böhmen (1866) III, 127. 129.
Maſon, Agent der Südſtaaten und die Trentaffaire (1861) II, 574 f.
Mäßigkeitsvereine, die, in Irland (1838) I, 378 f.
Maßmann, Burſchenſchafter, auf dem Wartburgfeſte (1817) I, 44.
Maſtai-Feretti, Graf, Kardinal, ſ. Papſt Pius IX.
Mataflorida, Marquis von, ſpaniſcher Reaktionär (1814) I, 80.
Matamoros, ſpan. Proteſtant (1861) II, 408.
Mathy, Karl, badiſcher Abgeordneter u. Miniſter-Präſident (1848—1866) II, 22. 25. 472. III, 232.
Matthew, Theobald, Kapuzinerpater, Stifter der Mäßigkeitsvereine in Irland (1838) I, 378 f.
Matutſchewitſch, Graf, ruſſ. Geſandter in London (1830) I, 308.
Mauguin, franz. Deputierter (1830) I, 268. 270. 276. 444. 448.
Maupas, Pariſer Polizeipräfekt (1851) II, 120.
Maurer, von, bayr. Profeſſor, griech. Regent (1833) I, 386. Miniſter in Bayern (1847) 507.
Maurokordatos, Fürſt Alexander, Präſident der proviſoriſchen griechiſchen Regierung (1822—1844) I, 142—144. 536.
Mauromichalis, Petros (Petrobey), Mainotenfürſt (1821) I, 138. (1830) 381 f.
— Katſchakos, Bruder des vorigen (1830) I, 381.
— Georg, Sohn Petrobeys, Mörder Kapodiſtrias (1831) I, 381 f.
— Konſtantin, Bruder Petrobeys (1831) I, 382.
Maximilian I. (Max Joſeph, Herzog v. Pfalz-Zweibrücken), König von Bayern (1805—1825) I, 51 f. 208.
— II., desgl. (1848—1864) II, 12. 66. 80. 324. 467. III, 16. Sein Tod 33.
— Erzherzog von Öſterreich, Generalgouverneur d. Lombardiſch-Venezianiſchen Königreichs (1857) II, 255. Kaiſer v. Mexiko (1863—1867) 560—562. III, 96. 152—156. Sein Tod (1867) 157. 254.
May, Redacteur, Agitator in Holſtein (1864) III, 42.
Mayer, Karl, württembergiſcher Demokrat (1868) III, 204. 246 f.
Mazzini, Joſeph (Giuſeppe), italieniſcher Patriot (1832—1872) und d. Bund des Jungen Italien I, 425. 466. 546. 550. II, 154. Zur Zeit der Revolution in Rom (1849) 158 f. 160. Sein ſpäteres Wirken 231. 260. 262. 357. 361. 375

383. 391. 397. 406. III, 319. Sein Tod (1872) 541.
Mazzoni, Republikaner zu Florenz II, 155.
Meade, nordamerikanischer General (1863) II, 580.
Mecklenburg-Schwerin, das Großherzogtum (1815) I, 20. 39. 48. Reaktion (1852—1859) II, 281—283. (1865) III, 33. Verfassungsfrage (1873) 468. 479.
Mediationsakte, die Schweizer (1803) I, 19.
Meglia, Monsignore, päpstl. Nuntius in Mexiko (1863) II, 562. III, 153.
Mehemed, Pascha von Aleppo (1832) I, 404.
Mehemed Ali, Vicekönig von Ägypten (1806—1849) I, 133. 135. Im Kampfe gegen die Griechen 145 f. 160. 170. Beziehung zu Frankreich 260. 262 f. 558. Kampf mit der Türkei 402 bis 410. 528—534.
— — Pascha, türkischer Großwesir (1861) II, 423.
— — — türkischer General (1877) III, 574 f.
— Redschid, Pascha von Widdin, türk. General (1825) I, 147 f. 157. 166. S. a. Redschid.
Mejia, mexikanischer General (1867) III, 157.
Melbourne, Lord, engl. Minister (1830 bis 1841) I, 358. 368—371. 374 f. 378 f. 518 f.
Melegnano, Gefecht bei (1859) II, 365.
Mellinet, französ. General in Brüssel (1830) I, 307.
Menabrea, italien. Staatsmann (1851 bis 1867) II, 259. III, 209 f.
Mende, Socialist, Reichstagsabgeordneter (1870) III, 409.
Mendizabal, span. Minister (1830 bis 1837) I, 425. 433 f.
Mengen, österr. General (1831) I, 421.
Menotti, Ciro, Verschwörer zu Modena (1831) I, 419. 424.
Menschenrechte, Verein der (1833) I, 458. 474. II, 103.
Menschikow, Fürst, russ. Feldherr (1828 bis 1855) I, 163. II, 191—193. 195. 203—206.
Mensdorff-Pouilly, Graf, österreich. Ministerpräsident (1864) III, 38 f. 48.
Mentana, Kampf bei (1867) III, 209. 255.
Merck, deutscher Reichsminister (1849) II, 68.
Merilhou, französ. Minister (1830) I, 440. 442.
Merino, span. Pfarrer, Guerillaführer (1822—1833) I, 116. 125. 426.
Mermillod, päpstl. Generalvikar und Bischof in Genf (1864—1873) III, 555.
Merode, Graf, Mitglied d. provisorischen Regierung in Belgien (1830) I, 307.
Messenhauser, Führer beim Wiener Aufstand (1848) II, 43.
Messina, Belagerung u. Erstürmung von (1849) II, 144 f. (1860) 392 f. 398. 405.
Metaxas, Graf, griech. Minister (1823 bis 1844) I, 144. 384—386. 536.
Metternich, Klemens Lothar Wenzel, Fürst v., österr. Reichskanzler (1814 bis 1848). Auf dem Wiener Kongreß I, 14 f. 21 56 f. 61—64. Zur Zeit der Restauration 90. 100. 102., der Revolutionen und Reaktionen (1820—1830) 106 f. 113. 121. 131. 136. 140. 152 bis 155. 159. 161. 165. 171. 201. 204. 210 bis 213. 229. 238. Von der Juli-Revolution bis zur Februar-Revolution 326 f. 332 f. 350. 402. 409. 417. 428 f. 436 f. 444. 497 f. 500—503. 539. 543. 547. 549—551. 555. Sein Sturz II, 15. Ferner 35. 67. 84. 127. 169. 181. 337. 342. 344. 457. 524.
— Fürst Richard, österr. Gesandter in Paris (1867—1871) III, 203. 205. 289. 523.
Metz, hessischer Abgeordneter (1862) II, 476.
— franz. Festung in Lothringen. Die 3 Schlachten um Metz (1870) III, 314 f. 320—331. Einschließung 331—337. 340—347. 355—358. 360. 374. 379 bis 383. 387. 390 f. Kapitulation 392 bis 395. 400 f. Fällt an Deutschland 439 f.
Meung und Beaugency, Gefecht bei (1870) III, 411.
Meunier, (Attentat) (1837) I, 471.
Meuron, v., Oberstlieutenant, Royalist in Neuenburg (1856) II, 309.
Meviſſen, Mitglied des vereinigten preuß. Landtages (1847) I, 489.
Mexiko, das Kaiserreich (1822 u. 1823) I, 181 f. Republik (1823—1863) 472 f. II, 409. 420. 422. 554—560. Neumexiko fällt an die Nordamerikanische Union (1848) 567 f. Kaiserreich (1863 bis 1867) 561 f. 579. III, 4. 61. 81. 83 f. 86 89. 96. 146. 152—156. Untergang des Kaiserreichs 157., ferner 252. 254 f. 257.
Meza, de, dänischer General (1864) III, 15. 18. 23.

Mézières, z. Zeit der Katastrophe von Sedan (1870) III, 347. 354.
Miaulis, griech. Seeheld (1824—1831) I, 146. 381.
Michael, ruff. Großfürst, Sohn Alexanders I. (1818) I, 108. (1825) 149.
— desgl. (1877) III, 574.
— Obrenowitsch, Fürst von Serbien (1861—1868) II, 426 III, 175 f.
Michaud, franz. Gelehrter (1828) I, 252.
Michel, franz. General (1870) III, 310.
Michelet, Jules, franz. Geschichtschreiber (1851) II. 228.
Michelis, Kölner Kaplan (1837) I, 349.
Midhat Pascha, türk. Minister (1876) III, 567. 571.
Mieg, v., bayr. Minister (1834) I, 326.
Mieroslawski, poln. General (1846) I, 499. Befehlshaber in Posen (1848) II, 46., in Baden (1849) 65. u. Sizilien 146., in Polen (1863) 435.
Mignet, F. A., franz. Geschichtschreiber (1830) I, 266.
Miguel, Dom, Sohn Johanns VI. von Portugal (1823) I, 129 f. Sein Usurpationsversuch (1824) 131. 225. Reichsverweser und Regent von Portugal (1827—1834) 227—229. 426—431. 446.
Milan Obrenowitsch, Fürst von Serbien (seit 1868) III, 176. 566. 568. Wird König (1882) 585.
Milde, preuß. Minister (1848) II, 48.
Mill, Stuart, engl. Parlamentsmitglied (1868) III, 160.
Miller, württemberg. General (1848) II, 23.
Millière, französ. Revolutionär (1870) III, 399. 486.
Miloradowitsch, ruff. General (1825) I, 151.
Miloſch, Fürst von Serbien (1821), I, 137.
Mina, span. General (1814—1836) I, 84. 86. 117. 126 f. 432 f.
Minghetti, ital. Ministerpräsident (1859 bis 1876) II, 383. III, 101. 543. 546 f.
Miquel, Mitglied des deutschen Reichstags (1867) III, 231. (1871) 477.
Miraflores, span. Minister (1868) II, 409.
Miramar, Vertrag von (1864) III, 153 f.
Miramon, mexikanischer General (1862 bis 1867) II, 557. III, 157.
Mir Campillo, Bischof von Almeria, Großinquisitor v. Spanien (1814) I, 82.
Missolunghi, die, Belagerungen von (1822) I, 144. (1825) 147 f. 153 f. 157.
Missourikompromiß, das, (1819) II, 567.
Missunde, (1864) III, 17 f.
Mittermaier, Professor in Heidelberg (1848) II, 20.
Modena. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 18., der Restauration (1815 bis 1820) 92. 110., der Wirren (1830) 418—420. (1847) 550. (1848 u. 1849) II, 129. 132. 142. 147. 163. Reaktion (1852—1859) 254 f. 264. Während d. Ital. Krieges (1859) 364. 373. 375 f. Vereinigung mit Sardinien 377. 381.
Moderados, die, Partei in Spanien I, 114 - 117. 542 f.
Mohammed Mirza, Schah von Persien (1834—1837) I, 526.
Mohl, Moritz, württemb. Abgeordneter (1864—1870) II, 518. III, 36. 49. 235 f. 297.
— Robert von, Staatsrechtslehrer, badischer Gesandter am Bundestage (1863) III, 7 f.
Moldau, die. Z. Zeit der christlich-mohammedanischen Kämpfe (1820—1830) I, 136 f. 156. 165. 169. Zustände (1848 - 1861) II, 170 f. 174. 212. 331 f. Mit der Walachei zu Rumänien vereinigt (1861) 424—426. S. auch Rumänien.
Molé, Graf, franz. Pair und Minister (1836—1848) I, 239. 245. 438. 440. 467. 471. 478. 564. 576—578. II, 105.
Möller, v., Oberpräsident, Generalgouverneur von Elsaß-Lothringen (1872) III, 452.
Moltke, Helmut Graf von. Preuß. Offizier im Ruff.-Türk Kriege (1829—1839) I, 168. 410. 528. Chef des preuß. großen Generalstabs (seit 1848) II, 547. Im Österr. Kriege (1866) III. 47. 113. 123 f. 126. 136. 218. (1867) 227. 229. 254. Im Französ. Kriege (1870 u. 1871) 302. 329. 345. 351. 354. 412 f. 421. 436. Im Reichstag (1874) 470.
Mommsen, Theodor, deutscher Geschichtschreiber II, 292.
Mondl, österr. General (1866) III, 142.
Monk, Viscount, Generalstatthalter der britischen Kolonieen in Nordamerika (1867) III, 168.
Monrad, Bischof, dänischer Minister (1863) III, 13. 24.
Monroe, James, Präsident der Nordamerikanischen Union (1817—1825) I, 182. II, 551 f. Monroe-Doktrin 552. 565. III, 152.
Montalembert, Graf, franz. Minister

(1848) II, 105. 118. 217. 226., sein Prozeß (1858) 235 f.
Montalivet, Graf, franz. Minister (1830) I, 440. 450.
Montanelli, Gouverneur von Livorno (1848) II, 148. 155.
Montauban, Cousin, Graf von Palikao, franz. General (1860 — 1870) II, 420. 550. Kriegsminister III, 316 f. 328. 334—337. 340 f. 344. 346. 362.
Mont Avron, s. Avron.
Montbel, Graf v., franz. Minister (1829) I, 258 f.
Montebello, Herzog v., franz. Gesandter in der Schweiz (1836) I, 467.
— Gefecht bei (1859) II, 358. 362. 389.
Montemolin, Graf v., s. Karlos.
Montenegro. Verhältnis zu Rußland und der Türkei (1852—1878) II, 190 f. 423. 426. III, 74. 564—578. 583. 585 f. 590.
Montevideo, Verteidigung von (1842 bis 1847) II, 391.
Montez, Lola, Gräfin v. Landsfeld, Geliebte Ludwigs I. von Bayern (1846 bis 1848) I, 507 f. II, 12.
Montgelas, Graf, bayr. Minister (1818) I, 51 f.
Montgomery, Konstitution der südstaatlichen Konföderation zu (1861) II, 569.
Montlosier, Graf, franz. Publizist (1826) I, 243.
Montmédy, z. Zeit der Katastrophe von Sedan (1870) III, 341. 343. 347. 350 f. 400. Kapitulation 415.
Montmorency, Vikomte von, französ. Minister (1822 u. 1823) I, 118. 120 bis 123.
Montpensier, Anton, Herzog v., Sohn Louis Philippes von Frankreich (1845 bis 1870) I, 544. 565. 580. III, 270 bis 272. 276. 395. Spanischer Kronkandidat (1870) 532.
Mont Valérien, s. Valérien.
Monumenta Germaniae I, 57 f.
Morelli, neapol. Dragoner-Lieutenant (1820) I, 97 f.
Moreno, Karlistengeneral (1835) I, 483.
Morillo, span. General (1823) I, 126.
Morionès, span. General (1874) III, 589.
Morny, Graf, Halbbruder Kaiser Napoleons III. (1848—1865) II, 119. 121. 124. 336. 419. 557. III, 89.
Mortara, Schlacht bei (1849) II, 156.
Mortemart, Herzog von, franz. Minister (1830) I, 273 f. 277—279. 282—285. 288 f.
Mortier, Herzog von Treviso, franz. Marschall und Ministerpräsident (1834) I, 461.
Mosle, deutsches Parlamentsmitglied (1848) II, 43. 52.
Motte, de la, s. Janvier.
Motterouge, franz. General (1870) III, 389.
Moustier, Marquis de, franz. Minister (1866) III, 251.
Müffling, von, preuß. General (1829) I, 168 f.
Muggensturm, Gefecht bei (1849) II, 65.
Mühler, Heinrich von, preuß. Minister (1862—1872) II, 496 f. III, 242 f. 459.
Mühlfeldt, österr. Abgeordneter II, 459. III, 193.
Mukhtar Pascha, türk. General (1875 bis 1877) III, 564 f. 572. 574.
Mülbe, von der, preuß. General (1864) III, 18.
Muley Abd er Rahman, Kaiser von Marokko (1844) I, 563 f.
Muley Mahommed, Sohn des vorigen (1844) I, 564.
Müller, Julius, Theolog zu Halle (1854) II, 825.
— Dr. Siegmund, Advokat zu Frankfurt am Main (1868) III, 204.
— Siegwart, Luzerner (1844—1847) I, 514. 516.
— Wilhelm, Dichter der Griechenlieder (1820) I, 152.
— Frankfurter Senator (1866) III, 220 f.
Münch-Bellinghausen, Freiherr von, österr. Bevollmächtigter am deutschen Bundestag (1822) I, 201.
München. Die Universität (1826). Bauwerke z. Zeit Ludwigs I. (1816—1830) I, 209. Tumult (1846) 507 f. II, 12. Kongreß d. Altkatholiken (1871) III, 456.
Münchengrätz, Fürstenzusammenkunft in (1833) I, 326. Gefecht bei M. (1866) III, 121 f.
Municipalgesetz, das franz. (1828) I, 255 f.
Municipalkommission, die franz. (1830) I, 276. 282 f. 286 f. 289.
Muñoz, Fernando, Herzog v. Rianzares, Gatte der Regentin Maria Christina v. Spanien (1833—1844) I, 427. 543.
Münster, Graf zu, Erblandmarschall des Königreichs Hannover (1815—1831) I, 203. 316.
Murad V., türkischer Sultan (1876) III, 567 f.
Murat, Joachim, Exkönig von Neapel (1815) I, 18.

Murat, Lucian, Enkel des vorig. (1860) II, 394.
Murawjew, Nikolai, russischer General (1833) I, 406. (1855) II, 209.
— Michael, russ. General und Gouverneur v. Litauen (1863) II, 437—439. III, 74 f.
Murawjew-Apostol, Sergei, russischer Oberstlieutenant und Haupt der Dekabristen in St. Petersburg (1825) I, 151.
Murillo, Bravo, span. Minister (1851) II, 167.
Mustapha Pascha, türkischer Feldherr (1866) III, 70. 173.
Musurus, türk. Geschäftsträger in Athen (1846) I, 536.
Mutius, v., preuß. General (1866) III, 128.

N.

Nachimow, russ. Admiral (1854) II, 196.
Nachod, Schlacht bei (1866) III, 123.
Nagato, der japanesische Daimio (Lehnsfürst) von (1864) II, 549.
Nagy Sarlo, Schlacht bei (1849) II, 70.
Nancy, Einnahme von (1870) III, 332.
Nanking, Friede von (1842) I, 525. Sturm auf N. (1864) II, 551.
Napier, Sir Charles, engl. Admiral (1833—1854) I, 428. 532 f. II, 201.
— Robert, engl General (1868) III, 167.
Napoleon I., Kaiser der Franzosen (nach 1814) I, 9—19. 23. 25. 29. 52 f. 68 f. 74 f. 90—93. 100—103. 105 f. Sein Tod auf St. Helena (1821) 119. Überführung seiner Leiche nach Paris 556. 558 f.
— II., Sohn des vor., König v. Rom, Herzog von Reichstadt († 1832) I, 436. 455. 468.
— III., Ludwig Karl, Kaiser d. Franzosen. Sohn des Königs Louis (Bonaparte) v. Holland. Sein Putsch in Straßburg (1836) I, 468 f. 472. Putsch in Boulogne (1840) 556 f. Entweichung aus Ham (1846) 565. Z. Zeit der franz. Revolution (1848) II, 86. 96 f. Deputierter 101 f. Präsident der Franz. Republik (1848—1851) 104—120. Der Staatsstreich (1851) 120—124. Kaiser der Franzosen (1852—1870) 125—127. 147. 159. 161. 188. 193. 197. 203. 206 f. 209—211. 213—236. 240. 254. 258. 260 f. 263—265. 284. 310 f. 332. 337. 354. Z. Zeit des Ital. Krieges und der Entstehung des Königreichs Italien (1859—1863) 355—375. 378—389. 396 f. 405 f. Seine Politik, Stellung dem Klerus gegenüber (1859—1863) 410 bis 422. 430. 439. 462. 482. 537—539. Kolonisationspolitik in Algerien 547., in Kochinchina und Anam 548. Verhältnis zu China 550 f. Expedition nach Mexiko (1860) 557. 559—561. Verhältnis zu Nordamerika (1863) 579. (1863—1866) III, 4. 15. 66. 72. 79. 81—93. 96. 102. Z. Zeit des Deutsch-Österr.-Ital. Krieges (1866) 132 f. 136. 145. Mexikanische Angelegenheit (1866 u. 1867) 155—157. Bis zum Ausbruch des Krieges gegen Deutschland (1867 bis 1870) 170. 202 f. 205 f. 208. 221 bis 223. 229—231. 234. 236. 240. 251 bis 268. 274—281. 287 f. 290 f. Während dieses Krieges 298 f. 300. 306. 309. 315. 317 f. 320—323. 332—341. 344 bis 347. 350 f. Seine Gefangennahme bei Sedan 351—355. Ferner 359. 362. 368. 371. 379. 392. 425. 431. 441 f. 488. Sein Tod (1873) 497. 544.
Napoleon, Louis, kaiserl. Prinz, Sohn d. vorigen. Geburt (1856) II, 219. 221. Bei Saarbrücken (1870) III, 299. 306. Tod in Afrika (1879) 602.
— Jérôme; Joseph; Louis, s. unter Bonaparte.
Napoleonische Idee, die I, 468 f. II, 214 f.
Narvaez, Pamphilo, Herzog v. Valencia, spanischer General und Minister (1837 bis 1868) I, 434. 542 f. II, 166—168. 267. III, 80 f. 268 f.
Nashville, Schlacht bei (1864) II, 582.
Nassr-Eddin, Schah v. Persien (1857) II, 240. Seine Reise nach Europa (1873) III, 481. 527.
Nassau, Herzogtum (1815) 20. Z. Zeit d. Deutschen Bundes 39. 50. II, 66. 75. 477 f. 517 f. 520. 523. III, 32 f. Wird mit Preußen vereinigt (1866) 116. 143. 220. 599.
Nassauische Fürstentümer: Dietz, Siegen, Hadamar, Dillenburg, fallen an Preußen (1815) I, 16 f.
Nationalliberale Partei, die deutsche (1866) III, 227.
Nationalverein, der ital. (1857) II, 262 f., der deutsche (1859) 464 f. 482. 514. 520. III, 12. 236.
Nationalwerkstätten, die französischen (1848) II, 90. 97 f. 101.
Navarino, Seeschlacht bei (1826) I, 159 bis 161. 163. 170. 254.
Navas, Graf de las, span. Progressistenführer (1835) I, 433.
Navigations-Akte, die engl. (1651) I, 186.

Neapel, das Königreich, fällt an die Bourbonen zurück (1814) I, 18. Weiteres s. unter Sizilien.
Nebelthau, kurhessischer Abgeordneter (1862) II, 475.
Nebenius, badischer Staatsrat (1834) I, 218.
Negerhandel, der, wird in Englands amerikan. Kolonieen abgeschafft (1815) I, 23. 366 f. 379. S. a. unter Sklaverei.
Negrier, französischer General (1848) II, 99 f.
Negros, die, Partei in Spanien (1824) I, 128.
Neill, engl. General in Indien (1857) II, 247.
Neipperg, Graf Adam Adalbert von, österr. General und Oberhofmeister der Kaiserin Marie Luise, Herzogin von Parma (1814) I, 92.
— Graf Erwin v., österr. General (1866) III, 140.
Neisse, Sammelplatz der 2. preußischen Armee im Österreich. Kriege (1866) III, 118. 120.
Nemours, Ludwig, Herzog von, Sohn des Königs Louis Philippe (seit 1830) I, 294. 309. 466. 470. 556. 561. 579 bis 581. 588.
— Herzogin von, Prinzessin von Sachsen-Koburg, Gattin d. vorigen I, 556. 580.
Nena Sahib, indischer Rebellenhäuptling (1857) II, 245 f. 248.
Nesselrode, Graf, russ. Reichskanzler (1822—1856) I, 121. 409. 541. II, 193. 196. 199. 211.
Neubreisach, Kapitulation von (1870) III, 407.
Neuenburg (Neufchâtel) u. Valengin, preuß. Fürstentum als Schweizer Kanton (1815) I, 19. Der Royalisten-Putsch u. Preußens Verzicht (1856) II, 307 bis 311. 350. 538.
Neuseeland, wird englisch (1840) I, 524.
New-Orleans, Expedition gegen (1862) II, 576.
Ney, Herzog von Elchingen, Fürst v. der Moskwa, französischer Marschall (1815) I, 69 f.
— Edgar, Adjutant Napoleons III. (1849) II, 111. 254.
Nicotera, italienischer Minister (1876) III, 547.
Niebuhr, B. G., deutsch. Historiker (1815) I, 43. 477. III, 382.
Niederlande, das Königreich der Vereinigten. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 17 f. 20. Beteiligt am Deutschen Bunde 89. Z. Zeit der Unabhängigkeits-Erklärung Belgiens (1830) 300—313.
Niedersächsisch. Steuerverein (1837) I, 337.
Niederwald bei Wörth, Kampf um den (1870) III, 310.
— am Rhein, Enthüllung des Siegesdenkmals auf dem (1883) III, 599.
Niel, franz. Marschall (1849—1869) II, 161. 206. 361. 368. III, 252. 256. 261.
Niemcewicz, polnischer Offizier (1830) I, 389.
Niemojewski, Bonaventura, Pole (1831) I, 399.
Nihilismus, der, in Rußland (seit 1879) III, 581. 591 f.
Nikita, Fürst v. Montenegro (seit 1862) II, 426. III, 568. 585.
Nikitas, griech. Klephtenführer (1831) I, 381.
Nikolaus, russischer Großfürst (1820 bis 1825) I, 105. Zar v. Rußland (1825 bis 1855) 149—156. 162—165. 168 f. 264. 380. 387—400. 402. 406 f. 409. 436 f. 526. 536—541. II. 29. 70—72. 81. Verhältnis zu der Türkei und den Donaufürstentümern (1848—1850) 169 bis 179. Zur Zeit des Krimkrieges (1853—1855) 189—205. Sein Tod (1855) 206 f., ferner 209 f. 216. 284 f. 301 304 f. 331. 335 f. 441. III, 563.
— russ. Großfürst, Sohn des vor. (1877) III, 570. 575.
— desgl., Sohn Alexanders II. († 1865) III, 76.
Nikolsburg, Friedenspräliminarien v. (1866) III, 142—144.
Nisib, Schlacht bei (1839) I, 528.
Nismes, die Unruhen zu (1816) I, 70.
Nizza, Grafschaft, kommt an Sardinien (1815) I, 11 f. 18., wird (1859) an Frankreich abgetreten II, 375. 387. 411. 430. III, 382. 505. 558.
Noir, Viktor, vom Prinzen Peter Bonaparte in Paris getötet (1870) III, 263 f.
Noisseville, Schlacht bei (1870) III, 357 f. 390.
Nordamerikanische Freistaaten, s. Vereinigte Staaten.
Norddeutscher Bund, s. Bund.
Normanby, Earl von, Vicekönig von Irland (1835—1839) I, 378.
Normann, von, württemb. General in Griechenland (1822) I, 142.
Norwegen, mit Schweden vereinigt (1814 u. 1815) I, 16 f. Das Storthing, Lagthing und Odelsthing (1818) 30 f.

174. II, 7 f. Zustände (1859—1886) 531. III, 57—59. 183. 291. 548 f. 610.
Notaras, griech. Parlamentspräsident (1832) I, 385.
Rothomb, Baron, belgischer Minister (1852—1855) II, 270.
Rouart, Gefecht bei (1870) III, 345.
Rovalisches, span. General (1868) III, 270.
Rovara, Schlacht bei (1821) I, 110. Konvention (1821) 111. Schlacht bei R. (1849) II, 156. 159. 162. 165. 256.
Rovibazar, das Sandschakat, kommt an Österreich (1878) III, 587.
Rugent, österreichischer General (1848) II, 137.
Ruits, Schlacht bei (1871) III, 419.
Rürnberg, die Kommission für das deutsche Handelsgesetzbuch zu (1861) II, 467.

O.

Oberkirchenrat, der preußische (1850) II, 321 f.
Oberselk, Gefecht bei (1864) III, 17 f.
Obrenowitsch, die Familie, in Serbien (seit 1813) II, 426. III, 175 f.
Ochsenbein, Berner Oberst (1845) I, 515.
O'Connell, Daniel, irischer Agitator (1775—1847) I, 190—196. 368 f. 372. 378. 521 f. II, 9.
O'Connor, Feargus, Haupt der Chartisten in England (1838) I, 376.
O'Donnell, Graf v. Abispal, span. General (1816—1841) I, 85 f. 126. 542.
— Don Leopoldo, Herzog von Tetuan, Sohn des vorigen, span. General und Minister (1854—1866) II, 266 f. 407. 409. III, 80.
— Maximilian, Graf, österreich. General (1848) II, 127 f.
Odysseus, Klephtenführer (1821) I, 138.
Oetker, Friedrich, kurhess. Abgeordneter (1862) II, 475.
Ofalia, span. Minister (1824) I, 222.
Ofen, der ungarische Krönungshügel zu (1867) III, 192. S. a. Budapest.
Offene Brief, der, des Königs von Dänemark (1846) I, 511—513.
Offensiv- und Defensiv-Traktat, der, zwischen Österreich, Parma und Modena (1847) I, 549.
Oken, Professor zu München (1826) I, 209. 219.
Oldenburg, das Großherzogtum (1815) I, 20. 89. 48. 512. S. Zeit des Londoner Protokolls (1852) II, 86. Die Frage der oldenburgischen Succession in Schleswig-Holstein (1864) III, 35. 74.
Olga, Tochter Nikolaus' I. von Rußland, Königin von Württemberg (1846) I, 540. II, 285.
— russ. Großfürstin, Gemahlin des Königs Georgios von Griechenland III, 179.
Ollivier, Emile, franz. Deputierter und Minister (1857—1870) II, 229 f. 420. III, 84. 90. 253. 256. 259. 262—268. 276—279. 283. 285. 287. 305. 316.
Olmütz, die Punktation von (1850) II, 83. 172. Zusammenkunft (1853) 195. 198. 352. Konvention (1866) III, 116. 138. Im Kriege (1866) 119. 132. 135.
Olózaga, span. Diplomat (1868—1871) III, 271. 273. 278. 533.
Olten, Altkatholikenkongreß zu (1873) III, 554.
Oltenizza, Schlacht bei (1853) II, 196.
Olympia, die Ausgrabungen zu (1874) III, 482.
Omer Pascha, türk. General (1848 bis 1866) II, 172. 190. 196. 200. 206. 209. 426. III, 173.
Opiumimport, der, in China (1840) I, 525 f. (1859) II, 550.
Oporto, Aufstand in (1820) I, 88 f. Einzug Dom Miguels (1828) 228. Seine Belagerung von O. (1832) 428. Aufstand in O. (1842) 544 f.
Orangistenlogen, die, in England und Irland (1835) I, 371 f. 378.
Oranien, Prinz von, s. Wilhelm II., König von Holland.
Ordonnanzen, die, Karls X. z. Zeit der französ. Julirevolution (1830) I, 265—274. 277 f. 282. 289. 324. 418.
Orense, span. Revolutionär (1868 bis 1874) III, 270. 538.
Organische Statut, das, in Polen (1832) I, 401.
Orientalische Frage, die (1830—1848) I, 402—410. 475. 528—535. 558. (1853 bis 1863) II, 189—214. 301. 304 f. 330 f. 539. III, 4. 208. 408. 478 f. (1874—1878) 524—527. 532. 562 bis 579. 583 f. 590. 595.
Orizaba, Konferenz zu (1862) II, 558.
Orleans, die Familie, in Frankreich (1814—1830) I, 236. 254. S. Zeit der Julirevolution (1830), kommt auf den franz. Thron (1830—1848) 279—295. Die Idee der Fusion zwischen Legitimisten und Orleanisten (1850) II, 115 f. Konfiszierung der Güter (1852) 124. Beim Kriege (1870) III, 318. Unter

der Republik 490 f. 502. 507. S. auch Ferdinand Philippe, Helene und Louis Philippe.
Orleans, Schlachten um (1870) III, 389. 401—403. 411 f. 415 f.
Orlow, Graf Alexander, ruff. General (1833) I, 408.
— Graf Alexis, ruff. Diplomat (1856) II, 211. 219.
Ormes, Kampf bei (1870) III, 389.
Orsini, Anstifter des Attentats auf Napoleon III. (1858) II, 231. 249. 263. 269. 272. 412.
Ortega, span. Offizier, Karlist (1860) II, 408.
— mexikan. Kommandant v. Puebla (1863) II, 560.
Ortlöpp, Emilie, Gräfin Reichenbach, Mätresse des Kurfürsten Wilhelm II. v. Hessen (1821) I, 204. 818.
Oskar I., Vicekönig v. Norwegen (1824) I, 174. König v. Schweden (1844 bis 1859) II, 7. 210. 531.
— II., König v. Schweden (seit 1872) III, 548 f.
Osman Pascha, türk. General (1877) III, 573—575.
Österreich. Unter Franz I. (— 1835). Z. Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 9 — 24., der Restauration (1815—1820) 29. 39 f. 46 f. 51. 55—65. 74. 90—93. 99 f., der Revolutionen u. Reaktionen (1820 — 1835) 105 — 113. 117 f. 121. 154 f. 165. 200 f. Zustände im Lande 210 — 213. Verhältnis zu Belgien 308 f., und zu den deutschen Freiheitsregungen (1830) 321 — 323. Wiener Konferenzen (1834) 326—328. Unter Ferdinand I. (1835—1848) 332 bis 334. 409. 417. 419—425. 446. 450. 478. 497—501. 508 f. 530—532. 539. 545—555. II, 4. 6. Aufstand in Wien (1848) 14—16. Z. Zeit der deutschen Nationalversammlung 26 f. Zustände (1848) 33—46. Unter Franz Joseph I. (seit 1848) 46 f. 52—57. 66 f. Krieg mit Ungarn (1849) 68—72. Zustände (1850—1852) 73—86. Krieg mit Sardinien, Verhältnis zu Italien 128 bis 165. Stellung zu Rußland und den Donaufürstentümern 170. 172. 174. Innere Zustände (1849—1853) 179 bis 188. Z. Zeit des Krimkrieges (1853 bis 1856) 190 f. 194. 197—200. 209 bis 213. Verhältnis zu Italien 252—257. 260—265. Zustände z. Zeit d. Reaktion (1852 — 1859) 273—278. 284 f. 301 f. 330—332. 337. 339—343. Das Konkordat (1855) 344 — 347. Militärische und volkswirtschaftl. Zustände 348 bis 351. Auswärtige Angelegenheiten 352 bis 354. Z. Zeit des Italien. Krieges (1859) 355—378. Verhältnis z. Italien (1859—1863) 374—377. 382. 391. 398 bis 400., zu Rußland und den Donaufürstentümern 424 f. 429—431. 436 f. Innere Zustände (1859—1863) 442 bis 460. Verhältnis zu Deutschland (1859 bis 1863) 461—469. 473 f. 482. 504. 512—531. Schleswig-holstein. Frage 533—535. Verhältnis zu Mexiko (1863) 560 f. Innere Zustände (1863—1866) III, 3—5. Stellung z. Dänemark und Preußen in der schleswig-holsteinischen Frage z. Zeit des Deutsch-Dänischen Krieges (1863—1865) 6. 9—29. Zustände, Stellung zu Deutschland und Preußen bis zum Ausbruche d. Krieges (1865 u. 1866) 34—55., zu England, Frankreich und Italien 60. 82 f. 91 bis 93. 96. 102 f. Krieg gegen Preußen und Italien (1866) 104—138. 142 f. 172. 175. Innere Zustände (1866 bis 1870) 185—206. Verhältnis z. Italien 206. 210 f., zu Deutschland 218 f. 222 f. 230 f., zu Frankreich 250 f. 280. 289 bis 291. 303. 318. 370. Zusammenkunft in Ischl (1871) und Berlin [Dreikaiserbündnis (1872)] 481. Innere Zustände (1870—1877) 510—522. Verhältnis z. Deutschland 522—524., zu Italien 545. 545. Territorialveränderungen 558. Z. Zeit des Russisch-Türkischen Krieges und der orientalischen Frage (1875 bis 1878) 564 f. Im Berliner Frieden kommt Bosnien und die Herzegowina unter österr. Verwaltung (1878) 576. 578—580. Verhältnis zu Serbien 585. Zustände (1878 — 1886) 587. (Schutzbündnis mit Deutschland) 591. 598 bis 596. 609.
Ostindische Kompanie. Das Aufhören ihres Opium-Monopols (1834) I, 525. Aufhebung ihrer Privilegien (1858) II, 250.
Ostrolenka, Schlacht bei (1831) I, 395 f.
Ostrowski, Graf, Mitglied d. polnischen Exekutiv-Kommission (1830) I, 390.
Ostseeprovinzen, die ruff., I. 538.
Ottingen-Wallerstein, Fürst von, bayr. Minister (1837) I, 506. (1847) 507.
Otto (Othon) I., Prinz v. Bayern, König v. Griechenland (1833—1862) I, 394 bis 397. 535—537. II, 178. 198. 334. Sein Sturz 427.

Ottomanen, Nation der, in der Verfassung der Türkei (1877) III, 570 f.
Oubinot, franz. General in Rom (1849) II, 108 f. 111. 122. 159 f.
Outram, engl. General in Indien (1857) II, 246—248.
Ouvrard, franz. Armeelieferant (1823) I, 125.
Overſee, Schlacht bei (1848) II, 29. Gefecht (1864) III, 18.
Ozeroff, v., ruſſ. Geſandter in Konſtantinopel (1852) II, 177.

P.

Pacificbahn, die, in Nordamerika (1869) III, 152.
Pacifico, Don, Gläubiger der griechiſchen Regierung (1850) II, 178.
Pajol, franz. General (1830) I, 290.
Palacky, Profeſſor in Prag, Tſchechenführer (1848—1852) II, 37. 181.
Palermo, Aufſtand zu (1848) I, 552 f. Revolution II, 142—146. (1860) 392 f.
Paleſtrina, Schlacht bei (1849) II, 160.
Paleſtro, Schlacht bei (1859) II, 363. III, 318.
Palffy, Graf Aloys, Gouverneur von Venedig (1848) II, 129.
— Graf Moritz, Statthalter in Ungarn (1860) II, 456.
Palikao, Schlacht bei (1860) II, 550.
— Graf von, ſ. Montauban.
Pallavicino, italieniſcher Oberſt (1862) II, 406.
Palmella, Marquis von, portugieſiſcher Miniſter (1823—1847) I, 130 f. 228 f. 544.
Palmerſton, Lord, engl. Miniſter (1830 bis 1865) I, 161. 192 f. 253. 264. 301. 303. 308. 310 f. 353. 370 f. 430. 524. 533. 540. 551. 554. 556. 565. II, 29. 145. 152. 160. 166. 178. 188. 206. 213. 215. 232. 238—240. 249 f. 277. 366. 390. 412. 536—538. 579. III, 4. 59 f. Sein Tod (1865) 63. Ferner 167.
Panſlawismus, der II, 37.
Papſttum, das. Z. Zeit des Wiener Kongreſſes (1814 u. 1815) I, 18 f. Zur Zeit Pius' VII. (—1823) 92—95., Leo XII. (1823—1829), Pius VIII. (1829 bis 1830) 113. Bewegungen in der katholiſchen Kirche 343—350. Z. Zeit Gregors XVI. (1830—1846). Wirren im Kirchenſtaat (1830—1838) 418—425. Z. Zeit Pius' IX. (1846—1878) 547 f. Das Dogma von der unbefleckten Empfängnis (1854) II, 252 f. Zur Zeit des Italieniſchen Krieges und der Entſtehung des Königreichs Italien, Verhältnis zu Kaiſer Napoleon III. (1859 bis 1863) II, 382—386. Römiſche Frage 402—404. Verhältnis zu Frankreich 414—417. Die Encyklika und der Syllabus (1864) III, 85 f. Stellung dem Königreiche Italien gegenüber, Peterspfennig, Konvention mit Frankreich 95—99. Das ökumeniſche Konzil zu Rom, Bulle Aeterni patris, Dogma der päpſtlichen Unfehlbarkeit (1868 bis 1870) 210—217. 371 f. 453—455. 461. 464. Verhältnis zu den preußiſchen Maigeſetzen (1873) 466—469. 473. Stellung zu Öſterreich (1870—1874) 511. 519 f. Verhältnis z. Italien (1870—1877) 541. Kirchenſtreit mit der Schweiz 554 f. Z. Zeit Leos XIII. (ſeit 1878) 601. 607 f.
Paraguay, Republik in Südamerika II, 553.
Paray le Monial, Wallfahrtsort in Burgund (1873) III, 501.
Pareja, ſpaniſcher Admiral (1865) III, 80.
Paris. Der erſte Friede von P. (1814) I, 9. Der zweite Friede (1815) 10 f. Z. Zeit der Reſtauration (1815—1820) 71., der Julirevolution (1830) 285—295. Befeſtigung der Stadt 457. 557—559. Februarrevolution (1848) 574—584. II, 86—94. Mairevolution (1848) 94—98. Juniſchlacht 98—102. Staatsſtreich (1851) Belagerungszuſtand 120 f. Proklamation des Kaiſerreichs (1852) 125 f. Friede v. Paris (1856) 208. 211—213. 353. 355. 422. 429. III, 70. Weltausſtellung (1855) II, 218 f. Verſchönerung der Stadt 220 f. 228 f. 234 f. Protokoll (1857) 381. Vertrag (1860) 424. Friedenskonferenzen (1863) III, 52. 72. 81. Konferenz (1869) 174. 179. Weltausſtellung (1867) 178. 254 f. Umgeſtaltung der Stadt durch Baron Haußmann 257. Z. Zeit des Miniſteriums Palikao (1870) 316 f. 336—344. Am 4. September 360—369. Belagerung der Stadt 374—387. 397 f. Aufruhr 399. Cernierung der Stadt 404 f. 412 f. Bombardement und Kapitulation 421 bis 427. 429—432. Einzug der Deutſchen 443. Zuſtände zur Zeit der Commune (1871) 482—488. Befeſtigung 505. Kongreß (1872) 544.
— Graf von, Louis Philippe v. Orleans, ſ. Louis Philippe (II.).
Parker, engl. Admiral (1848—1850) II, 144. 178.
Parlament, das deutſche (1848) II, 28 bis 34. 47. 51—67. (ſeit 1871) III,

447 f. Das engliſche (1815—1848) I, 84—88. 184—191. 194 f. 198. 352—380. 517—524. II, 9. 251. III, (1866—1870) 158—167. Das franzöſiſche I, 68 f.
Parma, das Herzogtum. Unter Marie Luiſe (1814—1847) I, 18. 92. 420. 424. Karl II. von Lucca 550. Zuſtände (1848—1859) II, 129. 132. 142. 147. Unter Karl III. 163. Seine Ermordung und Regentſchaft ſeiner Witwe 254. 264. 8. Zeit des Italien. Krieges (1859) 361. 364. Im Frieden v. Zürich 373. 375 f. Anſchluß an Sardinien 377. 381.
Parnell, Führer der iriſchen Home-Ruler (1879—1886) III, 606 f.
Partington, Frau (1824) I, 361.
Paskewitſch Eriwanski, Fürſt von Warſchau, ruſſiſcher Feldmarſchall. Erobert Eriwan (1827) I, 162., Kars (1828) 164., Erzerum (1829) 167. In Polen (1831) 397—399. 401. In Ungarn (1849) II, 71 f. Vor Siliſtria (1854) 199.
Paſolini, ital. Miniſter (1862) II, 406.
Pasquier, Graf, franz. Pair (1826) I, 245.
Paſſy, franz. Miniſter (1836—1839) I, 464. 473—475.
Patent, das königliche, zur Berufung des vereinigten Landtags in Preußen (1847) I, 484—489.
Paterno, Fürſt, und die Kapitulation von Palermo (1820) I, 99.
Patow, von, preuß. Miniſter (1858 bis 1862) II, 329. 492. 495 f.
Patriotenpartei, die, in Bayern (1866 bis 1870) III, 244 f.
Patriziat, das ſchweizeriſche (1815 bis 1830) I, 411—414.
Patrizzi, Kardinal (1865) III, 99.
Patrocinio, ſpan. Nonne (1865) III, 80.
Pault, Profeſſor in Tübingen (1867) III, 289.
Paulskirche, die, in Frankfurt a. M., Sitz des deutſchen Parlaments (1848) II, 23 f. 81.
Pavia, ſpan. General (1874) III, 589.
Pecci, Kardinal, ſ. Papſt Leo XIII.
Pedro, I., Dom, Regent und Kaiſer von Braſilien (1821—1831) I, 89. König von Portugal (IV.) (1826) 225—229. Herzog von Braganza 428—430. 544.
— II. Dom, Kaiſer von Braſilien (ſeit 1831) I, 428.
— V., König v. Portugal (1858—1861) II, 168. 268. 409.
Peel, Sir Robert, engl. Miniſter (1822 bis 1850) I, 183. 192—198. 353. 357. 369—372. 377. 379. 518—520. 522 bis 524. 564. 570. II, 9. Die Peeliten 238 536.
Peking, Friede zu (1860) II, 550 f.
Pélissier, Herzog von Malakow, franz. Marſchall in der Krim (1855) II, 207. 218. 228. Gouverneur v. Algier (1860) 547.
Pellé, franz. General (1870) III, 353.
Pelletan, Eugen, franz. Deputierter u. Miniſter (1866—1871) III, 89 f. 259. 334. 363.
Pellico, Silvio, ital. Schriftſteller (1820 bis 1830) I, 112.
Pepe, Floreſtan, neapolitaniſcher General (1820) I, 99.
— Wilhelm, desgl. (1820—1849) I, 97 f. 108 f. 111. II, 136. 162.
Pepinis, Georg, griech. Seeheld (1822) I, 143.
Peredes, Präſident v. Mexiko II, 554.
Peretra, portugieſiſcher Miniſter (1871 bis 1877) III, 540.
Périer, Caſimir, franz. Deputierter und Miniſter (1824—1832) I, 230. 242 f. 250. 267 f. 270—278. 276—279. 287 f. 291 438. 440. 444—450.
— Caſimir, franz. Miniſter, Sohn des vorigen (1871) III, 498. 506.
Peronne, franz. Feſtung (1871) III, 417.
Perret, franz. General (1848) II, 100.
Perrone, Profeſſor, Jeſuit in Rom (1835) I, 347.
Perſano, italien. Admiral (1830) II, 397. (1866) III, 137. 207.
Perſier, die, reaktionäre Partei in Spanien (1814) I, 80.
Perſien. Krieg mit Rußland (1826 u. 1827) I, 162. 167. Kampf um Herat (1837) 526. Krieg mit England (1857) II, 240. 246. 337. Der Schah von P. in Europa (1873) III, 481. 527.
Perſigny, Fialin, Herzog von, Freund Napoleons III., franz. Diplomat und Miniſter (1851—1866) II, 119. 124. 225. 232. 412. 421. III, 92.
Perſil, franz. Miniſter und Generalprokurator (1833—1837) I, 457. 459. 467. 470.
Perthes, Friedrich, deutſcher Buchhändler I, 52. 199. 202.
Peru, Unabhängigkeitserklärung der Republik (1824) I, 181. Konflikt mit Spanien (1863) II, 553. (1865) III, 80.
Peſtel, Paul, ruſſ. Oberſt (1825) I, 150 f.
— von, preußiſch. Oberſtlieutenant, Kommandant von Saarbrücken (1870) III, 305—307.

Peta, Schlacht bei (1822) I, 143.
Peter, Großherzog v. Oldenburg (1815) I, 20.
— desgl. (1864) III, 74.
— badischer Regierungsdirektor (1848) II, 22.
Petersburg, Hauptstadt von Rußland. Aufstand (1825) I, 150 f. Das Petersburger Protokoll (1826) 158.
Peterspfennig, der, in Rom III, 96 f. 100.
Petroleurs, die, u. die Petroleusen, in Paris (1871) III, 486.
Peucker, von, preuß. General, Reichsminister (1848) II, 25 f. 65.
Peyronnet, franz. Minister, Siegelbewahrer (1821—1830) I, 120. 233. 245. 247. 262 f. 273 f. 439. 468.
Pfalz, die, fällt an Bayern (1815) I, 19. Aufstand (1849) II, 61—65. 110. Z. Zeit d. Deutsch-Franz. Krieges (1870) III, 302 f. 307.
Pfalzburg im Elsaß, die Festung (1870) III, 332. 415.
Pfizer, Paul, württemberg. Minister (1838—1848) I, 328. II, 12.
Pfordten, von der, bayrischer Ministerpräsident (1848—1866) II, 12. 76. 200. 279. 284 f. 466. III, 124. 234.
Pfuel, von, preuß. General u. Minister (1848) II, 48. 50.
Phalansterien, die, des französischen Socialisten Charles Fourier I, 452.
Phanarioten, die, in Konstantinopel (1821) I, 136.
Philhellenen, die I, 142 f. 152 f.
Philiker, die, politischer Verein zur Befreiung Griechenlands I, 134 f.
Philipp, Graf von Flandern (1866) III, 72.
Pia, Königin von Portugal (1862) II, 409. III, 79.
Piacenza, wird mit Parma vereinigt unter der franz. Kaiserin Maria Luise (1815) I, 18.
Piada bei Epidauros und die Unabhängigkeitserklärg. Griechenlands (1822) I, 142. 154.
Pianori und sein Attentat auf Napoleon III. (1855) II, 223.
Picard, Ernest, franz. Deputierter (1858) II, 234. 420. III, 86. 89. 259. Mitglied der franz. Regierung (1870 und 1871) 363. 366. 399. 412. 430. Minister (1871) 438.
Piccon, franz. Abgeordneter für Nizza (1874) III, 505.
Piemont, s. Sardinien.
Pierce, Franklin, Präsident der Vereinigten Staaten v. Nordamerika (1858) II, 568.
Pieri, Teilnehmer an dem Attentat Orsinis auf Napoleon III. (1858) II, 231.
Pillersdorf, österr. Minister (1848) II, 36.
Pitt, William, der Jüngere, englischer Minister († 1806) I, 178. 189 f. 355. II, 249.
Pittsburgh-Landing, Schlacht bei (1862) II, 576.
Pius VII., Papst (1800—1823) I, 18. 21. 23. 93—95. 113. 412.
— VIII., desgl. (1829—1830) I, 113. 345—347. 418.
— IX. (Johann Maria Graf Mastai-Feretti), desgl. (1846—1878) I, 538. 547 bis 550. 554 f. 572. Verhältnis zu Louis Napoleon II, 108. 110 f. 123. Z. Zeit der Revolution in Italien (1848 und 1849) 129—131. 134—136. 148—155. 158—163. Z. Zeit der Reaktion (1852 bis 1859) 231. 252—254. 263 f. Verhältnis zu Österreich (1855) 345. Zur Zeit des Italienischen Krieges und des Entstehens des Königreichs Italien (1859 bis 1863) 373. 375. 382—387. 391. 396. 401—404. Stellung z. Napoleon III. 414—417., zum Königreich Italien; Peterspfennig, Encyklika und Syllabus (1863—1866) III, 95—191. Das ökumenische Konzil und das Dogma der päpstl. Unfehlbarkeit (1868—1870) 210 bis 217. 453. Bei der Besetzung des Kirchenstaats durch Viktor Emanuel 371 f. Verhältnis zu Deutschland 461 f. 467—469. „Der Gefangene im Vatikan" (1871) 541. Stellung zum Königreich Italien 544—546. Sein Tod (1878) 547., ferner 555. 608.
Pi y Margall, span. Minister (1873) III, 537 f.
Plaputas, Mitglied der griechischen Regierung (1832) I, 384.
Platen, Graf, hannöverscher Minister (1862—1866) II, 480 f.
Plebiszite, die Napoleonischen (1852) II, 125 f. (1870) III, 265—267. In Italien (1860) II, 387.
Plener, von, österr. Minister (1862 bis 1868) II, 457 f. III, 39. 196. 201.
Plewna, Belagerung und Einnahme v. (1877) III, 573—575.
Podol, Gefecht bei (1866) III, 121.
Poerio, Baron Karl, neapolit. Minister (1848) I, 553. II, 144.
Polen, Königreich unter russischer Herr-

schaft (1814 u. 1815) I, 18. 16. 100 bis 104. 210. 212. Zur Zeit der Revolution (1830—1832) 387—402. 444 bis 448. 466. (1846) 499. Russische Unterdrückung 587 f. II, 4. Verhältnis zu Frankreich 94—96. 422. (1848) 169 f. (1856) 336. Revolution (1860—1863) 430—440. 538 f. III, 3—5. 15. 38. 57. Russifizierung (1863—1865) 74—77. (1866—1870) 170—172. 525. 558. 563.
Polhès, franz. General (1867—1870) III, 209. 400.
Polignac, Julius Fürst von, französ. Gesandter und Minister (1823—1829) I, 182. 258—268. 267. 269 f. 278. 324. 439. 441. 468. 557. 563.
Polk, James, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika (1847) II, 555.
Pomare, Königin der Gesellschaftsinseln (1842) I, 562—564.
Pommern, kommt zu Preußen (1815) I, 16 f.
Ponari, Schlacht bei (1831) I, 397.
Ponsard, franz. Dichter (1856) II, 220.
Ponsonby, Lord, englischer Gesandter in Konstantinopel (1833) I, 407. 409.
Pont a Mousson, der Moselübergang bei (1870) III, 320 f. 323. 325.
Pontarlier, Angriff auf (1871) III, 436.
Porlier, Don Juan, spanisch. Guerillaführer (1815) I, 84.
Portalis, Graf, franz. Minister (1828) I, 250 f. 257 f.
Portugal. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 18. Unter Johann VI. (1816—1826) 87—89. Dom Miguels Usurpation und Sturz (1824) 129—132. Dom Pedro IV. übernimmt Brasilien und Maria da Gloria wird Königin von P. unter der Regentschaft Maria Isabellas (1826) 225—227. Dom Miguel als Reichsverweser und Regent (1827—1834) 227 bis 229. Seine Vertreibung durch Dom Pedro (1832—1834) 427—431. Unter Maria da Gloria (1834—1853). Aufstand (1842) 544 f. II, 168. 267. Unter Dom Pedro V. (1855—1861) 268. Unter Dom Luis (seit 1861) 409 f. 551. III, 79. 540.
Posada-Herrera, spanischer Minister (1865) III, 609.
Poschacher, General der österreichischen eisernen Brigade in Schleswig-Holstein und Böhmen (1866) III, 121.
Posen, Großherzogtum, kommt z. Preußen (1815) I, 13. 39. Kirchliche Streitigkeiten (1838—1840) 350 f. Aufstand (1846) 499. 539. (1848) II, 46. 95. Beim Regierungsantritt König Wilhelms (1861) 488. III, 558.
Potazow, Gouverneur v. Litauen (1869) III, 171.
Potocki, Stanislaus, polnischer General (1830) I, 389.
— Graf, österr. Minister (1868—1871) III, 196. 202. 510—512.
Potter, de, Mitglied der provisorischen Regierung Belgiens (1830) I, 307.
Pottinger, Sir Henry, engl. General in China (1841) I, 525.
Pourtalès, Graf von, preuß. Gesandter in Konstantinopel (1849) II, 174.
— Graf v., preuß. Major in Neuenburg (1856) II, 309.
Povoas, portug. General (1828) I, 228.
Pozzo di Borgo, Graf, russ. Botschafter in Paris (1830) I, 155. 289. 436.
Prag, Aufstand in (1848) II, 37—39. Friede zu P. (1866) III, 132. 142 f. 183. 231. 250. 277. Zustände (1871) 514. Universität deutsch und tschechisch (1880) 594.
Praga, die Kämpfe um, z. Zeit der poln. Revolution (1831) I, 392—394. 398. 400.
Pragmatische Sanktion, die, in Spanien (1830) I, 224. 425., in Österreich II, 451.
Prankh, v., bayrischer Kriegsminister (1870) III, 297.
Praslin, Herzog von (1847) I, 567.
Preßburg, Reichstag zu (1848) II, 34. 38.
Presse, die franz., und das Preßgesetz Karls X. (1826) I, 246 f., z. Zeit der Julirevolution (1830) 266 f.
Preußen, Königreich. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 9 f. 14 f. 20 f. Z. Zeit der Restauration (1815—1820) 39 f. 43. 59—65. 74. 93., der Reaktion (1820—1830) 105—107. 111. 117. 121. 140. 154. Innere Zustände bis zum Tode Friedrich Wilhelms III. (1820—1840) 213—219. 308—310. 326. 332—351. Unter Friedrich Wilhelm IV.: erste Regierungszeit (1840—1848) 476—497. 512. 530. 532. II, 4. Z. Zeit der Revolution (1848) 16—21. Verhältnis zum Frankfurter Parlament 26 f. Krieg gegen Dänemark 27—31. 83 f. Aufstand in Posen 46 f. Nationalversammlung, Verfassungsoctroyierung und Verhältnis zur deutschen Centralgewalt; Kaiserkrone (1849) 46—60. Unterdrückung der

Aufstände in Dresden und Baden 61 bis 66. Im Dreikönigsbündnis 67 f. Preußens Schmach im Beginn der Reaktionsperiode (1849—1851) 73—86. 172. 182 f. Verhältnis zu Rußland und die Zeit des Krimkrieges (1853 bis 1856) 194. 197—200. 209—213., zu Österreich 273—278. Die Zeit der Reaktion bis zur Erkrankung des Königs (1851—1857) 293—328. Verhältnis zum Auslande 332. 350—354. Unter der Regentschaft des Prinzen Wilhelm (1857—1860) 328—330. 482—485. 371 bis 373. 399 f. 430. Verhältnis zu Österreich und den deutschen Bundesstaaten 461—465. 469. 472—482. Tod Friedrich Wilhelms IV. und Thronbesteigung Wilhelms I. (1861) 485 f. Der Heeresorganisationsplan (1861 u. 1862) 486—502. Das Ministerium Bismarck (seit 1862) und der Verfassungskonflikt 502—512. Verhältnis zu den Bundesreformprojekten (1862 u. 1863) 514—531., zu Schleswig-Holstein 533 f., zu Japan 549. Zur Zeit des Deutsch-Dänischen Krieges (1863—1865) III, 6—25. Bis zur Konvention von Gastein (1864 u. 1865) 26—38. Stellung zu Österreich 41—49. Preußens Reformantrag am Bunde 49—55. Allianz mit Italien (1866) 102. Krieg gegen Österreich und den Deutschen Bund (1866) 105 bis 145. Annexion von Schleswig-Holstein, Nassau, Hannover, Frankfurt a. M., Kurhessen und Hessen-Homburg 143 f. Stiftung des Norddeutschen Bundes 144 f. Innere Zustände (1866 u. 1867) 218—228. Die luxemburgische Frage, Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten und das Zollparlament 229—236. Innere Angelegenheiten (1867—1870) 237—244. Stellung zu Frankreich 250—255. Krieg gegen Frankreich (1870 u. 1871), Vorwand und Ausbruch desselben 274—286. 290—298. Die ersten Schläge des Krieges 298 bis 314. Die Schlachten um Metz 317—331. Die Katastrophe von Sedan 331—360. Der Kampf um Paris und bis zur Kapitulation v. Metz 360—394. Bis zur Einnahme v. Paris 394—407. Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches in Versailles, der König v. Preußen erster deutscher Kaiser 407—410. Letzte Kämpfe 410—415. Der Fall v. Paris, Konvention v. Versailles, Einzug in Paris, Frankfurter Friede (1871) 415 bis 446. Innere Zustände (1871 bis 1886) 447—481. Territorialveränderung 558 f.

Preußer, Schleswig-Holsteiner (1849) II, 77.

Prevotalhöfe, die, in Frankreich (1815 bis 1820) I, 69. 73.

Prim, span. General und Minister (1842 bis 1870) I, 542. II, 557. III, 80 f. 270-274. Sein Tod (1870) 533.

Prim und Problus, Kämpfe bei, in Böhmen (1866) III, 125. 127-131.

Pritschard, engl. Missionär und Konsul auf Otahaiti (1842) I, 562—564.

Prittwitz, von, preuß. General (1849) II, 77.

Probst, württemberg. Abgeordneter (1866) III, 240. 247.

Prohibitivsystem, das franz. (1836) I, 464.

Prokesch-Osten, von, österr. Gesandter in Berlin (1849) II, 73. 351.

Prondzynski, poln. General (1831) I, 393. 395. 399.

Protestantenverein, der, in Deutschland (1868) III, 241. 463. Protestant. Gemeinden in Tirol (1875) 520. 595.

Proudhon, franz. Sozialist I, 569. II, 96.

Provinzialstände, die, in Preußen (1823—1847) I, 215 f. 334 f. 482-485. 488.

Pruth, der, die Grenze zwischen Rußland und der Türkei I, 163. 169.

Psara, die griech. Insel (1821) I, 138 f. 146.

Puchner, österr. General (1849) II, 69.

Pückler, Graf, preuß. Minister (1862) II, 496.

Puebla, Belagerung und Eroberung von (1862) II, 558—560.

Pujol, Pariser Demokrat (1848) II, 98.

Pulszky, ungar. Deputierter I, 333.

Pusey, Dr., englischer Geistlicher (1843) I, 520. Die Puseyiten in England (1868) III, 165.

Puttkamer, von, preuß. Minister (seit 1878) III, 601.

Puyer-Quertier, franz. Minister (1871) III, 445.

Puyraveau, Audry de, franz. Deputierter (1830) I, 268. 270 f. 276.

Puzta Herkaly, Schlacht bei (1849) II, 71.

Pyat, Felix, franz. Schriftsteller (1848 bis 1871) II, 103. 112. 223. III, 399. 424.

Q.

Quadrupel-Allianz zwischen Portugal, Spanien, England und Frankreich (1834)

I, 430. 468. 478., zwischen England, Österreich, Preußen und Rußland zu Gunsten der Türkei (1840) 531 f. 557.
Quatrebras, Schlacht bei (1815) I, 204.
Quenisset, franz. Arbeiter (1841) I, 560.
Queretaro, die Einnahme von, in Mexiko (1867) III, 157.
Quesado, span. General (1834) I, 430.
Quinet, Edgar, franz. Schriftsteller (1848) I, 575.
Quiroga, Antonio, span. Oberst (1819) I, 85 f.

R.

Rabenhorst, von, sächsischer Minister (1849) II, 61.
Rackebüll, Gefecht bei (1864) III, 19.
Radama II., König von Madagaskar (1861) II, 548.
Radetzky, Graf Joseph, österr. Feldmarschall. In Italien (1848) I, 555. II, 43. 128 f. 131. 133 f. 137 f. 140 bis 142. 152 f. (1849) 155—157. Ferner 255. 347 f. 360. 367.
Radowitz, v., preuß. General u. Minister (1847—1850) II, 14. 16. 74 f. 80. 82. 298. 311.
Radziwill, Fürst Michael, poln. General (1830) I, 389. 392 f.
Raglan, Lord, englisch. Oberbefehlshaber im Krimkriege (1853—1855) II, 201. 203. 208.
Rainer, österr. Erzherzog und Vicekönig des Lombard.-Venezianisch. Königreichs (1818—1848) I, 91. II, 127.
— österr. Erzherzog, Präsident des österreichischen Reichsrats (1860) II, 447. 453. III, 40.
Ramming, Baron, österr. General (1866) III, 123. 125.
Ramorino, Pole (1831) I, 398—400. 425. General in Italien (1849) II, 156.
Ranke, Leopold v., deutscher Geschichtschreiber († 1886) II, 292. III, 396.
Raspail, franz. Socialist (1848) II, 91. 105. III, 262.
Rastatt, Belagerung von (1849) II, 65 f.
Nationalismus, der, in Deutschland I, 338—341.
Rattazzi, ital. Staatsmann u. Minister (1852—1867) II, 259. 384. 387. 403. 405. III, 208.
Rau, Führer des württemb. Aufstandes (1848) II, 32.
Raumer, Friedrich v., deutscher Gesandter in Paris (1848) II, 107.
— Karl v., preuß. Minister (1850—1858) II, 316. 322.
Rauschenplatt, v., Privatdocent z. Göttingen (1831) I, 316. 325.
Rauscher, Joseph Othmar v., Fürsterzbischof von Wien und Kardinal (1853 bis 1870) II, 343 f. III, 215 f.
Raveaux, Franz, Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 21. 63.
Raven, v., preuß. General (1864) III, 20.
Rebekka und ihre Töchter, geheime Gesellschaft in Wales (1842 u. 1843) I, 518 f.
Recacho, span. Polizei-Oberintendant (1825) I, 222 f.
Recamier, französ. Gelehrter (1828) I, 252.
Rechbauer, österr. Abgeordneter (1869) III, 200.
Rechberg, Graf, österr. Minister (1851 bis 1864) II, 351. 465. 474. 516. 525. III, 11. 38.
Reban, der, Festungsbastion von Sebastopol (1855) II, 207 f.
Redif Pascha, türk. Kriegsminister (1877) III, 573.
Redschid Mehemed Pascha, türk. Großwesir (1832) I, 405.
Reformation, die dreihundertjährige Jubelfeier der (1817) I, 43 f. 94. 339.
Reformbankette, die, in Frankreich (1847 u. 1848) I, 571—576.
Reformbill, die, im engl. Parlamente (1831—1837) I, 354—359. 362—380. (1841 u. 1842) 519 f. (1866—1870) III, 162—164.
Reformverein, der großdeutsche (1862) II, 514 f. III, 12.
Regensburg, Ministerrat zu (1865) III, 42.
Regère, franz. Communard (1871) III, 486.
Regis, sardin. Oberst (1821) I, 110.
Réglement organique, das, in der Moldau (1848) II, 170 f.
Regnault de St.-Jean d'Angely, franz. Marschall (1851) II, 116. (1859) 361.
Regulative, die preußischen (1854) II, 325.
Reichenbach, Gräfin, s. Ortlöpp.
Reichsregentschaft, die deutsche (1849) II, 63 f.
Reichstadt, Herzog v., s. Napoleon II.
Reille, franz. General (1870) III, 351.
Reims, z. Zeit des Deutsch-Französischen Krieges (1870) III, 341 f.
Reinkens, Prof. Joseph Hubert, altkath. Bischof (1873) III, 467. 471. 556.
Rémusat, Graf v., französ. Minister

(1840 — 1846) I, 556. 570 f. II, 224. (1871) III, 490. 498.
Renan, Ernest, Professor am Collège de France in Paris (1864) III, 85.
Rente, die Konversion der franz., u. das Rentengesetz (1824) I, 230 f. 236—238.
Repeal, Auflösung der engl.-irischen Unionsakte (1824) I, 191. Repealagitation (1842) 521. (1848) II, 9. (1873) III, 529.
Reschid Pascha, türk. Minister (1838 bis 1855) I, 407. 531. II, 171. 198.
Restauration, die Zeit der (1815 bis 1820) I, 29—104.
Restitutionsedikt, das (1629) I, 213.
Reuf Pascha, türk. General (1877) III, 573.
Reventlow, Graf, Mitglied der provis. Regierung von Schleswig-Holstein (1848 bis 1850) II, 28. 83.
Revolutionen. Die deutsche (1848) II, 10—86. Die französischen: Julirevolution (1830) I, 218. 265—279. Februar-Revol. (1848) 576 f. II, 86—94. Mai-Revolution (1848) 94—98. Junischlacht 98—102. Commune (1871) III, 482 bis 487. Die italienischen: (1848) II, 127—165. (1859) 358—373 (1866) III, 136 f. 206—210. Spanische u. portugiesische (1820—1830) I, 124 bis 132. 221—229. (1830—1840) 425 bis 435. (1840—1848) 541—545. (1868) III, 270 f. (1873) 536—540.
Rezonville, der Kampf um (1870) III, 323 f. 329 f.
Rhein-Armee, die französ. (1870) III, 298 f.
Rheinbaben, v., preuß. General (1870) III, 323.
Rhigas, griech. Dichter (1798) I, 134.
Ricasoli, Baron Bettino, ital. Minister (1859—1866) II, 379—382. 403—405. 417. III, 111. 133. 208. 542.
Richelieu, Herzog v., franz. Minister z. Zeit der Restauration (1815—1820) I, 68 f. 74 f. 78 f. 119 f.
Richmond, Herzog v., engl. Minister (1831) I, 357.
— Hauptstadt der Südstaaten-Konföderation (1861—1864) II, 573 f. Schlachten bei R. (1862) 576 f. (1865) III, 146 f.
Richter, Direktor der Wiener Kreditanstalt (1860) II, 443.
Ricord, russ. Admiral (1831) I, 381—383.
Rieger, tschechischer Abgeordneter (1848 bis 1876) II, 37. III, 202. 516.
Riego, Raphael del, span. Oberst (1819 bis 1823) I, 85 f. 116 f. 128.
Rieti, Schlacht bei (1821) I, 109 f.
Rifaat Pascha, türk. Minister (1853) II, 191. 193.
Rigault, Raoul, französ. Communard (1871) III, 486.
Rigny, de, franz. Admiral (1826) I, 159. Minister (1830—1834) 287. 454. 459 f.
Ristic, serbischer Minister (1876) III, 566.
Ritualisten, die, in England III, 165. 529.
Rivet, französ. Deputierter (1871) III, 490.
Rivière, franz. Kommandant in Anam (1883) III, 605.
Robert, Wiener Bankdirektor (1860) II, 443.
— Herzog von Parma (1854—1859) II, 254. 373. 377.
Robinson, Lord Goderich, engl. Minister (1820—1830) I, 183. 185. 192. 353.
Robot, Aufhebung des, in Österreich II, 348.
Roche, Auber, Pariser Arzt (1848) I, 581.
Rochebouet, franz. Minister (1877) III, 510.
Rochefort, franz. Journalist, Deputierter und Minister (1868—1871) III, 258 bis 264. 363. 374. 395. 399.
Rochow-Plessow, v., preuß. Edelmann (1856) II, 315.
Rodbertus, preuß. Minister (1848) II, 48. 59.
Rodic, österr. General (1869) III, 201.
Rodil, span. General (1834) I, 432.
Roebuck, engl. Parlamentsmitglied (1834 bis 1855) I, 372. II, 239.
Rogeard, franz. Schriftsteller III, 66.
Roggenbach, v., Frhr., badischer Minister (1861) II, 471. 522.
Rogier, belg. Minister (1830—1867) I, 307. II, 271. III, 65. 182.
Rohland, poln. General (1831) I, 397.
Rolf Krake, dänisches Panzerschiff III, 19.
Rom. Nach d. Rückkehr Pius' VII. (1815) I, 93. 95 f. Unter Leo XII. (1823 bis 1829) 113. Die Cholera (1835) 423 f. Bei der Wahl Pius' IX. (1846) 547. Zur Zeit der Revolution (1848 u. 1849) II, 129. 134, 148—152. 155. Als Republik 158 f. Franz. Intervention u. Eroberung der Stadt 108—111. 159—161. Zur Zeit d. Reaktion (1852 bis 1859) 252—254. Franz. Occupation (1859) 361. Die römische Frage 402 — 406. Septemberkonvention in betreff Roms (1864) III, 97 f. 100 f. (1867) 209. Das ökumenische Konzil in Rom (1868—1870) 211—217. 249.

276. Einrücken der italienisch. Truppen, Rom Hauptstadt von Italien (1870) 371 f. 540 f. Einzug Viktor Emanuels und das erste italienische Parlament in Rom (1871) 541 f. 544.
Römer, Friedrich, württemberg. Abgeordneter und Minister (1835—1848) I, 327 f. II, 11 f.
Romilly, Sir Samuel, englischer Jurist (1818—1830) I, 87. 198.
Roncière, s. La Roncière le Noury.
Roncourt, Treffen bei (Gravelotte 1870) III, 327—329.
Ronge, Johannes, und der Deutsch-Katholizismus (1844) I, 496 f. 505.
Roon, von, preuß. General und Kriegsminister (1862—1871) II, 495—497. 500. 502. 510. III, 113. 124. 126. 218. 351.
Roothan, Pater, Jesuitengeneral (1847) I, 565.
Rosas, Tyrann v. Buenos Ayres (1846) II, 188. 391.
Rosen, russischer General (1831) I, 393. 400.
Roßbrunn, Gefecht bei (1866) III, 142.
Rossel, Kriegsminister der Pariser Commune (1871) III, 485.
Rossi, Graf, franz. Gesandter in Rom (1847) I, 549.
— Graf Pellegrino, päpstl. Justizminister (1848) II, 149—151.
Rostolane, franz. General in Rom (1849) II, 111.
Roten Berge, Treffen am, bei Spichern (1870) III, 312 f.
Roth, russischer General (1829) I, 166.
Roth von Schreckenstein, preußischer General und Minister (1848) II, 48.
Rothpletz, Aargauer (1845) I, 515.
Rothschild, Baron Lionel Nathan v., engl. Parlamentsmitglied (1858) II, 251.
— Mayer Karl, Freiherr von, Mitglied des preuß. Herrenhauses (1867) III, 237.
Rotteck, Karl von, Staatsrechtslehrer u. badischer Abgeordneter (1819—1840) I, 51. 319 f. 337. 478.
Rottmann, Karl, Landschaftsmaler in München (1831) I, 209.
Rouen, während des Krieges (1870) III, 407. 412. 415. 417.
Rouher, Eugen, franz. Minister (1851 bis 1869) II, 112. 116. 421 f. III, 86. 89 f. 92. 209. 252—255. Senatspräsident (1869—1871) 260. 263. 265. 267. 341. Deputierter (1872) 492.
Rouland, französischer Minister (1860) II, 415.
Roussin, Baron, franz. Diplomat (1833) I, 407.
Roustan, franz. Generalkonsul in Tunis (1881) III, 587.
Roy, Graf, franz. Minister (1824—1829) I, 231. 250.
Royer-Collard, franz. Staatsmann u. Kammerpräsident (1820—1830) I, 78. 123. 230. 232. 240. 242. 247—251. 261. 448. 462.
Rozycki, poln. Hauptmann (1831) I, 397. 400.
Rüdiger, russ. General (1828—1849) I, 164. 394. 396. 398. 400. II, 71.
Rudigier, Erzbischof v. Linz (1869) III, 197. 519.
Rudschi, türkischer Minister (1876) III, 567.
Rufos, Benezelo, Mitglied der provisorischen Regierung in Griechenland (1862) II, 427 f. und Minister (1864) III, 69.
Ruge, Arnold, Mitglied des Frankfurter Parlaments (1848) II, 133.
Rukmann, Baron, russischer Resident in Nauplia (1831) I, 382.
Rumänien. Zur Zeit des Aufstands in den Donaufürstentümern (1821) I, 136 f. Die rumänische Frage (1858) II, 332. (1860) 425 f. Der Sturz Cusas und die Erwählung des Fürsten Karl von Hohenzollern (1864 u. 1865) III, 70—73. Judenverfolgungen (1866 bis 1868) 174 f. Zur Zeit d. Russisch-Türkischen Krieges (1875—1877) 563. 568. 571—578. Zustände (1878 bis 1880) 583 f. Wird Königreich (1881) 585. 590.
Rumelien, türkische Provinz, zur Zeit des Berliner Friedens (1878) III, 577 f. 583. 590.
Rümelin, württembergischer Minister (1861) II, 468.
Rupp, Divisionsprediger in Königsberg (1846) I, 495.
Russell, Lord John, englischer Minister, Diplomat, Führer der Whigs (1821 bis 1870) I, 184 f. 193. 353 f. 362. 870 bis 873. 520. 523 f. II, 189. 238 f. 250. 366. 400. 461. 534. 536. 539. 579. III, 14. 60—63. 160 f. 163.
— Lord Odo, engl. Bevollmächtigter in Versailles (1870) III, 525.
Rußland. Z. Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 9—17., in der Heiligen Allianz 23 f. 29. Auf dem Aachener Kongresse (1818) 51. 74. Verhältnis zum Kirchenstaat 93. Innere

Zustände 100—104. Z. Zeit der Kongresse (1820—1822) 105 f. 111. 117 f. 121. Verhältnis zu Griechenland 133 bis 136. Unter Nikolaus I. (1825 bis 1855): Beginn seiner Regierung 148 bis 152. Beziehungen zu England, zur Türkei und zum griech. Freiheitskampf 154—156. 158 f. 161 f. 170. 172. 308. 330 f. Krieg mit der Türkei (1828 u. 1829) 163—169. Bei den Konferenzen (1833) 326. Kampf gegen den polnischen Aufstand (1830 u. 1831) 387—402., gegen Mehemed Ali für die Türkei (1833) 406—409. Russische Politik in Asien 526 f. Verhältnis zur oriental. Frage (1840) 530—534. Innere und auswärtige Politik (1842—1848) 537 bis 541. Bekämpfung des ungarischen Aufstandes (1849) II, 70—72. Verhältnis zu Preußen 78 f. 81., und zur Franz. Republik (1849) 107. Londoner Protokoll (1852) 85. Innere Zustände (1848—1852) 168—170. Beziehungen zur Türkei 170 f. 173 f. 176—178. Der Krimkrieg (1853—1856) 189—214. Verhältnis zur Türkei und den Donaufürstentümern (1856—1859) 331 f. Unter Alexander II. (1855—1881): auswärtige Politik, Reformen, Aufhebung der Leibeigenschaft 335—339. Verhältnis zu Österreich 351—354. Z. Zeit des Ital. Krieges (1859) 355 f. 366 f. Verhältnis zum Königreich Italien (1859—1863) 381. 399 f. und zur Türkei 424 f. Der polnische Aufstand (1860—1863) 429 bis 440. Innere Reformen 441 f. Stellung in Asien 548., in Amerika 579. Beziehungen zu Preußen III, 15. 21. 60 f. Innere Zustände und Russifizierung Polens (1863—1869) 74—78. 169—173. Abtretung von Russisch-Amerika an die Vereinigten Staaten (1867) 152. Beziehung zu Österreich 208., zu Deutschland (1870) 290 f. 370. Im Dreikaiserbündnis (1872) 481. Innere Zustände und äußere Beziehungen, Besitzerweiterungen in Asien (1870 bis 1876) 524—527. 531. In der oriental. Frage und im Kriege mit der Türkei (1875—1877) 562—575. Im Berliner Frieden (1878) 576 f. Nach demselben 581. 584. 591 f. Ermordung Alexanders II. und Regierungsantritt Alexanders III. (1881) 592 f.

Rybinski, polnischer General (1831) I, 400.

Rynicker, Urner Buchdrucker (1865) III, 67.

S.

Saarbrücken, Gefecht bei (1870) III, 296. 305 f. 308. 311 f. 314.

Saarlouis, die Festung, kommt zu Deutschland (1815) I, 11.

Sachsen, Königreich. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 15 f. 19. Im Deutschen Bunde (1815—1848) 39. 48. 200. 208. Unter König Anton (1827) 204. Friedrich Augusts Mitregentschaft (1831) 317. Beitritt zum Zollverein (1833) 336. Freiheitliche Bewegungen (1845) 505. (1848) II, 12. 59. Aufstand in Dresden 61. Im Dreikönigsbündnis (1849) 67 f. 73—75. Reaktion (1852—1854) 279. 284. Unter König Johann (1854 bis 1873) 478 f. 517 f. 520 f. 523. Als Bundesexekutor in Holstein (1863 und 1864) III, 12. 14. 16. 19. 25. 34 f. Krieg gegen Preußen (1866) 105 f. 109 bis 111. 118—120. 125. 127. 129 f. 143. Im Norddeutschen Bunde (1866 bis 1870) 223. 225 f. Im Kriege gegen Frankreich (1870) 303. 328 f. 330 f. 342 f. 347—349. 386. 405 f. 413. Ferner 468. 476 f.

Sachsen-Weimar, Großherzogtum unter Karl August (1815) I, 20. (1816) 47 f. Z. Zeit der Wartburgfeier (1817) 44 f.

Sachturis, griech. Seeheld (1824) I, 146.

Sadowa, Schlacht bei (1866) III, 126 f. 186.

Saez, Viktor, Bischof von Tortosa, span. Minister (1824) I, 128. 221. 223.

Sagasta, span. Minister (1872) III, 534 f. 609.

Said Pascha, Vicekönig von Ägypten (1856) II, 547.

Saint-Arnaud, Jacques Leroy de, franz. General und Kriegsminister (1851) II, 118 f. Marschall im Krimkriege (1853) 201—204. 215.

— -Aulaire, de, franz. Gesandter in Wien I, 437.

— -Cloud, Zerstörung des Schlosses (1870) III, 386.

— -Cyr, Gouvion Marquis de, französ. Kriegsminister (1817) I, 73.

— (Sankt)-Gotthard, der Eisenbahntunnel durch den (1882) III, 184 f. 248. 482. 557.

— — -Helena, die Insel I, 12. 119. II, 228.

— -Marcel, Kampf bei (1870) III, 323 f.

— -Marie aux Chênes, Kampf bei (1870) III, 328.

Saint-Privat, Kampf bei (1870) III, 328 f. 336.
— -Quentin, Schlachten bei (1870 und 1871) III, 417 f. 423.
— -Simon, Graf, und die Sekte der Saint-Simonisten in Frankreich (1760—1825) I, 452 f. 568.
— Vincent, Seeschlacht am Kap (1833) I, 428.
Saisset, franz. Admiral (1871) III, 484.
Salaberry, franz. Deputierter (1826) I, 246.
Salas, mexikan. General (1863) II, 560 f.
Salazar, desgl. (1865) III, 154.
— y Mazarredo, spanischer Deputierter (1869) III, 274.
Saldanha, Herzog v, portug. General und Minister (1827—1870) I, 227 f. 545. II, 168. III, 540.
Salis, Oberst der Schweizergarde in Paris (1830) I, 274 f.
— -Soglio, Schweizer General (1847) I, 516.
Salisbury, Lord, engl. Bevollmächtigter (1877) III, 571. 596.
Salmeron, span. Minister (1874) III, 538 f.
Salonichi, Ermordung des deutschen und franz. Konsuls zu (1876) III, 566.
Salvandy, von, franz. Edelmann (1830) I, 435.
Salzburg, kommt zu Österreich (1815) I, 14. Zusammenkünfte (1867) III, 205. 294. 236. 255. (1871) 481.
Sand, Karl Ludwig, Student, Mörder Kotzebues (1820) I. 45. 61. 65.
San Domingo (Hayti), Negerrepublik von I, 471. Anschluß an Spanien (1861) II, 408 f., wieder Republik (1865) III, 80.
Sandrou, v., preuß. Gendarmerieoberst (1837) I, 349.
Sanfedisten, die, Priesterpartei im Kirchenstaate I, 423. 549.
San-Juan-Frage, die, zwischen England und den Vereinigten Staaten (1872) III, 581.
— -Luis, Graf, spanischer Minister (1854) II, 266.
— -Martino, Kampf bei (1859) II, 368 f.
— Miguel, span. Minister (1822) I, 117.
— Stefano, Präliminarfriede zu (1878) III, 576 f. 591.
Santa Anna, General, Präsident von Mexiko (1823—1846) I, 181 II, 554.
— Lucia, Schlacht bei (1848) II, 131.
Santana, General, Präsident von San-Domingo (1861) II, 408.
Santa Rosa, sardinischer Kriegsminister (1821) I, 110. II, 257.
Saphir, österr. Dichter († 1858) I, 498.
Sarcey, franz. Schriftsteller (1871) III, 424.
Sardinien (Piemont), das Königreich. Zustände (1815—1820) I, 11. 18. 91 f. (1820—1848) 109—111. 117 f. 424. 550 f. 554 f. II, 72. 108. Im Kriege mit Österreich (1848—1852) 128—133. 136—143. 152—158. 162 f. Teilnahme am Krimkrieg (1855) 205. 208. 210 f. Zustände (1852—1859) 251 f. 256—265. 332. 353. Krieg gegen Österreich im Bunde mit Frankreich (1859) 355—378. Nach dem Frieden von Villafranca wird die Lombardei, Modena, Parma, Romagna und Toscana mit Sardinien vereinigt. Proklamation des Königreichs Italien unter sardinischer Herrschaft (1859—1863) 374-406. 429. 431. 462 f. 538. III, 98. Weiteres s. unter Italien.
Sarnen, Vereinigung zu (1832) I, 416.
Sartorius, engl. Kondottiere in Portugal (1833) I, 428.
Saucken, v., preuß. Landtagsabgeordneter (1840) I, 480.
Saussier, franz. General (1881) III, 588.
Sauzet, franz. Deputierter (1836—1839) I, 464. Minister 473. 475.
Savigny, Friedrich Karl von, preußischer Minister u. Rechtsgelehrter (1820) I, 59.
— Karl Friedrich v., Sohn d. vor., preuß. Bundestagsgesandter (1866) III, 55.
Savoyen, fällt an Sardinien (1815) I, 11. 18. Die Linie S.-Carignan kommt auf den sardinischen Thron (1831) 424 f. Abtretung an Frankreich (1859) II, 264. 357. 375. 387 f. 411. 430. Ferner III, 382. 558.
Say, Leon, franz. Minister (1874—1877) III, 507. 510.
Schäffle, Albert, Tübinger Professor (1868) III, 240., österr. Minister (1871 bis 1872) 512-516.
Schamyl, Häuptling der Tscherkessen (1839—1856) I, 541. II, 337.
Scheel-Plessen, Karl Baron von, in Schleswig-Holstein III, 36.
Scheibel, Prediger in Breslau (1830) I, 340.
Schele, Geheimrat von, hannöverscher Minister (1837—1853) I, 329. II, 280.
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph v., Philosoph, Professor in München (1775 bis 1854) I, 209. 341.
Schenk, v., bayr. Minister (1831) I, 319.

Schenkendorf, Max von, deutscher Dichter († 1817) I, 502.
Scheuerlen, württemberg. Minister (1870) III, 247.
Schiffahrtsgesetze, Abschaffung der alten englischen (1850) II, 9.
Schilder-Schuldner, russischer General (1877) III, 573.
Schiller, Friedrich v., deutscher Dichter (1759—1805) I, 41 f. 184. 338. Sein hundertjähriger Gedächtnistag (1859) II, 465 f.
Schipkapaß, der, im Balkan, und seine Besetzung durch die Russen (1877) III, 573 f.
Schlegel, Friedrich v., deutscher Schriftsteller († 1829) I, 57.
Schlei, Übergang des preuß. Heeres über die (1864) III, 17 f.
Schleiermacher, Friedrich Ernst Daniel, Theolog und Philosoph (1768—1834) I, 43. 341. 492. II, 253. 503.
Schleinitz, v., preuß. Minister (1859) II, 381. 399.
Schlesien. (1866) III, 92 f. 102. 105. 109. 199.
Schleswig-Holstein. Z. Zeit der Restauration (1815—1830) I, 32. 173. Stellung zu Deutschland und Dänemark (1830—1848) 508—513. II, 20. Krieg mit Dänemark (1848—1850) 27 bis 30. 48. 77—79. 82 f. (1852) 85. 172. Die schleswig-holsteinische Frage (1852—1863) 301—307. 350 f. 531 bis 535. 538. Z. Zeit des Regierungsantritts Christians IX. v. Dänemark und des Deutsch-Dänischen Krieges (1863 bis 1865) III, 5—31. 34—38. Gasteiner Konvention (1865) 41—43. Während der preuß.-österr. Verwaltung 47—61. 74. 82 f. 91—93. 104. 109. Wird mit Preußen vereinigt (1866) 143. 183 f. Ferner 220. 223. 327 f. 403. 547. 558. 610.
Schlettstadt, Kapitulation von (1870) III, 407.
Schleyer, v., württemb. Minister (1848) II, 12.
Schlik, Graf Franz, österr. General (1849 bis 1859) II, 69 f. 367.
Schlosser, Friedrich Christoph, deutscher Geschichtschreiber (1776—1861) I, 477 f. II, 292.
Schmalz, preuß. Regierungsrat (1815) I, 43. Verbrennung seiner Schriften auf der Wartburg (1817) 44.
Schmeling, v., preuß. General (1870) III, 384. 418 f.
Schmerling, Anton Ritter v., deutscher Reichsminister, österreich. Bundestagsgesandter und Minister (1848—1865) II, 25. 30. 58. 180. 452 f. 455 f. 458 f. 475. 525. III, 38 f.
— Ritter v., Bruder d. vor., österr. Feldmarschall (1862) II, 475.
Schmettow, Graf, preuß. Rittmeister (1870) III, 325.
Schmidt, päpstl. Oberst (1859) II, 371. 383.
— Hauptmann, deutsch. Zeitungskorrespondent in Spanien (1874) III, 539.
Schmitz, franz. General (1870) III, 338.
Schneider, franz. General (1839) I, 475.
— Louis, Schauspieler und preuß. Geheimer Hofrat (1854) II, 305.
— Präsident des französ. gesetzgebenden Körpers (1870) III, 262. 267. 362 f.
Schnorr, Julius, Maler in München I, 209.
Schön, v. preuß. Oberpräsident (1840) I, 480 f.
Schönhals, v., österreich. Feldmarschallleutenant (1849) II, 74.
Schoonen, van, Mitglied der französ. Municipalkommission (1830) I, 276. 289 f.
Schott, Christian Friedrich Albert, württemberg. Abgeordneter (1835—1849) I, 327. II, 64.
— Siegmund, württemb. Advokat (1870) III, 246.
Schottland, die freie Kirche in (1843) I, 520.
Schubert, Professor in München I, 209.
Schudscha, Schah v. Afghanistan (1839) I, 527.
Schüler, Friedrich, deutsches Parlamentsmitglied (1848) II, 63.
Schulze-Delitzsch, Hermann, Gründer der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (1868) III, 241.
Schumla, Festung in Bulgarien (1828) I, 163—165.
Schurz, Karl, amerikan. Gesandter (1870) III, 292.
Schuwalow, Graf, russ. Botschafter in London (1873) III, 526 f.
Schwanthaler, Bildhauer in München I, 209.
Schwarz, Dr., Hofprediger in Gotha (1853) II, 286.
Schwarzenberg, Fürst Felix, österr. Gesandter und Minister (1848—1852) II, 45 f. 74. 81—83. 130. 152. 162 f. 174. 180 f. 277. 301. Sein Tod (1852) 341. Ferner 349. 352. 531. III, 41.

Schwarzer, österreich. Minister (1848) II, 86.
Schwechat, Schlacht bei (1848) II, 44.
Schweden, das Königreich. Zustände (1809—1848) I, 18. 16 f. 30—32. 178 f. II, 7 f. Z. Zeit des Dänisch-Schleswig-Holstein. Krieges (1848—1852) 79. 85. Zustände (1859—1866) 531 f. 535. III, 14. 21. 57—59 (1866—1877) 188. 291. 548 f. (1878—1886) 610.
Schweinschädel, Gefecht bei (1866) III, 123.
Schweitzer, Dr., Socialdemokrat (1875) III, 475.
Schweiz. Die Zustände (1815—1830) I, 19. 30. 321. Bewegungen (1830 bis 1840) 410—417. 466—469. 472. Sonderbundskrieg (1842—1848) 514—517. 540. 551. 572 f. II, 133. Zur Zeit d. Neuenburger Frage (1856) 308 — 311. 350. Stellung zu Frankreich (1859) 398. 411. Zustände (1863—1870) III, 64. 67 f. 180. 184 f. 291. 435 f. 549. (1870—1886) 553—557. 559 f. 610.
Schwerin-Putzar, Graf, preußischer Minister (1847—1862) I, 467. II, 19. 48. 312. 329. 496.
Schwyz, der Kanton (1838) I, 416.
Scott, nordamerik. General (1846—1861) II, 554. 578. 577.
Sebastiani, Graf, franz. Marschall und Minister (1830 — 1840) I, 268. 270 f. 283—285. 288. 438. 440. 443—448. 567. 578.
Sebastopol, Belagerung der russischen Festung, im Krimkriege (1854 u. 1855) II, 196 f. 202 — 208. 210. 261. 353. 371.
Secchi, Pater, Astronom (1872) III, 544.
Sedan, Schlacht bei (1870) III, 298. 331. 344. 346—352. Kapitulation 353 bis 355. 358. 360. 362 f. 370 f. 377. 390.
Seerecht, die Reform des allgemeinen (1856) II, 218.
Sefeloge, und sein Attentat auf König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1850) II, 317. 493.
Segris, französ. Minister (1870) III, 263.
Seidensticker, Advokat in Göttingen (1831) I, 316.
Seillard, Baron, franz. Gesandter in Mexiko (1866) III, 155.
Sella, ital. Minister (1872 u. 1873) III, 542 f. 547.
Semonville, Marquis v., franz. Pair (1830) I, 273 f. 277—279.
Senat, der franz. (1852) II, 124 f.
Senlis, Frau von, Erzieherin Louis Philippes I, 279.
Sepp, bayrischer Abgeordneter (1870) III, 296.
September-Gesetze, die franz. (1835) I, 462 f.
September-Konvention, die (1864) III, 97 f.
Septembristen, die, in Portugal (1848 bis 1852) II, 168.
Septennat, das franz. (1873—1880) III, 504 f.
Sepulveda, portug. Oberst (1820) I, 88 f. 130.
Serbien. Z. Zeit des Friedens v. Adrianopel (1829) I, 169. Zustände (1861 bis 1869) II, 426. III, 175 f. Z. Zeit der orientalischen Frage und des Russisch-Türkischen Krieges (1875—1877) 556. 563—575. Im Berliner Frieden (1878) 576 f. 588 f. Wird Königreich (1882) 585. 590.
Serrano, span. General (1842—1874) I, 542. II, 165. Präsident d. Senats, Marschall III, 269—271. 533. 535. 539.
Settimo, Ruggiero, Präsident von Sizilien (1848) I, 553. II, 142. 146.
Seu de Urgel, katalon. Festung, u. d. apostolische Junta (1822) I, 117. 121.
Seven Pines, Gefecht bei (1862) II, 577.
Sevilla, z. Zeit der span. Revolution (1823) I, 124—127.
Seward, nordamerikan. Minister (1861 bis 1870) II, 572. 575. 579. III, 147. 155. 168 f.
Seydel, v., Oberbürgermeister von Berlin (1864) III, 30.
Seymour, Sir George Hamilton, engl. Gesandter in St. Petersburg (1853) II, 189.
— Horatio, Kandidat der demokratischen Partei in Nordamerika (1868) III, 151.
— engl. Admiral (1882) III, 586. 589.
Shaftesbury, Graf v., (1873) III, 529.
Sharpsburgh, Schlacht bei (1862) II, 577.
Sheridan, nordamerik. General (1863 bis 1865) II, 582 f. III, 146 f.
Sherman, desgl. (1861—1865) II, 574. 581 f. III, 146 f.
Sibour, Erzbischof von Paris (1852 bis 1857) II, 123. 226. 228.
Siccardi, sardinischer Minister und die Siccardischen Gesetze (1850) II, 256 f.
Sidi-Mohammed, Kaiser von Marokko (1859) II, 407.

Sidmouth, Lord, engl. Staatssekretär (1817—1822) I, 87 f. 188.
Siebenbürgen, Aufstand in (1849) II, 69—71. 173. Verhältnis zu Ungarn (1861) 451—457. 459 f. Einverleibung in Ungarn (1867) III, 192. 195. 521. Vergewaltigung der Deutschen in S. 594.
Siebenerkonkordat, das, in d. Schweiz I, 415.
Siebenpfeiffer, Advokat, und d. Hambacher Fest (1832) I, 322.
Sigel, Führer im badischen Aufstand (1849) II, 65. General in Nordamerika (1861) 573.
Sigl, bayrischer Journalist (1870) III, 292. 295.
Sigmaringen, Aufstand in (1848) II, 32., ferner 66. 80.
Silistria, bulgarische Festung an der Donau I, 164. 166. II, 199.
Simon, Heinrich, Justizrat in Breslau (1847) I, 485. Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 63.
— Jules, franz. Deputierter u. Minister (1870—1877) III, 259. 363 f. 366. 430. 438. 491. 497 f. 508
— Ludwig, aus Trier, Mitglied d. deutschen Parlaments (1848) II, 32.
— Saint-, s. Saint-Simon.
Simons, preuß. Justizminister (1858 bis 1861) II, 316. 329. 485.
Simpson, englischer General (1855) II, 208.
Simson, Eduard, Präsident des deutschen Parlamentes (1849) II, 56 f., d. norddeutschen u. deutschen Reichstags (1867 bis 1871) III, 227. 239. 409.
Sinope, Vernichtung der türk. Flotte im Hafen zu (1853) II, 196.
Sipoys, die, indische Truppen im Dienste Englands u. der Aufstand in Bengalen (1857 u. 1858) II, 242—249. 423.
Sizilien, Königreich beider. Zur Zeit der Restauration (1815—1820) I, 94—100., der Revolution und Reaktion (1820 bis 1840) 105—113. 118. 124. 424. Aufstände (1848) 552—554. II, 130. 135 bis 137. 143—147. 160 f. 254. Garibaldis Eroberung d. Königreichs (1859 bis 1863) 389—397. 405. Vereinigung mit Italien 406 III, 94 f.
Skalitz, Schlacht bei (1866) III, 128.
Skandinavien. Zustände (1814 bis 1830) I, 16 f. 80—82. 173 f. (1848 bis 1852) II, 7 f. 29. (1859—1866) 531 bis 536. III, 57—59. (1866—1870) 180. 182 f. 291. (1870—1887) 547 bis 549. 596. 610.
Skiernewicze, Zusammenkunft zu (1884) III, 593.
Sklaverei, Englands Agitation gegen die (1825) I, 184 f. 198. Aufhebung der S. (1833) 366 f. 376. 560. Die Sklavereifrage in Nordamerika und die Emancipationsbill (1819—1864) II, 566 bis 572. 576. 578. 588. III, 3. 148 f.
Skobelew, russischer General (1881 bis 1883) III, 593.
Skrzynecki, Johann, polnischer General (1831) I, 393—399. 402.
Slawen, die I, 29 f. 100—104. 150. 173. Aufstand in Böhmen (1849) II, 36—41. Die Idee des Panslawismus in Rußland (1868) III, 171.
Slawonien. Verhältnis zu Österreich (1859—1863) II, 454—457.
Slidell, Kommissar der nordamerikan. Konföderierten (1861) II, 574 f.
Smith, Adam, engl. Staatsökonom (1770) I, 35.
— John, engl. Missionär in Westindien I, 185.
— Sidney, englisches Parlamentsmitglied (1831) I, 361.
Sobrier, französischer Socialist (1848) II, 91.
Socialdemokratie, die deutsche (1874) III, 469. 472. 474—479. Gesetz gegen die S. (1878) 581. 598. 612.
Soiron, Vorsitzender d. deutschen Fünfzigerausschusses (1848) II, 21.
Soissons, Kapitulation von (1870) III, 407.
Solebad, Konvention von (1862) II, 557 f.
Solferino, Schlacht bei (1859) II, 358. 368 f. 370 f. 374. 380. 443. 445 f. 533. III, 250.
Sollicitudo omnium, päpstl. Bulle (1814) I, 94.
Solms, Prinz von, österr. Gesandter in Hannover (1866) III, 114.
Solothurn, Kirchenstreit zu (1870 bis 1873) III, 554.
Solowieff, und sein Attentat (1879) III, 592.
Soltyk, Roman, poln. Graf (1831) I, 392.
Sonderbundskrieg, der, in d. Schweiz (1845—1847) I, 515—517. 540. II, 133.
Sonderburg-Augustenburg, die Herzöge von, s. Augustenburg.
Soor, Gefecht bei (1866) III, 123.
Sophie, Erzherzogin, Mutter d. Kaisers Franz Joseph von Österreich II, 181.

Sophie, Königin von Holland (1866) III, 222.
Soult, Herzog von Dalmatien, franz. Marschall und Minister (1815—1840) I, 71. 375. 440. 445. 450. 454. 459 f. 473. 475. 555. 558. 566.
Spafieldš, die Unruhen zu (1816) I, 36.
Spanien. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 18. 25. Unterdrückungen und Aufstände unter Ferdinand VII. (1814—1833) 79—87. 97 f. 106. 113—118. Die französ. Intervention (1823) 120—128. Abfall der westindisch. Kolonieen (1822—1824) 180 bis 182. Innere Zustände (1823 bis 1833) 221—224. 425 f. Unter Isabella II. (1833—1869) Bürgerkrieg unter der Regentschaft Maria Christinas (1833 bis 1840) 426—435. 467. Innere Zustände und äußere Beziehungen (1840—1868) 541—544. II, 165—168. 265—267. 399 f. 407—409. 553—558. III, 79 bis 81. 258. 268 f. Revolution und Sturz Isabellas 270 f. Auf der Königssuche (1869 u. 1870) 271—278. Die Kandidatur des Prinzen Leopold v. Hohenzollern 274—277. 288. Unter König Amadeo I. (1870—1873) 532—536. Republik, Karlistenkämpfe (1873 und 1874) 537—539. König Alfonso XII. (1874—1885) 540. 545. 581. 596. 609 f.
Spaur, Graf, bayrischer Gesandter in Rom (1848) II, 152.
Speransky, Graf Michael, russischer Minister (1808—1812) I, 101 f.
Sperrgesetz, das preußische (1875) III, 478.
Spezzia, die griechische Insel (1821) I, 138 f.
Spichern, Schlacht bei (1870) III, 298. 305 f. 311—315. 322.
Spiegel, Joseph Anton, Graf zum Desenberg, Erzbischof von Köln (1825—1835) I, 342—346.
Spielbanken, die, in Deutschland aufgehoben (1868) III, 237.
Spinelli, neapol. Minister (1860) II, 393.
Sponek, Graf, Ratgeber König Georgios' I. von Griechenland (1863) II, 429. III, 69.
Spyck, van, holländischer Marineoffizier (1830) I, 311.
Staatsstreich, der, Louis Napoleons in Frankreich (1851) II, 118. 120—123.
Stabel, badischer Minister (1860) II, 470.
Stadion, Graf Franz, österr. Minister (1848 u. 1849) II, 45 f. 68. 180 f.
Stadion, Graf Philipp, österr. General (1859) II, 362.
Stahl, Friedrich Julius, Staatsrechtslehrer und Führer der Feudalpartei im preuß. Herrenhause (1843—1858) II, 298 f. 314. 325 f.
Ständekurie, die preuß. (1847) I, 484. 488.
Stanley, Lord, Graf von Derby, engl. Minister (1841—1859) I, 518. II, 9. 188. 238. 249—251. 536.
— Lord, Sohn des vorigen (1858 bis 1867) II, 250. III, 64. Earl of Derby 160. 163 f. 169. 254.
Stanton, nordamerikan. Kriegsminister (1868) III, 151.
Starrkirch, Geistlicher in der Schweiz (1872) III, 554.
Stavenhagen, preußischer Abgeordneter (1861) II, 487. 501. III, 9.
Stegemann, preußischer Minister (1815) I, 60.
Steiger, Dr., Führer d. Luzerner Radikalen (1844—1847) I, 514—516.
Stein, Karl, Freiherr von und zum, preuß. Minister (1815) I, 41. 44. 52. 57. 60. 65. 204.
— preuß. Abgeordneter (1848) II, 48.
Steinmann, dänischer General (1864) III, 28.
Steinmetz, von, preußischer General (1866) III, 128. Kommandant der 1. deutschen Armee im Franz. Kriege (1870) 302. 312 f. 321 f. 327. 331.
Stengel, badischer Minister (1860) II, 470.
Stephan, österr. Erzherzog, Palatin von Ungarn (1848 u. 1849) II, 34. 40. 182.
— deutscher Generalpostmeister (1874) III, 557.
Stephanie, Prinzessin von Hohenzollern, Königin von Portugal (1858) II, 268.
— s. a. Beauharnais.
Stephens, englischer Dissenterprediger (1838) I, 376.
Sterbini, röm. Republikaner (1848) II, 151.
Stewart, Lord, engl. Gesandter in Wien (1820) I, 105 f.
Stieber, preuß. Polizeidirektor (1861) II, 485.
Stiehle, von, preuß. Major (1864) III, 17. General (1870) 393.
Stimmrecht, das allgemeine, in Frankreich (1851) II, 118. 120. 126.
Stirbey, Fürst, Hospodar der Walachei (1848) II, 174.
Stoczek, Schlacht bei (1831) I, 393.

Stoffel, Baron, franzöſ. Oberſt und Militärbevollmächtigter in Berlin (1870) III, 301. 496.
Stolberg-Wernigerode, Graf von, Präſident d. preuß. Herrenhauſes (1856) II, 315.
Stopford, Sir Robert, engl. Admiral (1840) I, 532.
Storthing, der norwegiſche (1815) I, 31 f. 174.
Stourdza, ruſſiſcher Staatsrat (1818) I, 45. 62.
— Fürſt, Hoſpodar der Moldau (1848) II, 170.
Stralſund, Seegefechte vor (1864) III, 30.
Straßburg im Elſaß. Der Putſch Ludwig Napoleons in (1836) I, 469 f. Belagerung durch die Deutſchen (1870) III, 311. 332. 379—382. Wird wieder deutſch (1870) 382—384. 406. 439 f. Univerſität (1872) 452.
Stratford de Redcliffe, Viscount (Sir Stratford Canning), engl. Geſandter in Konſtantinopel (1826—1853) I, 155. II, 174. 192.
Strauß, David Friedrich, theologiſcher u. philoſophiſcher Schriftſteller in Zürich (1835—1839) I, 342. 417.
Streſetiz, Gefecht bei (1866) III, 130.
Stroganow, ruſſ. Geſandter in Konſtantinopel (1821) I, 140.
Stroßmayer, Biſchof von Diakovar (1870) III, 214 f.
Strotha, v., preuß. General u. Miniſter (1848) II, 50.
Struve, Guſtav, Führer im badiſchen Aufſtand (1848 und 1849) II, 20. 23. 32 f. 65.
Stubbs, portug. General (1828) I, 228.
Stürmer, Staatsrat v., bayr. Miniſter (1831) I, 319.
— öſterr. Feldmarſchall in Italien (1850) II, 163. 174.
Sturmpetitionen, die, z. Zeit d. deutſchen Revolution (1848) II, 11 f.
Sturt, engl. Reiſender in Auſtralien (1845) II, 545.
Stuttgart, das deutſche Parlament in (1849) II, 62—65. Kaiſerzuſammenkunft (1857) 337. 430.
Stüve, Dr., Bürgermeiſter von Osnabrück, hannöv. Abgeordneter u. Miniſter (1837—1848) I, 329. 331. II, 13.
Suckow, v., württemb. Miniſter (1870) III, 247.
Suban, der Aufruhr im (1883 u. 1884) III, 589 f.
Sue, Eugen, franzöſ. Schriftſteller und Deputierter (1850) II, 113.
Suez-Kanal, der (1859—1867) II, 175. 547. III, 177 f. 262. 532. 589.
Suleiman Paſcha (Sève), ägyptiſcher General (1840) I, 532.
— — türk. Kommiſſar in der Walachei (1848) II, 171 f.
— — türk. General (1877) III, 573 bis 575.
Sulioten, die, griech. Bergvolk (1822) I, 143.
Sumner, Charles, Senator der Vereinigten Staaten v. Nordamerika (1869) III, 169.
Sundewitt, Halbinſel in Schleswig (1864) III, 19—23.
Surlet de Chokier, Präſident d. belgiſchen Nationalkongreſſes (1830) I, 309 f.
Suſſy, Graf v., franz. Pair (1830) I, 279. 282 f.
Sutſos, Alexander, Hoſpodar der Walachei († 1821) I, 136.
— Michael, Hoſpodar der Moldau (1821) I, 136.
Suwarow, ruſſ. General (1799) II, 128.
Sweaborg, Bombardement von (1855) II, 208.
Swidzewno, Übergang der poln. Armee bei (1831) I, 400.
Sybel, Heinrich v., deutſcher Geſchichtſchreiber II, 292. 325. Preuß. Abgeordneter (1862) 501.
Syllabus, der päpſtliche (1864) III, 85 f. 98 f. 210.
Symanowski, poln. General (1831) I, 397.
Synoden, die, in Preußen (1846) I, 493 f. Synodalverfaſſung (1877) III, 477.
Syrakus, Graf von, Sohn König Ferdinands I. v. Neapel (1820—1860) I, 99. II, 390. 394.
Syrien. Z. G. des Türkiſch-Ägyptiſchen Krieges (1831—1833) I, 403—409. (1839—1841) 528—533. Kampf zwiſchen Druſen und Maroniten (1860) II, 423 f.
Széchényi, Graf Stephan, ungar. Magnat und Miniſter (1826—1849) I, 211 f. 333. II, 34.
Szeſen, ungar. Miniſter (1861) II, 455.
Szirmay, Graf, ungar. Magnat (1871) III, 523.
Szlavy, ungar. Miniſter (1872—1874) III, 520 f.
Sznayde, poln. General (1849) II, 65.
Szörek, Schlacht bei (1849) II, 72.

T.

Taaffe, Graf, österr. Minister (1868) III, 196. 201 f. (1879) 594 f.
Tafna, Vertrag an der (1837) I, 471.
Taillandier, französ. Oberst (1836) I, 469.
Taillant, franz. Major (1870) III, 415.
Taipings, die Rebellion der, in China (1860—1864) II, 551.
Taktiker, die, ein griech. Regiment (1822) I, 142.
Talhouet, Marquis, franz. Deputierter (1870) III, 287.
Talleyrand v. Perigord, Bischof v. Autun, Fürst v. Benevent, franz. Diplomat und Minister (1814—1830) I, 11. 22. 68 f. 284 f. 308. 411. 440.
Tann, von der, Frhr., bayrischer General (1866) III, 116. Kommandant des 1. bayrischen Armeecorps im Französ. Kriege (1870) III, 308. 310. 346. 386. 389. 401—408.
Tatitschew, v., russ. Gesandter in Wien (1828) I, 165.
Tauberbischofsheim, Gefecht bei (1866) III, 142.
Tauffkirchen, v., bayrischer Gesandter in Wien (1867) III, 230.
Tegetthoff, österr. Admiral (1864 bis 1866) III, 22. 137.
Telegraphenkabel, das transatlantische III, 146.
Teleky, Graf Ladislaus, ungar. Abgeordneter (1860) II, 451.
Tel-el-Kebir, Schlacht bei (1882) III, 589.
Temesvar, Schlacht bei (1849) II, 72.
Temple, Lord William, engl. Gesandter in Neapel (1849) II, 145.
Teplitz, Zusammenkunft zu (1833) I, 326. Kongreß (1848) II, 37.
Terceira, Insel der Azoren, während der Regentschaft (1830) I, 229. 428.
Terguskow, russ. General (1877) III, 572.
Territorialveränderungen in Europa (1815—1871) III, 558 f.
Tesch, belgischer Minister (1856 u. 1857) II, 271.
Tessin, der Schweizer Kanton (1830) I, 413. II, 350.
Testakte, Aufhebung der engl. (1828) I, 193. 198.
Teste, franz. Minister (1839—1841) I, 475. 558. 567.
Tetuan, Schlacht bei, und Friede von (1860) II, 407 f. S. a. unt. O'Donnell.
Teutsch, elsässisches Reichstagsmitglied (1874) III, 470.
Tewfik, Chedive v. Ägypten (seit 1879) III, 588 f.
Texas, wird der Nordamerikanischen Union einverleibt (1848) II, 567 f.
Tharin, Bischof von Straßburg (1825) I, 244.
Theodor, Negus von Abessinien (1868) III, 166 f.
Thermopylen, der Kampf in den (1821) I, 138. 143.
Thessalien, zur Zeit des griech. Aufstands (1821 u. 1822) I, 138., kommt an Griechenland (1881) III, 587.
Theux, de, belg. Minister (1871) III, 551.
Thibaudin, französ. Oberst (1870) III, 393. Kriegsminister (1883) 604.
Thiébault, belg. Kriegsminister (1872) III, 552.
Thiers, Adolf, franz. Journalist und Schriftsteller z. Zeit der Revolution (1830) I, 266. 279. Deputierter und Minister (1830—1851) 448. 454—457. 460—468. 473. 475. 531. 594. 556 bis 559. 561. 564—566. 570 f. 573. 578 f. 581. II, 105. 108. 110 f. 113 f. 121. 224. in der Opposition z. Zeit Napoleons III. (1863—1870) 412. 421. III, 83—91. 253 f. 257. 259. 266 f. 279. 281. 286. 334. 362. Z. Zeit der Republik (1870 bis 1871) 364 f. 372. 374. 385. 395 f. 398. 400. 436 f. Chef der ausführenden Gewalt 438—443. 484 f. 489 f. Präsident der Republik (1871—1873) 491—499. Nach seinem Sturz 500 f. 504. 506. Sein Tod (1877) 509., ferner 528. 543 f. 553.
Thiersch, Professor in München (1825) I, 152. 209. In Griechenland (1832) 384.
Thionville (Diedenhofen), franz. Festung (1870) III, 400. 407., wird wieder deutsch (1871) 440.
Thistlewood, Fleischer in London (1820) I, 38.
Tholuck, Theolog in Halle (1857) II, 325.
Thomar, Graf, s. Costa Cabral.
Thomas, Prinz v. Savoyen, Herzog von Genua, Neffe Viktor Emanuels, span. Kronprätendent (1870) III, 272.
— Lorenzo, nordamerikan. General (1863 bis 1864) II, 582. III, 151.
— franz. General (1870) III, 376. 483.
Thorbecke, holländ. Minister (1849 bis 1872) II, 8. III, 65. 550.
Thouvenel, franz. Minister (1860) II, 415. 417.

Thugut, Baron, österr. Minister († 1818) I, 13.
Thun, Graf Leo, österr. Minister, Gubernialpräsident von Böhmen (1848—1860) II, 37. 341. 351. 445. 448. 454.
— Graf, österr. General (1866) III, 125. 128.
Thüngen, Freiherr von, bayrischer Deputierter (1866—1870) III, 235. 297.
Thurn, Graf, österr. General (1849) II, 137. 147. 156.
Thurn und Taxis, Fürst, bayrischer General (1850) II, 82.
Tiburce, franz. General (1848) I, 578.
Tien-tsin, Friede zu (1858) II, 251. 550.
Tillisch, dänischer Kommissar in Schleswig-Holstein (1849) II, 78.
Times, die, engl. Zeitung I, 197 f.
Tirlemont, Schlacht bei (1831) I, 312.
Tirol, kommt an Österreich (1815) I, 14. Zustände (1859—1863) II, 457—460. (1866—1870) III, 190 f. 198. 201. (1870—1887) 515. 520. 595.
Tisza, Koloman, ungar. Minister (1875) III, 521 f. 594.
Tisza-Eßlar, die Judenaffaire von (1882 u. 1883) III, 594.
Titoff, von, russ. Gesandter in Konstantinopel (1849) II, 174. 177.
Tobitschau, Gefecht bei (1866) III, 135.
Tocqueville, franz. Schriftsteller († 1859) II, 319. 564.
Todt, Führer beim Dresdener Aufstand (1849) II, 61.
Toggenburg, von, österr. Minister (1852) II, 349.
Toll, von, russ. General (1825—1831) I, 151. 399.
Tolstoi, Graf, russischer Minister (1868) III, 171.
Topete, spanischer Admiral (1868) III, 270. Minister (1872) 535.
Toreno, Graf, span. Minister (1820 bis 1841) I, 114. Herzog 425. 432 f. 542.
Torgau, Sammelplatz der Elb-Armee (1866) III, 118.
Tories, die, im engl. Parlament I, 32 f. 183. 192 f. 353—380. 518—523. 540. 565. II, 238—240. 249—251. 536. III, 64. 159—163. 531.
Torre, Garcia de la, span. Minister (1815—1820) I, 86 f.
— de la, sardinischer General (1821) I, 110 f.
Torres Vedras, Schlacht bei (1846) I, 545.
Toscana, das Großherzogtum. Unter Ferdinand III. (1814—1824) I, 18. 92. 112. Unter Leopold II. (1824—1859) 113. 550. 554. In den Revolutionsjahren (1848 u. 1849) II, 129. 132. 147 f. 155. 158. 162 f. (1855) 254. Z. Zeit des Italienischen Krieges (1859) 361. 373. 375—381. Anschluß an Italien (1860) 387 f.
Totleben, russischer General (1855) II, 205. (1877) III, 574 f.
Toul, die franz. Festung (1870) III, 332 f. 380—382. 385.
Tours, die franz. Regierung zu (1870) III, 374. 381. 384. 387 f. 391. 394. 398. 400 f. 403. 405. 411. 417.
Trautenau, Schlachten bei (1866) III, 122 f.
Trent-Affaire, die (1861) II, 574 f.
Treskow, von, preuß. General (1870) III, 419.
Treubund, der preußische, in der Reaktionszeit (1852—1858) II, 316.
Tripolis, Zustände im Lande (1859) II, 547.
Tripolizza, griech. Festung (1821) I, 141. (1825) 147.
Tristany, Karlistenführer (1872) III, 585.
Trocadero, Schanze der Festung Cadiz (1823) I, 126 f.
Trochu, franz. General (1870—1872) III, 316. Kommandant des 12. Armeecorps 337 f. Gouverneur von Paris 339. 362—364. 376. 386. 399. 404 f. 410. 412—414. 419. 421—424. 430. 432. Deputierter 493.
Troplong, Bonapartist (1853—1858) II, 217. 234.
Troppau, Kongreß zu (1820) I, 100. 104—107.
Trotinabach, Gefechte am, in Böhmen (1866) III, 125. 128.
Trott, von, kurhessischer Bundestagsgesandter (1820) I, 63.
Trogler, Professor in Luzern (1831) I, 412.
Troya, Carlo, neapolitan. Minister (1848) II, 130. 144.
Trözene, griech. Nationalversammlung zu (1822) I, 158.
Tschech, Bürgermeister, Attentat auf Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1844) I, 504.
Tschechen, die, in Böhmen (1870—1886) III, 511—517. Alt- und jungtschechische Partei 519. 580. 594 f.
Tscherkasky, russ. Fürst (1877) III, 573.
Tscherkessen, die, im Kaukasus und ihre Kriege mit Rußland (1839—1855) I, 540 f. II, 208 f.

Tschernaja, Schlacht an der (1855) II, 207 f.
Tschernajew, russischer General (1876) III, 568.
Tschernig, dänischer Minister (1848) II, 28.
Tschetschenzen, die, Volk im Kaukasus (1877) III, 572.
Tschirner, Führer beim Dresdener Aufstand (1849) II, 61.
Tübinger Seminar, das theologische, und die protestant. Kirche (1820—1840) I, 341 f.
Tultschin, russ. Festung (1825) I, 150 f.
Tümpling, von, Kommandant des 6. preuß. Armeecorps (1870) III, 303. 386.
Tunis, die Korsaren von (1817) I, 62 f. Zustände (1859—1864) II, 547. III, 78 f. Eroberung Tunesiens durch die Franzosen (1881) 587 f. 590. 593. 605. 609.
Turgenjew, Nikolaus, russ. Schriftsteller (1825) I, 150.
Turin, Unruhen in (1865) III, 101.
Türkei, die I, 27. 29 f. Z. Zeit des griech. Aufstandes (1821—1830) 132 bis 148. 153—162. Im Kriege mit Rußland (1828 u. 1829) 162—172. Krieg mit Ägypten (1831—1833) 402—410. (1839—1841) 528—535. 536 f. 540. II, 6. Verhältnis zu Rußland, den Donaufürstentümern und Griechenland (1848 bis 1852) 170—177. Z. Zeit des Krimkrieges (1853—1856) 189—214. 218. 261. Zustände (1852—1859) 330—334. 336. 350. 353. (1859—1863) 422—426. 429. 546 f. (1863—1866) III, 68—74. Verhältnis zu Griechenland, Rumänien, Serbien, Ägypten (1866—1870) 173 bis 180. 558. Die orientalische Frage und der Russische Krieg (1875—1877) 562 bis 579. Innere Zustände (1878—1886) 583—590.
Turkmantschai, Friede zu (1828) I, 162.
Turnen, das, in Deutschland, z. Zeit der Restauration (1815—1820) I, 42. 497.
Twer, Adelsversammlg. zu (1862) II, 441.
Twesten, preuß. Abgeordneter (1862 bis 1866) II, 501. 510. III, 32. 44.
Tyssowski, Arzt, in Krakau (1846) I, 499.

U.

Uhland, Ludwig, deutscher Dichter (1815) I, 53. Württembergischer Abgeordneter (1833) 327. Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 24. 64.
Uhlich, Prediger und Führer der freien Gemeinden (1844) I, 495.
Uhrich, franz. General, Kommandant v. Straßburg (1870) III, 382—384.
Ujest, Herzog v., Mitglied des deutschen Zollparlaments (1868) III, 239.
Ullman, span. Guerillaführer (1823) I, 125.
Ullmann, badischer Kirchenrat (1861) II, 471.
Ultras, die, z. Zeit der Restauration in Frankreich (1815—1820) I, 66—79. 119. 122 f. 212. 258 f. 371.
Unbefleckten Empfängnis, Dogma der (1854) II, 253.
Unfehlbarkeit des Papstes, Dogma der, auf dem Vatikanischen Konzil (1869 bis 1870) III, 212—217. 276. 453 bis 455. 463 f. 469. 511. 554. 561.
Unfindbare Kammer, die, in Frankreich (1815) I, 68 f.
Ungarn. Unter Kaiser Franz (1815 bis 1835) I, 57. 210—212. 401. 417. Zur Zeit Ferdinands I. (1835—1848) 332 f. 500 f. Erhält eine besondere Regierung (1848) II, 15. 34 f. Aufstand u. Kampf mit Kroatien 38—44. Franz Joseph wird Kaiser 46. Ungarn und die Gesamtstaatsverfassung 55. Krieg mit Österreich und Rußland (1849) 69—72. Folgen desselben 181 f. 343. 351 f. 367. Verfassungsstreitigkeiten (1859—1865) 445—459. III, 40. Während des Krieges (1866) 134. 137. Ausgleich mit Österreich. Ungarn wird als selbständiges Königreich hergestellt (1867) 187 bis 194. Konsolidierung (1868—1886) 203 f. 290 f. 514—517. 520—528. 578 bis 580. 585. 587. 591. 593—595.
Union, die Personal-, Englands u. Irlands I, 189—191.
— die kirchliche, in Preußen (1817) I, 339 f. 494.
Unruh, von, Präsident der preußischen Nationalversammlung (1848) II, 50.
Urban, Baron, österr. Feldzeugmeister (1859) II, 364.
Urquhart, David, englischer Schriftsteller (1834) I, 409.
Usedom, Graf, preuß. Gesandter in Italien (1866) III, 112. 137.

V.

Valdez, span. General (1834) I, 432.
Valengin, s. unter Neuenburg.
Valérien, Mont, Pariser Fort (1870 u. 1871) III, 386. 410. Schlacht am M. V. 423. 483.
Vandeweyer, Mitglied der belgischen provisorischen Regierung (1830) I, 307.

Vansittart, englischer Minister (1825) I, 185.
Varennes, de, französischer Unterhändler (1833) I, 407.
Varna, die türk. Festung in Bulgarien (1828) I, 163 f. 166.
Varnbüler, Freiherr von, württemberg. Minister (1861—1870) II, 520. III, 33. 94. 109. 124. 235. 239. 247.
Vatismenil, von, franz. Minister (1828) I, 250. 257.
Vaublanc, franz. Minister (1816) I, 72.
Vaubrey, franz. Oberst (1836) I, 469.
Vay, Baron, ungar. Minister (1849) II, 40. Hofkanzler (1860) 449. 455.
Vegezzi, italien. Diplomat (1865) III, 95. 100.
Velletri, Gefecht bei (1849) II, 160.
Vendee, Aufstand in der (1832) I, 454 f. Kämpfe (1870) III, 416.
Venedig (Venezien), kommt an Österreich (1815) I, 14. Zustände (1815—1848) 90 f. 112. 552. 555. Revolution (1848) II, 129 f. 132. 135 f. 138 f. 154. 157. 161 f. Zur Zeit der Reaktion (1852 bis 1859) 255. 264., des Italienischen Krieges (1859) 364. 370 f. 373. 376. Zustände (1859—1863) 397—401. 430. 453 f. 457. 459. 539. III, 46 f. 50. (1863 bis 1866) 91—93. 96. 102. Zur Zeit des Italien.-Österr. Krieges (1866) 104 f. 112., wird an d. Kaiser der Franzosen abgetreten 132 f. 136 f., von diesem an Italien (1866) 143. 158. 206 f. 222. 250. 558.
Venloo, niederländische Festung (1832) I, 313.
Verdun, der versuchte Rückzug d. franz. Armee auf (1870) III, 321—323. 326. 329. 333. 343. Kapitulation 407.
Vereinigte Staaten v. Nord-Amerika. Unter Präsident Monroe (1817—1825) I, 182. II, 551 f. Entschädigungsforderung an Frankreich (1831) I, 459. 461. Vergleich mit England (1846) 524. Krieg mit Mexiko und Einverleibung von Oberkalifornien, Neumexiko und Texas (1848) II, 554 f. Verhältnis zu Mexiko (1861) 556. 559. Verfassungsverhältnisse und Sklavereifrage. Abfall der Südstaaten 563—570. Bürgerkrieg (1861—1864) 571—583. Verhältnis zu England (1865) III, 61 f. Zustände (1865—1869) 146—152. Verhältnis zu Mexiko und Frankreich 155. 157. Die Alabamafrage (1867—1871) 168 f. 530. Versuchter Ankauf von St. Thomas 184. Konflikt mit England wegen der Insel San Juan (1872) 531., mit Spanien (1873) 539.
Vereinigter Landtag in Preußen (1847) I, 484—490.
Verfassungs-Konflikt, der, in Preußen (1863—1866) II, 509. III, 29—32. 218 f.
Vergara, Vertrag von (1839) I, 435.
Vergès, Priester, Mörder des Erzbischofs Sibour von Paris (1857) II, 228.
Vernéville, Kampf um (1870) III, 327 f.
Verona, Fürstenkongreß zu (1822) I, 117 f. 121. 129 f. 144. 152. 179. 200 f. 207.
Versailles, das deutsche Hauptquartier zu (1870) III, 386. 390 f. 398. 409. 411. 417. Die Errichtung des neuen deutschen Kaisertums zu V. (1871) 422 f. 448 f. Friedensunterhandlungen 424 f. Konvention 426 f. 431 f. 439. Präliminarfriede 440 f. 450. Französische Regierung zu V. (1871) 444. 483 bis 489. 495.
Vetter, ungar. General (1849) II, 71.
Veuillot, Louis, Redacteur d. „Univers" (1853) II, 225 f.
Vial, neapolitanischer General (1860) II, 394.
Viale Prela, päpstlicher Nuntius in Wien (1855) II, 344.
Vicari, Hermann von, Erzbischof von Freiburg (1852—1860) II, 290. 470 f.
Vicenza, Schlacht bei (1848) II, 137 f.
Vicini, Advokat, Präsident der Vereinigten Italienischen Provinzen (1831) I, 420.
Vicksburgh, Eroberung von (1863) II, 580.
Victor, Herzog von Belluno, französ. Marschall, Kriegsminister (1821) I, 120 f.
Vidal, span. Oberst (1819) I, 84.
Vier Fragen eines Ostpreußen, Broschüre (1841) I, 481 f.
Vigny, Graf de, französischer Schriftsteller (1825) I, 241.
Viktor Emanuel I., König von Sardinien (1802—1821) I, 18. 91. 110.
— — II., desgl. (1849—1860) II, 157 f. 205. 211. 218. 256—259. 262—264. Zur Zeit des Krieges gegen Österreich (1859) 356—365. 371. 373. Zur Zeit der Entstehung des Königreichs Italien (1859—1861) 374—400. König von Italien (1861—1878) 401—403. III, 79. 95—97. 100 f. Z. Zeit d. Krieges gegen Österreich (1866) 111 f. 133., nach demselben 206—208. 272. 291. 317 f. 371 f. 481. 524. 532. 541. 543 bis 545. Sein Tod (1878) 547.

Viktoria I., Königin von England (seit 1837) I, 353. 378—380. 517—519. 524. 561. II, 26. 213. 218. 230. 238 f. 249 f. 337. 428. 537. 539. III, 60. 62. 160—162. 527. Kaiserin v. Indien. (1876) 532.
— Tochter der vorigen, Kronprinzessin d. Deutschen Reiches und von Preußen (seit 1857) II, 328.
Vilagos, Kapitulation der ungarischen Armee bei (1849) II, 72. 161.
Vilain, Vikomte, belgisch. Minister (1852 bis 1855) II, 270.
Villaflor, Herzog von Terceira, portugiesischer General (1830—1848) I, 228 f. 428. 544.
Villafranca, Fürst, Vorsitzender der Regierungsjunta in Sizilien (1820) I, 98 f.
— Friedens-Präliminarien von (1859) II, 6. 370 f. 373. 376. 378. 383—385. 387. 410—412. 464. 482.
Villamarina, Marquis v., sardinischer Gesandter auf dem Pariser Kongreß (1856) II, 211.
Villareal, Karlistengeneral (1835) I, 433.
Villèle, Joseph de, franz. Minister (1820 bis 1827) I, 119—123. 229—238. 236 bis 238. 247. 249—252. 258. 262. 280. 446.
Villemain, franz. Gelehrter u. Minister (1839) I, 252. 475. 558.
Villersexel, Sturm auf (1871) III, 420.
Villiers, englisches Parlamentsmitglied (1845) I, 528.
Villiers-Bretonneux, Erstürmung v. (1870) III, 406.
Vilmar, kurhess. Konsistorialrat u. Litterarhistoriker (1854) II, 283.
Vincent, französischer General (1830) I, 272.
— Schlacht bei St., s. Saint Vincent.
Vincke, Georg von, preuß. Abgeordneter (1847—1863) I, 489. II, 329. 400. 487. 499. 506.
Vinesa, Domherr in Madrid († 1821) I, 115.
Vinoy, franz. General, Kommandant des 13. Armeecorps (1870) III, 348. 375. 378. 423. Gouverneur v. Paris (1871) 424. 444. 482.
Vionville, Schlacht bei (1870) III, 323 bis 326.
Virchow, Professor, preuß. Abgeordneter (seit 1861) II, 325. III, 9 f. 243.
Virginien, z. Zeit des nordamerikanischen Bürgerkrieges (1861—1864) II, 572 f.
Visconti-Venosta, italien. Minister (1870—1872) III, 319. 371. 543.
Vitrolles, von, franz. Royalist (1818 bis 1830) I, 75. 274. 277 f.
Vittoria, Herzog von, s. Espartero.
Vivian, Sir Robert, engl. Parlamentsmitglied (1831) I, 357.
Vivien, franz. Minister (1840) I, 556.
Vlämische Bevölkerung Belgiens I, 301. III, 552.
Vogel von Falckenstein, preuß. General in Schleswig-Holstein (1864) III, 23. Befehlshaber der Main-Armee (1866) 114 f. 118. 140 f. Generalgouverneur v Hannover (1870) 303.
Vogorides, Alexander, Aleko Pascha, griechischer Fürst, Gouverneur von Ostrumelien (1879) III, 588.
— Nikolaus, türkischer Statthalter der Moldau (1857) II, 331.
Vogt, Karl, Professor in Gießen, Mitglied des deutschen Parlaments (1849) II, 63.
Voigts-Rhetz, preuß. General (1866) III, 125. 128. Kommandant des 10. Armeecorps (1870) 303. 325. 401 f.
Voirel, Kommandant von Straßburg (1836) I, 469.
Völk, bayr. Abgeordneter (1868) III, 240.
Volksverein, der preuß. (1862) II, 507.
Volturno, Kampf am (1860) II, 397.
Voncqthal, Kampf im (1870) III, 346.
Vorparlament, das deutsche (1848) II, 20 f.
Voß, Johann Heinrich, deutscher Dichter, Professor in Heidelberg (1826) I, 152.
Vrione, Omer, Albanese, türk. General (1821—1823) I, 138. 143 f.

W.

Wächter, von, württemberg. Minister (1871) III, 440.
Waddington, franz. Minister (1876 u. 1877) III, 507. 510.
Wagener, Hermann, preuß. Geheimrat (1852—1862) II, 299. 313. 507.
Waghäusel, Gefecht bei (1849) II, 65.
Wagner, v., württemberg. Kriegsminister (1870) III, 247.
Wahlgesetz, das franz. (1824) I, 230 bis 232. 237. (1831) 442 f. 446 f. (1842 bis 1847) 569—573.
Waitzen, Schlacht bei (1849) II, 71.
Walachei, die. Aufstand (1821) I, 136 f. Nach dem Vertrage v. Akjerman (1826) 156. Im Russ.-Türk. Kriege (1828) 165. 169. Verhältnis zu Rußland und der Türkei (1848—1852) II, 170—174. (1856) 212. Mit der Moldau zum Staate Rumänien vereinigt (1858) 332. 424 f. S. a. Rumänien.

Waldeck, Benedikt Franz Leo, preußischer Obertribunalsrat und Abgeordneter (1848—1863) II, 47. 317. 490. 495. III, 10.
Waldenser, die, in Sardinien (1848) I, 554.
Wales, Aufstand in (1842 u. 1843) I, 518 f.
Walewski, Graf, franz. Minister (1856 bis 1860) II, 211. 213. 230. 232. 415. Präsident des gesetzgebenden Körpers (1865—1870) III, 89.
Walhalla, die, bei Regensburg (1830) I, 209.
Wallerstein, Fürst von, s. Öttingen-Wallerstein.
Wallis, die Wirren im Kanton (1833) I, 416.
Wallmoden, österr. General (1821) I, 110 f.
Wallon, franz. Deputierter (1875) III, 506.
Wallonen, die, in Belgien I, 301. 305. III, 552.
Wanderversammlungen, die deutschen (1828) I, 219. (1862) II, 514 f.
Wangenheim, Freiherr v., württemberg. Minister und Bundestagsgesandter (1816 bis 1823) I, 53 f. 200 f. 207.
Ward, engl. Parlamentsmitglied (1834) I, 368.
Warschau, kommt an Rußland (1815) I, 13. Reichstag (1818) 103. 3. Zeit der polnischen Revolution (1830 u. 1831) 388. 391—400. 448. Zusammenkunft (1849 u. 1850) II, 71. 81. 172. (1860) 400. 430 f. Unruhen (1861—1863) 433 bis 439. Zustände (1867 u. 1868) III, 170 f.
Wartburg, die Gedenkfeier auf der (1817) I, 44 f. 322.
Washburne, nordamerikan. Gesandter in Paris (1870) III, 385.
Washington, Kongreß zu (1835) I, 461. Senat und Repräsentantenhaus II, 564. Bundeshauptstadt der Union 573. Im nordamerikan. Bürgerkriege (1862) 577.
Wawre, Schlacht bei (1831) I, 393.
Weber, Professor in Göttingen (1837) I, 330.
Wechabiten-Sekte, die, in Arabien (1818) I, 145.
Wehrpflicht, die allgemeine, in Preußen I, 216 f.
Weimar, Abgeordneten-Versammlung zu (1862) II, 515.
Weis, Dr., bayr. Abgeordneter II, 466.
Weißenburg, Schlacht bei (1870) III, 298. 307—309. 313. 315. 337.
Weitzel, nordamerikan. General (1865) III, 147.
Welcker, Karl Theodor, Mitglied der badischen Kammer (1830) I, 319 f. und des deutschen Parlaments (1848) II, 11. 43. 52. 55.
Welden, Baron v., österr. Feldmarschall (1849—1852) II, 70. 138 f. 149.
Welfentum, das, in Hannover (1859 bis 1866) II, 480 f. III, 33.
Wellesley, Marquis Richard v., Vicekönig v. Irland (1824) I, 191.
Wellington, Arthur Wellesley, Herzog von, engl. Feldherr und Minister (1815 bis 1846) I, 74. 118. 155. 171. 178 f. 191—195. 352 f. 358—360. 363 f. 369. 371. 375. 379. 518. II, 9. 201.
Wenkheim, Baron, ungar. Minister (1867—1875) III, 190 f. 521.
Wentzel, preuß. Abgeordneter (1858) II, 329.
Werbach, Gefecht bei (1866) III, 142.
Werder, General von, Befehlshaber des württembergisch-badischen Armeecorps (1870) III, 303. 382—384. 415. 418 bis 420. 432 f. 436.
Werner, preuß. Seekapitän (1874) III, 538.
Werren, nassauischer Regierungsdirektor (1863) II, 478.
Werther, Baron von, preuß. Gesandter in Paris (1870) III, 275. 278. 295.
Wessenberg, von, Bistumsverweser von Konstanz (1815) I, 94.
— von, österr. Minister (1848) II, 36. 43 f. 133.
Westermayer, bayrischer Pfarrer und Abgeordneter (1870) III, 296 f.
Westfahlen, v., preuß. Minister (1855 bis 1858) II, 316.
Westfalen, kommt an Preußen (1815) I, 16.
Wette, de, Professor zu Berlin (1819) I, 64 f.
Wharncliffe, Lord, engl. Parlamentsmitglied (1831) I, 356 f. 360. Minister (1841—1846) 518.
Wheeler, engl. General (1857) II, 245.
Whigs, die, im engl. Parlament I, 32 f. 37 f. 108. 178. 310. 352—380. 409. 429. 518—524. 540. II, 238 f. 536 bis 539. III, 63. 161—163.
Wichern, Dr., preuß. Oberkonsistorialrat (1858) II, 323.
Wied, Prinzessin v., vermählt sich (1869) mit dem Fürsten Karl von Rumänien III, 175.
Wielopolski, Marquis, poln. Magnat (1861) II, 432—434.

Wien. Der Kongreß zu (1814 u. 1815) I, 9—25. 40. 51. 90 f. 105. 134. 184. Wiener Schlußakte (1820) 63. 65. 199. 323. 331. III, 48. 91. Ministerkonferenzen (1834) I, 326—328. Aufstand (1848) II, 14 f. 34—36. 39—45. 68. 148. Die Wiener Note u. Konferenz z. Zeit des Krimkrieges (1853) 194—196. 198. Wiener Protokoll (1852) 277. Wiener Konferenzen (1856) 211. 306. Konferenz d. österr. Bischöfe (1856) 346. Wiener Friede (1864) III, 24 f. 41. 44. 143. Die Preußen vor Wien (1866) 135. 187. Eröffnung des Reichsrats (1867) 191. Bei Proklamation der konfessionellen Gesetze (1868) 197. Schützenfest (1868) 204. Wiener Friede mit Italien (1866) 206. Weltindustrieausstellung (1873) 518.

Wiggers, Moritz, Advokat in Schwerin (1849—1856) II, 281—283.

Wilberforce, engl. Parlamentsmitglied (1820—1833) I, 176. 185. 367.

Wildnis, Schlacht in der, im nordamerikanischen Bürgerkriege (1864) II, 582.

Wilhelm, Prinz von Baden (1866) III, 140.

— letzter Herzog von Braunschweig (1830—1884) I, 204. 315 f. II, 26. III, 599.

— Prinz von Dänemark, s. Georgios, König von Griechenland.

— Kaiser von Deutschland, König von Preußen. Als Prinz von Preußen (1848 bis 1858) II, 17. 19. 64 f. Regent (1858 bis 1861) 328—330. 372. 400. 412. 430. König v. Preußen (seit 1861). Heeresreform 482 — 492. Attentat Oskar Beckers (1861) 493. Krönung in Königsberg 493 f. Konfliktszeit (1862 u. 1863) 494—512. Verhältnis z. Bundesreform und z. Fürstentag (1863) 518. 526—580. Z. Zeit des Krieges mit Dänemark (1864) III, 7. 17. 20 f., des Wiener Friedens bis z. Konvention von Gastein (1864 u. 1865) 25—33. 42 f. Stellung zu Österreich, Deutschland und Italien (1865 u. 1866) 45—47. 50 f. 58. 102. Zur Zeit des Krieges gegen Österreich (1866) 105. 107. 113 f. 116. 119. 123 f. In der Schlacht b. Königgrätz 124—131. 133 f. Z. Zeit des Prager Friedens 142—144. (1866 bis 1870) 172. 218 f. 221. 224. 227. 229. 237—239. 249. 254. Kur in Ems und Kriegserklärung gegen Frankreich (1870) 275—285. 288. 292—297. Oberbefehlshaber im Kriege 302—307. 320 f. 326—329. 332 f. 342 f. 346. 351 bis 355. 367—369. 376 f. 380. 384. 386. 393. 398. 407. Deutscher Kaiser (seit 1870) 409 f. 422. 439. 443. 445. 447. 450 f. 458. 461 f. 465—469. 477—480. Zusammenkunft in Ischl u. Salzburg (1871). Dreikaiserbündnis (1872) 481. 524. 526. Schiedsrichter in der San-Juan-Frage (1872) 531. Allianz mit Italien 543. Mordanfälle (1878) 581. Zusammenkünfte z. Alexandrowo (1879) 591. Danzig (1881) und Skierniewice (1884) 598. Ferner 598 f.

Wilhelm IV., Herzog v. Clarence, König von England (1830—1837) I, 315 f. 328. 352—373.

— I., Kurfürst von Hessen (1803 bis 1821) I, 49. 62. II, 181.

— II., desgl. (1821—1847) I, 204 f. 317 f.

— I., König der Vereinigten Niederlande (1815 — 1830). König von Holland (1830—1840) I, 301—318. 455. II, 8.

— II., König von Holland (1840 bis 1849), als Prinz von Oranien, im belgischen Befreiungskampfe (1830) I, 306 f. 310—312., als König II, 8.

— III., desgl. (seit 1849) II, 8. 411. III, 180. 229 f. 549 f.

— Herzog v. Mecklenburg, preußischer General (1870) III, 324. 377.

— I., König von Württemberg (1816 bis 1864) I, 53 f. 206 f. 503. II, 11 f. 59. 66. 76. 80 f. 230. 488 f. III, 33.

Wilhelmshaven an der Jade, wird deutscher Bundeskriegshafen (1867) III, 227.

Wilhelmshöhe, Schloß bei Kassel, Aufenthalt Kaiser Napoleons III. (1870) III, 355.

Wilkes, nordamerikan. Schiffskapitän u. die Trentaffaire (1861) II, 575.

Williams, engl. Offizier in Kars (1855) II, 209.

Willisen, v., preuß. General, Oberbefehlshaber der schleswig-holsteinischen Armee (1850) II, 78 f. 83.

— preuß. General (1862) II, 474.

Wilson, engl. General (1857) II, 244.

Wimpffen, Graf, österr. General in Italien (1859) II, 367 f.

— v., franz. General. Oberbefehlshaber bei Sedan (1870) III, 348—356.

Winchelsea, Earl of, engl. Lord (1829) I, 195.

Windischgrätz, Fürst, österreich. Feldmarschall (1848) II, 37. 42—45. 69 f.

Windthorst, hannöv. Minister (1863 bis 1866) II, 481. Abgeordneter im Deutschen Reichstage (seit 1871) III, 458. 472.
Winter, badischer Staatsrat (1830) I, 320.
Winzingerode, Graf, württemb. Minister (1820—1823) I, 62, 207.
Wirth, Advokat, und das Hambacher Fest (1832) I, 322.
— Präsident der Republik Sigmaringen (1848) II, 32.
Wislicenus, Prediger in Halle (1844) I, 495.
Wittgenstein, Fürst, preußischer Minister (1819 u. 1820) I, 60 f. 64.
— Graf, russischer General (1828) I, 163.
— Fürst, hessischer General, deutscher Reichsminister (1849) II, 63.
Wittich, v., preuß. General (1870) III, 389.
Witzleben, v., preuß. Oberst I, 216 f.
Wladimiresko, Theodor, walachischer Bojar (1821) I, 136 f.
Woche, die große, zu Paris, in der Julirevolution (26. Juli bis 7. August 1830) I, 265—295. 305. 358.
Wohlgemuth, österr. General (1848) II, 128.
Wola, Schlacht bei (1831) I, 398 f.
Wolochowski, franz. Deputierter (1848) II, 95.
Wolseley, englischer General (1882) III, 589.
Wood, engl. Minister für Indien (1859) II, 550.
Worms, Einweihung des Lutherdenkmals zu (1868) III, 241.
Woronzow, russischer General (1828) I, 163 f.
Wörth, Schlacht bei (1870) III, 298. 308—315. 337 f. 382.
Wrangel, Graf, preuß. Feldmarschall (1848—1866) II, 29 f. 48. 51. III, 17. 19. 23.
— Freiherr von, preuß. General (1866) III, 141.
Wrede, Fürst, bayrischer General (1813 bis 1832) I, 323.
Württemberg. Das Königreich. Unter Friedrich I., zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 15. 19. 21., des Bundestages 39. 52 f. Unter Wilhelm I. (1816—1864) 58 f. 62—65. 200 f. 205 bis 207. 219. 319. 327 f. Eintritt in den Zollverein (1829) 336. In den Revolutionsjahren (1848 u. 1849) II, 12 f. 32. 59. 61—64. 66. Verhältnis zum Dreikönigsbündnis 68. 73—76. In Holstein 77. Im Fahrwasser der Reaktion (1850—1859) 80 f. 279 f. 289. 354. In den letzten Jahren König Wilhelms (1861—1864) 467—470. 517 f. 520. 523. III, 16. Karls I. Regierungsantritt (1864) 33 f. Verhältnis zum Königreich Italien 93 f. Im Kriege mit Preußen (1866) 108—110. 116. 119. 139—144. Zustände (1866 bis 1870) 232. 234—236. 238 f. 245 bis 248. Teilnahme am Kriege gegen Frankreich (1870 u. 1871) 292. 295. 297. 302 f. 307. 310. 347. 386. 390. 405 f., an der Wiederherstellung des deutschen Kaisertums 409. Im neuen Deutschen Reiche 450. Kirchliche Verhältnisse 455. 467 f. 472. In der Eisenbahnangelegenheit (1876) 476. Besuch Kaiser Wilhelms (1877) 477.
Würzburg, kommt zu Bayern (1815) I, 19. Konferenzen (1848) II, 288. (1861) 520. (1866) III, 141 f.
Wysocki, Peter, poln. Offizier, Anstifter des Aufstandes (1831) I, 388.

Y.

Yankees, die, in Nordamerika II, 569 f.
Yeomanry, berittene Landmiliz, in Manchester (1819) I, 38.
Yermoloff, russischer General (1826) I, 154 f.
York, Herzog von, Sohn König Georgs III. von England (1825) I, 191.
Ypsilanti, Fürst Alexander, russischer General, und der Aufstand in d. Donaufürstentümern (1821—1828) I, 134 bis 137. 140 f.
— Fürst Demetrios, Bruder des vorigen, im Griech. Befreiungskampfe (1822 bis 1832) I, 141 f. 383. 385.
Ysenburg, Prinz von, Schwiegersohn des Kurfürsten von Hessen (1854) II, 283.

Z.

Zaimis, Mitglied der griech. Regierung (1832) I, 383—386.
— griechischer Minister (1869) III, 174. 179.
Zamboni, päpstlicher Oberst (1831) I, 422.
Zamoiski, Graf, Adjutant des Großfürsten Konstantin in Warschau (1830) I, 389.
— Graf, poln. Magnat (1862) II, 434.
Zante, Seeschlacht bei (1821) I, 141.
Zaragoza, mexikanischer General (1862) II, 558 f.

Zastrow, von, preuß. General, Kommandant des 7. Armeekorps (1870) III, 302. 313. 322. 400. 415. 418. 432. 436.
Zedlitz, von, preuß. Civil-Kommissar in Schleswig-Holstein (1864) III. 19. 41.
Zentner, v., bayr. Minister (1820) I, 68.
Zichy, Graf, österr. Gesandter in Berlin (1817) I, 44 f.
— Graf, Kommandant v. Venedig (1848) II, 129.
— Graf, ungar. Magnat (1848) II, 40.
Zillerthaler, die, protestantische Tiroler in Schlesien (1837) I, 349.
Zimmermann, Hofprediger in Darmstadt, und die Gustav-Adolf-Stiftung (1842) I, 495.
Zitz, Mitglied des deutschen Parlamentes (1848) II, 20. 32.
Zollverein, der deutsche (1829—1866) I, 219. 336 f. 477. 497. 503. II, 16. 74. 80. 274. 277 f. 466. 513—519. 549. III, 80. 84. 41. 45. 94. 144. 184. 224. 229 f. Zollbundesrat und Zollparlament (1866—1870) 233—241. 243. 248 f. Hamburgs Beitritt zum Zollverein (1882) 599 f.
Zorilla, span. Minister (1872) III, 534 bis 536.
Zucchi, päpstl. General (1831—1849) I, 420 f. II, 150.
Zulukaffern, Krieg Englands mit den (1879) III, 602. 606.
Zumalacarregui, Thomas, Karlistengeneral (1834 u. 1835) I, 427. 490. 482 f.
Zürich. Verfassungsreform (1831 bis 1833) I, 413 f. 416 f. Friede von Z. (1859) II, 373. 381. 429. Siegesfeier in der Tonhalle (1871) III, 553.

Nachtrag.

Alexander, Fürst von Bulgarien, Sieg bei Slivnitza (1885), Sturz (1886) III, 614.
Alfons XIII., König von Spanien (1886) III, 613.
Bulgarien. Vereinigung mit Ostrumelien und Krieg mit Serbien (1885), Sturz des Fürsten Alexander (1886) und Wahl Ferdinands von Koburg zum Fürsten (1887) III, 614.
Carnot, Sadi, Präsident der Französischen Republik (1887) III, 613.
Christine, Witwe Alfons' XII. von Spanien als Regentin (1886) III, 613.
Deutschland. Veröffentlichung des Bündnisses mit Österreich von 1879 (1888) III, 613 f. Innere Zustände 614 f. Tod Kaiser Wilhelms I. und Friedrichs, Regierungsantritt Wilhelms II. (1888) 615.
Ferdinand von Koburg, Prinz, wird Fürst von Bulgarien (1887) III, 614.
Frankreich. Carnot wird Präsident (1887) III, 613. Centenarium der Revolution (1889) 612.
Friedrich III., König von Preußen, deutscher Kaiser (1888) III, 615.
Italien. Verhältnis zum Papsttum (1887) III, 613. Bündnis mit Deutschland 614.
Leo XIII., Papst, Priesterjubiläum (1887) III, 613.
Österreich. Innere Zustände, Bündnis mit Deutschland und Italien III, 614.
Rußland. Innere Zustände III, 613. Verhältnis zu Deutschland und Österreich 613 f., zu Bulgarien 614.
Slivnitza, Kampf bei (1885) III, 614.
Spanien. Geburt König Alfons XIII. (1886). Regentschaft der Königin-Mutter Christine III, 613.
Wilhelm I., deutscher Kaiser, stirbt (1888) III, 615.
— II., König von Preußen, deutscher Kaiser. Thronbesteigung (1888) III, 615.

Druck von Leonhard Simion in Berlin.

Im Verlage von **Oswald Seehagen in Berlin SW.**, Königgrätzerstr. 65 erschien gleichfalls und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Geschichte
des
achtzehnten Jahrhunderts
und des neunzehnten
bis zum Sturze des ersten Französischen Kaiserreichs
mit besonderer Rücksicht auf geistige Bildung.

Von

Friedrich Christoph Schlosser.

Neue einzig billige Ausgabe der 5. Auflage.

8 Bände (318 Bogen gr. 8°.) elegant in Kaliko gebunden Preis nur 22 Mark.

Um dieses Meisterwerk unerschrockener Geschichtschreibung unseres großen **Schlosser** auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, hat die Verlagshandlung besondere, nicht wiederkehrende Umstände benutzt, um diese einzig billige Ausgabe — zum dritten Teil des ursprünglichen Preises — zu veranstalten. Nach Verkauf der Auflage ist das umfangreiche Werk zu einem annähernd billigen Preise nicht wieder herzustellen, denn der Band von circa 40 Bogen gr. 8° in bester Ausstattung kostet nur 2 M. (Einband 75 Pf.)!

Welch unbestritten hohe Bedeutung dieses klassische Geschichtswerk hat, mögen die nachfolgenden Urteile hervorragender Historiker bezeugen.

Wilh. Oncken sagt in seiner Festrede bei der Enthüllung von Schlossers Denkmal zu Jever am 2. September 1878:

Im engsten Anschluß an Schlossers Vorlesungen sind die beiden grundlegenden Werke der Weltgeschichte: „Die universalhistorische Übersicht der Alten Welt“ und „Die Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts“ entstanden und die letztere ist ganz unstreitig diejenige seiner Arbeiten, die seiner Geistesart und Geschichtsanschauung den klassischen Ausdruck verliehen und bei Kennern und Laien den nachhaltigsten Erfolg gehabt hat .... Der sittliche Ernst, der stolze mannhafte Freimut, die schonungslose Strenge, womit dies Buch mahnte an ewige Gesetze und ewige Pflichten, die auch die Mächtigen der Erde nicht ungestraft verleugnen, machte einen unbeschreiblichen Eindruck. Das Buch ward ins Herz geschlossen von allen freigeborenen Köpfen, die sich nicht beugen wollten unter dem Druck des Tages; dem Volk kam es vor wie eine erlösende That. Schlosser war ein Volkstribun geworden, ohne es zu ahnen .... Sein schroffer Wahrheitssinn hat sich dort am wenigsten verleugnet, wo es ihm am ehesten verziehen, wahrscheinlich lebhaft verdankt worden wäre, nämlich bei der Beurteilung des eigenen Volks. Als seinen größten Stolz hat er ausgesprochen, daß die Nation ihn liebte, je weniger er ihre Schwächen je geschont.

G. G. Gervinus sagt in seinem Nekrolog Schlossers:

War es eine Verirrung des öffentlichen Urteils, daß dies Buch so ungeheures Aufsehen machte, in Paris rasch ins Französische übersetzt ward,

(dann auch ins Englische und Holländische), in Deutschland aus dumpfer Stummheit und politischer Schlafsucht dadurch aufweckte, daß jene bitteren Wahrheiten alle gesagt waren in jenem schallenden Tone der Derbheit, der sich nicht scheute, mit namhaften historischen Figuren als mit Schuften und Schurken umzuspringen? War es nun eine Verirrung der Beurteilung, daß Goethe aus diesem Buch den Schreiber als einen Mann erkannte, der „aus dem Dunkeln ins Helle strebe", aus dem Geschlecht, zu dem auch Er sich bekannte? Und war es eine Verirrung der Beurteilung in der öffentlichen Meinung, als nachher seine Umarbeitung des 18. Jahrhunderts rasch nacheinander vier Auflagen erlebte und trotz der Unterbrechung, trotz ihrem großen Umfange, mit Begierde verschlungen ward? Oder erklärt es sich nicht vielmehr überflüssig aus dem gesunden Kerne aller seiner Schriften, daß der Welt- und Staatsmann, der den Lauf der menschlichen Dinge unverschleiert will kennen lernen, zu Schlosser, als einem matter-of-fact-Mann wie wenige andere Deutsche, immer noch lieber greifen wird, als zu sehr vielen anderen geleckteren Schreibern? Daß der Mann des Volkes, der in dem Autor zuerst nach dem Menschen sucht, der in seinem Federzuge seinen Herzschlag erkennen will, lieber als zu dem Schul- und Hofhistoriographen zu ihm greifen wird, bei dem er die volle Teilnahme für seine Angelegenheiten findet? Und das deutsche Volk hat mehr als bloß dies sympathische Herz in diesem Geschichtschreiber zu schätzen gefunden. Es hat in dem makellosen Charakter, in dem Feuer der Wahrheitsliebe, in der sittlichen Begeisterung, in dem klassischen Verstande, in dem klaren Einblick dieses Mannes in den Lauf der Welt die wesentlichen Gaben des Historikers erkannt, es hat in dem Gelehrten vom echtesten nationalen Typus seinen Lehrer der Geschichte gefunden und verehrt, der wie kein anderer zu seiner eigensten Natur zu sprechen verstand, so daß es wahr bleiben wird, was Schlossers Freund und Schüler Eilers von ihm gesagt hat: daß er „von allen Schriftstellern des Jahrhunderts den ausgebreitetsten und nachhaltigsten Einfluß auf die moralische Weltbetrachtung und das politische Urteil des deutschen Volkes ausgeübt hat"; daß er in der Selbstoffenbarung durch seine Schriften „dauernder als Erz vor diesem Volke stehe".

Georg Weber. Durch dieses Werk hat Schlosser seinen Namen dem deutschen Volke tief eingeprägt. Was dunkel in eines jeden Seele lag, hat sein Mund mutig und rücksichtslos ausgesprochen, er hat dem Bewußtsein des Volkes Worte und Ausdruck gegeben ..... Die Geschichte des 18. Jahrhunderts ist demnach ein Gerichtshof, vor dem diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die im gewöhnlichen Leben gegen jeden Richterspruch gesichert sind, weil sie die Gewalt besitzen, die stets über Recht geht ..... Er selbst (Schlosser) besaß eine Summe universeller Kenntnisse und eine Belesenheit, wie man sie selten trifft; sein Rüsthaus war wohl versehen und seine Waffen solid und scharf.

Johannes Scherr. Wie wohlthuend ist es, auf einen Mann und Geschichtschreiber wie Fr. Chr. Schlosser zu blicken! Das war so ein Kernmensch, wie sie Deutschland nie ganz gefehlt haben. Wenn mehrere von seinen Werken mehr nur für den Kreis von Fachgenossen bestimmt waren, so hat er dagegen mit seinem achtbändigen wiederholt umgearbeiteten Hauptbuch, mit der Geschichte des 18. Jahrhunderts eine weitgreifende Wirkung im Auge gehabt und erreicht. — Man fühlt, daß diese Werke von einem hochsinnigen Charakter geschrieben und durchdrungen sind. Ihre Mannhaftigkeit zieht Männer an, wie der Magnet das Eisen. Streng geschichtswissenschaftlich angesehen, beruht der Wert der Schlosserschen Historik auf ihrer Hervorkehrung der kulturgeschichtlichen Seite der Ereignisse. Das sichert ihr eine dauernde Nachwirkung.

Rudolf Gottschall. Mit jener liberalen Färbung, welche durch die Entrüstung des sittlichen Gefühls und der unbedingten Rechtlichkeit, durch die rücksichtslose Verdammung des Schleichenden, Ränkevollen, Usurpatorischen und Sittenlosen hervorgerufen wird, schrieb Schlosser sowohl seine „Weltgeschichte", als auch seine „Geschichte des 18. Jahrhunderts", und der tüchtige, energische Typus seines Charakters, sein gesunder, unbefangener, durch keine gelehrte und diplomatische Vornehmheit sublimierter Verstand, die ausführliche, eingehende Behandlung des

kulturhistorischen Elementes in frischester Färbung, in kritischer Reichhaltigkeit und stilistischer, ungeschminkter Anschaulichkeit gaben diesen Werken eine wahrhaft volkstümliche Bedeutung.

Heinrich Kurz. Schlosser wollte in seinen historischen Schriften nicht bloß eine nur äußerlich zusammenhängende Reihe von Thatsachen und Begebenheiten darstellen, sondern den Entwickelungsgang der Menschheit im ganzen, wie in der „Weltgeschichte", oder einzelner Perioden und Völker, wie in der „Geschichte der Alten Welt" oder in der „Geschichte des 18. Jahrhunderts" nachweisen. Daher hat er, wie noch kein Geschichtschreiber vor ihm, die Geschichte der Kultur in das Bereich der Darstellung gezogen und mit ausgezeichnetem Scharfsinn den Einfluß der rein geistigen Bestrebungen auf die Entwickelung nicht bloß der sittlichen, sondern auch der religiösen, bürgerlichen und politischen Zustände nachgewiesen. Er hat dadurch ein neues Element in die Geschichtsschreibung gebracht, das äußerst fruchtbar und folgenreich ist. Denn bei der Behandlung wird es klar, daß nicht die Fürsten und Regierungen, nicht die bevorrechteten Klassen, nicht der Adel oder die Priesterschaft, nicht die beschränkte Fachgelehrsamkeit die Völker in ihrer Entwickelung fördern, sondern daß diese aus den Völkern selber hervorgeht. Ist dies aber einmal zum klaren Bewußtsein gelangt, so ist der Sieg der Demokratie unausweichlich; und so groß der Einfluß der Schlosserschen Geschichtswerke auf die sittliche und politische Bildung des deutschen Volkes war, so wird er in der Zukunft noch unendlich größer werden.

Die Anordnung des Stoffes ist höchst einfach und übersichtlich, so daß selbst weniger Gebildete der Entwickelung des Ganzen leicht folgen können, was wir für einen Vorzug halten. Die Darstellung ist ebenfalls einfach und beinahe populär. Auch in seinem Stile zeigt sich Schlosser als ein Feind der Heuchelei; er ist durchaus ungesucht und schlicht. Er ist es auch dann, wenn er, von der Bedeutsamkeit des Stoffes ergriffen, einen höheren Ton anschlägt, weil dieser der naturgemäße Ausdruck seiner gesteigerten Stimmung ist. Seine Schilderungen der Zustände und Personen sind zugleich erschöpfend und meisterhaft und immer von ergreifender Wahrheit.

Universalhistorische Übersicht der Geschichte der Alten Welt und ihrer Kultur. Von **Friedrich Christoph Schlosser.** 3 Teile in 9 Bänden. 1826—1834. Preis 40 Mark.

Geschichte der bilderstürmenden Kaiser des Oströmischen Reichs. Mit einer Übersicht der Geschichte der früheren Regenten desselben. Von **Friedrich Christoph Schlosser.** 1812. Preis 5 Mark.

Leben des Theodor de Beza und des Peter Marthr Vermili. Ein Beitrag zur Geschichte der Zeiten der Kirchenreformation. Mit einem Anhang bisher ungedruckter Briefe Calvins und Bezas und anderer Urkunden ihrer Zeit aus den Schätzen der herzogl. Bibliothek zu Gotha. Von **Friedrich Christoph Schlosser.** 1809. Preis 4 Mark 50 Pf.

Fr. Chr. Schlosser, der Geschichtschreiber. Von **G. L. Kriegk.** Preis 75 Pf.

Aus Fr. Chr. Schlossers Weltgeschichte für das deutsche Volk. Historisch-politische Anschauungen und Urteile, zusammengestellt von **A. Bibler.** Auf holländisches Büttenpapier in Schwabacher Schrift gedruckt und in reichem Einband. Preis 2 Mark 50 Pf.

„Schlossers Weltgeschichte ist dem deutschen Volke nicht bloß durch ihre Form lieb und wert geworden, sie hat in erster Linie durch den tiefen Ernst, den klaren Blick und die hohe Sittlichkeit, mit der Schlosser alle Erscheinungen beurteilt, die größte Bedeutung gewonnen. Wie klar und richtig Schlosser urteilte, was für prächtige Gedanken er hatte, das sieht man so recht aus dem vorliegenden Buche, das allen Gebildeten, namentlich aber denen, die sich mit Politik beschäftigen, ein Hausschatz sein sollte. Die Auswahl ist eine sehr glückliche zu nennen."
(Frankfurter Journal.)

Geschichte der deutschen Nation nach den Grundzügen ihrer Entwickelung dargestellt von **Hermann Mich. Richter.** Mit den Portraits von Dr. M. Luther, Kaiser Karl dem Großen, Rudolf von Habsburg und Wilhelm I. Elegant gebunden. **Neue billige Ausgabe. Preis 2 Mark 50 Pf.**

„Der Verfasser bekundet eine gewandte Geschicklichkeit, die wissenschaftlichen Ergebnisse der seitherigen Forschungen zu verwerten. — Die warme Begeisterung für Deutschlands politische Größe machen das Buch recht geeignet, in weiteren Kreisen belehrend und erhebend zu wirken." (Deutsche Litteraturzeitung.)

Indogermanischer Volksglaube.

Ein Beitrag zur Religionsgeschichte der Urzeit.

Von **Dr. W. Schwartz,**
Professor und Direktor des Königl. Luisen-Gymnasiums zu Berlin.

Preis 8 Mark.

Zur Geschichte der deutschen Protestanten 1555—1559.

Von **Dr. Gustav Wolf.**

Nebst einem Anhange von archivalischen Beilagen.
Preis 8 Mark.

Petrus Martyr Anglerius und sein opus epistolarum.

Ein Beitrag zur Quellenkunde
des Zeitalters der Renaissance und der Reformation.

Von **Dr. Heinr. Heidenheimer.**

Preis 4 Mark 50 Pf.

Bewährte Lehrbücher für den Selbstunterricht

aus dem

Verlage von Oswald Seehagen in Berlin, S.W.,

Königgrätzerstr. 65.

Allgemeiner deutscher Sprachlehrer und Briefsteller. Ein Ratgeber bei allen Fragen der **Rechtschreibung, Grammatik** und **Stilistik**, nebst Mustersammlung aller Arten von **Briefen, Eingaben, Berichten** und sonstigen **Schriftstücken**. Mit einem kurzgefaßten **Fremdwörterbuche**. Zur Selbstbelehrung für jedermann herausgegeben von **H. Böhm**, Schulvorsteher in Berlin. **13. Auflage.** 20 Bogen, geheftet. Preis 2,50 *M*. Gebunden 3 *M*.

Alle, die es bedauern, ihre Muttersprache nicht richtig sprechen und schreiben zu können, und das Bedürfnis fühlen, diesem heutzutage so unangenehm berührenden Mangel abzuhelfen, finden einen niemals versagenden, prächtigen Ratgeber in diesem Buche. Es lehrt leicht und faßlich und ohne Pedanterie eine gewandte und elegante mündliche und schriftliche Ausdrucksweise in der neuen Orthographie, bringt Beispiele für alle nur möglichen Briefe und Schriftstücke, eine Zusammenstellung aller Titulaturen und ein kurz gefaßtes höchst praktisches Fremdwörterbuch.

Neuer Adam Riese. Allgemeiner deutscher Rechenlehrer. Eine Unterweisung zum Selbstunterricht für jedermann bearbeitet von **A. Böhme**, Seminarlehrer 2c. in Berlin. **9. Auflage.** 17 Bogen, geheftet. Preis 2,50 *M*. Gebunden 3 *M*.

Schnell und sicher rechnen lernt man in kürzester Zeit ohne Lehrer aus diesem „Neuen Adam Riese", dem besten Ratgeber für das Gesamtgebiet des Rechnens. Von den Grundrechnungsarten an erklärt er alle im Gewerbs- und Privatleben vorkommende Rechenarten hinauf zu den Decimal-, Zins-, Rabatt-, Termin-, Münz-, Kurs-, Wechsel-, Wahrscheinlichkeits- 2c. Rechnungen, den Berechnungen von Flächen, Körpern und Quadratwurzeln, und giebt vergl. Tabellen für alle Münzen, Maße und Gewichte, für Lebensversicherungs-, Renten-, Spar- u. a. Kassen. Er erweckt und belebt in einfacher und klarer Weise das volle Verständnis für alle Rechenfälle und lehrt speciell das hochwichtige und unentbehrliche Schnellrechnen mit den decimalen neuen deutschen Münzen, Maßen und Gewichten.

Praktisches Lehrbuch zum Selbstunterricht im Buchführen und in der Einrichtung der Bücher. Für Handwerker- und Fortbildungsschulen bearbeitet von **Siegmund Salomon**, Direktor einer Handelsakademie und gerichtlicher Bücherrevisor. **11. vermehrte Auflage.** 6 Bogen gebunden 80 Pf.

Diese leicht faßlich bearbeitete Buchführung ist jedem Handwerker und Gewerbetreibenden aufs angelegentlichste zu empfehlen. Kurz und klar wird hier die Buchhaltung eines Gewerbetreibenden erklärt und einzeln durchgeführt, inkl. Inventur und Abschluß, mit Rücksicht auf Societät und Fabrikbetrieb und bringt außerdem eine Erläuterung des Wechsels. Dieses Buch legt der Verfasser seinem viel besuchten Unterricht im Berliner Handwerkerverein zu Grunde.

Bewährte Lehrbücher für den Selbstunterricht

aus dem

Verlage von Oswald Seehagen in Berlin, S.W.,

Königgrätzerstr. 65.

Siegmund Salomons Comptoirhandbuch. Eine praktische Unterweisung in der **einfachen und doppelt-italienischen Buchführung für das Waren- und Bankgeschäft** sowie für **Aktien-Gesellschaften**, unter Hinweis auf die Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs; **in der Wechsel- und Konkurs-Ordnung, in der Wechsel-Kurs-Berechnung aller Börsenplätze und in der kaufmännischen Korrespondenz.** Für die Bedürfnisse des Comptoirs und zum Gebrauch in Handelslehranstalten. **9. Auflage.** Geh. Preis 4 *M.* Gebunden 4,50 *M.*

Die italienisch-doppelte Buchführung, nach einem System, das bei Vermeidung unnützer Arbeit die größte Übersicht gewährt, bei welchem Journal und Hauptbuch ganz unabhängig von den unteren Büchern geführt und die Rentabilität des Geschäfts von dem Chef seinem Personal gegenüber stets geheim gehalten werden kann, erlernt man ohne Lehrer in kürzester Zeit aus diesem Comptoirhandbuch. Das Buch enthält ferner eine Darstellung der übersichtlichsten einfachen Buchführung, wirklich praktische, aus dem lebendigen Geschäftsverkehr gesund herausgearbeitete Erläuterungen der Wechsel- und Konkurs-Ordnung, der Wechselkurse und neben vielem anderen Nützlichen schließlich noch eine prächtige Anleitung zur kaufmännischen Korrespondenz. Das Buch ist somit jedem Comptoir und jedem angehenden Kaufmann auf das wärmste zu empfehlen, da es alles bietet, was zur ordentlichen und gesetzlichen Führung eines Geschäfts durchaus nötig ist; **seinen vorzüglichen Wert für den Gebrauch in den Handelsschulen hat es seit Jahren bewährt.**

Jedem Kaufmann ist auf das angelegentlichste zu empfehlen:

Kaufmännisches Rechenbuch für das Waren- und Bankgeschäft. Zum Selbstunterricht und für Handelsschulen bearbeitet von **Siegmund Salomon**, Direktor einer Handelsschule und gerichtlicher Bücherrevisor. **5. verbesserte Auflage.** Geheftet. Preis 4 *M.* Gebunden 4,50 *M.*

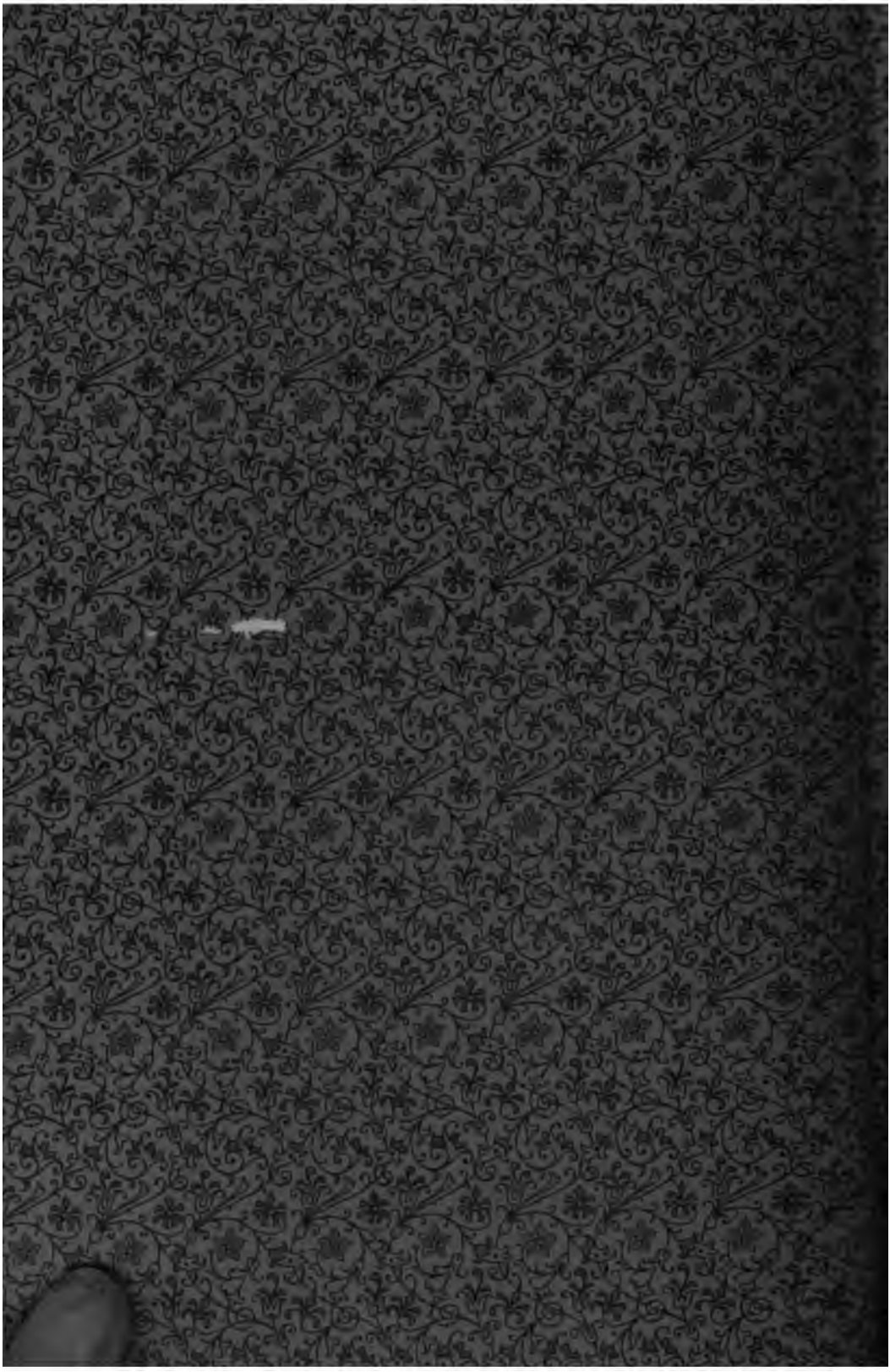
Das kaufmännische Rechnen für das Waren- und Bankgeschäft in seinem ganzen Umfange und nach den Erfahrungen auf allen Gebieten kommerziellen Verkehrs sowie nach den neuesten Usancen aller Börsen lernt man auf einfache, leicht faßliche Weise im Selbstunterricht aus diesem Buche. Eine Menge dem praktischen Leben entnommene Rechnungsaufgaben, deren Lösungen in einem separaten Teil des Buches enthalten sind, erklären und erläutern die einzelnen Themata und machen es selbst dem Laien möglich, ohne Hilfe eines Lehrers die kaufmännische Arithmetik sich zu eigen zu machen.

Von allen bisher erschienenen ähnlichen Werken sind für das Nutzholzgeschäft und den Bauverkehr **allein praktisch brauchbar:** die

Kubik-Tabellen für Metermaß, den Inhalt runder und vierkantiger Hölzer aufweisend. Zum praktischen Gebrauch für **Bautechniker, Holzhändler und Forstleute.** Herausgegeben vom **Berliner Holz-Comptoir. 3. Stereotyp-Auflage.** Schmal 8°. Elegant in Kaliko gebunden mit Neusilbereinfassung. Preis 5 *M.*

Diese Tabellen, aus den eingehenden Beratungen von Bautechnikern, Holzhändlern 2c. hervorgegangen und dem praktischen Bedürfnisse auf das peinlichste angepaßt, haben sich schnell die ungeteilte Anerkennung und in allen beteiligten Bureaux festes Heimatsrecht erworben.

Druck von Leonhard Simion in Berlin SW.



Stanford University Libraries
3 6105 013 541 086

D
358
J2
1890
v.3

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.